

Die Hamburger Juden  
im NS-Staat 1933 bis 1938/39

Hamburger Beiträge  
zur Geschichte der deutschen Juden  
Für die Stiftung Institut für die Geschichte der deutschen Juden  
herausgegeben von  
Andreas Brämer und Miriam Rürup  
Bd. XLV



# Die Hamburger Juden im NS-Staat 1933 bis 1938/39

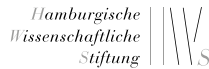
Band IV – Dokumente

von  
Ina Lorenz und  
Jörg Berkemann



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung  
der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung  
der Freien und Hansestadt Hamburg,  
der Hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung,



der Hermann Reemtsma Stiftung



und der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius



### **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2016

[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlag: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann

Umschlagfotos: Amtseinführung von Oberrabiner Carlebach

in der Großen Synagoge Bornplatz 1936.

Beisetzung einer unbrauchbar gewordenen Thorarolle auf dem jüdischen Begräbnisplatz

Ohlsdorf (Ilandkoppel) mit Oberrabiner Carlebach 1936 (Foto: Privatbesitz Lorenz)

Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen

ISBN 978-3-8353-1811-3

# Inhalt

13.	Die Kulturinstitutionen der Gemeinde . . . . .	9
13.1	Das jüdische Gemeinschaftshaus . . . . .	9
13.2	Die Gemeindebibliothek und das Gemeindearchiv . . . . .	22
14.	Die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde . . . . .	33
15.	Die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde zu Altona (bis 31.12.1937)	59
15.1	Gemeindestruktur und -zugehörigkeit . . . . .	59
15.2	Rechtsgrundlagen der Gemeindeorganisation . . . . .	76
15.3	Haushalt und Finanzen . . . . .	95
15.4	Die gemeindliche Wohlfahrt . . . . .	122
15.5	Die Israelitische Gemeindeschule . . . . .	147
15.6	Das Kultuswesen und das Oberrabbinat . . . . .	166
15.7	Das Friedhofswesen . . . . .	193
15.8	Kooperationen mit jüdischen Großverbänden . . . . .	200
15.9	Die Eingliederung in den Jüdischen Religionsverband Hamburg . . . . .	205
16.	Die Jüdische Gemeinde zu Wandsbek (bis 31.12.1937) . . . . .	217
17.	Die jüdische Gemeinde Harburg-Wilhelmsburg (bis 31.12.1937)	257
18.	Der Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte (1933-1938) . . . . .	285
19.	Die Reichsvertretung der deutschen Juden . . . . .	311
19.1	Die Reichsvertretung als Gesamtvertretung der deutschen Juden . . . . .	311
19.2	Einzelne Hilfsmaßnahmen . . . . .	326
19.3	Die Zusammenarbeit der Hamburger Gemeinde mit der Reichsvertretung	340

20. Die aufgekündigte Akkulturation . . . . .	345
20.1 Standortbestimmungen: jüdische Identität . . . . .	345
20.2 Das erzwungene Verhalten im nichtjüdischen Umfeld . . . . .	370
21. Das kulturelle und geistige Leben . . . . .	383
21.1 Der Jüdische Kulturbund Hamburg . . . . .	383
21.2 Kulturwissenschaftliche Orientierung und Erwachsenenbildung . . . . .	438
21.3 Die Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung . . . . .	448
21.4 Die Hamburger jüdische Presse . . . . .	478
22. Religiöse Lebensführung . . . . .	487
22.1 Religionszugehörigkeit und die Aufnahme in das Judentum . . . . .	487
22.2 Die Aufrechterhaltung der Kaschrut: das Schächtwesen . . . . .	492
22.3 Koschere Lebensmittel und die rituelle Speisung . . . . .	520
22.4 Die jüdischen Feiertage . . . . .	528
23. Die Abwehr des Antisemitismus . . . . .	535
24. Jüdische Frauen . . . . .	547
24.1 Die Versuche einer Neuorientierung . . . . .	547
24.2 Die Frauenvereine . . . . .	560
25. Jüdische Jugend . . . . .	577
25.1 Ziele und Aufgaben der jüdischen Jugend . . . . .	577
25.2 Jüdische Jugendvereine . . . . .	588
25.2.1 Die Agudas Jisroel Jugendgruppe Hamburg . . . . .	588
25.2.2 Der Bund Deutsch-Jüdischer Jugend . . . . .	595
25.2.3 Der Zeïre Misrachi (Brith Hanoar) . . . . .	597
25.2.4 Der Hechaluz datiim (Bachad) . . . . .	603
25.3 Berufsausbildung und Bildungsarbeit . . . . .	610
25.4 Hachschara . . . . .	635

26. Jüdische Vereine . . . . .	661
26.1 Die lokalen Organisationen der jüdischen Verbände . . . . .	661
26.1.1 Die Ortsgruppe Hamburg-Altona des Centralvereins . . . . .	661
26.1.2 Die Agudas Jisroel Ortsgruppe Groß-Hamburg . . . . .	687
26.2 Hamburger jüdische Vereine . . . . .	693
26.2.1 Der Jüdisch-Liberale Gemeindeverein . . . . .	693
26.2.2 Die Ostjüdische Vereinigung Groß-Hamburg . . . . .	708
26.3 Die Auflösung der jüdischen Wohlfahrtsvereine . . . . .	716
27. Die jüdische Sportbewegung . . . . .	719
28. Zionismus in Hamburg . . . . .	765
28.1 Die Hamburger Zionistische Vereinigung. . . . .	765
28.2 Die zionistische Orientierung der Gemeinde . . . . .	793





## 13. Die Kulturinstitutionen der Gemeinde

### 13.1 Das jüdische Gemeinschaftshaus

#### Nr. 1

Die Forderung des Kulturbundes nach einer eigenen Spielstätte

12. November 1936

Archiv des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 09-032.3,  
Jüdischer Kulturbund

Jüdischer Kulturbund Hamburg E.V.

Hamburg 11, Börsenbrücke 8 I

12.II.1936

#### MEMORANDUM

Die Jüdischen Kulturbünde können aus dem Leben der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nicht mehr fortgedacht werden. In allen Gemeinden ist die Bedeutung der Kulturbünde für das kulturelle Leben anerkannt worden. Durch die Arbeit der Kulturbünde werden die Juden, insbesondere auch die Jugend, enger zusammengeschlossen, und es wird das Gefühl des Abgeschlossenenseins von den kulturellen Werten der Umwelt gemindert. Auch haben die Kulturbünde einen sehr stark erzieherischen Wert.

Die Arbeit des Hamburger Kulturbundes leidet neben vielen anderen Schwierigkeiten besonders darunter, dass das Problem, in welchem Raum die Veranstaltungen stattfinden, noch nicht zweckmässig gelöst ist. Der bisherige »Theater-« und »Grosse Saal« des Conventgartens sind völlig unbefriedigend, ganz abgesehen davon, dass nicht mit Sicherheit damit gerechnet werden kann, dass diese Räume dem Kulturbund immer zur Verfügung stehen werden. Die Gestaltung dieser Räume ist mangelhaft und die Kosten sind auf die Dauer untragbar.

Es besteht daher die unbedingte Notwendigkeit, für den Kulturbund einen eigenen Raum zu schaffen, der nicht nur für seine eigenen Zwecke ausreicht, sondern darüber hinaus als Zentrum des kulturellen Lebens der jüdischen Gemeinschaft verwandt werden kann. – Auf die psychologische Bedeutung eines solchen Zentrums braucht nicht besonders hingewiesen zu werden.

Die Aufrechterhaltung des Kulturbundes hat übrigens nicht nur kulturelle, sondern auch sehr wesentlich soziale Bedeutung: eine grosse Zahl jüdischer Menschen verdient durch die Tätigkeit im und für den Kulturbund ihr tägliches Brot. Einige Städte, wie z.B. Essen, haben seit langem eigene Häuser für ihre sämtlichen Veran-

staltungen. Andere Städte, wie z.B. Berlin, haben sich durch langjährige Mieteverträge geeignete Räumlichkeiten verschafft.

Nach langer eingehender Prüfung aller in Hamburg gegebenen Möglichkeiten ist die Leitung des Kulturbundes zu der Überzeugung gekommen, dass die Arbeit nur dann aufrecht erhalten werden kann, wenn das frühere Logenheim in der Hartungstrasse erworben und für die Zwecke des Kulturbundes umgebaut wird. Das erfordert einschliesslich des Umbaus die Aufwendung eines Betrages von ca. Rm 180.000.– bis Rm 190.000.–. Davon entfallen ca. Rm 75.000.– auf die Kosten für den Erwerb des Hauses und circa Rm 110.000.– auf die Kosten des Umbaus. Der Erwerb des Hauses kann mit Hilfe einer Hypothek der Deutsch-Israelitischen Gemeinde ermöglicht werden. Es fehlt also das Umbaukapital von Rm 110.000.–. Dieses Kapital kann nur durch die Opferbereitschaft von privaten Mitgliedern der jüdischen Gemeinschaft aufgebracht werden. – Durch den Umbau dieses Hauses würde im übrigen eine Reihe von jüdischen Handwerkern Beschäftigung finden.

[...]

Das Haus würde ausser dem Kulturbund ständig für die Logen und ferner, da der Kulturbund den grossen Saal nur etwa ein Drittel des Monats benötigt, während der übrigen Tage allen anderen jüdischen Organisationen zur Verfügung stehen.

Es bedarf noch der Prüfung, ob es zweckmässig ist, das Haus auf den Namen der Gemeinde, des Kulturbundes oder einer besonders für diesen Zweck zu schaffenden juristischen Person zu erwerben.

## **Nr. 2**

Die Gründung einer Jüdischen Gemeinschaftshaus GmbH

Februar 1937

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom 9.2.1937, S. 8 f.

### Gründung einer Jüdischen Gemeinschaftshaus-G.m.b.H.

Der Jüdische Kulturbund, dessen Wirken aus dem öffentlichen Leben der Hamburger Judenheit nicht mehr fortzudenken ist, hat bisher ausserordentlich unter dem Mangel geeigneter Räume zu leiden gehabt. Zwar stand ihm für seine grossen Konzerte der große Saal des Conventgartens zur Verfügung. Aber alle seine sonstigen Veranstaltungen, insbesondere sowohl seine Kleinkunst- wie seine Theaterabende, haben sehr darunter gelitten, daß sie in dem viel zu kleinen, mit ausserordentlichen räumlichen und technischen Mängeln behafteten Theatersaale des Conventgartens stattfinden mußten. Und hierbei wurde wiederum besonders störend und unangenehm die mangelhafte Kleiderablage empfunden. Es ist bestimmt nicht zu viel ge-

sagt, daß viele Mitglieder des Kulturbundes seinen Veranstaltungen aus diesen Gründen ferngeblieben sind.

Der Kulturbund und viele seiner Freunde und Förderer befanden sich daher seit langem auf der Suche nach geeigneten anderen Räumen und diesen Freunden und Förderern ist es zu danken, daß vor kurzem die Jüdische Gemeinschaftshaus-G.m.b.H. gegründet wurde, und daß diese Gesellschaft nach ihrer Gründung das Gebäude des ehemaligen Logenheims in der Hartungstraße erworben hat. Andere Objekte, an deren Erwerb zeitweilig gedacht wurde, schieden aus den mannigfaltigsten Gründen aus. Ein Neubau kam wegen der allzu hohen Kosten, die er beansprucht hätte, nicht in Betracht. Und so blieb von allen Vorschlägen und Plänen zuletzt nur der Erwerb des genannten Gebäudes übrig, das zudem den Vorteil einer besonders günstigen Lage aufzuweisen hat.

Das neue Jüdische Gemeinschaftshaus soll naturgemäß in erster Linie dem Jüdischen Kulturbunde dienen. Zu diesem Zwecke wird das Haus in der Hartungstraße einem Umbau unterzogen werden, der im Innern fast einem völligen Neubau gleichkommt und durch den nicht nur die dem Hause anhaftenden Mängel beseitigt, sondern auch alle diejenigen Räume geschaffen werden, die für einen Theaterbetrieb unumgänglich notwendig sind: Malsaal, Requisitenraum, Kassenschalter, Kleiderablagen und nicht zuletzt ein Theatersaal, der einschließlich der Ränge 450 Plätze enthalten wird, nebst den dazugehörigen Abstellräumen für Dekorationen. – Daneben aber soll das umgebaute Haus auch anderen jüdischen Zwecken dienen. Es soll nach dem ausgesprochenen Wunsche der Gründer der Jüdischen Gemeinschaftshaus-G.m.b.H. ein Zentrum des kulturellen Lebens der Jüdischen Gemeinschaft Hamburgs werden, an dem es bisher immer noch fehlte. Auch die Logen, die früher in dem Hause bereits einmal domizilierten, werden Gelegenheit erhalten, in das umgebaute Haus wieder überzusiedeln, und endlich wird durch Einrichtung eines jüdischen Restaurants dafür gesorgt werden, daß in dem neuen Hause auch kleine gesellschaftliche Veranstaltungen stattfinden können, so daß es auch zu einem Mittelpunkt des jüdischen gesellschaftlichen Lebens unserer Stadt wieder werden kann.

Der weitaus größere Teil der für den Ankauf und den Umbau des Hauses benötigten Mittel wird der Jüdischen Gemeinschaftshaus-G.m.b.H. von einer großen Zahl jüdischer Persönlichkeiten Groß-Hamburgs als zinsfreies Darlehn zur Verfügung gestellt, die sich dadurch ein großes Verdienst um das jüdische kulturelle Leben unserer Heimatstadt erwerben und denen darum auch an dieser Stelle der herzlichste Dank der jüdischen Gesamtheit Hamburgs ausgesprochen sei. Einen geringen Teil stellt auf Grund übereinstimmenden Beschlusses des Vorstandes und des Repräsentanten-Kollegiums die Gemeinde, und zwar aus Mitteln bereit, über welche sie auf Grund von Legaten und Schenkungen frei verfügen kann, zu einem Teil auch aus Mitteln eines Testaments, deren Verwendung zu kulturellen Zwecken nach Annahme des Vorstandes der Gemeinde sicher im Sinne der Testatoren ist.

**Nr. 3**

Die Gestaltung des jüdischen Gemeinschaftshauses Hartungstraße

Juli 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 27 vom 8.7.1937, S. 16 a

### **Der Bau des Gemeinschaftshauses**

Das kommende Kulturbundtheater in der Hartungstraße

Seit einigen Wochen sind fleißige Hände am Werk, um das Haus in der Hartungstraße zu einem jüdischen Gemeinschaftsheim umzubauen, um hier an einer alten und bewährten Stätte jüdischer Wirksamkeit wieder eine Stelle zu schaffen, die im Mittelpunkt jüdischen Lebens stehen wird. Nachdem die Deutsch-Israelitische Gemeinde den Ankauf ermöglicht und eine Anzahl opferfreudiger Männer die zum Umbau notwendigen Mittel aufgebracht hatten, wurden die Pläne von den Architekten Dr. Block und Hochfeld ausgearbeitet und nach Prüfung durch Behörden und andere zuständige und beteiligte Gremien gebilligt, so daß jetzt mit dem Bau begonnen werden konnte.<sup>1</sup>

Es bestanden natürlich erhebliche Schwierigkeiten, aus dem ehemaligen Villenbau, der schon einmal vor Jahren gründlich umgebaut worden war, in der gewünschten Form das Heim zu schaffen, dessen Ziel die Arbeit sein soll, aber man darf wohl sagen, daß die Pläne schon recht glücklich alle diese Hindernisse überwand, und daß man an ein gutes Gelingen des Ganzen glauben kann. Wir wollen nach einem Gang durch das Haus schildern, was hier entsteht, und das Verständnis dafür wird sicher dadurch erleichtert, daß die meisten unserer Leser sich noch an die Einteilung des Hauses erinnern, welches ja erst vor wenigen Jahren der jüdischen Benutzung entzogen wurde.

Im Erdgeschoß wird das Portal nach beiden Seiten bedeutend verbreitert werden, so daß ein geräumiger Eingang entsteht, der auch für größere Massen ausreichen wird. Die Seiten der Halle enthalten Waschräume, sowie die Kasse, dazu an beiden Seiten die Treppenaufgänge. Bisher hatte das Haus nur eine Treppe, jetzt wird auch an der rechten Seite eine Treppe angelegt. Gegenüber dem Eingang befinden sich die geräumigen Garderoben, in der Mitte geteilt durch den Eingang zu dem Restaurant, das sich an der alten Stelle befinden wird. Der Mittelsaal wird vergrößert werden, indem die Veranda nach dem Garten hinzugenommen und in den Saal einbezogen wird. Das Restaurant hat außerdem an beiden Seiten geräumige Nebenzimmer, sowohl zur Vergrößerung des großen Zimmers, als auch zur Vermietung an kleinere Gruppen geeignet. Daneben verfügt es noch im Souterrain über einen Klubraum, der nach Belieben eingerichtet werden kann.

1 Zur Arbeit der Architekten Fritz Block und Ernst Hochfeld vgl. Jäger, Block & Hochfeld, S. 155 ff.

An der rechten Seite des Eingangs liegen zwei schöne Versammlungsräume, die in ihrer früheren Gestalt erhalten bleiben sollen. Der Vorraum wird wahrscheinlich zu einer Art Volkslesehalle oder Toynbee-Halle ausgestaltet werden mit einer Volksbücherei für die Bedürfnisse der Jugendbünde usw., welche der Entlastung der Gemeindebibliothek dienen kann. Der Raum mit seinem schönen hellen Erker nach der Straße ist für solche Zwecke sicher sehr geeignet. Ihm schließt sich ein großer Vortragssaal an, der 130 Sitzplätze enthält. Die dazwischen liegenden Wände werden so gestaltet, daß der Saal durch Hinzunahme des Vorraums im Bedarfsfalle erweitert werden kann, so daß dann für fast 200 Personen Platz sein wird.

Den Mittelpunkt des ganzen Hauses aber wird das Theater bilden, das mit einem Durchbruch vom ersten bis zum zweiten Stock entsteht. Der frühere, sogenannte große Saal wird dabei nicht der Längsachse nach benutzt, sondern der Breite nach mit Hinzunahme des ganzen Raumes des ersten Stockwerkes, so daß die Bühne an die Stelle des alten Saales zu liegen kommt. Dadurch wird vor allem auch ein ausreichender Vorraum mit weiterer Garderobe und Wandelgang für das Publikum erzielt. Der Saal selbst entsteht durch einen Durchbruch nach dem zweiten Stock, dessen Raum für die Logenanlage und die Ränge verwandt wird. Das Parterre wird in zwölf ebenen Reihen Sitze enthalten, dann folgen drei allmählich ansteigende Stufen mit weiteren sechs Sitzreihen, so daß von überall her beste Sicht gewährleistet ist. Der Rang enthält an den Seiten eine Reihe Logensitze und hinten ansteigende Ränge in sechs Reihen mit einigen Stehplätzen. Im ganzen sind 450 Sitze im Theaterraum.

Besondere Sorgfalt wird selbstverständlich auf die Formung der Bühne gelegt. Sie besitzt eine Tiefe von acht Metern, ist sechseinhalb Meter breit und vier Meter hoch und wird für alle Bühnenzwecke eingerichtet. Alle erdenklichen Bühnen- und Sicherheitsvorrichtungen werden zur Stelle sein, ein eiserner Vorhang, Regenvorrichtung, Möglichkeiten zur Anbringung von Turngeräten für Schauturnen usw., von Geräten für Kleinkunst, ein Vorbau für Kammermusik und eine Muschel zum Abschluß während der Konzerte, Einrichtung für Filmvorführungen usw. Der Saal wird ein richtiges kleines Kammertheater werden, mit schönem Klappgestühl und bester Lösung der Beleuchtungs- und Lüftungsfragen, so daß man sich darin richtig heimisch fühlen kann.

Natürlich wird es ermöglicht sein, den Saal auch für größere Versammlungen zu benutzen. Dazu wird das Theatergestühl abgenommen, und man kann dann darin fast 600 Personen unterbringen. Für besondere Fälle ist eine Lautsprecheranlage vorgesehen, so daß dann im Erdgeschoß eine Parallelversammlung abgehalten werden kann.

Die Ränge haben eine eigene Treppe vom Erdgeschoß aus, sowie eine eigene Garderobe im ersten Stock, ohne dadurch im Foyer von den anderen Plätzen abgeschlossen zu sein. In der Höhe der Ränge im zweiten Stock liegen die Verwaltungsräume des Kulturbundes und die Wohnung des Verwalters, darüber ist noch ein Vorführungssaal für Filme angelegt.

Das Souterrain enthält neben dem schon erwähnten Klubzimmer noch eine Kegelbahn, die vollkommen sportgerecht angelegt wird und gewiß von den jüdischen Kegelclubs sehr begehrt sein sollte. Vorrats-, Kulissen- und Heizräume füllen weiter die unteren Räume aus.

Nicht nur das prächtige Theater mit seiner praktischen Bühne, das hier entsteht, macht, wie diese Beschreibung zeigt, den Wert des Hauses aus, sondern alle die vielen Möglichkeiten, die in ihm stecken, durch die Verwendung der größeren und kleineren Säle für Versammlungszimmer, Lesehalle, sportliche Zwecke, das einladende Restaurant, die Aussicht auf vielleicht regelmäßige Filmvorführungen werden es bald als Mittelpunkt jüdischen Lebens erscheinen lassen. Die Ausführung wird so beschleunigt werden, daß es wohl schon im Laufe des kommenden Winters bezogen werden kann.

#### Nr. 4

Die Spendenbescheinigung für den Umbaufonds des jüdischen Gemeinschaftshauses [1937/1938]

Archiv des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 09-032.3, Jüdischer Kulturbund



**Nr. 5**

Die Rede von Max M. Warburg zur Eröffnung des jüdischen Gemeinschaftshauses

9. Januar 1938

Staatsarchiv Hamburg, 622-1/173 Familie Plaut, B 12

Begrüßungsworte  
zur  
EINWEIHUNG  
des  
JÜDISCHEN GEMEINSCHAFTSHAUSES IN HAMBURG  
am 9. Januar 1938.

Max M. Warburg,<sup>2</sup>

I.

Nachdem ich die Mesusa an der Eingangstür befestigt habe, möchte ich einige Worte an Sie richten:

Lassen Sie mich zunächst kurz über die materielle Entstehung des Gemeinschaftshauses ein Wort sagen:

Es war nicht leicht, die Mittel für den Ankauf und den Umbau dieses Hauses zu finden. Denen, die sich für den Plan einsetzten, wurde eine Fülle von Argumenten entgegengehalten: man würde die erforderlichen Genehmigungen nicht bekommen, man würde unter den noch in Hamburg verbliebenen Juden nicht das genügende Interesse hierfür finden, weder bei der Schaffung des Gemeinschaftshauses noch später bei der Benutzung; auch würden die Kosten sehr viel höher sein, als vorher angenommen. Von allen diesen Gegengründen und vielen anderen, die ich nicht aufführe, ist einer zutreffend: Das Haus ist sehr viel teurer geworden, als wir angenommen hatten; aber das wird keinen, der einmal umgebaut hat, überraschen; auch sind die einzelnen Beiträge kleiner ausgefallen, als wir hofften.

Die Ansprüche, die heute an jeden Juden gestellt werden, sind so grosse, dass die einzelnen Zeichnungen verhältnismässig klein waren, manche mussten ganz ablehnen, so dass meine immerhin schon umfangreiche Korbsammlung bei der Gelegenheit noch vergrößert wurde, aber die meisten reagierten! Der Grundstock wurde fast ganz gefunden, und ich möchte allen Zeichnern heute meinen herzlichen Dank aussprechen, auch den auswärtigen Hamburgern, die bei diesem Bau ihr Interesse

2 Eine handschriftliche Widmung des Redeexemplars von Max M. Warburg lautet »Herrn Dr. Hochfeld in dankbarer Erinnerung an hingebende, erfolgreiche Arbeit für das Gemeinschaftshaus«. Vgl. auch Ernst Hochfeld, Die Bauaufgabe des Gemeinschaftshauses und ihre Durchführung, in: Monatsblätter des jüdischen Kulturbundes Hamburg 3/1938, Heft 1, S. 8-11; Stein, Jüdische Baudenkmäler in Hamburg, S. 106-108; Barbara Müller-Wesemann, Die Jüdische Kulturgeschichte des Hauses Hartungstraße 9-11, in: Arno Herzig (Hrsg.), Die Juden in Hamburg 1590 bis 1990. Wissenschaftliche Beiträge der Universität Hamburg zur Ausstellung »Vierhundert Jahre Juden in Hamburg«, Hamburg 1991, S. 323-332.

an unserem Gemeinschaftsleben bekundet haben. Dank gebührt vor allem auch dem Vorstand und dem Repräsentanten-Kollegium des Jüdischen Religionsverbands für die Hergabe der ersten Hypothek; sie zeigten nicht nur ihr Verständnis für die Sache selbst, sondern auch ihre Begabung für das Herausfinden wirklich guter, zinsloser Kapitalanlagen.

## II.

Das Haus ist fertig. Nicht bis zum letzten Hammerschlag, aber doch soweit, als Besucher-Augen zu dringen haben, und nur der Kampfplatz der Kegler tief unter uns, von dem laut verbindlicher Zusage kein unterirdisches Grollen in diese Höhe dringen soll, wird erst in einigen Tagen seinem Zweck übergeben. So können wir uns über den gelungenen Bau freuen; es ist zunächst die architektonische Freude. Wir danken der Bauleitung, den Herren Dr. Block und Hochfeld und Herrn Gerson und allen denen, die an diesem Bau mitgewirkt haben; wir danken dem Vorstand und dem Beirat der Gemeinschaftshaus G.m.b.H., vor allem dem Vorsitzenden, Herrn Rechtsanwalt Rudolf Samson.

Aber die Freude über das Geschaffene hat noch einen tieferen Grund. Es ist das Bewusstsein, dass es gelungen ist, einen neuen Mittelpunkt für die Juden Hamburgs zu errichten, eine Stätte der Sammlung, der Erhebung und damit auch der Lebensbejahung und -freudigkeit.

Die Ausschaltung aus vielen Betätigungsgebieten macht es uns heute unmöglich, für das Land, in dem wir geboren sind, so zu arbeiten, wie wir bereit sind. Das ist eine Tatsache, die schwer auf uns lastet und geeignet ist, jede Freude zu dämpfen. Aber so harte Prüfungen die Zeit uns auferlegt, führt sie doch andererseits uns wieder zurück zum Ursprung unseres Wesens und zu den Wurzeln unserer Kraft, zur Treue zum Judentum.

Wie weit es zu verurteilen ist, dass sich die Juden in Deutschland seit ihrer Emanzipation zu sehr dem Judentum entfremdeten, ihren Glauben vernachlässigten oder sich taufen liessen, oder dass sie sich zu einseitig bestimmten Berufsgruppen zuwandten, soll hier nicht untersucht werden. Wir sind zusammengekommen, um dieses Haus seinem Zweck zu übergeben, nicht in dem Bewusstsein, in dieses Haus eingengt zu werden, sondern weil wir in ihm die Kräfte finden wollen, uns selbst und unserem Judentum treu zu bleiben. Es haben sich im Zuge der Entwicklung viele wieder dem Judentum zugewandt, nicht freiwillig, nicht leidenschaftlich; nur wenn dieser Anschluss ehrlich gewollt ist, kann er Kraft und Befriedigung bringen!

Wir wollen uns hier sammeln in jenem tieferen Sinn des Worts, dass wir hier die Erhebung finden, die nur die Gemeinschaft gibt. Wir wissen Bescheid um die jüdischen Menschen, die zu entbehren gelernt haben. Wir wissen um die Sorgen der Kranken. Wir wissen nur zu gut, was für die Ausbildung und Ausstattung der Auswanderer erforderlich ist, und wir erkennen die Verpflichtungen an, die der Wille zur Aufrechterhaltung unserer Tradition uns auferlegt. Aber mit all' dem ist der Kreis unserer Pflichten noch nicht erschöpft. Wir sind verantwortlich für die Geister und



Gemüter der Menschen, die nicht zertreten werden dürfen in den Nöten und Sorgen des Alltags, die nicht zermalmt werden dürfen von dem Kleinkrieg des Lebens, die nicht verloren gehen dürfen in trüber Luft und in unruhigem Treiben.

Das jüdische Gemeinschaftshaus, das wir heute eröffnen, will vielen zur Freude, und niemandem zu Leide sein. Es will nicht in einen Wettbewerb eintreten mit den Stätten, an denen wir uns sonst betätigen; nicht mit den Wohnungen, in denen sich unser Familienleben abspielt, gewiss auch nicht mit den Gotteshäusern, wo unser gemeinsamer Ernst zu voller Klarheit aufwacht. Wir wollen etwas anderes, wollen dieses Haus mit einem besonderen Sinn erfüllen.

Wir wollen zu unserem Teil mithelfen, dass die jüdischen Menschen wieder Sammlung und Haltung finden, innere Ruhe und höheren Frieden. Es gibt manche Wege zu diesem Ziel, und keiner kann gegangen werden ohne den mitwirkenden Willen des einzelnen Individuums. Ich kenne keine bessere Hilfe als jene Erhebung und Freude, die das Kunstwerk gibt. Wir appellieren nicht an die Welt des Scheins, sondern an jene tiefere Wahrheit, die der Künstler gestaltet und lebendig macht. Wer diese Wahrheit empfindet, wird frei. So ist uns das Theater eine moralische Kraftquelle.

In erster Linie soll das Gemeinschaftshaus daher dem Kulturbund eine würdige Stätte bieten. Der Kulturbund hat es verstanden, trotz widrigster Verhältnisse in den letzten drei Jahren künstlerisch Bedeutendes zu leisten auf kleinster Bühne bei primitiver Ausstattung der Kulissen, die manchmal in ihrer Einfachheit an die Shakespeare-Zeit erinnerten. Wir schulden hierfür Herrn Dr. Buxbaum unseren Dank, der in geradezu genialer Weise Schwierigkeiten überwunden und hervorragendes Zusammenspiel geschaffen hat, allen Schauspielern, Schauspielerinnen und Musikern, allen, die hinter den Kulissen und für die Kulissen gearbeitet haben und unter deren Zusammenarbeit erst der künstlerische Eindruck ein geschlossener geworden ist. Was hier geleistet wurde, ist Pionierarbeit. Das Ensemble hat sich nicht nur in Hamburg, sondern in vielen anderen Städten einen vorzüglichen Namen gemacht. Wir werden auf dieser Bühne jüdische Werke miterleben, aber auch andere. Und ganz gewiss soll sie nicht nur der tragischen Muse gewidmet sein.

»Lasst Phantasie mit allen ihren Chören,  
Vernunft, Verstand, Empfindung, Leidenschaft,  
Doch merkt Euch wohl, nicht ohne Narrheit hören.«

So wollen wir hier in Hamburg wieder eine Theatergemeinde schaffen, wie sie früher bestanden hat. Man kann sich für fein durchgearbeitete Kammerspiele keinen geeigneteren Raum denken.

Der Zweck dieses Hauses ist mit dem Kulturbund nicht erschöpft. Wir haben neben dem Theatersaal einen Vorlesungssaal für 200 Zuhörer. Ich freue mich, dass wir jetzt würdige Räume für die Tätigkeit des Bildungsausschusses des Jüdischen Religionsverbandes in Gemeinschaft mit der Franz Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung haben werden; hier soll das Lehrhaus eine schöne Wirkungsstätte finden. Die Franz Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung hat sich immer die Aufgabe gestellt, uns, dem Volk

des Buches, das Buch nahe zu bringen, an der Urquelle des Wissens – der jüdischen Lehre – zu forschen, durch Arbeitsgemeinschaften die Forschungen anzuregen über all die Probleme, die mit unserer Religion zusammenhängen. Hier soll gelernt werden, ehrfurchtsvoll, ohne mit Kompromissen zu beginnen, sondern immer wieder vom Traditionellen ausgehend. Es ist mir eine ganz besondere Freude, zu wissen, dass die Franz Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung, für die ich mich seit ihrer Gründung interessiere, hier wirken wird.

Mögen viele, die in diesem jüdischen Hause ein- und ausgehen, die gebotenen Gelegenheiten benutzen, um vertrauter mit allem zu werden, was jüdisch ist, mit unseren Erinnerungen und unseren Hoffnungen, unserer Sprache und unserem Schrifttum, unserer Weisheit und der Regelung unseres Lebens. Und möge der Ernst, mit dem wir das für uns Heilige umgrenzen, auch all das beschützen, was anderen heilig ist!

Das Gemeinschaftshaus wird auch ein Studierzimmer für Arbeitsgemeinschaften haben.

In diesem Hause sollen ferner die einzelnen Clubs die Möglichkeiten finden, sich zu ihren verschiedenen Zwecken zu versammeln; es wird eine Kegelbahn den hier in Hamburg bestehenden 27 jüdischen Kegelclubs zur Verfügung stehen.

Und schliesslich werden wir in dem Gemeinschaftshaus ein Restaurant haben, das in verschiedenen gemütlichen Räumen gute Kost verabreichen wird.

Ein Gegengrund, der gegen den Bau angeführt wurde, war der, dass sich in Hamburg das jüdische gesellschaftliche Leben im eigenen Hause abspielt. Die hauswirtschaftlichen Verhältnisse haben sich geändert, der Verkehr von Haus zu Haus ist sehr eingeschränkt, und ich glaube daher, dass alle Kreise unserer Gemeinschaft diese gastlichen Räume benutzen werden, um sich hier ausserhalb ihres Hauses und unter Entlastung der Hausfrau von ihren Obliegenheiten zu treffen und ihre Gedanken auszutauschen. Auch Festlichkeiten, Hochzeiten usw. werden diese Räume bereit finden, ihnen einen würdigen Rahmen zu geben.

So soll dieses Haus ein geselliges Haus sein und uns wieder die Freude der Geselligkeit, ja vielleicht eine neue Form der Geselligkeit lehren. Wir wollen allerdings auch die Hoffnungen nicht zu hoch spannen; ich schätze die Zahl der Juden in Hamburg auf 15.000. Die Gasträume können nur 120 Menschen fassen,

Wenn wir uns in Zukunft in diesem Hause häufiger zusammenfinden, müssen wir strenge Disziplin üben, Disziplin selbstverständlich vor allem in der Befolgung der Gesetzesvorschriften unserer Heimat. Wir leben hier als wenige unter vielen, und die wenigen müssen bescheiden sein, auch wenn sie unter sich sind. Disziplin sollte im grossen wie im Kleinen beobachtet werden. Der Bau ist so sorgfältig durchgeführt, dass es uns nicht schwer fallen dürfte. Ich weise nur auf die Garderobenräume hin, die mit besonderer Sorgfalt ausgestattet wurden; auch in ihnen ist Disziplin zu üben, damit die Würde der Kunst nicht im Kampf um die Regenmäntel Schaden erleidet!

## III.

Das Gemeinschaftshaus, das in besonderer Zeit gebaut wurde, muss eine besondere *Weihe* erfahren. »Scholaum Aleichem« ist unser Gruss! Unser Volk soll, sei es im Heiligen Lande, sei es in der ganzen Welt, für den Frieden zu wirken suchen. Wir können aber für den Frieden nicht besser arbeiten, als wenn wir in erster Linie selbst in unseren Reihen Frieden halten und alle kleinen Gegensätze überbrücken. Das ist heute mehr denn je nötig. In diesem Hause wollen wir versuchen, das uns Einigende zu unterstreichen. Wer in dieser Zeit der Not rechthaberisch streitet, ist wahrlich ein schlechter Schicksalsgenosse.

Nach dem Kampf des Lebens draussen sei hier eine Stätte der Ablenkung, der Entspannung, des Spiels, der freien, vom Zwange der Notwendigkeiten gelösten Beschauung der Wirklichkeit, des Friedens. »Es gibt eine Zeit des Kampfes und eine Zeit des Friedens«, sagt der Prediger, »Eis milchomoh we-eis scholaum.«

Unsere Sorgen sind oft übergross, und wir laufen Gefahr, dass sie uns erdrücken werden, wenn wir nicht uns die historische Entwicklung vor Augen halten. Wir leben in einer Zeit des Überganges, der Auseinandersetzungen in der ganzen Welt. Von diesen gewaltigen Auseinandersetzungen ist die jüdische Frage, so sehr sie uns angeht und bedrückt, nur eine Teilfrage.

Auch diese Zeit der Prüfung müssen wir mit Haltung ertragen, den Tatsachen ins Auge sehen und dürfen über unseren Sorgen die Lebensbejahung nicht verlieren.

Der jüdische Mensch in Deutschland ist wieder zurückgeführt worden zu sich selbst. Ob er wollte oder nicht, ob er sich seines Judentums von jeher mit Stolz bewusst war oder ob er auf dem Wege einer oftmals nur imaginären Emanzipation sich immer mehr von dem Jude-Sein entfernt hatte, ob er gläubig geblieben war im Sinne der alten Lehre oder geglaubt hatte, alles Dogmatische als antiquierten Ballast hinter sich werfen zu können, – heute ist er *Jude*, er ist *Jude* mit allen den seelischen Hemmungen, mit allen Problemen und Sorgen, die ihm die Zeit als *Jude* auferlegt! *Jude* ist er aber auch als ein Mensch, der sich wieder zurückbesinnt auf seine und seiner Vorfahren Vergangenheit und der wieder den Anschluss sucht an die Quellen, aus denen er hervorgegangen ist und den Faden anknüpft, der gerissen oder gelockert war, – das Band der Gemeinschaft des Judentums.

Diese Räume, traditionell angelehnt an das Gemeinschaftshaus der Jüdischen Geschichte, sollen in des Wortes engster Bedeutung ein Sinnbild werden der Gemeinschaft. Sie sollen der bescheidene Rahmen sein, in dem die Juden Hamburgs sich zusammenfinden, um nach den Sorgen des Alltags ihre Gedanken an Geistigem, an Schönem und Heiterem aufzurichten.

In diesem Sinne lassen Sie mich die Verse wiederholen, die ich nach dem Anbringen der Mesusa heute gesagt habe:

Legt ab beim Eintritt Eure Sorgen,  
 Von gestern, heute und von morgen!  
 So lange Ihr in diesem Hause,  
 Macht in der Sorgenreihe Pause!

Gemeinschaftlich mit all' den andern,  
 Die nicht ergriffen von dem Wandern,  
 Sucht Freude hier und auch die Kraft,  
 Die das Zusammenhalten schafft!  
 Seid trotz der schweren Last stets heiter!  
 Der liebe Gott sorgt für Buch weiter!

### Nr. 6

»Das Gemeinschaftshaus ist zum Mittelpunkt des Hamburger jüdischen Lebens geworden«

April 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 14 vom 7.4.1938, S. 14 a-b

### Vom jüdischen Gemeinschaftshaus

In geradezu überraschender Weise ist das jüdische Gemeinschaftshaus in der Hartungstraße zum Mittelpunkt des Hamburger jüdischen Lebens geworden. Wenige Wochen haben genügt, um den Hamburgern zu zeigen, was sie an diesem Gemeinschaftshaus besitzen, und seine so mannigfache Inanspruchnahme führt heute wohl fast jeden Hamburger Juden in jeder Woche mindestens einmal in die gastlichen und repräsentativen Räume. Der jüdische Kulturbund hat durch die Benutzung des schönen Theatersaals einen neuen Auftrieb erhalten, die Kulturabende der Gemeinde und der Verbände finden dort einen würdigen Rahmen, die Vortragsveranstaltungen im Erdgeschoß, die sowohl im großen Vortragssaal als auch in dem einladenden Lehrraum stattfinden, ziehen stärkeres Publikum an als früher, im Restaurant ist eine Stätte der Geselligkeit und ein Treffpunkt für die jüdische Allgemeinheit erstanden, der nie leer wird, die Kegelbahn ist zu froher Ausspannung vom Alltag täglich besetzt, die Sportvereine konnten auf der Bühne das turnerische Können unserer Jugend darstellen, in der heimeligen Bierstube ist Gelegenheit zur Erholung bei Schach, Skat und Bridge. Als Raum für Darbietung guter Musik ist der große Saal in mannigfachen Darbietungen bestens bewährt, und die mehrfachen gesellschaftlichen Veranstaltungen vereinten eine Fülle von Menschen, die für diese Gelegenheit dankbar sind, einige Stunden die Sorgen des Alltags vergessen zu können.

So findet der Opfersinn, der den Bau des Hauses erst ermöglichte, allgemeine Anerkennung. Aber man darf nicht verkennen, daß der Betrieb in diesem Hause, wie er sich jetzt entwickelte und wie er immer weiter wächst, weit die Erwartungen überschreitet, die man von Anfang an an ihn knüpfte. Die Inanspruchnahme des Hauses ist bedeutend stärker, als man es je zu hoffen wagte, und damit wurde es

nötig, seine Einrichtungen, die nicht für solche Verhältnisse gerichtet waren, zu erweitern und in einer Art auszugestalten, daß ohne Reibung alles durchgeführt werden kann, was heute an Anforderungen an das Haus gestellt wird. Die Leitung des Gemeinschaftshauses wendet sich daher in einem schon ausgestatteten Aufruf an alle Freunde des Hauses, an die Mitglieder des Kulturbundes, und darüber hinaus an alle Hamburger Juden, sie in diesem Ausbau, bzw. in der Tragung der schon entstandenen Unkosten, die über den ursprünglichen Plan hinausgingen, zu unterstützen.

Keiner wird heute mehr das Haus entbehren wollen, das bereits den Ruf des jüdischen Hamburg und seiner Opferbereitschaft weit hinausgetragen hat, und jeder hat daher die moralische Pflicht, sich dieser Annehmlichkeiten durch eine weitere Zeichnung zu den Unkosten wert zu zeigen. Bedenkt man noch, welche hohe soziale Aufgabe das Haus dadurch erfüllt, daß es vielen, vielen jüdischen Menschen Arbeit und Brot, vielen jüdischen Künstlern darüber hinaus Resonanz für ihre Kunst gibt, so wird dadurch diese Bitte nur um so eindringlicher. Eine größere Summe muß in nächster Zeit aufgebracht werden, um die vorhandenen Lücken auszufüllen, und wir empfehlen daher den bereits in aller Hände befindlichen Aufruf eingehender und tatkräftiger Berücksichtigung.

## 13.2 Die Gemeindebibliothek und das Gemeindearchiv

### Nr. 1

Die Würdigung von Professor Isaak Markon, den Leiter der Gemeindebibliothek  
11. Januar 1935 [27. Januar 1935]

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 1 vom 11.1.1935,  
S. 1f.

Professor Dr. Isaak Markon

der Leiter unserer Gemeindebibliothek feiert am 27. d.M. seinen 60. Geburtstag.<sup>3</sup>

Als Professor Markon 1928 nach Hamburg berufen wurde, fand er eine Bibliothek von etwa 400 Bänden vor, dazu einen kleinen Lesesaal, der von kaum 10 Personen in der Woche benutzt wurde. Heute zählt die Gemeindebibliothek 25000 Bände, der Lesesaal wird täglich von nahezu 100 Personen besucht, fast 80 Entleiher täglich nehmen die Bibliothek in Anspruch. Diese Entwicklung ist zum größten Teile Markons Verdienst. Neben der Erwerbung der Bibliothek des Rabbiners Dr. Nobel s.A. (4000 Bände), hat er, fast ganz ohne Mittel, durch seine persönlichen Verbindungen, seine Sachkenntnis und seine Kunst der Menschenbehandlung, große Bücherspenden für die Bibliothek veranlaßt, so daß sie zu einer Bücherei von Bedeutung für die jüdische Wissenschaft geworden ist und außergewöhnlich viel bieten kann. Hoffentlich ist es in günstiger Zeit einmal möglich, einen Katalog ihrer Bestände zu veröffentlichen.

Professor Markon ist eine durchaus eigen- und einzigartige Persönlichkeit. Unübertroffen ist seine von einer seltenen Stärke des Gedächtnisses unterstützte Belesenheit und Kenntnis der Quellen auf dem Gebiete der gesamten jüdischen Literatur. Der Talmudgelehrte wie der Forscher in jüdischer Geschichte und Wissenschaft finden bei ihm in der Quellen- und Literatursuche unvergleichliche Unterstützung, dem Familienforscher zeigt er sich als Kenner aller jüdischen Persönlichkeiten und Familien von Bedeutung. Dabei ist Markon keineswegs der trockene Gelehrte, sondern bei ihm erscheint alles im Gewand menschlicher Frische, mit herzerquickendem Humor, so daß er sich in den sechs Jahren seines Hierseins wohlverdiente Popularität errungen hat.

Markon ist eine Persönlichkeit von internationalem Ruf, er genießt in der jüdischen und nichtjüdischen wissenschaftlichen Welt höchstes Ansehen, und seine Hilfe

3 Isaak Dow Ber Markon (1875-1949), Dr. phil. 1899, russischer Staatsangehöriger, Schriftsteller, Orientalist, Bibliothekar und Mitherausgeber der *Encyclopedia Judaica*, war von 1928 bis 1938 Leiter der Bibliothek und Lesehalle der Gemeinde. Markon emigrierte 1938 nach Holland und von dort 1940 nach England. Vgl. HF Nr. 4 vom 24.1.1935, S. I-III, und Nr. 5 vom 31.1.1935, S. IV; Alice Jankowski, Isaak Dow Ber Markon, in: Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.), *Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk*, Göttingen 2006, S. 185f.

wird heute mehr als je bei der Beantwortung schwieriger wissenschaftlicher Fragen von aller Welt begehrt. Seine Entwicklung vollzog sich auf dem Boden des alten Rußlands, wo er zu dem kleinen Kreise führender jüdischer Menschen gehörte, die in Petersburg im Interesse ihrer Glaubensgenossen ungeheure Arbeit leisteten. Denn bei aller wissenschaftlichen Arbeit stand er auch als Leiter großer wirtschaftlicher Institute mitten im Leben. [...]

[...] 1928 kam er dann nach Hamburg, und seine Untersuchungen zur Geschichte der Hamburger Juden, die ihn seitdem beschäftigen, haben in Aufsätzen des Jahrbuchs des Verbandes der Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, des Gemeindeblattes und anderer Zeitschriften und Werke ihren Niederschlag gefunden. Aber alle Einzelleistungen, auf die Markon hinweisen kann, werden von einem großen, seinem größten Verdienst übertroffen: stets steht er zur Verfügung, wenn es gilt, jüdisches Wissen zu verbreiten, sei es, wenn einzelne zu ihm mit ihren Fragen kommen, sei es, daß er in seinen Vorträgen und Kursen – wie eben in diesem Winter wieder in der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung – sich an einen größeren Kreis wissenschaftlich interessierter Menschen wendet.

## Nr. 2

Anschaffungspolitik und Leseverhalten

14. August 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 8 vom 14.8.1936, S. 3

Else Menken:<sup>4</sup>

Bibliothek, Buch, Leser / Aus der Praxis für die Praxis<sup>5</sup>

[...]

Die Bibliotheken der jüdischen Gemeinden, besonders die der Groß- und Mittgemeinden, sind dem Beispiel der allgemeinen Büchereien gefolgt und haben sich voll und ganz in den Dienst ihrer Gemeindemitglieder gestellt. Sie sind zum Teil jungen Datums. Gewiß, es waren Buchbestände vorhanden. Sie waren in der Haupt-

4 Else Menken (1885-1944 [Theresienstadt]) war von 1933/34 bis zur Auflösung 1938/39 als Bibliothekarin der Gemeindebibliothek tätig. Sie wurde mit dem siebten Transport am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Als Todesdatum wird Theresienstadt, 11. Juni 1944, angegeben. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 283; Alice Jankowski, »Bibliothek, Buch, Leser«. Zur Geschichte der Hamburger jüdischen Gemeindebibliothek, in: Theresienstädter Studien und Dokumente 2005, S. 179-212.

5 Vgl. Alice Jankowski, Die Jüdische Bibliothek und Lesehalle in Hamburg. Eine Gebrauchsbibliothek als Spiegelbild jüdischen Lebens, Kultur und Geschichte der Hansestadt, Hamburg 2003.

sache einer geistigen Oberschicht vorbehalten, da sie sich besonders aus religions- und geisteswissenschaftlichen Werken zusammensetzten. Mit dem Wachstum der Gemeinden ging man dazu über, über den wissenschaftlichen Rahmen hinaus auch dem Verständnis des wissenschaftlich ungeschulten Lesers angepaßte Werke einzustellen. Die Gemeinde Breslau kann um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Bibliothek des Jüdischen Lehr- und Lesevereins vorweisen. Der Buchbestand setzte sich neben rein wissenschaftlichen aus populärwissenschaftlichen Werken, Kalendern, Jahrbüchern und belletristischen Werken zusammen. Die Bibliothek war nur den Mitgliedern des Vereins zugänglich. Sie bildet den Grundstock der vorzüglich aufgebauten und geleiteten Bibliothek der Synagogen-Gemeinde Breslau.

Die Bibliothek unserer Gemeinde ist jüngeren Datums. Erst nach dem Weltkrieg begann man, den vorhandenen Buchbestand auszubauen und durch wertvolle Erwerbungen und Ankäufe zu ergänzen: ich denke dabei an die Bibliotheken der verewigten Rabbiner Leimdörfer und Nobel. Schätze jüdischen und profanen Wissens warten hier der Hebung, denn noch lange nicht sind alle diese Bücher dem Leser zugänglich. Ihre Verarbeitung und Auswertung bedeutet für den Bibliothekar ein ansehnliches Stück Arbeit. Der Laie sagt: »Das Buch bekommt eine Nummer, und ich kann es entleihen.« Ganz so einfach ist der Weg vom Buchhändler über den Bibliothekar zum Leser nicht. Ich darf kurz den Geschäftsgang aufzeigen. Das Buch liegt auf dem Arbeitstisch des Bibliothekars. Es ist von ihm geprüft und für die Einstellung als geeignet befunden. Verfasser, Titel, Preis werden in ein Zugangsjournal unter laufender Nummer eingetragen. Dann bekommt das Buch seine Karteikarte mit genauem »Signalement«. Gemäß seinem Inhalt wird es in eine bestimmte Abteilung des Bücherbestandes eingereiht und bekommt eine Karte im Schlagwort- und im Sachkatalog. Als Letztes und nicht Geringstes werden Verfasser und Titel in die ausliegenden Kataloge für die Leser eingetragen. Der Leserkatalog steht entweder in Form einer Kartei oder in gedruckten oder geschriebenen Bänden dem Benutzer zur Verfügung. Der Vorteil des Bandkataloges besteht darin, daß mehrere Leser ihn zu gleicher Zeit einsehen können, während die Kartei bei starker Benutzung oft ein »lebensgefährliches Gedränge« aufzuweisen hat.

Das ist der Weg des Buches. Weit wichtiger noch ist der Weg des Lesers von der Eingangstür der Bücherei zum Buche und zum Bibliothekar. Es wäre hier am Platze, von Leserpsychologie zu sprechen. Ich lasse Jean Paul das Wort, der einmal gesagt hat: »Es gibt Leser, die sind wie Schwämme, sie saugen sich voll; manche sind den Seihen gleich, sie behalten nur das Schlechte; nur wenige sind den Diamanten gleich, die das Licht in sich aufnehmen und es in gleicher Stärke zurückstrahlen.« Der Bibliothekar muß Menschenkenner sein, die Menschen, die zu ihm kommen, zu verstehen suchen, erst dann verliert die Bücherei das Gesicht der Leihbibliothek und stellt sich in den Dienst der Erwachsenenbildung. Der Leser, der heute eine jüdische Bücherei betritt, ist mit Wünschen geladen. Und so wie wir vom Kind selbständiges Arbeiten und Erarbeiten verlangen und uns nur Führung und Geleit vorbehalten, so soll auch der Leser die Bücherei selbständig benutzen. Wie? In vie-



len Großbüchereien – so auch in einigen des Hamburger Staates – haben wir die Freihandausleihe. Der Benutzer geht an die Buchbestände heran und sucht selbst das von ihm gewünschte Buch heraus. Freihandausleihe kann nur in solchen Bibliotheken sein, welche viel Raum und viel Personal zur Verfügung haben. Um den Buchbestand selbständig kennen zu lernen, geht der Leser an den ausliegenden Katalog heran. Sei es Zettelkatalog oder Buchkatalog, er muß so angelegt sein, daß sich auch der einfache Leser – mit diesem müssen wir in unseren jüdischen Büchereien immer rechnen – darin leicht zurechtfindet. Belletristik und wissenschaftliche Literatur sind getrennt aufzuführen. Im belletristischen Teil soll bei jedem Buche ein Schlagwort stehen, das kurz auf den Inhalt hinweist, denn »Titel verführen«, schrieb vor einigen Jahren ein Führer der Büchereiarbeit in einem sehr ergötzlichen Aufsatz. Die wissenschaftliche Literatur ist alphabetisch nach den Verfassern zu ordnen. Judaica und Hebraica werden gesondert aufgeführt.

Neben dem alphabetischen Katalog ist der Sachkatalog für den Leser dringend erforderlich. Für seine Benutzung möchte ich von einem konkreten Beispiele ausgehen. Ein Benutzer wünscht ein Buch über seine Heimatgemeinde, nennen wie sie Xhausen in Bayern. Sachkatalog: Geschichte der Juden in Deutschland. – 1. Allgemeines 2. Einzelne Staaten. A. Bayern. Allgemeines – Stadtgeschichte. Unter X wird er über seine Heimatgemeinde alles Wissenswerte finden. – Es gibt Sachgebiete, welche eine große Zahl von einschlägigen Werken aufweisen. In diesem Falle wird sich der Leser vom Bibliothekar beraten lassen oder gemeinsam mit ihm die in Frage kommenden Werke durchsehen. Bei der Benutzung der Kataloge sind die Signaturen der gewünschten Bücher aufzuschreiben, da es das Herausuchen erleichtert. Daher halte ich es für notwendig, daß jedes Buch – auch das kleinste – sein Signum hat. Ich habe oben von der Leserberatung oder besser von der Beratung zwischen Leser und Bibliothekar gesprochen. [...] Der Bibliothekar von heute, und besonders der jüdische Bibliothekar, soll zum Mittelpunkt des geistigen Lebens vieler Menschen werden. Das können weder der Bücherwurm, noch der Bürobeamte, das kann nur der Mensch, der im Leben steht und Verständnis für seine Mitmenschen hat.

[...]

**Nr. 3**

Über die Sicherung des archivalischen Materials

15. Dezember 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 329 c, Bl. 232

[Sitzung des Vorstandes der Gemeinde vom 15. Dezember 1936]

Memorandum über die Sicherung des archivalischen Materials der Gemeinde und sonstigen Materials zur Geschichte der Juden in Gross-Hamburg und Äusserung des Gesamtarchivs der Juden in Berlin zu diesem Memorandum. Herr Dr. Lippmann legt dar, dass es sich um 2 verschiedene Aufgaben handle, einmal um die Sicherung und Erhaltung des gesamten schriftlichen, insbesondere des Aktenmaterials der Gemeinde, sodann um eine geschichtliche Darstellung des Anteils der hamburgischen Juden an dem gesamten öffentlichen Leben Hamburgs in dem letzten Jahrhundert. Eine solche Bearbeitung empfehle sich, bevor diejenigen nicht mehr am Leben seien, die aus ihrer Kenntnis der Dinge wichtiges Material beisteuern könnten. Der Vorstand bestimmt zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit die Herren R.-A. David, Dr. Loewenberg, Dr. Lippmann, Dr. Warburg; der Ausschuss ist nach der Rückkehr des Herrn Dr. Loewenberg einzuberufen.

**Nr. 4**

Fragen zu einer Neuordnung der Gemeindebibliothek

10. Dezember 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 346 Bd. II, Bl. 128

[Sitzung des Repräsentanten-Kollegiums vom 10. Dezember 1937]

Bibliothek.

Dr. Meyer drückt seine Verwunderung darüber aus, dass der Posten Bibliothek um RM 2.000 für Katalogisierung erhöht worden ist; in den vielen Jahren hätten die 20.000 Bände längst katalogisiert sein müssen.

Dr. Warburg: Herr Dr. Lippmann hat sich etwas kursorisch ausgedrückt. Dr. Markon muss einen Assistenten haben. Die Bibliothek ist in den letzten Jahren stark gewachsen und enthält vieles, was nicht würdig ist, der Bibliothek der Gemeinde anzugehören. Es ist vorübergehend eine jüngere Kraft nötig, um Dr. Markon behilflich zu sein, die Bibliothek in einen etwas moderneren Zustand zu versetzen.

Dr. Lippmann: Im Ansatz Bibliothek ist ein Posten für Neuanschaffungen enthalten. Seines Erachtens sei es dringend notwendig, aus den Beständen, die der Bibliothek

besonders durch Tod oder Auswanderung angefallen sind, solche Bücher, die mehrfach vorhanden sind, auszusondern und gegen andere zu tauschen. Wenn eine solche Aussonderung von Dubletten durchgeführt würde, könnten sicherlich viele jetzt fehlende Bücher beschafft werden. Die Bibliothek solle nicht nur wissenschaftliche, sondern auch populäre Werke enthalten. Es sei nicht erforderlich, jedes seltene hebräische Werk anzuschaffen; das sei mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich und s.E. auch nicht erforderlich, da gerade die Hamburgische Staatsbibliothek viele gute und seltene Hebraica und Judaica enthalte, die Interessenten zur Verfügung ständen. Unbedingt notwendig sei es, Ordnung in die Bibliothek zu bringen, sie methodisch weiterzuführen und sie in einem gebrauchsfähigen Zustand zu erhalten.<sup>6</sup>

### Nr. 5

Professor Isaak Markon verlässt Hamburg

März 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 3 vom 11.3.1938, S. 3

### **Professor Dr. I. Markons Fortgang von Hamburg**

Herr Professor Dr. Markon, der seit dem Jahre 1928 das Amt eines Bibliothekars des Religionsverbandes innehatte, hat mit dem 15. v.M. sein Amt niedergelegt, um sich fortan in den Niederlanden ein neues Arbeitsfeld zu schaffen. Herr Prof. Markon hat sich während seines Hamburger Aufenthaltes nicht darauf beschränkt, den großen Kreis der Besucher und der Benutzer der Bibliothek des Religionsverbandes in die jüdischen Wissensgebiete einzuführen und bei ihren Studien zu beraten, sondern auch durch vielfache Vorträge, namentlich innerhalb der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung, unmittelbar zu der jüdischen Bevölkerung Hamburgs gesprochen. Ferner hat er durch viele Arbeiten, die zu einem Teile in dem Jahrbuch des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte[,] zu einem großen Teile auch in unserm Gemeindeblatt erschienen sind, zur Erforschung und Darstellung der Geschichte der Juden im Groß-Hamburger Gebiet beigetragen. Anlässlich seines Fortganges von Hamburg veranstaltete am 22. v.M. der Vorstand des Religionsverbandes im Hause des Herrn Oberrabbiners Dr. Carlebach eine schlichte Abschiedsfeier, an welcher Vertreter des Vorstandes und des Repräsentanten-Kollegiums, des Bildungsausschusses des Religionsverbandes und Mitglieder des

6 Eine kritische Sicht über die Zustände in der Bibliothek findet sich auch bei Loewenberg, Mein Leben in Deutschland, S. 82.

Ehrenpräsidiums und der Verwaltung der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung, sowie mehrere Rabbiner der hiesigen Kultusverbände und einige persönliche Freunde des Herrn Professor Markon teilnahmen. Bei seiner Abreise von Hamburg waren ebenfalls Vertreter des Religionsverbandes und persönliche Freunde anwesend.

## Nr. 6

Entwicklung und Bestand der Bibliothek

5. Mai 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 18 vom 5.5.1938, S. 16 a-b

### Unsere jüdische Bibliothek

Jüdisches Leben hat sich heute mehr als je verinnerlicht. Der einzelne zieht sich zurück, sucht weniger als früher die Massen. Dem könnte man vielleicht die Fülle jüdischer Veranstaltungen entgegenhalten. Aber mit Unrecht! Zählt man das Publikum sämtlicher Vorträge, Theaterveranstaltungen und Gesellschaftsabende zusammen, die in jüdischem Kreise hier etwa in einem Monat stattfinden, so wird man finden, daß sie alle zusammen kaum mehr als höchstens 3000 Besucher aufweisen. Da mindestens die Hälfte, wenn nicht noch mehr, sich aus den gleichen Personen zusammensetzt, so kann man mit Sicherheit daraus schließen, daß kaum der fünfte Jude in Hamburg auch nur einmal im Monat eine jüdische Veranstaltung besucht. Daß man sich aber mit jüdischen Dingen beschäftigt, ist zweifellos. Denn schon die gleiche Statistik auf den Besuch der Gottesdienste, die Lektüre jüdischer Zeitungen, Teilnahme an Lehrkursen oder sportlichen Übungsstunden ausgedehnt, bietet ein anderes Bild. Und die Ergänzung geistiger und körperlicher Erholung wird ihnen allen durch das jüdische Buch gewährt. Es ist daher eine erste und längst erkannte Pflicht unserer führenden Organisationen[,] durch reichhaltige Bibliotheken für diese Ergänzung durch das Geistige zu sorgen. Mit Stolz kann man sagen, daß wir in dieser Beziehung mit an der Spitze stehen, denn unsere jüdische Bibliothek genoß und genießt gerade heute den besten Ruf und wird außerordentlich stark benutzt.

Die Bibliothek des Religionsverbandes hat einige Jahre stärksten Wachstums und sozusagen stürmischster Entwicklung hinter sich. Als sie vor etwa zehn Jahren aus dem Dunkel einer kaum beachteten Existenz hervortrat, nahm sei kaum zwei kleine Zimmerchen im Hause Johnsallee ein. Unter Leitung von Professor Markon wurde ein zielbewußter Aufbau nach der wissenschaftlichen Seite eingeleitet. Es kam die Erwerbung der Bibliothek des sel. Rabbiners Dr. Nobel, es kamen manche andere Bestände dazu, viele Menschen, die Hamburg verließen, schenkten ihre Bücherbestände, unter denen sich immer wenigstens etwas Wertvolles befand, und so

schwoll sie in den dann in Anspruch genommenen Räumen des Hauses Benekstr. 6 auf einen Bestand von ungefähr 40000 Bänden an. Daß die Ordnung und Katalogisierung solcher von vorneherein ungeordneter Massen eine Arbeit ist, die von Beamten, die durch täglichen Dienst stark in Anspruch genommen wurden, nicht so schnell erfolgen konnte, war klar. Aber auch diese Arbeiten wurden mit Tatkraft in Angriff genommen und jetzt so weit durchgeführt, daß sie den Bedürfnissen des Publikums nun in jeder Beziehung genügen kann.

Ein gedruckter Katalog wird zwar für lange Zeit ein unerfüllbarer Wunsch bleiben, doch liegt jetzt sowohl ein Autorenkatalog, ein Sachkatalog, als auch ein alphabetischer Zettelkatalog vor. Wer also ein Buch sucht, kann es sowohl finden, wenn er den Autor kennt, als auch wenn er die Materie bezeichnet, um die es sich handelt. Drei Hauptabteilungen sind es, welche die Bibliothek umfaßt: die jüdisch-wissenschaftliche, die jüdisch-belletristische und die nichtjüdische Sparte. Für die beiden ersteren Abteilungen sind die beiden genannten Katalogarten vorhanden, für die nichtjüdischen Bücher ein Zettelkatalog nach sachlichen Gesichtspunkten, so daß alles sofort gefunden werden kann. Auch andere Hilfsmittel zum Aufsuchen von Büchern liegen vor, damit kein Winkel der Riesenbestände unerforscht bleibt.

Die jüdisch-wissenschaftliche Abteilung enthält eine Literatur, die man billigerweise verlangen kann. Die jüdischen Geschichtswerke in deutscher Sprache sind wohl alle lückenlos vorhanden, besonders zahlreich die Werke über die Geschichte der Juden in Deutschland, in erster Linie natürlich auch über die Geschichte der Juden in Hamburg. Dazu kommt die reichhaltige Sammlung über Palästina und zionistische Bewegung, bibelerklärende, apologetische und exegetische Werke, Predigtbücher und Nachschlagewerke aller Art. In der jüdisch-belletristischen Abteilung findet man sowohl die ältere Belletristik, als auch die HAUPTERSCHEINUNGEN der heutigen Belletristik, soweit sie irgend einen wirklichen Wert besitzt. Hier findet besonders die Jugend eine große Auswahl. Auch die Uebersetzungen der jiddischen Schriftsteller nehmen einen großen Platz ein. Von großem Wert hat sich in letzter Zeit die reichhaltige Kollektion von Feiertagsgebetbüchern u.ä. herausgestellt, die für geschlossene Anstalten in starker Zahl benötigt wurden. Auch Peßachhagadot wurden für die verschiedenen Veranstaltungen stark verlangt.

Alle diese Bücher sind nach Gebieten geordnet, so daß man sie leicht erreichen kann und sie auch vom Publikum leicht übersehen werden können. Einer systematischen Ordnung der hebräischen Bücherei ist man bisher auch schon zwar nähergetreten, konnte aber diese Sparte noch nicht ganz in Angriff nehmen, immerhin wird auch das nicht mehr lange auf sich warten lassen. Denn gerade hier ist sehr wertvolles Material vorhanden, sogar Bücher von hohem Seltenheitswert, die natürlich nur für Spezialisten überhaupt verwendbar sind.

Die Benutzung der Bibliothek an sich wird außerordentlich erleichtert durch eine systematische Leserberatung und Anregung. Jeder, der nur irgendwie das Bedürfnis hat, sich hier zur Belehrung, zur Entspannung, zur Loslösung vom Alltag, für wis-

senschaftliche Zwecke, für den Gebrauch in Arbeitsgemeinschaften, für Arbeiten jeder Art sich Literatur zu besorgen, wird sie finden, wenn er nur ungefähr die Richtung angeben kann, in der sich seine Wünsche bewegen. Um besonders anzuregen, sind jetzt auch kleine aktuelle Zusammenstellungen und Ausstellungen eingeführt, die sich sehr bewährt haben. So sah man vor Peßach eine Ausstellung der vorhandenen Hagadot und Machsorim, im Augenblick eine Auswahl von Werken über die Geschichte der Juden in Oesterreich, und das sind nicht nur Ausstellungen, sondern alle diese Werke werden auch verliehen.

Einen großen Anziehungspunkt bildet selbstverständlich auch die Lesehalle, die sehr stark besucht wird. Neben einer Tageszeitung findet man hier etwa 50 jüdische Blätter und Monatsschriften aus dem In- und Ausland, die gebräuchlichsten Nachschlagewerke, Wörterbücher, Lexika, Mischna- und Talmudausgaben. Und immer findet man dort Menschen, die sich hier gern orientieren oder ihre Mußstunden mit nützlichem Studium verbringen.

Um die Benutzung der Bibliothek noch mehr anzuregen, ist jetzt vorgesehen, von Zeit zu Zeit im Gemeindeblatt Uebersichten über die vorhandene Literatur aus Spezialgebieten zu bringen, so etwa über die Geschichte der Juden in Deutschland, die Geschichte der Juden in Hamburg u.a m. Auch eine weitere Ausdehnung der Bibliothek, sozusagen, eine Filiale, ist schon in Angriff genommen, indem ein Teil der Bestände kultur- und kunstgeschichtlichen Inhalts im Bibliotheksraum des jüdischen Gemeinschaftshauses aufgestellt wurde, wobei freilich noch nicht entschieden ist, in welcher Weise man diese der Benutzung der Allgemeinheit oder bestimmter interessierter Kreise zugänglich machen soll.

Zum Schluß noch einige Zahlen: Der Lesesaal hatte im Jahre 1937 18375 eingeschriebene Leser, was einem Durchschnitt von 57 Lesern am Tag entspricht. Ausgeliehen wurden im Jahre fast genau 10000 Bände. Beide Zahlen sind an sich hoch genug, sie werden sich aber gewiß noch steigern lassen. Zwei hervorragende Fachleute sind um das Publikum bemüht, nachdem vor wenigen Monaten infolge Wegzugs Professor Dr. Markon ausgeschieden ist, die im Bibliothekdienst bewährten Frl. Menken und Herr Borchard. Nach modernsten staatlichen Grundsätzen der Bibliotheksordnungen haben sie Katalog und Verwaltung geordnet, und das Hamburger jüdische Publikum kann nun sein Interesse an seiner jüdischen Fortbildung durch immer eifrigere Benutzung beweisen.

J[ulian] L[ehmann]

**Nr. 7**

»Schützt Euer Archivgut!«

Juli 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 7 vom 15.7.1938, S. 3 f.

Dr. J. J a c o b s o n , Leiter des Gesamtarchivs der Juden in Deutschland:

**Schützt Euer Archivgut!**

In den hinter uns liegenden Zeiten war es nicht leicht, Verständnis für die Arbeit zu erwecken, die ein jüdisches Archiv zu leisten hat. Der Wechsel der Verhältnisse hat auch darin gründlich Wandlung geschaffen. Freilich liegt dem weniger die Einsicht zugrunde, daß aus den Akten der jüdischen Gemeinden, Vereine und Verbände ein Weg hinüber führt zur Erkenntnis jüdischer Vergangenheit und jüdischer Gegenwart; vielmehr haben Erfahrungen und Erwägungen rein praktischer Art die Stellung des jüdischen Publikums gegenüber dem jüdischen Archiv geändert.

Neigung und Notwendigkeit haben gerade in den letzten Jahren unendlich viele veranlaßt, dem Ursprung ihrer Familien nachzuforschen und Verwandtschaftsverhältnisse urkundlich nachzuweisen; täglich wächst der Kreis derer, die sich Papiere über ihre Abstammung beschaffen müssen oder mit Hilfe solcher Papiere jahrzehntelang abgerissene Familienbeziehungen wieder anknüpfen wollen. Sie wissen heute, was es zu bedeuten hat, daß in jahrzehntelanger Sammelarbeit das Schriftgut so mancher alten jüdischen Gemeinde geborgen wurde, deren Bestand in unseren Tagen abgeschlossen wurde oder schon abgeschlossen war. Sie können aber auch ermessen, wie durch die Vernachlässigung des Archivschutzes nie wieder gutzumachender Schaden angerichtet wurde, und begreifen, daß gerade jetzt Unterstützung des Archivschutzes die Pflicht der Stunde ist.

Daß die jüdischen Archive dieser Pflicht zu genügen suchen, ist selbstverständlich; man braucht kaum hervorzuheben, daß sie alles tun, um die Akten und Register aufzufangen, die heute in den jüdischen Gemeinden Deutschlands frei werden. Antrieb für diese Bemühungen ist für das jüdische Archiv natürlich auch der Wunsch, den Anforderungen zu genügen, die von der Praxis gestellt werden. Jeder Archivbestand und jeder Zugang wird mit danach bewertet, was er an personen- und familiengeschichtlich Bedeutsamem und Auswertbarem enthält. Und wie vielseitig ist das Material, das aus dem Archivgut jüdischer Gemeinden für familiengeschichtliche Nachweisungen zur Verfügung gestellt werden kann!

In erster Linie sind da die **P e r s o n e n s t a n d s r e g i s t e r**, in denen die Geburten, Trauungen und Sterbefälle eingetragen sind. Dazu kommen **P e r s o n e n s t a n d s a u f n a h m e n** über den genauen mit Geburtsdaten versehenen Bestand einer Gemeinde in einem bestimmten Augenblick, und auf der anderen Seite **G r ä b e r v e r**

zeichnisse. – Steuer- und Wählerlisten, Schüler- und Gewerbeverzeichnisse, Musterungsrollen und Register über den Erwerb der Synagogenplätze, Zugangs- und Abwanderungslisten, Akten mit Personalnotizen, sie alle sind dem willkommen, der den Spuren seiner Vorfahren nachgeht und Nachweisungen über ihr Leben und ihre Stellung beizubringen hat. Dankbar begrüßt er es, wenn er für seine Forschungen einen festen Rückhalt dadurch gewinnt, daß er den Namen der Ahnen in Listen wiederfindet, die aus der Zeit stammen, als die Juden feste Familiennamen annahmen. Führt die Ahnenreihe aber, wie so häufig, nach der Provinz Posen, so treten an die Stelle der Namenlisten jene Akten und Listen über Naturalisation und Duldung, die im Zuge der Sondergesetzgebung für die Provinz Posen (1833 – 48) entstanden.

Je mehr Akten und Register dieser Art an einer Stelle vereinigt sind, desto leichter ist es, einem großen Kreise von Menschen mit Auskunfterteilungen, Urkundenaustellungen und Urkundenbeschaffungen behilflich zu sein. Wenn also das Gesamtarchiv der Juden in Deutschland drei Jahrzehnte hindurch Akten, Familienregister und Namenlisten gesammelt hat, so sieht es sich heute dadurch belohnt, daß es Wege weisen und helfen kann. Und wenn es sich weiter bemüht, das Archivgut jüdischer Gemeinden Deutschlands zu retten und vor sinnloser Verzettlung zu sichern, so ist das ein notwendiges und berechtigtes Bemühen.

[...]

Unter den Sorgen des Tages mag die Sorge um Akten, Register, Beschneidungsbücher, Torawimpeln und Bucheinträge merkwürdig und klein erscheinen. Es wäre aber ein verhängnisvoller Fehler und bewiese einen sträflichen Mangel an Voraussicht und Gemeinsinn, wollte man sich dieser Sorge verschließen. Jener Gemeindevorsteher, der erst kürzlich, bevor er auswanderte, das Archivgut seiner Gemeinde unaufgefordert dem Gesamtarchiv überwies, hat jedenfalls die Zeichen der Zeit verstanden. Er mag allen denen, die es angeht, zum Muster hingestellt sein.



## 14. Die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde

### **Nr. 1**

Die Satzung der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde (1907)

11. September 1907

Albert Wulff (Hrsg.), Hamburgische Gesetze und Verordnungen, Bd. 3, 3. Aufl., Hamburg 1930, S. 751-754

### **Satzungen der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde zu Hamburg.**

#### Art. 1.

Die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde besteht aus den derselben bisher angehörnden Mitgliedern und den im hamburgischen Staatsgebiet ansässigen portugiesischen (sephardischen) Juden beiderlei Geschlechts, welche in Gemäßheit dieser Satzungen aufgenommen werden.

#### Art. 2.

Zweck der Gemeinde ist:

- a) Aufrechterhaltung des gemeinschaftlichen Gottesdienstes nach portugiesisch-jüdischem Ritus;
- b) die Wahrnehmung derjenigen kulturellen Handlungen, zu welchen nach bisheriger Übung ein Kultusbeamter hinzugezogen wird;
- c) Erhaltung der Begräbnisplätze;
- d) die Führung der Gemeinde-Register über die vorkommenden Geburten, Trauungen und Todesfälle.

Außerdem wird sich die Gemeinde die Unterstützung und Pflege der ihr angehörigen Bedürftigen und Kranken angelegen sein lassen.

### **Eintritt und Austritt.**

#### Art. 3.

Gesuche um Aufnahme in die Gemeinde werden an den Vorstand gerichtet und von diesem in Verbindung mit den Schätzungsdeputierten (Art. 27 und 28) erledigt.  
[...]

#### Art. 5.

Durch die Aufnahme in die Gemeinde wird für die Frau und die noch unmündigen Kinder des Aufgenommenen, sofern dieselben dem Judentum angehören, die Mitgliedschaft erworben.  
[...]

## Art. 9.

Wenn eine Angehörige der Gemeinde sich mit einem derselben nicht angehörigenden Manne verheiratet, gibt sie dadurch ihren Austritt aus der Gemeinde zu erkennen, ohne jedoch zu weiteren Beiträgen verpflichtet zu sein.

**Verwaltung.**

## Art. 10.

Die Verwaltung wird in höchster Instanz durch den Vorstand geleitet.

## Art. 11

Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern, welche auf 9 Jahre gewählt werden, und von denen nach Ablauf von je 3 Jahren das der Amtsdauer nach älteste austritt. [...]

## Art. 13.

Die Wahl eines Vorstehers wird, falls nicht unvorhergesehene Fälle eine Ausnahme erheischen, alle drei Jahre vorgenommen, sie muß spätestens sechs Wochen vor dem jüdischen Neujahrsfeste erledigt sein; der Ausfall der Wahl ist vom Vorstande sofort dem Senate zur Anzeige zu bringen. Die Einführung des neugewählten Vorstehers findet am Vorabend desselben Festes in der Synagoge statt.

## Art. 14.

Zur Vorbereitung einer Vorsteherwahl wird eine Gemeindeversammlung einberufen, in welcher in getrennten Wahlgängen vier Wahlmänner ernannt werden. Wer in einem der Wahlgänge die meisten Stimmen erhält, gilt als gewählt, bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

## Art. 15.

Ist einer der Wahlmänner außer Stande das Amt anzunehmen oder auszuüben, wird er durch denjenigen, der nach ihm die meisten Stimmen erhalten hat, ersetzt.

Die Wahlmänner treten eine Woche nach ihrer Ernennung mit dem Vorstande zu einem Wahlkörper zusammen. Dieser ist nur bei Vollzähligkeit beschlußfähig und vollzieht die Wahl eines Vorstehers durch geheime Abstimmung mittelst verdeckter Zettel nach absoluter Stimmenmehrheit.

[...]

**Vorstand.**

## Art. 19.

Der Vorstand leitet in höchster Instanz alle Gemeinde-Angelegenheiten. Er vertritt die Gemeinde nach außen, insbesondere dem Staate, den Gerichten und allen Behörden gegenüber. Er überwacht die gottesdienstliche Ordnung und erteilt die Ermächtigung zu allen außerhalb der Synagoge zu vollziehenden kulturellen Hand-

lungen, die der Mitwirkung von Gemeindebeamten bedürfen. Ihm steht ferner innerhalb der satzungsmäßigen Bestimmungen die Erledigung von Aufnahme gesuchen, die Verwaltung des Gemeindegut, der Finanzen sowie der zum Besten der Gemeinde gestifteten oder noch zu stiftenden Vermächtnisse zu.

[...]

Art. 22.

Der der Amtsdauer nach älteste Vorsteher führt den Vorsitz und die Kassengeschäfte, doch steht es ihm frei, diese Obliegenheiten auf dem Wege der Verabredung auf einen seiner Mitvorsteher zu übertragen.

Art. 23.

Der Vorstand überwacht die Ausführung der Synagogenordnung. Falls keiner der Vorsteher im Gotteshause anwesend sein sollte, wird diese Tätigkeit durch einen Stellvertreter (Delegado) ausgeübt.

Art. 24.

Der Vorstand ernennt den Delegado aus einem von der Gemeindeversammlung im Anschluß an die jeweilige Vorsteherwahl vorzulegenden Wahlaufsatz von drei Mitgliedern für die Dauer von drei Jahren.

[...]

**Schätzungsdeputierte.**

Art. 27.

Gleichzeitig mit der Wahl der Wahlmänner ist von der Gemeindeversammlung die Wahl von zwei Schätzungsdeputierten für die nächsten drei Rechnungsjahre vorzunehmen. Die Wahl geschieht in einem Wahlgange nach relativer Stimmenmehrheit.

Art. 28.

Die Schätzungsdeputierten haben, in Verbindung mit dem Vorstande, den Bedarfsvoranschlag festzustellen und eventuell zu erhöhen, in jedem Einzelfalle die Höhe des Eintrittsgeldes zu bestimmen und die Gemeinde-Umlagen in gleichmäßiger Weise abzuschätzen. Sie entscheiden außerdem gemeinschaftlich mit dem Vorstande über die Aufnahme neuer Mitglieder.

**Beiträge.**

Art. 29.

Jedes mündige Mitglied ist zur Leistung jährlicher Beiträge verpflichtet, welche ein vom Hundert des Jahreseinkommens nicht übersteigen dürfen. Gleicher Verpflichtung unterliegen auch unmündige Mitglieder, die selbständiges Vermögen besitzen, sowie ungeteilte Erbschaftsmassen. Einwendungen gegen die Einschätzung

sind binnen vier Wochen dem Vorstande einzureichen und eventualiter innerhalb zehn Tagen nach dessen Rückäußerung zur endgültigen Entscheidung an den Senat zu bringen.

### **Gemeindeversammlung.**

Art. 31.

Die Gemeindeversammlung wird jedesmal durch den Vorstand unter Angabe der Tagesordnung berufen.

Art. 32.

Zum Besuche der Gemeindeversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts in derselben sind einschließlich der Mitglieder des Vorstandes alle volljährigen Mitglieder berechtigt.

[...]

### **Besoldete Beamte.**

[...]

### **Kultus.**

Art. 40.

Die gottesdienstlichen Angelegenheiten werden durch die Synagogenordnung geregelt.

### **Begräbniswesen.**

Art. 41.

Die Gemeinde sorgt für die Unterhaltung der Begräbnisplätze. Ihr liegt die Pflicht ob, die Bestattung ihrer Mitglieder, und zwar bei mittellosen kostenfrei, zu beschaffen. Das Nähere bestimmt das durch Senatsbeschluß vom 29. Februar 1884 genehmigte Reglement für den Ohlsdorfer Friedhof.

### **Armenwesen.**

[...]

Genehmigt durch Senatsbeschluß vom 11. September 1907.

(L.S.)

(gez.) Hagedorn Dr.  
Sekretär des Senats.

**Nr. 2**

Die Generalversammlung 1933

22. Januar 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 558f.

Generalversammlung 1933

Im Gemeindehaus Johnsallee 54

am 22. Januar 1933

Anwesend: Vorstand – ca. 30 Mitglieder

Herr Luria als Präses eröffnet die Versammlung. Da Herr Sarfaty durch Krankheit verhindert ist, wird Herr M. E. Benzimra als Protokollführer bestellt.

Der neue Vorstand lt. Wahl vom 27.9.1932 wird präsentiert.

*Abrechnung/Voranschlag:* Die Abrechnung für 1931/1932 und der Voranschlag für 1932/1933 werden verlesen, herumgereicht und genehmigt. Herr Jos. Sealtiel<sup>1</sup> teilt mit, dass neue Mitglieder in die Gemeinde eingetreten sind. Herr Richard Pardo hält es für richtig, neues Leben in der Gemeinde zu wecken, und zwar u.a. durch Veranstaltung von Vorträgen und dergleichen. Herr J. Sealtiel bemerkt, dass der Altonaer Oberrabbiner sicherlich sich hierzu zur Verfügung stellen würde. Der Vorstand soll sich mit dieser Anregung näher befassen.

*Gemeinde-Standesregister:* Um dieses Register zu vervollkommen, wird eine Kommission gewählt:

Leon Cassuto

Dr. E. Meldola

G. A. Belmonte

Diese Herren nehmen die Wahl an. Der Vorsitzende schliesst hierauf die Versammlung.

*G'ttesdienst:* Von Anfang April 1933 bis Pessach wird der G'ttesdienst aus Zweckmässigkeits-Gründen in die kleine Synagoge am Bornplatz verlegt.

Aus gleichen Gründen abermalige Verlegung in die gleiche Synagoge von der Zeit nach Pessach des gleichen Jahres bis Schebuoth inclusive.

1 Joseph Sealtiel (1905-1945), Fondsmakler, war der letzte Vorsitzende der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde Beth Israel. Eine beabsichtigte Auswanderung nach England misslang. Joseph Sealtiel wurde zusammen mit seiner Frau Elise (geb. 1906) und seiner Tochter Judis (geb. am 23.1.1942) am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert. Von dort wurden er am 28. September 1944 und seine Familie am 4. Oktober 1944 weiter nach Auschwitz deportiert. Er starb am 10. März 1945 in einem Außenlager des KZ Dachau. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 379.

**Nr. 3**

Die Vorstandssitzung und Wahlversammlung im Haus von Raphael Cassuto

16. September 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 559 f.

Vorstandssitzung/Wahlversammlung

am 16. Sept. 1933 im Hause des Herrn R. Cassuto –

Anwesend vom Vorstand:

Herr J. Assael – Herr Jos. Sealtiel

Herr Dr. Luria vertritt Herrn Frank Luria

Wahlmänner: Frl. Alegra Benezra, Herren: L. Luria, W. Belmonte, R. Cassuto, M. E. Benzimra, G. Belmonte

Herr Sealtiel eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass Herr Assael niederlegt, weil ihm die Zeit fehlt, um sich der Gemeinde zu widmen. Herr S. dankt namens der Gemeinde Herrn A. für die geleistete Arbeit.

An Stelle des ausgeschiedenen Herrn A. schlägt er dann Herrn Michael Abendana Belmonte zur Wahl vor. Nach einer kurzen Aussprache werden die folgenden Herren zur Wahl vorgeschlagen:

M. Belmonte, Dr. A. Luria, W. Belmonte.

Wahlergebnis:

M. Belmonte     2 Stimmen

W. Belmonte     7 Stimmen

Dr. A. Luria     1 Stimme

Herr W. Belmonte lehnt jedoch das Amt, das er aus verschiedenen Gründen nicht annehmen kann, mit Bestimmtheit ab.

Nach lebhafter Debatte werden die Herren M. Belmonte und Dr. Meldola als Kandidaten präsentiert.

*Wahl:* Nunmehr wird Herr M. Belmonte mit 7 Stimmen gegen 2 für Dr. Meldola abgegebene Stimmen in den Vorstand unserer Gemeinde gewählt. Die Wahl ist für eine Amtsdauer von drei Jahren erfolgt, da Herr Assael 3 Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit zurückgetreten ist. Hierauf wird die Sitzung beendet.

*Vorstand:* Der Vorstand besteht jetzt aus den Herren:

Frank Luria

Michael Abendana Belmonte<sup>2</sup>

Joseph Sealtiel

2 Michael Abendana Belmonte (1855-1939), Inhaber einer von ihm gegründeten Bank, wurde 1933 in den Vorstand der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde gewählt. Gegen ihn wurde im September 1938 eine devisenrechtliche Sicherungsanordnung erlassen, da man ihn der Kapitalflucht

*Einführung in das Amt:* Am Vorabend von Rosch-Haschanah 5694 wird Herr M. Belmonte in sein Amt durch den Parnass-Présidente und den Parnass de Banca in der Snoga eingeführt.

*G'tesdienst:* Von Anfang Oktober 1933 bis voraussichtlich Frühjahr 1934 wird der G'tesdienst aus Ersparnisgründen in das Kindertagesheim der Agudath-Jisrael (Hallerstraße 45 parterre) verlegt.

#### Nr. 4

Die Vorstandssitzung mit Schätzungsdeputierten im Haus von Joseph Sealtiel

31. Dezember 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 561

*Anwesend:* Der Gesamtvorstand – Schätzungsdeputierte: 1.) Richard Pardo; 2.) an Stelle des bisherigen Schätzungsdeputierten M. Belmonte – Herr Ivan Andrade. Letzterer muss von der demnächst stattfindenden Mitgliederversammlung bestätigt werden.

Herr Frank Luria eröffnet die Sitzung und legt vor: Abrechnung für 1932/1933, sowie Voranschlag 1933/1934.

Beide werden genehmigt.

*Beiträge 1933/34:* Danach werden die Beiträge für das neue Rechnungsjahr festgesetzt. Herr R. Pardo gibt neue Anregungen für das Leben in der Gemeinde, die jedoch zur Besprechung an die demnächst stattfindende Generalversammlung verwiesen werden.

*Festsetzung der nächsten Generalversammlung/Gemeinde-Standes-Register:* Nachdem die Generalversammlung auf den 14. Januar 1934 festgesetzt ist, wird beschlossen, einen Fragebogen allen Mitgliedern zur Ausfüllung zuzusenden, mit dessen Hilfe alsdann das Gemeinde-Standes-Register vervollständigt werden soll.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

verdächtige. Nach dem Novemberpogrom wurde die Bank zum 31. Dezember 1938 »liquidiert«. Michael Belmonte starb am 2. Mai 1939 im Israelitischen Krankenhaus, möglicherweise an den Folgen eines Suizidversuches. Vgl. zur Familie Belmonte Astrid Louven, Familie Belmonte. »Die Belmonte-Brüder sind tot«, in: Galerie Morgenland (Hrsg.), »Wo Wurzeln waren ...«. Juden in Hamburg-Eimsbüttel 1933-1945, Hamburg 1993, S. 142-144; Michael Studemund-Halévy, Die Hamburger Nachkommen des Amsterdamer Kaufmanns Jacob Israel Belmonte, in: 25 Jahre Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel. Festschrift, Hamburg 2003, S. 141-149.

**Nr. 5**

Die Generalversammlung 1934

14. Januar 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 562-564

1934

*Generalvers.:* Am Sonntag, 14. Januar 1934 im Gemeindehaus, Johnsallee 54.

Anwesend: vom Vorstand: M. Belmonte und J. Sealtiel. – F. Luria wegen Abwesenheit von Hamburg verhindert.

Herr Belmonte eröffnet die Versammlung und begrüsst die Anwesenden. Er erteilt Herrn Sealtiel das Wort zur Berichterstattung über das abgelaufene Geschäftsjahr.

Herr Sealtiel verliest die Protokolle und erstattet den Bericht. –

Es wird Herrn Assael nochmals der Dank der Gemeinde ausgesprochen für seine ihr während seiner Zugehörigkeit zum Vorstand geleisteten Arbeit.

*Abrechnung/Voranschlag* von dem Jahr 1932/33 und für das Jahr 1933/34 werden ausführlich verlesen, erstere auch zur Einsicht herumgereicht, und beide werden von der Versammlung genehmigt.

Besonders dankt Herr Sealtiel namens des Vorstandes Herrn Sarfaty für seine unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit im Interesse unserer Gemeinde während der Berichtsperiode.

*Mitglieder:* Mit besonderem Bedauern erwähnt Herr Sealtiel, dass während der Berichtsperiode verschiedene wertvolle Mitglieder, unter ihnen treueste Synagogenbesucher[,] Hamburg verlassen haben, und somit der Gemeinde sehr stark fehlen.

*Diskussion:* Herr Richard Pardo regt an, dass etwas seitens der Gemeinde unternommen werden solle, um das Interesse der Jugend neu zu wecken; ausserdem richtet er den dringenden Appell an die Mitglieder, die Synagoge treuer zu besuchen.

Es wird vom Vorstand bekannt gegeben, dass Herr Sarfaty sich wiederholt bereit erklärt hat, sowohl die Jugend als auch andere Gemeinde-Angehörige kostenlos in allen infrage kommenden Gebiete einzuweihen, beziehungsweise zu unterrichten.

Nach lebhafter Debatte wird die Bearbeitung der Anregungen dem Vorstand übertragen.

*Anregung: Bessoudo zwecks Verlegung der Esnoga:* Es wird dann ein Schreiben des Herrn Haim J. Bessoudo verlesen, worin er darauf hinweist, dass im allgemeinen Interesse es sehr zu wünschen sei, dass die Esnoga in die jetzige Wohngegend verlegt werde.

Hierzu bemerkt Herr Sealtiel, dass die Deutsch-Israelitische Gemeinde in Hamburg schon wiederholt habe durchblicken lassen, dass sie ein Interesse daran hätte, unsere Esnoga zu pachten. Der Vorstand schliesst sich der Anregung des Herrn Bessoudo in der Überzeugung an, dass in verschiedener Hinsicht mit einer derartigen Veränderung den Interessen unserer Gemeinde bestens gedient sei.

*Antrag: L. Luria auf Wahl e[iner] Commission:* Nach angeregter Discussion beantragt Herr Leo Luria, eine Commission zu wählen, die die Angelegenheit gemeinschaftlich mit dem Vorstand bearbeiten soll.



*Zusatzantrag* J. Farchy: Herr Farchy sagt, dass wenn eine solche Commission gewählt werde, diese die volle Berechtigung haben müsse, nicht nur das Projekt zu prüfen und zu bearbeiten, sondern dass Vorstand und Commission ohne neue Einberufung und Befragung einer Mitgliederversammlung, nach eigenem bestem Erwägen und Gutdünken, ein solches Projekt zu verhandeln und zum endgültigen Abschluss zu bringen.

*Abstimmung:* Der Antrag: L. Luria mit Zusatz-Antrag: J. Farchy wird einstimmig angenommen.

*Commission:* Es wird die Commission gewählt:

Sie besteht aus den Herren:

Dr. Abraham Luria

Dr. Eduardo Meldola de Montalto

Raphael Cassuto

J. Farchy

*Schluss der Versammlung:* Hierauf schliesst Herr Michael Belmonte die Versammlung.

## **Nr. 6**

Die Übertragung des Steuereinzugs auf die Deutsch-Israelitische Gemeinde

10. April 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 329 a, Bl. 64

[Sitzung des Vorstandes vom 10.4.1934]

[...]

Anregung der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde, die Verwaltung ihrer Gemeindesteuern zu übernehmen. Beschlossen, gegebenenfalls der Anregung in der Form zu entsprechen, dass die Mitglieder der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde in die Deutsch-Israelitische Gemeinde eintreten und ihr dadurch steuerpflichtig werden und damit auch dem Landesfinanzamt gegenüber die Grundlage für die Besteuerung der Mitglieder der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde durch die Deutsch-Israelitische Gemeinde zu schaffen. Die von der Gemeinde zu berechnende Verwaltungsgebühr ist nach Schätzung des bezüglichen Steuereingangs und Feststellung des Geldbedarfs der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde zu bestimmen. Herr Dr. Nathan wird beauftragt, mit dem Vorsitzenden der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde Herrn Sealtiel zu verhandeln.

**Nr. 7**

Die erste Besichtigung der Esnoga

29. Mai 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 564

*Erste Besichtigung der Esnoga* fand statt am 29. Mai 1934 durch Abgesandte des Vorstandes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde und des Deutsch-Israelitischen Synagogenverbandes. Ausser diesen anwesend: Herr Architekt Engel. Vom Vorstand anwesend: Herr F. Luria, Herr J. Sealtiel sowie Herr Sarfaty.

**Nr. 8**

Der Tod des Hamburger Oberrabbiners Samuel Spitzer

31. Mai 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 565 f.

*Tod des Hamburger Oberrabbiners:* Am 15. Sivan 5694/31. Mai 1934 wurde die Hamburger Judenheit in grösste Trauer versetzt durch den Tod des hochehrwürdigen Herr[n] Oberrabbiner Dr. Samuel Spitzer [...].

Nachdem Herr Frank Luria und Herr Sealtiel sich am nächsten Tage in das Sterbehaus begeben hatten, suchten sie den vom Deutsch-Israelitischen Synagogenverband betrauten Trauerredner, Herrn Rabbiner Dr. M. Lewien auf, um ihn zu bitten, in seiner Rede auch den Schmerz der Port.-Jüd. Gemeinde um den Verlust des Chacham Ausdruck zu geben, wozu sich dieser bereit findet. Die Herren F. Luria und J. Sealtiel vertraten die Gemeinde bei den Trauerfeiern im Sterbehaus, in der Synagoge am Bornplatz und auf dem Friedhof in Ohlsdorf-Steilshoop.

*Trauerfeier:* Am Donnerstag, 8. Tamuz 5694/31. Mai 1934 fand in unserer Esnoga eine äusserst eindrucksvolle Trauerfeier für den Chacham Dr. Spitzer statt, über deren Einteilung und Verlauf das beiliegende Programm berichtet. Neben der Familie des Verewigten haben alle Herren Rabbiner und Vertreter der hiesigen jüdischen Institutionen und sehr viele Privatpersonen an der Veranstaltung teilgenommen. In der jüdischen Presse und auch im Publicum wurde überall restlos der stimmungsvolle Verlauf der Feier anerkannt.

Herr Rabbiner Dr. Benjamin Cohen hat als Kind der sefardischen Siedlung in Altona und als Schüler des Verewigten in meisterhafter Weise ein Bild des Heimgegangenen in seiner Trauerrede gezeichnet, wofür ihm gebührend Dank und Anerkennung in allen Kreisen zuteil wurde.

*G'ttesdienst:* Wie im Vorjahr, soll auch wieder in diesem Winter der G'ttesdienst aus Ersparnis- und sonstigen Gründen im Kinder-Tagesheim der Agudat-Jisrael in der Hallerstraße abgehalten werden.

**Nr. 9**

Die Gedenkfeier für Oberrabbiner Samuel Spitzer als Chacham der Gemeinde

21. Juni 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 6 vom 12.7.1934, S. 4

Die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde ehrte das Andenken des verstorbenen Oberrabbiners durch einen Trauergottesdienst am 21. v.M., in dessen Mittelpunkt die Gedächtnisrede des Herrn Rabbiners Dr. Benjamin Cohen-Friedrichstadt stand, der ein Schüler des Heimgegangenen ist. Die Trauerfeier, welche das schöne Gotteshaus der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde bis auf den letzten Platz füllte, war durch ihre gesamte Ausgestaltung, durch die treffliche, von rednerischem Schwung und großen Gedanken erfüllte Rede des Herrn Rabbiners Dr. Cohen, durch die ergreifende, von dem Chasan der Gemeinde Herrn A. Sarfati vorgetragene Kina mit ihrem klageerfüllten Refrain und dem erschütternden Schofarton, der jedesmal folgte, ein Erlebnis, unvergesslich für alle Teilnehmer.

Der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde folgte am 24. v.M. der Synagogen-Verband. Auch dieses Mal sah die Gemeindegynagoge Bornplatz eine große Trauerversammlung. Rabbiner Dr. Winter-Lübeck hielt die Gedächtnisrede und zeichnete in treffender Weise unter Heranziehung einer Fülle von Bibel-, Talmud- und Midraschworten den Heimgegangenen, dessen Lebensinhalt Dienen und Tragen gewesen sei. Psalmvorträge des Synagogenchors und des Oberkantors Bürger umrahmten die Trauerfeier.

– n. [Nathan]

**Nr. 10**

Die Vorstandssitzung im Dezember 1934

29. Dezember 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-I Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 566-570

*Schätzungs-Deputierte:* Am 29. Dezember 1934 fand im Hause des Herrn J. Sealtiel eine Sitzung des Vorstandes statt.

Anwesend: Gesamtvorstand und Schätzungsdeputierte: J. Andrade, sowie an Stelle des von hier fortgezogenen Herrn Richard Pardo der vom Vorstand zu dessen Ersatz bestellte Herr Dr. Eduardo Meldola de Montalto, welcher noch von der nächsten Versammlung in dieser Eigenschaft bestätigt werden muss.

Es wurde beschlossen, die Beiträge in Vorjahrshöhe festzusetzen. Der Voranschlag wurde für richtig befunden.

Kurz wurde über die ersten Verhandlungen und Vorbereitungen über die Verlegung der Esnoga berichtet; dieser Bericht fand sehr interessierte Aufnahme und volle Zustimmung.

Em Nome de Deos Bendito<sup>3</sup>

*Esnoga-Verlegung-Angelegenheit:* Sitzungen: mit der Verwaltung des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verb. am 29.VIII.1934. Der D.I.S.V. schlägt Tausch der Synagoge Binderstr. nur für Schabat und festa gegen volle Hergabe der Esnoga vor. Dies wird von Parnassim abgelehnt.

28.X.34. Sitzung der von der Gemeindevers. für diesen Zweck dem Vorstand beigegebenen Kommission & Vorstand im Hause des Herrn Rafael Cassuto. Bericht des Vorstandes über ein in Aussicht genommenes Grundstück. Darauf Besichtigung durch die anwesenden Herren; das Haus liegt: Innocentiastr. 37 und findet allseitig großen Beifall.

24.XI.34. Sitzung desselben Gremiums im Hause des Herrn Sealtiel. Bericht des Vorstandes über Verhandlungen mit der Deutsch-Isr. Gemeinde, anstelle des D.I.S.V., den wir als Partner aus Sicherheitsgründen ablehnen mussten. Es werden bewilligt: Für 5 Jahre auszugeben bis Rmk 2.800,- per Jahr, wenn dagegen für die Marcusstr.-Esnoga Rmk 2.000 – p. Jahr vereinnahmt werden.

Antrag des Vorstandes auf Bereitstellung von Rmk 3.000 – für Umbauzwecke, entweder durch Sammlung bei den Gemeinde-Mitgl. oder durch Verkauf einer Hypothek. Der Betrag wird aus Gemeinemitteln bewilligt. Es wird bald danach durch den Makler A. Wittemund eine Hypothek im Betrag von ca. 3.000 – verkauft.

*Mietung & Verträge: Hauswirt Minder:* Am 29.XI.34 wird das Grundstück Innocentiastr. 37 durch die Makler Arnold Hertz & Co. von Herrn Fritz Minder in Bremen auf 5 Jahre vom 1.I. 1935 bis 31. Dez. 1939 gemietet. Preis Rm 2.400,- per Jahr + jährl. Rm 400,- für Aufwendungen & Umbau, die sofort durch von uns bestimmte Handwerker ausgeführt werden sollen. (Näheres: Vertrag im Archiv)

*D.I.G.* Am 6. Dez. 1934 wird der entsprechende Vertrag mit der D.I.G. abgeschlossen, auf 5 Jahre vom 1.I.1935 bis 31.XII.1939 gegen jährl. 5/7 Anteil der Miete + Kosten, die wir an Minder zu zahlen haben, also im Moment RM 2.000,- per Jahr. (Näheres: Vertrag im Archiv).<sup>4</sup>

Ausserdem werden RM 1.000,- Zahlung der D.I.G. für Anteil an Verlegungskosten vereinbart.

Das Gestühl der Damenabteilung der Esnoga Marcusstr. wird an D.I.G. am 21. Februar zum Preis von RM 150,- verkauft.

*Marcusstraße – Innocentiastr.:* Der Umbau geht vonstatten; es finden verschiedene Kommissionsbesprechungen und Besichtigungen statt. Ebenso die Übergabe der Es-

3 Im Namen des ebenedeiten Gottes.

4 Vgl. die Niederschrift der Vorstandssitzung vom 24.II.1934, CAHJP, AHW 329 a, S. 176.

noga. Von der Übergabe bis zur Einweihung der Esnoga Innocentiast. finden die G'ttesdienste im Heim der Agudat-Jisrael in der Hallerstr. 45 statt.

*Geschenke zur Einweihung:* Es finden viele Schenkungen an Bargeld und Gegenständen statt, die laut Beschluss nicht protokolliert werden sollen, um nicht diejenigen Mitglieder herauszustellen, denen die Ungunst ihrer wirtschaftlichen Lage nicht gestattet, sich an Schenkungen zu beteiligen. Allen Spendern soll der Dank der Gemeinde an dieser Stelle ausgesprochen werden.

*Einweihung:* Am 14. März 1935 (10. Adar II 5695) findet die Einweihung der neuen Esnoga statt. Sie wird geweiht durch den auf Einladung als Ehrengast anwesenden Chacham S. Rodrig[u]es Pereira von der Port. Isr. Gemeinde in Den Haag, der die Festpredigt in deutscher Sprache hält. Alle Gemeinden + Verbände sowie viele Vereine, Ehrengäste und alle Rabbiner und alle Gemeindemitglieder, der Hausbesitzer Fritz Minder und alle am Bau beteiligten Handwerker sind geladen. Namens unserer Schwestergemeinde hält deren Vorsitzender Rechtsanwalt David eine Festansprache, in der er die guten Wünsche der D.I.G. ausspricht und das traditionelle gute Verhältnis der beiden Gemeinden betont. Es gehen von verschiedenen Geladenen, die am Erscheinen verhindert sind, Briefe und Telegramme zur Begrüssung und Glückwünsche ein.

*Nochmaliger Hyp. Verkauf:* Am 14.IV.1935 beschließt der Vorstand, eine weitere Hypothek von Rm 1.500,- durch den Makler A. Wittmund zu verkaufen. Der Verkauf wird durchgeführt.

## Nr. II

Die Vorstandssitzung im Januar 1935

12. Januar 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 572

*Sitzung: Vorst. + Schätz.-Dep. :* Am 12.I.1936. Besprechungen über Abrechnung für 1934/1935; vorläufige Genehmigung unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der Mitgliedervers., die erst nach Ablauf des Rechnungsjahres 1935/1936 für 2 Jahre gemeinsam stattfinden soll. – Ebenso Voranschlag 1936.

*Chacham Dr. Jos. Carlebach:* Nachdem der neue Oberrabbiner in der grossen Synagoge am Bornplatz eingeführt wurde, wozu der Gesamtvorstand der P.J.G. geladen und erschienen war, führten wir am Schabat Nachamu 5696 den Chacham im Rahmen des Mincha-G'ttesdienstes in der Esnoga ein; Herr F. Luria hielt die Begrüßungsrede, in der er den Chacham als geistliches Oberhaupt unserer Gemeinde anerkannte. Chacham Dr. Carlebach hielt eine grossangelegte Festpredigt. Es waren Vertreter aller orthodoxen Verbände von Hamburg anwesend. In erster Linie der Deutsch-Isr. Gemeinde und der Hochd.-Isr. Gemeinde zu Altona.

*Chatanim*: 1936/5697: Die Herren: Chacham S. Rodrigues Pereira, Den Haag, Chatan Tora, Herr Rafael Cori Chatan Bereschit.

*Voranschlag 1937*: Vorst. Sitzung mit Schätzungsdep. am 21.III. 1937. Genehmigungen unter gleichem Vorbehalt wie am 12.I.1936. Die Steuerangelegenheit soll in diesem Jahre endgültig geregelt werden.

Em Nomen de Deos Bendito. Unterschrift Präses: (gez.) F. Luria

### Nr. 12

Die Einweihung der neuen Esnoga der Gemeinde Bet Israel

14. März 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 4 vom 11.4.1935, S. 4f.

Am 14. d.M. feierte die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde Bet Israel die Einweihung ihrer neuen Esnoga in der Innocentiastraße 37, in welche die Gemeinde übersiedelte, nachdem sie ihr Gotteshaus in der Marcusstraße unserer Gemeinde für die bisherigen Besucher der Gemeindegynagoge Kohlhöfen zur Verfügung gestellt hat.<sup>5</sup> Die neuen Andachtsräume sind hell und farbenfreudig ausgestaltet. Der Feier ging voran eine Begrüßung durch den Vorsitzenden des Vorstandes der Portugiesischen Gemeinde, Herrn Frank Luria<sup>6</sup>, und eine Glückwunschsprache des Vorsitzenden des Vorstandes unserer Gemeinde, Herrn R.-A. David, der insbesondere die starke Verbundenheit beider Gemeinden in herzlichen Worten betonte. Im Mittelpunkt der Feier stand die Festansprache des Oberrabbiners der Portugiesischen Gemeinde im Haag, des Herrn Dr. S. Rodrigues Peireira, mit welchem zum erstenmal

- 5 Die sephardische Synagoge Marcusstraße 36/38, im »maurischen« Stil errichtet und 1855 eingeweiht, wurde 1935 zugunsten der neuen Synagoge Innocentiastraße aufgegeben. Sie wurde der Deutsch-Israelitischen Gemeinde übergeben. Das Synagogengebäude überstand den Novemberpogrom weitgehend unbeschädigt. Es wurde 1939 »zwangsverkauft«. Für das Jahr 1942 war ihr Abriss vorgesehen. Ob es dazu kam oder eine Bombardierung das Gebäude zerstörte, ist ungewiss. In einem Bericht der städtischen Liegenschaftsverwaltung vom 8. Januar 1949 wird festgestellt, dass das Grundstück planiert und vermietet sei. Vgl. Saskia Rohde, Die Synagogen der Sefardim in Hamburg und Altona. Eine Spurensuche, in: Michael Studemund-Halévy (Hrsg.), Die Sefarden in Hamburg. Zur Geschichte einer Minderheit, Teil 1, Hamburg 1994, S. 141-152, hier S. 151 mit weiteren Nachweisen.
- 6 Der Kaufmann Benjamin Frank Luria (1894-1956) war Teilhaber der von seinem Großvater gegründeten Firma B. Luria & Co. (Export und Import). Die Portugiesische Gemeinde wählte ihn von 1929 bis 1934 und 1937 in ihren Vorstand. Die Firma wurde 1938 »arisiert«. Benjamin Frank Luria emigrierte am 13. Dezember 1938 mit seiner Familie in die USA.

wieder seit langer Zeit ein einer portugiesischen Gemeinde angehöriger Chacham auf der Kanzel der Hamburger Portugiesischen Gemeinde erschien. An der Feier nahmen die meisten der in Groß-Hamburg amtierenden Rabbinen sowie eine große Anzahl von Freunden der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde teil.

**Nr. 13**

Die Rüge der NSDAP wegen jüdischer Symbole an der Portugiesischen Synagoge

4. April 1935

Staatsarchiv Hamburg, 113-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung, E I V B 1

**Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei  
Gauleitung Hamburg**

Abteilung: Verbindungsreferent.

Hamburg 36, den 4. April 1935  
Gauhaus

An die

Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst

z.Hd. des Herrn Dr. von Kleinschmit

Hamburg, Rathaus.

Sehr geehrter Herr Dr. von Kleinschmit !

Es ist mir mitgeteilt worden, dass im Bezirk des Kreises Harvestehude Ecke Innocentiastraße 37 und Brahmsallee ein Privathaus als Synagoge eingerichtet worden ist. Auf diesem Haus soll in beträchtlicher Grösse ein Davidstern und ausserdem hebräische Beschriftung angebracht worden sein.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, ob dieses zutrifft und ob irgendwelche Möglichkeiten bestehen, diese äussere Kennzeichnung der Synagoge, die meiner Ansicht nach mit Recht zur Verärgerung der arischen Bevölkerung dieses Stadtteils beitragen [sic], zu entfernen.

Heil Hitler !  
Der Verbindungsreferent

(gez.) Dr. Becker  
Staatsrat

**Nr. 14**

Die staatspolizeiliche Erlaubnis für die Synagoge Innocentiastraße

26. April 1935

Staatsarchiv Hamburg, II3-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung, E IV B 1

[Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst]

Aktenvermerk

Auf Vorladung erschienen von der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Dr. David, der den Vorsitzenden der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde, den Fondsmakler Josef Sealtiel, wohnhaft Hamburg, Isestraße 43, mitbrachte.

Sealtiel erklärte, daß die frühere Synagoge der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde in der Marcusstraße in freundschaftlicher Vereinbarung an die Deutsch-Jüdische Gemeinde als Ersatz für die abgebrochene Synagoge in den Kohlhöfen abgetreten sei. Die Deutsch-Portugiesische Gemeinde habe sich daraufhin in dem Hause Innocentiastraße 37 eine neue Synagoge eingerichtet. In seiner Eigenschaft als Vorsteher habe er sich mit der Polizeibehörde, und zwar mit der Staatspolizei etwa im Dezember v.J. mündlich in Verbindung gesetzt und um Auskunft gebeten, was bei der Einrichtung der Synagoge beachtet werden müsste. Ihr sei aufgegeben worden, daß er die regelmässige Andacht und Gottesdienststunde sowie besondere Veranstaltungen, soweit sie im Hause stattfinden, aufzugeben hätte. Seine Frage, ob noch eine schriftliche Mitteilung von ihm an die Polizeibehörde erforderlich sei, sei verneint.

Auf Befragen wurde erklärt, daß die Inschrift über dem Eingang zu deutsch laute:

»Heilige Gemeinde des Hauses Israels der Spaniolischen Juden. Gott ist nahe jedem, der ihn sucht!«

Die gleiche Kennzeichnung mit Davidstern und derselben Inschrift habe die Synagoge in der Marcusstraße. Auch die Synagoge der Deutsch-Israelitischen Gemeinde hätte die gleichen Abzeichen. Im Erdgeschoss des Hauses Innocentiastraße sei der Andachtssaal mit etwa 90 Plätzen. Im ersten Stock das Sekretariat der Gemeinde. Die Gemeinde zähle in Hamburg etwa 100 Mitglieder. Das fragliche Haus sei die einzige Kultstätte in Hamburg.

Den 26. April 1935



**Nr. 15**

Der Kommentar der Gestapo: »z. Zt. keine gesetzliche Handhabe«

22. Mai 1935

Staatsarchiv Hamburg, 113-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung, E IV B 1

Die Polizeibehörde Hamburg  
Staatspolizei

Hamburg 36, den 22. Mai 1935

An die  
Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst  
Hamburg  
Rathaus

Betrifft: Jüdische Synagoge in der Innocentiastrasse.

Zum dortigen Schreiben vom 17. Mai 1935, A.Z. KI III a 8, wird nachträglich mitgeteilt, dass für die Entfernung der hebräischen Inschrift über dem Hauseingang der Jüdischen Synagoge, Innocentiastr. 37, z. Zt. keine gesetzliche Handhabe besteht.

(gez.) Unterschrift

**Nr. 16**

Die Vorstandssitzung im August 1935

18. August 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 570 f.

*Gemeindeversammlung:* Am 18.VIII.1935 findet in der Junta eine Mitgl. Vers. statt. Vom Vorstand anw. Luria + Sealtiel, Herr Belmonte ist krankheitshalber am Erscheinen verhindert. Bericht des Vorstandes lt. Bücher-Ausweis. Der Bericht wird genehmigt. –

Der Vortragende gedenkt des verewigten Chacham Dr. Spitzer. Die Gemeinde-Mitgl. erheben sich zu dessen Gedenken von den Plätzen.

*Schätz.-Dep.:* Anstelle des ausgewanderten Rich. Pardo wird Dr. E. Meldola als Schätzungs-Deputierter gewählt.

*Friedhof am Durchschnitt:* Bericht des Vorstandes über Ersuchen des Hamb. Staates auf Räumung des jüd. Friedhof am Grindel, sowohl Deutsch-Isr. als auch Port.-Jüd. Es fanden in dieser Sache verschiedene Sitzungen mit dem Vorstand der DIG statt; siehe Archiv. Es wird beschlossen, nur gemeinsam mit der DIG vorzugehen.

Bis jetzt wurde für das Wohnhaus auf dem Friedhofsgelände an den Staat eine jährl. Anerk. Gebühr von Rm 80,- bezahlt; wenn wir das Haus behalten wollen fordert der Staat Rm 1.500,- per Jahr. Die Verhandlungen dauern an.

*Chatanim* : 1935/5696: Die Herren Rabb. Dr. Benj. Cohen Chatan Tora, Carl M. Hinrichsen Chatan Bereschit<sup>7</sup>. Schenkung einer Teba Decke<sup>8</sup> und eine[r] Decke für die Parnassim-Bank.

### Nr. 17

Die Vorstandssitzung im Dezember 1935: der Finanzbericht

1. Dezember 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 571

*Vorstandssitz.*: 1.XII.1935 Bericht über Finanzen der Gemeinde; es wird festgestellt, dass die Mitglieder allgemein zu niedrige Steuern an die Gemeinde zahlen, trotzdem wir lt. Reichsgesetz berechtigt sind, über das Finanzamt bis zu 23 % der Eink. Steuer oder 35 % der Vermögens-Steuer einzuziehen.

Es wird beschlossen, die Mitglieder vorerst in freundschaftlicher Weise zu veranlassen, die Steuern zu erhöhen. Herr Sealtiel will versuchen, durch persönliche Besprechungen mit einigen Mitgliedern zum Ziele zu gelangen. Es wird aber schon jetzt in Aussicht genommen, die finanziellen Rechte der Gemeinde, falls der freundschaftliche Weg nicht von Erfolg ist, in jeder anderen möglichen Weise geltend zu machen, notfalls mit der angebotenen Hilfe der Finanzämter. Im Verlauf verschiedene Etatbesprechungen.

Das Haus an der Innocentiastraße bringt Rm 1.500,- jährl. Miete vom Chasan, dem allerdings Abvermietung an eine dem Vorstand genehme Persönlichkeit gestattet wird.

- 7 Chatan Tora (wörtl. Bräutigam der Tora) ist derjenige, der in der Synagoge an Simchat Tora (wörtl. Freude über die Tora) zur Lesung des letzten Abschnitts der Tora aufgerufen wird. Derjenige, der zu der sich daran anschließenden Lesung des ersten Abschnitts der Tora aufgerufen wird, heißt Chatan Bereschit (wörtl. Bräutigam des Abschnitts Bereschit, d.i. das erste der fünf Bücher Mosis). Die Lesung des ersten Abschnitts folgt unmittelbar der Lesung des letzten Abschnitts. Es ist eine besondere Ehre, zur Lesung dieser Abschnitte aufgerufen zu werden. Sie wird nur den würdigsten Mitgliedern der Gemeinde zuteil. Simchat Tora ist ein Feiertag im September/Oktobre jeden Jahres.
- 8 Die Teba-Decke bezeichnet die Decke für das Lesepult in der Synagoge. Die Parnassim-Bank ist die Bank für die Vorsteher (den Vorstand) der Gemeinde.

**Nr. 18**

Die Amtseinführung von Oberrabbiner Joseph Carlebach als Chacham

1. August 1936

Hamburger Familienblatt vom 6.8.1936, S. 1

### **Feierliche Amtseinführung**

Oberrabbiner Carlebach als Chacham der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde

Der Vorstand der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde hat, ebenso wie seinerzeit den verewigten Herrn Oberrabbiner Dr. Spitzer [s.A.], Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach nach seiner Einführung in sein Amt als Oberrabbiner des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes nunmehr auch zum Chacham der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde ernannt. Die feierliche Einführung des Herrn Carlebach in dieses Amt fand am Schabbat Nachamu innerhalb des Mincha-Gottesdienstes in der Synagoge der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde statt.<sup>9</sup>

Zu dem festlichen Akte waren eine ganze Reihe von Ehrengästen erschienen, unter ihnen die Herren Rabbiner Cohen (Altona), Dr. Cohn (Hamburg), Joffe und Kaner. Der Vorstand der Gemeinde war durch die Herren R.-A. David und Offenburg, der Vorstand des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes durch die Herren Dr. Zuntz, Alexander Levy und Frank, der Vorstand der Hochdeutschen Israeliten Gemeinde Altona durch Herrn Lehmann vertreten. Den Gottesdienst leitete der Kantor der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde, Herr Sarfaty, ausgestaltet wurde er durch Gesänge des unter Leitung des Herrn Ludwig Finkel stehenden Quintetts, in welchem die Herren Belmonte, Davidowicz, Lanconi und Salinger mitwirkten und in eindrucksvoller Weise Kompositionen von Lewandoski und Finkel zu Gehör brachten.

Nachdem der Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach zuvor zur Tora gerufen worden war, wurde er nach Schluß der Tefilla von dem Vorsitzenden des Vorstandes der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde, Herrn Luria, aufs herzlichste als Chacham begrüßt, der die Hoffnung aussprach, daß seine Wirksamkeit auch der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde reichen Segen bringen möge, und ihm alsdann die Kanzel des Gotteshauses übergab, die der neue Chacham alsdann bestieg.

Herr Dr. Carlebach sprach zunächst dem Vorstande der Portugiesischen Gemeinde seinen Dank für das Vertrauen und die Ehre aus, die ihm durch die Berufung zum Chacham der Gemeinde erwiesen sei, und die er mit um so größerem Stolze empfinde, weil er als Träger des Doppelamtes, als Oberrabbiner des Synagogen-Verbandes und Chacham der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde, wohl der einzige un-

9 Vgl. Michael Studemund-Halévy, Der Adel der portugiesischen Juden, in: Miriam Gillis-Carlebach/Barbara Vogel (Hrsg.), »... die da lehren, werden leuchten wie des Himmels Glanz ...«. Joseph Carlebach und seine Zeit. Würdigung und Wirkung, Hamburg 2005, S. 164-185; Brämer, Joseph Carlebach, S. 143 f.

ter den Rabbinen in deutschen Landen sei. Er stellte sodann an die Spitze seiner Ausführungen die Sätze aus dem am Vormittage verlesenen Toraabschnitt: Nicht weil ihr mehr an Zahl wäret als alle Völker, hat Gott Wohlgefallen an euch und euch erwählt, vielmehr seid ihr die Minderheit unter den Völkern ... wisse aber, daß der Ewige, dein Gott, der treue Gott ist, der den Bund und die Liebe denen bewahrt, die ihn lieben und seine Gebote wahren bis ins tausendste Geschlecht. – Im Anschluß hieran sprach der Redner zuerst von der Sendung der Minderheit, die im Gegensatz zu der Macht, welche die Zahl verleihe, der wahre Repräsentant des Rechtes sei und eine ewige Mahnung für denjenigen bedeute, der die Macht in Händen habe. Auch die Portugiesische Gemeinde sei unter den Hamburgischen Juden eine Minderheit, habe aber als solche auch ihre Sendung und ihre Aufgabe. Diese habe sie allein schon durch ihre Tradition, mit welcher sie ebenso wie die Sephardim der ganzen Welt sich in der Gestaltung ihres Gotteshauses und ihres Gottesdienstes, sowie in der Aussprache des Hebräischen von den Aschkenasim unterscheide. Ob das Hebräische zur Zeit, als unsere Väter auf dem Boden des Heiligen Landes lebten, so ausgesprochen worden sei, wie heute bei den Sephardim, sei zweifelhaft. Jedenfalls sei die Treue, mit der die Sephardim ihre Aussprache des Hebräischen durch die Jahrhunderte erhalten hätten, jetzt dadurch belohnt worden, daß die zu neuem Leben erstandene hebräische Sprache nach Art der Sephardim gesprochen werde. Der Adel der portugiesischen Juden, die alle auf Männer wie Maimonides, Jehuda Halevy, Chasdai ibn Schapruth, Levi ben Gerson und Moses ibn Esra als ihre Vorfahren zurückblicken könnten und annehmen dürften, daß in ihren Adern noch das Blut dieser Männer fließe, verpflichte sie aber auch, Hüter der jüdischen Tradition nicht nur in der Synagoge zu sein, sondern Hüter jüdischer Tradition auch in ihren Privathäusern und in ihrem privaten Leben; überall im Leben, im Hause, im Beruf, im Geschäft, in der Erholung und bei jeglichem Vergnügen sei es jüdische Pflicht, jüdische Lehre zu betätigen und jüdische Tradition zu bewahren. Darin könnten es die Angehörigen der Portugiesisch-Jüdische Gemeinde den Angehörigen ihrer an Zahl größeren Schwestergemeinde durchaus gleich tun; hier gebe es für beide Gemeinden nur einen edlen Wettstreit wie unter Brüdern, die nach den Worten des Psalmisten in Eintracht zusammenstehen. So könne auch die kleine portugiesische Gemeinde die Verheißung des Propheten Jesaja aus dem Prophetenabschnitt des Trostsabbats zur Erfüllung bringen, daß das Wort Gottes ewigen Bestand habe, denn nach der Meinung unserer Weisen werde das Wort Gottes nur dann ewigen Bestand haben, wenn das jüdische Volk Gottes Wort ewigen Bestand verleihe, indem es ihm die Treue halte, ihn liebe und seine Gebote erfülle. Dann aber werde sich, wie an ganz Israel, so auch an dieser kleinen Gemeinde das Wort erfüllen, das er an die Spitze seiner Betrachtung gestellt habe, daß der Gott Israels der treue Gott sei, der den Bund und die Liebe denen bis ins tausendste Geschlecht bewahre, die ihn lieben und seine Gebote beachten. Seien die Zeiten auch ernst, so wolle er und solle mit ihm die Judenheit in Deutschland nicht verzweifeln, sondern an eine bessere Zukunft glauben, denn Gott werde sein Wort an dem tausendsten Geschlechte erfüllen. [...]

**Nr. 19**

Die Gemeindeversammlung im Juli 1937

11. Juli 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 993 Bd. V, Bl. 573

*Gemeindeversammlung: 11. Juli 1937 (Vorstandswahl):* Als Wahlmänner zur Vorstandswahl werden gewählt

R. Cassuto

W. A. Belmonte

J. Algava

und Frl. Esther Luria

Da der Vorstand schon heute neu gewählt werden soll, haben die Wahlmänner zusammen mit dem Vorstand als Wahlkörper unter Ausschluss aller Anwesenden über die Wahl beraten.

Der erste Wahlgang ergibt

6 Stimmen für Herrn

Mich. A. Belmonte

und 1 Stimme für Jos. Sealtiel.

Herr Belmonte wird auf drei Jahre gewählt.

Im 2. Wahlgang wird einstimmig

Herr Frank Luria

auf 6 Jahre gewählt.

Im 3. Wahlgang wird

Herr Jos. Sealtiel

mit 6 Stimmen für und 1 Stimme blanco auf 9 Jahre gewählt.

Nachdem die Herren die Wahl angenommen haben, besteht der Vorstand aus den Herren

Frank Luria, Mich. A. Belmonte und Jos. Sealtiel.

Die Satzungen vom 11. September 1907 sind noch in Kraft.

Em Nomen de Deos Bendito.

Der Präs.

i.V. (gez.) Joseph Sealtiel

**Nr. 20**

Der Plan einer gemeinschaftlichen Auswanderung

26. Mai 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 21 vom 26.5.1938, S. 16 a

Die Abordnung aus Hamburg auf dem Internationalen Sefardimkongreß

In vergangener Woche fand in Amsterdam der zweite Kongreß der Weltvereinigung der sefardischen Gemeinden statt, bei dem 36 Gemeinden aus aller Welt, aus New York, Buenos Aires, Oran, Saloniki, Bukarest, Konstantinopel, Amsterdam, London, Jerusalem, Paris, Lissabon, Curaçao usw. vertreten waren. Neben den Zwecken des allgemeinen Zusammenschlusses beschäftigte sich der Kongreß in der Hauptsache mit zwei Fragen: der Errichtung eines sefardischen Rabbiner- und Lehrerseminars, das in Jerusalem erstehen soll, und einer konstruktiven Hilfe für die portugiesisch-jüdische Gemeinde in Hamburg.

Im Namen der Gemeinde in Hamburg ergriff Joseph Sealtiel das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführte, daß gerade die Sefardim es sich immer haben angelegen sein lassen, in Zeiten jüdischer Wanderung Hilfe zu leisten. Auch die Sefardimgemeinde, die seit bald 400 Jahren in Hamburg die Tradition der Sefardim in bewunderungswürdiger Weise rein aufrechterhält, war bis zum Weltkriege immer bereit, für Flüchtlinge einzutreten und ihnen Niederlassungsmöglichkeiten zu verschaffen. Heute besteht diese Gemeinde noch aus 150 Seelen, aber es ist die Gefahr vorhanden, daß durch Auswanderungsabsichten der einzelnen Glieder diese Gemeinschaft gelöst wird, ihre Tradition verschwindet. Es sei daher die Pflicht der Weltgemeinschaft der Sefardim, hier einzuspringen und irgendwo in der Welt es den auswanderungsbedürftigen Mitgliedern der Sefardimgemeinde in Hamburg zu ermöglichen, sich gemeinsam in einer Siedlung niederzulassen. Es sei nicht das erste Mal in der jüdischen Geschichte, daß die Sefardim eine solche Aufgabe gelöst hätten, und auch dieses Mal gelte es weit mehr, als physischer Not zu steuern, sefardische Tradition stände auf dem Spiel. Es sei selbstverständlich, daß die Sefardim auch aschkenasische Juden in diese Hilfsaktion einbeziehen wollten, soweit sie geneigt und in der Lage wären, sich ihnen anzuschließen, denn in der Hilfe für jüdische Seelen haben sie nie einen Unterschied gekannt.

Diese Ansprache, gehoben durch eindrucksvolle Zitate aus Bibel und Talmud, wurde von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit gehört und übte eine tiefe Wirkung aus. Nachdem sie noch in die französische Verhandlungssprache übertragen worden war, wurde sofort eine Pause eingelegt, um für Beratungen Raum zu geben. Dann erwiderte im Namen der Amsterdamer Sefardim Henriques Pimantel, wobei er betonte, daß für Amsterdam eine besondere Pflicht bestehe, den Hamburger Sefardim zu helfen, da sich die Amsterdamer Gemeinde als Muttergemeinde der Hamburger Portugiesengemeinde betrachte. Man werde sofort versuchen, bei der Niederländischen Regierung in den Kolonien eine Möglichkeit ausfindig zu ma-

chen, um eine solche Siedlung durchzuführen. Schließlich wurde eine Kommission gebildet, der zwei Holländer, zwei Franzosen und zwei englische Abgeordnete angehören. Diese Kommission wird sich mit ihren Regierungen in Verbindung setzen, um die angeregte Siedlung vorzubereiten, und dann den Sefardim aus Hamburg ihre Vorschläge machen. Der Gedanke der Brüderlichkeit, so wurde betont, sei es in erster Linie, der den Kongreß der Sefardim beseele, und er betrachte es als seine vornehmste Pflicht, sich gerade in dieser Richtung zu betätigen, ohne einen Unterschied zwischen bedrängten Glaubensgenossen zu machen. Denn, wie der Vertreter aus Hamburg ausführte, »Sefardismus ist kein Separatismus«.

Nach dem einstimmigen Beschluß des Weltkongresses, sich im Sinne des Vorschlages einzusetzen, ist zu hoffen, daß diese Aktion bald in die Tat umgesetzt werden wird.<sup>10</sup>

#### Nr. 21

Das Schreiben von Raphael Cassuto: »solange man uns nicht hinauswirft, gehen wir nicht«

29. Mai 1938

Universitätsbibliothek Amsterdam, Nachlass Alfonso Cassuto; abgedruckt bei Michael Studemund-Halévy, *Zakhor: Erinnerung und Gedanken an die Hamburger Portugiesen zur Zeit der Shoa*, in: *Tranvia* 28/1993, S. 35-40

[Raphael Cassuto an seinen Bruder Jehuda Leon Cassuto]

[...] Weder Du noch ich sind ja auf dem Kongress [der sephardischen Gemeinden] gewesen und können uns daher alle beide kein Urteil erlauben, ob der Antrag auf Emigrierung angenommen worden ist oder nicht. Die durch Dich erlangten Berichte können ebenso unwahr sein wie es z.T. auch die Schilderung des Familienblattes ist, wonach einer der Vorsitzenden mit vollkommen verkehrtem Namen angegeben worden ist. Nun, das sind ja auch Nebensächlichkeiten. Ich gehe allerdings nicht zu denen, die ihre rein persönliche Meinung als die sämtlicher Juden oder die aller portugiesischen Juden bezeichnen. Ich kann also nur von mir und Clara und Antonio Erklärungen abgeben, und die gehen dahin: solange man uns nicht hinauswirft, gehen wir nicht [...]<sup>11</sup>

10 Vgl. hierzu ausführlich Michael Studemund-Halévy, *Rettung in weiter Ferne. Der Amsterdamer Sephardenkongress von 1938. Portugal und die Hamburger Portugiesen*, in: *Lusorama* 31/1996, S. 89-113; ders., *Salvação no Longínquo Distante: O Congresso Sefardita de Amesterdão em 1938. Portugal e os Portugueses de Hamburgo*, in: *Revista de Estudos Judaicos* 3/1996, S. 61-82.

11 Der Brief von Raphael Cassuto (1882-1944) ist an seinen Bruder Jehuda Leon Cassuto (1878-1953) gerichtet. Dieser, von Beruf Übersetzer, u.a. als Gerichtsdolmetscher, war bereits am

**Nr. 22**

Die fehlgeschlagene Auswanderung

Juni/Juli 1938

⟨A⟩ 17. Juni 1938

⟨B⟩ 17. Juni 1938

⟨C⟩ 15. Juli 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 6 vom 17.6.1938, S. 7, II, sowie Nr. 7 vom 15.7.1938, S. 10

⟨A⟩

Zweite Konferenz des Weltbundes der sefardischen Gemeinden

In Amsterdam tagte im vergangenen Monat die zweite Konferenz des Weltbundes der sefardischen Gemeinden, der von nahezu 50 Vertretern sefardischer Gemeinden aller Erdteile beschickt war und den bedeutsamen Beschluß faßte, in Jerusalem ein sefardisches Rabbinerseminar zu begründen. Die Portugiesisch-Jüdische Gemeinde Hamburgs war auf dem Kongreß durch das Mitglied ihres Vorstandes Herrn Joseph Sealtiel vertreten, der in längerer Rede die Anregung gab, wenn möglich die Mitglieder der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde Hamburgs in ihrer Gesamtheit zur Auswanderung zu bringen und in einer geeigneten Kolonie wieder anzusiedeln. Der Kongreß griff diese Anregung dankbar auf; die Vorarbeiten, sie in die Tat umzusetzen, sind derzeit im Gange.

⟨B⟩

In Ausführung des auf der 2. Weltkonferenz der Sefardischen Gemeinden gefaßten Beschlusses wird die Gründung einer auf streng gesetzestreuer Grundlage basierenden Gemeinschaft in einer holländischen oder englischen Kolonie versucht werden. Für diese Siedlung kann ein Kreis bis zu etwa 50 sefardischen und aschkenasischen Familien zusammengestellt werden. Interessenten wollen Fragebogen im Büro der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde, die mit den Vorarbeiten betraut ist, Innocentiastraße 37, anfordern.

Der Vorstand der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde.

1. April 1933 mit seiner Frau Rosy und seinem Sohn Alfonso (1910-1990) nach Portugal emigriert; vgl. Kap. 1, Dok. 3. Raphael Cassuto, Inhaber der Hamburger Im- und Exportfirma Willers & Co, überlebte die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nicht. Er wurde zusammen mit seiner Frau Clara (geb. 1882) und seinem Sohn Ernst Antonio (geb. 1931) am 15. Juli 1942 zunächst nach Theresienstadt, von dort am 12. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, 1995, S. 59.



⟨C⟩

Der Vorstand der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde teilt mit, daß Meldungen für die beabsichtigte gemeinsame Auswanderung zur Zeit nicht mehr entgegen-  
genommen werden.

**Nr. 23**

Die Hoffnung auf Auswanderung

3. August 1938

Universitätsbibliothek Amsterdam, Nachlass Alfonso Cassuto; abgedruckt bei Michael Studemund-Halévy, Zakhor: Erinnerung und Gedanken an die Hamburger Portugiesen zur Zeit der Shoa, in: *Tranvia* 28/1993, S. 35-40

[Raphael Cassuto an seinen Bruder Jehuda Leon Cassuto]

[...] Unsere Lage wird à la longue unhaltbar, so dass wir alle ohne Ausnahme uns an der Ueberführung unserer Gemeinde nach [...] beteiligen werden. Jede jüdische Firma und jedes jüdische Geschäft wird jetzt gekennzeichnet und ob unter solchen Umständen noch arische Kunden von Juden überhaupt kaufen werden resp. dürfen, ist mindestens zweifelhaft [...] Es ist ja ein Jammer, dass meine unter ungeheuren Entbehrungen und grossem Fleiss errichtete Existenz, die wirklich eine gute zu nennen war, vernichtet wird. Doch wir lassen den Mut nicht sinken; wohin uns auch das Schicksal verschlagen wird, wir werden auch dort unsere Existenz finden. Unser Geld werden wir zwar los, ich glaube nicht, dass wir nennenswerte Mittel mitbekommen, aber unseren guten Namen und unsere Erfahrungen wird uns keiner nehmen können. Schon jetzt hat sich ein ausländischer sehr bedeutender und wohlhabender Geschäftsfreund bereit erklärt, uns in jeder Hinsicht zu unterstützen; eine Unterstützung pekuniärer Art habe ich zwar abgelehnt, da uns jedenfalls von den auswärtigen sephardischen Gemeinden eine Summe zur Verfügung gestellt wird, damit wir wenigstens wieder anfangen können. Sealtiel hat in dieser Beziehung wirklich Großartiges geleistet, und es muss schon in Amsterdam ein persönlicher Feind gewesen sein, der Dir von ihm vorgelogen hat, die Ueberführung der Gemeinde sei ein Hirngespinnst [...]



# 15. Die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde zu Altona (bis 31.12.1937)

## 15.1 Gemeindestruktur und -zugehörigkeit

### Nr. 1

Der Bestand der Gemeinde im März 1933

[30. März 1933]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61,  
Bl. 103

Eilige Korrektur:

Verlag Jüdisches Jahrbuch.

1. Zahl der jüdischen Bevölkerung in Ihrer Gemeinde? etwa 4000 Seelen  
(Nach Möglichkeit Zahl des letzten Jahres).
2. Genaue Anschrift der Jüdischen Gemeinde?  
Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona, Breitestr. 15
3. Mitglieder des engeren Vorstandes:

San.-Rat Dr. Franck,	Marktstr. 33
Iska Goldschmidt	Ohlendorffsallee 4
Dr. M. Levi	Blücherstr. 29
Paul Möller	Palmaille 31
Dir. G. Lichtheim	Palmaille 25
Max Lehmann	Mathildenstr. 18
Dr. W. Bachmann	Allee 71
4. Rabbiner?  
Oberrabbiner Dr. Jos. Carlebach, Altona, Palmaille 57
5. Gemeinde-Etat 1932: 189060.75
6. Institutionen der Jüdischen Gemeinde: Israel. Gemeindegemeinschaft, Palmaille 17,  
Altenhaus Blücherstr. 18, Begräbnisplatz Bornkampsweg 149, Gr. Synagoge Kl.  
Papagoyenstr. 7/9, Rit. Badeanstalt Hochstr. 50
7. Wichtige jüd. Vereine in Ihrem Ort? Klaus-Lern-Institut, Kl. Papagoyenstr. 5,  
Jessaudei Tauroh, Jüd. Jugendverein, Vors. Dr. J. Möller, Ohlendorffsallee 8,  
Israel. hum. Frauenverein Altona, Grünestr. 5  
Jüd. Volksheim, Wohlersallee 58
8. Falls möglich bitten wir um kurze Angaben über die wichtigsten Ereignisse im  
Leben Ihrer Jüdischen Gemeinde im letzten Jahr.

**Nr. 2**

Die Bemühungen um einen Wiedereintritt in die Gemeinde

⟨A⟩ 10. Juli 1933

⟨B⟩ 6. August 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 73-75

⟨A⟩

Dr. Manasse

Altona, den 10. Juli 1933.  
Allee 93.

An den löblichen Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde,  
Altona  
Breitestr. 15.

Sehr geehrte Herren!

Auf Grund einer Besprechung mit Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach möchte ich Ihnen folgenden Antrag unterbreiten:

Herr Oberrabbiner hat sich an sämtliche aus unserer Gemeinde Ausgetretenen gewandt mit der Bitte, in Anbetracht der gegenwärtigen Situation wieder zurückzutreten in den Verband unserer Gemeinde, um in der Stunde der Not ihren jüdischen Brüdern ihre moralische und materielle Hilfe nicht zu versagen. Die durchgängige Antwort war grundsätzlich freundlich gehalten, jedoch von der Befürchtung erfüllt, daß gerade jetzt schwere materielle Lasten den Betroffenen untragbar wären. Diese zu große materielle Belastung war ja den Meisten der einzige Grund ihres Austritts.

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir kein Mittel unversucht lassen sollten, um die Wiedergewinnung dieser Menschen zu erleichtern. Ich glaube daher, daß es angebracht ist, eine Form zu suchen, durch die die Zurückkehrenden ihre Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinde bekunden können, ohne die ganze Last der Steuerpflichtung auf sich nehmen zu müssen. Sie sollen als eine Art außerordentlicher Mitglieder, als Förderer der jüdischen Gemeinde geführt werden und von ihnen ein freiwilliger Beitrag, der mit jedem Einzelnen nach seiner Vermögenslage zu vereinbaren ist, gezahlt werden. Da eine nicht unerhebliche Zahl von Personen in Frage kommt, dürfte die Gesamtsumme eine Stütze für die Finanzlage unserer Gemeinde werden.

Das Wesentlichste an diesen dadurch in unsere Gemeindegasse fließenden Beträgen ist aber, daß damit die Verbindungsbrücke zu den uns Fernstehenden ge-

schlagen worden ist, sodaß wir hoffen dürfen, sie in kürzester Zeit als volle Gemeindeglieder zu gewinnen.

Ich halte diesen Antrag für so dringend, daß ich bitte, alsbald eine Kollegiensitzung einzuberufen und diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Ergebenst  
Dr. Alfred Manasse

⟨B⟩

[Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona]

6. August 1933.

Sr. Ehrwürden  
Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach  
Altona.

Sehr geehrter Herr Oberrabbiner!

Herr Dr. Manasse berichtete in der am 3. d.M. stattgefundenen Kollegiensitzung über eine mit Ihnen geführte Unterredung wegen der Wiedergewinnung der aus der Gemeinde ausgetretenen Mitglieder und gab davon Kenntnis, dass Sie über den Beschluss des Vorstandes vom 13.7. d.J., dass Ihnen für die Zwecke der Wiedergewinnung ein Wagen zur Verfügung gestellt werden sollte, nicht orientiert waren. Herr Dr. Franck hatte es übernommen, Ihnen hiervon Kenntnis zu geben und sagte auch vor seiner Abreise, dass er die Angelegenheit mit Ihnen besprochen hätte. Der Vorstand erlaubt sich daher, Sie nochmals zu bitten, die ehemaligen Gemeindeglieder zwecks Wiedereintritts aufsuchen zu wollen und für diese Zwecke ein Auto von der Gemeinde anzufordern. Die Einschätzungskommission ist angewiesen, den Neueintretenden weitgehendstes Entgegenkommen zu beweisen und wir glauben, dass die Steuerangelegenheit sehr leicht zu regeln ist, wenn das prinzipielle Einverständnis der Betreffenden zum Wiedereintritt in die Gemeinde vorliegt.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie die Angelegenheit beschleunigt regeln würden.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:  
i.V.  
M. Lehmann

**Nr. 3**

Die Gemeindeangehörigkeit der in Hamburg bzw. Altona wohnhaften Juden

⟨A⟩ 28. Dezember 1933

⟨B⟩ 4. Januar 1934

⟨C⟩ 11. Januar 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 13-15

⟨A⟩

Deutsch-Israelitische Gemeinde

HAMBURG 13, den 28. Dez. 1933.  
Rothenbaumchaussee 38

An den Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona  
Breitestr. 15

Infolge unserer Arbeitsüberlastung, für welche die Gründe Ihnen ja teilweise bekannt sind, kommen wir erst heute wieder auf Ihre Zuschrift vom 7. August d.J. in Sachen der Gemeindeangehörigkeit der in Hamburg bzw. Altona wohnhaften Juden zurück. Sie erklären sich mit unserm Vorschlage einverstanden unter der Voraussetzung

»dass die Steuer der zeitweilig in Hamburg und Altona Wohnenden anteilig zwischen den Gemeinden verteilt wird.«

Bevor wir zu diesem Passus Stellung nehmen, bitten wir um Mitteilung, wie Sie das Wort anteilig verstehen.

Hochachtungsvoll  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

Nathan.

⟨B⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

4. Januar 1934.

An den  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
H a m b u r g .

Auf Ihre Anfrage vom 28. Dez. v.Js. teilen wir Ihnen mit, dass die in unserem Schreiben vom 7. Aug. v.Js. enthaltene Voraussetzung dahingehend zu verstehen ist  
»dass die Steuer der zeitweilig in Hamburg und Altona Wohnenden anteilig,  
d.h. mit 50 % zwischen den Gemeinden verteilt wird.«

Wir hoffen, Ihre weiteren Mitteilungen in der Angelegenheit baldmöglichst zu erhalten.

Ergebenst  
Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

⟨C⟩

DEUTSCH-ISRAELITISCHE GEMEINDE  
HAMBURG 13, Rothenbaumchaussee 38

An den Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-  
Gemeinde  
Altona  
Breitestr. 15

Tag: 11.1.34.

Ihrem Vorschlage betreffend die Aufteilung der Gemeindesteuern der zeitweilig in Hamburg und Altona wohnenden, beiden Gemeinden Steuerpflichtigen können wir zu unserem Bedauern nicht entsprechen. Unser Vorschlag betreffend die Gemeindeangehörigkeit der in Altona beziehungsweise Hamburg wohnenden Juden wird also gegenstandslos.

Hochachtungsvoll  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
David

**Nr. 4**

Demografische Veränderung 1933

〈A〉 27. März 1934

〈B〉 6. Juni 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 193, 195

Preussischer Landesverband  
jüdischer GemeindenBerlin-Charlottenburg 2, den 27.3.1934  
Kantstr. 158

Tagebuch Nr. 1774/34

Da das Bedürfnis besteht, Material über die Bewegung innerhalb der jüdischen Bevölkerung im Jahre 1933 zu beschaffen, bitten wir unsere Mitgliedsgemeinden beifolgenden Fragebogen genau auszufüllen und an uns umgehend zurücksenden zu wollen.

i.A.  
(gez.) Unterschrift

〈B〉

Altona, den 6. Juni 1934.  
Breitestr. 15.

1.) Gemeinde Altona, Kreis, Bezirk Schleswig

Aus der Religionsgemeinde Altona sind in der Zeit vom 1. Januar - 31. Dezember 1933

1.) weggezogen: 118 Männer, 76 Frauen, 63 Kinder,	zus. 257	Personen
I.) nach einem Ort innerhalb Deutschlands:	57	Personen
II.) " " " ausserhalb " und zwar:		
a.) nach Palästina	54	Personen
b.) " sonstigen Ländern	125	"
c.) unbekannt	21	
2.) Verstorben	17	Personen
darunter durch Freitod		
Seelenzahl zurzeit schätzungsweise 3000 Seelen.		



**Nr. 5**

Der Wiedereintritt in die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde

24. Mai 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 100

Sekretariat  
der  
Hochdeutschen Israeliten  
Gemeinde.

Altona, den 24. Mai 1934.  
Breitestr. 15.

An das  
Amtsgericht  
Abtlg. 7 b  
Altona.

Ein früheres Mitglied unserer Gemeinde, das vor dem Amtsgericht den Austritt aus der

»Jüdischen Religionsgemeinschaft«

erklärt hat, stellt den Antrag, wieder als Mitglied in unsere Gemeinde aufgenommen zu werden. Wir bitten um eine gefl. Auskunft, ob der Betreffende nach dem von ihm erklärten Austritt »aus der Religionsgemeinschaft« zunächst bei dem Amtsgericht eine Erklärung wegen Wiederaufnahme zu stellen hat, oder ob diese Willensäußerung unserer Gemeinde gegenüber ausreichend ist.

Die Gemeindesekretärin:

[Hagenow]

Es genügt die Erklärung, der Gemeinde gegenüber.	1.) Name:	Bromberger <sup>1</sup>
Es wird gebeten, nebenstehende Fragen ausgefüllt hierher zu senden, damit der Austritt gelöscht wird.	2.) Vorname:	Max
	3.) Stand:	Kaufmann
	4.) geboren am:	26. Jan. 1884
	5.) zu:	Hamburg
	6.) Wohnung:	Eimsbüttlerstr. 24
	7.) Ausgetreten am:	22. April 1929
	8.) Rücktritt am:	18. Juli 1934.

Altona, den 25.5.34.  
Amtsgericht, Abtlg. 7 b  
gez. Unterschrift.

1 Max Bromberger (1884-1942) wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elsa (geb. 1880) mit dem ersten Transport am 25. Oktober 1941 nach Lodz und am 10. Mai 1942 weiter nach Chelmo deportiert. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 52

**Nr. 6**

Der Begriff des »Juden« aus jüdischer Sicht (Ende 1934)

⟨A⟩ 27. November 1934

⟨B⟩ 3. Dezember 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 363 f.

⟨A⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

27. November 1934.

An den  
Preussischen Landesverband jüd. Gemeinden  
Rechtsabteilung  
Berlin-Charlottenburg  
Kantstr. 158.

Wir wären Ihnen für eine Auskunft dankbar, ob die für die Besteuerung von Mischehen geltenden Kirchensteuergesetze auch auf solche Ehen Anwendung finden, in denen ein Teil als Dissident geführt wird.

In dem für uns in Frage kommenden Fall handelt es sich um Folgendes: Ein Mitglied unserer Gemeinde erklärt die Heranziehung seiner Frau zur Gemeindesteuer als unzulässig, da sie, – schon seit ihrer Geburt –, konfessionslos sei. Ihr Vater sei schon geraume Zeit früher in Hamburg aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ausgeschieden.

Ist die Betreffende infolgedessen ein für allemal als konfessionslos anzusprechen, oder hat sie sich durch ihre Eheschliessung mit einem Juden ohne Weiteres zur jüdischen Religionsgemeinschaft bekannt?

Wenn Letzteres nicht der Fall sein sollte, ist die Betreffende etwa auf Grund der Ariergesetzgebung infolge ihrer Ehe mit einem Juden ebenfalls als Jüdin anzusehen und dementsprechend der jüdischen Gemeinde steuerpflichtig?

Für eine möglichst umgehende Beantwortung vorstehender Fragen wären wir Ihnen ganz besonders verbunden und zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

⟨B⟩

Preußischer Landesverband  
jüdischer Gemeinden  
Tagebuch-Nr.: 6501/34

Berlin-Charlottenburg 2, den 3. Dezember 1934  
Kantstr. 158

Auf Ihre Anfrage vom 27. vorigen Monats teilen wir Ihnen mit, dass eine Nicht-jüdin durch die Heirat mit einem Juden nicht Jüdin wird. Auch die Ariergesetzgebung hat auf die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft keinerlei Einfluss. Eine Konfessionslose wird also nicht als Jüdin angesehen oder einer solchen rechtlich gleichgestellt, wenn sie mit einem Juden verheiratet ist. Die Heranziehung einer konfessionslosen Ehefrau eines Juden zu den Kultussteuern ist deshalb nicht möglich.

(gez.) Unterschrift

An den Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona (Elbe)

**Nr. 7**

Statistische Erhebungen zur Mitgliederstruktur der Gemeinde (1928-1934)

[15. Juni 1935]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
Bl. 194

[Hochdeutsche Israeliten-  
Gemeinde Altona]

Amt für Wirtschaft und  
Statistik

13/

Altona.

Statistik der Hochdeutschen Israeliten Gemeinde Altona.

	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934
Zahl der amtierenden Geistlichen u. Hilfsgeistlichen 2	3	3	3	3	3	3	3
Gemeindemitglieder	1087	1098	1016	1032	1011	961	838
Sitzplätze in der Synagoge	532	532	532	532	532	532	532
Auf einen Festtag oder Sabbath kommen Besucher der Synagoge	200	200	200	200	200	200	200
Am Sabbath 200 Bes., am Festtag 250	250	250	250	250	250	250	250
Zahl der Stimmberechtigten bei der letzten Gemeindevertreterwahl	512	421	357	305	271	174	176
Zahl der abgegebenen Stimmen b. d. letzten Gemeindevertreterwahl	262	129	115	90	163	52	62
Uebertritte zur Hochdeutschen Israeliten Gemeinde							
Austritt aus der Hochdeutschen Israeliten Gemeinde	17	19	23	10	11	12	11
Zahl der bestehenden Mischehen insgesamt	45	42	40	37	30	31	30
Zahl der Kinder aus bestehenden Mischehen	35	37	39	27	28	12	8
<b>K u l t u s</b>							
besteuerte Mitglieder	1136	906	819	734	528	372	372
Beschneidungen							
Trauungen	14	10	13	9	11	8	18
Ehescheidungen	3	4	3	3	4	7	5
Beerdigungen insgesamt	38	31	28	24	31	29	24
davon totegeborene Kinder	2	2	2	1	—	1	—

**Nr. 8**

Der Wiedereintritt in die Gemeinde

10. Oktober 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
Bl. 114

Altona 10.10.1935.

An den Vorstand  
der Hochdeutsch Israelitischen  
Gemeinde  
Altona

Möchte hiermit den Antrag stellen wieder als Mitglied der Gemeinde aufgenommen zu werden. Durch die schlechte Lage sah ich mich im Februar 1933 gezwungen aus der Gemeinde auszutreten denn es war mir infolge langer Arbeitslosigkeit nicht möglich die hohen Gemeindesteuern zu zahlen.

In der Hoffnung eines für mich günstigen Bescheides zeichne ich

Hochachtungsvoll  
K... H...

**Nr. 9**

Der Antrag auf Wiedereintritt

23. Oktober 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
Bl. 116

Altona 23. Oktober 1935.

An die hochdeutsche Israelitische Gemeinde  
Altona

Ich teile Ihnen hierdurch höfl. mit, daß ich gern wieder in die Gemeinde eintreten möchte u. bitte Sie, das Nötige hierzu veranlassen zu wollen.

Mein damaliger Austritt erfolgte nur aus dem Grunde, da[ß] ich die z.Zt. hohen Gemeindesteuern nicht tragen konnte.

Zur Zeit bin [ich] (2 Jahre) arbeitslos, doch bin ich gern bereit, sobald ich wieder Beschäftigung gefunden habe, wieder meine Steuern zu bezahlen.<sup>2</sup>

Hochachtungsvoll  
S... H...

<sup>2</sup> Dem Gesuch des Antragstellers (geb. 1894) wurde entsprochen. Er wurde mit dem vierten Transport am 6. Dezember 1941 nach Riga deportiert.

**Nr. 10**

Der Streit um einen Gemeindeaustritt: Wirkt der Hamburger Gemeindeaustritt im preußischen Altona?

⟨A⟩ 13. November 1935

⟨B⟩ 16. Dezember 1935

⟨C⟩ 12. Januar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64, Bl. 83, 87 f., 90

⟨A⟩

13. November 35.

Herrn  
G... L...  
Blankenese.  
Willmannspark 4

Sehr geehrter Herr!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 10. ds. Mts. und teilen Ihnen mit, dass der Austritt aus der deutsch-israelitischen Gemeinde Hamburg Sie nicht von der Mitgliedschaft unserer Gemeinde gegenüber befreit. Auf Grund des Judengesetzes vom 14. Juli 1863 ist jeder in Altona wohnhafte Jude unserer Gemeinde steuerpflichtig. Wir erlauben uns daher, den Steuerbescheid wieder beizufügen und bitten Sie die Regelung vornehmen zu wollen.

Hochachtungsvoll

⟨B⟩

Walter Müller  
Rechtsanwalt  
Altona, Bahnhofstr. 28

Altona, den 16. Dezember 1935.

An den  
Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde  
in Altona

Betr. den dem Kaufmann G... L... in  
Altona-Blankenese, Willmannspark 4,  
zugegangenen Steuerbescheid vom 6. November 1935.  
Hebenummer 245 b.

Zur weiteren Begründung des Einspruchs wird folgendes bemerkt:

Der Beschwerdeführer ist am 26. Juli 1883 in Hamburg geboren, wo seine Eltern lebten. Diese haben in Hamburg einer jüdischen Gemeinde nicht angehört, haben sich stets als Dissidenten bezeichnet und haben ihren Sohn, den Beschwerdeführer konfessionslos erzogen. Der Vater ist 1919 gestorben, die Mutter 1922. Der Beschwerdeführer selbst hat 1918 seinen Wohnsitz von Hamburg nach Blankenese verlegt. Damals verlangte die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde in Altona von ihm Steuern, ob im Wege formeller Veranlagung, weiss er nicht mehr. Er hat damals die Zahlung von Steuern abgelehnt und die Gemeinde hat sich bis zu dem Steuerbescheid vom 6. November 1935 hierbei beruhigt. Dieser Steuerbescheid ist vermutlich dadurch veranlasst worden, dass er einen freiwilligen Beitrag zu der jüdischen Winterhilfe bezahlt hat. Dazu ist zu bemerken, dass es dem Beschwerdeführer völlig fern liegt, sich denjenigen moralischen Verpflichtungen zu entziehen, welche ihm die Zugehörigkeit zum jüdischen Stamm auferlegt. Er legt aber, wie schon sein verstorbener Vater, aus weltanschaulichen Gründen das grösste Gewicht darauf, einer kirchlichen Gemeinschaft nicht anzugehören.

Der Beschwerdeführer hat 1912 geheiratet, damals noch in Hamburg wohnhaft. Seine Ehefrau ist arischer Abkunft und gehörte seit ihrer Geburt der evangelischen Kirche an. Etwa 1920 ist sie aus der evangelischen Kirche ausgetreten und seitdem, ebenso wie ihr Gatte, konfessionslos. Das im Jahr 1913 aus der Ehe hervorgegangene Kind ist nicht getauft, sondern konfessionslos. Am 31. Januar 1914 hat der Beschwerdeführer vor der Aufsichtsbehörde für die Standesämter in Hamburg die abschriftlich anliegende Erklärung abgegeben, deren Urschrift auf Verlangen zur Verfügung steht.<sup>3</sup> Zu dieser Erklärung ist folgendes zu bemerken:

Der in ihr erwähnte Antrag des Beschwerdeführers vom 23. Dezember 1913 ging sicherlich auf Austritt aus dem Judentume. Denn Anlass zu diesem Antrag war vermutlich, dass er seine im Herbst 1913 geborene Tochter beim Standesamt als Dissidentin angemeldet hatte und deswegen von ihm eine Bescheinigung darüber verlangt worden sein wird, dass er der jüdischen Religionsgemeinschaft nicht angehöre. Es galt damals das Hamburgische Gesetz betreffend den Austritt aus einer staatlich anerkannten religiösen Gemeinschaft vom 12. Dezember 1888 (Gesetzsammlung 1888 I S. 102, Amtsblatt No. 133 S. IIII).

Über die Bedeutung eines auf Grund dieses Gesetzes von einem Juden erklärten Austritts wird auf den Aufsatz von Dr. Alfred Bertram in der Hanseatischen Rechtszeitschrift von 1923, Seite 482 fgd., verwiesen: »Ist in Hamburg der Austritt aus dem Judentum möglich?«<sup>4</sup> Er vertritt die Auffassung, dass ein Katholik, der aus der lokal begrenzten Gemeinde nach dem Hamburgischen Austrittsgesetz vom 12. Dezember

3 Die am 31. Januar 1914 abgegebene Erklärung hatte folgenden Wortlaut: »Ich halte meinen am 23. Dezember 1913 bei der Aufsichtsbehörde für die Standesämter schriftlich gestellten Antrag aufrecht, und erkläre hiermit meinen Austritt aus der deutsch-israelitischen Gemeinde im Hamburgischen Staate. Ich habe keine Gemeindesteuer bezahlt.« (CAHJP, AHW 151, Bd. 64).

4 Auszugsweise abgedruckt bei Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 1, S. 564-566 mit Anm. 16.

1888 – jetzt 15. Dezember 1919 – austritt, damit nicht bloss die Gemeindezugehörigkeit verliert, sondern auch aus der römisch-katholischen Bekenntniskirche ausgetreten ist. Er fährt dann fort:

»Für das Judentum liegen die Verhältnisse insofern anders, als es ihm an einer die Staatsgrenzen überschreitenden verfügbungsmässigen Gesamtorganisation gebricht und es darin den noch nicht zusammengeschlossenen evangelischen Landeskirchen ähnlich war«,

und kommt dann zu dem Schluss:

»Wendet man diese Grundsätze auf die israelitischen Religionsverhältnisse an, so ergibt sich, dass der nach dem hamburgischen Austrittsgesetz Ausgeschiedene von allen anderen Rechtsorganisationen des Judentums in Deutschland als Dissident betrachtet werden muss«.

Hierzu ist noch folgendes zu bemerken:

In Preussen gibt es für Juden sowohl die Möglichkeit aus einer bestimmten Gemeinde auszutreten, als auch diejenige, aus dem Judentum ganz auszuscheiden. In Hamburg bestand und besteht nur eine Form des Austritts, nämlich diejenige auf Grund des Gesetzes von 1888, jetzt des Gesetzes von 1919: Da es zweifellos in Hamburg die Absicht war, den Juden ebenso wie den Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften die Möglichkeit zu geben, aus ihrer Religionsgemeinschaft auszuscheiden, so muss einem auf Grund des Hamburgischen Gesetzes von 1888 erfolgten Austritt diese Wirkung beigelegt werden.

Demgemäss ist denn auch der Beschwerdeführer bis jetzt, auch von der hiesigen Gemeinde, als Dissident behandelt worden. Er ist spätestens seit seinem am 31. Januar 1914 in Hamburg erfolgten Austritt Dissident geworden und ist dies wahrscheinlich schon seit seiner Geburt gewesen.

Es wird gebeten, die Beitreibung der Steuer bis zur Entscheidung über den Einspruch zu befristen.

Für G... L...<sup>5</sup>  
Rechtsanwalt

[Walter] Müller

5 G. L., geb. 1883, war von 1942 bis 1943 im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert. Er wurde am 12. Februar 1943 nach Auschwitz deportiert. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 242. Zum Zeitpunkt des Schreibens, im Dezember 1935, lebte G. L. in »privilegierter Mischehe«.



⟨C⟩

12. Januar 1936.

Herrn  
Rechtsanwalt Walter Müller,  
Altona, Bahnhofstr. 28.

Betr.: Einspruch vom 16.12.1935  
gegen die Steuerveranlagung des Kaufmanns G... L..., Blankenese, Wilman-  
park 4.

Dem Einspruch kann nicht stattgegeben werden, da der auf Grund des Hambur-  
gischen Gesetzes vom 15.12.1919 erfolgte Austritt aus der Deutsch-Israelitischen  
Gemeinde in Hamburg nicht den Austritt aus dem Judentum zur Folge hat. Der  
Reklamant in seiner Eigenschaft als Jude wird von dem § 10 des Holsteinischen  
Judengesetzes vom 14.6.1863 erfasst.<sup>6</sup>

Ergebenst  
Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

#### Nr. II

Die Anerkennung als Notstandsgemeinde

16. November 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 243

#### Fragebogen

betreffend die Anerkennung als Notstandsgemeinde.

(von der Gemeinde und vom Landesverband auszufüllen.)

- 1) Name d. Gemeinde: Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona
- 2) Landesverband

<sup>6</sup> § 10 des Gesetzes betreffend die Verhältnisse der Juden im Herzogtum Holstein vom 14. Juli 1863 lautete: »Jeder im Herzogtum Holstein wohnhafte Jude muß Mitglied einer jüdischen religiösen Gemeinde sein.« Vgl. Gesetz- und Ministerialblatt für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg 1863, S. 167, auszugsweise abgedruckt bei Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 2, S. 1233-1236, hier S. 1233. – G. L. trat zum Jahresende 1935 auf Grund des Preussischen Austrittsgesetzes vom 30. November 1920 aus der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde aus.

- 3) Seelenzahl                    1519      Zahl der Zensiten                    394 (zahlende)
- 4) Einkommensteuersoll in den letzten beiden Jahren:  
für 1934 Rm. 138870.--  
für 1935 steht noch nicht fest
- 5) Bemessung der Gemeindesteuer im Verhältnis zur Reichseinkommensteuer: 25 %
- 6) Summe der Ausgaben für
- a) offene Wohlfahrtspflege: 1935 Rm. 44496.64  
für 1936 bis 30.9.36: Rm. 38928.19  
geschlossene: Altenheim: Rm. 4895.42 nach Abgang d. Verpflegungsgelder
  - b) Berufsausbildung (im vergangenen Monat): August/Sept. Rm 1780.37
  - c) Wanderung: desgl. Rm 4229.50  
und zwar sowohl aus Gemeindemitteln als auch aus Mitteln der bestehenden Wohlfahrtsvereine.
- 7) Gemeindevermögen: Grundstücke – um die Synagoge und d. Friedhof der Gemeinde
- 8) Abschrift d. Etats f. d. vergangene und laufende Etatsjahr ist beizufügen liegt bei.
- 9) Stellungnahme des Landesverbandes:

Altona, d. 16. November 1936.  
Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde  
Der Vorsitzende  
[Dr. Franck]

**Nr. 12**

Die statistische Erhebung zur Mitgliederstruktur der Gemeinde 1935/36

[Anfang 1937]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 124

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeine Altona]

Abschrift 1936 Amt für Wirtschaft u. Statistik Altona.<sup>7</sup>

	1935	1936 <sup>7</sup>
Geistliche 1 u. 2 Hilfsgeistliche	3	3
Gem.Mitgl.	724	674
Sitzplätze i. d. Syn.	532	532
Austritte aus d. Gemeinde	6	6
Zahl d. bestehenden gemischtkonfessionellen Ehen		
insgesamt	35	38
Zahl d. Kinder aus diesen Ehen	18	18
Kultus:		
Besteuerte Mitglieder	278	321
Beschneidungen	7	3
Trauungen	18	8
Ehescheidungen	2	2
Beerdigungen insgesamt	20	26
Davon totgeborene Kinder	--	--

<sup>7</sup> Die Zahlen für das Jahr 1936 sind handschriftlich hinzugefügt.

## 15.2 Rechtsgrundlagen der Gemeindeorganisation

**Nr. 1**

Die Arbeitsgenehmigung für ausländische Kultusbeamte

14. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 30

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

14. Juli 33.

An das Arbeitsamt  
der Stadt Altona.

Auf Grund des Gesetzes vom 1. Juli 1933, Verordnung über ausländische Arbeitnehmer, beantragen wir die Genehmigung der Arbeitserlaubnis für den Kultusbeamten Albert Wisansky, Altona, Königstr. 6  
" " Kantor Pinkus Ziegel, Altona, Funkstr. 2 und  
" " den Religionslehrer Josef Rabinowitz, Altona, Sonninstr. 16.

Auf Grund unserer Information beim Polizeipräsidium waren wir nicht in der Lage, für diese Anträge die für diesen Zweck bestimmten Formulare auszufüllen.

Wir stellen diesen Antrag mit Rücksicht auf den bis zum 15. Juli d.J. bezeichneten Termin.

Ergebenst

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

**Nr. 2**

Gremien und Institutionen der Altonaer Gemeinde 1933/34

1933/34

Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der Landesgemeinde Oldenburg und des Regierungsbezirks Stade 1933/34, Nr. 5, S. 42-44

---

 JAHRBUCH FÜR DIE JUDISCHEN GEMEINDEN
 

---

**Die Gemeinden Schleswig-Holsteins und ihre Verwaltungen.**
**Altona.**
**Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde.**

Büro: Breitestraße 15. — Fernsprecher: 42 50 51.

**Vorstand:**

Sanitätsrat Dr. Louis Grand, Vor-	Paul Möller.
sitzender	Direktor G. Lichtheim.
Isa Goldschmidt, stellvertr. Vorsitzender	Max Lehmann.
Dr. Moses Levi	

**Gemeindevertreter:**

Dr. Julius Jonas, Vorsitzender	A. Stahl
Isa. Schulz, stellvertr. Vorsitzender	Dr. Jul. Möller
Wolf Reichsaffen	V. Adest
Alfred Neumann	Dr. A. Manasse.

**Oberrabbinat:**

Oberrabbiner Dr. J. Carlebach, Palmaille	Affessoren:
Nr. 57, Hspr.: 42 02 70.	Rabbiner E. Dudesz, Sonninstraße 14,
	Hspr.: 42 49 16.
Sprechzeit: Mittwoch 5 bis 6 Uhr	Rabbiner Jac. B. Cohen, Al. Papagoyen-
nachmittags.	straße 1, Hspr. 42 65 92.

Für die einzelnen Verwaltungszweige bestehen folgende Kommissionen:

Die Kommission für die	Von den Gemeindevertretern:
Haupt- und Kassenverwaltung:	W. Reichsaffen
	Alfred Neumann.

Vom Vorstand:

 Max Lehmann, Vorsitzender,  
Isa Goldschmidt, stellv. Vorsitzender.

Gemeindegänger:

Von den Gemeindevertretern:	B. Reich
Joseph Schulz	Jacob Heilbut
A. Stahl.	

Gemeindegänger:

 Arthur Hollander  
Jul. Levy.  
Dr. Hans Neumann.

Synagogen-Kommission:

Vom Vorstand:

San.-Rat Dr. L. Grand.

Von den Gemeindevertretern:

 Is. Schulz  
Alfred Neumann.

Grundstücks-Kommission.

Vom Vorstand:

 Direktor G. Lichtheim.  
Paul Möller.

Gemeindegänger:

Julius Levy.

---

 JAHRBUCH FÜR DIE JUDISCHEN GEMEINDEN
 

---

**Schul-Kommission:**

(Kommission für das Unterrichtswesen)  
 Oberrabbiner Dr. Carlebach  
 Hauptlehrer: M. Sommer.

**Vom Vorstand:**

M. Lehmann.

**Von den Gemeindevertretern:**

A. Stahl  
 Dr. Jul. Möller.  
 Dr. A. Manasse.

**Gemeindeglieder:**

R. Kunreuther  
 Gotthelf Cahn  
 Bernh. Koppel  
 Dr. Ernst Jacobson.

**Kommission für die Stiftungen und die freiwillige Armenpflege:****Vom Vorstand:**

Sanitätsrat Dr. L. Brand, Vorsitzender.  
 Paul Möller, stellv. Vorsitzender.

**Von den Gemeindevertretern:**

Jos. Schulz  
 A. Neumann.  
 P. Adest.

**Gemeindeglieder:**

Emil Goldschmidt  
 Dr. M. Strauß  
 Apotheker L. Böhm.

Die Wohlfahrtspflege wird in Gemeinschaft mit dem isr. Hum. Frauen-Verein e. V., Altona, ausgeübt. Näheres s. dort.

**Begräbnis-Kommission:****Vom Vorstand:**

Paul Möller.

**Von den Gemeindevertretern:**

Wolf Rechtschaffen  
 P. Adest.

**Gemeindeglieder:**

Leon D. Cohen  
 Moses Hammer.  
 P. Stimler,

außerdem ein Mitglied der Direktion des Beerdigungs-Vereins.

**Einschätzungs-Kommission:****Vom Vorstand:**

Iska Goldschmidt, Vorsitzender  
 M. Lehmann, stellv. Vorsitzender.

**Von den Gemeindevertretern:**

Jos. Schulz  
 Wolf Rechtschaffen

**Gemeindeglieder:**

Jacob Heilbut  
 B. Bod  
 Max Salomon  
 Apotheker F. Wolpe  
 S. Senensieb.

**Anleihe-Kommission:**

Iska Goldschmidt  
 Paul Möller  
 Jos. Schulz.

**Kultus-Kommission:**

Oberrabbiner Dr. Carlebach  
 Rabbiner E. Dudesz  
 Rabbiner Jac. B. Cohen,  
 D. M. Levi  
 Paul Möller  
 als Gemeindevorsteher kooperiert

**Gemeindeglieder:**

Siegm. Haurwih  
 Mendel Diener  
 Arje Stahl  
 M. Sommer

**Im Gemeindebüro**

Fernsprecher: 42 50 51,  
 Breitestraße Nr. 15,  
 befinden sich:

das Sekretariat,

Gemeindef sekretärin: Frä. J. Hagenow,  
 Sprechstunden vorm. von 10—1 Uhr,  
 mit Ausnahme von Mittwochs

die Kasse,  
 geöffnet täglich vorm. von 9—1 Uhr.  
 Kassierer: Meno Cohen.

**Kultusbeamte:****Oberkantor:**

Stellvertreter: P. Siegel.

**Unterkantor:**

Meno Cohen.

---

 JAHRBUCH FÜR DIE JÜDISCHEN GEMEINDEN
 

---

**Schächter:**

A. Wifansky.

**Begräbnis-Beamter:**B. Lehmann, Blücherstraße 18/20  
(Spr.: 42 52 43).**Israelitisches Altenhaus**

Blücherstraße 18—20.

Arzt: Sanitätsrat Dr. Louis Grand.

Ökonom: B. Lehmann.

**Ehrendamen:**

Frau Irene Möller

Frau Eva Segelbaum.

**Rituelle Badeanstalt (Mittwoh)**

Hochstraße 50.

Aufseherin: Frau Ed. Cohn.

**Synagoge:**

Breitestr. 50 — Al. Papagoyenstr. 7/9.

Oberkünstler: B. Lehmann.

**Friedhof:**

Bornlampsweg 149.

**Friedhofsaufseher:**

Ab. Karsten (Spr.: 49 17 93).

**Mohelim:**

Rabbiner E. Dudesz, Sonninstr. 14, pt.

Paul Möller, Palmaille 31, I.

**Israelitische Gemeindefchule**

Palmaille 17.

Die Israelitische Gemeindefchule ist eine öffentliche Schule im Sinne des preussischen Gesetzes vom 14. Juli 1863 und 15. Oktober 1872. Sie besteht aus 4 aufsteigenden Grundschulklassen und 2 Oberklassen in 4 Stufen. Die Aufgabe der Schule ist es, den Kindern eine erweiterte Ausbildung in den hebräischen Fächern und gründliche Kenntnisse in der jüdischen Geschichte zu vermitteln.

**Lehrer:**

Schulleiter: Hauptlehrer M. Sommer

Th. Roddel

J. Rabinowitz.

**Lehrerin:**

Frä. Paula Cohn

Schulgeld wird nicht erhoben, als Büchergeld sind zu zahlen:

RM. 5,— für Kl. I u. II

RM. 3,— für Kl. III/IV

RM. 2,50 für Kl. V

RM. 2,— für Kl. VI

pro Quartal.

**Elternbeitrat der Gemeindefchule:**Frau Betty Levy, Vorsitzende, Grüne-  
straße 5Herr Hermann Sommer, Schriftführer,  
Reichenstraße 14

Frau B. Kurz, Behnstraße 28

Herr Leo Knopf, Parallelstraße 12.

Frau S. Appelberg, Königstraße 273.

**Als Ersatz:**

Frau S. Krauthammer, Lerchenstraße 76

Frau Th. Mendel, Allee 207

Herr Leo Dudesz, Sonninstrafe 14

Herr M. Kochen, Grünestraße 5

**Religionsschule der Hochb. Israeliten-  
Gemeinde Altona für Knaben  
und Mädchen:**(Gemeinsamer Unterricht für sämtliche  
die städt. Schulen Altonas besuchenden  
Kinder)

Leiter: Oberrabbiner Dr. Carlebach

Lehrer: M. Sommer, Studienassessor

A. Wohlgenuth.

**Nr. 3**

Der Wahlaufruf im Februar 1934

18. Februar 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62,  
Bl. 5

Am Sonntag, d. 18. Februar 1934, findet im Büro der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona, Breitestr. 15,  
vormittags von 10 – 2 Uhr

Wahl

für 2 Vorsteher und 4 Gemeindevertreter statt.

Es scheidet turnusgemäss aus dem Vorstand Herr Max Lehmann aus, ferner ist durch Fortzug des Herrn Dr. Walter Bachmann die Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes für die Amtsdauer des Genannten erforderlich.

Aus dem Gemeindevertreterkollegium scheiden turnusgemäss die Herren Wolf Rechtschaffen, Arje Stahl und Pinkus Adest aus. Infolge der im vergangenen Jahre stattgefundenen Wahl des Herrn Max Lehmann zum Gemeindevorsteher ist für die Amtsdauer des Genannten das Amt neu zu besetzen.

Die Wählerliste liegt vom 2. Februar d.J. ab im Gemeindebüro vormittags von 10 – 12 Uhr zur Einsichtnahme aus. Einwendungen dagegen sind bis zum 15. Februar einschliesslich an uns zu richten oder bis dahin im Gemeindegemeinschaftssekretariat zu Protokoll zu geben.

Zur Feststellung der Wahlfähigkeit bitten wir, dem Wahlkomitée Legitimationspapiere vorzulegen.

Altona, d. 25. Januar 1934.

VORSTAND DER HOCHDEUTSCHEN  
ISRAELITEN-GEMEINDE.



**Nr. 4**

Die Bekanntmachung der Wahlergebnisse im Februar 1934

23. Februar 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 17; Hamburger Familienblatt vom 23.2.1934

**Bekanntmachung.**

Im Wahltermin am 18. Februar d.Js. ist die Wiederwahl des Herrn

**Max Lehmann**

zum Gemeindevorsteher erfolgt. Außerdem wurde Herr

**Dr. Manfred Zadik**

zum Gemeindevorsteher gewählt. Die Herren

**Pincus Adest** und **Arje Stahl**

wurden als Gemeindevertreter wiedergewählt.

Neu gewählt zu Gemeindevertretern wurden die Herren

Hugo Kahn und Gotthelf Cahn

Etwaige Einwendungen gegen diese Wahlen sind innerhalb zwei Wochen schriftlich bei uns einzureichen.

Altona, den 22. Februar 1934.

Vorstand der

Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona.

**Nr. 5**

Die Entsendung von Altonaer Mitgliedern in die Organe des Verbands jüdischer Gemeinden

⟨A⟩ 14. August 1934

⟨B⟩ 4. Oktober 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 282, 287

⟨A⟩

Verband der jüdischen Gemeinden

Schleswig-Holsteins und der Hansestädte

Hamburg, den 14.8.34.

Wir nehmen Bezug auf den Schriftwechsel mit Ihnen anlässlich der in diesem Jahre zu vollziehenden Wahl für den grossen Ausschuss. Wir übersenden Ihnen in der Anlage eine Abschrift des § 8 der Statuten des Verbandes der jüdischen Gemein-

den Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der über die näheren Einzelheiten der Wahl Auskunft gibt. Da nun von verschiedenen Gemeinden keine genauen Angaben gemacht worden sind, bitten wir Sie hierdurch, uns nochmals die von Ihnen gewählten Persönlichkeiten für den grossen Ausschuss namhaft zu machen. Gleichzeitig bitten wir, uns die Anzahl der Seelen Ihrer Gemeinde mitzuteilen, da nur für je 100 Seelen ein Vertreter gewählt werden darf. Um Irrtümern vorzubeugen, machen wir darauf aufmerksam, dass es sich hierbei nicht um Vorschläge Ihrerseits, sondern um eine von Ihnen zu vollziehende Wahl handelt. Eine Wahl der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses durch die Mitgliedsgemeinden kommt nicht in Frage. Die Wahl dieser Mitglieder erfolgt durch den grossen Ausschuss.

Ferner bitten wir Sie, uns Vorschläge für die Kooption von Rabbinen, Lehrern und Beamten zu machen.

Die Beantwortung dieses Schreibens bitten wir, bis zum 1. September d.J. zu beschleunigen, um die nötigen Vorarbeiten für die im Oktober d.J. in Aussicht genommene Sitzung des grossen Ausschusses vornehmen zu können.

Hochachtungsvoll

Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte  
gez. Dr. Manasse

An sämtliche Mitgliedsgemeinden!

⟨B⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

4. Oktober 1934.

An den  
Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-  
Holsteins und der Hansestädte,  
H a m b u r g .

Betr.: Ihr Schreiben vom 14.8.34.

Wir teilen Ihnen höflichst mit, dass nach dem gestrigen Beschluss unserer Gemeindegemeinden die Wahl nachbezeichneter Herren in den Grossen Ausschuss Ihres Verbandes erfolgt ist:

- 1.) Herr Paul Möller, Altona
  - 2.) Herr Max Lehmann, "
  - 3.) Herr Dr. J. Möller, "
- und der Unterzeichnete Dr. L. Franck, " .

Für die Kooptation von Rabbinen, Lehrern und Beamten erlauben wir uns vorzuschlagen:

- a) Rabbinen:   Herrn Oberrabbiner Dr. J. Carlebach,       Altona,  
                  Herrn Rabbiner Jac. B. Cohen,                 "  
b) Lehrer:       Herrn Hauptlehrer M. Sommer, Altona  
c) Beamte:       Fräulein I. Hagenow.

Gleichzeitig teilen wir Ihnen auf Ihre Anfrage mit, dass unsere Gemeinde ungefähr 3000 Seelen umfasst.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

### Nr. 6

Die beantragte Wahlverschiebung 1935

⟨A⟩ 30. Januar 1935

⟨B⟩ 18. Februar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 21, 24

⟨A⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

30. Januar 35.

An den

Herrn Regierungspräsidenten

Schleswig

Wir gestatten uns folgende Anfrage:

Bei den im vergangenen Jahre vorgenommenen Wahlen, die satzungsgemäss regelmässig im Februar stattzufinden haben, wurde der auf beigefügter Zusammenstellung unter No. 1. genannte Dr. M. Zadik in den Vorstand unserer Gemeinde gewählt. Damit ist er in die Amtsdauer der ebenfalls Benannten eingetreten. Mit Rücksicht auf die kurze Amtszeit des Herrn Dr. Zadik und nicht zuletzt im Interesse der Kostenersparnis beabsichtigen wir, falls regierungseitig keine Bedenken dagegen erhoben werden, in diesem Jahre von einer Wahl Abstand zu nehmen, umsomehr, da eine Wahl für das Gemeindevertreter-Kollegium ebenfalls in diesem Jahre nicht stattzufinden hat, vielmehr erst im nächsten Jahre vorzunehmen ist.

Wir erlauben uns, unsere Satzungen nebst Nachtrag vom 16. Februar 1922 beizufügen und auf die §§ 13 & 23 im Besonderen hinzuweisen.

Wir bitten, uns eine Entscheidung unter Wiedereinsendung der Statuten baldmöglichst zugehen zu lassen, damit im Falle einer Ablehnung unseres Gesuches die Ausschreibung der Wahl keine Verzögerung erleidet.

Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

⟨B⟩

Der Regierungspräsident Schleswig, 18. Februar 1935. J.Nr. II.A.44.

An  
den Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde  
in Altona,  
Breitestrasse 15.

Betrifft: Vorstandswahl.  
Bezug: Anfrage vom 30.1.1935.

Eine Verschiebung der Wahl darf nach den neuesten Bestimmungen nur ausnahmsweise und nur mit vorheriger Ermächtigung des Herrn Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht von mir genehmigt werden.

Da die Notwendigkeit einer Verschiebung der Wahl nicht vorliegt, ist mit einer Genehmigung durch den Herrn Minister m.E. nicht zu rechnen.

Ich gebe daher anheim, die Vorstandswahl gemäß § 13 Ihrer Gemeindeordnung, die wieder beigefügt ist, vorzunehmen.<sup>8</sup>

In Vertretung,  
gez. Fleck.

<sup>8</sup> Am 24. März 1935 wurde Dr. Manfred Zadik (1887-1965) erneut in den Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde gewählt. Von 1913 bis zu seinem Berufsverbot im November 1938 arbeitete er als Rechtsanwalt in Hamburg in Sozietät mit Dr. Hermann Samson (ab dem 1. Dezember 1938 »jüdischer Konsulent«). Zadik war Zionist und gehörte ab 1935 dem Vorstand der Hamburger Zionistischen Vereinigung an. Im Februar 1941 emigrierte er nach Guatemala und im November 1941 siedelte er in die USA über. Ab 1948 war er in Hamburg wieder als Anwalt unter Befreiung von der Residenzpflicht zugelassen. Vgl. Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung, Bd. 1, S. 181.

**Nr. 7**

Die Anfechtung der Wahlen im November 1936

15. Dezember 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 94-96

Altona, den 15. Dezember 1936.

An  
den Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona.

Im Interesse des Friedens und der Einheit in unserer Gemeinde erheben die Unterzeichneten Gemeindemitglieder Einspruch gegen die Gemeindewahlen vom 29.11.1936 aus folgenden Gründen.

1. Die Anlage der Wahlliste verstösst gegen die Grundsätze der Stimmberechtigung der Gemeindemitglieder. Unsere Gemeinde ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Somit gelten die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung auch für die einer Synagogengemeinde. In der Wahlliste ist eine Anzahl von Gemeindemitgliedern von der Ausübung des Wahlrechtes ausgeschlossen worden, weil sie mit der Zahlung der Steuern im Rückstand war. Die Reichsverfassung macht das aktive Wahlrecht nicht vom Steuerzahlen abhängig. Das Stimmrecht ist allgemein, gleich, unmittelbar und geheim. Analog muss dieses aktive Wahlrecht auch auf die Synagogengemeinde, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts[,] übertragen werden. Da dies nicht geschehen ist, verstossen Wahlliste und Wahlhandlung vom 29.11.1936 gegen die fundamentalen Grundsätze des Wahlrechtes in der Reichsverfassung. Daher ist die Wahl ungesetzlich und für ungültig zu erklären.
2. In die Wahlliste wurden Gemeindemitglieder eingetragen, die steuerzahlungsunfähig sind. Nach dem Judengesetz vom Juli 1847 in den altpreuussischen Provinzen und dem Statut der Hochdeutschen Israelitengemeinde in Altona waren bis 1920 nur steuerzahlende Gemeindemitglieder wahlberechtigt. Ausgeschlossen waren erstens unbemittelte Gemeindemitglieder, zweitens solche, die mit ihren Steuern im Rückstande blieben und drittens eine Anzahl Gemeindebeamte, die von der Steuer befreit waren. Vor 1920 war der Grundsatz der Leistung massgebend für die Wahlberechtigung der Mitglieder unserer Gemeinde. Durch einen angeblichen Kollegienbeschluss der Hochdeutschen Israelitengemeinde in Altona soll eine Aenderung herbeigeführt worden sein, nach der mittellose Gemeindemitglieder wahlberechtigt sind. Eine Veröffentlichung dieses Gemeindebeschlusses ist bis heute nicht erfolgt. Auch zur Wahl vom 29.11.1936 wurde diese Aenderung nicht veröffentlicht. Dadurch wusste ein grosser Teil der Gemeindemitglieder nicht, dass er wahlberechtigt wurde. Die Nichtveröffentlichung eines Gemeindebe-

schlusses von so weit tragender Bedeutung ist eine bewusste Irreführung und eine Gesetzeswidrigkeit. Selbst Mitgliedern des Repräsentantencollegiums war dieser Gemeindebeschluss nicht bekannt.<sup>9</sup>

3. Zur Illustration des ganzen Wahlaktes diene der Fall, dass der derzeitige, steuerzahlende, amtsausübende Vorsitzende des Vorstandes, Herr San.-Rat Dr. Franck[,] der vorübergehend in Hamburg wohnt, sich aus der Wahlliste streichen lassen musste. Das Amt des Vorsitzenden übt er aus, wählen darf er nicht!!
4. Ueberhaupt wurde bei der Feststellung des Wahlrechts willkürlich oft mit grösster Härte vorgegangen, sodass z.B. einem Mitgliede, dem der Steuerbescheid Mitte Oktober zugegangen ist, und nicht sofort die Steuerschuld zahlte, das Wahlrecht entzogen wurde.
5. Die ganze Handhabung des Wahlrechts in der hiesigen Gemeinde stellt den Willkürakt einer kleinen Oberschicht dar, die vor allem Familienpolitik und nicht Gemeindepolitik treibt.

Auf Grund all dieser Ungesetzlichkeiten ersuchen die Unterzeichneten den Vorstand, die Wahl vom 29.II.1936 für ungültig zu erklären und eine Neuwahl festzusetzen.

Sollte diesem Antrage nicht stattgegeben werden, so beabsichtigen die Unterzeichneten eine Entscheidung bei der Regierung in Schleswig herbeizuführen.<sup>10</sup>

N.B. Eine Liste der Einsprucherheber folgt

Osias Honig  
 S. Appelberg  
 J. Nachbar  
 K. Friedfertig  
 A. Schickmann  
 Ch. Reiser  
 M. Sommer  
 P. Adest  
 N. Weissmann  
 A. Scharfer

- 9 Der Vorstand der Gemeinde hatte in seiner Sitzung am 1. März 1933 beschlossen, auch all diejenigen in die Wählerliste aufzunehmen, die im laufenden Steuerjahr mangels Einkommen von der Steuerpflicht durch Nichtveranlagung befreit worden waren. Eine entsprechende satzungsrechtliche Regelung konnte nicht ermittelt werden.
- 10 Die Gemeinde-Kollegien wiesen den Einspruch am 28. Dezember 1936 als nicht fristgemäß zurück. Die Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wählerlisten hätten spätestens drei Tage vor dem Wahltermin erhoben werden müssen; HF vom 14.1.1937, S. III. Die von den Kollegien gegebene Begründung erscheint rechtlich zweifelhaft. Die erhobenen Einwendungen richteten sich nicht gegen Fehler in der Aufstellung der Wählerlisten, sondern materiell gegen das Wahlsystem in seiner fehlenden Transparenz. Von der formal bestehenden Möglichkeit gegen die zurückweisende Entscheidung der Kollegien im staatlichen Verwaltungsstreitverfahren Klage zu erheben, haben die Einspruchsführer verständlicherweise im NS-Staat keinen Gebrauch gemacht.

**Nr. 8**

Der Bericht der Altonaer Gemeinde über ihre Verwaltung (August 1937)

12. August 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 b, Bl. 23-25

Altona, d. 12. August 1937

Die Verwaltung der Hochdeutschen-Israeliten-Gemeinde.

Für die einzelnen Verwaltungszweige der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde bestehen folgende Kommissionen:

1. die Grundstückskommission
2. die Schulkommission
3. die Wohlfahrtskommission (Kommission für die Stiftungen und die freiwillige Armenpflege)
4. die Begräbniskommission.

Aufgaben der einzelnen Kommissionen:

Zu 1): Die Verwaltung der Grundstücke erstreckt sich auf

a) rentable Grundstücke:

Gr. Bergstr. 100 – 130 a	27 Mieter
Kirchenstr. 2 – 18 )	30 "
Breitestr. 11 – 17, 44 – 56 )	10 "
Kl. Papagoyenstr. 1, 3, 11, 13	4 "
Bornkampsweg 139 – 147	
Breitestr. No. 13 - 15 ist auf Namen »Wolff Salomon Warburg« bzw. »Ruben Wolf Hildesheim-Legat« eingetragen.	

b) irrentable Grundstücke:

Altenhaus – Blücherstr. 18 – 20

Wohlfahrtspflege m. Kindergarten und Kinderhort – Grünestr. 5,

Grdstck. d.J. H. v. Essen-Stiftung

Rituelle Badeanstalt im Grdstck. Hochstr. 50/Kl. Papagoyenstr. 1

Synagoge und Klaus-Institut – Kl. Papagoyenstr. 3 – 7

Friedhöfe: Bornkampsweg – Königstrasse – Kl. Rainstr.

Das von der Stadt Altona bereitgestellte Schulgebäude Palmaille 17 ist in die Verwaltung mit einbezogen.

Die Geschäftsführung für das gesamte Grundeigentum:

[...]

Zu 2) Schulverwaltung: Die Schule ist eine öffentliche Volksschule. Sie wird z.Zt. von 64 Mädchen und 69 Knaben besucht. Schuldgeld wird nicht erhoben, jedoch

ein Büchergeld, das nach den Jahrgängen gestaffelt in Höhe von 2 – 5 RM pro Quartal berechnet wird. Ausser drei staatlich angestellten Lehrpersonen sind an der Schule 1 Hospitantin und 1 Gesanglehrer tätig. Diese beiden Lehrkräfte sind von der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde auf Privatdienstvertrag angestellt. Von der Reichsvertretung der Juden in Deutschland ist bisher ein jährlicher Zuschuss von RM 1500.-- geleistet worden.

Der Schule ist ein Grundschulkursus in Blankenese angegliedert, an dem zur Zeit 9 Kinder teilnehmen. Finanzielle Kosten entstehen der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde hieraus nicht, da die Gesamtkosten von den Eltern getragen werden.

Der Religionsunterricht wird, soweit er nicht im Stundenplan zu berücksichtigen war, in einer unter Leitung des Herrn Oberrabbiner Dr. Weisz stehenden Religionschule erteilt. An dem Unterricht nehmen ausserdem die z.Zt. noch die allgemeinen Schulen Altonas besuchenden jüdischen Kinder teil.

Es besteht eine Schulkommission, der ausser Mitgliedern des Vorstandes und des Gemeindevertreterkollegiums der Schulleiter und der Herr Oberrabbiner angehören, ausserdem 3 Gemeindeglieder, die aus den Elternkreisen der die Schule besuchenden Kinder gewählt worden sind.

Zu 3) Der Wohlfahrtskommission (Kommission für die Stiftungen und die freiw. Armenpflege) untersteht die geschlossene und offene Fürsorge.

a) geschlossene Fürsorge: Altenhaus.

In das Heim können insgesamt 14 Insassen männlichen und weiblichen Geschlechts aufgenommen werden. Zur Zeit sind 12 Insassen vorhanden, die in Einzelzimmern untergebracht sind.

Die Leitung untersteht dem Ehepaar Walter Lehmann, dem zwei weibliche Hausangestellte zur Seite stehen.

An den Kommissionsberatungen nehmen, soweit erforderlich, zwei Ehrendamen des Altenhauses zur Berichterstattung teil. Das Haus Blücherstr. 18 – 20, das an den alten Friedhof Königstrasse anschliesst, bildet zugleich den Zugang für Besucher des Begräbnisplatzes.

b) offene Fürsorge: Wohlfahrtspflege – Kindergarten und Kinderhort: unter Leitung der Fürsorgerin Schwester Recha Ellern.

Die Betreuung der Hilfsbedürftigen geschieht unter der gemeinsamen Aufsicht des Israel. hum. Frauenvereins Altona und einer aus Mitgliedern der Kommission f. d. Stiftungen u. d. freiw. Armenpflege zusammengesetzten Wohlfahrtskommission.

Im Kindergarten werden zur Zeit 40 Kinder, im Kinderhort 58 schulpflichtige Kinder durch eine geprüfte Kindergärtnerin und 4 Helferinnen, sowie 1 Jugendführer betreut.

Die Mahlzeiten werden in der Küche Grünestr. 5 von einer Wirtschafterin hergestellt, die zugleich junge Mädchen (Schülerinnen) für den Haushaltsberuf vorbereitet. Die tägliche Reinhaltung der Räume wird durch die Helferinnen und Schülerinnen beschafft.



(Die Einrichtung einer Bezirksstelle Altona ist im Vertragsentwurf vorgesehen.)

Zu 4): Die Begräbniskommission verwaltet die Friedhöfe der Gemeinde. Sie führt die Aufsicht über die Grabstätten und deren Zuteilung, sowie über die Begräbnisse.

Das Recht, Beerdigungen auf dem Friedhof am Bornkampsweg vorzunehmen, steht ausschliesslich der Beerdigungs-Brüderschaft der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde nach dem für sie gültigen Ritual zu. Die Beisetzung von Aschenresten, Aschenurnen oder dergl. ist auf dem Friedhof nicht statthaft. Die Aufstellung des Grabsteines, der Text seiner Inschrift, die Aufstellung eines Grabgitters und Ausschmückung mit Emblemen und sonstigem Zierrat bedarf der Genehmigung des Vorstandes.

Die Vornahme von Arbeiten auf der Grabstätte unterliegen den vom Vorstand getroffenen und noch zu treffenden Anordnungen.

Durch den Erwerb einer Grabstätte unterwirft sich der Käufer sämtlichen in den Satzungen (Gebührentarif der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde) festgelegten Verpflichtungen und Bestimmungen.

Der Begräbnisbeamte Herr Walter Lehmann hat die Meldung über einen Todesfall zwecks Erhebung der Gebühren und Erledigung aller sonstigen finanziellen Angelegenheiten unverzüglich an das Gemeindebüro weiterzuleiten.

[...]

Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde

Der Vorsitzende  
i. V. gez. Paul Möller

## Nr. 9

Die letzte Sitzung des Gemeindevorstandes

2. Januar 1938

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 147 Bd. 7, Bl. 92-95, hier Bl. 92, 94f.

Sitzung des Gemeindevorstandes am Sonntag, d. 2. Januar 193[8], 11 Uhr vorm.

Vorsitzender: Herr Paul Möller, ferner anwesend:

Dir. Lichtheim, K. Lehmann, Dr. Zadik, Jac. Heilbut

Dr. Baer fehlt entschuldigt (verreist)

Tagesordnung:

[...]

Außerhalb der Tagesordnung gibt der Vorsitzende von einem mit dem Vorstand der Hamburger Gemeinde – hinsichtlich der künftigen Stellung des Frl. Hagenow – gepflogenen Briefwechsel Kenntnis. Die Antwort, die dem Vorsitzenden erteilt

worden ist, entspricht nicht der in dem nach Hamburg gerichteten Schreiben v. 29. Dez. v.J. aufgestellten Forderung. Es wird beschlossen, in einem weiteren Schreiben das Ersuchen zu stellen, den Referenten u. Frl. Hagenow mitzuteilen, »daß, soweit die künftigen Aufgaben des Frl. H im Bereiche ihrer bisherigen Tätigkeit liegen, sie den Hambg. Referenten nicht subordiniert, sondern koordiniert sein soll«.

Herr Möller schließt die Sitzung mit einem Dank an die Mitglieder des Vorstandes, die sich in aufopferungsvoller Tätigkeit den Aufgaben der Gemeinde gewidmet haben. Ebenso wie Herr Dir. Lichtheim in vorbildlicher Weise für das Grundstücks- u. Wohlfahrtswesen seine Zeit zur Verfügung gestellt, habe Herr Lehmann das überaus schwere Amt der Vermögens- u. Kassenverwaltung versehen. Auch den Mitarbeitern in den einzelnen Kommissionen sei zu danken u. dieser Dank in schriftlicher Form zum Ausdruck zu bringen.

Womit geschlossen:

I. Hagenow  
Gem. Sekr.

Paul Möller

#### **Nr. 10**

Die »Schlussitzung« der Gemeinschaftlichen Versammlung des Vorstandes und des Gemeindevertreter-Kollegiums

2. Januar 1938

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 149 Bd. 3, S. 279-287

Gemeinschaftl. Versammlung – Schluss-Sitzung – des Vorstandes u. des Gemeindevertreter-Kollegiums

am

Sonntag, d. 2. Januar 1938

mittags 12 Uhr.

Vorsitzender: Herr Paul Möller

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt – Bekanntgabe eines Schreibens der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg, in dem über die Stellungnahme der zuständigen Behörden zu dem zwischen den jüd. Gemeinden Hamburgs u. Preussens abgeschlossenen Vereinigungsvertrag berichtet wird.

Anwesend sind die Herren:

vom Vorstand: P. Möller, Dir. Lichtheim, M. Lehmann, Dr. Zadik, J. Heilbut  
– Dr. Baer fehlt entschuldigt –

vom Gemeindevertreter-Kollegium:

Dr. J. Jonas, A. Stahl, Dr. Möller, Arthur Hollander, M. Sommer, H. Leuensieb,  
Alb. Alexander, Ludwig Segelbaum

– Alfred Neumann fehlt entschuldigt –

Die vereinigten Gemeinden werden künftig die Bezeichnung  
»Jüdischer Religionsverband Hamburg«  
führen.

Gegen die von der D.J.G. hinsichtl. einzelner vorgeschriebener Abänderungen des  
Vertrages vorgenommene Berichtigung werden Einwendungen nicht erhoben.

[...]

Nach Entgegennahme dieses Berichts nimmt Herr Direktor Lichtheim das Wort zu  
folgenden Ausführungen:

Zunächst sei den 3 Mitgliedern der Verwaltung, den Herren Paul Möller, Dr. Jonas  
und Max Lehmann, die die Verhandlungen mit der Deutsch-Israelitischen Gemein-  
de geführt haben, der Dank der Kollegen auszusprechen. Diese Herren haben keine  
Mühe gescheut, ihre Aufgabe zum Besten unserer Gemeinde durchzuführen.

Herr Dir. Lichtheim dankt auch dem letzten stellvertretenden Vorsitzenden der  
Altonaer Gemeinde, Herrn Paul Möller, mit dem er, ebenfalls als stellvertretender  
Vorsitzender, in den letzten Monaten die Geschäfte der Gemeinde geführt habe.

Dank gebühre auch Herrn Dr. Franck, dem eigentlich letzten Vorsitzenden der  
Hochdeutschen Israelitengemeinde, der in seiner Person die Tradition der Altonaer  
Gemeinde verkörperte. Redner führt weiter aus: »Es wird Sache des Synagogen-Ver-  
bandes sein, diese Pflichten zu übernehmen und ich möchte dem herzlichen Wun-  
sche Ausdruck geben, daß die Tradition, der Geist, der hier in der Verwaltung  
herrschte, auch auf den Religionsverband Hamburg übertragen wird und daß hierzu  
die Altonaer Vertreter berufen sein mögen. Im Gegensatz zu Hamburg gab es in der  
Altonaer Gemeinde weder Parteien noch politische Richtungen. Jeder, welcher  
Richtung er auch angehören mochte, ob liberal oder orthodox, hatte unter uns  
seinen Platz und Jeder gab sein Bestes. Wir alle kannten nur ein Ziel: das Wohl  
unserer Gemeinde.

Wir waren nur eines, nur Juden, nur das hielten wir uns vor Augen und wenn auch  
hie und da verschiedene Meinungen in mancherlei Beziehung auftraten, so gelang-  
ten wir doch immer zu einem gemeinsamen, einheitlichen Beschluß. Wir haben  
versucht, unsere Aemter in vorbildlicher Weise zu führen, unsere Beratungen wur-  
den in Würde geführt und standen stets auf beachtlicher, nachahmenswerter Höhe.  
Ich möchte nochmals den Wunsch zum Ausdruck bringen: der Geist der Einigkeit,  
der Geist der Gemeinschaft, der bei uns herrschte, möge in Hamburg eine dauernde  
Pflegestätte finden. Ich sehe dafür ein Symbol darin, daß nicht wir allein unseren  
Namen aufgegeben haben, sondern mit den kleineren Gemeinden auch die Ge-  
meinde Hamburg. Alle Gemeinden sind in gleicher Weise jetzt zu einem Religions-  
verband zusammengeschlossen.[«]

Der Redner schließt mit einem Dank an den jetzigen Vorsitzenden der Versammlung, der die Geschäfte bis zum Schluß in einer Weise geführt habe, wie das Wohl der Gemeinde es erforderte.

Daran schließen sich folgende Worte des Herrn Dr. Jonas an:<sup>11</sup>

Was sich hier vollzieht, ist allgemeines Judenschicksal. Es ist keine unangebrachte Empfindsamkeit, die mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen. Wir haben gemeinsam gute Jahre verlebt, wir haben schlechte Jahre verlebt. Als das Schicksal über uns hereinbrach, haben wir versucht, in gleicher Weise wie vordem die Geschäfte weiterzuführen, bis schließlich ein Dekret der Existenz unserer Gemeinde ein Ende machte. Wir wollen nicht mit bitteren Gefühlen von dieser Gemeinde Abschied nehmen. Wir wollen es um so weniger, als ja schon, bevor das Dekret an uns herantrat, wir der Auffassung waren, daß wir Anlehnung finden müßten an eine Gemeinschaft, die uns zu stützen befähigt ist und insofern können wir den Verlust unserer Selbständigkeit verwinden, weil wir uns sagen: was jetzt geschieht, wäre auch freiwillig geschehen. Da man, wenn man eine Tätigkeit jahrelang ausgeübt hat, versucht, bei Beendigung ein Facit zu ziehen, aus dem, was man getan hat, so möchte ich folgende Formel finden: Ich bin tätig gewesen für eine Gemeinschaft mit vollem Respekt vor der Überzeugung Anderer. Das ist der Inbegriff alles dessen, was ich über meine Tätigkeit sagen kann, und ich freue mich, feststellen zu können, daß ich bei Niemandem in den vielen Jahren, in denen ich dieser Körperschaft angehört habe, eine andere Auffassung gefunden habe. Man soll nicht sagen, die Unterschiede, die uns getrennt haben, waren eigentlich nur geringfügiger Natur, wir waren ja umfaßt von dem großen Begriff der jüdischen Gemeinschaft. Meine Herren, Sie wissen, daß gerade in Dingen nicht materieller Art, daß gerade in Glaubensfragen und Gewissensdingen scheinbar geringfügige Unterschiede eine große Rolle im Leben des Einzelnen spielen. Daß es möglich ist, diese Dinge, die das Innerste des Menschen berühren, aus der Sphäre des Mißtrauens und Mißverstehens herauszuheben, sie zu vereinigen, daß schließlich doch dasjenige Produkt der gemeinschaftlichen Beratung war, was dem allgemeinen Besten diene, das ist eine Erkenntnis, die ich hier gewonnen habe. Trotz aller Verschiedenheit der Weltauffassung im Einzelnen und im Ganzen, trotz aller Verschiedenheit der Auffassung über Mittel und Wege, die einzuschlagen sind, bestimmte Ziele zu erreichen, trotz aller Unterschiede im Temperament und in der Auffassung von gewissen Dingen, hat nicht ein einziges Mal uns die Erkenntnis verlassen, daß wir Mitglieder einer Gemeinschaft waren, die verwaltet werden mußte nach höheren Gesichtspunkten, die geführt und geleitet werden mußte und die wir die Ehre hatten, durch Hindernisse, Fährnisse und Schwierigkeiten hindurchzuführen. Und

11 Julius Jonas (1874-1939), Dr. jur., Rechtsanwalt seit 1902, seit 1919 auch Notar, war langjähriger Vorsitzender des Kollegiums der Gemeindevertreter. Jonas erhielt zum 30. November 1938 Berufsverbot, im Dezember 1938 wurde er vorläufig als »jüdischer Konsulent« zugelassen. Er nahm sich am 4. März 1939 zusammen mit seiner Ehefrau das Leben. Vgl. Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung, Bd. 1, S. 86 f., 148; Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 196.

wenn das in einem Menschenalter, dem ich dieser Körperschaft angehört habe, gelungen ist, so ist es jetzt Zeit, Dank auszusprechen all denen, die vor uns und mit uns dieser Gemeinschaft angehörten. Herr Lichtheim hat bereits mit Recht darauf hingewiesen: sollte es möglich sein, diesen Geist der Toleranz – es mutet vielleicht merkwürdig an, daß man dies in einem jüdischen Gremium erwähnt, – sollte es gelingen, diesen Geist der Toleranz, der hier niemals gefehlt hat, hinüberzunehmen in die neue Gemeinschaft, so wäre das ein eingebrachtes Gut der Altonaer Gemeinde in eine andere Gemeinschaft, das nicht hoch genug gewertet werden kann.

Meine Herren, wir alle haben jetzt Bescheidenheit gelernt, wir alle haben uns fügen müssen in das Schicksal, das uns bereitet worden ist, und es wäre nicht richtig, verzagt und verzweifelt sich von den Dingen meistern zu lassen. Nein, wenn man sich keine Vorwürfe zu machen hat, wenn man seine Pflicht getan hat, so ist es das, was einen aufrichtet für die Zukunft, und wenn wir heute einen Schlußstrich machen unter unsere Tätigkeit in der Altonaer Gemeinde, diejenigen, die nicht berufen sind, mitzuwirken im Kreis des Synagogen-Verbandes Altona, diejenigen, die nicht berufen sind in die Verwaltung der großen Hamburger Gemeinde, jeder einzelne hat von dem Geist, der hier geherrscht hat, etwas mitzunehmen in sein weiteres Leben. Jeder kann tätig sein in dem Geist der Toleranz und der Achtung Anderer, wie er es hier gelernt hat, wie es hier Sitte war. Und wenn ich zum Schluß als Vertreter meines Kollegiums, diesen Dank dem Vorsitzenden ausspreche, so ist es nichts anderes als der Niederschlag dessen, was ich gesagt habe. Wir haben aufs engste zusammen gearbeitet, der Vorstand hat auf uns Rücksicht genommen, ebenso wir auf den Vorstand. Wir haben zusammen gearbeitet, ich möchte sagen, wie zwei gute Ehegatten. Diese Gemeinschaftsarbeit war vorbildlich und diese Erkenntnis wollen wir mit hinübernehmen in unser weiteres Leben.

Herr Lehmann dankt den Herren Lichtheim und Dr. Jonas für ihre Worte, die er bittet, wörtlich in das Protokoll aufzunehmen. – Wenn es uns nicht gelungen ist, das zu erreichen, was wir erstrebt haben, – wir haben dennoch unsere Pflicht getan. Die Rührung, die Herrn Dr. Jonas übermannte, ist wohl von uns allen mitempfunden worden. Ich weise keine Rührung zurück, aber dennoch muß ich sagen, daß die Anlehnung, die wir an die Hamburger Gemeinde finden, eine Notwendigkeit darstellt. Nicht gedrückt, in aufrechter Haltung möge der Anschluß sich vollziehen.

Sodann spricht Herr Lehmann den Mitarbeitern, den Beamten und Angestellten der Gemeinde, im Besonderen all denen, die jetzt von der Hamburger übernommen werden, den Dank aus. Mögen sie in ihrem neuen Wirkungskreis eine befriedigende Tätigkeit finden.

Herr Möller schließt die Sitzung mit den Worten:

»Mir bleibt es vorbehalten, die Tradition der Altonaer Gemeinde, von der hier gesprochen wurde, auf die Hamburger Gemeinde zu verpflanzen. Möge es mir gelingen, diesen Geist auf den Religionsverband Hamburg zu übertragen.«

I. Hagenow      Paul Möller      J. Jonas  
Sekt.

**Nr. II**

Die letzte Sitzung des Gemeindevertreter-Kollegiums

2. Januar 1938

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 148, Bl. 169

Schluß-Sitzung des Gemeindevertreter-Kollegiums

am 2. Januar 1938

Anwesend die Herren

Dr. Jul. Jonas, Albert Alexander, Herr Hauptlehrer Sommer, A. Stahl, Arthur Hollander, Leuensieb, Segelbaum, A. Neumann fehlt entschuldigt.

Bericht d. Revisoren für 1935. Die Haushalt-Abrechnung ist richtig befunden.

Revisoren waren die Herren A. Neumann u. A. Hollander.

Diese sind für die Revision für 1936 u. 1937 wieder gewählt.

Damit ist die Tätigkeit des Gemeinde-Vertreter-Kollegiums der Hochdeutsch. Israeliten-Gemeinde in Altona beendet.

Herr Dr. Jonas dankt mit bewegten Worten den Herren d. Repräsentanz für ihre Mitarbeit und spricht seine herzlichen Wünsche für den neuen Verband aus.

Herr A. Stahl dankt Herrn Dr. Jonas für seine jahrzehntelange Arbeit und wünscht ihm für seine Tätigkeit im Synagogenverband-Altona das Beste.

Beginn Sitzung um 11  $\frac{1}{4}$  – Schluß d. Sitzung 11  $\frac{3}{4}$  Uhr.

Dr. Jonas

H. Segelbaum

Albert Alexander

Dr. J. Möller

M. Sommer

Arthur Hollander

H. Leuensieb

A. Stahl

## 15.3 Haushalt und Finanzen

**Nr. 1**

Die Haushaltsstruktur 1932/33

2. Februar 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 141, Bd. 61, Bl. 28

Gemeinde Altona.

den 2. Februar 1933.

In unserer Gemeinde und den zum Bezirk unserer Gemeinde gehörigen Ortschaften sind am 1.10.1932 insgesamt

ca. 5000 jüdische Seelen, davon 359 schulpflichtige Kinder  
vorhanden gewesen.

Die Reichseinkommensteuer für das Kalenderjahr 1931 aller Gemeindemitglieder beträgt:

227.960.- RM.

Der Etat der Gemeinde für das Rechnungsjahr 1932/33 beläuft sich auf

189.060.75 RM.

hiervon werden z. T. gedeckt:

durch Steuerveranlagung	52.500.-- Rm.
durch Platzgelder	5.831.-- "
durch Zuschüsse des Staates oder der Stadt für die Schule	18.941.-- "
durch sonstige Einnahmen laut nachstehender Aufstellung	98.017.-- "
zusammen	175.289.-- Rm.

Etwaiger Fehlbetrag durch Steuerausfall und Nachbewilligungen schätzungsweise RM. 20/22.000.-.

## Zusammenstellung:

Zinsen a. d. Gemeindevermögen	Rm. 4395.--
Wohlfahrtsrenten	" 882.--
Schächt- u. Aufsichtsgebühren	" 4500.--
Traugebühren	" 800.--
Mieten	" 65500.--
Wohlfahrtspflege u. Altenhaus	" 18440.--
Begräbniswesen	" 3500.--
	Rm. 98017.--

Altona, d. 2. Februar 1933.

Vorstand der Hochd. Isr. Gem.

Der Vors.

gez. Dr. Franck.<sup>12</sup>

**Nr. 2**

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1933/34

27. März 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 41

Kommission  
für die  
Haupt- und Kassen-Verwaltung

Altona (Elbe) den 27. März 33.  
Breitestraße 15

An den  
Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde,  
Altona.

In der Anlage überreichen wir den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1933/34 und berichten wie folgt:

[...]

der Voranschlag setzt sich wie folgt zusammen:

	Einnahmen	Ausgaben:
Titel I Haupt- u. Kassenverwaltung	87211.55	82100.--
" II Grundstücksverwaltung	63250.--	32650.--
" III Synagogenverwaltung	5031.25	5893.25
" IV Schulverwaltung	8595.--	16035.--
" V Stiftungsverwaltung	20350.--	44800.--
" VI Begräbnisverwaltung	3390.--	2820.--
Extra-Ordinarium	5000.--	8529.55
Rm.	192827.80	192827.80

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende

12 Der Arzt Louis (später Yehuda) Franck (1869-1951), Dr. med., war langjähriger Vorsitzender der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona. Franck hatte sich frühzeitig für den Zionismus entschieden und sich dem Misrachi angeschlossen. Von 1912 bis 1921 engagierte er sich in deren Organisationen: als Vorsitzender der Misrachi Landesorganisation Deutschland und als Vorstandsmitglied, später als stellvertretender Präsident der World Misrachi Organisation. 1938 emigrierte Louis Franck in die Niederlande, von dort 1940 nach England und 1947 nach Palästina.



**Nr. 3**

Die Gehaltskürzungen der Gemeinde-Bediensteten

26. Mai 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

26. Mai 1933.

An den  
Preuss. Landesverband gesetzestreuer  
Synagogengemeinden  
Halberstadt.

Vertraulich!

Auf Ihr Rundschreiben vom 22. d.M. teilen wir Ihnen höflichst mit, dass wir in Anbetracht des Ausfalles an Steuereinnahmen ab 1.4. d.J. eine Kürzung der Gehälter unserer Beamten und Angestellten bis zu 10 % der Bezüge haben eintreten lassen. Diese Maßnahme war in erster Linie deshalb erforderlich, weil mit dem Steuersoll pro 1933/34 in Höhe von Rm. 54000.-- nicht zu rechnen sein wird. Wir hatten der Regierung in Schleswig ein Gesuch unterbreitet, die Einreichung des Etats bis zum Herbst d.J. zu befristen, um zunächst eine Uebersicht über die Einnahmen zu erhalten. Dieses Gesuch ist abgelehnt und die Frist zur Einreichung des Etats auf den 1.7. d.J. festgesetzt worden. Wir wissen heute noch nicht, wie wir bei dem Ausfall an Steuereinnahmen, Schächtgebühren etc. den Ausgabebedarf auch bei allergrösster Einschränkung decken sollen. Wir bitten Sie daher, auch unsere Gemeinde, die im Besonderen durch die grossen Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege belastet ist, nach Möglichkeit zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

**Nr. 4**

Weitere Gehaltskürzungen

〈A〉 18. Oktober 1933

〈B〉 8. November 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 77, 79

〈A〉

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

18. Oktober 1933.

Die Finanzlage unserer Gemeinde, die leider eine weitere Verschlechterung erfahren hat, veranlasst uns, wiederum eine Herabsetzung der Beamten- und Angestelltengehälter vorzunehmen.

Zu unserem grossen Bedauern müssen wir Ihr Gehalt, das zur Zeit Rm.        beträgt, auf Rm.        pro Monat festsetzen. Die Regelung dieser Kürzung ist in der Weise gedacht, dass auf die Monate November, Dezember und Januar eine Gesamtkürzung von Rm.        , d.h. auf drei Monate verteilt, vorgenommen werden soll, ab 1. Februar 1934 wird das Gehalt alsdann in Höhe von Rm.        zur Auszahlung gebracht werden.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:

Oberrabbiner Dr.	z.Zt.	1195.45,	ermässigt auf	Kürzung
Carlebach:			1000.--	195.45
Duckesz:	"	282.10,	erm. auf 260.--	" 22.10
Rabb. Cohen:	"	250.--	" " 230.--	" 20.--
Wisansky:	"	435.50	" " 350.--	" 85.50
			.	
	inkl. Wohnzusch.		inkl. Wohnsz.	
Hamann:	z.Zt	90.50 brutto	80.-- brutto	10.50
Frau Dr. Lerner	"	301.50	240.-- "	" 61.50
Frau Haarburger	"	129.20	120.-- "	" 9.20
Meno Cohen	"	261.--	255.-- "	6.-- mdlich

Gegenzeichnung  
M. Lehmann

⟨B⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

8. November 1933.

Fräulein  
R. Ellern,  
Altona.

Sehr geehrtes Fräulein Ellern!

Wir teilen Ihnen mit, dass Ihr Gehalt für die Monate November und Dezember 1933 auf je Rm. 218.90 ausser Freiwohnung und Beköstigung festgesetzt worden ist. Vom 1. Februar 1934 ab wird eine weitere Herabsetzung des Gehalts in der Weise erfolgen, dass Ihnen ein Gehalt von Rm. 175.57 ausser Freiwohnung und Beköstigung gezahlt wird.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:

**Nr. 5**

Die Arbeitserlaubnis für den Kantor polnischer Staatsangehörigkeit, Paul Pinkus Ziegel

⟨A⟩ 30. Oktober 1933

⟨B⟩ 3. November 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 77, 79

⟨A⟩

ARBEITSAMT HAMBURG  
Geschäftszeichen: II/2

HAMBURG, den 30. Okt. 1933.  
Große Bleichen 23 – 27

An die  
Hochdeutsche Israel. Gemeinde,  
Altona  
Breitestr. 15.

Nach einer Mitteilung des Landesarbeitsamts Nordmark ist der Antrag des bei Ihnen beschäftigten polnischen Staatsangehörigen Paul Ziegel auf Erteilung eines Befreiungsscheines abgelehnt.

Gemäss § 1 der Verordnung über ausländische Arbeitnehmer vom 23. Januar 1933 (RGBl. I S. 26) dürfen von Ihnen nur solche ausländischen Arbeitnehmer beschäftigt werden, für die das Landesarbeitsamt Nordmark Ihnen die Beschäftigungsgenehmigung erteilt hat und die im Besitze einer Arbeitserlaubniskarte sind.

Falls die Weiterbeschäftigung des Ausländers von Ihnen gewünscht wird, ersuche ich Sie, umgehend die anliegenden Vordrucke auszufüllen und an folgende Stellen einzureichen:

[...]

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung des Landesarbeitsamts Nordmark strafbar ist.

Sobald der ausländische Arbeitnehmer seine Arbeitsstelle verlässt, ist mir schriftlich davon Kenntnis zu geben.

Der komm. Vorsitzende  
Im Auftrage:  
(gez.) Unterschrift

⟨B⟩

Oberrabbinat  
Altona.

Altona (Elbe), den 3. November 1933  
Palmaille 57.

An das Arbeitsamt  
H a m b u r g.

Das Gesuch des Herrn Paul Ziegel, Altona, Funkstr. 2, um Gewährung einer Arbeitsbewilligung gestatte ich mir, wärmstens zu befürworten.<sup>13</sup>

Die stimmliche Begabung, über die Herr Ziegel verfügt, ist eine ungewöhnlich gute, sodaß sein Vortrag in unserer orgellosen großen Synagoge den Raum zu füllen und den Gemeindegesang zu regeln in der glücklichsten Weise imstande ist.

Unsere Gemeinde hat s.Z., bevor Herr Ziegel das Amt übertragen war, versucht, eine gleichwertige Kraft durch Ausschreibung der Stelle zu gewinnen, aber ohne Erfolg. Es würde daher ein schwerer Schaden für die Andacht und die Würde unseres Gottesdienstes sein, wenn Herrn Ziegel eine Tätigkeit untersagt würde.<sup>14</sup>

Oberrabb. Dr. Carlebach

13 Paul Pinkus Ziegel (geb. 1888) wurde als polnischer Staatsangehöriger zusammen mit seiner Frau Dora (geb. 1890) am 28. Oktober 1938 in der »Polenaktion« nach Zbąszyń ausgewiesen. Er starb 1941 in Stanislau. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 445.

14 Der Präsident des Landesarbeitsamts Nordmark erteilte halbjährlich die beantragte Genehmigung für Paul Pinkus Ziegel.

**Nr. 6**

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1934/35

12. März 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 41

Kommission  
für die  
Haupt- und Kassen-Verwaltung

Altona (Elbe), den 12. März 34.  
Breitestraße 15

An die  
Gemeinschaftlichen Kollegien  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde,  
Altona.

In der Anlage überreichen wir den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1934/35 und berichten wie folgt:

[...]

Nach Zusammenstellung der einzelnen Titel ergibt sich ein Steuersoll von Rm. 41800.-- gegenüber dem Vorjahre von Rm. 54000[,] mithin ein Wenigerbetrag von Rm. 12200.--.

Der Voranschlag setzt sich wie folgt zusammen:

	Einnahmen	Ausgaben:
Titel I Haupt- u. Kassenverwaltg.	72.400.75	67.685.20
" II Grundstücksverwaltg.	58.500.--	32.400.--
" III Synagogenverwaltg.	4.131.25	5.070.05
" IV Schulverwaltung	7.920.--	13.700.--
" V Stiftungsverwaltg.	19.420.--	39.763.--
" VI Begräbnisverwaltg.	3.100.--	2.580.--
Extra-Ordinarium	5.275.--	9.598.75
	Rm. 170.797.--	170.797.--

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:

**Nr. 7**

Die Amtshilfe der Evangelischen Kirche beim Steuereinzug

⟨A⟩ 12. März 1934

⟨B⟩ 27. März 1934

⟨C⟩ 19. März 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 29, 30 und Bd. 63, Bl. 30

⟨A⟩

12. März 1934

An den

Verbandsausschuss der evangelischen Kirchengemeinde

z.H. d. Herrn Probst Schütt

Altona.

Wir erlauben uns, Ihnen Folgendes zu unterbreiten: Bis zum 1. Februar ds.Js. wurden uns die für die Besteuerung unserer Mitglieder erforderlichen polizeilich gemeldeten Zu- und Abgänge durch einen Angestellten des Finanzamts Altona vermittelt. Diese Tätigkeit, die der Betreffende mit Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde ausübte, kann nicht mehr erfolgen, da seine Zeit durch amtliche Inanspruchnahme vollauf ausgefüllt ist. Wir werden darauf hingewiesen, dass für die Erhebung der evangelischen Kirchensteuer sämtliche der Polizeibehörde gemeldete Adressenveränderungen der Kirchenkasse vorliegen, wir gestatten uns mit Rücksicht hierauf die Anfrage, ob gegen eine entsprechende Vergütung die auf die jüdischen Einwohner Altonas bezüglichen Daten uns vom Kirchenbüro aus zugewiesen werden könnten.

Für eine baldgefl. Rückäusserung wären wir Ihnen verbunden.

Ergebenst

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

⟨B⟩

27. März 34.

An den  
Verbandsausschuss der evangelischen  
Kirchengemeinde  
z.H. d. Herrn Probst Schütt,  
Altona.

Wir beziehen uns auf die mit Herrn Kirchenamtman Heger geführte telefonische Unterredung und bemerkten uns gern, dass Sie uns gegen eine jährliche Vergütung von Rm. 200.-- (Zweihundert) die für die Besteuerung unserer Gemeindemitglieder erforderlichen polizeilich gemeldeten Zu- und Abgänge vermitteln werden. Wir werden abredgemäß die entsprechenden Unterlagen jeweils am Anfang eines Monats gegen Zahlung der monatlichen Gebühr an Ihrer Kasse in Empfang nehmen lassen.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

⟨C⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

19. März 1935.

An die  
Evangelische Kirchenkasse  
Altona.

Wir danken Ihnen für die im Laufe des letzten Jahres vorgenommene Feststellung der Zu- und Abgänge innerhalb unserer Gemeinde und bitten Sie, infolge anderweitiger Regelung von dieser in unserem Interesse geleisteten Tätigkeit vom 1. April ds.Js. ab freundlichst Abstand nehmen zu wollen.

Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

**Nr. 8**

Das Steueraufkommen 1934

15. Dezember 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 368

[An den Preussischen Landesverband  
jüdischer Gemeinden, Berlin]Gemeinde: *Altona*Verwaltungsbezirk: *Reg. Bez. Schleswig*  
(Kreis, Amt usw.)Anschrift der Gemeindeverwaltung: *Hochdeutsche Isr. Gem. Altona[,] Breitestr. 15*Vorstandsmitglieder: *siehe Anlage*

(Vorsitzenden unterstreichen)

eventuell Anschrift des Finanzdezernenten: *Max Lehmann, Mathildenstr. 18*eventuell Anschrift des Wohlfahrtsdezernenten: *San.Rat Dr. Franck, Marktstr. 33*Rechnungsjahr vom *1. April* bis *31. März*

Haushaltsplan (A b s c h r i f t beifügen):

Höhe des Voranschlags 1933: *186.502.10 RM*tatsächliche Ausgaben 1933: *Abschluss liegt noch nicht vor*Höhe des Voranschlages 1934: *168.343.50 RM*

Für Sozialaufgaben (Wohlfahrt, Wirtschaftshilfe usw.) wurden aufgebracht:

aus Etatmitteln: *14.000.-- RM vom 1.4. - 30.9.34*aus Sammlungen, Spenden usw.: *1.310.-- RM*von Wohlfahrtsvereinen *9.095.-- RM*zusammen: *24.405 RM*Zahl der jüdischen Seelen (am Berichtstag): *Breitestraße 15*

Ort	Zahl	davon Steuerzahler
[Altona]	<i>1570</i>	<i>352</i>
zusammen	<i>1570</i>	<i>352</i>

Kultussteuer für das laufende Geschäftsjahr:

Steuerart	Sollbetrag d. Staatssteuer für 1933 in RM	Wieviel % werden als Kultusst. erhoben?	Danach Kultussteuerertrag
R. Einkommensteuer	<i>134.004.--</i>	<i>kein fester % Satz</i>	<i>28.590.75</i>
R. Vermögenssteuer	<i>11.134.--</i>	<i>ca. 30 %</i>	<i>3.047.25</i>



Grundvermögensst.	<i>es wird nach einem v. d. Regierung genehmigten Steuertarif veranlagt</i>		
Betriebsvermöög.St.			
Gewerbeertragsst.			
Gemeindegeld			
Für Bayern Summe der Massstabssteuern			
zusammen	<i>145.138.--</i>		

Kommt nur der jeweils höhere Betrag zur Veranlagung, oder welche Steuerzuschläge werden nebeneinander erhoben? *Ja*

Wer zieht die Steuern ein? (Selbst oder Finanzamt) *Selbst*

Steuerklassen

Veranlagter Betrag d. Einkommensteuer	Steuerzahler	Steuerertrag
bis 100 RM jährlich	280	6267.25
100 bis 500 RM jährl.	60	11897.50
500 bis 1000 RM jhrl.	10	7206.--
über 1000 RM jährl.	2	3220.--
zusammen Steuerzahler	352	28590.75
dazu Steuerfreie insgesamt	320	
Gemeindemitglieder	672	

[Dr. Franck]

**Nr. 9**

Der Antrag auf Satzungsänderung zur Erhebung der Gemeindesteuer durch das Finanzamt

27. Januar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 74, 74 a

MAX LEHMANN.

Altona, d. 27. Januar 1935.

An den  
Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona.

Ich beantrage hierdurch,

die Gemeindesteuern ab 1.4.1935 durch das Finanzamt einziehen zu lassen und für das Etatsjahr 1935/36 einen Zuschlag von 25 % zur Reichseinkommensteuer, resp. 30 % zur Reichsvermögenssteuer erheben zu lassen.

Zu diesem Zweck beantrage ich,

Aufhebung der §§ 77 – einschl. 85 des Gemeindestatuts und ferner Streichung des § 11 Abs. 3.

Ich beantrage ferner,

einen neuen Paragraphen in das Gemeindestatut aufzunehmen, welcher die Erhebung der Gemeindesteuern durch das Finanzamt bestimmt.

Ich begründe meinen Antrag wie folgt:

- 1) Der Zeitpunkt des schon so häufig vorgeschlagenen, jedoch nicht-ausgeführten Modus der Erhebung der Steuern durch das Finanzamt ist jetzt besonders günstig, da erfahrungsgemäss im ersten Halbjahr eines neuen Etatsjahres nur ca. Rm. 6000.-- an Vorauszahlungen auf die Gemeindesteuer eingehen. Diesen Betrag könnten wir aus dem Gemeindevermögen durch Flüssigmachung von Anlagewerten decken. In den früheren Jahren hat es sich um eine wesentlich höhere Summe gehandelt, sodass schon aus diesem Grunde der Vorschlag nicht angenommen werden konnte.
- 2) Die Austrittsgefahr halte ich nicht mehr für so gross, dass aus diesem Grunde der Antrag abgelehnt werden müsste.
- 3) Der Druck von Hamburg und der Berliner Vertreter der Reichsvertretung auf Erhebung der Steuern durch das Finanzamt ist nach meiner Auffassung berechtigt und wir können nicht eher damit rechnen, von diesen Stellen Zuschüsse für unsere Gemeinde zu erhalten, bevor wir diesem Wunsche Rechnung getragen haben.

Hochachtungsvoll  
M. Lehmann<sup>15</sup>

<sup>15</sup> Max Lehmann (geb. 1894 in Altona), Prokurist und kaufmännisch tätig, war Mitglied des

**Nr. 10**

Die Satzungsänderung hinsichtlich der Gemeindesteuern

6. März 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 80 f.

In der Sitzung der gemeinschaftlichen Versammlung des Vorstandes und des Gemeindevertreter-Kollegiums am Mittwoch, d. 6. März 1935 sind die nachstehend aufgeführten Aenderungen zu den Satzungen der Hochdeutschen-Israeliten Gemeinde in Altona beschlossen worden.

[...]

§ 77 erhält folgenden Wortlaut: »Soweit die Einkünfte aus dem Vermögen der Gemeinde und ihre sonstigen Nutzungen zur Bestreitung der Geldbedürfnisse der Gemeinde nicht ausreichen, sind die Gemeindemitglieder, welche zur Reichseinkommen- oder Reichsvermögenssteuer herangezogen werden, zur Entrichtung von Gemeindesteuern verpflichtet.«

[...]

Der neu zu bildende § 79 soll lauten:

»Die Gemeindesteuern werden in Form eines Zuschlages zur Reichseinkommensteuer erhoben. Die Höhe des Zuschlages wird für jedes Rechnungsjahr unter Berücksichtigung des Haushaltsbedarfs und des in Anlehnung an das Vorjahr zu schätzenden Steuersolls der Gemeindemitglieder veranschlagt und durch Gemeindebeschluss, § 37 Ziffer 9, festgesetzt. Erreicht bei dem einzelnen Steuerpflichtigen der alljährlich festgesetzte Zuschlag zur Reichseinkommensteuer nicht den Betrag von 30 % der Reichsvermögenssteuer, zu der der einzelne Steuerpflichtige veranlagt ist, so ist der Zuschlag mit 30 % der von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Reichsvermögenssteuer zu bemessen. Bei Gesellschaften (offenen Handelsgesellschaften oder Kommanditgesellschaften oder ähnlichen Gesellschaften des Handelsrechts), bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen sind, ist ein ihrem Anteil am Gesellschaftsvermögen entsprechender Bruchteil der von der Gesellschaft zu entrichtenden Vermögenssteuer für die Berechnung des Zuschlages der Vermögenssteuer des Gesellschafters hinzuzurechnen.«

[...]

Der Wortlaut des neuen § 80 soll heissen:

Vorstandes der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona, außerdem Vorsitzender der Kommission für die Haupt- und Kassenverwaltung und zeitweise stellvertretender Vorsitzender der Schätzungskommission der Gemeinde. Anfang 1938 war Max Lehmann Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des sich konstituierenden Synagogenverbandes Altona. Er emigrierte 1939 über Holland nach Palästina.

»Die Festsetzung, Erhebung und Beitreibung der Gemeindesteuern erfolgt in Gemässheit der Bestimmungen der Reichsabgabenordnung durch die zuständigen Finanzämter.«

Der neue § 81 erhält folgenden Wortlaut:

»Gegen den Gemeindesteuerbescheid steht dem Steuerpflichtigen das Recht des Einspruches zu. Der Einspruch ist innerhalb eines Monats nach Zustellung des Steuerbescheides bei dem Vorstand schriftlich einzulegen. Ueber den Einspruch entscheidet der Vorstand. Gegen die Entscheidung des Vorstandes kann der Steuerpflichtige Klage im Verwaltungsstreitverfahren erheben. Wird der für die Gemeindesteuerbemessung massgebende Einkommensteuer- oder Vermögensteuerbetrag nachträglich (z.B. im Rechtsmittelverfahren oder infolge Nach- oder Neuveranlagung) geändert, so ändert sich ohne weiteres die nach dem abgeänderten Einkommensteuer- oder Vermögensteuerbetrag aufgegebene Gemeindesteuerschuld entsprechend. Einer besonderen Anfechtung der Gemeindesteuer bedarf es in diesem Falle nicht.«<sup>16</sup>

[...]

#### **Nr. II**

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1935/36

20. März 1935

Staatsarchiv Hamburg, Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 41, Bl. 147

[Kommission für die Haupt- und Kassenverwaltung]

20. März 1935

An die  
Gemeinschaftlichen Kollegien  
der Hochdeutschen Israeliten Gemeinde  
Altona

In der Anlage überreichen wir den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1935/36 und berichten wie folgt:

Der Gesamt-Haushaltsvoranschlag setzt sich aus folgenden Beträgen zusammen:

<sup>16</sup> Die Satzungsänderung genehmigte der Regierungspräsident Schleswig unter dem 19. März 1935.

	Einnahmen:	Ausgaben:
Titl. I Haupt- u. Kassenverwaltung	Rm. 71.915,95	Rm. 73.273,80
" II Grundstücksverwaltung	" 57.658.--	Rm. 30.855.--
" III Synagogenverwaltung	" 4.106,25	" 5.506,25
" IV Schulverwaltung	" 5.454,20	" 10.000.--
" V Stiftungsverwaltung	" 21.287,70	" 40.385,80
" VI Begräbnisverwaltung	" 2.778,90	" 2.700.--
Extra-Ordinarium	" 6.999.--	" 7.479,15
	Rm.170.200.--	Rm.170.200.--

und bedingt eine Steuereinnahme von Rm. 46.800.--.

Ergebenst  
Der Vorsitzende:

**Nr. 12**

Der Antrag auf einen staatlichen Einzug der Gemeindesteuern

⟨A⟩ 28. März 1935

⟨B⟩ 24. Juni 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 126, 129

⟨A⟩

28. März 1935

An das  
Landesfinanzamt  
Kirchenkasse Bugenhagenstrasse  
H a m b u r g.

Wir überreichen beifolgend:

1.) einen Auszug aus dem Protokoll der Gemeindekollegien vom 6. März 1935

2.) " " aus den Satzungen unserer Gemeinde

und erlauben uns auf Grund der von staatsaufsichtswegen erteilten Genehmigung (Schleswig, d. 19. März 1935), sowie des § 18, 4 der RAO. vom 22. Mai 1931 zu beantragen

künftig die von unseren Mitgliedern zu zahlenden Gemeindesteuern (Kirchensteuern) durch die zuständigen Finanzämter erheben zu lassen.

Der entsprechend § 79 der Satzungen für das Rechnungsjahr 1935/36 – vom 1. April 1935 – 31. März 1936 – zu berechnende Zuschlag zur Reichseinkommensteuer ist

durch Gemeindebeschluss auf 25 % festgesetzt worden. Dieser Satz bedarf noch der Bestätigung der Regierung in Schleswig.

Wir bitten um eine Bestätigung, dass unserem Antrage stattgegeben werden wird und möchten vorschlagen, zur Besprechung der Einzelheiten einen Vertreter unserer Gemeinde vorzuladen.

Ergebenst

VORSTAND DER HOCHDEUTSCHEN ISRAELITEN GEMEINDE:

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

⟨B⟩

24. Juni 1935.

An das  
Landesfinanzamt  
Kirchenkasse Bugenhagenstrasse  
Hamburg.  
Magdalenenstr.

Betr.: unsere Eingabe vom 28.3.1935.

Im Anschluss an die vorbezeichnete, in Abschrift mitfolgende Eingabe hat unterm 5.4. d.J. am Landesfinanzamt eine Besprechung stattgefunden, auf Grund deren die Erhebung unserer Gemeindesteuern frühestens ab 1. Januar 1936 durch die zuständigen Finanzämter erfolgen könne.

Wir beantragen nunmehr,

die dem Landesfinanzamt Hamburg angeschlossenen Finanzämter zu beauftragen, die gesamte Verwaltung der Gemeindesteuern der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona zu übernehmen und diese Steuern, soweit es sich um die im Stadtkreis Altona und in den Elbvororten wohnhaften Mitglieder unserer Gemeinde – mit Ausnahme der Lohnempfänger – handelt, zu erheben.

Wir sehen einer Entscheidung über vorliegenden Antrag entgegen.

Ergebenst

VORSTAND DER HOCHDEUTSCHEN  
ISRAELITEN-GEMEINDE ALTONA

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

**Nr. 13**

Die Ablehnung des staatlichen Einzugsverfahrens

2. Juli 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
Bl. 130, 130 a

Der Präsident  
des Landesfinanzamts Hamburg  
L 6600 – 41 – I/b

Hamburg 13, den 2. Juli 1935.  
Magdalenenstraße 64 a

An  
den Vorstand der Hochdeutschen-Israeliten-  
Gemeinde Altona  
Altona/Elbe,  
Breitestr. 15.

Auf Ihre Eingabe vom 24.6.1935.

Da die Verhandlungen mit den Ev.-luth. und Röm.-kath. Kirchengemeinden und Gemeindeverbänden im preuss. Gebiet meines Bezirks wegen Übernahme des Kirchensteuerverfahrens auf das LFA. vorläufig eingestellt sind, weil das Preuß. Staatsgesetz betr. das Kirchensteuerabzugsverfahren bislang nicht ergangen ist, erscheint es mir unzweckmäßig, Ihren Antrag, dessen Vorlage im Zusammenhang mit den Anträgen dieser Kirchen beim Herrn Reichsminister der Finanzen hätten erfolgen können, als Einzelfall zur Durchführung zu bringen. Hinzukommt, dass die von meinem Referenten bei seiner Besprechung mit Ihrer Bevollmächtigten aufgeworfenen Fragen (Anpassung des Gemeindesteuerverfahrens an das Einkommensteuergesetz 1934, Besteuerung Ihrer ausserhalb meines Bezirks wohnhaften Gemeindeglieder u.a. mehr) in Ihrem Schreiben v. 24.6.1935 völlig unbeantwortet geblieben sind, und dass ich aus grundsätzlichen Erwägungen die Übernahme der Besteuerung gem. § 18 Reichsabgabenordnung<sup>17</sup> auf die Finanzämter meines Bezirks solange für unzweckmässig halten muß, als mir nicht der Nachweis erbracht wird,

17 Für Preußen erging kein staatliches Gesetz über ein Kirchensteuerabzugsverfahren. Auch der Reichsgesetzgeber erließ nach endgültigem Verlust der Gesetzgebungskompetenz der Länder kein entsprechendes Gesetz. Nach der Eingemeindung von Altona in Hamburg aufgrund des Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen (Groß-Hamburg-Gesetz) vom 26. Januar 1937 (RGBl. I S. 91) mit Wirkung vom 1. April 1937 stellte sich die Frage praktisch nicht mehr. Das Einzugsverfahren wurde aufgrund des Verlustes des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus der jüdischen Gemeinde aufgrund des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 (RGBl. I S. 338) mit Wirkung vom 1. Januar 1938 ohnehin beendet.

dass das Landesfinanzamt Nordmark die Gemeindesteuerverwaltung für Ihre in dessen Bezirk wohnhaften Mitglieder übernommen hat oder übernehmen wird.<sup>18</sup>

Unter diesen Umständen sehe ich z.Zt. von einer Weiterleitung Ihres Antrags an den Herrn Reichsminister der Finanzen ab.<sup>19</sup>

gez. Rauschning.

#### Nr. 14

Die Überlegungen zur Beseitigung des Haushaltsdefizits

3. September 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-I Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft III, Bl. 324 f.

Iska Goldschmidt.

Altona, den 3. September 1935.

An die  
verehrlichen Kollegien der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde  
Altona.

Nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren, hat die Haupt- und Kassenverwaltung ihre warnende Stimme betreffs der Gemeindefinanzen erhoben, doch haben die Kollegien immer wieder mit dem Leitwort »ausserordentliche Zeiten erfordern ausserordentliche Maßnahmen« gestattet, dass einstweilen die Fehlbeträge vom Kapital genommen werden. Es soll absolut keinen Vorwurf meinerseits gegen die Kollegien bedeuten, denn niemand konnte voraussehen, dass die Verhältnisse sich in absehbarer Zeit nicht bessern würden. Aber gerade das Gegenteil ist einge-

18 § 18 Nr. 4 der Reichsabgabenordnung vom 22. Mai 1931 (RGBl. I S. 16) ermöglichte für »die Verwaltung von Steuern der Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts der Gemeinden« die Verwaltung dieser Steuern durch die staatlichen Finanzämter. Der Präsident des Landesfinanzamtes Hamburg machte diese Möglichkeit von einer Voraussetzung abhängig, nämlich der Zustimmung des für die Gemeinde Altona zuständigen Landesfinanzamtes Nordmark. Da für die Zuständigkeit des Finanzamtes auch der Wohnsitz der Mitglieder der Altonaer Gemeinde maßgebend war und der Präsident den von ihm geforderten Nachweis für die in Hamburg wohnenden Gemeindemitglieder ohne Schwierigkeiten selbst ermitteln konnte, war der Ablehnungsgrund ersichtlich vordergründig.

19 Die Gemeinde erhob mit Schreiben vom 7. Juli 1935 gegen den ablehnenden Bescheid Einwendungen. Diese wurden mit Schreiben des Landesfinanzamtes Hamburg vom 2. August 1935 u. a. mit der fadenscheinigen Begründung abgewiesen, dass die ev.-lutherischen und die römisch-katholischen Kirchengemeinden in den Stadtkreisen Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg keine erneuten Anträge auf Übernahme des Kirchensteuerverfahrens gestellt hätten.



troffen. Von Jahr zu Jahr haben sich die Steuereinnahmen verschlechtert, bis sie jetzt zu einer Katastrophe geworden sind, die nicht nur durch die verminderten Leistungen der Zensiten, sondern hauptsächlich auch durch Abwanderung und[,] man sollte es kaum glauben, durch Austritt einer Reihe noch in gutem Einkommen stehender Gemeindeglieder hervorgerufen worden ist. Dabei ist zu befürchten, dass bei noch stärkerem Anziehen der Steuerschraube weitere Austritte erfolgen werden, zumal es den Mitgliedern ja sehr leicht gemacht ist, eine solche Erklärung abzugeben.

Mit dem von der Haupt- und Kassenverwaltung gemachten Sanierungsvorschlag kann ich mich nicht einverstanden erklären, solange das Budget nicht grundlegend geändert wird, d.h., dass die Ausgaben vom Januar 1936 ab dermassen reduziert werden, dass aller Voraussicht nach ein Ausgleich mit den Einnahmen geschaffen wird. Ich denke mir den Ausgleich so, dass die Hamburger Gemeinde den grössten Teil der Wohlfahrtspflege übernimmt, denn sie ist immer noch eine Gemeinde mit grösseren Steuereinnahmen, für die es keine wesentliche Belastung ist, in irgend einer Form der Altonaer Gemeinde die Wohlfahrtspflege oder wenigstens einen Teil derselben abzunehmen. Sollte dieses aber nicht der Fall sein, so bleibt der Altonaer Gemeinde, so bedauerlich es auch ist, nichts anderes übrig, als d. Wohlfahrtsausgaben auf die Hälfte zu reduzieren. Voraussichtlich würde sich dann ergeben, dass die Hamburger Gemeinde sich automatisch beteiligen muss.

Der Vorschlag der Haupt- und Kassenverwaltung würde der Gemeindekasse ja auch nur vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen, zumal nur Effekten zu realisieren sind, während die Hypotheken schwer oder gar nicht zu Geld zu machen wären. Wenn dann die wenigen mobilen Mittel verbraucht sind, ständen wir genau da, wo wir heute stehen, die Kassen wären leer und wir würden keine Möglichkeit haben, uns Mittel zu beschaffen.

Ich möchte meine Ausführungen nochmals dahin zusammenfassen, dass ich dem Vorschlag der Haupt- und Kassenverwaltung nur zustimmen kann, wenn das Budget grundlegend den Einnahmen angepasst wird.<sup>20</sup>

Hochachtungsvoll  
[Iska] Goldschmidt

20 Dem Vorschlag von Iska Goldschmidt wurde entsprochen. Die DIG Hamburg wurde gebeten, die Wohlfahrtslasten zu übernehmen (Kap. 15.3, Dok. 15). Iska Goldschmidt (1865-1936) war langjähriger zweiter Vorsitzender der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde zu Altona, nachdem er zunächst als 25-Jähriger in das Repräsentanten-Kollegium der Deutsch-Israelitischen Gemeinde gewählt worden war. In der Altonaer Gemeinde hatte er jahrzehntelang das wichtige Amt des Steuerdezernenten im Rahmen der Haupt- und Kassenverwaltung inne und leitete die Einschätzungskommission, eine bedeutende Vertrauensstellung in der Gemeinde. Daneben war er Vorsitzender des Ertlinger-Vereins, dessen Aufgabe die Unterstützung jüdischer Schulkinder war.

**Nr. 15**

Die finanzielle Unterstützung durch die Hamburger Gemeinde

6. September 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
Bl. 374

DEUTSCH-ISRAELITISCHE GEMEINDE  
HAMBURG 13, Rothenbaumchaussee 38

An die  
Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde  
Altona  
Breitestr. 15

Tag: 6.9.1935.

Betrifft Haushaltsplan 1936.

Wir ersuchen Sie, bis spätestens 10. Oktober 1935 einen Voranschlag für das Jahr 1936 einzureichen. Dem Voranschlag ist ein Bericht über die Entwicklung Ihrer Organisation und den Stand Ihrer Finanzen bis zum Berichtstage beizufügen.

Die finanzielle Situation der Gemeinde macht es notwendig, die Ausgaben im Jahre 1936 ganz erheblich herunterzusetzen, da eine weitere Steuererhöhung über den augenblicklichen Satz nicht mehr tragbar erscheint.

Wir geben der Erwartung Ausdruck, dass Sie unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Gemeinde gegenüber dem Haushaltsplan 1935 erhebliche Einsparungen vornehmen werden.

Hochachtungsvoll  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
gez. Landauer.

**Nr. 16**

## Übersicht über die Gemeinde-Grundstücke

[Oktober 1935]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 254, 256

Lfd. Nr.	Grundstück	Einheitswert 1931++	Feuerversicherungswert	eingetr. Eigentümer
1	Synagoge Kleine Papagoyenstr. 7/9	s. No 16		Hochd. Isr. Gemeinde
2	Friedhof a.d. Königstr.	---	---	do.
3	Friedhof a.d. Rainstr.	---	---	do.
4	Friedhof am Bornkampfweg m. Kapelle u. Wohnung das. No. 149	nicht bewertet	30520.-- (39240.--)	do.
5	Altenhaus Blücherstr. 18, 20, 22	do.	42.000.-- (51000.--)	do.
6	Breitestr. 11 <sup>21</sup>  Breitestr. 13  Breitestr. 15  Breitestr. 17	do.  nicht bewertet  do.	41.760.-- (49980.--) 18200.-- (13770.--) 18.200.-- (13770.--) 4030.-- (4900.--)	do.  Ruben Wolf Hildesheimer-Stfg. W.S. Warburg- Erben  Hochd. Isr. Gem.
7	Gr. Bergstr. 100	38.300.--	44.800.-- (57800.--)	do.
8	Gr. Bergstr. 108	48700.--	35420.-- (43010.--)	do.
9	dto. 110/100 a	30300.--	36120.-- (40120.--)	do.
10	dto. 112/122/124/130a	54500.-- u. 44.400	56700.-- (81940.--)	do.
11	Breitestr. 44/48/50	41600.-- inkl. Hochstr. 52/54	106.540.- (129370.--)	Hochd. Isr. Gem.
12	Breitestr. 52/56	14600.--	25.900.-- (31450.--)	do.

21 Laut Anmerkung im Dokument enthielten die Häuser Breitestraße 11, 13 und 15 – jeweils im Erdgeschoss – Büroräume der Gemeinde. Die Gemeinde war nicht Eigentümerin dieser Grundstücke und die Nutzung war ihr durch eine Stiftung bzw. durch ein Vermächtnis überlassen worden.

13	Kirchenstr. 2 - 6	24800.--	53.200.-- (64600.--)	do.
14	Kirchenstr. 8/12	24700.--	50.400.-- (61200.--)	do.
15	Kirchenstr. 14/18 Kl. Papagoyenstr. 11/13	29400.--	62.440.-- (75820.--)	do.
16.	Kl. Papagoyenstr. 1/5, Hochstr. 48/50, Kl. Papagoyenstr. 7/9 (Syn.)	22200.-- <i>nicht bewertet</i>	136.080.-- 189.840.-- <i>Nr. 9</i>	do.
17	Grünestr. 5, Gademannstr. 10	28200.--	68.740.-- (83.470.--)	Isaac Hartwig v. Essen-Verm.
18	Bornkampsweg 139/147	5400.-- f. No. 147	22.540.-- (27370.--)	Hochd. Isr. Gem.

++ Der Einheitswert pro 1934 ist noch nicht bekannt gegeben.

Altona, den 3. Oktober 1935.

HOCHDEUTSCHE ISRAELITEN-GEMEINDE ALTONA

*Anmerkung: Spalte 3. Die eingeklammerten Zahlen in Maschinenschrift stellen den früheren Wert dar.*

### Nr. 17

Der Verzicht auf den Nachweis des Gemeindeaustritts

⟨A⟩ 24. November 1935

⟨B⟩ 27. November 1935

⟨C⟩ 20. Januar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64, Bl. 7, 8, 10

⟨A⟩

24. Novbr. 1935.

Herrn

W[...] B[...]

Altona-Hochkamp

Friedensweg 26.

Sehr geehrter Herr!

Wir geben Ihnen höflichst davon Kenntnis, dass nach dem Judengesetz für Schleswig-Holstein jeder in Altona wohnhafte Jude unserer Gemeinde steuerpflich-

tig ist. Wir erlauben uns daher, Ihnen beifolgend die Steuerveranlagung für den Steuerabschnitt April/Dezbr. 1935 zur gefl. Regelung zu überreichen.<sup>22</sup>

Hochachtungsvoll  
Die Gemeindegemeinschaft:  
[Hagenow]

⟨B⟩

Altona-Hochkamp, den 27. November 1935.  
Friedensweg 26.

An das Sekretariat  
der Hochdeutschen Israelitischen Gemeinde  
Altona  
Breitestrasse 15.

In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 24. d.Mts. erhebe ich hiermit Einspruch gegen den mir mit gleichem Schreiben zugestellten Steuerbescheid Nr. 248 b.

Ich gehöre von jeher keiner israelitischen Gemeinde an. Mein Vater – ein Freigeist –

führte mich keiner Religionsgemeinschaft zu. Ich habe daher auch weder eine P[B]ris-Miloh noch eine Bar-Mizwo durchgemacht und wurde in der Schule vom ersten Schultage an als »Dissident« geführt. Ich habe mich daher mein ganzes Leben lang immer nur als »konfessionslos« gefühlt und ausgegeben. Dies weist auch u.a. meine Heiratsurkunde aus, die ich Ihnen zur Einsicht und mit der Bitte um Rücksendung anbei überreiche.

Sie wollen derselben auch entnehmen, dass meine Frau evangelisch-lutherisch war. Vor einigen Jahren ist sie aus ihrer Kirche ausgetreten und seitdem ebenfalls konfessionslos.

Wenn wir beide solchermassen konfessionslos sind, so schliesst das natürlich nicht aus, dass ich mich in der heutigen Zeit der mir blutsverwandten Juden in charitativer Weise nach Kräften annehme.

22 Die Gemeinde stützt sich für ihre Auffassung auf § 10 Abs. 1 des Gesetzes betr. die Verhältnisse der Juden im Herzogthum Holstein vom 14. Juli 1863; auszugsweise abgedruckt bei Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 2, S. 1233-1236. Danach musste jeder in Holstein wohnhafte Jude Mitglied einer »Jüdischen religiösen Gemeinde« sein. Maßgebend war dafür der Wohnort. Kinder eines gemeindeangehörigen Juden erhielten das Gemeindebürgerrecht gemäß § 6 des Gemeindestatuts von 1895 durch Geburt. Diese Regelung dürfte den im nachfolgenden Schreiben von W[...] B[...] dargestellten Streit aufgelöst haben.

Ich bleibe aber trotzdem, was ich Zeit meines Lebens war: konfessionslos, gehöre somit der Israelitischen Gemeinde in Altona nicht an und bin daher bei Ihnen nicht steuerpflichtig.

Hochachtend!

W[...] B[...]

⟨C⟩

[Hochdeutsche Israeliten Gemeinde Altona]

20. Januar 1936.

Herrn

W[...] B[...]

Altona-Hochkamp

Friedensweg 26.

Sehr geehrter Herr!

Wir beziehen uns auf Ihren Briefwechsel mit dem Sekretariat unserer Gemeinde vom 27./28. Novbr. v.J. und haben von dem von Ihnen vertretenen Standpunkt Kenntnis genommen.

Wie wir bereits in der Zwischenzeit feststellen durften hat diese Ihre Stellungnahme keinerlei Einfluss auf Ihre Bereitwilligkeit, für die Wohlfahrtsbestrebungen der Gemeinde nach Kräften einzutreten. Wir würden es begrüßen, wenn Sie auch in Zukunft unserer offenen Wohlfahrtspflege, sowie den geschlossenen Anstalten unserer Gemeinde wie Altenhaus, Kinderhort usw. Ihr Wohlwollen zuwenden würden.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

**Nr. 18**

Die Umstellung des Haushalts auf das Kalenderjahr (1936)

23. Dezember 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 41, Bl. 219

[Kommission für die Haupt- und Kassenverwaltung]

23. Dezember 1935.

An den

Vorstand der Hochdeutschen

Israeliten-Gemeinde

Altona

Wir überreichen beifolgend den Haushaltsplan für das Rechnung 1936 und berichten wir[e] folgt:

[...]

Der Gesamt-Haushaltsvoranschlag setzt sich aus folgenden Beträgen zusammen:

Titel I	Einnahme	Rm. 77199.39	Ausgaben	Rm. 74000.--
" II	"	Rm. 57100.--	"	" 32950.--
" III	"	Rm. 4106.25	"	" 5510.25
" IV	"	Rm. 5630.--	"	" 10220.--
" V	"	Rm. 23000.--	"	" 45200.--
" VI	"	Rm. 2360.--	"	" 2500.--
Extra-Ordinarium	z. Tit. I	Rm. 2504.02	"	" 1519.40
		Rm. 171899.65		Rm 171899.65

und erfordert eine Steuereinnahme von Rm. 51400.--.<sup>23</sup>

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:

23 Die gemeinschaftliche Versammlung des Vorstands und Gemeindevertreterkollegiums beschloss den Gesamtetat für 1936 mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 171 990 RM am 29. Dezember 1935. Das Steuersoll von 57 500 RM sollte mit einem Aufschlag auf die Reichseinkommensteuer in Höhe von 25 und auf die Reichsvermögensteuer von 30 Prozent ausgeglichen werden. Der Gesamtetat wurde am 6. März 1936 vom Regierungspräsident Schleswig genehmigt.

**Nr. 19**

Die finanzielle Situation der Altonaer Gemeinde 1937

3. Januar 1937

Hamburger Familienblatt vom 14.1.1937, S. III

## Die Finanzen der Gemeinde Altona

[...]

Eine Sitzung am 3. Januar hatte sich mit der Haushaltsberatung für das Jahr 1937 zu befassen. Die einzelnen Kommissionen hatten unter Anwesenheit je eines Vertreters der Haupt- und Kassenverwaltung ihren Etat sorgfältig beraten und zur Prüfung der Haupt- und Kassenverwaltung eingereicht. Der Vorsitzende dieser Verwaltung erstattete zunächst einen eingehenden Bericht über die allgemeine Finanzlage der Gemeinde. Er ging im besonderen auf die Steuerverhältnisse nach ihrer Entwicklung in den letzten Jahren ein. Das im Jahre 1935 aufgenommene System, die Gemeindesteuern in Form von Zuschlägen zur Reichseinkommen- bzw. Reichsvermögenssteuer zu erheben, hat sich durchaus bewährt. Wenn das Jahr 1935 (Rechnungsabschnitt April/Dezember) trotzdem mit einem Defizit von rund 8000 RM abgeschlossen hat, so ist es darauf zurückzuführen, daß zunächst die in den Voranschlag eingestellten Schächtgebühren teilweise nicht eingegangen sind und daß Mehrausgaben auf einzelnen wichtigen Positionen, insbesondere für Wohlfahrtspflege und Reparaturen an Grundstücken nicht zu vermeiden waren.

Für das Jahr 1936 beträgt das Steuersoll bei einem Zuschlag von 25 Prozent zur Reichseinkommen-, bzw. 30 Prozent zur Reichsvermögenssteuer etwas 52000 RM. Hierauf sind bisher etwa 40000 RM eingegangen. Es ist noch mit einer weiteren Einnahme von etwa 8000 RM zu rechnen; dennoch dürfte sich infolge Ausfalls der Schächtgebühren das Defizit für das vergangene Jahr wiederum schätzungsweise auf 7/8000 RM beziffern.

Für das Etatjahr 1937 ist mit folgenden Ausfällen an Einnahmen zu rechnen:

Schächtgebühren	6000 RM
Wohlfahrtsrenten auf Altbesitzanleihen	2700 RM
sowie einer einmaligen, im Vorjahre erhaltenen Zuwendung zu den Wohlfahrtslasten von	<u>2500 RM</u>
insgesamt	11200 RM

Die Grundstückskommission hat infolge Wenigereinnahmen an Mieten einen um 2310 RM geringeren Ueberschuß.

Die Synagogenkommission erfordert durch Rückgang der Einnahmen aus Stellenmieten einen Zuschuß von 2334 RM gegen 1294 RM im Vorjahre.

Die Schulverwaltung erfordert ungefähr den gleichen Zuschuß wie im Vorjahre in Höhe von 4590 RM, während der Etat der Begräbniskommission sich ungefähr ausgleicht.



Die Wohlfahrtskommission erfordert bei einer Gesamtausgabe von 51450 RM einen Zuschuß von 21220 RM gegenüber dem Vorjahre von 19695 RM. Ein Betrag »Zinsen aus Vermächtnissen, die in das Gemeindevermögen übergegangen sind«, in Höhe von 4560,42 RM, sowie der bisher von der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg gewährte Beitrag für die an der Hamburg-Altonaer Grenze wohnenden minderbemittelten Mitglieder in Höhe von 6000 RM sind hierbei schon berücksichtigt.

Bezüglich der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege ist darauf hinzuweisen, daß die Zahl der in Altona zu unterstützenden Hilfsbedürftigen den Normalsatz in anderen Gemeinden bei weitem übersteigt. Der Gesamt-Ausgabenetat der Wohlfahrtspflege einschl. Jugendfürsorge für das vorige Jahr bezifferte sich auf 55000 RM. Davon entfallen 31000 RM auf die Gemeinde; 24000 RM sind durch Zuschüsse vom Israelitischen humanitären Frauenverein und von anderen Organisationen durch Spenden und Beihilfen, sowie von der Beratungsstelle für Hilfe und Aufbau für Auswanderungszwecke usw. aufgebracht worden. Durch die Winterhilfe wurden weitere 31000 RM verwandt. Außerdem wurden für das Altenhaus etwa 15000 RM verausgabt, denen Einnahmen von 7000 RM gegenüberstehen.

Es braucht wohl kaum darauf hingewiesen zu werden, daß Einsparungen an diesen Beträgen auch im kommenden Etatjahr nicht vorgenommen werden können, denn an der Zahl der Unterstützungsbedürftigen gemessen, stellt der Einzelsatz nur eine ganz geringfügige Beihilfe zum Lebensunterhalt dar.

Der Etat für 1937 erfordert, unter Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben auf den verschiedenen Titeln, eine Steuereinnahme von 67775 RM. Um diese zu erreichen, müßte der Zuschlag zur Reichseinkommensteuer auf 35 Prozent und derjenige zur Reichsvermögenssteuer auf 40 Prozent bemessen werden. Die Haupt- und Kassenverwaltung hatte jedoch große Bedenken, eine derartige Steuererhöhung den Kollegien vorzuschlagen und hat sich deshalb bemüht, den Fehlbetrag im Haushalt durch Inanspruchnahme anderweitiger Hilfe zu mindern. Es ist gelungen, eine einmalige Subvention für das Jahr 1937 in Höhe von 10000 RM zu erhalten, mit der ausdrücklichen Auflage, von diesem Betrage nur dann Gebrauch zu machen, wenn die Einnahmen zur Deckung des Haushaltsfehlbetrages nicht ausreichen. Es wurde deshalb für das Jahr 1937 die Erhebung eines Zuschlages zur Reichseinkommensteuer von 30 Prozent, zur Reichsvermögenssteuer von 35 Prozent beschlossen.

Im Zusammenhang hiermit wird von den Vertretern des Vorstandes darauf hingewiesen, daß die im Jahre 1934 durch die Reichsvertretung der Juden in Deutschlang angeregte einheitliche Steuererhebung in den Gemeinden Hamburg-Altona-Wandsbek bisher nicht durchgeführt worden ist. Verhandlungen mit der Nachbargemeinde Hamburg haben bisher infolge Behinderung der in die hierfür gebildete Kommission entsandten Hamburger Vertreter nicht abgeschlossen werden können; jedoch ist von der Hamburger Gemeinde die Aufnahme erneuter Beratungen für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt worden.

## 15.4 Die gemeindliche Wohlfahrt

**Nr. 1**

Die Unterstützung der Gemeinde durch das Winterhilfswerk (Anfang 1933)

17. Januar 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 407

[Winterhilfswerk]

17. Januar 1933

An  
den Vorstand der Hochdeutschen Israelitengemeinde  
Altona/Elbe  
Breitestrasse 15

Sie hatten sich am 10. November 1932 mit der Bitte an das Winterhilfswerk gewandt, Ihnen wie im Vorjahre eine Beihilfe von RM. 9.-- per Tag für die charitativen Zwecke Ihres Vereins zu überweisen. Wir bedauern sehr, diesem Antrag nicht näher treten zu können, da uns Mittel hierzu fehlen. Der Vorstand des Winterhilfswerks hat jedoch beschlossen, Ihrem Verein eine einmalige Beihilfe in Höhe von

RM. 400.--

in Worten: »Reichsmark: Vierhundert«

zu gewähren. Wir bedauern, diese Summe nicht höher haben bemessen zu können, es ist uns aber bei der Finanzlage des Winterhilfswerks völlig unmöglich, über den genannten Betrag hinauszugehen, auch diesen Betrag zur Verfügung zu stellen ist dem Winterhilfswerk schwer genug geworden. Das Geld wird durch den Finanzausschuss überwiesen.<sup>24</sup>

Mit grösster Hochachtung  
gez. Dähnhardt  
Leiter der Geschäftsstelle

24 Die freien Wohlfahrtsverbände hatten etwa 1930 eine Winternothilfe eingerichtet, die alsbald den Namen »Winterhilfswerk« erhielt. Im Winter 1931/32 erhielt das Winterhilfswerk eine Unterstützung durch die Reichsregierung. Aus dem mitgeteilten Dokument ergibt sich, dass die Altonaer Gemeinde 1932 eine Zuwendung von etwa 3200 RM erhalten hatte.

**Nr. 2**

Die Bürgschaft für einen ausländischen Juden

26. Januar 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 417

Wohlfahrtsstelle 2

Altona, den 26. Januar 1933

An die

Hochdeutsche Israeliten Gemeinde

Altona.

Breitestr. 15

Dem am 21.12.1893 geborenen, hier Lunapark 22 IV. wohnhaften Schiffskoch Wolf Kis und Frau Anna, geb. Feldmann, ist im Jahre 1927 vom Polizei-Präsidium Altona-Wandsbek als Ausländer ein dauernder Aufenthalt zugebilligt worden. Derselbe wurde genehmigt auf Grund einer Bürgschaft, die Sie dem Polizei-Präsidium Altona-Wandsbek gegenüber übernommen haben, dahin lautend, daß das Ehepaar den hiesigen Behörden in keiner Weise zur Last fallen würde.

Trotz dieser Ihrer Bürgschaft ist das Ehepaar Kis lt. beifolgender Kostenaufstellung vom Wohlfahrtsamt Altona mit insgesamt

RM. 680,50

unterstützt worden.

Wir ersuchen Sie als Garanten um umgehende Erstattung unserer Auslagen in besagter Höhe.

Zahlung kann unter Angabe obigen Aktenzeichens auf das Konto Nr. 440 bei der Sparkasse der Stadt Altona oder bei der Kasse der Wohlfahrtsstelle 2, Annenstr. 2, erfolgen.<sup>25</sup>

(gez.) Unterschrift

25 Die Gemeinde versuchte, sich der Zahlungspflicht mit dem Hinweis zu entziehen, dass das städtische Wohlfahrtsamt sie nicht vor Auszahlung der Unterstützungsgelder unterrichtet hätte. Außerdem versuchte sie von dem Bruder der Ehefrau, der ihr gegenüber eine Ausgleichsverpflichtung übernommen hatte, eine Entlastung zu erreichen; StAHH, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 419-423.

**Nr. 3**

Die Zuschüsse der Deutsch-Israelitische Gemeinde zu den Wohlfahrtsausgaben der Altonaer Gemeinde

1. März 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 425

Deutsch-Israelitische Gemeinde

HAMBURG 13, den 1. März 1933.  
Rothenbaumchaussee 38

An den Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde  
Altona (Elbe)  
Breitestrasse 15

Für das Kalenderjahr 1933 haben wir an Zahlungen an Sie vorgesehen:  
250 RM Zuschuss zu den Kosten für den Begräbnisplatz an der Königstrasse,  
6000 RM zu den Wohlfahrtslasten Ihrer Gemeinde einschliesslich Beitrag für  
das jüdische Volksheim.

Wir übernehmen mit dieser Benachrichtigung keine Verpflichtung, Zahlung erfolgt  
monatlich nach Massgabe der verfügbaren Mittel.

Hochachtungsvoll  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
Alfred Levy

**Nr. 4**

Das erfolglose Bemühen um Zuschüsse von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

⟨A⟩ 9. März 1933

⟨B⟩ 23. März 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 430, 386

⟨A⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

9. März 1933.

An die  
Zentralwohlfahrtsstelle der Deutschen Juden,  
z.H. d. Herrn Dr. Ollendorff,  
Charlottenburg.  
Kantstr. 158.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Wir teilen Ihnen höflichst mit, dass wir die Deutsch-Israelitische Gemeinde auf entsprechende Anfrage davon in Kenntnis gesetzt haben, dass von der Zentralwohlfahrtsstelle und dem Preuss. Landesverband jüd. Gemeinden Berlin für die Arbeitsgemeinschaft der Altonaer und Hamburger Gemeinde pro 1932/33 ein Betrag von je Rm. 1140.-- zur Verfügung gestellt worden ist. Die Hamburger Gemeinde weist uns wiederholt darauf hin, dass die Höhe dieses Zuschusses nicht der s.Zt. getroffenen Vereinbarung entspricht, da sie ihren Zuschuss davon abhängig gemacht habe, dass von Berlin eine Bewilligung in genügender Höhe erfolge.

Im Interesse einer geregelten Wohlfahrtsarbeit und mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Hamburger Gemeinde bitten wir, nochmals in eine Prüfung der Angelegenheit einzutreten und zum Mindesten den uns aus den Mitteln der Sonderlotterie zur Verfügung gestellten Betrag von Rm. 750.-- nicht auf den Zuschuss von M 1140.-- zu verrechnen. Wir hoffen, dass Sie uns Anfang nächster Woche einen grösseren Betrag überweisen werden und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

⟨B⟩

Zentralwohlfahrtsstelle  
der deutschen Juden

Berlin-Charlottenburg 2, den 23. März 1933  
Kantstraße 158

An den  
Vorstand der Hochdeutsch Israel. Gemeinde  
z. Hd. Herrn San.Rat Dr. Frank  
Altona/Elbe  
Breite Str. 15

Sehr verehrter Herr Sanitätsrat,

auf ihren letzten freundlichen Brief sowie Ihr Telegramm muss ich leider genau dasselbe antworten, wie vorher. Wir haben jetzt keinerlei weiteren Mittel für Altona und müssen, wie wir Ihnen ganz offen schreiben möchten, jetzt auch an andere Gemeinde und Einrichtungen denken. Wir werden erst nach dem 1. April überblicken können, ob und welche Mittel uns für das nächste Jahr zur Verfügung stehen und werden in dieser Beziehung auch die Entscheidung des Wohlfahrtsausschusses des Landesverbandes abwarten müssen[,] bei dem allerdings mit einer Bewilligung kaum zu rechnen sein dürfte, da, wie Sie wissen, der Wohlfahrtsetat ausserordentlich gekürzt worden ist.

Wir bitten Sie, nach wie vor überzeugt zu sein, dass wir an die besonderen Verhältnisse in Altona stets mit besonderem Interesse denken und denken werden, aber uns sind ja leider auch sehr bestimmte materielle Grenzen gesteckt.

Mit den besten Grüßen und Empfehlungen bin ich  
für die  
Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden  
Ihr ergebener  
Friedrich Ollendorff

**Nr. 5**

Die Aufgaben der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

20. März 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 161 f.

Zentralwohlfahrtsstelle  
der deutschen Juden

Berlin-Charlottenburg 2, den 23. März 1933  
Kantstraße 158

An den  
Vorstand der Hochdeutschen-Israeliten-  
Gemeinde  
Altona

Betrifft: Mitgliedsbeitrag.

Sehr geehrte Herren,

wir sprechen hiermit ergebenst die Bitte aus, uns für das Jahr 1933 Ihren Mitgliedsbeitrag in Höhe von

M. 225,--

freundlichst überweisen zu wollen.

Wenn wir uns auch durchaus bewusst sind, dass die jüdischen Gemeinden durch die schwere Wirtschaftslage empfindlich betroffen sind, so bitten wir Sie doch, unserem Spitzenverband den dringend notwendigen Beitrag zu bewilligen, wobei wir bemerken, dass die Mitgliedschaft bei der Zentralwohlfahrtsstelle satzungsgemäss Voraussetzung für die Inanspruchnahme ihrer Leistungen ist.

[...]

Gerade in der gegenwärtigen so schwierigen Wirtschafts- und Gesamtsituation hat unsere Organisation als Reichsspitzenverband der jüdischen Wohlfahrtspflege in Deutschland sowohl bei der Vertretung gegenüber den Behörden, interkonfessionellen und konfessionellen Stellen als auch für die einzelnen angeschlossenen jüdischen Gemeinden und Wohlfahrtseinrichtungen gesteigert grosse und schwierige Aufgaben zu erfüllen. Vor allen Dingen erstreckt sich unsere Tätigkeit auf das grosse Gebiet der Wirtschaftsfürsorge, die gesamte Jugendarbeit, die in erhöhtem Masse notwendige Gesundheitsfürsorge, das stark bedrohte Anstaltswesen und in besonderem Masse auf die Mittelbeschaffung. Die Aufrechterhaltung der Möglichkeit, unsere Aufgaben gut und tatkräftig durchzuführen, hängt entscheidend von den Leistungen unserer Mitglieder ab und liegt sicherlich ebenso sehr im Gesamtinteresse wie in demjenigen der einzelnen Wohlfahrtsstellen.

[...]

Wir sprechen daher die Zuversicht aus, dass Sie in Anerkennung der wichtigen wohlfahrtspflegerischen Aufgaben, die auch in der gegenwärtigen Zeit unserem Spitzenverband zufallen, unsere Bitte, uns die finanzielle Möglichkeit zur Weiterarbeit zu geben, erfüllen werden.

[...]

In ausgezeichnetener Hochachtung  
Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

i.A. Dr. Ollendorff<sup>26</sup>      F. Weinreich

### Nr. 6

Der Streit um die Zuständigkeit für Wirtschaftshilfe

⟨A⟩ 29. Juni 1933

⟨B⟩ 21. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 253, 254

⟨A⟩

Verband  
der jüdischen Gemeinden  
Schleswig-Holsteins  
und der Hansestädte

Hamburg 13, den 29. Juni 1933.  
Rothenbaumchaussee 38

An den  
Vorstand der Hochdeutschen-Israeliten  
Gemeinde Altona  
Altona  
Breitestr. 15

Am Montag, dem 26. d.M., hat hier eine Besprechung mit einem Vertreter der Zentralwohlfahrtsstelle und der Zentralstelle für Wirtschaftshilfe, Berlin, stattgefunden. Es ist beschlossen worden, dass sämtliche Gesuche für Wohlfahrtsunterstützungen aus unserem Verbandsgebiete (zu dem auch Oldenburg gehört) von unserer Wohlfahrts-Kommission und sämtliche Unterstützungsfälle im Sinne einer Wirt-

<sup>26</sup> Friedrich Ollendorff (1889-1951), Dr. jur. 1910, Jurist und Sozialarbeiter, leitete von 1920 bis 1927 das Zentralwohlfahrtsamt Berlin und war von 1927 bis 1934 Direktor der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden. Ollendorff emigrierte 1934 nach Palästina.



schaftshilfe über unsere Wohlfahrts-Kommission an die Beratungsstelle für Wirtschaftshilfe in Hamburg, Beneckestrasse 2, gehen sollen. Die Hamburger Beratungsstelle wird in den Fragen der Wirtschaftshilfe die letzte Entscheidung treffen. Es ist sinn- und zwecklos, Gesuche nach Berlin zu richten. Dadurch wird Zeit verloren, denn die Gesuche kommen doch über unsere Wohlfahrts-Kommission an die Beratungsstelle Hamburg. Auch Oldenburg wird ausdrücklich, was Fragen der Wirtschaftshilfe anbelangt, von uns betreut.

Ihnen ist bekannt, dass die Unterstützungen der Wirtschaftsberatungsstellen nur durch Sammlungen in Deutschland in den einzelnen Gemeinden finanziert werden können. Sammlungen aus dem Auslande stehen für diese Zwecke nur in dem denkbar kleinsten Umfange zur Verfügung. Die Berliner Zentralstellen haben uns ersucht, unter allen Umständen darum besorgt zu sein, dass Sammlungen für die genannten Zwecke im weitesten Umfange stattfinden. Naturgemäss sind auch die kleinsten Beträge willkommen. Jeder muss sein Schärfflein dazu beitragen, um anderen noch Bedürftigeren in ihrer Not Hilfe und Beistand zu gewähren.

Wir bitten, die Sammlungen sofort zu veranstalten und uns über das Ergebnis umgehend zu berichten. Wir sind angewiesen, Sie ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass Unterstützungsgesuche aus den Gemeinden, in denen Sammlungen nicht stattgefunden haben, keine Aussicht auf Berücksichtigung haben. Die Sammlungen müssen bis zum 10. Juli d.J. beendet sein.

Hochachtungsvoll  
Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holstein und der  
Hansestädte  
Dr. Manasse

(B)

21. Juli 1933.

An den  
Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-  
Holsteins und der Hansestädte  
Hamburg.

Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens vom 14. d.M und teilen Ihnen mit, dass die jüdische Wirtschaftshilfe in Hamburg u.E. absolut keinen Grund hat, wegen Nichtveranstaltung einer Sammlung Gesuche aus Altona abzulehnen, da die Gesuchsteller alle nicht in Altona beheimatet sind, ursprünglich nach Hamburg ziehen wollten und nur durch die Nichtaufnahme in Hamburg sich an den Hamburger Grenzen in Altona niedergelassen haben. Wie Ihnen bekannt sein dürfte,

werden unsere Gemeindemitglieder in viel grösserem Maßstabe zu Steuern herangezogen als wie die Hamburger Gemeindemitglieder. Eine weitere Heranziehung unserer Gemeindemitglieder zur Wirtschaftshilfe würde die Gefahr eines Austrittes aus unserer Gemeinde bei vielen uninteressierten Mitgliedern zur Folge haben können.

Nichtsdestoweniger wollen wir durch Einberufung einer Versammlung versuchen, für die Wirtschaftshilfe Gelder herein zubekommen und werden Ihnen dann von dem Erfolg weitere Nachricht geben.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

**Nr. 7**

Die zunehmende Arbeitsbelastung der jüdischen Wohlfahrtspflege

18. August 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 486 f.

Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde  
Abt. Wohlfahrtspflege.  
Israelitischer Humanitärer  
Frauenverein e. V. Altona  
Büro: Grünestr. 5

ALTONA (ELBE), den 18. August 1933

Ttl.  
Vorstand der Hochdeutschen Israeliten  
Gemeinde,  
Altona

Sehr geehrte Herren,

Ich gestatte mir heute folgenden Antrag bei Ihnen einzureichen. Wir haben in den letzten Jahren in der Wohlfahrtsstelle für den Aussendienst stets eine Praktikantin beschäftigt, die ehrenamtlich bei uns arbeitete, weil sie entweder die Wohlfahrtsschule besuchen oder auf Grund der Arbeit bei uns die Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin erhalten wollte. Infolge der vollständig veränderten Situation kommt für Jüdinnen der Beruf der Wohlfahrtspflegerin nicht mehr in Betracht. Für die jüdische Arbeit reichen die ausgebildeten Kräfte aus. Aus diesem Grund haben junge Menschen kein Interesse mehr unentgeltlich in der Wohlfahrtsstelle zu arbeiten. Die jetzige Praktikantin, die schon 1 ½ Jahre bei uns arbeitet hat mir mitgeteilt, dass

sie aus häuslichen Gründen gezwungen ist[,] die unbezahlte Arbeit aufzugeben. – Wir haben trotz der veränderten Arbeit und der Vergrößerung durch den Kindergartenbetrieb in den letzten Jahren unser Personal nicht vergrößert. Für die Wohlfahrtsarbeit steht nur die Sekretärin zur Verfügung, denn die 2 Kindergärtnerinnen und 2 unbezahlte Praktikantinnen sind voll durch den Kindergarten und den Küchenbetrieb beschäftigt. Es sind von uns täglich ausser den regelmässigen Besuchen eine Reihe Behördenbesuche, die Besuche in Angelegenheiten der Petenten zu machen, die eilen und es ist ganz ausgeschlossen, dass ich bei der immer stärker werdenden Inanspruchnahme durch die reguläre Sprechstunde, Besprechungen jeder Art, Korrespondenz und Aktenbearbeitung in der Lage bin[,] auch diese Arbeit noch mit zu übernehmen. Der Frauenverein ist im Moment nicht aktionsfähig, da die einzelnen Damen teils seit Wochen beurlaubt, teils durch eigene Angelegenheiten nicht für uns zur Verfügung stehen. – Mit Rücksicht auf die unbedingte Notwendigkeit bitte ich Sie[,] für eine Praktikantin für den Aussendienst der Wohlfahrtspflege Mk. 40.– jeden Monat als Zuschuss zu bewilligen. Es ist dies ein sehr kleiner Betrag, der nicht im Verhältnis zu den Anforderungen, die ich an meine Mitarbeiterinnen stellen muss[,] steht und nur mit Rücksicht darauf, dass eine Reihe junger Kindergärtnerinnen etc. aus der Arbeit gerissen sind und zu ihrer eigenen Weiterbildung gern bei mir arbeiten werden, hoffe ich einen geeigneten Menschen zu finden. Ich bitte um umgehende Erledigung, da ich zum 1. September spätestens jemanden einstellen muss, damit er sich noch unter Leitung der jetzigen Praktikantin einarbeitet.<sup>27</sup>

Mit vorzüglicher Hochachtung  
 Isr. hum. Frauenverein  
 für Altona u. Umgegend  
 (gez.) Ellern<sup>28</sup>

27 Der Antrag wurde nach Beratung in einer Kollegien-Sitzung aus finanziellen Gründen mit Schreiben vom 1. November 1933 abgelehnt; StAHH, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 490.

28 Die Sozialarbeiterin Recha Ellern (1898-1973), seit 1916 Zionistin und Mitbegründerin des Hamburger Bachad, war als Schwester beim Israelitischen Humanitären Frauenverein Altona und zugleich als Fürsorgerin der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona tätig. Sie arbeitete ferner im Verein für Gesundheitspflege schwacher israelitischer Kinder und war viele Jahre Vorsitzende der »Gruppe berufstätiger Frauen im Stadtverband jüdischer Frauenvereine«. Anfang 1939 wurde sie zur Liquidatorin des Altonaer Israelitischen Humanitären Frauenvereins bestellt; die noch vorhandenen Gelder verwandte sie zu Auswanderungszwecken. Recha Ellern emigrierte im Sommer 1939 nach Palästina. Vgl. Susanne Goldberg/Ulla Hinnenberg/Erika Hirsch, Erinnerung an Recha Ellern. Eine jüdische Gemeindegeschwester in der Nazizeit, in: Geschichtswerkstatt 15/1988, S. 40-47.

**Nr. 8**

Das Ende der staatlichen Unterstützung für das jüdische Altenhaus

⟨A⟩ 9. September 1933

⟨B⟩ 14. September 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 450, 452

⟨A⟩

Magistrat  
Wohlfahrtsamt  
– 300 –

Altona, den 9. September 1933.

An  
das Sekretariat der Hochdeutschen  
Israelitischen Gemeinde Altona  
in Altona,  
Breitestr. 15.

Die Kostenübernahme für die in Ihrem Altenhaus für unsere Rechnung untergebrachten Insassen befristen wir hiermit bis zum 30. September 1933. Ab 1. Oktober übernimmt das hiesige Wohlfahrtsamt die Verpflegungskosten für in Ihrem Altenhaus untergebrachte Insassen nicht mehr.

Die z.Zt. im Altenhaus für unsere Rechnung verpflegten Insassen können verlegt werden in das Städt. Altenheim Altona, Norderstr. 23.

⟨B⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

14. September 33

An den  
Magistrat-Wohlfahrtsamt  
Altona.

Betr.: Zahlung für die in unserem Altenheim untergebrachten Insassen

Wir bestätigen den Eingang des Schreibens vom 9. ds.Mts. und erlauben uns, auf Folgendes hinzuweisen:

Die in unserem Heim untergebrachten Personen sind durchweg mittellos und somit als sogenannte Wohlfahrtsempfänger auf die öffentliche Fürsorge angewiesen.

Infolge des hohen Alters im Allgemeinen und der Pflegebedürftigkeit einzelner Insassen ist eine Aufsicht, wie sie nur in einem Heim geboten werden kann, unerlässlich. Es kommt hinzu, dass die Betreffenden unterstützungspflichtige Angehörige, die sie in ihr Haus aufnehmen könnten, nicht haben.

Aus vorstehenden Gründen beantragen wir ergebenst, den Kostenzuschuss auch weiterhin zu übernehmen und zu diesem Zweck zunächst eine Prüfung der vorliegenden Verhältnisse durch die Fürsorgebezirksstellen bzw. deren Organe zu veranlassen. Wir verweisen zu diesem Zweck auf das umstehend aufgeführte Personenverzeichnis. Die Gründe, die zur Aufnahme der in Frage stehenden Personen in unser Altenhaus massgebend waren, dürfte deren Ueberführung in das städt. Altenhaus ausschliessen.

Ergebenst

Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

#### Nr. 9

Die Richtlinien der Darlehnskasse der Altonaer Gemeinde

[Anfang Oktober 1933]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 375

Entwurf.

Richtlinien

für die Darlehnskasse der Hochdeutschen Israeliten Gemeinde Altona.

I.

Darlehen im Höchstbetrage von Rm. 1000.-- werden gewährt gegen Sicherungsübereignung von Waren, Zessionen von Kaufpreisforderungen, Hypotheken, oder gegen Stellung eines oder mehrerer selbstschuldnerischer Bürgen oder sonstige Sicherheiten. Ueber die Tauglichkeit der Sicherheiten oder der Bürgen entscheidet die Kommission. Hausstände bieten keine genügende Sicherheit.

II.

Darlehen werden gewährt auf höchstens 52 Wochen.

III.

Unkosten für die Beschaffung des Darlehns werden mit 6 % im Voraus abgezogen. Dieser Satz kann bei steigendem Reichsbankdiskontsatz entsprechend erhöht werden.

## IV.

Darlehen müssen in Raten, deren Höhe die Kommission bestimmt, zurückgezahlt werden.

## V.

Dem Darlehnsnehmer steht vorzeitige Rückzahlung gegen Erstattung des anteiligen Betrags der abgezogenen Unkosten frei.

## VI.

Ein weiteres Darlehen kann erst nach Tilgung früherer Verbindlichkeiten gewährt werden.

## VII.

Die Gewährung eines Darlehns steht in jedem Fall im Ermessen der Kommission.

## VIII.

Beschlüsse dieser Kommission müssen einstimmig erfolgen.

Circuliert bei den Herren:

I. Goldschmidt	einverstanden	Goldschmidt
Paul Möller	"	Möller 8/10/33
Jos. Schulz	"	Josef Schulz

**Nr. 10**

Religiöse und sozialfürsorgerische Vereine und Stiftungen 1933/34

1933/1934

Jahrbuch für die Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der Landesgemeinde Oldenburg und des Regierungsbezirks Stade 1933/34, Nr. 5, S. 44-46

**Klaus-Institut**  
Al. Papagoyenstr. 5.

**Verwaltung:**

Paul Möller, Präses  
Walter Lehmann  
E. Saurwitz

Leon D. Cohen.

**Klausner:**

Rabbiner E. Dudesz  
Rabbiner J. B. Cohen  
Hauswartin: Frau A. Dpitz

---

 JAHRBUCH FÜR DIE JÜDISCHEN GEMEINDEN
 

---

**Jessaubel Tautob**

(Jüd. Jugend-Lern-Verein)

Dr. Jul. Möller.

**Lehrkräfte:**

Rabbiner Cohen

J. Rabinowitz

J. Lebovitz.

**Abt. Sumbel Klaus-Stiftung.****Bibliothek:**

Al. Papagopenstraße 5.

**Verwaltung:**

Oberrabbiner Dr. J. Carlebach

Dr. J. Luria, Hamburg.

**Klausner:**

Rabbiner J. B. Cohen

Rabbiner E. Dudesz.

**Ettlinger-Verein von 1861.**Verein zur Belleidung hilfsbedürftiger  
Schüler und Schülerinnen der israeli-  
tischen Gemeindeschule.

Dr. Jul. Möller, Vorsitzender

Ray Lehmann, Kassierer

Iska Goldschmidt

M. Sommer

Jac. Heilbut

Vote: Moritz Heilbut.

**Verein „Ahavat Chora“ E. B.**

Synagoge u. Lehrhaus: Wohlersallee 62.

**Vorstand:**

M. Hoffmann, 1. Vorsitzender

S. Friedmann, 2. Vorsitzender

N. Weizmann, Kassierer

D. Stempler, Schriftführer

M. Golbbliatt.

**Bitar Chaulim-Verein**Krankenbesucher- und Unterstützungs-  
Verein.**Vorsteher:**

Rabbiner E. Dudesz

Ray Lehmann

Jacob Heilbut, Kassierer.

**Deputierte:**

V. Stimler

Dr. Jul. Möller

Hermann Hammer.

**Kabronim (Beerdigungs)-Verein.**

Vorsteher: Rabbiner E. Dudesz

Paul Möller

Walter Lehmann.

**Deputierte:**

Jos. Schulz

V. Stimler

M. Heilbut.

Kassierer: Leon D. Cohen.

Vote: Jos. Leiber.

**Israelitischer****humanitärer Frauen-Verein.**Zentrale für jüd. Wohlfahrtspflege / Ar-  
beitsgemeinschaft des Isr. Hum. Frauen-  
vereins und der Kommission für die  
Stiftungen.Ehrenvorsitzende: Frau Paula Neumann,  
Altona.**Vorstand:**

Frau Toni Oppenheimer, 1. Vorsitzende.

" Gertrud Kunreuther, 2. Vorf.

" Lina Mayer

" Annie Jacobsohn

" Margarete Lichtheim

" Jenny Kahn

Leitende Fürsorgerin:

Schwester Necha Ellern.

Büro: Grünestraße 5.

Fernspr.: 42 52 43.

Sprechstunde: Montags u. Donnerstags,  
Freitags v. 10—12 Uhr, Dienstags v.  
3½—5 Uhr.**Kindertagesheim:**Grünestraße 5; geöffnet von 8¼—5¼ Uhr  
für Kinder von 3—15 Jahren.Säuglingsprechstunde: Am 1. u. 3. Diens-  
tag im Monat von 11—12 Uhr  
Wohlersallee 58.**Jüdisches Volksheim,**

Hamburg-Altona, E. B.

Ehrenvorsitzender: Oberrabbiner Dr. J.  
Carlebach, Altona.**Vorstand:**

Frau Paula Neumann, Altona,

1. Vorsitzende

Frau Schindler, 2. Vorsitzende

„ Tilly Jungh, Hamburg

„ Irma Strauß, Altona

„ Frieda Levy, Hamburg

Dr. Louis Levy, Hamburg

Dr. Kurt Freundlich, Hamburg

Vom Vorstand der Deutsch-Isr. Gem.

Hamburg: Jacob Bedtcher (kooptiert).

Vom Vorstand der Hochd. Isr. Gem.

Altona: Paul Möller (kooptiert).

Leiterin: Frä. Gertrud Rosenbaum

Kindergarten:

Geöffnet von 9—1 Uhr für Kinder von  
3—6 Jahren.

Kinderhort:

Geöffnet von 3—6 Uhr für Schulkinder.

Israelitischer Frauenverein,

Chewrah Radischah

Frau Sara Cohn

„Ahavath-Chessed“

Hilfsverein zur Unterstützung  
bedürftiger Juden.

Vorstand:

S. Lenensieb

A. Spiegel

Herm. Hammer

Frau Sabine Schreiber

Simon Weißmann.

Verein zur Gesundheitspflege schwacher  
israelitischer Kinder.

Apotheker S. Memelsdorf, Vorsitzender

Mag. Lehmann, Schriftführer

Paul Möller, Kassierer

Sanitätsrat Dr. Hugo Majud

Mag. Moritzson

Frau Paula Neumann

Frä. R. Ellern.

Fleischverteilungsverein v. 1815.

A. Pintzcher, Vorsitzender

W. Lehmann

Julius Koppel

Leon D. Cohen

Hermann Sommer.

S. J. Herz-Stift.

Sonninstraße 12—16.

Administratoren:

Gottlieb Cahn

Paul Möller.



**Nr. II**

Die Arbeit der Darlehnskommission (1925-1933/34)

7. August 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62,  
Bl. 23

Bericht  
für die Sitzung der Darlehnskommission  
am Dienstag, d. 7. August 1934.

Seit Einrichtung der Darlehnskasse wurden folgende Beträge ausgegeben:

1925 (Sept./Dez.)	Rm. 7.050.--	Rückzahlungen:	Rm. 1.424.50
1926/27:	" 6.830.--	"	" 7.033.88
1927/28:	" 8.120.--	"	" 5.250.62
1928/29:	" 5.455.--	"	" 7.579.--
1929/30:	" 10.500.--	"	" 8.122.75
1930/31:	" 6.700.--	"	" 7.541.30
1931/32:	" 6.010.--	"	" 5.242.51
1932/33:	" 4.690.--	"	" 5.004.45
			Verlust 160.--
1933/34:	" 6.200.--	"	Rm. 6.196.01
	Rm. 61.555.--		Rm 53.555.02
		Saldo	" 7.999.98
	Rm. 61.555.--		Rm. 61.555.--

=====	
Saldo an ausstehenden Darlehen per 31. März 1934	Rm. 7.999.98
Im April/Juli wurden an Darlehen verausgabt	" 2.075.--
	Rm. 10.074.98
zurückgezahlt wurden	" 3.964.13
sodass per 31. Juli 1934 an ausstehenden Darlehen vorhanden sind	Rm. 6.110.85

**Nr. 12**

Die beabsichtigte Zusammenführung der jüdischen Kinderheime in Altona

5. Juni 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft IV, Bl. 753, 755

JÜDISCHES VOLKSHEIM  
HAMBURG-ALTONA E.V.  
ALTONA, WOHLERSALLEE 58a

HAMBURG, den 5. Juni 1935.  
ALTONA

An den  
Herrn Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde,  
Altona.  
Breitestr. 15.

Die Zeitumstände geben Veranlassung, folgende Fragen dem Vorstand zu unterbreiten:

In Altona bestehen zurzeit 2 Einrichtungen, die als Kindertagesheim für bedürftige Klein- und Schulkinder benutzt werden. Es handelt sich hierbei um das in Altona belegene »Jüdische Volksheim E.V.« und ferner um den in der Grünestrasse befindlichen Kindergarten des israelitischen humanitären Frauenvereins. Im Jüdischen Volksheim werden zurzeit etwa 50 Kinder betreut; wieviel Kinder in der Grünestrasse beaufsichtigt werden, kann diesseits nicht angegeben werden. Der Rückgang der Kinderzahl hat zur Folge, daß beide Einrichtungen nicht mehr voll ausgenutzt werden. Insbesondere gilt dies vom Volksheim, das für 80 Kinder eingerichtet ist.

Da auch in der nächsten Zeit mit einem weiteren Rückgang der Kinderzahl zu rechnen ist, erscheint es selbstverständlich, dieser Tatsache in praktischer Weise Rechnung zu tragen. Der unterzeichnete Vorstand ist der Meinung, daß dies am zweckmäßigsten durch eine Zusammenlegung des Volksheims mit dem Kindergarten der Grünestrasse geschehe, und zwar in der Weise, daß die zurzeit in der Grünestrasse betreuten Kinder in Zukunft im Volksheim Unterkunft und Pflege finden. Auf diese Weise würden ein kostspieliger teilweiser Leerlauf der Einrichtungen vermieden werden und andererseits der Gemeinde keine Mehrkosten entstehen. Denn wenn diesem Antrage entsprochen würde, würden die dadurch für die Grünestrasse frei werdenden Mittel dem Volksheim zugewendet werden können.

Abgesehen von dieser alsdann richtigen Verwendung der von der Gemeinde aufgewandten Mittel würde aber auch auf die Weise erreicht werden, daß die im Volksheim vorhandenen Kräfte und Einrichtungen voll ausgenützt würden, während andererseits eine Überbelastung der Grünestrasse vermieden wird. Es mag darauf hingewiesen werden, daß dem Volksheim 2 Damen zur Verfügung stehen, die sowohl in der Kinderpflege und Kinderbeaufsichtigung, als auch in der Wirtschafts-

führung große Erfahrung haben. Andererseits würden die Kräfte, die in der Grünes-  
trasse vorhanden sind, sich insbesondere der Wohlfahrtspflege zuwenden können.

Für das Volksheim ist diese Frage deswegen von entscheidender Bedeutung, weil  
das Volksheim nicht mehr in der Lage ist, die zur Aufrechterhaltung erforderlichen  
Geldmittel aufzubringen. Bisher wurde von privater Seite der größte Teil dieser  
Geldmittel hereingebracht. Aus bekannten Gründen ist es heute nicht mehr mög-  
lich, aus diesen Quellen die erforderlichen Mittel zu schöpfen. Andererseits wird  
nicht verkannt, daß unter den gegebenen Zeitverhältnissen eine Mehrbelastung der  
Gemeindekasse nicht möglich ist. Dieses würde ja auch vermieden werden, wenn  
dem oben dargelegten Antrage von der Gemeinde entsprochen würde. Dabei wird  
auch darauf hingewiesen, daß die Institution des Volksheims sich zur Aufgabe ge-  
stellt hat, für die jüdische Allgemeinheit tätig zu sein. Der Vorstand glaubt, daß es  
im Interesse der Gemeinde liegt, wenn diese Aufgabe dem Volksheim dadurch er-  
leichtert wird, wenn dem obigen Antrage entsprochen wird.

In diesem Zusammenhange soll nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen,  
daß gerade die Zeitumstände zu einer Zentralisierung der Institutionen zwingen.  
Hier in Altona liegen die Dinge besonders krass, wie aus der Tatsache, daß die bei-  
den vorhandenen Institutionen zurzeit und für absehbare Zeit nur zum Teil aus-  
genutzt sind, hervorgeht. Wie schon dargelegt, würde diesem Zustand durch eine  
Änderung gemäß dem oben gestellten Antrage ein Ende bereitet werden. Der Unter-  
zeichnete steht dem Vorstand zu einer persönlichen Aussprache über die Angelegen-  
heit gern zur Verfügung.

Hochachtungsvoll  
»Jüdisches Volksheim«  
Hamburg-Altona E.V.

i.A.  
[Iwan] Jacobson<sup>29</sup>

29 Iwan Isaac Jacobson (1886-1960) arbeitete seit 1919 als Rechtsanwalt und von 1925 bis 1935  
auch als Notar in Altona. Er gehörte dem Vorstand des Jüdischen Volksheims Hamburg-Altona  
e.V. an. Anfang März 1938 emigrierte er in die USA. Vgl. Morisse, Ausgrenzung und Verfol-  
gung, Bd. 1, S. 147.

**Nr. 13**

Über den Umfang einer Unterstützung durch die Wohlfahrtsstelle

15. August 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft IV, Bl. 681

ISRAELITISCHER HUMANITÄRER ALTONA (ELBE) den 15. August 1935  
 FRAUENVEREIN E.V. ALTONA  
 BÜRO: GRÜNESTRASSE 5

Td.

Hochdeutsche Israeliten Gemeinde,  
 Altona

Zu der Anfrage der jüd. Gemeinde Berlin bemerken wir, dass wir eine regelmässige laufende Bar[-]Unterstützung an Empfänger öffentlicher Unterstützungen überhaupt nicht vornehmen. Wir gewähren als Zuschussunterstützung regelmässig Lebensmittelunterstützungen von etwa Mk. 2.– bis Mk. 5.– pro Familie. Ausserdem Unterbringung der Kinder in Horten, Schuhsohlen und in einzelnen Fällen neue Kleidung. Dazu kommt von Fall zu Fall Kinder- und Erwachsenenverschickung, einmalige Mietbeihilfe, Krankenhilfe und dergleichen. Von den in unserer Wohlfahrtsstelle unterstützten Personen nehmen etwa  $\frac{2}{3}$  öffentliche Unterstützung in irgendeiner Form in Anspruch. Obwohl auch wir wiederholt erwogen haben, diesen Personenkreis von jeder regelmässigen Unterstützung auszuschliessen, hat sich dies in der Praxis als undurchführbar gezeigt, da die öffentliche Unterstützung so gering ist, dass wohl kein Unterstützter lediglich von diesen Geldern lebt. In den gleichen Fällen, in denen wir eintreten, treten bei Nichtjuden die N.S. Volkswohlfahrt oder die konfessionellen Wohlfahrtsverbände ein. Dazu kommt, dass ein ritueller Haushalt ohnehin erheblich grössere Kosten verursacht. Wir würden eine regelmässige Gewährung von Bargeldunterstützung an diesen Personenkreis ablehnen, schon mit Rücksicht darauf, dass dieser Betrag bei der öffentlichen Unterstützung abgerechnet werden würde. Dagegen würden wir immer dafür eintreten von Fall zu Fall, wenn durch besondere Umstände die Unterstützung nicht ausreicht, kleine einmalige Unterstützungen zu geben.

Wir begrüssen Sie  
 mit vorzüglicher Hochachtung

Isr. hum. Frauenverein  
 für Altona und Umgebung  
 Ellern

**Nr. 14**

Die Stellung des Israelitischen Humanitären Frauenvereins Altona in der Sozialfürsorge

15. Oktober 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft IV, Bl. 747

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

15. Oktober

An das  
Finanzamt  
Altona.

Betr.: Aufforderung an den Israel. hum. Frauenverein Altona vom 9.10.1935.

Wir teilen ergebenst mit, dass der Israelitische humanitäre Frauenverein e.V., Altona, das Ausführungsorgan für die Gesamt-Wohlfahrtspflege der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde in Altona ist. Die Tätigkeit wird unter dem Namen »Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege« ausgeübt, die eine Arbeitsgemeinschaft der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde mit dem Israel. hum. Frauenverein darstellt.

Die Gemeindesekretärin:  
[Ida Hagenow]

**Nr. 15**

Die Zusammenlegung der jüdischen Kinderhorte in Altona

6. November 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft IV, Bl. 798, 800

6. November 1935

### Protokoll

Jüdisches Volksheim Hamburg-Altona E.V.

Besprechung betreffend Zusammenlegung der beiden Horte in Altona.

Anwesend: Frau Dr. Oppenheimer,  
Frau Dr. Zuntz,  
Frl. Recha Ellern,  
Frl. Rosenbaum  
RA Rudolf Samson.

1. Die Anwesenden sind einstimmig der Meinung, dass es sich empfiehlt, den Hort des Jüdischen Volksheims bis zum 31. März 1936 aufrecht zu erhalten. Die dazu erforderlichen Beträge müssen, soweit sie nicht aus freiwilligen Spenden aufgebracht werden können, bei der Gemeinde in Altona eingeworben werden. Dabei ist zu beachten, dass die Gemeinde Altona, falls sie die bisher von dem Jüdischen Volksheim betreuten Kinder mit betreuen muss, unter allen Umständen für Hortzwecke etwas mehr verausgaben muss als bisher, sodass eine besondere Belastung durch die Fortführung des Heims bis zum 1. April kaum eintreten wird.

2. Für die Zeit nach dem 1. April wird eine Aufrechterhaltung des Hortbetriebes in der Wohlersallee aus finanziellen Gründen nicht möglich sein, weil mit einem starken Rückgang der freiwilligen Spenden und auch mit einem Rückgang der Mitgliedsbeiträge gerechnet werden muss. Ein Teil der Kinder, nämlich diejenigen Kinder, die Hamburger Schulen besuchen, wird man möglicherweise in Hamburger Horten unterbringen können; die übrigen Kinder werden in dem Hort in der Grüne-  
strasse mituntergebracht werden müssen. Dadurch würde sich die Zahl der in diesem Hort zu betreuenden Kinder von ca. 50 auf ca 85 erhöhen.

Es herrscht Einstimmigkeit darüber, dass es im Interesse der Sache dringend wünschenswert sei und zwar sowohl aus ideellen wie aus materiellen Gründen, dass die Menschen, die bisher im Rahmen des Jüdischen Volksheims mitgearbeitet haben, auch weiterhin an der Hortarbeit in Altona mitarbeiten. Zu diesem Zweck sind die Anwesenden einstimmig der Meinung, dass es sich empfiehlt, einen gemeinschaftlichen Ausschuss aus Mitgliedern des Humanitären Frauenvereins in Altona und des Jüdischen Volksheims zu bilden, zur Betreuung des Horts in der Grüne-  
strasse. Dieser gemeinschaftliche Ausschuss wird aber zweckmässigerweise erst im Laufe des kommenden Januar gebildet werden, da im Augenblick sich noch nicht übersehen lässt, wie die Arbeit ab 1. April 1935 finanziell und organisatorisch zu gestalten sein wird.

**Nr. 16**

Der Voranschlag für Fürsorgeausgaben im Jahr 1936

19. November 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
Bl. 377

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

Ausgaben-Etat 1936 (Voranschlag)

1. Wirtschaftliche Fürsorge		Rm. 8000.--
2. Gesundheitsfürsorge		" 4000.--
3. Jugendfürsorge, Schulpflege		" 6500.--
4. Verwaltungskosten		
a) persönliche Kosten	3522.80	
b) Miete und Bürokosten	<u>3450.--</u>	" 6972.80
5. Zur Verfügung d. Vorsitzenden für Unterstützungen		" 300.--
6. An die Beratungsstelle Hamburg		" 1200.--
7. An das Jüd. Volksheim		" 1440.--
8. Leichenbekleidung und Bestattung für Bedürftige		" 400.--
9. Sonstige Ausgaben		" <u>87.20</u>
		Rm. 28900.--

In dem vorstehenden Voranschlag sind die von der Beratungsstelle Isr. hum. Frauenverein u. v. Privaten usw. eingehenden und wieder zu verausgabenden Zuschüsse, die nur als Durchgangsposten geführt werden, nicht enthalten. Für den Zeitraum vom 1.I. – 30.IX.1935 bezifferten sich diese Zuschüsse auf Rm. 13.200.--.

Altona, den 19. November 1935.

**Nr. 17**

Das tägliche Leben im Altonaer Kinderheim Grünestraße 5

26. Mai 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 22 vom 26.5.1936, S. III

**Das Altonaer Kinderheim**

Ein Gang durch das Haus in der Grünestraße

In der Grünestraße in Altona steht ein altes behäbiges und geräumiges Patrizierhaus. Aber nicht mehr würdevolle Kaufherren lassen dort ihre Pfeffersäcke abladen und empfangen ihre Gäste, sondern ein frisches, jüdisches, junges Leben pulsiert in den hohen, hellen Zimmern, Kinderstimmen singen und zwitschern, junge Mädchen eilen geschäftig mit duftenden Schüsseln über Treppen und Korridore.

Es ist das Haus des Israelitisch-Humanitären Frauenvereins in Altona, das solch lebendiges Bild bietet, das Heim der Altonaer Kinderhorte, in denen 75 und mehr Kinder von früh bis spät sich tummeln, spielen, lesen, basteln, lernen, essen und trinken. In denen diese Kinder vor allem in einer jüdischen Atmosphäre sich bewegen, in einer gewissermaßen von Judentum erfüllten Luft. Sie grüßen hebräisch und sie singen hebräisch, sie lesen jüdische Bücher und Kinderzeitungen, und sie zeichnen Bilder von Palästina, an der Wand hängen die prächtigsten Palästinakinderbilder, und wenn z.B. beim Spielen einer nach einem hohen Berg fragt, dessen Name mit M anfängt, so wird keines der Kinder wie in anderen Umgebungen sagen »Montblanc«, sondern alle rufen »Morija«.

In Altona gab es früher zwei Kindertagesheime, eines in dem geschilderten Hause und das andere im Jüdischen Volksheim Wohlersallee. Durch Abwanderung und Geburtenrückgang ging jedoch die Gesamtzahl der zu betreuenden Kinder so zurück, daß es nicht mehr zu verantworten war, zwei Heime an verschiedenen Stellen aufrechtzuerhalten, und so wurden jetzt die beiden Heime zusammengelegt und seit dem 1. April 1936 in dem Heime des Humanitären Frauenvereins in der Grünestraße 5 untergebracht. Die Trägerin [Der Träger] dieses neuen, vergrößerten Heimes ist ein Hortausschuß, gebildet aus Vertretern der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona, des Jüdischen Volksheims, der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg, dem Israelitischen Humanitären Frauenverein und der Leiterin der Jüdischen Wohlfahrtsstelle der Gemeinde Altona. Das Haus Grünestraße ist der Sitz der Altonaer Wohlfahrtsstelle, die von der Gemeinde und dem Frauenverein gemeinsam verwaltet wird. Man hat nach der Vergrößerung die Kinder vorerst in den schon bisher dazu benutzten Räumen im Erdgeschoß, dann in weiteren Zimmern im Souterrain untergebracht, hat aber schon die Räume im ersten Stock vorgesehen, um das Souterrain wieder räumen zu können. Dazu besitzt das Haus einen, wenn auch nicht allzu großen Garten, eigentlich einen Sandspielplatz, der einen Aufenthalt im Freien erlaubt. Sogar eine geräumige Laubhütte enthält dieser Garten.



Kinder aller Alter besuchen das Heim. Schon um 9 Uhr kommen die Kleinkinder von drei Jahren an und sie bleiben bis um 18 Uhr. Die größeren Kinder kommen nach der Schule und können bis um 18 Uhr im Heim bleiben. Die Kinder erhalten alle ihr Frühstück, ein nahrhaftes und reichliches Mittagessen und Nachmittagsmahlzeit. In einer vorbildlich eingerichteten Küche mit allen modernen Einrichtungen werden diese Mahlzeiten hergestellt, die alle vegetarisch oder milchig sind. Riesenterrinen appetitlicher Milchsuppe mit Apfeleinlage wurde gerade ausgegeben, und ich verfolgte den Weg dieser Suppen nach den einzelnen Räumen, wo sie von den jungen Helferinnen ausgeschöpft wurden, bis in die hungrigen Mäulchen, denen sie offenbar außerordentlich mundeten.

In dem ganzen Hause herrscht ein fröhlicher Ton der Lebensbejahung. Die Leiterin der Wohlfahrtsstelle ist auch die Leiterin des Heimes, und ihr untersteht die gesamte Organisation. Den Kindergarten leitet eine Kindergärtnerin, die mit zwei anderen Kindergärtnerinnen und zwei Praktikantinnen sich in die Beaufsichtigung der verschiedenen Gruppen teilt. Dazu kommen noch eine Wirtschaftsleiterin und eine Wirtschafterin. In jedem Raume sieht man spielende und lesende Kinder, geschart um ihre jugendlichen Leiterinnen, die sie mütterlich betreuen. In den Zimmern der Großen werden schon Schulaufgaben gemacht, [wird] gebastelt und gelesen, wozu eine sehr ansprechende ausgewählte Bücherei vorhanden ist. Aus Baukästen werden ganze Städte gebaut und wieder umgeworfen, hier und dort ertönt auch ein kleiner Zank, der schnell wieder geschlichtet ist.

Alle diese jungen Angestellten, die hier eine so frohe Atmosphäre schaffen, wie sie die Kinder so sehr nötig haben, sind bündisch eingestellt und verstehen sich so auf Spiel und Sang. Auch einige junge Schülerinnen, die einmal Kindergärtnerinnen werden wollen, helfen noch mit und werden dabei theoretisch und praktisch ausgebildet. Sie lernen vor allen Dingen hier auch viele hebräische Lieder, denn die meist ostjüdischen Kinder sind schon von vorneherein auf jüdische Realität abgestellt. Für diese jüdischen Kinder von heutzutage hat schon im frühesten Alter die Welt keine Entfernungen mehr. Sie besitzen Verwandte nicht nur in Palästina, auch in Nordamerika, in Argentinien, in Südafrika. Palästina ist ihnen besonders nahegerückt, sie nehmen an allen Geschehnissen im heiligen Lande lebhaften Anteil und können nicht genug davon hören.

Das Tagesheim trägt dieser Einstellung der Kinder Rechnung. Palästinabilder schmücken die Wände, man lernt schon mit den Kleinen Iwrith, und wenn genügend gespielt und die Schularbeiten gemacht sind, dann sitzt man zusammen und singt pausenlos hebräische Lieder, die Lieder, welche die Kinder aus der Schule oder aus den Bündeln mitbringen. Aber dabei wird nicht versäumt, Jungen und Mädels in Handfertigkeit auszubilden, und auch die kleinen hauswirtschaftlichen Arbeiten machen die Kindern gerne selbst, ohne daß darin ein Unterschied zwischen den Geschlechtern gemacht wird, denn auch die Jungen sollen lernen, im Hause zu arbeiten. An jedem zweiten Schabbath findet ein *O n e g S c h a b b a t h* unter Leitung einer Lehrkraft der Jüdischen Schule statt, auf den sich die Kinder von einem zum anderen Male freuen.

[...]

Die Kinder, die hier, betreut und sorgsam bewacht, aufwachsen, werden, soweit man dies überhaupt voraussagen kann, durch das Leben in einem solchen jüdischen Milieu, durch die Bejahung der Religionsgesetze, durch die Erziehung zur wahren jüdischen Gemeinschaft einst befähigt sein, mitzugestalten an einer wahrhaft jüdischen Gestaltung jüdischen Schicksals, am Aufbau Palästinas in echt jüdischem Geiste.

J.[ulian] L.[ehmann]

### Nr. 18

Die Ausbildungslehrgänge im Altonaer Kinderheim

4. März 1937

Hamburger Familienblatt Nr. 9 vom 4.3.1937, S. V f.

### Altona, Grünestraße 5

Die Adresse: »Altona, Grüne Straße 5« ist zu einem Programm geworden. Hier in der jüdischen Wohlfahrtspflegestelle der Gemeinde Altona, im Heim des Israelitischen Humanitären Frauenvereins Altona und der Kommission für die Stiftungen der Altonaer Gemeinde hat sich eine Zentrale der Fürsorge gebildet, die nicht nur von warmem menschlichem Verständnis getragen wird, sondern in der man auch bemüht ist, in praktischer Hinsicht das Möglichste zu erreichen. Nach dem Umbau des Hauses findet man hier ein *Kinder Tagesheim* und eine *Stätte der Ausbildung für Hauswirtschaft und Kinderpflege*, wie man sie sich musterhafter nicht vorstellen kann. Alles atmet Freude am Wohltun, frohe Arbeit sorgt für die Kleinen in Räumen, wo jeder Fleck praktisch ausgenutzt ist, und wo doch pulsierendes Leben alles durchdringt und Arbeit zur Freude gestaltet.

[...]

Mit diesem Heim ist ein *Ausbildungslehrgang* für Hauswirtschaft und Kinderpflege verbunden. Junge Mädchen werden hier sowohl in Theorie wie in Praxis von ausgebildeten Lehrkräften in einem einjährigen Lehrgang in Küche wie in Kindergarten und Hort, in allem unterrichtet, was sie später befähigen soll, sich hauswirtschaftlich oder erzieherisch in Familien oder Heimen zu betätigen. Die *Praxis* umfaßt theoretische und praktische Küchenarbeit, Beschäftigung und Körperpflege der Kinder, Verwaltung und Instandhaltung von Wäsche und Material usw. In der *Theorie* allein wird unterrichtet über Pädagogik, Ernährungskunde, Hebräisch, Musik, Zeichnen, Gymnastik usw.

Das alles geschieht selbstverständlich, indem besonderer Wert auf das Bewußtwerden einer jüdischen Gemeinschaft und der hebräischen Sprache gelegt wird. Gegenwärtig sind dort sieben Haushaltsschülerinnen und zwei Praktikantinnen in der Ausbildung begriffen.

In dem Hause befindet sich auch eine Lehrwerkstatt für die größeren Jungen, die dort die ersten handwerklichen Anleitungen erhalten. Praktiker und Lehrer aus allen Sparten haben sich dazu zur Verfügung gestellt.

## 15.5 Die Israelitische Gemeindeschule

### Nr. 1

Das Regulativ der Israelitischen Gemeindeschule (1931)

26. Oktober 1931/7. November 1931

Staatsarchiv Hamburg, 424-21 Schulamt Altona, Sch III Nr. 10; Ina Lorenz, Die Juden in Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik, Bd. 2, Hamburg 1987, S. 31 f.

### Regulativ für die Israelitische Gemeindeschule der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde zu Altona.

#### § 1.

Die Israelitische Gemeindeschule ist eine öffentliche jüdische Volksschule.

#### § 2.

Die Schule hat das Ziel, im Sinne des überlieferten Judentums die Schüler und Schülerinnen zu glaubenstreu, überzeugten Juden und heimatverwurzelten treuen deutschen Staatsbürgern zu erziehen.

#### § 3.

Die Anstellung der Lehrkräfte erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen.<sup>30</sup>

#### § 4.

Die von der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde gewählte Schulkommission und die Lehrerschaft der Israelitischen Gemeindeschule hat ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Schule vom Vertrauen der jüdischen Elternschaft getragen wird und durch sie das Zugehörigkeitsgefühl zur Altonaer jüdischen Gemeinde gestärkt wird.

<sup>30</sup> In ihrem Antrag auf Genehmigung des Regulativs vom 26. Oktober 1931 hatte die Gemeinde ausgeführt, dass die von der Preußischen Regierung Schleswig vorgeschlagene Fassung unter der Voraussetzung gebilligt werde, dass die Regierung die bisher geübte Praxis der Anstellung nicht ändere. Nach dieser Praxis wurde der anzustellende Lehrer auf Vorschlag der Schulkommission vom Vorstand der Gemeinde gewählt und von der Schulaufsichtsbehörde ernannt. Zur Geschichte der Israelitischen Gemeindeschule vgl. Miriam Gillis-Carlebach, »...damit die Kinder in die Schule gehen« (Jer. Talmud). Die letzte Phase der Israelitischen Gemeindeschule in Altona (1928-1938), in: Gerhard Paul/dies. (Hrsg.), Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998), Neumünster 1998, S. 121-133.

## § 5.

Der Leiter der Schule gehört der Schulkommission als beratendes und stimmberechtigtes Mitglied an. Er hat der Schulkommission über die Forderungen der Behörden und die eingegangenen Verfügungen allgemeinen Charakters, sowie über den Gesamtstand des Unterrichts Bericht zu erstatten. Er wird in harmonischem Einvernehmen mit der Schulkommission an der Verwirklichung des speziellen Schulzieles mitarbeiten.

## § 6.

In der Schule soll das religiöse Element auch im Gesamtunterricht nach Möglichkeit gestärkt und vertieft werden. Es wird in jedem Fall der Vereinbarung der Schulkommission mit der Leitung der Anstalt bedürfen, um die Mittel festzulegen, durch welche die religiösen Ereignisse des Jahres, die Fest- und Trauertage, die Neumonds- und Halbfeiertagsfeste im Schulleben zur Geltung gebracht werden können.

## § 7.

Der Oberrabbiner führt die Aufsicht über den Religionsunterricht. Das Recht, selbständige Bestimmungen zu treffen, steht ihm nicht zu, insbesondere ist er nicht Vorgesetzter der Lehrer. Bei der Aufstellung des Lehrplanes in Religion ist der Geistlichen Behörde der Plan zur Kenntnis vorzulegen. Die jährlichen Verteilungspläne werden von den Lehrern allein getroffen.

## § 8.

Die Schulkommission ist berechtigt, soweit ihr ein Bedürfnis hierzu vorzuliegen scheint, nach vorheriger Verabredung mit dem Leiter der Anstalt, ernannte Vertreter dem Unterricht beiwohnen zu lassen.

## § 9.

Für besondere unterrichtliche Fragen ist die Schulkommission berechtigt, auch eine Aussprache mit dem Gesamtkollegium der Anstalt von dem Leiter zu erbitten. In einer solchen Gesamtaussprache ist jedoch eine Kritik einzelner Lehrer unstatthaft.

## § 10.

Für die Israelitische Gemeindeschule ist ein Elternbeirat nach den gesetzlichen Bestimmungen zu bilden, der die den Elternbeiräten allgemein übertragenen Aufgaben zu erfüllen hat.

Altona, den 26. Oktober 1931

Von schulaufsichtswegen genehmigt.

Schleswig, den 7. November 1931.

(L.S.)

Preuss. Regierung, Abt. f. Kirchen- u. Schulwesen.

gez. Unterschrift

**Nr. 2**

Die Kürzung des städtischen Schulzuschusses

19. Februar 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 203, Bd. III,  
Bl. 48 a-49 a

Sitzung der Schulkommission am Sonntag, d. 19. Februar 1933, vorm. 11 Uhr im  
Gemeindebüro.

[...]

Auf Antrag des Herrn Oberrabbiner[s] wird zunächst die Frage des Stadtbeitrages  
besprochen. Frl. Hagenow berichtet über das Ergebnis der mit dem betr. Sachbe-  
arbeiter geführten Besprechung. Die Stadt sieht die jüd. Schule nicht als eigenen  
Schulverband an, der berechtigt ist, seine Ansprüche an die Stadt aus dem jetzt noch  
geltenden Gesetz von 1847 herzuleiten. Infolgedessen nimmt sie zu Ungunsten der  
Gemeinde entgegen der bisherigen Gepflogenheit für das laufende Jahr die Verrech-  
nung der für die Gemeindeschule an die Landesschulkasse zu leistenden Beträge im  
Rahmen der für den Gesamtschulverband Altona sich ergebenden Lasten vor.  
Durch einen jährlichen Beitrag zu den sachlichen Ausgaben in Höhe von Rm. 18.82  
pro Schüler, nach dem städt. Haushalt berechnet, mithin durch  
Barvergütung von rund

Rm. 2.692.–

hält der Magistrat seine Verpflichtung der Gemeinde gegenüber  
als abgegolten. In Zahlen ausgedrückt veranschlagt die Stadt für  
3 planmässig angestellte Lehrer der Gemeindeschule an die  
Landesschulkasse

Rm. 4.970.–

und leistet demnach insgesamt

Rm. 7.662.–

gegenüber einem bisher gezahlten Stadtbeitrag von

Rm 10.500.–

mithin ergibt sich zu Ungunsten der Gemeinde eine Differenz von

Rm. 2.838.–

Nach dem Gesetz sind aber die Kommunen verpflichtet[,] eine Beihilfe zu den  
Volksschullasten an die Synagogengemeinden zu leisten, deren Höhe unter Berück-  
sichtigung des Betrages der Kommunalabgaben der jüdischen Einwohner und der  
Erleichterung, die dem Kommunal Schulwesen aus der Vereinigung der jüdischen  
Kinder in eine besondere Schule erwächst, zu bemessen ist. Legt man der Berechnung  
nur den minimalen Betrag von Rm. 80.– zugrunde, so ergibt sich für 143 Kinder  
ein Betrag von rund Rm. 11.500.–, der die bisherige Leistung der Stadt für die  
Gemeindeschule von Rm. 10.500.– noch um einiges übersteigt.

Diesem Bericht folgt eine eingehende Aussprache.

Herr Kunreuther hält mit Rücksicht auf die augenblicklichen Zeitverhältnisse die  
Klärung der Frage, daß die Gemeindeschule einen eigenen Schulverband darstelle,  
nicht für zweckmässig. Dagegen wird beschlossen, dem Magistrat nachzuweisen,

daß die sachlichen Ausgaben für die Schule, unter Einbeziehung der für das Gebäude zu leistenden jährlichen Abgaben, den Zuschuß von Rm. 2692.-- um ein Wesentliches übersteigen.

Herr Oberrabbiner erklärt sich bereit, unter Vorlegung entsprechender Zahlen mit Herrn Senator Kirch<sup>31</sup> zu verhandeln und bei dieser Gelegenheit die Verlängerung des für Ueberlassung des Schulgebäudes mit der Stadt abgeschlossenen 12 jährigen Vertrages über 1938 hinaus zu erwirken.

[...]

### Nr. 3

Der Haushaltsvoranschlag für das Schulwesen 1933/34

27. März 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 41, Bl. 67, 69

Kommission  
für die  
Haupt- und Kassen-Verwaltung

Altona (Elbe) den 27. März 1933  
Breitestraße 15

[...]

#### Titel IV Schulverwaltung:

Der uns von der Schulkommission eingereichte Voranschlag schliesst in der Einnahme mit Rm. 8595.--, in der Ausgabe mit Rm. 16835.-- ab. Von letzterem Betrage haben wir Rm. 800.-- gekürzt, so dass die Ausgabeseite nunmehr mit Rm. 16035.-- abschliesst. Diese Kürzung ist auf folgenden Positionen vorgenommen worden:

Sachliche Ausgaben ad d) Lehr- u. Schulbücher, Utensilien etc.:

Hier ist ein Betrag von Rm. 1420.-- angefordert worden. Nach unserer Feststellung ist darin ein Betrag von

Rm. 300.--

für die Einrichtung eines Chemie- und Physikzimmers enthalten. So sehr wir auch den Ausbau der Schule begrüßen würden, halten wir doch gerade in der jetzigen Zeit eine derartige Ausgabe für undurchführbar. Wir möchten die Schulkommission daher bitten, ihren Plan bis zum Eintritt besserer Zeiten zurückzustellen.

Ferner haben wir von der Pos. »Ausgaben f. d. Religionsunterricht« für die Anstellung einer 3. Lehrkraft

Rm. 500.--

31 August Kirch (1879-1959) war Schriftsetzer von Beruf, Mitglied der SPD, Senator in Altona unter Max Brauer und nach 1945 Bezirksamtsleiter von Altona.

gestrichen, restliche Rm. 40.-- für die Aufwendung von Fahrgeldern bestehen lassen. – Wie wir erfahren, ist Herr Wohlgemuth, der bereits einen Teil der in den Vororten zu erteilenden Unterrichtsstunden übernommen hat, bereit, weitere Stunden zu übernehmen, sodass nach unserer Ansicht die Kosten für eine dritte Lehrkraft gespart werden können. Wir haben uns mit der Schulkommission in Verbindung gesetzt und darum gebeten, in dieser Frage mit Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach Rücksprache zu nehmen. – Gleichzeitig geben wir zur Erwägung anheim, für die Teilnahme am Religionsunterricht nach dem Muster der hamburgischen Religionschule ein Honorar von Rm. 15.– pro Quartal zu erheben.

#### Nr. 4

Der Eingriff in die Lehrer-Planstellen

10. Juni 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 30

Der Regierungspräsident.

Schleswig, den 10. Juni 1933.

II A 447/46.

An

den Magistrat (Schuldeputation)

in Altona.

Abschrift.

An

den Studienassessor Herrn Ari Wohlgemuth

in Altona.

d. d. Herrn Schulrat

in Altona.

Rathaus.

Der Ihnen mit Wirkung vom 1. April 1932 ab erteilte Auftrag zur Verwaltung einer außerplanmäßigen Schulstelle an der Volksschule der Hochdeutschen Israeliten Gemeinde in Altona (vgl. Verfg. der hiesigen Regierung, Abtlg. II vom 19.5.1932 – II B. 46 –) wird auf Anforderung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit sofortiger Wirkung hiermit zurückgezogen.

In Vertretung  
gez. Fleck.

Abschrift im Anschluß an meine Verfügung vom 19.5.1932 – II B 46 – ergebenst zur Kenntnis und weiteren Veranlassung. Dienstabgangsnachweisung für den Studien-assessor Ari Wohlgemuth ist innerhalb 14 Tagen mir einzureichen.<sup>32</sup>

In Vertretung  
gez. Fleck.

**Nr. 5**

Die Werbung um auswärtige Schüler

20. Juni 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 901 a, Bl. 30

Dr. Manasse  
Rechtsanwalt und Notar

ALTONA (Elbe), den 20. Juni 1933.  
Allee 93

An den  
Vorstand der jüdischen Gemeinde  
zH. des Herrn Beith  
Wandsbeck

Der Verband gibt folgendes zur Kenntnis.

In Altona besteht eine jüdische Volksschule, die z.Zt. von ca. 150 Schülern und Schülerinnen besucht wird. Diese Schule soll unter allen Umständen aufrechterhalten und ihr Unterrichtsplan insofern erweitert werden, als ausserhalb des normalen Unterrichtsplanes auch neuhebräisch und englisch unterrichtet wird.

Falls Mitglieder der dortigen Gemeinde die Absicht haben, ihre Kinder in eine jüdische Schule zu schicken, so ist die Altonaer jüdische Volksschule bereit sie aufzunehmen, ohne dass für Auswärtige ein besonderes Entgelt beansprucht wird. Schulgeld wird für den Volksschulunterricht nicht erhoben, nur für den Sonderunterricht und Büchergeld. Es wird auch die Möglichkeit bestehen, die Kinder zu einem billigen Pensionspreis in einer geeigneten Pension unterzubringen.

Wir bitten um Mitteilung, ob dort Kinder für die Aufnahme für die Altonaer jüdische Volksschule in Frage kommen.

Der geschäftsführende Ausschuss des Verbandes der jüdischen  
Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte.

Der Vorsitzende  
Manasse

32 Die Gemeinde machte gegenüber Ari Wohlgemuth von ihrem Recht der fristlosen Entlassung keinen Gebrauch, sondern sprach eine Kündigung mit vierteljährlicher Frist zum 1. Oktober 1933 aus. Man hoffte, dass Wohlgemuth eine Tätigkeit an der Religionsschule der Gemeinde und bei dem Jessandeit Tauroh (Jüdischer Jugend-Lern-Verein) finden würde.



**Nr. 6**

Die Ablehnung eines staatlichen Zuschusses für den Religionsunterricht

9. August 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 203, Bd. III, Bl. 57 f.

[Sommer 1933]

[Sitzung der Schulkommission vom 9. August 1933]

[...]

Der Magistrat lehnt die Zahlung eines Zuschusses zu den Kosten des Religionsunterrichts, rückwirkend ab März ds. Js. ab, da keine gesetzliche Verpflichtung zur Zahlung bestehe. Die Ablehnung wird darauf zurückgeführt, daß die Religionsschule z.Zt. nicht die für die Zahlung des Zuschusses erforderliche Zahl von 25 Schülern aufweist. An Hand eines Verzeichnisses wird festgestellt, daß die Schule von 23 Kindern besucht wird, sodaß es nicht schwer sein dürfte, die erforderliche Pflichtzahl zu erreichen. Umsomehr, als 14 Kinder von Gemeindemitgliedern nicht am Unterricht beteiligt sind, ausserdem 9 Kinder von ehemaligen Mitgliedern, die ihren Austritt aus der Gemeinde erklärt haben. Die weitere Beratung der Angelegenheit wird auf etwa 8 Tage vertagt. Inzwischen werden die Herren Dr. Manasse, Dr. Möller und Stahl mit den ihnen bekannten Eltern der noch nicht am Religionsunterricht beteiligten Kinder in Verbindung treten und über den Erfolg ihrer Bemühungen in der nächsten Sitzung berichten.

[...]

**Nr. 7**

Die Anzahl der Schüler im Schuljahr 1933

9. August 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 203, Bd. III, Bl. 58-58 a

[Sitzung der Schulkommission vom 9. August 1933]

[...]

Herr Sommer verliert den Stundenplan, wie er nach dem Ausscheiden des Lehrers Wohlgemuth für die nunmehr 4 klassige Schule mit  $3\frac{1}{3}$  Lehrkräften aufgestellt werden musste. Das 1. u. 2. Schuljahr sind in Religion, Rechnen und Musik kombiniert, im Deutschen getrennt. Das 3. u. 4. Schuljahr sind zur Klasse II in allen Fächern vereinigt und die vier oberen Jahrgänge bilden die Klasse I. Der augenblickliche Stand der Schule:

134 Kinder:

I. Klasse	38 Schüler
II. Klasse	50 Schüler
III. Klasse	28 Schüler
IV. Klasse	<u>18 Schüler</u>
	134 Schüler.

Seit Ostern haben 7 Kinder infolge Auswanderung unsere Schule verlassen.

Über die Frage, in welcher Weise und ob gegebenenfalls durch Einstellung einer dafür geeigneten Lehrkraft die bisher durch den Herrn Rabinowitz erteilten 10 Wochenstunden Religionsunterricht aufrecht erhalten werden können, wird sehr eingehend besprochen. Es wird die Ansicht vertreten, daß die durch den Herrn Regierungspräsidenten ausgesprochene Ablehnung insbesondere mit der nicht beabsichtigten Beschäftigung des Herrn Wohlgemuth in Verbindung steht, nicht aber generell eine Aufhebung der 10 Wochenstunden Religionsunterricht bedeuten soll. Herr Sommer übernimmt es, zunächst in einer vertraulichen Besprechung mit dem Herrn Stadtschulrat Johannsen festzustellen, ob die Genehmigung der Regierung zur Anstellung einer Lehrkraft für die Erteilung weiterer 10 Wochenstunden Religionsunterricht erforderlich ist.

[Es] berichtet Herr Oberrabbiner über die mit Herrn Dr. Samson gehabte Besprechung. Letzterer sieht keine Möglichkeit zu einer zwangsweisen Rücküberweisung der die Talmud-Toraschule besuchenden Volksschüler. Er hat den Vorschlag gemacht, für die letzten der in Betracht kommenden Kinder eine Versammlung einzuberufen. Herr Oberrabbiner ist ebenfalls der Ansicht, daß dieses der einzig mögliche Weg ist, um die betr. Eltern für die Erhaltung unserer Schule zu interessieren. Der Termin für eine derartige in Altona einzuberufende Versammlung wird mit Rücksicht auf die bevorstehende Urlaubsreise des Herrn Oberrabbiner um etwa 14 Tage hinausgeschoben.

M. Lehmann

**Nr. 8**

Der Religionsunterricht an der Israelitischen Gemeindegemeinschaft und an der Religions-  
schule der Gemeinde

9. August 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 203, Bd. III,  
Bl. 60-60 a

[Sitzung der Schulkommission vom 9. August 1933]

[...]

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Frage kann die Besprechung nicht vertagt werden. Der Vorsitzende berichtet, daß die Ausführung des Beschlusses der letzten Sitzung infolge Amtsenthebung des Stadtschulrates Johannsen nicht möglich gewesen sei. Nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Kommission habe er, um keine Zeit verstreichen zu lassen, angeordnet, daß im Anschluß an den Schulunterricht täglich 1 – 2 Stunden Religionsunterricht durch den für die Religionsschule der Gemeinde zur Verfügung gestellten Lehrer Herrn Rabinowitz erteilt werden sollen. Herr Sommer bestätigt, daß die Regelung in der Weise erfolgt sei, daß die vormals in den Schulplan aufgenommenen 10 Extra-Wochenstunden Religionsunterricht durch Herrn Rabinowitz als Lehrer der Religionsschule im Anschluß an den Schulunterricht erteilt werden.

Die Herren Dr. Manasse, Dr. Möller und Stahl haben sich auftragsgemäß mit den ihnen bekannten Eltern der noch nicht am Religionsunterricht beteiligten Kinder in Verbindung gesetzt. Herrn Dr. Manasse ist es gelungen, Herrn Richard Meyer für den Unterricht seiner Tochter zu gewinnen. Herr Apotheker Wolpe hat die Teilnahme seiner Tochter am Religionsunterricht noch als fraglich hingestellt. Herrn Dr. Möller ist von Herrn Paul Jaffé, dessen Sohn bei Herrn Rabbiner Dr. Italiener, Hamburg, Unterricht erhält, eine evtl. teilweise Beteiligung am Unterricht in unserer Religionsschule zugesagt worden. Die Bemühungen des Herrn Stahl hatten keinen Erfolg.

Dr. Alexander und Albert Alexander haben auf Veranlassung der Herren Dr. Jacobson und Jac. Heilbut die Teilnahme ihrer Kinder zugesagt.

Allgemein wird die Ansicht vertreten, daß im Besonderen mit Rücksicht auf die augenblicklichen Zeitverhältnisse die Einführung eines Kurses für Neuhebräisch notwendig sei.<sup>33</sup> Diese Frage soll Herrn Oberrabbiner zur Entscheidung vorgelegt werden.

[...]

M. Lehmann

33 Die Einführung des »neuhebräischen« Sprachunterrichts entsprach den Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für jüdische Volksschulen des Erziehungsausschusses der Reichsvertretung von Januar 1934; Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 113 ff.

**Nr. 9**

Klassenfrequenz und Fächerplan (1934)

6. April 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 203, Bd. III, Bl. 72 a-73

[Sitzung der Schulkommission vom 6. April 1934]

Die Erkrankung des Herrn Sommer hat den Anlass für die Einberufung der heutigen Sitzung gegeben. Der Vorsitzende berichtet, daß Herr Sommer infolge Nervenzerrüttung einen längeren Urlaub antreten musste. Herr Hauptlehrer Bachrach habe nach vorgängig eingeholter Genehmigung der Schulbehörde liebenswürdiger Weise die Vertretung des Erkrankten übernommen.

Herr Bachrach berichtet über die mit dem Schulrat Stegemann geführte Unterredung; es sei ihm gestattet worden, die an der Schule tätigen Hospitanten, Herrn Rabinowitz und Frl. Kleve in erhöhtem Masse zu beschäftigen, allerdings unter der Bedingung, daß der Landesschulkasse irgendwelche Kosten nicht entstehen. Von Herrn Rabinowitz werden nunmehr 17 Stunden zuzügl. 8 Religionsstunden und 10 Stunden hebr. Unterricht = 35 Stunden erteilt, von Frl. Kleve werden einschl. des engl. u. hebr. Unterrichts, insgesamt 29 Unterrichtsstunden gegeben. Herr Bachrach weist an Hand nachstehenden Planes darauf hin, daß ihm durch die erhöhte Unterrichtsstundenzahl der Hospitanten die Möglichkeit gegeben war, die bisher vorhandenen 4 Klassen in 5 Klassen aufzuteilen. Die z.Zt. vorhandenen 141 Schulkinder verteilen sich auf die einzelnen Schuljahre wie folgt:

Kl. V	1. Schuljahr:	8 Knaben	u.	14 Mädchen	= 22	} 43 Kinder
" IV	2. "	: 13 "	"	8 "	= 21	
" III	3. "	: 13 "	"	15 "	= 28	} 49 "
	4. "	: 11 "	"	10 "	= 21	
" II	5. "	: 8 "	"	12 "	= 20	} 36 "
	6. "	: 10 "	"	6 "	= 16	
		63 "		65 "		128
	Trsp.	63		65		128 Kinder
Kl. I.	7. Schuljahr:	3 Knaben	u.	3 Mädchen	= 6	} 13 Kinder
	8. Schuljahr:	5 "	u.	2 "	= 7	
		71 Knaben		70 Mädchen		141 Kinder

Verteilungsplan.

Kl. V.	Kl. IV.	Kl. II.	Kl. I.
[I.] Schuljahr	2. Schuljahr	5.+6. Schulj.	7.+8. Schuljahr
12 Std. Gesamt	11 Std. D.	7 Std. D	7 " Std. D.
	4 Std. Rechnen	4 " Rechnen	5 " Rechn. + Rml.
2 Std. Bibl. G.		2 " Rel.	2 " Rel.
2 " Turnen		2 " Bibl. G.	2 " Jüd. G.
2 " Hebr.		2 " Weltg.	2 " Weltg.
18 Std.	21 Std.	2 " Erdk.	2 " Erdk.
		2 " Zeichnen	2 " Zeichnen
		2 Std. Naturg.	
		2 " Naturl	
		3 " Turnen Kn.	
		3 " Turnen Md.	
		2 " Musik	
		2 " Handarb.	
		21 + 7 " bez. 9 + 24 Std.	

### Kl III. (3. + 4. Schuljahr)

11 Std. D.	
4 " Rechnen	
2 " Rel.	
2 " Bibl. G.	
2 " Zeichnen	
2 " Musik	
2 " Turnen Kn.	2 Std. Turnen
bd.	2 " Handarbeit
25 Std.	27 Std.

In erster Linie sei dadurch für Herrn Sommer die Schwierigkeit beseitigt, die oberen 4 Jahrgänge mit einer Gesamtschülerzahl von 49 Kindern gemeinsam unterrichten zu müssen. Bei Wiederaufnahme seiner Tätigkeit würden von Herrn Sommer 18 Stunden zu übernehmen sein. Durch die Neueinteilung sei auch die Aula, die sich als Schulzimmer ungeeignet erwies, wieder freigeworden.

Der Vorsitzende spricht Herrn Bachrach für seine ausserordentlichen Bemühungen um die Schule den herzlichen Dank aus. Allgemein wird dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß nach Beseitigung einer Reihe von Schwierigkeiten, die nicht zuletzt auf den nervenanspannenden gemeinsamen Unterricht der obern 4 Jahrgänge zurückzuführen waren, unter den durch die Neueinrichtung gegebenen günstigeren Verhältnissen Herr Sommer in der Lage sein werde, nach den Sommerferien die Schulleitung wieder zu übernehmen.

[...]

M. Lehmann

**Nr. 10**

Zusammenstellung über die staatlichen Zuschüsse zur Gemeindeschule

23. November 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62,  
Bl. 317

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

23. November 1934.

An die  
Israelitische Gemeinde  
Kassel  
Gr. Rosenstr. 22

Vertraulich!

Wir bestätigen den Empfang Ihres geehrten Schreibens vom 22. ds.Mts. und beantworten Ihre Fragen wie folgt:

- a.) Bis zum Jahre 1931 wurde von der politischen Gemeinde ein Beitrag für unsere öffentliche jüdische Volksschule geleistet. Seit diesem Zeitpunkt erfolgt lediglich die Verrechnung der von uns für die Lehrstellen an unserer Schule an die Landesschulkasse zu zahlenden Beiträge durch die politische Gemeinde. Letztere hat uns allerdings einen Zuschuss in Höhe von Rm. 2485.– zu den sachlichen Ausgaben bewilligt.
- b.) Die Höhe des Beitrages wurde bis zum Eintritt der Inflation nach den Grundsätzen des preussischen Gesetzes vom 23. Juli 1847 bemessen. Im Jahre 1924 ist über die Höhe des Beitrages eine Vereinbarung mit der politischen Gemeinde erfolgt, ohne hierbei, wie im Gesetz vorgesehen, die Steuerkraft der jüdischen Gemeindeglieder (soweit sie der Kommune zugute kommt) zu berücksichtigen. Der Beitrag wurde in der gleichen Höhe wie in der Vorkriegszeit festgesetzt. Im Jahre 1929 ist es uns ebenfalls auf Grund freier Vereinbarung mit der Stadtgemeinde möglich gewesen, eine Erhöhung, die unseren erhöhten Schullasten entsprach, zu bewirken.
- c.) Wir haben für unsere Schule aus eigenen Mitteln einen Jahresbeitrag von 8/10.000.– aufzubringen.
- d.) Der Beitrag wurde ursprünglich (in der Vorkriegszeit) durch den Minister festgesetzt.
- e.) Unsere Schule wird z.Zt. von 134 Kindern, darunter 97 Ausländern besucht. In den allgemeinen Volksschulen sind 2 Schüler untergebracht, in den hamburgischen jüdischen Grund- und Volksschulen befinden sich 32 Kinder aus unserer Gemeinde.

- f.) Es besteht eine besondere Religionsschule, die bis zum Jahre 1932 einen städtischen Zuschuss von Rm. 500.-- erhielt.
- g.) Der unter f. bezeichnete Zuschuss wurde im vorigen Jahre aufgehoben, weil die nach dem Gesetz erforderliche Schülerzahl von 25 Kindern nicht erreicht wurde; ob ohne letzteren Umstand lediglich unter Berücksichtigung der Ereignisse des Vorjahres die Beitragsleistung eingestellt worden wäre, kann daher nicht beurteilt werden.

Ergebent  
Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

## Nr. II

Die Schülerstatistik für die Jahre 1934 und 1935

10. Oktober 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 15I, Bd. 63, Bl. 330

Fragebogen des Preuss. Landesverband Charlottenburg vom 10.10.1935:

Name der Gemeinde: Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona  
Religionsunterricht: Der Rel. Unterricht wird erteilt an der von Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach geleiteten Religionsschule.

Name der Orte, die zum Bezirk der Gemeinde gehören: Altona

Zahl der jüd. Seelen an den einzelnen Orten:	1934:	1600	1935:	1570
darunter:				
Kinder unter 6 Jahren	1934:	30 MF	1935:	30 MF*
zwischen 6 und 14 Jahren:				
a) auf allgem. Volksschulen:	1934:	2		1 MF*
b) auf allgem. mittl. u. höheren Schulen:	1934:	15	1935:	6 MF*
c) auf Jüd. Schulen:	1934:	209	1935:	213
Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren:				
auf allgem. Schulen:	1934:	10	1935:	9 MF*
auf jüd. Schulen:	1934:	26	1935:	26
schulentlassen:	1934	nicht	1935:	do.
		festge-		
		stellt		

Kultussteuern 1934:

Anzahl der Steuerzahler: 337

bis Rm. 100.– jährl haben zu zahlen: 265

mehr als 100.– bis Rm 1000.-- " 70

mehr als 1000.– Rm.: 2

freigestellt sind 526

insgesamt 863

Gesamtbetrag der von ihnen zu zahlenden Kultussteuer: 33704.50 Steuersoll nach der Veranlagung

Gesamthöhe des Etats: 168343.50

" der Gemeindesteuer 41.900.--

\* MF = Mindestfestsetzung

## Nr. 12

Der Religionsunterricht an städtischen Schulen

22. Dezember 1936

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden 165, Bd. 42, Bl. 46

[Kommission für die Haupt- und Kassenverwaltung]

22. Dezbr. 36.

An den

Vorstand der Hochdeutschen

Israeliten Gemeinde

Altona.

In der letzten Sitzung unserer Kommission anlässlich der Haushaltsberatung pro 1937 sind folgende Punkte zur Erörterung und Weitergabe an den verehrlichen Vorstand gelangt:

[...]

Schulkommission: Erteilung d. Religionsunterrichts an die Schüler der städtischen Schulen: Wir haben festgestellt, dass die Zahl der am Religionsunterricht teilnehmenden Kinder ganz erheblich zurückgegangen ist. Von Herrn Sommer werden in der Real-Schule 4 Schüler unterrichtet, von Frl. Elsbeth Kleve, der der Unterricht in den Vororten obliegt, 3 Kinder. Die für Letztere vorgesehene Vergütung v. Rm. 720.– stellt einen Bestandteil des Gesamtgehalts dar, die nur aus äusseren Gründen getrennt in den Haushaltsplan auf[z]unehmen ist. Anders verhält es sich mit der Vergütung v. Rm. 480.– die an Herrn Sommer gezahlt wird. Wir möchten



die Anregung geben, zu prüfen, ob – etwa auf Grund einer vertraglichen Verpflichtung der Gemeinde – auch dann eine Vergütung an Herrn S. zu zahlen, wenn eine Tätigkeit für die Religionsschule in erheblich vermindertem Masse, wie es jetzt der Fall ist, vorliegt oder falls ein solcher Unterricht überhaupt nicht mehr in Frage kommt [...].

### Nr. 13

Der gemeinsame Religionsunterricht für Kinder aus der Gemeindeschule und den staatlichen Schulen

19. April 1937

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 203, Bd. III, Bd. 117-117 a

[Sitzung der Schulkommission am 19. April 1937]

[...]

Herr Sommer gibt für die am Religionsunterricht zu beteiligende Schülerzahl folgende Zahlen auf:

1. Klasse:	7. u. 8. Schuljahr	12 Kn. 10 Mdch.	= 22
2. "	5. u. 6. "	17 " 16 "	= 33
3. "	3. u. 4. "	21 " 21 "	= 42
4. "	2. "	9 " 8 "	= 17
		59 Kn., 55 Mdch.	= 114

Um eine Störung des Hortbetriebes Grünestr., in dem die überwiegende Zahl der Schulkinder im Anschluß an die Schulzeit und in den weiteren Nachmittagsstunden sich vereinigt, zu vermeiden, erscheint eine Besprechung mit der Hortleitung notwendig. Zu diesem Zweck sind, im Einvernehmen mit den beiden Vorsitzenden der Wohlfahrtsstelle – und in Vertretung der zur Zeit beurlaubten Leiterin der Wohlfahrtsstelle, Frl. Ellern – die Damen Nussbaum und Gutmann aufgefordert worden, an den nunmehr folgenden Beratungen teilzunehmen.

Es findet eine eingehende Aussprache statt.

Entgegen dem ursprünglichen Plane, den Religionsunterricht im Hause Grünestr. 5 stattfinden zu lassen,<sup>34</sup> um damit den Bestimmungen der von Essen-Stiftg. gerecht

<sup>34</sup> Die Religionsschule der Gemeinde befand sich in der Grünestraße Nr. 5 (Gardemannstraße). Das Gebäude war von Isaac Hartwig von Essen 1839 gestiftet worden. Es diente bis 1927 als Gemeindeschule. Vgl. Stein, Jüdische Baudenkmäler in Hamburg, S. 131 f.

zu werden, wird aus Zweckmäßigkeitsgründen beschlossen, den gesamten außerplanmäßigen Religionsunterricht Montags und Donnerstags in der Schule abzuhalten und zwar für das 2. Schuljahr in der Zeit von 4  $\frac{1}{4}$  – 5 Uhr, für die anderen Klassen ebenfalls

je  $\frac{3}{4}$  Std. in der Zeit von 5 – 5  $\frac{3}{4}$  Uhr u. in der Zeit von 5  $\frac{3}{4}$  – 6  $\frac{1}{2}$  Uhr.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Oberrabbiner soll der Unterricht bereits am Donnerstag dieser Woche aufgenommen werden. Die Frage der Gruppeneinteilung u. der Zahl der benötigten Lehrkräfte, die anschließend besprochen wird, wird nach erfolgter Prüfung des Schülermaterials durch den Herrn Oberrabbiner zu entscheiden sein.

[...]

#### Nr. 14

Der Lehrplan für jüdische Volksschulen: kein »Schmarotzen am deutschen Kulturgut«

9. Dezember 1937

Staatsarchiv Hamburg, 361-2 VI Oberschulbehörde VI, F VI d 1/1, Bl. 11

Städtischer Schulrat

Altona, den 9. Dezember 1937

An die  
Kultur- und Schulbehörde  
z. Hd. Herrn Oberschulrat Mansfeld  
Hamburg

Betrifft: Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für jüdische Volksschulen  
(neue Fassung)

Bezug: Verfügung vom 3.12.1937

An der Israelitischen Gemeindeschule in Altona, Palmaille 17, ist auf meine Veranlassung bereits seit dem Sommer d.Js. ein Lehrplan erarbeitet worden, der im ganzen als annehmbar bezeichnet werden kann. Ich habe dem Leiter dieser Schule, Hauptlehrer Sommer, aufgetragen, bei einer Neufassung des Lehrplans alles auszulassen, was nach einem Schmarotzen am deutschen Kulturgut aussieht. Insbesondere habe ich der Judenschule das Singen der vaterländischen Lieder untersagt, weil es einfach nicht angeht, daß Lieder, wie »Ich hab' mich ergeben«, »Der gute Kamerad«, »Schleswig-Holstein meerumschlungen« usw. aus Judenmund erklingen. Die »Richtlinien« sind der Israelitischen Schule vor einiger Zeit von der »Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Schulabteilung« zugestellt worden.

Der Lehrplan an der Israelitischen Schule wird nach den »Richtlinien« und den »Erläuterungen« überarbeitet, so daß danach künftig unterrichtet werden kann.

Schlotfeldt

**Nr. 15**

Die Auflösung der Israelitischen Gemeindeschule am 20. Oktober 1938

26. Oktober 1938

Staatsarchiv Hamburg, 361-2 VI Oberschulbehörde VI, F XVI d 1/2, Bl. 40

Israelitische Gemeindeschule

Altona=E., den 26.10.1938

Palmaille 17.

An das Sch u l a m t Hamburg-Altona.

Am 20. Oktober 1938 ist die Israelitische Gemeindeschule in Hamburg-Altona aufgelöst worden. Die Knaben gehen nunmehr in die Talmud-Tora-Schule in Hamburg, Grindelhof 30, die Mädchen in die Israelitische Mädchenschule in Hamburg, Carolinenstr. 35. Die Schulpapiere wurden den obengenannten Schulen überwiesen. Das Inventar der Schule befindet sich noch im Schulgebäude in Altona, Palmaille 17.

gez. Sommer, Hauptlehrer.<sup>35</sup>

Gemeindeverwaltung  
der Hansestadt Hamburg  
Schulverwaltung  
Schulam t Altona

Hamburg-Altona, den 28. Oktober 1938.

Abschrift

an die Schulverwaltung Hamburg  
unter Beziehung auf die dortige Verfügung vom 17.10.38  
– F XVI d 2/1977 – vorgelegt.

[Karl] Schlotfeldt

<sup>35</sup> Max Sommer (geb. 1889), war Hauptlehrer der Israelitischen Gemeindeschule in Altona und als solcher nach der Zusammenführung der Altonaer und der Hamburger Gemeinde Mitglied im Jüdischen Religionsverband. Im April 1939 schied er aus der Gemeinde aus. Er emigrierte zuerst nach Frankreich und von dort in die USA.

**Nr. 16**

Die Weiterbeschäftigung von Lehrern der aufgelösten Schule Altona

7. November 1938

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW II 63, Bl. 47f.

[Talmud Tora Schule  
Volks- und Oberschule]

den 7. November 1938.

zugleich als Beauftragter  
des Jüdischen Religions-  
verbandes Hamburg.

An die  
Schulverwaltung der  
Hansestadt Hamburg.  
H a m b u r g 36.

Auf die Zuschrift vom 3.II.38.

Betr. Verwendung und Besoldung der bisher an der Israelitischen Gemeindeschule zu Altona beschäftigten Lehrkräfte.

Auf Grund der am 5.II.38 stattgefundenen Besprechung in der Schulverwaltung der Hansestadt Hamburg sollen Herr Hauptlehrer Sommer und Fräulein Elsbeth Kleve in den Dienst der Talmud Tora Schule und Fräulein Paula Cohn in den Dienst der Jüdischen Mädchenschule Hamburg übernommen werden.

1. Herr Sommer tritt an die Stelle eines Herrn, der im Sommerhalbjahr 1938 ausgewandert ist, Fräulein Kleve wird als Hilfs- und Vertretungskraft benötigt. Die Besoldung von Fräulein Kleve erfolgt aus den ordentlichen Mitteln des Haushaltsplanes der Talmud Tora Schule. Wenn Herr Sommer ohne Gehalt beurlaubt wird, würde auch sein Gehalt aus ordentlichen Etatmitteln der Talmud Tora Schule bestritten werden. Für den Fall, daß Herr Sommer mit Gehalt beurlaubt wird und er unmittelbar von der Gemeindeverwaltung besoldet würde, müßte die Talmud Tora Schule der Gemeindeverwaltung die an Herrn Sommer überwiesenen Gehaltsbezüge zurückerstatten.

Bei der Übernahme dieser 2 Lehrkräfte an die Talmud Tora Schule ist zu bemerken, daß möglicherweise der Posten Lehrgelöhler im Haushaltsplan der Talmud Tora Schule überschritten wird, da Herr Sommer ein höheres Gehalt bezieht, als die Lehrkraft, an deren Stelle er getreten ist, und Fräulein Kleve bisher im Haushaltsplan der Schule überhaupt nicht vorgesehen war. Da sich die Entwicklung der Auswanderungsmöglichkeiten für unsere Lehrer im Augenblick noch nicht übersehen

läßt und damit auch noch nichts Sicheres über die durch etwaigen Lehrerwechsel bedingten Änderungen der Ausgabe für Lehrergehälter sagen läßt, gestatten wir uns, an dieser Stelle nur auf die Möglichkeiten der durch die Übernahme der Altonaer Lehrkräfte entstehenden Mehrkosten hinzuweisen und die Schulverwaltung zu bitten, die gegebenenfalls entstehenden Mehrkosten bewilligen zu wollen. Es kann sich hierbei im Höchsthalle um eine Differenz von wenigen tausend Mark handeln.

2. Fräulein Paula Cohn, die von der Jüdischen Mädchenschule übernommen wird, soll von dem Jüdischen Religionsverband Hamburg besoldet werden, wenn sie ohne Gehalt beurlaubt wird oder aber der Jüdische Religionsverband Hamburg verpflichtet sich, der Gemeindeverwaltung die Gehaltsbezüge zu erstatten, die die Gemeindeverwaltung im Falle einer Beurlaubung mit Gehalt an Fräulein Cohn zur Auszahlung bringt.

Die Übernahme von Fräulein Cohn legt dem Jüdischen Religionsverband erhöhte Kosten auf, weil sie ein höheres Gehalt bezieht als diejenige Lehrkraft, deren Stelle sie übernimmt. Trotzdem ist der Jüdische Religionsverband bereit, diese erhöhten Ausgaben zu tragen, wenn die Schulverwaltung der unter 1 vorgeschlagenen Regelung zustimmt insbesondere, daß Fräulein Kleve aus den Mitteln der Talmud Tora Schule besoldet wird. Hierdurch würde der Jüdische Religionsverband seines vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Fräulein Kleve enthoben.

Der Unterzeichnete bittet die Schulverwaltung ergebenst um Stellungnahme.

## 15.6 Das Kultuswesen und das Oberrabbinat

**Nr. 1**

Die Remonstration gegen die Anordnung des Oberrabbiners auf Änderung des Klaus-Gottesdienstes und die Verpflichtung der Klaus-Rabbiner

21. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 382 f.

[Klaus-Institut]

Altona, den 21. Juli 1933.

An den  
Verehrlichen Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde,  
Altona.

Ich überreiche anbei ein Schreiben Sr. Ehrwürden Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach, welches den beiden Klausrabbinen, Herrn Duckesz und Herrn Cohen, Anfang dieser Woche zugegangen ist, zur gefl. Kenntnisnahme und baldigen Regelung.<sup>36</sup>

Als Vorsitzender des Klaus-Instituts gestatte ich mir, nach Rücksprache mit meinen Kollegen im Vorstand voranzuschicken, dass es m.E. nicht Sache der Klausrabbinen, sondern des Klausvorstandes ist, zu diesem Schreiben des Herrn Oberrabbiner Stellung zu nehmen und bei dem verehrlichen Gemeindevorstand gegen dieses Schreiben Verwahrung einzulegen.

[...]

Wenn infolge des Kapitalschwunds durch die Inflation die Gemeindeverwaltung sich verpflichtet fühlte, den in ihrer Gemeinde intensiv tätig gewesenen Rabbinen für ihr Alter einen auskömmlichen Lebensunterhalt zu gewähren, so gibt dieses dem Herrn Oberrabbiner m.E. kein Recht, diesen beiden Herren die Ausübung ihrer übernommenen Pflichten zu verbieten und ihre Hinzuziehung zu dem Beth Din abzulehnen.

Herr Oberrabbiner überschreitet m.E. hiermit seine Kompetenz und will, ohne dass hierzu das Einverständnis Ihres verehrlichen Vorstandes eingeholt ist, einen m.E. nicht zulässigen moralischen Druck auf die Herren Klausrabbinen ausüben.

<sup>36</sup> Mit Schreiben vom 15. Juli 1933 hatte der Oberrabbiner, Dr. Joseph Carlebach, die Klausrabbiner Eduard Duckesz und J. B. Cohen aufgefordert, an den Gottesdiensten am Schabbat und an den Feiertagen in der Hauptsynagoge teilzunehmen. Für den Fall, dass die Rabbiner diesem Gebot nicht folgten, war ihnen der Ausschluss aus dem Beth Din angedroht worden; vgl. den Schriftwechsel in CAHJP, AHW 151, Bd. 61, Bl. 384 f.

Das Klaus-Institut besteht aus dem Beth Hamidrasch und der Klaus-Synagoge. Der von Herrn Oberrabbiner angeführte Din ist, da es [sich] in diesem lediglich um ein Beth Hamidrasch handelt, m.E. nicht zutreffend.

Der Klausvorstand ist verpflichtet, die Tradition des seit ca. 230 Jahren bestehenden Instituts zu wahren.

Durch die Schliessung der Klaussynagoge würden nachweisbar die Besucher auch nicht mehr die Schiurim aufsuchen und dem Institut das Todesurteil gesprochen sein.

Es ist unrichtig, dass die Herren Klausrabbinen, der Klausvorstand oder die Klausbesucher nicht für die Einigungsversuche der Gemeindemitglieder durch den Herrn Oberrabbiner in der grossen Synagoge volles Verständnis und dementsprechend auch gehandelt haben.

Beweis: Aufhebung des Gottesdienstes an Freitags- und Jaumtauw-Abenden, sowie Besuch der grossen Synagoge am Schabbosmorgen.

Die Aufhebung des Frühgottesdienstes in der Klaussynagoge am Schabbos und [an] Jaumtauw-Morgenden würde abgesehen von den vorstehend angeführten Gründen auch den von ihrer Jugend hier gewöhnten Jehudim ein unersetzlicher Verlust ihrer Schabbosstimmung bedeuten.

Ich kann es bei dieser Gelegenheit leider nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, dass Herr Oberrabbiner jede Gelegenheit benutzt, die Besucher der Klaussynagoge auch an Wochentagen von ihrem Besuch abzuhalten, indem er ihnen, sofern sie irgend ein Anliegen an ihn haben, welches bei Jedem, der überhaupt nicht zur Synagoge kommt, ohne weiteres erfüllt wird, ein Anhören ihres Wunsches nur unter der Bedingung des Besuches der grossen Synagoge zugibt.

Ebenso will Herr Oberrabbiner am Schabbosmorgen die Klausbesucher, welche er auf der Strasse vom Gottesdienst kommend trifft, mit Nichtbeachtung strafen.

Der Klausvorstand fühlt sich verpflichtet, den verehrlichen Vorstand zu bitten, diesem haltlosen Zustand abzuhelfen, und zu veranlassen, dass die an die Herren Klausrabbinen gesandten Schreiben von Herrn Oberrabbiner zurückgezogen werden.

Ergebenst  
Paul Möller

**Nr. 2**

Der Gegenvorschlag des Vorstandes des Klaus-Instituts zur Regelung der Gottesdienste

17. September 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, S. 386 f.

[Klaus-Institut]

Altona, den 17. September 1933.

An den  
verehrlichen Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten Gemeinde  
Altona.

Mit Bedauern habe ich von Herrn San. Rat Dr. Franck und Herrn Goldschmidt von dem ergebnislosen Verlauf ihrer Unterredung mit Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach Kenntnis genommen, in welcher Herr Oberrabbiner seine Weigerung, die beiden Herren Rabbinatsassessoren, falls sie nicht am Schabbos und Jomtof-Morgen nur in der Grossen Synagoge beten, weiterhin zu den Sitzungen des Beth Din hinzuziehen, aufrecht erhalten hat.

[...]

Herr San. Rat Dr. Franck hat mir in der Vorstandssitzung erklärt, dass er sich mit dem Schreiben des Klausvorstandes nicht identifizieren könnte; das ist auch niemals verlangt worden.

Ich muss aber darauf bestehen, dass der Vorstand sich mindestens den von ihm selbst mit Herrn Oberrabbiner getätigten Anstellungsvertrag zur Richtlinie seines Handelns macht.

Dieser Vertrag gibt Herrn Oberrabbiner nicht das Recht, die beiden Rabbinatsassessoren von den Sitzungen des Beth Din auszuschliessen.

Um die Gegensätz[e] nicht zu verschärfen will ich weitere Ausführungen unterlassen.

Da mir im Interesse der Gemeinde nur an dem Bestand der Klaus gelegen ist, stelle ich folgenden Antrag:

Der Wochentagsgottesdienst wird in die Klaussynagoge verlegt.

Der Gottesdienst am Schabbos und Jomtof beginnt in der Gr. Synagoge um 7 ½ Uhr und hat bis gegen 10 bzw. 10 ½ Uhr zu dauern.

Alsdann würde ich dafür Sorge tragen, dass der Gottesdienst am Schabbos & Jomtof Morgen in der Klaus und Bäckerstrasse Synagoge aufgehoben wird.

Ergebenst  
Paul Möller



**Nr. 3**

Das Drängen des Oberrabbiners auf einen einheitlichen Hauptgottesdienst

28. September 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 388, 388 a

Oberrabbinat  
Altona

Altona (Elbe), den 28. Sept. 1933.  
Palmaille 57.

An löbl. Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde,  
z.H. des Herrn Dr. Franck,  
Altona

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich fühle mich veranlaßt, die nachfolgenden Zeilen an Sie zu richten und bitte Sie, davon freundlichst Kenntnis zu nehmen:

Es ist meine Absicht, den unerquicklichen Streit der letzten Wochen betreff der Verpflichtung der Rabbinen, am Sabbath-Gttesdienst teilzunehmen, zu beenden.

[...]

Zur Sache selbst ist es völlig abwegig, in allem, was ich getan, irgendwelche spezielle Spitze gegen eine der Nebensynagogen zu erblicken. Mein Ziel war lediglich und allein, zur Aufrechterhaltung eines kräftigen religiösen Lebens in unserer Gemeinde für die Sabbath-Hauptgttesdienste eine Vereinigung Aller herbeizuführen, ein Ziel, das selbstverständlich vor allen Dingen von den Rabbinen, Synagogenvorstehern und Lehrern der Gemeinde vorgelebt werden muß. So wie der Prophet für die Zukunft bestimmt, daß Sabbath um Sabbath alles Fleisch zum gemeinsamen Gttesdienst in Jerusalem sich einfindet, so ist es Lebensnotwendigkeit jeder Gemeinde, sich in ihrer Einheit allsabbathlich vor Gtt darzustellen.

Einer Aufhebung meiner an die Rabbinen gerichteten Aufforderung bedarf es nicht, denn es ist dort vorgesehen, daß wir verabredungsgemäß beliebige Ausnahmen treffen können. Ich erkläre hiermit, weil ich nicht länger mitansehen möchte, daß die Rabbiner gegen eine ausdrückliche Entscheidung des Oberrabbiners verstoßen, meine Zustimmung, daß sie von dem Sabbath-Hauptgttesdienst fernbleiben können, solange bis die Gemeindegörperschaften sich davon überzeugt haben werden, daß auf andere Weise eine Einheitlichkeit der Gemeinde und des gesamten Rabbinats nicht möglich ist.

Hochachtungsvoll ergebenst  
Oberrabb. Dr. Carlebach

**Nr. 4**

Der Vermittlungsvorschlag für Schabbat- und Feiertagsgottesdienste

18. Oktober 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61,  
Bl. 389

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

18. Oktober 1933.

Sr. Ehrwürden  
Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach,  
Altona.

Sehr geehrter Herr Oberrabbiner!

Die Festeszeiten der letzten Wochen machten zu unserem Bedauern eine Besprechung in Angelegenheiten des Sabbathgottesdienstes unmöglich. In der gestrigen Vorstandssitzung wurde nunmehr in Uebereinstimmung mit der Synagogenkommission der Ihnen bereits von Herrn Paul Möller unterbreitete Vorschlag wieder aufgenommen, den Beginn des Sabbathgottesdienstes auf 7 ½ Uhr festzusetzen. Es würde mit dieser Aenderung der Verzicht auf Frühgottesdienst sowohl in der Klaus als auch in der Synagoge Bäckerstrasse ausgesprochen sein.

Wir nehmen an, dass Sie mit einer solchen Regelung einverstanden sind und erbiten dazu Ihre Rückäußerung. Es wurden allerdings mannigfache Bedenken gegen den Beginn zu früher Stunde erhoben und wir schlagen daher vor, evtl. diese Regelung zunächst für 1 – 2 Monate zu treffen und im Falle der Bewährung sie dauernd einzuführen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

**Nr. 5**

Die Verlegung der Gottesdienste an Wochentagen in die Klaussynagoge

24. Oktober 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 392

Oberrabbiner

DR. CARLEBACH

ALTONA-E., den 24. Oktober 1933.

An den Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
z.H. des Herrn Sanitätsrats Dr. Franck,  
Alt o n a

Sehr geehrter Herr Doktor!

Zu Ihrem Schreiben betr. der Klaussynagoge gestatte ich mir zu bemerken:

Am Freitag vergangener Woche kam Herr W. Lehmann in der Synagoge auf mich zu und berichtete mir, daß von Sonntag ab der Gottesdienst in die Klaus verlegt werden solle. Ich erwiderte ihm, daß ich mich nicht entschließen könnte, in einer Synagoge zu beten, die ihre Klausner gezwungen hat, einen ausdrücklichen Issur des Oberrabbiners zu übertreten, den einen sogar, sein schriftlich gegebenes zustimmendes Wort zu brechen, die ferner, um den Ortsrabbiner vor aller Welt zu demütigen, einen Trotzgttesdienst an den Freitagabenden einzurichten sich nicht gescheut hat. Es waren bei der Unterhaltung noch mehrere Beter als Zuhörer u.a. der Synagogenvorsteher Herr Josef Schulz. Ich verlangte, die Angelegenheiten der Klaus müssen erst geordnet werden; es sei auch z.Z. noch keine Notwendigkeit, die Hauptsynagoge zu verlassen.

Als ich am Sonntag zum Beten kam, fand ich die Synagoge leer und meinen Tallis etc. entfernt. Ich hatte selbstverständlich keine Ahnung, daß die Verlegung trotzdem vorgenommen worden ist.

Ist es richtig, daß man gegen meine ausdrückliche Willenserklärung den Gottesdienst in die Klaus überträgt?

Ich fordere nach wie vor, daß die Gemeinde ihren Rabbiner schützt. Nur dann kann der Gottesdienst in der Klaus stattfinden, wenn die Klaus grundsätzlich erklärt, daß

- 1.) die Herren Klausrabbiner Anweisungen des Oberrabbiners als maßgebend zu betrachten haben,
- 2.) daß Veranstaltungen nicht stattfinden werden, die sich gegen den Oberrabbiner und die Gemeinde richten.

Hochachtungsvoll ergebenst  
Carlebach

**Nr. 6**

Die Sorge um den Synagogenchor

[1933/34]

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 166 Bd. 15, Bl. 227

Notizen für Herrn Paul Möller!

Laut beifolgender Aufstellung wird für das Chorpersonal insgesamt

Mk. 868.–

für das Jahr 1933/34 benötigt. Nach Rücksprache mit dem Chorpersonal ist eine Vereinbarung getroffen worden, nach welcher der Gesamtchor auch in Zukunft regelmässig am Schabbos und an Feiertagen fungieren kann. Die in Frage kommende Kürzung der Chorgehälter erstreckt sich lt. Aufstellung auch auf die den Chorknaben zu zahlenden Beträge. Im vergangenen Jahre konnten infolge Abganges einiger Chormitglieder einzelne Beträge für die Chorknaben im Rahmen des Etats erhöht werden. Diese Erhöhungen sind wiederum in Abzug gebracht mit Rücksicht auf die notwendig gewordene Kürzung des Choretats. Für Herrn Eisner kann kein Ersatz eintreten, da die Herren Bertenthal und Kantorowitz gebeten haben, von einer Kürzung ihrer Vergütungen abzusehen. Die Vergütung des Herrn Knopf kann ebenfalls nicht gekürzt werden, da er sehr bedürftig und Familienvater ist. Ausserdem ist er bei [bei] der Erhöhung im Vorjahre nicht berücksichtigt worden.

Es besteht die Absicht, um den Chor in Bezug auf seine Leistungen auf der Höhe zu halten, zu versuchen, freiwillige Kräfte heranzuziehen, die an Feiertagen den Chor verstärken sollen. Es ist von allen Chormitgliedern berücksichtigt worden, dass die Gemeinde ihr Möglichstes getan hat, um den Chor zu halten.

Ergebenst:  
M[.] Cohen

**Nr. 7**

Die Beibehaltung der Gottesdienste an Wochentagen in der Großen Synagoge

18. Mai 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61,  
Bl. 16

Synagogen-Kommission  
der  
Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona

Altona, den 18. Mai 1934  
Breitestraße 15

An den  
Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten Gemeinde  
Altona.

Der Antrag des Herrn Max Lehmann auf Aufhebung des Wochentagsgottesdienstes in der Grossen Synagoge und Verlegung in die Synagoge des Klaus-Instituts ist in unserer gestrigen Sitzung besprochen und abgelehnt worden. Wir bedauern selbstverständlich auch unsererseits den ungenügenden Besuch des Nachmittagsgottesdienstes. Wenn es nicht auf andere Weise zu ermöglichen ist, dürfte es geboten sein, gegen Entgelt Funktionäre zu gewinnen. Wir bitten zu erwägen, ob und in welcher Höhe Beträge hierfür zur Verfügung gestellt werden können.

Ergebenst

Der Vorsitzende:  
(gez.) Unterschrift

**Nr. 8**

Die rabbinische Beurteilung einer zulässigen Abwertung von Stiftungsvermögen

14. August 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft IV, Bl. 509-511

Oberrabbinat  
Altona.

Altona (Elbe), den 14. Aug. 1934  
Palmaille 57

An den

Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona  
Breitestr. 15

Zu Ihrer geschätzten Anfrage vom 25. Juli betr. der Aufwertung der in das Gemeindevermögen übergegangenen Stiftungskapitalien erlaube ich mir ergebenst, Folgendes zu erwidern:

Diese Frage hat, wie ich bereits mündlich mitgeteilt habe, der halachischen Kommission der Vereinigung traditionell-gesetzestreuer Rabbiner Deutschlands im Jahre 1927 vorgelegen. »Wie haben sich Gemeinden und Stiftungen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber zu verhalten, wenn die Kapitalien durch die Inflation wertlos geworden sind?« Die Antwort macht folgende Unterschiede: Jahrzeitsstiftungen, bei denen die Summe zum Kapital geschlagen wird, sind in allen Fällen auszuführen. Solche Stiftungsgelder jedoch, die selbständig verwaltet werden, bei denen brauchte in der Inflationszeit mit dem Verfall des Kapitals die Verpflichtung der Stiftung nicht ausgeführt zu werden. Nachdem jedoch der Staat eine Aufwertung vorgeschrieben hat, sind die Verpflichtungen soweit zu erfüllen, als es die Aufwertungsgelder ermöglichen.

An dieser Entscheidung der halachischen Kommission wirkte auch unser sel. Oberrabbiner Dr. Lerner mit.<sup>37</sup> Er verglich in seinem Gutachten diese von der Gemeinde übernommenen Verpflichtungen den *nidre onšin*, solchen Gelübden, die durch höhere Macht unausführbar werden. Bei diesen gilt laut Schulchan Aruch, Jore dea 232, 12 der Satz: solange die Umstände die Erfüllung unmöglich machen, ist man frei; ist der Zwang vorüber, muß man jedoch die Gelübde ausführen.

37 Meir Lerner (1857-1930), Dr. phil., Rabbiner, Talmudist und Schriftsteller, war von 1894 bis 1925 Oberrabbiner von Altona. Er verfasste bedeutende halachische Gutachten, u.a. zur Beisetzung von Ascheurnen und zur Frage der Exhumierung. Vgl. Lorenz/Berkemann, Streitfall jüdischer Friedhof Ottensen, Bd. 1, S. 102; Bd. 2, S. 323, 327 ff.; die Würdigung zu seinem 70. Geburtstag, in: Israelitischer Kalender für Schleswig-Holstein 1927/28, S. 8; EJJ, Bd. 11, Sp. 44; EJB, Bd. 10, Sp. 804 f.; JL, Bd. 3, Sp. 1053; sowie den Nachruf auf Meir Lerner, in: JJGSH, Nr. 2, 1930/31, S. 12-19.

Es würde also außer Zweifel sein, daß wenn die Aufwertung erfolgt ist, damit auch die Verpflichtungen in dem beschränkten Rahmen der Aufwertungssumme zu erfüllen sind. Liegt nun eine solche Aufwertungspflicht für die Gemeinde vor, nachdem der Staat diese Aufwertung für allgemeine Darlehen vorgeschrieben hat?

Wie ich vom Gemeindesekretariat höre, ist ein Teil der Gelder in Grundstücken angelegt. Bei diesen ist ein voller Verfall sicherlich nicht eingetreten. Sie sind gewissermaßen noch faktisch vorhanden, die mit ihnen verknüpften Verpflichtungen daher unbedingt zu erfüllen.

Nun soll es nach den mir von Ihrem Büro gewordenen Mitteilungen nicht mehr möglich sein, festzustellen, welche von den Stiftungsgeldern durch ihre Anlage in Immobilien vor Verfall geschützt waren. Schon dadurch ist für jede einzelne der Stiftungen die Möglichkeit gegeben, daß gerade sie noch in ihrem Bestand erhalten geblieben ist. Daraus allein schon würde folgen, daß die Gemeinde den Fortfall ihrer Verpflichtung mit dem Verfall des Stiftungskapitals in keinem Einzelfalle begründen kann.

Betrachtet man die der Gemeinde geschenkten Stiftungskapitalien als ein bei der Gemeinde zur Aufbewahrung und Verwaltung niedergelegtes Depositum, so würde für die Frage der Verantwortlichkeit der Gemeinde folgender Paragraph des Choschen Mischpot entscheidend sein: (301,6)

Wenn jemand dem Anderen etwas aufzubewahren gibt, so ist er dafür haftpflichtig, aber nur, wenn er es ihm zur Aufbewahrung gegeben hat, aber nicht zur Verteilung an Arme; lischmor w'lo lechallek laanijim [nicht zur Verteilung an Arme]. Dazu bemerken die Kommentatoren: nur wenn man allgemein für Arme dies Depositum bestimmt hat, kann bei Verlust ein Ersatz nicht gefordert werden, weil kein Forderungsberechtigter da ist mammon scheen lo tow'im [keine Forderungsberechtigten]. Wenn aber bestimmte Arme oder ein bestimmter Kreis von Armen bedacht werden sollte, dann ist der Depositar (Nifkad) verpflichtet, es zu ersetzen.

Hiernach würde es sich fragen, welcher Art von Stiftungen die gemachten sind; ob sie ganz allgemein die Armenfürsorge oder ganz bestimmte Empfänger, etwa Verwandte des Deponenten (Mafkid) betreffen. Nur die Letzteren wären berechtigt, eine Forderung an die Gemeinde auf Einhaltung der Stiftung zu stellen. In diesen Fällen kann die Gemeinde sich den eingegangenen Verpflichtungen gewiß nicht entziehen, denn die zu bedenkenden Empfänger sind gewissermaßen schon Besitzer geworden; kwar sachu.

In Wirklichkeit leistet die Gemeinde ja nicht nur die aus diesen Stiftungen folgenden Wohlfahrtsverpflichtungen, sondern darüber hinaus weit mehr. Wenn es sich also um Stiftungen handelt, die keine bestimmte Arme bedenken, so hat die Gemeinde, die sieben Vorsteher der Stadt, schiw'a tuwe hair, das Recht, solche Legate für jeden beliebigen Wohlfahrtszweck zu verwenden, auch gegen die ausdrückliche Bestimmung des Legats. Die Gemeinde würde also schon ihrer Pflicht genügen, wenn auf Grund eines solchen Beschlusses die eventuellen Erträgnisse jener Legate der allgemeinen Wohlfahrtskasse der Gemeinde zugeführt werden würden. Ich wür-

de es nur im Interesse der Testatoren für richtig halten, daß die Gemeinde jedesmal mitteilt, die Einnahmen der Wohlfahrtskommission setzen sich außer den Beiträgen der Gemeinde aus den Erträgen der und der Stiftung zusammen, sodaß der Name des Stifters immer noch in Ehren genannt wird.<sup>38</sup>

Oberrabb. Dr. Carlebach

### Nr. 9

Das 250-jährige Jubiläum der Großen Synagoge Altona

13. Dezember 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 50 vom 13.12.1934, S. I

## **Jubiläum eines Gotteshauses** **Festgottesdienst zum 250jährigen Bestehen der Großen Synagoge Altona**

»Es ist keine Zeit des Feierns und des Jubilierens, und dennoch haben wir uns heut' hier zusammengefunden, um der Ehre unserer Synagoge willen, um einen Gedenktag zu begehen, der diesem ehrwürdigen Gotteshause gewidmet ist. Eine große Epoche, gemessen an dem Leben des Einzelnen, ist vergangen, seitdem dieser Bau seiner Bestimmung zugeführt wurde. Aber nicht dem toten Gestein, den Mauern, Gelassen, gilt diese Huldigung; es ist die Geschichte der Gemeinde, die aus ihr zu uns spricht. Ihr Geist greift uns gewaltig ans Herz. Und wir Nachfahren fühlen uns mehr denn je verbunden mit jenen dahingegangenen Geschlechtern, die vor uns hier gebetet haben.«

Mit diesen Worten eröffnete der Gemeindevorsitzende, San.-Rat Dr. Frank, die Ansprache zur Feier eines Vierteljahrtausends der Großen Synagoge zu Altona. Gewiß ist es keine Zeit zum Jubilieren; wo aber eine Jubelfeier so sehr zur Erbauung und Erhebung wird wie hier, da ist es angebracht, sich festlich zu versammeln. Und es war eine festliche Versammlung, die das ehrwürdige Gotteshaus am vergangenen Sonntagmorgen zusammenschloß zur feierlich gestimmten Gemeinde dankbarer Beter. Sie waren vereinigt durch eine eigens für diesen Tag geschaffene gottesdienstliche Ordnung, aus der einem jeden, dem Einheimischen wie dem Gast, der vertraute Klang wahrer Frömmigkeit entgegenschlug. Herzerhebend der einleitende Gesang des Grußes an das Gotteshaus, dem ein Psalm folgte, während in stiller An-

38 Die Gemeinde folgte den Erwägungen der gutachterlichen Beurteilung. Sie legte für die Zinserträge der Vorkriegszeit einen allgemeinen Aufwertungssatz von 20 Prozent zugrunde und gab bei den einzelnen Haushaltstiteln den jeweiligen Stiftungszweck an.



dacht die Festgemeinde sich dem Eindruck des schlicht geschmückten, im Lichterglanz erstrahlenden, weihevollen Raumes hingab.

[...]

An diese Worte, die allen Anwesenden aus den Herzen gesprochen waren, schloß sich die Begrüßung der angestammten Gemeinde, der zahlreichen Gäste aus Hamburgs Gemeindevertretung, aus nah und fern. Von seiner Wirkungsstätte in Frankfurt a.M. war Rabbiner Dr. Hoffmann als Mitglied des Präsidialausschusses der Reichsvertretung erschienen, deren Grüße er vor dem Ausheben der Seforim überbrachte.<sup>39</sup> Er sprach von der weitverzweigten und schwierigen Arbeit der Reichsvertretung und ihrer engen Verbundenheit mit den Gemeinden. Die Reichsvertretung ist gern bereit, Gedenktage und bedeutsame Geschehnisse der Gemeinden mit ihnen gemeinsam zu begehen. Der Redner bezeichnete es als eine besondere Freude, zu diesem Jubiläum zu erscheinen, weil die Feier nicht nur dem Vergangenen, sondern Seiendem und Lebendigem diene. Es ist der Sinn des großen jüdischen Schicksals, erst durch Prüfung und Leid zu schreiten, um dann den zgedachten Ehrenplatz einnehmen zu können, wie es die Großen unserer Vergangenheit am Beispiel zeigen.

[...]

Nach dem Einheben ergriff

#### **Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach**

das Wort zu seiner Festpredigt, die das Zentralerlebnis der Gedenkfeier wurde. Wir könn[e]n im Folgenden nur einen Schatten seiner Worte geben, in denen sich ein Vierteljahrtausend des Gotteshauses sammelte zum Weckruf und zur Tröstung in unseren Tagen.

»Wie lieblich sind Deine Wohnstätten ...«

Hier an dieser Stätte, wo wir eintreten und das Flüstern einer jenseitigen Welt vernehmen, hier fühlen wir den ewigen Gott, dessen Wille es ist, daß jeder sich ihn zum Bewußtsein bringt. Die Daseinsordnung, die er uns gegeben, muß sich auf den ersten Blick dem Eintretenden mitteilen. Was dieser Synagoge die Weihe gibt, ist das Bewußtsein der Treue. »Wenn ihr nicht treu seid in der Wahrheit, wird man Euch nicht für treu und zuverlässig halten!« Dieser Treue hat das Haus bis heute einzig und ausschließlich gegolten.

[...]

Hier ist ein Stück Heimat. 250 Jahre haben hier jüdische Menschen die Heimat ihrer Seele gefunden, wenn sie hinabstiegen, um aus der Tiefe zu Gott zu schreien. Die Schwalbe baute einst ihr Nest in den Trümmern des Tempels, der in seiner Herrlichkeit ganz Israel nicht fassen konnte, der es aber in seiner Zerstörung gesam-

39 Jacob Hoffmann (1881-1956), Dr. phil. 1919, von 1923 bis 1937 orthodoxer Rabbiner in Frankfurt am Main, war Direktor der Rabbiner Lehranstalt Frankfurt am Main. Von 1933 bis 1937 vertrat Hoffmann den Misrachi in der Reichsvertretung der deutschen Juden und war dort Mitglied des Präsidialausschusses. Er emigrierte 1938 in die USA und von dort 1955 nach Israel.

melt hat. Und besonders hier an dieser Stätte, in der Synagoge zu Altona, hat unser armes Volk eine Heimstätte gefunden. Als man den Juden überall die Tore sperrte, hat hier ein freisinniger Herrscher gestattet, daß die Juden eine Synagoge erhielten, deren Schönheit die Bewunderung auch der Nichtjuden erregte. Hoch hinauf ragte das Almemor, ein Zeichen der geistigen Macht unserer Lehre, deren Klang weiter tönte durch die Zeiten. Zwei Altäre hatte der Tempel, den Altar der Lieblichkeit, des Duftes, und den Altar des Opfers. So ist das Judentum Hingabe, aber auch Beseelung.

[...]

Aus der ewigen Selbstverjüngung der Vergangenheit soll jede Gemeinde und jeder einzelne das Erbe der Väter ergreifen und es besitzen. So muß alles, was uns einst geistig gehörte, lebendig erhalten bleiben auf unserem schweren Gang ins Leben. Mit einem Gebet, das aus der Ueberlieferung des Gotteshauses herauswuchs, beschloß Dr. Carlebach seine Predigt, und in allen, die diese ergreifende Feierstunde erleben durften, klang nach, was er in einem der Festgebete an die geistigen Pfeiler des Festhauses schrieb:

»Erlöse uns, Gott im Himmel, dann wollen wir  
mit nehmen und überpflanzen in Treue  
auf die Berge Judas dieses Gebetshaus, das in Altona steht  
nun 250 Jahre lang ...«

*Ka.*

#### **Nr. 10**

Die Ausgaben für besondere Kultushandlungen

27. März 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 3

27. März 1935.

An die  
Synagogenkommission  
Altona.

Wir bitten Sie, davon Kenntnis zu nehmen, dass bei der gestrigen Haushaltsberatung auf Antrag des Unterzeichneten Ihr Voranschlag für das Rechnungsjahr 1935/36 mit folgenden Abänderungen genehmigt worden ist:

Auf der Einnahmeseite erhöht sich die Pos.: Ehrenfunktionen: von Rm. 400.-- auf Rm. 600.--, da im Einverständnis mit den Gemeindegliedern der Verkauf der Mizwohs an den Hohen Feiertagen wieder eingeführt werden soll. Durch Aufwertung

der Vermächtnisse sowie des Kapitals des ehemaligen Frühbeter-Vereins erhöht sich die Einnahme um einen weiteren Betrag von Rm. 146.25, sodass die Einnahmeseite nunmehr mit einem Betrage von Rm. 4106.25 abschliesst.

Die Ausgabeseite erhöht sich von Rm. 5160.-- auf Rm. 5506.25.

1.) f. d. Pos. »Frühbeter-Verein«-Besoldung der Funktionäre	Rm. 146.25
2.) durch Erhöhung der Pos. »Nachsehen der Thorarollen« von Rm. 50.-- auf Rm. 250.--	" 200.--
	<hr/> Rm. 346.25

Die Erhöhung der Pos. »Nachsehen der Thorarollen« ist ebenfalls auf Antrag des Unterzeichneten erfolgt.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

#### Nr. II

Die Betreuung jüdischer Strafgefangener 1935

16. Januar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 127,  
Bd. LXVII, Bl. 22

E. DUCKESZ

Altona, den 16. Januar 1936.  
Sonninstr. 14.

An den  
Herrn Strafanstaltsvorsteher  
Altona.

Auf das Schreiben vom 10. d.M. teile ich ganz ergebenst mit, dass im Kalenderjahre 1935 14tägig sowie zu den Feiertagen ein Gottesdienst stattgefunden hat. Am jüd. Osterfeste wurden die Gefangenen mit Mazzoth (Osterbroten) versorgt. Am jüd. Ostern befanden sich in Altona keine Gefangenen, in Neumünster waren 2 vorhanden.

Entlassene wurden mit Kleidung und etwas Bargeld versorgt, die Altonaer Gefangenen durch die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde in Altona, die sonstigen in der Provinz untergebrachten Gefangenen erhielten gleiche Zuwendungen durch den Verband der Jüd. Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, Hamburg.

Der Rabbiner:  
[Eduard Duckesz]

**Nr. 12**

Überlegungen zu einem gemeinsamen Oberrabbinat Altona und Hamburg

12. Mai 1936

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 42

[Kommission für die Haupt- und Kassen-Verwaltung]

12. Mai 36.

An den  
Vorstand  
Altona.

In unserer Sitzung vom 10.5. d.J. ist darüber beraten worden, welcher Betrag für das Amt eines Oberrabbiners in unserer Gemeinde bzw. bei einer Fusion der Oberrabbinat Hamburg-Altona als Anteil am Gehalt des Oberrabbiner Dr. Carlebach bzw. eines anzustellenden zweiten Rabbiners auszusetzen wäre. Wir erlauben uns, das Ergebnis unserer Beratungen dahin zusammenzufassen, dass mit Rücksicht auf die Finanzlage unserer Gemeinde die Summe von insgesamt Rm. 10000.– nicht überschritten werden dürfte.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende  
[M. Lehmann]

**Nr. 13**

Die Bildung der Rabbiner-Wahlkommission

17. Juni 1936

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 146 Bd. 3, Bl. 197 f.

Sitzung der gemeinschaftlichen Versammlung des Vorstandes und des  
Gemeindevertreterkollegiums

[...]

Herr Lehmann stellt den Antrag, dem Herr Dr. Jonas sich anschließt, die Wahl des Oberrabbiners gemäß § 62 a auf dem Wege der Berufung vornehmen zu lassen.<sup>40</sup> Die Abstimmung erfolgt mit dem Ergebnis:

<sup>40</sup> Das Gemeindestatut vom 12. Dezember 1894/2. April 1895 sah in seinem § 62 vor, dass die Gemeindeglieder den vom Staat zu ernennenden Oberrabbiner direkt wählten. Der Wahl lag ein Wahlvorschlag zugrunde, der drei Kandidaten enthielt. Die Kandidaten wurden von

b. d. Gemeindevertreter-Kollegium mit 3 zustimmenden Stimmen, 2 ablehnenden Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen;

b. d. Vorstand wird der Antrag einstimmig angenommen.

Herr Möller verliest den Antrag des Vorstandes zur Besetzung der Rabbinerwahl-Kommission:

»außer den Mitgliedern der Kollegien und den Rabbinatsassessoren:

S. Eisner, John Finkels, Jac. Heilbut, Moses Hammer, Max Segelbaum, Alfr. Scharfer, Apotheker Wolpe, Dr. Walter Baer, Blankenese«

Dieser Vorschlag wird von beiden Kollegien angenommen.

Beschluss:

Das Angebot des Oberrabbiners, bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers in Altona die Rabbinatsgeschäfte mitzuverwalten, soll, mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Hamb. Gemeinde, nicht angenommen werden.

Herr Lehmann beantragt, gemäß § 64 d. G.Ordnung die Stelle d. Oberrabbiners kommissarisch zu besetzen und Herrn Rabbiner Duckesz zum Rabbinatsverweser zu ernennen bei einer monatl. Zusatzhonorierung v. Rm. 100,-.<sup>41</sup>

[...]

einer Präsentations-Kommission vorgeschlagen. Sie hatten vor der Wahl eine sogenannte Wahlpredigt zu halten. Die Gemeinde ergänzte 1925 dieses Bestellungsverfahren in einem § 62 a des Gemeindestatuts. Danach konnte die Bestellung des Oberrabbiners auch durch das Verfahren der Berufung vorgenommen werden. In diesem Falle entfiel die Wahl durch die Gemeinemitglieder. Äußerer Anlass der Statutenänderung war die beabsichtigte Berufung von Dr. Joseph Carlebach zum Oberrabbiner der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona. Vgl. Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 2, S. 1244, 1256.

<sup>41</sup> In der gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstands und des Gemeinde-Kollegiums am 5. Januar 1937 wurde der von der Wahlkommission vorgeschlagene Dr. Theodor Weisz mit zehn zu zwei Stimmen zum Oberrabbiner gewählt; StAHH, 522-1 Jüdische Gemeinden, 149 Bd. 3. Die Amtszeit sollte drei Jahre betragen.

**Nr. 14**

Rabbiner Eduard Duckesz als Rabbinatsverweser

11. Juli 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64

Der Regierungspräsident Schleswig, den 11. Juli 1936 I. Nr. II A. 672.44

An

den Vorstand der Hochdeutschen

Israelitischen Gemeinde Altona

durch den Herrn Oberbürgermeister

Altona.

Auf Ihren Antrag vom 7. d.Mts. genehmige ich hiermit den gemeinsamen Beschluß des Vorstandes und der Gemeindevertreter-Versammlung vom 17.6.1936, wonach der Rabbiner Ed. Duckesz mit der vertretungsweisen Verwaltung der Stelle des Oberrabbiners der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde in Altona beauftragt wird. Die Gemeindeordnung folgt anbei zurück.

Ich ersuche, zukünftig die zu genehmigenden Beschlüsse in doppelter Ausfertigung vorzulegen.

Im Auftrage  
gez. Herrmann.

Gesehen

Altona, den 20. Juli 1936

Der Oberbürgermeister

(gez.) Brix

**Nr. 15**

Die feierliche Beisetzung verbrannter Torarollen

1. November 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 45 vom 5.II.1936, S. I

### **Feierliche Beisetzung**

der zehn verbrannten Torarollen auf dem Friedhof am Bornkampsweg

Unter großer Beteiligung der Drei-Gemeinden fand am Sonntag auf dem Altonaer Friedhof am Bornkampsweg die Beisetzung der Reste der Asche der am Jom

Kippur verbrannten zehn Sifre Tora statt.<sup>42</sup> Zuerst trug Oberkantor Ziegel das Trauerlied des 9. Ab »Schaarli Serofo« vor.

Darauf ergriff Rabbiner D u c k e s z das Wort zu einer groß angelegten Rede. Anknüpfend an den Satz dieses Trauerliedes »Heilige Tora! Hat Dich deshalb der Schöpfer unter Feuer und Flamme am Sinai dem Volke Israel gegeben, daß einst dich selbst das Feuer verzehre«, schilderte er den tiefen Eindruck, den die niederschmetternde Botschaft auf alle ausübte, die vernahmen, daß in der Jaum-Kippurnacht zehn Sifre Tora ein Raub der Flammen geworden sind. In diesen Sifre Tora, in denen sie am Jom Kippur die Worte vorlesen wollten »An diesem Tag wird der Ewige sühnen all eure Sünden« mußten sie schmerzerfüllt einen anderen Vers ausrufen »und das ganze Haus Israel soll beweinen den Brand, den entzündet der Ewige«. Selten hat ein Elementarereignis alle so tief ergriffen, wie der Brand dieser zehn Sifre Tora. Der Redner ging dann auf die halachischen Vorschriften ein, die in einem solchen Falle zu beachten sind, wie sie im Schulchan Aruch und in den Responsen des Hamburger-Altonaer Oberrabbiners Chacham Zwi Nr. 17 angegeben sind, und legte es den Besuchern der Synagoge in der Adolfstraße dringend ans Herz, am Montag zu fasten und eine besondere »Selicha« einzuschalten. Eine Sefer Tora ist einem Menschenleben verglichen, sie hat gewissermaßen Körper und Seele, Pergament und Buchstaben, wie dies aus zwei Stellen des Talmud zu ersehen ist. In Traktat Sabbath, Seite 105, heißt es: »Wer beim Hinscheiden eines Menschen zugegen ist, muß zum Zeichen der Trauer sich sein Kleid einreißen, denn es ist dies zu vergleichen zu einer Sefer Tora, die aufbrennt. Die Tora wird mit Ner, Licht, bezeichnet, ein Licht ist das Gebot, und die Tora ist eine Leuchte und auch die Seele des Menschen wird mit Licht bezeichnet. Das Licht Gottes ist die Seele des Menschen.« Und so wie vor der Beisetzung eines Verstorbenen Verwandte und Bekannte an den Sarg hintreten, um Abbitte zu leisten, wenn sie ihn beleidigt oder gekränkt haben, so bedarf auch die Beschämung einer Sefer Tora eine Sühne und Abbitte.

[...]

Vom Oberrabbinat Hamburg sprach Rabbiner J o f f e und gab ebenfalls der tiefen Trauer und Bestürzung aller Kreise über diese Katastrophe des Verbrennens von zehn Sifre Tora in der Jom Kippurnacht Ausdruck und ermahnte unter geistreicher Auslesung einiger Mischnastellen die Anwesenden zur strengeren Beachtung der Ehre der Sefer Tora.

In einer längeren, mit großer Begeisterung vorgetragenen Rede gab Rabbiner R a b i n o w (Hamburg) seinem Schmerze über dieses außergewöhnliche Ereignis Ausdruck. Er rügte ebenfalls mit scharfen Worten die Uneinigkeit und Streitsucht im Gotteshause in Gegenwart der Sifre Tora und ermahnte alle, in Einigkeit die Ehre der Tora zu wahren.

42 In der ostjüdischen Synagoge Adolfstraße 69 in Altona (die heutige Bernstorffstraße) brach in der Nacht zum Jom Kippur 25./26. September 1936 ein Feuer aus, in dem zahlreiche Torarollen und das Vorbeterpult verbrannten; Stein, Jüdische Baudenkmäler in Hamburg, S. 133 f.

Hierauf wurde das Ziduk-Hadin-Gebet gesprochen und die Bahre von den Kohanim unter Anführung des ehrwürdigen Rabbiners Jacob Cohen hochgehoben und zum Grabe getragen. Dort wurde die Lade mit den verbrannten Sifre Tora von den Rabbinen und dem Vorsitzenden der Altonaer Gemeinde, Sanitätsrat Dr. Fran[c]k, ins Grab gesenkt.

Rabbiner Duckesz gab dann folgende Erklärung: »Wir betten nun die Reste und die Asche der verbrannten Sifre Tora an die Seite unseres unvergeßlichen Oberrabbiners, des Gaon Dr. M. Lerner, der seinerzeit die Sifre Tora eingeweiht, und weil er mit Feuereifer gegen die Beisetzung der Aschenurnen auf jüdischen Friedhöfen eingetreten.

[...].

### Nr. 16

Die Aufgabe der Oberkantorenstelle

22. Dezember 1936

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 42, Bl. 93

[Kommission für die Haupt- und Kassen-Verwaltung]

22. Dezbr. 1936.

An die  
Gemeinschaftl. Kollegien  
des Vorstandes und der Gemeindevertreter  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona.

Wir haben die uns von den Gemeindegkollegien vorgelegte Frage »ob die Anstellung eines den Ansprüchen der Gemeinde genügenden Kantors für die Gemeindekasse tragbar ist« bei der Haushaltsberatung eingehend geprüft und sind zu folgendem Ergebnis gelangt:

Bei der Finanzlage der Gemeinde erscheint uns die Anstellung eines Oberkantors bei entsprechend höherem Gehalt untragbar. Wir empfehlen, mit Herrn Ziegel die Vereinbarung zu treffen, sich im Laufe eines Jahres, d.h. spätestens bis zum 31.12.1937 eine anderweitige Verdienstmöglichkeit zu beschaffen. Wir glauben, dass eine praktische Lösung der Kantorfrage dadurch herbeizuführen wäre, dass der bisherige Unterkantor Herr M. Cohen bei entsprechender Honorierung mit der Funktion des Oberkantors neben dem Amt des Gemeindegkassierers betraut werden könnte. Bei den Beratungen war man einstimmig der Ansicht, dass die Leistungen des Herrn M. Cohen für das Amt des Oberkantors vollauf genügen.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:  
[M. Lehmann]



**Nr. 17**

Die Amtseinführung von Oberrabbiner Theodor Weisz

14. März 1937

Jahrbuch für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der Landsgemeinde Oldenburg und des Regierungsbezirks Stade 1937/38, Nr. 9, S. 42-44

**Die Amtseinführung S. E. d. Herrn Oberrabbiner Dr. Theodor Weiß in Altona.**

Am Sonntag, dem 14. März wurde der neugewählte Oberrabbiner der Hochdeutschen Israelitischen Gemeinde Altona und von Schleswig-Holstein feierlich in sein Amt eingeführt. Die altehrwürdige Synagoge zeigte sich in festlichem Gewand und war von Besuchern der Altonaer, Hamburger und der Nachbargemeinden außerordentlich stark besucht.

Die Feier begann mit dem Gesang des Ma Towu durch den Altonaer Synagogenchor unter Leitung von Herrn M. Cohen mit Solo von Herrn Oberkantor Ziegler. Dann wurde Herr Dr. Weiß durch die Vorsteher der Altonaer Gemeinde unter den Klängen des Baruch haba in die Synagoge geleitet.<sup>43</sup> Zu seiner Begrüßung ergriff der Vorsitzende der Hochdeutschen Israelitischen Gemeinde Altona, Sanitätsrat Dr. Frank, zuerst das Wort. Redner knüpfte seine Begrüßung an den Beginn des Monats Nissan an, das historische Datum der Errichtung des Stiftszeltes in der Urgeschichte unseres Volks. Er gedenkt der großen Vorgänger in dem Amt des Oberrabbiners, die in ununterbrochener Stetigkeit die Tendenz der Gemeinde seit ihrer Begründung gegenüber allen Reformbestrebungen des 19. Jahrhunderts unverändert erhalten haben, und weist auf die Schicksalswende der Gegenwart hin, die wiederum die Vereinigung der drei Gemeinden AHW in der Zusammenfassung der Stadtbezirke Groß-Hamburgs erstrebt. Das Amt des geistlichen Führers erfordere in der Gegenwart die Erfüllung besonderer Aufgaben, neben der Belehrung und Entscheidung in religiösen Fragen die Pflege des Geistes gegenseitiger Duldung, die Aufrichtung aus Druck und Hoffnungslosigkeit. Namentlich bedürfe die Jugend in der Unsicherheit ihres künftigen Geschicks und in ihrem idealen Streben nach einem neuen Leben in der alten palästinensischen Heimat des verständnisvollen Führers. Die Ausbildung des Oberrabbiners in den von altüberliefertem Geist erfüllten Bildungsstätten des Ostens gewährleiste die dem Charakter der Gemeinde entsprechende Unterweisung in der jüdischen Lehre. Das Elternhaus und die jahrelange Ausbildung an den berühmten östlichen Jeschiwaus habe den Grund zur besten Vorbereitung für das hohe Amt gelegt, ihm schon in jungen Jahren einen Ruf als Gelehrten

43 Der Rabbiner Theodor Weisz (1908-1987), Dr. phil. 1933, erhielt das Rabbinerdiplom am orthodoxen Rabbinerseminar Berlin unter Esriel Hildesheimer; vgl. Kap. VI.1.2.5, Der Wechsel im Oberrabbinat.

im besten Sinne des Wortes eingetragen und mache ihn besonders würdig, die Nachfolge weltberühmter Männer in dem Rabbinat anzutreten. Mit einem Appell, an dem Ausgleich bestehender Gegensätze mitzuwirken, schlossen die Ausführungen des Redners und gaben der Zuversicht Ausdruck, daß Rabbiner wie Gemeinde die Hoffnungen, die sich an den Amtsantritt knüpfen, in reichstem Maße erfüllt sehen mögen.

Der Redner begrüßte dann mit herzlichen Worten die anwesenden Gäste und dankte Herrn Rabbiner Duckesz für seine aufopfernde Tätigkeit in der Zeit der Vakanz des Oberrabbinats.<sup>44</sup> Sein besonderer Gruß gelte Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach, der von dieser Stelle aus mit seiner Rede Gewalt so oft die Gemeinde getröstet und erschüttert habe. Sein Wirken bedeute eine glanzvolle Epoche in der Geschichte der Gemeinde. Mit vollem Herzen danke er ihm im Namen der Gemeinde für alles, was er in einem Zeitraum von fast 12 Jahren geleistet habe, und hoffe auf seine weitere nachbarliche Verbundenheit auch in Zukunft.

Nach dem Gesang des 100. Psalms begrüßt Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach seinen Nachfolger in herzlicher Weise. Er begann mit Grüßen an seine liebe Altonaer Gemeinde, wo die Macht der Vergangenheit den Rabbiner mit dem Leben der Gegenwart verbinde. Ein neuer Stein werde dem Ruhmesbau der Altonaer Gemeinde hinzugefügt. Er weihe dem neuen Lehrer den Psalm 45 als Gruß, der die Thoragelehrten verherrlicht, Schir jedidus, das Lied der Freundschaft. Es sei eine Ehre für die Gemeinde Altona, daß sie sich einen Führer aus einem Geschlecht von Thoragelehrten erwählt habe, der das Wort Gottes als Nachfolger eines Kenes Jecheskel, eines Jakob Ertlinger, Löbs, Lerner und anderer Großen würdig laut werden lasse. Auf dieser Kanzel brauche er nicht zu schmeicheln, von hier könne die Wahrheit verkündet werden und mit dem Geist des Verständnisses müsse er alle Glieder der Gemeinde umfassen. Mit dem Schwert des Geistes möge er hinausziehen von hier, auch in die Gemeinden Schleswig-Holsteins, um sie zu ihrem Gotte zurückzuführen. Die Kraft, mit der wir siegen, ist die Kraft der Thora und mit ihr sei seine Tätigkeit gesegnet.

44 Eduard Jecheskel Duckesz (1868-1944) war seit 1891 Klausrabbiner in Altona und Mitglied des Bet Din. Duckesz verfasste umfangreiche Genealogien alteingesessener jüdischer Familien und veröffentlichte Beiträge zur Familienforschung, zur Geschichte der Dreigemeinden Altona, Hamburg, Wandsbek (AHW) und zu Biografien hervorragender Männer Altonas und Hamburgs. 1939 emigrierte er nach Holland, von dort wurde er 1943 nach Auschwitz deportiert, als Todesdatum gilt der 6. März 1944. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 84; die Berichte über seinen 70. Geburtstag, in: JGB Nr. 8 vom 12.8.1938, S. 4; und IF Nr. 33 vom 18.8.1938, S. 16 a; sowie Johannes Valentin Schwarz, Eduard Jecheskel Du(c)kesz, in: Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.), Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, Göttingen 2006, S. 62 f.; Gewehr, Stolpersteine in Hamburg-Altona, S. 28 f.; Michael Studemund-Halévy, Eduard Duckesz, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, hrsg. von Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke, Bd. 4, Hamburg 2008, S. 87 f.

Nach dem Vortrage des Psalms 118 ergriff Herr Oberrabbiner Dr. Theodor Weiß das Wort zu seiner Festpredigt. Zunächst gelte sein Dank der göttlichen Vorsehung und Güte, seinen Eltern, die seine Ausbildung gefördert, den Lehranstalten und Jeschiwoth, an denen er gelernt, und den Lehrern, die ihm Führer gewesen waren. Nicht nur für die Gemeinde, auch für ihn selbst sei es ein Anfang. Hier wolle er in dieser ersten Stunde auseinandersetzen, wie das innere Gefüge zwischen Gemeinde und ihrem geistigen Führer sich ihm darstelle. Ausgehend von den ersten Worten des laufenden Wochenabschnittes sauss tauras ho'auloh, beleuchtete er den Aufstieg des Führers Moscheh, des Menschen, der zu Gott emporstieg, Gefäß wurde für Seinen Willen, die höchste Stufe der Prophetie erlangte und das Ziel des jüdischen Menschen dem Volke, das er zu erziehen hatte, vorlebte. Anschließend an den Vers aus dem Hohen Liede: mi sauss auloh min hamidbor misrepekess als daudoh zeigte er auf der anderen Seite den unerhörten Aufstieg des jüdischen Volkes, dieser einzigartigen Gemeinschaft, die, entflammt durch das Vorbild ihres Führers und Lehrers, den Weg durch die Zeiten begann. Der Aufstieg des Führers geschieht nur um des Volkes und nur um der Gemeinschaft willen, der Aufstieg des Volkes nur aus der Kraft des Führers. Ein jeder habe die Leistung und die Erhebung des anderen zur Voraussetzung und zum Ziel. Die Thora, die das ganze Leben umspannt, ist die Ebene, auf der der Führer und die Gemeinschaft miteinander wetteifern. Nur in der Konzentration der Wüstenzeit konnte Israel die Offenbarung empfangen, und ein Funke dieses großen Erlebnisses glimme heute noch in jedem Juden, entfache sich zur Flamme. Bei uns gäbe es keinen Gegensatz der Generationen, sondern nur die gemeinsame Verpflichtung, immer höher zu steigen. [...]

Vor der geöffneten heiligen Lade sprach der neue Oberrabbiner ein Gebet, und der Gesang des Adon Olam beendete die würdige und eindrucksvolle Feier.

## Nr. 18

Renovierung und Umbau der Altonaer Klaus

20. Mai 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 20 vom 20.5.1937, S. 16 c

### Erneuerung der Altonaer Klaus

Das altehrwürdige Bet Hamidrasch von Altona, die »Klaus«, das um 1690 gegründet wurde, als der Chacham Zwi nach Altona kam, wurde auf die Anregung des Altonaer Oberrabbiners Dr. Weisz hin vollständig erneuert und umgebaut. Dank der Großzügigkeit des Gemeindevorstandes und des regen Interesses von Seiten des Klausvorstandes wurde in wenigen Wochen der Lehrsaal neu hergerichtet, mit neuer Einrichtung versehen, die große und viele seltene Drucke

umfassende Bibliothek der Klaus wurde in hingebungsvoller Arbeit von den Klausrabbinen Duckesz und Cohen neu geordnet und am Montag Abend, zu Beginn des Monats Siwan, konnte das Bet Hamidrasch feierlich seiner Bestimmung wieder übergeben werden.

An festlich geschmückter Tafel hatten sich die Mitglieder der Klaus und der Gemeinde zusammengefunden. Der Synagogenchor unter Leitung von Herrn M. Cohen eröffnete die Feier mit dem Gesang des Ma-Towu. Herr Leon Cohen begrüßte namens des Klausvorstandes die Erschienenen. Hierauf ergriff Oberrabbiner Dr. Weisz das Wort und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß seine Anregung auf so fruchtbaren Boden gefallen sei. Sein erster Wunsch, seitdem er in Altona weile, sei gewesen, daß dieses ehrwürdige Bet Hamidrasch, dessen Tradition weit über Deutschland hinaus berühmt sei, neu erstehen möge. Er dankte allen, die an diesem Werke mitgeholfen hätten, besonders dem Gemeindevorstand, der die Mittel zur Renovation bereitgestellt hätte. Ein besonderer Dank aber gebühre den Männern, die jahrzehntelang trotz größter Schwierigkeiten die Tradition der Klaus aufrecht erhalten und dafür Sorge getragen hätten, daß das tägliche Lernen keine Unterbrechung erfahre. Mit großer Herzlichkeit dankte Oberrabbiner Dr. Weisz den Rabbinen Duckesz und Cohen für ihre Arbeit in schwerster Zeit, verglich ihr tägliches Lernen mit dem täglichen Opfer im Heiligtum, dessen große Bedeutung hauptsächlich in dem Täglichen und Ununterbrochenen gelegen habe, und dankte ihnen im Namen der ganzen Gemeinde für das treue Bewahren des täglichen Lernens. Daß in einer Zeit mancher jüdischer Sorgen es doch möglich gewesen sei, das Bet Hamidrasch zu erneuern, sei ein Beweis dafür, daß man mit Energie und gutem Willen auch heute die Ideale der Tora durchsetzen könne.

[...]

### **Nr. 19**

Eine neue Sefer Tora für die ostjüdische Synagoge (Adolfstraße)

13. Juni 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 24 vom 17.6.1937, S. 16 a-b

### **Feierliche Einweihung eines neuen Sefer Tora in Altona**

Am Sonntag, dem 13. Juni, fand in Altona die feierliche Einweihung eines neuen Sefer Tora statt. Eine Persönlichkeit, die in selbstloser Weise auf jede äußere Ehrung verzichtet hat, stellte durch eine hochherzige Spende Herrn A. Stahl (Altona)<sup>45</sup> die

<sup>45</sup> Arje Stahl (geb. am 5.11.1881 in Brzezany, Polen) war Mitglied des Gemeinde-Kollegiums und der Kultus-Kommission der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona. Er wurde am

Mittel für die Beschaffung einer neuen Torarolle zur Verfügung. Die Feier begann im Hause des Herrn Stahl, wo sich eine große Anzahl von Gästen, darunter auch Vertreter des Vorstandes und des Repräsentanten-Kollegiums der Altonaer Gemeinde und zahlreiche Freunde aus Hamburg eingefunden hatten. Die letzten Worte des neuen Sefer wurden von den Herren Rabbiner Du[c]kesz, Rabbiner Cohen, Herrn Stahl und Oberrabbiner Dr. Weisz geschrieben. Vor dem Schreiben ergriff Rabbiner Du[c]kesz das Wort, wies auf die Heiligkeit dieser Handlung hin und dankte Herrn Stahl für seine hingebungsvolle Arbeit, welche die heutige seltene Feier ermöglicht hat. Die Bedeutung des feierlichen Beendens eines neuen Sefer Tora liege in dem neuen Anfang und festen Vorsatz, die Tora zu lernen und zu leben.

Vor der Niederschrift des letzten Wortes »Jisroel« gab Herr Oberrabbiner Dr. Weiß seine[r] Freude darüber Ausdruck, daß er schon nach einigen Monaten seiner Tätigkeit in Altona Gelegenheit habe, der erhebenden Feier der Fertigstellung eines neuen Sefer Tora beizuwohnen. Er empfinde es als besonders bedeutsam, daß er am Anfang seiner Wirksamkeit das letzte Wort der Tora schreibe, denn gerade am Anfang einer Arbeit müsse man das letzte Ziel vor Augen haben. Das letzte Wort der Tora, »jisroel«, enthält Ziel und Aufgabe des jüdischen Menschen: ein Kämpfer zu sein für Gott und um Gott, für und um den jüdischen Menschen, zu kämpfen für die Erfüllung der Gebote zwischen Gott und Mensch und Mensch und Mitmensch, bedeutet die ewige Bemühung um das Ideal der Tora. Dieses Wort, das er jetzt schreibe, soll ihm Verpflichtung und Ziel zugleich sein, ein Kämpfer zu sein für Gott, seine heilige Tora und für die Gestaltung und Erziehung des jüdischen Menschen in seiner Gemeinde. Unter Gesang wurde das neue Sefer emporgehoben, zusammengerollt und bekleidet.

Sodann wurde das Sefer in feierlicher Weise in die neu renovierte Synagoge Adolfsstraße geführt. Die festlich beleuchtete Synagoge war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Vorsteher der Synagoge kamen im Hof dem neuen Sefer mit den vorhandenen Seforim im Arm entgegen. Nach mehreren Umzügen um den Almemor und Gesangsvorträgen von Oberkantor Ziegel übergab Oberrabbiner Dr. Weisz durch das Hereinstellen der Torarolle in die heilige Lade das neue Sefer seiner Bestimmung.

[...]

28. Oktober 1938 in der sogenannten Polenaktion nach Zbąszyń ausgewiesen. Seine Ermordung in Auschwitz ist in der Gedenkstätte Yad Vashem dokumentiert. Vgl. The Central Database of Shoah Victims' Names, yadvashem.org; Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 395.

**Nr. 20**

Die Ehrungen zum 70. Geburtstag von Rabbiner Eduard Duckesz

18. August 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 33 vom 18.8.1938, S. 16 a

### **Ehrungen für Rabbiner Duckesz**

Nicht nur im jetzt Hamburg-Altonaer Bezirk unserer Gemeinschaft, sondern im gesamten Jüdischen Religionsverband Hamburg wurde der 70. Geburtstag einer Persönlichkeit wie Rabbiner Eduard Duckesz zum Anlaß genommen, um dem verehrten Jubilar Glückwünsche und Hochschätzung zum Ausdruck zu bringen. Hat er sich doch nicht nur durch seine unermüdliche Lehr- und Lerntätigkeit ganze Generationen verpflichtet, sondern auch seine Aufopferung während des Krieges für Soldaten und Gefangene, seine stete Fürsorgebereitschaft im Krankenhaus des Religionsverbandes, nicht zuletzt aber seine literarische Tätigkeit, die ihn in so enge Beziehungen zu zahllosen Familien unserer Gemeinschaft gebracht hat, haben ihn zu einer außergewöhnlichen Persönlichkeit gestempelt, der von allen Seiten Liebe und Verehrung entgegengebracht wird.

In der Klaus zu Altona, seinem täglichen und vertrautesten Wirkungskreise, begann die Reihe der Ehrungen am vergangenen Donnerstag Abend. In der festlich geschmückten »Schul«, in der alle Lichter entzündet waren, versammelte sich eine große Gemeinde. Mit den Gesang des Ma Tauwu begrüßt, wurde der Jubilar auf seinen mit frischem Grün geschmückten Platz geleitet, dann trug Meno Cohn in besonders festlicher Weise das Mincha- und das Maariwgebet vor. Rabbiner Jacob Cohen begann hierauf mit dem Sijium auf die sechs Bücher der Mischna, die der Jubilar während seiner Tätigkeit nun zum dreizehnten Male ausgelernt hat. Die Schlußerklärung nahm der Jubilar selbst vor, wobei er in geistreichster Weise die Höhepunkte der letzten Mischna mit ihrer Verherrlichung des Friedens hervorhob, worauf Oberrabbiner Dr. Weisz sofort als Uebergang wieder mit dem Lernen der ersten Mischna begann.

Im geschmackvoll dekorierten Lernsaal traf sich darauf eine große Schar von Freunden und Schülern und Abordnungen von Organisationen und Institutionen. Die Wände waren sinnig mit Vorhängen zum heiligen Schrein geschmückt, die sämtlich aus Anlaß früherer siebzigster Geburtstage gestiftet worden waren. Als Vorsitzender der Klaus begrüßte Paul Möller den Jubilar, die anwesenden Rabbinen und Vorsteher und alle anderen Gäste. Stets sei die Klaus bestrebt gewesen, immer die größten Gelehrten heranzuziehen, um das Toralernen sicherzustellen, und trotz aller Ungunst der Zeiten habe gerade Rabbiner Duckesz immer ihre Tradition in vorbildlicher Weise aufrechterhalten.

Nachdem Oberkantor Ziegel den schönen Boruch habo gesungen hatte, ergriff Oberrabbiner Dr. Carlebach das Wort, um seinem tiefen Gefühl der Verbun-

denheit Ausdruck zu geben, das ihn hier in diesem Kreise erfasse. Rabbiner Duckesz habe immer nur die Pflicht des Lernens und der Arbeit gekannt, er sei im besten Sinne ein volkstümlicher Rabbiner, der die Menschen gewinnt, weil er jedem alles gibt, sei es im Krieg, in der Gefangenschaft, am Krankenlager – in jeder Lebenslage war er ein treuer Begleiter. Dabei ist er ein Forscher, der immer Neues entdeckt, der Geschichtsschreiber unserer Gemeinschaft, der den Menschen die Größe ihrer Vergangenheit zeigt. Seine Schüler und Freunde sind heute in alle Welt zerstreut, mit ihnen allen wünsche er ihm ein fröhliches Wiedersehen und ein Weiterwirken in der bisherigen Frische.

Nach einem Aude ladoschem, einer anderen Gesangsspezialität aus Altona durch Meno Cohn, richtete Oberrabbiner Dr. Weisz das Wort an den Jubilar. Er begann mit einer Erinnerung an den Chacham Zewi, den Gründer der Klaus zu Altona und sein Bild, das sich im Synagogenverband befindet. Wenn man die vergeistigten Züge dieses Mannes betrachtet, der das Werk der Klaus vor 248 Jahren geschaffen, dann zeigt sich, daß Rabbiner Duckesz in gerader Linie seine Arbeit weiterfortpflanzt, dann werden nicht nur die 48 Jahre lebendig, die er schon an der Klaus wirkt, sondern auch die vorhergehenden 200 Jahre. In allen diesen Jahren bestanden jüdische Gemeinden und die Klaus durch das Verdienst der Männer, die hier lernten und lehrten, und man darf an diesem Tage der jüdischen Gemeinde in Altona gratulieren, daß sie das Glück hat, solche Männer wie Rabbiner Duckesz als die Ihren betrachten zu dürfen. So gebe uns dieser Feiertag die Hoffnung auch auf einen weiteren Bestand der Gemeinde. Was weiter kommen wird, wissen wir nicht, aber was wir können, ist, wie es hier geschieht, arbeiten bis zum letzten Tag, zur letzten Stunde.

[...]

Gerührt dankte Rabbiner Duckesz für alle die Glückwünsche und rief die Erinnerung wach an alle die Großen, unter und neben denen es ihm vergönnt war, zu wirken, an Oberrabbiner Dr. Lerner, an Rabbi Jekew Cohn, an Rabbi Elijah Munk.  
[...]

J.[ulian] L.[ehmann]

**Nr. 21**

Die Verfolgung des Oberrabbiners Theodor Weisz durch die Gestapo

21. Oktober 1938

Privatarchiv Moshe Weisz, Zürich

Oberrabbinat  
Altona

Altona (Elbe), den 21.10.1938

begezret [mit Gottes Hilfe] [...]

Sehr geehrter Herr Dr. Plaut! le Gorech yamim towim [mögen Sie lange leben]

Es gehört zu den schwierigsten Dingen des menschlichen Lebens die Glut und die Stärke der ersten Empfindung so zu bewahren und zu gestalten, dass auch noch das Wort die Schwingung und Herzlichkeit des Ursprungs besitzt. Schon der Gedanke, der zum ersten Male die Empfindung prägt, lässt diese erkalten, das Wort ist eine neue Prägung, die wieder ein wenig von der Wärme wegnimmt und dieses Wort hat einen weiten Weg zum Herzen des Anderen, soll es den anderen angehen und im wirklichen Sinne an-rühren. So geht es mir heute bei meinem ersten Brief, den ich an Sie, sehr geehrter Herr Doktor, schreibe. Ich weiss, dass im Allgemeinen der erste Brief gewissen ungeschriebenen Gesetzen unterliegt, Regeln einer feinen inneren Etikette. Dieser erste Brief darf niemals zu formell sein, zu entfernt, weil dann die Fremdheit bestehen bleibt, die er sich bemüht aufzuheben, er darf auch niemals zu vertraut sein, weil er den Anfang der gegenseitigen Beziehung zu sehr anstrengt und überlastet, er muss eine Mitte innehalten, die schon nicht mehr fern aber auch noch nicht nahe ist, er soll eine Mischung darstellen, die beide ermuntert und beide schont. Ist es nicht so?

Aber ich will heute viele viele Stationen überspringen, weil die vergangenen Wochen mir einen so köstlichen und freundschaftlichen Einsatz Ihrer Sorge und Ihres brüderlichen Herzens gezeigt haben, dass es diesem Einsatz um mich nicht adäquat wäre, wollte ich noch warten und fern sein. Es gibt Lebenslagen, in denen das, was in Jahren wächst, überraschend erscheint. So ist es mir und den Meinen ergangen, als wir alle Ihre Arbeit um mich beobachteten. -

Ich weiss, dass ich nach dem Allgütigen, der mich so sichtbar beschützte, Ihnen, sehr verehrter Herr Doktor Dank schulde. Aber wie könnten jemals Worte das ausdrücken, was nur ein ganzes Leben beantworten kann?! Wir werden unseren Kindern Ihren Namen sagen, wenn sie gross sind und wir wollen ihnen dann erzählen von dem Manne, der in schwerer Zeit um das Leben seiner Brüder kämpfte und Sorge trug wie kein anderer. Es ist uns überliefert, dass die grossen Lehrer des Talmuds ihre Lehrhäuser verliessen und ihre Familien, um den Gefangenen beizustehen, dass sie sogar die Gebete und den täglichen Dienst liessen, um sich um die Gefangenen zu mühen und sie zu befreien. So gross ist die Mizwah dieser Hilfe.



Seien sie versichert, sehr verehrter Herr Doktor, dass in unserem Hause nie vergessen werden wird, was Sie um meinetwillen getan. Nehmen Sie unsere Grüsse und Dankbarkeit und unsere Freundschaft nicht wie ein Neues, sondern wie etwas, das seit langem und für immer unsere Häuser aneinander binden soll.<sup>46</sup>

hashem yeshalem s9charcha [der Herr möge es Ihnen vergelten]

In Dankbarkeit und Freundschaft

Ihr

Oberrabbiner Dr. Weisz

## 15.7 Das Friedhofswesen

### Nr. 1

Die Beschädigung der Einfriedung am Friedhof Königstraße

⟨A⟩ 13. November 1933

⟨B⟩ 20. November 1933

⟨C⟩ 21. Dezember 1933

⟨D⟩ 29. Mai 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 62 Heft VIII, Bl. 1056, 1058, 1060, 1064

⟨A⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

13. November 1933.

An den

Magistrat – Bauverwaltung

Altona.

Wir geben davon Kenntnis, dass ein Teil der unseren Friedhof an der Königstraße abschliessenden Mauer von unbefugter Hand stark beschädigt worden ist, sodass der Zutritt zum Friedhof freigegeben worden ist. Wir bitten, den Schaden in Augenschein zu nehmen und die Beseitigung zu veranlassen.

Ergebenst

<sup>46</sup> Oberrabbiner Theodor Weisz wurde in den Tagen um Jom Kippur (10.10.1938) durch die Gestapo verhaftet. Die Gründe sind nicht bekannt. Ob man verhindern wollte, dass der Oberrabbiner an den höchsten jüdischen Festtagen in der Synagoge öffentlich predigen konnte, bleibt offen. Den direkten persönlichen Bemühungen des »Leiters« der Hamburger Gemeinde, Dr. Max Plaut, der über gute Kontakte zur Gestapo verfügte, hatte Oberrabbiner Weisz seine Freilassung zu verdanken. Nach dem Novembepogrom 1938 wurde Weisz erneut verhaftet und in das KZ Sachsenhausen in Einzelhaft verbracht.

⟨B⟩

**MAGISTRAT DER STADT ALTONA**

An das  
Sekretariat der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde,  
Altona.  
Breitestrasse 15.

20. Nov. 1933

Auf das Schreiben vom 13. ds.Mts. betreffend Einfriedigung des Friedhofes an der Königstrasse teilen wir ergebenst mit, dass die Unterhaltung der Mauer gemäß Vertrag vom 7. Februar 1902 Sache der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde ist.

i.A.  
Schröder

⟨C⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

21. Dezember 1933.

An den  
Magistrat  
der Stadt  
Altona.

In Ergänzung unseres Schreibens vom 13. Nov. ds.Js. bezgl. Reparatur der Friedhofsmauer Königstrasse teilen wir höflichst mit, dass es sich um die Wiederherstellung der nach Abbruch des Hauses Königstr. 16 stehengebliebenen Mauer handelt. Die Mauer befindet sich neben dem Hof Königstr. No. 22 a.

Ergebenst:

⟨D⟩

**Der Oberbürgermeister Altona**

An das  
 Sekretariat der Hochdeutschen  
 Israeliten-Gemeinde,  
 Altona,  
 Breitestrasse 15.

Ihr Zeichen:	Ihr Schreiben vom:	Unsere Zeichen:	Tag:
H/S	18.4.1934	42	29.5.1934.
Akt.Nr. 42			

Auf das Schreiben vom 18. April 1934 teile ich mit, dass ich an der Wiederherstellung der Einfriedigung kein Interesse habe.

I.A.  
 [Bruno] Fouquet

**Nr. 2**

Die Aufrechterhaltung des Rechts auf eine Grabstätte

3. Januar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
 Bl. 39

Deutsch-Israelitische Gemeinde

HAMBURG 13, den 3. Januar 1935.  
 Rothenbaumchaussee 38

An den Vorstand der Hochdeutschen  
 Israeliten-Gemeinde  
 Altona  
 Breitestr. 15

Wir haben natürlich volles Verständnis dafür, dass die Eheleute Julius Goldschmidt ihre Grabstätten auf Ihrem Begräbnisplatz behalten und deswegen Ihrer Gemeinde weiter anzugehören wünschen. Wir gehen aber mit Ihnen sicherlich einig, dass es nicht recht wäre, wenn Herr Goldschmidt deswegen geringere Gemeindesteuern zahlen müsste als ein anderer in Hamburg ansässiger Jude.

Da wir nun Herrn Goldschmidt nicht zum Eintritt in unsere Gemeinde zwingen können, möchten wir anregen, dass Sie ihn ersuchen, unserer Gemeinde mit Wirkung vom 1.1.35. oder 1.4.35. beizutreten, dass er dann von uns zur Gemeindesteuer herangezogen wird und dass wir alsdann den Herrn Goldschmidt vorgeschlagenen Betrag von 50 RM jährlich Ihnen überweisen beziehentlich denjenigen Betrag, den Herr Goldschmidt zahlen wird, wenn seine Gemeindesteuer nur 50 RM oder noch weniger beträgt.<sup>47</sup>

Hochachtungsvoll

Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
David

**Nr. 3**

Die städtische Absicht zur Schließung der jüdischen Friedhöfe Altonas

⟨A⟩ 3. Februar 1934

⟨B⟩ 8. Februar 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 62 Heft III, Bl. 993, 995

⟨A⟩

Der Oberbürgermeister  
Gesundheitsamt

Altona, den 3. Februar 1934.

An  
die Hochdeutsche Israelitengemeinde in Altona  
z. Hd. des Herrn Sanitätsrat Dr. Frank,  
Altona,  
Breitestr. 13.

Betrifft: Schließung der Friedhöfe zwischen Königstraße und Gr. Bergstraße und an der Bismarckstraße.

Ich beabsichtige, die Schließung der Ihnen gehörigen zwischen Königstraße und Gr. Bergstraße und an der Bismarckstraße gelegenen Friedhöfe herbeizuführen und bitte Sie, mir mitzuteilen, ob Sie von sich aus das Nötige in die Wege leiten werden.

i. V.  
(gez.) Unterschrift

<sup>47</sup> Die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden. Der im Dokument erwähnte Betrag von 50 RM entsprach einer jährlichen Anerkennungsgebühr, um das Belegungsrecht für eine Grabstätte aufrechterhalten zu können. Vgl. Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 2, S. 1356.

⟨B⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

8. Februar 1934

An den  
Herrn Oberbürgermeister  
Gesundheitsamt  
Altona.

Betr.: Schließung der Friedhöfe zwischen Königstrasse und Gr. Bergstrasse und an der Bismarckstraße.

Wir beziehen uns auf die Unterredung, die der Unterzeichnete vor Kurzem mit Herrn Medizinalrat Dr. Schröder in Sachen der Friedhöfe gehabt hat. Es wurde damals festgestellt, dass die Hochdeutsche Israeliten Gemeinde Altona beide Friedhöfe schon längst geschlossen hat.

Auf dem Friedhof Königstrasse/Gr. Bergstrasse fand die letzte Bestattung unter ausdrücklicher Genehmigung der Regierung in Schleswig im Jahre 1872 statt.

Wir bemerken, dass der »an der Königstrasse« gelegene Teil der Portug. Jüd. Gemeinde in Hamburg gehört und dass auch dort, soweit uns bekannt, seit dem Jahre 1870 keine Bestattung erfolgt ist. Auf dem der Altonaer Gemeinde gehörenden Friedhofsteil an der Rainstrasse wurde die letzte Beerdigung im Jahre 1876 vorgenommen.

Was den der Deutsch-Israel. Gemeinde in Hamburg gehörenden Teil des Friedhofs an der Bismarckstrasse betrifft, so bitten wir, sich mit dieser Gemeinde (Rothenbaumchaussee 38) in Verbindung zu setzen.

Ergebenst  
Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

**Nr. 4**

Die Auskunft über den Friedhof Bornkampsweg

Januar 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft VII, Bl. 963

**Der Oberbürgermeister der Stadt Altona**

- Friedhofsamt -

22. Januar 1935.

Betreff: *Auszug*

aus dem Schreiben der Behörde für Technik und Arbeit – Garten- und Friedhofswesen –, Hamburg 36, Gr. Bleichen 63, vom 18.1.35.

Herrn Stadtrat Rüß, Altona, Magistrat.

Betrifft: Arbeitsgemeinschaft für Friedhofsfragen im Technischen Unterausschuß des Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsausschusses.

Um eine Grundlage für die Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft zu erhalten, ist es notwendig, die Friedhöfe im Gebiet der Landesplanung festzustellen und Angaben zu erhalten über ihre Größe, Verwaltung, Belegungsfähigkeit und Erweiterungsmöglichkeit.

Der beiliegende Fragebogen soll dazu dienen, diese Grundlage zu schaffen. Es wird gebeten, den Fragebogen baldmöglichst auszufüllen und zurückzusenden.

Vorstehenden Auszug

an die Hochdeutsche Israeliten Gemeinde – Sekretariat –,

Altona,

Breitestr. 15,

unter Beifügung eines Fragebogens zur Kenntnis. [...]

Abschrift!

Im Gebiet *Altona-Bahrenfeld*

sind nachfolgend aufgeführte Friedhöfe vorhanden:

- |                                       |  |                |
|---------------------------------------|--|----------------|
| 1. Bezeichnung d. Friedhofes:         | <i>Israel. Begräbnisplatz Bornkampsweg</i>             |                |
| 2. Der Friedhof untersteht            | <i>der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde in Altona</i> |                |
| 3. Lage:                              | <i>Bornkampsweg 149</i>                                |                |
| 4. Grösse:                            | <i>8000 qm</i>   | <i>6450 qm</i> |
| 5. Anzahl der jährlichen Beisetzungen |  |                |
| a) von Leichen:                       | <i>durchschn. 30</i>                                   |                |
| b) von Aschen                         | ---  |                |

6. Das Gelände wird noch für *etwa 70* Jahre ausreichen.
7. Besteht Möglichkeit der Erweiterung und in welchem Umfange:  
*durch Einbeziehung des d. Hochd. Isr. Gem. gehörenden Nachbargeländes von ebenfalls etwa 8000 qm*
8. Bestehen Vorschriften f. d. Aufstellung von Grabmalen und Grabbepflanzungen?  
 ja  
*vgl. anl. Abschrift aus d. Satzungen d. Hochd. Isr. Gemeinde*  
 Es wird gebeten, eine Begräbnis- und Gebührenordnung und gegebenenfalls Vorschriften für die Aufstellung von Grabmalen und für Grabbepflanzungen beizufügen.

**Nr. 5**

Die Jahresfeier der Chewra Kadischa Altona

13. Januar 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 2 vom 13.1.1938, S. 16 c-d

### **Jahresfeier der Chewra Kadischa Altona**

In vergangener Woche fand in den schönen Räumen der Altonaer Klaus nach sechs Jahren wieder eine Chewra-Kadischa-Szuda statt. Der Vorsitzende, Rabbiner E. Dukesz, begrüßte die Versammlung und entbot dem Ehrenmitglied der Chewra, Oberrabbiner Dr. Weisz, den Willkommensgruß. Er verlas dann die im klassischen Hebräisch geschriebene Eintragung des Oberrabbiners im Chewra-Buch, wodurch er, gleich seinen großen Amtsvorgängern, die Statuten der Chewra bestätigte. Ferner dankte er dem Gemeindevorstand, der stets die Rechte der Chewra Kadischa wahrte, und auch jetzt bei der Vereinigung der Altonaer mit der Gemeinde in Hamburg der Selbständigkeit der Chewra und ihren Minhagim volles Verständnis entgegenbrachte.

Es folgte dann nach altem Brauch die Aufnahme neuer Mitglieder, die sich durch namentliche Eintragung im Chewra-Buch zur Innehaltung der Satzungen verpflichteten und durch Ueberreichung eines mit Wein gefüllten, von Wolf Warburg im Jahre 1846 gestifteten silbernen Pokals, an den Maggid der Chwera die Pflichten eines Kabran anerkannten.

Als erster erhob Oberrabbiner Dr. Weisz den Pokal. Er knüpfte in geistreicher Weise an den Ausspruch der Weisen an: »Die Tora lehre am Anfang und am Ende die Pflicht des G'millus Chasodim«. So wie Gott das erste Menschenpaar kleidete, sollen auch wir hilfreich zu unseren Mitmenschen sein, und so wie der Allmächtige den großen Lehrer Mosche zur letzten Ruhe bettete, sollen auch wir dem verstorbenen Bruder den letzten Liebesdienst erweisen. Und aus dieser letzten Liebespflicht,

die uns die Vergänglichkeit des Menschen vor Augen führt, soll uns neues Leben zur Pflichterfüllung erstehen.

[...]

Im Namen des Gemeindevorstandes und in seiner Eigenschaft als Vorsteher der Chewra Kadischa sprach Herr Paul Möller, der betonte, daß der Gemeindevorstand es als seine vornehmste Pflicht betrachtete, die Rechte der Chewra im Wandel der Zeiten zu beachten. Er verlas aus der anlässlich des 125jährigen Bestehens der Chewra verfaßten Festschrift von Rabbiner Du[c]kesz, daß bereits im Jahre 1774 der Gemeindevorstand der Chewra das alleinige Recht der Bestattungen nach ihrem Statut übertragen hat. [...] Mit einem Dank an die Frauenchewra, die besonders vorbildlich ihre Ehrenpflicht erfülle, fand die schöne Feier mit dem Tischgebet ihren Abschluß.

## 15.8 Kooperationen mit jüdischen Großverbänden

### Nr. 1

Die Forderung um Unterstützung an die Reichsvertretung

6. November 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 871, Bl. 139 f.

Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde

Altona, den 6. November 1933.

An die  
Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände Deutschlands,  
Berlin-Charlottenburg  
Kantstr. 158.

Die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg übersandte uns ein Rundschreiben des Preussischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden Berlin vom 25.9. d.J., wonach die bisher den einzelnen Institutionen gezahlten Subventionen vom laufenden Jahre ab über nachbezeichnete drei Spitzenorganisationen geleitet werden sollen:

- 1) Reichsvertretung
- 2) Zentralwohlfahrtsstelle
- 3) Zentralstelle für jüd. Wirtschaftshilfe.

Wie in dem Schreiben vermerkt, wird durch diese Umgestaltung die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde in Altona betroffen. Auf Anregung des Herrn Dr. Ollendorff und unter Befürwortung des Herrn Dr. Lilienthal wurde im Jahre 1931 eine



Wohlfahrts-Arbeitsgemeinschaft zwischen unserer Gemeinde und der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg geschaffen, für die u.a. vom Preussischen Landesverband und der Zentralwohlfahrtsstelle Mittel bereitgestellt worden sind. Lediglich die Herrn Dr. Lilienthal bekannten ungünstig gelagerten Verhältnisse in der Gemeinde Altona im Hinblick auf die Nachbargemeinde Hamburg boten ihm s.Zt. Veranlassung, für die Arbeitsgemeinschaft einzutreten. Auch die Vertreter der Hamburger Gemeinde konnten sich den Gründen nicht verschliessen, allerdings wurde von ihnen an die Bewilligung von Mitteln die Bedingung geknüpft, dass die von den Berliner Stellen zu leistenden Subventionen der übernommenen Verpflichtung entsprechend gezahlt würden. Den Abschluss der damaligen Verhandlungen bildete die Bewilligung eines Zuschusses in Höhe von Rm. 7500.-- durch die Hamburger Gemeinde, Rm. 4000.-- gemeinsam durch den Preuss. Landesverband und die Zentralwohlfahrtsstelle Berlin.

Die Hamburger Gemeinde ist in Anerkennung der Notwendigkeit auch heute bereit, für unsere Arbeitsgemeinschaft Mittel zur Verfügung zu stellen, allerdings unter der unveränderten Voraussetzung, dass auch die Berliner Stellen ihre Bereitwilligkeit, unsere Aufgabe fernerhin zu fördern, bekunden.

Wir bitten daher ergebenst, aus den der Reichsvertretung für das Etatsjahr 1933/34 vom Preuss. Landesverband zugewiesenen Geldern uns eine Summe zu bewilligen, die in Verbindung mit dem von der Hamburger Gemeinde bereitzustellenden Betrage es uns ermöglicht, in den kommenden Wintermonaten die notwendigen Wohlfahrtsmaßnahmen zu treffen.

Wir bitten, entweder mit der Hamburger Gemeinde direkt oder durch unsere Vermittlung eine Vereinbarung über die Höhe des zu zahlenden Zuschusses zu treffen.

In Erwartung Ihrer gesch. Nachrichten zeichnen wir

hochachtungsvoll

Der Vorsitzende:  
gez. Dr. Franck.

**Nr. 2**

Das Beitragssystem des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden

10. Mai 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64, Bl. 95f.

Preußischer Landesverband  
jüdischer Gemeinden

Berlin-Charlottenburg 2, den 10. Mai 1935  
Kantstr. 158

Für das Rechnungsjahr 1935/36 ist der Beitrag zu unserem Verbands, wie folgt, festgesetzt worden:

- a) 1,25 % des Reichseinkommensteuersolls der Mitglieder der Synagogengemeinden für das Jahr 1934,
- b) 3 % vom Vermögenssteuersoll der Mitglieder der Synagogengemeinden, jedoch nicht mehr als 10 % des Zuschlages zur Reichsvermögenssteuer, den die Gemeinde selbst erhebt,
- c.) 2.– RM Kopfgeld für Reichszwecke nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1933.

Die Beitragsberechnung erfolgt nach den gleichen Bestimmungen der Steuerordnung wie im Vorjahre.

Eine Veranlagung für das Rechnungsjahr kann selbstverständlich erst in einem späteren Zeitpunkt unseren Gemeinden zugehen. Wir bitten aber wiederholt dringend darum, dass die Gemeinden möglichst in monatlichen Teilzahlungen den ungefähren Beitrag überweisen. Das liegt sowohl im Interesse unseres Verbandes als auch in dem der Gemeinden selbst.

Wesentlich ist für die Gemeinden mit mehr als 150 Seelen eine Klarstellung hinsichtlich der Festsetzung des Kopfgeldes. Hierfür sind mit der Reichsvertretung besondere Vereinbarungen getroffen worden, die wir für die Gemeinden mit mehr als 150 Seelen nachstehend mitteilen. Wir bitten dringend, die darin enthaltenen Grundsätze zu beachten, da das im wohlverstandenen Interesse der Gemeinden liegt. Ist ihnen doch hier die Möglichkeit gegeben, den Kopfbeitrag ganz oder teilweise im Verrechnungswege zu begleichen.

Die Vereinbarungen lauten:

- 1) Berufsausbildung und Berufsumschichtung sind in Höhe von 50 % von den Gemeinden selbst zu tragen. Die darüber hinausgehenden Kosten für Berufsausbildung und Berufsumschichtung können mit dem Beitrag an die Reichsvertretung der deutschen Juden verrechnet werden. Dabei ist eine Verrechnung möglich bis zur Höhe des halben Kopfgeldes. Es ist unerheblich, ob die Berufsausbildung oder Berufsumschichtung von der Gemeinde selbst, einem örtlichen Verein, dem die Gemeinde das betr. Arbeitsgebiet überlässt[,] oder dem Provinzialverband für die Gemeinde geleistet wird, und welche dieser Stellen den 50 %igen Anteil aufbringt.

- 2) Für das Gebiet der Rückwanderung gilt entsprechend das unter 1) Gesagte. Hierbei ist der Höchstsatz der Verrechnungsmöglichkeit 1/20 des Kopfgeldes.
- 3) Für die Auswanderung einschliesslich Palästinawanderung haben die Gemeinden bzw. der Provinzialverband für die Gemeinden die Hälfte der Zuschusskosten selbst zu tragen, die andere Hälfte wird aus Mitteln der Reichsvertretung durch den Hilfsverein der deutschen Juden bzw. das Palästinaamt zugeschossen. Eine Verrechnung seitens der Gemeinden kann hier also nicht stattfinden.
- 4) Für Schulzwecke sind im Etat der Reichsvertretung 400.000.– RM vorgesehen. Soweit aus diesem Fonds den Gemeinden Bewilligungen zugesprochen werden, können sie mit dem Kopfbeitrag verrechnet werden.

Voraussetzung für die erwähnten Verrechnungen ist, dass die Arbeiten nach den Richtlinien der Reichsvertretung bzw. des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau durchgeführt werden, und dass der Reichsvertretung das Recht der sachlichen Nachprüfung über die Ausgaben zusteht.

Anforderungen für Berufsausbildung, Berufsumschichtung, Rückwanderung, Auswanderung, Palästinawanderung und Schulen sind wie bisher an die Reichsvertretung bzw. die von ihr beauftragte Stelle zu richten. Wir bitten, uns von derartigen Anträgen durch Übersendung eines Durchschlages Kenntnis zu geben. Die Reichsvertretung wird uns dann von Bewilligungen auf den vorstehend erwähnten Gebieten Kenntnis geben, damit wir eine Verrechnung herbeiführen.

Wir bitten nochmals dringend, die vorstehende Regelung genauestens zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Ferner bitten wir um regelmässige monatliche Teilzahlungen auf den Beitrag in Höhe von RM 650.--.<sup>48</sup>

gez. Woyda<sup>49</sup>

An den  
Vorstand der Synagogengemeinde  
Altona-Elbe

48 Der Veranlagungsbescheid des Preussischen Landesverbandes für das Rechnungsjahr 1935/36 vom 19. Februar 1936 setzte den Beitrag auf 5319 RM fest. Der Gemeinde gelang es, diesen Betrag durch Verhandlungen erheblich zu mindern.

49 Bruno Woyda (1900-1968), Dipl.-Ing. TH Berlin und Gemeindefunktionär, war von 1929 bis 1933 Geschäftsführer der jüdischen Reformgemeinde zu Berlin. Zuvor arbeitete Woyda seit 1921 als Redakteur der *Jüdisch-Liberalen Zeitung*, der späteren *Jüdischen Allgemeinen Zeitung*. Seit 1925 engagierte er sich – später leitend – im Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden, zugleich war er von 1933 bis 1938 Dezernent der Jüdischen Wirtschaftshilfe der jüdischen Gemeinden Berlin und hier zuständig für Berufsberatung und Berufsumschichtung. Woyda emigrierte im Februar 1939 nach England.

**Nr. 3**

Das Unterstützungsersuchen des Halberstädter Verbandes

27. Januar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 32

PREUSSISCHER LANDESVERBAND  
GESETZESTREUER SYNAGOGEN-  
GEMEINDEN

HALBERSTADT, 27. Januar 1936

An den Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona a.E.

Wir empfangen Ihren uns überwiesenen Rest-Beitrag in Höhe von RM. 50.-- und danken Ihnen bestens dafür. –

Sie hatten uns allerdings vor Monaten mitgeteilt, dass die finanzielle Lage Ihrer Gemeinde Sie veranlasse, den in früheren Jahren weit höheren Beitrag von zuerst M. 500.–, dann M. 250.– für das Jahr 1935 auf M. 100.-- zu ermässigen. Nichtsdestoweniger möchten wir Sie darauf hinweisen, dass unser Verband mit wenigen Ausnahmen aus sehr kleinen, jetzt sehr notleidenden Gemeinden besteht, die aus eigenen Kräften sich nicht erhalten können und auf unsere Unterstützung angewiesen sind, zum Teil in einem ausgesprochenen Auflösungsprozess sich befinden. Für diese ist eine Unterstützung durch uns eine Notwendigkeit, so dass hier alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um der Not dieser Kleinst-Gemeinden zu steuern.

Grössere Gemeinden, zu denen auch die Ihrige gehört, sind trotz der eigenen Notlage immer noch im Stande, zur Aufrechterhaltung der meistens gänzlich verarmten kleinen Schwester-Gemeinden im Interesse der Gesamt-Judenheit wesentlich mitzuhelfen.

Auf Grund dieser Ausführungen hoffen wir gerne, dass Sie den Betrag von M. 100.– für 1935 durch einen nachträglichen Sonder-Beitrag entsprechend erhöhen und sehen Ihrer gefl. Rückäusserung entgegen.

Wir begrüssen Sie  
Hochachtungsvoll  
Preussischer Landesverband  
gesetzestreuer Synagogen-Gemeinden  
Schlesinger

## 15.9 Die Eingliederung in den Jüdischen Religionsverband Hamburg

**Nr. 1**

Erste Überlegungen zur Eingliederung

3. März 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 b, Bl. 30 f.

VORSTAND DER HOCHDEUTSCHEN  
ISRAELITEN-GEMEINDE

ALTONA (ELBE), 3. März 1937.  
Breitestrasse 15

An den

Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

z.H.d. Herrn Staatsrat i. R. Dr. Lippmann,

Hamburg.

Wir bestätigen den Empfang Ihrer geehrten Zuschrift vom 19.2. d.J. Auch wir können zur Zeit nicht übersehen, welche Folgen das Goss-Hamburg-Gesetz für unsere Gemeinde haben wird. Wir sind, ohne bereits jetzt eine endgültige Stellungnahme unserer Gemeinde zu der Frage der Zusammenlegung mitteilen zu können, mit Ihnen übereinstimmend der Meinung, dass für alle Fälle vorbereitende Arbeiten zu leisten sind. Wir halten es für würdiger und im Interesse beider Gemeinden für erfolversprechender, wenn wir möglichst vor Erlass gesetzlicher Bestimmungen unter einander über die Gestaltung der Gesamtbeziehungen der Gemeinden einig werden. Dann sind wir eher gemeinschaftlich in der Lage, rechtzeitig den in Frage kommenden Stellen bestimmte Vorschläge über eine Zusammenlegung zu unterbreiten.

Die in Frage kommenden Gesetze sind

- 1) das dänische Judengesetz vom 14.7.1863
- 2) das Preuss. Austrittsgesetz vom 30.II.1920
- 3) die Zahl der Gemeindeangehörigen in den letzten 5 Jahren

betrug:	1933	ca.	2000	Seelen
	1934	"	1600	"
	1935	"	1570	"
	1936	"	1519	"
	März 1937	"	1500	"

- 4) Aufstellung des Vermögensstandes sowie Haushaltspläne der letzten Jahre und des laufenden Jahres folgen.

Es dürfte zur Förderung der Vorbereitungen dienen, dass persönliche Rücksprachen zwischen Delegierten beider Gemeinden stattfinden. Unser Vorstand hat für solche Besprechungen die Herren Dr. Jonas, Paul Möller und Max Lehmann bestimmt.

Der Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde:  
Der Vorsitzende:  
Dr. Franck

## Nr. 2

Erörterungen zur Selbstständigkeit der Kultusverbände

30. März 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 b, Bl. 34-36

### Sitzung von Vertretern

der Vorstände der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg und der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona in Sachen der Vereinigung der beiden Gemeinden in Verfolg des Erlasses des Gross-Hamburg-Gesetzes[,] Dienstag, den 30. März 1937, 16 Uhr, im Hause Warburg, Ferdinandstr. 75.

Anwesend die Herren Dr. Lippmann, Dr. Loewenberg, Dr. Warburg, Dr. Nathan, Dr. Plaut, Dr. Guckenheimer – R.-A. Dr. Jonas, Lehmann, Möller.

Vor Eintritt in die förmliche Verhandlung berichten die Vertreter der Gemeinde Altona kurz über ihre Gemeinde: Kultus, Schule (die dortige Schule ist eine Staatsschule, die Lehrer [sind] Staatsbeamte, die daher in Ausführung des Gross-Hamburg-Gesetzes auf den 1. April 1937 in den Dienst des Landes Hamburg übertreten und bereits von diesem ihre April-Gehälter erhalten haben), Begräbniswesen, Wohlfahrts- und Stiftungswesen.

Die Gemeinde Altona hat in den letzten 5 Jahren mit Fehlbeträgen abgeschlossen, und zwar

1932/33:	21.500 RM
1933/34	15.000 "
1934/35	17.500 "
1935:	7.500 " (Geschäftsjahr von 9 Monaten)
1936:	18.000 "

[...]

Herr Dr. Lippmann: Der Vorstand der Hamburger Gemeinde habe die Nachbargemeinden um eine Äusserung ihrer Ansichten bezüglich der aus dem Gross-Ham-

burg-Gesetz zu ziehenden Folgerungen ersucht. Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg hätten den Wunsch ausgesprochen, bald in der Hamburger Gemeinde aufzugehen, Altona habe von dem Vorstände der Hamburger Gemeinde erbetene Unterlagen gesandt und bestimmte Fragen beantwortet. Er stelle fest, dass die Gemeinde Altona 1933 noch 2000 Seelen zählte, von der sie bis 1934 400 verlor. Seitdem sei die Seelenzahl mit 1600 stabil geblieben; grosse Änderungen seien wohl nicht mehr zu erwarten, so dass das Verhältnis der Seelenzahl der Gemeinden Hamburg und Altona wohl das von 10 : 1 bleiben werde. Im Gegensatz zu der Auffassung der Altonaer Herren, besonders des Herrn Dr. Jonas, dass das dänische Gesetz von 1863 auch nach Erlass des Gross-Hamburg-Gesetzes seine Geltung behalte und dass es zum Aufgehen der Altonaer Gemeinde in der Hamburger Gemeinde eines Gesetzes bedürfe, ist Herr Dr. Lippmann der Ansicht, dass der Erlass des Gross-Hamburg-Gesetzes auch ohne förmliche Erklärung durch Gesetz oder Ausführungsbestimmung die Aufhebung des dänischen Gesetzes in sich schliesse und dass daher zur Neugestaltung der Verhältnisse der jüdischen Gemeinden des Gross-Hamburgischen Gebietes es nur der Beschlüsse der Gemeindevorstände und ihrer Mitteilung an die zuständige Behörde bedürfe, um neue Tatsachen und neues Recht zu schaffen. Die Frage des Herrn Dr. Lippmann, ob persönliche Rechte bei Aufgehen der Altonaer in die Hamburger Gemeinde beeinträchtigt würden, wird von Herrn Dr. Jonas verneint. Herr Lehmann macht Mitteilung davon, dass der Regierungspräsident zu Schleswig den Haushaltsplan der Gemeinde Altona zuständigkeitshalber an die Hamburgische Kultur- und Schulbehörde weitergeleitet habe, die in Zukunft für die Altonaer Gemeinde Aufsichtsinstanz sei.

Auf eine Frage des Herrn Dr. Lippmann, ob man in Altona schon bestimmte Gedanken oder Wünsche bezüglich der Zukunft für den Fall der Vereinigung der beiden Gemeinden hätte, erklärt Herr Dr. Jonas, dass man in Altona wünsche, dass das Gemeindevermögen Altona verbleibe zur Bestreitung kultureller Bedürfnisse. Herr Dr. Lippmann hält das aber für unzulässig. Das Vermögen müsse vor allem auch zur Deckung der Wohlfahrtslasten dienen. In Hamburg besäßen die Kultusverbände kein wesentliches eigenes Vermögen mehr.

Herr Dr. Warburg bringt zur Sprache die Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung des gesamten Ritualwesens.

Herr Möller-Altona verweist hierzu auf Vorbesprechungen zwischen den Vorständen der Gemeinde Altona und des Synagogen-Verbandes, als eine Personalunion der Oberrabbinare von Altona und S.V. erörtert wurde.

Auf Anfrage von Herr Dr. Lippmann erklärt Herr Dr. Jonas, in Altona erwarte man, dass mindestens für eine Übergangszeit der Altonaer Teil der neuen Gemeinde eine besondere Vertretung in dem Vorstände der Gesamtgemeinde erhalte. Auf eine Vertretung in dem Repräsentanten-Kollegium der neuen Gesamtgemeinde werde hingegen kein Wert gelegt. Herr Dr. Lippmann legt dann dar, dass es s.E. richtig sei, sofern nicht im Zuge der Gesetzgebung es zu einer Neugestaltung der jüdischen Gemeindeverhältnisse Gross-Hamburg komme, zwischen den einzelnen Gemeinden

einen Vertrag über ihre Zusammenlegung abzuschliessen, der s.E. als ein Vertrag zwischen Öffentlich-rechtlichen Körperschaften zu werten sei, und für die auf Grund dieses Vertrages neu gewählte Körperschaft ein Gesamtstatut zu schaffen, bzw. das bestehende Statut der Gemeinde Hamburg für verbindlich zu erklären. Eine besondere Frage sei, ob dieser Vertrag und das auf ihm sich aufbauende Statut ohne weiteres in Kraft gesetzt werden könne oder der Genehmigung einer staatlichen Aufsichtsinstanz, etwa des Reichsstatthalters, bedürfe.

Herr Dr. Warburg wünscht, geprüft zu sehen, ob die Gesamtgemeinde nach dem Muster der gegenwärtigen Hamburger Verfassung – also mit selbständigen Kultusverbänden – ausgestaltet oder zu einer einheitlichen Kultusgemeinde mit einer weitgehenden Verselbständigung des Kultus auf Grund einer neuen Verfassung ausgestaltet werden solle.

Als Ergebnis stellt der Vorsitzende Herr Dr. Lippmann fest, dass alle Anwesenden für die Vereinigung der sämtlichen Gross-Hamburger Gemeinden sind. Die Herren Dr. Lippmann und Dr. Jonas übernehmen darauf die Vorarbeiten für den Entwurf eines Vertrages (Protokolle). Herr Dr. Lippmann erklärt sich seinerseits bereit, die ersten Vorarbeiten zu leisten, um sich dann mit Herrn Dr. Jonas in Verbindung zu setzen.

Auf Anfrage des Herrn Möller gibt Herr Dr. Lippmann noch Auskunft über die Vermögenslage der Gemeinde Hamburg.

Schluss der Gesamtbesprechung 17  $\frac{3}{4}$  Uhr.

Herr Dr. Loewenberg erhebt Bedenken gegen eine etwaige Aufhebung der Kultusverbände als solcher; in andern Gemeinden seien die selbständigen Einnahmen der Gotteshäuser, insbesondere die Einnahmen aus Platzmieten, wesentlich geringer. Herr Dr. Nathan weist darauf hin, dass s.E. das Fortbestehen bzw. die Schaffung zweier von einander unabhängiger gesetzestreuer Kultusverbände untragbar und s.E. auch religionsgesetzlich unzulässig sei, da in einem einheitlichen Gemeindegebiet eine religionsgesetzliche Frage nicht von zwei gleichgeordneten Instanzen entschieden werden könne, jedenfalls der Gefahr zweier verschiedener Entscheidungen a priori vorgebeugt werden müsse. Herr Dr. Lippmann hält es für das zweckmässigste, wenn das Gebiet, das kraft Verfassung der Gemeinde jetzt dem Synagogen-Verband vorbehalten ist, auch weiter dem Synagogen-Verband bzw. dessen Oberrabbinat übertragen werden könnte. Es werde den weiteren Verhandlungen zu überlassen sein, wie die Frage geregelt werden könne. Übereinstimmung herrsche, dass eine einheitliche Regelung der religiösen Fragen unbedingt erfolgen müsse.

Schluss 18  $\frac{1}{2}$  Uhr.



**Nr. 3**

Die Auffassung von Oberrabbiner Joseph Carlebach zur Aufnahme der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona

8. April 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 b, Bl. 82

### Besprechung

der Herren Dr. Lippmann und Dr. Nathan mit Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach Donnerstag, den 8. April 1937, 11 Uhr, im Amtszimmer des Herrn Dr. Lippmann.

1. Herr Dr. Lippmann legt Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach dar, dass bei der Neugestaltung der Gesamtgemeinde vielleicht die Aufhebung der Rechtspersönlichkeit der Kultusverbände erforderlich werde, und fragt, ob vom religiösen Standpunkt gegen die Aufhebung Bedenken zu erheben wären, wenn im übrigen die Selbständigkeit des Kultus nicht angetastet werde. Die Frage wird von Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach verneint.

2. Herr Dr. Lippmann teilt mit, dass die Gemeinde Altona wünsche, nach Aufgehen in die Gross-Hamburger Gemeinde sich in einem selbständigen Kultusverband Altona umzuwandeln. Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach hat hiergegen keine Bedenken, wenn der Möglichkeit verschiedener religionsgesetzlicher Entscheidungen vorgebeugt wird und im übrigen alle die Gesamtgemeinde betreffenden Angelegenheiten (Schächtwesen, Handel mit rituellen Lebensmitteln, Herstellung und Vertrieb der Mazzot) einheitlich geregelt werden.

3. Herr Dr. Carlebach hat gegen die Errichtung einer Ritual-Kommission – endgiltige Bezeichnung vorbehalten – bei der Gemeinde, die wie andere Gemeinde-Kommissionen zu besetzen wäre, keine Bedenken, wenn das Rabbinat auf die Entscheidungen dieser Kommission massgeblichen Einfluss erhält. Die Vertretung von Hamburg und Altona in dieser Kommission denken die Herren Dr. Carlebach und Dr. Lippmann sich nach dem Verhältnis 3 : 1 (Hamburg-Altona).

4. Herr Dr. Lippmann bittet Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach zu überlegen, ob er die Bildung eines Rabbinats-Kollegiums in der Gesamtgemeinde für wünschenswert oder erspriesslich halte, und welche Aufgaben einem solchen Kollegium etwa zuzuweisen seien, und darüber später zu berichten.

[...]

**Nr. 4**

Wege zu einer einvernehmlichen Regelung orthodoxer Belange

14. April 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 b, Bl. 90 f.

Hamburg, 14. April 1937

Am 14. April d.J. hat eine Aussprache zwischen Herrn Oberrabbiner Weisz – Altona, Herrn Möller – Altona und mir über den Vertragsentwurf Hamburg-Altona und über die einheitliche Regelung der allgemeinen religiös-orthodoxen Belange für das Gebiet der Gesamtgemeinde Hamburg stattgefunden.

[...]

Wir haben alsdann die Frage besprochen, auf welche Weise einheitliche Entscheidungen in religiösen Fragen für die Folge gesichert werden können. Herr Oberrabbiner Weisz erklärte, er stünde auf demselben religiösen Standpunkt wie Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach, und er könne sich nicht vorstellen, dass abweichende Entscheidungen ergehen würden. S.E. genüge es, wenn die beiden Rabbinate selbständig bleiben und nur vorgesehen würde, dass sie sich vor Entscheidungen von allgemeiner Bedeutung miteinander ins Benehmen setzten. Ich erklärte dies für ungenügend. Die Altonaer Herren sahen dieses ein und erklärten sich grundsätzlich bereit, eine Regelung zu überlegen, nach der die Entscheidung einer Kommission aus Vertretern der beiden Kultusverbände übertragen wird, in der die Rabbinen insofern massgeblichen Einfluss haben sollen, dass sie religionsgesetzliche Fragen ihrerseits bindend entscheiden.

Bezüglich der Rabbinen äusserte Herr Oberrabbiner Weisz das Bedenken, dass er in einer hoffnungslosen Minderheit gegenüber den Hamburger Herren sein würde. Ich erklärte ihm, dass es für die Folge keine Fragen Hamburg-Altona geben werde, sondern nur religiöse Fragen. Wie diese Rabbinen-Kommission zusammengesetzt sein würde, und ob in dieser Rabbinen-Kommission eine Mehrheit sein würde, die sich auf seinen religiösen Standpunkt stellen würde, könne heute noch niemand übersehen. Ich hätte im Gegenteil die Befürchtung, dass, wie man auch die Kommission zusammensetzte, Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach in einer Minderheit sein würde, und dass dieser daher wohl eher Bedenken erheben könnte, als er.

Bezüglich der Frage der Regelung der Zulassung und der Aufsicht über die Koscher-Geschäfte erklärte ich, dass m.E. später das Gebiet, das von dem einzelnen Rabbiner im Auftrage der Kommission zu betreuen sein werde, so zu begrenzen sei, wie es zweckmässig sei, und zwar unabhängig von den jetzigen Grenzen Hamburg-Altona.

Es wurde schliesslich verabredet, dass Herr Oberrabbiner Weisz mit Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach Fühlung nimmt, um festzustellen, ob er gegen meinen Vorschlag noch irgend welche Bedenken zu erheben hat.

Lippman  
(Dr. Lippmann)

**Nr. 5**

Der künftige Status der Altonaer Gemeinde als Hamburger Kultusverband

20. August 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 b, Bl. 173 f.

Hamburg, 20. August 1937

Bezüglich der Gründung des Kultusverbandes Altona erklärte Herr Dr. Lippmann, er sei bei Abfassung des Vertragsentwurfes und der neuen Hamburger Gemeindeverfassung davon ausgegangen, dass der Kultusverband Altona nicht in privatrechtlicher Form gegründet wird und auch keine Privatrechtsform erhalte, insbesondere nicht als nichteingetragener Verein. Er habe die Befürchtung, dass, wenn privatrechtliche Form gewählt würde, der neue Kultusverband steuerrechtlich schlechter dastehen würde als wenn er, wie dies von vornherein seine Auffassung gewesen wäre, Teil der öffentlich-rechtlichen Hamburger Gemeinde würde.

Die praktische Gleichstellung mit den bestehenden Hamburger Kultusverbänden sei durch § 9 der neuen Hamburger Verfassung gewährleistet und könne überdies durch die Ausgestaltung des Statuts des neuen Kultusverbandes noch weiter gesichert werden. Gerade bei den Hamburger Kultusverbänden, die auf Grund des vor 1900 bestehenden Hamburger Rechtes in privatrechtlicher Form gegründet und private Rechtsfähigkeit erhalten hätten, seien infolge der Entwicklung der Steuergesetzgebung so grosse Schwierigkeiten entstanden, dass eine Abänderung ihrer Rechtsform immer wieder zur Debatte hätte gestellt werden müssen.

Herr Dr. Lippmann empfiehlt, demgemäss das Statut durch die beiden Körperschaften der jetzigen Altoner Gemeinde beschliessen zu lassen und dieses Statut dem Vorstand der Hamburger Gemeinde einzureichen. Die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg werde alsdann durch ihre Beschlussfassung und Festlegung des Statuts den neuen Kultusverband Altona als eine Verwaltungs-Abteilung der öffentlich-rechtlichen Hamburger Gemeinde konstituieren. Auf Grund des Statuts würde der Vorstand des neuen Kultusverbandes alsdann im Rahmen des Statuts die Hamburger Gemeinde verpflichten und andererseits auch für diese Rechte erwerben können.

In dem Statut werde die Hamburger Gemeinde ihrerseits den Vorstand des Kultusverbandes zu ermächtigen haben, für sie die nach dem Statut und nach § 9 der Verfassung dem Kultusverband obliegende Handlungen vorzunehmen.

Die näheren Bestimmungen über die Wahl des ersten Vorstandes und über die Wahl späterer Vorstände würden in dem Statut zu treffen sein. Er persönlich halte es nicht für unzulässig, dass bestimmt werde, dass bis zu einem in dem Statut zu nennenden Zeitpunkt als Vorstand diejenigen Personen fungierten, die von den Gremien der jetzigen Altonaer Gemeinde bestimmt würden. Der Beitritt zu dem neuen Kultusverband werde in dem Statut so geregelt werden können, dass Mitglied

des Kultusverbandes mit allen statutarischen Rechten und Verpflichtungen jedes Mitglied der Hamburger Gemeinde werden könne, das ihm ausdrücklich beitrete.

L.[ippmann]

### Nr. 6

Die Eingliederung der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde in die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg – der Vertrag von Oktober 1937

26. Oktober 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 981

Die

DEUTSCH-ISRAELITISCHE GEMEINDE IN HAMBURG

(in Nachfolgendem Hamburger Gemeinde genannt)

und die

HOCHDEUTSCHE ISRAELITEN-GEMEINDE IN ALTONA

(in Nachfolgendem Altonaer Gemeinde genannt)

haben den nachstehenden Vertrag geschlossen, welcher der durch das Inkrafttreten des Gesetzes über Gross-Hamburg vom 26. Januar 1937 eingetretenen neuen Lage Rechnung tragen soll:

#### § 1

Von einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt an wird die Altonaer Gemeinde mit der Hamburger Gemeinde vereinigt. Von diesem Zeitpunkt an gilt die Verfassung der Hamburger Gemeinde für die Gesamtgemeinde.

Mit diesem Zeitpunkt übernimmt die Hamburger Gemeinde die Verwaltung der Altonaer Gemeinde. Ausgenommen bleiben die zu der Verwaltung des Synagogen-Verbandes Altona (vgl. § 5) gehörigen Geschäfte.

#### § 2

Von dem in § 1 genannten Zeitpunkt an werden alle Rechte, Vermögensmassen und Verbindlichkeiten der Altonaer Gemeinde Rechte, Vermögensmassen und Verbindlichkeiten der Hamburger Gemeinde, die Beamten bzw. Angestellten der Altonaer Gemeinde Beamte bzw. Angestellte der Hamburger Gemeinde. Die Regelung der Rechtsverhältnisse der Kultusbeamten, insbesondere des Oberrabbiners in Altona, wird jedoch entsprechend der für die Hamburger Kultusverbände getroffenen Regelung (vgl. § 5) erfolgen. Soweit bisherige Kultusbeamte oder Kultusan-gestellte der Altonaer Gemeinde Beamte oder Angestellte des Synagogen-Verbandes Altona werden, wird die Hamburger Gemeinde für die Erfüllung der Rechtsan-

sprüche der Altonaer Kultusbeamten bezw. Kultusangestellten die selbstschuldnerische Bürgschaft übernehmen.

Der Vorstand der Altonaer Gemeinde verpflichtet sich, die zur Übertragung des Vermögens erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Vorstände beider Gemeinden gehen davon aus, dass für die zur Überleitung erforderlichen Massnahmen die Bestimmung des § 13 des Gross-Hamburg-Gesetzes vom 26. Januar 1937 – Befreiung von Abgaben und Lasten – gilt.

### § 3

Der Vorstand der Hamburger Gemeinde wird dafür sorgen, dass durch geeignete Verwaltungsmassnahmen den Belangen der in Altona wohnhaften Juden Rechnung getragen wird. Insbesondere wird in Aussicht genommen, eine örtliche Bezirksstelle der Wohlfahrts-Abteilung in Altona bestehen zu lassen bezw. einzurichten.

Die Beerdigungen auf den Altonaer Friedhöfen, insbesondere auf dem Friedhof Bornkampsweg, sind bisher ausschliesslich durch die Beerdigungsbrüderschaft Altona und ausschliesslich gemäss ihrem Ritual vorgenommen worden. Der Vorstand der Altonaer Gemeinde ist der Auffassung, dass der Beerdigungsbrüderschaft Altona ein entsprechendes ausschliessliches Recht zusteht. Dieses Recht ist von den Altonaer Gemeindekörperschaften stets anerkannt worden. Durch den jetzt abzuschliessenden Vertrag und durch die Vereinigung der beiden Gemeinden soll an dem bisherigen Rechtszustand nichts geändert werden.

### § 4

Die Vorstände der beiden Gemeinden sind sich darüber einig, dass für die religiösen Bedürfnisse der in Altona wohnhaften Juden durch Aufrechterhaltung des Gottesdienstes in der Grossen Synagoge auf Altonaer Gebiet Sorge zu tragen ist.

Es herrscht Übereinstimmung, dass zur Aufrechterhaltung eines würdigen Kultus auf Altonaer Gebiet dem Synagogen-Verband Altona (vergl. § 5) in gleicher Weise Mittel zur Verfügung zu stellen sind, wie den anderen Kultusverbänden.

Bei Bemessung der Mittel, die aus dem Steueraufkommen der Gesamtgemeinde für den Kultus zur Verfügung zu stellen sind, soll berücksichtigt werden, dass die Altonaer Gemeinde ein nennenswertes Vermögen auf die Gesamtgemeinde übertragen hat.

Die Aufhebung der Zulassung des Kultusverbandes Synagogen-Verband Altona soll abweichend von der Bestimmung des § 13 letzter Absatz der geänderten Gemeindeverfassung nur erfolgen können, wenn die Zahl seiner Mitglieder während der Dauer von fünf aufeinander folgenden Jahren unter 300 männliche Gemeindeangehörige zurückgegangen und verblieben ist.

### § 5

Der Synagogen-Verband Altona soll gemäss den Bestimmungen der Verfassung der Hamburger Gemeinde den bestehenden drei Hamburger Kultusverbänden

gleichberechtigt und neben ihnen gleichverpflichtet sein. Der Synagogen-Verband Altona ist bezüglich des Kultus sowie bezüglich der den Kultus betreffenden Rechte und Verbindlichkeiten Rechtsnachfolger der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona.

### § 6

Es herrscht Übereinstimmung, dass die Fürsorge für das Schächtwesen, den Koscherfleischhandel und den Handel mit anderen rituellen Lebensmitteln sowie die religionsgesetzliche Überwachung der Beschaffung von Koscherfleisch und die Fürsorge für die Herstellung der Mazzoth einheitlich für das Gebiet der ganzen Gemeinde erfolgen muss.

§ 10 der Verfassung der Deutsch-Israelitischen Gemeinde vom 8. Dezember 1924 wird demgemäss durch folgende Bestimmungen ersetzt:

(§§ 14 – 14 b der Verfassung der Hamburger Gemeinde:)

§ 14 Mit der Fürsorge für das Schächtwesen, den Handel mit Koscherfleisch und mit anderen rituellen Lebensmitteln sowie mit der religionsgesetzlichen Überwachung der Beschaffung von Koscherfleisch und mit der Fürsorge für die Herstellung der Mazzoth wird eine Kommission betraut, die aus drei von dem Vorstand des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes und zwei von dem Vorstand des Synagogen-Verbandes Altona zu bestimmenden Mitgliedern besteht. Die Fürsorge muss in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Religionsgesetzes (Schulchan Aruch) gehandhabt werden.

An den Beratungen der Kommission nehmen fünf Rabbiner teil, die von den Vorständen des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes und des Synagogen-Verbandes Altona bestimmt werden. Die Rabbiner haben beratende Stimme. Soweit jedoch bezüglich einer religionsgesetzlichen Frage ein nach dem Religionsgesetz bindender Beschluss der fünf Rabbiner vorliegt, ist dieser Beschluss für die Kommission massgeblich.

Die Kommission hat dahin zu wirken, dass auch andere als die in Absatz 1 genannten religionsgesetzlichen Fragen, die für die Angehörigen der beiden Kultusverbände allgemeine Bedeutung haben, für beide Kultusverbände einheitlich geregelt werden.

Der Gemeindevorstand kann zu den Verhandlungen der Kommission einen Vertreter entsenden. Dieser ist von der Kommission jederzeit zu hören. Auf seinen Wunsch ist in wichtigen Fragen vor der Inkraftsetzung eines Beschlusses der Kommission dem Gemeindevorstand Gelegenheit zu geben, Stellung zu dem Beschluss der Kommission zu nehmen und etwaigenfalls eine nochmalige Beratung der Kommission zu erwirken, bevor der Beschluss in Kraft gesetzt wird. Der Gemeindevorstand ist über die Arbeiten der Kommission ständig zu unterrichten.

§ 14 a: Von den in § 14 genannten fünf Rabbinern wird einer von dem Vorstand des Synagogen-Verbandes Altona ernannt. Drei der Rabbiner ernennt der Vorstand des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes nach eigenem Ermessen.

Ein weiterer Rabbiner wird von dem Vorstand des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes auf Vorschlag der Kommission ernannt. Die Kommission soll bei ihrem Vorschlag die Bedürfnisse und Wünsche des Synagogen-Verbandes Altona sowie der ehemals preussischen Gebietsteile soweit als irgend möglich berücksichtigen.

§ 14 b: Die rituellen Tauchbäder werden von dem Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband bzw. von dem Synagogen-Verband Altona verwaltet. Ihre Benutzung ist jedoch den Rabbinern aller Kultusverbände für Amtshandlungen sowie allen Gemeindeangehörigen gestattet.

#### § 7

Zur Erleichterung des Überganges wird bis zu dem Zeitpunkt, in dem der jetzige Hamburger Gemeindevorstand in seiner Gesamtheit neu gewählt wird, in den Vorstand der Hamburger Gemeinde ein von dem Vorstand des zukünftigen Synagogen-Verbandes Altona aus seiner Mitte zu benennendes Mitglied aufgenommen.

Es sollen ferner bis zu einer Neuwahl des Repräsentanten-Kollegiums der Hamburger Gemeinde zwei von dem Vorstand des zukünftigen Synagogen-Verbandes Altona zu benennende Personen in das Repräsentanten-Kollegium der Hamburger Gemeinde entsandt werden. Bei den Sitzungen des Repräsentanten-Kollegiums haben diese beiden Personen nur beratende Stimme.

Der Vorstand des zukünftigen Synagogen-Verbandes Altona bestimmt für die nach Absatz 1 und 2 von ihm zu benennenden Personen je einen Stellvertreter.<sup>50</sup>

#### § 8

Sollten in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten dieses Vertrages zwischen dem Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg und dem Vorstand des Kultusverbandes Synagogen-Verband Altona über die Auslegung dieses Vertrages Meinungsverschiedenheiten entstehen, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden können, soll die Reichsvertretung der Juden in Deutschland in Berlin um ihre Vermittlung ersucht werden.

(gez.) David	(gez.) Dr. Ernst Loewenberg	(gez.) Leo Lippmann
(gez.) Offenburg	(gez.) Dr. S. Baruch	(gez.) Hausmann
(gez.) Max Haag	(gez.) Dr. Alfred Unna	(gez.) F. Warburg

<sup>50</sup> § 7 Abs. 1 des Vertrages war zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags am 1. Januar 1938 bereits überholt. Am 29. Dezember 1937 hatte eine Wahlkommission einen neuen Gesamtvorstand bestimmt. In diesem war der nunmehrige Kultusverband Synagogenverband Altona durch Paul Möller »vertreten«. Gemäß § 7 Abs. 2 des Vertrages entsandte der Vorstand des Synagogenverbandes Altona Max Lehmann und Arje Stahl in das Repräsentanten-Kollegium als beratende Mitglieder.

für den  
VORSTAND DER DEUTSCH-ISRAELITISCHEN GEMEINDE  
IN HAMBURG.

Hamburg, den 26. Oktober 1937.

Paul Möller  
Zadik, Dr.

Georg Lichtheim  
Baer

M. Lehmann  
Jacob Heilbut

für den  
VORSTAND DER HOCHDEUTSCHEN ISRAELITEN-GEMEINDE  
IN ALTONA.

**Nr. 7**

Der Nachtragsvertrag vom 30./31. Dezember 1937

30./31. Dezember 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 981

Nachschrift zum Verträge vom 26. Oktober 1937.

Auf Grund des Schreibens der Hamburgischen Kultur- und Schulbehörde Hamburg vom 20. Dezember 1937, durch das die Genehmigung des Vertrages unter der Bedingung erteilt ist, dass der in § 6 des Vertrages erwähnte § 14 der Verfassung eine andere Wortung erhält, sind die Eingangsworte des § 14 der Verfassung geändert worden wie folgt:

»Mit der religionsgesetzlichen Überwachung der Beschaffung von rituellen Lebensmitteln und des Handels mit solchen sowie mit der Fürsorge für die Herstellung der Mazzot wird eine Kommission betraut, die ....«.

Hamburg, den 30. Dezember 1937

Dr. Ernst Loewenberg  
Dr. Alfred Unna  
Leo Lippmann

Hausmann  
David

F. Warburg  
Offenburg  
Haag

für den  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg

Altona, den 31. Dezember 1937

Paul Möller  
G. Lichtheim

M. Lehmann  
Jacob Heilbut

Dr. Manfred Zadik  
Baer

für den  
Vorstand der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona.



## 16. Die Jüdische Gemeinde zu Wandsbek (bis 31.12.1937)

### Nr. 1

Die Streichung der Staatszuschüsse zur Rabbinerbesoldung

10. Mai 1933

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 6

Der Regierungspräsident Schleswig, den 10. Mai 1933

J.Nr. I S.R. 3511/7

An

den Magistrat

in W a n d s b e k

Bezug: Bericht vom 4. November 1932 – 10 –  
Abschrift!

Der Preussische Minister  
für Wissenschaft, Kunst und  
Volksbildung

Berlin W 8, den 2. Mai 1933.

G. I Nr. 694 . 1

Betrifft: Staatszuschüsse zur Rabbinerbesoldung.

Mit Bezug auf die Runderlasse vom 6. Juli und 13. Oktober 1932 – G I 27 und 27 II –

Von der Bewilligung von Bedürfniszuschüssen an Synagogengemeinden zur Besoldung sowie Ruhestands- und Hinterbliebenenversorgung der Rabbiner für die Rechnungsjahre 1932 und 1933 wird abgesehen.<sup>1</sup> Die Beteiligten werden von hier aus benachrichtigt.

gez. Unterschrift.

An die Herren Regierungspräsidenten pp.

Abschrift übersende ich ergebenst zur Kenntnis.

In Vertretung

gez. Röhrig.

1 Der Runderlass vom 2. Mai 1932 des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist auch bei Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden, S. 19, Rn. 84, wiedergegeben. Die im Erlass selbst erwähnten Erlasse vom 6. Juli und vom 13. Oktober 1932 sind nicht bekannt.

**Nr. 2**

Der Spendenaufruf an die Gemeindemitglieder

4. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 938, Bl. 42

Jüdische Gemeinde  
Wandsbek

Wandsbek, den 4. Juli 1933

An die verehrlichen Mitglieder unserer Gemeinde!

In dieser Zeit der allgemeinen Not, in welcher eine unendlich grosse Zahl Bedürftiger Hilfe und Beistand verlangt, sind wir zur Durchführung der socialen Fürsorge mehr denn je auf die Wohlfahrtskommission unseres Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig Holsteins und die Beratungsstelle für Wirtschaftshilfe Gross[-] Hamburgs angewiesen. Von diesen Stellen werden wir dringend gebeten, auch in unserer Gemeinde Sammlungen vorzunehmen und sind ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, dass Gemeinden, in denen keine solchen Sammlungen vorgenommen worden sind, nicht erwarten dürfen, Aussicht auf Berücksichtigung von event. Gesuchen zu finden.

Da diese Sammlungen bis zum 10. Juli beendet sein müssen, bitten wir Sie dringend und höflich um gefl. Bewilligung eines Beitrags; auch der kleinste trägt zur Linderung der Not bei; event. bitten wir um einen wöchentlichen Beitrag für die nächsten 4 Wochen. Die Einziehung erfolgt durch uns.

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde:

B. Beith

Vorsitzender.

**Nr. 3**

Die Änderung der Satzung 1933

19. Juli 1933

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 8

Satzungsänderung beschlossen in der Sitzung der Gemeindegemeinschaft am 19. Juli 1933.<sup>2</sup>Alte Fassung.<sup>2</sup>

Die Gemeinde wird verwaltet durch ein Gemeindegemeinschaft. Dieses besteht aus drei Vorstehern (dem Vorstand) und zwei Gemeindevertretern. Die Vorsteher und die Gemeindevertreter werden für die Dauer von 6 Jahren gewählt.

Zur Ergänzung des Kollegiums wird 1 stellvertretender Vorsteher und ein stellvertr. Gemeindevertreter gewählt. Nach 3 Jahren werden die beiden dienstältesten Vorsteher und der dienstälteste Gem. Vertreter und der stellvertr. Gem. Vertreter neu gewählt; nach weiteren 3 Jahren erfolgt die Neuwahl der anderen Mitglieder des Kollegiums.

## § 3, Absatz 1 – 3

Die Gemeinde wird durch ein aus 3 Mitgliedern bestehendes Vorsteherkollegium verwaltet. Die Vorsteher werden für die Dauer von 6 Jahren gewählt. Die jetzigen Vorsteher bleiben bis zum Ablauf ihrer Amtszeit im Amt.

Für event. Vacanzen im Kollegium werden 2 Stellvertreter gewählt. Nach 3 Jahren werden die beiden dienst[ig] ältesten Vorsteher und 1 Stellvertreter neu gewählt; nach weiteren 3 Jahren erfolgt die Neuwahl des anderen Mitgliedes und des anderen Stellvertreters.

## Neue Fassung.

## Zu § 4, Satz 2

Wählbar ist jedes stimmberechtigte männliche Mitglied, welches das 25. Lebensjahr vollendet hat.

Wählbar ist jedes stimmberechtigte zur Gemeinde beitragende männliche Mitglied, welches das 25. Lebensjahr vollendet hat.

## Zu § 11, Absatz 2

Das Gemeindegemeinschaft ist beschlussfähig, wenn 2 Vorsteher und ein Gemeindevertreter anwesend sind.

Das Vorsteherkollegium ist beschlussfähig, wenn 2 Vorsteher und ein Stellvertreter anwesend sind.

<sup>2</sup> Vgl. die früheren Fassungen der Satzung vom 9. Oktober 1912 und vom 25. Oktober 1920, abgedruckt in Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 2, S. 1362-1367, 1376 f.

An allen Stellen der Satzungen, an welchen von »Gemeindekollegien« die Rede ist, ist »Vorsteherkollegium« zu setzen.

Die Aenderung tritt mit dem Tage der Genehmigung durch den Herrn Regierungs-Präsidenten in Kraft.

Wandsbek, den 19. Juli 1933.

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde:  
Gez. B. Beith, Vorsitzender

Vorstehende Satzungsänderung wird genehmigt:

Schleswig, den 26. September 1933

(L.S)

I S.R. 3519-7- Der Regierungspräsident

Im Auftrage:  
gez. v. Fallois

#### Nr. 4

Der Mitgliederschwund

⟨A⟩ 11. September 1933

⟨B⟩ 18. September 1933

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 8

⟨A⟩

1. In der letzten Zeit haben viele Mitglieder der hiesigen jüdischen Gemeinde ihren Wohnsitz von Wandsbek verlegt. Ein weiteres Absinken der Mitgliederzahl steht bevor. Dieser Tatsache trägt nun die von dem Gemeindekollegium der jüdischen Gemeinde am 19.7.1933 beschlossene Satzungsänderung Rechnung, wodurch eine Verkleinerung der Verwaltung der jüdischen Gemeinde eintreten wird. Wir haben gegen die vorgeschlagene Satzungsänderung nichts einzuwenden und bitten die nachgesuchte Genehmigung zu erteilen.

2. Schreiben an die Jüdische Gemeinde, hier.

Zu der von Ihnen am 24.7. beantragten Satzungsänderung wollen Sie uns noch mitteilen

a) ihren bisherigen Mitgliederstand

b) die Zahl der in letzter Zeit aus Wandsbek verzogenen Mitglieder

c) die Zahl der Mitglieder, die ihren Wohnsitz wahrscheinlich noch von Wandsbek verlegen werden.

Wandsbek, den 11. September 1933.

Der Magistrat.  
Z[iegler]

⟨B⟩

Jüdische Gemeinde  
Wandsbek

Wandsbek, den 18. Septbr. 1933.

An den Magistrat  
Wandsbek.

Auf das Schreiben vom 11. ds., Satzungsänderung betreffend, gestatten wir uns zu erwidern, dass eine genaue Zahl der Mitglieder (Seelenzahl) unserer Mitglieder sich nicht feststellen läßt. Unseren Listen nach hat unsere Gemeinde ca. 180 – 200 Seelen; in letzter Zeit, d.h. seit April sind ca. 30 Seelen verzogen; wie gross die Zahl der Mitglieder ist, welche ihren Wohnsitz wahrscheinlich noch von Wandsbek verlegen wird, lässt sich heute nicht feststellen.

Ergebenst!

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde:

Max Moses

Schriftführer.

### Nr. 5

Die Erhöhung der gemeindlichen Steuerlast ab 1934 und die Verschiebung der Gemeindewahlen

2. November 1933

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 6

Sitzung der Gemeindegemeinschaft am 2. November 1933, abends 8 ¼ Uhr.

Anwesend vom Vorstand die Herren B. Beith (Vorsitz), J. Fränkel und M. Moses; v.d. Gemeindevertretern die Herren H. Semler und S. Franck, unentschuld. fehlt Herr L. Levisohn.

Tagesordnung: 1. Aufstellung des Voranschlags für 1934; 2. Festsetzung der zu erhebenden Steuerquote für 1933; Entlassung der Gemeindevertreter; 4. Festsetzung des Termins für die vorzunehmenden Wahlen; 5. Geschäftliches.

Zu 1. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und legt den Entwurf des Voranschlags für 1934 vor; nach eingehender Beratung wird derselbe mit einem Betrage von M. 13608,95 bei einem Steuersoll von M. 8918, in Einnahme und Ausgabe aufgestellt; derselbe liegt vom 6. – 21.11.33 im Gemeindegemeinschaftszimmer zur Einsichtnahme aus.

Zu 2. Die angestellten Erhebungen haben ergeben, dass das Reichseinkommensteuersoll der zur hiesigen Gemeinde gehörenden Steuerpflichtigen für 1932 ca. M. 15000, das Vermögenssteuersoll ca. M. 3000.– und Lohnsteuersoll ca. M. 250.–

beträgt. Nach dem Voranschlag sind für [19]33 M. 9500.– aufzubringen; von diesem Betrag zahlen die auf Hamburger Gebiet wohnhaften Mitglieder ca. M. 600.–, so dass das Steuersoll der hier wohnhaften Mitglieder ca. M. 8900.– beträgt. In Anbetracht des Fortzugs mehrerer steuerkräftigen Mitglieder und der Tatsache, dass ein grosser Teil der Mitglieder keine Einkommensteuer zu entrichten hat, wird vorgeschlagen, die Steuerquote für [19]33 wie folgt festzusetzen: 30 % Zuschlag zur Einkommensteuer, 20 % Zuschlag zur Vermögenssteuer, 6 % Wohnabgabe und 3 % Abgabe der Räume für gewerbliche Zwecke. Das Kollegium beschliesst vorschlagsgemäss. Es wird ergänzend hierzu bemerkt, dass das Endergebnis dieses Satzes erst einen Betrag von M. ca. M 8200.– ergibt; das Kollegium hofft jedoch, dass der Fehlbetrag durch Zuzug neuer Mitglieder etc. gedeckt werden kann; sollte das nicht der Fall sein, dann müsste ein weiterer Zuschlag erhoben werden, dessen Genehmigung später eingeholt werden soll.<sup>3</sup>

Zu 3. Die Satzungsänderung, nach welcher in Zukunft die Gemeinde nur von drei Vorstehern verwaltet wird, hat unter dem 26.9.33 die Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten erhalten; mit diesem Tage scheiden daher die beiden Gemeindevertreter aus dem Kollegium aus. Der Vorsitzende hatte daher die beiden bisherigen Gemeindevertreter, die Herren H. Semler und S. Franck[,] zur heutigen Sitzung eingeladen, um sie mit den Worten des Dankes für ihre bisherige Mitarbeit in der Verwaltung der Gemeinde zu danken. Er bittet die Herren trotz ihres Ausscheidens aus der Verwaltung ihr bisheriges Interesse für die Gemeinde derselben weiter bewahren zu wollen. Die Herren danken für die Worte der Anerkennung und wünschen der Gemeinde auch für die Zukunft das Beste.

Zu 4. Es wird beantragt, angesichts der Finanzlage der Gemeinde die mit grossen Kosten verbundenen Wahlen auf ein Jahr zu verschieben; das Amt eines Vorstehers, welches bis heute Herr J. Fränkel inne hatte, soll ihm ein weiteres Jahr verbleiben; der nach der neuen Satzung zu wählende Stellvertreter soll bis zur Wahl durch das Kollegium berufen werden; der 2. Stellvertreter wäre ohnedies erst in drei Jahren zu wählen. Das Kollegium beschliesst antragsgemäss und beruft Herrn Rechtsanwalt Dr. Jacobson in das Kollegium.

Zu 5. Der Vorsitzende berichtet von einer eingeg. Spende für die Wohlfahrtszwecke der Gemeinde von M. 25.–, dem Spender ist in einem Schreiben der Dank der Verwaltung zum Ausdruck gebracht worden. – Das Kollegium beschliesst, auch in diesem Jahre der Winterhilfe d. Stadt Wandsbek einen Betrag von M. 30.– zu überweisen. – Es wird ferner beschlossen, die Mitglieder der Gemeinde über den Stand der-

3 Die beschlossene Erhöhung der Gemeindesteuern bedurfte nach preussischem Recht einer staatsaufsichtlichen Genehmigung. Diese wurde unter dem 5. Dezember 1933 durch den Regierungspräsidenten Schleswig erteilt und der Gemeinde durch den Magistrat der Stadt Wandsbek bekannt gegeben; vgl. Aktenvermerk der Jüdischen Gemeinde Wandsbek vom 10.12.1933, StAHH, 422-11 Magistrat Wandsbek, E I c 6.

selben und die Anforderungen, welche zur Zeit an die Wohlfahrtsabteilung der Gemeinde gestellt werden, in einer kurzen Mitteilung aufzuklären.

Schluss 9 ½ Uhr. V.u.g.  
gez. B. Beith. M. Moses.

Die Richtigkeit der vorstehenden Abschrift wird bestätigt.  
Wandsbek, den 7. November 1933  
der schriftführende Vorsteher:  
(Stempel) M. Moses

### Nr. 6

Das Gesuch eines Gemeindemitglieds um Unterstützung

⟨A⟩ 7. November 1933

⟨B⟩ 15. Februar 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 938, Bl. 82, 79

⟨A⟩

Rahlstedt den 7. Novb. 1933.

Herrn B. Beith<sup>4</sup>  
Vorsitzender der jüdischen Gemeinde  
Wandsbeck

Mit Gegenwärtigem erlaube mir Sie höfl. um eine Unterstützung zu bitten. Seit längerer Zeit bin erwerbslos und ist es mir unter den jetzigen Verhältnissen nicht möglich gewesen eine Beschäftigung zu finden. Von der Allg. Wohlfahrt konnte [ich] bis heute auch keine Unterstützung erhalten. Wir haben das ersparte Geld aufge[ze]hrt und sind jetzt in größter Not gerraten. Meine Frau ist sehr leidend infolge von 2 hinter einander erfolgter Schlaganfälle und bedarf unbedingt der Pflege und ärztl. Behandlung. Wir haben uns bis jetzt nicht an die Gemeinde gewandt, weil meine Frau eine Rente von Mk 67.90 von der Angestellten Versicherung erhält, hiervon müssen wir 30 Mk Miethe bezahlen so daß uns nach Abzug für Licht und Heizung noch 25 Mk verbleiben für 2 Personen und damit ist es mir unmöglich

4 Der Hausmakler Benjamin Wolf Beith war mindestens von 1912 bis zur Auflösung der Wandsbeker Gemeinde am 31. Dezember 1937 Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Wandsbek. Er emigrierte zusammen mit seiner Ehefrau Selma, geb. Auerbach, im April 1940. Vgl. Louven, Die Juden in Wandsbek, S. 200-203; dies./Pietsch, Stolpersteine in Hamburg-Wandsbek, S. 28-31.

Auszukommen und bitte ich Sie dringend um Ihre Hilfe nicht zu versagen, da ich sonst nicht mehr weiss was beginnen soll. Auf Ihren Wunsch bin ich gerne bereit zu einer Persönlichen Rücksprache, um Ihnen unsere Lage zu schildern.

Hochachtungsvoll

K... St. ...

Rahlstedt  
Eckenerstr. 8.

⟨B⟩

Rahlstedt, 15. II 34.

Sehr geehrter Herr Rabbiner Bamberger.

Wandsbeck.

Leider traf ich Sie schon 2 x nicht persönlich an und gestatte mir, mich hiermit für die mir zuteil gewordene Unterstützung, bestens zu bedanken.

Gleichzeitig möchte ich Herrn Rabbiner nochmals betonen das es uns nicht möglich ist ohne Ihre Hilfe zu existieren. Denn mit 42 Mk. für alles, was dazu gehört, und dazu eine kranke Frau, welche sehr der Pflege bedarf, geht es bei der größten Einschränkung nicht. So muß ich von einem zum anderen Monat Schulden machen.

Ich bitte daher Herrn Rabbiner mir auch weiterhin Ihre Unterstützung nicht zu versagen, denn es ist wirkliche Notlage worin wir uns befinden.

Erlaube mir am Mittwoch den 21. bei Ihnen vorzusprechen

Ergebenst

K... St. ...

Eckenerstr. 8

**Nr. 7**

»Steuerentrichtung ist Ehrenpflicht«

29. November 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 919, Bl. 1f.

Jüdische Gemeinde  
Wandsbek

Wandsbek, den 29. Nov. 1933

An unsere geehrten Mitglieder!  
Sehr geehrter Herr, sehr geehrte Frau!

Die Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zur Erhebung der Zuschläge zur Reichseinkommensteuer und Vermögensteuer sowie der Wohnabgabe ist in die-



sen Tagen eingegangen und dem Finanzamt zur weiteren Erledigung behufs Einziehung der Gemeinde-Steuern für das Jahr 1933 weitergegeben. Sie werden von dort auch weitere Mitteilung erhalten, und wir bitten Sie, angesichts der Finanzlage unserer Gemeinde um baldgefl. Ueberweisung der festgesetzten Steuern.

Mit dieser Mitteilung verbinden wir zwei kleine Bitten:

1) Um den Verpflichtungen unserer Gemeinde nachkommen zu können, sind wir dringend auf die Eingänge der Steuern durch die Finanzkasse angewiesen. Es ist darum nicht angängig, Anträge auf Stundung oder Erlass der Steuern zu stellen. Wir können es dem Finanzamt gegenüber, das sich mit besonderer Sorgfalt der Einziehung der jüdischen Gemeinde-Steuern annimmt, nicht verantworten, Stundungen zu gewähren oder Zahlungen ganz zu erlassen. Was jetzt zu zahlen ist, sind die Steuern für das Jahr 1933. Steuerentrichtung ist Ehrenpflicht, der sich in heutiger Zeit weniger denn je, ein Mitglied unserer Gemeinschaft entziehen dürfte. Jedes Gesuch um Stundung oder Erlass belastet ausserdem die Gemeinde mit Ausgaben und unnötigen Schreibarbeiten, die vermieden werden müssen.

2) Durch die Not der Zeit betrifft Wohlfahrt sind die Anforderungen, die an unsere Wohlfahrtsverwaltung gestellt werden, besonders hoch und mehren sich von Woche zu Woche. Gleich anderen Gemeinden sind wir genötigt, an den Opfersinn unserer Mitglieder zu appellieren und sie zur Unterstützung unseres Winterhilfswerks aufzufordern. Familien, die bis in die letzte Zeit, mit Aufgebot aller Kraft, sich gegen die Not wehrten und um ihre[r] Ehre und ihres Namens willen, es vermieden haben, sich an uns zu wenden, verlangen jetzt diskret unsere Hilfe. Ihnen zur Seite zu stehen, ist vornehmste Pflicht der Gemeinde. Helfen Sie uns und gewähren Sie uns einen einmaligen oder monatlichen Beitrag.

Im Laufe der nächsten Wochen wird ein Herr unserer Gemeinde bei Ihnen vorsprechen, lassen Sie ihn nicht gehen, ohne Ihrer Pflicht nachgekommen zu sein. Wer heute noch geben kann, bleibe nicht unberührt bei der Not für andere. Doppelt gibt, wer schnell gibt. Sie würden uns aber zu besonderem Dank verpflichten, wenn Sie nicht erst den Besuch unseres Herrn abwarten würden, sondern uns sofort einen Beitrag, wie es Ihr Herz Ihnen gebietet[,] überweisen wollen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand der jüdischen Gemeinde

gez. B. Beith, Vorsitzender.

**Nr. 8**

Erste Überlegungen zur Übernahme der Wandsbeker Gemeinde in die Hamburger Gemeinde

April 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 919, Bl. 3-5

Jüdische Gemeinde

W a n d s b e k

April 1934

Exposé

Die Gemeinde Wandsbek, deren Bestand nachweisbar auf das Jahr 1637 zurückgeht, ist seit dem Jahr 1812, dem Trennungsjahr der 3 Gemeinden selbständig und hat sich bis heute aus eigener Kraft schuldenfrei erhalten.

Sie besitzt an Einrichtungen:

1. Die Synagoge mit 90 Herren- und achtzig Frauenplätzen nebst allen zu diesen ihren Zwecken dienenden Beständen am Torarollen (15), Thoraschmuck (6 Garnituren in Silber), Vorhängen, Decken und Garnituren (in mindestens 8facher Ausführung) –. Zur Synagoge gehören neben dem Vorraum (eingerrichtet als Wintersynagoge) Garderobe und 2 Sitzungszimmer; ferner 2 Wohnhäuser mit einem jährlichen Mietertrag von ca. 7-800.– Mark und einer Freiwohnung (3 Zimmer und Küche nebst Badezimmer für den Castellan.) –
2. der alte Friedhof; geschlossen seit dem Jahre 1885 (Langereihe)
3. der neue Friedhof (Jenfelderstrasse mit Inspektorwohnung, Leichenhalle und Bethalle), erworben im Jahre 1884, ca. 65 Ar, und erst kaum zu 1/5 (120 Gräber) belegt; ein kleines Stück von diesem Friedhof ist abgegrenzt und für Beisetzungen von Aschenresten bestimmt.
4. Diverse Fonds (Extraservefonds ca. Rm. 2000.–, Friedhofs. ca 250.– Beamtenpensions-f[on]ds, ca. 1000.–, Brautaussteuerfonds; ca. 100.–; Synagogenf[on]ds. ca. 150.–; Schülerprämienf[on]ds. ca. 60.–.) Einen Überblick über die Jahresabschlüsse ergibt folgendes Bild:

	Einnahmen	(hiervon Steuern)	Ausgaben
1910	7636	4102,79	7382,34
1920	35078,23	14114,61	34814,43
1930	24366,93	14389,95	23364,69
1933	13166,28	7662,55	13059,69

Über die vorstehenden Steuerunterschiede müssten in einer mündlichen Besprechung ausführliche Aufklärungen gegeben werden. – Während in den letzten Jahrzehnten der Bestand der Gemeinde ein annähernd stabiler gewesen – die Seelenzahl hat sich durchschnittlich zwischen 180 – 250 bewegt – ist in den letzten Jahren ein ausserordentlicher Rückgang eingetreten, welcher, da die Ausgaben nicht wesentlich

eingeschränkt werden können, es fast unmöglich macht, den Etat weiter blancieren zu lassen. So hat sich im vorigen Jahre (1933) die Seelenzahl durch Fortzug um ca. 30 Personen und durch 4 Todesfälle verkleinert; auch in diesem Jahre sind bereits durch Fortzug 15 Seelen und durch Todesfall ein Mitglied ausgeschieden. Unter den Verzogenen befinden sich verschiedene steuerkräftige Mitglieder, insbesondere ein Anwalt und 3 Ärzte. Bei der Kleinheit der Gemeinde (zur Zeit 150 Seelen) will der Ausfall jedes einzelnen steuerkräftigen Mitgliedes sehr viel bedeuten. Es bedeutet daher für die Gemeinde einen nicht zu ersetzenden Ausfall, dass der grösste Steuerzahler, dessen Steuerleistungen allein über ein Drittel des Steuersolls betragen, plötzlich verstorben und auswärts beerdigt worden ist. Eine Erhöhung der Steuerquote ist unmöglich, da wir bereits für das Steuerjahr 1933 an Steuern erheben: 30 % Zuschlag zur Reichseinkommensteuer, 20 % Zuschlag zur Vermögenssteuer, 6 % Wohnungsabgabe und 3 % Abgabe der Räume für gewerbliche Zwecke (Abgabe nach Friedensmiete).

Es ist demnach unmöglich, einen steuerlichen Ausgleich für die ausgefallenen Steuerbeträge zu schaffen.

Eine Verminderung der Ausgaben ist nicht möglich, da es sich um folgende laufende Ausgaben handelt:

Rabbinergehalt	Rm. 3500.—	(der Rabbiner erhält ausserdem einen Sonderzuschuss des Preuss. Landesverbandes von M 1800.— (widerrufflich))
Vorbetergehalt	1200.—	
Pension	600.—	
Castellan	300.—	(nebst freier Wohnung)

Wie aus der anliegenden Übersicht der Jahresrechnung für 1933 ersichtlich, bewegen sich die Ausgaben in den engsten Grenzen, die zu ziehen möglich gewesen. Die Notwendigkeit, die Einrichtungen der Gemeinde aufrecht zu erhalten, insbesondere auch die Gehälter für den Rabbiner, der bereits seit 33 Jahren im Gemeindedienste steht und in vorbildlicher Weise bemüht gewesen, das Ansehen der Gemeinde und ihre Tradition zu wahren[,] und für den Kantor aufzubringen, erfordert gebieterisch einen Ausweg, den wir nur in der Übernahme der Wandsbeker Gemeinde in die Hamburger Gemeinde erblicken.

**Nr. 9**

Der Zuschuss der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zum Rabbinergehalt

8. August 1934

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 8

Sitzung des Gemeindegremiums am 8. August 1934, abends 8 ¼ Uhr.

Anwesend die Herren Vorsteher B. Beith (Vorsitz), Max Moses, J. Fränkel, Dr. Jacobson sowie Herr Rabbiner Bamberger.

Tagesordnung: 1. Festsetzung der Steuerquote für das Jahr 1934; 2. Hilfsvorbeter zu den hohen Feiertagen; 3. Heizungsanlage auf dem neuen Friedhof; 4. Geschäftliches.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und macht den Mitgliedern die Mitteilung, dass der Vorstand der Gemeinde Hamburg auf Grund der gepflogenen Verhandlungen für das Jahr 1934 einen Zuschuss zu dem Gehalte des Herrn Rabbiner in Höhe von M. 2000.— bewilligt hat; event. Gegenleistungen seitens der Gemeinde oder des Herrn Rabbiner sollen späteren Verhandlungen vorbehalten bleiben. Das Kollegium nimmt dankend von diesem Beschluss Kenntnis und begrüsst ihn insbesondere angesichts der grossen Steuerausfälle dieses Jahres. Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten.

Zu 1. Die angestellten Erhebungen haben ergeben, dass das Reichseinkommensteuersoll der zur hiesigen Gemeinde gehörenden Steuerpflichtigen für 1933 ca. M. 9000.—, das Vermögenssteuersoll ca. M. 1000.— beträgt. Nach dem Voranschlag sind für 1934 ca. M. 9000.— aufzubringen; derselbe verringert sich durch den Beschluss des Hamburger Vorstandes um M. 2000.— u. durch die Beiträge der auf Hamburger Gebiet wohnenden freiwilligen Mitglieder um ca. M. 400.—, sodass das Steuersoll ca. M. 6600.— beträgt. In Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde wird beschlossen, für das Jahr 1934 zu erheben: Zuschlag zur Reichseinkommensteuer = 30 %, zur Vermögenssteuer = 30 %, Wohnabgabe = 6 % und Wohnabgabe der gewerblichen Räume 3 %; das Kollegium beschliesst demgemäss. Ergänzend wird aber dazu beschlossen, dass Steuerpflichtige, deren Zuschläge zur Reichseinkommensteuer höher als M. 100.— ergeben, von der Vermögenssteuer befreit werden und diejenigen Steuerpflichtigen, deren Steuerleistung eine höhere als M. 300.— errechnet, bloss die Hälfte der Wohnabgabe und auch bloss die Hälfte der Abgabe für gewerbliche Räume zu zahlen haben. Die Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten ist baldigt herbeizuführen.

Zu 2. Auf Antrag des Herrn Rabbiner soll auch in diesem Jahre zu den hohen Feiertagen Herr Norden als Hilfsvorbeter gewählt werden; das Kollegium beschliesst antragsgemäss und bewilligt dafür den gleichen Betrag wie im Vorjahre.

[...]

Schluss 10 ¼ Uhr. v. u. g.  
gez. B. Beith. Max Moses.

**Nr. 10**

Das Ersuchen um die Niederschlagung gemeindlicher Abgaben

⟨A⟩ 14. Oktober 1934

⟨B⟩ 22. Oktober 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 932 b, Bl. 138 f., 140

⟨A⟩

Betr: Stellengeld

Wandsbek, den 14.10.34

An die Jüdische Gemeinde  
Wandsbek

Unter höfl. Bezugnahme auf den mir übersandten Steuerbescheid möchte ich dazu noch Folgendes bemerken. Ich bin am 1. Mai 1934 nach Wandsbek gekommen, weil ich gezwungen wurde, in Hildesheim meine Stellung des Arierparagraphen wegen aufzugeben. Um mich vor der schlimmsten Not zu schützen, nahm Herr Hermann Semler mich in sein Geschäft auf, da ich sonst tatsächlich kein Unterkommen gefunden hätte. Ich verdiene in meiner Stellung 160.– Mk wovon ich folgende Summen abziehen muß.

Wohnungsmiete	55,--
Krankenkasse & sonstige soziale Lasten	17,50
Lohnsteuer	3,--
Reichsversicherung	8,--
Lebensvers.[-]Prämie	17,50
Synagogensteuer	-,90
	101,90

Mir bleiben zum Leben mit meiner Familie nur noch 58.– Mk übrig, wovon ich für Gas und Elektrisch und Heizung noch 15.– Mk abziehen muß.

Durch eine kleine Unterstützung meiner Schwiegereltern ist es mir möglich, bei sparsamster Wirtschaftsführung, ohne Schulden zu machen, zu existieren.

Nach gewünschter Aufstellung meiner Verhältnisse wird es Ihnen ersichtlich sein, daß ich nicht in der Lage bin 18.– Mk für Synagogenplätze, und 36.– Mk Wohnungsabgabe zu bezahlen. Ich bitte daher dringend um Niederschlagung der beiden Summen. Ich bin bereit, diese meine Angaben zu beweisen.

Sie werden nun hoffentlich einsehen, daß bei mir kein böser Wille vorliegt, und danke Ihnen im Voraus für Ihr Entgegenkommen.

Hochachtungsvoll

A... L...

〈B〉

22. Oktbr. 1934

393/34  
Steuern.Herrn A. L.  
Wandsbek.

Ihr Schreiben vom 14. ds.Mts., in welchem Sie gegen Ihre Veranlagung für 1934 Einspruch erheben, ist unseren Kollegien in deren am 18. ds. stattgehabten Sitzung zur Beratung vorgelegen. Es wurde beschlossen Ihnen mitzuteilen, dass das Kollegium nicht in der Lage [ist], Ihrem Wunsche stattzugeben. In dieser Zeit, in welcher alle jüdischen Gemeinden so unendlich schwer um ihre Erhaltung zu kämpfen haben, ist es eines jeden Einzelnen besondere Pflicht, denselben auch Opfer zu bringen und zu ihrem Fortbestand beizutragen. In Anbetracht, dass Sie erst ab 1. Mai hier wohnen, ermässigt sich die Steuer ohnehin um den Betrag von M. 12. Sie haben also bloss M. 24.– für das Jahr 1934 zu zahlen. Das Kollegium hat ferner beschlossen, angesichts der dargelegten Verhältnisse Ihnen die Stellenmiete auf M. 10.– zu ermässigen. Wir gestatten Ihnen, diesen Betrag in 2 Raten und zwar am 1. November und 1. Dezember zu zahlen. Ueber die Ermässigung Ihrer jüdischen Steuern, welche beim Finanzamt zu zahlen sind, ist dasselbe von uns verständigt worden.

Ergebenst!  
Kassenführer.**Nr. II**

Jüdisches Leben in Wandsbek

18. Oktober 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 42 vom 18.10.1934, S. III

**Jüdisches Leben im benachbarten Wandsbek**

Wie ein Wahrzeichen altherwürdiger Judenschaft Norddeutschlands ragt der Ring der Dreigemeinden »Hamburg-Altona, Wandsbek«. Wandsbek nimmt in dieser Dreieinheit – einst »Ahu« nach den Anfangsbuchstaben der drei Orte benannt – heute nur eine recht bescheidene Stellung ein. Nicht immer jedoch war das der Fall. Es gab in dieser ruhmreichen Nachbargemeinde vor etwa fünf, sechs Generationen ein überaus reges, aufblühendes Gemeinwesen, das seine mannigfaltigen Kraftströme durch die Hamburger Muttergemeinde erhielt. Ja, eine Zeitlang machte sie sogar der allmählich aufstrebenden Altonaer Kehilla erfolgreich »Konkurrenz«, und zwar zu jener Zeitspanne, als die Altonaer Gemeinde noch nicht das Priveleg

einer öffentlich-rechtlich geschützten Judenschaft genießen konnte. Diese Zeit ist endgültig vorüber. Und heute?

Etwas fünfzig jüdische Familien wohnen heute in Wandsbek. Diese politische Umwälzung in Deutschland, die nirgends spurlos vorbeigegangen ist, hat auch das Antlitz dieser Kleingemeinde merklich verändert, so daß sie kaum wiederzuerkennen ist. Auswanderung, Wegzug und Todesfälle taten das ihrige, die Kopffzahl ihrer Mitglieder ganz erheblich zu vermindern. Ihre Situation zeugt beredt vom allgemeinen Niedergang deutscher Judengemeinden mittleren Umfangs, die in diesen Zeiten allgemeiner Not besonders hart alle Schicksalsschläge empfinden müssen. So nimmt es durchaus nicht Wunder, daß auch in dieser Kleingemeinde der Zug nach der Großstadt, die in vielerlei Hinsicht bessere Existenzmöglichkeiten bietet, eingesetzt hat, wodurch naturgemäß der Bestand der Gemeinde mehr und mehr gefährdet wird. Ihre glorreiche Vergangenheit kann es daher wohl beanspruchen, daß man sich mit ihrem inneren Leben ausführlicher befaßt, als es sonst zu geschehen pflegt.

Eins sei dabei gleich an die Spitze gesetzt: die erfreuliche Tatsache, daß, unbeirrt durch der Zeiten Schwankungen, hier im regen Lauf der Fluß jüdischen Lebens treibt ...

In den Händen von Rabbiner S. Bamberger<sup>5</sup> liegt die Pflege der stolzen Tradition sowie die geistige Führung der Gemeinde. Seit 33 Jahren leitet er sie, und er verstand es in dieser Zeitspanne – dank der Unterstützung des Vorstandes der Wandsbeker Judenschaft –, ihren ehrbaren Ruf im vollen Umfange aufrecht zu erhalten. An jedem Sabbath findet nach dem Gottesdienst ein Lehrkursus statt, eine Art Einführungsvorträge in die Welt jüdischer Religion, Geschichte und Literatur.

An den Feiertagen erfreute sich die Synagoge in der Langen Reihe eines überaus zahlreichen Besuches aus den Nachbarorten Eilbeck, Barmbeck und Hamm. Kantor Siegmund Kahn trug mit seiner stimmlichen Begabung und echten Herzensfrömmigkeit dazu bei, dem Fest-Gottesdienst die rechte Weihe und Würde zu verleihen. Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß die Barmbecker Schul nur etwa zwanzig Minuten von der Wandsbeker entfernt liegt, was zur Folge hat, daß diese leider nicht immer den gewünschten Besuch aufweist. Wäre nicht eine Zusammensetzung beider Gotteshäuser wünschenswert und erreichbar?

Neben der Synagoge befinden sich zwei Räume für den Religionsunterricht, den Rabbiner Bamberger erteilt. Ihre Wände schmücken die Bildnisse hoch-

5 Simon S. Bamberger (1870-1961), Dr. phil., war seit 1902 Rabbiner der Wandsbeker Gemeinde. Das Rabbinat erlosch mit der Eingliederung der Gemeinde in die Hamburger Gemeinde zum 31. Dezember 1937. Neben seiner seelsorgerischen Tätigkeit beschäftigte sich Bamberger mit Studien auf dem Gebiet des Midrasch und übernahm Funktionen in der gesetzestreuen Vereinigung Achdut und im Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden, hier unter anderem als Mitglied des konservativen Ausschusses für den Religionsunterricht. Zuletzt arbeitete Simon Bamberger als Beamter der Hamburger Gemeinde in der Gemeindebibliothek; Anfang 1939 emigrierte er nach Palästina. Vgl. GB Nr. 5 vom 10.5.1927, S. 2.

geachteter Rabbiner und Thoragrößen aus den Dreigemeinden vergangener Jahre, einen Wirbel von Reminiszenzen aller Art erweckend.

Ebenfalls auf der Langen Reihe befindet sich der alte Gemeindefriedhof, der bereits seit vierzig Jahren »außer Gebrauch« ist. Hier liegen u.a. die Ahnen der weltberühmten jüdischen Familien Warburg, Delbanco, Hirsch und so fort; sein ältester Grabstein trägt die Jahreszahl 1637! – Der neue Friedhof, den die eigene Chewra Kadischa betreut, wurde in Jenfeld angelegt, unweit Wandsbeks.

\*

Daß auch in dieser Kleingemeinde die Steuerschraube sehr drückend wirkt, ersieht man aus dem Umstand, daß die Wandsbeker Judenschaft außer den üblichen Zuschlägen zur Einkommen- und Vermögenssteuer noch eine besondere Wohnabgabe für alle in diesem Ort ansässigen jüdischen Haushaltungen entrichten muß.

\*

Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie umsichtig der Ortsrabbiner bemüht ist, die seelsorgerische Betreuung seines kleinen Kreises auf alle Anlässe im Ablauf des jüdischen Jahres auszudehnen, dessen Höhepunkte gerade in solchen Grenzgemeinden einen besonders nachhaltigen Eindruck zu hinterlassen pflegen. Aber auch die Gemeindeglieder selbst halten in sozialer Hilfsbereitschaft fest zusammen, und es nimmt daher nicht Wunder, wenn man erfährt, daß es hier einen »Israelitischen Unterstützungs- und Wanderverein« gibt, ferner den »Israelitischen Frauenverein von 1876«, den »Jüdischen Gemeindeverein von Wandsbek und Umgebung« sowie den »Brüderlichen Hilfsverein Esras Achim von 1847«.

M. Sternschein.

### Nr. 12

Die erneute Bitte um finanzielle Unterstützung an die Hamburger Gemeinde

16. Dezember 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 940 a, Bl. 42

[Jüdische Gemeinde Wandsbek]

16. Dezbr. 1934

An den Vorstand der Deutsch Israelitischen Gemeinde  
Hamburg.

Wir erlauben uns hiermit, Ihnen die höfliche Bitte zu unterbreiten, uns auch für das Jahr 1935 einen Zuschuss zu dem Gehalte unseres Herrn Rabbiner und zur Deckung unseres voraussichtlichen Defizits gewähren zu wollen.



Zur Begründung unserer Bitte gestatten wir uns, Ihnen anliegend Abschrift unseres Voranschlags für das Jahr 1935 zu überreichen. Wir haben die Ausgaben auf das allernotwendigste eingeschränkt; eine weitere Senkung derselben ist unmöglich. Die Steuereinnahmen haben wir auf Grund des Reichseinkommensteuersolls unserer Mitglieder im Jahre 1934, welches ca. RM. 8000.– (achttausend Mark) beträgt, bei einem Steuerzuschlag von 25 % zur Einkommensteuer, 30 % zur Vermögenssteuer, einer 6 %igen Wohnabgabe und einer 3 %igen Abgabe für gewerbliche Räume, auf RM. 4000.– festgesetzt. – Vom preussischen Landesverband haben wir für 1934 einen Zuschuss zu dem Gehalte unseres Herrn Rabbiner von M. 1800.– erhalten und hoffen auf die gleiche Bewilligung für 1935. – Von dem Vorstand der Gemeinde Hamburg ist uns für den gleichen Zweck für die Zeit vom 1.4.34 – 31.12.34 ein Betrag von M. 2000.– freundlichst bewilligt worden.

Wir bitten daher angesichts der finanziellen Verhältnisse unserer Gemeinde unserem Gesuche freundlichst stattgeben zu wollen und wären Ihnen für Ihre baldgefl. Beschlussfassung sehr dankbar.

Hochachtungsvoll!  
[Max Moses]  
Schriftführer.

### Nr. 13

Die Einnahmen und Ausgaben der jüdischen Gemeinde zu Wandsbek 1933

[1934]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 916, Bl. 14-16

Übersicht der  
Einnahmen und Ausgaben der jüdischen  
Gemeinde zu Wandsbek im Jahre  
1933.

#### Einnahmen.

Titel. Namen des Titels	M. Pf.
1. Überschuss vom Jahre 1932	130.80
2. Zinsen, Legate etc.	136.82
3. Mieten, Rekognition	942.37
	(Ausstände für 1933 ca M
4. Steuern	7622.55 1500.–)
5. Zurückgezahlte Kapitalien.	-----

6. Gebühren	839.25	(Synagogen-Stellenmieten und Gebühren)
7. Trauungen	-----	
8. Beerdigungswesen	626.--	
9. Gebühren f. Aufstellung v. Grabst	22.85	
10. Ertrag der Büchsen	59.14	
11. Geschenke	162.15	(incl. Spenden in der Synagoge)
12. Schulgeld für fremde Kinder	-----	
		(incl. Zuschuss des Preuss. Landesverbandes und einer einmaligen Spende)
13. Unvorhergesehene Einnahmen	<u>2584.35</u>	
	13166.28	
Einnahmen	13166.28	
Ausgaben	<u>13059.69</u>	
Kassarest	<u>106.59</u>	

## Ausgaben

Titel. Bezeichnung des Titels	M. Pf.	
1. Gehälter	8364.99	
2. Steuern und Abgaben	725.62	
3. Ceremonien	91.20	(Hauptsächlich für Synagoge)
4. Extraspesen	25.--	«
5. Kosten für Synagoge	628.40	
6. Kosten für Schule	5.25	
7. Beerdigungswesen	1225.30	(enthalten eine Restschuld für einen Friedhofsanbau von 1933 mit ca 450.--)
8. Zinsen, Legate	5.81	
9. Zu belegende u. amortis. Gelder	294.--	
10. Trauungskosten	.....	
11. Armenwesen	391.17	(Zinsen der Titel I und Spenden)
12. Gemeindegäuser	67.20	
13. Verwaltungskosten	497.18	
14. Unvorherges. Ausgaben	727.11	
15. Gemeindebibliothek	<u>11.46</u>	
	<u>13059.69</u>	

**Nr. 14**

Die staatliche Kontrolle des Gemeindehaushalts

〈A〉 24. Januar 1935

〈B〉 21. Februar 1935

〈C〉 15. März 1935

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 13 Bd. V; 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 7 Bd. II

〈A〉

Jüdische Gemeinde

Wandsbek

Wandsbek, den 24. Januar 1935

An den  
Herrn Oberbürgermeister  
Wandsbek

Auf das Schreiben vom 18. ds.Mts. gestatten wir uns zu erwidern, dass bereits im vorigen Jahre unsere Gemeindekasse mit einem Fehlbetrag abgeschlossen hätte, würde nicht der Vorstand der deutsch-israelitischen Gemeinde in Hamburg uns einen Zuschuss von RM 2000.-- pro 1934 bewilligt haben.

Es schweben z.Zt. Verhandlungen mit dem genannten Vorstand sowie mit dem Preussischen Landesverband jüdischer Gemeinden in Berlin, uns auch für das Jahr 1935 einen Zuschuss zu bewilligen. Von der Höhe dieses Zuschusses wird es abhängig sein, entweder [sic] den Fehlbetrag von RM 5.167.10 zu decken; evt. hat bereits der Vorstand beschlossen, bei einer entstehenden Notwendigkeit einen besonderen Zuschlag zur Steuer von Mitgliedern der Gemeinde zu erheben.

Ergebenst  
Vorstand der jüdischen Gemeinde  
M. Moses  
Schriftführer

〈B〉

Sitzung des Gemeindegremiums am Donnerstag, dem 21.2.35, abends 8 ¼.

Anwesend vom Vorstand die Herren B. Beith, M. Moses und J. Fränkel; entschuldigt hat sich Herr Dr. Jacobson. – Tagesordnung: 1. Jahresrechnung für 1934; 2. Geschäftliches; 3. Steuerangelegenheiten.

Zu 1. Der Vorsitzende berichtet, dass die Jahresrechnung für 1934 ordnungsgemäss ausgelegt hat und keine Einwendungen gegen dieselbe erhoben worden sind. Er legt auch den Bericht der Revisoren, der Herren Dr. Fürth und Kümmermann vor, welche die Rechnung geprüft und in Ordnung gefunden haben. – Die Jahresrechnung schliesst mit einer Einnahme von M. 15705,42 und einer Ausgabe von

RM. 15585,72, mithin mit einem Kassarest von RM. 119,70 ab. – Gestundet werden nach Vortrag des Kassenführers zu Titel 3 (Mieten) = 118,43; zu Titel 4 (Steuern) = 2506,04; zu Titel 6 a (Mitzwos) 12,75, 6 b (Stellengelder) 98.– Niedergeschlagen werden an Steuern = 4353,04; an Mitzwosgeldern für 1933 = 7,25, für 1934 = 4.–[,] an Stellengeldern für 1933 = RM. 54.– Titel 11 (Geschenke) RM. 20.– Nachbewilligt werden an Ausgaben Titel 3 = 19,40; Titel 5 = 1782,09, Titel 14 = 205,72. Die anderen Mehrausgaben sind bereits in früheren Sitzungen der Kollegien bewilligt worden. Zu 2. Der Voranschlag für 1935 ist seitens der Aufsichtsbehörde noch nicht genehmigt, da er mit einem Defizit abschliesst und die Behörde erst über die Deckung de[s] Defizits orientiert sein will. Der Vorstand der Deutsch Israel. Gemeinde zu Hamburg hat jetzt für das Jahr 1935 einen Zuschuss von RM. 2000.– bewilligt; die Verhandlungen mit dem Preuss. Landesverband sind noch zu keinem Abschluss gelangt. Es soll der Behörde in diesem Sinne geantwortet und gleichzeitig mitgeteilt werden, dass eine nochmalige Prüfung die Erhöhung einer Steuerleistung seitens der Mitglieder unmöglich erscheinen lässt.

v. u. g.

gez. B. Beith. M. Moses.

⟨C⟩

1. Schreiben [des Oberbürgermeisters von Wandsbek] an die jüdische Gemeinde Wandsbek.

Auf das Schreiben vom 24. Febr. 1935, betr. Haushaltsplan 1935

-----

Nach Berücksichtigung der Beihilfe der deutsch-israelitischen Gemeinde Hamburg von 2000 RM schliesst [der] Haushaltsplan für 1935 noch mit einem Fehlbetrag von 3167,10 RM = 23 % der Gesamtausgabe ab. Falls dieser Fehlbetrag nicht oder nur teilweise durch den erwarteten Zuschuss des Preussischen Landesverbandes gedeckt werden sollte, wird zur Erfüllung aller Zahlungsverpflichtungen der Gemeinde bei tatsächlicher Erschöpfung der Steuerkraft Ihrer Mitglieder nichts anderes übrig bleiben, als die Ausgaben weiter einzuschränken. Daneben käme allerdings nur als einmalige Massnahme die Auflösung von Fonds, soweit letztere nicht zweckgebunden sind, in Frage.

Ich ersuche, mir Ihre entsprechenden Vorschläge bis zum 15. April d.Js. vorzulegen. Falls der Haushaltsausgleich von Ihnen nicht herbeigeführt wird, bin ich gezwungen, bei dem Herrn Regierungspräsidenten den Antrag auf Zwangsetatisierung zu stellen.

2. Wieder vorzulegen am 15.4.35.

W., d. 15.3.35.

D.O.B.

Z[iegler]

[handschriftlicher Vermerk:  
inzwischen eingegangen! Vorgang  
beim Rechnungsamt!]

Go. 17/4.

## Nr. 15

Die Kampagne gegen jüdische Unternehmen in Wandsbek

[10. September 1935]

Staatsarchiv Hamburg, 614-2/5 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (und ihre Gliederungen), F 28

# Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen

Gau Schleswig-Holstein, Bezirk Altona

Geschäftsstelle: Rechtsanwalt und Notar Julius Peters, Wandsbek, Schillerstraße 2

Fernsprecher: Hamburg 287678 — Postfachkonto: Hamburg 792, Rechtsanwalt Julius Peters, Sonderkonta, Wandsbek



Kgb. Nr. .... An

die Mitglieder des B.N.S.D.J.

Wandsbek, den .....

Betrifft: .....

in W a n d s b e k .

Betr. Jüdische Unternehmen in Wandsbek.

Dem immer wieder an die Kreisleitung herangetragenen Wunsche weitester Bevölkerungskreise entsprechend überreiche ich Ihnen anbei 1 Verzeichnis der jüdischen Unternehmen in Wandsbek.

Diese Liste ist keinesfalls als Wurfzettel oder öffentliches Flugblatt zu betrachten, sondern lediglich als eine Information über jüdische Unternehmen in unserem Kreisgebiet, bestimmt für alle Angehörigen der NSDAP., ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände. Diese Anordnung muss strengstens beachtet werden.

Im übrigen verweise ich auf die Anordnung Nr. 35/34 des Stellvertreters des Führers vom 16. August 1934, betreffend Vermischung gebotener Zurückhaltung gegenüber Juden, erschienen in Folge 79 des Verordnungsblattes der Reichsleitung der NSDAP.

Heil Hitler !

Bezirksführer.

Der Führer des deutschen Volkes **Adolf Hitler** sagt:

„Der Arier faßt Arbeit auf als Grundlage zur Erhaltung  
der Volksgemeinschaft —

der **Jude** als Mittel zur

**Ausbeutung anderer Völker!**“

## Welche jüdischen Unternehmen bestehen in Wandsbek?

### Ärzte:

Dr. med. Hartogh, Claudiusstr. 20  
Dr. med. Maier, Feldstr. 6  
Dr. med. Pagel, Adolf Hitlerdamm 36

### Zahnarzt:

Dr. Bernh. Freundthal, Schloßstr. 38

### Gebamme:

Käthe Goldberg (auch unter dem Namen „Schwester  
Käthe“), Feldstr. 12

### Rechtsanwälte:

Dr. W. Jacobsen, Schloßstr. 38  
Dr. Siegmund Fürth, Hamburgerstraße 40

### Hausmaler:

S. u. J. Hirsch (Inh.: Benny u. Siegfried Weith)  
Hamburgerstraße 13  
J. Weith, Lübeckerstraße 121  
J. M. Seligmann, i. fa. Moritz Seligmann, Schiller-  
straße 25

### Bekleidungsgegeschäfte:

Geschw. Korn (Inh. Kämmernann), Lübeckerstraße 1  
Hermann Semler, Zollstraße 24  
Gebr. Behr (Inh. J. Fränkel), Lübeckerstraße 54

### Schuhwaren u. Schuhmacher- Bedarfsartikel:

Wag Litmann, Lübeckerstraße 50  
Moritz Litmann, Hamburgerstraße 27  
Hans Czchanowski, Königstraße 94  
Gebr. Behr (Inh. J. Fränkel), Lübeckerstraße 54

### Strumpfwaren, Unterwäsche:

„Eria“ (Inh.: Salomon), Lübeckerstraße 44  
„Eindor“ (Inh.: Kiewram), Lübeckerstraße 16

### Korsettgeschäft:

„Gazelle“ (Inh.: Jernberg), Hamburgerstraße 30

### Pfinggeschäft:

Konig Meyer (Inh.: Rosalie Benjamin), Lübeckerstr. 4

### Stiftwarenhandlungen:

„Da Le Ha“ (Inh.: David Levi), Lübeckerstraße 51  
Bruno Behrend, Zollstraße 14

### Reisender von Haus zu Haus mit Stoffen usw.:

John de Haas (fr. Wandsbek, Kampstr. 73) Hamburg

### Tapetiere und Dekorateurs:

Bernh. u. Louis Lewiſohn, Königstraße 84

### Industrie:

Ed. Heimberg, Chem. Präparate, Goethestraße 24  
Dr. René Heimberg, Handelschemiker, Goethestr. 24  
Norddeutsche Metallbettenfabrik, Sally Cohn  
u. Co. (Inh.: Moses), Mantuffelstraße 44-48  
Fischer & Eckmann, A.G., Bettenfabrik, Bleicher-  
straße 6-13  
Kontinentische Intero-Erzeugnisse G. m. b. H., Sad-  
fabrik, Volksdorfstraße 169-171  
Leonar-Werke A.G., Photo-Papiere, Zollstraße 8  
Spara-Gummierwerke G. m. b. H., Weyensburgerstr. 13c  
Wag Wagenberg, Möbelfabrik, Neumann-Reichardt-  
straße 29  
Magenbäckerei Katz, Neumann-Reichardtstraße 29

Soll noch länger das von **deutschen** Arbeitern der Stirn und der Faust erarbeitete Geld  
**jüdischen** Unternehmungen zufließen?

Deutsche Volksgenossen u. Volksgenossinnen, und besonders Ihr, deutsche Mütter u. Hausfrauen  
Gebt die **Antwort!**

Wer Wert darauf legt, **zur deutschen Volksgemeinschaft zu zählen**, wird wissen,  
was in Zukunft zu tun und zu lassen ist!

„Der Jude siegt mit der Lüge und flieht mit der Wahrheit!“

**Nr. 16**

Die Namensliste der steuerpflichtigen Gemeindemitglieder 1934/35

⟨A⟩ 2. Januar 1936

⟨B⟩ 9. Januar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 925, Bl. 232, 267 f.

⟨A⟩

[Jüdische Gemeinde Wandsbek]

2. Januar 1936

Steuerliste.

An das Finanzamt  
Wandsbek.

Wir bitten um baldgefl. Ausfüllung der anliegenden Liste behufs endgiltiger Veranlagung zur jüdischen Gemeindesteuer.

Gleichzeitig bitten wir Datum und §§ des Gesetzes mitzuteilen zu wollen, nach welchem nunmehr auch die hier beschäftigten Geschäftsinhaber, auch wenn deren Wohnsitz in Hamburg, zur jüdischen Gemeindesteuer herangezogen werden können. Für baldgefl. Rückleitung der Liste und Angaben wären wir sehr dankbar.

Ergebenst!  
Schriftführer.

Anlage.

⟨B⟩

Finanzamt Wandsbek

Wandsbek, den 9. Januar 1936.

An den  
Vorstand der jüdischen Gemeinde  
in W a n d s b e k .

Zum Schreiben vom 2.1.1936.

In der Anlage übersende ich die eingesandte Liste nach Eintragung der Steuerbeträge, soweit diese feststehen. Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Hamburg können in Wandsbek nicht zur jüdischen Gemeindesteuer herangezogen werden, auch wenn sie ihren Betrieb in Wandsbek haben. Die Veranlagung dieser Steuerpflichtigen zu den Reichssteuern beim Finanzamt Wandsbek erfolgt nur aus verwaltungstechnischen Gründen.

In Vertretung:  
gez. Jordan.

Nr.	Name des Steuerpflicht.	Adresse	Steuer 35	¼ jährl.
JK 1	Rabb. Dr. Bamberger	Schlossstr. 2 d	√	22,45
" 2	Beith, Benni	Hamburgerstr. 13	√	93,75
" 3	Beith, Josef	Löwenstr. 10	√	0,–
" 4	Behrend, Bruno	Zollstrasse 16	√	9,–
" 5	Benjamin, Mira	Lübeckerstr. 41	√	10,50
" 6	Camin, Wilhelm	Claudiusstr. 62	√	12,50
" 7	Czachanowski, Hans	Lübeckerstr. 1	√	17,40
" 8	Falck, Morris	Fliederweg, 90	√	22,90
" 9	Fränkel, Jacob	Lübeckerstr. 54	√	21,75
" 10	Freudenthal, J.	Gosslerstrasse 63	√	8,80
" 11	Freudenthal, Dr. B.	Schlossstrasse 38	√	30,45
" 12	Fröhlich, Johanna	Löwenstrasse 10	√	9,–
" 13	Goldberg, Käthe	Feldst[r]asse 12	√	6,–
" 14	Grube, Ilse	Rauchstrasse 7	√	3,45
" 15	Heymann, Sally	Ludwigstrasse 19	√	2,25
" 16	Hirsch, Sophie	Lange Reihe 58	√	18,75
" 17	Hornemann, Emma	Claudiusstrasse 9	√	10,05
" 18	Jacobson, Dr. J.	Schlossstrasse 38	√	40,50
" 19	Kohn, Paulina	Hamburgerstr. 29	√	23,–
" 20	Kümmermann, Herbert	Lübeckerstr. 1	√	22,50
" 21	Kümmermann, Lina Wwe.	"	√	32,40
a	Laarsen J	Tonndorf, Hauptstr. 165	√	5,55
" 22	Kroch, Dr. H.	Hindenburgallee 2	√	21,–
" 23	Leyser, A.	Zollstrasse 67	√	9,–
" 24	Leyser, Fritz	"	√	4,50
" 25	Levisohn, B. <sup>6</sup>	Königstrasse 84	√	8,85
" --	Levisohn, Louis			
" 26	Littmann, Max	Lübeckerstrasse 50	√	35,25
" 27	Moses, Max	" 33	√	360,65
" 28	Pagel, Dr. Fritz	Primelweg 35	√	74,80
" 29	Ronsheim, Resi	Löwenstrasse 10	√	9,–
" 30	Salomon, Ernst	Lübeckerstrasse 44	√	22,15
" 31	Seligmann, Jacob	Schillerstrasse 23	√	25,71
" 32	Semler, Hermann	Zollstrasse 22	√	39,35
" 33	Stiefel, Johanna	Lange Reihe 57	√	2,25
" 34	Spangenthal, A.	Königstrasse 7	√	9,–
" 35	Ullmann, Georg	Goethestrasse 16	√	3,86
" 36	Wagenberg, Max	Jüthornstrasse 10	√	20,25



**Nr. 17**

Der Vorbehalt des Gemeindevorstandes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu den Ausgaben der Wandsbeker Gemeinde

5. Februar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 896 c, Bl. 54

Deutsch-Israelitische Gemeinde

Hamburg 13, den 5. Februar 1936.  
Rothenbaumchaussee 38

An die Jüdische Gemeinde

z.H. d. Herrn B. Beith

Wandsbek

Hamburgerstr. 13

In den Haushaltsplan der Deutsch-Israelitischen Gemeinde für das Jahr 1936 ist folgende Position eingestellt:

Kap.	Pos.	Einnahmen	Ausgaben
I	II	Gemeinde Wandsbek	2.400

Bei der Verabschiedung des Haushaltsplanes haben Vorstand und Repräsentanten-Kollegium bezüglich der Bewilligung und Bewirtschaftung der Mittel folgendes beschlossen:

Die Ausgabensätze des Haushaltsplans und die mit einem x versehenen Sätze der Anlagen des Haushaltsplans dürfen nur zu den angegebenen Zwecken verwandt und nur mit Genehmigung des Vorstandes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde überschritten werden. Eine Genehmigung darf nur beantragt werden, wenn unvorhergesehene Umstände die Überschreitung und Nachbewilligung unvermeidbar machen. Durch den Haushaltsplan werden keine Ansprüche begründet. Auszahlungen auf Bewilligungen erfolgen nur im Rahmen der vorhandenen Mittel. Anträge auf Zurverfügungstellung der bewilligten Mittel dürfen nur für Zahlungen gestellt werden, die den Bewilligungen entsprechen und alsbald zahlbar sind.

[...]

Der Vorstand ersucht, sich darauf einzurichten, dass auf keinen Fall irgend welche Nachbewilligungen erfolgen.

Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

Leo Lippmann Dr.

Für die Richtigkeit:

Plaut Dr.

6 Handschriftlicher Vermerk bei B. und Louis Levisohn: »Bloß für 1933 und 1934, Adresse, Hamburg, Heinr. Barthstr. 24«.

**Nr. 18**

Die Kooption für das Kollegium der Gemeinde

21. April 1936

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 7 Bd. II

Sitzung der Gemeindegremien am 21. April 1936, abends 8 ¼ Uhr.

Anwesend die Herren B. Beith (Vorsitz), Max Moses und J. Fränkel.

Tagesordnung: 1. Entlastung des Kassensführers für 1935; 2. Neuwahl; 3. Geschäftliches –. Zu 1. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Revisoren die Rechnung für 1935 nebst Belegen geprüft und in einem Schreiben die Richtigkeit derselben bestätigt [haben]. Die Rechnung schliesst mit einer Einnahme von RM. 14046.– und einer Ausgabe von RM. 13561,76[,] mithin mit einem Kassarest von RM. 484,24 ab; dazu kommt noch ein Restbetrag von RM 2300,59.– Dem Kassensführer wird Entlastung erteilt –. Zu 2. Herr Dr. Jacobson ist von hier weggezogen und hat sein Amt als stellvertretendes Mitglied der Kollegien niedergelegt. – Eine Neuwahl würde die ohnehin schlechte Finanzlage der Gemeinde erheblich belasten; das Kollegium beschliesst daher, von einer Wahl vorerst Abstand zu nehmen und das Gemeindeglied Herrn Max Wagenberg als stellvertretendes Mitglied zu berufen. Diese Berufung soll bis zum 1. April 1938 gelten; nach dieser Zeit soll[en] die satzungsgemäss zugleich mit den zu diesem Termin fälligen Wahlen vorgenommen werden. Zu 3. Der Vorstand ist zu der am 22.4. stattfindenden Einführung des Oberrabbiners des Deutsch[-]Israelitischen Synagogen-Verbandes in Hamburg eingeladen; seinerseits werden die Herren B. Beith und J. Fränkel delegiert. – ... –

Schluss 9 ¼ Uhr. V.u.g. / gez. B. Beith. Max Moses.

**Nr. 19**

Die Auskünfte an die Gestapo Wandsbek

⟨A⟩ 1. April 1937

⟨B⟩ 25. Mai 1937

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 896 c,  
Bl. 62, 57

⟨A⟩

Kabbronim-Beerdigungsverein – Wandsbek.

Wandsbek, den 1. April 1937.

An die geheime Staatspolizei  
Wandsbek.

Unter Bezugnahme auf die am 6.12.35 ergangene Aufforderung gestatte ich mir hierdurch mitzuteilen, dass in dem 1. Quartal 1937 keine Veränderung in dem Mitgliederbestand des obengenannten Vereins eingetreten ist.

Ergebenst!  
Kabbronim-Beerdigungs-Verein Wandsbek  
I.A.

⟨B⟩

[Jüdische Gemeinde Wandsbek?]

Wandsbek, den 25. Mai 1937.

An die geheime Staatspolizei  
Wandsbek.

Unter Bezugnahme auf die ergangene Aufforderung teile ich mit, dass in der hiesigen jüdischen Gemeinde zwei Vereine bestehen:

1. Unterstützungsverein von 1876 (israel. Frauenverein/ Vorsitzende: Berta Bamberger, Lübeckerstrasse 48;
  2. Kabbronim-Beerdigungsverein, Vorsitzender J. B. Beith, Hamburgerstrasse 13.
- Anschriften für beide Vereine: Rabbiner Bamberger, Lübeckerstr. 48

Ergebenst!

**Nr. 20**

Die jüdischen Vereine in Wandsbek

5. April 1937

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 896 c, Bl. 63

5. April 1937

Vereine.

An die Zentralmeldestelle für Veranstaltungen der  
jüd. Organisationen Hamburgs  
Hamburg.<sup>7</sup>

In höfl. Erledigung Ihres gefl. Schreibens vom 30.3.37 teilen wir mit, dass zur Zeit nur 2 Vereine hier bestehen:

1. Israel. Unterstützungsverein von 1876 (israel. Frauenverein)  
Vorsitzende: Frau B. Bamberger
2. Kabbronim-Beerdigungs-Verein Wandsbek  
Vorsitzender Herr B. Beith.  
Briefanschriften für beide Vereine: Rabb. Bamberger, Wandsbek, Lübeckers-  
trasse 48.

Ergebenst!  
Schriftführer. i.V.

**Nr. 21**

Die Eingliederung der jüdischen Gemeinde Wandsbek in die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg

26. Oktober 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 981, Bl. 14, 16

Die

DEUTSCH-ISRAELITISCHE GEMEINDE IN HAMBURG

(in Nachfolgendem Hamburger Gemeinde genannt)

und die

JÜDISCHE GEMEINDE WANDSBEK

(in Nachfolgendem Wandsbeker Gemeinde genannt)

haben den nachstehenden Vertrag geschlossen, welcher der durch das Inkrafttreten des Gesetzes über Gross-Hamburg vom 26. Januar 1937 eingetretenen neuen Lage Rechnung tragen soll:

7 Das Schreiben der Wandsbeker Gemeinde ist die Antwort auf die Aufforderung der »Zentralanmeldestelle für Veranstaltungen der Jüdischen Organisationen Hamburgs« vom 31. März 1937 (Kap. 50.2, Dok. 4).

## § 1

Von einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt an wird die Wandsbeker Gemeinde mit der Hamburger Gemeinde vereinigt. Von diesem Zeitpunkt an gilt die Verfassung der Hamburger Gemeinde für die Gesamtgemeinde.

Mit diesem Zeitpunkt übernimmt die Hamburger Gemeinde die Verwaltung der Wandsbeker Gemeinde. Die Fürsorge für den Kultus in Wandsbek geht auf den Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband in Hamburg über.

Zwischen der Wandsbeker Gemeinde und dem Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband in Hamburg ist der diesem Vertrag als Anlage beigefügte Vertrag vom 29. Oktober 1937 geschlossen.

## § 2

Von dem in § 1 genannten Zeitpunkt an werden alle Rechte, Vermögensmassen und Verbindlichkeiten der Wandsbeker Gemeinde Rechte, Vermögensmassen und Verbindlichkeiten der Hamburger Gemeinde. Die Hamburger Gemeinde übernimmt den mit Herrn Rabbiner Bamberger bestehenden Vertrag. Es werden mithin die bisher von der Gemeinde Wandsbek Herrn Rabbiner Bamberger gegenüber übernommenen Verpflichtungen Verpflichtungen der Hamburger Gemeinde. Den mit Herrn Siegmund Cahn bestehenden Vertrag übernimmt gemäss § 2 des zwischen der Gemeinde Wandsbek und dem Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband in Hamburg geschlossenen Vertrages der Deutsch-Israelitische Synagogen-Verband in Hamburg. Herr Rabbiner Bamberger wie Herr Cahn haben sich ausdrücklich mit der Vertragsübernahme einverstanden erklärt.

## § 3

Der Vorstand der Wandsbeker Gemeinde verpflichtet sich, die zur Übertragung des Vermögens erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Vorstände beider Gemeinden gehen davon aus, dass für die zur Überleitung erforderlichen Massnahmen die Bestimmung des § 13 des Gross-Hamburg-Gesetzes vom 26. Januar 1937 – Befreiung von Abgaben und Lasten – gilt.

## § 4

Der Vorstand der Hamburger Gemeinde wird dafür sorgen, dass, solange ein Bedürfnis besteht, der Gottesdienst in der Synagoge in der Langenreihe in Wandsbek aufrechterhalten werden wird.

David  
Offenburg  
Dr. Alfred Unna

Dr. Ernst Loewenberg  
Dr. S. Baruch  
Max Haag

Leo Lippmann  
Hansmann  
F. Warburg

für den

VORSTAND DER DEUTSCH-ISRAELITISCHEN  
GEMEINDE IN HAMBURG.

Hamburg, den 26. Oktober 1937.

J. Fränkel

M. Moses

Max Wagenberg

für den  
 VORSTAND DER JÜDISCHEN GEMEINDE  
 IN WANDSBEK.

**Nr. 22**

Die Übernahme des Kultus der jüdischen Gemeinde Wandsbek durch den Deutsch-Israelitischen Synagogenverband Hamburg

29. Oktober 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 981, Bl. 22, 24, 26

Zwischen der Jüdischen Gemeinde Wandsbek und der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg ist infolge des Gesetzes über Gross-Hamburg vom 26. Januar 1937 ein Vertrag geschlossen, auf Grund dessen die Wandsbeker Gemeinde in die Hamburger Gemeinde eingegliedert wird.

Zur Ausführung der Bestimmung des § 1 Absatz 2 dieses Vertrages wird zwischen der

JÜDISCHEN GEMEINDE WANDSBEK

(in Nachfolgendem Wandsbeker Gemeinde genannt)

und dem DEUTSCH-ISRAELITISCHEN SYNAGOGEN-VERBAND IN HAMBURG

(in Nachfolgendem Synagogen-Verband genannt)

Folgendes vereinbart:

§ 1

Der Synagogen-Verband übernimmt die Verwaltung der Synagoge Wandsbek. Er trägt die Kosten für den Kultus, die Synagoge und den Gottesdienst. Die synagogalen Einnahmen fließen ihm zu.

§ 2

Herr Rabbiner Bamberger, der gemäss § 2 des Vertrages zwischen der Hamburger und Wandsbeker Gemeinde Beamter der Hamburger Gemeinde wird, übt bis zu einer anderweitigen Regelung seine Tätigkeit als Rabbiner in dem Gebiete der bisherigen Wandsbeker Gemeinde in dem bisherigen Umfange aus. Er ist berechtigt und verpflichtet, in einem der Billigkeit entsprechenden Umfange sich dem Dienste des Synagogen-Verbandes im Rahmen seiner Satzungen auch auf dem übrigen Gebiet seiner Zuständigkeit zur Verfügung zu stellen.

In den mit Herrn Siegmund Cahn geschlossenen Vertrag tritt mit allen Rechten und Pflichten der Synagogen-Verband an die Stelle der Wandsbeker Gemeinde.

## § 3

Für den Kultus im Bereich der bisherigen Wandsbeker Gemeinde sind die jeweiligen Statuten des Synagogen-Verbandes massgeblich. Nach diesen werden auch künftig die Wahlen – auch solche zu Ehrenämtern – und Anstellungen durch die Körperschaften des Synagogen-Verbandes vorgenommen nach Anhörung der Besucher der Synagoge Wandsbek.

## § 4

Bei Beratungen über Fragen, die die Synagoge Wandsbek betreffen, wird die Verwaltung des Synagogen-Verbandes einen von den Besuchern der Synagoge Wandsbek zu bestimmenden Vertreter vor Beschlussfassung hören, soweit ein solcher nicht bereits stimmberechtigt an der Beratung teilnimmt.

## § 5

Die bisherigen Beamten und Ehrenbeamten der Synagoge Wandsbek bleiben in ihrem Amt.

Die Zugehörigkeit letzterer zur Synagogen-Kommission (Kap. II, § 5 des Statuts) ist jedoch von einer statutenmässigen Wahl abhängig.

## § 6

Der Vorstand der Wandsbeker Gemeinde wird die Gemeindemitglieder zum Erwerb der Mitgliedschaft beim Synagogen-Verband veranlassen.

## § 7

Der Synagogen-Verband wird binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages und auch später auf Wunsch der Synagogenbesucher Wandsbek[s] im Interesse letzterer die Existenzberechtigung der Synagoge Glückstrasse prüfen.

## § 8

Dieser Vertrag tritt gleichzeitig mit dem zwischen der Wandsbeker Gemeinde und der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg abzuschliessenden Vertrag in Kraft.

Wandsbek, den 29. Oktober 1937.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Wandsbek

J. Fränkel

M. Moses

Max Wagenberg

Der Vorstand des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes in Hamburg

Dr. S.B. Bamberger

John Gotthold

Dr. Hugo Zuntz

**Nr. 23**

Keine jüdischen Beamten in Wandsbek (Dezember 1937)

〈A〉 3. Dezember 1937

〈B〉 8. Dezember 1937

Staatsarchiv Hamburg, 422-II Magistrat Wandsbek, E I c 9

〈A〉

Hamburgisches Staatsamt

Abt. II

590-00

Hamburg, den 3. Dezember 1937.

E i l t !

Vertraulich!

An

die Ämter und Behörden,

die Landherrenschaft, zugleich für die Stadt Bergedorf, den Landkreis Hamburg  
und die hamburgischen Landgemeinden,die Herren Oberbürgermeister der Städte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und  
Wandsbek und

die Hamburger Feuerkasse.

Betrifft: Beamte, die Juden, jüdische Mischlinge, jüdisch versippt oder die mit jüdi-  
schen Mischlingen verheiratet sind.Um einen Überblick zu gewinnen, bitte ich im Auftrage des Reichsstatthalters in  
Hamburg – Senat – unter Verwendung des anliegenden Musters bis 20. Dezember  
1937 mitzuteilen, wieviele Beamte des dortigen Geschäftsbereiches, die Juden, jüdi-  
sche Mischlinge, jüdisch versippt oder die mit jüdischen Mischlingen verheiratet  
sind, zum 31. Dezember 1935 in den Ruhestand getreten oder bis zum 30. September  
1937 in den Ruhestand versetzt und wieviele ausnahmsweise im Amt belassen wor-  
den sind.Außer der zahlenmäßigen Übersicht bitte ich mir in Verbindung mit der Nach-  
weisung Namen, Dienststellung und Dienststelle der im Amt verbliebenen Beamten  
mitzuteilen.

Fehlanzeige ist erforderlich.

gez. Toepffer

Den Herren Mitgliedern der Landesregierung zur gefälligen Kenntnisnahme.



⟨B⟩

Der Oberbürgermeister.  
Personal- und Lohnamt.  
Gesch.-Z.: 10. Ba./Wi.

Wandsbek, den 8. Dezember 1937

An  
das Hamburgische Staatsamt,  
- Abt. II -  
Hamburg I,  
Rathaus.

Betr.: Beamte, die Juden, jüdische Mischlinge, jüdisch versippt oder die mit jüdischen Mischlingen verheiratet sind.

Bezug: Verfügung vom 3. Dezember 1937 – 590-00 –.

Für die Stadt Wandsbek wird Fehlanzeige erstattet.

2.) Zur Akte.

W., d. 8.12.1937  
D.O.B., P.u.L.A.  
I.V.  
(gez.) Unterschrift

#### **Nr. 24**

Der Mitgliederbestand der Gemeinde von 1932 bis 1936

[1937]

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 c, Bl. 6

#### Personenstand der jüdischen Gemeinde Wandsbek.

Ein Personenstandsregister der hier und im Kreise Stormarn wohnhaften Israeliten wird erst seit April 1936 geführt; aber auch dieses nur, soweit Israeliten durch Steuerbeiträge (Finanzamt) etc. bekannt sind. Seitens der Polizeibehörde erhalten wir seit Jahren bereits keine Mitteilung mehr über Zuzug und Fortzug von Israeliten. Die nachfolgenden Zahlen sind daher schätzungsweise aus den Steuerlisten und diesseits bekannten hier wohnhaften Israeliten aufgestellt; sie können daher hinsichtlich ihrer Vollständigkeit und Genauigkeit nicht voll gewertet werden.

Jahr		Männer	Frauen	Kinder (bis 18 Jahre)
1932	a.	56	66	17
	b	13	14	8
1933	a	45	54	15
	b	13	10	7
1934	a	41	39	11
	b	11	8	7
1935	a	35	31	9
	b	8	5	5
1936	a	30	35	8
	b	7	8	5

a = Wandsbek; b = Kreis Stormarn.

### Nr. 25

Der Vermögensstatus der Gemeinde 1937

[1937]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 916, Bl. 1-5

Uebersicht  
über den Vermögensstand der jüdischen Gemeinde  
Wandsbek  
für das Jahr 1937.

Aktiva/Grundstücke.

NR.	Bezeichnung der Grundstücke:	Gesamtverkaufswert:	Bestehend aus:	Brandvers.wert:	Jährliche Miete:
1	Die S Die Synagoge m. Treppe				
2	Wohnhaus Langereihe 13/14	36.000,--	Part. und 2 Sähle		590
3	dto. dto. 15/16 m/ Trockenplatz		Part. u. 2 Sähle		290,88
4	Das Schulgebäude				
5	Friedhof Langereihe 35				
6	dto. Jenfelderstr.				

## Kapitalien

Nr.	Schuldner Zinsfuss.	Bez. d. Fonds.	Betrag am I.II.37	
1.	Städt. Sparkasse	Synagogenfonds		
		»Reichsanleihe Auslösungsschein«		
2.	dto.	Extraservefeld.		
		Reichsanleihe Auslösungsschein		
3.	dto.	Schülerfd.		
4.	Isak Heimann	Jahrzeitfd. Schülerfd. 3a [?]	240.--	
5.	Gem. Ephraims	Jahrzeitfd.	120.--	
6.	Städt. Sparkasse	Friedhoffd.	610.38	
		Reichsanleiheauslösungsschein		
7.	dto.	Beamtenpensions-Fd.	1947.99	
8.	dto.	Grünthals Legat	184.07 178.58	
9.	dto.	Darlehnsfd.	6.55 6.37	
		Reichsanleiheauslösungsschein		
10.	dto.	Brautaussteuer Fd.	110.16 101.27	
11.	dto.	Sachs Legat	---	
12.	dto.	Sally u. Berta Hirsch Grabstiftung	---	

Nr.	Bezeichnung desselben.	Schätzungswert.	
1.	Inventar und Utensilien d. Schule und des Büros	300.--	
2.	Leichenwagen und Beerdigungsutensilien	500.--	
3.	Inventar der Synagoge, Decken, Vorhänge, Lampen, Torarollen, silb. Geräte	9000.--	
		9800.--	

## Passiva.

Nr.	Creditoren.	Schuldbetr. am I.I.36.	Jahreszins.	Bemerkungen.
I	Is. Heymann Jahrzeitstiftg.		5.25	Jahreszins erhält der Beamte, der den Jahrestag der Stiftung begeht.

2.	Is. Heymann Schülerfd.	240.--	5.25	Als Schülerprämien zu verwenden.
3.	Sam. Ephraims Jahrzeitstiftung	120.--	5.25	wie Nr. 1
4.	Beamtenpensionsfonds	150.--		
5.	Grünthals Legat (Städt. Sparkasse)			Zinsen sollen (nach Abzug der Kosten für Unterhaltung des Grabes der Stifter) die Verwandte d. Testators erhalten
6.	Sachs Legat			
7.	Sally u. Berta Hirsch Grabstiftung			

Nr.	Gegenstand.	Betrag.	Jahreszins	Bemerkungen.
1.	Ein sog. Legat von Lippmann lt. Verfügung d. Vorstandes in eine Stiftung umgewandelt.	600.--		Bestimmungsurkunde hat lt. Entsch. d. H. Reg. Präsidenten v. 1.3.1883 Genehmigung erhalten.

**Nr. 26**

Die Schließung der Wandsbeker Synagoge

30. Juni 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 26 vom 30.6.1938, S. 16 a-b

### **Zur Schließung der Synagoge Wandsbek**

Am 1. Juli wird, wie bereits kurz berichtet, die Synagoge in Wandsbek geschlossen werden. Zwar hofft man, vielleicht noch an den hohen Feiertagen Gottesdienste abhalten zu können, aber bei der ständig anwachsenden Abwanderung ist wohl doch mit dieser Schließung der Schlußstrich unter die Geschichte der ehrwürdigen Synagoge gesetzt, ja unter die Geschichte der schon am 1. Januar dieses Jahres in den Jüdischen Religionsverband Hamburg übernommenen Gemeinde in Wandsbek überhaupt.<sup>8</sup> Auch der verdiente langjährige Geistliche der Gemeinde übersiedelt

<sup>8</sup> Stein, Jüdische Baudenkmäler in Hamburg, S. 136 f.; Louven, Die Juden in Wandsbek, S. 65 ff.

nach Hamburg, und damit kann man kaum noch einmal mit der Wiederaufnahme jüdischen Lebens rechnen.

Eine ruhmvolle Tradition findet so ihr Ende. Bereits 1604 erhielten die Juden die Erlaubnis, sich in Wandsbek anzusiedeln, und zeitweise nahm Wandsbek in dem Kranze der Dreigemeinden Altona-Hamburg-Wandsbek die wichtigste Stelle ein. Wir haben erst bei Gelegenheit der Vereinigung mit Hamburg diese Geschichte geschildert, so daß es sich heute erübrigt, des Näheren darauf einzugehen. Nur die Synagoge sei nochmals mit den Einzelheiten ihrer Vergangenheit erwähnt. Bis vor etwa hundert Jahren benutzen die Juden in Wandsbek einen Betsaal. Im Jahre 1840 stellte der Gemeindevorsteher Isaak Hartwig von Essen ein Kapital von 10000 M banco zum Bau einer Synagoge zur Verfügung, und zwar als Zeichen der Verehrung für den König von Dänemark, an dessen Hof er als Hofaktuar tätig war. Denn Wandsbek lag damals wie die anderen Städte, in denen zu jener Zeit Synagogen errichtet wurden, Rendsburg, Segeberg, Friedrichstadt und Glückstadt, auf dänischem Gebiet. Schon am 1. Juli 1840 wurde die Synagoge, deren Baukosten insgesamt 15000 M. banco betragen, in Gegenwart des Oberrabbiners in Altona eingeweiht, und eine Tafel über der Tür hält heute noch die Erinnerung an den Erbauer lebendig. Die Synagoge erhielt eine reiche innere Ausstattung. Die große Krone wurde der Gemeinde in Altona abgekauft und befindet sich heute noch in ihrer alten Form. Dagegen wurde das Gestühl von 1840 im Jahre 1934 durch einen Teil des Gestühls der niedergelegten Synagoge Kohlhöfen ersetzt. Vorhanden sind 15 Torarollen mit reichem Silberschmuck, auch eine rituelle Badeanstalt befand sich auf dem Grundstück, ferner Räume für Religionsunterricht, Vorträge, Gemeindefitzungen und Wochentagsgottesdienste.

Große Verdienste um die Erhaltung des gesamten Gemeindelebens, die Aufrechterhaltung des jetzt noch bestehenden Friedhofs und zahlreicher Gemeindevereine haben sich die Leiter der Gemeinde in den letzten Jahrzehnten erworben, so daß die Gemeinde Wandsbek in dem jüdischen Leben der Provinz Schleswig-Holstein lange eine führende Rolle spielte. Man darf nur erinnern an den langjährigen Vorsitzenden Herrn Benni Beith, den verdienten Schatzmeister des Verbandes der jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein, an R.-A. Dr. Viktor,<sup>9</sup> den Leiter dieses Verban-

9 Willy Victor (1876-1956), Dr. jur., Rechtsanwalt und Notar in Wandsbek, war seit 1905 in der zionistischen Bewegung aktiv, auch als Mitbegründer der Jüdischen Volkspartei in Hamburg. Victor war seit 1914 Mitglied der SPD. Er wurde im Juni 1920 als unbesoldeter Stadtrat in den Magistrat der Stadt Wandsbek sowie 1929 und im März 1933 zum Stadtverordneten gewählt. 1929 übernahm er den Vorsitz des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte e.V. Victor zeichnete sich für die Veröffentlichungen des Verbandes verantwortlich. 1913 hatte er in Wandsbek die Schrift *Die Emanzipation der Juden in Schleswig-Holstein* veröffentlicht. Nach der Bedrohung durch die SA im Zusammenhang mit dem Boykotttag des 1. April 1933 flüchtete Willy Victor in die Schweiz und emigrierte von dort 1933 nach Palästina. Vgl. Lorenz, *Juden in Hamburg*, Bd. 2, S. 1216, 1404; Louven, *Die Juden in Wandsbek*, S. 160 ff.; Gerhard Paul, »Nur Shanghai war noch

des, an Dr. Fürth,<sup>10</sup> R.-A. Jakobsohn<sup>11</sup> u.a.m., um zu ermessen, daß Wandsbek weit über seine zahlenmäßige Bedeutung hinaus Führer für die umliegenden Gemeinden stellte.

Wenn wir aber besonders eine Persönlichkeit hervorheben, die in ihrer Aktivität seit mehr als 36 Jahren das jüdische Leben in Wandsbek belebte, so auch deshalb, weil dieser Mann zwar seine Tätigkeit in Wandsbek nun aufzugeben gezwungen ist, aber doch wohl in dem größeren Kreise in Hamburg ein anderes Wirkungsfeld finden wird: Rabbiner S. Bamberger. Als Nachfolger von Dr. Hannover kam er 1902 nach Wandsbek und hat sich bemüht, hier und weit über die Stadtgrenzen hinaus religiöses Leben zu verbreiten. Seine regelmäßigen Vorträge fanden immer ihr Publikum, solange dort noch jüdische Menschen wohnten; im Gemeindeverein, in der Chewra herrschte ein reges jüdisches Leben unter seiner geistigen Leitung; er betreute die kleinen Gemeinden im Kreise Stormarn und die jüdische Jugend auf dem Lande, war jahrelang Geschäftsführer des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, Mitglied des Rates des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, der Kommission für den jüdischen Religionsunterricht in Preußen, ist heute noch Vorsitzender des Nordwestdeutschen Rabbinerverbandes, dessen Tagungen des öfteren in Wandsbek stattfanden, und betätigt[e] sich auch stets in Hamburg, so in der Gesellschaft für jüdische Volkskunde, in sozial arbeitenden Vereinen und in wissenschaftlichen Kreisen. Wenn heute das Gotteshaus geschlossen wird, dessen Kanzel er so oft bestiegen hat, so wird man ihn in Hamburg gerne ganz aufnehmen und ihm Gelegenheit bieten, an einer geeigneten Stelle seine Kraft zu entfalten.

Ein Denkmal altjüdischer Ueberlieferung wird durch die Schließung der Synagoge in Wandsbek aus unserem jüdischen Leben wenigstens als aktiver Faktor verschwinden.

J[ulian] L[ehmann]

offen«. Der jüdische Exodus aus Schleswig-Holstein (1933-1941), in: ders./Gillis-Carlebach, Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998), Neumünster 1998, S. 437-458, hier S. 441, 454; Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung, Bd. 1, S. 188.

- <sup>10</sup> Der Rechtsanwalt und Notar Siegmund Fürth (1889-1975), Dr. jur., Sohn der Frauenrechtlerin Henriette Fürth (1861-1938), war Vorstandsmitglied des Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten und Syndikus des CV. Anfang 1936 emigrierte Siegmund Fürth nach Palästina. Vgl. Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung, Bd. 1, S. 188.
- <sup>11</sup> Walter Jacobsohn (1898-1981), Dr. jur., Rechtsanwalt seit 1926 in Altona und seit 1929 in Wandsbek, gehörte dem Vorstand der Jüdischen Gemeinde Wandsbek an. Ende April 1936 emigrierte er in die USA. Vgl. Louven, Die Juden in Wandsbek, S. 59, 164; Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung, Bd. 1, S. 188.

**Nr. 27**

Der letzte Gottesdienst in der Wandsbeker Synagoge

13. Oktober 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 41 vom 13.10.1938, S. 16 a

### **Schlußgottesdienst in der Synagoge Wandsbek**

Als im Sommer dieses Jahres infolge wachsender Abwanderung und Wegzugs der Gemeindemitglieder die Synagoge in W a n d s b e k ihre regelmäßigen Gottesdienste einstellte, hatte man sofort beabsichtigt, wenigstens während der hohen Feiertage noch einmal Gottesdienst in der altherwürdigen Synagoge abzuhalten, da zu erwarten stand, daß die Zahl der in Wandsbek wohnenden Juden diesmal noch in der Lage wäre, das Gotteshaus an den hohen Feiertagen zu füllen. In außerordentlich würdiger Weise fanden diese Gottesdienste auch statt, doch zeigte der Besuch, daß es tatsächlich in Zukunft kaum mehr möglich sein wird, in dem Stadtteil Wandsbek die notwendige Ziffer an Andächtigen zusammenzubringen, um die Ausgaben für solche Gottesdienste zu rechtfertigen. Von den jetzt noch Anwesenden werden weitere nach Hamburg ziehen oder auswandern, so daß der Gottesdienst am Jom Kippur wohl in der Tat den Schluß der Gebetsversammlungen in Wandsbek gebildet haben dürfte.

Zum letzten Male bestieg Rabbiner S. B a m b e r g e r, der über vierzig Jahre zum Segen der Gemeinde und des ganzen Umkreises, ja des ganzen Verbandes für die jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins, dort gewirkt hat, seine Kanzel, um angesichts des Neila-Gebetes darauf hinzuweisen, daß auch diese Ansprache inmitten dieses Gottesdienstes ein Neila für die Schul in Wandsbek bedeute. Auch hier würden die Tore geschlossen, nachdem die Synagoge mehr als 100 Jahre bestanden habe. Dann würdigte er die Verdienste aller der hervorragenden Persönlichkeiten, die hier als geistige Führer und als Vorsteher im Laufe der Jahre gewirkt und sich bemüht haben, jüdische Geschlechter heranzuziehen, die jetzt in aller Welt für den Geist zeugten, der einst hier geherrscht habe. Die wenigen noch verbleibenden Familien mahnte er, ihre Häuser zu »kleinen Heiligtümern« auszugestalten im Anschluß an die Bitte des Hohepriesters, der am Jom Kippur für die Bewohner von Scharon betete, daß ihre Häuser nicht ihre Gräber würden. Das jüdische Haus ohne jüdisches Leben gleiche ebenfalls einem Grabe, deshalb galt sein Mahnruf allen, die hier noch Häuser aufrechterhalten, sie nicht zu Gräbern werden zu lassen, sondern jüdisches Leben in ihnen zu pflegen.

Mit dieser Ansprache und dem Neilagebet schloß eine historische Epoche von größter Bedeutung für die Geschichte unseres Judentums in Großhamburg. Aus dem Kranze der Gemeinde A H U, der erst zu Beginn dieses Jahres neugeflochten wurde, scheidet ein wesentlicher Bestandteil aus. Rabbiner S. Bamberger hat in

Hamburg mit die Betreuung der Bibliothek des Religionsverbandes übernommen, um dessen umfangreiche Hebraicasammlung zu ordnen. Aber sein Name und seine Persönlichkeit werden immer mit der Gemeinde Wandsbek verbunden bleiben, wo die Arbeit von einer Epoche, die ein Menschenalter überschreitet, ganze Generationen zu treuen Kindern unseres Glaubens und unserer Gemeinschaft heranzog. Viele angesehene jüdische Kaufleute aus Hamburg wohnten früher in Wandsbek, und ihre Söhne wurden dort Barmizwa. Besonders diese Persönlichkeiten, die heute teilweise führend im jüdischen Leben stehen, werden das Gedächtnis an die Gemeinde und die Wirksamkeit ihrer geistigen Führer aufrechterhalten, wenn auch das Haus geschlossen werden muß, das den Andächtigen solange als Synagoge diente.



## 17. Die jüdische Gemeinde Harburg-Wilhelmsburg (bis 31.12.1937)

### Nr. 1

Die Übergabe des Archivgutes an das Gesamtarchiv der deutschen Juden (Berlin)

17. Januar 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 326 a.b,

Bl. 89

Gesamtarchiv der deutschen Juden

BERLIN N 24, den 17. Januar 1934.

Oranienburger Straße 25

Tagebuch-Nr. 241/34

An den Vorstand der Synagogen-Gemeinde

Harburg-Wilhelmsburg

gestatten wir uns die nachfolgende ergebene Bitte zu richten. Nach wie vor werden in ungewöhnlich gesteigertem Masse familiengeschichtliche Anfragen an uns gerichtet. Das lässt es unumgänglich nötig erscheinen, dass wir uns einen genauen Ueberblick über die bei jüdischen Gemeinden und am Ort jüdischer Gemeinden vorhandenen Personenstandsregister verschaffen. Wir bitten Sie daher ergebenst und dringend, uns mit möglichster Beschleunigung eine kurze Mitteilung über die bei Ihnen vorhandenen Geburts-, Trauungs- und Sterberegister, über Memor- und Mohelbücher machen zu wollen. Gleichzeitig bitten wir Sie, uns anzugeben, ob und welche auf Juden bezügliche Personenstandsregister sich beim dortigen Magistrat, Gericht oder Pfarramt befinden. Für Ihr Entgegenkommen sagen wir Ihnen schon jetzt unseren besten Dank. Wir brauchen wohl nicht besonders hervorzuheben, von welcher Wichtigkeit die Beibringung der gewünschten Aufstellung im gegenwärtigen Augenblick ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Gesamtarchiv der deutschen Juden  
i.A. (gez.) Sachs

**Nr. 2**

Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde 1934

15. Juli 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 d, Bl. 424, 426

## Synagogengemeinde, Harburg – Wilhelmsburg.

## Jahresabrechnung für 1934.

## Einnahmen

Bestand am 1.1.1934 Kasse -.- Stadtparkasse		119.93
Steuern aus 1933	1090.25	
" für 1934	5330.86	6421.11
Zuschüsse einschl. 138.50 freiw. Spenden		4609.50
Synagoge, Schule		144.20
Verschiedene einschl. 147.77 Aufwertungsgelder		158.93
		11453.67

## Ausgaben

Zinsen		408.73
Friedhof		94.08
Gehälter, Pensionen, soz. Lasten		8151.17
Synagoge, Schule		1639.39
Beiträge		418.80
Verschiedene		453.40
Bestand am 31.12.34 Kasse -.- Stadtparkasse		288.10
		11453.67

Harburg – Wbg., 15. Juli 1935.

Synagogengemeinde, Harburg – Wilhelmsburg.  
Vermögensaufstellung per 31. Dezember 1934.

Vermögen

Stadtsparkasse Harburg-Whg.		288.10
Steuern – u. Abgaben – Rückstände		1330.61
Für Januar 1935 gezahlte Gehälter an		
A. Gordon 50.–		
S. Marcus 25.–		75.--
Forderung an A. Gordon für Vorschuss		645.--
Aufwertungsforderungen an Stadtsparkasse Harburg-Whg.		
	240.87	
	III.04	351.91
Reichsanleihe – Auslosungsrechte		2690.62
10 Stück Aktien je RM. 100.– der »Heimat« Gemeinnützige Bau- u. Siedlungsgesellschaft, Berlin		

Schulden.

Zuschüsse		
Preuss. Landesverband jüd. Gemeinden, vorausgez. Zuschuss für 1935		200.–
Zinsen		
Stadtsparkasse Harburg – Wbg. f. 1.10. – 31.12.34		99.71
Gehälter, Pensionen, soz. Lasten		
Lohnsteuer f. Dezember 1934		19.40
Synagoge, Schule		
H. Todt, Harburg-Wbg., Rest d. Rechn. v. 26.9.33	160.–	
Israel. Familienblatt Rechn. v. 12.10.34	27.20	
Heinrich Rusch, Harburg-Wbg. Rechn. v. 17.11.34	30.35	
M. Löhning, " " v. 19.12.34	57.10	
Städt. Werke, "	44.96	
Invalidenmarken f. Frau Peters	<u>10.80</u>	330.41
Beiträge		
Preuss. Landesverband jüd. Gemeinden	329.75	
Ruhegehaltskasse	601.69	
Witwen- u. Waisenkasse	<u>754.04</u>	1685.48
Verschiedene		
Israel. Vorschussinstitut, Hamburg	200.–	
Stadtsparkasse Harburg-Wbg. f. Hypothekenabtrag	<u>10.–</u>	210.–
		2545.–

Vermögen	2690.62
Schulden	<u>2545.--</u>
Reinvermögen	145.62 ohne Reichsanleihe und Heimat-Aktien.

Nicht mehr mit aufgenommen sind die Beitragsrückstände für Landesrabbinat, jüd. Wanderfürsorge u. Wohlfahrtspflege.

Harburg-Wbg., 15. Juli 1935.

### Nr. 3

Die fristlose Kündigung von jüdischen Mietern durch eine städtische Wohnungsgesellschaft

⟨A⟩ 12. Oktober 1935

⟨B⟩ 21. Oktober 1935

⟨C⟩ 4. November 1935

Matthias Heyl, Das Schicksal der Juden aus Harburg-Wilhelmsburg 1933-1942, Ms., 1980/81, S. 12 f.

⟨A⟩

[Büro des Regierungspräsidenten, Lüneburg, an den Oberbürgermeister der Stadt Harburg-Wilhelmsburg vom 12. Oktober 1935]

Vermerk: Der Vorsteher der Synagogengemeinde der Stadt Harburg-Wilhelmsburg, Kaufmann Ludwig Fliess in Harburg-Wilhelmsburg, Am Sande 38, ist vorstellig geworden.

Er hat erklärt, sich nicht beschweren zu wollen, aber hat doch gebeten, im Rahmen des Möglichen zu helfen.

Die Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft in Harburg-Wilhelmsburg, die sich nach seiner Darstellung ausschließlich in den Händen der Stadtverwaltung befindet, hat 11 jüdischen Familien [...] gekündigt. [...] unter den Gemeindemitgliedern sei durch diese plötzliche Kündigung größte Verzweiflung entstanden. [...] würde es mir erwägenswert erscheinen, entbehrliche Kündigungen nicht auszusprechen. [...] Ich bitte Sie, sich bei der Berichterstattung auch zu der Frage zu äußern, ob es sich hier nicht überhaupt um eine sogenannte Einzelaktion gegen das Judentum handeln würde, die bekanntlich vom Führer ausdrücklich untersagt ist.

gez. Matthaei.

⟨B⟩

[Antwortschreiben des Oberbürgermeisters von Harburg-Wilhelmsburg vom 21.10.35]  
Auf die wieder beigefügte Randverfügung vom 12. Okt. 1935, betreffend Kündigung von jüdischen Familien.

[...] die jüdischen Familien in einem Wohnungsblock unterzubringen, ist unmöglich. Ein solcher Block ist nicht frei, und wenn er frei wäre, würde er erst mal für andere Familien auszunutzen sein. Die zahlreichen Familien deutschen Blutes, die hier auf Wohnungen warten, würden es einfach nicht verstehen, wenn ein ganzer Häuserblock für Juden freigegeben würde. [...] Wenn es einem privaten Vermieter freisteht, einer ihm nicht genehmen Mieterfamilie zu kündigen, dann muß dieses Recht auch der Deutschen Wohnungsbau-Gesellschaft zustehen.

Wenn die Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft von ihrem Recht gegenüber 11 jüdischen Familien Gebrauch macht, kann darin keine »Einzelaktion« gesehen werden.

[...] die Lage der jüdischen Familien hier keineswegs so trostlos ist, wie deren Sprecher, Kaufmann Fliess, anscheinend dort darzustellen versucht hat. Der Sachverhalt ist im einzelnen folgender:

Die Deutsche Wohnungsbau-Gesellschaft hat allen jüdischen Familien (insgesamt 14 an der Zahl) Wohnungen wie Läden vertraggemäß gekündigt.

Davon haben sich bereits 8 schriftlich und 3 mündlich bereiterklärt, freiwillig zum gesetzten Termin auszuziehen.

Einem Juden ist die Wohnung fristlos gekündigt wegen eines Mietrückstandes von 500,- RM; dieser hat auf mündliche Vorstellung entgegenkommend eine Räumungsfrist bis zum 31. Dez. 35 erhalten. Ein weiterer Jude ist Kriegsteilnehmer; er hat sich bereiterklärt, freiwillig auszuziehen, wenn er eine andere Wohnung fände; dieses ist ihm in besonderer Regelung zugestanden worden.

Lediglich ein einziger Jude hat sich auf die Kündigung trotz Aufforderung nicht erklärt, und ein weiterer Jude hat von sich aus der Deutschen Wohnungsbau-Gesellschaft die Kündigung zugestellt. Die Kündigung der Deutschen Wohnungsbau-Gesellschaft erfolgte in erster Linie, um zahlreichen deutschen, rassisch wertvollen Volksgenossen mit mehreren Kindern angemessene Wohnungen zu verschaffen, da bei rund 5000 fehlenden Wohnungen keine anderen Räume zu erhalten sind. Der Jude als lediglich geduldeter Gast im deutschen Vaterlande hat hinter diesen Interessen seines Wirtsvolkes zurückzutreten.

gez. Unterschrift

⟨C⟩

[Brief des Regierungspräsidenten aus Lüneburg, abgegangen am 4. November 1935:]  
[...] stimme ich den Ausführungen des vorbezeichneten Berichtes zu; es muß daher bei den ausgesprochenen Kündigungen sein Bewenden haben [...].

**Nr. 4**

Die Übergabe der Kultgegenstände an das Gesamtarchiv der Juden in Deutschland  
(Berlin)

24. Januar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 326 a.b,  
Bl. 91

Gesamtarchiv der Juden in Deutschland

Berlin N 24, den 24.1.1936

Tagebuch-Nr. 349/36

Oranienburger Str. 28

Einschreiben

Herrn  
Ludwig Fliess,  
Harburg - Wilhelmsburg -

Sehr geehrter Herr Fliess!

Die in meinem Scheiben vom 15.1. angekündigten Mark 900,- sind inzwischen wohl in Ihren Besitz gelangt. Um Verhandlungen mit Herrn Bendix aufnehmen zu können, ist es unbedingt notwendig, ihm davon Mitteilung machen zu können, dass die Kultgegenstände, um die es sich handelt, inzwischen in unsern Besitz gekommen sind. Ich darf Sie daher, auch im Namen von Herrn Direktor Stahl, bitten, die Übersendung der Kultgegenstände an mich umgehend in die Wege zu leiten.

Ich verbinde damit erneut die Bitte, auch Archivalien zur Geschichte der Gemeinde Harburg, die zur laufenden Geschäftsführung nicht mehr notwendig sind, unserem Archiv zu überweisen.

Mit bester Empfehlung  
Ihr sehr ergebener  
(gez.) Jacobson

**Nr. 5**

Der Bericht des Synagogenverbandes über seinen derzeitigen Status (1937)

1. März 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden 984 d, Bl. 2 f., 8

⟨A⟩

Synagogen-Gemeinde  
Harburg-Wilhelmsburg

Harburg-Wilhelmsburg, den 1. März 1937

An den Vorstand der Deutsch-Israelitischen-Gemeinde  
zu Händen des Herrn Staatsrats a.D. Dr. Lippmann  
in Hamburg.

Auf Ihr Schreiben vom 19.2.1937 erlauben wir uns Ihnen folgendes mitzuteilen:

- 1.) Wie von unserer Seite schon mehrfach der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist, besteht bei uns der Wunsch, daß unsere Gemeinde in die dortige Gemeinde aufgeht.
- 2.) Bezüglich Ihrer Anfrage nach dem Rechtszustand unserer Gemeinde und der für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen lassen wir Ihnen in der Anlage zugehen:
  - a) das für die Synagogengemeinde der Provinz Hannover noch geltende Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden vom 30. Sept. 1842 nebst den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen (Blatt 1 – 64 des beigefügten Gesetzbuches)
  - b) das Statut der Synagogen-Gemeinde Harburg nebst beigefügter Abänderung vom 30.3.30./14.7.30.
- 3.) Betrifft Zahl der Gemeindeangehörigen. Da eine jährliche Statistik über die Zahl der jeweiligen Gemeindeangehörigen nicht geführt worden ist, können wir Ihnen nur mit nachstehenden Angaben dienen:

Mitgliederbestand	am 1. I. 1926	387
"	am 1. IV. 1933	350
"	am 1. III. 1937	150

- 4.) Betrifft Vermögen[,] Haushaltspläne pp.

Wir überreichen Ihnen die Jahresabrechnungen und Vermögens-Aufstellungen für die Rechnungsjahre 1934 und 1935. Der Abschluss für das Jahr 1936 ist noch nicht fertiggestellt, geht Ihnen aber sofort nach Fertigstellung zu. Wir dürfen zu Ihrer Orientierung bemerken, daß der Abschluss von 1936 keinen Fehlbetrag aufweisen wird. Ferner legen wir den Voranschlag für das Jahr 1937 bei.

Soweit noch weitere Angaben benötigt werden, werden wir Ihnen gern damit dienen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde  
i.A.  
(gez.) Goldmann

⟨B⟩

Synagogen-Gemeinde  
Harburg-Wilhelmsburg.

		Voranschlag für 1937	
Einnahmen		Ausgaben.	
Steuern	1415,--	Gordon Gehalt	4597,20
Allgemeine Abgabe	880,50	Marcus Ehrensold	600,--
Notabgabe	900,--	Frau Bachenheimer	300,--
Landesverband	2400,--	Soziale Lasten	30,--
Fehlbetrag	1933,--	Zinsen	455,30
		Hausabgaben	345,--
		Heizung	150,--
		Licht	350,--
		Schule	150,--
		Landesverband und	154,--
		Hilfe & Aufbau	
		Landesrabbinat	67,--
		Friedhof	100,--
		Reparaturen	120,--
		Sonderausgaben	80,--
		Buchabschluss	30,--
	<hr/>		<hr/>
	RM 7528,50		RM 7528,50

**Nr. 6**

Über die aktuelle Situation der Synagogengemeinde Harburg-Wilhelmsburg (April 1937)

9. April 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 d, Bl. 12-14

Hamburg, 9. April 1937

Betr.: Jüdische Gemeinde Harburg-Wilhelmsburg.

Die Herren Pommerantz und Dr. Aschenberg erklären für die Harburger Gemeinde:

1. Das Budget für 1937 ist ordnungsmässig beschlossen und von uns an das Stadtschulratsamt von Harburg weitergeleitet, damit dieses es prüft und an die Regierung von Lüneburg zur Genehmigung abgibt. Wir wissen nicht, ob die Weiterleitung nach Hamburg erfolgt ist, jedenfalls hat ein Vertreter der Regierung Lüneburg mitgeteilt, dass Lüneburg sich nicht mehr für zuständig erachte. Wir wirtschaften auf



Basis des von der Regierung noch nicht genehmigten Voranschlages, fürchten aber, dass wir ein grösseres Defizit haben werden, weil der Hauptsteuerzahler der Gemeinde Harburg kürzlich verstorben ist.

Unabhängig von der Genehmigung des Budgets sind wir berechtigt, die beschlossenen Steuern von  $33\frac{1}{3}\%$  der Reichseinkommensteuer, 30 RM Kopfabgabe für jeden Haushaltungsvorstand und eine Notabgabe zu erheben. Dies geschieht bereits.

2. Bezüglich der Vereinigung der Gemeinde Harburg mit der Gemeinde Hamburg stehen wir auf dem Standpunkt, dass sobald wie nur irgend möglich eine Verschmelzung der Gemeinden erfolgen sollte. Es braucht bezüglich des Armenwesens, das die Gemeinde nicht selbst hat (wir haben nur einen Armenverein und die Winterhilfe), sowie bezüglich der Schule nichts besonderes vereinbart zu werden. Die jüdischen Kinder sind noch alle in den staatlichen Schulen, soweit sie nicht die jüdischen Schulen in Hamburg besuchen. An 25 jüdische Kinder wird von Herrn Gordon Religionsunterricht erteilt. Auch bezüglich des Begräbniswesens bedarf es keiner besonderen Regelung. Der Harburger Friedhof ist voll belegt. Die Leichen müssen nach einem der Hamburger Friedhöfe später gebracht werden.

Auch bezüglich des Kultus scheint uns eine Regelung unschwer möglich. Wir legen Gewicht darauf, dass der Gottesdienst in der Synagoge in der Eisendorferstrasse weiter aufrechterhalten wird, doch bedarf es nicht der Gründung eines besonderen Kultusverbandes. Die Synagoge kann als Filialbetrieb eines der Hamburger Kultusverbände aufrechterhalten werden. Wir werden uns später zu der Frage äussern, welchem der Hamburger Kultusverbände wir uns zweckmässig anschliessen. Es dürfte sich allerdings empfehlen, dass in den Überleitungsverträgen auch mit den Kultusverbänden ausdrücklich vorgesehen wird, dass ein Synagogenvorstand in Harburg gebildet wird, der auch Zentrum für das jüdische Leben in Harburg bleiben würde.

3. Mit dem jetzt 51 Jahre alten Herrn Gordon besteht ein Anstellungsvertrag auf Lebenszeit mit Pensionssicherung. Wir werden den Vertrag unverzüglich einreichen. Herr Gordon erhebt neben dem Anspruch auf Durchführung des Vertrages Anspruch auf 2.340 RM Nachzahlungen an Gehalt sowie auf Vergütung von weiteren, unbedeutenden Gehaltsabzügen, die wir auf Grund der preussischen Notverordnung vorgenommen haben. Wir mussten infolge der ungünstigen finanziellen Lage der Gemeinde das Gehalt kürzen. Wir halten die Rechtsansprüche für begründet, halten es aber nicht für ausgeschlossen, dass im Wege der Verhandlung ein Entgegenkommen des Herrn Gordon zu erreichen sein wird. Wir halten es für zweckmässig, den Vertrag mit Herrn Gordon aufrecht zu erhalten. Die Gemeinde Harburg legt jedenfalls Gewicht darauf, Herrn Gordon in seiner bisherigen Tätigkeit zu belassen. Wir sind aber der Auffassung, dass der Preussische Landesverband auch für die Folge einen Zuschuss zu dem Gehalt des Herrn Gordon zahlen muss, falls Herr Gordon seine Tätigkeit ausserhalb Harburgs auch weiterhin durchführt.

Der Preussische Landesverband hat bisher 2.400 RM Zuschuss zum Jahresgehalt des Herrn Gordon gezahlt, während der Jahresbeitrag der Gemeinde Harburg an den Preussischen Landesverband nur ungefähr 50 RM jährlich betrug.

Die Gemeinde hatte sich früher für ihre Pensionsverpflichtungen, die sie Herrn Gordon gegenüber übernommen hatte, bei einer öffentlichen Pensionskasse rückversichert. Diese Rückversicherung ist aber hinfällig geworden dadurch, dass die Gemeinde ihren Beitrag nicht zahlen konnte. Herr Gordon ist auch nicht in der Reichsversicherung. Wir werden eine Darstellung über die Pensionsfrage der Gemeinde übermitteln.

Nach dieser Aussprache wurde vereinbart, dass die Harburger Vertreter, denen der Entwurf des Altonaer Vertrages ausgehändigt wurde, noch mitteilen, ob weitere Wünsche geltend zu machen sind. Sollte dies nicht der Fall sein, soll den Harburger Vertretern in den nächsten Tagen der Entwurf des mit Harburg abzuschliessenden Vertrages übersandt werden.

(Dr. Lippmann)

**Nr. 7**

Die Bestellung eines neuen Gemeindevorstandes

24. September 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 d, Bl. 64

Synagogen-Gemeinde  
Harburg-Wilhelmsburg

Harburg-Wilhelmsburg, den 24.9.1937.

An die  
Deutsch-Israelitische Gemeinde,  
zu Händen des Herrn Staatsrats a.D.  
Dr. Lippmann,  
H a m b u r g 13,  
Rothebaumchaussee 38.

Betr.: Synagogen-Gemeinde Harburg-Wilhelmsburg.

Wir bitten höfl., davon Kenntnis zu nehmen, dass nach Ansicht der Kultur- und Schulbehörde Hamburg zwecks Abschlusses unseres Eingemeindungsvertrages die Neu-Konstituierung unseres Gemeinde-Vorstandes erforderlich geworden war.<sup>1</sup> Zu diesem Zweck ist am 18. September 1937 eine Gemeindeversammlung abgehalten

1 Die Kultur- und Schulbehörde in Hamburg hatte durch Staatsrat Dr. Schulz bestimmt, dass für den Abschluss des Fusionsvertrages eine Neuwahl des Vorstandes erforderlich sei, um eine rechtswirksame Vertretung der Harburger Gemeinde zu erreichen.

worden, in welcher zum Vorstand unserer Gemeinde folgende Herren gewählt worden sind:

- 1.) Vorsteher: Herr Kaufmann Max Pommerantz, hier, Wilstorferstr. 14,
2. Stellvertr. Vorsteher: Herr Kaufmann Adolf Greif, hier, Rathausstr. 3,
- 3.) 1. Beisitzer: Herr Rechtsanwalt Dr. Hugo Aschenberg, hier, Wallstr. 45,
- 4.) 2. Beisitzer: Herr Ernst Rosenschein, hier, Bleicherweg 2.

Gleichzeitig bitten wir, davon Kenntnis zu nehmen, dass sich unsere Gemeinde zur Einleitung des Eingemeindungsvertrages lt. Beschluss vom gleichen Tage dem Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband zu Hamburg kulturmässig angeschlossen hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
i. Vorsteher.  
(gez.) Max Pommerantz

#### Nr. 8

Die letzten »Bestände« der Harburger Gemeinde

22. Oktober 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 d, Bl. 72

Notiz zur Akte Eingemeindung der Synagogengemeinde Harburg

1.) Am 19. Oktober war ich in Harburg und habe mit dem Prediger Gordon die Grundstücke der Gemeinde Harburg besichtigt. Die Gemeinde besitzt zwei Grundstücke, den Friedhof und die Synagoge. Beide Grundstücke sind sehr schlecht erhalten. Der Friedhof ist vollkommen verwahrlost. Der Zustand der Leichenhalle und der Nebengebäude ist derart, dass eine Instandsetzung beinahe an die Kosten eines Neubaus heranreichen dürfte. Der Friedhof selbst sieht sehr unordentlich aus, er ist seit Jahren nicht saubergemacht worden. Vorne am Eingang gegenüber dem Aufmarschplatz der Stadt Harburg liegt das Kriegerehrenmal. Dieses muss m.E. auch sofort nach der Übernahme in Ordnung gebracht werden. Die Kosten hierfür dürften nicht allzugross sein. Der Friedhof ist voll belegt. Es sind noch ungefähr 10 Grabstellen frei, davon 8 Erbbegräbnisse. Aufzeichnungen darüber sind nicht vorhanden. Die Grabstellen sind in Harburg kostenlos überlassen worden; die Beerdigungen kostenlos durchgeführt worden. Bei den Gräbern, bei denen keine Steine errichtet sind, weiss man zum Teil nicht einmal, wer dort beigesetzt ist.

2.) Die Synagoge bedarf einer Instandsetzung; auch der Vorgarten der Synagoge macht einen sehr verwahrlosten Eindruck. In der Synagoge wohnt ein Hausmeister, der die vertragliche Verpflichtung hat, zu heizen und die Synagoge reinzuhalten. Er

bekommt dafür freie Wohnung, Beleuchtung, Beheizung und Gas. Er hat seit Jahren, wie mir Herr Gordon mitteilt, seine Arbeiten nicht verrichtet. Der Gemeindevorstand hat sich nicht getraut, ihn zur Arbeit anzuhalten.

3.) Ich habe dann noch mit dem Vorsitzenden der Chewra Kadischa und des Jüdischen Frauenvereins verhandelt. Die Chewra Kadischa hat nur noch 12 zahlende Mitglieder mit einem Monatsbeitrag vom RM 0,50. Beim Frauenverein ist es ähnlich. Ich habe die Auflösung der beiden Vereine auf Grund der geltenden Bestimmungen veranlasst. Das Vermögen der Chewra Kadischa in Höhe von 300 RM soll der Gemeinde überwiesen werden. Die Chewra Kadischa legt wert darauf, dass dieses Geld für die Instandsetzung der Synagoge mit verwandt werden soll. Dagegen dürften wohl kaum Bedenken bestehen. – Über das Guthaben des Frauenvereins konnte ich noch nicht genaue Angaben erhalten, da die Kassiererin nicht anwesend war.

Hamburg, den 22.10.1937. Dr.Pl./O.  
Laut Aufgabe von Herrn Dr. Plaut.

### Nr. 9

Die Besucherfrequenz in der Harburger Synagoge

7. November 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 984 d, Bl. 89

Synagogen-Gemeinde  
Harburg-Wilhelmsburg

Harburg-Wilhelmsburg, den 7. Nov. 1937.

An den Vorsand des Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg,  
H a m b u r g.

In höflicher Erwiderung Ihres Schreibens vom 5.11. betr. Einführung von Platzmieten bitten wir davon Kenntnis zu nehmen, dass die Synagogen-Gemeinde-Harburg der dortigen Anregung nicht entsprechen kann. Nach Darstellung der hiesigen Verhältnisse herrschte über diesen Punkt zwischen dem Synagogen-Verband und unserem Vorstand volle Einigkeit darüber, dass eine Platzmiete hier unmöglich ist. Wir haben ca. 8 bis 10 Synagogen-Besucher an den Sonnabenden und ca. 25 bis 30 Besucher an den Feiertagen. Da die Synagoge über 100 Plätze zur Verfügung hat, wir andererseits den in Harburg wohnenden Gemeinde-Mitgliedern das Betreten der Synagoge nicht verbieten können, ist die Einführung einer Platzmiete illusorisch.<sup>2</sup>

2 Die aufnehmende Hamburger Gemeinde beharrte in ihrer Stellungnahme vom 8. November

Gerade mit Rücksicht auf die besondere Situation hat der Synagogenverband uns gegenüber auf die Einführung einer Platzmiete verzichtet.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde  
Harburg-Wilhelmsburg.

(gez.) Max Pommerantz

**Nr. 10**

Die Eingliederung der Synagogengemeinde Harburg-Wilhelmsburg in die Deutsch-Israelitische Gemeinde Hamburg

24./30. November 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 981, Bl. 18, 20

Die

DEUTSCH-ISRAELITISCHE GEMEINDE IN HAMBURG

(in Nachfolgendem Hamburger Gemeinde genannt)

und die

SYNAGOGEN-GEMEINDE HARBURG-WILHELMSBURG

(in Nachfolgendem Harburger Gemeinde genannt)

haben den nachstehenden Vertrag geschlossen, welcher der durch das Inkrafttreten des Gesetzes über Gross-Hamburg vom 26. Januar 1937 eingetretenen neuen Lage Rechnung tragen soll:

§ 1

Von einem noch näher zu bestimmenden Zeitpunkt an wird die Harburger Gemeinde mit der Hamburger Gemeinde vereinigt. Von diesem Zeitpunkt an gilt die Verfassung der Hamburger Gemeinde für die Gesamtgemeinde.

Mit diesem Zeitpunkt übernimmt die Hamburger Gemeinde die Verwaltung der Harburger Gemeinde. Die Fürsorge für den Kultus in Harburg geht auf den Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband in Hamburg über.

Zwischen der Harburger Gemeinde und dem Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband in Hamburg ist der diesem Verträge als Anlage beigefügte Vertrag vom ..... geschlossen.

1937 auf ihrer Forderung, dass aus Gründen der Gleichbehandlung auch in der Harburger Synagoge Platzmieten zu erheben seien. Dementsprechend sah der Fusionsvertrag vom 30. November/13. Dezember 1937 (Kap. 17, Dok. 11) keine gesonderte Regelung für die Harburger Synagoge vor.

## § 2

Von dem in § 1 genannten Zeitpunkt an werden alle Rechte, Vermögensmassen und Verbindlichkeiten der Harburger Gemeinde Rechte, Vermögensmassen und Verbindlichkeiten der Hamburger Gemeinde. Die Hamburger Gemeinde übernimmt den mit Herrn Prediger Gordon bestehenden Vertrag. Es werden mithin die bisher von der Harburger Gemeinde Herrn Prediger Gordon gegenüber übernommenen Verpflichtungen Verpflichtungen der Hamburger Gemeinde; Herr Prediger Gordon wird Beamter der Hamburger Gemeinde. Herr Prediger Gordon hat sich ausdrücklich mit der Vertragsübernahme einverstanden erklärt.

## § 3

Der Vorstand der Harburger Gemeinde verpflichtet sich, die zur Übertragung des Vermögens erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Vorstände beider Gemeinden gehen davon aus, dass für die zur Überleitung erforderlichen Massnahmen die Bestimmung des § 13 des Gross-Hamburg-Gesetzes vom 26. Januar 1937 – Befreiung von Abgaben und Lasten – gilt.

## § 4

Der Vorstand der Hamburger Gemeinde wird dafür sorgen, dass durch geeignete Verwaltungsmassnahmen auch für die Folge den Belangen der in Harburg-Wilhelmsburg wohnhaften Juden Rechnung getragen wird. Insbesondere sind sich die Vorstände beider Gemeinden darüber einig, dass, solange ein Bedürfnis besteht, für die religiösen Bedürfnisse der in der bisherigen Harburger Gemeinde wohnhaften Juden durch Aufrechterhaltung des Gottesdienstes in der Harburger Synagoge und durch Aufrechterhaltung des Harburger Religionsunterrichtes zu sorgen ist.  
Hamburg, den 24. November 1937.

## DER VORSTAND DER DEUTSCH-ISRAELITISCHEN GEMEINDE

(gez.) David	(gez.) Dr. Ernst Loewenberg	(gez.) Leo Lippmann
(gez.) Offenburg	(gez.) Dr. Alfred Unna	(gez.) Hausmann
(gez.) F Warburg	(gez.) Dr. S. Baruch	(gez.) Max Haag

Harburg-Wilhelmsburg, den 30. November 1937.

## DER VORSTAND DER SYNAGOGEN-GEMEINDE HARBURG-WILHELMSBURG

(gez.) Max Pommerantz	(gez.) Adolf Greif
(gez.) Dr. Aschenberg	(gez.) Ernst Rosenschein

**Nr. II**

Die Übernahme des Kultus der Synagogengemeinde Harburg-Wilhelmsburg durch den Deutsch-Israelitischen Synagogenverband Hamburg

30. November 1937/13. Dezember 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 981, Bl. 28, 30, 32

Zwischen der Synagogen-Gemeinde Harburg-Wilhelmsburg und der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg ist infolge des Gesetzes über Gross-Hamburg vom 26. Januar 1937 ein Vertrag geschlossen, auf Grund dessen die Harburger Gemeinde in die Hamburger Gemeinde eingegliedert wird.

Zur Ausführung der Bestimmung des § 1 Absatz 2 dieses Vertrages wird zwischen der

SYNAGOGEN-GEMEINDE HARBURG-WILHELMSBURG

(in Nachfolgendem Harburger Gemeinde genannt)

und dem

DEUTSCH-ISRAELITISCHEN SYNAGOGEN VERBAND IN HAMBURG

(in Nachfolgendem Synagogen-Verband genannt)

Folgendes vereinbart:

**§ 1**

Der Synagogen-Verband übernimmt die Verwaltung der Synagoge Harburg-Wilhelmsburg. Er trägt die Kosten für den Kultus, die Synagoge und den Religionsunterricht. Die synagogalen Einnahmen fliessen ihm zu.

**§ 2**

Herr Prediger Gordon, der gemäss § 2 des Vertrages zwischen der Hamburger und Harburger Gemeinde Beamter der Hamburger Gemeinde wird, übt, solange gemäss § 4 des Vertrages der Gottesdienst und der Religionsunterricht in Harburg aufrechtzuerhalten ist, seine Tätigkeit als Geistlicher in dem Gebiet der bisherigen Harburger Gemeinde in dem bisherigen Umfange aus. Er wird auch weiterhin als Religionslehrer in benachbarten Gemeinden tätig sein. Die näheren diesbezüglichen Bestimmungen werden zwischen der Hamburger Gemeinde und Herrn Gordon unmittelbar getroffen.

Für die Ausübung des Kultus und des Religionsunterrichts im Bereich der bisherigen Harburger Gemeinde untersteht Herr Gordon den Anweisungen des Oberrabbinats und des Vorstandes des Synagogen-Verbandes.

Herr Gordon tritt durch seine Unterschrift diesem Verträge bei.

**§ 3**

Für den Kultus im Bereich der bisherigen Harburger Gemeinde sind die jeweiligen Statuten des Synagogen-Verbandes massgeblich; jedoch soll, soweit diese Ge-

bräuche den religionsgesetzlichen Vorschriften nicht widersprechen, an den bisherigen Gebräuchen der Harburger Gemeinde durch diesen Vertrag und die Statuten nichts geändert werden.

Nach den jeweiligen Statuten des Synagogen-Verbandes werden künftig die Wahlen – auch solche zu Ehrenämtern – und Anstellungen durch die Körperschaften des Synagogen-Verbandes vorgenommen.

#### § 4

Der Synagogen-Verband bestimmt aus den in dem bisherigen Gebiet der Harburger Gemeinde wohnenden Mitgliedern des Synagogen-Verbandes diejenigen Personen, die ehrenamtlich die zum Kultus gehörenden Obliegenheiten in der Synagoge wahrzunehmen haben. Diese Personen sind bei Wahlen und Anstellungen, die für das Gebiet der bisherigen Harburger Gemeinde erfolgen sollen, vom Synagogen-Verband zu hören.

Unter den gemäss Absatz 1 vom Synagogen-Verband zu bestimmenden Mitgliedern wird von diesem ein Mitglied bestimmt, das bei der Beschlussfassung über Fragen, welche die Synagoge und den Kultus in Harburg betreffen, von der Verwaltung des Synagogen-Verbandes zu hören ist. Diese Bestimmung entfällt, falls eines der gemäss Absatz 1 bestimmten Mitglieder dem Vorstand des Synagogen-Verbandes angehören sollte.

#### § 5

Der Vorstand der Harburger Gemeinde wird die Gemeindeglieder zum Erwerb der Mitgliedschaft beim Synagogen-Verband veranlassen.

#### § 6

Dieser Vertrag tritt gleichzeitig mit dem zwischen der Gemeinde Harburg und der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg abgeschlossenen Vertrag in Kraft.

Harburg-Wilhelmsburg, den 30. November 1937.

DER VORSTAND DER SYNAGOGEN-GEMEINDE HARBURG-  
WILHELMSBURG

(gez.) Max Pommerantz

(gez.) Dr. Aschenberg

(gez.) Adolf Greif

(gez.) Ernst Rosenschein

Hamburg, den 13. Dezember 1937

DER VORSTAND DES DEUTSCH-ISRAELITISCHEN SYNAGOGEN-VER-  
BANDES IN HAMBURG

(gez.) Dr. Hugo Zuntz

(gez.) Edgar Frank

(gez.) Dr. S. Bamberger



**Nr. 12**

Die Versuche der Rückführung des Harburger Archivgutes

⟨A⟩ 26. Mai 1938

⟨B⟩ 31. Mai 1938

⟨C⟩ 12. Juli 1938

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 326 a.b, Bl. 95

⟨A⟩

Hamburg-Altona, Breitestrasse 15

Hamburg-Altona, den 26. Mai 1938.

An das Gesamtarchiv der Juden in Deutschland

zu Händen von Herrn Dr. Jacobson

Berlin N 4

Oranienburgerstrasse 28

Sehr geehrter Herr Dr. Jacobson!

Wie ich gehört habe, sind einige Harburger Akten in Ihrem Archiv deponiert. Ich bin hier damit beschäftigt, ein gemeinsames Archiv der neuen Gemeinde Gross-Hamburg, zu der Harburg gehört, zu bilden. Dieses ist durch das Fehlen des Harburger Depositums unvollständig, und die Unvollständigkeit ist umso schmerzlicher, als es sich um Personenstandsregister handelt und von der hiesigen Gemeinde ständig Auskünfte auch über Harburger Familien verlangt werden. Daher bitte ich Sie ergebenst, alle bei Ihnen befindlichen Harburger Akten hierher zurückzuschicken und die Frage zu entscheiden, ob über eine solche Rücksendung eines Depositums irgend eine Anzeige erforderlich ist.

Mit bestem Grusse

(gez.) Fischer

⟨B⟩

GESAMTARCHIV DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Nr. 3927/38 Dr.J./S.

BERLIN N 4, 31. Mai 1938

ORANIENBURGER STR. 28

An den Jüdischen Religionsverband

H a m b u r g 13

Rothenbaumchaussee 38

betr. Dr.N/2.

Mit gleicher Post haben wir Herrn Dr. Fischer, der uns ebenfalls geschrieben hatte, mitgeteilt, dass wir nicht in der Lage sind, die bei uns befindlichen Zivilstandsregi-

ster der Gemeinde Harburg an den Jüdischen Religionsverband zu übergeben, da wir vor kurzem behördlicherseits angewiesen wurden, die bei uns deponierten Personenstandsregister im Gesamtarchiv zu belassen. Eine Liste dieser Personenstandsregister liegt der Behörde vor. Wir sind aber gern bereit, für den jüdischen Religionsverband Hamburg gegen Kostenerstattung die hier befindlichen Personenstandsregister Harburg photokopieren zu lassen.

(gez.) Jacobson<sup>3</sup>

Herrn Dr. Fischer.

Ich bitte festzustellen, ob sich in den Harburger Akten ein Depositenvertrag befindet, und mir diesen gegebenenfalls zuzustellen.

Hamburg, den 2. Juni 1938

(gez.) Nathan

⟨C⟩

GESAMTARCHIV DER JUDEN IN DEUTSCHLAND

Nr. 5117/38 /S.

BERLIN N 4, 12. Juli 1938

ORANIENBURGER STR. 28

An den Jüdischen Religionsverband

H a m b u r g 13

Rothenbaumchaussee 38

Auf das Schreiben vom 7. d.M., das hier eintraf, als Herr Dr. Jacobson bereits seinen Urlaub angetreten hatte, teilen wir Ihnen nachstehend die ungefähren Kosten mit, die eine Photokopierung der Harburger Register verursachen würde. Wir haben uns sowohl nach den Kosten für eine Negativphotokopie wie für eine Positivphotokopie erkundigt:

1. Geburts- u. Sterberegister von Harburg u. Hittfeld 1832:

positiv rund M 4,-,

negativ rund M 3,50

2. Personenstandsaufnahme 1844

positiv rund M 6,-,

negativ rund M 4,50

(Nicht mitgerechnet sind die Seiten, die nur Aufstellungen über Mitgliedsbeiträge und Einnahmen und Ausgaben enthalten.)

3 Jacob Jacobson (1888-1968), Dr. phil., war von 1920 bis 1939 Leiter des Gesamtarchivs der deutschen Juden in Berlin, das die Gestapo 1939 beschlagnahmte. Jacobsen wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert und ging 1945 nach seiner Befreiung nach England. Vgl. Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden, S. 171.

3. Geburtsregister 1844 ff. positiv rund M 10.–	negativ rund M 9.–
4. Trauungsregister 1844 ff. positiv rund M 5.–	negativ rund M 4.–
5. Sterberegister 1844 ff. positiv rund M 6.–	negativ rund M 5.–

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Gesamtarchiv  
der Juden in Deutschland  
(gez.) Jacobson

### Nr. 13

Das Jubiläum: 75 Jahre Synagoge Harburg

9. Juni 1938

Hamburger Familienblatt Nr. 23 vom 9.6.1938, S. 6 a-b

### 75 Jahre Synagoge Harburg

Aus Anlaß des 75jährigen Jubiläums der Synagoge der Gemeinde in Harburg-Wilhelmsburg, die heute dem Jüdischen Synagogenverband in Hamburg angeschlossen ist, fand am vergangenen Sonntag eine Feierstunde in Harburg statt, zu der zahlreiche Gäste aus Hamburg erschienen waren [...] Nach einem Begrüßungschor »Boruch habo«, gesungen von dem Chor der Synagoge Bornplatz unter Leitung von Herrn K. Rothschild, begrüßte im Namen des Vorstandes des Synagogenverbandes Herr Edgar **Frank** die Anwesenden. Er wies daraufhin, daß wir in der Omerzeit, einer Zeit des Zählens, stehen. Heute zählen wir nicht nur die Jahre, sondern auch die Menschen, die bei einer solchen Stunde des Gedenkens eigentlich zugegen sein müßten, die aber fern weilen, weil sie den Wanderstab ergreifen mußten. Aber die jüdische Gemeinschaft zählt ja nicht nach den Köpfen, sondern nach dem inneren Gehalt, und wenn auch unser Herz matt wird im Gedanken an die Zukunft unserer Gemeinde, so haben wir doch das Recht, diese Stunde in Wehmut zu begehen. [...]

Prediger **Gordon** (Harburg) gab hierauf Gedanken der Erinnerung an die Vergangenheit der Gemeinde in Harburg und der Synagoge in Harburg Raum. Judentum heiße praktisches Tun, und es ist nicht in die vier Wände einer Synagoge gebannt. Gerade die Gemeinde in Harburg habe dies immer betätigt, und in ihrer Blütezeit ihre Mittel und ihre Arbeitskräfte auch für die Brüder auf dem flachen Lande in den Kleingemeinden eingesetzt. [...]

Oberrabener Dr. **Carlebach** begann mit den Worten des Propheten, die die Synagogen als Mikdosch meat, als Gottestempel im kleinen, bezeichnen. Auch als das Volk nach Babel verbannt wurde, wo es doch um seine baldige Heimkehr wußte, erbaute man dort Synagogen – wo sie stehen, gleich auf welche Dauer, sind sie unser Heiligtum. Und nur wenn wirklich die Synagoge mitten unter der Gemeinde steht und nicht nur Anhängsel ist, ist sie Ausdruck dessen, daß Gottes Seele uns nicht verwirft. Auch diese Synagoge war der wirkliche Mittelpunkt der Gemeinde in Harburg. Hier wurde innig gebetet, wie Israels Schicksal überhaupt nur verständlich und erträglich bleibt, wenn es beten kann. Die Synagoge ist für uns ein Stück Heimat, ein Stück Palästina. Ob unser Aufenthalt hier noch lange oder kurz währt, so lange wir darin weilen, ist sie geheiligter Boden. Sei die Gemeinde groß oder klein, jedenfalls muß sie bis zum letzten Augenblick ihr Mittelpunkt sein. Wir sind heute mehr denn je zu einer Einheit geworden, zu einer Einheit der Wohlfahrt, denn alle sind wir der Wohlfahrt verhaftet, sei es als Geber oder Nehmer oder Helfer. Diese Einheit ist eine Einheit des jüdischen Herzens. So wie nach einer Erzählung der Agada die jüdischen Herzen zu einem großen Edelstein zusammengeschmolzen werden, aus dem das Tor des Heiligtums errichtet wird, so sind unsere Herzen der Eingang zu jeglichem Heiligtum. Mag daher die Synagoge ihren 75. Geburtstag auch in einer Zeit des Niedergangs begehen, so lieben wir sie doch, wie man unsere Alten liebt, und ist ihre Lebenskraft auch weniger geworden, so bleibt sie uns doch Symbol, das uns alle verbindet. [...]

J[ulian] L[ehmann]

#### Nr. 14

Der Kreisleiter der NSDAP, Wilhelm Drescher, fordert die Entfernung der Harburger Synagoge

20. Oktober 1938

Staatsarchiv Hamburg, II3-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung, E IV B 4

Abschrift!

NSDAP Kreis 8

Kreisleitung

Tagebuch Nr. 1684/Dr.–M

Hamburg, Harburg, den 20. Oktober 1938

An den

Ratsherrenältesten Parteigen. [C. C. Fritz] Meyer,

Ratsherrenkanzlei

H a m b u r g .

Ich wünsche zu Punkt 4 der Tagesordnung der nichtöffentlichen Ratsherrenberatung das Wort betr. die Synagoge in Harburg.

Die Synagoge hat, wie ich in Erfahrung gebracht habe, einen Einheitswert von RM 1,620.--. Bis vor kurzem standen RM 12.000.-- Hypothekengelder der ehemaligen Stadtparkasse Harburg darin. Es schweben augenblicklich Verhandlungen des Jüdischen Religionsverbandes, Hamburg 13, Rotenbaumchaussee 38, mit der Synagogengemeinde Harburg zwecks Eigentumsübertragung. Da die Synagoge an einer sehr verkehrsreichen unübersichtlichen Ecke liegt, bitte ich zur Entfernung der Synagoge um Hilfe seitens der Verkehrspolizei und der Gemeindeverwaltung.

Heil Hitler!  
gez. [Wilhelm] Drescher  
Kreisleiter.

**Nr. 15**

Die Bearbeitung der Anfrage des Kreisleiters der NSDAP, Wilhelm Drescher, durch die Staatsverwaltung

28. Oktober 1938

Staatsarchiv Hamburg, 113-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung, E IV B 4

Hauptverwaltungsamt der Hansestadt Hamburg    Hamburg, den 28. Oktober 1938.  
Verwaltungsabteilung                                    Rathaus  
Ratsherrenkanzlei  
- 400 -

An die  
Staatsverwaltung  
Referat 14  
Hamburg

Hiermit übersende ich Ihnen die Abschrift eines Antrages des Kreisleiters Ratsherrn Drescher vom 20. Oktober 1938 zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Äußerung.

Der Ratsherrenälteste, Staatsrat Meyer, hat die Angelegenheit dem Herrn Reichsstatthalter vorgetragen. Der Reichsstatthalter hat darauf entschieden, daß die Frage der Staatsverwaltung vorzulegen sei.

Heil Hitler!  
(gez.) [Carl] Fiebig  
Stadtoberinspektor.

## 1 Anlage

[Handschriftlicher Vermerk:]

1. Abschrift der Anlage an den Herrn Polizeipräs. üb. Abt. 3 m.d.B. um baldige Stellungnahme zum letzten Satz.
2. Schreib. an d. Vorstand d. Jüdischen Religionsverbandes Hamburg: »In gegebener Veranlassung bitte ich mich baldmöglichst darüber zu unterrichten, in wessen Eigentum die Synagoge in Hamburg-Harburg zur Zeit steht, ob Veränderungen der Rechtsverhältnisse an der Synagoge beabsichtigt sind, in welcher Weise und zu wessen Gunsten sie belastet ist und ob die Synagoge für die religiösen Bedürfnisse der im ehemaligen Harburg-Wilhelmsburg wohnhaften Juden erforderlich ist.«

i.A. I[psen] 29/10.38]

**Nr. 16**

Die Schändung der Harburger Synagoge

10. November 1938

Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Ordner 12/D, Urteil des Landgerichts Hamburg (Schwurgericht) vom 27.4.1949 – (50) 141/48 – 14 Js 70/46 – Strafverfahren Wilhelm Drescher u.a.

Über das Schicksal der Synagoge am 10. November 1938 gibt das Urteil im Prozeß von 1949 gegen den Harburger Ortsgruppenleiter der NSADP die folgende Darstellung:

»Die zerstörte Synagoge diente den Harburger Juden seit ihrer Erbauung im Jahre 1862 bis zum Jahre 1938 als Gotteshaus. Sie war seit dem Jahre 1936 nicht mehr zu gottesdienstlichen Versammlungen der Gemeinde benutzt worden, da die Juden sich seit dieser Zeit wegen der zunehmenden Verhetzung der Bevölkerung nicht mehr zu versammeln wagten. In den Jahren 1936 – 1938 haben jedoch noch gelegentlich Zusammenkünfte der Repräsentanten der jüdischen Gemeinde im Tempel stattgefunden.

Die jüdische Gemeinde hatte in den sechziger Jahren und den folgenden Jahrzehnten etwa aus 10 Familien bestanden. 1933 gehörten etwa 350 Juden der mosaischen Gemeinde Harburg an. Durch Abwanderung war diese Zahl auf etwa 250 abgesunken.

Der jüdische Tempel war in dicht bebauter Wohngegend an der verkehrsmässig unübersichtlichen Strassenkreuzung Bennigsen-/Albers-[jetzt Knoop-]strasse und Eissendorferstrasse, gegenüber dem Landratsamt und dem Forstamt Harburg belegen. [...] Die eiserne Einfriedigung des Grundstücks, die einen niedrigen Mauersokkel gekrönt hatte, war am Tage vor dem Synagogensturm im Rahmen der Schrottkaktion von dem Pioniersturm 2/9 abgebaut worden.

Der Synagogenbau, etwa 17 Meter lang und 10 Meter breit, war in gelben Backsteinen aufgeführt. Der Haupteingang an der Ostseite (schmale Seite) war an der Eissendorferstrasse belegen. Ein weiterer Eingang führte in die nördliche Hälfte der Langseite von der Albersstrasse in das Gebäude hinein. Durch beide Eingänge gelangte man in den gleichen Vorraum. Vor den Eingängen befanden sich Freitreppen, die in einem umfriedigten, mit Linden bestandenen Vorhof lagen. [...]

Rechts vom Haupteingang lag neben dem Vorraum ein grosses Sitzungszimmer für die Repräsentanten der jüdischen Gemeinde. [...] An das Sitzungszimmer schloss sich in einem an der Eissendorferstrasse belegenen Anbau ein Raum für die Religionsunterweisung Jugendlicher an. Links vom Haupteingang lag ein kleinerer Raum für die Prediger. Der Nordteil der Synagoge und der erwähnte Anbau waren unterkellert. Die Räume im Souterrain enthielten die Wohnung des Kastellans sowie Toilettenanlagen.

Die aus schweren Holzbalken bestehende Dachkonstruktion des Synagogengebäudes trug ein schwarzgraues Schieferdach. [...] Etwa zwischen 18.30 und 19 Uhr [...] kam ein Trupp von Menschen aus Richtung Neustrasse auf die Synagoge zu. Die Leute hatten schweres Werkzeug, wie Äxte, Kreuzhacken und dergl. bei sich. Sie machten am Landratsamt Halt. Zugleich strömten viele Menschen aus der Bennigsenstrasse auf die Synagoge zu. [...] Inzwischen hatte sich die Menschenansammlung an der Synagoge schnell vergrössert. Durch die Albersstrasse war ein weiterer Trupp von Menschen, ebenfalls mit Werkzeugen bewaffnet, angerückt und hatte zusammen mit dem am Landratsamt haltenden Trupp ungeachtet der Polizei den Haupteingang der Synagoge mit einem etwa 2 Meter langen Rammbaum, den Nebeneingang mit Äxten und Vorschlaghämmern gewaltsam geöffnet. Durch beide Eingänge war ein Teil der Menge in das Gotteshaus hineingestürmt. Diese Leute begannen sofort ein barbarisches Verwüstungswerk. Möbelstücke, Gebetbücher und Kultgegenstände wurden aus den mit Steinen eingeworfenen und mit Stuhlbeinen eingeschlagenen Fenstern des oberen Stockwerkes in den Vorhof gestürzt. Mit Äxten und Hämmern wurde das Gestühl zerschlagen und sonstige Verwüstungen angerichtet. Es war ein unüberschaubares Durcheinander entstanden. Plötzlich erscholl aus dem Getümmel der Ruf ›Benzin her‹. Nunmehr begann die Polizei den Tempel zu räumen. Sie benutzte dabei den von der Menge weitergegebenen Ruf: ›Raus zum Demonstrationszug.‹ [...] Die aus dem geplünderten Gebäude herausstürmenden Menschen nahmen an sich, was sie an Gebetbüchern, Talaren, Mützen und anderen Kultgegenständen erlangen konnten und bildeten einen grossen und mehrere kleinere Menschenströme, die sich in widerlichem Aufzug durch die Albersstrasse und die Eissendorferstrasse in Richtung Stadtmitte fortbewegten. Mit ihnen zog der grösste Teil der gaffenden und agierenden Menge davon, um neu Zuströmenden Platz zu machen. Immerhin gelang es der Polizei, einen freien Raum um den Tempel herum abzusperren. Demonstranten, die in den Tempel hineinzugehen wünschten, wurden jedoch auch weiterhin von der Polizei nicht gehindert. Das Zerstörungswerk ging weiter.

Das Ziel der mit Kultgegenständen abziehenden Menschenmassen war der Harburger Marktplatz, der Sand. Hier wurde unter hässlichem Ulk und Mummenchanz der Tempelraub auf einen Haufen geworfen und verbrannt.

[...] [Später in der Synagoge] bemerkte einer der Polizisten, dass im Lichtschacht eines nach hinten gelegenen Kellerfensters offenbar durch einen Demonstranten ein Feuer entzündet worden war. Die Vorhänge des Fensters standen in Flammen. Die Polizei löschte den Brand sofort.

Das Ergebnis des Zerstörungswerkes war, dass die Inneneinrichtung des Tempels vollkommen demoliert und die meisten Kultgegenstände geplündert worden waren. An einem der folgenden Tage wurden die völlig zerstörten Fenster und die Türen des Gebäudes durch eine Baufirma mit Brettern verschlagen.«

Abgesehen von einem Teil der Zeugen, die einen Feuerschein im Innern der Synagoge wahrgenommen haben wollen und der Aussage des Angeklagten selbst, der noch glimmende Vorhänge gesehen haben will, war in dem Prozeß von einem Brand – außer dem im Lichtschacht geschilderten – nicht die Rede gewesen. Die Bekundungen der Zeugen über einen Feuerschein im Innern der Synagoge könnten nach der Prozeßniederschrift dadurch entstanden sein, »dass mit brennenden Fackeln vor und in der Synagoge hantiert worden ist«. Demgegenüber ist in dem Einsatzprotokoll der Feuerwehr folgende Eintragung:

»Lfd. Nr. 5347/10. November 1938/20.04 Uhr/Harburg, Hermann-Göring-Platz/Eigentümer, Geschädigter: Jüdische Synagogengemeinde/Gegenstand des Brandes: Dachstuhl und Einrichtungsgegenstände Synagoge/Ursache: nicht ermittelt/Großfeuer«

Sehr ausführlich ist in dem Prozeß von dem Brand der hiermit gemeinten jüdischen Leichenhalle die Rede. Diese lag im Gegensatz zur Synagoge nicht im eng bebauten Wohnviertel, sondern in der südwestlichen Ecke des israelitischen Friedhofs auf dem Schwarzenberg in Harburg, etwa 8 bis 10 Meter vom Lokal »Schützenpark« entfernt, in ansonst unbebauten Anlagen. In dem Urteil heißt es:

»Die Leichenhalle wurde im Jahre 1857 als Totenhaus erbaut und im Jahre 1900 durch den Anbau eines grossen Andachtsraumes zur Leichenhalle erweitert. Rund 19 Meter lang und 7,5 Meter breit, war sie aus massiven Backsteinmauern aufgeführt. Die Dachkonstruktion bestand aus Holzgebälk.« [...]

Nach den glaubwürdigen Angaben [...] eines Jahrzehnte lang in Harburg ansässig gewesenen Juden fand die letzte Bestattung auf dem Friedhof im Jahre 1936 statt. Das Gelände war voll belegt. Die weitere Benutzung der Leichenhalle stand nicht zu erwarten, da nach mosaischem Gesetz belegte Grabstellen nicht eingeebnet und neu belegt werden dürfen. Offenbar auf Anregung des Kreises 8 der NSDAP in Harburg stellte die Baupolizei im September 1938 fest, dass die Leichenhalle sehr baufällig war. Mit Schreiben vom 7. Oktober 1938 wurde die Synagogengemeinde Hamburg hierauf hingewiesen; zugleich wurde mitgeteilt, dass die Leichenhalle nicht mehr benutzt werden dürfe, solange der festgestellte unmittelbare Gefahrezustand be-



stehe. Mit Schreiben vom 8. Oktober 1938 teilte der Synagogenverband Hamburg der Baupolizei mit, dass nach seiner Information bereits Auftrag zum Abbruch der Leichenhalle vergeben worden sei. Dies bestätigte der jüdische Religionsverband Hamburg mit Schreiben vom 12. Oktober 1938.

[...] Gegen 19 Uhr wurde die Leichenhalle in Brand gesetzt. Es sammelte sich alsbald eine grosse Menge Schaulustiger. Einige Männer, Angehörige der Marine-SA, [...] zogen den Leichenwagen, dessen Behänge leicht Feuer gefasst hatten, aus der Halle heraus und stellten ihn, nachdem sie die Tücher gelöscht hatten, zunächst etwas abseits unter Bäumen ausserhalb des Friedhofs ab. Von hier wurde der Wagen bald darauf von Angehörigen der HJ und anderen Halbwüchsigen fortgezogen, wieder in Brand gesetzt und brennend umhergezogen. Die herbeigekommene Feuerwehr wurde am Löschen der Leichenhalle durch die Menge behindert. Der Dachstuhl der Halle und die anderen hölzernen Bestandteile standen in hellen Flammen. Die im Halbkreis um die Brandstelle angetretene HJ begleitete jeden Sturz von brennenden Balken mit Trommelwirbeln.[...] Nachdem sich im Verlauf von 1½ bis 2 Stunden die Menschenmenge ziemlich verlaufen hatte, gelang es der Feuerwehr, [...] den Brand der zur Ruine verwandelten Leichenhalle vollständig zu löschen.«

Bezeichnenderweise heißt es in einem Münchener Fernschreiben des SS-Gruppenführers Heydrich vom 10. November 1938, mit dem die Aktionen gegen die Juden und insbesondere deren Synagogen angeordnet wurden:

»Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z.B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung vorhanden ist).«

Die Harburger Synagoge, die in dicht bebauter Wohngegend stand, entging hierdurch offenbar den Flammen. Das geplünderte Gotteshaus war jedoch bereits vorher zum Untergang bestimmt. In einem Schreiben der Kreisleitung Harburg an die Ratsherrenkanzlei Hamburg vom 20. Oktober 1938 heißt es: »Ich wünsche zu Punkt 4 der Tagesordnung der nichtöffentlichen Ratsherrenberatung das Wort betr. die Synagoge in Harburg. ... Da die Synagoge an einer sehr verkehrsreichen unübersichtlichen Ecke liegt, bitte ich zur Entfernung der Synagoge um Hilfe seitens der Verkehrspolizei und der Gemeindeverwaltung.« Am 14. Dezember 1938 entschied der Polizeipräsident Hamburg: »Die in dem Schreiben des Kreises 8 der NSDAP gemachten Angaben über die Verkehrslage an der Strassenkreuzung Bennigsenstr./Eissendorferstr./Albersstrasse im Stadtteil Harburg entsprechen den Tatsachen. Ausserdem wechseln die Strassenbahnschienen in der abschüssigen Bennigsenstrasse kurz vor der Kreuzung Eissendorferstrasse nach der linken Strassenseite, so dass infolge der eintretenden Verengung der Fahrbahn [...] Fahrzeuge, um nicht mit der Strassenbahn zusammenzustossen, zum Ausweichen auf den Gehweg oder zum Halten gezwungen sind. Hierdurch treten Verkehrsbehinderungen und Gefährdungen auf, die im Zeichen der fortschreitenden Motorisierung des Verkehrs und im Kampf gegen den Verkehrsunfall nicht mehr geduldet werden können.

Die jetzige Linienführung der Strassenbahn ist bedingt durch die strassenbauliche Lage der Einmündungen der Bennigsen- und Albersstrasse; sie liegen sich nicht senkrecht, sondern verlagert gegenüber. Ich habe die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft sich zu dieser Angelegenheit äussern lassen und füge einen Plan der in Vorschlag gebrachten Gleisverlegung [...] bei, der die bisherigen Verkehrsschwierigkeiten beseitigt und den allgemeinen Verkehrserfordernissen entspricht.

Zur Durchführung dieser Massnahmen, die im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit liegen, ist aber die Zurückverlegung der Strassenfront in der Albersstrasse und die Entfernung der Synagoge erforderlich.

Nach Regelung des Grundstückserwerbs durch die Kämmerei – Liegenschaftsverwaltung – wird die Begradigung der Strasseneinmündung an der Eissendorferstrasse bei der Gemeindeverwaltung – Tiefbauamt – betrieben werden.«

Aus den Bauakten läßt sich das Schicksal der Harburger Synagoge kaum noch rekonstruieren: Nach einem Ersuchen des Baupolizeiamts -7- in Hamburg berichtet das Bauprüfamt Hamburg-Harburg unter dem 1. April 1939: »Gemäß mündlicher Anordnung teilen wir hierdurch mit, daß die Synagoge auf dem Grundstück an der Eißendorferstraße sich in einem ordnungsmäßigen baulichen Zustand befindet. Es sind lediglich die Fensterscheiben zertrümmert. Die Fensteröffnungen sind jedoch mit Brettern ordnungsmäßig verschalt. Jedenfalls kann der jetzige Zustand nicht als ruinenhaft bezeichnet werden.«

In einem Schreiben vom 14. Juni 1958 an das Amt für Wiedergutmachung wird vom Bezirksamt Harburg – Bezirksbauamt – Bauprüfabteilung – vermutet, daß die Synagoge einen Totalschaden während des Krieges erlitt, da sie in der dort geführten Schadensliste ohne Angabe eines Schadensgrades aufgeführt worden ist. Die Gemeinde war jedoch nicht mehr im Besitz ihres Grundstücks, das sie durch Vertrag vom 22. August 1939 in Privathand verkaufen mußte. Auf dem Trümmergrundstück wurden 1954/55 durch eine Wohnungsbaugesellschaft Wohnhäuser errichtet.

#### Nr. 17

Der geplante Abbruch der Synagoge aus Gründen der »Verkehrsgefährdung«

14. Dezember 1938

Staatsarchiv Hamburg, II3-5 Staatsverwaltung – Allgemeine Abteilung, E IV B 4

Der Polizeipräsident  
S – VO

Hamburg 36, den 14.12.1938  
Altstädterstrasse 8 I.

Der  
Staatsverwaltung der Hansestadt Hamburg  
– Abteilung 3 –

zurückgereicht.

Die in dem Schreiben des Kreises 8 der NSDAP gemachten Angaben über die Verkehrslage an der Strassenkreuzung Benningsenstr./Eissendorferstr./Albersstrasse im Stadtteil Harburg entsprechen den Tatsachen. Ausserdem wechseln die Strassenbahnschienen in der abschüssigen Benningsenstrasse kurz vor der Kreuzung Eissendorferstrasse nach der linken Strassenseite, so dass infolge der eintretenden Verengung der Fahrbahn – siehe anl. Plan 1 – Fahrzeuge, um nicht mit der Strassenbahn zusammenzustossen, zum Ausweichen auf den Gehweg oder zum Halten gezwungen sind. Hierdurch treten Verkehrsbehinderungen und Gefährdungen auf, die im Zeichen der fortschreitenden Motorisierung des Verkehrs und im Kampfe gegen den Verkehrsunfall nicht mehr geduldet werden können.

Die jetzige Linienführung der Strassenbahn ist bedingt durch die strassenbauliche Lage der Einmündungen der Benningsen- und Albersstrasse; sie liegen sich nicht senkrecht, sondern verlagert gegenüber. Ich habe die Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft sich zu dieser Angelegenheit äussern lassen und füge einen Plan der in Vorschlag gebrachten Gleisverlegung – siehe anl. Plan 2 – bei, der die bisherigen Verkehrsschwierigkeiten beseitigt und den allgemeinen Verkehrserfordernissen entspricht.

Zur Durchführung dieser Massnahmen, die im Interesse der allgemeinen Verkehrssicherheit liegen, ist aber die Zurückverlegung der Strassenfront in der Albersstrasse und die Entfernung der Synagoge erforderlich.

Nach Regelung des Grundstückserwerbes durch die Kämmerei – Liegenschaftsverwaltung – wird die Begrädigung der Strasseneinmündungen an der Eissendorferstrasse bei der Gemeindeverwaltung – Tiefbauamt – betrieben werden.<sup>4</sup>

Zwei Pläne sind als Anlage beigefügt.

(gez.) Kehrl

4 Die Synagoge war am 10. November 1938 erheblich zerstört worden, wobei Kultgegenstände demoliert und geplündert und der Dachstuhl angezündet wurden. Das Grundstück wurde am 22. August 1939 an Privathand veräußert. Ob das Synagogengebäude später abgerissen (1941?) oder im Krieg einen Totalschaden erlitt, ist nach Quellenlage unklar. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Grundstück im Verfahren der Rückerstattung der Jewish Trust Corporation zurückgegeben. Diese veräußerte es 1953 an die Deutsche Wohnungsbaugesellschaft M.B.H. »Harburg«. Die Gesellschaft errichtete dort in den Jahren 1954/55 Wohnhäuser. Vgl. Stein, Jüdische Baudenkmäler in Hamburg, S. 139 ff.; Eberhard Kändler/Gil Hüttenmeister, Der jüdische Friedhof Harburg, Hamburg 2004, S. 25.



# 18. Der Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte (1933-1938)

## Nr. 1

Die Krisensitzung im April 1933

24. April 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 1006, Bl. 100-103

24.IV.1933

## Protokoll

der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte am Montag, dem 24. April 1933, abends 8 ¼ Uhr, im Gemeindehause Rothenbaumchausee 38.

Anwesend: die Herren und Damen Alexander Levy, stellvertretender Vorsitzender, Dr. Manasse, Altona, Dr. Bachmann, Altona, Rabbiner Bamberger, Wandsbek, Oberrabbiner Dr. Carlebach, Altona, Rabbiner Dr. Holzer, Rabbiner Dr. Italiener, Alfons Jacobsohn, Koretz, Max Lehmann, Altona, Alfred Levy, Dr. Möller, Altona, Dr. Nathan, Dr. Victor, Wandsbek, Dr. Winter, Lübeck, Fräulein Hagenow, Altona, Fräulein Samson, Frau Pick.

Als Gäste waren erschienen die Herren Samson Goldschmidt, Dr. Plaut.

Entschuldigt Sanitätsrat Dr. Frank, Altona, Beith, Wandsbek, Jonas, Kiel, Dr. Kalmus, Markreich, Bremen.

[...]

Der stellvertretende Vorsitzende begrüsst in Vertretung des Vorsitzenden die Damen und Herren, insbesondere die Herren Goldschmidt und Dr. Plaut als Vertreter der Gemeinde, die über die Hilfsaktionen seitens der Gemeinde und der ihr angeschlossenen Vereine berichten werden. – Alexander Levy verliest ferner einen Brief des Vorsitzenden, Dr. Manasse, Altona, worin dieser in Anbetracht der jüngsten Ereignisse sein Amt als erster Vorsitzender niederlegt. Alexander Levy spricht Dr. Manasse Worte wärmsten Dankes aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass er dem Verbands auch weiterhin sein Interesse unter Führung des Vorsitzes entgegenbringen werde. – Von einer Neuwahl wird vorerst abgesehen. – Der Antrag des Bezirksrabbiners Dr. Cohen-Friedrichstadt auf Zuverfügungstellung von 3000 RM für Schächten von Grossvieh noch vor dem 1. Mai wird abgelehnt.

Die Zentralstelle für jüdische Darlehnskassen, Berlin, reklamiert dringend, dass die Angelegenheit für den hiesigen Verbandsbezirk noch nicht weiter gefördert ist.

Nach den uns jetzt vorliegenden Nachrichten beabsichtigen sich die Gemeinden Wandsbek mit 200 RM, Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde, Altona, mit 250 RM und das Wohlfahrtsamt der Gemeinde Bremen mit 100 RM zu beteiligen. Die Gemeinden Lübeck und Kiel verhalten sich mit Rücksicht auf die derzeitige Lage ablehnend. Die Gemeinde Hamburg lehnt ebenfalls mit Rücksicht auf ihre eigene grosse Belastung eine Beteiligung ab. Im Ganzen sind 550 RM gezeichnet. Um der Darlehnskasse jedoch die Unterstützung der Zentralstelle für jüdische Darlehnskassen, Berlin, zukommen zu lassen, müssen die Gemeinden mindestens einen Betrag von 1500 RM aufbringen. Dr. Manasse hält es für unmöglich, etwas zu unternehmen, wenn Hamburg ablehnt. Es wird beschlossen, die Gemeinde Hamburg nochmals zu bitten, ihren Teil zur Gründung der Darlehnskasse beizutragen, damit die Kasse baldmöglichst ins Leben gerufen werden könne. Dieser Antrag wird von den Herren Koretz und Lehmann, welcher letzterer als äusserste Basis 1000 RM seitens der Verbandsgemeinden hinstellt, unterstützt. Dr. Manasse schlägt alsdann vor, Lehmann-Altona, mit den nötigen Arbeiten zu betrauen, und ihm nach endgültiger Gründung zu gestatten, zwei weitere Herren aus dem grossen Ausschuss zu kooptieren. Koretz ist gegen Satzungen und für Richtlinien. Lehmann-Altona bittet, die Einzelfragen solange zurückzustellen, bis der Grundstock vorhanden ist; alsdann ist er bereit, sich für die Sache einzusetzen.

[...]

Rabbiner Dr. Winter, Lübeck, referiert sehr ausführlich über den freiwilligen Arbeitsdienst und stellt den Antrag »Der Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte soll für die angeschlossenen Gemeinden einen Arbeitsdienst einrichten oder den bereits bestehenden Arbeitsdienst in Wilhelminenhöhe zu einem Zentral-Arbeitsdienst für die Verbandsvereine ausbauen.« [...] Dr. Nathan hält das ganze Referat für überholt, da der freiwillige Arbeitsdienst im allgemeinen und der in Wilhelminenhöhe in Besonderem aus zwei Gründen erledigt sei: 1. wird das Heim im Sommer mit erholungsbedürftigen Erwachsenen und Kindern belegt, 2. ist vom Arbeitsamt jeder Reichszuschuss abgelehnt worden. Tragung der Beköstigung, des Taschengeldes, der Bekleidung usw. ist völlig unmöglich. Fräulein Samson äussert ihre Bedenken auch dahin, dass im Augenblick der Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes Wohlfahrts- und Arbeitslosenunterstützung fortfallen würden. Es wird folgende Resolution gefasst und angenommen: »Zurzeit ist die Einrichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes für uns gegenstandslos. Dem Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes muss jedoch zur gegebenen Zeit aus ideellen und sozialen Gründen wieder nähergetreten werden.«

[...]

Dr. Nathan teilt mit, dass heute kurz vor dieser eine Sitzung der Kommission für die Richtlinien gegen den Abwehrkampf stattfand. Da sich mehrere Mitglieder entschuldigt hatten, sind die Erschienenen einig geworden, dass eine Aufstellung der Richtlinien gegen den Abwehrkampf sich im Moment erübrigt. Es wurde beschlossen, die Verbandsgemeinden um Aufgabe der Namen derjenigen Gemeindemit-

glieder zu bitten, die seit 1925 aus den Gemeinden bzw. dem Judentum ausgetreten sind und sie dann durch einen Aufruf zum Wiedereintritt in die Gemeinde zu veranlassen. Dr. Victor, Wandsbek, bittet, diesen Aufruf auch auf die getauften Juden auszudehnen. Dem entgegen sind die Herren Rabbiner Dr. Italiener und Alexander Levy, da sie darin eine grosse Gefahr erblicken. Dr. Manasse, Altona, kann sich den Worten der beiden Vorredner nicht anschliessen, denn die getauften Juden befänden sich jetzt in einer furchtbaren Lage; man dürfe ihnen heute nicht die kalte Schulter zeigen. An die Worte des Letzteren schliesst sich eine kurze Debatte, an der sich Oberrabbiner Dr. Carlebach, Altona, Koretz und Goldschmidt beteiligen und zum Ausdruck bringen, dass die getauften Juden freiwillig den Weg zu uns finden müssten und ihnen keine Brücke gebaut werden dürfe.

Samson Goldschmidt bittet Dr. Plaut, den Bericht über die Gesamt-Aktionen der Wirtschaftsberatung in Berlin und Hamburg zu halten.

Dr. Plaut: Die prekäre wirtschaftliche Lage des deutschen Judentums, die durch den Boykott und durch die allgemeine politische Situation geschaffen worden ist, hat die massgebenden Instanzen der jüdischen Oeffentlichkeit veranlasst, Hilfsmassnahmen in grossem Stil vorzubereiten. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Landesverbände und Gemeinden in Berlin, Kantstrasse 158, hat Veranlassung genommen, einen Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau ins Leben zu rufen. Dem Zentralausschuss gehören an Rabbiner Dr. Baeck und Kammergerichtsrat Wolff als Vorsitzende, Landesgerichtsrat Dr. Lilienthal, Geschäftsführer, (als Vertreter des Preussischen Landesverbandes), Alfred Berger und Dr. Landauer, Vertreter der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Direktor Stahl, Jüdische Gemeinde, Berlin, Dr. Ludwig Tietz, Central-Verein, Dipl.Ing. Woyda, Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe. Ausserdem ist Herr Dr. Melchior, Hamburg, in den Zentralausschuss gewählt worden.<sup>1</sup>

[...]

In Hamburg ist ebenfalls ein Hilfsausschuss der grossen Organisationen ins Leben gerufen worden. Der Hilfsausschuss hat eine Beratungsstelle eingerichtet, die in gleicher Weise wie die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe in Berlin arbeitet. Die Beratungsstelle hält werktätlich von 10 – 4 Uhr in Hamburg, Beneckestrasse 2, ihre allgemeinen Sprechstunden ab. Ausserdem sind Spezial-Sprechstunden, die von Juristen, Medizинern, Kaufleuten etc. wahrgenommen werden, eingerichtet worden. Es sind Fachschaften für die einzelnen Berufsgruppen gebildet worden, die alle vorkommenden Fragen bearbeiten.

Dr. Manasse, Altona, schlägt vor, die Vorstände der kleinen Gemeinden zu einer gemeinsamen Sitzung herzubitten und diese Sitzung auf Sonntag, den 14. Mai d.J. festzulegen.

1 Der hier folgende Text ist abgedruckt in Kap. 19.2, Dok. 2.

**Nr. 2**

Überregionale Hilfe nach der nationalsozialistischen »Machtergreifung«

30. Juli 1933

Hamburger Familienblatt Nr. 31 vom 3.8.1933, S. 1 f.

**Tagung  
des Verbandes der jüdischen Gemeinden  
Schleswig-Holsteins und der Hansestädte**

Am vergangenen Sonntag fand im Gemeindehaus der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg eine Tagung des Großen Ausschusses des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte statt, die recht zahlreich besucht war. Vertreten waren die Gemeinden Hamburg, Altona, Wandsbek, Bremen, Lübeck, Kiel, Ahrensburg, Elmshorn, Delmenhorst, Oldenburg, sowie der Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau und die Zentralwohlfahrtsstelle durch Dr. Ollendorf-Berlin.

Der Vorsitzende, Herr Alfred Levy, Hamburg, begrüßte die Anwesenden und teilte mit, daß an Stelle der ausgeschiedenen Herren Dr. Viktor-Wandsbek, Dr. Landau-Lübeck, Dr. Posner-Kiel, Dr. Fränkel-Kiel, Dr. Bachmann-Altona und Dr. Kalmus-Hamburg, die sämtlich aus Deutschland verzogen sind, von den Gemeinden bisher als Ausschußmitglieder die Herren Friedmann und Herzfeld-Kiel, Dr. Frank-Lübeck und Dr. Jakobsohn-Wandsbek bestimmt worden sind.

[...]

Die auf der letzten Tagung im Februar ausgesprochenen Hoffnungen auf Besserung haben sich leider nicht erfüllt, die innerpolitischen Verhältnisse stellten den Verband vielmehr vor neue Aufgaben. Der Verband wurde immer mehr von den angeschlossenen Gemeinden als Zentralstelle angesehen und war bemüht, deren Interessen aufs beste zu fördern. Die Gemeinde Hamburg hat dabei den Verband durch Beiträge sowohl wie durch Ueberlassung von Räumen, Erledigung von Büroarbeiten usw. aufs stärkste unterstützt, wofür ihr Dank gebührt.

[...]

Die Bezirksdarlehnskasse ist zur Tatsache geworden und hat eine segensreiche Tätigkeit aufgenommen. Das Kapital beträgt vorläufig RM 3000,—, zur Hälfte aufgebracht von den Mitgliedsgemeinden, zur Hälfte von der Zentralstelle für jüdische Darlehnskassen. Die Leitung hat Herr Max Lehmann-Altona übernommen.

Die Gemeinde Altona hat den Verbandsgemeinden ihre Schule unentgeltlich zur Verfügung gestellt, was besonders notwendig ist, da die Gründung neuer jüdischer Schulen trotz des vorhandenen Bedürfnisses nicht erlaubt ist. Es ist notwendig, daß die Gemeinden für starken Besuch dieser Schule sorgen, die einen großen Bestandteil ihrer Schüler durch Wegzug verloren hat, so daß wenigstens deren Er-



haltung gesichert wird. Es wird auch Nachmittagsunterricht erteilt, ferner sind Sprachkurse für Neuhebräisch und Englisch eingerichtet.

Die Mitgliederwerbung hatte keinen allzu großen Erfolg. Es ist dringend notwendig, daß Einzelmitglieder eintreten und daß die Gemeinden ihre Beiträge regelmäßig abführen, damit die Arbeit des Verbandes keine Stockung erfährt. Die Beratungsstelle in Hamburg stand den Mitgliedsgemeinden bisher unentgeltlich zur Verfügung und hat Tausende von Mark zur Unterstützung hergegeben. Die Fortsetzung dieser Unterstützung ist nur möglich an Mitglieder der Gemeinden, die auch ihre Pflicht erfüllen und zu den Sammlungen in ausreichendem Maße beitragen. Der Beitrag für die Wohlfahrtskommission mußte erhöht werden. Eine Wanderbibliothek ist eingerichtet, das Jahrbuch ist wieder erschienen und erforderte nur einen Zuschuß von 113 RM. Auch dieser wäre zu vermeiden gewesen, wenn alle Gemeinden eine Anzahl Exemplare abnehmen würden.

[...]

### **Kommissionsberichte.**

Oberrabbiner Dr. Carlebach-Altona erstattet den Bericht der Kulturkommission und schildert den hohen Wert der bereits erwähnten Veranstaltungen auf dem flachen Lande. Mit Hilfe der Lehrer ist die Wanderbibliothek als Austauschbücherei in Benutzung genommen worden. Ein neues Jahrbuch ist in Vorbereitung und wird gehaltvolle Beiträge enthalten.

Fräulein Samson-Hamburg berichtet über die Arbeit der Wohlfahrtskommission, die sich in erster Linie diesmal der Gemeinde Delmenhorst annahm, die durch die politische Lage besonders zu leiden hatte. Wertvolle Tätigkeit, die volle Anerkennung fand, konnte durch Unterstützungen an Geld und Kleidung geleistet werden. [...]

Dr. Jakobsohn-Wandsbek erstattet den Bericht der Rechtskommission, deren Aufgabenkreis sich durch die Schutzmaßnahmen für die gegenwärtigen Verhältnisse erweitert hat. Sie war in erster Linie auf die Sicherung des Vermögens der aussterbenden Gemeinden bedacht. Ferner schlichtete sie durch Vergleich einen Rechtsstreit um die Mikwoh in Friedrichstadt.

Der Finanzbericht, erstattet durch Herrn Max Lehmann-Altona, an Stelle des durch einen Unfall verhinderten Herrn Beith-Wandsbek, bewegt sich im Rahmen des genehmigten Voranschlags und schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 6679 RM. Für die Wohlfahrtskommission wurden weitere 1700 RM ausgegeben. Ein großer Teil der Beiträge ist noch rückständig.

[...]

### **In der allgemeinen Aussprache**

wird zuerst von Herrn Friedmann-Kiel das Verhalten der Gemeinde Kiel bei der Entlassung ihres Rabbiners begründet.<sup>2</sup> Die Gemeinde habe unter den heutigen

2 Die Kieler Gemeinde sah sich nach dem Wegfall staatlicher Zuschüsse gezwungen, ihrem seit 1924 angestellten Rabbiner Dr. Arthur Bernhard Posner (1890-1962) zu kündigen. Posner, Dr.

Verhältnissen nicht mehr die Verantwortung für die Anstellung eines Rabbiners tragen können. Vom Vorstandstisch wird dazu bemerkt, daß bei der Wichtigkeit der Besetzung des Rabbinerpostens am Sitze des Oberpräsidiums der Verband unbedingt hätte hinzugezogen werden müssen. Es seien Schritte eingeleitet, um eine Wiederbesetzung vorzunehmen. [...]

### Nr. 3

Die Zusammensetzung des Verbandsausschusses

⟨A⟩ 14. August 1934

⟨B⟩ 28. September 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 901a, Bl. 40f., 47

⟨A⟩

Verband der jüdischen Gemeinden  
Schleswig-Holsteins und der Hanse-  
städte

Hamburg, den 14.8.34.

Wir nehmen Bezug auf den Briefwechsel mit Ihnen anlässlich der in diesem Jahre zu vollziehenden Wahl für den grossen Ausschuss. Wir übersenden Ihnen in der Anlage eine Abschrift des § 8 der Statuten des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der über die näheren Einzelheiten der Wahl Auskunft gibt. Da nun von verschiedenen Gemeinden keine genauen Angaben gemacht worden sind, bitten wir Sie hierdurch, uns nochmals die von Ihnen gewählten Persönlichkeiten für den grossen Ausschuss namhaft zu machen. Gleichzeitig bitten wir, uns die Anzahl der Seelen Ihrer Gemeinde mitzuteilen, da nur für je 100 Seelen ein Vertreter gewählt werden darf. Um Irrtümern vorzubeugen, machen wir darauf aufmerksam, dass es sich hierbei nicht um Vorschläge Ihrerseits, sondern um eine von Ihnen zu vollziehende Wahl handelt. Eine Wahl der Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses durch die Mitgliedsgemeinden kommt nicht in Frage. Die Wahl dieser Mitglieder erfolgt durch den grossen Ausschuss.

Ferner bitten wir Sie, uns Vorschläge für die Kooption von Rabbinen, Lehrern und Beamten zu machen.

phil. 1923, veröffentlichte zahlreiche Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte und theologische Arbeiten neben seiner Mitarbeit am Jüdischen Lexikon. Er emigrierte 1933 mit seiner Familie zunächst nach Belgien, 1934 mit dem Rabbinerzertifikat nach Palästina.

Die Beantwortung dieses Schreibens bitten wir, bis zum 1. September d.J. zu beschleunigen, um die nötigen Vorarbeiten für die im Oktober d.J. in Aussicht genommene Sitzung des grossen Ausschusses vorzunehmen zu können.

Hochachtungsvoll  
Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte  
gez. Dr. Manasse

An sämtliche Mitgliedsgemeinden!

§ 8  
der Statuten des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins  
und der Hansestädte

Der grosse Ausschuss besteht aus gewählten Vertretern der dem Verbande angeschlossenen Gemeinden.

Auf je 100 Seelen entfällt ein Vertreter. Jede Gemeinde sendet einen Vertreter, jedoch darf keine mehr als 5 in den grossen Ausschuss entsenden.

Die Art der Wahl wird von den Gemeinden selbst geregelt. Die Wahl erfolgt auf die Dauer von fünf Jahren.

Der Ausschuss wählt einen Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden. Der Ausschuss hat das Recht, bis zu 10 Rabbinen, 4 Lehrern und 4 Beamten hinzuzuwählen.

⟨B⟩

VERBAND DER JÜDISCHEN GEMEINDEN  
Schleswig-Holsteins und der Hansestädte

HAMBURG 13, den 28.9.1934.  
Rothenbaumchausee 38

An den Vorstand der Jüdischen Gemeinde  
W a n d s b e k  
Langereihe 13/14  
Pck./N.

Sie haben uns die Herren B. Beith, Max Moses und Dr. Jacobson als Vertreter Ihrer Gemeinde für den grossen Ausschuss genannt. Gemäss § 8 der Statuten entfällt auf je 100 Seelen ein Vertreter. Ihre Gemeinde zählt 150 Seelen, d.h. also, dass

wir die Herren Max Moses und Dr. Jacobson als Vertreter nicht anerkennen können.

Hochachtungsvoll  
 Verband der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte

(gez.) I.A. Pick

#### **Nr. 4**

Im »Zeichen jüdischer Not« (1934)

4. November 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 45 vom 8.II.1934, S. I-IV

#### **Worum es geht**

Der Große Ausschuß des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der am letzten Sonntag zu einer vielstündigen Sitzung zusammenkam, hat nicht nur die Aufgabe, Rechenschaftsberichte in solchen Sitzungen entgegenzunehmen und Beschlüsse über die Fortführung seiner Arbeiten zu fassen. Immer reicher, immer komplizierter, zugleich aber immer gefährdeter wird das Leben der deutschen Judenheit, immer stärker verzweigt sich deshalb die Fülle und der Aufgabenkreis seiner Organisationen. Ein Verband wie der Schleswig-Holsteinische gibt heute den Rahmen für eine außerordentliche Vielfalt religiöser, jüdisch-kultureller, jüdisch-sozialer und philanthropischer Bestrebungen und Notwendigkeiten ab. Die Tagungen seines repräsentativen Ausschusses dienen deshalb füglich nicht allein der Erledigung von Tagesordnungen, sondern auch der *Repräsentation*.

Was aber gibt es hier zu repräsentieren? Die Solidarität der in diesem Verband zusammenwirkenden Körperschaften und Personen? Die Summe von Ernst, von Hingabe an die jüdische Sache und von gutem Willen, die aus der Leistung der jeweils letzten Arbeitsperiode gezogen werden darf? Gewiß – auch das findet bei solchen Zusammenkünften seinen angemessenen Ausdruck. Wichtiger aber ist im Zusammenhang der Frage, die wir soeben stellten, die Notwendigkeit, *jüdische Not*, die jüdischen Sorgen der Gegenwart zu repräsentieren.

Im Zeichen dieser Fragen, ja im Zeichen *jüdischer Not* stand die Sitzung des letzten Sonntags. Es wäre sinnlos und gefährlich, daran vorbeizugehen, daß die Grundlagen unseres Gemeinschaftswirkens sich in der Tat aufs bedenklichste verschmälert haben. Sollen wir noch am Grabe mancher kühnen Projekte und mancher hochaufstrebenden Illusionen »die Hoffnung aufpflanzen«? Optimismus, der

vielgenannte jüdische Optimismus ist gewiß gut. Mindestens genau so wichtig[,] jedoch wenn nicht unendlich zweckmäßiger, ist jenes furchtlose »Den Tatsachen ins Auge sehen«, das der letzten Sitzung des Großen Ausschusses seinen Charakter gab.

Von Illusionen und überspannten Erwartungen befreite den, der noch nicht zu sehen gelernt haben mochte, das Referat, das der Vormittag brachte: der großangelegte Vortrag des Leiters der Berliner Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe und der ihr nebengeordneten Berliner jüdischen Zentralwohlfahrtsstelle. Eine genaue Darstellung der Ausführungen Dr. Lubinskis<sup>3</sup> sei für den Tag[ungs]bericht aufgespart, der diesen einleitenden Bemerkungen folgen wird. Was der Redner sagte, gruppierte sich um die eine Grunderkenntnis: die Zahl der unterstützungs- und hilfsbedürftigen Juden war in früherer Zeit verhältnismäßig so klein, daß man die in Frage kommenden Personengruppen namentlich anführen konnte; heute aber sei es, um zu einem solchen Ergebnis zu gelangen, zweckmäßiger, die Zusammenstellung gewissermaßen am anderen Ende zu beginnen und diejenigen Schichten deutscher Juden zu benennen, die nicht oder noch nicht hilfsbedürftig seien. Eine bedrückend furchtbare Feststellung! Sie ist aber nicht nur furchtbar – sie ist auch fruchtbar. Denn nur, wenn man sich den grundstürzenden Wandel unserer Lebensbedingungen, der hier auf eine einfachste Formel gebracht ist, ungeschminkt vor Augen hält, findet man die Ansatzpunkte wenn nicht einer Beseitigung, so doch einer Linderung jüdischer Not.

Was zur Gesamtlage des deutschen Judentums am Vormittag, in jenem Referate Dr. Lubinskis, gesagt wurde, fand am Nachmittag außerordentlich rasch seine praktische Betätigung. Als die Finanzfragen des Verbandes behandelt wurden, ging es um ein Defizit von ganzen 1300 (sage und schreibe dreizehnhundert) RM. Welche Bagatelle für einen Verband, dem – neben zahlreichen Mittel- und Kleingemeinden – eine Großgemeinde angehört, die noch vor wenigen Jahren über ein Millionen-Budget verfügte! So könnte man fragen. Und doch – Welch schier unüberbrückbares Hindernis für die Etat-Bilanzierung dieses Verbandes in unserer Zeit – so stellte es sich den Tagungsteilnehmern in der ersten Stunde der Nachmittagsitzung dar. Es wurde dann beschlossen, die fehlenden 1300 RM dadurch hereinzubringen, daß die Mitgliedsgemeinden, so weit sie mit ihren Beiträgen rückständig sind, zur beschleunigten Uebermittlung dieser Rückstände aufgefordert werden, während der dann noch verbleibende Rest im Wege eines Appells an den oft bewährten Spendensinn der nordwestdeutschen Judenheit aufgebracht werden

3 Georg Lubinski, später Giora Lotan (1902-1974), Dr. jur. 1927, Rechtsanwalt und Verbandsfunktionär jüdischer Organisationen, gründete 1924 zusammen mit Ludwig Tietz den Reichsausschuss jüdischer Jugendverbände, dessen erster Generalsekretär er war. Nach dem Berufsverbot 1933 wurde Lubinski mit der Abteilung für Berufsausbildung der Reichsvertretung betraut. In dieser Eigenschaft konnte er die Hachschara-Arbeit und die Auswanderungshilfe nachdrücklich fördern. 1938 emigrierte er mit dem A1-Zertifikat (»Kapitalistenzertifikat«) nach Palästina. In Israel engagierte sich Lubinski in sozialpolitischen Fragen (u.a. war er 1959/60 Minister für Sozialhilfe, 1969 Minister für Arbeit).

soll. Gegen diesen Beschluß dürfen die Einwände nicht erhoben werden, die gegen Spenden-Aktionen außerhalb des vom Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau festgelegten Rahmens bestehen mögen (und gerade in der Vormittagssitzung des Großen Ausschusses behandelt wurden). Denn hier geht es[,] von den zahlreichen sozialpolitischen Aufgaben ganz zu schweigen, um die Erhaltung des jüdisch-religiösen und jüdisch-kulturellen Lebens in unseren nordwestdeutschen Kleingemeinden! 9000 RM wurden dafür im laufenden Kalenderjahr verwandt – eine Summe, die, absolut genommen, gering ist, und die wir uns gewiß höher denken und wünschen möchten, die im Verhältnis zur Finanzkraft des Verbandes aber hoch genug ist, um seine Existenz und die Notwendigkeit seiner Fortdauer vollauf zu rechtfertigen! In diesem Budgetposten spiegelt sich die Vielfalt der Hilfe wider, die der Verband den Land- und Zwerggemeinden Schleswig-Holsteins leisten konnte, sei es durch die Subventionierung von Gottesdiensten, durch Unterstützungsbeträge für die Erhaltung der Friedhöfe usw. [...]

Die Entlastung der Abrechnung für das Jahr 1933, die bisher, da der Ausschuß seit dem Januar nicht tagte, noch nicht vorgenommen werden konnte, wird dann einstimmig erteilt. Die Abrechnung ergibt einen Betrag von 11659,21 RM. Vom vorhandenen Rücklagebetrag von 1596,37 RM müssen 772,91 RM zur Abdeckung des Fehlbetrages verwandt werden, so daß ins Jahr 1934 noch 823,46 RM Rücklage hineingenommen werden können.

Für 1934 sind in Ausgaben und Einnahmen 14500 RM vorgesehen. Der Posten »Wohlfahrts-Kommission« ist von 6361,57 RM (1933) auf 9000 RM angewachsen. Die Mitglieds- und Steuerbeiträge sind im laufenden Jahr aber zum Teil noch nicht eingegangen. Frau P i c k berichtet, daß beispielsweise in einer Verbandsgemeinde, die früher ein Gesamtsteueraufkommen an den Staat von 45000 RM zu leisten hatte, jetzt nur noch 9000 RM an den Staat bezahlt werden. Fortzug und Verarmung sind die leider allzu bekannten Ursachen. Es ergibt sich nunmehr nach Verrechnung der Rücklage ein Fehlbetrag von 1300 RM.

Über die Möglichkeiten zur Deckung dieses Fehlbetrages werden verschiedene Vorschläge erörtert, nachdem Dr. M a n a s s e die Vermögenslage des Verbandes und die Unmöglichkeit der Uebernahme eines Vorschusses in den nächsten Etat eingehend klargelegt hat.

[...]

**Nr. 5**

Die Vorarbeiten für ein Bestandsverzeichnis jüdischer Institutionen

7. Januar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 901 a, Bl. 26

Verband der jüdischen Gemeinden  
Schleswig-Holsteins und der Hanse-  
städte

Hamburg, den 7. Januar 1935.  
Rothenbaumchaussee 38

An die Mitgliedsgemeinden

Wir nehmen Bezug auf unser Rundschreiben vom 25. November 1934, durch welches wir sämtliche Gemeinden gebeten haben, ein genaues Verzeichnis ihrer Institutionen an den Vorsitzenden der Rechts-Kommission des Verbandes, Herrn Rechtsanwalt Dr. Jacobson, Wandsbek, Schloßstrasse 38, zu senden. Dieses Rundschreiben ist vielfach missverständlich dahin ausgelegt, daß es auf die Vereine usw. bezogen ist. Unter »Institutionen« sollten jedoch hier die Friedhöfe, Synagogen usw. verstanden werden. Es kommt uns darauf an, dass Herr Dr. Jacobson ein genaues Verzeichnis der Immobilien und Mobilien erhält, aus welchem hervorgeht, wo dieselben belegen sind bzw. sich befinden. Bezüglich der Immobilien, also der Grundstücke, bitten wir, Herrn Dr. Jacobson auch die Grundbuchbezeichnungen dieser Grundstücke zukommen zu lassen.

Es handelt sich darum, einen genauen Überblick über alle derartigen Vermögensgegenstände zu erhalten, damit die Unterhaltung der Friedhöfe und Synagogen gesichert wird, auch wenn eine einzelne Gemeinde aussterben sollte, und damit alsdann auch z.B. die für den Gottesdienst bestimmten Geräte in anderweite Obhut genommen werden können.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie Herrn Dr. Jaobson nunmehr möglichst bald Bericht über das Vorstehende geben würden.

In vorzüglicher Hochachtung

Der Vorsitzende  
des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der jüdischen Ge-  
meinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte

gez. Dr. Manasse

**Nr. 6**

Die Unterstützung der norddeutschen Kleinstgemeinden

19. Mai 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 21 vom 23.5.1935, S. III f.

Tagung des Verbandes der jüdischen Gemeinden  
Schleswig-Holsteins und der Hansestädte

Am vergangenen Sonntag fand in Hamburg die Sitzung des Großen Ausschusses des »Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte« statt, zu dem zahlreiche Vertreter vor allen Dingen aus den Kleingemeinden der Provinz, aber auch aus Hamburg und Altona erschienen waren. [...]

An der Tagung nahmen teil:

**H a m b u r g** : R.-A. David, Alfred Levy, N. H. Offenburg, Dr. Urias, Alexander Levy, N. Reich, Samson Goldschmidt, Rabbiner Dr. Italiener, Rabbiner Dr. Holzer, Rabbiner Dr. Lichtig, Prof. Dr. Markon, R.-A. Samson, R.-A. Dr. Minden, Dr. Leonhard Levy, Dr. Plaut, Fr. Samson, Frau Pick, Fr. Arnheim, Alfons Jakobsohn, Katzenstein, M. Bachrach.

**A l t o n a** : Oberrabbiner Dr. Carlebach, Max Lehmann, Dr. Julius Möller, Paul Möller, Paul Meyer, Dr. Manasse, Fr. Ellern, Fr. Hagenow.

**W a n d s b e k** : Rabbiner Bamberger, Beith, Dr. Fürth.

**B r e m e n** : Rabbiner Dr. Aber, R.-A. Dr. Rosenack, Hugo Levy, Dr. Heß, Max Markreich, Nathan.

**L ü b e c k** : Rabbiner Dr. Winter, Frank, Leser Ruben.

**W e s e r m ü n d e** : Dr. Rothschild, Liebenthal.

**V e g e s a c k** : Wolff.

**N o r d e n h a m - B r a c k e** : Weinberg, Schragenheim.

**A h r e n s b u r g** : Lehmann.

**E l m s h o r n** : Baum, Meyer, Cronenheim.

**O l d e n b u r g** : R.-A. Loewenstein, Cronheim.

**F r i e d r i c h s t a d t** : Rabbiner Dr. Cohn.

**D e l m e n h o r s t** : Freund.

[...]

Dr. Manasse<sup>4</sup> erstattet den

**Bericht des geschäftsführenden Ausschusses.**

Vorerst übermittelt er persönliche Grüße der früheren Mitglieder des Ausschusses, Dr. Viktor (fr. Wandsbek), Dr. Landau (fr. Lübeck) und Dr. Kalmus (fr.

4 Alfred Manasse (1881-1958), Dr. jur., arbeitete als Rechtsanwalt seit 1910 in Posen und ab 1920 in Altona als Rechtsanwalt und Notar. Seit 1932 war er Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins. Im April 1936 emigrierte Manasse nach Palästina. Vgl. Morisse, Ausgrenzung und Verfolgung, Bd. 1, S. 51, 105, 184.



Hamburg), die jetzt in Erez Israel wohnen und noch großes Interesse an den Geschicken des Verbandes nehmen.

Im vergangenen Jahr hat sich Bemerkenswertes nicht ereignet. Dank der Arbeit von Frau Pick und Frä. Arnheim klappte die Geschäftsführung ausgezeichnet. Für den abwesenden ersten geschäftsführenden Vorsitzenden sprang des öfteren Herr Alexander Levy ein. Am stärksten beschäftigt waren, in engster Verbindung miteinander arbeitend, Finanz- und Wohlfahrtsausschuß. Schwierigkeiten sind dadurch entstanden, daß

**der Beitrag der Zentralwohlfahrtsstelle in  
Berlin von monatlich 650 RM. seit vier  
Monaten nicht eingegangen**

ist. Hiergegen muß aufs schärfste protestiert werden. Da der Verband sehr sparsam gearbeitet hat, um für Peßach und die Sommerschickung Mittel zu erübrigen, glaubt sich Berlin berechtigt, außerdem noch einmal etwa 300 RM abziehen. Auch hiergegen ist Einspruch zu erheben.

[...]

Viel Sorge macht dem Verband die seelsorgerische Betreuung der sieben Gemeinden des Regierungsbezirks Stade. Diese ist besonders kompliziert, da sie an sich unter einem Bezirksrabbinat stehen. Eine völlige Ordnung kann nur auf dem Wege über Berlin erfolgen. Auch Oldenburg bedarf der Betreuung, insbesondere macht natürlich die Nachfolge von Dr. de Haas Sorge.

In Oevelgönne (Nordenham) wurde der Friedhof beschädigt und Grabsteine umgestützt. Als Täter wurden Jugendliche festgestellt, deren Bestrafung durch erzieherische Maßnahmen erfolgte. Die Wiederherstellung des Friedhofs erforderte einen Betrag von 320 RM., von denen Berlin 250 RM. übernommen hat.

Schwierig ist der Religionsunterricht in Kappeln, der bisher von Friedrichstadt besorgt wurde, was infolge der schlechten Verbindung unmöglich ist. Kiel hat die Uebernahme abgelehnt.

In einer besonderen Notlage befindet sich Friedrichstadt. Die Synagoge ist dringend reparaturbedürftig. Von dem dazu notwendigen Betrage von 320 RM. wurden vom Verbande und von privater Seite bisher 205 RM. aufgebracht, er bitte um Ermächtigung, weitere 65 RM. auf den Verband zu übernehmen und den Rest von 50 RM. vom Preußischen Landesverbande anzufordern.

Hierauf schritt er zur Festsetzung der Beiträge für die einzelnen Verbandsgemeinden. Die Beiträge betragen insgesamt 8355 RM, von welcher Summe Hamburg allein 6000 RM beisteuert. Auf Reklamation wurden einzelne Beiträge kleiner und kleinster Gemeinden herabgesetzt.

In der Aussprache über die Punkte des Referats, die sich zu Anträgen verdichteten, schlug Rabb. Dr. Winter vor, mit dem Religionsunterricht in Kappeln den Lehrer in Segeberg zu betrauen. Dem wurde entgegengehalten, das[s] der Lehrer in Segeberg bereits in vier Gemeinden unterrichten müsse. Die Frage wird durch den geschäftsführenden Ausschuß geregelt werden.

[...]

Oberrabbiner Dr. Carlebach weist bei dieser Gelegenheit auf den Mangel an einer Statistik über die jüdische Bevölkerung des Verbandsbezirks hin. An einem noch festzusetzenden Stichtag solle eine innere Statistik aufgestellt werden.

Dr. Fürth unterstreicht diese Anregung mit dem Hinweis auf die vielen Anfragen wegen nichtarischer Ahnen.

Dr. Winter ist für die Anlage eines Standesamtsregisters in jeder Gemeinde, wie es Lübeck bereits eingerichtet hat.

Dr. Cohn (Friedrichstadt) weist darauf hin, daß in letzter Zeit die Gemeinden außerordentlich viele Dokumente an Sippen-, Familien und Geschlechterforscher abgegeben haben. Diese Dokumente müßten jetzt schleunigst zurückgefordert werden.

Den verschiedenen Anregungen wird stattgegeben. Der Vorstand wird die notwendigen Maßnahmen treffen.

[...]

## Nr. 7

Der Aufbau eines Personenstandsregisters für das Verbandsgebiet

26. Mai 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 901 a, Bl. 29

Hamburg, den 26. Mai 1935.  
Rothenbaumchaussee 38.

An alle Mitgliedsgemeinden!

Es besteht auf Grund einer Anregung in der letzten Sitzung unseres grossen Ausschusses bei uns der Plan, bei uns ein jüdisches Register anzulegen.

Dieses soll die Namen sämtlicher jüdischen Seelen in unseren Mitgliedsgemeinden sowie der vereinzelt lebenden Juden enthalten.

Wir bitten Sie daher, uns eine solche Liste bis zum 1. Juli 1935 zu übersenden.

Es sind Rubriken einzurichten:

- 1.) Namen (bei Frauen auch Geburtsnamen)
- 2.) Vorname
- 3.) Tag der Geburt
- 4.) Ort der Geburt
- 5.) Geschlecht
- 6.) Anschrift
- 7.) Beruf

Alle Veränderungen (Geburten, Eheschliessungen, Todesfälle, Zuwanderungen, Abwanderungen) sind uns bis zum 15. eines jeden Monats für den vergangenen Monat bekannt zu geben.

Ferner bitten wir Sie dringend, uns die gewünschten Grundbuchbezeichnungen usw. (siehe Seite 6 des Protokolls der Sitzung des Grossen Ausschusses vom 19.5.35) umgehend einzusenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des  
Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins  
und der Hansestädte

gez. Dr. Manasse

#### Nr. 8

Die Unterkunft für jüdische Durchreisende

3. Oktober 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 901 a, Bl. 34

Verband der jüdischen Gemeinden  
Schleswig-Holsteins und der  
Hansestädte

Hamburg 13, den 3.10.1935.  
Rothenbaumchaussee 38

An alle Verbandsgemeinden!

Es wird angeregt, mit Rücksicht auf die völlig veränderte Sachlage in allen Gemeinden unseres Verbandsgebietes jüdische Familien zu benennen, die bereit sind, jüdischen Reisenden Unterkunft und Verpflegung gegen Entgelt zu geben. Es wird daher gebeten, uns möglichst umgehend die Namen der Familien, die dazu bereit sind, aufzugeben, auch das Entgelt, das für die Uebernachtung, Frühstück bzw. Mittag- und Abendessen beansprucht wird. Ferner wird gebeten, anzugeben, ob der Haushalt rituell oder nicht rituell geführt wird.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes  
der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins- und der Hansestädte

gez. Dr. Manasse

**Nr. 9**

Der Bericht über die Verbandstätigkeit 1935

9. Februar 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 7 vom 13.2.1936, S. III f.

**Gemeindeverband am Werk**  
**Die Tagung des Großen Ausschusses des »Verbandes der jüdischen**  
**Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte«**

Am Sonntag waren wieder die Vertreter aus allen Gemeinden der Provinz hier zusammengekommen, um den Geschäftsbericht und die Abrechnung entgegenzunehmen und den Etat zu beraten. Damit verbunden war ein Referat des Vertreters der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Landgerichtsrat i.R. Dr. L i l i e n t h a l, und man hatte auch Dr. S c h i l d b e r g e r vom Preußischen Landesverband hierher gebeten, der den einzelnen Vertretern in Spezialfragen zur Verfügung stand. Der Mittelpunkt der Tagung war freilich unerwartet und improvisiert: eine spontane Ehrung von Oberrabbiner Dr. C a r l e b a c h, der an diesem Tage zum Oberrabbiner des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes in Hamburg gewählt worden war.

Der Vorsitzende des Großen Ausschusses, R.-A. D a v i d (Hamburg), konnte feststellen, daß folgende Gemeinden vertreten waren:

Ahrensburg, Altona, Elmshorn, Kiel, Segeberg-Neumünster, Wandsbek, Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg, Delmenhorst, Rüstringen-Wilhemshaven, Aumund, Vegesack, Osterholz-Scharmbeck, Stade, Verden a.d. Aller, Wesermünde, Cuxhaven, Harburg-Wilhelmsburg.

[...]

Der Geschäftsbericht, den er an Stelle von Dr. Manasse erstattete, der den Vorsitz des geschäftsführenden Ausschusses infolge seiner bevorstehenden Uebersiedlung nach Erez Israel niedergelegt hat, begann mit einer Würdigung des Ausgeschiedenen, dem er für seinen ferneren Lebensweg alles Gute wünschte. Der geschäftsführende Ausschuß hat inzwischen Herrn Paul M ö l l e r<sup>5</sup> (Altona) zum Vorsitzenden gewählt. Auch Frau P i c k ist infolge Uebernahme anderer Arbeiten aus der Geschäftsführung ausgeschieden, und auch ihr dankt er für ihre langjährige treue Mitarbeit.

[...]

Der Religionsunterricht in K a p p e l n, der immer ein Sorgenkind des Verbandes war, ist vom heutigen Tage an von Herrn Lehrer Moddel (Segeberg) übernommen

5 Paul Möller (1892-1944), Zionist (Misrachi), war Mitglied des Repräsentanten-Kollegiums der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona und zeitweise deren Vorsitzender. Er stand der Altonaer Chewra Kadischa vor und übernahm die Aufgaben des Mohel. Anfang 1938 wurde er zum Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des sich konstituierenden Synagogenverbandes Altona ernannt. Paul Möller emigrierte 1939 nach Palästina.

worden. Mustergültig durchgeführt wurden die Ferienkurse des Verbandes, über die schon besondere Berichte erstattet wurden. Sie waren nicht nur von Wert für die Kinder selbst, sondern haben auch die Eltern und Gemeinden in ihrem jüdischen Leben bereichert.

[...]

Eine neue Aufgabe erwuchs dem Verband durch die Jüdische Winterhilfe, die von ihm in den Verbandsgemeinden organisiert wurde, und zwar mit bestem Erfolg.

Uebernommen wurde die Betreuung des Landrabbinats Stade, das bisher von Hildesheim verwaltet wurde, aber seit dem Weggang des dortigen Landrabbiners ohne rabbinische Betreuung war, abgesehen davon, daß schon immer der Wunsch bestand, ein örtlich näher gelegenes Rabbinat dazu heranzuziehen.

### **Die Abrechnung für 1935**

gab Herr Max Lehmann (Altona).

Der Etat des Vorjahres ist in Einnahmen und Ausgaben um etwa 7000 RM überschritten worden. Diese Ueberschreitung ist freilich nur formeller Art, da es sich hier um Summen handelt, die für den Wohlfahrtsetat gespendet und für Wohlfahrtzwecke wieder ausgegeben wurden. Die Abrechnung schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 22597 RM.

[...]

Der besseren Uebersicht halber bringen wir im Anschluß daran auch den Bericht der Finanzkommission, den Herr Max Lehmann im weiteren Verlauf gab.

Danach hatte der Verband im Laufe des Jahres mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, da die versprochenen Gelder von Berlin nicht eingingen. Die Gemeinde Hamburg hat dankenswerterweise mit Vorschüssen ausgeholfen, die inzwischen wieder zurückgezahlt wurden. [...]

### **Den Bericht der Wohlfahrtskommission**

erstattet Frl. Arnheim. Die Wohlfahrtsarbeit des Verbandes ist nur Fürsorge im engeren Sinne, es kann keine vollständige Betreuung eintreten, sondern nur Hilfe für dringende Notstände geleistet werden. Die zur Verfügung stehenden Beträge reichen aber auch dazu bei weitem nicht aus. Dazu kommen noch die Fälle von Auswanderung, Umschichtung und Ausbildung. Es ist trotzdem kein Fall bekannt geworden, in dem nicht ein wirkliches Bedürfnis befriedigt worden wäre, zum Teil unter Hinzuziehung der Hamburger Beratungsstelle, des Palästinaamtes, der Darlehenskasse usw.

Die Notstände in den kleinen Gemeinden haben sich sehr vermehrt, und es ist immer noch mit neuen Anträgen zu rechnen. Die Betreuung der älteren Personen ist vielfach mit Erfolg in sogenannten Heimtagen versucht worden.

Neu war für das Arbeitsgebiet die Uebernahme der Jüdischen Winterhilfe. Das Sammelergebnis war relativ günstig. Zu Chanukkah wurde eine besondere Spende gegeben, die auch zu Pessach wiederholt werden soll.

Die Hauptschwierigkeit liegt in der Betreuung der schulentlassenen Jugend, die man weder in die Lehre, noch auch nach Hamburg bringen kann. Am günstigsten ist es noch mit den jungen Mädchen, die man im Haushalt unterbringen kann.

Zum Schluß machte sie noch auf die »Blaue Karte« aufmerksam, deren Ertrag nicht entbehrt werden könne.

[...]

Über die Arbeiten der Koscherfleischkommission berichtete an Stelle des verhinderten Herrn Alexander Levy Herr Paul Möller (Altona).

Die Kommission hat mehrfach Besprechungen im Berlin gepflogen, so erst noch am letzten Montag mit dem Beauftragten der Reichsvertretung, Herr Rabbiner Dr. Hoffmann (Frankfurt a.M.). Man ist bestrebt, sowohl die Preise herabzusetzen, als auch den Import wieder in das Einfuhrkontingent einzusetzen. Darüber schweben noch Verhandlungen.

Dr. Rosenack macht auf die Frage der Kranken- und Säuglingsschwestern im Zusammenhang mit den neuen Gesetzen aufmerksam. Danach komme das Gesetz auch auf diese Kategorie weiblicher Angestellten in Anwendung. Für jüdische Frauen bietet sich hier ein dankbares Betätigungsfeld.

[...]

Herr Lippmann (Delmenhorst) schildert die dortigen Schulverhältnisse und verlangt Unterstützung. R.-A. David sagt zu, daß die Finanzkommission diese Frage prüfen werde.

[...]

Dr. Schildberger (Berlin) überbringt die Grüße des preußischen Landesverbandes. Man ist dort nach wie vor bemüht, trotz der geringen zur Verfügung stehenden Mittel die kleinen Gemeinden zu unterstützen. Zu diesem Zwecke wird ein Generalplan ausgearbeitet und er bittet, auch unter Hintansetzung eigener lokaler Wünsche sich diesem Plane fügen zu wollen. Nur auf dem Wege der großen Planung sei eine Meisterung der Lage möglich. Die Verwertung des Eigentums der aufgelösten Gemeinden muß unter Ausnutzung aller Möglichkeiten zum Nutzen der Gesamtheit durch den Landesverband geschehen.

### **Begrüßung**

#### **von Oberrabbiner Dr. Carlebach**

R.-A. David begrüßt nun den inzwischen eingetroffenen Oberrabbiner Dr. Carlebach als neuen Oberrabbiner des Synagogenverbandes, eine Wahl, die weit über die Kreise des Synagogenverbandes hinaus starken Widerhall in der Hamburger Gemeinde finde. Er sichert ihm Treue und bestwillige, auf seine Intentionen eingehende Gefolgschaftsbereitschaft zu. Mit Thoraworten feiert er diesen Tag als einen glücklichen und Oberrabbiner Dr. Carlebach als einen Führer, dem alle mit dem Herzen folgen werden.

Oberrabbiner Dr. Carlebach erwiderte diese Begrüßung mit herzlichen Dankesworten. Wie ehrenvoll auch die Berufung nach Hamburg sei, so verknüpfen sich

damit auch ernste Sorgen um seinen bisherigen Wirkungskreis, wobei er besonders den Verband im Auge habe.

Dr. Carlebach gab hierauf den Bericht der Kulturkommission. Als eine Institution des Verbandes, die nie etwas zu fordern, immer nur zu geben hatte, fanden ihre Veranstaltungen großen Anklang. Das Jahrbuch ist eine Einrichtung, die einzig bei allen Landesverbänden dasteht, es ist in seinen Jahrgängen fast schon zu einer Geschichtsquelle geworden. Die Gemeinden sollten sich seine Verbreitung mehr angelegen sein lassen, besonders auch die Ausgewanderten begrüßten es mit großer Freude.

[...]

R.-A. David faßt das Ergebnis der Tagung dahin zusammen, daß die Tagung den jüdischen Menschen auf vorgeschobenen Posten Mut gegeben haben möge für die schwere Arbeit ihres Alltags. Sie mögen die Zuversicht behalten, daß überall jüdische Brüder wohnen und jüdische Herzen schlagen, die bereit sind, ihnen zu helfen.

[...]

#### Nr. 10

Über die Betreuung jüdischer Kinder aus Kleingemeinden

28. Juni 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64, Bl. 137

### VERBAND DER JÜDISCHEN GEMEINDEN Schleswig-Holsteins und der Hansestädte

Hamburg 13, den 28. Juni 36.  
Beneckestraße 2

Titl.

Hochdeutsche Israeltische Gemeinde

Altona/Elbe

Breitestrasse

Wir haben, wie Ihnen bekannt, innerhalb des letzten Jahres die Kinder aus den Kleingemeinden Hamburg-Altona zu einem Ferienkurs zusammengefasst und sie wiederholt zu den Feiertagen in die Grossstadt eingeladen. –

Das Ziel dieser Veranstaltungen war, dieser Jugend die vereinzelt an kleinen Plätzen aufwächst und keine oder wenig Gelegenheit zu jüdischer Gemeinschaft und zu religiösem Erlebnis findet, hierzu reiche Gelegenheit zu bieten, sei es im Gottesdienst, im Unterricht, im Spiel oder im Zusammenleben mit Gleichaltrigen. –

Unsere bisherigen Erfahrungen haben uns gezeigt, dass diese Kurse einem aufrichtigen Bedürfnis von Eltern und Kindern entsprechen. Wir haben uns daher entschlossen, wieder einen

Kinderferienkurs in der Zeit vom 5. – 17. August  
im Landjugendheim, Wilhelminenhöhe in Altona-Blankenese  
unter der bewährten Leitung von Herrn Lehrer Ernst Mayer zu veranstalten. –

Es werden voraussichtlich ca. 27 Kinder an diesem Kursus teilnehmen. Auf Grund unserer bisherigen Erfahrungen werden die Kosten für diesen Kursus ca. MK. 800.– betragen. Wir sind allein nicht imstande, diesen Betrag aufzubringen. Daher wenden wir uns heute mit der Bitte an Sie, uns in unserem Bestreben zu unterstützen und uns eine Spende zukommen zu lassen. –

In vorzüglicher Hochachtung

(gez.) Oberrabb. Dr. Carlebach  
Vorsitzender  
der Kulturkommission

(gez.) Paul Möller  
Vorsitzender  
des Geschäftsführenden Ausschusses

## Nr. II

Die Wohlfahrts- und Kulturarbeit

1. Juli 1936 bis 30. Juni 1937

Jahrbuch der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der Landesgemeinde Oldenburg und des Regierungsbezirks Stade 1937/38, Nr. 9, S. 7-II

## JAHRBUCH FÜR DIE JÜDISCHEN GEMEINDEN

### **Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte e.V.**

für die Zeit vom 1. Juli 1936 bis 30. Juni 1937.

Im vergangenen Jahr ist im Gegensatz zu früheren Jahren das räumliche Arbeitsgebiet des Verbandes nicht gewachsen. Zwar sind durch das Groß-Hamburg-Gesetz innerhalb des Verbandsgebietes erhebliche Veränderungen zu erwarten. Da jedoch die betroffenen Gemeinden Hamburg-Altona und Wandsbek ihre Wohlfahrts- und Kulturarbeit größtenteils selbständig erledigt haben und das Hauptarbeitsgebiet des Verbandes in der Betreuung der Landgemeinden Schleswig-Holsteins, des Regierungsbezirks Stade und des Freistaates Oldenburg liegt, dürfte das umfangreiche Tätigkeitsfeld



des Verbandes durch die eventuellen Folgen des Gesetzes so gut wie gar nicht berührt werden. Auch der Übergang von Lübeck auf Preußen bringt insofern keine Veränderung, als Lübeck schon stets eine dem Verband angeschlossene Gemeinde gewesen ist, die in engster und erfreulichster Zusammenarbeit mit dem Verband steht.

In der geistigen Leitung unseres Verbandes ist jedoch insofern eine Änderung eingetreten, als durch die Berufung von Herrn Dr. Joseph Carlebach zum Oberrabbiner des Deutsch-Israelitischen Synagogenverbandes zu Hamburg das Oberrabbinat von Schleswig-Holstein auf den neugewählten Herrn Oberrabbiner Dr. Weiß übergegangen ist. Herr Dr. Weiß ist bereits von der Regierung als Oberrabbiner von Schleswig-Holstein bestätigt worden und hat in seinem Amt als Oberrabbiner die Gemeinden von Schleswig-Holstein aufgesucht und ihre seelsorgerische Betreuung übernommen. [...]

Da nach der Tradition unseres Verbandes der Oberrabbiner von Schleswig-Holstein den Vorsitz in der Kulturkommission führt, ist Herr Oberrabbiner Dr. Weiß zum Vorsitzenden der Kulturkommission ernannt worden. In dankenswerter Weise hat jedoch Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach den Vorsitz der Kalenderkommission beibehalten, ihm danken wir es, wenn das vorliegende Jahrbuch mit seinem wertvollen Inhalt wieder erscheinen kann. [...]

Die Finanzkommission legte unter Vorsitz von Herrn Max Lehmann, Altona, die Abrechnung des Kalenderjahres 1936 vor. Diese Abrechnung schließt mit RM 21680,43 ab gegen RM 22579,40 im Jahre 1935. Das Konto Wohlfahrtspflege war mit RM 14617,57 wie in den Vorjahren das umfangreichste (im Jahre 1935 RM 12906,31). Es muß jedoch bei diesem Konto erwähnt werden, daß dieser Betrag nicht im entferntesten die Gelder aufweist, die tatsächlich durch unseren Verband in Wohlfahrtsangelegenheiten umgesetzt worden sind. Es muß vor allem darauf hingewiesen werden, daß die gesamten Abrechnungen der Jüdischen Winterhilfe für die von uns betreuten Gebiete gesondert geführt sind und nicht in unserer Jahresabrechnung erscheinen. [...]

Die Aufstellung des Etats für 1937 hat erhebliche Schwierigkeiten bereitet, da die uns zur Verfügung stehenden Mittel in keinem Verhältnis stehen zu den an uns gestellten Anforderungen, und nur durch Kürzung verschiedener Etatposten ist es uns möglich gewesen, einen ordnungsgemäßen Etat wieder aufzustellen, der von der Finanzkommission und dem geschäftsführenden Ausschuß genehmigt ist und dem Großen Ausschuß, der infolge technischer Schwierigkeiten vorläufig nicht zusammentreten kann, zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, daß die Arbeit der Wohlfahrtskommission sich im vergangenen Jahr besonders schwierig gestaltet hat. Infolge der fortschreitenden Verarmung der jüdischen Provinzbevölkerung vermehrten sich die Anträge auf Unterstützung in erheblichem Maße. Es kommt hinzu, daß die Gemeinden immer weniger in der Lage waren, ihren Bedürftigen allein zu helfen, und daß wir Fälle zur Betreuung übernehmen mußten aus Gemeinden, die noch im Vorjahr ihren Stolz darin gesetzt hatten, selbst für ihre Bedürftigen zu sorgen. Wie

in den Vorjahren haben wir unser Augenmerk in erster Linie den Jugendlichen gewidmet und versucht, durch Gewährung von Mitteln für geeignete Berufsausbildung eine Auswanderung nach Palästina oder anderen Ländern vorzubereiten. Wanderungspläne wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Hilfsverein der Juden in Deutschland, dem Palästina-Amt, der Ica<sup>6</sup> und vor allem der Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe, Hamburg, gefördert.

Die Vergebung der Wirtschaftshilfskredite nahm einen großen Teil unserer Darlehensgewährung ein. Durch zahlreiche Darlehen von einigen hundert Mark wurde gerade kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern die Möglichkeit zum Einkauf von Waren oder zur Fortsetzung ihres Betriebes gegeben, und wir können zu unserer Freude an dieser Stelle mitteilen, daß auf diese Weise wirksam geholfen werden können und wir mit der Rückzahlung dieser Darlehen die besten Erfahrungen gemacht haben. [...]

Die »Jüdische Winterhilfe« ist im Auftrage des Herrn Reichsbeauftragten des Winterhilfswerks des Deutschen Volkes zum zweiten Male im Winter des Jahres 1936/37 durchgeführt worden. Wir haben bei dieser Gelegenheit feststellen müssen, daß an einzelnen kleinen Orten, wo nur einige jüdische Familien wohnen, fast sämtliche Familien von der Jüdischen Winterhilfe betreut werden mußten. Auch hier zeigt sich das Anwachsen der Bedürftigen, während andererseits das Sammelergebnis leider nicht dem des Vorjahres entspricht.

In Zusammenarbeit mit der Kulturkommission und der Jüdischen Winterhilfe wurden verschiedene Chanukka- und Purimveranstaltungen in unserem Provinzialgebiet abgehalten. In Zeven wurde ein neuer Betraum eingeweiht, worüber noch an anderer Stelle berichtet wird. Besonders erfolgreich hat sich unsere Arbeit wieder in dem Ferienkursus ausgewirkt, den wir im Juli 1936 in Wilhelmshöhe [Wilhelminenhöhe] bei Blankenese unter der bewährten Führung von Herrn Lehrer Ernst Mayer abgehalten haben. Die Anteilnahme der Hamburger jüdischen Bevölkerung und der jüdischen Presse, die mannigfachen Dankbriefe von Kindern und Eltern beweisen, daß die Ferienkurse ihren dreifachen Zweck erfüllt haben: unseren vielfach völlig isolierten Kindern aus der Provinz jüdisches Leben zu zeigen, ihnen eine Erholung zu geben und sie einige Wochen ungehemmt im Kreise von jüdischen Kindern verleben zu lassen. Auch zu Szukkaus und zur Pessach des vergangenen Berichtjahres ermöglichte der Verband es verschiedenen Kindern, die keine Gelegenheit haben, in ihren Heimatgemeinden an religiösen Feiern teilzunehmen.

6 Die ICA (Jewish Colonization Association) ist eine 1891 von Baron Moritz Hirsch (1831-1896) errichtete Aktiengesellschaft englischen Rechts. Die Gesellschaft kaufte für jüdische Kolonisten Flächen in Südamerika, Kanada und Palästina auf, um das Land agrarisch zu nutzen. Dazu vermittelte sie eine umfangreiche Kredithilfe über ein Netz von Leih- und Sparkassen in Osteuropa. Ferner unterhielt und unterstützte das jüdische Hilfswerk landwirtschaftliche Schulen und Volksschulen. Vgl. Theodore Norman, *An Outstretched Arm. A History of the Jewish Colonization Association*, London 1985.

men, in Altona jüdische Feste in althergebrachter Form zu erleben und ihnen das Gefühl der Verbundenheit mit der jüdischen Gemeinschaft zu wecken. [...]

Wir schließen den Bericht mit dem Wunsch, daß es uns trotz der schwierigen Verhältnisse gelingen möge, in unserem Bezirk für die kulturellen und sozialen Aufgaben, die uns zugewiesen sind, erfolgreich weiterzuarbeiten.

Abrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 1936 des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte.

Einnahmen 1936		Ausgabe 1936	
Mitgliedsbeiträge	7690,42	Reisesp. Rabb. Dr. Cohen	540,--
Religionsunterricht	510,50	Religionsunterricht	622,40
Gottesdienst-Konto	125,--	Tagungen und Reisen	260,47
Blaue Beitragskarte	742,50	Gefangenen-Fürsorge	231,41
Wohlfahrtspflege	12001,62	Unvorhergesehenes	90,58
Verlust 1936	610,39	Gemeinde Friedrichstadt	653,24
		Kultur-Kommission	232,98
		Kalender-Konto	100,--
		Gottesdienst-Konto	493,80
		Dispos.-Fonds d. Oberrabb.	476,80
		Unkosten-Konto	3014,21
		Blaue Beitragskarte	346,97
		Wohlfahrtspflege	14617,57
	<hr/>		<hr/>
	21680,43		21680,43

**Nr. 12**

Die zentrale Linie: Fürsorge

15. September 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 37 vom 15.9.1938, S. 16 a

**In erster Linie: Fürsorge**

Aus der Arbeit der Jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein

[...]

Paul Möller erstattete nun den

**Jahresbericht.**

Durch die Fürsorge des Verbandes wurden an 78 Orten wohnende Juden betreut (außer Hamburg), darunter gab es nur an 26 Orten organisierte Gemeinden, teilweise wohnen nur zwei bis drei Zensiten in den einzelnen Plätzen. Diese Aufgaben

wurden erfüllt durch viele hundert Besprechungen mit Gemeinde- und Vereinsvorständen, über 400 Hausbesuche und in einer Korrespondenz, welche die Zahl 10000 weit überschritt. Außerdem wurden an 23 Orten Sammlungen durchgeführt, der Wohlfahrtsetat der kleinen Gemeinden und die örtlichen Wohlfahrtsvereine sowohl hinsichtlich ihres Aufkommens als auch ihrer Betreuung überwacht. Ferner wurden Rücksprachen mit Behörden und Wohlfahrtsämtern gepflogen, gelegentlich auch in den kleinen Gemeinden Vorträge gehalten. Insgesamt wurden 800 Einzelunterstützungen gegeben und Pakete mit Lebensmitteln und Kleidung übersandt. Ferner wurden die Wünsche der Provinzbevölkerung zwecks Auswanderung an den Hilfsverein herangetragen, über wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse Gutachten erstattet und Vorschläge zur Kostenregelung ausgearbeitet. Kranke Personen und Schulkinder wurden gesundheitlich überwacht, erholungsbedürftige Kinder verschickt und viele Fälle der Jugend- und Gefährdetenfürsorge wahrgenommen. Zahlreiche Umschulungen mußten vorgenommen werden, Unterbringung in Altersheimen geregelt und viele Verhandlungen zwecks Verhinderung der Obdachlosigkeit und des Zuzugs in die Großstadt vorgenommen werden. Die Sozialversicherung und die Kleinrentnerhilfe erforderte viele Beratungen, auch wurden Kredite mit 11248 Mark vergeben, bei denen eine Verlustquote von 20 Prozent eintrat. Zahlreiche Berufsausbildungsfälle wurden beraten, Fälle der Jugendalija und der Kinderauswanderung bearbeitet, sowie die allmonatlichen Ausreisen der Kindergruppen aus dem Reich nach den Vereinigten Staaten betreut.

Die Winterhilfe wurde gemäß den Richtlinien innerhalb 29 Gemeinden durchgeführt, sowie die Regelung des Lastenausgleiches für die Notstandsgemeinden in die Hand genommen.

Im Einvernehmen mit dem Landesverband jüdischer Gemeinden in Preußen wurde[n] die ordnungsgemäße Gemeindeverwaltung, die Vorstandswahlen und die Etatsaufstellung in den kleinen Verbandsgemeinden überwacht. Die Erteilung des Religionsunterrichtes wurde geregelt, die Friedhöfe beaufsichtigt, die Insassen von Strafanstalten und andere Anstaltsinsassen betreut.

In engster Zusammenarbeit mit dem Oberrabbinat von Schleswig-Holstein, dem Landesrabbinat für den Regierungsbezirk Stade und dem Landesrabbinat Oldenburg wurden religiöse Veranstaltungen durchgeführt, Beihilfen zur Abhaltung von Gottesdiensten gegeben, isoliert lebende Kinder zu den Feiertagen in den größeren Gemeinden untergebracht. Ferner wurde wieder ein vierzehnjähriger [vierzehntägiger] Kinderferienkursus in Wilhelminenhöhe durchgeführt, ein Jahrbuch herausgegeben, die Verteilung der Koscherfleischmarken vorgenommen und Schulgründungen in Kiel und Oldenburg vorbereitet.

In einer Aussprache wurde diese umfangreiche Tätigkeit voll anerkannt und festgestellt, daß die soziale und kulturelle Arbeit des Verbandes für die Kleingemeinden immer unentbehrlicher geworden ist und weiter geleistet werden muß.

[...]

Die Finanzkommission wird beauftragt, den Etat für 1939 zu gegebener Zeit aufzustellen.

In den geschäftsführenden Ausschuß wurde Dr. Fritz W a r b u r g als Mitglied gewählt. Der Vorsitzende wurde weiter beauftragt, Sanitätsrat Dr. F r a n k anlässlich seines kürzlich erfolgten Fortzuges nach Erez Israel den Dank für seine Mitarbeit im Verband schriftlich zum Ausdruck zu bringen.



# 19. Die Reichsvertretung der deutschen Juden

## 19.1 Die Reichsvertretung als Gesamtvertretung der deutschen Juden

### Nr. 1

Die Einladung zur Gründung der Reichsvertretung am 12. Februar 1933

3. Februar 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 87I, Bl. 7

Preußischer Landesverband  
jüdischer Gemeinden

Charlottenburg 2, den 3ten Februar 1933  
Kantstr. 158

Mit Rücksicht auf den Ernst der Lage der deutschen Judenheit halten wir es für erforderlich, die in der Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft vom 31. Januar 1932 geschaffene

### Reichsvertretung

einzubrufen. Wir gestatten uns, Sie demgemäss zu einer Sitzung dieser Reichsvertretung auf

Sonntag, den 12. Februar 1933, nachmittags 5 Uhr,  
in unsere Räume einzuladen. Die späte Stunde musste mit Rücksicht darauf gewählt werden, dass am gleichen Tage die Grossloge ihre Jahresversammlung abhält. Anderseits scheint uns eine weitere Hinausschiebung des Termins, für den ja nur ein Sonntag in Betracht kommt, nicht angängig. Wir bitten Sie daher, nach Möglichkeit zu der Sitzung zu erscheinen.

[Leo] Wolff [?]

Herrn  
Alfred Levy,  
Hamburg.

**Nr. 2**

Die »Führung der deutschen Juden«

6. Juni 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 297 Bd. 21, Bl. 502; Otto Dov Kulka (Hrsg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997, S. 41f.

⟨A⟩

[Sitzung des Vorstandes der Gemeinde v. 6.6.1933]

[...]

Führung der deutschen Juden

Entschliessung der Synagogen-Gemeinde Görlitz, betreffend die Führung der deutschen Judenheit durch wenige autoritative und handlungsfähige Männer, beschlossen, die gleiche Auffassung in der Sitzung der Reichsvertretung am Sonntag, dem 11. d.M., zum Ausdruck zu bringen.<sup>1</sup>

[...]

⟨B⟩

Entschliessung der Jüdischen Gemeinde zu Görlitz  
vom 28. Mai 1933

Die Juden von Görlitz bringen der Reichsvertretung der deutschen Juden, allen Landesverbänden, Gemeinden und sämtlichen jüdischen Organisationen folgende einstimmig gefaßte Entschliessung zur Kenntnis:

Die nationale Erhebung in Deutschland und ihr Verlauf haben keine ausreichende, einheitliche Vertretung und Führung der deutschen Juden vorgefunden. Das

1 Die Gemeinde Görlitz (Schlesien) hatte offensichtlich an alle Gemeinden und jüdischen Organisationen eine Entschliessung vom 28. Juni 1933 übersandt. Mit ihr forderte sie eine grundlegende organisatorische Änderung der Vertretung jüdischer Interessen. Der Vorstand der Hamburger Gemeinde stimmte der Zielsetzung ausdrücklich zu. An der Sitzung der Reichsvertretung (der jüdischen Landesverbände) am 11. Juni 1933 nahmen für die Hamburger Gemeinde die Mitglieder des Vorstandes Alfred Levy, Direktor Martin Engel und der Syndikus Dr. Nathan M. Nathan teil. Maßgebend für den teilweise erreichten »Umbau« der Reichsvertretung dürften vor allem die Überlegungen von Arthur Lilienthal (1899-1943[?]) über die politische Bedeutung und die sich daraus ergebende Notwendigkeit der Umstrukturierung der Reichsvertretung gewesen sein. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 43 ff., 49 ff.



dringende Gebot des Augenblicks ist daher eine grundlegende Neuorganisation des deutschen Judentums. Wir richten an alle oben genannten Verbände die dringende Aufforderung, sich unter Vermeidung verzögernder Zersplitterungen einer autoritären Führung zu unterstellen, die das unbestrittene Vertrauen aller Kreise des deutschen Judentums genießt. Die Führung soll aus einer oder wenigen Persönlichkeiten und einem Beirat von wirklich aktionsfähigen Personen bestehen und soll aus allen positiv-jüdischen Lagern der deutschen Juden entnommen werden.

Diese neue einzige autorisierte Führung der deutschen Juden soll nichts unversucht lassen, mit der Reichsregierung die Erörterung des Judenproblems in jüdisch-aufrechter Form herbeizuführen und auf der Basis beiderseitiger Loyalität die seelischen, kulturellen und wirtschaftlichen Notstände der deutschen Juden zu beheben.

Wir fordern alle jüdischen Gemeinden Deutschlands auf, sich ohne Rücksicht auf die bisherige Gliederung ihrer Angehörigen durch eine gleiche Resolution unserer Aufforderung ohne Zeitverlust anzuschließen.

Vorstand und Repräsentanten der Synagogen-Gemeinde Görlitz.

### Nr. 3

Der Aufruf der Reichsvertretung der deutschen Juden

17. September 1933

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 8/9 vom 9.II.1933, S. 3; Otto Dov Kulka (Hrsg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997, S. 71f.

Der Aufruf der Reichsvertretung der deutschen Juden

In Tagen, die hart und schwer sind, wie nur je Tage der jüdischen Geschichte, aber auch bedeutungsvoll, wie nur wenige gewesen, ist uns durch die gemeinsame Entschließung der jüdischen Landesverbände, der großen jüdischen Organisationen und der Großgemeinden Deutschlands die Leitung und Vertretung der deutschen Juden übertragen worden.

Kein Parteigedanke, kein Sonderwunsch hat darin gesprochen, sondern allein und ganz die Erkenntnis dessen, daß Leben und Zukunft der deutschen Juden heute durch ihre Einigkeit und ihren Zusammenhalt bedingt sind. Jede Organisation und jeder Verband sollen in ihrer Lebenskraft und in ihrem Aufgabenkreise anerkannt sein, aber in allen großen und entscheidenden Aufgaben darf es nur die eine Gemeinschaft, nur die eine Gesamtheit der deutschen Juden geben. Wer heute Sonder-

wege geht, wer heute sich ausschließt, hat sich an dem Lebensgebote der deutschen Juden vergangen.

Im neuen Staate ist die Stellung der einzelnen Gruppen, auch derer, die weit zahlreicher und stärker sind als wir, eine ganz andere geworden. Gesetzgebung und Wirtschaftsführung haben ihren gewiesenen Weg, eingliedernd und ausgliedernd. Wir sollen dies einsehen ohne Selbsttäuschung. Nur dann werden wir jede ehrenvolle Möglichkeit beobachten können und um jedes Recht, um jeden Platz, um jeden Lebensraum zu ringen imstande sein. Die deutschen Juden werden als arbeitnehmende und arbeitgebende schaffende Gemeinschaft im neuen Staate sich bewähren können. Eigene Gedanken, eigene Aufgaben zu verwirklichen, ist uns nur auf einem Gebiete, aber einem entscheidenden, gewährt, auf dem unseres jüdischen Lebens und unserer jüdischen Zukunft. Hier sind die bestimmtesten Aufgaben gestellt.

Neue Pflichten jüdischer Erziehung sind zu erfüllen, neue Bereiche jüdischer Schule sind zu erschaffen und alte zu wahren und zu schützen, damit dem heranwachsenden Geschlechte seelische Festigkeit, innere Widerstandskraft, körperliche Tüchtigkeit gegeben werde. Zu Berufen, die ihr einen Platz im Leben zeigen, soll unsere Jugend in besonnener Auswahl herangebildet und umgeschichtet werden, damit ihr Dasein seinen Ausblick gewinne. Das Bestehende wie alles Begonnene und Versuchte soll hier zusammengeführt werden, um zu helfen und zu stützen. Allem Zersetzenden soll entgegengearbeitet, dem Aufbau auf dem religiösen Fundament des Judentums alle Kraft geweiht werden.

Viel von einstiger wirtschaftlicher Sicherheit ist uns deutschen Juden genommen oder beeinträchtigt worden. Innerhalb dessen, was uns bleibt, soll der Einzelne aus der Vereinzelung herausgeführt werden. Ständische Verbindungen und Zusammenschlüsse, soweit zulässig, können vorhandene Kräfte erhöhen und dem Schwachen einen Rückhalt geben, können Erfahrungen und Beziehungen für alle nutzbar machen. – So manchem wird die Stätte der Arbeit und des Berufes auf deutschem Boden versagt sein. Vor uns steht als Tatsache, der gegenüber alles Fragen und Meinen aufhört, die deutliche, geschichtliche Notwendigkeit, unserer Jugend Neuland zu bereiten. Es ist zur großen Aufgabe geworden, Plätze zu erkunden und Wege zu bahnen, wie auf dem heiligen Boden Palästinas, dem die Vorsehung eine neue Zeit gefügt hat, so überall, wo Charakter, Fleiß und Tüchtigkeit des deutschen Juden sich bewähren können, niemandem Brot nehmend, sondern anderen Brot schaffend.

Hierfür wie für alles das anderer erhoffen wir den verständnisvollen Beistand der Behörden und die Achtung unserer nichtjüdischen Mitbürger, mit denen wir uns in der Liebe und Treue zu Deutschland begegnen.

Wir bauen auf den lebendigen Gemeinschaftssinn und das Verantwortungsbeußtsein der deutschen Juden wie auch auf die opferwillige Hilfe unserer Brüder überall.

Wir wollen zusammenstehen und im Vertrauen auf unseren Gott für die Ehre des jüdischen Namens arbeiten. Möge aus dem Leiden dieser Tage das Wesen des deutschen Juden neu erstehen!

## Die Reichsvertretung der deutschen Juden

Leo Baeck

Otto Hirsch (Stuttgart), Rudolf Callmann (Köln),  
 Leopold Landenberger (Nürnberg), Julius L.  
 Seligson (Berlin), Siegfried Moses (Berlin),  
 Jakob Hoffmann (Frankfurt a. M.), Franz Meyer  
 (Breslau), Heinrich Stahl (Berlin)<sup>2</sup>

**Nr. 4**

Die Gründung der Reichsvertretung aus Hamburger Sicht

Herbst 1933

Ernst Loewenberg, *Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933*, Ms., datiert Boston, Massachusetts 1940, 83 S., Leo Baeck Institute New York, ME 304, S. 63f.

Der Herbst 1933 brachte auch die langersehnte Reichsvertretung. Die Grossgemeinden, die eine Konferenzgemeinschaft gehabt hatten, und die 3 grossen Verbände Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, C.V. und Zionistische Vereinigung für Deutschland taten sich zusammen. Am 17. Sept. 1933 erfolgte die Gründung. Hamburg schickte den altherwürdigen Vorsitzenden Alfred Levy und zu seiner Assistenz Rudolf Samson und mich.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Verhältnis von Berlin und dem preussischen Landesverband – und den übrigen Reichsteilen. Es war der urdeutsche Partikularismus, zugleich aber auch der Versuch der Berliner, auf Grund ihrer numerischen Stärke central alles zu regeln. Dem gegenüber stand, dass die 3 süddeutschen Verbände – vor allem Bayern und Württemberg – staatsrechtlich weit mehr als Landesverband verankert waren als die freiwillige Vereinigung des preussischen Landesverbandes. Berlin wurde von Direktor Stahl [vertreten], hinter dem als treibende Kraft der Revisionist Kareski – dem Macht alles war – und der rücksichtslos ehrgeizige Dr. Klee – später auch sein Sohn Hans Klee – standen. München wurde von Oberlandesgerichtsrat Neumeyer, Baden von Prof. Stein geführt. Erst als Sachsen und Hamburg erklärten, mit den Süddeutschen allein eine Reichsvertretung zu gründen, und es den Berlinern zu überlassen, ob sie eintreten wollten oder nicht, einigte man sich auf eine von Samson und mir vorgelegte Kompromisslösung in der

2 Die hier abgedruckte Erklärung beschloss die (neue) Reichsvertretung am Tage ihrer Konstituierung, dem 17. September 1933. Sie war das Ergebnis mühevoller Verhandlungen im Spätsommer 1933. Die Erklärung wurde bereits Ende September 1933 in der jüdischen Presse veröffentlicht, z.B. in der *Jüdischen Rundschau* vom 29. September 1933.

Machtverteilung. Nur widerstrebend stimmten die Berliner der Wahl von Rabbiner Leo Baeck, des führenden Berliner Rabbiners, zum Präsidenten und von Ministerialrat Hirsch als geschäftsführendem Vorsitzenden zu. Durch den Verzicht Hamburgs, im Rat vertreten zu sein, erleichterten wir die weiteren Verhandlungen. Wir gingen davon aus, dass bei wichtigen Entscheidungen unsere Stimme gehört werden würde – auch ohne offiziellen Sitz. Die Vertretung im erweiterten Rat wurde zunächst mir übertragen – ich übte sie aber kaum aus, da ich 1936 wegen Ueberarbeitung einige Monate krank war. Lippmann, der inzwischen in die Gemeinde eingetreten war, war auch zweifellos der geeignetste, um zur finanziellen Lösung beizutragen. Noch einige Male, so vor allem im Sommer 1937, wurden Samson und ich nach Berlin gerufen, um Differenzen als go-between zu überbrücken.

#### Nr. 4

Der Appell an »die geschlossene Einheit des deutschen Judentums«

11. Februar 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 346 Bd. 10, Bl. 352 f.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden beruht auf der Ueberzeugung, dass die Gegenwart über alles Trennende im Weltanschaulichen hinweg in der praktischen Arbeit die geschlossene Einheit des deutschen Judentums gebietet. Mag diese in sich auch noch so stark gegliedert sein, keine Richtung darf hoffen, durch rücksichtslose Vertretung einseitiger Grundsätze und Interessen auch nur soviel zu gewinnen, wie eine Zerspaltung des deutschen Judentums der Gesamtheit, aber auch ihr selbst schadet. Alle Kräfte müssen dem einen Ziel dienen, dass jeder deutsche Jude im Vaterlande nicht nur seinen Lebensraum findet, sondern seine jüdische Ueberzeugung auch offen und frei bekennen und bestätigen kann. Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen weltanschaulichen Strömungen, die nicht unterbunden werden soll, darf die durch die notwendige Solidarität gezogenen Grenzen nicht überschreiten. Der Beirat fordert deshalb die Reichsvertretung der deutschen Juden auf, eine Einrichtung zur Schlichtung von Streitfällen zwischen jüdischen Verbänden, Gruppen, Institutionen und Zeitungen zu schaffen. Die Reichsvertretung darf aber auch äussersten Falles nicht zögern, der jüdischen Oeffentlichkeit den bekanntzugeben, der gleichwohl fernerhin den Frieden und die Einheit der deutschen Judenheit gefährdet.

Einer würdigen Zukunft des ganzen deutschen Judentums soll unsere Arbeit gewidmet sein!<sup>3</sup>

3 Die Resolution beschloss der Beirat der Reichsvertretung der deutschen Juden auf seiner ersten Sitzung am 11. Februar 1934. Ihr lag erkennbar die auf dieser Sitzung gehaltene Eröffnungs-

**Nr. 6**

Hamburger Persönlichkeiten in der Reichsvertretung

26. Februar 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom 26.2.1934, S. 3

Im Herbst des vergangenen Jahres ist unter Mitwirkung aller bedeutenden Organisationen des deutschen Judentums und einer großen Anzahl seiner führenden Persönlichkeiten die

**Reichsvertretung der deutschen Juden**

geschaffen worden, um ihnen eine einheitliche Vertretung, insbesondere den Behörden und der Außenwelt gegenüber, zu geben. An ihrer Spitze stehen als Präsident Herr Rabbiner Dr. Leo Baeck (Berlin), als Vorsitzender ihres Arbeitsausschusses Herr Ministerialrat Dr. Otto Hirsch (Stuttgart). Dem Arbeitsausschuß zur Seite steht ein Beirat, dem von Hamburger Persönlichkeiten die Herren Leo Leßmann und Max M. Warburg<sup>4</sup> angehören und in dem der Vorstand der Gemeinde durch seinen Vorsitzenden Herrn Rechtsanwalt B. David vertreten ist.

Es gereicht dem Vorstand der Gemeinde zur besonderen Genugtuung, den Mitgliedern heute mitteilen zu können, daß Herr Ministerialrat Dr. Hirsch auf einem

ansprache von Dr. Leo Baeck, dem Präsidenten der Reichsvertretung, zugrunde. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 127. Die Resolution wurde zwei Tage später in der *Jüdischen Rundschau* vom 13. Februar 1934 veröffentlicht. Der Beirat war bei der Gründung der Reichsvertretung am 17. September 1933 eingerichtet worden. Er sollte eine Art »parlamentarisches« Gremium des deutschen Judentums darstellen und daher möglichst alle Gruppierungen erfassen. Im August 1936 wurde der Beirat durch den Rat der Reichsvertretung der deutschen Juden ersetzt.

- 4 Max M. Warburg (1867-1946), Bankier, wurde 1893 Teilhaber des Bankhauses M. M. Warburg. Nach Erwerb des Hamburger Bürgerrechts (1895) war er von 1897 bis 1903 Handelsrichter, seit 1903 Mitglied der Handelskammer, seit 1904 Mitglied des Vorstandes der Hamburger Börse und von 1904 bis 1918 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Warburg gründete den Hamburger Übersee-Club (1922) mit. Bereits 1921 hatte ihm die Universität Hamburg, für deren Gründung er sich nachdrücklich eingesetzt hatte, die Ehrendoktorwürde verliehen. Die vor dem Ersten Weltkrieg eingeleitete internationale Ausrichtung des Bankhauses führte dazu, dass Warburg zunehmend mit Aufgaben des internationalen Finanzwesens, auch in der Weimarer Zeit, betraut wurde, so von 1919 bis 1933 als Mitglied verschiedener Gremien der Reichsbank. Seiner jüdischen Herkunft verpflichtet übernahm Warburg 1918 den Vorsitz im Vorstand des Waisenhauses der DIG und 1934 die Mitgliedschaft im Vorstand der TTR. Nach 1933 war er wesentlich auf »Reichsebene« tätig, so in dem zusammen mit Carl Melchior 1933 gegründeten Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau. Nach dem Novemberpogrom blieb Warburg, der sich zu diesem Zeitpunkt in New York aufgehalten hatte, in den USA, nachdem das Bankhaus bereits im Mai 1938 »arisiert« worden war. Vgl. Ina Lorenz, Max M. Warburg, in: Hamburgische Biografie. Personenlexikon, hrsg. von Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke, Bd. 1, Hamburg 2001, S. 438 ff.

Gemeindeabend, den der Vorstand am 13. März im Curio-Haus veranstaltet, über das Thema:

Die Reichsvertretung der deutschen Juden,  
ihre Tätigkeit und ihre Aufgaben

sprechen wird. Der Zutritt zu diesem Gemeindeabend steht allen Gemeindemitgliedern offen, ist aber nur gegen Karten zulässig.

**Nr. 7**

Der Verhaltenskodex für die jüdischen Gemeinden

18. Januar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 30 f.

[Reichsvertretung der deutschen Juden]

18.I.35.

An

die Landesverbände jüdischer Gemeinden

die Verwaltungen der jüdischen Gemeinden

die Vorstände der jüdischen Organisationen

die Leitungen der jüdischen Institutionen

Die Reichsvertretung der deutschen Juden hat auf ihrer letzten Pressekonferenz Gelegenheit genommen, die Frage der jüdischen Veranstaltungen in einer grundsätzlichen Aussprache mit den führenden Blättern zu klären. In der Anlage übersenden wir Ihnen ein Rundschreiben, das wir soeben den Schriftleitungen aller jüdischen Zeitungen, Gemeindeblättern und Zeitschriften übermittelt haben.

Unsere Aktion wäre aber unvollständig, wenn wir unsere Bitte um äusserste Zurückhaltung nicht auch denjenigen vortragen würden, die für die Veranstaltungen selbst verantwortlich sind. Wir haben den Eindruck, dass in letzter Zeit nicht immer das Mass von Zurückhaltung und Rücksicht gegenüber der Gesamtheit beobachtet wird, das wir heute von allen Stellen des deutschen Judentums fordern müssen. Die ausserordentlich vielen Klagen, die an uns in dieser Richtung gelangen, und über die wir in dem Rundschreiben an die Schriftleitungen berichtet haben, bestätigen uns, dass nur ein schneller Wandel auf diesem Gebiet verhindern kann, dass durch das Uebermass und durch die Art der jüdischen Veranstaltungen der Gesamtheit ein schwerer Schaden erwächst.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Das Rundschreiben der Reichsvertretung der deutschen Juden vom 17. Januar 1935 ist auszugsweise abgedruckt in Kap. 20.2, Dok. 7.

Wir bitten Sie daher dringend um Annahme folgender Vorschläge:

- 1.) In einer Anzahl von Gemeinden ist durch Vereinbarung zwischen den verschiedenen Organisationen untereinander oder mit der Gemeindeverwaltung eine Stelle geschaffen worden, in der die Zahl, Art und Reihenfolge der Veranstaltungen festgelegt wird, die den einzelnen Organisationen gestattet sein sollen. Wir empfehlen dringend in allen Gemeinden mit einer erfahrungsgemäss grösseren Anzahl von Veranstaltungen die Einrichtung einer solchen Stelle.
- 2.) Mit den grossen gesellschaftlichen Veranstaltungen, die so ausserordentlich viel böses Blut gemacht haben, muss schnellstens und endgültig Schluss gemacht werden. Insbesondere sollen ballartige Veranstaltungen völlig unterbleiben. Werbeveranstaltungen dürfen nur in zurückhaltendster Weise und unter Verzicht auf Berichterstattung in der Oeffentlichkeit stattfinden.
- 3.) Auch bei den kulturellen Veranstaltungen (Vorträgen, Konzerten und dergl.) empfehlen wir ein möglichst grosses Mass von Zurückhaltung. Wir dürfen es nicht, wie schon an einigen Stellen im Reich, zu Eingriffen von aussen kommen lassen. Wir haben volles Verständnis dafür, dass von zahlreichen Stellen versucht wird, den notleidenden jüdischen Künstlern Betätigungsmöglichkeiten zu verschaffen. Es ist aber keineswegs notwendig, dass das immer im Scheinwerfer der Oeffentlichkeit geschieht. So müssen die zahllosen Hauskonzerte, wie es ihrem Charakter entspricht, eine private Angelegenheit bleiben, die die Allgemeinheit nicht weiter beschäftigt. Es wäre aber auch empfehlenswert, wenn nicht über jeden Vortrag, der irgendwo gehalten wird, Bericht erstattet wird, weil die Zeitungen glauben, Rücksicht auf die Werbeinteressen der ihnen nahestehenden Organisation oder Institution nehmen zu müssen. Durch eingehendere Würdigung der ernsthafteren Ereignisse unter den Veranstaltungen kann diesem Werbeinteresse durchaus Rechnung getragen werden, ohne dass in der Oeffentlichkeit der Eindruck entsteht, als ob die deutschen Juden zur Zeit nichts anderes zu tun hätten, als von Vorträgen zu Konzerten und von Konzerten zu Gesellschaftsabenden zu gehen. Wir sind aber auch überzeugt, dass schon die Zahl der Veranstaltungen eine spürbare Verringerung vertrüge, ohne dass den berechtigten Interessen der Veranstalter daraus ein Schaden erwüchse.

Wir bitten Sie, dieses Schreiben den Leitern aller Ihnen unterstellten Einrichtungen im Wortlaut bekannt zu geben und sie ebenfalls auf die Einhaltung der von uns aufgestellten Grundsätze zu verpflichten.

Wir bitten Sie, uns Ihr Einverständnis mit unseren Vorschlägen zu übermitteln, danken Ihnen schon jetzt für Ihre freundliche Unterstützung und sind

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Reichsvertretung der deutschen Juden  
Dr. Hirsch

**Nr. 8**

»Leo Baecks Gebet« zum Kol Nidre 5696 (6. Oktober 1935)

25. September 1935

Stiftung Warburg Archiv, Hamburg, Max M. Warburg 1935, Nr. 55

DIE REICHSVERTRETUNG  
DER DEUTSCHEN JUDEN

[Handschriftlicher Vermerk: v. G.St.P. verboten  
Baeck 24 Std Schutzhaft 5/10 35.]

Herrn Max Warburg, Hamburg, zur gefl. Kenntnisnahme.  
3.10.1935<sup>6</sup>.

Die Reichsvertretung der deutschen Juden spricht mit uns:  
In dieser Stunde steht ganz Israel vor seinem Gotte, dem richtenden und vergebenden. Vor Ihm wollen wir allesamt unseren Weg prüfen, prüfen was wir getan und

6 Der hier als »Leo Baeck Gebet« bezeichnete Text wird dem Präsidenten der Reichsvertretung, Leo Baeck, zugeschrieben. Der Text ist vermutlich am 25. September 1935 entstanden und sollte zum Kol Nidre des Versöhnungstages am 6. Oktober 1935 öffentlich verlesen werden. Der Text wurde Ende September 1935 den jüdischen Gemeinden übersandt. In der Hamburger Gemeinde war er am 1. Oktober 1935 Gegenstand in der Vorstandssitzung und wurde dort als »Ansprache der Reichsvertretung« im Protokollbuch vermerkt; CAHJP, AHW 297, Bd. 22, S. 223. Nur wenige Exemplare sind erhalten. Den hier abgedruckten Text übermittelte die Reichsvertretung am 3. Oktober 1935 auch Max M. Warburg. Demgegenüber enthält der bei Ernst Simon (Aufbau im Untergang, S. 39 f.) veröffentlichte und von diesem von Otto Dov Kulka (Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 245 f.) übernommene Text einige leichte Übertragungsfehler. Max M. Warburg (1869-1946), von Beruf Bankier, hatte in der Reichsvertretung eine herausgehobene Stellung inne. Aufgrund seiner vielfältigen, auch internationalen Verbindungen und als Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Reichsvertretung hatte er erheblichen Einfluss auf deren Politik. Das mag es erklären, dass auch ihm das »Leo Baeck Gebet« am 3. Oktober 1935 übersandt wurde. Daran konnte Warburg erkennen, dass seinem Anliegen nach einer auch nach außen erkennbaren Festigkeit der Reichsvertretung entsprochen worden war. Warburg selbst war davon überzeugt, dass die Juden zumindest geistigen Widerstand zeigen sollten. Dazu wird berichtet, dass er sich von dem Verlesungsverbot der Gestapo nicht beeindruckt ließ, sondern das »Gebet« in der Synagoge des Hamburgischen Deutsch-Israelitischen Waisen-Instituts verlas, indes ohne weitere persönliche Folgen. Dass die Reichsvertretung den Text der Gestapo entgegen bestehender Anweisungen nicht zur Genehmigung vorlegte, ist aus der Zielsetzung des Vorganges offenkundig. Die Gestapo deckte das Vorhaben gleichwohl auf. Äußerer Anlass soll gewesen sein, dass Mitarbeiter der Reichsvertretung in ungeschickter Weise etwa 800 Briefe gleichzeitig aufgegeben hatten und dies nicht verborgen blieb. Nach einer anderen Version fragte ein Rabbiner beim Innenministerium an, ob Einwände gegen das Verlesen des Gebets bestünden und machte so die Gestapo darauf aufmerksam; vgl. Leonard Baker, *Days of Sorrow and Pain. Leo Baeck and the Berlin Jews*, New York 1978, S. 206.



was wir unterlassen, prüfen, wohin wir gegangen und wovon wir ferngeblieben sind. Wo immer wir gefehlt haben, wollen wir offen bekennen: »wir haben gesündigt«, und wollen mit dem festen Willen zur Umkehr vor Gott beten: »vergib uns!« Wir stehen vor unserem Gotte. Mit derselben Kraft, mit der wir unsere Sünden bekannt, die Sünden des Einzelnen und die der Gesamtheit, sprechen wir es mit dem Gefühl des Abscheus aus, dass wir die Lüge, die sich gegen uns wendet, die Verleumdung, die sich gegen unsere Religion und ihre Zeugnisse kehrt, tief unter unseren Füßen sehen. Wir bekennen uns zu unserem Glauben und zu unserer Zukunft. Wer hat der Welt das Geheimnis des Ewigen, des einen Gottes gekündet? Wer hat der Welt den Sinn für die Reinheit der Lebensführung, für die Reinheit der Familie geoffenbart? Wer hat der Welt die Achtung vor dem Menschen, dem Ebenbilde Gottes gegeben? Wer hat der Welt das Gebot der Gerechtigkeit, den sozialen Gedanken gewiesen? Der Geist der Propheten Israels, die Offenbarung Gottes an das jüdische Volk hat in dem allen gewirkt. In unserem Judentum ist es erwachsen und wächst es. An diesen Tatsachen prallt jede Beschimpfung ab.

Wir stehen vor unserem Gotte; auf Ihn bauen wir. In Ihm hat unsere Geschichte, hat unser Ausharren in allem Wandel, unsere Standhaftigkeit in aller Bedrängnis ihre Wahrheit und ihre Ehre. Unsere Geschichte ist eine Geschichte seelischer Größe, seelischer Würde. Sie fragen wir, wenn sich Angriff und Kränkung gegen uns kehren, wenn Not und Leid uns umdrängen. Von Geschlecht zu Geschlecht hat Gott unsere Väter geführt. Er wird auch uns und unsere Kinder durch unsere Tage hindurch leiten.

Wir stehen vor unserem Gotte. Sein Gebot, das wir erfüllen, gibt uns die Kraft. Ihm beugen wir uns, und wir sind aufrecht vor den Menschen. Ihm dienen wir, und wir bleiben fest in allem Wechsel des Geschehens. Demütig vertrauen wir auf Ihn, und unsere Bahn liegt deutlich vor uns, wir sehen unsere Zukunft.

Ganz Israel steht in dieser Stunde vor seinem Gotte. Unser Gebet, unser Vertrauen, unser Bekennen ist das aller Juden auf Erden. Wir blicken aufeinander und wissen von uns, und wir blicken zu unserem Gott empor und wissen von dem, was bleibt.

»Siehe, nicht schläft und nicht schlummert Er, der Israel hütet«. »Er, der Frieden schafft in seinen Höhen, wird Frieden schaffen über uns und ganz Israel.«

Trauer und Schmerz erfüllen uns. Schweigend, durch Augenblicke des Schweigens vor unserem Gotte, wollen wir dem, was unsere Seele erfüllt, Ausdruck geben. Eindringlicher als alle Worte es vermöchten, wird diese schweigende Andacht sprechen.

**Nr. 9**

Das Verlesungsverbot der Gestapo

4. Oktober 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 253

70 Telegramm		<b>Deutsche Reichspost</b>	
370 BERLIN 19/18 4/10 1505		13.10.35 WSB	
Empfängername JUEDISCHE GEMEINDE ALTONAELBE		Zug Bezeichnung Bel	
Blz Hamburg		17 N. N. 5/11 10	
Hamburg		R. 1/11	
AUF ANORDNUNG GESTAPA ERSUCHE AUFRUF KEINESFALLS IRGENDWANN UND IRGENDWO ZU VERLESEN, VERNICHTET AUFRUF			
REICHSVERTRETUNG BAECK +			
Eingegangen 6 OKT. 1935			

**Nr. 10**

Die Loyalitätserklärung der Hamburger Gemeinde an die Reichsvertretung

〈A〉 10. Juni 1937; 〈B〉 24. August 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 6 vom 18.6.1937, S. 2; Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 329 c, Bl. 305

〈A〉

Entschließung des Vorstandes der Gemeinde  
in Sachen der Reichsvertretung der Juden in Deutschland

Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg hat in seiner Sitzung vom 10. Juni 1937 mit größter Besorgnis Kenntnis genommen von dem Inhalt des Briefwechsels zwischen der Reichsvertretung und dem Vorstand der Ber-

liner Gemeinde.<sup>7</sup> – Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, die Reichsvertretung in ihren Grundlagen zu erschüttern. Er weiß sich einig mit der überwiegenden Mehrzahl der jüdischen Gemeinden und Verbände in der Auffassung, daß die Judenheit in Deutschland kein Verständnis dafür haben würde, wenn die in der Not der Zeit entstandene autorisierte Vertretung der Gesamtjudenheit in Deutschland in der Erfüllung ihrer Aufgaben gestört werden sollte. –

Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg spricht der Reichsvertretung sein uneingeschränktes Vertrauen aus.<sup>8</sup>

⟨B⟩

#### Protokoll

der Sitzung des Vorstandes der Gemeinde Dienstag, den 24. August 1937, 20 Uhr, im Gemeindehause Rothenbaumchaussee 38.

[...]

Herr Dr. Loewenberg legt vor Schreiben der Reichsvertretung vom 13. Juli d.J. betreffend Unterzeichnung einer Verpflichtungserklärung, in der die Gemeinde die Reichsvertretung als die Vertretung der Juden in Deutschland gegenüber den deutschen Behörden und den jüdischen Hilfsorganisationen des Auslandes sowie ihre ordnungsmässig gefassten Beschlüsse als für sich bindend anerkennen soll. Herr Dr. Lippmann erhebt gegen die Unterzeichnung juristische und finanzielle Bedenken, erklärt jedoch, er wolle nach Sachlage und unter Würdigung der Gründe, die zu der Forderung der Reichsvertretung geführt haben und des in der letzten Vorstandssitzung gefassten Beschlusses, diese Bedenken zurückstellen. Der Vorstand ersucht Herrn R.-A. David und Herrn Dr. Lippmann, nunmehr das Schreiben der Reichsvertretung zu unterschreiben.

[...]

- 7 In den Monaten April bis Juli 1937 befand sich die Reichsvertretung aufgrund der politischen Forderungen von Georg Kareski (1878-1947), einer zentralen Persönlichkeit der Berliner Gemeinde, in einer ernsthaften Krise. Kareski verlangte im Sinne einer radikal-nationaljüdischen Zielsetzung eine Absonderung aller Juden innerhalb Deutschlands und ihre massive Auswanderung als »Evakuierung« nach Palästina. Diese Forderung stimmte inhaltlich mit der zu diesem Zeitpunkt bestehenden »Judenpolitik« der Gestapo und des SD überein. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 318 ff.
- 8 Den hier veröffentlichten Text beschloss der Vorstand der Hamburger Gemeinde in seiner Sitzung vom 10. Juni 1937 und übermittelte seine EntschlieÙung sofort der Reichsvertretung.

**Nr. II**

Die Hamburger Haltung zur Gründung des »Reichsverbands der Juden in Deutschland«

⟨A⟩ 20. Juli 1938

⟨B⟩ 9. August 1938

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 329 c, Bl. 395, 398

⟨A⟩

Sitzung des Vorstandes Mittwoch, den 20. Juli 1938

[...]

Herr Dr. Lippmann berichtet weiter über den Entwurf der Verfassung eines Reichsverbandes der Juden in Deutschland und wiederholt die Bedenken, die er gegen den Entwurf bereits schriftlich niederlegt hat. Er bringt ein Schreiben des Vorstandes der Israelitischen Gemeinde Frankfurt a.M. an die Reichsvertretung zur Kenntnis, das in den wesentlichen Punkten die gleichen Bedenken äussert. Der Vorstand stimmt grundsätzlich mit Herrn Dr. Lippmann darin überein, dass es wünschenswert sei, der Reichsvertretung durch ihre Umgestaltung zu einem Reichsverbande der Juden in Deutschland eine dauernde rechtliche Grundlage zu geben, damit dem Reich und den ausländischen jüdischen Organisationen gegenüber eine autoritative Stelle bestehe, ist aber andererseits ebenso der Auffassung des Herrn Dr. Lippmann, dass dieser Verband kein Verband von Einzelpersonen, sondern ein Verband der jüdischen Gemeinden sein müsse und dass die Zuständigkeiten des Reichsverbandes die Selbständigkeit der grossen und mittleren Gemeinden nicht beeinträchtigen dürfe. Der Vorstand beschliesst, diese seine Auffassung sofort schriftlich zur Kenntnis der Reichsvertretung der Juden in Deutschland zu bringen, und entsendet ausser dem ständigen Vertreter des RV im Rate der Reichsvertretung, Herrn Staatsrat Dr. Lippmann, zur Beratung der hier behandelten Entwürfe im Rate der Reichsvertretung noch Herrn RA. R. Samson.<sup>9</sup>

9 Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 (RGBl. I S. 338) leitete im Frühsommer 1938 innerjüdisch einen Prozess der Umgestaltung der Reichsvertretung der deutschen Juden ein. Die Führung der Reichsvertretung strebte hierzu eine Zusammenfassung der jüdischen Gemeinden unter gleichzeitiger Auflösung bestehender Landesverbände an. Am 27. Juli 1938 beschlossen Rat und Präsidialausschuss der Reichsvertretung die neue Organisation unter dem Namen »Reichsverband der Juden in Deutschland« nebst Satzung. Dr. Leo Lippmann gehörte dem Rat der Reichsvertretung an. Die Hamburger Gemeinde votierte dahin, den Verbandscharakter zu betonen und daher individuelle Einzelmitgliedschaften auszuschließen. Das blieb erfolglos. Nach § 3 der Satzung des Reichsverbandes waren »alle im Deutschen Reiche wohnhaften Personen jüdischen Glaubens« Mitglieder. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 27 ff., 410 ff. 418 ff. Die

⟨B⟩

Sitzung des Vorstandes Dienstag, den 9.8.1938

[...]

Herr Dr. Lippmann erstattet einen kurzen Bericht über die Berliner Tagung, in welcher die Satzungen des Reichsverbandes der Juden in Deutschland, sowie die Mustersatzung für die jüdischen Kultusvereinigungen in Deutschland beschlossen wurden. – Er berichtet, dass man den Gedanken der Schaffung von Schiedsgerichten in den einzelnen Gemeinden habe fallen lassen; dagegen seien trotz seines eindringlichen Widerspruches Bestimmungen des Entwurfs angenommen worden, welche die Zwangsrevision der Gemeinde durch die Reichsvertretung vorsehen und ferner bestimmen, dass nicht die Gemeinde, sondern die einzelnen Gemeindemitglieder Mitglieder des Reichsverbandes sein und unmittelbar seinem Besteuerungsrecht unterliegen sollten. Der Referent befürchtet, dass die Gründung des Reichsverbandes in der jetzt vorliegenden Form zu einer unerträglichen finanziellen Belastung derjenigen führen würde, die noch Einkommen haben würden. Die Folge werde sein, dass bei Vielen noch weniger als bisher Neigung bestehen würde, den Gemeinden treu zu bleiben. –

[...]

weiteren gegen die Juden gerichteten Maßnahmen des NS-Staates verhinderten die innerjüdische Umsetzung. Die Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. Juli 1939 (RGBl. I S. 1097) begründete mit der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« eine zwangsweise Mitgliedschaft aller staatsangehörigen und staatenlosen Juden, einschließlich der als Juden definierten Angehörigen einer anderen bzw. keiner Religionsgemeinschaft.

## 19.2 Einzelne Hilfsmaßnahmen

**Nr. 1**

Die Sicherung des jüdischen Kulturguts durch das Gesamtarchiv

4. April 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151 Bd. 61, Bl. 46

PREUSSISCHER LANDESVERBAND  
JÜDISCHER GEMEINDEN

Charlottenburg 2, den 4. April 1933  
Kantstr. 158

Tgb.-Nr. 2090/33

Wir erlauben uns, Sie auf folgendes hinzuweisen:

Nach den Erfahrungen, die bei früheren Anlässen gemacht worden sind, ist zu befürchten, dass bei Auflösung kleiner Gemeinden oder bei merklicher Verringerung ihres Mitgliederbestandes, insbesondere beim Schwinden ihrer Verwaltungsorgane, oder sonstigen Schwierigkeiten nicht mehr die nötige Sorgfalt auf Sicherung des Bestandes an kultisch und kulturell wichtigen Gegenständen sowie allen auf die Geschichte der Gemeinde bezüglichen Altertümern (Akten, Gemeindebücher usw.) gelegt werden kann. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Dinge gesichert werden. Die Erhaltung der geschichtlich und kulturell bedeutsamen Zeugnisse des jüdischen Lebens in deutschen Landen liegt ja nicht nur im Interesse der einzelnen Gemeinden sondern in hohem Grade auch in dem der Allgemeinheit. Wir möchten Ihnen daher dringend nahe legen, die für die Sicherung erforderlichen Schritte zu ergreifen, insbesondere möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass das mit uns in engster Zusammenarbeit stehende Gesamtarchiv der deutschen Juden, Berlin N 24, Oranienburger Str. 29, gern bereit ist, die alten Akten Ihrer Gemeinde und sonstige Gegenstände der oben angedeuteten Art zur Aufbewahrung zu nehmen, gegebenenfalls unter ausdrücklicher Wahrung Ihres Eigentumsrechts<sup>10</sup>. Das Gesamtarchiv ist auch gern bereit, wertvolle Kultgegenstände anzunehmen und, soweit es sich um Gegenstände handelt, die für das Jüdische

<sup>10</sup> Das »Gesamtarchiv der deutschen Juden« wurde 1905 auf Initiative der Großloge für Deutschland, UOBB, und des Deutsch-Israelitischen Gemeindebundes gegründet. Es war das erste wissenschaftlich geleitete jüdische Archiv in Deutschland. Seine organisatorische Betreuung übernahm die Jüdische Gemeinde Berlin. Daraus erklärt sich auch der Aufruf des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, der zu diesem Zeitpunkt faktisch die Funktion der erst Monate später, nämlich am 17. September 1933 endgültig gegründeten Reichsvertretung der deutschen Juden wahrnahm. Formal blieb das Gesamtarchiv, das seit 1938 vom Reichssippenamt genutzt wurde, bis 1943 eine Abteilung der Jüdischen Gemeinde Berlin. Tatsächlich

Museum in Berlin, Oranienburger Str. 31, in Betracht kommen, ist das Archiv auch zur Weiterleitung an dieses Museum erbötig, wobei gegebenenfalls Ihr Eigentumsrecht vorbehalten werden kann. Wenn es gewünscht wird, ist das Gesamtarchiv auch zur Übernahme etwaiger Transportkosten bereit. Sollte eine fachmännische Beratung zweckmässig erscheinen, so bitten wir um Nachricht, damit wir, wenn möglich, eine geeignete Persönlichkeit hiermit betrauen können.

gez. Berent

An alle Mitgliedsgemeinden.

## Nr. 2

Der Hamburger Bericht über die Gründung des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau

24. April 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden 1006, Bl. 100-103

## Protokoll

der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte am Montag, dem 24. April 1933 [...]

Samson Goldschmidt bittet Dr. Plaut, den Bericht über die Gesamt-Aktionen der Wirtschaftsberatung in Berlin und Hamburg zu halten.

Dr. Plaut: Die prekäre wirtschaftliche Lage des deutschen Judentums, die durch den Boykott und durch die allgemeine politische Situation geschaffen worden ist, hat die massgebenden Instanzen der jüdischen Oeffentlichkeit veranlasst, Hilfsmassnahmen in grossem Stil vorzubereiten. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Landesverbände und Gemeinden in Berlin, Kantstrasse 158, hat Veranlassung genommen, einen Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau ins Leben zu rufen.<sup>11</sup> Dem Zentralausschuss

war das Archiv weitgehend der Reichsvertretung, alsdann der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, zugeordnet, die im Wesentlichen auch die laufenden Kosten übernahmen.

11 Der Zentralausschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau (ZAHA) wurde im April 1933 als zentrale Körperschaft für jüdische Sozialarbeit gegründet. An ihm waren die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden (gegr. 1917), der CV, die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe der Juden in Deutschland (gegr. März 1933), die ZVfD, das Palästina-Amt, die Jüdische Gemeinde Berlin, der RjF, der JFB und die Agudas Jisroel beteiligt. Der ZAHA diente von Anfang an als Koordinierungs- und Ausführungsstelle der Reichsvertretung, in die er zum 1. Mai 1935 auch formal eingegliedert wurde. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte

gehören an Rabbiner Dr. Baeck und Kammergerichtsrat Wolff als Vorsitzende, Landesgerichtsrat Dr. Lilienthal, Geschäftsführer, (als Vertreter des Preussischen Landesverbandes), Alfred Berger und Dr. Landauer, Vertreter der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, Direktor Stahl, Jüdische Gemeinde, Berlin, Dr. Ludwig Tietz, Central-Verein, Dipl.Ing. Woyda, Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe. Ausserdem ist Herr Dr. Melchior, Hamburg, in den Zentralausschuss gewählt worden.<sup>12</sup>

Aufgabe des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau ist es, die ihm durch Sammlung zugeführten Gelder zu verwalten und den Institutionen zuzuführen. Die Sammlungen sollen durch die grossen Organisationen, Central-Verein, Zionistische Vereinigung, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten und Hilfsverein der deutschen Juden sowie die Landesverbände und örtlichen Unterorganisationen durchgeführt werden. In Berlin ist ausserdem eine Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe eingerichtet (Oranienburger Strasse 39). Aufgabe der Zentralstelle ist es, Einzelberatungen vorzunehmen und Hilfe zu leisten. Es werden täglich 300 – 400 Leute abgefertigt. Die tägliche Besucherzahl erreicht an manchen Tagen die Zahl 1500. Inzwischen ist das Büro in eine Reihe von Einzelberatungsstellen aufgeteilt worden. Es gibt Beratungsstellen für Anwälte, Aerzte, Beamte, Kaufleute, Angestellte, Studenten und Jung-Akademiker. Ausserdem ist eine juristische Beratungsstelle im Hauptbüro des Central-Vereins, Berlin, Emserstrasse 42, eingerichtet worden, die sich in der Hauptsache mit der Bearbeitung juristischer und politischer Fragen befasst. Die Inanspruchnahme dieser Beratungsstelle ist ebenfalls eine ausserordentlich starke.

Man hat Beamte niedergesetzt, die eine genaue Statistik aufstellen sollen, über die Verteilung der Juden auf die einzelnen Berufe. Insbesondere soll geprüft werden, ob durch Schaffung von kleinen Einzelhandelsgeschäften, Lebensmittel, Kolonialwaren, Gemüse etc., die Schaffung von neuen Existenzgrundlagen möglich ist. – Auswanderungsfragen werden ausschliesslich von dem Büro des Palästina-Amtes und des Hilfsvereins der deutschen Juden bearbeitet. – Anwälte: Die Anwaltsfrage ist auf verschiedenen Konferenzen erörtert worden. Das Gesetz wird in den meisten Ländern inzwischen durchgeführt. Soweit Zurücknahmen der Zulassungen aufgrund dieses Gesetzes noch nicht ausgesprochen sind, dürfen die Anwälte in allen deutschen Ländern wieder vor Gericht auftreten. Eine Ausnahme bildet zurzeit allein Preussen, jedoch besteht Aussicht, dass auch in Preussen entgegen den Ausführungen, die der Preussische Justizminister Kerl in München gemacht hat, mit einer

der Reichsvertretung, S. 175ff., 542; Giora Lotan, The Zentralwohlfahrtsstelle, in: LBYB 4/1959, S. 185-207.

12 Carl Melchior (1871-1934), Dr. jur. 1893, war als Jurist und Bankier in der Bank M. M. Warburg tätig, später auch als Teilhaber. In dieser Funktion übernahm er zwischen 1918 und 1933 verschiedene diplomatische Aufgaben im deutschen und internationalen Finanzwesen. 1933 war Melchior Mitbegründer des ZAHA, im April 1933 trat er von allen offiziellen öffentlichen Ämtern zurück. Vgl. Carl Melchior, Ein Buch des Gedenkens und der Freundschaft, Tübingen 1967; Ina Lorenz, Carl Melchior, in: Hamburgische Biographie. Personenlexikon, hrsg. von Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke, Bd. 2, Hamburg 2003, S. 277-279.



baldigen Klärung der Situation zu rechnen ist. – Aerzte: Eine analoge Regelung in Bezug auf die Krankenkassen, wie bei den Anwälten, ist vorgesehen. In Berlin sind die Krankenkassen dazu übergegangen, sogenannte D-Scheine auszugeben, die nicht honoriert werden, wenn sie die Unterschrift eines nicht arischen Arztes tragen. – Auswanderung: Zur Frage der Auswanderung ist zu bemerken, dass das Auswärtige Amt jede Forcierung und systematische Organisation der Auswanderung ungern sieht. Unter Umständen kann darin eine strafbare Handlung erblickt werden. Die Knappheit der zur Verfügung stehenden Mittel und die mangelnde Unterbringungsmöglichkeit im Ausland bedingen von selbst eine starke Einschränkung der Emigration. Die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe ist daher auch von ihrer bisherigen Praxis, grössere Reisezuschüsse zu gewähren, abgegangen und stellt Auswandern in nur ganz besonders dringenden Fällen ein kleines Zehrgeld zur Verfügung. – Auch die Frage der Berufsumschichtung und Berufsumschulung wird von qualifizierten Sachkennern geprüft und bearbeitet. Einzelheiten hierüber liegen noch nicht vor. – Auslands-Studium: Man ist von Berlin aus an die Universitäten bzw. an die Gesandtschaften und Konsulate herangetreten, um das einschlägige Material über Studien-Kosten, Lebenshaltungskosten und Berufsaussichten im Ausland zu erhalten. Das bis jetzt vorhandene Material ist noch nicht vollständig.

In Hamburg ist ebenfalls ein Hilfsausschuss der grossen Organisationen ins Leben gerufen worden. Der Hilfsausschuss hat eine Beratungsstelle eingerichtet, die in gleicher Weise wie die Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe in Berlin arbeitet. Die Beratungsstelle hält werktäglich von 10 – 4 Uhr in Hamburg, Beneckestrasse 2, ihre allgemeinen Sprechstunden ab. Ausserdem sind Spezial-Sprechstunden, die von Juristen, Medizinern, Kaufleuten etc. wahrgenommen werden, eingerichtet worden. Es sind Fachschaften für die einzelnen Berufsgruppen gebildet worden, die alle vorkommenden Fragen bearbeiten.

[...]

Nr. 3

Die Rettung jüdischen Archivguts

13. September 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61,  
Bl. 381

PREUSSISCHER LANDESVERBAND  
GESETZESTREUER SYNAGOGENGEMEINDEN

Halberstadt, den 13. September 1933.

Rundschreiben!

An unsere Verbandsgemeinden!

Wir folgen einem Wunsche, den das »Gesamtarchiv der deutschen Juden«, Berlin N 24, Oranienburgerstr. 28, an uns gerichtet hat, indem wir Ihnen den Inhalt des Rundschreibens wie folgt zur Kenntnis bringen:

»Zweifelloos erscheint es in einem Augenblick, wo sich eine ganze Reihe kleinerer und mittlerer Gemeinden auflöst oder sehr zurückgeht, durchaus angebracht, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass die Akten, Personenstandsregister, Friedhofsverzeichnisse und ähnliche Listen dieser Gemeinden rechtzeitig geborgen werden. Es würde von grösster Wirkung sein, wenn auch die unserem Verbands angeschlossenen Gemeinden überall rechtzeitig und umfassend für die Bergung der vorbezeichneten Materialien Sorge tragen um damit zu verhindern, dass viele wichtige und unersetzliche Zeugnisse altherwürdigen jüdischen Gemeindelebens verzerrt, verschleudert oder gänzlich vernichtet werden. Soweit für die Unterbringung solchen gefährdeten historischen Materials nichts anderes bestimmt ist, ist das Gesamtarchiv sehr gern bereit, auch die Archivalien der unserem Verband angeschlossenen Gemeinden in Aufbewahrung zu nehmen. Auch ist es erwünscht, dass historisch bedeutsame Vereine und Institute innerhalb des Verbandes von den Möglichkeiten Gebrauch machen, die das Gesamtarchiv bietet.«

[...]

PREUSSISCHER LANDESVERBAND  
GESETZESTREUER SYNAGOGENGEMEINDEN.

**Nr. 4**

Die Lerntagung der Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung

23.-26. Dezember 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 52 vom 27.12.1934, S. I

**Lerntagung auf Wilhelminenhöhe<sup>13</sup>**

Veranstaltet von der Mittelstelle für Erwachsenenbildung und  
der D.J.G.-Hamburg

Auf dem Weg in die Bezirke des Geistes müssen auch heute Raum und Zeit hinter uns bleiben. Als es am Sonntag hinausging nach der von Tannenwäldern umrauschten Wilhelminenhöhe, blieb nicht nur die Großstadt hinter uns, sondern auch die Zeit verlor sich in die Weite der räumlichen und gedanklichen Horizonte, – so daß es gar nicht von großer Bedeutung war, daß durch eine reale Zugverspätung das Eintreffen Martin Bubers und Ernst Simons sich ein wenig verzögert hatte.

Dr. Loewenberg konnte im Namen des Gemeindevorstandes die sehr zahlreich erschienenen Begrüßungsgäste und Teilnehmer nach einer etwas gedehnten Generalpause des Beginns begrüßen. Er führte aus, daß ursprünglich beabsichtigt war, die Tagung in Hamburg abzuhalten, aber entgegen allen Einwänden ist man doch dem Brauch der Mittelstelle gefolgt, der Großstadt und ihren Ablenkungen zu entfliehen, – so wie wir heute zurückgekehrt sind zum Suchen nach uns selbst. Aber wir vermögen den Weg nicht mehr allein zu finden, wir haben Geleiter nötig; nur erschütterte Menschen können uns führen. Martin Buber ist vielen von uns der Geleiter geworden; nun, wo wir suchen, deutet er uns den Weg, auf dem wir ihm gern in diesen Tagen folgen wollen. In Hamburg lebt Benno Jacob,<sup>14</sup> dessen Kommentar zur Genesis eine ungeheure Leistung auch der deutschen Sprachkunst bedeutet. Ernst Simon,<sup>15</sup> der dritte Leiter der Arbeitsgemeinschaften der Lern-

13 Die »Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung« wurde im Frühjahr 1934 gegründet. Sie war eine der Reichsvertretung der deutschen Juden zugeordnete Institution, bediente sich aber für ihre Aufgaben auch einzelner jüdischer Gemeinden. Ihre Gründung beruhte auf einer Initiative von Martin Buber, der anfangs auch die Leitung innehatte. Die »Mittelstelle« dürfte bis 1939 bestanden haben. Ihr Ziel war die Erziehung der Juden in der Art und Weise eines »Lehrhauses« zu fördern, nachdem diese von den allgemeinen Erziehungseinrichtungen abgeschnitten worden waren. Zugleich wollte Buber eine bewusste Neuorientierung der deutschen Juden erreichen. Insoweit war die »Mittelstelle« zugleich Ausdruck des Bemühens um eine innerjüdische Erneuerung; S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939*. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S. 45f.

14 Benno Jacob (1862-1945), Dr. phil., liberaler Rabbiner in Göttingen und Dortmund, seit 1929 in Hamburg, gehörte dem Vorstand des CV an und emigrierte 1939 nach England. Vgl. Walter Jacob, *Benno Jacob. Kämpfer und Gelehrter*, Berlin 2011.

15 Ernst Akiba Simon (1899-1988), Dr. phil 1923, Pädagoge und Religionsphilosoph, Redakteur der Zeitschrift *Der Jude* von 1923 bis 1928, wanderte 1928 nach Palästina aus. Simon kehrte

tagung, steht uns näher, weil er jünger ist. Wir sehen zu ihm auf, aber wir wissen ihn unter uns. Wir haben in ihm die edelste Vereinigung von Europäertum und Judentum, – wie auch wir Europäer bleiben sollen bei aller Nähe zum Judentum.

[...]

Sofort nach dem Eröffnungsakt, der mit den Worten Martin Bubers die Aufgaben der Kursarbeit verdeutlichte, wurde mit den Arbeitsgemeinschaften begonnen. Da nur eine verhältnismäßig kurze Zeit zur Verfügung stand, mußte sie mit stärkster Intensität ausgenutzt werden. So wurde von Sonntagnachmittag bis Mittwochnachmittag angestrengt gearbeitet, aber nicht nur in den vorgesehenen Stunden, sondern vor allem auch »außerkurslich«, in den Unterhaltungen im kleinen Kreis, bei der Singstunde (die Dr. Jakobson von der T.T.R. in vorbildlicher und unmittelbar wirksamer musikpädagogischer Form veranstaltete) usw. Das besonders Wertvolle dieses Kurses war neben der rein sachlichen Arbeit dieses Ineinanderfließen von strenger sachlicher Kursarbeit und in der Form zwar gelockerter, aber darum nicht minder ernsthafter »Gespräche«, die sich anschlossen. Martin Buber und Ernst Simon waren für alle da, sie waren unermüdlich bereit, anzuhören und zu antworten; sie fügten sich beide selbstverständlich und zwanglos in die Gemeinschaft ein.

[...]

Die erste Veranstaltung der Mittelstelle für Erwachsenenbildung in Hamburg reifte so zu schönstem Gelingen. Dafür sei allen, die an ihrem Zustandekommen teil haben, gedankt, in erster Linie aber Martin Buber, dessen geistige Atmosphäre, dessen Hingabe an sein Werk und dessen warmherzige Persönlichkeit allen Teilnehmern ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und der jüdischen Weltanschauung die stärksten Anregungen und Eindrücke gab.

-tz.

1933 nach Deutschland zurück und war hier beim Aufbau der »Mittelstelle für jüdische Erwachsenenbildung« bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland tätig. 1935 kehrte Simon nach Palästina zurück und wurde Professor für Pädagogik an der Universität Jerusalem. Vgl. Jan Woppowa, *Widerstand und Toleranz. Grundlinien jüdischer Erwachsenenbildung bei Ernst Akiba Simon (1899-1988)*, Stuttgart 2005.

**Nr. 5**

Perspektiven des jüdischen Schulwesens

9. Februar 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 7 vom 13.2.1936, S. II

Gemeindeverband am Werk  
Die Tagung des Großen Ausschusses des »Verbandes der jüdischen  
Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte«

[...]

Hierauf ergriff der Vertreter der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Landgerichtsrat i.R. Dr. L i l i e n t h a l, das Wort zu seinem Referat:<sup>16</sup>

»Unsere nächsten Aufgaben«

Er erklärte, daß die Verbindung mit der Reichsvertretung ja immer sehr eng gewesen sei, so daß man im allgemeinen über die laufenden Fragen unterrichtet wäre. Sein Referat gelte daher hauptsächlich der brennendsten Frage, der der Zukunft unserer Jugend, und zwar der, die am 1. April eingeschult werde als auch der, die schulentlassen werde. Erst nach Erlaß des Gesetzes über die Schulen könne man klar sehen, was mit den jüdischen Schülern zu geschehen habe. Organisch ist deshalb die Arbeit für die Schulen noch nicht zu übersehen, wohl aber nach der Richtung des *E r z i e h u n g s z i e l e s*. Dabei kommt es darauf an, wo sich das Kind seine Zukunft aufbauen soll, ob in Palästina oder in anderen Ländern, und man weiß nicht, wo gerade das Kind hingehen wird, das man vor sich hat. Eines weiß man, man muß das Kind zu jüdischem Bewußtsein und zu einem jüdischen Menschen erziehen, muß es die hebräische Sprache lehren, es sich in die jüdische Literatur vertiefen lassen.

Der Normalfall für unsere Kinder wird die Volksschule sein, doch ist es wünschenswert, dort auch ein gewisses Maß englischer Sprachkenntnisse zu vermitteln. Die höhere Schule soll nur für besonders Begabte da sein, doch besteht ein Interesse daran, daß ein gewisser Teil der Kinder auch durch die höhere Schule geht. Eine einzige jüdische Schule, die humanistischen Charakter trägt, soll für ganz Deutschland errichtet werden, um den Zusammenhang mit den geistigen und wissenschaftlichen Kräften aller Kulturen nicht zu verlieren.

Gänzlich anders geartet ist die Frage nach der Zukunft der Kinder, die jetzt aus der Schule kommen werden. Auch hier muß der Zusammenhang mit allem Jüdischen gepflegt werden, insbesondere zu P a l ä s t i n a, das als jüdisches Gemeinschaftswerk, unabhängig davon, wo die Kinder leben werden, ihren Blickpunkt darstellen wird. Die Auswanderungsmöglichkeiten werden natürlich erörtert werden, und man muß sich darüber klar sein, daß die Möglichkeiten für Palästina augenblicklich sehr

16 Zur Biografie von Arthur Lilienthal (1899-1942 [Minsk]) siehe Kap. I, Anm. II.

beschränkt sind. In engem Zusammenhang damit steht die Errichtung der Auswanderungsschule.

Unsere nächste Zukunft wird uns sehr stark auf uns selbst gestellt sein lassen. Wir stehen an einer Zeit der Wende und werden unser Schicksal meistern müssen.

Lebhafter Beifall dankte dem Redner für seine ausführlichen, noch stark in das Detail gehenden Ausführungen.

## Nr. 6

Die Einrichtung eines 9. Schuljahres

16. März 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64, Bl. 14-15 a; Otto Dov Kulka (Hrsg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997, S. 275 f.

Reichsvertretung der Juden  
in Deutschland  
Schul-Abteilung

Rundschreiben No. 6/36  
Berlin-Charlottenburg, 16.III.36  
Kantstrasse 158

An die  
Landesverbände, Gemeinden und Schulträger

Zu Ostern 1936 wird die Einrichtung eines 9. Schuljahrs für alle diejenigen jüdischen Jugendlichen notwendig, die nach beendeter Schulpflicht die Schule verlassen, ohne sofort in die Berufsarbeit einzutreten. Zu der Forderung nach Einrichtung des 9. Schuljahres veranlasst nicht nur der rein praktische Gesichtspunkt der Unterbringung dieser Jugendlichen; denn das 9. Schuljahr ist keineswegs als Notstandsmaßnahme anzusehen. Vielmehr hat dieses Jahr eine Reihe allgemein pädagogischer und spezifisch jüdischer Aufgaben zu erfüllen.

Die erzieherischen und bildungsmässigen Arbeiten der jüdischen Volksschule sollen hier ihre Ergänzung und ihren Abschluss finden. Mitbestimmend für den Arbeitsplan des 9. Schuljahres sollen die besonderen Probleme sein, die dem jüdischen Jugendlichen unserer Tage gestellt sind:

Eingliederung in solche Berufe, die in der bisherigen jüdischen Berufsschichtung nicht genügend Berücksichtigung gefunden haben,  
ferner Vorbereitung für das Leben ausserhalb Deutschlands, insbesondere für das Leben in Palästina.

Prinzipiell soll das 9. Schuljahr an die Schule angegliedert werden. Wo sich das nicht durchführen lässt, wird es empfehlenswert sein, die neue Institution mit andern jüdischen Organisationen wie der Jüdischen Jugendhilfe, der Mittleren-Hachscharah oder den Berufsausbildungsstätten zu verbinden. Allerdings müssen alle, die an dieser Arbeit verantwortlich beteiligt sind, sich des besonderen Charakters dieser Einrichtung bewusst bleiben, ungeachtet aller inneren und äusseren Verbindung des 9. Schuljahres mit der Volksschule. Ziel der Arbeit dieses Jahres darf niemals eine spezielle Berufsvorbereitung sein. Bestimmend für die Auswahl der Lehrstoffe sind lediglich die erzieherischen Gesichtspunkte.

[...]

Insbesondere ist zu empfehlen:

Zusammenarbeit mit der Jüdischen Jugendhilfe, weil ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kinder des 9. Schuljahres mit der Jugendalijah nach Palästina gehen wird;

Zusammenarbeit mit den Orts- oder Bezirksstellen der Berufsberatung, weil nur diese Stellen über eine genaue Kenntnis der für das 9. Schuljahr in Frage kommenden Jugendlichen nicht nur des Schulortes, sondern auch des Bezirks verfügen.

Zur Unterbringung der Jugendlichen aus kleinen Orten sind internatsähnliche Einrichtungen zu schaffen, etwa im Stil der Beth Chaluz. Zwischen Schule und Beth Chaluz muss ein sehr enger Kontakt herrschen.

[...]

Wir richten an Sie die Bitte, uns gefl. umgehend berichten zu wollen, ob in Ihrer Gemeinde bzw. in Ihrem Bezirk in Verbindung mit der dort bestehenden Schule ein 9. Schuljahr eingerichtet werden soll bzw. schon in Vorbereitung ist; wenn nein, welche Gründe dagegen sprechen.

Reichsvertretung der Juden in Deutschland  
Schul-Abteilung  
gez. Dr. Leschnitzer

Anlage: Fragebogen

Fragebogen  
zu Rundschreiben No. 6/36  
Betrifft 9. Schuljahr

1. Name der Gemeinde: *H. J. G.*
2. Anschrift der Gemeinde: *Altona Br. 15*

3. Wieviel Jugendliche Ihrer Gemeinde beenden Ostern 1936 das 8. Schuljahr?

Das 8. Schuljahr wird beendet von

Für das 9. Schuljahr kommen  
wahrscheinlich in Frage

a) Knaben: 7

a) Knaben: 2

b) Mädchen: 8

b) Mädchen: --

c) zusammen: 15

c) zusammen: 2

4. Besteht in Ihrer Gemeinde eine jüdische Volksschule: *Ja*

5. Kann in Verbindung mit der dort bestehenden Volksschule ein 9. Schuljahr eingerichtet werden? (Eventuell: Welche Gründe sprechen gegen eine Einrichtung?)  
*nein, zu wenig Lehrpersonen*

6. Welcher Schulort, in dem wahrscheinlich ein 9. Schuljahr eingerichtet wird, käme für die Jugendlichen Ihrer Gemeinde in Frage?

*T. T. Schule i/ Hbg. Grindelhof 30.*

a) Würden die Jugendlichen täglich als Fahrschüler zum Schulort reisen? (Eventuell ausführlichere Angaben)

b) Würden Sie internatsmässig untergebracht werden müssen? (Eventuell ausführlichere Angaben)

....., den 20.3.36

Unterschrift: gez. M. S. Hauptlehrer

## Nr. 7

Die Beratung bei Geschäftsverkäufen

8. Juli 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64, Bl. 209

Reichsvertretung  
der Juden in Deutschland

Berlin, den 8. Juli 1936

### Rundschreiben

an die Vorstände der Jüdischen Gemeinden Deutschlands.

Betr.: Geschäftsverkäufe.

Wir müssen auf Grund der Beobachtung unserer wirtschaftlichen Zentralstellen wiederholt feststellen, dass jüdische Geschäftsinhaber in der Provinz, die sich mit



der Absicht tragen, ihre Unternehmungen zu veräussern, ihre Verkaufsmöglichkeiten dadurch verschlechtern, dass sie keine Mitteilung an die

F. W. I.

Gesellschaft zur Förderung wirtschaftlicher Interessen von in Deutschland wohnhaften oder wohnhaft gewesenen Juden m.b.H.

gelangen lassen.

Die F.W.I. ist die von den zentralen jüdischen Organisationen eingerichtete Stelle, bei welcher alle Angebote über Geschäftsverkäufe zweckmässig zusammenlaufen sollen, damit von dort aus die richtige und planmässige Verwertung unter Wahrnehmung der Interessen des jüdischen Verkäufers betrieben werden kann.

Die Tatsache, dass in solchen Fällen die Verkaufsabsicht vielfach mehr oder weniger berufenen Personen mitgeteilt wird, hat häufig zur Folge, dass das Geschäft durch Weitergabe von Mund zu Mund entwertet wird oder durch unfachmännische Bearbeitung, besonders im Hinblick auf die vielen zu beobachtenden formalen Gesichtspunkte, dem Verkäufer Schaden entsteht.

Wir bitten daher die Gemeindevorstände, den beteiligten Kreisen den Rat zu geben, sich stets zuerst mit der F.W.I. in Verbindung zu setzen, die jeden Fall sorgfältig bearbeitet und durch ihre Sachverständigen die erforderliche Beratung vornimmt.

gez.: Dr. Hirsch<sup>17</sup>

17 Otto Hirsch (1885-1941), Rechtsanwalt ab 1911, Dr. jur. 1912, ab 1920 Ministerialrat im Innenministerium von Württemberg, vertrat dieses Land 1919 in der Weimarer Nationalversammlung. Seit dieser Zeit engagierte sich Hirsch in jüdischen Organisationen, u.a. im CV, und unterstützte die jüdische Ansiedlung in Palästina. Im Zusammenhang mit der Gründung der Reichsvertretung wurde er im September 1933 deren geschäftsführender Vorsitzender. Als maßgeblicher Repräsentant – seit 1939 auch der Reichsvereinigung – wurde Otto Hirsch mehrfach festgenommen. Im Frühjahr 1941 wurde er in das KZ Mauthausen verschleppt. Dort starb er am 19. Juni 1941. Vgl. Kulka (Hrsg.), *Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung*, S. 486 f.; Leopold Marx, *Otto Hirsch. Ein Lebensbild*, in: *LBYB* 6/1963, S. 293-312; Paul Sauer, *Otto Hirsch (1885-1941) – Director of the Reichsvertretung*, in: *LBYB* 32/1987, S. 341-368.

**Nr. 8**

Die geminderte Subvention für die Talmud Tora Schule

⟨A⟩ 25. Mai 1938

⟨B⟩ 21. Oktober 1938

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW TT 71,  
Bl. 1684f., 1639

⟨A⟩

[Talmud Tora Schule  
(Volks- u. Oberrealschule)]

den 25. Mai 1938.

An die  
Reichsvertretung der  
Juden in Deutschland,  
Schul-Abteilung,  
Kantstraße 158,  
Charlottenburg 2.

Bei meiner letzten Besprechung in Berlin teilte ich bereits Herrn Dr. Leschnitzer mit, daß wir hier demnächst mit den hamburgischen Staatsbehörden in Verhandlungen über die Notwendigkeit der Erhöhung der Staatssubvention für das jüdische Schulwerk in Hamburg eintreten müßten. Im Laufe der Verhandlungen, die schon begonnen haben, bin ich aufgefordert worden, ein ausführliches Exposé über die Lage der jüdischen Schulen in Hamburg zu geben und dabei auch Stellung zu nehmen zu der Möglichkeit, jüdische Berufsschüler in neuzuschaffenden jüdischen Klassen zusammenzufassen. Da die Finanzierung der jüdischen Schulen aufs engste zusammenhängt mit den Finanzen des Jüdischen Religionsverbandes habe ich mich mit Herrn Staatsrat a.D. Dr. Lippmann in Verbindung gesetzt, der bereit ist, mir, soweit es den Jüdischen Religionsverband betrifft, das notwendige Material zur Verfügung zu stellen. In der gestrigen Besprechung hat nun Herr Dr. Lippmann den Wunsch geäußert, daß ich mir eine Übersicht darüber verschaffe, wie groß die Lasten sind, die die Großgemeinden für jüdische Volks- und höhere Schulen aufbringen, und ebenso welche Beträge den betr. Gemeinden aus staatlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.

Da ich weiß, daß bei der Reichsvertretung diese Unterlagen vollzählig vorhanden sind, bitte ich Sie im Einverständnis mit Herrn Dr. Lippmann ergebenst, mir die benötigten Angaben auf beifolgendem Formulare zu machen sobald wie möglich an mich zurückzusenden. Selbstverständlich behandeln wir die Angaben streng vertraulich.

Gleichzeitig gestatte ich mir, Sie höfl. zu bitten, den dem Verein zur Förderung der Talmud Tora Schule bewilligten einmaligen Beitrag von RM 2.000.– überweisen zu wollen, damit dessen finanzielle Verhältnisse geregelt werden können.

In der Anlage gebe ich Ihnen den Halbjahresnachweis der Lehrkräfte zurück.

Im Laufe dieses Schuljahres werden voraussichtlich einige grundlegende Veränderungen in unserem Lehrkörper eintreten. Mehrere Lehrkräfte werden aus dem Dienst der Schule ausscheiden und ins Ausland gehen. Der Schulvorstand steht auf dem Standpunkt, daß diese Stellen nicht wiederbesetzt sondern Parallelklassen wenn irgend zugänglich zusammengelegt werden sollen. Die hier bleibenden Lehrkräfte werden dadurch besondere Mehranforderungen zu erfüllen haben. Infolge der Mehrbelastung wird es nicht möglich sein, eine unserer Lehrkräfte für den von der Reichsvertretung geplanten Fortbildungskurs zu beurlauben, so gern wir von einem solchen Angebot Gebrauch gemacht hätten. In diesem Sinne haben wir auch bereits auf ein Schreiben des Jüdischen Religionsverbandes geantwortet, in dem wir zur Stellungnahme zu dem Fortbildungskurs aufgefordert waren.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
[Spier]

⟨B⟩

**REICHSVERTRETUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND**  
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2 · KANTSTRASSE 158 · FERNSPR.: SAMMELNUMMER 919141  
SCHUL-ABTEILUNG

den 21.10.1938

An die  
Talmud Tora Schule  
Hamburg  
Grindelhof 30

Die Schrumpfung der uns zur Verfügung stehenden Mittel macht es uns leider unmöglich, die Subvention für die Talmud Tora im Schuljahr 1939/40 in der bisherigen Höhe aufrechtzuerhalten. Wir teilen Ihnen daher bereits heute mit, dass wir nicht in der Lage sein werden, Ihnen für den genannten Zeitraum mehr als

RM 7.500.–

zu bewilligen.

Reichsvertretung der Juden in Deutschland  
Schulabteilung

(gez.) Dr. Leschnitzer  
(Dr. Leschnitzer)

### 19.3 Die Zusammenarbeit der Hamburger Gemeinde mit der Reichsvertretung

#### Nr. 1

Die Zahlung einer Kopfbeitragsteuer an den Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau  
22. August 1935  
Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 97

#### ZENTRALAUSSCHUSS FÜR HILFE UND AUFBAU

BEI DER REICHSVERTRETUNG DER DEUTSCHEN JUDEN

CHARLOTTENBURG 2  
KANTSTRASSE 158

DEN 22.8.35.

An die  
Hochdeutsch-Isr. Gemeinde,  
Breitestr. 15  
Altona/Elbe

Laut Vereinbarung mit dem Preussischen Landesverband sollen die Leistungen, die von Ihnen an die Reichsvertretung für die Kopfbeitragsteuer zu bewirken sind, gegen Zahlungen, die aus zentralen Mitteln zu erfolgen haben, zur Verrechnung gelangen.

Für die Gemeinde Altona kommt nach dem Ergebnis der Zählung vom 16.6.33 nach Abzug von 10 % eine anzurechnende Seelenzahl von .....1805,4

in Frage, was für 9 Monate à RM 1,50 einem Betrage von  
oder für 1 Monat einem anzurechnenden Betrage von  
entspricht.

RM 2.708,10  
" 300,90

Für die Monate: April bis einschliesslich August sind demnach von Ihnen bereits  
zu zahlen.

RM 1.504,50

Von diesem Betrage geben wir  
als Zuschuss für Herrn Lehrer Katz (Juni = 62,50, Juli = 125.--  
August = 125.--) frei und bitten, ihm den vorstehenden Betrag  
zu übermitteln. Unser alsdann verbleibendes Restguthaben von  
werden wir später verrechnen.

" 312,50

RM 1.192.--

Hochachtungsvoll  
 Zentralausschuss der deutschen Juden  
 für Hilfe und Aufbau  
 Geschäftsführender Ausschuss  
 Meyerheim

**Nr. 2**

Der Bericht der Kommission zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Reichsvertretung

9. Februar 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 7 vom 13.2.1936, S. II

[...]

Den Bericht der »Kommission zur Aufrechterhaltung der Verbindung mit der Reichsvertretung«<sup>18</sup> erstattet R.-A. Dr. Rosenack (Bremen). Die Verbindung war in allen laufenden Fragen eine sehr enge, mehrfach haben Besprechungen in Berlin stattgefunden. Es wurden Wünsche der Gemeinden der Reichsvertretung vorgetragen und auch die Wünsche der Reichsvertretung den Gemeinden übermittelt. Die Reichsvertretung war nicht nur bestrebt, uns zu helfen, sondern wir hatten den Eindruck, daß sie auch recht erhebliche Möglichkeiten dazu besitzt. Besonders wichtig waren die Aussprachen über den Transfer und die Regelung der Auswanderung sowie die Fragen der Gemeindeorganisation im Zusammenhang mit dem Fifty-Fifty-Prinzip. Weiter wies er auf den Wert der FWJ und einer zu gründenden Liquidationsbank hin.

Ueber die Arbeiten der Koscherfleischkommission berichtete an Stelle des verhinderten Herrn Alexander Levy Herr Paul Möller (Altona).

Die Kommission hat mehrfach Besprechungen in Berlin gepflogen, so erst noch am letzten Montag mit dem Beauftragten der Reichsvertretung, Herrn Rabbiner Dr. Hoffmann (Frankfurt a.M.). Man ist bestrebt, sowohl die Preise herabzusetzen, als auch den Import wieder in das Einfuhrkontingent einzusetzen. Darüber schweben noch Verhandlungen.

Dr. Rosenack macht auf die Frage der Kranken- und Säuglingsschwestern im Zusammenhang mit den neuen Gesetzen aufmerksam. Danach komme das Gesetz auch auf diese Kategorie weiblicher Angestellten in Anwendung. Für jüdische Frauen bietet sich hier ein dankbares Betätigungsfeld.

[...]

18 Die Kommission ist eine Einrichtung des Verbandes der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte; ihre Konstituierung wurde auf dem Verbandstag vom 19. Mai 1935 beschlossen (Kap. 18, Dok. 6).

**Nr. 3**

Die Kritik an dem schulischen Arbeitsplan für das Sukkotfest

6. Oktober 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW TT 71 a

[Talmud Tora Schule]

Hamburg, den 6. Oktober 1936

Schulabteilung der Reichsvertretung der Juden in Deutschland,  
Berlin.

Mit tiefem Bedauern sehen wir uns veranlasst, unserer Befremdung über Ihr letztes Rundschreiben an alle jüdischen Schulen den Arbeitsplan für das Sukkaus-Fest, herausgegeben von Dr. Elieser L. Ehrmann,<sup>19</sup> Ihnen zum Ausdruck zu bringen. Dieser Arbeitsplan, so gut gemeint er sein mag, so reichhaltig er an Material und Vorarbeit ist, muss das Empfinden jedes religiösen Juden aufs tiefste beleidigen. Die einzigartigen, schönen und grossen Motive des Festes werden zum Teil ins Grob-Sinnliche und Heidnische hineingezogen.

Der Gesamtplan baut sich auf der bibel-kritischen Voraussetzung auf, als ob die jüdische Religion in langsamer innerer Entwicklung aus rohen Anfängen einer ursprünglichen Natur-Anbetung sich entwickelt hätte und steht infolgedessen mit allen jüdischen Quellen in Widerspruch.

Nicht wie alle grossen jüdischen Denker von Rambam bis Rosenzweig war das Fest der Freude, des Gottvertrauens, des Messianismus gedacht und gesagt, soll unseren Schülern vermittelt werden, sondern das Zerrbild, das sich judenfeindliche Schriftsteller über unsere Vergangenheit gemacht haben.<sup>20</sup> Und solche Belehrung soll unseren leider sehr wenig kritischen und ungenügend vorgebildeten Lehrern an allen Volksschulen und religiösen Schulen als Vorlage dienen!

Wir haben es vermieden, einen Protest in die Öffentlichkeit zu schicken, um der Autorität der Reichsvertretung nicht zu schaden, wir müssen aber mit aller Entschiedenheit fordern, dass die Schulabteilung nicht künftighin weiter solche Verlautbarungen aus der Feder von Halbkennern des Judentums als autoritative Belehrung hinausshickt.

19 Hefte für den Schulgebrauch, Nr. 16: Sukkot und Simchat Tora. Ein Quellenheft von Elieser L. Ehrmann, o,40 RM. – Dr. Elieser L. Ehrmann beschäftigte sich in der Erziehungsabteilung der Reichsvertretung besonders mit der Ausarbeitung von Lehrplänen und Unterrichtsmaterialien zu jüdischen Themen. Vgl. Walk, Jüdische Schule und Erziehung im Dritten Reich, S. 118.

20 Sinngemäß muss der Satz lauten: »Für alle grossen jüdischen Denker von Rambam bis Rosenzweig war Sukkot ein Fest der Freude, des Gottvertrauens und des Messianismus. Dies sollte unseren Schülern vermittelt werden und nicht das Zerrbild, das sich judenfeindliche Schriftsteller über unsere Vergangenheit gemacht haben.«

Die Reichsvertretung als Vertretung der Gesamtheit kann nur dasjenige darbieten, was die Billigung der massgeblichen religiösen Führer des Judentums findet.

Schon der Erlass über die Aussprache des Hebräischen konnte unsere Zustimmung nicht finden. Diesmal aber steht der vorgelegte Arbeitsplan in Widerspruch mit der Auffassung des religiösen Judentums aller Richtungen.

Wir bitten daher, dass die Reichsvertretung erstens in irgend einer Form zum Ausdruck bringt, dass dieser Arbeitsplan nur die spezielle Auffassung des Verfassers darstellt, aber durchaus nicht die Meinung und Gesinnung der allein massgeblichen religiösen Quellenwerke ist.

Wir bitten ferner, dafür zu sorgen, dass in allen künftigen Fällen durch vorherige Fühlungnahme mit wirklichen Kennern des Judentums solche schwere Versündigungen gegen den Geist unserer Religion in Kundgebungen der Schulabteilung vermieden werden.

Hochachtungsvoll ergebenst

#### Nr. 4

Die Hamburger Vertreter bei der Reichsvertretung der deutschen Juden in Deutschland (1936)

21. Oktober 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 329 c, Bl. 216 f.

[Sitzung des Vorstandes der Gemeinde vom 21. Oktober 1936]

[...]

Herr Dr. Warburg berichtet, dass auf Grund von Vorverhandlungen unter den einzelnen Vorstandsmitgliedern empfohlen werde, in den bei der Reichsvertretung der Juden in Deutschland gebildeten Rat als Vertreter des Vorstandes Herrn Dr. Loewenberg zu entsenden und zu Stellvertretern zunächst Herrn Dr. Lippmann und an zweiter Stelle Herrn R.-A. R. Samson zu bestellen. Diese Regelung erscheine zweckmässig, da die Mehrheit der Vorstandsmitglieder der Auffassung sei, dass insbesondere jüdisch-politische Gesichtspunkte bei der Auswahl der Vertreter, insbesondere des ersten Vertreters, zu berücksichtigen seien. Es empfehle sich, als ersten Vertreter eine möglichst neutrale Persönlichkeit zu bestellen. Andererseits müsse durch die Bestellung seiner Vertreter dafür gesorgt werden, dass in bestmöglicher Weise die dem Rat obliegenden Aufgaben auf finanziellem und verwaltungsmässigem Gebiet erfüllt werden könnten. Alle 3 Herren seien Vertreter des Vorstandes und hätten als solche in grundsätzlichen und wichtigen Fragen sich möglichst vor der Stimmabgabe mit dem Vorstande in Verbindung zu setzen und seinen Weisun-

gen zu folgen. Der Vorstand müsse sich auch vorbehalten, im Einzelfalle zu bestimmen, welcher der 3 Herren an den Sitzungen des Rats und etwaiger Kommissionen teilnehmen soll. Die Frage, ob einer oder mehrere der 3 Herren generell zum Vertreter für ein bestimmtes Arbeitsgebiet bestellt und der Reichsvertretung gegenüber benannt werden soll, bleibt offen, bis zu übersehen ist, wie die Geschäftsbehandlung vom Rat geregelt werden wird.

Herr Dr. Lippmann erklärt, dass er grundsätzlich anderer Auffassung sei. S. E. handle es sich bei dem Rat um ein Organ, das in erster Linie berufen sein solle, bei finanziellen Fragen, Verwaltungsfragen und Verfassungsfragen mitzuwirken. Nachdem der Präsidialausschuss politisiert sei und nachdem bei der Bestellung des Präsidialausschusses politische Gesichtspunkte entscheidend gewesen seien, sollten, soviel er unterrichtet sei, bei der Bestellung der Ratsmitglieder weniger die politischen Gesichtspunkte entscheidend sein als die persönliche Eignung für die dem Rat in erster Linie obliegenden Aufgaben. Wenn der Vorstand anderer Ansicht sei, so sei er bereit, der Auffassung der Mehrheit Rechnung zu tragen und sich der Auffassung anzuschließen, dass Herr Dr. Loewenberg unter diesem Gesichtspunkt der allerbeste Vertreter des Vorstandes sei. Er könne dann aber nicht anerkennen, dass er selbst besonders geeignet sei, als Stellvertreter zu fungieren. Er halte Herrn R.-A. Samson auf Grund seiner langjährigen Tätigkeit und seiner juristischen und finanziellen Erfahrung für wesentlich geeigneter als sich selbst. Fraglich erscheine ihm auch, ob es möglich und zweckmässig sein werde, den Vertreter des Vorstandes nicht mit der Wahrnehmung aller Geschäfte zu betrauen. Er trage daher Bedenken, die ihm angetragene Aufgabe zu übernehmen. Nur unter dem Gesichtspunkte, dass der Vorstand zurzeit nicht voll besetzt sei und dass durch die Nichtannahme des Auftrages langwierige, schwierige Kompromissverhandlungen, an denen er nicht teilgenommen habe, scheiterten, sei er bereit, heute das ihm angetragene Amt zu übernehmen. Er müsse jedoch die Bedingung daran knüpfen, dass möglichst bald, spätestens zum 1. April n.J., auf Grund der Erfahrungen, die sich aus der Arbeit des Rats und der Arbeit im Rat ergeben hätten, die Vertreterfrage Hamburgs erneut geprüft werde und ihm evtl. eine Rückgabe des Auftrags zu gegebener Zeit offenstehe.

Der Vorstand nimmt die Erklärung des Herrn Dr. Lippmann zu Protokoll und beschliesst im übrigen entsprechend dem Antrage des Herrn Dr. Warburg.

[...]



## 20. Die aufgekündigte Akkulturation

### 20.1 Standortbestimmungen: jüdische Identität

#### Nr. 1

Die jüdische Standortbestimmung am Vorabend des Boykotttages

30. März 1933

Hamburger Familienblatt vom 30.3.1933

Wem von uns deutschen Juden fiel wohl nicht, als diese verderbliche Propaganda einsetzte, der bekannte Spruch ein »Gott schütze mich vor meinen F r e u n d e n , vor meinen Feinden kann ich mich selber schützen!?!« Denn in der Tat: in der allerdings nicht beneidenswerten, wenn auch gewiß nicht dermaßen verzweifelten Lage, in der wir deutschen Juden uns gegenwärtig befinden, war es das letzte und falscheste Mittel, uns helfen zu wollen, mit üblen Übertreibungen aufzuputschen. Denn mit solcher Methode wird dem Ansehen und dem Handel unseres Vaterlandes ein Schaden zugefügt, der mit allen Deutschen nicht zum wenigsten die deutschen Juden trifft, und es werden beinahe automatische Abwehrmaßnahmen hervorgerufen, deren Opfer wiederum, wie sich gezeigt hat, wir deutschen Juden sind, so daß also gerade das Gegenteil dessen, was gewollt war, erreicht wurde.

Wir alle wissen, was sich in Deutschland in den letzten Wochen ereignete. Wir haben eine Umwälzung erlebt, deren Umfang nicht vorausgesehen werden konnte, eine Umwälzung, welche die Bevölkerung bis in die tiefsten Tiefen aufwühlte und dabei auch Elemente ans Tageslicht brachte, welche Taten begingen, die nicht zum wenigsten von der Regierung selbst aufs schärfste verurteilt wurden. Wir wissen selbst, daß seit dem Eingreifen des Reichskanzlers und der verantwortlichen Minister diese sogenannten Einzelaktionen so gut wie völlig aufgehört haben, und wir wissen nicht allein dies, sondern wir können es vor aller Welt bezeugen, daß Greuel, wie sie die im Auslande umgehenden Gerüchte verbreiten, niemals und nirgends in Deutschland vor sich gegangen sind. Um so schmerzlicher berührt es uns, daß mit der übrigen Bevölkerung auswärtiger und überseeischer Staaten auch ein Teil unserer dortigen Glaubensgenossen so – man muß schon sagen – leichtgläubig war, diesen Gerüchten Glauben zu schenken und sich zu Maßnahmen mitbestimmen ließen, durch die Deutschland nur Schwierigkeiten bereitet wurden. Maßnahmen, die völlig ungeeignet waren, das zu erreichen, was sie doch sollten, nämlich uns Juden irgendwie zu helfen und die hoffentlich durch das Eingreifen unserer jüdischen Groß-Organisationen jetzt rückgängig gemacht werden.

[...] Diese Hetzkampagne ist also ein von Anfang an zu völliger Wirkungslosigkeit verurteiltes Beginnen gewesen, das sich um der deutschen Juden willen, ohne

deren Zutun und wider deren Willen, gegen Deutschland richtet, und dieser Kampf muß um so wirkungsloser bleiben, als die Grundlagen, die zu ihm führten, nicht auf Wahrheit beruhen [...]

### Nr. 2

Das Schreiben des Harburger Predigers Alfred Gordon an seine Gemeinde (April 1933)  
10. April 1933

Schalom, Harburg! Nicht nur ein Besuch. Jüdische ehemalige Harburgerinnen und Harburger in ihrer alten Heimatstadt. Eine Dokumentation vom 4. bis 11. September 1990, hrsg. von Reta Barsam/Jürgen Ellermeyer/Matthias Heyl/Günter Heymann, Hamburg 1992, S. 40f.

Prediger Alfred Gordon<sup>1</sup>  
Harburg-Wilhelmsburg

Den 10. April 1933.

Liebe Freunde!

Ich habe das Bedürfnis, mich in diesen Pesachtagen an all diejenigen meines Seelsorgebezirks zu wenden, die nicht Gelegenheit haben, einem Gottesdienst beizuwohnen. Sowohl an Euch, liebe Freunde aus meiner Harburger Gemeinde, die Ihr aus irgendwelchen Gründen heute dem Gotteshause fernbleibt, als auch an Euch, liebe Freunde in den kleinen Bezirksgemeinden richtet sich mein Wort in dieser so ernstesten Zeit. Noch nie in meiner Amtszeit hatte ich so stark das Gefühl wie gerade jetzt, daß doch in weiten Kreisen die Erkenntnis sich durchsetzt, daß unsere heilige Religion, die heute ja unser Schicksal ist, auch unser Trost und Halt zu sein vermag.

1 Alfred Gordon (1886-1942) wirkte als Lehrer und Vorbeter der jüdischen Gemeinde von Harburg-Wilhelmsburg. Gordon, in Augsburg geboren, erhielt in Süddeutschland seine Ausbildung. 1929 kam er nach Harburg und erhielt 1930 von der Gemeinde eine Anstellung. Zuvor war er Kantor in der Gemeinde Halle (Saale) gewesen. Nach dem Zusammenschluss der Gemeinde Harburg-Wilhelmsburg mit der Hamburger Gemeinde zur Jahreswende 1937/38 zog Gordon nach Altona (Kap. 17, Dok. 11). Sein Sohn Carl Alexander (geb. 1919) besuchte seit etwa 1937 in den Niederlanden eine Landwirtschaftsschule. Eine derartige Ausbildung diene üblicherweise dazu, eine Einreise nach Palästina zu erreichen. Das gelang offenbar, denn sein Name ist nicht in den Deportationslisten aufgeführt. Ein Neffe, Heinz Gordon, emigrierte in die USA. Die Ehefrau von Alfred Gordon, Jenny Gordon, geb. Silberberg (geb. 1887), starb im August 1941. Am 25. Oktober 1941 wurde Alfred Gordon nach Lodz deportiert. Er wurde im Februar 1942 im Vernichtungslager Chelmo ermordet. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 132.

In diesen herben Notzeiten, da wird vielleicht manchem von Euch – bewußt oder unbewußt – das Wort des Psalmendichters auf den Lippen gelegen haben: »Mein Gott, mein Gott, warum hast Du mich verlassen, bleibst fern meiner Hilfe, meines Schreiens Wort; mein Gott, des Tages rufe ich, aber Antwort wird mir nicht, des Nachts schreie ich, aber ich finde keine Beschwichtigung.«

Es ist eine große Angst in uns eingezogen; die materielle Basis unseres Lebens scheint uns bedroht, die seelische Not ist fast noch größer; von dieser seelischen Not zu sprechen, ist nicht nötig, denn das hat der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in wahrlich erschütternder Weise in seinem Aufruf getan.

Und dennoch liebe Brüder, liebe Schwestern, in dem ungeheueren Geschehen unserer Zeit darf das Schicksal der Einzelnen, ja einer Gruppe nicht im Vordergrund stehen. Wie ein Naturereignis braust Geschichte über uns dahin, so wie ein Jesaias, ein Jeremias das Erbeben geschichtlichen Seins erlebten; alle Säulen bersten, liebgezwonnene Anschauungen versinken, niemand bleibt verschont, gewiß nicht wir. Aber unsere Geschichte lehrt uns, unsere Propheten predigen uns, unsere Religion gebietet uns, zu glauben, daß aus allen Erschütterungen des historischen Geschehens, in welches auch wir eingespannt sind, der Finger Gottes sichtbar werden soll. Jeder von uns hat die eiserne Pflicht, in dieser Notzeit vor allem sich zu fragen, ob er stets und ständig, dem Gebote unserer Thora treu, in höchster Redlichkeit und unter Einsatz jedes Opfers der Gemeinschaft gedient hat; denn darauf kommt es wesentlich an, daß wir unter Zurückdrängung allen Egoismus, der engeren und weiteren Gemeinschaft dienen. Nicht daß es jedem Einzelnen von uns gut ergehe, sondern daß die Gesamtheit – sei es die Gemeinde, sei es das Gesamtjudentum und sei es der Staat, in dem wir leben – sich wohl befinde, ist die Forderung des Judentums.

Gar oft hörte ich in diesen Nottagen die Klage: »Warum muß uns solch herbes Schicksal überfallen?« Es fällt mir nicht leicht, darauf eine Antwort zu geben, denn die Antwort ist für den Einzelnen weder ein Trost noch vermag sie die Problematik zu lösen. An den Füßen des Sinai wurde uns zugerufen:

»Wihejisem Li Segulo Micol Hoamim«. »Ihr seid mir auserwählt von allen Völkern«.

Wenn jemand glaubt, daß er damit Vorrechte beanspruchen kann, so irrt er sich. Wenn jemand glaubt, daß dieses Wort den Keim für unbegründeten Hochmut enthalte, so täuscht er sich. Es ist eine ewige Aufgabe, die uns zuerteilt ist, eine Aufgabe, die unsagbar schwer ist. Wir wissen es aus den Ereignissen unserer Geschichte, daß die Augen der Welt auf jeden einzelnen Juden gerichtet sind und daß jeder einzelne haftbar gemacht wird für das Tun der Anderen und alle haftbar werden für das Tun des Einzelnen. Darin sind wir ausgewählt vor allen Völkern, das ist das große Erziehungsproblem, das uns auferlegt ist, unter dessen Joch wir deutschen Juden heute fast zusammenzubrechen drohen.

Diese Stunden der Not müssen uns zur Besinnung veranlassen und unsere Aufgabe als jüdische Menschen uns noch viel klarer als bisher vor Augen stellen. Unsere

Aufgabe als jüdische Menschen ist keine andere, als die, das Gute zu tun und ehrlich und redlich in jeder Regung unseres Lebens zu wandeln. Alles Andere, die ganze Thora, ist nichts anderes als der Wegweiser zu diesem Ziel.

Seid Euch bewußt, liebe Freunde, daß das Erleben unserer Tage nicht ein Ende bedeutet. Eine Revolution in ungeheurem Ausmaß ist über uns dahingegangen. Jede Revolution ist stark von Gefühlsmäßigem getragen. Diese Revolution mußte es besonders sein, denn die Ratio, der Verstand in seiner ganzen Einseitigkeit ist Schuld daran, daß das Wirtschaftsleben aus seinen Angeln gehoben war, daß der krasse Egoismus Maschinen da hinstellte, wo Menschen mit ihren Lebensnotwendigkeiten stehen sollten. Daß sich die menschliche Natur dagegen aufbäumt, ist allzu verständlich. Daß heute an Stelle der einseitigen Herrschaft des Verstandes das Irrationale, das rein Gefühlsmäßige getreten ist, das fühlten wir seit Jahren. Vielleicht haben auch wir Juden es nicht verstanden, in unserem Leben in den vergangenen Jahrzehnten diese Kräfte, die nicht errechnet und nicht gemessen werden können, ohne die wir aber weder glücklich noch zufrieden sein können, zu hegen und zu pflegen. Und zu diesen Kräften gehören vor allem die Religion und der Glaube.

Unsere Väter haben im Laufe unserer Geschichte Situationen erlebt, die unserer durchaus vergleichbar sind. Sie haben alles ertragen mit jenem Heldenmut, den viele leider nicht mehr verstehen. Sie konnten es ertragen, weil sie als wahrhafte Juden für ein Ideal ihr Leben hinzugeben bereit waren. Wahrhafte Juden aber waren sie, weil in ihnen nicht nur die Kräfte des rechnenden und messenden Verstandes, sondern auch die geheimnisvollen Quellen des Gemüts, des Glaubens, des Hoffens wirksam waren.

Wir stehen in den Pesachtagen. Israel war aus Not und Sklaverei herausgezogen. Schlagt einmal auf, liebe Freunde, das uralte Buch unserer Bibel. Es war gewiß nichts Leichtes, diesen Menschen in Ägy[p]ten zu predigen, daß der Gott ihrer Väter noch lebe, daß er sehen würde ihr Elend und ihre Not. Wie ein Wurm windet sich Moses, der Führer, ja, er sucht sich dieser furchtbaren Aufgabe zu entziehen! Doch eine Stunde gibt es, in welcher dieser Heros der Geschichte am Ziele seiner Wünsche steht. Nicht daß er schließlich an der Spitze seines bedrängten Volkes die Grenzen Ägyptens überschritt, ist das große Erlebnis, sondern, daß er vor sich die Fluten des Meeres, hinter sich die nachjagenden Ägypter, zu der Erkenntnis kam:

»Wajaaminu Baadauneu Uwe-Mausche Awdau«

Sie hatten Emuno – Vertrauen, – Treue zu Gott und zu Mose seinem Knecht.«

Vertrauen auf Gott zu haben, nicht zusammenzubrechen in der Not unserer Zeit, zu den Führern und Lehrern unserer Gemeinschaft zu stehen, wissend, daß sie nur im Dienste des Göttlichen sich fühlen – das wird die Fluten des Hasses teilen und nach harten Wanderungen durch eine Wüste von Vorurteilen uns bringen in das gelobte Land einer anderen und besseren Zeit.

Der Platz des Juden in dem neuen Deutschland wird nicht derselbe sein wie der der vergangenen Jahrzehnte. Aber auch der Platz des Deutschen im kommenden Vaterland wird sich verändern. Es wird wieder die Zeit kommen, in welcher man

unsere Mitarbeit nicht verschmähen wird, in der man unsere Ehre und unseren guten Willen anerkennen wird! Dann werden wir zurückblicken auf diese Tage furchtbarer seelischer Not. Sie werden uns verstärkt erscheinen und wir werden wissen, daß diese Tage uns besser gemacht haben, daß es Tage der Besinnung und Einkehr waren.

Wir werden wieder zu würdigen wissen die Feier des Freitagsabend und der Sedernächte. Und vielleicht – und das hoffe ich – wird es nicht mehr so schwer fallen, an den hohen Feiertagen unsere Geschäfte zu schließen und Opfer zu bringen für unsere heiligste Überzeugung! Hilfe einer dem anderen, stütze einer den anderen in Wort und Tat und nehmen wir die Lehren und Erfahrungen dieser Zeit in eine bessere Zukunft mit hinüber, damit die Besinnung auf unser Judentum, auf unsere Religion, auf Bewußtsein der Verantwortung der Umwelt gegenüber, die tragenden Säulen werden, auf denen wir das Haus unserer Zukunft errichten.

### Nr. 3

Das Bekenntnis zum »aufrechten Juden«

26. Mai 1933

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 4 vom 26.5.1933, S. 1

#### An unsere Mitglieder!

Eine Zeit der Not und damit der Prüfung ist über uns deutsche Juden gekommen. Die Fundamente unserer wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Existenz sind ins Wanken geraten. Wir versinken, wenn wir Wirtschaft und Staat als die alleinige Lebensgrundlage betrachten, wir bleiben aufrecht – trotz allem – wenn wir auf jenes Fundament uns besinnen, das in geheimnisvollen Tiefen der Seele verankert, unserer kampf- und sturmerprobten Gemeinschaft immer wieder segnende Kräfte spendet: unser Judentum.

In der verwirrenden Fülle schmerzlicher Geschehnisse, die in diesen Wochen auf uns einströmen, ist es eines, was uns tröstet, die von Tag zu Tag sich verstärkende seelische Haltung des aufrechten Juden. Wir fühlen, unser Judentum ruft, Gott ruft. Wir müssen Antwort geben, die Antwort, die allein das Judentum anerkennt, und die jener Satz uns weist, der unserem stolzen Bekenntnis, dem Sch'ma Jisroel, unmittelbar folgt:

*Mit deinem ganzen Herzen, mit deiner ganzen Seele, mit deiner ganzen Kraft.*

Die hebräische Sprache hat bezeichnenderweise für »Bekennen« und »Danken« das gleiche Wort. Es gibt nur einen wahren Dank an die Väter, die das Beste unseres

Wesens, unseren Geist, unsere Seele gestaltet haben: Das Bekenntnis zu ihrem Ideal – ihrer Anspruchslosigkeit, ihrer Opferwilligkeit, ihrer Frömmigkeit.

Bekennen ist schwer. Der einzelne vermag es nur, wenn er sich an die *Gemeinschaft* lehnt, wenn er den Bund verspürt mit den Lebenden, mit den Toten, den Bund verspürt mit Gott, dem Hort und Hüter Israels.

Mit drei Worten begegnet ein moderner jüdischer Dichter der Frage nach der Dauer des Juden in der Welt trotz Jahrhunderte altem Leid: *Kraft, Stolz, Geduld*.

Seien wir Juden.

Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

#### Nr. 4

Die Rede von Walter A. Berendsohn: »Kraft in dieser Zeit«

26. Juni 1933

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 5 vom 7.7.1933, S. 2 f.

Fürchte dich nicht, denn mit dir bin Ich, und Ich segne dich.

1. Buch Mosis 26, 24

#### Rede

gehalten auf dem *Lessing-Abend* der Jüdischen Künstlerhilfe am 26. v.M. von Prof. *Walter A. Berendsohn*.<sup>2</sup>

Ob noch jüdische Professoren an deutschen Hochschulen werden wirken können, ist sehr fraglich geworden. Die meisten werden ins Ausland gehen müssen, um

2 Walter A. Berendsohn (1884-1984), Dr. phil., habilitierte sich 1920 und wurde 1926 zum außerplanmäßigen Professor an der Universität Hamburg ernannt. Seine Lehr- und Forschungsschwerpunkte waren Germanische Philologie sowie skandinavische und deutsche Literaturgeschichte. Zum Sommersemester 1933 »empfahl« die Hochschulbehörde ihm, seine Lehrtätigkeit einzustellen. Die Behörde kündigte ihm am 6. Juli 1933 seine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Deutschen Seminar der Universität. Sie teilte der Universität als Kündigungsgrund mit, Berendsohn, der als Sozialdemokrat galt, habe nicht die Gewähr dafür geboten, dass er »jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat« eintreten würde. Ende Juli 1933 wurde ihm die Lehrbefugnis entzogen. Berendsohn emigrierte noch im Juli 1933 nach Dänemark. Seine Familie folgte im Oktober 1933. Am 19. April 1937 entzog ihm die Universität die Doktorwürde. Berendsohn konnte 1943 in das neutrale Schweden flüchten und dort seine wissenschaftliche Tätigkeit fortsetzen. Nach 1945 wurde er von seinen germanistischen Kollegen nicht gebeten, an die Universität Hamburg zurückzukehren. Vgl. Wolfgang Bachofer/Wolfgang Beck, *Deutsche und Niederdeutsche Philologie. Das Germanische Seminar zwischen 1933 und 1945*, in: Eckart Krause/Ludwig Huber/Holger Fischer (Hrsg.), *Hochschulalltag im »Dritten Reich«*. Die Hamburger Universität 1933-1945, Berlin/Hamburg 1991, S. 641-703, hier S. 653-657.

dort zu leben und zu lehren. Aber bis zum letzten Tage werde ich gern jede Gelegenheit ergreifen, um Zeugnis abzulegen für meine Liebe zur deutschen Heimat und zur deutschen Kultur. Ich denke dabei an jene geistige Welt, von der Gotthold Ephraim Lessings Werk eine der unvergänglichen Verkörperungen darstellt: es gehört als mächtiger Bestandteil zum Bau deutscher Humanität, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine wundervolle Blütezeit deutscher Dichtung und Philosophie barg, der einer damals werdenden deutschen Nation den kulturellen Untergrund und Rahmen schuf und der ihr zugleich geistige Weltgeltung bei allen Kulturvölkern einbrachte. Die Kant-, Lessing- und Goethefeiern des letzten Jahrzehnts, 1924, 1929, 1932 haben immer wieder die Bereitschaft aller Völker bewiesen, diesen Schöpfern deutscher Kultur ihre Huldigung darzubringen.

Wir deutschen Juden aber haben besonderen Anlaß, dieser Zeit deutscher Humanität liebevoll zu gedenken. Ist in Durchführung ihrer Ideen über Menschenrecht und Menschenwürde doch die Befreiung der Juden aus dem Ghetto, aus allen rechtlichen Fesseln, aus der Stellung verachteter Fremder geschehen. Der politisch-bürgerlichen Gleichstellung ging aber eine gegenseitige geistige Annäherung voraus, die nirgends greifbarer vor uns lebendig wird als in der jahrzehntelangen innigen Freundschaft zwischen den gleichaltrigen Männern Lessing und Moses Mendelssohn.

[...]

Ich habe mir in den letzten Monaten oft die Frage vorgelegt, was eigentlich den Juden verhältnismäßig so viele Vertrauensstellungen als Richter, Anwälte, Aerzte, Hochschullehrer, Kaufleute, Vereinsvorsitzende usw. inmitten nichtjüdischer Kreise gewonnen hat. Ich glaube, daß es sich hier um ein uraltes Erbgut jüdischen Geistes handelt. Rechnet man nur bis zur Zeit der großen Propheten, so ist die jüdische geistige Kultur mehr als zweieinhalb Jahrtausende alt. In ihrem Mittelpunkt hat stets die eindringliche Beschäftigung mit religiösen, ethischen und philosophischen Fragen gestanden. Viele Jahrhunderte lang ist diese geistige Welt in der Not und der Armut des Ghettos die größte, ja oft die einzige Freude der besten und innerlichsten Juden gewesen.

[...]

In diesen Zeilen spüre ich über die Entfernung des Orts und der Zeit hinweg Vorväteratem und Blutsverwandtschaft, und wie mir wird es vielen unter uns gehen.

Die geistige Arbeit der Jahrhunderte gibt verhältnismäßig zahlreichen Juden als Erbeil die scharfe Intelligenz, und wie sie zur Ueberwindung dumpfer Triebhaftigkeit genutzt wird, entsteht jene Fähigkeit zur Erhebung über das Getriebe der Nöte und Leidenschaften, die uns Lessing in seinem Nathan in so wundervoller Weise verkörpert hat. Dieses sich immer wiederherstellende seelische Gleichgewicht in der höheren geistigen Schicht ist aber von entscheidender Bedeutung auch in unserem ganzen Verhältnis zur menschlichen Umwelt. Wer es erreicht, vermag häufiger als die, denen es fehlt, für eine Weile von sich selbst abzusehen und sich einem Menschen oder einer Aufgabe, einer Idee oder einer Gemeinschaft rückhaltlos mit allen

seinen besten Kräften hinzugeben, ohne Gefahr, sich selbst zu verlieren. Diesem kulturellen Erbgut haben viele Juden ihre angesehene Stellung inmitten nichtjüdischer Kreise zu danken.

Wir deutschen Juden können mit Fug und Recht stolz sein auf unseren Anteil am Aufbau deutscher Kultur seit Lessings Zeiten. Nie werden wir uns die Liebe zu ihr, die ein Stück unseres eigenen Wesens geworden ist, rauben lassen. So lange wir atmen, bleiben wir Bekenner jener Religion der Menschlichkeit, deren adelige Vorkämpfer Lessing und Mendelssohn waren. Aus ihr gewinnen wir Kraft auch in dieser Zeit. Eine fest verbundene Menschengemeinschaft mit so vielen Mitgliedern, die es gelernt haben, sich über das Auf und Ab ihrer Leidenschaften und über die erschütternden Nöte der Zeit immer wieder zu erheben zum Gleichgewicht der Seele, sie kann nicht untergehen. Ihre Führer lassen sich den Blick nicht verwirren durch Haßgefühle und Rachewünsche, wie heiß die Herzen auch brennen mögen; klaren Kopfes und hellen Auges halten sie Umschau in der Zeit, um alle Mittel der Hilfe und Rettung anzuwenden und gangbare Wege in eine bessere sinnvollere Zukunft zu bahnen. Und sie werden nicht erfolglos arbeiten; denn noch gibt es weite Kreise, in denen Lessings Religion der Menschlichkeit Geltung hat, noch gibt es eine menschliche Gemeinschaft, drinnen und draußen, rings um den Erdball!

#### Nr. 5

Die »Zeit der Prüfung und der Opfer«

18. September 1933

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 7 vom 18.9.1933, S. 1

### PRÜFUNG UND OPFER Zur Toravorlesung des zweiten Neujahrstages

Das Jahr 5693 wird in die Geschichte der deutschen Judenheit eingehen als das Jahr ihrer Prüfung. Was die deutsche Judenheit an Schmerzlichem und Bitternissen in den letzten Monaten erlebt hat, ist noch frisch in unserer aller Erinnerung, und was sie an wirtschaftlichen Schäden, insbesondere durch die berufliche Entwurzelung tausender, ehrlich um ihr tägliches Brot ringenden, ihrem Berufe treu ergebenden Menschen erlitten hat, ist in seinen Auswirkungen noch unübersehbar.

Darum muß das kommende Jahr für die deutsche Judenheit ein Jahr der Opfer werden. Wir wollen das mit aller Deutlichkeit aussprechen, ohne Beschönigung, ohne Heimlichkeit. Von einem jeden werden diese Opfer gefordert werden. Mit vereinten Kräften, mit einer Bereitwilligkeit, die das Nein nicht kennt, mit einer unerbittlichen Entschlossenheit zum persönlichen Verzicht, zu dem ein jeder sich



wird aufbringen müssen, wird es der deutschen Judenheit gelingen, die Wunden zu heilen, die das Schicksal ihr geschlagen hat.

Die Größe des Menschen offenbart sich in Zeiten des Unglücks und der Prüfung, darin, daß er sein Schicksal meistert, und wie er es meistert, offenbart sich darin, daß er sich bewährt. Israels weltgeschichtliche Aufgabe, können wir sagen, ist die Bewährung. Sie ist auch unserem Geschlecht zugefallen. Im Bewußtsein, daß ein Gott uns führt, in ehrerbietiger Nacheiferung Tausender von Geschlechtern, die mehr Leid als wir, Not, Verbannung und Tod auf sich nahmen, um den Namen Gottes zu heiligen, im Bewußtsein unserer Verantwortung vor denen, die auf uns blicken, und von denen, die nach uns kommen, werden auch wir uns bewähren.

Aber am Ende der Zeit der Prüfung und der Opfer steht, wie einst, da Gott den Abraham prüfte und das höchste Opfer von ihm heischte, der Segen Gottes.

## Nr. 6

Gemeinschaftssinn und Verantwortungsbewusstsein: der Aufruf der Reichsvertretung

27. September 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 871, Bl. 124-126

Charlottenburg, 27. IX. 1933  
Kantstrasse 158.

In Tagen, die hart und schwer sind, wie nur je Tage der jüdischen Geschichte, aber auch bedeutungsvoll, wie nur wenige gewesen, ist uns durch die gemeinsame Entschliessung der jüdischen Landesverbände, der grossen jüdischen Organisationen und der Grossgemeinden Deutschlands die Leitung und Vertretung der deutschen Juden übertragen worden.<sup>3</sup>

Kein Parteigedanke, kein Sonderwunsch hat darin gesprochen, sondern allein und ganz die Erkenntnis dessen, dass Leben und Zukunft der deutschen Juden heute durch ihre Einigkeit und ihren Zusammenhalt bedingt sind. Darum ist es die erste

3 Die Erklärung der »neuen« Reichsvertretung der deutschen Juden war Ausdruck der monatelangen Verhandlungen über die Umgestaltung der Gesamtorganisation des deutschen Judentums. Dies wurde am 17. September 1933 erreicht. Die »neue« Reichsvertretung umfasste die Landesverbände, jüdische Großgemeinden, namentlich Berlin, und die großen jüdischen Organisationen. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 70. Die Reichsvertretung verfolgte bewusst einen Alleinvertretungsanspruch gegenüber dem NS-System; Statutenentwurf der neuen Reichsvertretung von Sept. 1933, abgedruckt ebd., S. 68 f. Der CV, der RjF und die ZvFD verzichteten auf eine eigene Außendarstellung. Die Erklärung wurde, soweit ersichtlich, nur in der jüdischen Presse veröffentlicht.

Aufgabe, diese Einheit lebendig werden zu lassen. Jede Organisation und jeder Verband sollen in ihrer Lebenskraft und in ihrem Aufgabenkreise anerkannt sein, aber in allen grossen und entscheidenden Aufgaben darf es nur die eine Gemeinschaft, nur die eine Gesamtheit der deutschen Juden geben. Wer heute Sonderwege geht, wer heute sich ausschliesst, hat sich an dem Lebensgebote der deutschen Juden vergangen.<sup>4</sup>

Im neuen Staate ist die Stellung der einzelnen Gruppen, auch derer, die weit zahlreicher und stärker sind als wir, eine ganz andere geworden. Gesetzgebung und Wirtschaftsführung haben ihren gewiesenen Weg, eingliedernd und ausgliedernd. Wir sollen dies einsehen ohne Selbsttäuschung. Nur dann werden wir jede ehrenvolle Möglichkeit beobachten können und um jedes Recht, um jeden Platz, um jeden Lebensraum zu ringen imstande sein. Die deutschen Juden werden als arbeitnehmende und arbeitgebende schaffende Gemeinschaft im neuen Staate sich bewähren können.

Eigene Gedanken, eigene Aufgaben zu verwirklichen, ist uns nur auf einem Gebiete, aber einem entscheidenden, gewährt, auf dem unseres jüdischen Lebens und unserer jüdischen Zukunft. Hier sind die bestimmtesten Aufgaben gestellt.

Neue Pflichten jüdischer Erziehung sind zu erfüllen, neue Bereiche jüdischer Schule sind zu schaffen und alte zu wahren und zu schützen, damit dem heranwachsenden Geschlechte seelische Festigkeit, innere Widerstandskraft, körperliche Tüchtigkeit gegeben werde. Zu Berufen, die ihr einen Platz im Leben zeigen, soll unsere Jugend in besonnener Auswahl herangebildet und umgeschichtet werden, damit ihr Dasein seinen Ausblick gewinne. Das Bestehende wie alles Begonnene und Versuchte soll hier zusammengeführt werden, um zu helfen und zu stützen. Allem Zersetzenden soll entgegengearbeitet, dem Aufbau auf dem religiösen Fundament des Judentums alle Kraft geweiht werden.

Viel von einstiger wirtschaftlicher Sicherheit ist uns deutschen Juden genommen oder beeinträchtigt worden. Innerhalb dessen, was uns bleibt, soll der Einzelne aus der Vereinzelung herausgeführt werden. Ständische Verbindungen und Zusammenschlüsse, soweit zulässig, können vorhandene Kräfte erhöhen und dem Schwachen einen Rückhalt geben, können Erfahrungen und Beziehungen für alle nutzbar machen. – So manchem wird die Stätte der Arbeit und des Berufes auf deutschem Boden versagt sein. Vor uns steht als Tatsache, der gegenüber alles Fragen und Meinen aufhört, die deutliche, geschichtliche Notwendigkeit, unserer Jugend Neuland zu bereiten. Es ist zur grossen Aufgabe geworden, Plätze zu erkunden und Wege zu bahnen, wie auf dem heiligen Boden Palästinas, dem die Vorsehung eine neue Zeit gefügt hat, so überall, wo Charakter, Fleiss und Tüchtigkeit des deutschen Juden sich bewähren können, niemandem Brot nehmend, sondern anderen Brot schaffend.

4 Diese Wendung richtete sich gegen den »Bund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden Deutschlands«, den »Verband nationaldeutscher Juden« und gegen den »Deutschen Vortrupp«, die sich nicht der Reichsvertretung angeschlossen hatten.

Hierfür wie für alles das andere erhoffen wir den verständnisvollen Beistand der Behörden und die Achtung unserer nichtjüdischen Mitbürger, mit denen wir uns in der Liebe und Treue zu Deutschland begegnen.

Wir bauen auf den lebendigen Gemeinschaftssinn und das Verantwortungsbewusstsein der deutschen Juden wie auch auf die opferwillige Hilfe unserer Brüder überall.

Wir wollen zusammenstehen und im Vertrauen auf unseren Gott für die Ehre des jüdischen Namens arbeiten. Möge aus dem Leiden dieser Tage das Wesen des deutschen Juden neu erstehen!

Die Reichsvertretung der deutschen Juden.

Leo Baeck

Otto Hirsch-Stuttgart

Rudolf Callmann-Köln

Leopold Landenberger-Nürnberg

Julius L. Seligsohn-Berlin

Siegfried Moses-Berlin

Jakob Hoffmann-Frankfurt/Main

Franz Meyer-Breslau

Heinrich Stahl-Berlin

#### Nr. 7

Oberrabbiner Joseph Carlebach zur »Rassenfrage«

April 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 4 vom 19.4.1934, S. 2 f.

Oberrabbiner Dr. J. Carlebach (Altona)

### Menschheit und Rasse

Einheit und Adel der Menschheit, das ist der erste religiöse Gedanke der Bibel.

Von allen Wesen, von Pflanze und Tier meldet der Schöpfungsbericht, daß die Erde sie in Vielheit und Masse hervorgebracht. Dann aber spricht Gott: »Wir wollen einen Menschen machen, in Unserm Ebenbilde und in Unsrer Ähnlichkeit, daß sie herrschen über Fisch, Vogel und alles Getier.« (1. Mos. 1, 26).

Die Einheit der Menschheit bedingt ihre Gottähnlichkeit, die Gottähnlichkeit ihre Einheit.

Kein Mensch ist auf der Erde, in dessen Antlitz der Widerschein des Göttlichen fehlt, dessen Seele nicht vom Odem des Ewigen durchhaucht ist. »Adam wurde als einziger Stammvater der Menschheit geschaffen, um der Guten und um der Schlechten willen; damit die Guten nicht sagen: wir stammen von jenem Besseren ab – und die Schlechten nicht sagen: wir sind infolge unserer Abstammung von ei-

nem sündigen Urahn unfrei und zum Bösen vorbestimmt. Ferner um der Völkerfamilien und der Rassen willen, damit sie einander nicht befehden. Schon jetzt, wo sie alle von einem und demselben Menschen abstammen, liegen sie dauernd miteinander im Streite; leiteten sie sich wirklich von zweien her, wieviel schlimmer würde es sein!«

[...]

Trotz der Einheit der Abstammung, trotz ihrer gleichmäßigen Berufung zum höchsten Wirken und zur Beherrschung der Natur sind dennoch die Menschen und die Menschenfamilien voneinander verschieden.

»Schau Gottes Größe! Wenn ein Mensch mit einem Siegel viele Prägungen macht, so sind alle einander gleich; aber der Heilige, gelobt sei er, der König aller Könige, er prägt alle Menschen mit der Prägung Adams, und nicht einer gleicht seinem Nächsten.«

Die Verschiedenheit der Menschen ist gottgewollt. Aber ihr gemeinschaftlicher Ursprung von demselben, im Ebenbild Gottes geschaffenen Ahnherrn muß in ihnen stets das Bewußtsein lebendig erhalten, daß keine Völkerfamilie einen Vorzug, keine ein Prädestination zum Guten oder zum Bösen hat.

»Welches ist der wichtigste Satz der Thora? Rabbi Akiba<sup>5</sup> sagte: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Ben Asai aber sagte: Der Satz, mit welchem die Geschichte der Menschheit in der Bibel eröffnet wird – »dies ist das Buch der Geschlechter Adams, den Gott am Tage, da er ihn schuf, in seinem Ebenbilde gestaltet hat« – dieser Satz ist noch größer und wichtiger.«

Was ist der Sinn dieses Ausspruchs? Rabbi Akiba weist nur auf ein Gebot, ein du sollst hin, auf die jedem einzelnen gewordene Bestimmung, in seiner Liebe alle Menschen als Brüder zu umfassen; Ben Asai aber stellt eine Tatsache fest, daß die Weltgeschichte eine Familiengeschichte ist, daß alle Menschen Brüder sind und ihre Gottesebenbildlichkeit als unverlierbaren Besitz in sich tragen.

Gleichwohl aber ist die Differenzierung der Menschheit in Rassen und Stämme und Familien ein Faktor von allergrößter sittlicher Bedeutung. Sie erst hat das vielfarbige Bild der kulturellen Entwicklung zur Folge, den Reichtum alles geistigen Lebens. Jede körperliche und geistig-seelische Anlage, die sich in den verschiedenen Menschengruppen kundgibt, ist wertvoll und der Erhaltung wert; jede Rasse soll aus dem ihr Eigenen heraus in originaler und eigenartiger Weise in das Buch der Menschheit ihren Anteil an der Kultur eintragen. Darum darf sich jeder voll Stolz

5 Akiba ben Josef (um 50-135 n.u.Z.), zumeist nur Rabbi Akiba genannt, gilt als Begründer des rabbinischen Judentums. Rabbi Akiba lebte in Palästina. Unter den Gelehrten des Talmuds besitzt er die höchste Verehrung, nicht zuletzt, weil auf ihn, den ersten Sammler und Gestalter von Texten für die Mischna, auch die Kanonisierung der biblischen Texte zurückgeführt wird. Akiba sah in Bar Kochba den Messias-König. Das mag mit einer der Gründe gewesen sein, dass Akiba im Jahre 135 von den Römern hingerichtet wurde. Auf dem Scheiterhaufen soll er das sogenannte Sch'ma Israel gebetet haben. Jeder gläubige Jude weiß dies, Carlebach erinnert assoziativ daran.

mit dem Gefühl der Gleichberechtigung und der Gleichwertigkeit seines Stammes und seines Geblüts freuen, soll anderseits jeder zu seinem Teile seine Rasse fördern und in ihrer Eigenständigkeit weiter zu entfalten und zu entwickeln bestrebt sein. – So erkennt auch die Religion der Rasse eine unersetzliche Bedeutung für das Entwicklungsganze der Menschheit zu.

Auch wir sind entschiedene Gegner der Mischehe, einer gleichgültigen und sinnlosen Vermischung der Rassen. In Israel schätzte man stets die Teile des Volkes am höchsten, die ihre Familie rein von fremdem Blute erhielten. Die Priester vom Stamme Aron durften nur eine Frau aus ihrem Volke heiraten. Die höchste Anlage des jüdischen Stammes, die prophetische Begabung, hat sich nur in Familien gefunden, die reinblütig, ohne fremde Beimischung waren. Denn wo sich eine solche Stammesreinheit erhielt, da wurden die Eigentümlichkeiten und Uranlagen durch Vererbung immer wieder verstärkt. In den Enkeln und Urenkeln wuchs die Kraft der Väter zu noch höherer Stärke empor. Überall, wo man der Vergangenheit großer Persönlichkeiten nachspürt, zeigt es sich, daß nur durch ständige Höherentwicklung bestimmter Erbanlagen Generationen hindurch solche vollkommensten Typen des Menschengeschlechts ermöglicht worden sind. In diesem Sinne ist auch die jüdische Lebensaufgabe zunächst an die Nachkommen Abrahams geknüpft worden. Das jüdische Herz, der metaphysische Sinn, die zuerst nur eine ideale Möglichkeit gewesen, wurden in der Folge der Geschlechter immer mehr zum erblichen Eigentum der Kinder. Die angeborenen Anlagen und Dispositionen standen mit dem Fortschritt der Zeit gewissermaßen immer weniger im Widerspruch mit den Forderungen der dem Samen Abrahams aufgegebenen sittlichen Segensbestimmung.

Aber so hoch in Israel die Kraft des Blutes und die Bedeutung der erbbiologischen Grundlagen geschätzt wurden, so wurde doch niemals verkannt, daß das Blut nicht die letzte und einzige Entscheidung über Wert und Unwert des einzelnen ist, daß es schließlich noch in jedem Menschen ein Etwas gibt, das stärker ist als Rasse und körperliche Veranlagung, etwas, was ihn über sich selbst emporhebt: sein freier Wille, die Kraft seiner Seele und seines Selbst.  
[...]

Wer Blut und Rasse als einzige Faktoren in der Bewertung des Menschentums betrachtet, leugnet das Prinzip der Freiheit und Göttlichkeit im Menschen; er verkennt den Adel der freien menschlichen Persönlichkeit. Zunächst ist die Rasse nur einer der Faktoren, die über Wesen und Eigenart des Menschen entscheiden. Mindestens ebenso bedeutsam ist der zweite schon genannte Faktor, die große Lebensentscheidung des einzelnen Menschen, der in sinnhafter Überwindung aller geschichtlichen Voraussetzungen die höchsten Ideale ergreift und verwirklicht. So ragen aus jedem Volk die Einzelpersönlichkeiten heraus: die Propheten und Künstler, die Staatsmänner und Gesetzgeber, die mit ihren Gedanken und Entdeckungen und durch die Würde ihrer Lebenshaltung über alle Zeiten und Rassen hinweg sich die Hand reichen und das Zukunftsgut nicht nur ihres eigenen Volkes, sondern der gesamten Menschheit herausgestellt haben.

Der dritte Faktor, der ebenso wesentlich und für die ganze breite Masse des Volkes gültig ist wie das Blut, ist die Umgebung, in die nach Zeit und Raum eine bestimmte Gruppe hineingesetzt ist. [...] So setzt sich der geistige und körperliche Habitus des Menschen immer aus drei Grundkräften zusammen: aus dem Blut, der zeitlichen und räumlichen Umgebung und dem willensmäßigen Selbst der Persönlichkeit.

So haben auch Charakter und Wesen der deutschen Judenheit neben der selbstverständlichen Gegebenheit ihrer Abstammung und den tiefgehenden Einflüssen, die Geschichte und Religion auf sie ausgeübt haben, zweitausendjährigen Aufenthalt auf deutschem Boden und alles Geschehen auf ihm, besonders auf geistigem Gebiet, mitbestimmt. Ebenso wie die übrige Bevölkerung des deutschen Reiches nicht einheitlicher Abstammung ist und die einzelnen Landmannschaften des Nordens und Südens, des Ostens und Westens durch Klima und Bodenbeschaffenheit, durch Blutmischung mit Slawen und Romanen, durch berufliche Gliederung und geistige Einflüsse vielfach differenziert sind und dennoch ein sie alle zusammenschließendes vaterländisches Interesse und gemeinschaftlicher Besitz geistig-seelischer Güter sie wieder vereint, so sind auch die deutschen Juden eine Nuance und Abwandlung des uns mit allen deutschen Bürgern vereinenden Gemeinsamen. Und des Vereinenden ist mehr als des Trennenden.

Es ist das Bezeichnende einer religiösen Grundhaltung, daß sie jedem Menschen das Seine läßt und jede Gruppe in ihrer Eigenart ehrt. Sie wird nicht die Rasse als gleichgültig bezeichnen, aber sie wird jede Rasse als gottgewollt und als zum Höchsten berufen ehren und anerkennen. So wie die Religionen sich in vielem unterscheiden, aber dennoch ihre Bekenner in ihrer Besonderheit zum höchsten Gottesdienst und zur reinsten Moral aufrufen, so sollen sich auch im Hinblick auf den Schöpfer aller Menschen alle Rassen und alle Gruppen eines Reiches in gegenseitiger Achtung zum höchsten Dienst an dem allen Gemeinsamen, an der von allen ersehnten besseren Zukunft des Vaterlandes zusammenfinden.

### Nr. 8

Vaterlandsliebe – zum Tode von Reichspräsident von Hindenburg

⟨A⟩ 6. August 1934

⟨B⟩ 16. August 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 346 Bd. 10, Bl. 416f.; Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 7 vom 16.8.1934, S. 5

⟨A⟩

### Protokoll

der 47. Sitzung des Repräsentanten-Kollegiums am Montag, dem 6. August 1934 im Sitzungssaal des Kollegiums.

[...]

Dr. Urias eröffnet die Sitzung, die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.

Dr. Urias: Diese unsere Sitzung steht unter erschütternden Ereignissen. Vor wenigen Tagen betraf das Land, in dem wir leben, unser Vaterland Deutschland, der tragische Geschick, dass ihm ein Mann entrissen wurde, das uns allen eine Persönlichkeit gewesen ist, die unserem Leben und uns allen ins Herz geschrieben ist, der verehrte Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg. Für uns alle, die die vergangenen Jahrzehnte durchlebt haben, ist dieser Mann eine gegenwärtige Persönlichkeit. Der Ablauf dieses Lebens scheint weit über das Durchschnittliche hinausgehoben, ein Mann, der durch Geschichtsepochen hindurch gelebt hat, die uns allen vergangen und verblasst erscheinen, dessen Leben die Zeit von 1847 bis 1934 umfasst. [...] Wir alle erinnern, wie dieser Mann in den Jahren seiner Präsidentschaft in Deutschland den Versuch gemacht hat, die unselige Zersplitterung zu überwinden. Und nun das letzte Stadium mit einer bangen Frage für uns jüdische Menschen dieses hochverehrten und als Vater von uns allen anerkannten Mannes, der in den letzten Jahren vor dem Umbruch noch einmal zum Präsidenten des Deutschen Reiches ausersehen war in der Hoffnung, mit der Auswahl seiner Mitarbeiter, die er berufen hatte, zum Segen des Deutschen Reiches, zum Segen und zur Ehre zu wirken, um die Zersplitterung zu bannen. Für uns gilt das Gedenken an diese Persönlichkeit, an den letzten Mann, der aus jener Zeit herüber ragt, in dem auch die deutschen Juden einen Stand gehabt haben. Wir nehmen Abschied von dem Mann als dem Repräsentanten einer Zeit, die auch uns eine andere gewesen ist, als wir sie jetzt erfahren. Ich weiss, dass es jeder Jude tief empfinden muss, dass dieser Mann uns gerade in diesen Tagen genommen wurde. So stehen wir wahrhaft trauer- und schmerzerfüllt an dieser Bahre. Wir wollen hoffen und wünschen, dass wieder Männer dieses Schlages uns beschert werden mögen. In diesem Sinne glaube ich, gedenken wir in Wärme und Achtung dieses Mannes, und wir wünschen und hoffen, dass auch wir deutschen Juden Gelegenheit haben werden, an der Erfüllung seiner Wünsche teilzunehmen und am Aufbau des Vaterlandes mitzuwirken.

[...]

⟨B⟩

Des heimgegangenen Reichspräsidenten von Hindenburg wurde in der Gemeinde-Synagoge Bornplatz, im Israelitischen Tempel, in der Neuen Dammtor-Synagoge und in der Synagoge der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde am Sabbath, dem 4. d.M., in ehrender Weise gedacht. Der Vaterländische Bund jüdischer Frontsoldaten veranstaltete Dienstag, den 7. d.M., im Gabriel-Riesser-Saale eine Gedenkstunde, bei welcher der Vorsitzende des Bundes, Herr Dr. Urias, die Ansprache hielt. Das Repräsentanten-Kollegium der Gemeinde eröffnete seine Sitzung vom 6. d.M. mit einer Ehrung des Verstorbenen.

**Nr. 9**

»Tröstet, tröstet mein Volk«

6. August 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 9 vom 30.8.1935, S. 2

### Von der Reichsvertretung der deutschen Juden

Am Schabbat Nachamu, dem Trostes-Sabbath, wurde in den Gotteshäusern unserer Gemeinde die nachstehende Kundgebung der Reichsvertretung verlesen:<sup>6</sup>

»Tröstet, tröstet mein Volk«, ruft uns der heutige Sabbath zu. Woraus kann uns in diesen Tagen, in denen wir durch eine Flut von Leid und Kränkungen hindurchgehen müssen, Trost erwachsen? Er erwächst aus der Antwort, die unser Glauben, die unsere Ehre, die unsere Jugend uns geben.

Allen Kränkungen stellen wir die Hoheit unserer Religion entgegen, unser stetes Bemühen, in den Wegen unseres Judentums zu gehen, seinen Geboten nachzukommen.

Die wahre Ehre gibt sich jeder selbst, er gibt sie sich durch ein Leben, das anantastbar und rein, schlicht und aufrecht ist, durch ein Leben auch von jener Zurückhaltung, die das Zeichen innerer Stärke ist. Unsere Ehre ist unsere Ehre vor Gott, sie allein wird bestehen.

Unsere Jugend – gibt sie uns nicht ein Beispiel der Anspruchslosigkeit und des Mutes, auf neuen Wegen dieses schwere Leben zu meistern? Lasset uns, Eltern und Lehrer, ein Geschlecht heranziehen, streng und hart gegen sich selbst, hilfsbereit gegen jeden anderen, mit starkem Körper und frischem Geist, gläubig und fest sich verwurzelnd im Judentum.

Laßt euch nicht niederdrücken und laßt euch nicht verbittern! Vertraut auf den, dem die Zeiten gehören!

6 Der Schabbat des Trostes, Schabbat Nachamu, erinnert an den Tag der Zerstörung des ersten und zweiten Tempels in Jerusalem. An diesem Tage wird in der Synagoge der Wochenabschnitt Jesaja 40 verlesen. Der Abschnitt beginnt mit den Worten »Tröstet, tröstet mein Volk«. Im Jahre 1935 fiel der Tag auf den 10. August 1935. Der hier dokumentierte, von der Gemeinde geringfügig redigierte Text ist von Leo Baeck verfasst. Er wurde wenige Tage zuvor an die Gemeinden versandt und entging wohl aus diesen Gründen der Aufmerksamkeit der Gestapo. Anders als die nach außen gerichteten Protestschreiben der Jahre 1933 und 1934 wendete sich dieses zentrale Trostwort erstmals nach innen, an die Juden selbst. Es ist damit gewiss auch eine Reaktion auf die Welle antijüdischer Ausschreitungen im Sommer 1935. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 225 f.



**Nr. 10**

Der Appell zur Selbsthilfe

26. September 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 10 vom 26.9.1935, S. 9

### **Jüdische Hausfrauen!**

Jetzt ist für uns die Stunde gekommen, zu beweisen, daß wir den Ruf der Zeit verstehen und gewillt sind, ihm Folge zu leisten. Nun wollen wir zeigen, daß wir, auf uns selbst angewiesen, die Kraft, den Mut und den Stolz haben, Mann und Kindern das jüdische Haus als Kraftquelle und Ruhepunkt zu erhalten. Wir wollen nicht verzagen vor den neuen Aufgaben, noch immer schuf neue Pflicht neue Kraft.

Der Stadtverband, als Vertretung aller jüdischen Frauenorganisationen Hamburgs, wird in Gemeinschaft mit Fachkräften Einrichtungen schaffen zur berufstätigen Ausbildung von Hausangestellten und Umschichtungskurse für diejenigen Mädchen eröffnen, die den Beruf der Hausangestellten, sei es für ganze oder halbe Tage, ergreifen wollen. Zur Weiterbildung ungeübter Hausfrauen werden nach Bedarf Kurse im Kochen und in der Hauswirtschaft geschaffen. Wir eröffnen sofort eine Hausfrauenberatungsstelle, geleitet von Fachkräften und erfahrenen Hausfrauen, offen für jede jüdische Frau.

Sprechstunde täglich 11 – 12 Uhr, Heimhuderstraße 70.

I.A.

Gertrud Katzenstein

Hedwig Möller

\*

#### Hauswirtschaftliche Kurse

Es wird beabsichtigt, folgende Kurse für Hausfrauen und Berufstätige einzurichten:

1. Kochkurse,
2. Praktische Hauswirtschaftskurse,
3. Kurse für Nadelarbeiten, Ausbessern und Neuanfertigung.

Die Kurse finden nachmittags oder abends statt (wöchentlich etwa vier Stunden). Anmeldungen bei der Leiterin Fräulein G. P a r d o, Heimhuderstraße 70, Dienstags und Freitags 10 – 12 Uhr.

Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe

**Nr. II**

»Ein Wort an die jüdische Frau in dieser Zeit«

1935/1936

Jahrbuch der jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und der Hansestädte, der Landesgemeinde Oldenburg und des Regierungsbezirks Stade 1935/36, Nr. 7, S. 35-37

**Kraft, Stolz, Geduld.**

Ein Wort an die jüdische Frau in dieser Zeit.

Von Senta Meyer<sup>7</sup>

»Sei dies Deine Gnade: Hin durch mein Blut  
Laß ewig fluten Deine drei heiligen Ströme –  
Herr! – KRAFT, STOLZ, GEDULD.«  
(Richard Beer-Hoffmann: Jaakobs Traum.)

Hart packt uns die Zeit an, reißt uns aus Träumen mehrerer Jahrzehnte. Was wir glaubten und wollten, es gilt nicht mehr. Türen schlagen zu. Mauern erwachsen, Schranken erstehen, schmal wird der Pfad unseres Lebens, eng und begrenzt. Wo stehen wir? Im Leben noch, dem weiten, offenen? Es will uns erscheinen, an der Schwelle des Lebens nur! Dieses Bewußtsein droht uns zu erdrücken, zu zermalmen. In solcher Not schreit unsere Seele in stummem Angstschrei um Hilfe!

Die Hilfe kommt uns, weil sie da war, bevor wir sie riefen. Wir horchen plötzlich in uns hinein, und unser Ohr vernimmt eine zarttönende und doch ernstbewußte, helfende Stimme. Und wir alle, jüdische Frauen in deutscher Gegenwart, wir hören sie! Wir finden den Weg zu ihr. Sie weist uns den Weg zu uns selbst, zu den Werten in uns, den Weg, der uns hinführt zu den inneren Kraftströmen, den Weg auch zu Gott.

Kraft brauchen wir, Seelenstärke, die Zeit zu ertragen, und den geschaffenen Abstand, um nicht zu zerschellen vor der Gegenwart wuchtigem Anprall. Schon sehen wir, wie der eine und andere versagt, besiegt vom Schicksal. Da mahnt es und warnt es in uns, nicht schwach zu erliegen; setze Deinen Willen gegen das Schicksal ein und meistere es, daß Du die große Prüfung bestehst und Dich bewährst!

[...]

Stolz müssen wir sein; Würde bewahren der Zeit gegenüber. Nicht Mitleid heischen, sondern mit Haltung tragen. Nicht den Stolz auf bloßes Judesein, sondern den Stolz, der auf Wollen und Wissen beruht. Die Verpflichtung unserem Judentum gegenüber ist nicht zwangsmäßig, sondern freigewollt und bewußt; wir müssen ihm nach den Gesetzen innerer Freiheit verbunden sein. Judentum will von jedem Menschen für sich und sein Leben neu erobert, errungen werden. Aus dem freien Wollen, Schweres zu tragen, darf Stolz erwachsen; aus dem Bewußtsein, Verpflichtung und Forderung zu erfüllen, ist Stolz berechtigt. Dem Leben, der Umwelt

7 Zu Senta Meyer, die später den Familiennamen Meyer-Gerstein führte, vgl. Kap. 31.I, Dok. 3.

gegenüber brauchen wir ihn; er muß uns erfüllen, aus Eigenem erwachsend, unser Wesen erhöhend. Unser Kind muß ihn an uns spüren, ihn erfühlen und durch Verstehen und eigenes Wollen ihn sich erobern, daß ihm seelisches Gleichgewicht bleibe. Unserem ganzen Wesen muß dieser Stolz entströmen, wie eine Leuchte ausstrahlen, der Familie und der Gemeinschaft zum Halt und zum Segen.

[...]

Uns jüdische Frauen in deutscher Gegenwart hat unser Erleben geweckt. Das, was uns Zeit und Raum ehemals gegeben haben: Kulturempfinden und Heimatliebe wollen wir für unsere Kinder bewahren, denen das Herrliche unserer Vergangenheit versagt bleibt. Das aber, was das Heute in uns zutage förderte an wertvollen Kräften unseres Selbst, das müssen wir wachhalten, um Ewigkeitsforderungen der jüdischen Frau in der Zeit zu erfüllen; Gegenwart zu tragen und zu **ü b e r w i n d e n**.

#### Nr. 12

Gottvertrauen: der Aufruf der Gemeinde zum Jahreswechsel 5697

15. September 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 9 vom 15.9.1936, S. 1

Wir glauben, wir hoffen, wir vertrauen!

Tief erschüttert, Weh im Herzen, schreiten wir über die Schwelle des Neuen Jahres. Nicht wegen der Sorgen, mit denen wir in die Zukunft schauen, nicht wegen der leiblichen Not, die uns bedrückt – Schicksalsschläge sind dazu da, daß wir sie meistern, Sorgen dazu, daß wir durch eigene Tat sie überwinden, unsere Kraft stählen und uns unseres Könnens bewußt werden. Sondern Weh erfüllt uns, weil in uns der Name Gottes getroffen wird. Rabbi Akiba der Märtyrer schrie auf, als seine Stirn verletzt wurde, auf der er die Tefillin trug, und die schmerzlichste Klage entrang sich den Juden des Mittelalters, als ihre heiligen Schriften den Flammen überliefert wurden.

Und darum bekennen wir an der Schwelle des Neuen Jahres: wir sind das Volk Gottes, wir sind die Träger seiner Lehre, wir die Künder seiner Wahrheit. Wir glauben, wir hoffen, wir vertrauen und wir wissen um die Wahrheit des Prophetenwortes (Jesaja 21, 12), daß, so dunkel die Nacht um uns auch sein mag, ein Morgen kommen wird. – –

Und nun wollen wir im kommenden Jahre an unsere Arbeit gehen und unsere Pflicht tun, still, ruhig, sachlich, schweigend. Ein jeder auf seinem Posten, ein jeder an seiner Stelle. Erfüllt von der Heiligkeit einer jeden redlichen Arbeit, weil es in aller Arbeit den Namen Gottes zu heiligen gilt. Erfüllt von dem Werte einer jeden

redlichen Arbeit, weil jede redliche Arbeit dem Wohle des Ganzen dient. Erfüllt von dem Sinn jeder redlichen Arbeit, weil jede redliche Arbeit dem ganzen Leben erst Sinn und Bedeutung gibt.

Und wir versprechen einander, alles zu tun, um unserer Jugend aus dem Wirrsal dieser Tage den Weg zu ebnen in eine, wenn auch noch so schwere, so doch reinere und edlere Zukunft. Und wenn auch hier und anderwärts die Erde unter uns erschüttert ist und uns der Boden unter den Füßen schwankt, wir glauben, wir hoffen, wir vertrauen und wissen um die Wahrheit des Prophetenwortes. [...] Mögen auch Berge weichen und Hügel wanken – meine Liebe weicht nimmer von dir und mein Friedensbund wanket nicht. So verheißt es Gott, der sich deiner erbarmt.

### Nr. 13

Die Reichsvertretung zum Jahreswechsel 1937/38

17. September 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 9 vom 17.9.1937, S. 1

Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland sendet allen ihren Gemeinden, allen, die in ihnen leben, den Alten und Jungen, den Männern und den Frauen, am Beginne des neuen Jahres herzlichste Wünsche.

Wir sind in eine Zeit hineingestellt, die voll ist von geschichtlicher Bedeutung und Kraft. Von uns ist gefordert – und alles kommt hierauf an – daß wir diese Bedeutung begreifen, daß wir diese Kraft in uns aufnehmen. Es ist in unserem jüdischen Leben eine Notwendigkeit, daß wir den großen Zug, die weite Linie erlangen. Kleinheit und Kleinlichkeit wäre unsere eigentliche Gefahr. Nur von der Höhe unserer Selbstgewißheit, nur von diesem Aufstieg zu unserem Eigenen und Besonderen geht der Weg zu unserer Zukunft.

Für jeden von uns hat sich die Welt gedehnt. Nähe ist zur Ferne geworden. Zur Entfernung, zur Entfremdung würde sie nur dort, wo Juden ihr Judentum einbüßten, wo sie sich selber und damit einander verlören. Wenn jeder um seine Seele weiß, dann werden sie alle um einander wissen, sie alle zusammenstehen und zusammenhalten. Wenn wir unser Judentum besitzen, dann ist alles Scheidende, auch das des Raumes, überwunden; das Ganze umfängt alles einzelne.

Wir leben in eilenden und sich wandelnden Tagen, wie ein Abschnitt der Geschichte ist jedes einzelne Jahr. Was kommen mag, das steht in des Ewigen Hand. Aber wie wir sein sollen in allem, was werden wird, darin liegt unsere Aufgabe. Von uns wird das Unsere erwartet. Geschehnis und Mensch begegnen einander, damit das Gebot Gottes zur Wirklichkeit werde.

Unser Wunsch für alle, für die Gesamtheit und jeden in ihr ist darum ausgesprochen in dem Psalmwort, das Jahr um Jahr den Juden zu seinem Neujahrsfest hinführen will. [...] Hoffe zu dem Ewigen. Sei stark, und fest sei dein Herz, und hoffe zu dem Ewigen! Psalm 27, 14.

#### Nr. 14

Die Vision von einem neuen jüdischen Staat

24. Januar 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 2 vom 11.2.1938, S. 4

### **Rabbiner Dr. M. Grünewald-Mannheim auf dem ersten Kulturabend des Jüdischen Religionsverbandes<sup>8</sup>**

Als vor einigen Jahrzehnten die zionistische Bewegung einsetzte, begann ein leidenschaftlicher Meinungsstreit im jüdischen Lager über die Frage, was denn überhaupt unter Judentum zu verstehen sei. Sind wir Juden eine Religionsgemeinschaft, die Gemeinschaft der Bekenner des jüdischen Glaubens, oder sind wir ein jüdisches Volk? Und falls wir beides sind, d.h. ein jüdisches Volk, dessen Angehörige sich in ihrer Gesamtheit zur jüdischen Religion bekennen, dann die weitere Frage: Was sind wir in erster Reihe? Haben wir eine jüdisch-religiöse Aufgabe, zu deren Erfüllung wir eine volkhaftige Zusammenfassung benötigen, oder steht im Vordergrund der Begriff des jüdischen Volkes, zu dessen Merkmalen u.a. auch das jüdisch-religiöse Bekenntnis gehört? Keiner von uns wird leugnen, daß wir noch zu keiner restlos befriedigenden Klärung dieser Frage gelangt sind.

Gab es aber bisher nur eine Auseinandersetzung über die Begriffe Religion und Volk, so ist seit einigen Monaten noch ein neues Problem dadurch hinzugekommen, daß seitens der englischen Regierung die Gründung eines jüdischen Staates

8 Max Grünewald [Grunewald] (1899-1992), Dr. phil. an der Universität Breslau mit dem Dissertationsthema *Simmels Philosophie mit besonderer Berücksichtigung ihrer Beziehungen zum Pragmatismus*, seit 1926 Rabbiner, war von 1925 bis 1935 in Mannheim Leiter des Jüdischen Lehrhauses, zunächst als Jugendrabbiner, später als Stadtrabbiner und von 1934 bis 1937 Vorsitzender der dortigen jüdischen Gemeinde. Grünewald gründete 1933 die Reichsvertretung der Juden in Deutschland mit und gehörte von 1936 bis 1938 als Mitglied dem Präsidium an. Er emigrierte 1938 nach Palästina und von dort 1939, nach anderen Angaben 1944, in die USA. Dort arbeitete er für das Jewish Theological Seminar (New York) und für jüdische Stiftungen und Organisationen. Von 1945 bis 1970 war Grünewald Rabbiner am Temple B'nai Israel Millburn (New Jersey) und 1945 Mitgründer und Vorsitzender des Leo-Baeck-Instituts. Vgl. Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden, S. 128.

in Palästina ins Auge gefaßt wurde; denn der Staatsbegriff ist ja nicht gleichbedeutend mit dem Volksbegriff. Ueber dieses neue Problem, den jüdischen Staat in seinem Verhältnis zur jüdischen Religion, sprach Rabbiner Dr. Grünwald am 24. v.M. im Theatersaale des Gemeinschaftshauses. Wenn manche erwartet hatten, der Redner werde ihnen Aufklärung geben über eine Zahl einzelner Fragen, die mit der eventuellen Gründung eines jüdischen Staates verknüpft sind, so wurden sie freilich enttäuscht. Die Enttäuschung ist dann aber nicht Schuld des Vortragenden. Denn worüber er sprechen wollte, war mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit in seinem Thema angegeben: Die Idee des Judentums und der jüdische Staat. Es lag mithin nicht in seiner Absicht, Einzelfragen anzuschneiden. Mit Recht daher kein Wort über die äußere Zweckmäßigkeit eines jüdischen Staates, seine Unabhängigkeit, seine Sicherheit, seine Staatsform u.s.w. u.s.w. Der Abend war vielmehr ausschließlich der grundsätzlichen Behandlung der einzigen Frage gewidmet: Wie verhält sich ein Judenstaat zu der religiösen Forderung? Bei dieser Fragestellung handelt es sich, wie der Redner betonte, nicht darum, ob und wie der jüdische Staat dieser oder jener jüdisch-religiösen Richtung gerecht werden kann oder soll, sondern ganz allgemein darum, ob er überhaupt imstande und gewillt sein wird, eine Autorität der Religion anzuerkennen.

Die Entwicklung hat in der neueren Zeit dahin geführt, daß das Religiöse mehr und mehr in den Hintergrund getreten ist gegenüber den Ansprüchen des Staates; der Staat erhebt Anspruch auf Totalität. Das gilt nicht nur von den Staaten des Okzidents, sondern ebensowohl von denen des Orients. Sollte es zu einem jüdischen Staate in Palästina kommen, dann wird auch er auf seine Machtansprüche nicht verzichten wollen. Andererseits wird auch die Religion ihre Forderungen anmelden; und so wird eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Religion sich nicht vermeiden lassen, eine Auseinandersetzung, wie sie schon in der Frühzeit unserer Geschichte stattgefunden hat zwischen Saul, dem ersten König, und Samuel, dem in seinen religiösen Forderungen unbeirrbar Propheten.

Wird ein Ausgleich zwischen der Staatsgewalt und der religiösen Macht möglich sein, und wie kann er zustande kommen? Diese Frage beantwortet der Redner folgendermaßen: Soll der in Aussicht genommene Staat den Namen eines jüdischen Staates verdienen, dann wird er niemals mit dem Anspruch auf absolute Autorität unter Ausschaltung der Idee des Judentums auftreten dürfen. Grünwald verwies dabei auf die klassischen Ausführungen des Maimonides am Ende seines großen religionsgesetzlichen Werkes *Mischne Tora* mit seiner Schilderung der Pflichten des Königs der Zukunft, des *melech hamoschiach*. Danach wird jeder jüdische Staat etwas nur Vorläufiges sein, seine dauernde Verabsolutierung darf nicht angestrebt werden, der messianische Gedanke muß ihm zugrundeliegen und ihn durchdringen.

Dem Veranstalter des Abends, dem Jüdischen Religionsverband, gebührt Dank dafür, daß er Gelegenheit gab, Ausführungen über ein Thema zu lauschen, das sich, abseits von den drückenden Nöten und Sorgen der Gegenwart, auf der hohen Ebene der sittlich-religiösen Ideale unseres Judentums bewege.

no.

**Nr. 15**

Oberrabbiner Joseph Carlebach zu Pessach 1938: »Ein eindringlicher harter Weckruf«  
8. April 1938  
Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 4 vom 8.4.1938,  
S. 1

**Ein unfesttäglicher Festtagsbrief**

Eine Nacht des Wachseins ist es den Kindern Israels.

Liebe jüdische Freunde in Deutschland!

Ihr erwartet von mir ein Wort der Freude und der Aufrichtung, des Stolzes und des Vertrauens für die Tage des Peßachfestes. Aber es wäre [...] kein Wort zur rechten Zeit. Ich muß ernst zu euch sprechen, euch aufwecken, damit ihr nicht im Halbschlummer ins Unglück rennt. Der Peßach ist ja auch nicht eigentlich eine Zeit der Freude. Seine negative Seite ist vorherrschend. Schafft den Sauerteig weg! ist die vordringlichere Pflicht. Und dieses Gebot ist radikal; aus den letzten Winkeln, in seinen minimalsten Spuren soll er fortgeräumt sein. Aller Glanz des Sederabends, alle Schönheit des Festgottesdienstes sühnt für ein vernachlässigtes Körnchen Sauerteiges nicht.

Seit dem Umbruch des Jahres 1933 befindet sich unsere Gemeinschaft in einer neuen Situation. Mit ungeheurer Deutlichkeit und Eindeutigkeit hat der Staat seine Richtlinien, seine Forderung an uns proklamiert. Auf das Rassengesetz, auf die absolute Trennung im Geschlechtlichen zwischen Ariern und Juden ist sein Grundprinzip aufgebaut. Mit den härtesten Strafen hat er die Uebertretung dieses Gesetzes bedroht. Dennoch ist es allzuvielen nicht zum Bewußtsein gekommen, um was es geht. Dennoch glaubten viele, sie brauchten den Sauerteig der geschlechtlichen Leidenschaft nicht wegzuräumen. Sie müssen ihr träumerisches Hindämmern, ihren naiven Selbstbetrug mit unendlichen Tränen und Leiden büßen.

Darum wende ich mich an euch mit einem eindringlichen harten Weckruf. Bannt den Sauerteig der verbotenen Liebe aus euren Herzen! Aus allen Winkeln und Ritzen der Verborgenheit muß er heraus! Es geht nicht an, daß du in Cafés und Ki-

nos, auf Spazierfahrten und Unterhaltungen in harmloser Annäherung oder im brieflichen Gedankenaustausch noch immer die Freundschaft, den Umgang mit dem arischen Mädchen pflegst. Du kannst nicht auf den Buchstaben des Gesetzes pochen, auf seinen Sinn kommt es an. Dieser will die absolute Trennung, bis ins letzte durchgeführt. Auch der Versuch, die Anbahnung des geschlechtlichen Verkehrs, jede Form der Liebesbeziehung ist untersagt, verstößt gegen den Willen des Gesetzgebers.

Denn gerade in der Sexualität sind die leisen, zarten Anfänge verhängnisvoll. Auch die Bibel fügt ihren Geboten der Keuschheit den Satz hinzu: und ihr sollt nicht euch nahen, Versuche der Annäherung machen, die zur Sünde führen können (3. Mos. 18, 19). Hier gilt der Satz vom Alles oder Nichts, ein strenges Entweder-Oder. Jeder Blick der Leidenschaft, jeder Händedruck ist verboten.

Es wird höchste Zeit, daß jeder Jude sich über die Pflicht der Stunde, über das Verbot des Tages klar wird. So schwer es manchem nach einer jahrhundertalten Gewöhnung wird, so notwendig ist es, mannhaft und stark sich aufzuraffen und alles zu vermeiden, was in den Bereich des Unerlaubten führt. Loyal und willig haben wir nach alter jüdischer Tradition das Gesetz auf uns zu nehmen und striktest zu befolgen. Die Hände weg von politisch, wirtschaftlich oder sexuell verbotenen Handlungen! Die Würde eures Judentums fordert diese Selbstdisziplin. Ihr spielt leichtsinnig, ja, in unverzeihlichem Leichtsinne mit eurem Schicksal, mit eurem Leben und eurer Freiheit, die ihr vielleicht auf ewig euch verscherzt.

Peßach ist das Fest der sittlichen Selbstbefreiung. Den Sauerteig der Sünde schaffet weg aus den Herzen und Häusern! Lest in den Haftaurus zum ersten und zweiten Tage des Festes, wie zu jeder Zeit das Peßach unsrem Volke Anlaß war zur gründlichen Selbstreinigung von allem Heidnischen, Genießerschem, von Lüsternheit und Befleckung. Solche Selbstbefreiung erst schafft euch die Möglichkeit und Gewißheit echter Festtagsfreude.

Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach.



**Nr. 16**

Gedanken zum Jom Kippur (1938)

13. Oktober 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 41 vom 13.10.1938, S. 16 a

[...]

Es bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung, daß die Gottesdienste am Jom Kippur in sämtlichen Synagogen in Hamburg von höchster Andacht getragen waren, daß die Reihen trotz der vielen Abwanderungen keine merkbaren oder auffälligen Lücken aufwiesen, und daß auch die Vorbeter, für deren Amt zum Teil neue Kräfte herangezogen wurden, sich durchaus bewährten. In den Hauptsynagogen sprachen unsere Herren Rabbiner, und in erster Linie war es das feierliche Gedenken an die Dahingeschiedenen, das für ihre Ansprachen als Grundlage diente. So gedachte Oberrabbiner Dr. Carlebach der großen Rabbinen und Vorsteher, der Gefallenen des Weltkriegs aus unserer Gemeinde und der im Kampfe in Palästina gefallenen Söhne des jüdischen Volkes. Oberrabbiner Dr. Italiener ehrte das Andenken der zahlreichen, im vergangenen Jahre dahingeschiedenen Mitglieder unserer Gemeinde, die in führenden Aemtern und Stellungen sich um die Allgemeinheit verdient gemacht haben, durch Nennung der Namen, nannte ferner all die Großen des Judentums in der Welt, die das letzte Jahr uns genommen hat. Diese namentliche Aufzählung zeigte in eindrucksvoller Weise die Größe unserer Verluste. In der Neuen Dammtor-Synagoge ehrte Rabbiner Dr. Holzer feierlich und zu Herzen gehend die jüdischen Toten des Jahres.

## 20.2 Das erzwungene Verhalten im nichtjüdischen Umfeld

**Nr. 1**

Der Beschluss zu keinem direkten Behördenkontakt

28. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 51

Vorstand  
der  
Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona

Altona, den 28. Juli 1933.  
Breitestraße 15

Fräulein XXXXXXXXXX  
" F. Herz,  
" M. Seligmann,  
Herrn M. Cohen,  
hier.

Laut Beschluss der Gemeindegkollegien werden Sie hierdurch darauf aufmerksam gemacht, dass in Zukunft Anfragen an Behörden nur dann gerichtet werden dürfen, wenn vorher die Genehmigung hierzu von dem zuständigen Gemeindevorsteher eingeholt ist. Es genügt nicht, dass von dem Herrn Oberrabbiner oder sonst von dritter Seite Auftrag zur Anfrage erteilt wird.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:  
i. V. Paul Möller

zur Kenntnis genommen:<sup>9</sup>

Fanny Herz  
M. Seligmann  
M. Cohen

9 Die im Dokument genannten Personen sind Gemeindeangestellte der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona. Ihnen wird untersagt, ohne Wissen des Gemeindevorstehers mit staatlichen Behörden gemeindeamtlich zu verkehren. Dass selbst eine Anordnung des Oberrabbiners als nicht ausreichend angesehen wird, deutet auf den vom Gemeindevorstand angenommenen Ernst der Lage hin. Ein konkreter Anlass für die Regelung ist nicht bekannt. Fanny Herz (1896-1944) wurde am 19. Juli 1942 nach Theresienstadt und von dort am 29. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert. Bei der genannten M. Seligmann handelt es sich wahrscheinlich um Margarethe Seligmann (geb. 1902 in Altona), deportiert am 19. Juli 1942 nach Theresien-

**Nr. 2**

Der »Deutsche Gruß« in der jüdischen Gemeindeschule

30. August 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 203, Bd. III, Bl. 59

[Sitzung der Schulkommission]

[...]

Deutscher Gruss i.d. Gemeindeschule

Auf entsprechende Frage des Vorsitzenden berichtet Herr Sommer, daß nach der von dem Preuss. Minister f. Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unterm 22.7.1933 erlassenen Verfügung der deutsche Gruss in der Gemeindeschule eingeführt worden sei. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.<sup>10</sup>

[...]

stadt, von dort am 12. Oktober 1944 nach Auschwitz. Meno [Mendel] Cohen (1902-1943) war Unterkantor und Kassierer der Gemeinde. Er emigrierte, wahrscheinlich zusammen mit seiner Frau Eugenie Cohen, geb. Speier-Holstein (1904-1943), und seinen Töchtern Eva Hanna (geb. 1933) und Ruth (geb. 1936) im Oktober 1939 in die Niederlande. Er wurde zusammen mit seiner Frau und seinen Töchtern am 20. Juli 1943 aus Westerbork nach Sobibor deportiert. Die Familie wurde am 23. Juli 1943 bei ihrer Ankunft ermordet. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 162, 303, 64, 62.

- 10 Der »Deutsche Gruß« (Hitlergruß) wurde durch den Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick, am 20. Juli 1933 (MBliV 1933 I, Sp. 860) als Grußbezeugung durch ein Rundschreiben an die Obersten Reichsbehörden und an die Landesregierungen »angeordnet«. Obwohl in die äußere Form einer Mitteilung gekleidet, sahen die Adressaten darin eine verpflichtende Anordnung, die sie für die ihnen nachgeordneten Behörden umzusetzen hatten. Die Fachminister des Reiches folgten dem. Entsprechend führte der (preußische) Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung am 22. Juli 1933 den »Hitlergruß« für alle Schulen ein; ZBl. 1933, S. 203. Die Anordnung erstreckte sich nach ihrer ausdrücklichen Regelung »auf die Lehrer und den Grußverkehr in den Schulen«. Das schloss – wohl kaum beabsichtigt – auch jüdische Schulen ein.

**Nr. 3**

Das Horst-Wessel-Lied und der Hitlergruß

13. September 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 38

PREUSSISCHER LANDESVERBAND  
GESETZESTREUER SYNAGOGENGEMEINDEN

Halberstadt, den 13. September 1933.

Rundschreiben!

An unsere Verbandsgemeinden

[...]

Gleichzeitig geben wir Ihnen hierdurch Kenntnis von einer Mitteilung des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 16. August. Sie lautet:

»Es ist allgemein Uebung geworden, beim Singen des Liedes der Deutschen und des Horst Wessel-Liedes (1. Strophe und Wiederholung der 1. Strophe am Schluss) den Hitlergruss zu erweisen ohne Rücksicht darauf, ob der Grüssende Mitglied der NSDAP ist oder nicht. Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewusst ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitlergruss erweisen.

»Nach Niederkämpfung des Parteienstaates ist der Hitlergruss zum Deutschen Gruss geworden.«<sup>11</sup>

PREUSSISCHER LANDESVERBAND  
GESETZESTREUER SYNAOGENGEMEINDEN.

11 Das Rundschreiben des Preussischen Landesverbandes gesetzestreuer Synagogengemeinden geht ersichtlich davon aus, die Mitteilung des Preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volkserziehung sei dahin zu verstehen, dass sich die getroffene Anordnung – gemeint sind die Anordnungen vom 22. Juli 1933 (ZBl. 1933, S. 203, Nr. 241 u. 242) – auch auf Juden beziehe. Die Frage blieb jahrelang ungeregelt. Erst der Erlass des Reichsinnenministers vom 4. November 1937 untersagte Juden den »Deutschen Gruß« vor Gericht; DJ 1937, 1760; Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden, S. 204, Rn. 371.

**Nr. 4**

»Schlichtheit und Zurückhaltung«

18. September 1933

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 7 vom 18.9.1933, S. 6

**An die jüdischen Frauen!**

In dieser Schicksalszeit ist die äußere und innere Haltung der jüdischen Frau bedeutsamer denn je. Sie verlangt erhöhtes Verantwortungsbewußtsein und Besinnung auf echtes jüdisches Wesen. Sie fordert Einfachheit der Formen, Abstimmung aller Töne auf die Stimmung der Zeit, ein der Würde des Judentums entsprechendes Auftreten.

**Alles, was hinausdrängt aus wahrer Schlichtheit**

schädigt den einzelnen und die Allgemeinheit,  
 macht verächtlich und unbeliebt,  
 stößt ab und fördert feindliche Einstellung,  
 gibt Anlaß zu Ausschluß und Sonderstellung einzelner wie der Gemeinschaft!  
 Darum wahre die Jüdin Schlichtheit und Zurückhaltung!

Jüdischer Frauenbund Deutschland.

**Nr. 5**

Die Stellung der Juden zum Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund<sup>12</sup>

12. November 1933

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 8/9 vom 9.11.1933, S. 1

**Zum 12. November**

Mit dem ganzen deutschen Volk sind auch wir Juden als Staatsbürger aufgerufen, zu der auswärtigen Politik der Reichsregierung unsere Stimme abzugeben. Sie wird gefordert für die Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern, die Versöhnung der Nationen und die Befriedung der Welt. Trotz allem, was wir erfahren mußten: **Die Stimme der deutschen Juden kann nur ein Ja sein.**

Reichsvertretung der deutschen Juden.

<sup>12</sup> Das Deutsche Reich war am 14. Oktober 1933 aus dem Völkerbund und aus der Genfer Abrüstungskonferenz ausgetreten. Hierüber hatte die Reichsregierung für den 12. November 1933 eine Volksabstimmung angeordnet, verbunden mit den Reichstagswahlen. 94 Prozent der abgegebenen Stimmen billigten den Austritt.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten übermittelte der Reichsregierung folgende Stellungnahme:

Es geht um Deutschlands Ehre und Lebensraum. Da übertönt in uns ein Gefühl alles andere: In altsoldatischer Disziplin stehen wir mit unserem deutschen Vaterlande bis zum Letzten.

Dr. L. Löwenstein  
Hauptmann d. Res. a.D.  
Bundesvorsitzender

#### Nr. 6

Die dringliche Erinnerung an die Pflicht zur Zurückhaltung von Rabbiner Leo Baeck  
Februar 1934  
Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom  
26.2.1934, S. 1f.

### STIMMEN DER ZEIT

Rabbiner Dr. Leo Baeck-Berlin:

#### **Zurückhaltung**

Wenn den Menschen ein Schicksal trifft, so bleibt ihm eines, wodurch er dem Schicksal begegnen kann: die Haltung. Alle Haltung kommt aus einem Seelischen hervor und nichts hat daher weniger mit ihr gemein als das, was bisweilen sich ihren Namen beilegt, jenes Äußerliche, Künstliche, das durch eine hergestellte Gemessenheit doch nur eine innere Schwäche zu verbergen sucht. Wahre Haltung ist immer Offenbarung eines seelischen Besitzes, sie ist der Ausdruck der inneren Festigkeit und Würde. Kaum etwas widersprach ihr darum mehr als jenes, einst so häufige, sogenannte gesellschaftliche Streben, das den Platz im Kreise der Menschen und oft auch die Meinung und die Richtung immer nur von anderen empfing. Seiner selbst durch ein Sittliches gewiß sein, sich selbst eine Antwort geben können, die Antwort der Seele, das allein führt zur Haltung.

Der Anfang aller Haltung ist darum die Zurückhaltung, diese Fähigkeit, bei sich und in sich zu bleiben, sich zu hören und sich zu sehen. Der haltungslose Mensch ist der, dem es ein Wert seines Lebens ist, von anderen gesehen und gehört zu werden, dem das Geltungsbedürfnis die seelischen Bedürfnisse und schließlich die seelischen Kräfte verdrängt hat. Von dem englischen König Eduard VII. wird erzählt, daß er den Begriff des Gentleman – und der Gentleman ist der Mensch von Haltung – dahin bestimmt habe, dieser sei der Mensch, der von einem Ende der Stadt bis zum anderen gehen könne, ohne bemerkt zu werden. Und was vom Gentleman gesagt ist, gilt ebenso und vielleicht noch mehr von der Lady. Nicht bemerkt werden, das bedeutet nicht, sich verstecken, sondern: die gebotene Zurückhaltung, diese wahre Schlichtheit und Echtheit bewahren. Wenn, um ein Beispiel anzuführen,

jüdische Männer und Frauen meinen, ihre Stunden der Ausspannung und Erholung so haben zu sollen, daß sie auffallen müssen, oder dort, wo sie dann still oder laut hinausgewiesen werden, dann haben sie damit dargetan, daß sie jedenfalls zu denen nicht gehören, die der englische König als Gentlemen, als Ladies bezeichnete.

Vielleicht kann heute durch die Zurückhaltung noch ein Besonderes gegeben werden. Vielleicht entdecken, wenn sie geübt wird, so manche ihr Heim, entdecken Mann und Frau einander und ihre Kinder und einen Kreis von Freunden und entdecken, daß sie, die so lange Menschen der Meinung und Mode waren, Menschen von Haltung zu sein imstande sind. (Aus der CV-Zeitung Nr. 5 vom 1. Februar 1934).

### **Erklärung des Vorstandes der Gemeinde**

Der Präsident der Reichsvertretung der Deutschen Juden, Herr Rabbiner Dr. Leo Baeck, erinnert uns deutsche Juden in dem vorstehenden Aufsätze eindringlich an unsere Pflicht, Zurückhaltung zu üben. »Wahre Haltung ist immer Offenbarung eines seelischen Besitzes, sie ist der Ausdruck der inneren Festigkeit und Würde.« Der Vorstand der Gemeinde weiß sich eins mit der überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder, wenn er solche Zurückhaltung in menschlicher Würde von jedem Hamburger Juden erwartet; wenn er abrückt von Veranstaltungen, welche die Selbstzucht, die die Zeit von jedem von uns verlangt, vermissen lassen.

[...]

### **Erklärung des Beirats der Reichsvertretung der deutschen Juden**

Die Art und Weise, in der innerhalb der deutschen Judenheit in der letzten Zeit vielfach innerjüdische Auseinandersetzungen geführt worden sind, veranlaßt den Beirat der Reichsvertretung der deutschen Juden zu folgender Erklärung:

Die Reichsvertretung der deutschen Juden beruht auf der Überzeugung, daß die Gegenwart über alles Trennende im Weltanschaulichen hinweg in der praktischen Arbeit die geschlossene Einheit des deutschen Judentums gebietet. Mag diese in sich auch noch so stark gegliedert sein, keine Richtung darf hoffen, durch rücksichtslose Vertretung einseitiger Grundsätze und Interessen auch nur soviel zu gewinnen, wie Zerspaltung des deutschen Judentums der Gesamtheit, aber auch ihr selbst schadet. Alle Kräfte müssen dem einen Ziel dienen, daß jeder deutsche Jude im Vaterlande nicht nur seinen Lebensraum findet, sondern seine jüdische Überzeugung auch offen und frei bekennen und betätigen kann.

Die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen weltanschaulichen Strömungen, die nicht unterbunden werden soll, darf die durch die notwendige Solidarität gezogenen Grenzen nicht überschreiten. Der Beirat fordert deshalb die Reichsvertretung der deutschen Juden auf, eine Einrichtung zur Schlichtung von Streitfällen zwischen jüdischen Verbänden, Gruppen, Institutionen und Zeitungen zu schaffen. Die Reichsvertretung darf aber auch äußersten Falles nicht zögern, der jüdischen Öffentlichkeit den bekannt zu geben, der gleichwohl fernerhin den Frieden und die Einheit der deutschen Judenheit gefährdet.

Einer würdigen Zukunft des ganzen deutschen Judentums soll unsere Arbeit gewidmet sein!

**Nr. 7**

Über die Zurückhaltung bei jüdischen Veranstaltungen

18. Februar 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom 18.2.1935, S. 7

Die Reichsvertretung hat den jüdischen Zeitungen, Zeitschriften und Gemeindeblättern eine Reihe von Vorschlägen betreffend die Ankündigung und Berichterstattung über Veranstaltungen gemacht. Es soll in Zukunft nur noch über künstlerisch, geistig oder organisatorisch bedeutsame Veranstaltungen berichtet werden. Gleichzeitig hat die Reichsvertretung die Organisationen und Gemeinden ersucht, sich in der Planung eigener Veranstaltungen größtmögliche Zurückhaltung aufzuerlegen. Zahl, Form und Inhalt der jüdischen Veranstaltungen müssen durch die Rücksicht auf die Gesamtheit des deutschen Judentums bestimmt werden. Die jüdischen Veranstaltungen müssen ein Spiegelbild der Lage und Haltung der deutschen Juden sein.<sup>13</sup>

**Nr. 8**

Über das Hissen der Hakenkreuzfahne an Schulgebäuden

⟨A⟩ 7. März 1935

⟨B⟩ 8. März 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 95, 97

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

7. März 1935.

An die

Reichsvertretung der Deutschen Juden

Berlin-Charlottenburg

Kantstr. 158

Vertraulich!

Sehr geehrte Herren!

Durch die Schulaufsichtsbehörde Altona wurden wir im Jahre 1933 darauf hingewiesen, dass an unserem Schulgebäude bei entsprechenden Anlässen sowohl die Ha-

13 Der Vorstand der Gemeinde beschloss in seiner Sitzung am 23. Juli 1935 unter dem Eindruck drohender Versammlungsverbote durch die Gestapo, im *Gemeindeblatt* »eine Mahnung an die jüdische Öffentlichkeit zu richten, mehr als je Zurückhaltung zu üben« (GB Nr. 8 vom 5.8.1935, S. 1). Er folgte damit dem Beispiel anderer Gemeinden. Entsprechende »Mahnungen« wurden später wiederholt.



kenkreuzflagge als auch die schwarzweissrote Flagge aufzuziehen wäre. Wir sind dieser Vorschrift jeweils nachgekommen. Mit Rücksicht auf die kürzlich durch die Presse gegangene Flaggenverfügung sind bei uns Zweifel aufgekommen, ob wir in gleicher Weise auch weiterhin an unserem Schulgebäude die Fahnen aufziehen dürfen.<sup>14</sup> Wir bitten um eine gefl. Auskunft und verfehlen nicht zu bemerken, dass das Schulgebäude Eigentum der Stadt Altona ist und uns einstweilen auf einen Zeitraum von 12 Jahren bis zum Jahre 1938 zur Benutzung überlassen wurde.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:  
[Dr. Franck]

⟨B⟩

REICHSVERTRETUNG  
DER DEUTSCHEN JUDEN

CHARLOTTENBURG 2  
KANTSTR. 158<sup>III</sup>

8- März 1935

An den  
Vorstand der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde  
Altona – Elbe  
Breitestrasse 15.

Auf die Anfrage vom 7. d.Mts. teilen wir mit, dass eine allgemeine, etwa in ganz Deutschland geltende Verfügung wegen des Flaggens nicht ergangen ist, dass es sich vielmehr nur um örtliche Anordnungen und Eröffnungen handelt, gegen die wir vorstellig geworden sind. Wenn in Altona eine gegenteilige Anordnung nicht ergangen ist, sollte deshalb das seitherige Verfahren durchaus weiter geübt werden.

Hirsch  
(Dr. Otto Hirsch)

<sup>14</sup> Juden wurde das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben erst durch § 4 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1146) in Verb. mit Art. 3 des Reichsflaggengesetzes vom 15. September 1935 (RGBl. I S. 1145) untersagt.

**Nr. 9**

Über das Zeigen von Flaggen in den Reichsfarben durch Juden (März 1935)

15. März 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 98

Die Reichsvertretung  
der deutschen Juden

Berlin, den 21. März 1935

### Rundschreiben.

In der Flaggenfrage haben wir vom Geheimen Staatspolizeiamt auf unsere Eingabe das nachfolgende vom 15. März d.J. datierte Schreiben erhalten:

»An

die Reichsvertretung der deutschen Juden,  
Berlin-Charlottenburg 2,  
Kantstr. 158/III.

Zum Schreiben vom 8.3.1935.

Nach nochmaliger Prüfung sehe ich keine Veranlassung, die bezüglich des Zeigens von Flaggen in den Reichsfarben durch Juden gegebenen Anordnungen rückgängig zu machen. Es muss daher bei der augenblicklichen Regelung sein Bewenden behalten.

In Vertretung  
gez. Müller<sup>15</sup>  
Beglaubigt:  
gez. Lehmann  
Kanzleiangestellte.«

Danach muss dort, wo die Polizei eine dahingehende Anweisung gegeben hat, von dem Zeigen der Reichsfahnen Abstand genommen werden.

gez.: Dr. Lilienthal.

15 Heinrich Müller (geb. 1900, seit Mai 1945 verschollen) trat 1929 in den Dienst der Politischen Polizei in München ein. 1934 schloss er sich der SS an. Im gleichen Jahr wurde er an das Geheime Staatspolizeiamt nach Berlin versetzt. 1939 war Heinrich Müller Geschäftsführer der Reichszentrale für jüdische Auswanderung und ab Oktober 1939 Chef des Amtes IV des RSHA im Rang eines SS-Gruppenführers. Vgl. Joachim Bornschein, Gestapo- und Heinrich Müller. Technokrat des Terrors, Leipzig 2004.

**Nr. 10**

Die Einschränkung religiöser Gebräuche

27. August 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 297 Bd. 22, Bl. 209

Sitzung des Vorstandes der [Hamburger] Gemeinde, Dienstag den 27. August 1935.  
[...]

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass er namens des Vorstandes bei dem Vorstand des Synagogen-Verbandes angeregt hat, seinerseits das Oberrabbinat zum Erlass eines Verbotes, während der Sukkaustage mit den Lulowim über die Strasse zu gehen, zu veranlassen; ferner habe er die Verwaltung der direkt an der Strasse gelegenen Synagoge Heinrich-Barthstrasse gebeten, während des Monats Elul Schofar nicht in dem nach der Strasse gelegenen Synagogenraum blasen zu lassen

Der Vorstand erteilt seine Zustimmung zur Veröffentlichung eines Ersuchens an die Gemeindeglieder in der nächsten Gemeindeblattnummer, Ansammlungen vor den Gotteshäusern zu vermeiden; Herr Sealtiel erteilt diese Zustimmung für den Vorstand der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde.

**Nr. 11**

Hinweise zum Verhalten außerhalb des Gottesdienstes

26. September 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 10 vom 26.9.1935, S. 9

In gegebener Veranlassung machen wir die Besucher der Gottesdienste darauf aufmerksam, daß nach der Straßenverkehrsordnung **Ansammlungen** im Umkreise der Gotteshäuser vor diesen während der Gottesdienste und nach ihrem Ende **unzulässig** sind.

Wir richten daher an alle Mitglieder unserer Gemeinden und Verbände das **dringende Ersuchen**, solche Ansammlungen zu vermeiden und insbesondere nach Schluß der gottesdienstlichen Veranstaltungen sich unverzüglich auf den Heimweg zu begeben.

Wir appellieren an die Einsicht und die Selbstzucht aller Angehörigen unserer Gemeinden und Verbände.

Die Vorstände der Gemeinden und der Kultusverbände

Anlässlich der bevorstehenden Festtage richten wir an **alle** Mitglieder der Gemeinden und der Kultusverbände die nachstehenden **Bitten**:

1. Wir bitten alle Mitglieder der Kultusverbände, ihre Stellenmieten tunlichst umgehend zu zahlen. Die Kultusverbände kämpfen um ihre Existenz, sie sind auf die Zahlung der Stellenmieten angewiesen.
2. Wir bitten alle Besucher der Gottesdienste, Ansammlungen vor den Gotteshäusern zu vermeiden und sich nach dem Verlassen der Gotteshäuser ohne Aufenthalt auf den Heimweg zu begeben.
3. Wir bitten, während der Sukkaustage die Lulowim nicht offen über die Straßen zu tragen.
4. Wir bitten, bei den Simchas-Tauro-Gottesdiensten in der Bescherung der Kinder Maß und Würde zu bewahren und auch bei dieser Bescherung des Ernstes der Zeit eingedenk zu sein.
5. Wir bitten wie bereits im vergangenen Jahre darum, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Empfänge bei den Herren Chassanim am Simchas Tauro unterbleiben und daß die Herren Chassanim ihre etwaigen gesellschaftlichen Aufwendungen an diesem Tage durch Spenden für von ihnen zu bestimmende Wohlfahrtszwecke ablösen.

#### **Die Vorstände der Gemeinden und der Kultusverbände**

#### **Nr. 12**

Die Anpassung des jüdischen Schulunterrichts an den staatlichen Schulbetrieb

3. April 1936

Staatsarchiv Hamburg, 622-1/427 Familie Randt/Klebe, 29

Reichsvertretung der Juden  
in Deutschland  
Schul-Abteilung

Rundschreiben No. 8./36  
Berlin-Charlottenburg, 3.IV.36  
Kantstrasse 158

An die

Landesverbände, Gemeinden, Schulträger und Schulen

Betr. Wegfall des Sonntagsunterrichts an den Volksschulen

In vielen Orten hat der Sonntagsunterricht in jüdischen Schulen zu Beschwerden nichtjüdischer Anlieger der Schulen geführt. Andererseits haben viele jüdische Eltern aus berechtigten Gründen den Wunsch nach Abschaffung des Sonntagsunterrichts geäußert. So findet z.B. an allen Volksschulen der Berliner Jüdischen Gemeinde – z.T. auch in einigen andern Städten – deshalb seit längerem am Sonntag kein Unterricht statt. Anstelle von 6 Tagen zu 5 Stunden treten an 5 Wochentagen 6 Vormit-

tags-Kurzstunden von 8 bis 13,30 Uhr und in den oberen Jahrgängen (in denen mehr als 30 Wochenstunden erteilt werden) lediglich an einem Nachmittag einige Unterrichtsstunden.

Wir empfehlen Ihnen, auch an Ihrer Schule von Ostern 1936 ab den Sonntagsunterricht fortfallen zu lassen und sich mit einem entsprechenden Antrag an Ihre zuständige Unterrichtsbehörde zu wenden.

Wir bitten Sie, uns die eventuelle Entscheidung der Unterrichtsbehörde mitteilen zu wollen.

Reichsvertretung der Juden in Deutschland

Schul-Abteilung

gez. Dr. Leschnitzer

### Nr. 13

Die Ermahnung zur Zurückhaltung in der Öffentlichkeit

16. September 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 9 vom 16.9.1938, S. 1

Anlässlich der Festtage richten wir an alle Mitglieder des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg, der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde und der Kultusverbände die nachstehenden Bitten :

1. die Stellenmieten tunlichst umgehend zu zahlen. Die Kultusverbände kämpfen um ihre Existenz, sie sind auf die Zahlung der Stellenmieten angewiesen.

2. Ansammlungen im Umkreise der Gotteshäuser während der Gottesdienste und nach deren Ende auf jeden Fall zu vermeiden und unverzüglich nach den Gottesdiensten sich auf den Heimweg zu begeben. Wir appellieren wie in den Vorjahren an die Einsicht und die Selbstzucht aller Angehörigen unserer Gemeinden und Verbände.

3. während der Sukkaustage der Lulowim nicht offen über die Straßen zu tragen.

4. bei den Simchas-Tauro-Gottesdiensten, des Ernstes der Zeit eingedenk, in der Bescherung der Kinder Maß und Würde zu bewahren.

5. am Simchas Tauro und am Schabbos Breschis Besuche bei den Herren Chasanim zu unterlassen und etwaige gesellschaftliche Aufwendungen an diesen Tagen durch Spenden für Wohlfahrtszwecke abzulösen.

**Die Vorstände des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg, der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde und der Kultusverbände**



## 21. Das kulturelle und geistige Leben

### 21.1 Der Jüdische Kulturbund Hamburg

#### Nr. 1

Gedanken zur Bildung einer »Gemeinschaft jüdischer Künstler«

9. November 1933

Hamburger Familienblatt Nr. 45 vom 9.II.1933, S. IV

#### Vorstellungsreihe der »Gemeinschaft jüdischer Künstler«

Die jüdischen Künstler stehen vor ganz neuen Aufgaben. Sie haben bisher auf deutschen Bühnen gewirkt, ohne daß ihre Zugehörigkeit zum Judentum ihrem Schaffen besondere Prägung gab. Sie haben Klassiker und moderne Autoren dargestellt, waren Römer, Griechen, Germanen, Engländer, je nachdem es die Rolle verlangte. Sie waren gelegentlich auch einmal Juden, aber nicht anders, als wenn von ihnen die Gestaltung einer anderen Rolle verlangt wurde. Sie waren in ihrer Bühnentätigkeit so wenig Juden, wie die Träger anderer Berufe, sondern dienten nach Kräften den allgemeinen Zielen der Bühne und des Theaters. Jetzt sind sie unvermittelt aus dieser Tätigkeit herausgerissen worden, und sie bemühen sich wie andere um die Schaffung neuer Möglichkeiten in ihrem Beruf. Aber sie haben es besonders schwer. Sie können nur noch in jüdischem Kreis Theater spielen, einem Kreis, der eben infolge seiner Zusammensetzung auch jüdisches Theater erwartete. Wie soll der jüdische Künstler innerhalb unseres Kulturkreises dieses Verlangen befriedigen? Es gibt zwar einige Theaterstücke jüdischen Inhalts innerhalb der deutschen Literatur. Soll er sich auf ihre Wiedergabe beschränken oder soll er Stücke aus einer an sich jüdischen, aber ihm fremden Welt in Uebertragung aus einer anderen Sprache bieten? Diese Probleme sind nicht so leicht zu lösen und die verschiedenen Versuche in allen Zentren der deutschen Judenheit bewegen sich auf den verschiedensten Wegen. Man muß ja schließlich auch herausfinden, was das Publikum will, und das ist eine der schwierigsten Fragen, die es überhaupt gibt ...

Vielleicht ist es deshalb vorläufig das Richtige, einfach zuzupacken und da einzuhaken, wozu die Kräfte der gerade vorhandenen Künstler ausreichen, einfach klassische Unterhaltung zu geben. Aber man muß sich auch darüber klar sein, daß solche Praxis nicht für die Dauer ausreichen kann. Man wird sich früher oder später entscheiden müssen, was eigentlich jüdisches Theater ist, man wird sich darüber klar werden müssen, ob hier jüdische Schauspieler dem jüdischen Publikum das allgemeine Theater völlig ersetzen sollen – was schon technisch nicht möglich ist – oder ob man es weiter mehr oder weniger dem Zufall überlassen will, was man spielt.

[...]

J[ulian] L[ehmann]

**Nr. 2**

Der erste Kammermusikabend der »Gemeinschaft jüdischer Künstler«

13. November 1933

Hamburger Familienblatt Nr. 46 vom 16.11.1933, S. IV

Jüdische Künstler konzertieren

I. Kammermusikabend der »Gemeinschaft jüdischer Künstler«

Schon bei der Besprechung der Theatervorstellungen der »Gemeinschaft jüdischer Künstler« wurden die Schwierigkeiten der Probleme hervorgehoben, die unseren deutsch-jüdischen dramatischen Künstlern zur Lösung aufgegeben sind. »Sie können nur noch in jüdischem Kreis Theater spielen«, heißt es dort. Gleiche Schwierigkeiten begegnen unseren jüdischen ausübenden Musikern. Wenn dort als beste vorläufige Lösung empfohlen wird, »einfach zuzupacken und da einzuhaken, wozu die Kräfte der gerade vorhandenen Künstler ausreichen«, so gilt diese Lösung in noch weiterem Maße als richtig für die musikalischen Veranstaltungen. Hier braucht man diese teils erzwungene, teils selbstgewollte Einschränkung nicht so sehr als Beschränkung im Wert, als vielmehr im Umfang zu werten. Denn die Zahl der hochwertigsten Tonschöpfungen, deren Ausführung einen kleinen Apparat beansprucht, ist so groß, daß damit viele Jahre einer regen öffentlichen Musiktätigkeit erfüllt werden können. In erster Reihe ist hier an Kammermusik zu denken. Diese edelste Gattung der Musikformen findet im jüdischen Hamburg auch sonst alle nötigen Vorbedingungen in günstigster Art vor: gute und der Sache hingeebene Ausführende, eine willige und interessierte Hörerschaft, einen stimmungsvollen, wie dafür geschaffenen Raum. Es müßte nicht allzu schwer sein, für einen Zyklus von Kammermusikabenden eine ständige, organisierte Kunstgemeinde zu finden, der – mehr noch als früher in »guten« Zeiten – allmählich die größten Werke der Kammermusik-Literatur nahegebracht werden könnten. Sehr zu empfehlen wäre hierfür die Erweiterung des Ensembles zumindest auf ein Streichquartett und darüber hinaus. Freilich erwachsen da gleich neue Schwierigkeiten: wo nimmt man z.B. jüdische Bläser her? Selbst gute Schofarbläser sind rar geworden ...

[...]

Und nun zu den erfüllten, bzw. nicht erfüllten Erwartungen des Publikums. Manche möchten hier nur jüdische Musik, wir alle aber zumindest auch jüdische Musik hören. Und das heißt hier in Hamburg: erst kennenlernen, auf dem Gebiete der Kammermusik wenigstens. Wann und wo soll denn jüdische Musik gespielt werden, wenn nicht von jüdischen Menschen vor jüdischen Menschen in jüdischen Veranstaltungen! Darum erheben wir unsere Forderung und werden sie immer wieder erheben: gebt uns jüdische Musik.

Sabaj



**Nr. 3**

Die vorläufige Genehmigung eines organisierten jüdischen Kulturbetriebes

31. Januar 1934

Staatsarchiv Hamburg, 131-6 Staatsamt, 189

31. Januar [193]4.

Tgb.Nr. 21323/33 St.P.5.

An das  
Preussische Kultusministerium,  
Berlin.

Betr.: Jüdische kulturelle Betätigung.

Im September vor. J. ist in Hamburg die »Gemeinschaft jüdischer Künstler« gegründet worden, die es sich zur Aufgabe gestellt hat, durch jüdische Künstler vor einem jüdischen Publikum Theateraufführungen, Konzerte, Vorträge und Kunstausstellungen zu veranstalten, deren Ertrag zugunsten notleidender jüdischer Künstler verwandt wird. Die Gemeinschaft verfolgt damit ähnliche Ziele wie der im Juli 1933 in Berlin mit dortigem Einverständnis gegründete »Kulturbund deutscher Juden«. Organisatorisch unterscheiden sich die beiden Vereinigungen dadurch, dass es sich bei der Gemeinschaft um einen Zusammenschluss der Künstler handelt, während der Kulturbund eine Besucherorganisation darstellt.

Die Gemeinschaft hatte die Absicht, sich alsbald nach Gründung in das Vereinsregister eintragen zu lassen. Da jedoch der Kampfbund für Deutsche Kultur<sup>1</sup> in Hamburg unter Hinweis darauf, dass der Kulturbund deutscher Juden als einzige anerkannte jüdische Kulturgesellschaft anzusehen sei, gegen die Eintragung Einspruch erhob, liess die Gemeinschaft ihren Antrag vorerst ruhen. Um sich dem Kulturbund deutscher Juden organisatorisch anzugleichen, hat sich die Gemeinschaft am 12. ds.Mts. zur »Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Hamburg«, einer Besuchervereinigung, umgestaltet, deren Satzungen im wesentlichen mit denen des Kulturbundes übereinstimmen, und die am 15. ds.Mts. zur Eintragung in das Vereinsregister angemeldet worden ist. Gleichzeitig ist der Antrag auf

1 Der Kampfbund für deutsche Kultur wurde im Februar 1929 von Alfred Rosenberg gegründet. Das Ziel war die »völlige Entjudung des deutschen Kulturlebens«, rassistisch und antisemitisch begründet. Dazu sollte unter anderem ein neuer Träger des gesamten »deutschen Kulturlebens« geschaffen werden, als dessen Organisation sich der Kampfbund verstand. Für Oktober 1933 wird eine Mitgliederzahl von 38 000 und 450 Ortsgruppen (Stützpunkten) angegeben. Vgl. Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 27 ff.

Eintragung der Gemeinschaft jüdischer Künstler zurückgenommen worden, weil die Gemeinschaft sich Ende Januar ds. J. endgültig auflösen soll.

Soweit hier bekannt, bestand im dortigen Ministerium die Absicht, den Kulturbund deutscher Juden, der zunächst nur eine örtliche Vereinigung bildet, zu einer Reichsorganisation auszubauen, doch sollen die Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen sein, so dass der hiesigen Gemeinschaft der Anschluss an den Kulturbund, etwa als Ortsgruppe, angeblich trotz Bereitwilligkeit bisher nicht möglich gewesen ist. Aehnliche örtliche Vereinigungen wie in Hamburg sollen in Köln, Frankfurt a/M. und anderen deutschen Städten bestehen und tätig sein.

Die Gemeinschaft jüdischer Künstler hat hier inzwischen einige Theateraufführungen, Konzerte und dergleichen veranstaltet, die auf Grund der Wohlfahrtsverordnung vom 15.2.1917 genehmigt worden sind. Die Veranstaltungen sind in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung getreten, die Eintrittskarten lediglich an Juden vertrieben worden. Mit Rücksicht auf die dort verfolgten Absichten wird um Mitteilung gebeten, ob dort Bedenken dagegen bestehen, wenn der Gemeinschaft beziehungsweise ihrer Nachfolgerin, der »Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Hamburg«, die Fortsetzung der Tätigkeit im bisherigen Rahmen bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit gestattet wird. Werden dort Einwände gegen die Eintragung der Jüdischen Gesellschaft in das Vereinsregister geltend gemacht?

Der Senator.  
gez. Richter.

#### Nr. 4

Begriffliches: jüdische Musik und jüdische Musiker

April 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 17 vom 26.4.1934, S. IV

Intendant Dr. Kurt Singer (Berlin) über:

#### **Jüdische Musik und jüdische Musiker**

In offener Veranstaltung der Henry-Jones-Loge sprach in vergangener Woche Dr. Kurt Singer (Berlin), der Intendant des »Kulturbundes deutscher Juden«, über »Jüdische Musik und jüdische Musiker«.<sup>2</sup>

2 Kurt Singer (1885-1944), Dr. med., Nervenarzt, Musikkritiker, Dirigent und stellvertretender Intendant an der Städtischen Oper Berlin von 1924 bis 1931, war 1933 Mitbegründer des »Kulturbundes Deutscher Juden« und von 1935 bis 1938 musikalischer Direktor des »Reichsverbands jüdischer Kulturbünde«. Singer emigrierte 1938 zunächst in die USA und dann nach Holland.

Er begann mit einem allgemeinen Ueberblick über die kulturelle Situation der deutschen Juden in dieser Zeit. Die Atmosphäre des Alleinseins muß heute als Tatsache hingenommen werden. Wir können die Grenzen, die uns heute gezogen werden, nicht verwischen, sicher nicht überspringen. Aber wir wollen als das geschichtlichste Volk auch der Kultur der anderen Völker verbunden bleiben, wir wollen aus der Spannung dieser Trennung eine Stärkung suchen. Wir wollen in Zukunft bewußter in unserem eigenen Lebensraum stehen, wollen als deutsche Juden und Menschen uns aus dieser Zweiteilung die höchste Einheit zimmern. Da wir allein stehen, wollen wir versuchen, es freudig zu tun, beieinander, füreinander, miteinander. Wir wollen eine zivilisatorische Kultur- und Gesinnungsgemeinschaft zu bilden versuchen, in dem Deutschland von heute entweder ganz Jude zu sein oder gar nicht. In unserer kulturellen Gemeinschaft wünschen wir nicht das Ghetto von einst aufleben zu lassen, nicht nur das aus jüdischer Wurzel Stammende unserem Sein in Freiheit zu verbinden, sondern eine Atmosphäre zu schaffen, in der alle menschlichen und künstlerischen Bestrebungen gedeihen. Es ist nicht unsere Aufgabe, den anderen klarzumachen, was deutsche Kultur ist, wir haben nicht das Bestreben, unsere eigene Leistung zu vergrößern, aber wir wollen auf allen Gebieten, und auch auf dem, das hier als Thema dient, der jüdischen Musik, alles Wertvolle zu Worte kommen lassen.

In der Musik des jüdischen Komponisten steckt wohl oft ein Zug zum Jüdischen, aber man darf nicht verkennen, daß gerade die jüdischen Komponisten erst in der Entfernung vom Judentum ihr Größtes geleistet haben. Wenn sie auch in der Form der Rhythmik und der Seele der Musik den Juden nicht verleugnen, so kehren sie ihn doch auch nicht heraus, und wir können eine Musik, wie sie uns Meyerbeer, Offenbach, Mahler bot, nicht als jüdische Musik ansehen. Keiner von all den berühmten deutsch-jüdischen Komponisten hat eigentlich jüdische Musik geschrieben, ebenso wenig jüdische Komponisten, die in anderen Ländern verankert sind. Jüdisch ist vielleicht ihre gestaltende Sehnsucht. Aber es ist selbst keine jüdische Musik, wenn jüdisch-deutsche Komponisten einmal jüdische Gebete zum Vorwurf ihrer Komposition gestalten.

Gibt es nun überhaupt rein jüdische Musik? Eine nationale Musik muß Beziehungen zur Landschaft, zur Stimme des Bodens selbst, aufweisen, so wie man zum Beispiel aus dem russischen Lied sofort die Beziehung zum russischen Boden herausmerkt. Wo wir auf Beispiele wirklicher jüdischer Musik in Gebeten und Liedern treffen, hören wir auch das Jüdische sofort heraus. Wir haben dann das Gefühl, daß diese Melodien Jahrtausende alt sind, daß sie einst Trägerin des Gebetes unserer Vorfahren waren. Diese jüdische Musik basiert ganz auf der Religion, aber sie ist keine Instrumentalmusik. In unseren Quellenschriften ist nur dann von In-

Dort wurde er 1940 interniert und im April 1943 nach Theresienstadt deportiert, wo er am 7. Februar 1944 starb. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 530; Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 424 f.

strumenten die Rede, wenn es sich um irgendeinen Fall von Abtrünnigkeit handelt. Daraus ist zu entnehmen, daß die Musik mit Instrumenten nur von den Fremdvölkern, die entweder zwischen den Juden oder zwischen denen die Juden wohnten, übernommen wurde. Jüdische Musik im eigentlichen Sinne war keine Musik der Instrumente, sondern Gebet und Lied. Hier liegen die beiden Formen jüdischer Musik, in der Liturgie und im Volkslied. Nur da, wo man nicht mehr weiß, wo die Gesänge herkommen, entwickelt sich das Schöpferische. Der Vortragende bot als Beispiel einige einfache palästinensische Lieder, die nach dem Vortrag von Natursängern aufgezeichnet wurden. Es sind eigentlich keine Lieder, sondern mehr Rezitative. Richtige Fröhlichkeit kennen diese jüdischen Lieder nicht. Sie bringen in ihrer Tonfolge unerwartete Uebergänge, die man in der akademischen Musik, je nachdem wo sie auftreten, als Fehler oder als genial zu bezeichnen pflegt. Aber sie sind in ihrem Thema meist von einer alarmierenden Wucht. Rein jüdische Musik findet man meist nur noch in den Kinderliedern.

Fast gar nicht vorhanden ist eine jüdisch Kunstmusik im modernen Sinne, denn eine Harmonielehre hat das alte Judentum bei seinem Musizieren nicht gekannt. Man kann daher wohl von einer Musik der Juden, aber nicht von einer jüdischen Musik sprechen. Schöpferisch wurden jüdische Musiker immer erst, wo sie aus dem eigentlichen jüdischen Bereich hinausgetragen wurden; je weniger stark sie an ihrer eigenen Art festhielten, um so stärker wurden sie Führernatur.

Aber gerade deshalb ist zu hoffen, daß auf dem Boden einer jüdischen Kultur einmal auch der jüdische Musiker erstet, der als musikalisches Schöpfer-talent das in die Erscheinung umsetzt, was in den Jahrtausenden in uns Juden auch an musikalischen Werten lebendig geblieben ist.

Zahlreiche musikalische Illustrationen am Flügel illustrierten die Ausführungen des Redners aufs anschaulichste, und wenn auch seine Ansichten als die eines Mannes, der nicht aus der jüdischen Musik herkommt, vielleicht nicht im Sinn aller derer lagen, die in der Pflege jüdischer Musik einen wesentlichen Teil jüdischer Kultur sehen, so brachten die geistreiche und durch viele originelle Aussprüche gewürzten Darstellungen doch mannigfache Anregungen und fanden das respektvolle Interesse, das einem ernsthaft Suchenden immer entgegengebracht wird.

il.

**Nr. 5**

Die Jüdische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft

17. Oktober 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 10 vom 23.11.1934, S. 6f.

Die Jüdische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Hamburg e.V. hat durch Beschluß der Behörden vom 17. v. M. die Genehmigung erhalten, ihre Tätigkeit, welche in der Veranstaltung von Konzerten, literarischen und wissenschaftlichen Vorträgen und ähnlichen Darbietungen bestehen soll, aufzunehmen. Mitglieder der Gesellschaft dürfen in Gemäßheit der behördlichen Genehmigung nur Juden sowie alle Nichtarier im Sinne des Gesetzes und deren arische Ehegatten werden. Die Gesellschaft ist im Hamburgischen Staatsgebiet für künstlerische Veranstaltungen die einzige behördlich anerkannte Besucherorganisation des zur Mitgliedschaft zugelassenen Bevölkerungsteils; sie erachtet es als ihre Pflicht, der jüdischen Bevölkerung Groß-Hamburgs Kunst und Kulturgut in Veranstaltungen höchsten Wertes zu vermitteln. Hierbei wird sie ihre Bemühungen insbesondere auch den Werken jüdischer Kunst und jüdischer Künstler zuwenden. Träger der Darbietungen werden ausschließlich jüdische und nichtarische Künstler und Wissenschaftlicher sein. Die Gesellschaft eröffnete ihre Tätigkeit letzten Dienstag mit einem Konzert des Berliner Kulturbundes deutscher Juden unter Leitung ihres Dirigenten Generalmusikdirektor J. Rosenstock.

**Nr. 6**

Innerjüdische Bedenken und die staatliche Kontrolle des jüdischen Kulturlebens

[1934]

Ernst Loewenberg, Mein Leben in Deutschland vor und nach dem 30. Januar 1933, Ms., datiert Boston, Massachusetts 1940, 83 S., Leo Baeck Institute, New York, ME 304, S. 50

[...]

Nun waren wir in einem unsichtbaren Ghetto, dessen Grenzen enger und enger wurden. Sollten wir das Ghetto bejahen? Nein – aber wie ihm entgehen? Wie dem Verlangen nach vertiefter jüdischer Bildung Rechnung tragen? Man konnte in Hamburg noch in den ersten Jahren Theater und Konzerte besuchen. Ja, es wurde geklagt, dass die jüdischen Kreise Konzerte und Theater mieden – aber in einem Augenblick, wo die jüdischen Künstler entlassen wurden – wo kein jüdischer Autor oder Komponist mehr gespielt wurde – verbot es das Ehrgefühl, die allgemeinen

Theater zu besuchen. Es waren aber vor allem Erwägungen, den jüdischen Künstlern zu helfen, die schon 1933/34 zur Bildung des jüdischen Kulturbundes führten. In Hamburg wurde nach langen Debatten der Name Jüdische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft mit der schrecklichen Abkürzung »Jugekuwi« gewählt. Jüdische Kultur – war eine Idee, von einigen erhofft, von andern abgelehnt, vielleicht in Palästina im Werden, aber sicher noch nicht vorhanden. So wählte man den umständlichen Namen. Es wurden Konzerte und Theatervorstellungen veranstaltet. Man wechselte mit dem System – gebundene Mitgliedsbeiträge, für die es monatlich 2 – 3 Veranstaltungen gab – und freie Wahl – nach einer Grundgebühr. Jugendliche zahlten eigentlich nur formal Beiträge (-50 im Jahr für die Karte und 10 – 20 Pfennig pro Veranstaltung). Trotz grosser Mitgliederzahlen war ein Defizit nie zu vermeiden. Durch die ständige Abwanderung blieb jede Vorausberechnung illusorisch, ausserdem überschritten die faktischen Ausgaben fast immer die Voranschläge. An Sälen stand[en] anfangs der kleine Saal der (staatlich[e]n) Musikhalle –[, ] der Conventgarten (Hamburgs bester Konzertsaal, der 1500 – 2000 Personen fasste) und der kleine Theatersaal im Conventgarten zur Verfügung.

Eröffnet wurde mit einer Aufführung von Beer-Hoffmanns »Jaakobs Traum«, sicher die vollendetste deutsche Dichtung eines bewusst jüdischen Dichters. Auch der Schwierigkeiten waren viele. Die Masse wollte gar nicht soviel Jüdisches, sie wollte viel eher Ersatz für das Unterhaltungstheater.

Was durfte gespielt werden? Jedes Programm bedurfte vorheriger Genehmigung. Jüdische Autoren waren zugelassen – und anfangs fast alle ausländischen – später auch hier nur die jüdischen. Stücke aber, die auf den allgemeinen Bühnen gegeben wurden, waren nicht erlaubt. Zunächst war man in der Gestapo grosszügiger, wenn es sich um ältere Autoren und Komponisten handelte. So liess man Bach zu, allerdings wurde eine Zusage, Goethes selten gespieltes Kammerstück »Stella« spielen zu dürfen, wieder zurückgenommen.

[...]

#### Nr. 7

Eine Ausstellung: bildende Kunst aus Hamburger jüdischem Besitz

März 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 13 vom 28.3.1935, S. IV f.

### **Kunst und Kunsthandwerk**

Ausstellung der Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft

*Im Hause Heimhuder Straße 68 hat die Regsamkeit der Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft eine Ausstellung geschaffen, die es verdient, daß sie grösste Be-*

*achtung innerhalb der Hamburger Judenheit findet. Wir haben in unserer vorigen Ausgabe auf diese wertvolle Schau hingewiesen und lassen heute den ausführlichen Bericht darüber folgen. Soweit er sich über die ausgestellten Werke der bildenden Kunst äußert, will und darf dieser Bericht nur rückschauenden Charakter haben. Er bezieht sich deshalb in keiner Zeile auf das heutige Schaffen der behandelten Künstler, zumal wenn es sich um solche Maler handelt, die außerhalb des Judentums stehen und schaffen.*<sup>3</sup>

### **Bildende Kunst aus Hamburger jüdischem Besitz<sup>4</sup>**

Die Anordnung der Ausstellung verrät Verständnis und Geschick, ja sogar ein gewisses Kunstprogramm. Der erste Raum im Erdgeschoß ist der Freiluftmalerei gewidmet, der anschließende Raum läßt das Kompositorische der einzelnen Kunstwerke stärker hervortreten, ein besonderes Kabinett ist im Erdgeschoß der Graphik eingeräumt, im oberen Stockwerk hat man dem Nachklang der Romantik eine stille Klause gelassen, in die aber schon die Gegenwart hereinklingt, die dann durch problematischere Werke in diesem Stockwerk vertreten ist.

An die sechzig Künstlernamen, darunter bekannte, aber auch unbekanntere, sehr ernst zu nehmende Erscheinungen sind in dieser Schau vereinigt. Es ist kaum möglich, auch nur einen Ueberblick über all die fesselnden Einzelheiten zugeben, die das Gesamtbild der Ausstellung ergeben. Es ist von höchstem Reiz, zu sehen, wie sich die Werke Liebermanns neben den Gemälden Pissaros ausnehmen. Der ganze Unterschied zwischen dem deutschen Freiluftmaler Liebermann und dem Franzosen mit der ganz anderen Lust seiner Bilder, der dichterem Technik seines Pinsels tritt hier zu Tage. Auch ein frühes Bild von Pissaro ist vertreten, eine Landschaft, in pointillierter Manier. Gerade in dieser Umgebung wirken Liebermanns Werke in ihrer Eigenständigkeit besonders überzeugend. Ein Pastell von seiner Hand (»Krabbenfischer«) zeigt ihn in einem seiner beliebtesten Motive, im Uebergang vom Land zum Meer, im rhythmischen Gliedern der Wellenkämme, im Zweiklang der Räder des Fischerkarrens. Auch einer seiner bekannten Parkausschnitte mit der typischen Tiefenwirkung ist vertreten.

In der Nachbarschaft dieser Werke sieht man ein Gemälde von Manet, ein Blumenstillleben, das für diesen Künstler nicht gerade typisch ist, mehr eine zufällige, aber durch den samtene Ton der Blumen und das Dekorative der Wirkung doch höchst ansprechende Schöpfung. Corinth ist mit einem Gemälde vertreten, das lediglich in der Farbigkeit dem Meister entspricht. Das Bild, eine Friseurszene, ist mehr als Skizze anzusprechen, wie der eine hantierende Arm in seiner Unvollkommenheit zeigt.

3 Nach Barbara Müller-Wesemann war dem *Hamburger Familienblatt* zur Auflage gemacht worden, in ihrem Ausstellungsbericht das derzeitige Schaffen zeitgenössischer, insbesondere nicht-jüdischer Maler nicht zu erwähnen; dies., Theater als geistiger Widerstand, S. 291 f.

4 Ebd., S. 216, 541.

Zu den bedeutendsten Werken der ganzen Ausstellung dürfte das Gemälde von Fritz Mühsam gehören, das eine Spanierin darstellt. In der Farbigkeit wie in der Auffassung läßt es das starke Einwirken von Goya erkennen, gibt sich aber doch mit großer Selbständigkeit und ist in der Art, wie der Frauenkopf, durch das Gelock verschattet, in der für die Spanierin typischen Verschleierung erscheint, von höchstem Reiz.

Um gleich hier die anderen wesentlichen Eindrücke anzuschließen, seien vor allem die Werke von Emil Nolde hervorgehoben, in denen die Kraft dieses Künstlers besonders eindrucksvoll lebt. Da ist das dämonische Stilleben, das mit einer unheimlichen Magie der Farbe und Komposition die Lebendigkeit der toten Dinge (Maske, Bildteller und Reiterplastik) darstellt. Die Meisterschaft des Ausdrucks hat dieses Gemälde mit dem auf der Ausstellung vertretenen Meerbilde Noldes gemeinsam, in dem Wasser, Wolken und Wogen zum gewaltigen Akkord erregter Natureinheit zusammengefaßt sind, während der Schatten eines Torpedobootes umrißhaft wie ein Holländerschiff hindurchgeistert.

Mit der letzten Phase seiner Schöpfungen, einem der Wüstenbilder, ist Kokoschka vertreten. In diesen afrikanischen Aufnahmen hat Kokoschka die Verschlingung von Figuren und aufgelockertem durchglühtem Sandboden darstellen wollen. Er läßt in diesem Werk die Karawane des Vordergrundes mit dem Wüstensande verschmelzen. Das Unmittelbare in der farbigen Wirkung eines solchen Bildes erreicht Kokoschka durch die virtuos gehandhabte Primamalerei.

Der einheimische Künstler Kurt Löwengard mag ebenfalls in dieser Reihe genannt werden, vor allem durch ein Werk, das Kinderbildnis, das mit außerordentlicher Sicherheit der Raumwirkung aufgebaut ist. Die Vertikale der Figur, in das Querformat gestellt, erscheint kompositorisch höchst kühn und ist vortrefflich gelungen; das Verschattete des Gesichts, die Unmittelbarkeit, mit der die Figur dicht vor den Beschauer hingestellt ist, erinnert an Munch. Durch die Farbigkeit erhält das Bild einen dekorativen Beiklang, der jedoch durch den individuellen Ausdruck des dargestellten Kopfes übertönt wird. Das Bild verbindet das Hintergründige Munchs mit der Farbigkeit der Franzosen durch die höchst eigenständige Kraft der Gestaltung. – Von den Einheimischen ist ferner Anita Ree hervorzuheben, die sich durch ein monumental gestaltetes Selbstbildnis vorstellt. Es läßt die Malerin gewissermaßen aus der Natur herauswachsen, verbindet Kopf, Berg und Haus kompositorisch zu einer Einheit und gibt so das Weltbild der Künstlerin, die sich in einem Knabenbildnis als empfindsame Gestalterin des farbigen Erlebens der Helligkeit der Figur zeigt, der sie zugleich außerordentlich viel Zartheit verleiht, deren Hände sie empfind-gefühlvoll formt. Es spricht viel Menschen- und Tierliebe aus diesem Bild.

In dem Raume, in dem diese beiden Bilder zu sehen sind, ist auch Paula Modersohn durch eine eindrucksvolle Schöpfung vertreten. Das Bild, eine alte Frau mit Kind, gemahnt an die alte Kunst und an die stille Verhaltenheit eines Thoma. In der Größe des Aufbaues, in der Kraft des seelischen Ausdrucks nimmt es im Gesamtwerk der Malerin zweifellos eine besondere Stellung ein. – In diesem Raum der



Kompositionen sieht man ein Gemälde des vor einem halben Jahrzehnt in Hamburg verstorbenen Malers Fritz Friedrichs, der eine Kriegserinnerung aus einem Lazarettgarten reizvoll in die Landschaft hineinstilisiert. Ein Atelierfenster-Ausschnitt von Schmidt-Rottluff gibt eine eigentümliche Farbdramatik. Ein frühes Selbstbildnis von Chagall steht in seiner kreidigen Farbgebung kühn im Raume und läßt die Besonderheit dieses Künstlers eindrucksvoll erkennen. Der Münchner Karl Caspar zeigt einen malerisch empfundenen Kampf Jakobs mit dem Engel.

Derain tritt in diesem Raume durch eine stilisierte Landschaft, vor allem aber auch durch ein zartes, sehr geschmackvolles Frauenbildnis hervor, das an die blaue Zeit Picassos erinnert. Ein Pferdestilben des im Kriege gefallenen Franz Marc verbindet mit der kompositorischen Kunst des Aufbaus eine diskrete Farbgebung.

Die Romanze, die in dem einen Raum des ersten Stockwerks in diese Ausstellung klingt, läßt als schönste Melodie die umfassende Landschaftskunst Hans Thomasa aufklingen, der die ganze Landschaft des Oberrheins in die Stille eines Werkes bettet. Josef Israels [Werk] erweckt durch einen reizenden kleinen Damenkopf, der fast ins Biedermeierliche zurückversetzt ist, die Erinnerung an vergangene Zeiten des Lebens und der Kunst. Trübners farbenfrohe Malerei ist mit einem Blumenstück vertreten, das wie ein Stück wohlvertrauter, gepflegter Kammermusik anmutet. In diesem Kreise erscheint auch Willy Jaeckel, selten als Stillebenmaler zu sehen. Das Werk, das hier von ihm ausgestellt wurde, teilt sich in zwei Hälften; die obere zeigt eine bewegte Gegenständlichkeit, während die untere Partie flächiger bleibt.

In der Graphik der Ausstellung erscheint Liebermann als der überragende Meister der zeichnerischen Gestaltung, die bereits die Farbe in sich trägt. Daneben sind aber auch andere, sehr bemerkenswerte Blätter zu sehen, so ein köstliches Idyll, das Eber-Feldberg in einem Aquarell gibt, oder die stimmungsvolle Klagemauer von L. Neu, aus der die Versunkenheit der Gestalten, das Abgewendete des klagenden Gebets in der dreimaligen Wiederholung eindringlich spricht. Die Farben Caput mortu[u]m und Grau sind vortrefflich abgewandelt.

Aus den plastischen Werken, die zu sehen sind, seien die Porträtschöpfungen von Henle in ihrer feinen, weichen Modellierung genannt, und ein kapriziöser Kopf von Seligmann. Barlach ist mit einem Werk vertreten, das sich von der sonstigen Schwere seiner Plastiken durch eine fast gotische Strebigkeit unterscheidet.

Zahlreiche Werke konnten hier nicht genannt werden, und es bleibt noch zu bemerken, daß es sich bei der einzelnen Hervorhebung nur um Beispiele handeln kann, um Einzelheiten, die von den übrigen Werken ergänzt werden.

[...]

**Nr. 8**

Der Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland als »Zwangverband«

30. Juli 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 86

Reichsverband

der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland

Vorsitzender: Intendant Dr. Kurt Singer / Verbandssekretär: Dr. Werner  
Levie

Berlin SW 68

Charlottenstr. 90 – 92

Rundschreiben Nr. 12

Berlin, den 30. Juli 1935

Dr. L/A.

Sehr geehrte Herren,

uns liegen sowohl von der Leitung der Geheimen Staatspolizei als auch von Herrn Hans Hinkel, Geschäftsführer der Reichskulturkammer und Sonderbeauftragter des Reichsministers Dr. Goebbels, Anfragen vor, die es uns zur Auflage machen, sofort die dem Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland angeschlossenen Bünde diesen beiden Stellen geschlossen zu melden, um Klarheit über den Umfang des Reichsverbandes im Hinblick auf die noch zu erwartenden Richtlinien zu schaffen.

Wir bitten Sie daher, uns umgehend, möglichst binnen 3 Tagen, Ihre Anmeldung zum Reichsverband Jüdischer Kulturbünde in Deutschland auf Grund der Protokolle der Gründungsversammlung und der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes vom 13. und 14. Juli 1935 zu übersenden.

Wir möchten bemerken, dass es sich lediglich darum handelt, uns auf einem Sonderblatt Ihren Beitritt zum Reichsverband anzumelden, falls dies noch nicht schriftlich geschehen ist, oder aber nochmals zu bestätigen, dass Sie bereits Mitglied des Reichsverbandes sind.

Wir müssen Herrn Staatskommissar Hans Hinkel, als Sonderbeauftragten des Reichsministers Dr. Goebbels, unverzüglich Meldung erstatten, so dass wir später eingehende Beitrittserklärungen einzelner Organisationen bei dieser Meldung nicht berücksichtigen können.

Wir bitten Sie, die Wichtigkeit dieser Angelegenheit zu beachten und begrüßen Sie

mit vorzüglicher Hochachtung  
REICHSVENBAND DER JUEDISCHEN  
KULTURBUENDE IN DEUTSCHLAND

(gez.) Singer (gez.) Levie

**Nr. 9**

Das Programm der Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft (1935/36)

Juli 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 30 vom 25.7.1935, S. III f.

**Erste Spielzeit der »Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft«**

Als sich vor zwei Jahren das Bedürfnis zeigte, dem jüdischen Publikum in gesonderten Vorstellungen Kunst zu vermitteln, als allerorten »Jüdische Kulturbünde« entstanden, die sich diese Aufgabe setzten und als weiteres Ziel vor Augen hatten, jüdische Künstler entsprechend zu beschäftigen, wurden auch solche Bestrebungen in Hamburg mehrfach in die Tat umgesetzt. Es gab Konzerte und Theatervorstellungen, aber der rechte Rahmen für alle diese Kunstdarbietungen war noch nicht vorhanden. Dieser entstand erst, als die »Jüdische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft« die Genehmigung zur Aufnahme ihrer Tätigkeit erhielt. Das geschah im Oktober 1934.

Ursprünglich war es die Absicht der beteiligten Kreise, das Theater in den Mittelpunkt künstlerischer Tätigkeit zu stellen, aber da die Konzession den Theaterbetrieb ausschloss[,] wurden vorerst einmal alle bereits vorhandenen Pläne über den Haufen geworfen. An die Stelle des Theaters trat die Musik. Sie mußte den Mittelpunkt des künstlerischen Programms bilden, und so wurde es notwendig, den Spielplan mit der größten Schnelligkeit umzugestalten und ihm eine feste Fassung zu geben. Vor allen Dingen wurde der Standpunkt vertreten, daß dem Publikum unbedingte Qualität zu bieten sei, und nach Ablauf der ersten Spielzeit der Gesellschaft darf man wohl sagen, daß es im großen und ganzen gelungen ist, diese Absicht auch in die Tat umzusetzen.

Der Überblick über die künstlerische Tätigkeit des ersten Winters bietet folgendes Bild:

A) Musik

[...]

B) Literatur und Theater

[...]

C) Bildende Kunst

[...]

D) Tanz

[...]

E) Film- und Lichtbildervorträge

[...]

F) Bunte und heitere Abende

[...]

G) Wissenschaftliche Vorträge

[...]

Ihr winkt vor allem eine neue Aufgabe, die schon von Anfang an ihr Ziel war: das Theater in allen seinen mannigfachen Formen. Wie sie an diese Aufgabe herangehen wird, das wird in der allernächsten Zeit bereits entschieden werden. Aber die Hauptgrundsätze, die ihrer Arbeit zugrunde liegen, werden die gleichen bleiben wie bisher, sie wird weiter unerschütterlich an der Qualität der Darbietungen festhalten, sie wird in der Gestaltung des Spielplans alle Kunstgebiete umfassen, sie wird nicht versäumen, das jüdische Zeiterlebnis zu berücksichtigen und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit Rechnung zu tragen, neuen künstlerischen Formen Raum zu geben.

Was die Organisation anlangt, so wird sie ihr System vereinfachen und versuchen, es so auszugestalten, daß auch eine Lebensmöglichkeit für die Gesellschaft gegeben ist. Die finanzielle Unterbauung der Gesellschaft ist selbstverständlich eine Kardinalfrage, und schon deshalb besonders wichtig, weil natürlich die Absicht besteht, auch allen wirtschaftlich schwächeren Besuchern die Veranstaltungen der Gesellschaft zugänglich zu machen.

Da nun auch, wie bereits in der vorigen Woche mitgeteilt, die Theaterkonzession erteilt ist, womit die Bewegungsfreiheit eine weitere Ausdehnung erfährt, ist die Leitung der Gesellschaft der festen Hoffnung, daß ihre Grundsätze und Pläne sich in die Wirklichkeit umsetzen lassen werden.

#### Nr. 10

Die Richtlinien des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin

13. August 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 339 f.

Geheimes Staatspolizeiamt

Berlin, den 13. August 1935

II 1 B 2 – 67217/J.706/35

vbm.J.752/35.

Richtlinien für die Tätigkeit des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden, S. 124, Rn. 618.

- 1.) Der Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland stellt den organisatorischen Zusammenschluss aller jüdischen Kulturbünde im deutschen Reichsgebiet dar. Sitz der verantwortlichen Reichsleitung des Reichsverbandes ist Berlin SW 68, Charlottenstr. 90/92.
- 2.) Dem Reichsverband müssen sämtliche jüdischen Kulturbünde mit Ausnahme der Schul- und Kultusgemeinden eingegliedert sein. Mitglieder eines jüdischen Kulturbundes können nur Juden oder Nichtarier im Sinne des Berufsbeamtengesetzes sein. Jedoch können Ehegatten von Mitgliedern eines jüdischen Kulturbundes, auch wenn sie selbst arisch sind, einer solchen Organisation angehören.
- 3.) Bei Veranstaltungen eines jüdischen Kulturbundes beschäftigt werden oder an einer solchen Veranstaltung teilnehmen dürfen nur die Mitglieder dieser Organisation. Derartige Veranstaltungen haben daher den Charakter von »geschlossenen Veranstaltungen«, und sind Personen ohne Mitgliedsausweis, sofern sie nicht im Besitze einer besonderen Erlaubnis der örtlichen Dienststelle der politischen Polizei (in Berlin des Büros des Staatskommissars Hinkel), sind, unzugänglich.
- 4.) Die jeweilige Genehmigung von Vortragsfolgen jeder Art erfolgt durch das Büro des Staatskommissars Hinkel im Einvernehmen mit dem Geheimen Staatspolizeiamt Berlin. Vortragsfolgen, Theaterstücke, Filme usw., die von diesen Stellen genehmigt sind, bedürfen grundsätzlich einer besonderen Genehmigung durch die zuständige örtliche Dienststelle nicht, sofern nicht besondere örtliche Verhältnisse eine abweichende Entscheidung erfordern. Vor Erlass einer derartigen Entscheidung ist jedoch zuvor die Stellungnahme des Geheimen Staatspolizeiamtes Berlin einzuholen.
- 5.) Die Veranstaltungen des jüdischen Kulturbundes sind tunlichst in Räumen abzuhalten, deren Eigentümer, Mieter oder Pächter Nichtarier ist. Nur sofern derartige Räume nicht vorhanden sind, können auch arische Personen einen solchen Raum zur Verfügung stellen. In diesem Falle darf dem arischen Vermieter aus der Tatsache der Vermietung Schaden nicht erwachsen.
- 6.) Alle Veranstaltungen eines jüdischen Kulturbundes sind spätestens 10 Tage vorher der örtlichen Staatspolizeistelle anzumelden.
- 7.) Jeder Lokalverband und jede sonstige Organisationsstelle des jüdischen Kulturbundes ist verpflichtet, personelle und organisatorische Veränderungen vorher dem Geheimen Staatspolizeiamt und dem Büro des Staatskommissars zur Genehmigung vorzulegen.
- 8.) Ein öffentlicher Verkauf von Theater-, Konzert- und Vortragskarten sowie eine Werbung oder Propaganda durch die Presse mit Ausnahme ausgesprochen jüdischer Zeitschriften ist untersagt.
- 9.) Organ des Reichsverbandes sind die »Mitteilungen des Reichsverbandes Jüdischer Kulturbünde«, deren redaktioneller Inhalt jeweils vor der Druck-

- legung dem Büro des Staatskommissars Hinkel, Berlin, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, zur Genehmigung vorzulegen ist.
- 10.) Die Leitung des Reichsverbandes jüdischer Kulturbünde und die jeweilige örtliche Leitung des Kulturbundes sind mit ihren sämtlichen Personen dafür verantwortlich, dass die Veranstaltungen sich in keiner Form und keiner Richtung gegen den nationalsozialistischen Staat und seine Gesetze und Grundforderungen richten.
- 11.) Ein Verstoss gegen diese Anordnung hat die Auflösung des Jüdischen Kulturbundes zur Folge.

gez.: Heydrich.

Beglaubigt:

gez.: Lehmann

Kanzleiangestellte.

## Nr. 11

Nationalsozialistische Vorgaben zur Tätigkeit des Reichsverbandes der Jüdischen Kulturbünde

August 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 336-338

Der am 27. April 1935 gegründete Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland hatte auf seiner Gründungsversammlung Herrn Intendant Dr. Kurt Singer als Vorsitzenden des Reichsverbandes gewählt.

Am 22. August 1935 hat der Sonderbeauftragte des Herrn Reichsministers Dr. Goebbels, Herr Staatskommissar Hinkel, im Einvernehmen mit der Geheimen Staatspolizei, Herrn Dr. Kurt Singer, als verantwortlichen Leiter des Reichsverbandes, Herrn Dr. Werner Le vie, als Generalsekretär bestätigt.

Inzwischen sind die von Herrn Staatskommissar Hinkel im Einvernehmen mit der Geheimen Staatspolizei ausgearbeiteten Richtlinien publiziert worden. Im Zusammenhang mit diesen Richtlinien für die Zusammenfassung [der] Kulturarbeit in Deutschland treibender Organisationen werden folgende Ausführungsbestimmungen bekanntgegeben, die von dem Sonderbeauftragten, Herrn Staatskommissar Hinkel, vollinhaltlich genehmigt worden sind.

### Ausführungsbestimmungen REICHSVERBAND DER JÜDISCHEN KULTURBÜNDE IN DEUSCHLAND.

I.

Von dem Zusammenschluss im Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland werden erfasst:

- 1) Kulturbünde
- 2) Theatervereine
- 3) Gesangvereine
- 4) Freie Chöre
- 5) Orchestervereinigungen
- 6) Kulturausschüsse bei den Synagogengemeinden und Künstlerhilfen (soweit diese durch künstlerische Veranstaltungen jeder Art produktive Hilfe für notleidende Künstler leisten oder überhaupt künstlerische Veranstaltungen durchführen)
- 7) Vereine jeder Art, die laufend künstlerische Veranstaltungen durchführen.

II.

Dem Zusammenschluss im Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland unterliegen nicht:

- a) Institutionen der Juden in Deutschland:
    - Reichsvertretung der deutschen Juden und deren Einrichtungen
    - Zentralausschuss der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau und dessen Einrichtungen
    - Landesverbände der jüdischen Gemeinden und deren Einrichtungen
    - Jüdische Gemeinden, unbeschadet der Ziffer I/6
    - Rabbinerbildungsanstalten
    - Lehrhäuser und Volkshochschulen
    - Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände und die ihm angeschlossenen Organisationen
    - Schulvereine.
  - b) Weltanschauliche Organisationen:
    - Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
    - Zionistische Vereinigung für Deutschland
    - Reichsbund jüdischer Frontsoldaten
    - Vereinigung für das religiös-liberale Judentum
    - Die Vereine zur Pflege des gesetzestreuen Judentums.
  - c) Frauenbünde,
    - deren hauptsächlicher Zweck Zusammenschluss der jüdischen Frau und deren Erziehung zu jüdischem Gemeinschaftsbewusstsein und zur sozialen Betätigung in der jüdischen Gemeinschaft ist, die aber ihre Veranstaltungen des öfteren mit künstlerischen Darbietungen umrahmen.
  - d) Gross-Loge U.O.B.B.
- Ferner: e) Synagogen- und Religionsvereine
- Standesorganisationen
  - Sportvereine
  - soziale Hilfsorganisationen

Organisationen, die dem Zusammenschluss im Reichsverband nicht unterliegen, können gelegentlich eine weltanschauliche oder gesellige Veranstaltung durch künstlerische Beiträge umrahmen lassen. Für diesen Fall sind sie verpflichtet, dem Reichsverband 14 Tage vorher das Programm sowie den Termin der Veranstaltung anzumelden. Um den Charakter des Gelegentlichen zu wahren, entscheidet der Reichsverband über die Genehmigung.

III.

- 1) Die zu I aufgeführten Organisationen haben bis spätestens 15. September 1935 Anträge auf Aufnahme in den Reichsverband bei dessen Verwaltung, Berlin SW 68, Charlottenstr. 90/92, zu stellen.
- 2) Der Reichsverband entscheidet über die Aufnahme.
- 3) Über die Anschlusspflicht und eventuelle Ablehnung von Organisationen entscheidet der Reichsverband im Einvernehmen mit dem Sonderbeauftragten.
- 4) Die dem Reichsverband angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet:
  - a) die Richtlinien des Sonderbeauftragten korrekt durchzuführen. Dem Reichsverband liegt die Beaufsichtigung hierüber ob.
  - b) bis zum 15. eines jeden Monats dem Reichsverband das nächstmonatliche Programm zur Genehmigung vorzulegen.
  - c) Abänderungen des Programms sind bis spätestens 8 Tage vor der Veranstaltung dem Reichsverband zur Genehmigung vorzulegen.
- 5) Die dem Reichsverband angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet, Monats- bzw. Jahresabrechnungen über den Mitgliederstand einzureichen und einem Beauftragten des Reichsverbandes zum Zwecke der Kontrolle jederzeit Einblick in die Bücher zu gewähren.
- 6) Die dem Reichsverband angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet, pro Mitglied einen Verwaltungsbeitrag von monatlich RM -.03 (laut Vorstandsbeschluss) an den Reichsverband zu leisten; sie sind berechtigt, um diesen Betrag ihren Mitgliedsbeitrag zu erhöhen.

[...]

REICHSVERBAND DER JÜDISCHEN KULTURBÜNDE  
IN DEUTSCHLAND

gez. Singer



**Nr. 12**

Der gemeinsame Aufruf für den Kulturbund

August 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 9 vom 30.8.1935, S. 1

**Für den Jüdischen Kulturbund**

Die jüdische Kulturbund-Arbeit in Deutschland geht in ihr drittes Jahr. Die Bewegung, die im Sommer 1933 hervorgerufen wurde, ist inzwischen über ganz Deutschland gegangen. Sie lebt im Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland und sucht geistige Anregung und künstlerische Erhebung noch in die kleinsten jüdischen Gemeinden Deutschlands zu bringen.

Der Hamburger Kulturbund ist groß, aber er ist im Verhältnis zum Umfang der Hamburger Gemeinde und der Nachbargemeinden längst nicht groß genug; denn es dürfte nicht möglich sein, daß Juden, die den sehr bescheidenen Mitgliedsbeitrag noch aufbringen können, nicht auch Mitglieder des Kulturbundes sind.

Hier handelt es sich nicht nur darum, für Hunderte von jüdischen Künstlern und Geistesarbeitern, denen jede andere Wirkungsmöglichkeit genommen ist, ein neues Schaffenfeld zu finden und zu erhalten — hier handelt es sich nicht nur darum, allen unseren jüdischen Mitbürgern in dieser schwersten Zeit eine heilsame Ablenkung, eine wohlthätige Zerstreung durch Gaben der Kunst, durch Theater, Musik, Wort und Schrift und Bildnerie zu gewähren — der eigentliche Sinn des Kulturbundes besteht darin, der Gefahr innerer Erstarrung zu wehren, Gefühl und Geist jüdischer Menschen mit den großen Werten künstlerischen und denkerischen Lebens in Beziehung zu halten. Darum scheint es uns Sache jedes selbstbewußten Juden, in den Kulturbund einzutreten und seine Bestrebung durch aktive Mitarbeit so stark und erfolgreich zu machen wie möglich.

**Reichsvertretung der deutschen Juden**

Baek Hirsch

**Zentralauschuß der deutschen Juden für Hilfe und Aufbau**

Bordardt Adler-Rudel

**Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland**

Singer Levie

**Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens**

Julius Brodnitz

**Jüdischer Frauenbund**

Hannah Karminski

**Reichsausschuß Jüdischer Jugendverbände**

Friedrich Brodnitz

**Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten**

Löwenstein

**Vereinigung für das religiös-liberale Judentum**

Stern Simon

**Zionistische Vereinigung für Deutschland**

Moses Meyer

★

**Deutsch-Israelitische Gemeinde**

David

**Portugiesisch-Jüdische Gemeinde**

Luria

**Verband der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins  
und der Hansestädte**

Manasse

**Franz Rosenzweig Gedächtnis-Stiftung**

Philipp

**Nr. 13**

Der Anschluss der Altonaer Gemeinde an den Jüdischen Kulturbund Hamburg e.V.

20. September 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63,  
Bl. 335

20. Sept. 1935.

An den  
Jüd. Kulturbund Hamburg e.V.,  
Hamburg  
Börsenbrücke 8 I.

H./S.

Wir bitten Sie, freundlichst zu der Frage Stellung nehmen zu wollen, ob ein Anschluss unserer Gemeinde, die über einen eigenen Kulturbund nicht verfügt, an Ihre Organisation möglich wäre. Auf die Anfrage des Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde in Deutschland haben wir s.Zt. erwidert, dass wir den Anschluss nicht zu vollziehen beabsichtigen, mit Rücksicht darauf, dass die Mitglieder unserer Gemeinde an dem Hamburger Kulturbund interessiert seien. Immerhin müssen wir schon heute in Erwägung ziehen, dass uns die Abhaltung etwaiger Veranstaltungen innerhalb unserer Gemeinde ausserordentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht würde, wenn wir nicht zum Mindesten den Anschluss an den Kulturbund Hamburg nachweisen können.

Wir sehen Ihrer Mitteilung mit Interesse entgegen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorsitzende:

**Nr. 14**

Der Subventionsantrag an die jüdische Gemeinde

14. Januar 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 414, Bl. 172 f.

JUEDISCHER KULTURBUND HAMBURG E. V.,

Hamburg II, Börsenbrücke 8 I.

Hamburg, den 14. Januar 1936.

An den Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

H a m b u r g 13

Rothenbaumchaussee 38.

Der Jüdische Kulturbund e. V. hat im Jahre 1935 von der Deutsch-Israelitischen Gemeinde ein Darlehn von 2.500 RM, von denen 1.000 RM bereits zurückgezahlt sind, und ausserdem von der Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe ein Darlehn von 1.000 RM erhalten. Wie bekannt, hat der Kulturbund seine Tätigkeit in seiner jetzigen Form erst ab 1. September aufgenommen. Sein Wirtschaftsjahr läuft aus theater-technischen Gründen vom 1. September bis zum 31. August eines jeden Jahres.

Als der Kulturbund am 1. September seine Tätigkeit in der neuen Form aufnahm, konnte die Festsetzung des Mitgliedbeitrages und der Eintrittspreise für die einzelnen Veranstaltungen nur auf Grund von Schätzungen allgemeiner Art vorgenommen werden. Es hat sich herausgestellt, dass trotz eines ständig wachsenden Mitgliederbestandes zur Zeit fast 3000 Vollmitglieder und 1000 geringerzahlende Mitglieder (Künstler, Jugendliche und Erwerbslose) die Durchführung der Veranstaltungen in der bisherigen Weise nicht ohne Verlust möglich gewesen ist. Der Kulturbund hat daher per 31. Dezember 1935 die für das ganze Jahr bestimmten Mitgliedsbeiträge bereits verausgabt und ausserdem ein Defizit von rund 2.500 RM erlitten. Er kann seine Tätigkeit also nur fortsetzen, wenn ihm neue Mittel zur Verfügung gestellt werden. Selbstverständlich wird der Kulturbund dabei den bisherigen Erfahrungen Rechnung tragen und in Zukunft nur solche Veranstaltungen machen, die ein erhebliches Risiko nicht einschliessen.

Da aber die laufenden allgemeinen Unkosten monatlich rund 2.000 RM betragen, und da die Leitung des Kulturbundes die Verantwortung für die Fortsetzung des Betriebes nur übernehmen kann, wenn ausser den für die laufenden Unkosten erforderlichen Beträgen ein gewisser Risikofonds zum Ausgleich von Verlusten zur Verfügung steht, ist es erforderlich, einen Betrag von rund 25.000 RM aufzubringen. Die Leitung wird deswegen an ihre Mitglieder und Förderer und an die Reichsvertretung der deutschen Juden herantreten und hofft, den grössten Teil dieses Betrages auf diese Weise zusammenzubringen. Sie kann aber nicht damit rechnen, dass der ganze Betrag von dritter Stelle aufgebracht wird, und muss vor allen Dingen,

um über die schon jetzt entstandenen Schwierigkeiten hinwegzukommen, sofort einen Betrag von mindestens 6.000 RM erhalten.

Der Kulturbund bittet daher die Deutsch-Israelitische Gemeinde um Gewährung einer einmaligen Subvention von 6.000 RM und ferner zur teilweisen Deckung des Defizits per 31. Dezember 1935 um Erlass der alten Schuld von 1.500 RM.

Die Beratungsstelle wird gleichfalls gebeten werden, ihre Forderung zu streichen, sodass damit das Defizit per 31. Dezember 1935 gedeckt sein würde.

Zur Begründung unseres Antrages bemerken wir ferner, dass ein sehr erheblicher Teil der Ausgaben des Kulturbundes in Personalausgaben und in Ausgaben für Lieferungen jüdischer Lieferanten besteht, sodass indirekt die Wohlfahrtsausgaben der Gemeinde entlastet bzw. vor der Inanspruchnahme bewahrt werden. Wir weisen ferner darauf hin, dass kein einziger Kulturbund in Deutschland ohne Subvention gearbeitet hat. Der Kulturbund in Berlin ist vor etwa einem Jahr mit einem sehr grossen Betrag (ca. 70.000 RM) von der Jüdischen Gemeinde Berlin saniert worden. Der Frankfurter Kulturbund hat eine Subvention der Frankfurter Gemeinde von 6.000 RM und eine Subvention der Reichsvertretung von 3.000 RM erhalten. Ausserdem hat der Frankfurter Kulturbund sehr erhebliche Zuschüsse von privater Seite bekommen.

Es ist selbstverständlich, dass der Kulturbund sich bemühen wird, die Inanspruchnahme der Gemeinde auf das geringstmögliche Mass zu beschränken. Er wird sich daher einerseits bemühen, von dritter Seite so viele Förderbeiträge wie möglich einzuwerben und andererseits durch äusserst sparsame Wirtschaft und durch grösstmögliche Einschränkung des Veranstaltungsrisikos dahin zu arbeiten, dass er zum mindesten einen Teil der beantragten Subvention der Gemeinde zurückgeben kann. Eine Verpflichtung dazu kann der Kulturbund allerdings nicht übernehmen.

Es ist ferner selbstverständlich, dass der Kulturbund versuchen wird, im nächsten Geschäftsjahr seine finanzielle Konstruktion zu ändern, dass Einnahmen und Ausgaben sich ausgleichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. Jüdischer Kulturbund Hamburg E.V.

Der Vorsitzende

R. Samson

**Nr. 15**

Der Hamburger Kulturbund in kritischer Standortbestimmung

März 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 3 vom 20.3.1936, S. 8

## JÜDISCHER KULTURBUND HAMBURG

Dr. Ernst Loewenberg:<sup>6</sup>

### KULTURBUND UND GEMEINDE

Die jüdischen Menschen in Deutschland stehen vor der Aufgabe, in einer neuen Welt sich zurecht zu finden. Mögen die einen heute noch zurückstehen, mögen einzelne glauben, unbeschwert wie früher Theater und Konzerte besuchen zu können – es wird uns von Tag zu Tag klarer, daß wir aus einem Gestern, an dem unsere Erinnerungen hängen, um ein Morgen kämpfen müssen, das kleiner und enger sein wird, aber doch voll Licht und Sonne sein soll. Wenn die Anfänge eines jüdischen Kulturbundes in Hamburg im Vorjahre zaghaft unter dem Namen einer »Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft« liefen, so lag in dieser Namenswahl die Frage nach dem Wesen jüdischer Kultur. Unsere Väter waren überzeugt, daß das Jüdische ihrer Seele nur ein besonderer Klang des Allmenschlichen sei, sie fühlten sich verwurzelt in dem Boden ihrer Heimat, im Laut der Muttersprache schwang ihre Seele. So hätte ihnen ein jüdischer Kulturbund ihrem Wesen nach fremd bleiben müssen.

[...]

So trafen die Ereignisse der letzten Jahre die jüdischen Menschen innerlich gefestigt. Wohl brachen unter der elementaren Macht des Geschehens viele zusammen, wohl glaubten manche, dem Sturme ausweichen zu können. Niemand ist unter uns, der nicht in den Grundfugen seines Seins getroffen wurde, aber es geht nicht um den einzelnen. Die Gesamtheit hat sich in der Stunde der Not bewährt. Ungezählt waren die Aufgaben, die jetzt an die jüdischen Gemeinden herantraten. Aus einem religiösen Verband, der für Kultus, Schule und Wohlfahrt gesorgt hatte, wurden die Gemeinden zu den berufenen Trägern mannigfacher Aufgaben im jüdischen Lebensraum. Auch da, wo einzelne Gebiete gesondert organisiert wurden, geschah es in enger Fühlungsnahe mit Gemeinden und Reichsvertretung. So

6 Ernst Loewenberg (1896-1987), Dr. phil. 1927, Sohn des Schriftstellers und Schulleiters Jacob Loewenberg, war Lehrer an der Lichtwarkschule. Nach seiner Versetzung in den Ruhestand im Juni 1934 unterrichtete er an der Talmud Tora Schule. Loewenberg, seit 1930 Vorstandsmitglied im Landesverband Nordwestdeutschland des CV, war seit 1933 Vorsitzender des Repräsentanten-Kollegiums der DIG und seit 1934 Mitglied des Gemeindevorstands. Als Mitglied des Kuratoriums des Jüdischen Kulturbunds Hamburg war er einer seiner engagiertesten Verteidiger. Loewenberg emigrierte im Herbst 1938 in die USA.

wurde der »Jüdische Kulturbund« eine eigene Organisation, die im »Reichsbund der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland« zusammengeschlossen ist.

Schon durch die verhältnismäßig geringe Zahl der außerhalb Berlins ansässigen Juden sind die Möglichkeiten der jüdischen Kulturbünde von vornherein begrenzt. Aber überall gleich groß bleiben die zu lösenden Aufgaben. Das Weltbild, unter dem wir aufgewachsen sind, ist das der abendländischen Kultur. Ihren Geist haben wir mit der Sprache, die wir sprechen, in uns aufgenommen. Die empfindsame Geistigkeit uralter geistiger Schulung hat seit den Tagen der Romantik jüdische Menschen zu Vorkämpfern neuer Wege der Dichtung gemacht. Den lebendigen Zusammenhang mit dieser Kunst zu wahren, uns dieses Weltbild zu erhalten, ist eine der Aufgaben des jüdischen Kulturbundes. Aber das würde nicht genügen. Wir fühlen heute, daß wir darüber hinaus versuchen müssen, unseren eigenen jüdischen Beitrag zur menschlichen Kultur auch heute zu bringen. Und ein weiteres: unter den hunderten ausübender Künstler haben einige Prominente den Weg zu anderen Wirkungsstätten finden können, an denen sie oft schon früher tätig gewesen waren. Die meisten haben hier bleiben müssen, und je echter ihr Künstlertum, um so schwieriger der Versuch einer Umstellung. Diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Kräfte und ihr Können wieder zu schöpferischer Wirkung kommen zu lassen, ist eine Aufgabe, die allein die Berechtigung für den jüdischen Kulturbund hätte geben können. Sehr schwierig bleibt die Frage, ob die jüdischen Kulturbünde die Heranbildung eines künstlerischen Nachwuchses pflegen dürfen. Niemand kann die Verantwortung für eine ungewisse Zukunft übernehmen. Wo aber allen Hindernissen zum Trotz junge Menschen den schweren Weg eines jüdischen Künstlers gehen wollen, wird ihre Förderung eine Ehrenpflicht der Kulturbünde sein.

Uns allen aber soll der Kulturbund Stunden innerer Erhebung geben, damit wir die Sorgen des Tages vergessen, neuen Mut schöpfen, damit wir sehen, wie unser Schicksal sich in der Kunst zum Allmenschlichen weitet. Liegt doch gerade bei uns die Gefahr, daß wir ob des besonderen Druckes, der auf uns lastet, das Allgemeine vergessen. Aber neben der seelischen Erhebung, zu der uns große Kunst wieder frei machen kann, wollen wir nicht vergessen, daß auch die leichte Muse der Kleinkunst vielen helfen kann, sich über die Unbill des Tages mit befreiendem Lachen hinwegzusetzen. Oberster Grundsatz aber muß bleiben, daß ein Kulturbund nur künstlerisch Wertvolles und das Beste, das in seinem begrenzten Rahmen möglich ist, bringt. Wir dürfen nicht vergessen, daß trotz der erfreulich großen Zahl von Mitgliedern (etwa 3000 Erwachsene und 1000 Jugendliche) die Zahl der Veranstaltungen und die Auswahlmöglichkeit für den einzelnen immer begrenzt bleiben müssen. Wir haben keinen Theaterraum, keinen Theaterfundus, aber wir haben in Hamburg heute ein Ensemble, das als einziges Reise-Ensemble anerkannt ist und mit seinen Stücken in Oberschlesien, Breslau, Düsseldorf, Frankfurt und anderswo spielt, damit aber auch gezwungen ist, bei dem Aufbau des Spielplans Rücksicht zu nehmen. Wenn wir das bedenken, so können wir nur mit tiefer Bewunderung uns der Theaterabende erinnern, die Hans Buxbaum uns geschenkt hat. Sein leiden-

schaftlicher Wille zur Leistung, seine unermüdliche Hingabe haben in kurzer Zeit das Hamburger Kulturbundtheater zu einem wesentlichen Faktor des jüdischen Kunstlebens in Deutschland gemacht.

Buchstäblich aus dem Nichts wuchs der gewaltige Akkord des Eröffnungsabends: »Jaakobs Traums«, damit Richtung des Kulturwillens zeigend. Keine große Einzelleistung, aber ein Zusammenklang jüdischer Menschen in jüdischem Spiel. Zu einem überragenden europäischen Geist führte die Komödie »Die Häuser des Herrn Sartorius« aus der Frühzeit Bernard Shaws. Die soziale Kritik dieses Jugendwerkes hat noch heute nicht Sinn und tiefere Bedeutung verloren. Viel kritisiert wurde Jakob Wassermanns »Lukardis«. Diese Kritik galt nicht der bis in die Einzelheit durchgeführten Aufführung, sie galt dem Stück in seiner Problemstellung. Aber gehört es nicht zu einem jüdischen Kulturbund, ein Stück auch einmal zur Diskussion zu stellen, zumal wenn es von einem Manne kommt, dessen Romane zu den größten der vergangenen Epoche gehören. Viel fremder blieb vielen Arthur Schnitzlers »Liebelei«, weil hier eine für uns längst überwundene Welt lebendig wurde. Vielleicht brachte das Spiel im modernen Kostüm diesen Gegensatz noch schärfer heraus, vielleicht wurde es aber nur so erträglich, weil der Jugendstil, in dem es hätte gespielt werden müssen, auf uns heute komisch wirkt. Und der Publikumserfolg, auf den auch ein jüdischer Kulturbund angewiesen ist, zeigte, daß hier das Rechte getroffen war. Ein unsterbliches Spiel der heitersten Laune wurde lebendig im beschwingten Übermut des Shakespeare-Abends: »Komödie der Irrungen«. Noch warten viele, dieses Spiel, das in den letzten Märztagen (30. und 31. März) wiederholt werden soll, zu sehen. In diesen Tagen haben wir ein entzückendes, leichtes Spiel »Meine Schwester und ich« gesehen, das in Oberschlesien unsern Künstlern auch schon große Erfolge gebracht hat.

Noch sind der Aufgaben viele. Das jüdische Theater wartet auf ein jüdisches Drama, denn auch der »Reubeni«, den der Kölner Kulturbund brachte, soll nur ein »Theaterstück« gewesen ein. Aber unter den ostjüdischen Dichtern, die wir vor Jahren im Wilnaer Künstlertheater und durch die Habimah kennenlernten, werden noch Möglichkeiten zu einer Erweiterung des Repertoires sein. Wenn unser junger Kulturbund heute schon an eine Aufführung des »Hamlet« denkt, die für den Mai geplant ist, so freuen wir uns über den Wagemut, daß auch unser Direktor, zwar ohne »Prospekte und Maschinen«,

So schreitet in dem engen Bretterhaus  
Den ganzen Kreis der Schöpfung aus.

In Hamburg fing jüdische Kulturarbeit mit Musik an. Moritz gab mit seinem Kammerorchester den Auftakt. Große Orchesterkonzerte unter Rosenstock und Steinberg folgten. Hier konnten die Programme aus der Fülle der klassischen Musik schöpfen und Tausende erlebten wieder, wie diese Musik, die sie seit Jahren entbehrt hatten, ihnen Erlebnis wurde. Besonders stark in der Erinnerung haftet der Abend, an dem Rosenstock und Steinberg an zwei Flügeln musizierten. Unter den Solistenabenden ragte der Liederabend von Sabine Kalter hervor. Noch schwieri-

ger als in der Dichtung ist die Frage nach dem jüdischen Gehalt in der Musik, und doch spürten wir in der ersten Symphonie von Mahler die Unruhe, die den jüdischen Menschen durch das Leben peitscht. Für die allernächste Zeit wird die Aufführung des Oratoriums von Ernest Bloch »Awodath Hakodesch« vorbereitet.

In der bildenden Kunst wurde im Vorjahr der Versuch einer Ausstellung von Werken aus jüdischem Privatbesitz gemacht, der das Mäzenatentum des jüdischen Hamburgs zeigte. Eine »Ausstellung des jüdischen Kunsthandwerks« bewies, welche Meister wir in der handwerklichen Kunst unter uns haben. Eine für den April geplante zentrale Ausstellung jüdischer Künstler in Berlin wird durch den Hamburger Kulturbund einheimischen Künstlern eine neue Ausstellungsmöglichkeit geben. – Noch nicht gelöst ist die Frage der Film-Aufführungen.

Unsere Gemeinde steht mit dem jüdischen Kulturbund in enger Zusammenarbeit. Wohl geht der Kreis der Mitglieder des Kulturbundes über die Gemeinde hinaus, aber er hat eine für die Gemeinde wichtige Aufgabe übernommen. Die Heranbildung unserer Jugend würde arm sein, könnten wir ihr nicht durch den Kulturbund das Erlebnis großer Kunst vermitteln. So gehören die jugendlichen Mitglieder zu den treuesten Anhängern des Kulturbundes. Aber auch im Leben der Aeltern ist Kunst zu einem notwendigen Bestandteil ihres Lebens geworden, auf das sie schmerzlich eine Zeitlang verzichten mußten. Gemeinde und Kulturbund wollen dafür sorgen, daß jedem jüdischen Menschen in Hamburg die Möglichkeit gegeben wird, Konzert und Theater zu besuchen. Das wird aber nur gelingen können, wenn diejenigen unserer Gemeinschaft, die dazu noch heute in der Lage sind, den Kulturbund tatkräftig unterstützen, durch ihren Besuch dazu beitragen, daß seine Ziele immer höher gesteckt werden können. Wenn das »Gemeindeblatt« von jetzt ab regelmäßig dem Kulturbund eine eigene Beilage gewährt, so will die Gemeinde helfen, die Juden in Hamburg zu tätigen Mitgliedern des Kulturbundes zu machen. Denn was die Zeiten uns auch bringen – auch in der Betrachtung der Kunst und des Kunstwerks ahnen wir die Allmacht der Schöpfung.

## Nr. 16

Der Jüdische Kulturbund

17. Juli 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 7 vom 17.7.1936, S. 8f.

[...]

Organisation

Von Dr. Dr. Ferdinand Gowa

Dem Kulturbund ist es in dieser Spielzeit gelungen, sich in allen Schichten der Hamburger jüdischen Bevölkerung durchzusetzen. Seine Mitgliederzahl beträgt an-



nähernd 5800. Eine Durchsicht der Mitgliederkartei ergibt, daß nicht nur sozial gesicherte Personen ihren Beitritt zum Kulturbund erklärt haben, sondern, daß gerade auch die sozial bedrohten Schichten regen Anteil an der Kulturbundarbeit genommen haben. Darüber hinaus ist mit Freuden festgestellt worden, daß die Jugendlichen aller Richtungen Mitglieder des Kulturbundes geworden sind.

Trotz des großen Mitgliederbestandes ist es bisher noch nicht gelungen, bei allen unseren Veranstaltungen eine so große Besucherzahl zu erreichen, daß ihre Kosten sich finanziell zum mindesten ausgleichen. Gerade bei den Veranstaltungen, die hohen kulturellen Wert haben, wie »Jaakobs Traum« und »Hamlet«, die Aufführung der ersten Symphonie von Gustav Mahler und »Awodath Hakodesch« von Bloch mußten wir zu unserem Bedauern feststellen, daß gerade die besseren Plätze nicht so verkauft waren, wie wir es nach der Bedeutung der Werke erwarten durften.

Wir haben allerdings von Anfang an streng die Meinung vertreten, daß der Kulturbund in erster Linie künstlerisch wertvolle Arbeit zu leisten habe, daß er aber nicht einem schlechten Publikumsgeschmack, der allerdings zu einer Besserung der Kasenslage führen könnte, nachgeben dürfe. Dabei ist die Leitung, wie die unten gegebene Uebersicht über unsere Veranstaltungen ergibt, durchaus nicht so unduldsam gewesen, daß sie heitere Stücke, bunte Abende, das Konzert eines Film- und Radiostars schlechthin abgelehnt hätte. Nur haben wir in der entscheidenden Linie immer versucht, eine hohe künstlerische Qualität zu erreichen und nicht den Forderungen einer kleinen Opposition, die die Einstellung des Kulturbundes auf den Massengeschmack forderte, nachzugeben.

Daß bei dieser Einstellung nicht allen Künstlern, die sozial in Not waren und sind, durch den Kulturbund geholfen werden konnte, sehen wir ein. Wir sind aber nach wie vor der festen Meinung, daß diesen Künstlern durch soziale Organisationen und nicht durch den Kulturbund geholfen werden kann.

Die Arbeit der Spielzeit ist eine sehr große gewesen, wobei darauf hinzuweisen ist, daß abgesehen von den 57 Veranstaltungen in Hamburg 28 Theatervorstellungen, 16 Konzerte, 11 Bunte Abende, Chanukkahmesse, eine Werbeveranstaltung, zahlreiche Gastspiele unseres Theaterensembles (29), sowie Veranstaltungen unserer Zweigstelle in Lübeck (6) zu betreuen waren. Die geschäftliche Leitung des Kulturbundes hat in jeder Beziehung versucht, ihren Aufgaben der Organisation und Propaganda gerecht zu werden. Daß dabei Fehler vorgekommen sind, wird nicht geleugnet. Diese Fehler sind aber nicht übersehen worden, sondern werden als Erfahrungen für die nächste Spielzeit nutzbar gemacht werden. Die geschäftliche Leitung des Kulturbundes hat schon jetzt in vortrefflicher und harmonischer Zusammenarbeit mit der künstlerischen Leitung begonnen, alle Vorbereitungen für die nächste Spielzeit zu treffen. Wir hoffen, daß uns in dieser unsere Mitglieder noch treuere Gefolgschaft leisten werden als in den beiden vergangenen.

## Theater Von Dr. Hans Buxbaum

Das Theater ist das jüngste Kind des Hamburger Kulturbundes. Und es ist zugleich die jüngste Gründung unter allen Kulturbünden: die Ensembles von Berlin, Köln und Breslau haben sämtlich früher bestanden. Im August 1935 tauchte zum ersten Male der Gedanke eines selbständigen Hamburger Ensembles auf. Wenn die Kulturbundidee für Empfangende und Schaffende fruchtbar werden sollte, hatte Hamburg, der bedeutsamste Bund nächst Berlin, dazu sein Scherflein beizutragen. Die szenische Kunst, dem Hörer am nächsten, im Repertoire am umfangreichsten, in ihrer Beziehung am allgemeinsten, schien das geeignete Feld. Der Planung folgte in rascher Folge der Versuch, die Ausführung: im September gab der neugeschaffene Kunstorganismus seine Visitenkarte ab: »das Schauspielensemble des Hamburger Jüdischen Kulturbundes« wurde zum 1. Mai angekündigt und mußte sich in »Jakobs Traum« vor einem aufgeschlossenen Kreis bewähren.

Diesem grandiosen klassizistischen Drama jüdischer Bühnenkunst folgten nach geglücktem Start nun in monatlicher Folge eine Reihe interessanter Werke. Mit Shaws »Die Häuser des Herrn Sartorius« folgte der Schritt in das Gebiet der gehobenen Konversationskomödie. »Lukardis«, Jakob Wassermanns einziges abendfüllendes Stück erweiterte den Radius zum Problemstück hin. Nun schien eine gewisse Etappe in der Ensemblebildung erreicht zu sein, so daß die Aufführung eines klassischen Werkes in Erwägung gezogen werden konnte: Shakespeares »Komödie der Irrungen« war ein ganz großer, auch bereits auswärts anerkannter Erfolg der jungen Bühne. Als stilles, an die zartesten menschlichen Beziehungen rührendes Stück folgt sodann »Liebeleil«, gleichzeitig in dem Bestreben, dem großen jüdischen Dichter Arthur Schnitzler Respekt und Verehrung zu bezeugen. Um den Spielplan möglichst bunt und abwechslungsreich zu gestalten, wird ein neues Gebiet in Angriff genommen: Benatzkys musikalisches Lustspiel »Meine Schwester und ich«, das in schneller Folge die größte Anzahl von Aufführungen erreicht. Ein weiteres heiteres Werk bringt Entspannung und Freude: Molnars »Spiel im Schloß« gibt gleichzeitig Gelegenheit, Max Ehrlich in einer Paraderolle dem Publikum zu zeigen. Gleichzeitig werden nun alle Kräfte für den festlichen Abschluß der Spielzeit konzentriert. In einer letzten großen Arbeit auf dem Gebiet des Stildramas soll Rechenschaft über Können und Möglichkeiten unserer Bühne gegeben werden. Allem Skeptizismus zum Trotz wird »Hamlet« gewählt – allem Skeptizismus zum Trotz setzt er sich glücklich und nachhaltig durch. Mit Genugtuung kann konstatiert werden: zwar ist kein Ziel erreicht, aber ein Weg zum Ziel aufgezeigt worden.

Mit »Hamlet« wird auch die neue Spielzeit der Kulturbundbühne eingeleitet werden (um dann die Reise in andere Städte anzutreten). Wie sich der Spielplan weiter gestalten soll, darüber steht endgültig noch nichts fest. Immerhin können schon heute einzelne Richtpunkte aufgezeigt werden. An Stildramen denken wir an Calderons bezaubernde Komödie »Dame Kobold« in der Nachdichtung von Hugo

v. Hofmannsthal, an den Molièreschen »Tartuffe« in der Verdeutschung von Ludwig Fulda, an Shakespeares »Romeo und Julia« oder, falls die musikalische Frage zu lösen ist, an den »Sommernachtstraum«, an »Volpone« von Ben Jonson in der Neuschöpfung von Stefan Zweig, endlich an Zweigs eigenes großes jüdisches Drama »Jeremias«, wenn ein die große Aufgabe lohnender Besucherkreis sich dazu findet. Im Problemstück sollen neben bewährten Werken älterer Prägung (wie Andrejews »Der, der die Mauschellen bekommt« und Lenormads »Feiglinge« und Ibsens »Nora«) hauptsächlich ganz neue Stücke zur Darstellung kommen: das Aerztedrama »Menschen in Weiß« von Kingsley, »Hoffnung«, das letzte Werk Henri Bernsteins, »Große Liebe«, die neue Komödie von Molnar. Daneben wird auf das bewährte Konversationsstück besondere Beachtung gelegt werden: An Shaws »Pygmalion« oder »Candida« wird gedacht, an Wildes »Bunbury«, an Scribes »Glas Wasser«. Das musikalische Genre soll durch einen Offenbach, etwa »Orpheus in der Unterwelt« oder Blumenthals neu bearbeitetes Lustspiel »Niobe«, repräsentiert werden. Im Lustspiel selbst wird »Kleine Komödie« von Siegfried Geyer und »Herthas Hochzeit« von Max Bernstein (mit Max Ehrlich) in Aussicht genommen. Dazu werden alle Pläne gefördert, die darauf abzielen, wertvoller jüdischer Dichtung die Bühne zu erobern.

Das Ensemble selbst wird auch in der nächsten Spielzeit die bewährten darstellenden Kräfte aufweisen. Sie werden ergänzt werden durch neue schauspielerische Persönlichkeiten, die bisher zur Abrundung der Spieltruppe fehlten.

Schon bei der Gründung war es feststehend, daß die Tätigkeit der neuen Bühne sich nicht auf Hamburg allein beschränken konnte: aus materiellen Gründen, um die finanzielle Basis zu erweitern, aus ideellen, um einmal dem Künstler größeres Echo zu verschaffen, vor allem aber dem jungen Kulturbundpublikum, das bisher den Theatergenuß entbehren mußte, szenische Dichtung zu vermitteln. Das Echo, das die Gastspieltätigkeit des Hamburger Ensembles in kurzem auswärts fand, war ermutigend. Schon in dieser ersten Spielzeit hält die Zahl der Aufführungen in Hamburg derjenigen außerhalb Hamburgs die Waage: Breslau, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Leipzig, die wichtigsten Orte Oberschlesiens, endlich Berlin sind die Städte, die das Ensemble mehrfach zu Gast sahen.

Diese Gastspieltätigkeit soll in der neuen Saison kräftig aufgebaut werden: Leipzig und Dresden werden regelmäßig bespielt werden, mit Breslau ist eine enge Interessengemeinschaft geplant, aussichtsreiche Verhandlungen mit anderen Kulturbünden schweben bzw. stehen vor dem Abschluß. Das ist schön und gibt Grund zu freudiger Genugtuung. Aber das darf nicht darüber täuschen, daß das Wichtigste das Hamburger Publikum ist. In Hamburg spielt das Ensemble, für Hamburg ist es geschaffen. Möge die Sage von dem Propheten, der nichts im eigenen Lande gilt, an uns zuschanden werden. Im Gegenteil, um einen klassischen Theaterdirektor zu zitieren:

Denn freilich mag ich gern die Menge sehen,  
Wenn sich der Strom nach unsrer Bude drängt  
Und mit gewaltig wiederholtem Wehen,  
Sich durch die enge Gnadenpforte zwängt.

An uns soll es denn nicht fehlen: »zu schreiten in dem engen Bretterhaus den ganzen Kreis der Schöpfung aus«.

**Nr. 17**

Werbung und Eigendarstellung des Kulturbundes (1935/36)

Juli 1936

Archiv des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 09.032.3 Jüdischer Kulturbund Hamburg

JÜDISCHER  
KULTURBUND  
HAMBURG  
e. V.

Juli 1936

Geschäftsstelle: Hamburg 11, Börsenbrücke 8, I. Telefon: 313210

EIN AUFRUF  
ZUR FÖRDERUNG UNSERER  
ARBEIT

mit einer Übersicht über unsere Tätigkeit.

Der Vorstand

Dr. Ferdinand Gowa

Dr. Martin Goldschmidt

Künstlerischer Beirat

Dr. Hans Buxbaum

Künstlerischer Leiter

Robert Müller-Hartmann

Kurt Löwengard

Der Jüdische Kulturbund Hamburg hat seine Spielzeit 1935/36 beendet. Mit Dankbarkeit und einem gewissen Gefühl der Genugtuung dürfen wir sagen, daß unser Aufruf zu Beginn des Winters von den Hamburger Juden gehört wurde, daß Viele sich zu unserer Gemeinschaft bekannten und daß es uns gelang, Erhebung und Freude, Zerstreung und Entspannung zu vermitteln.

Die folgenden Seiten enthalten eine genaue Übersicht über das, was wir in dieser Zeit an Veranstaltungen auf dem Gebiet des Theaters, der Musik und der Bildenden Kunst gebracht haben. Mag der Einzelne Einwendungen in dieser oder jener Richtung erheben, in diesem oder jenem Sinne Wünsche für die Zukunft anmelden, – im allgemeinen glauben wir sagen zu dürfen: in diesem schwierigen ersten Jahr des Aufbaus ist die künstlerische Grundlage unserer Arbeit geschaffen worden.

Die wirtschaftliche Basis unserer Arbeit fehlt dagegen vollkommen.

Schon nach kurzer Arbeitszeit mußte der Kulturbund einsehen, daß er ohne finanzielle Zuschüsse nicht auskommen kann. Besonders seit dem Herbst 1935, als der Betrieb organisatorisch und künstlerisch immer umfangreicher wurde, hat sich die Notwendigkeit gezeigt, Zuwendungen für die Anlaufs- und Entwicklungszeit zu erhalten. Das Theater- und Musikwesen erfordert überall Zuschüsse. Um wievielmehr mußte diese Erfahrungstatsache auf die besonderen Verhältnisse eines jüdischen Kulturbundes zutreffen, dessen in der Natur der Sache liegenden Schwierigkeiten jedem klar sein werden. Darüber hinaus, um nur einiges herauszugreifen: wir haben in Hamburg keinen eigentlichen Theater-Raum, wir besitzen keinen Fundus für Dekorationen und Kostüme, sind notgedrungen mit hohen Reisekosten belastet. Vor allem aber: uns fehlte von Anfang an das nötige Betriebskapital. Um einen Begriff vom Umfang unserer Tätigkeit zu geben: Der Betrag, der von uns während des letzten Winters an Gehältern und Honoraren für jüdische Künstler, Angestellte und Hilfskräfte sowie an jüdische Gewerbetreibende und Lieferanten gezahlt wurde, beläuft sich auf etwa RM. 69400.—.

Trotz des großen Mitgliederbestandes und trotz umfangreicher wiederholter Werbung gelang es nicht, die Besucherzahl unserer Veranstaltungen (siehe die Ziffern auf Seite 12) so zu steigern, daß sich die Kosten zum mindesten durch die Einnahmen aus den Eintrittskarten ausgeglichen hätten; geschweige denn daß die Organisations- und Werbekosten, welche die Mitgliederbeiträge nicht unbedeutend übersteigen, gedeckt werden konnten.

Eine große Zahl unserer Mitglieder hat uns in der letzten Spielzeit Zuwendungen gemacht. Auch haben die Deutsch-Israelitische Gemeinde zu Hamburg und die Reichsvertretung der Juden in Deutschland uns Subventionen zukommen lassen. Allen Spendern danken wir bei dieser Gelegenheit nochmals aufrichtig.

Trotz dieser Hilfe bleibt ein erheblicher Unterschuß, der unbedingt gedeckt werden muß.

In Zukunft werden wir noch mehr als bisher bei der Planung der Veranstaltungen in jedem einzelnen Fall darauf achten müssen, daß nach vorsichtigster Schätzung die Ausgaben durch die Eintrittspreise ausgeglichen werden. Es wird nicht mehr möglich sein, Aufführungen von Werken wie „Jaakobs Traum«, wie eine Mahler-Symphonie oder wie »Awodath Hakodesch« von Bloch anzusetzen, wenn nicht vorher das finanzielle Risiko gesichert ist. Bei unseren Theater-Aufführungen wird sich das finanzielle Ergebnis im nächsten Winter dadurch wesentlich besser gestalten, daß auf längere Sicht Gastspiel-Abmachungen mit gesicherten Einnahmen getroffen werden.

Diese Einsparungen und Dispositionen werden uns erheblich entlasten. Wir müssen aber über die Deckung des Defizits und die Bezahlung unserer Schulden hinaus, wenn wir unserer Aufgabe in künstlerischer und sozialer Beziehung gerecht werden wollen, einen

#### AUFBAU-FONDS

besitzen. Dieser Fonds soll dazu dienen, unsere Arbeit auf eine gesicherte Basis zu stellen und uns vor unvorhersehbaren Schwierigkeiten zu schützen. Es wird unser Bestreben sein, diesen Aufbau-Fonds uns ungeschmälert zu erhalten.

Mit Zuversicht hoffen wir, daß wir von einer großen Zahl unserer Freunde namhafte Beiträge erhalten werden. Ohne die erbetene Hilfe wird der Kulturbund im kommenden Winter seine Arbeit nicht beginnen können und nicht beginnen dürfen.

Ein jeder möge sich darüber klar werden, was es für uns alle bedeuten würde, wenn der Theater-Vorhang in dem uns trotz aller Mängel lieb gewordenen kleinen Conventgarten-Saal geschlossen bliebe, – wenn wir auf die Klänge der Musik verzichten müßten, – wenn wir das vielerlei Schöne und Bunte, Ergreifende und Erheiternde eines langen Winters missen sollten! Unsere Jugend vor allem, die zu unseren treuesten und anhänglichsten Besuchern gehört, würde ein solches Versagen nicht verstehen.

Diese Verantwortung, uns und unsere Jugend von den weiten Gebieten europäischer und jüdischer Kunst und Kultur fernzuhalten, dürfen wir nicht auf uns laden!

DARUM; IHR MITGLIEDER  
UNSERES KULTUR-BUNDES,  
HELFT UNS!

Das Kuratorium

Rechtsanwalt Rudolf Samson – Dr. Manfred Zadik

Frau Valerie Alport  
Rabbiner S. Bamberger  
Dr. Hans Calmann  
Oberrabbiner Dr. Joseph Carlebach  
Rechtsanwalt Bernhard David  
Dr. Max Eichholz  
Ernst Fränkel  
Dr. Louis Franck  
Alfons Frank (Lübeck)  
Dr. Kurt Freundlich  
Prediger Alfred Gordon (Marburg)  
Dr. E. Guckenheimer  
Dr. Charles R. A. Hartig  
Bernhard Heinemann  
Rabbiner Dr. Paul Holzer  
Rabbiner Dr. Bruno Italiener  
Alfons Jacobsohn  
Frau Gertrud Katzenstein

Dr. Ernst Kaufmann  
 Dr. Hans Liebeschütz  
 Franz Lippmann  
 Dr. Ernst Loewenberg  
 Fräulein Dora Magnus  
 Dr. Herbert Mendel  
 Dr. Oscar Meyer (Lübeck)  
 Eugen Michaelis  
 Albert Nauen  
 Dr. Walter Nord  
 James Pels  
 Frau Terese Robinson  
 Dr. J. Rosenak (Bremen)  
 Dr. Alfred Spitzer  
 Dr. Alfred Unna  
 Dr. S. Urias  
 Dr. Alfred Veis  
 Dr. Fritz M. Warburg  
 Felix Wolff

**Nr. 18**

Die Satzung des Jüdischen Kulturbundes Hamburg e.V.

1. September 1936

Archiv des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 09.032.3  
 Kulturbund Hamburg

Jüdischer Kulturbund Hamburg  
 e.V.

**Satzungen**

Stand vom 1. September 1936

**Name** § 1.

Der Name des Vereins lautet:

»Jüdischer Kulturbund Hamburg eingetragener Verein«. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

**Sitz** § 2.

Der Sitz des Vereins ist Hamburg.

**Zweck** § 3.

Zweck des Vereins ist die Pflege von Kunst und Wissenschaft und die Schaffung eines Betätigungsfeldes für nichtarische Künstler und Wissenschaftler. Es sollen für die Mitglieder des Vereins insbesondere Theateraufführungen, Konzerte, Ausstellungen und Vorträge veranstaltet werden, und zwar grundsätzlich von nichtarischen Künstlern und Wissenschaftlern.

Jeder wirtschaftliche Geschäftsbetrieb ist ausgeschlossen. Die Überschüsse dürfen nur für die Ziele des Vereins verwandt werden.

Mitglied des Vereins kann jeder, der im Sinne des Gesetzes als Nichtarier gilt, werden.

**Mitgliedschaft** § 4.

Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Erklärung an den Vorstand erworben; der Vorstand kann jedoch ohne Angabe von Gründen innerhalb einer Woche nach Eingang der Beitrittserklärung die Aufnahme in den Verein ablehnen.

Die Mitgliedschaft kann nur auf den Schluß eines Geschäftsjahres durch schriftliche Erklärung an den Vorstand aufgehoben werden. Die Erklärung muß drei Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres abgegeben werden. Bei wichtigen Gründen ist der Vorstand berechtigt, die Mitgliedschaft auf Antrag früher aufzuheben.

Der Vorstand kann ein Mitglied ausschließen, wenn das im Interesse des Vereins notwendig ist. Der Ausschluß ist dem Betroffenen durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Der Ausschlossene kann binnen zwei Wochen nach Absendung des Briefes die Entscheidung des Kuratoriums anrufen, das endgültig über den Ausschluß entscheidet.

**Beitrag** § 5.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. September bis 31. August jeden Jahres. Der Vorstand kann vor Beginn eines neuen Geschäftsjahres das Geschäftsjahr anderweitig festsetzen. Jedes Mitglied hat einen Beitrag zu entrichten. Die Höhe des Beitrages und die Zahlungstermine bestimmt der Vorstand.

**Leitung** § 6.

An der Spitze des Kulturbundes steht ein Kuratorium, das aus mindestens zehn von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren zu wählenden Personen besteht. Das Kuratorium hat das Recht, von sich aus weitere Personen in das Kuratorium zu berufen.

Das Kuratorium wählt aus seinen Mitgliedern einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter.

Das Kuratorium bildet zur Erleichterung seiner Arbeit einen kleinen Arbeitsausschuß, der aus dem Vorsitzenden des Kuratoriums, den beiden Stellvertretern und weiteren vom Kuratorium gewählten Mitgliedern besteht.

Die laufenden Geschäfte des Vereins werden von einem geschäftsführenden Vorstand geführt, der aus zwei bis fünf Personen besteht und von dem Kuratorium aus



seinen Mitgliedern gewählt wird, und zwar wählt das Kuratorium einen Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Vorstand im Sinne des Gesetzes ist der Geschäftsführer, der im Behinderungsfall durch einen stellvertretenden Geschäftsführer oder durch den Vorsitzenden des Kuratoriums oder einen der beiden Stellvertreter vertreten wird.

Der Vorsitzende des Kuratoriums und seine beiden Stellvertreter sind vor der Entscheidung wichtiger Fragen zu hören und zu den Sitzungen des Vorstandes einzuladen.

Das Kuratorium hat das Recht, den Vorstand oder ein einzelnes Mitglied des Vorstandes abuberufen.

### **Mitgliederversammlung** § 7.

Die Mitgliederversammlung soll mindestens alle zwei Jahre stattfinden. Die Berufung erfolgt durch schriftliche Einladung des Vorstandes unter Mitteilung der Tagesordnung. Zwischen der Einladung und dem Tage der Versammlung soll eine angemessene Frist liegen.

Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind von dem Schriftführer oder dessen Stellvertreter zu protokollieren und von einem Mitglied des Vorstandes zu unterzeichnen.

### **Satzungsänderungen** § 8.

Satzungsänderungen bedürfen eines mit einer Mehrheit von zwei Drittel der erschienenen Mitglieder gefaßten Beschlusses des Kuratoriums.

### **Auflösung** § 9.

Im Falle der Auflösung des Vereins darf das Vereinsvermögen nur gemeinnützigen Zwecken zugeführt werden. Die Verteilung des Vermögens unter die Mitglieder ist ausgeschlossen.

**Nr. 19**

Die innerjüdische Kontroverse über die Ziele des Kulturbundes<sup>7</sup>

[September 1936 (?)]

Archiv des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 09.032.3  
Jüdischer Kulturbund Hamburg

Geschichte des Jüdischen Kulturbundes.

[...]

Die Beratungsstelle richtet 1933 eine besondere Abteilung »Künstlerhilfe« ein, die von den Herren Willy Kruszynski und Max Ludwig Berges betreut wird. Abgesehen von Unterstützungen finden unter Leitung der oben genannten Herren im Sommer 1933 eine Reihe künstlerischer Veranstaltungen im Tempel und im Gabriel Riesser-Saal statt. Beide Herren gründen sodann die »Gemeinschaft Jüdischer Künstler«, d.h. eine vereinsmässige Zusammenfassung in Hamburg ansässiger jüdischer Künstler, die von September bis November 1933 Theater-Aufführungen, Konzerte und Vorträge veranstalten. Die Gemeinschaft jüdischer Künstler wird sodann behördlich nicht weiter erlaubt, da ihr gemeinnütziger Charakter abgestritten wird. Auch leidet die »Gemeinschaft Jüdischer Künstler« Schiffbruch, da das Publikum offensichtlich mit den künstlerischen Darbietungen unzufrieden ist. Auf Wunsch sämtlicher Künstler findet sodann im Büro des Herrn Rechtsanwalt Rudolf Samson als Vorsitzenden der Beratungsstelle eine Sitzung statt, auf der Herr Dr. phil. Dr. jur. Ferdinand Gowa, der im Sommer 1933 auf Grund seiner Vorbildung von Herrn Rechtsanwalt Samson gebeten war, ehrenamtlich die Künstlerhilfe – vor allem juristisch – zu beraten, und der dieser Bitte Folge geleistet hatte, zum »Liquidator für die Hamburger Jüdischen Künstler« gewählt mit dem weiteren Auftrage, in Hamburg – genau so wie in Berlin – die Gründung eines Jüdischen Kulturbundes[,] d.h. eines vereinsmässigen Zusammenschlusses der Besucher, durchzuführen.

Herr Dr. Gowa hat sodann mit Hilfe von Herrn Rechtsanwalt Rudolf Samson die Satzungen ausgearbeitet, die am 12. Januar 1934 den Gründern, nämlich den Herren Professor Friedrich ADLER, Dr. Hans CALMANN, Dr. Ferdinand GOWA, Oberstaatsanwalt i.R. Eduard GUCKENHEIMER, Rabbiner Dr. Bruno ITALIENER, Staatsrat a.D. Leo LIPPMANN, Dr. Edgar MARX, Rechtsanwalt Rudolf SAMSON, Dr. Paul TENTLER, vorgelegt und genehmigt wurden. Es wurde sodann monatelang mit den Behörden über die Genehmigung der »Jüdischen Gesellschaft

7 Das hier abgedruckte Dokument ist ein interner Bericht des Jüdischen Kulturbundes Hamburg, der vermutlich von dessen künstlerischem Leiter Hans Buxbaum verfasst wurde. Er stellt eine Erwiderung auf die Angriffe von Wolfram Ch. Garden in seiner Schrift *Die Ungefragten antworten dem Jüdischen Kulturbund in Hamburg* dar. Dort war die Arbeitsweise des Kulturbundes in scharfer Form bemängelt worden. Vgl. zur sogenannten Garden-Kontroverse Müller-Wesemann, *Theater als geistiger Widerstand*, S. 129-134. Der Kulturbund lehnte es ab, mit Garden in eine öffentliche Polemik einzutreten; IF Nr. 40 vom 1.10.1936, S. 1.

für Kunst und Wissenschaft« verhandelt. Am 21. März 1934 wurde die Gesellschaft in das Vereinsregister eingetragen. Am 31. März 1934 erfolgte die staatspolizeiliche Genehmigung, am 17. Oktober 1934 schliesslich die Genehmigung der Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst; allerdings wurde die Konzession für Theater zunächst abgelehnt.

Während dieser Zeit unternahmen wiederum jüdische Künstler den Aufbau eines Zwischenunternehmens »Die rosenrote Brille«, das sich aber nur mit Kleinkunst befasste und auf den Massengeschmack des Publikums hinzielte.

Nach der oben genannten Genehmigung durch die Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst konnte die »Jüdische Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft« nunmehr ihre Arbeit aufnehmen. Die Gründer wählten nunmehr die folgenden Herren:

Vorsitzender des Kuratoriums:	Rudolf SAMSON,
stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums:	Dr. Walter PINNER,
geschäftsführender Vorstand:	Dr. Ferdinand GOWA, <sup>8</sup> Dr. Martin GOLDSCHMIDT, <sup>9</sup> Felix WOLFF, (der inzwischen ausgeschieden ist)

8 Ferdinand Hermann Gowa (1900-1972), Dr. phil. 1923, Dr. jur. 1933, gründete im November 1933 mit Max Ludwig Berges und Willi Kruszynski die »Gemeinschaft jüdischer Künstler«. Er war 1934 führend an der Gründung der »Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft« beteiligt, deren Geschäftsführung ihm aufgetragen wurde. Zum 1. September 1935 stellte der Jüdische Kulturbund Hamburg ihn als hauptamtlichen Geschäftsführer an. Ende 1937 wurde Gowa auch zum Geschäftsführer der »Jüdischen Gemeinschaftshaus GmbH« ernannt. Im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom 1938 wurde Gowa in das KZ Buchenwald verbracht. Er emigrierte im Juli 1939 zusammen mit seiner Frau, der Bühnenbildnerin und Malerin Anny Gowa über Schweden in die USA. Vgl. Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 506 f.; Bruhns, Kunst in der Krise, Bd. 1, S. 319, 398, 405; Bd. 2, S. 160 f. Sein Bruder war der Maler und Bühnenbilder Hermann Henry Gowa (1902-1990).

9 Der Kaufmann und Bankier Martin Eduard Goldschmidt (1898-1986), Dr. jur. 1922, wurde 1934 zum stellvertretenden Geschäftsführer der »Jüdischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft« ernannt und übte dieses Amt im Kulturbund bis zum Sommer 1938 aus. Bis Ende 1937 war er zugleich ehrenamtlicher Geschäftsführer der »Jüdischen Gemeinschaftshaus GmbH«. Goldschmidt emigrierte Anfang November 1938 in die USA. Vgl. Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 413; Grolle/Lorenz, Der Ausschluss der jüdischen Mitglieder, S. 116-118.

künstlerischer Beirat:

Leopold SACHSE, für Theater u.  
Kleinkunst (der gegen Ende der  
Spielzeit ausschied)  
Robert MÜLLER-HARTMANN<sup>10</sup>  
für Musik  
und Kurt LÖWENGARD<sup>11</sup> für  
bildende Kunst.

Sämtliche Herren waren zunächst in nebenamtlicher, unbezahlter Stellung tätig. Die Kompetenzen waren von Anfang an in der Weise abgegrenzt, dass die künstlerischen Dinge von den künstlerischen Beiräten, die laufenden Verwaltungsgeschäfte vom Vorstand und schliesslich die Überwachung der Geschäfte sowie die entscheidenden Fragen von den Kuratoriums-Vorsitzenden beraten und entschieden wurden. Die Spielzeit 1934/35 enthielt vorwiegend musikalische Darbietungen, jedoch auch eine Reihe von Vorträgen und Vortragsabenden, Veranstaltungen der Kleinkunst und der bildenden Kunst.

Mit Schreiben vom 4. Juli 1935 erteilte die Behörde für Volkstum, Kirche und Kunst dem Jüdischen Kulturbund die Genehmigung für Theater-Aufführungen. Als künstlerischer Leiter wurde nunmehr Herr Dr. Hans Buxbaum<sup>12</sup> in den künstlerischen Beirat berufen. Weiter wurde Herr Dr. Gowa mit Wirkung ab 1. September 1935 (er war vorher im Geschäft seines Bruders tätig) als hauptamtlicher Geschäftsführer angestellt. Alle anderen Herren der Leitung blieben weiter neben- und ehrenamtlich tätig. Lediglich die Tätigkeit des Herrn Müller-Hartmann wird mit einem geringen Betrage honoriert.

- <sup>10</sup> Robert Müller-Hartmann (1844-1950), Komponist, Musikwissenschaftler und Musikpädagoge, erhielt 1923 einen besonderen Lehrauftrag für Musiktheorie von der Hamburgischen Universität, der zum Sommersemester 1933 wegen »nichtarischer Abstammung« beendet wurde. Seit 1934 war er als musikalischer Beirat für das Musikprogramm des Kulturbundes verantwortlich. Müller-Hartmann emigrierte 1938 nach England. Vgl. Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 482 f.
- <sup>11</sup> Der Maler und Grafiker Kurt Löwengard (1895-1940) war seit 1927 Mitglied der Hamburgischen Sezession und seit 1934/35 im Jüdischen Kulturbund als künstlerischer Beirat tätig. Für den Jüdischen Kulturbund organisierte er Ausstellungen und gestaltete Bühnenbilder. 1939 emigrierte er nach England. Vgl. Maike Bruhns, Kurt Löwengard (1895-1940). Ein vergessener Hamburger Maler, Hamburg 1989; dies., Kunst in der Krise, Bd. 1, S. 261 ff.; Bd. 2, S. 262-265; Friederike Weimar, Die Hamburgische Sezession 1919-1933. Geschichte und Künstlerlexikon, Fischerhude 2003, S. 122 f.; Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 509 ff.
- <sup>12</sup> Hans Buxbaum (1893-1947), Dr. jur. 1915, seit 1926 Mitglied der SPD, entschied sich im Anschluss an seine juristische Ausbildung für eine Laufbahn als Theaterregisseur. Nach Tätigkeiten in Bochum, Frankfurt am Main und Straßburg wurde er im September 1935 zum künstlerischen Leiter der Hamburger Kulturbund-Bühne ernannt. Fast alle Schauspielinszenierungen des Kulturbundes standen unter seiner Regie. Im Sommer 1938 emigrierte Buxbaum über Dänemark nach England. Vgl. Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 410 ff.

Mit dieser Kompetenzenteilung hat der Jüdische Kulturbund Hamburg 1935/36 gearbeitet; die Kompetenzenteilung ist auch für das Jahr 1936/37 nicht abgeändert worden.

#### Beschäftigung auswärtiger und Hamburger Künstler

Der Jüdische Kulturbund Hamburg stand nach den vorher gemachten Erfahrungen von Anfang an auf dem Standpunkt, dass man gute Kunst zu bieten habe. Um dieses Ziel zu erreichen, musste eine Reihe auswärtiger Künstler herangezogen werden. Dabei wurden, das ergibt ohne weiteres die Durchsicht der Programme, während der Spielzeit die hiesigen guten Künstler nicht vergessen. Darüber hinaus wurden die einheimischen weniger bedeutenden Künstler nicht etwa »in grimmigster Not« verlassen, sondern, wo es möglich war, beschäftigt (Herr Garden mag die Künstler benennen, die bisher durch den Jüdischen Kulturbund überhaupt noch nicht beschäftigt sind). War es überhaupt nicht möglich, einen Künstler zu beschäftigen, so wurde jedesmal die Beratungsstelle gebeten, soziale Hilfe zu leisten. (Über die Tätigkeiten der Beratungsstelle liegen dem Hamburger Kulturbund keine Ziffern vor).

[...]

a) Der Jüdische Kulturbund bat die Künstlergruppe,<sup>13</sup> ihm alle diejenigen Künstler und Künstlerinnen vorzustellen, die Beschäftigung zu finden wünschten und die sich benachteiligt fühlten. Diese Prüfung fand in Anwesenheit der Herren Dr. Buxbaum, Müller-Hartmann, Kurt Appel und Dr. Gowa statt. Von den dort geprüften Künstlern wurde nur ein ganz kleiner Teil für künstlerisch ausreichend befunden und für kleinere Veranstaltungen des Kulturbundes verpflichtet. Ein grosser Teil – und gerade diejenigen, die u.E. gegen den Kulturbund opponieren – war zu dieser Prüfung nicht erschienen. Trotz Abrede mit den Herren Cerini<sup>14</sup> und Garden, dass diese Prüfung nachgeholt werden sollte, wurde diese Verabredung von den genannten Herren nicht eingehalten.

b) Weiter setzte sich der Jüdische Kulturbund nochmals mit den Behörden in Verbindung und bat vor allem das Arbeitsamt, bei dem wiederholt Denunziationen

13 In der Jüdischen Künstlergruppe Hamburg hatten sich eine Reihe jüdischer Künstler zusammengefunden, die der Jüdische Kulturbund gar nicht oder nur sehr wenig beschäftigt hatte. Die Gruppe hatte wiederholt vom Kulturbund die Anstellung ihrer Mitglieder gefordert. Sie war im September 1935 von Wolfram Ch. Garden (geb. 1882) und Hermann Cerini gegründet worden. Anfang 1938 wurde die Gruppe aufgelöst; sie war kurz zuvor aus dem Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde ausgeschlossen worden. 1940 gelang es Garden, nach New York »auszuwandern«.

14 Hermann Steifmann-Cerini (geb. 1886, 1943 Deportation nach Theresienstadt/Auschwitz), Pianist, Organist und Dirigent, gründete 1933 die »Jüdische Orchester- und Kammermusikvereinigung von 1933«, deren Kapellmeister er war. Er schuf 1935 die Bundeshymne des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten im Rahmen eines Wettbewerbs. Eine beabsichtigte Emigration in die USA (März 1939) und nach England (Juli 1939) scheiterte. Cerini, der von 1940 bis 1942 im Zuchthaus Hamburg-Fuhlsbüttel inhaftiert war, wurde am 23. Juni 1943 zunächst nach Theresienstadt, dann nach Auschwitz deportiert. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 396; Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 469.

vorgekommen waren, um Angabe aller Hamburger Künstler, die nach Ansicht der Behörden vom Jüdischen Kulturbund beschäftigt werden müssten. Diese Fühlungsnahme ist bis zum heutigen Tage beibehalten worden. Vor der jedesmaligen Antragstellung auf Zuzugsgenehmigung auswärtiger Künstler wird mit dem hiesigen Sachreferenten des Arbeitsamtes gesprochen, ob die Vakanz nicht durch einen Hamburger Künstler besetzt werden kann. Nur wenn dieses nicht der Fall ist, wird Zuzugsgenehmigung für den auswärtigen Künstler erteilt. Dabei wird darauf hingewiesen, dass auch das Arbeitsamt einen künstlerischen und nicht nur einen sozialen Standpunkt vertritt.

c) Der Jüdische Kulturbund veranstaltete in der Spielzeit 1935/36 zwei Bunte Abende mit Hamburger Künstlern (der dritte Abend fiel unter das Verbot, die Gagen wurden jedoch ausgezahlt!). Diese beiden Abende waren weder ausverkauft noch führten sie zu irgendeinem Gewinn. Vielmehr betrug der Verlust bei dem ersten Abend RM 338.31, bei dem zweiten Abend RM 287.64. Die Methode bei dieser Auswahl der Künstler, die an diesem Abend auftraten, war aber nicht »sympat[h]isch« oder »unsympathisch«, sondern eben wie immer: »Künstler« oder »Nicht-Künstler«. Allerdings wurde bei diesen Abenden aus sozialen Gründen eine weit grössere Anzahl Künstler beschäftigt, als es finanziell zu verantworten war.

Fachmann und Nichtfachmann.

Es ist in der Broschüre des Herrn Garden immer wieder die Rede vom Fachmann und Nicht-Fachmann. Demgegenüber aber ist zu erwähnen, dass sowohl die theoretische wie auch die praktisch durchgeführte Kompetenzverteilung die Fachleute auf den ihnen gebührenden Platz setzt. In künstlerischen Fragen entscheiden Herr Dr. Buxbaum für Theater und Kleinkunst, Herr Müller-Hartmann für Musik, Herr Löwengard für die bildende Kunst, in Verwaltungsfragen, d.h. in sämtlichen organisatorischen, finanziellen und juristischen Fragen der geschäftsführende Vorstand (die Herren Dr. Gowa und Dr. Goldschmidt). Bei allen entscheidenden Fragen werden die Kuratoriums-Vorsitzenden, Herr Rechtsanwalt Samson und Herr Dr. Zadik, herangezogen und die Fragen von denselben entschieden. Der Jüdische Kulturbund Hamburg hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, dass Fachleute die künstlerischen Fragen zu entscheiden haben, dass es aber richtig ist, alle anderen Fragen Verwaltungs-Fachleuten, Juristen und Kaufleuten, die zu Kulturdingen eine Beziehung haben, zu überlassen. Hieraus erklärt sich auch die Besetzung der obersten Verwaltungsinstanz des Kuratoriums, in dem die Künstler nicht vertreten sind. Der Jüdische Kulturbund folgt damit einem Prinzip, das bei den meisten Kunstinstituten zu finden ist. Einen überlegenen, alle Gebiete umfassenden Kunstfachmann hat die Leitung bisher nicht entdecken können, deshalb ist das bisher durchgeführte System u.E. das richtige. Mag Herr Garden das jüdische Genie, das er fordert, benennen! Darüber hinaus muss darauf hingewiesen werden, dass ein Jüdischer Kulturbund ein neues Gebilde ist und dass sich alle leitenden Mitarbeiter, selbst wenn sie vor 1933 bewährte Fachleute gewesen sind, in die theoretischen und praktischen Probleme dieses Gebildes haben einarbeiten müssen.

Das Mitgliedersystem:

Die sich immer in der Schrift des Herrn Garden wiederholende Beschuldigung, dass unser System falsch sei, soll nicht des längeren widerlegt werden. Alle Instanzen des Hamburger Kulturbundes haben mit Fachleuten anderer Kulturbünde eingehend die Fragen besprochen, ob man ein freies (d.h. Mitgliedsbeitrag zuzüglich beliebiger Lösung von Eintrittskarten) oder gebundenes System (monatlich fester Mitgliedsbeitrag einschl. Lieferung von 2 oder 3 Veranstaltungen im Monat) wählen solle. Für Hamburg ist nach den gemachten Erfahrungen das jetzt eingeführte freie System das richtige. (Man will selbst entscheiden, in welche Veranstaltungen man gehen will!) Auch an die sozial schlechter Gestellten hat der Kulturbund immer gedacht. Seit seinem Bestehen gab es verbilligte Mitgliedsbeiträge für Jugendliche, Erwerbslose und Künstler. Darüber hinaus wurde durch die von Dr. Tentler vermittelte Stiftung die unentgeltliche Abgabe von Mitglieds- und Eintrittskarten in grosszügiger Weise ermöglicht.

Schliesslich hat die im Auftrage der Reichsvertretung der Juden in Deutschland vorgenommene Revision eines Fachmannes ergeben, dass die Leitung des Kulturbundes in jeder Beziehung fachmännisch wirtschaftet: lediglich auf kleine Mängel wurde hingewiesen.<sup>15</sup>

[...]

Verhältnis zur Jugend.

Das Verhältnis des Hamburger Kulturbundes zur Jugend ist denkbar günstig. Es wurde von Anfang an mit dem Landesausschuss (den Herren Jacobsohn und Dr. Broches), mit dem Central-Verein (Dr. Grunfeld) und mit der Hamburger Zionistischen Vereinigung (Dr. Gross, jetzt Dr. Flesch) sowie auch mit den jüdischen Schulen in Hamburg (Direktoren Spier und Jonas) Fühlung genommen und die Wünsche der Jugendlichen weitgehend berücksichtigt: gerade jetzt ist die Zusammenarbeit wieder aufgenommen worden. Dass die Zusammenarbeit befruchtend gewesen ist, besagt die Erwerbung der Mitgliedschaft und der Besuch unserer Veranstaltungen durch die Jugendlichen (über 1000 jugendliche Mitglieder). Es muss darauf hingewiesen werden, dass man die Leitung des Hamburger Kulturbundes wirklich nicht als überaltert ansehen kann. Fast sämtliche leitenden Herren stehen zwischen dem 35. und 40. Lebensjahr und gebärden sich wirklich nicht als Stroh-

15 Das *Israelitische Familienblatt* Nr. 21 vom 21. Mai 1936, S. 1, gibt das zusammenfassende Ergebnis der Revision mit folgendem Wortlaut wieder: »Zusammenfassend und abschließend kann gesagt werden, daß die Verwaltung des Kulturbundes einen uneingeschränkt guten Eindruck gemacht hat. Es wird gewissenhaft und sorgsam gearbeitet. Die Verluste sind zum Teil in Kinderkrankheiten, die zu Beginn der Aufnahme der Theatertätigkeit kaum vermeidbar waren, zum Teil in den sehr ungünstigen Raumverhältnissen begründet. Es kann angenommen werden, daß in der zweiten Spielzeit unter Auswertung der Erfahrungen des ersten Jahres die Verluste wesentlich geringer sein werden. Da der Wille zu äußerster Sparsamkeit und das Streben in künstlerisch hochwertigen Leistungen festgestellt werden konnte, wird die erbetene Subvention in einem von der Reichsvertretung festzusetzenden Ausmaß beantragt.«

männer der Intelligenz, sondern in jeder Beziehung als Menschen, die in der realen Wirklichkeit stehen und gegen die Ströme und Leiden der Zeit wirklich nicht blind sind.

Gute Kunst oder soziale Rücksicht.

[...] Herr Garden gibt in der ganzen Schrift zu, dass wir die bestmögliche Kunst bieten. Ihm fehlt aber etwas und zwar, dass der jüdische Kulturbund ohne Rücksicht auf künstlerische Fähigkeiten in sozialer Not befindlichen Künstlern, die minder begabt sind, Hilfe leisten soll. Diese Frage ist aber in allen Gremien der Kulturbünde einstimmig dahin entschieden worden, dass der Kulturbund künstlerische Aufgaben hat, dass soziale Aufgaben aber den sozialen Organisationen obliegen. Der Kulturbund sammelt alles, »was künstlerisch lebensfähig ist«. Wir beschäftigen die »Kanonen«, die »Prominenz« nicht aus irgendeinem Kult heraus, sondern weil die Leitung des Kulturbundes fanatisch der Ansicht ist, dass, wie in allen Dingen des Lebens, auch in dieser Zeit die Könnner vorangehen müssen.

Nachwuchs.

Alle Künstler, gerade auch die sehr jungen, werden immer dann, wenn sie sich anbieten, aufs eingehendste von den Sachbearbeitern auf ihre Fähigkeiten und Verwendungsmöglichkeiten hin geprüft. Herr Dr. Buxbaum und Herr Müller-Hartmann können von vielen solchen Fällen erzählen. Allerdings ist es heute ein Problem, welchen jungen Menschen man raten soll, sich künstlerisch auszubilden. Die massgebenden Stellen des Reichsverbandes sind in Übereinstimmung mit unserer künstlerischen Leitung der Ansicht, dass man nur dann jungen Leuten zu ihrer künstlerischen Ausbildung raten kann, wenn sie weit über den Durchschnitt begabt sind. In allen anderen Fällen wird man die Bewerber auf andere, vor allem handwerkliche Berufe, zu verweisen haben.

Orchesterbildung

Über die Frage des Orchesters ist bereits anlässlich der Frage des Jüdischen Kammerorchesters, die das Kuratorium des öfteren beschäftigt hat, beraten worden. Vorstand und Kuratorium des Jüdischen Kulturbundes sind einstimmig der Meinung, daß es in Hamburg nicht möglich ist, ein weiteres Orchester zu bilden. In dem Berliner und Frankfurter Orchester und jetzt auch Palästina-Orchester sind alle die jüdischen Künstler und Kräfte zusammengezogen, die in Deutschland noch vorhanden sind. Die in Hamburg verbliebenen Künstler reichen nicht einmal aus, ein Kammerorchester zu bilden.

Theater-Chor.

Einen Theaterchor haben wir nicht zusammengestellt, weil wir keine Oper haben. Im übrigen haben wir aber die Chöre so stark wie möglich beschäftigt (vgl. u.a. die Veranstaltungen des Tempelchors, des Hasomir und die Aufführung »Awodath Hakodesch«).

[...]

[Hans Buxbaum (?)]



**Nr. 20**

Der Zielkonflikt: der Kulturbund als ein »Sozialunternehmen«?

Oktober 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 44 vom 29.10.1936, S. 3

**Probleme der Kulturarbeit**Dr. Ferdinand Gowa vor dem »Kreis im Jüdischen C.V.«<sup>16</sup>

Eine zahlreich erschienene Zuhörerschaft hatte Gelegenheit, Dr. Ferdinand Gowa vom Hamburger Jüdischen Kulturbund über die »Aufbau- und Organisationsarbeit der jüdischen Bühne« sprechen zu hören. Dr. Gowa ging davon aus, daß der Kulturbund im Gegensatz zu den bisherigen bekannten Bühnen-Arbeitsplänen kein Ensemble-Spiel kennen könne, weil hierfür bedauerlicherweise die nötigen Voraussetzungen fehlten.[...] Nach den ersten Uebergangsversuchen sei es möglich geworden, unter der zentralen Leitung des Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde (Intendant Dr. Singer) einen Kulturbund zu schaffen, der im Sinne seiner Bedeutung den Mitgliedern Kunst zugänglich mache und von Darbietungen, die keine künstlerischen seien, Abstand nähme. Die schwierige Frage, ob man nur gehaltvolle, hohe Kunst bieten oder auch die leichte Muse zur Geltung kommen lassen solle, werde dahingehend beantwortet, daß man eine Programmteilung vornähme und so jedem Geschmack Rechnung trage.

Naturgemäß wäre es nicht möglich, jeden Künstler (sofern er überhaupt Anspruch darauf erheben könne, Künstler genannt zu werden) bei jeder Veranstaltung mitwirken zu lassen. Aber gerade die Mannigfaltigkeit der Darbietungen, die Abwechslung zwischen Musik, Drama, Lustspiel u. a. biete allen Arten von Künstlern Gelegenheit, ihr Können einmal zu beweisen. In anderer Hinsicht bedeute die Umschließung aller Programmarten eine sehr erschwerende Tatsache; denn unter normalen Umständen sei eine Bühne doch sonst nur auf ein Arbeitsgebiet eingestellt: auf das Schauspiel, oder auf die Musik, oder auf Uebertretl usw. – Eine besondere Aufgabe bestehe im Heranziehen von jugendlichen Kräften, in der Bildung eines künstlerischen Nachwuchses; hänge doch von der Lösung auch dieses Problems die zukünftige Arbeit der Kulturbundbühne ab. Und welche Schwierigkeiten bei der Wahl der Stücke. Die immer häufiger auftretende, berechtigte Forderung nach einem jüdischen Drama könne noch nicht befriedigt werden. Ein jüdisches Drama, ein solches, das absolut frei von europäischen Einschlügen und Strömungen, in einem innerlich wie auch äußerlich jüdischen Stil geschrieben wäre, existiere noch nicht. Wohl befinde sich ein Werfel'sches Drama in Vorbereitung, von dem man dieses anscheinend erwarte.

16 Zur Namensänderung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den neuen Namen Jüdischer Centralverein e.V. vgl. Barkai, Der Centralverein, S. 343 mit Anm. 4.

Ob hier aber wirklich alle Vorbedingungen erfüllt, man allen Anforderungen, die an ein jüdisches Drama gestellt würden, gerecht werden könne, müsse sich bei der Inszenierung und der Aufführung selbst erweisen. – Gegensätze zwischen europäisch-jüdischer Musik und rein jüdischer Komposition machten die Arbeit der Orchesterleiter zu einem besonderen Problem.

Zudem erschwere noch eine ganz andere Frage die Arbeit des Kulturbundes. Kann und soll der Kulturbund als ein Sozialunternehmen gelten? Natürlich könne der Kulturbund nicht als solches angesehen werden. Zu mannigfach sind seine Aufgaben, seine Ziele. Daß er sich bemühe, soziale Härten auszugleichen, erscheine ihm trotzdem als selbstverständliche Pflicht. Die Existenzfrage für die Arbeit des Kulturbundes sei die des regen Besuchs der Veranstaltungen. Erst wenn der Kulturbund, wie jede andere Bühne auch, finanziell unabhängig arbeiten könne, werden sich weitere Möglichkeiten hinsichtlich der Programmgestaltung und der Künstlerbeschäftigung ergeben.

Dr. Gowa schloß seine klaren und aufschlußreichen Ausführungen, denen man mit großem Interesse und Verständnis folgte, mit der Bitte, dem Kulturbund Anregungen zugehen zu lassen: persönlich oder schriftlich. Die Leitung werde immer bemüht sein, die Wünsche der Mitglieder zu beachten. Sie sei für jede Anregung, sofern sie im aufbauenden Sinn gegeben werde, herzlich dankbar. Methoden seien zu vermeiden, die Unruhe stiften könnten und das zerstören, was in Jahren mühsamer Arbeit aufgebaut worden sei. »Bausteine schafft herbei, zersetzen ist Sache der Kleinen!«

--er.

## Nr. 21

Die jüdische Kulturarbeit in innerjüdischer Kritik: die Garden-Kontroverse  
[November 1936 (?)]

Archiv des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden, Hamburg, 09.032.3 Jüdischer Kulturbund Hamburg

### Probleme der Kulturarbeit.<sup>17</sup>

In Nr. 44 des Isr. Fambl. findet sich eine Besprechung über »Probleme der Kulturarbeit« (Dr. Ferd. Gowa vor dem »Kreis im Jüdischen C.V.«) in dem lt. Mitteilung des Berichterstatters (-er) der Redner die Behauptung aufstellte, dass der Kulturbund im Gegensatz zu den bisher bekannten Bühnen-Arbeitsplänen kein

17 Verfasser des kritischen Beitrages ist Wolfram Ch. Garden (vor Namensänderung Polack, geb. 1882 in Hamburg), von Beruf Sänger, Mitbegründer der »Jüdischen Künstlergruppe Hamburg«. Garden löste im Mai 1936 die sogenannte Garden-Kontroverse aus. Vgl. Müller-Wesemann, Theater als geistiger Widerstand, S. 129-134.

Ensemble-Spiel kennen könne, weil hierfür bedauerlicherweise die nötigen Voraussetzungen fehlten .....

Eine solche Behauptung aufzustellen, ist sehr leicht, aber sie fachmännisch zu begründen dürfte schwer fallen. Tatsächlich fehlen nicht die genannten Voraussetzungen, sondern man hat es verabsäumt, diese genannten Voraussetzungen zu schaffen. Daraus erklärt sich dann auch der theaterfremde Satz des Redners: »In anderer Hinsicht bedeute die Umschliessung aller Programmarten eine sehr erschwerende Tatsache; denn unter normalen Umständen sei eine Bühne doch sonst nur auf ein Arbeitsgebiet eingestellt; auf das Schauspiel, oder auf die Musik, oder auf Ueberbrettel usw.« --- Die in diesem Satz aufgestellte Behauptung trifft doch nur in den seltenen Fällen zu und ist nur auf eine verschwindende Zahl von Grossstadtbühnen anzuwenden. In jeder Provinzstadt, und es gibt eine grosse Anzahl dieser Städte, wo wirklich gute Kunst geboten wird, ist das Theater und auch das zahlenmässig beschränkte Ensemble auf alle Kunstgattungen eingestellt, heute Oper, morgen Schauspiel, übermorgen Operette, dann Lustspiel, Posse, Singspiel und Drama usw. usw. Aus diesen Ensembles kommen und in diesen Ensembles bilden sich die grossen Künstler unter grossen Direktoren, die alsdann in der Grossstadt erst in einer speziellen Kunstsparte herausgestellt werden. Wodurch ist es aber begründet, dass ein Kulturbund die Gepflogenheiten eines Hoftheaters befolgen muss? Spielen denn die Kulturbünde nur Theater für die oberen Gesellschaftsschichten, die ohnehin hier oder im Ausland andere Theater besuchen, oder soll ein Kulturbund nicht gerade sein Augenmerk darauf richten in heutiger Zeit den minderbemittelten Glaubensgenossen jeden Alters gute Kunst in jeder Kunstgattung zu bieten? Soll er nicht vor allem sein Augenmerk darauf richten aus den Künstlern der Stadt, in der er beheimatet ist, ein tüchtiges Ensemble heranzubilden und aus den Mitgliedern der Heimatgemeinde den so sehr benötigten Nachwuchs zu schaffen? Wie paradox ist es von einem Künstler zu reden, welcher einmal in einem Jahr Gelegenheit hat, vor ein Publikum zu treten! Der Künstler benötigt, wie jeder Berufsmensch auf der ganzen Welt die ununterbrochene Betätigung in seinem Beruf, die stete Uebung, die Entwicklung durch eigene Tätigkeit. Es wäre mehr als irrig, hier nur Eitelkeit des Künstlers anzunehmen. Mit gleicher Energie kämpft der Arbeiter, der Angestellte, der Gelehrte um sein Recht auf Arbeit und will es gewahrt wissen. Vor allem aber: Wie ist es mit dem Broterwerb für den Künstler, für sich und seine Familie? Soll und kann dieser Punkt mit der »einmaligen Gelegenheit« seine Erledigung gefunden haben?? Tragisch im schmerzlichsten Sinne liegt doch die Situation bei den Künstlern, die bis 1933 zu deutschen Kunst gehört haben und ihr ganzes Leben in ihren Dienst verbrachten, denn sie können weder auswandern, noch einen Berufswechsel vornehmen. Hier durch die Tat zu wirken hat der Kulturbund die edelste und dankbarste Aufgabe, mehr noch die selbstverständliche Pflicht. Die Frage des künstlerischen Nachwuchses habe ich selbst schon lange vor der Rede des Herrn Dr. Gowa aufgeworfen. Die Heranbildung von schauspielerischen und musikalischen jungen Kräften (Talenten) ist ein dringliches Gebot. Aber ihr stehen auch

Hemmungen entgegen. Junge, jüdische Kräfte, die es heute zum Theater oder einer anderen Kunstsparte drängt, müssen wissen und man muss es ihnen immer wieder klar machen, wie gering die Aussichten für ein Weiterkommen nicht nur im Inland, sondern auch in der fremden Umgebung des Auslandes sind. Dann erübrigt sich auch die in den Werbeschriften des Kulturbundes bereits bejahte Frage, ob der Kulturbund ein Sozialunternehmen sei, denn diese Frage klingt sehr verwunderlich aus dem Munde des leitenden Herrn, der ja doch seinerzeit bei der Werbung des Publikums die sozialen Pflichten des Kulturbundes als stärkstes Werbemittel benutzt hat. Noch verwunderlicher klingt die Verneinung aus dem gleichen Munde. Ich bitte daher im Namen gleichgesinnter Juden die Leitung herzlichst, mit der sozialen Rücksicht auf die darbenden Künstler nicht zu warten, bis der Kulturbund finanziell unabhängig geworden ist, wobei noch zu bemerken ist, dass das angeführte Zitat von den herbeizuschaffenden Bausteinen und dem Zersetzen der Kleinen fehl am Ort ist, denn gerade in der Kunst sind es die vielen Kleinen, die unter richtiger Leitung als Bausteine des grossen Hauses unentbehrlich sind. Solche Zitate wirken sehr unerfreulich in unseren Tagen.

Das jüdische Drama: Auf das jüdische Drama zu warten ist wenig tröstlich. Selbst wenn es Werfel gelänge, wären wir bestenfalls für einen Abend versorgt. Aber das Problem liegt wohl tiefer. Kein Schauspiel der Weltliteratur ist und kann frei sein von »europäischen Einschlägen«[,] am wenigsten ein jüdisches. Es ist unerfindlich, welche Struktur ein solches Schauspiel wohl aufweisen sollte. Glücklichenfalls würde ein solches Drama dem noch im Urzustande beharrenden chinesischen oder japanischen Theaterstück ähneln. Die ungeheure Problematik der jüdischen Seele kann auch im Dichterischen durch eine Formel nicht gelöst werden. Ein jüdisches Drama wird immer nur wieder dadurch Gestalt gewinnen, dass die allgemeinen europäischen Dramen-Konflikte auf einen jüdischen (dramatischen) Konflikt angewandt werden, also auf die Sorgen, Nöte und Schmerzen des jüdischen Volkes. Hierzu bedarf es keines jüdischen Stils und jüdischer Sprache, dem steht auch der Charakter des jüdischen Weltbürgertums entgegen, insbesondere die Auffassung von der weltgeschichtlichen Mission der Juden. Was aber das Hauptprogramm des jüdischen Kulturbundes mit Stücken wie »Spiel im Schloss«[,] »Tageszeiten der Liebe« und »Dame Kobold« dem Judentum zu sagen haben, das um seine geistige Existenz, Erneuerung und Tröstung ringt, ist mir unliterarischem Menschen dunkel geblieben, auch wenn ich das Bedürfnis nach heiterer und entspannender Kost anerkenne. Grosse Werke der dramatischen Weltliteratur wie »Hamlet« können nur sehr unzureichend gegeben werden. »Jaakobs Traum« wäre ein verheissungsvoller Anfang gewesen. Ich gebe jedoch die Hoffnung nicht auf, dass die Leitung des Kulturbundes nach dreijährigen Versuchen uns zum wirklichen Aufbau einer jüdischen Kultur verhilft, einer Kultur von Volk und Künstlern. Darunter verstehe ich allerdings mehr als nur Veranstaltungen von »Abenden«.

(gez.) Wolfram Ch. Garden

**Nr. 22**

Der erneute Subventionsantrag

21. März 1937

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 414, Bl. 207

Schreiben des Jüdischen Kulturbundes Hamburg E.V. vom 21. Mai 1937 an den Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde.

Wir sind zu unserem Bedauern gezwungen, uns erneut mit einem Subventionsantrag an den Gemeindevorstand zu wenden, weil die Dinge sich anders gestaltet haben, als wir bei Stellung unseres Antrages vom 26. Oktober 1936 voraussehen konnten. Wir sind seinerzeit davon ausgegangen, dass die Reichsvertretung der Juden in Deutschland uns einen Betrag von ca. RM 12000.– als Subvention für die Gastspieltätigkeit bewilligen würde und dass es möglich sein würde, den dann noch fehlenden Betrag von ca. RM 13000.– durch eine im Dezember 1936/Januar 1937 vorzunehmende Werbeaktion, ähnlich wie im Vorjahre, zu erhalten.

Die Reichsvertretung hat uns mit Schreiben vom 27. April 1937 mitgeteilt, dass sie nur RM 7000.– bewilligen könne.

Die Werbeaktion konnte nicht durchgeführt werden, weil die Werbung für das Gemeinschaftshaus im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen nicht auf einige grosse Förderer beschränkt geblieben ist, sondern auf alle bisherigen Förderer des Kulturbundes ausgedehnt werden musste.

Der Kulturbund hat sich daher gezwungen gesehen, seine Tätigkeit auf das geringstmögliche Mass einzuschränken und die Organisationsunkosten so stark wie möglich herabzusetzen. Ausweislich des in der Anlage beigefügten Status per 1. Mai 1937 schuldet der Kulturbund an diesem Tage

RM 16.310,68

Dazu kommen die Organisationsunkosten für die Zeit vom 1. Mai bis 31. August 1937 mit

" 7.600,--

" 23.910,68

Dem stehen gegenüber Einnahmen von ca. sodass per 31. August 1937 ein Defizit von rund

" 2.000,--

22.000,--

zu decken ist. In dem Status per 1. Mai 1937 sind folgende Schulden enthalten, die notfalls in die neue Spielzeit hinübergenommen werden können:

Gemeinde	RM 1.500.–
Beratungsstelle	" 1.850.–
J. Goldschmidt Sohn	" 2.000.–
Dr. Herman Samson	" 1.000.–
M. M. Warburg & Co	" 2.000.–

und die zusammen

8.350,--

ausmachen, sodass die Zahlungseinstellung des Kulturbundes mit einem Betrag von rund

14.000,--

beseitigt werden könnte. Da uns eine andere Möglichkeit zur Aufbringung dieses Betrages nicht zur Verfügung steht, bitten wir den Gemeindevorstand, uns diesen Betrag zu bewilligen.

Wir bemerken dabei, dass wir für die neue Spielzeit eine vollständige Reorganisation in die Wege geleitet haben. Wir werden ein ganz anderes System der Mitgliedsbeiträge einführen und die Gastspieltätigkeit im Zusammenhang mit dem Reichsverband der jüd. Kulturbünde so organisieren, dass ein Verlust aus der Gastspieltätigkeit nicht eintreten kann.

Da der Kulturbund zurzeit die einzige Gelegenheit für die Durchführung von gemeinschaftlichen jüdischen Veranstaltungen kultureller Art darstellt, und da bei Ablehnung unseres Gesuches die ganze Kulturbundarbeit in Hamburg zusammenbrechen würde, bitten wir, unserem Antrage stattzugeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Jüdischer Kulturbund Hamburg e.V.

gez. Dr. Gowa

gez. Dr. M. Goldschmidt

### Nr. 23

Die »Kulturbund-Arbeit: Ein Rückblick und ein Ausblick«

24. Mai 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 21 vom 27.5.1937, S. 16 a

### Die Arbeit des Kulturbundes

Ein Vortrag von Dr. Hans Buxbaum

Vor einem leider nicht sehr zahlreichen Publikum, das sich aber äußerst interessiert zeigte, sprach am Montag Abend im Gabriel Riesser Saal Dr. Hans Buxbaum, der künstlerische Leiter des Hamburger Jüdischen Kulturbundes, über das ergiebige und viel versprechende Thema »Kulturbundarbeit«. Was der Redner zu erzählen wußte und in eindringlicher und vornehmer Form vorbrachte, waren zwar keine neuen Offenbarungen, aber eine sehr geschickte Zusammenstellung alles dessen, was der Kulturbund, und zwar nicht nur der Hamburger Kulturbund, im Laufe der Jahre geleistet, wie er versucht hat, der vielen Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich ihm entgegenstellten, wie er in den kommenden Jahren sich bestreben wird, durch Nutzbarmachung der bisherigen Erfahrungen seine Leistungen zu steigern.

Er ging von der Gründung der jüdischen Kulturbünde im Jahre 1933 aus, die nicht nur die plötzlich vereinsamten Künstler zu Gesamtleistungen zusammenfassen sollten, sondern auch der Situation des jüdischen Publikums Rechnung tragen mußten, das

eine gewohnte Umgebung aufzugeben hatte und dem man einen Eindruck der jüdisch kulturellen Idee vermitteln sollte. Hatte der jüdische Mensch in Deutschland früher auch einmal irgendwelche Berührungspunkte mit jüdischer Kunst gesucht, die sporadisch auftauchte, so war das doch mehr ein folkloristisches Erlebnis geblieben. Jetzt hatte der Kulturbund zwei programmatische Funktionen: Er mußte dem jüdischen Publikum den Weg seiner neuen kulturellen Situation zeigen, und er mußte ihm kulturelle Werte bringen, die den jüdischen Menschen als solchen angingen. So begann man mit der Wiedergabe der Stücke aus dem jüdischen Kulturkreis in deutscher Sprache, die jüdische Themen behandelten, Zweigs »Jeremias«, Beer Hofmanns »Jakobs Traum«, man gab Stücke jüdischer Dichter wie Arthur Schnitzler, Molnar, Bruno Frank, man griff auf das ewige Genie eines Shakespeare zurück. Dann erst getraute man sich an die eigentlichen jüdischen Dichter, an Perez, Bistrizki, Dumow [gemeint ist vermutlich Dubnow], Stücke aus einem Milieu, wo die Juden nicht nur Glaubens- und Schicksalsgemeinschaft waren, sondern eine volkkliche Zusammenhang besaßen. In ähnlicher Weise ging man in der Musik vor.

Besonders schwierig war die Situation der Kulturbünde in organisatorischer und finanzieller Art, denn Subventionen in nennenswerter Höhe, wie sie jedes rein künstlerische Unternehmen braucht, waren nicht vorhanden, man mußte sich allein auf das Publikum stützen. Am günstigsten lag der Fall noch in Berlin, wo man eine große Masse hinter sich hatte und der erste jüdische Kulturbund mit einem eigenen Theater daher bald ins Leben gerufen wurde. Ihm folgte Köln mit einer Zusammenfassung der dicht beieinander liegenden Rhein- und Ruhrstädte. Frankfurt a. M. gründete unter Steinberg sein Orchester, während andere Kulturbünde sozusagen nur Konsumenten und nicht Produzenten waren. Auch Hamburg gehörte zuerst zu den mehr konsumierenden Bündeln, da es sich darauf beschränkte, auswärtige Künstler hierherkommen zu lassen, aber das änderte sich 1935, als Hamburg begann, zu den produzierenden Kulturbünden überzugehen und ein eigenes Theaterensemble gründete. Während nämlich die Berliner und Frankfurter Orchester den Bedarf an Musik leicht befriedigen konnten, war es dem Berliner Schauspielensemble nicht möglich, infolge der großen dortigen Besucherzahl aus Berlin herauszugehen, und im Reich entstand daher ein Bedarf nach Theatervorstellungen. Breslau ging zuerst eine Bindung mit Hamburg ein, dann mußte sich der Reichsverband der jüdischen Kulturbünde dafür einsetzen, daß die Nachfrage zwischen produzierenden und konsumierenden Kulturbünden geregelt würde. Das Frankfurter Orchester wurde vom Reich übernommen, und das Hamburger Ensemble wurde eine Art Reiseensemble. Der Anfang war sehr schwer, man begann mit Gastspielen in Oberschlesien, es schlossen sich Leipzig, Dresden, Breslau an, dann kam Süddeutschland dazu. Jetzt ist das Hamburger Schauspielensemble des Kulturbundes zum offiziellen Ensemble des Reichsbundes bestimmt worden. Seine Tätigkeit als solche in Hamburg bleibt davon unberührt, nur die Gastspieltätigkeit wird vom Reichsverband geregelt.

Die Besucherorganisation war in den Kulturbünden verschieden geartet. Berlin gab für einen bestimmten Beitrag im Monat zwei Veranstaltungen, Hamburg erhob einen Mitgliedsbeitrag und stellte den Besuch der Veranstaltungen in das Belieben der Mitglieder. Das soll jetzt hier auch geändert werden. Das neue Besuchersystem wird bald bekanntgemacht werden.

Der Rückblick auf die Leistungen des Hamburger Kulturbundes zeigt folgendes Bild: Im ganzen gab es hier 211 Veranstaltungen, die sich teilten in 11 große Orchesterkonzerte, 6 Chorkonzerte, 14 Solistenkonzerte, 21 Bunte Abende, 13 Theateraufführungen mit 130 Vorstellungen. Für die neue Spielzeit sind wieder in Aussicht genommen u.a. Konzerte von Sabine Kalter und Alexander Kipnis, mehrere Shakespeare-Aufführungen, aber auch Scholem Alechems »Reise Benjamins III«, Zangvills »König der Schnorrer«, dann Strindberg, einige jüdische ausländische Dichter und die Wiener Erfolgsoperette »Das Kerzenlicht«. Zum Schluß sprach der Redner den Wunsch aus, daß die neue Spielzeit das Band zwischen Kulturbund und Publikum immer enger knüpfen möge.

#### Nr. 24

Der staatliche Bericht über den Leiter des Kulturbundes

17. August 1937

Staatsarchiv Hamburg, 131-6 Staatsamt, 28

Hamburgisches Staatsamt

Abt. I – I A 1 Pol.

Tgb.Nr.II B 2 – 2791/37.

17. August 1937.

An den

Herrn Reichsminister

für Volksaufklärung und Propaganda

Berlin W 8

Wilhelmsplatz 8 – 9

Betrifft: Jüdischer Kulturbund Hamburg e.V.

Bezug: Schreiben vom 7.8.37 – S J 680/6.8.37/3.

Der Jüdische Kulturbund Hamburg e.V. hat bisher in politischer Hinsicht zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Der Verein umfaßt heute etwa 4200 Mitglieder. Davon zahlen 2200 Mitglieder den vollen Beitrag in Höhe von RM 5.– bis 7.–, 400 Mitglieder zahlen einen ermäßigten Beitrag von RM 2.– bis 4.–, während die restlichen Mitglieder RM 0.60 Jahresbeitrag zahlen.



Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Vereins ist der Kaufmann Dr. jur. und Dr. phil. Ferdinand Gowa, geb. 24.6.00 in Hamburg, wohnhaft Hamburg-Hochkamp, Graf Speestrasse 3. Hier sind mehrfach Beschwerden aus jüdischen Kreisen über die Geschäftsführung des Dr. Gowa bekannt geworden. Dr. Gowa soll für die kaufmännische Leitung unfähig sein. Viele, besonders die grösseren Veranstaltungen schließen trotz hoher Eintrittspreise mit einem Defizit ab, das von der Israelitischen Gemeinde gedeckt werden muß. Die Karten zu den einzelnen Veranstaltungen werden längst nicht immer abgesetzt. Nicht verkaufte Karten erhält die jüdische Winterhilfe zur Verteilung an minderbemittelte Mitglieder des Kulturbundes.

Die Aufgaben, die sich Dr. Gowa stellt und auch auszuführen versucht, entsprechen häufig nicht dem Bedürfnis der Mitglieder und sind im Rahmen des Kulturbundes als Fehlversuche anzusehen. So verliert z.B. eine Hamlet-Aufführung mit unzulänglichen Kräften, dargestellt auf einer vollkommen unzulänglichen Bühne, jede künstlerische Wirkung.

Dr. Gowa beschäftigt häufig sehr teure auswärtige Kräfte, während hamburgische Künstler bei der Besetzung zu wenig berücksichtigt werden. Dies soll dazu führen, daß erwerbslose hamburgische Künstler der öffentlichen Wohlfahrt zur Last fallen.

Im Auftrage  
gez. Ipsen

## Nr. 25

Statistischer Bericht aus der Arbeit des Kulturbundes

15. Juni 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 25 vom 23.6.1938, S. 16 a-b

### Der Kulturbund berichtet

R.-A. Rudolf Samson auf der Jahresversammlung

Der jüdische Kulturbund hatte am vergangenen Mittwoch seine Mitglieder zu seiner Jahresversammlung zusammenberufen. R.-A. Rudolf Samson erstattete den Tätigkeitsbericht, der von einer umfassenden Arbeit Zeugnis ablegte. Seit diesem Jahre, wo das neue Haus zur Verfügung steht, hat sich diese Arbeit noch weit vermehrt. Der Bericht erstreckte sich auf die Zeit vom 15. Mai 1936 bis zum 15. Juni 1938. In dieser Zeitspanne bot der Kulturbund: 196 Theatervorstellungen, (85 in Hamburg und 111 auswärts), 33 Konzerte (4 Orchesterkonzerte, 1 Kammerorchesterkonzert, 12 Solistenkonzerte, 15 Kammermusikabende, 2 Chorkonzerte, 1 Orgelkonzert), 8 Vorträge, 11 Rezitationsabende, 2 Kunstausstellungen, 7 Tanzabende, 14 Kleinkunstabende, 3 Werbeabende, 3 Kinderveranstaltungen und 7 Filmvorstellungen.

Das sind insgesamt 284 Veranstaltungen. Besucht wurden die Veranstaltungen in der Spielzeit 1935/36 bei 49 Veranstaltungen von 25773 Besuchern, 1936/37 bei 41 Veranstaltungen von 21084 Besuchern, 1937/38 bei 110 Veranstaltungen (bis 15. Juni) von 43127 Besuchern. Besonders interessant mögen die Besuchsziffern der einzelnen Veranstaltungen der letzten Spielzeit sein. Danach fanden die meistbesuchten Darbietungen folgenden Zuspruch: Dalila 2927, Amcha 2862, Romeo und Julia 2605, Kopf in der Schlinge 2507, Filmvorführungen 2300, Fahrt ins Grenzlose 2167, Extemporale 2051, Jean 2502, Willy Hagen 1737, Sabine Kalter 1731, Werbeabende 1636, Dr. Sakom 1330, Paul Schwarz 1281, Hermann Schey 1216, Schwarz-Landerer 1149, Mendelssohntrio 1137, Tempelchor 1015.

Die Höhe dieser Besucherzahlen gibt dem Kulturbund allein schon die Berechtigung für die Aufrechterhaltung seiner Tätigkeit, wenn auch die Finanzierung sich äußerst schwer gestaltet. Dazu kommen die sozialen Leistungen, denn der Kulturbund gab 116 Menschen im Kunst- und Geschäftsbetrieb Erwerbsmöglichkeiten. Die laufende Spielzeit ist noch nicht abgeschlossen. Große Sorgen muß die weitere Entwicklung infolge der verstärkten Abwanderung und des deshalb geringeren Eingangs von Mitgliedsbeiträgen verursachen. Seit der Inbetriebnahme des neuen Hauses hat sich der Umsatz gewaltig erhöht, und zwar von 56000 RM im Jahre 1936/37 auf 125000 RM im Jahre 1937/38. Das Defizit im Jahre 1936/37 betrug 5600 RM, die durch langfristige Darlehen gedeckt wurden.

Bis zum Ablauf der vergangenen Spielzeit, am 31. August 1937, liegt der Bericht eines Buchprüfers vor, an Hand dessen Entlastung für den Vorstand beantragt wurde. Diese wurde einstimmig genehmigt.

Eine aus formalen Gründen vorzunehmende Satzungsänderung, die sich auf die Zusammensetzung des Kuratoriums bezieht, wurde genehmigt, ebenso die Neuzusammensetzung des Kuratoriums, das sich in der Mehrzahl aus den bisherigen Mitgliedern zusammensetzen wird.

R.-A. S a m s o n sprach dann die Hoffnung aus, daß es gelingen wird, den Kulturbund auch in der nächsten Spielzeit aufrechtzuerhalten, aber das wird ihm bei allen Schwierigkeiten nur möglich sein, wenn ihm die moralische und tatsächliche Unterstützung aller sicher ist, die schon bisher zu seinen Mitgliedern gezählt haben, und wenn sich ihm noch weitere Freunde zuwenden werden. Er wird weiter versuchen, Freude und Erhebung zu verbreiten und jüdischen Künstlern eine wenn auch nur bescheidene Arbeit und Brot zu verschaffen.

J.[ulian] L.[ehmann]<sup>18</sup>

18 Zu Julian Lehmann vgl. Kap. 21.4, Dok. 3.

**Nr. 26**

Vier Jahre Kulturbund-Arbeit in Hamburg

Juli 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 7 vom 15.7.1938,  
S. 6f.

Dr. Ferdinand Gowa:

**Gedanken um den Kulturbund**

## I.

Wohl alle denken, daß in den Sommermonaten für die Leitung eines Jüdischen Kulturbundes die Zeit des Ausruhens gekommen ist. Dies ist leider eine Täuschung. Einmal gilt es, die vielen Anregungen zu verarbeiten, die im Laufe der Spielzeit dem Kulturbundleiter vorgelegt sind und eine mannigfache Kritik enthalten. Weiter gilt es, in die Zukunft blickend, die Pläne für die neue Spielzeit zu fassen. Es ist eine umfangreiche Kritik, die gerade in diesem Jahre zu verarbeiten ist, und es sind schwerwiegende Pläne, die für die Zukunft Verwirklichung finden sollen.

Die Kritik ist eine Eigenschaft der Juden. Oft ist es so, als ob wir von dieser Kritik erdrückt werden sollen. Wenn nach wirklich schwerer und komplizierter Arbeit sehr verständnislos unsere Arbeit als ein Nichts bezeichnet wird, so bedarf es wirklich eines großen Willens, um den Mut und den Glauben an der Kulturbundarbeit nicht zu verlieren. Da wir aber den Willen zu einer Leistung haben, sind wir imstande, immer wieder mit der großen Begeisterung für Kunst und Kultur im jüdischen Kreise weiterzuarbeiten. Die Kulturbundarbeit ist kein kaufmännisches Rechenexempel, sie ist eine künstlerische Arbeit. Die künstlerische Arbeit aber ist eine lebendige Arbeit, die sich nur sehr bedingt errechnen läßt, die als solche sehr viele irrationale Kräfte in sich hat, die sich nicht etatisieren lassen. Es ist selbstverständlich richtig, daß auch die künstlerische Arbeit organisiert sein muß, daß eine peinlich saubere Korrespondenz und Buchführung die Handlungen zu belegen und kontrollieren hat. Aber diese Handlungen geben eben eine geistige, künstlerisch-irrationale Arbeit an. Dieses mögen alle diejenigen bedenken, die sich mit der schwierigen Frage der Finanzierung des Kulturbundes zu beschäftigen haben.

Die Leitung des Jüdischen Kulturbundes Hamburg ist so vermessen, zu erklären, daß etwas geleistet worden ist. Seine vielen Mitarbeiter haben ihn gerade im letzten Winter in zäher und unermüdlicher Arbeit zu einem wichtigen Faktor der Kulturbundarbeit gemacht. Dieser »vermessene« Satz muß allen denjenigen entgegengestellt werden, die auch heute noch meinen, den Jüdischen Kulturbund als einen überflüssigen, unnötig Mittel der Allgemeinheit verbrauchenden Faktor zu bezeichnen. Ja: es ist etwas geleistet worden!

## II.

Der Jüdische Kulturbund Hamburg hat nach vorangegangenen Versuchen kleiner Künstlergruppen im November 1934 seine Arbeit begonnen, d.h. also, der Jüdische Kulturbund beschließt nunmehr seine vierte Spielzeit. [...]

Statistiken sind oft für die Allgemeinheit langweilig, aber in diesem Zusammenhange ist es wirklich interessant zu erwähnen, daß allein in dieser Spielzeit in Hamburg die sieben Theaterstücke, von denen jedes durchschnittlich sieben Mal zur Aufführung gelangt, von nahezu 17000 Personen, unsere 52 Gastspiele von etwa 21000 Personen besucht worden sind.

Es ist sicher, daß diese Tatsachen das Theater in den Mittelpunkt unserer Kulturbund-Arbeit gerückt haben und durch dieses alle entscheidenden Pläne, die die Kulturbund-Leitung in den letzten Jahren zu fassen hatte, beeinflußt worden sind. Dabei sind, wie es für die Kulturbund-Arbeit selbstverständlich ist, die anderen Künste niemals vergessen worden. Wir verzeichnen in jeder Spielzeit eine Anzahl Vorträge, Rezitationsabende, Kunstausstellungen. Als neuer Versuch kam in dieser Spielzeit, noch nicht ganz gelungen aber zielgebend, hinzu: der jüdische Film »Idl mit'n Fidl.«

## III.

Der Rahmen unserer Kulturbund-Arbeit ist gegenüber seinen Anfängen groß, aber auch schön geworden. Es gelang, einen wiederum kühnen und mutigen Plan in die Tat umzusetzen: am 9. Januar d.J. wurde das Jüdische Gemeinschaftshaus in der Hartungstraße eröffnet. Es sind leider vor, während und nach dem Bau nur immer diejenigen zu Worte gekommen, die eine oft berechtigte Kritik zum Ausdruck brachten. Noch immer ist aber nicht, selbst von den Kreisen, von denen man es erwarten sollte, das große Lob für dieses Haus gesungen worden. Denn: durch dieses Haus ist in einer wirklich fast in allem vorbildlichen Form die Möglichkeit eines kulturellen und geselligen Zusammenlebens der Juden in Hamburg geschaffen worden. Schon der Eingang gibt die Atmosphäre, die wir jüdische Menschen nötig haben, um in den Dingen leben zu können, die, jenseits des reinen Existenzkampfes, auf die große menschliche Ebene führen.

Und diese Atmosphäre atmen auch die anderen Räume. Sowohl der Vortragssaal und die Bibliothek für die kleineren kulturellen Veranstaltungen, wie vor allem aber der Theatersaal mit einer technisch vollendeten Bühne geben gerade dem Kulturbund den denkbar besten Rahmen für die Durchführung seiner Veranstaltungen. Es wundert deshalb nicht, wenn unter diesem Eindruck die Zahl unserer Veranstaltungen gegenüber den vorhergehenden Spieljahren sich mehr als verdoppelt hat. Gegenüber 50 Veranstaltungen in der Spielzeit 1936/1937 verzeichnen wir bis Ende Juli 119 Veranstaltungen in Hamburg. Die Besucherzahl ist von etwa 20000 auf rund 45000 gestiegen. Unter dem Eindruck dieser Zahlen muß man feststellen, daß das Gemeinschaftshaus für den Jüdischen Kulturbund Hamburg die Ebene geschaffen hat, die er erstrebte. Es ist aller Skepsis zum Trotz gelungen, alle Schichten der

jüdischen Bevölkerung zu erfassen und in würdigen Räumen zu vielen ernsten und heiteren Stunden zusammenzuführen.

#### IV.

Es ist natürlich, daß die Ereignisse dieses Jahres die Kulturbundarbeit beeinflußt haben. Und es ist nur berechtigt, wenn bei Durchdenken der Kritik und der Zukunft schwere Sorgen die zu fassenden Entschlüsse und die der Allgemeinheit bekanntzugebenden Pläne beeinträchtigen. Es wurde schon gesagt, daß die Arbeit eines Kunstbetriebes durch ihre Wesensart das Aufstellen einer sorgfältigen Berechnung und damit also eine gesicherte Existenz sehr schwierig macht.

Soll diese Situation nun etwa dazu führen, unsere Arbeit aufzugeben? Das lehnt die Leitung des Jüdischen Kulturbundes Hamburg im Einvernehmen mit dem Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde in Deutschland ab. Sie ist entschlossen, auch die nächste Spielzeit durchzuführen, unter dem Eindruck, daß es gerade jetzt mehr denn je notwendig ist, den Kulturbund aufrechtzuerhalten, jetzt, da – wir können es mit Stolz sagen – die jüdische Allgemeinheit denselben verlangt.

#### V.

Es gilt also, wieder mit Zuversicht für den nächsten Winter die Mitgliedschaft zu organisieren und das künstlerische Programm aufzustellen. Man wird das Mitgliedersystem, das sich bewährt hat, beizubehalten, die monatlichen Beiträge jedoch unter Herabsetzung der Veranstaltungszahl zu ermäßigen haben. Man wird das Theater weiter im Mittelpunkt des Spielplanes halten müssen, und schließlich durch die anderen Künste zu umrahmen haben. Man wird das Frohe und Lebensbejahende voranstellen müssen, und das Tragische nur streifen dürfen. Das sind die Leitsätze. Wir erwarten, daß alle Juden in Hamburg uns helfen werden, sie zu verwirklichen!

## 21.2 Kulturwissenschaftliche Orientierung und Erwachsenenbildung

### Nr. 1

Die Sprachregelung für den Bibliothekstransfer der kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg

⟨A⟩ 11. Dezember 1933

⟨B⟩ 13. Dezember 1933

Staatsarchiv Hamburg, 131-6 Staatsamt, 189

⟨A⟩

[Entwurf]

Fernspruch an die Vertretung Hamburgs beim Reich.  
Hamburg, den 11. Dezember 1933.

Morgen wird die Warburg Bibliothek nach London verschifft werden. Es ist mit Warburg vereinbart worden, daß hierüber nichts in die Presse gelangen soll. Warburg wird auf die ausländische Presse einwirken. Die Staatliche Pressestelle wird sich mit den hiesigen Zeitungen und den hiesigen Vertretern ausländischer Zeitungen wegen Nichtveröffentlichung in Verbindung [zu] setzen. Die Hamburgische Vertretung wird gebeten, bei der Pressestelle der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß auf die dortige Presse in geeignet erscheinender Weise eingewirkt wird, daß über die Angelegenheit nichts veröffentlicht wird.

[handschriftlich korrigierte Fassung]

Fernspruch an die Vertretung Hamburgs beim Reich.  
Hamburg, den 11. Dezember 1933.

Morgen wird die Bibliothek Warburg nach London verschifft werden. Mit Rücksicht auf diesen Tatbestand muss jede Veröffentlichung in der Presse unter allen Umständen vermieden werden. Der grössere Teil der B[ibliothek] ist amerikanisches Eigentum. Der am[erikanische] Botschafter ist selbst in der Angelegenheit tätig gewesen. Die Bibl. ist auf 3 Jahre nach London verliehen. Erst dann soll endgültige Bestimmung getroffen werden. In Hamburg bleibt die dem Planetarium geliehene Abtlg. und die Kriegsbücherei, die in Obhut der Staats- u. Univers.Bibl. gegeben ist. Rechtsfrage ist eingehend geprüft. Möglichkeit zum Einwirken besteht nicht schon mit Rücksicht auf Amerika. Die Staatliche Pressestelle hat sich mit den hiesigen Zei-

tungen und den hiesigen Vertretern auswärtiger Zeitungen wegen Nichtveröffentlichung in Verbindung setzen. Die Hamburgische Vertretung wird gebeten, bei der Pressestelle der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß auch von dort auf die Presse des Reiches in geeignet erscheinender Weise eingewirkt wird, über die Angelegenheit nichts zu veröffentlichen.

⟨B⟩

Fernspruch der Vertretung Hamburgs beim Reich.  
aufgenommen Hamburg, den 13. Dez. 1933.

Nach Auskunft von Regierungsrat Stephan hat das Propagandaministerium in Sachen der Verschiffung der Bibliothek Warburg dem Wunsche Hamburgs entsprechend auf die Presse des Reichs eingewirkt.

**Nr. 2**

Das englische »Einladungsschreiben« für die kulturwissenschaftliche Bibliothek Warburg

[1933]

Stiftung Warburg Archiv, Hamburg, Eric M. Warburg

Lieber Herr Warburg,

Es ist mir und einigen meiner Freunde, die ebenfalls ein tiefes Interesse für Kunstgeschichte hegen, bekannt geworden, dass die berühmte Warburg-Bibliothek in Hamburg zur Zeit so gut wie aufgehört hat, als eine lebendige Institution zu wirken. Wenn es sich so verhält, ist uns der Gedanke gekommen, ob es nicht möglich wäre, diese Bibliothek vorübergehend in London unterzubringen – sagen wir für einen Zeitraum von drei Jahren – so dass die Vorteile und Möglichkeiten, die die Bibliothek allen Studenten der Kunst- und Kulturwissenschaften bietet, weiterhin unter der Leitung derjenigen Mitarbeiter, die so lange mit ihr verbunden gewesen sind, benutzt und ausgebaut werden können.

Sollten Sie die Möglichkeit sehen, uns in London die Bibliothek für den genannten Zeitraum zu leihen, habe ich die Freude, Ihnen mitzuteilen, dass ich dank der Grosszügigkeit und Begeisterung einer kleinen Gruppe von Freunden, die sich für Kunstgeschichte interessieren, in der Lage bin, Ihnen eine vorübergehende Unterbringung im Westend von London, die wir für diesen Zweck sicherstellen werden, anzubieten.

Sollen Sie dieses Angebot akzeptieren, dürfen wir annehmen, dass Sie dadurch in die Lage versetzt würden, die Arbeit der Bibliothek und ihre Entwicklung wie in der Vergangenheit fortzusetzen.

Ihr ergebener  
gez. Lee of Fareham

**Nr. 3**

Die gemeinsame Maimonides-Feier 1935

29. Januar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 933 b, Bl. 57

Henry Jones-Loge U.O.B.B.

Steinthäl-Loge U.O.B.B.

Nehemia Nobel-Loge U.O.B.B.

Franz Rosenzweig Gedächtnis-Stiftung.

Hamburg, 29. Januar 1935.

An den verehrlichen Vorstand der Deutsch-Israel. Gemeinde,  
Hamburg.

Betrifft: Maimonides-Feier.

Sehr geehrte Herren,

Unter Bezugnahme auf die Unterhaltung, welche Herr Dr. Liebeschütz mit Herrn Dr. Loewenberg geführt hat, gestatten wir uns, unserer Freude darüber Ausdruck zu geben, dass Sie den Plan einer von uns veranstalteten Hamburger Maimonides-Feier für die jüdische Öffentlichkeit gutgeheissen und unter Ihr Protektorat genommen haben.

Wir möchten Sie nunmehr bitten, uns zu den Kosten dieser Feier einen Beitrag von 300 RM zu leisten. Die Einwerbung dieser Summe bedarf wohl in Anbetracht der Bedeutung der Angelegenheit keiner ausführlichen Begründung. Es handelt sich um etwa ein Drittel der von uns geschätzten Gesamtkosten. Wir zweifeln nicht daran, dass der verehrliche Gemeinde-Vorstand zu dieser finanziellen Beteiligung gern bereit sein wird.

Es sind 3 Vorträge: am 6. und 26. März und am 11. April mit den Herren Prof. Elbogen, Rabbiner Dr. Max Wiener und Oberrabbiner Dr. Carlebach als Redner in Aussicht genommen; ausserdem eine Arbeitsgemeinschaft: »Neue Forschungen über die Bedeutung des Maimonides für die deutsche Geistesgeschichte.« – Die Vorträge sollen im Weissen Saal des Curio-Hauses stattfinden.



Wir machen uns das Vergnügen, Ihnen vorzuschlagen, dass der Gemeinde-Vorstand durch seinen Vorsitzenden die erste Veranstaltung offiziell durch Begrüßungsworte einleitet.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Henry Jones-Loge  
gez.: Unterschrift  
Präsident

Steinthal-Loge  
gez.: Unterschrift  
Präsident

Nehemia Nobel-Loge  
gez.: Kastan  
Präsident

Franz Rosenzweig Gedächtnis-Stiftung  
gez. Hermann Philipp  
Vorsitzender.

#### Nr. 4

Die Neuordnung des jüdischen Vortrags- und Versammlungswesens

1935

Hamburger Familienblatt Nr. 27 vom 4.7.1935, S. I

**Neuordnung des jüdischen Versammlungswesens**  
*Errichtung einer »Zentralanmeldestelle für Veranstaltungen  
der Jüdischen Organisationen Hamburgs«*

[...]

Nach eingehender Rücksprache wurde daher beschlossen, eine »Zentralanmeldestelle für Veranstaltungen der Jüdischen Organisationen Hamburgs« ins Leben zu rufen, in die berufen wurden: der erste Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes der Deutsch[-]Israelitischen Gemeinde, der erste Vorsitzende der Hamburger Zionistischen Vereinigung, der erste Vorsitzende des Central Vereins, Ortsgruppe Hamburg, der erste Vorsitzende des »Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten«, denen ein Geschäftsführer und stellvertretende Geschäftsführer zur Verwaltung der laufenden Aufgaben beigeordnet wurden. Danach setzt sich die Zentralanmeldestelle zusammen aus:

R.A. Bernhard David, Dr. Ernst Loewenberg, R.A. Rudolf Samson, Dr. Walter Pinner und R.A. Dr. Urias. Zum Geschäftsführer wurde Dr. Max Plaut bestellt, zu stellvertretenden Geschäftsführern die Herren Dr. Walter Groß (H.Z.V.), Dr. Werner Grunefeld (C.V.) und Harry Goldstein (R.j.F.). Sollten sämtliche Geschäftsführer gleichzeitig verhindert sein, so hat der Vorstand der Deutsch[-]Israelitischen Gemeinde das Recht, einen Vertreter zu bestellen.

Die Tätigkeit dieser Anmeldestelle wird derart ausgeübt, daß sie die einlaufenden Anmeldungen an die amtlichen Stellen weitergibt, und zwar getrennt nach großen Veranstaltungen und anderen Veranstaltungen. Die Zentralanmeldestelle wird in Zukunft die Verantwortung dafür tragen, daß alle eingehenden Anmeldungen ordnungsgemäß weitergegeben werden, ferner, daß nur Anmeldungen solcher Organisationen weitergegeben werden, die der Anmeldestelle bekannt sind, und gegen deren Führung bei der Anmeldestelle keine Bedenken vorliegen. Die Verantwortung für den Inhalt und die Durchführung der Veranstaltungen tragen weiterhin jeweils die veranstaltenden Organisationen selbst.  
[...]

**Nr. 5**

Das Lehrhaus des Tempels

16. Oktober 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 10 vom 16.10.1936, S. 5

## ISRAELITISCHER TEMPEL-VERBAND

Lehrhaus des Tempels  
Arbeitsgemeinschaften

Rabbiner Dr. Italiener: Ein Gang durch die Geschichte der Juden (Die spanische Blütezeit), 14tägig, Montags, 20.15 Uhr.

Beginn 2. November.

Rabbiner Dr. Joseph Norden: Die Propheten, 14tägig, Montags, 20.15 Uhr.

Beginn: 9. November.

Oberkantor Leon Kornitzer: Meisterwerke synagogaler Musik, 14tägig, Donnerstags.

Beginn: wird noch bekanntgegeben.

Dr. Alfred Veis: Hebräisch und Neuhebräisch für Anfänger und Fortgeschrittene.

Beginn der laufenden Kurse: Mitte Oktober; Beginn eines neuen Anfängerkurses für Neuhebräisch: Anfang November.

Vorbesprechung: Donnerstag, 5. November, 19.15 Uhr. Wegen Einreihung in die Kurse ist vorherige Rücksprache mit Herrn Dr. Veis erforderlich; Fernsprecher: 44 77 67.

## VORTRÄGE

Vortragszyklus Winterhalbjahr 1936/37

»Rückblick des Juden der Gegenwart auf das 19. Jahrhundert.«

November: Rabbiner Dr. Italiener: Einleitender Vortrag. Die geistigen Strömungen des 19. Jahrhunderts.

Dezember: Rabbiner Dr. Max Diemann-Offenbach a.M.: Religionsgesetz und Lebensform; anschließend zwei Arbeitsgemeinschaften.

Januar: Rabbiner Dr. Max Wiener-Berlin: Philosophie und Weltanschauung; anschließend zwei Arbeitsgemeinschaften.

Februar: Rechtsanwalt Dr. Max Eichholz: Emanzipationskämpfe (Gabriel Riesser); anschl. zwei Arbeitsgemeinschaften.

März: Rabbiner Dr. Leo Baeck-Berlin, Präsident der Reichsvertretung der Juden in Deutschland: Vom 19. zum 20. Jahrhundert.

Die Arbeitsgemeinschaften finden im Heinrich-Levy-Saale, die Vorträge im Gabriel-Riesser-Saale bzw. im Großen Tempel statt. Die genauen Termine der Vorträge werden rechtzeitig bekannt gegeben. Arbeitsgemeinschaften (außer den Neuhebräisch-Kursen) und Vorträge sind unentgeltlich und jedem Mitgliede der Gemeinde zugänglich. Anmeldungen für die Arbeitsgemeinschaften im Büro, Oberstraße 120, 44 64 60.

Der Vorstand

## Nr. 6

Die Zersplitterung des Vortragswesens

31. Dezember 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 53 vom 31.12.1936, S. IV

## Zersplitterung

### Hamburger jüdisches Vortragswesen – Wert und Zahl der Veranstaltungen

Wir haben anlässlich des Berichtes über einen wertvollen Vortrag eines angesehenen Dozenten innerhalb des Kulturbundes und der Franz-Rosenzweig-Stiftung darauf hingewiesen, wie beschämend es für das jüdische Hamburg ist, daß solche Vorträge und Veranstaltungen nicht besser besucht werden.<sup>19</sup>

Der Beispiele in letzter Zeit dafür hat es genug gegeben. Lehrseminare von jüdischen Koryphäen, die über Wochenende in Wilhelminenhöhe stattfinden sollten, mußten abgesagt werden, bei wirklich großzügig angelegten Veranstaltungen fand sich nicht die Zahl der Besucher ein, die man hätte erwarten dürfen. Nun wollen wir nicht verkennen, daß gerade die gegenwärtigen Wochen durch geschäftliche In-

<sup>19</sup> Gemeint sind die Wochenendseminare der Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung vom 10./11. Januar und vom 17./18. Januar 1936. Diese wurden unter anderem von Martin Buber (1878-1965) und Ernst Kantorowicz (1892-1944) gestaltet. Vgl. Kap. 21.3, Dok. 7; GB Nr. 2 vom 26.2.1936, S. 5; HF vom 23.1.1936.

anspruchnahme auf der einen Seite und durch die Feiertage auf der anderen Seite viel Publikum davon abhalten, sich bei allgemeinen Zusammenkünften einzufinden, aber der Grund für die auffallende Vernachlässigung solcher Abende liegt doch tiefer.

Er liegt in der weitgehenden *Zersplitterung* unter der das jüdische Leben in Hamburg zu leiden hat. Jeder Verein und jedes Vereichen, jeder Bund und jedes Bündchen, jede kleine Gesellschaft holt sich ihre Mitglieder getrennt zusammen. Man veranstaltet Kurse über die gleichen Themen, die man im Jüdischen Lehrhaus von Autoritäten hören könnte, und hat kaum die Vortragenden, welche dieser Themen mächtig sind, verärgert dadurch die zuerst kommenden Teilnehmer und verdirbt sie als Besucher anderer, besserer Lehrgelegenheiten. So kommt es dann, daß an jedem Abend zeitweise über sage und schreibe – fünfzig jüdische Veranstaltungen stattfanden, von denen die meisten kaum von fünf bis sechs Menschen besucht waren, von der Qualität des Gebotenen ganz zu schweigen. Aber diese Miniaturveranstaltungen verschlingen insgesamt trotzdem Kräfte und Menschen, zum wenigsten so viele, daß durch sie die Arbeit in den wirklich wertvollen Zusammenkünften unendlichen Schaden leiden muß.

Aus anderen Gründen ist heute die Zahl der jüdischen Veranstaltungen beschränkt worden. Alle die, die für irgendeinen Kreis von Menschen in der Führung verantwortlich zeichnen, sollten nun die Gelegenheit benutzen, um diese Menschen zu solchen Lehrgelegenheiten hinzuführen, die von autoritativer Seite, von wirklichen Sachkennern geboten werden. Denn diese gilt es, zu erhalten und nicht die Miniaturzirkel. Es wäre ein unermesslicher Schaden, für den Ruf von Hamburg sowohl als auch für seine jüdischen Bürger, wenn unsere Bildungsarbeit daran auf die Dauer Schaden leiden würde, daß Eigenbrötelei den Besuch guter Lehrgelegenheiten hindert.

W.[alter] B.[erendsohn]

### Nr. 7

Der Vortrag von Rabbiner Max Dienemann-Offenbach über Religionsgesetz und Lebensform

7. Februar 1937

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom 9.2.1937, S. 9

### Rabbiner Dr. Dienemann-Offenbach über Religionsgesetz und Lebensform

Ein großer Zuhörerkreis hatte sich am 7. d.M. im Tempel eingefunden, um Herrn Rabbiner Dr. Max Dienemann-Offenbach zu lauschen, der innerhalb des dies-

jährigen vom Lehrhause des Tempels veranstalteten Zyklus über Religionsgesetz und Lebensform sprach. Der Redner ging aus von der seelischen Haltung des Juden im 18. Jahrhundert, für den das Judentum meist nur autoritativer Zwang war, nur »geoffenbartes Gesetz«, wie Mendelsohn es definiert, gegen das sich in dem durch die französische Revolution beeinflussten Zeitalter des Individualismus eine starke Reaktion geltend machte. Die bisherige Lebensform zerbrach, der Kampf um eine neue begann. Dr. Dienemann zeichnete sehr anschaulich die führenden religiösen Persönlichkeiten des Judentums innerhalb des 19. Jahrhunderts: die beiden Vertreter der geschichtlichen Entwicklung Abraham Geiger und Zacharias Frankel, Samson Raphael Hirsch, den Begründer der sogenannten Neuorthodoxie und endlich Samuel Holdheim, den Begründer der Reform. Mit dem Wunsche, daß statt des Kampfes um das Religionsgesetz der sich vielfach in fruchtloser Polemik erschöpft habe, das Ringen um die jüdische Lebensform treten möge, schloß der Vortragende seine auf hoher Warte stehenden Ausführungen, denen die Zuhörerschaft mit gespannter Aufmerksamkeit folgte. Stimmungsvolle Psalmen-gesänge des Tempelchors unter Leitung seines Dirigenten Georg de Haas schufen der Veranstaltung den würdigen Rahmen. Dem Vortrage folgte am 8. d.M. abends eine Arbeitsgemeinschaft über das Thema: Kampf um das Religionsgesetz unter Leitung des Redners, die den zahlreichen Teilnehmern gleichfalls viel Bereicherung gab.

### Nr. 8

»Aus den Vortragssälen«

11. März 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 3 vom 11.3.1938,

S. 4

Aus den Vortragssälen

Herr Dr. Fritz Bamberger-Berlin über Spinozas jüdische Umwelt

Auf dem dritten Kulturabend des Religionsverbandes sprach Herr Dr. F. Bamberger-Berlin über die jüdische Umwelt Spinozas. Der Redner, den Herr Dr. Loewenberg namens des Bildungsausschusses einführte, ging den geschichtlichen Ursachen nach, welche das scheinbar plötzliche Auftauchen einer genialen Individualität vorbereitet haben. Er begann mit einer allgemeinen Betrachtung über das Wesen sefardischer Kultur, die während des klassischen Mittelalters im Vergleich mit den Hervorbringungen des aschkenasischen Lebenskreises eine ausgesprochen persönliche Note gezeigt hat; ihre große Offenheit gegenüber der weltlichen, meist antik bedingten Kultur führte zu einer Freiheit der Auswahl des persönlich Passenden, während im deutschen und nordfranzösischen Judentum die alleinige Vorherr-

schaft der jüdisch-religiösen Tradition den einzelnen in festen Schranken hielt. Der zweite Teil des Vortrags behandelte die bestimmte Situation des holländischen Judentums in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, im Zeitalter des Barocks. Die Hörer bekamen durch eine Fülle von Beispielen einen starken Eindruck von der Einmaligkeit dieser Geschichtsstunde, in der eine intensive Begegnung der Juden mit der scheinbar ins Unendliche geweiteten Welt zusammenfiel mit einer völlig ungebrochenen Fortdauer ihrer religiösen Tradition. So konnte Manasse ben Israel, einer der Lehrer Spinozas an der Amsterdamer Talmudakademie, mit Oliver Cromwell, dem Lordprotektor der damaligen englischen Republik, Verhandlungen über die Wiedenzulassung der Juden in England unter weitgespannten handelspolitischen Gesichtspunkten führen, während er im Herzen daran dachte, gerade dadurch die Voraussetzungen für das Hereinbrechen der messianischen Zeit herbeizuführen; wenn in den Winkeln der Welt (anguli, Wortspiel mit Anglia = England), in Brasilien und in Britannien, Juden siedelten, dann schien ihm der größtmögliche Grad der Zerstreung erreicht zu sein. – Die Darstellung, wie aus diesen Elementen das Werk des Spinoza sich gestaltete, gehörte nicht mehr zum Thema des Abends, aber die geistige Neugier der Hörer ist durch die Ausführungen in dieser Richtung stark angeregt worden.

H.[ans] L.[iebeschütz]

\*

#### Dr. H. Mandelbaum über die Landschaft Palästinas

Auf dem vierten Kulturabend des Religionsverbandes sprach am 7. d.M. Herr Dr. H. Mandelbaum über die Landschaft Palästinas. In schlichter, sachlicher Weise führte der Vortragende an Hand einer großen Anzahl von Zeichnungen und Lichtbildern, die er selbst gefertigt hatte, seine Zuhörerschaft in die Landschaft Palästinas ein, die so das Heilige Land einmal von einer ganz andern Seite kennen lernte, das Land, wie die Natur und jahrhundertelange Vernachlässigung es gestaltet haben und wie es unter fleißigen Händen wieder aufblühen konnte. Die Worte des Vortragenden, aus denen bei aller Sachlichkeit doch die Liebe des Redners zu seinem Gegenstande herausklang, fanden den reichen Beifall einer dankbaren und interessierten Zuhörerschaft.

**Nr. 9**

Die Rede Arthur Ruppins über den jüdischen Aufbau in Palästina im Gemeinschaftshaus

23. März 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 4 vom 8.4.1938, S. 7f.

### Dr. Arthur Ruppin in Hamburg

Der Jüdische Religionsverband Hamburg und das Hamburger Ortskomitee der Jewish Agency veranstalteten am 23. v.M. einen Abend zu Ehren des Herrn Dr. Arthur Ruppin.<sup>20</sup> Mit welchem Interesse hier die jüdische Allgemeinheit dem palästinensischen Gaste entgegenseh, beweist der Umstand, daß der Theatersaal des Gemeinschaftshauses die Zahl der Besucher nicht zu fassen vermochte. Die Veranstaltung mußte durch Lautsprecher in den Vortragssaal des Hauses übertragen werden; auch dieser war derart überfüllt, daß ein Teil der Einlaßbegehrenden unverrichteter Dinge heimkehren mußte. Der Abend wurde namens des Vorstandes des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg von Herrn Dr. Loewenberg eröffnet. Er begrüßte Herrn Dr. Ruppin, der seit einem Menschenalter in Palästina für Palästina wirke. Er dürfe mit berechtigtem Stolz auf die Arbeit blicken, die er dort geleistet habe; namentlich sei es der Emek,<sup>21</sup> für dessen Aufbau er die Wege geebnet habe. Mit prophetischem Blicke habe Dr. Ruppin im Jahre 1932 von der Möglichkeit gesprochen, daß Palästina viele Tausende von Juden aus Deutschland werde aufnehmen können, einer Möglichkeit, die alsbald zu einer bedeutsamen Wirklichkeit geworden sei. Immer habe Arthur Ruppin über den Parteien gestanden, immer sei er für das große Gedankliche, für eine neue Religiosität eingetreten. [...] – Darauf ergriff Herr Dr. Arthur Ruppin selbst das Wort. Er wandte sich zuerst an die Jugend, welche die Bühne des Theatersaals füllte. Ihr, wie der jüdischen Jugend überhaupt, habe seine Lebensarbeit gegolten und gelte sie noch heute, und er hoffe, manche der jungen Menschen, in deren Mitte er in diesem Augenblick stehe, dereinst auf dem Boden der Väter wieder begrüßen zu können. Dann sprach Arthur Ruppin von der Arbeit und dem jüdischen Aufbau in Palästina. Vieles von dem, was er sagte, wußten wir schon, hatten es schon gehört, gelesen oder selbst gesehen, aber das Neue für viele an den Worten Ruppins war doch, daß hier ein Mann aus der Fülle seiner Arbeit sprach, die Inhalt und Aufgabe seines Lebens geworden war; das ist es, was so sehr an seinen Darlegungen fesselte. Aber noch etwas anderes klang aus ihnen deutlich hervor: der Appell an die Diaspora, das von so vielen mit Hingabe ihrer ganzen Kraft und, wenn es sein mußte, mit Einsatz ihres Lebens geschaffene Werk nicht

20 Zu Arthur Ruppin siehe den Beitrag von Ina Lorenz, in: NDB 22 (2005), S. 281f.

21 Emek (hebr. Tal, Tiefebene) Israel ist eine große, fruchtbare, westöstliche Ebene zwischen Haifa und Bet Schean und seit 1911 ein Gebiet der modernen jüdischen Kolonisation in Palästina.

untergehen zu lassen, sondern über die durch die Zeitverhältnisse hervorgerufene Krise hinwegzuretten, auf deren Beendigung nach seiner Meinung ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung mit Sicherheit folgen werde. [...] Als letzter Redner sprach Herr Max M. Warburg, der auch seinerseits Herrn Dr. Ruppin des steten Dankes der jüdischen Allgemeinheit versicherte, auch, wenn er diesen von sich aus abzuwehren wünsche. Er rühmte an dem palästinensischen Gaste, daß sich in ihm Leidenschaft mit einer tiefen Sachlichkeit verbinde. Männer wie er seien für das jüdische Volk in Palästina vonnöten. Auch er betonte die Pflicht der gesamten Judenheit, das palästinensische Aufbauwerk jetzt in der Stunde der Gefahr nicht untergehen zu lassen und versprach auch seinerseits, alles Mögliche in dieser Hinsicht zu tun. [...]

### 21.3 Die Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung

#### Nr. 1

Die Statuten der Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung

November 1930

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 794, Bl. 90

Hamburg, November 1930

Franz Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg

1. Die Stiftung ist dem Andenken von Franz Rosenzweig gewidmet. Sie soll das geistige Leben der jüdischen Gemeinschaft im Sinne Rosenzweigs befruchten und fördern.
2. Dieses Ziel soll zunächst durch unentgeltliche Verteilung von Rosenzweigs Schriften angestrebt werden. Als weitere Aufgaben der Stiftung sind in Aussicht genommen,
  - a, die Förderung der Verbreitung des jüdischen Buches überhaupt,
  - b, die Einrichtung von Vorlesungen,
  - c, die Errichtung eines jüdischen Lehrhauses nach dem Programm, welches Franz Rosenzweig in seinem Buch »Zweistromland« niedergelegt hat,
  - d, die Veranstaltung von Preisausschreiben u. dergl. zu Zwecken jüdischer Wissenschaft,
  - e, die Anknüpfung von Verbindungen mit gleichgearteten Einrichtungen zwecks Ausdehnung der Stiftung auf andere Städte.
3. Die Stiftung darf sich nicht in den Dienst einer Partei oder einer religiösen Richtung stellen; vielmehr darf sie sich nur mit Aufgaben befassen, welche der jüdischen Gesamtheit dienen.
4. Das Grundkapital der Stiftung darf nicht angegriffen werden; vielmehr muss sich die Tätigkeit auf solche Gegenstände beschränken, deren Beschaffung oder Bezahlung aus den Zinseinkünften und den Mitgliederbeiträgen erfolgen kann.



5. Mitglied der Stiftung, deren Rechtsfähigkeit angestrebt werden soll, kann jede geeignete Einzelperson ebenso wie jede einschlägige Institution werden. Die Aufnahme erfolgt durch den Vorstand.<sup>22</sup>

## Nr. 2

Der Tätigkeitsnachweis gegenüber der Gestapo

November 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 833 a, Bl. 89

Hamburg, den November 1933

An die Staatspolizei,  
zu den Händen von Herrn Stephan,<sup>23</sup>

Stadthaus Zimmer 248

betr. Franz Rosenzweig Gedächtnis Stiftung

Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 3. November 1933 und das Telefongespräch vom 9. November mit Ihrem Herrn Stephan überreiche ich in der

Anlage 1<sup>24</sup>

ein Verzeichnis der geplanten Veranstaltungen mit Ort und Zeitangabe und in der

22 Die Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung (Hamburg) wurde am 28. November 1930 gegründet; GB Nr. 1 vom 12.1.1931, S. 4. Rosenzweig hatte sich im Sommer 1921 um die Stellung als Hauptlehrer und Vertreter des Schulleiters des Jüdischen Schulvereins in Hamburg beworben. Er war hierfür von Rabbiner Nehemia Nobel, Frankfurt am Main, empfohlen worden. Der Schulverein sprach sich für eine Anstellung aus, nachdem Rosenzweig gegenüber Vorstand und Beirat seine Vorstellungen mündlich entwickelt hatte. Die Unterzeichnung des Anstellungsvertrages unterblieb indes, weil die jüdische Gemeinde Frankfurt schließlich doch noch den Wünschen Rosenzweigs, die er in Hamburg zu verwirklichen hoffte, entsprach; StAHH, 522-1 Jüdische Gemeinden, 833 a. Vgl. ferner das Schreiben Rosenzweigs an Rudolf Hallo von Anfang Dezember 1922, in: Franz Rosenzweig, *Der Mensch und sein Werk. Gesammelte Schriften*, Teil I, Bd. 2: Briefe und Tagebücher 1918-1929, Haag 1979, S. 860f., Nr. 836.

23 Hans Stephan (1902-1953), Kriminalsekretär und Angehöriger der Gestapo, von Beruf Bankbeamter, war seit 1926 Büroangestellter bei der Gewerbepolizei. Seit Mai 1933 gehörte er der Hamburger Gestapo als enger Mitarbeiter des Judenreferenten Göttsche an; im selben Monat trat er in die NSDAP ein und wurde Mitglied der SS. Nach Göttsches Versetzung 1943 führte er die Hamburger Deportationstransporte durch. Vgl. Meyer, »Jüdische Mischlinge«, S. 394; Jürgen Sielemann, Hans Stephan, in: Linde Apel (Hrsg.), *In den Tod geschickt. Die Deportationen von Juden, Roma und Sinti aus Hamburg 1940 bis 1945*, o. O. [Berlin] 2009, pdf-Datei auf beiliegender DVD.

24 Anlage 1 hier nicht abgedruckt.

## Anlage 2

das Programm der Stiftung vom November 1930 und bemerke dazu, dass der Name Stiftung eigentlich verkehrt ist.<sup>25</sup> Es handelt sich – juristisch gesprochen – um einen nicht eingetragenen Verein, der lediglich religiös wissenschaftliche Zwecke verfolgt und der bisher Statuten im Sinne des Gesetzes eigentlich nicht gehabt hat. Die unter Ziffer 2 c, d, und e des Programms genannten Zwecke sind schon wegen der geringen Mittel des Vereins völlig aufgegeben und es ist beabsichtigt, dem Verein in der nächsten Mitgliederversammlung die als

Anlage 3<sup>26</sup>

beigefügten neuen Satzungen vorzuschlagen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
ergebenst

**Nr. 3**

Die Überwachung der Vortragstätigkeit durch die Gestapo

16. April 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 833 a, Bl. 103

Dr. Hermann Samson  
Dr. Carl Leo  
Rudolf Samson  
Rechtsanwälte

Hamburg 36, den 16. April 1934  
Bleichenbrücke 10

Eilt!

Herrn Dr. Nathan,  
Deutsch Israelitische Gemeinde

Rothenbaumchaussee 38

betr. Franz Rosenzweig Gedächtnis Stiftung

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ein Beamter der Staatspolizei, Herr Stephan, hat mich heute telefonisch um Mitteilung gebeten, über die Veranstaltungen der Franz Rosenzweig Gedächtnis Stiftung. Es war bei der Staatspolizei eine Liste der Veranstaltungen mit genauer Angabe von

<sup>25</sup> Vgl. Kap. 21.3, Dok. 1.

<sup>26</sup> Anlage 3 ist hier nicht abgedruckt.

Ort und Zeit der Veranstaltungen eingereicht. Es ist notwendig, dass nunmehr unverzüglich für das Sommersemester eine gleiche Liste eingereicht wird. Wenn die Mitteilungen im Familienblatt eine vollständige Liste der Veranstaltungen enthalten, dann wird man ja einfach diese Liste herausschneiden und einreichen können.

Ich bitte Sie freundlichst unverzüglich das Erforderliche zu veranlassen, und mir davon, dass das geschehen ist, Mitteilung zu machen. Die Adresse lautet:

»An die Staatspolizei, zu Händen von Herrn Stephan  
Stadthaus Zimmer 248.«

Die Sache eilt.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
(gez.) R. Samson

#### Nr. 4

Die jüdische Bildungsarbeit der Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung

Oktober 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 41 vom 11.10.1934, S. III

### Jüdische Bildungsarbeit in Hamburg

Zum Beginn der Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung und des Bildungsausschusses der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

[...]

#### *Die Entwicklung seit der Umwälzung*

ist nun so vor sich gegangen, daß zuerst innerhalb der Logen sehr ernsthaft die Frage erörtert wurde, wie das kulturelle Vakuum, das nun entstand, auszufüllen sei, wie vor allem die jungen Juden bei dem Wegfall jeder allgemeinen Bildungsmöglichkeit in geistig-kultureller Beziehung wieder eingeordnet werden könnten. Unter Leitung von Oberlandesgerichtsrat Richard May wurden zunächst kleinere allgemeine Bildungsprogramme entworfen. Es gelang nicht sofort, mit breiteren Schichten in Fühlung zu kommen, vor allem nicht mit der Jugend. Diese Erfahrungen führten dazu, daß man die Gemeinde veranlaßte, sich der Dinge anzunehmen. Es kam die Herrlinger Konferenz, die erste gewissermaßen programmatische Auseinandersetzung der von der Reichsvertretung ins Leben gerufenen Mittelstelle für Erwachsenenbildung, der für Hamburg Dr. Hans Liebeschütz bewohnte. Diese Entwicklung fand ihren vorläufigen Abschluß, indem die Gemeinde Dr. Liebeschütz beauftragte, ein Programm auszuarbeiten. Im Verlauf dieser Arbeit ergab sich ganz naturgemäß die Zusammenarbeit mit der Franz-Ro-

senzweig-Gedächtnis-Stiftung. Dieser Zusammenarbeit ist das erfreuliche und wertvolle Ergebnis zu danken, wie es in dem nunmehr veröffentlichten Arbeitsplan vorliegt. Dabei rangiert die Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung durchaus an erster Stelle. Kommen doch von den acht Abteilungen des Arbeitsplans allein die sieben ersten auf ihr Konto, während die achte Abteilung vom Bildungsausschuß der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zusammengestellt wurde.

*Die leitenden Gedanken,*

die diesem Arbeitsplan zugrundeliegen, lassen sich kurz wie folgt zusammenfassen:

Es soll versucht werden, den jüdischen Menschen unserer Tage dahin zu bringen, die Situation, in der er lebt, zu erfassen und sich in ihr zu verankern. Es soll, nachdem die in Hamburg besonders blühenden allgemeinen Bildungsmittel nicht mehr zugänglich sind, dahin gestrebt werden, daß die Fühlung mit der abendländischen Kultur nicht verloren geht, besonders für die Jugend. Dabei ist der Hauptnachdruck durchaus auf das Jüdische gelegt. Davon zeugen die Kurse I bis IV (Hebräische Sprache [biblisches Hebräisch][,] Bibelkunde, Jüdische Geschichte und Literatur, Religionsphilosophie)[,] während die Kurse V bis VIII der allgemeinen Bildung gewidmet sind. In der Themenauswahl hat man, um eine gewisse Kontinuität in der Arbeit herzustellen, an Gebiete angeknüpft, die teilweise bereits im vergangenen Winterhalbjahr behandelt wurden. Verschiedene Themen wurden nach der Aktualität, die sie durch die Umwälzung bekommen haben, aufgenommen, so z.B. der Kurs über »Vererbungslehre« oder der Kurs über »Kulturen und Rassen der frühen Weltgeschichte«; mit den Kursen dieser Art soll gewissen Wandlungen im wissenschaftlichen Weltbild nachgespürt werden, wie etwa den Zusammenhängen von Rasse und Kultur im Altertum. Das Entscheidende für die fernere Präzisierung des Bildungsstoffes bleiben selbstverständlich die Erfahrungen der Praxis, von den mancherlei Anregungen erhofft werden.

*Die Auswahl der Referenten*

gestaltete sich nicht einfach. Das gilt besonders für die allgemeinen Bildungsziele. Die Ausräumung der deutschen Hochschulen hat eine starke Verarmung an jüdischen Lehrkräften mit sich gebracht, am fühlbarsten beispielsweise auf dem Gebiet der neueren Geschichte. Immerhin ist es auch hier gelungen, die geeigneten Kräfte zu gewinnen.

So steht denn nun dieses umfangreiche und gewichtige Bildungsprogramm, das in den sieben Hauptabteilungen des Arbeitsplans enthalten ist, der Benutzung der Hamburger Judenheit zur Verfügung. Unnützlich wäre es, viele Worte über die Notwendigkeit der intensivsten Anstrengungen auf dem Gebiete geistiger Betätigung für die deutschen Juden zu machen. Das ist geschehen und geschieht immer wieder von den autoritativsten Stellen aus. Unnützlich auch, immer wieder von neuem hervorzuheben, welche außerordentliche Kraft für die Erfassung und die notwendige Einordnung in unsere gegen früher so gänzlich veränderte Situation von der Beschäftigung mit geistigen, vor allen Dingen mit jüdischen Werten ausgeht. Das Bedürfnis danach

ist stark. So haben die Erfahrungen des letzten Winters gezeigt, daß die Franz-Rosenzweig-Stiftung

**den stärksten Zuspruch bei den Kursen j ü d i s c h e n**

**Inhalts**

zu verzeichnen hatte, während sie mit den allgemeinen Kursen an breitere Schichten noch nicht heranzukommen vermochte. Ganz bestimmt sind auch durch das starke Hervorkehren der jüdischen Werte eine ganze Anzahl dem Judentum und seinen geistigen und religiösen Gehalten Fernstehender und Entfremdeter den eigentlichen Wurzeln ihres Daseins wieder nähergebracht worden. Dieses Vorherrschen des Jüdischen im Programm der Bildungsarbeit und auch hinsichtlich der Beteiligung der Hörerkreise wird vorerst – und das ist gut so – anhalten. Zuviel ist auf diesem Gebiet in den letzten Jahrzehnten verlorengegangen, das zum untrennbaren Bestandteil des geistigen Aufbaues der deutschen Judenheit gehört. Daß daneben die allgemeinen Bildungswerke, deren Pflege dem deutschen Juden die Beziehung zu seiner geistigen Umwelt erhält, nicht vernachlässigt werden dürfen, ist klar. Hier muß die fernere Entwicklung den notwendigen Ausgleich schaffen.

Zu der in diesen Tagen bereits begonnenen praktischen Inangsetzung des Arbeitsplans mag dem Wunsch Ausdruck gegeben werden, daß das Hamburger Judentum in seinen weitesten Schichten und in allen seinen Altersklassen, vor allem aber die Jugend, sich dieses Bildungswerkes zur Prägung ihrer geistigen und Persönlichkeitswerte bedienen möchten, auf daß sich aus dem reichgegliederten, auf dem bedruckten Papier aber noch starr-unlebendigen Programm ein lebendiges, in alle Bereiche des Lebens dringendes Werk entfalte, das jenen Typus des deutschen jüdischen Menschen schafft, den unsere Zeit fordert.

**Nr. 5**

Die Lehrveranstaltungen der Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung im Wintersemester 1934/35

1934/35

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 10 vom 23.II.1934, S. 6

**Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung und Bildungsausschuß der Gemeinde**

Wintersemester 1934/35

Alle Veranstaltungen beginnen pünktlich. Um rechtzeitiges Erscheinen wird gebeten. Voranmeldungen schriftlich, telephonisch (557135) oder persönlich bei Fräulein Gertrud Engel, Rothenbaumchaussee 77, 12 bis 14 und 17 bis 18 Uhr, außer Freitags und Sonnabends.

### I. Hebräische Sprache (biblisches Hebräisch)

Helene Flörsheim: Hebräische Grammatik mit Text- und Sprachübungen. Dienstags, 10 Uhr, Parkallee 15.

B. S. Jacobson: Einführung in die hebräische Sprache. Textübungen zur Judentumskunde. Donnerstags, 20 ¼ Uhr, Schlüterstraße 80, Nebeneingang.

### II. Bibelkunde

Oberrabbiner Dr. Carlebach: Der Midrasch als Schlüssel zum Verständnis der Bibel. Sonntags, 11 Uhr, Logenheim, Oberstraße 140.

Rabbiner Dr. Italiener: Ausgewählte Psalmen. Hebräischer oder deutscher Text. Übersetzung und Besprechung. Ab Januar 1935, acht- oder vierzehntägig, nach Übereinkunft mit den Teilnehmern. Ort und Zeit werden später bekanntgegeben.

Rabbiner Dr. Jacob: Gemara Baba Kama. Dienstags, 20 ¼ Uhr, Freitags 20 Uhr, Hansastrasse 62.

B. S. Jacobson: Pentateuch mit Textübungen. Montags, 18 ½ bis 19 ½ Uhr, Schlüterstraße 80, Nebeneingang.

### III. Jüdische Geschichte und Literatur

Rabbiner Dr. Holzer: Einführung in die jüdische Geschichte und Literatur. Donnerstags, 19 bis 20 ½ Uhr, Synagoge Beneckestraße. – Aus der jüdischen Geistesgeschichte. Die Anfänge der Wissenschaft des Judentums. Vierzehntägig, Montags, 20 ¼ Uhr, Logenheim, Oberstraße 140.

Rabbiner Dr. Jacob: Erklärung des 2. Buches der Thora. Sonnabends, 20 ¼ Uhr. – Lektüre des Buches Hiob. Montags, 20 ¼ Uhr, Hansastrasse 62.

B. S. Jacobson: Bildungsfragen der jüdischen Jugend; für Führer von Jugendgruppen. Vierzehntägig, Montags, 20 ¾ Uhr. – Bialiks religiöse Dichtungen, Hebräischer Text. Übersetzung und Besprechung. Vierzehntägig, Dienstags, 20 ¼ Uhr, Talmud Tora Schule.

Prof. Dr. Isaak Markon: Einführung in das nachbiblische Schrifttum. Lektüre und Besprechung ausgewählter Texte. Vierzehntägig, Montags, 20 ½ Uhr, Gemeindebibliothek, Beneckestraße 6.

Dr. Ernst Simon (Frankfurt a.M.): Ausgewählte Hymnen des Jehuda Halevi. Hebräischer Text. Lektüre und Besprechung an Hand der Anmerkungen von Franz Rosenzweig. 3 bis 4 Abende, Januar/Februar 1935.

### IV. Religionsphilosophie

Dr. Hans Liebeschütz: Bibel und Judentum in der Weltanschauung Augustins. Vier Vorlesungen, April 1935. Achttagig, Neue Rabenstraße 21.

Direktor A. Spier: Die Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie. Januar 1935.

### **V. Pädagogik und Philosophie**

Dr. Ernst Loewenberg: Erziehung und Bildung von Jugendlichen. Arbeitsgemeinschaft für Führer von Jugendgruppen. Donnerstags, 20 ¼ Uhr, Heimhuder Straße 70.

Walter Solmitz: Philosophie und Aberglaube. Einführung in Kant: Träume eines Geistersehers; Reclams Universalbibliothek 1320. Montags, 20 ¼ Uhr, Heimhuder Str. 70.

### **VI. Naturwissen**

Dr. Olga Schiffmann: Vererbungslehre. Vortrag und Besprechung. Montags, 20 ¼ Uhr, Heimhuder Straße 70.

### **VII. Allgemeine Geschichte**

Dr. W. Bacher: Kulturen und Rassen der frühen Weltgeschichte. Vortrag und Besprechung. Mittwochs, 20 ¼ Uhr, Heimhuder Straße 70.

Dr. H. Liebeschütz: Bismarcks Neugründung des Deutschen Reiches. Vier Abende in der ersten Januarhälfte, Neue Rabenstraße 21.

### **VIII. Kunstbetrachtung**

Prof. F. Adler: Museumsführungen. Sonntags, 11 Uhr. Vorhalle des Museums für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64. – Zeichnen aus der Vorstellung. Donnerstags, 20 ¼ Uhr, Johnsallee 54.

R. Müller-Hartmann: Arbeitsgemeinschaft über Formen der klassischen Instrumentalmusik. Analyse von Werken Haydns, Mozarts und Beethovens. Dienstags, 20 ¼ Uhr, Heimhuder Straße 70.

Dr. Henry Philipp (Frankfurt a.M.): Thema wird noch bekanntgegeben.

**Nr. 6**

Die Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung als jüdisches Lehrhaus

Oktober 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 11 vom  
23.10.1935, S. 6-8

**Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung**

Jüdisches Lehrhaus

in Zusammenarbeit mit dem

BILDUNGS-AUSSCHUSS DER GEMEINDE

Sekretariat:

Gertrud Engel, Rothenbaumchaussee 77, 55 71 35. [...]

Nach fünfjährigem Bestehen der im Jahre 1930 gegründeten Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung halten wir es für angebracht, über die Art unserer jetzigen Arbeit in Form eines Jahresberichts Rechenschaft abzulegen.

Wir glauben, daß das Schicksal des deutschen Judentums, wie es seither hereingebrochen ist, eine eingehende Begründung der Notwendigkeit unserer Arbeit überflüssig macht.

Das Ganze unserer Arbeit möchte eine bescheidene Fortsetzung dessen sein, was Franz Rosenzweig im Jahre 1920 mit der Gründung des Freien Jüdischen Lehrhauses in Frankfurt a.M. begonnen hat. Schon 1917 hatte er durch seinen berühmten Aufsatz: *Zeit ist's ... Gedanken über das jüdische Bildungsproblem des Augenblicks*, den er vom Kriegsschauplatz aus veröffentlicht hatte, den Weg zu einer neuen jüdischen Bildung in Deutschland dringend gefordert, eine Forderung, die ihn bis zu seinem Tode nicht wieder losgelassen hat.

Die neu entstandene Aufgabe, die Verbindung des jüdischen Menschen mit der Welt der Kunst in Dichtung und Musik aus eigenen Kräften aufrechtzuerhalten, hat der Jüdische Kulturbund in Hamburg tatkräftig aufgenommen; unsere Aufgabe bleibt die Wegweisung zur jüdischen Lehre, zu unseren heiligen Büchern und unserem nachbiblischen Schrifttum, zu unserer Geschichte, zur Erkenntnis der Werte, die das Judentum der Welt gegeben hat. Wir gingen von der Überzeugung aus, daß diese Hinwendung zum Lernen für unsere Gemeinschaft lebenswichtig sei; durch die Ereignisse der Gegenwart muß diese Arbeit den vielen einzelnen als eine Frage ihres eigenen Daseins ins Bewußtsein getrieben sein; sie bleibt trotzdem schwierig wegen der unendlichen Mannigfaltigkeit ihrer Anforderungen. Wir brauchen die lebendige Verbindung mit der jüdischen Tradition wie die geistige Offenheit gegenüber der abendländischen Geisteswelt, und so ist es für uns nötig, daß alle Kreise der Hamburger Judenheit uns hilfsreich zur Seite stehen, indem sie sich zu unserer Arbeit bekennen. Möge jeder jüdische Mann und jede jüdische Frau in unserer Gemeinde und ganz besonders unsere Jugend sich das Wort aus den Sprüchen unserer Väter vor Augen halten:



Nicht dir liegt es ob, die Arbeit zu vollenden, aber du hast  
auch kein Recht, dich ihr zu entziehen.

\*

Unser Arbeitsjahr begann mit dem Wintersemester 1934 und endete mit dem Schluß des Sommersemesters 1935.

Das Hauptgebiet unserer Arbeit blieben die Arbeitsgemeinschaften und Vorträge, die wir in Zusammenarbeit mit dem Bildungsausschuß der Gemeinde fortführten. Wir können über ihren Verlauf Befriedigendes berichten. Es stellten sich 16 Dozenten zur Verfügung, die trotz großer anderweitiger Inanspruchnahme mit Liebe und Hingebung uns die Durchführung unseres Programms ermöglichten. Im ganzen wurden 514 Arbeitsabende bzw. Vorträge über 26 Themen abgehalten. Der Besuch war durchschnittlich sehr gut, teilweise ausgezeichnet. Am stärksten waren die Vorträge von Oberrabbiner Dr. Carlebach besucht. Die Gesamtzahl der regelmäßigen Teilnehmer an den Kursen bzw. Vorträgen schätzen wir auf 750. Eine genaue Feststellung war nicht möglich, da unsere beschränkten Mittel nicht erlauben, eine sorgfältige Statistik durchzuführen.

Von den Kursen war eine Anzahl für besondere Gruppen eingerichtet; drei Kurse, die auf Anregung von Rabb. Dr. Jacob eingerichtet wurden, dienten der Unterweisung der aus dem Staatsdienste entlassenen Lehrkräfte, die sich mit Hingebung in das jüdische Schrifttum einarbeiteten. Das Komitee für Hilfe und Aufbau erleichterte uns die Durchführung dieser Kurse durch finanzielle Unterstützung. Ein anderer Spezialkursus, der sich eines sehr regen Besuches erfreute, war für Führer von Jugendgruppen eingerichtet. – Ein Kursus des Herrn Dr. Ernst Simon über ausgewählte Hymnen des Jehuda Halevi mußte leider wegen seiner Übersiedlung nach dem Heiligen Lande ausfallen. –

Die notwendigen Räume stellten die Gemeinde und die Logen bereitwilligst und kostenfrei zur Verfügung. Dieses Entgegenkommen verdient ganz besondere Anerkennung. Die Logen haben uns außerdem finanziell unterstützt.

Die Vortragsveranstaltungen des Jahres 1935 standen im Zeichen des Gedächtnisses an unsern großen Lehrer Mose ben Maimon, geboren am Rüsttage des Peßachfestes des Jahres 1133. Die 800. Wiederkehr seines Geburtstages wurde von der Judenheit der ganzen Welt, von zahlreichen nichtjüdischen wissenschaftlichen Instituten und von der Regierung seines Geburtslandes Spanien festlich begangen. – Wir betrachte[te]n es als unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Erinnerungsfeiern in unserer Gemeinde einheitlich gestaltet würden. Wir schlossen uns mit den drei Hamburger Logen zusammen und baten den Vorstand der Gemeinde, das Protektorat über die gemeinsamen Veranstaltungen zu übernehmen. Für diesen Vorschlag fanden wir bereitwilligste Zustimmung. Wir benutzen gern die Gelegenheit, dem Vorstand der Gemeinde und den Logen für ihre hingebende Mitarbeit, welche die Durchführung dieser Veranstaltungen ermöglichte, unseren verbindlichsten Dank auszusprechen. – Die Kosten der Veranstaltungen wurden von den fünf genannten Instanzen gemeinsam getragen.

Zu unserer Freude waren alle Veranstaltungen vorzüglich besucht, und die weitesten Kreise unserer und der Nachbargemeinden beteiligten sich an den Kundgebungen. Einer unserer Dozenten, Prof. Elbogen – Berlin, stellte fest, daß zum ersten Male eine solche weltumspannende Kundgebung zu Ehren eines großen geistigen Führers des Judentums stattgefunden habe. Noch vor hundert Jahren sei der Versuch einer Ehrung des Mose ben Maimon mißlungen. Ein weiteres Eingehen auf die Vorträge, die gewiß allseits noch in guter Erinnerung sind, dürfte sich erübrigen.

Wir richteten ferner für diejenigen, die sich gründlicher mit den Schriften des Rambam befassen wollten, zwei Arbeitsgemeinschaften ein, die sich eines sehr guten Besuches erfreuten. Eine dritte, schon vorbereitete Arbeitsgemeinschaft, welche seinen Einfluß auf die mittelalterliche deutsche Philosophie auf Grund neuer Forschungen behandeln sollte, konnte wegen Behinderung des Dozenten leider nicht stattfinden; vielleicht findet sich Gelegenheit, sie jetzt noch nachzuholen.

Unsere **Büchergaben**, die in unserem Gründungsprotokoll als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet waren, mußten wir unserer geringen Mittel wegen auf das äußerste beschränken. Dagegen konnten wir uns voriges Jahr zu unserer aufrichtigen Freude durch eine energische Propaganda für das im Schocken-Verlag erschienene Buch: B. Jacob: Das erste Buch der Tora – Genesis – übersetzt und erklärt, nützlich machen. Wie uns der Verlag mitteilt, sind in Hamburg die meisten Exemplare des Buches abgesetzt worden. Er hat uns das Zugeständnis gemacht, es jetzt noch für den damaligen erheblich ermäßigten Preis abzugeben. Wir hatten gerade in diesen Tagen die Freude, von einem Lehrer in einer rheinischen kleinen Gemeinde, der lange Zeit hierfür gespart hat, eine Bestellung auf das Buch zu erhalten. Wir bemerken ausdrücklich, daß alle derartigen Bestellungen durch die Vermittlung des Hamburger jüdischen Buchhandels ausgeführt werden. Prospekte und Bestellkarten senden wir auf Wunsch jedem gern zu.

Auch sonst haben wir für die Verbreitung des guten jüdischen Buches zu wirken versucht; wiederum war es das Maimonides-Jubiläum, von dem die stärkste Anregung ausging. – Wir erwirkten von dem Verlage Felix Meiner in Leipzig für die Adolf Weißsche Übersetzung des More Newuchim unter dem Titel: Mose ben Maimon, Führer der Unschlüssigen eine bedeutende Preisherabsetzung. Wir senden auf Wunsch gern Bestellkarten zu. Mit dieser Übersetzung ist eine ausführliche Lebensgeschichte des Maimonides verbunden, die gerade in unserer Zeit besonders lesenswert ist, da sie von einem Menschen handelt, der zwar unter ständigen Gefahren von Land zu Land wandern mußte, aber dennoch in seiner Geistesgröße alles Leid überwand und unsterbliche Werke schuf.

In diesem Zusammenhange weisen wir darauf hin, daß auch der Schocken-Verlag aus Anlaß des Maimonides-Gedenktages eine Reihe sehr billiger Schriften, die gleichfalls einen vorzüglichen Einblick in das Leben und das Werk des Mose ben Maimon geben, herausgebracht hat.

Ein wichtiges Ereignis war für uns das Erscheinen des Werkes: Franz Rosenzweig, Briefe. Dieses Buch, in dem sich der ganze Reichtum und Ernst der

ungewöhnlichen Persönlichkeit Franz Rosenzweigs erschließt, hat in unseren Kreisen schon weite Verbreitung gefunden.

Über unsere finanzielle Lage können wir nur wenig Günstiges berichten. Abgesehen von der schon erwähnten Unterstützung der Logen und von einigen größeren Spenden, für die sich hauptsächlich unser Freund Karl Kunreuther einsetzte, waren wir ganz auf unsere Mitgliederbeiträge und die Hilfe der Gemeinde angewiesen. Die ersteren halten sich mit einigen wenigen Ausnahmen, die wir mit besonderem Danke anerkennen, in bescheidenem Rahmen. Mit einer Verringerung unserer Einnahmen durch Abwanderung müssen wir rechnen, hoffen aber, daß unsere neuen Teilnahmebedingungen uns neue Mitglieder zuführen.

Wir haben schon am Eingang dieses Berichtes ausgesprochen, daß uns eine eingehende Begründung der Notwendigkeit unserer Arbeit heute überflüssig erscheint, möchten uns aber zum Schluß noch eine kurze Bemerkung gestatten. Wir werden häufig darauf hingewiesen, daß heute ein großer Teil der **Jugend** abwandert oder sich auf die Abwanderung vorbereitet. Wir haben uns selbst oft genug die Frage vorgelegt, ob in dieser Situation unsere Aufgabe noch dringlich sei. Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort: gerade für diese jungen Menschen besteht die doppelte Notwendigkeit, sie vor dem Verlassen der Heimat nicht nur mit allgemeinen Kenntnissen auszustatten, sondern auch mit jüdischem Wissen. **Jeder junge Jude**, der hinauswandert, sei es nach dem Heiligen Lande, sei es in andere Länder, ist ein **Vertreter der hamburgischen Judenheit**. Je stärker und lebendiger die jüdische Bildung ist, die er mitbringt, desto größer wird sein Wollen und sein Können sein, dieses geistige Erbe in seine künftige Heimat zu tragen.

**Daher** haben wir unser Hauptaugenmerk darauf gerichtet, die Jugend für unsere Kurse zu interessieren. Es gereicht uns zur großen Freude, daß für das neue Arbeitsjahr die meisten Jugendbünde unserer Gemeinde eine Zusammenarbeit mit uns verabredet haben, und daß wir Spezialkurse für diese Kreise einrichten konnten, über die das nachstehende Programm Auskunft gibt.

H a m b u r g, 16. Oktober 1935.

**Dr. Liebeschütz.**

**Philipp.**

**Meyer-Udewald.**

\*

Arbeitsgemeinschaften und Vortragsreihen  
vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1935

Alle Veranstaltungen beginnen pünktlich, um rechtzeitiges Erscheinen wird gebeten. Voranmeldungen schriftlich oder persönlich beim Sekretariat.

### **I. Einführung in Bibel, Talmud und Liturgie**

- I. Rabbiner Dr. B. J a c o b, Arbeitsgemeinschaft für Teilnehmer, die des Hebräischen unkundig sind. Unser Lehrer Mose. Nach dem deutschen Text des Exodus. Sonnabends, 8tägig, Logenheim, 20 ¼ Uhr.

Beginn: 16. November. 2 RM

2. Oberrabbiner Dr. Carlebach, Das Weltbild des Jesaja (hebräischer oder deutscher Text). Sonntags, 8tägig, Logenheim, 11 Uhr.  
Beginn: 27. Oktober. 2 RM
3. Rabbiner Dr. Holzer, Lerngemeinschaft über die kleinen Propheten (hebr. Text). Beschränkte Teilnehmerzahl. Donnerstags, 8tägig, Johnsallee 54, 21 Uhr.  
2 RM
5. Rabbiner Dr. B. Jacob, Gemara-Lerngemeinschaft für Fortgeschrittene. 2mal wöchentlich, Logenheim, 20 ¼ Uhr.  
Beginn: 12. November. 1,50 RM
6. Rabbiner Dr. Holzer, Einführung in die jüdische Liturgie, Literatur und Geschichte. Beschränkte Teilnehmerzahl. Donnerstags, 8tägig, Johnsallee 54, 19 Uhr.  
2 RM
7. Dr. Leo Rothschild, Einführung in die Grundbegriffe des Judentums. Beschränkte Teilnehmerzahl. Dienstags, 14tägig, Johnsallee 54, 20 ¼ Uhr.  
1,50 RM

## II. Biblisches Hebräisch

8. Helene Flörsheim, Hebräische Grammatik mit Text- und Sprachübungen. Mittwochs, 8tägig, Logenheim, 18 Uhr.  
1 RM
9. Dr. Leo Rothschild, Einführung in die hebräische Sprache. Textübungen zur Judentumskunde. Beschränkte Teilnehmerzahl. Mittwochs, 8tägig, Johnsallee 54, 20 ¼ Uhr.  
1 RM

## III. Judentum und Judenheit in der Weltgeschichte

10. Prof. Dr. I. Markon, Religiöse Strömungen im Judentum im Zeitalter der Entstehung des Christentums. 6. und 20. November und 4. Dezember. Johnsallee 54, 20 ¼ Uhr.  
1 RM
11. Dr. Walter Bacher, Juden und Griechen in Alexandria. Donnerstags, 8tägig, Johnsallee 54, 20 ¼ Uhr.  
Beginn: 7. November. 1,50 RM
12. Dr. Hans Liebeschütz, Das Judentum in der kirchlichen und bürgerlichen Welt des Hoch- und Spätmittelalters. Montags, 8tägig, Logenheim, 20 ¼ Uhr.  
Beginn: 4. November. 1,50 RM
13. Rabbiner Dr. Holzer, Die Juden in Preußen im 17. und 18. Jahrhundert. Vom Großen Kurfürsten bis Friedrich dem Großen. Dienstags, 8tägig, Logenheim, 20 ¼ Uhr.  
Beginn 5. November. 1,50 RM
14. Dr. Walter Gross, Theodor Herzl, sein Leben und seine Bedeutung. Donnerstags, 14tägig, Logenheim, 20 ¼ Uhr.  
Beginn: 31. Oktober. 1,50 RM

Dr. Werner Grun s f e l d, Die Stellung der deutschen Juden in der neuen Gesetzgebung. Arbeitsgemeinschaft über wirtschafts-, arbeits- und sozialrechtliche Tagesfragen. Donnerstags, 14tägig, Johnsallee 54, 20 ¼ Uhr.

Beginn: 7. November. 1,50 RM

#### **IV. Jüdische Religionsphilosophie**

16. Direktor A. Sp i e r, Aus der Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie. 16. und 30. November und 14. Dezember, Johnsallee 54, 20 ¼ Uhr.

1 RM

#### **V. Philosophie**

17. Walter Sol m i t z, Spinozas philosophische Auseinandersetzung mit dem Judentum. Mit Lektüre ausgewählter Abschnitte. Montags, 8tägig, Heimhuderstraße 70, 20 ¼ Uhr.

Beginn: 18 November. 1,50 RM

#### **VI. Kunstbetrachtung**

18. Prof. F. A d l e r, Versuch einer Geschmacksbildung auf theoretischer und zeichnerisch-analytischer Grundlage. Mit Führungen. Mittwochs, 8tägig, Heimhuderstraße 70, 20 ¼ Uhr.

Beginn: 23. Oktober. 1,50 RM

19. R. M ü l l e r - H a r t m a n n, Leben und Schaffen der führenden romantischen Komponisten. Dienstags, 8tägig, Heimhuderstraße 70, 20 ¼ Uhr.

Beginn: 22. Oktober. 1,50 RM

#### **VII. Naturlehre**

20. Dr. O. S c h i f f m a n n, Entwicklung der wichtigsten biologischen Theorien. Montags, 8tägig, Heimhuderstraße 70, 20 ¼ Uhr.

Beginn: 21. Oktober. 1,50 RM

**Nr. 7**

Die Jugendarbeit der Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung

Januar 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom 26.2.1936, S. 5

Schimon Reich:

Vom Wochenend-Seminar der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung<sup>27</sup>

Es war eine glückliche Idee der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung, gerade in der heutigen Zeit ein Seminar zu veranstalten, das die Jugendführer aller Bünde zusammenführte. Abgesehen davon, daß wir heute mehr denn je auf eine Schulungsarbeit für die Jugendführer angewiesen sind, war es von großer Bedeutung, einmal die leitenden Menschen der verschiedensten Bünde zusammenkommen zu lassen.

Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß der Beginn etwas enttäuschte. Herr Dr. Bamberger<sup>28</sup> fand sich in dem jungendlichen Kreise nicht ganz zurecht, obwohl die Frage, die er aufwarf, von großer Bedeutung war, denn wir müssen uns heute mehr denn je darüber klar werden, »warum wir lernen« und welchen Sinn wir dem Lernen geben. Herr Dr. Bamberger sprach am Vormittag über: Die Bibel als Triebkraft jüdischer Geschichte und verstand es, dieses Thema sehr inhaltvoll zu gestalten. Aber auch hier war der Kontakt zwischen Referent und Zuhörern nicht genügend vorhanden. Gerade heute ist es besonders wichtig, den vielen, die aus einer assimilierten Atmosphäre zum jüdischen Jugendbund kommen, jüdische Werte zu übermitteln, und alle Bünde bemühen sich, irgendeine Form insbesondere für die Ausgestaltung des Oneg Schabbat am Freitagabend oder am Schabbat-Nachmittag zu finden. Aber der Erwartung, hier einmal eine Form zu sehen, die als Beispiel für weitere Ausgestaltung dienen sollte, trugen leider der Freitag und Schabbat nicht Rechnung.

Am Abend begann Prof. Bondy seinen Zyklus über Erziehungsfragen, und schnell änderte sich das Bild. Seine Art der Unterhaltung, seine Methode der Führung einer Arbeitsgemeinschaft war lebendiger und packender. Er zeigte die im Moment auftauchenden Fragen in ihrer prinzipiellen Größe auf und hatte so vom ersten Augenblick an einen guten Kontakt mit den Jugendlichen. Vor allem gab er ein Musterbeispiel der Methodik einer Unterhaltungsführung, indem er in einer kurzen Einleitung einige wesentliche Fragen herausarbeitete, über die sich dann die

<sup>27</sup> HF Nr. 3 vom 16.1.1936, S. 1.

<sup>28</sup> Der Pädagoge Fritz Bamberger (1902-1984), Dr. phil. 1923, war seit 1926 an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin tätig und Leiter des Jüdischen Lehrhauses Berlin. Bamberger emigrierte 1939 in die USA. Vgl. Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden, S. 19.

Jugendführer unterhalten konnten. Das war ein großer Gewinn, der sich in einer besonders gut geleiteten Unterhaltung am Sonntag-Vormittag über: Disziplin, Autorität und Freiheit noch steigerte. Ein großer Teil der Jugendlichen nahm regen Anteil an der Aussprache; vor allen Dingen war es erfreulich, welche verhältnismäßige Höhe die Vormittagserörterung hatte. Trotz der selbstverständlichen Meinungsverschiedenheiten in den verschiedensten Fragen war sie immer von großer Sachlichkeit und würdigem Ernst geleitet.

Ausgehend von der Situation, in der sich die jüdischen Jugendbünde heute befinden, forderte Bondy die Erziehung zur Bewußtmachung auch des jüngeren Menschen und seiner Situation. Aus der Erkenntnis der immer größer werdenden Zügellosigkeit der Jugend leitete er die Forderung nach strengerer und schärferer Disziplin ab und betonte die Notwendigkeit einer größeren Autorität des Führers. Es ist klar, daß diese Fragen, die in der Erziehungsarbeit von großer Tragweite sind, nicht endgültig geklärt werden konnten. Aber schon die anschließenden Unterhaltungen im zwanglosen Kreise zeigten, wie bedeutungsvoll die angeschnittenen Fragen waren, die sicher noch über das Seminar hinaus Diskussionsstoff für die Führerschaften der Bünde darstellen.

Das nächste Wochenende stand im Zeichen Martin Bubers. Wieder enttäuschte der Freitagabend, doch war die Ausfüllung des Oneg Schabbat mit wirklichem jüdischem Lernen viel günstiger und glücklicher; nur wurde allgemein bedauert, daß Buber nichts aus seinem Leben erzählte. Aber das große Thema: Der Einzelne und die Gemeinschaft in der Bibel wurde von ihm außerordentlich eingehend behandelt und erforderte viel Zeit. Die Arbeitsgemeinschaft war nicht leicht, obwohl Buber sich bemühte, nichts an hebräischen Kenntnissen vorauszusetzen. Aber trotzdem konnte sich nur ein bestimmter Kreis an der Erörterung beteiligen, obwohl Buber es meisterhaft verstand, alle zu interessieren und zu ständigem Zuhören zu bringen. Das vermochte allein schon die Persönlichkeit Bubers, die am stärksten zum Ausdruck kam, als er am Schabbat-Mittag das Tischgebet sprach. Es war etwas Einmaliges, wie Buber es verstand, jedes Wort in der richtigen Betonung zu sprechen und es so in seiner ganzen Bedeutung erscheinen zu lassen. Auch die, die nur wenig Hebräisch verstanden, werden wohl in diesem Augenblick Sinn und Bedeutung des Gebetes erfaßt haben. Es war ein großes Erlebnis!

Was Buber uns noch gab – ohne hier auf das Inhaltliche einzugehen – war vor allem das Aufzeigen, wie man sich intensiv mit Dingen beschäftigt und jedem Wort in seinem wahren Sinne gerecht werden muß. So haben wir uns über einen einzigen biblischen Satz (Weahawta lereacha kamocho) einen ganzen Abend unterhalten; es war der anregendste, lebendigste und interessanteste Abend der Tagung.

Am Sonntag sprach Prof. Kantorowitsch über: Bedeutung der Soziologie in der Erziehungsarbeit der Jugendbünde. Er setzte aber zu viel voraus, vor allen Dingen die Kenntnis der Situation vor dem Umschwung 1933, und so war vielen das, was er sagte, einfach nicht verständlich. Auch war die Art der Führung nicht glücklich: Bondy und Buber erarbeiteten mit den Jugendlichen den Stoff, während Kan-

torowitsch in Form eines mehrstündigen Referates sprach. Und soweit Fragen aus dem Teilnehmerkreise auftauchten, hielt er es für richtig, sie der Systematik halber am Schlusse zu behandeln; sie konnten aber leider aus Zeitmangel nicht mehr geklärt werden.

Zum Schluß einige allgemeine Bemerkungen: Einmal war der Kreis viel zu groß; die jugendlichen Teilnehmer hatten große Hemmungen zu überwinden, zumal auch Lehrer und Erwachsene sich beteiligten. Man wird bei einem zweiten Seminar den Kreis auf aktive Jugendführer und wenige Erwachsene beschränken müssen. Weiter darf es nicht vorkommen, daß jeder gehen und kommen kann, wann er will, so daß der Kreis bei Buber z.B. um 30 Personen größer war. Das störte die Einheit und erschwerte das Zustandekommen einer positiven Atmosphäre, die die Arbeit erleichtert hätte. Auch das Singen muß in irgendeiner Form eine Neuerung finden. Es macht doch einen zu seltsamen Eindruck, wenn die Hälfte der Jugendlichen bei diesem oder jenem Liede schweigt. Hier gab uns Prof. Kantorowitsch das Beispiel einer Singstunde, die alle zum Abschluß im gemeinsamen Singen vereinigte.

Zu begrüßen war, daß sich alle Teilnehmer, unabhängig von ihrer religiösen Einstellung, außerordentlich diszipliniert benahmen. Auch die Mitglieder der Bünde, die in ihrer Haltung nicht traditionell gebunden sind, bedeckten in loyaler Weise beim Essen und beim Gebet wie auch beim hebräischen Liede ihr Haupt und hielten würdig die traditionelle Form des Schabbat.

Soweit es möglich ist, in der kurzen Distanz, in der wir uns vom Seminar befinden, ein Urteil abzugeben, kann man sagen, daß es sich in jeder Beziehung positiv auswirken wird und für die weitere Arbeit der Bünde befruchtend gewesen ist. Es ist der Wunsch und die Hoffnung aller Teilnehmer, bald wieder die Möglichkeit einer solchen Tagung zu haben, die weiterführend die angeschnittenen Fragen in irgendeiner Form klären könnte.

Der Bericht darf nicht geschlossen werden, ohne des Herr Hermann Philipp zu gedenken, der das Seminar durch seine Arbeit und seinen Einsatz ermöglichte, dank dessen Bemühungen das Seminar trotz aller Schwierigkeiten zustande gekommen ist. Von dem Erfolg der Tagung zu hören, wird ihm gewiß Genugtuung und Freude sein.



**Nr. 8**

»Der Erinnerung an Franz Rosenzweig«

25. Dezember 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 1 vom 15.1.1937,  
S. 6

## Der Erinnerung an Franz Rosenzweig

Die Mitglieder und Freunde der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung ehrten das Andenken Franz Rosenzweigs, der am 25. v.M. sein 50. Lebensjahr hätte vollenden können, in einer schlichten Erinnerungsfeier, die am 21. v.M. in den Räumen der Logen UOBB. stattfand. Die Gedächtnisrede hielt Herr Dr. Eduard Strauß – Frankfurt a.M., ein Mitglied des vertrautesten Freundeskreises Franz Rosenzweigs. So waren auch seine Ausführungen von stärksten persönlichen Impulsen getragen; immer und immer wieder brachen in ihnen die persönlichen Erinnerungen an den großen Menschen, dem die Gedächtnisstunde galt, in und aus den Darlegungen des Redners hervor. Sie charakterisierten Franz Rosenzweig als den providentiellen Menschen und Künstler, der in seinem ganzen Wirken im Sinne eines Goetheschen Wortes das Rechte zur rechten Zeit getan habe, so in seiner Erstlingsschrift »Zeit ist's«, so in seiner Streitschrift »Bildung und kein Ende«, so in seinem »Stern der Erlösung«, so auch in seiner Schrift über Hegel und den Staat und so endlich auch in seinem beispielhaften Wirken als Übersetzer Jehuda Halevys und später – im Verein mit Martin Buber – als Uebersetzer der Heiligen Schrift. Bei dieser Uebersetzungstätigkeit Rosenzweigs verweilte der Redner in längeren Ausführungen, um darzulegen, welche Bedeutung Rosenzweig diesem Teil seines Wirkens beigelegt habe und wie er gerade hier als Diener am Worte sich immer und immer wieder bewährt habe. »Um meines Sternes willen«, so habe auch Rosenzweig einmal geäußert, »bin ich auf die Welt gekommen, um meiner Uebersetzungstätigkeit willen werde ich in den Himmel kommen.« – So ward der Vortrag des Redners in der Fülle seiner Gedanken und in der Fülle dessen, was er aus seinem reichen persönlichen Wissen und seinem reichen persönlichen Umgang mit Rosenzweig vortrug, auch ein ergreifendes Erlebnis. Das tat sich kund in dem Schweigen der Versammlung, als der Redner endete, und wurde noch vertieft durch das Zusammenspiel von Dr. Jacob Sakom und Luise M i n d e n. Bachs unsterblichen Tönen lauschend, dankte die Versammlung dem Schöpfer für das, was er der Judenheit mit Franz Rosenzweig gegeben hat, und klagte in ihnen um seinen frühen Heimgang.

Die wesentlichsten Gedankengänge der hier nur kurz skizzierten Gedächtnisrede finden sich auch in dem Aufsatz: »Das Lehrhaus«, den Eduard Strauß soeben in der Dezember-Nummer der Zeitschrift »Der Morgen« veröffentlicht hat. Auf diesen Aufsatz sei hiermit hingewiesen.

**Nr. 9**

Arbeitsgemeinschaften und Vorträge im Wintersemester 1936/37

1936/1937

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 9 vom 15.9.1936, S. 7

**FRANZ-ROSENZWEIG-GEDÄCHTNIS-STIFTUNG**

in Zusammenarbeit mit dem

Bildungsausschuß der Deutsch-Israelitischen

Gemeinde Hamburg (Jüdisches Lehrhaus)

Arbeitsgemeinschaften und Vorträge im Wintersemester 1936/37

**I. Einführung in Bibel, hebräische Sprache und Gebetbuch**

a) Allgemeine Veranstaltungen

1. Oberrabbiner Dr. Jos. Carlebach : Hiob, ein Symbol Israels, achttägig.
2. a) Rabbiner Dr. Paul Holzer : Sprüche Salomos, achttägig.  
b) Rabbiner Dr. Paul Holzer : Einführung in die jüdische Liturgie, Literatur und Geschichte (Geschlossener Kurs).
3. B. S. Jacobson : Gesetz und Feier des Schabbat, vierzehntägig.
4. Rabbiner Dr. Ernst Jacob – Augsburg: Gabe und Aufgabe der Prophetie (Einzelvortrag, Januar).
5. Rabbiner Dr. Emil Schorsch – Hannover: Jüdische Geschichte als Wort Gottes (Einzelvortrag, Februar).
6. Dr. Max Salzberg : Hebräische Sprachlehre, achttägig.

b) Sonderkurse für den Landesausschuß der jüdischen  
Jugendorganisationen

7. Oberrabbiner Dr. Jos. Carlebach : Bibel-Lernkurs, Schiur, achttägig.
8. Rabbiner Dr. Paul Holzer : Der Prophet Micha, achttägig.
9. Rabbiner Dr. Emil Schorsch – Hannover: Über den geschichtlichen Schicksalsbegriff des Judentums (Wochenendkurs, Februar).
10. Dr. Max Salzberg : Hebräische Sprachlehre: A. für Anfänger; B. für Fortgeschrittene.

**II. Talmud**

Allgemeine Veranstaltungen

11. Rabbiner Dr. jur. Max Eschelbacher – Düsseldorf: Der arbeitende Mensch im Talmud; mit Vergleichen an dem Schrifttum der Weltreligionen. Mit deutschen Texten (3 Abende im Januar).
12. B. S. Jacobson : Die Denkform des Talmuds, mit deutschen Texten (vierzehntägig, Oktober/Dezember).

### III. Philosophie und Pädagogik

#### Allgemeine Veranstaltungen

13. Direktor Arthur Spier: Aus der jüdischen Religionsphilosophie des Mittelalters, achttägig ab 1. Januar.
14. Prof. Dr. I. Markon: Lerngemeinschaft über das Buch Kuzari von Jehuda Halevy (3 Abende).
15. Rabbiner Dr. Max Wiener – Berlin: Hauptprobleme der jüdischen Ethik (3 Abende, November).
16. Dr. W. Bacher: Griechischer und jüdischer Pessimismus (Euripides und Kohelet) (8 Abende).
17. Dr. Henry Philipp – Frankfurt a. M.: Das Bildungsproblem bei Nietzsche (2 Abende, Dezember).
18. Dr. A. Coutinho: Grundbegriffe der Völkerpsychologie (Lektüre ausgewählter Abschnitte von Lazarus und Steinthal) (6 Abende).
19. In Aussicht genommen: Ein Zyklus von Vorträgen über Unterrichtsprobleme der jüdischen Schule von heute.
20. Dr. Bruno Strauss – Berlin: Besprechungen über religiöse Erziehung (Für Eltern und Erzieher); 2 Abende im Dezember.

### IV. Vergangenheit und Gegenwart

#### a) Allgemeine Veranstaltungen

21. Dr. Willy Cohn – Breslau: Die Juden in der Sozialgeschichte des römischen Reiches und der Spätantike (2 Abende, Februar/März).
22. Dr. H. Liebeschütz: Die Entstehung des Christentums (4 Abende, März).
23. Dr. Ludw. Feuchtwanger – München: Die Schicksalsstunde der jüdischen Religion: Religiöser Zerfall; Richtungen seit Emanzipation (Einzelvortrag, 19. Oktober).
24. Dr. Hans-Joachim Schöps – Berlin: Jakob Burckhardt.
25. Schriftleiter Julian Lehmann: Die jüdische Presse von heute (3 Abende).

#### b) Sonderkurse für den Landesausschuß der jüdischen Jugendorganisationen

26. Dr. Hans Liebeschütz: Wie lernen und lehren wir Geschichte? (3 Abende im Dezember).
27. Dozent Dr. jur et phil. A. Berney – Berlin: Die Juden in der Geschichte des 19. Jahrhunderts (Wochenend-Veranstaltung, November/Dezember).
28. Dr. Ludw. Feuchtwanger – München: Jüdische Gegenwartskunde (Wochenend-Veranstaltung, 17./18. Oktober).

### V. Kunstbetrachtung

#### Allgemeine Veranstaltungen

29. Dr. Rosa Schapire: Kunst und Kultur in Venedig, mit Bildbesprechungen (6 Abende im Oktober/Dezember).
30. Prof. Friedrich Adler: Zeichnerisch- analytische Betrachtungen: Das Naturschöne, das technisch Schöne, das Kunstwerk (vierzehntägig, Oktober/Dezember).
31. Rob. Müller-Hartmann: Übungen über das mehrstimmige Setzen von Volksliedern, besonders der jüdischen, für Lehrer und Jugendführer (achtetägig).

Änderungen vorbehalten.

Einzelangaben über Ort und Stunde der Veranstaltungen erscheinen rechtzeitig und laufend im Gemeindeblatt und im Gemeindeteil des Hamburger Israelitischen Familienblattes.

Die neuen Teilnahmebedingungen bitten wir im Sekretariat anzufordern.

Alle Auskünfte beim Sekretariat, G. Engel, Rothenbaumchaussee 77, Montags bis Freitags, 10-1 und 4-6 Uhr oder nach Verabredung; Fernsprecher: 557135.

#### Nr. 10

Die Vermittlung jüdischer Bildung: aus der Tätigkeit der Franz-Rosenzweig-Gedächtnisstiftung

22. April 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 16 vom 22.4.1937, S. 5

### Jüdische Bildung

#### Die Tätigkeit der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung

Als der Pionier neuer jüdischer Wissenschaft vor nunmehr 20 Jahren aus dem Schützengraben heraus seinen Ruf »Zeit ist's« erschallen ließ, den Ruf, der die Bildungsarbeit innerhalb der jüdischen Gemeinschaft auf ein anderes Niveau bringen sollte, war der Hamburger Gemeindevorsteher Herr Hermann Philipp einer der ersten, der ihn aufnahm und innerhalb des Bildungswesens unserer Gemeinde ihm gerecht zu werden versuchte. Nach dem Tode Franz Rosenzweigs verdichteten sich seine Bestrebungen zur Gründung einer Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung, welche diese Bildungsaufgaben übernehmen sollte. In jetzt schon fast siebenjähriger Tätigkeit bemüht sich diese Gründung, die immer noch unter der Leitung ihres Urhebers steht, der sich mit voller Geisteskraft für sie einsetzt, uns in Hamburg ein vollwertiges Lehrhaus zu bieten, und auch im abgelaufenen Winterhalbjahr kann die Stiftung mit Stolz darauf blicken, was sie mit ihrem Vorlesungs- und Arbeitsgemeinschaftswesen geleistet hat.

Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stand und steht der Gedanke, jüdisches Wissen aller Art zu verbreiten, jüdischen Geist lebendig zu erhalten, alle Kräfte gleichmäßig zu berücksichtigen, die sich um jüdische Wissenschaft mühen, auch allen Dozenten ihr Recht werden zu lassen, gleichviel auf welcher Seite sie stehen, mit allen Organisationen zusammenzuarbeiten, die sie auf ihrem Wege begleiten können. So hat sie gemeinsam mit dem Jüdischen Kulturbund, der Hamburger Zionistischen Vereinigung, dem Jüdischen Central-Verein u.a. ihre Veranstaltungen ins Leben gerufen, hat mit dem Landesausschuß der jüdischen Jugendorganisationen sich für die Jugend eingesetzt und ihre praktischen Lernbedürfnisse berücksichtigt. Immer stand ihr im Angelpunkt die eigentliche jüdische Wissenschaft, die Tora und der Talmud in allen ihren Disziplinen, dazu traten Philosophie und Geschichte, Gegenwartsbetrachtung und Palästina, Kunstbetrachtung und praktisches Lernen. Tausende von Hörern nahmen an ihren Vorlesungen, Kursen, Arbeitsgemeinschaften und einmaligen größeren Veranstaltungen teil. Daß das ganze vorgesehene Programm infolge mannigfacher Behinderungen der Dozenten usw. nicht zur Durchführung gelangen konnte, liegt in den gegebenen Verhältnissen, aber dafür gab es wiederum anderen wertvollen Ersatz.

Die erste Abteilung umfaßte

**»Einführung in Bibel, hebräische Sprache  
und Gebetbuch«.**

In vorderster Reihe stand hier die Vorlesungsreihe von Oberrabbiner Dr. Carlebach über »Hiob, ein Symbol Israels«, die einen unverändert starken Erfolg hatte. Wir haben erst vor kurzem in einer Einzeldarstellung auf diese Reihe hingewiesen. Ebenso ausgezeichnet besucht war der regelmäßige Oneg Schabbat-Schiur von Oberrabbiner Dr. Carlebach.

Eine sehr fruchtbare Tätigkeit entfaltete Rabbiner Dr. Holzer. Seine Kurse über die »Sprüche Salomos« und der Prophetenkurs, der den Propheten Micha behandelte, fanden schönen Zuspruch. In Gemeinschaft mit der Beratungsstelle der D.I.G. gab Dr. Holzer einen Kurs für Lehrerinnen, die früher an Staatsschulen angestellt waren, der sich als ein sachliches Bedürfnis herausstellte.

Hebräische Sprachkurse hielt Dr. Max Salzberg ab, in denen befriedigende Ergebnisse erzielt wurden, und in Gemeinschaft mit dem Jüdischen C.-V. gab es eine größere Vortragsveranstaltung, in der Rabbiner Dr. Ernst Jacob (Augsburg) über »Gabe und Aufgabe der Prophetie« sprach.

Der laufende Talmudkurs des Herrn B. S. Jacobson konnte leider infolge länger andauernder Krankheit des Dozenten nicht stattfinden. Dagegen hielt Rabbiner Dr. Eschelbacher (Düsseldorf) vor einem sehr interessierten zahlreichen Publikum zwei Kurse über »Die Arbeiter und die Arbeit im Talmud« ab, die auch durch Vergleiche mit dem Schrifttum der Weltreligionen viel Anregung brachten.

Das Arbeitsgebiet

**»Philosophie und Pädagogik«**

brachte trotz Verhinderung zweier vorgesehener Dozenten und Ausfällen aus ande-

ren Gründen eine ganze Reihe wertvoller Vorlesungen. Dr. Walter Bacher sprach über »Griechischen und jüdischen Pessimismus«, hielt ferner auch einen Vortrag über »Palästina und die großen Mächte«. Dr. Coutinho über »Grundbegriffe der Völkerpsychologie« (Steinthals und Lazarus) und Professor Dr. Markon über Jizchak Abravanel und den Islam. Ferner hielt Rabbiner Dr. Max Wiener (Berlin) eine gut besuchte mehrabendliche Arbeitsgemeinschaft über »Hauptprobleme der Ethik des Judentums« ab.

Eine sehr reiche Auswahl bot die Abteilung

### **»Vergangenheit und Gegenwart«.**

Dr. Hans Liebeschütz fand mit seinem Zyklus über das »Zeitalter der Entstehung des Christentums« einen steten und immer zahlreichen Zuhörerkreis. Ein Seminar von Dr. Ludwig Feuchtwanger (München) brachte mit seinem Thema »Jüdische Gegenwartskunde« vielen Teilnehmern große Anregung, und an zwei Abenden hörte man Dr. Hans Joachim Schoeps (Berlin) über »Religionsgespräche von Mendelssohn-Lavater bis Rosenzweig« und »Vom göttlichen Auftrag und geschichtlichen Schicksal des Volkes Israel«. Einen Höhepunkt bildete die mit dem Jüdischen Kulturbund zusammen veranstaltete Vorlesung von Dr. A. Berney (Berlin) über »Der antike jüdische Staat«, sowie dessen gemeinsam mit Rabbiner Dr. Emil Schorsch (Hannover) abgehaltenes Seminar. Dr. Berney sprach hier über »Die Juden in der Geschichte des 19. Jahrhunderts«, Dr. Schorsch über »Der geschichtliche Schicksalsbegriff des Judentums«. Eine Vorlesung von Dr. Feuchtwanger (München) behandelte »Die Schicksalsstunde der jüdischen Religion«, eine andere des gleichen Dozenten, die gemeinsam mit der Hamburger Zionistischen Vereinigung abgehalten wurde, »Palästina und die Diaspora«. Im gleichen Rahmen sprach Dr. Max Fleisch über »Geschichte des Zionismus bis zur Balfour-Deklaration«. Schriftleiter Julian Lehmann verbreitete sich an drei Abenden vor einem großen und interessierten Kreise über »Die jüdische Presse«.

Mit dem Jüdischen Kulturbund zusammen wurden an Vorträgen abgehalten ein Abend mit Professor Dr. Franz Landsberger (Berlin) über »Moderne jüdische Kunst« und von Dr. Werner Levie (Berlin) über »Künstlerisches Leben in Palästina«. Beide Vorträge waren von Lichtbildern begleitet.

Als besonderes Ereignis ist ein

### **Franz-Rosenzweig-Abend**

zu verzeichnen, der aus Anlaß des 50. Geburtstages des Philosophen und Namensgebers der Stiftung stattfand. Die Festrede hielt vor dem überaus zahlreichen Publikum Dr. Eduard Strauß (Frankfurt a.M.), um die musikalische Ausgestaltung machten sich Dr. Jakob Sakom und Fräulein Luise Minden verdient. Dieser Abend wird allen Hörern noch lange eine erhebende Erinnerung bilden.

### **Regelmäßige Vortragsreihen**

fanden noch statt mit dem Bildungsausschuß der Gemeinde von Professor Friedrich Adler über »Zeichnerisch-analytische Betrachtungen: Das Naturschöne, das technisch Schöne, das Kunstwerk«, von Herrn Robert Müller-Hartmann über

»Grundbegriffe der musikalischen Bildung, mit Beispielen aus der Volksmusik und Werken der Meister« und Dr. Rosa Schapire über »Kunst und Kultur in Venedig« und »Kunst und Kultur in Florenz«.

\*

Es war also ein überaus reichhaltiges Programm, und man darf wohl sagen, daß diese Arbeit als durchaus befriedigend angesehen werden kann und auf einer beachtlichen sachlichen Höhe stand. Die Teilnehmer setzten sich stets aus allen Schichten und Altersstufen der jüdischen Bevölkerung Hamburgs zusammen, wobei besonderer Wert auf die Beteiligung der Jugend gelegt wurde. Die Jugendbünde haben Hand in Hand mit der Stiftung gearbeitet und dadurch sowohl die Arbeit der Stiftung als auch ihre eigene Arbeit wesentlich gefördert. Dank ihrer Mitarbeit wurden die im Heim Wilhelminenhöhe stattgefundenen Veranstaltungen, welche die Teilnehmer geschlossen einige Tage vereinten, zu starken Erfolgen.

Die hohe Warte, von der aus die Arbeit in Angriff genommen wurde, zeigt auch die Tatsache, daß immer Menschen aus allen religiösen Lagern sich beteiligten, was auch die Auswahl der Dozenten als Vertreter aller religiösen Standpunkte begünstigte. Damit hat die Stiftung gewiß nicht nur ein sachliches Verdienst erworben, sondern auch in hohem Maße im Sinne von Franz Rosenzweig gewirkt.

Das jüdische Hamburg kann stolz darauf sein, in der Franz-Rosenzweig-Stiftung ein jüdisches Lehrhaus zu besitzen, das vor keiner ähnlichen Institution einer anderen jüdischen Gemeinde in Deutschland zurückzustehen hat, das im Gegenteil in der Bildungsarbeit mit an der Spitze marschiert. Seinen unermüdlichen Leitern, Herrn Hermann Philipp und Herrn Meyer-Udewald, mag dieses Bewußtsein der schönste Lohn und die höchste Anerkennung für ihre mit Hingabe und unter größten Schwierigkeiten geleistete, immer erfolgreiche Arbeit sein.

Die Verhältnisse bringen es mit sich, daß mit der Arbeit des Sommerhalbjahres, die sonst gleich nach den Feiertagen einsetzte, im Augenblick noch nicht begonnen werden kann. Daß sie im erstmöglichen Zeitpunkt mit gleicher Intensität wieder begonnen werden wird, dessen darf man sicher sein.

**Nr. II**

Arbeitsgemeinschaften und Vorträge im Herbstquartal 1937

Herbst 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 10 vom 15.10.1937, S. 5

**FRANZ-ROSENZWEIG-GEDÄCHTNIS-STIFTUNG**

in Zusammenarbeit mit dem BILDUNGS-AUSSCHUSS DER DEUTSCH-ISRAELITISCHEN GEMEINDE HAMBURG (JÜDISCHES LEHRHAUS)

**Arbeitsgemeinschaften und Vorträge im Herbstquartal 1937**

im Gemeindehaus Johnsallee 54

**I. Bibel und Liturgie**

1. Oberrabbiner Dr. Jos. Carlebach: Die Bibel, das Lebensbuch der Juden, acht-tägig, 2 RM je Quartal, Beginn der Vorlesungen wird bekanntgegeben.
2. Rabbiner Dr. Paul Holzer: Thema und Beginn wird nach Wiederherstellung des Dozenten bekanntgegeben. 2 RM je Quartal
3. Oberkantor Herm. Lieber: Einführung in die Gesänge des jüdischen Gottesdienstes (mit Beispielen durch Gesang, Klavier, Schallplatte), 4 bis 5 Abende, acht-tägig, Dienstags, Beginn: 9. November, 1 RM.

**II. Gesetzeslehre und Brauchtum**

1. Rabbiner Dr. Max Eschelbacher – Düsseldorf: Große Lehrer des Talmuds (Besprechungen von ausgewählten Quellenstücken in deutscher Uebersetzung), 3 Abende im November. 1,50 RM
2. B. S. Jacobson: Gesetze und Bräuche des Schabbat, 2 – 3 Abende, acht-tägig, im Dezember. 0,80 RM

**III. Geschichte und Gegenwart**

1. Prof. Dr. I. Markon: Die Makkabäer, 2 Abende, Sonnabend, 27. November, 18. Dezember. 0,50 RM
2. Dr. W. Bacher: Palästina und die großen Mächte, 2. Teil (Ein Ueberblick von der arabischen Eroberung bis zum Ausbruch des Weltkrieges), 5 Abende, 8-tägig, Donnerstag, Beginn: 4 November. 1,50 RM
3. Dr. Hans Liebeschütz: Ueber die Bedeutung der Bibel in der Geschichte des abendländischen Mittelalters, 2 Abende, Montag, 13. und 20. Dezember. 0,50 RM
4. Meir Gertner: Tradition und Moderne in der ostjüdischen Literatur, mit Besprechung von Textproben in Uebersetzungen. 4 Abende, acht-tägig, Mittwochs, Beginn: 3. November. 1,20 RM
5. Franz-Rosenzweig-Abend im Dezember; Redner und Datum werden noch bekanntgegeben.



#### IV. Kunstbetrachtung

1. Professor Friedr. Adler: Hand und Maschine als stilbildende Elemente im kunsthandwerklichen Schaffen. (Eine vergleichende Betrachtung alter und neuer Handwerkskunst.) 3 Abende, achttägig, Mittwochs. Beginn: 10. November. 1 RM
2. Dr. Rosa Schapire: Rembrandt und seine Zeit. 5 Abende, achttägig, Montags, Beginn: 1. November. 1 RM
3. Dr. Ernst Loewenberg: Einführung in Shakespeares Romeo und Julia; Vortrag für Jugendliche, im Dezember. Eintritt frei.

Alle Vorlesungen beginnen pünktlich 20.15 Uhr und können nur stattfinden, wenn sich die notwendige Teilnehmerzahl von mindestens 20 Hörern verpflichtet. – Um rechtzeitiges Erscheinen wird gebeten. – Voranmeldungen beim Sekretariat G. Engel, Rothenbaumchaussee 77, Erdgeschoß, Montags bis Freitags, 10 bis 1 und 4 bis 6 Uhr, Freitags nur vormittags (Fernsprecher: 557135).

#### Teilnahmebedingungen

Die Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen ist nur den Inhabern von Hörerkarten gestattet. Die Karten müssen bei allen Veranstaltungen vorgezeigt werden. – Personen, die nicht im Besitz einer Karte sind, können von den Veranstaltungen ausgeschlossen werden.

#### Gebühren:

1. Für Mitglieder: Der Mitgliedsbeitrag für das Jahr beträgt mindestens 3 RM. Die Aushändigung der Mitgliedskarte erfolgt nach Eingang des Beitrages.

Die Mitglieder haben das Recht, sich eine Hörerkarte, welche zum **kostenfreien** Eintritt für eine der im Vorlesungsverzeichnis aufgeführten Vortragsreihen berechtigt, anzufordern. Für die Teilnahme an weiteren Vortragsreihen bezahlen die Mitglieder die Hälfte der im Vorlesungsverzeichnis festgesetzten Gebühren. Für die als Sonderveranstaltungen bezeichneten Einzelvorträge werden den Mitgliedern ebenfalls Ermäßigungen eingeräumt.

Die Mitgliedschaft wird durch das Sekretariat beim Vorstand beantragt.

2. Für Jugendliche (Schüler, Lehrlinge und Mitglieder der Jugendbünde bis zum Alter von 22 Jahren): Für diese werden Karten für den Preis von 0,50 RM für das Quartal ausgegeben, welche zur Teilnahme an allen im Vorlesungsverzeichnis erwähnten Vortragsreihen berechtigen. – Sonderveranstaltungen bedürfen besonderer Vereinbarungen.

3. Für Nichtmitglieder: Alle Nichtmitglieder zahlen die bei jedem Kurse eingesetzten Eintrittsgelder. Es gelangen hierfür Hörerkarten, die nur für das jeweilige Quartal und die betreffende Vortragsreihe Geltung haben, zur Ausgabe.

4. Minderbemittelte können auf Grund eines Antrages, der auch im Sekretariat entgegengenommen werden kann, eine Ermäßigung erhalten oder in besonderen Fällen auch ganz von den Gebühren befreit werden.

Alle Karten sind in unserem Sekretariat in den oben angegebenen Sprechstunden gegen Barzahlung erhältlich. – Bei einer Ueberweisung an unser Post-

scheckkonto Hamburg 70389 werden die Karten nach Eingang des Betrages zuzüglich 0,15 RM für Porto und Schreibgebühren per Post zugesandt.

Weitere Auskünfte im Sekretariat, G. Engel, Rothenbaumchaussee 77, 55 71 35, zu den festgesetzten Sprechstunden.

**An alle diejenigen, die dazu in der Lage sind, ergeht die dringende Bitte, einen höheren Beitrag zu bezahlen, was – wie dankend anerkannt wird – vielfach auch bereits geschieht.**

#### **Nr. 12**

Der Oberrabbiner Joseph Carlebach im jüdischen Lehrhaus

Januar 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 3 vom 20.1.1938, S. 16 b-c

### **Die Psalmen**

Vorlesungen von Oberrabbiner Dr. Carlebach

Schon seit einigen Jahren bilden die Sonntagsvormittagvorlesungen von Oberrabbiner Dr. Carlebach im Rahmen der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung (Jüdisches Lehrhaus) einen Mittelpunkt unserer Hamburger jüdischen Bildungsarbeit. Stets fanden sie sehr starken Zuspruch, ob unser Gebetbuch, ob biblische Bücher behandelt wurden. Der hohe Schwung dieser Vorlesungen, gepaart mit dem tiefgründigen Wissen des Redners und der ansprechenden und jedem verständlichen Form führten immer ein zahlreiches Publikum zusammen, das diese Stunden als wirkliche Feierstunden im Ablauf der Woche betrachtete und genoß. Leider hatten diese Vorlesungen bis jetzt stets unter der Unzulänglichkeit der dazu benutzten Räume zu leiden.

All dies ist jetzt behoben durch den von nun an zur Verfügung stehenden Vortragssaal in dem neuen Gemeinschaftshaus Hartungstraße. Der helle und freundliche Raum bietet einen Rahmen, der der Veranstaltung würdig ist und der sie noch weit mehr volkstümlich machen wird, als sie bisher schon war. In diesem Winter behandelt Oberrabbiner Dr. Carlebach die Psalmen. Dieses unsterbliche Buch der Lieder stellte er von vornherein in das Milieu, das ihm gebührt, indem er stets einen Psalm zum Eingang der Vorlesungen in traditioneller Melodie singen läßt. Oberkantor Lieber stellte sich zur Verfügung und sang vor, und das Publikum, sich ganz als Gemeinde fühlend, singt diesen Psalm zum Beginn jeder Vorlesung mit. Dies gibt den Vorlesungen gewissermaßen einen gottesdienstähnlichen Charakter und hebt sie aus dem rein Lehrhaften heraus.

Der Redner versteht es, in den Vorlesungen selbst die einzelnen Psalmen immer in engste Beziehung zum menschlichen und glaubensmäßigen Wesen zu bringen.

Jeder Psalm, der den Hörern in klarer und poetisch anmutender neuer Uebersetzung geboten wird, findet seine feste Stellung im Religionssystem, von ihm ausgehend werden alle menschlichen Probleme behandelt, wie sie im göttlichen münden und den Menschen in Beziehung zu seinem Glauben, zu seiner Umwelt, den Wundern des Tages bringen. Der Redner übergeht keinen Einwand, den irgend ein Erklärer, sei es nun ein jüdischer Geistesheros oder ein Bibelkritiker der anderen Welt, vorgebracht hat, und alle finden ihre klare Beleuchtung und ihre Zurückführung zu den Fundamenten unseres Glaubens. Vom Talmud bis zu Franz Rosenzweig, von den alten Philosophen bis zu Kant und Nietzsche – er weicht keinem aus und setzt sich mit allen auseinander.

Man kann und soll über solche Vortragsreihe nicht »berichten«, sie will und muß erlebt sein, und sie ist ein Erlebnis für alle die vielen, die zum Teil bisher abseits dieser Gedankengänge standen. Sie schöpfen in unserer Zeit daraus Zuversicht für den schweren Kampf ums Dasein, sind erhoben durch die ewigen Werte unseres Glaubens.

Seien wir dankbar, daß jetzt alles zusammenstimmt: äußere Form der Vorträge und ihre Umgebung, daß sie jetzt noch weit mehr als früher feiertägliche Stimmung verbreiten, daß unser jüdisches Lehrhaus, aufs engste verbunden mit dem Namen eines Franz Rosenzweig, hier seine hohe Aufgabe aufs beste zu erfüllen imstande ist.

J.[ulian] L.[ehmann]

### **Nr. 13**

Die Tätigkeit des Hamburger jüdischen Lehrhauses

Mai 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 20 vom 19.5.1938, S. 16 a

### **Jüdische Bildungsarbeit**

Die Tätigkeit der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung

Das Jüdische Lehrhaus, die Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung, hat für dieses Semester die Pforten geschlossen. Das letzte Bildungsprogramm, für das »der Vater der Rosenzweig-Stiftung«, Herr Hermann Philipp s.A., verantwortlich war, liegt abgeschlossen hinter uns. Die ersten Worte am Beginn einer Rückschau auf letztjährig Geleistetes müssen dem Gedenken an den Schöpfer dieser Lehrhaus-Einrichtung gelten, der nicht mehr unter uns weilt, dessen Name aber wie mit vielen anderen Werken unseres Jüdischen Religionsverbandes Hamburg besonders mit dem Werke des Lehrhauses verknüpft und verbunden ist, bleiben wird, solange wir den Segen dieser Stätte genießen dürfen. Das Wesen dieses einzigartigen Mannes war wahrhaft geprägt von dem Rosenzweig-Wollen, dessen Wort und Streben nach

»Bildung ohne Ende« ihn bei der Schaffung der Rosenzweig-Stiftung geleitet hat. Und wie in den Vorjahren spürten wir auch in der Gestalt und Form dieses letzten Arbeitsprogramms, das Hermann Philipp – an seiner Seite die anderen leitenden Herren – entwarf, daß ihm von den Erkenntnissen Rosenzweigs Richtung und Wegweisung kam.

»Bibel und Liturgie« – »Gesetzeslehre und Brauchtum« – »Philosophie« – »Geschichte« lauteten die Themenreihen, in deren Rahmen zehn Arbeitsgemeinschaften, die je eine ganze Anzahl von einzelnen Abenden umfaßten, veranstaltet wurden. Hierzu gesellten sich noch mehrere Sonderveranstaltungen und Kurse, zu denen man auswärtige Referenten heranzog. Ein umfangreiches Arbeitsprogramm, das in einem weiten Rahmen jüdische Lehre und jüdische Geschichte umspannte und dennoch durch die sorgfältige Wahl des zu behandelnden Stoffs dem ernstesten Studium, der vertiefenden Wissensvermittlung die größten Möglichkeiten bot.

Zu religiösen Andachtsstunden waren die Sonntagvormittage, an denen Oberrabbiner Dr. J. Carlebach einen großen Kreis der Rosenzweig-Hörer um sich scharfe, ausgestaltet. »Die Psalmen« standen hier im Mittelpunkt der Betrachtungen über Fragen »Aus Kampf und Not«, über Probleme, wie »Gott und der Mensch«, »Die Gewißheit der göttlichen Vorsehung«, »Gottesoffenbarungen« und »Die ewige Seligkeit«. Und die gesungliche Wiedergabe der jeweiligen Psalmen durch Oberkantor H. Lieber erhöhte die würdige und erhebende Stimmung dieser religiösen Feiertunden.

In die »Gesänge des jüdischen Gottesdienstes« mit Beispielen durch Klavier und Gesang sowie in die gesamte Entwicklung der synagogalen Musik führte Herr Oberkantor H. Lieber in einer liturgischen Arbeitsgemeinschaft ein, die an einem besonderen Abend auch einen Ueberblick über »Das Leben und Wirken der bedeutenden Kantoren Hamburg-Altonas« bot. In einem von Jugendlichen sehr stark besuchten Schiur entwickelte Herr B. S. Jacobson »Die Gesetze und Bräuche des Schabbat« und im Rahmen der Arbeitsgemeinschaften über philosophische Themen »Den Palästina-Gedanken bei Jehuda Halevi«. Einen philosophischen Kurs leitete Dir. Arthur Spier. Hier wurde das religionsphilosophische System des Maimonides als ein wesentlicher Beitrag zur Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie erörtert. Oberrabbiner Dr. B. Italiener bereitete in den Wochen vor Peßach durch eine Besprechung der Hagada (Ritus und Illustrationen) unter dem Thema »Die Peßach-Hagada, das Trostbuch der Juden« auf die Feiertage vor. In gleicher Weise behandelte Prof. Dr. J. Markon vor Chanuka »Die Makkabäer«. Dr. Walter Bacher erörterte in einer Arbeitsgemeinschaft »Palästina und die großen Mächte« und in einer weiteren »Die Araber in der Weltgeschichte«. Stets stark besucht waren die Abende von Dr. H. Liebeschütz, an denen der Referent an Hand von Texten von Jacob Burckhardt »Das Wesen der Geschichte« erforschte und erschloß.

Das Arbeitsprogramm der Rosenzweig-Stiftung wäre nicht vollkommen gewesen, wenn es nicht außer der Behandlung rein jüdischer Stoffgebiete auch einzelne Ge-

biete der notwendigen Allgemeinbildung in ihr Programm eingeschlossen hätte: so das der Kunstbetrachtung und der Gesundheitslehre. An drei Abenden unternahm Prof. F. Adler eine vergleichende Betrachtung alter und neuer Handwerkskunst. »Hand und Maschine als stilbildende Elemente im kunsthandwerklichen Schaffen« lautete das Thema seiner Arbeitsgemeinschaft. Frau Dr. R. Schapire befaßte sich mit »Rembrandt und seine Zeit«, »Rembrandt und seine Zeitgenossen«, mit »Holländischen Landschaften und Stillebenmalern« und dem »Sittenbild und Innenraum Hollands im 17. Jahrhundert«. Die den behandelten Stoff stets veranschaulichenden Lichtbilder erhöhten den Wert und Reiz dieser, der allgemeinen Kunstbildung in vortrefflicher Weise dienenden Kurse. Sehr zweckmäßig war die Einrichtung der als »Gesundheitslehre« veranstalteten Vorträge von Herrn Dr. M. Mayer über »Tropenhygiene: Verhütung und Bekämpfung wichtiger Tropenkrankheiten«.

Der weiteren Bereicherung auf den verschiedenen Gebieten dienten in hervorragendem Maße die Sonderveranstaltungen. Da muß zuerst der Jugendveranstaltung in Wilhelminenhöhe gedacht werden, der Karl Adlers gesangliche Mitwirkung und Martin Bubers Anwesenheit, sein Vortrag über »Die Gemeinschaftsidee Israels in seinen Sprüchen« das Gepräge gaben. Auch die Sonderveranstaltung, auf der Dr. E. Strauß (Frankfurt), der persönliche Freund Rosenzweigs, eine religionsphilosophische und geschichtliche Betrachtung über »Heidentum« anstellte, steht als ein besonderes Erlebnis in der Erinnerung aller, die an diesem Abend teilnehmen durften. Einem großen Kreis von interessierten Hörern brachte Rabb. Dr. Eschelbacher (Düsseldorf) »Große Lehrer des Talmuds« nahe, und Rabb. Dr. Vogelstein (Koblenz) entwickelte an mehreren Abenden »Das Leben der ältesten Diaspora-Gemeinde nach den Elephantine-Originalurkunden«. Auf der letzten Veranstaltung dieses Vortragswinters hörte man Oberrabb. Dr. Th. Weisz (Altona) über »Heiligung des Lebens«. Dieser Abend war wahrlich dazu angetan, einen weiche- und würdevollen Abschluß der Lehrhausarbeit für dieses Jahr darzustellen.

Mögen die Männer, in deren Händen die Leitung der Rosenzweig-Stiftung jetzt liegt, die Herren Albert Nauen und Dr. Hans Liebeschütz, das Werk im Sinne dessen, der zur »Heiligung seines Lebens« und zu seiner Vollendung der jüdischen Bildungsarbeit in Hamburg mit ganzer Kraft gedient hat, fortführen; im Sinne und im Geiste auch des Großen, dessen Namen das Lehrhaus trägt: Franz Rosenzweig.

S. E.

## 21.4 Die Hamburger jüdische Presse

**Nr. 1**

Das Problem der Finanzierung des *Gemeindeblattes*

7. Februar 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 346 Bd. 10, Bl. 251

## Geheime Sitzung

Dr. Meyer: Das Gemeindeblatt bietet nicht das, was man von ihm erwartet. Das Fehlen von Anzeigen ist ein grosser Mangel. Er beantragt Einsetzung eines Ausschusses zur Beratung der Frage. Dr. Kalmus: Es besteht ein Gemeindeblatt-Ausschuss. In ganz Deutschland gibt es kein Blatt, das so billig wie unser Gemeindeblatt ist. Ein Blatt heute in eigener Regie auf Anzeigen aufzubauen, sei gefährlich, zumindest problematisch. Koretz: ist gegen Aufnahme von Anzeigen, die nach seiner Ansicht die neutrale Haltung des Blattes gefährden könnte. Dr. Meyer bittet, Informationen bei anderen Gemeinden einzuholen. Dr. Nathan: Alle selbständigen Gemeindeblätter arbeiten mit Verlust. Dabei bestehen in anderen Gemeinden nicht einmal lokale jüdische Blätter wie hier (Familienblatt). Auf Anregung von Dr. Herzfeld zieht Dr. Meyer seinen Antrag zurück. Pos. 14 bewilligt.

Unterbrechung 11 Uhr 55

**Nr. 2**

Das Problem der Akzeptanz des *Gemeindeblattes*

29. Januar 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 346 Bd. 10, S. 343 f.

[RK-Sitzung vom 29. Januar 1934]

## Gemeindeblatt:

Zu Pos. 14 Gemeindeblatt ergreift Koretz das Wort. Das Gemeindeblatt wird von niemandem gelesen. Der Ausschuss wird garnicht einberufen, sondern Dr. Nathan gibt seine Meinung im Gemeindeblatt wieder und legt die Manuscripte nicht einmal vor. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass Alfred Levy in seiner Rede die Worte Deutsch-Israelitische Gemeinde betont habe, während im Protokoll nur »Gemeinde« stand. Dasselbe ist jetzt beim Gemeindeblatt der Fall.

Dr. Loewenberg erwidert, dass im Gemeindeblatt nur ein Bericht über die Rede stehe und kein Protokoll.

Antrag: Der Vorstand wird ersucht, baldigst die Kommission für das Gemeindeblatt zu berufen.

Dr. Nathan: Der Vertrag mit Lessmann behindert das Gemeindeblatt in der Ausdehnungsfähigkeit. Man könne über das Gemeindeblatt und über die einzelnen Nummern verschiedener Meinung sein. Auch von der letzten Nummer könne man sagen, dass sie überflüssig sei, es sei aber gerade geäußert worden, dass diese Nummer sowohl wegen des Inhalts als auch typographisch grossartig sei. In der Wiedergabe der Rede von Alfred Levy habe man auf das einzelne Wort nicht einen so grossen Wert gelegt als auf den Appell zur Einigkeit bei den Vorstandswahlen.

Antrag Koretz: Den Ausschuss für das Gemeindeblatt um Herrn Kurt Nathan zu erweitern.

Der Antrag wird angenommen.

[...]

Schluss der Sitzung II  $\frac{3}{4}$  Uhr.

### Nr. 3

Die Entlassung des Hauptschriftleiters des *Hamburger Familienblattes*, Julian Lehmann, durch den Herausgeber

29. August 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 15I, Bd. 62, Bl. 293

M. Lessmann  
Hamburg 36  
ABC-Strasse 37  
Geschäftsleitung

L/J.

STRENG VERTRAULICH!

den 29. August 1934.

An den Vorstand der  
Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde,  
z. Hd. Herrn San.Rat Dr. Louis Franck,  
Vorsitzenden,  
Altona a/E.  
Breitestr. 15

Sehr geehrte Herren: –

In Nr. 35 vom 30.8. meines »Hamburger Familienblattes« gab ich davon Kenntnis, daß Herr Dr. Alfred Kupferberg die Hauptschriftleitung des »Familienblattes« übernommen hat, während Herr Julian Lehmann, der bisherige Hauptschriftleiter,

ausgeschieden ist.<sup>29</sup> Indem ich Ihnen einen Ausschnitt dieser Notiz hierbei überreiche, unterrichte ich Sie gleich den übrigen Großorganisationen über den Grund dieses Redaktionswechsels, um jeder Legendenbildung vorzubeugen:

Während einer Amerika-Reise hat Herr Lehmann kürzlich in New-York zwei Interviews gegeben, deren eines in der »New-York Times«, das andere im »Jewish Daily Bulletin« einem recht üblen, deutsch-hetzerischen Blatte, erschien. In ihnen ließ Herr Lehmann die für einen deutsch-jüdischen Journalisten heute doppelt und dreifach gebotene taktvolle Zurückhaltung in deutsch-politischen Fragen in so bedauerlichem Maße vermissen, daß ich im Interesse des Ansehens meiner Zeitung, ja, um der Sicherheit meines Verlags-Unternehmens willen keine Möglichkeit weiterer Zusammenarbeit mit ihm mehr sah, sondern – auch auf dringendes Anraten meiner Anwälte – leider gezwungen war, mich von ihm zu trennen.

Die Hauptschriftleitung des »Familienblattes« übergab ich Herrn Dr. Kupferberg, dem – wie auch in anliegender Notiz mitgeteilt wird – das politische Ressort des Blattes schon seit Jahresfrist oblag, und der durch vieljährige Tätigkeit in Verlag und Redaktion der Zeitung jede Gewähr dafür bietet, daß mein »Familienblatt« seine bewährte, streng überparteiische Linie auch hinfort nicht verlassen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
(gez.) M.[ax] Lessmann

#### Nr. 4

Die Verhaltensregeln für die jüdische Presse

17. Januar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 25-27

[Reichsvertretung der deutschen Juden]

17.I.35.

Pressestelle

An die Schriftleitungen  
der jüdischen Zeitung,  
Gemeindeblätter und Zeitschriften

<sup>29</sup> Julian Lehmann (1886-1943) war der Enkel des Gründers und Herausgebers des *Israelit*, Markus Lehmann. In seinen Studien widmete er sich der Neuen Philologie. Er gehörte zum Mitarbeiterkreis der *Leipziger Neuesten Nachrichten* und der *B.Z. am Mittag*. Julian Lehmann übernahm 1928 die Chefredaktion des *Hamburger Israelitischen Familienblattes*. Nach dessen Umzug nach Berlin im April 1935 blieb er Redaktionsleiter der Hamburger Ausgabe, er war insbesondere für die Ressorts Sport und Kultur zuständig. Lehmann war ohne Frage der engagierteste Chronist des Hamburger jüdischen Kulturlebens. Er emigrierte 1939 nach England. Vgl. Müller-Wesemann, Theater als gestiger Widerstand, S. 417 f.; JN vom 24.3.1939, S. 8.



Die Reichsvertretung der deutschen Juden hat auf ihrer letzten Pressekonferenz Gelegenheit genommen, mit den Schriftleitern der grossen jüdischen Blätter eine Frage zu erörtern, die ein Eingreifen dringend erforderlich macht.

Die Zahl der jüdischer Veranstaltungen, manche Veranstaltungen selbst, die Art Ihrer Ankündigung in der Oeffentlichkeit, endlich die Berichterstattung über sie, ist geeignet, der jüdischen und nichtjüdischen Oeffentlichkeit ein völlig falsches Bild von der wirklichen Lage und der Haltung des deutschen Judentums zu geben. An die Reichsvertretung der deutschen Juden gelangen aus dem ganzen Reiche Aeusserungen, in denen ein Eingreifen der Reichsvertretung gegen die Abhaltung zahlreicher Festveranstaltungen gefordert wird. Gute Freunde des ausländischen Judentums haben ebenfalls ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, dass in einer solchen Notzeit die deutschen Juden Feste veranstalten. Schliesslich haben manche Aeusserungen auch in der nichtjüdischen, deutschen Presse gezeigt, wie ausserordentlich gross die Gefahr ist, die der Gesamtheit der deutschen Juden von Veranstaltungen droht, die mit der durch die Zeit gebotenen Würde und Haltung nicht zu vereinbaren sind.

Wir haben uns daher in der erwähnten Pressekonferenz auf folgende Vorschläge geeinigt, die wir hiermit allen Schriftleitungen der jüdischen Blätter unterbreiten. Wir nehmen es als selbstverständlich an, dass unserer dringenden Bitte Rechnung getragen wird. Wir bitten aber die Empfänger dieses Rundschreibens dem Pressedezernat der Reichsvertretung zu bestätigen, dass sie sich mit den von uns gemachten Vorschlägen einverstanden erklären.

Unsere Vorschläge sind folgende:

#### I. Redaktionelle Ankündigungen:

- 1.) Ankündigungen gesellschaftlicher Veranstaltungen unterbleiben ganz.

Soweit es sich um Veranstaltungen gerade derjenigen Organisationen oder Institutionen handelt, deren Sprachrohr die betreffende Zeitung ist, werden Hinweise auf Tanzorchester, Tombolas, Verlosungen usw. unterbleiben.

- 2.) Kulturelle (Vorträge, Konzerte u. dergl.) Veranstaltungen werden nur insoweit angekündigt, als ein Allgemeininteresse der jüdischen Oeffentlichkeit daran gegeben ist. Dieses Allgemeininteresse kann durch die Person der Mitwirkenden oder durch das Programm gegeben sein. Es soll aber ein sehr strenger Masstab angelegt werden. Insbesondere soll in aller Regel eine Ankündigung von Hauskonzerten unterbleiben.

#### II. Berichterstattung:

- 1.) Ueber gesellschaftliche Veranstaltungen wird nicht berichtet. Bei eigenen Veranstaltungen (s. oben I.1) wird lediglich der Inhalt von Ansprachen, Reden wiedergegeben, Einzelheiten über den gesellschaftlichen Rahmen werden nicht gebracht.

- 2.) Kulturelle Veranstaltungen werden unter dem Gesichtspunkt behandelt, dass nur über wirklich wichtige Ereignisse berichtet wird. Es hat sich allmählich zu einem grossen Uebelstand entwickelt, dass über jedes kleine Hauskonzert

ein Bericht erwartet und daher auch erstattet wird. Dadurch werden die wirklich ernsthaften künstlerischen Ereignisse von der Fülle gleichgültiger Berichte erdrückt. Ausserdem gilt auch hier der Grundsatz, dass wir es unter allen Umständen angesichts der überaus gespannten allgemeinen Situation vermeiden müssen, dem Leser der jüdischen Blätter ein falsches Bild von der Lage des deutschen Judentums zu geben. Es wird daher empfohlen, bei Besprechung von Vorträgen, Konzerten und anderen künstlerischen Veranstaltungen nur diejenigen herauszugreifen, die ein ernsthafteres Interesse darbieten. Es wird auf diese Weise viel Raum gespart werden können, der teils einer eingehenderen Besprechung der wichtigen Veranstaltungen, aber auch anderen Aufgaben der Zeitungen zugute kommen wird.

[...]

Indem wir Ihrer baldigen zustimmenden Bestätigung entgegen sehen, danken wir Ihnen schon jetzt im Voraus für Ihre Unterstützung in einer uns ausserordentlich am Herzen liegenden Angelegenheit und sind

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Reichsvertretung der deutschen Juden  
Pressestelle

(gez.) [Friedrich] Brodnitz

#### Nr. 5

»Das Gemeinde-Blatt im neuen Gewande«

20. März 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 3 vom 20.3.1936, S. 1

#### **Das Gemeindeblatt im neuen Gewande**

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Vorstände der Gemeinde und dem Verlage M. Leßmann erscheint das Gemeindeblatt von dieser Nummer an in einem neuen Format, in typographisch vielfach verbesserter Form und auch in einem wesentlich erweitertem Umfang. Es wird das Bestreben des Verlages und der Schriftleitung sein, dem Gemeindeblatt auch inhaltlich die seinem neuen äusseren Gewande entsprechende Gestaltung zu verleihen.

Diese Aufgabe kann nicht darin bestehen, daß das Gemeindeblatt in einen Wettstreit eintritt mit den wöchentlich erscheinenden großen jüdischen Zeitungen. Das Gemeindeblatt beschränkt sich mit vollem Bewußtsein darauf, das Blatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg zu sein. Es soll die Beziehungen zwi-

schen der Gemeinde und ihren einzelnen Mitgliedern pflegen, es soll alles, was sich innerhalb der Gemeinde und unter ihren Mitgliedern an Bemerkenswertem für die jüdische Allgemeinheit ereignet, in kurzen Worten berichten, es soll das, was der Vorstand der Gemeinde ihren Mitgliedern mitzuteilen hat, zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Allerdings kann das Gemeindeblatt sich auf diesen engen Bezirk nicht beschränken; denn über ihren besonderen Aufgaben darf keine jüdische Gemeinschaft – zumal in unserer Zeit – die größeren Belange der Allgemeinheit übersehen und übergehen. Deswegen werden wir im Gemeindeblatt auch, wie schon bisher, zu all dem, was die gesamte Judenheit, insbesondere diejenige Deutschlands betrifft, Stellung nehmen müssen. Aber auch hier soll die besondere Note des Hamburger Gemeindeblattes dadurch zum Ausdruck kommen, daß wir nach Möglichkeit den in unserer Mitte Lebenden das Wort zur Äußerung geben.

Wie bei der Begründung des Gemeindeblattes fordern wir auch heute wieder die Gesamtheit unserer Gemeindemitglieder zur Mitarbeit an dem Gemeindeblatte auf; jeder, der etwas zur Förderung des jüdischen Gesamtwohles beitragen kann, ist uns ein willkommener Mitarbeiter. Auch die Kritik desjenigen, der weiß, daß die Aufgabe wahrer Kritik Bejahung und Aufbau ist, ist aus dem Gemeindeblatt nicht ausgeschlossen. Für Anregungen jeder Art, die der Hebung unseres Blattes dienen, werden wir dankbar sein.

Von allen Gemeindemitgliedern erwarten wir aber eine Gegenleistung. Bekanntlich ist die kostenlose Lieferung des Gemeindeblattes gesetzlich nicht mehr zulässig, wir sind daher genötigt, eine geringe Bezugsgebühr zu erheben, die auf 0,45 RM. vierteljährlich festgesetzt ist, für das zweite Vierteljahr 1936 aber nur in Höhe von 0,30 RM. in der zweiten Hälfte des Monats April durch den Briefträger zur Einziehung gelangen wird. Wir appellieren an alle Empfänger des Blattes, diese geringe Gebühr im Interesse des Ganzen zu entrichten.

Verlag und Schriftleitung  
DES GEMEINDEBLATTES DER DEUTSCH-  
ISRAELITISCHEN GEMEINDE IN HAMBURG.

**Nr. 6**

Die Gründung und der Aufbau des *Familienblattes* im Rückblick

28. April 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 17 vom 28.4.1938, S. 6

### **Gründung und Aufbau des Familienblattes**

Von Julian Lehmann – Hamburg

Mit jedem großen Unternehmen ist es so: sieht man seine Anfänge, so ist daraus kaum zu erkennen, was einst aus ihm werden sollte, zu welcher Bedeutung es gelangen würde. [...]

Mit dem Herzen des Juden und mit den Augen des Verlagsfachmannes hatte Max Lessmann erkannt, was den Juden in Hamburg, seinem Wohnort, fehlte: ein Blatt, geeignet allen eine gemeinsame Basis zu sein, das jüdische Gemeinschaftsgefühl zu stärken, allen jüdischen Menschen in Hamburg und seinen Nachbarstädten die Nachrichten zu vermitteln, die in einer solch' großen Gemeinde sich regelmäßig boten, und deren Verarbeitung oft nur zu spät, vielfach gerüchteweise und meist tendenziös entstellt, im besten Falle durch auswärts erscheinende Blätter geschehen konnte. Das jüdische Gemeindeleben in Hamburg war schon damals äußerst lebhaft und von einer besonderen Prägung. Hier zuerst hatte man eine Formel gefunden, um alle Juden ohne Gewissenszwang in einer Gemeinschaft zu vereinigen. Das heute noch in Kraft befindliche »Hamburger System« gibt jedem Platz, ohne daß nun einmal vorhandene Gegensätze sich im engsten Raume zu stoßen brauchen. Es fiel früher und fällt sogar heute noch im Reiche schwer, dieses »Hamburger System« richtig und objektiv zu beurteilen. Blättert man die jüdischen Organe der Jahre gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts durch, so findet man darin seitenlange Polemiken über jüdische Fragen in Hamburg, von jedem Standpunkt, nur nicht dem objektiven, dargestellt. Hier wollte Max Lessmann in die Bresche springen, hier sah er ein Arbeitsfeld, das nach allen Richtungen Befriedigung und Befriedung bringen konnte. [...]

Max Lessmann erkannte bald, daß auf gesunden wirtschaftlichen Grundlagen, bei kluger und geschickter Leitung, bei der Nichtzulassung angriffslustiger Elemente zur redaktionellen Mitarbeit, ein jüdisches Blatt in Hamburg gedeihen mußte. Und er schritt schnell entschlossen zur Tat: nach sorgfältigen Sondierungen und Berechnungen wurden im Beginn des Jahres 1898 die Vorarbeiten aufgenommen. Eine gut arbeitende Druckerei stand schon zur Verfügung, ein eingearbeiteter Stab von geschäftlichen Mitarbeitern widmete jetzt auch diesem neuen Unternehmen seine Kräfte. So war es kein Sprung ins ganz Ungewisse mehr, als vor nunmehr gerade 40 Jahren die erste Ausgabe des »Israelitischen Familienblattes für Hamburg, Altona und Wandsbek« erschien.

In großzügiger Weise wurde das Problem der Verbreitung des Blattes unter dem jüdischen Publikum gelöst. Jedes Mitglied der in Betracht kommenden Gemeinden,

jeder jüdische Haushalt erhielt das Blatt kostenlos an jedem Freitagmorgen zugestellt. Die jüdische Geschäftswelt in Hamburg erkannte denn auch bald den Wert eines solchen Blattes, sich darin ihren Freunden allwöchentlich in Erinnerung zu bringen; sie gab genügend Anzeigen auf, das Blatt konnte bestehen. Es war der bescheidene Anfang eines Unternehmens, das sich seines Wertes bewußt sein durfte, denn seine idealen Aufgaben lagen bald offen vor jedermann. Hier war ein Forum aufgetan, wo der Trennungsstrich im jüdischen Lager keine Geltung mehr hatte, hier merkten die Leser, daß Menschen am Werke waren, die das Gemeinsame vor allem Trennenden betonten. Alle die sachlichen Nachrichten einer Großgemeinde, deren allwöchentliche Uebermittlung uns heute eine Selbstverständlichkeit ist, hatten vorher keinen Platz, ein jeder mußte sie sich mühsam zusammensuchen. Die Gebetszeiten, die Familiennachrichten, die Sprechstunden der Rabbinen, die Vortragsankündigungen – es war für die Juden Hamburgs wie eine Offenbarung, deren Bedeutung man heute kaum mehr versteht, als man sie auf einmal gesammelt an einer Stelle vorfinden konnte. [...]

Aber all das war sozusagen nur der Hintergrund, vor dem die Hauptaufgabe, das für jüdische Blätter ganz Neue, stand: Ein Blatt ohne Partei! Wo gab es das noch (oder schon!) im jüdischen Nachrichtengewerbe?! Gewiß hatte man seit fast 60 Jahren jüdische Blätter, aber alle standen im Dienst nur eines Teils der Gemeinschaft. Sie waren gegründet und wurden erhalten um diesem einen Teile etwas zu geben, seine Interessen zu verfechten, ja, womöglich dem anderen Teile zu schaden und ihm wehe zu tun. Es war eine Zeit, in der auch das allgemeine Literatentum seine besondere Freude an einer spitzen Feder hatte. [...]

Sie waren nicht ohne Kampf und Sorgen, diese ersten beiden Jahre! Aber wachsende Freude am Werk half darüber hinweg. Die sorgfältig erwogene und ins Werk gesetzte Gründung wurde befestigt durch Max Lessmanns eiserne Beharrlichkeit in jener allerersten Zeit. Sie fand ihren Ausdruck in einem Entschluß, der nicht nur für das »Familienblatt« entscheidend sein sollte, nein, der – das darf man heute sagen – auch im Alltag des Judentums in Deutschland seine Züge hinterließ: in dem Entschluß, das »Familienblatt« zum Gemeinschaftsorgan der jüdischen Familie in ganz Deutschland zu erheben. Diesen Entschluß verwirklichte Max Lessmann in Anlehnung und enger Zusammenarbeit mit dem »Verband der Jüdischen Lehrer-Vereine im Deutschen Reich« in richtiger Erkenntnis und Einschätzung des großen Einflusses, den damals die jüdische Lehrerschaft in ihren Gemeinden überall in der Stadt und Land hatte. Mit der Verwirklichung dieses Entschlusses begann ein neues Kapitel in der Geschichte des »Familienblattes«. Aus einem Lokalblatt nur für Hamburg und seine Nachbarstädte wurde ein Organ, das sich in ungeahnt schnellem Tempo über das gesamte Reichsgebiet verbreitete. Das »Israelitische Familienblatt« war geschaffen.  
[...]



## 22. Religiöse Lebensführung

### 22.1 Religionszugehörigkeit und die Aufnahme in das Judentum

#### Nr. 1

Innerjüdische Differenzen über die Aufnahme in das Judentum

⟨A⟩ 20. März 1934

⟨B⟩ 15. August 1934

⟨C⟩ 30. Oktober 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 329 a;  
AHW 572, Bl. 54, 106, 111

⟨A⟩

[Sitzung des Vorstandes am 20. März 1934]

[...]

Auf das mündliche Ersuchen des Herrn Rabbiners Dr. Italiener, darauf hinzuwirken, dass die Rabbiner der Kultusverbände oder andere in Hamburg amtierende Rabbiner Nichtjuden in das Judentum aufnehmen, so dass die Vorbereitung und Aufnahme von Proselyten nicht lediglich dem Tempel-Verband obliege, beschloßen, zu erwidern, dass es sich in dieser Frage um eine reine Kultusangelegenheit handle, in welche der Vorstand auf Grund der Verfassung der Gemeinde nicht eingreifen könne.

⟨B⟩

Notiz für die Herren Vorsitzenden R.-A. David und Dr. Loewenberg.

Herr Rabbiner Dr. Italiener bringt heute erneut die seelische Not der Eheleute zur Sprache, von denen ein Teil nicht dem Judentum angehört, die nun unter ihrer Zwitterstellung zu leiden haben und denen der Zugang zum Judentum jetzt verwehrt oder erschwert wird. Er lehnt es ab – aus Zeitmangel, mehr aber noch grundsätzlich – allein in dieser Richtung tätig zu sein und, wie er sich ausdrückt, für die Rabbiner der anderen Kultusverbände die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Z.Zt. handelt es sich um

1. die Eheleute Sigmund Rehfeld; Ehemann ist Gärtner, 3 Kinder von 4 Jahren bis zu 3 Monaten, erhält Zertifikat, sobald Familie dem Judentum angehört, für die

Vorbereitung der Frau Rehfeld werden in der nächsten Sitzung des Vorstandes 50 RM Honorar für Herrn Dr. Veis beantragt.<sup>1</sup>

2. Moses Simon, Schlüterstr. 2, seit vielen Jahren mit Nichtjüdin verheiratet, gemeindeangehörig, von Herrn Dr. Italiener jetzt abgelehnt.<sup>2</sup>

3. Robert Levy aus Elberfeld, z.Zt auf Hachscharah in Rissen, heiratete am 5.5. d.J. eine langjährige Freundin, weil sie wegen ihrer verschiedenen Rassenzugehörigkeit Ungelegenheiten befürchteten.

15.8.34. Dr.N/I.

⟨C⟩

[Vorstands-Protokoll v. 30. Oktober 1934.]

[...]

Der Vorstand erörtert die Schwierigkeiten bezüglich der Aufnahme von Prose-lyten, welche dadurch bestehen, dass angesichts der ablehnenden Haltung der Rabbinat des Synagogen-Verbandes und der Neuen Dammtor-Synagoge lediglich das Rabbinat des Tempel-Verbandes sich mit Uebertritten befassen muss. Die Angelegenheit wird erneut den Herren R.-A. David und Dr. Loewenberg zur Besprechung mit den in Gross-Hamburg amtierenden Rabbinen überwiesen.

1 Vgl. das Schreiben des Zentralaussschusses für Hilfe und Aufbau vom 28.8.1934 (Kap. 22.1, Dok. 2).

2 Der Israelitische Tempelverband bestätigte mit Schreiben vom 24. März 1935 die Aufnahme in das Judentum am 4. November 1934.



**Nr. 2**

Der Übertritt zum Judentum als Voraussetzung zur Erteilung eines Auswanderungszertifikats

28. August 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 572, Bl. 107

**ZENTRALAUSSCHUSS FÜR HILFE UND AUFBAU  
BEI DER REICHSVERTRETUNG DER DEUTSCHEN JUDEN**

Charlottenburg 2, den 28.8.34  
Kantstrasse 158

An die  
Beratungsstelle für  
Jüdische Wirtschaftshilfe,  
z. Hd. Herrn Dr. Plaut,  
H a m b u r g 15,  
Beneckestrasse 2.

Sehr verehrter und lieber Herr Dr. Plaut!

Ich möchte Sie heute bitten, in der Angelegenheit Rehfeld, Hamburg, Recherchen anstellen zu wollen. In einem der letzten Schreiben wurde seitens der Beratungsstelle mitgeteilt, dass der Uebertritt der Frau Rehfeld zum Judentum nunmehr in die Wege geleitet ist und hiermit ehestens zu rechnen wäre. Das Palästina-Amt berichtet uns heute, dass vorläufig die Erteilung eines Zertifikates abgelehnt wurde, weil Frau Rehfeld immer noch nicht zum Judentum übertreten könnte. Vielleicht ist es Ihnen möglich, uns den Stand der Angelegenheit mitzuteilen.

Dies dürfte umso wichtiger sein, als Herr Rehfeld sich bereits mehrfach beschwerdeführend an den Zentralausschuss gewandt hat.

Ich danke Ihnen im Voraus für die Erledigung und bin  
mit verbindlichster Empfehlung

Ihr sehr ergebener  
(gez.) Paul Epstein

**Nr. 3**

Die Bedenken des Altonaer Oberrabbinats hinsichtlich der Aufnahme ins Judentum

⟨A⟩ 17. Oktober 1934

⟨B⟩ 7. November 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 572, Bl. 109,

114

⟨A⟩

Oberrabbiner

Dr. CARLEBACH

ALTONA (Elbe) 17. Oktober 1934.

Herrn

Dr. N. M. Nathan

Hamburg

Rothenb. Chaussee 38

Sehr geehrter Herr Doktor!

Bei mir meldet sich ein blindes Ehepaar, Herr S. Lifschitz, Hamburg, Heinskamp 22.; er Jude, sie Nichtjüdin. Die Frau bittet um Aufnahme ins Judentum. Bevor ich meine definitive Entscheidung in dieser Frage treffen kann, gestatte ich mir, Sie um folgende Auskünfte zu bitten:

Ist Herr Lifschitz Mitglied Ihrer Gemeinde? Welchen Ruf hat er? Welche Auskunft geben Sie über seinen Charakter und seine Gesinnung? Ist anzunehmen, daß die Frau bei ihrem Übertritt von irgendwelchen praktischen Erwägungen geleitet wird? (etwa dadurch von der Wohlfahrt der Gemeinde mehr erhalten zu können).

Es wäre mir überhaupt eine Äußerung Ihrerseits sehr willkommen, wie von der Gemeinde aus das Anliegen der Betreffenden beurteilt wird.

Ich verbleibe mit ergebensten Grüßen

Ihr

(gez.) Carlebach

⟨B⟩

7. November 1934.

Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach

Altona

Palmaille 57

Sehr geehrter Herr Oberrabbiner,

In Sachen des Ehepaares S. Lifschitz stehen wir auf dem Standpunkt, dass der Wunsch der Ehefrau, Jüdin zu werden, diktiert wird von dem Wunsche, von der Gemeinde unterstützt zu werden. Wir müssen selbstverständlich die Entscheidung

darüber, ob Sie dem Gesuch der Eheleute L. stattgeben wollen, Ihnen überlassen, bitten Sie aber, sie darauf hinzuweisen, dass sie ihre Position der Fürsorgebehörde gegenüber gewiss nicht verbessern, während wir eine Unterstützungspflicht unsererseits auch nach dem Übertritt nicht anerkennen möchten.

In vorzüglicher Hochachtung  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
(gez.) N[athan]

**Nr. 4**

Über das Abraten von einer Aufnahme in das Judentum nach Erlass der »Nürnberger Gesetze«

⟨A⟩ 16. August 1935

⟨B⟩ 12. Dezember 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 572, Bl. 120, 122

⟨A⟩

Herrn Rabbiner Dr. Italiener  
Brahmsallee 15

16.8.1935.

Herr Emil Abranyi, Eckhofstr. 41 Haus 2 ptr., hat am 15. d.M. seinen Eintritt in unsere Gemeinde erklärt. Er ist mit einer Nichtjüdin verheiratet, die zum Judentum überzutreten wünscht. Sie erwartet in einem Monat ein Kind, das sie, falls es ein Junge sein sollte, beschneiden lassen möchte. Da die Frau nicht mehr in der Lage ist, zu Ihnen zu kommen, geben wir Ihnen anheim, – ohne Sie in Ihrer religiösen Entscheidung beeinflussen zu wollen – die Frau einmal in ihrer Wohnung aufzusuchen.

Herr Abranyi erzählte, dass seine Frau einiges jüdisches Wissen habe; vielleicht ist dies für ihren evtl. Übertritt beachtlich.

Hochachtungsvoll  
Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
(gez.) N[athan]

〈B〉

Hamburg, 12. Dezember 1935.

Herr Emil Abranyi, Eckhofstr. 41 Hs. 2 Erdgesch., den ich vorgeladen hatte, um ihn darauf aufmerksam zu machen, dass mit Rücksicht auf die gegenwärtige Gesetzgebung der Übertritt seiner Frau und seines neugeborenen Sohnes zum Judentum sich nicht empfehle, hat in seinem Pass bereits eintragen lassen, dass seine Frau israelitisch sei; ausserdem hat Herr H. Nathan (anscheinend auf Veranlassung von Herrn Rabb. Dr. Italiener) den Jungen bereits beschnitten.<sup>3</sup>

(gez.) Nathan

## 2.2.2 Die Aufrechterhaltung der Kaschrut: das Schächtwesen

### Nr. 1

Das Hamburger Schächtverbot

〈A〉 20. März 1933

〈B〉 27. März 1933

Staatsarchiv Hamburg, 377-II Schlachthof- und Viehmarktverwaltung, 176, Bl. 77

〈A〉

### AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES SENATS

Herr Staatsrat Heidecker teilt mit, daß nach dem Vorgang Bayerns inzwischen auch von Mecklenburg-Schwerin und anderen norddeutschen Ländern ein Schächtverbot in gesetzlicher Form erlassen worden sei. Bei der Frage, ob sich ein gleiches Vorgehen für Hamburg empfehle, sei vor allem auf den Altonaer Wettbewerb hinzuweisen. Es bedürfe unbedingt einer Verständigung mit Preußen und zum mindesten mit den umliegenden preußischen Gemeindeverwaltungen, um eine Abwanderung der Schlachtungen nach der preußischen Nachbarschaft zu verhüten.

Bei der Erörterung wird die Frage aufgeworfen, ob nicht etwa eine gesetzliche Handhabe zum Erlaß von kommunalen Schächtverboten in irgendwelchen Notverordnungen gegeben sei. – Es würde dann möglich sein, die Angelegenheit für Groß-

3 Emil Abranyi (geb. 18.5.1892 in Győr) flüchtete im November 1938 nach Ungarn. Nach behördlichen Ermittlungen der Nachkriegszeit hat er den Holocaust überlebt. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 5.

Hamburg einheitlich zu regeln, bevor für ganz Preußen die Entscheidung ergangen sei.

Nachdem der Herr Referent noch auf die früheren Verhandlungen mit dem Herrn Oberrabbiner und den relativ großen Umfang der Hamburger Schächtungen aufmerksam gemacht hat, beschließt der Senat, den Herrn Referenten zu ersuchen, zunächst die Zuständigkeitsfrage zu klären und dann auf die Angelegenheit zurückzukommen.

Ausfertigung an die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe, für die Schlachthof- und Viehmarktverwaltung.<sup>4</sup>

Zur Beglaubigung:  
(gez.) Unterschrift

Hamburg, den 20. März 1933.

⟨B⟩

#### Bekanntmachung.

Der Senat hat heute beschlossen, dass das Schächten im Zentralschlachthof in Hamburg mit sofortiger Wirkung untersagt ist.

Letzter Schächttag, demnach Montag, den 27. März 1933.

Hamburg, den 27. März 1933

Schlachthof- und Viehmarktverwaltung.

4 Ein Schächtverbot wurde reichseinheitlich erst durch das Gesetz über das Schlachten von Tieren vom 21. April 1933 (RGBl. I S. 203) nebst einer Durchführungsverordnung vom selben Tage geschaffen. Für Hamburg bestand zuvor kein ausdrückliches Verbot. Dessen war sich der Senat auch bewusst, wie seine hier dokumentierte Beratung vom 20. März 1933 zeigt. In seiner Sitzung am 27. März 1933 beschloss der Senat gleichwohl ein Verbot des Schächtens und überließ es offenbar den nachgeordneten Behörden, hierfür eine Rechtsgrundlage zu finden. Daraufhin ergingen die Bekanntmachung der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe vom 27. März 1933 und die Polizeiverordnung vom 29. März 1933 (Kap. 22.2, Dok. 1 ⟨B⟩ u. 4 ⟨B⟩).

**Nr. 2**

Der SA-Einsatz auf dem Schlachthof zur Verhinderung des Schächtens

24. März 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 568 b, Bl. 82 f.

Aktennotiz.

Betr: Schächtverbot.

Am 24. März 1933 vormittags 10 Uhr rief Herr Gerson Stoppelmann bei mir an und meldete, dass die Schächter auf dem Schlachthof mit vorgehaltenem Revolver am Schächten gehindert worden seien. Herr Stoppelmann bat um Intervention. Fünf Minuten später rief Herr Dr. Zuntz an und bat mich ebenfalls, sofort etwas zu unternehmen. Ich berichtete darauf Herrn Alfred Levy den Vorfall und liess mich und Herrn Dr. Zuntz bei Herrn Dr. Samson anmelden. Herr Dr. Samson veranlasste mich, sofort zu Herrn H. zu gehen und mit diesem als dem zuständigen Sachbearbeiter zu verhandeln. Wir wurden auch sofort empfangen. Ich berichtete über die Lage auf dem Schlachthof und bat um den Schutz der Behörde gegenüber diesen Gewaltmassnahmen. Herr H. vertrat die Ansicht, dass der Vorfall doch nicht so schlimm sei, und dass bereits in den meisten deutschen Ländern ein Schächtverbot bestände. Dem widersprach ich unter Hinweis darauf, dass in Hamburg ein Schächtverbot bislang nicht erlassen sei, und somit das Schächten formell erlaubt wäre. Als Bürger dieser freien Stadt, die wir allezeit unsere Pflicht getreulich erfüllt haben, verlangten wir den vollen Schutz des Staates, von unsern Rechten ungestört Gebrauch machen zu können. Ich wies ihn ferner darauf hin, welche Gefahr es heraufbeschwören heisse, wenn der Staat ruhig solchen Gewaltmassnahmen zusehe. Man fordere den Unternehmungsgeist dieser Leute geradezu heraus, wenn man sie frei gewähren lasse. Und ob es dann für den Staat noch leicht sei, die ungezügelten Elemente zurückzuhalten, sei eine unschwer zu beantwortende Frage. Herr H. erklärte darauf, dass Herr Senator E[.], der für die Entscheidung der Frage letzten Endes zuständig sei, wegen Unpässlichkeit dazu nicht habe Stellung nehmen können. Demgegenüber wies ich darauf hin, dass die S.A.-Abteilung auf dem Schlachthof sich darauf berufen habe, von Herrn E. zu ihrem Vorgehen autorisiert zu sein. Es fand darauf in unserer Gegenwart ein Telefongespräch zwischen H. und E. statt,<sup>5</sup> das zur Freigabe des Schlachthofes für das Schächten führte. Der Schlachthofdirektor wurde von Herrn H. angerufen und erhielt Weisung, für die reibungslose Durchführung des Schächtens Sorge zu tragen und uns zu empfangen. Dr. Zuntz

5 Die in der Notiz verwandten Namenskürzel stehen für Staatsrat Hugo Heidecker (1868-1953), der bereits am 14. Mai 1933 in den Ruhestand versetzt wurde (»H«) und für Diedrich Windeler Engelken (1882-1957), der seit dem 8. März 1933 Senator für die NSDAP, zuständig für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, war und am 20. Juli 1933 entlassen wurde (»E«).

und ich fuhren darauf zum Synagogenverband, wo die Schächter warteten, und nahmen diese mit zum Schlachthof. Ich sprach sofort beim Schlachthofdirektor Stoll vor, der uns aber nicht vorlassen wollte. Ich ging darauf in sein Zimmer und erklärte ihm, dass meine Angelegenheit so wichtig sei, dass ich nicht bis zur nächsten offiziellen Sprechstunde warten könnte. Ich verwies auf die Anordnung und die Unterredung mit Herrn H. und E. Er versprach mir dann auch, um die ordnungsmässige Abwicklung besorgt zu sein. Am schwarzen Brett des Direktionsgebäudes wurde ein Anschlag gemacht, dessen Text folgendermassen lautete: »Das Schächten auf dem Hamburger Schlachthof ist bis zur reichsgesetzlichen Regelung für den Hamburger Bedarf erlaubt. Das Schächten für den Versand ist verboten.« Es wurde daraufhin sofort mit dem Schächten begonnen, ohne dass sich irgendwelche nennenswerten Störungen ereigneten.

Auch am Montag darauf konnte ungehindert geschächtet werden.

Hamburg, den 3. April 1933.

Dr. P[laut]/Sch

### Nr. 3

Senator Diedrich Engelken spricht sich gegen den SA-Einsatz aus

27. März 1933

Staatsarchiv Hamburg, 614-2/5 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (und ihre Gliederungen), B 202

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Abteilung: Gauleitung GI

Hamburg I, den 27. März 1933

An die

SA Untergruppe HG.,

H a m b u r g .

Moorweidenstr. 10

Der Pg. Senator Engelken teilt mir heute über die Bürgerschaftsfraktion mit, dass am 24.3. vormittags durch mehrere SA-Männer auf dem Schlachthof gewaltsam das Schächten der Tiere verhindert worden sei. Da die Namen der Beteiligten nicht festzustellen sind, ist ein Einschreiten gegen die Einzelnen nicht möglich. Ich bitte aber, alle SA-Formationen nochmals auf den Erlass Adolf Hitlers, wonach Einzelaktionen strengstens untersagt sind, hinzuweisen.

Heil Hitler!

(gez.) Unterschrift [Harry Henningsen]

stellv. Gauleiter u.

Gau-Inspekteur

**Nr. 4**

Das Hamburgische Schächtverbot

⟨A⟩ 27. März 1933

⟨B⟩ 29. März 1933

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 1933, S. 57 f., 61 f.

⟨A⟩

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 28.3.1933, Nr. 18, S. 57 f.

Bekanntmachungen der Behörden.

Bekanntmachung betreffend das Verbot des Schächtens.

Auf Grund von § 9 des Gesetzes über den Aufbau der Verwaltung vom 19. November 1926 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 751) wird bestimmt: Das Schächten auf dem Schlachthof ist verboten. Anträge auf Bewilligung von Ausnahmen von dem Verbot für besondere Fälle sind an die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe zu richten.

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 28. März 1933 in Kraft.

Hamburg, den 27. März 1933

Die Deputation

für Handel, Schiffahrt und Gewerbe

⟨B⟩

Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 30.3.1933, Nr. 20, S. 61 f.

Bekanntmachungen der Behörden

Polizeiverordnung

betreffend

das Verbot des Schächtens

Auf Grund des § 3 des Gesetzes betreffend die Ausdehnung der Schlachtvieh- und Fleischschau auf die Hausschlachtungen im Landgebiet sowie die polizeiliche Regelung des Schlachtverfahrens daselbst, vom 29. November 1909 (Amtsblatt Seite 719)[,] wird für das Landgebiet sowie die Anschlußgebiete im Sinne der Gesetze betreffend den Anschluß einzelner Teile des Landgebiets an die Stadt Hamburg vom 23. Dezember 1912, 10. September 1919 und 3. Oktober 1923 (Amtsblatt 1912 Seite 1085, 1919 Seite 1555 und Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1923 Seite 1189) folgendes verordnet:



## § 1

Das Schlachten nach jüdischem Ritus (Schächten) ist verboten.

Der § 4 der Polizeiverordnung der Landherrenschaften, betreffend das Verfahren beim Schlachten, vom 1. August 1910 (Amtsblatt Seite 541) wird aufgehoben.

## § 2

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM oder entsprechender Haft bestraft.

Hamburg, den 29. März 1933

Die Polizeibehörde

**Nr. 5**

Die Sonderkommission der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten: erste organisatorische Maßnahmen nach Erlass des Reichsschächtverbots

4. Mai 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 568 b, Bl. 92-94

REICHSZENTRALE  
SONDERKOMMISSION  
R II

Berlin, den 4. Mai 1933.  
N 24, Artilleriestr. 31

Im Anschluß an das den Gemeinden unter dem 25. April d.J. zugegangene Rundschreiben bringen wir Nachstehendes zur Kenntnis.

[...]

Organisation der Fleischversorgung.

Wie bereits mitgeteilt, stehen 3 Zentralstellen zur Beratung und Versorgung der Gemeinden zur Verfügung. Diese 3 neutralen Stellen sind von den zuständigen Landesverbänden bzw. den betreffenden Großgemeinden durch paritätische Entsendung von Vertretern zusammengesetzt und mit der Versorgungsorganisation betraut. Wir wiederholen nochmals die 3 Stellen:

Für Süddeutschland (Bayern, Baden, Württemberg) ist zuständig die »Beratungsstelle für Fleischversorgung beim Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden« in München, Herzog-Max-Str. 7,

für Mitteldeutschland (Hessen, Rheinland und die Rabbinatsbezirke Hanau und Fulda) die »Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums« in Frankfurt a.M., Reineigrabenstr. 10,

für Norddeutschland die unterzeichnete »Sonderkommission der Reichszentrale« in Berlin N 24, Artilleriestr. 31.

Zur Erleichterung des Verkehrs mit den Einzelgemeinden bitten wir die Vorstände derjenigen Gemeinden, an deren Sitz sich ein Rabbinat befindet, die Vermittlung zwischen den Gemeinden ihres Bezirkes und der zuständigen Zentralstelle in die Hand zu nehmen. Diese Bezirksstellen werden gebeten, von den Einzelgemeinden ihres Versorgungsgebiets den wöchentlichen Bedarf festzustellen und denselben in Form fester Bestellung der zuständigen Zentralstelle aufzugeben.

Fernerhin werden die Bezirksstellen ersucht, der unterzeichneten Reichszentrale bis Freitag, den 12. Mai, ihre Adressen anzugeben und Bericht zu erstatten.

Für Ostpreußen wurde uns bereits als Bezirksstelle angegeben:

Dr. D. Ochs, – Königsberg/Pr., Börsenstr. 2/3.

Eine straffe Organisation bei dem Bezug von Fleisch ist im Interesse der Gemeinden selbst gelegen, um nicht neben anderen Risiken auch eine Preisübersteigerung herbeizuführen. Die 3 Zentralstellen sind deshalb bereit, die bei ihnen einlaufenden Aufträge zu sammeln und das angeforderte Quantum für die Auftraggeber zu bestellen.

#### Versorgungsmöglichkeiten.

An Frischfleisch konnten bisher lediglich aus Dänemark einige Probesendungen eingeführt werden. Das Fleisch wurde an der Grenzstation verzollt, dortselbst der tierärztlichen Fleischschau unterzogen und dann an die einzelnen Empfänger direkt versandt.

Als Preise haben sich bei den bisherigen Sendungen ergeben pro Pfund Frischfleisch einschließlich Knochen im Einkauf für den Fleischer M 1,25 bis 1,30 franko deutscher Station. Die inneren Organe müssen zum gleichen Preis mit übernommen werden.

Geflügel wurde in Kisten zu je 10 Stück, die je ein Durchschnittsgewicht von etwa 3 ½ Pfund aufweisen, aus Holland bezogen. Der Preis stellte sich auf 0,90 M im Einkauf für den Fleischer bei Bezug ganzer Waggons. Bei geringerem Bedarf wird sich der Preis auf 0,95 bis 1.– M pro Pfund frachtfrei nord- oder mitteldeutscher Station stellen.

Schieres Pökelfleisch haben wir zum Preis von 1,55 M franko Berlin eingekauft. Die Einfuhrgenehmigung hierfür steht noch aus.

Voraussetzung für die Durchführung der Versorgung ist natürlich, daß die generellen Importbestimmungen auch in Zukunft die gleichen bleiben wie bisher.

Sonderkommission der Reichszentrale  
Freirich                      Schoyer

**Nr. 6**

Die Vorbehalte des Synagogenverbandes wegen der Monopolisierung der Koscherfleischeinfuhr

22. Juni 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 568 b, Bl. 104f.

Notiz für Herrn Direktor Engel.<sup>6</sup>

Gestern Abend nach Schluss der Repräsentantensitzung wurde ich von Herrn Alexander Levy, Herrn Samson Goldschmidt und Herrn Raphael Bachrach in folgenden 2 Angelegenheiten interpelliert mit der Bitte, Ihnen davon umgehend Kenntnis zu geben, und Sie zu ersuchen, diese beiden Angelegenheiten bei der nächsten Sitzung der Reichsvertretung zu vertreten:

[...]

Schächtfrage. Die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten, die schon mehrere Jahre besteht, und deren Aufgabe es ist, die mit dem Schächten zusammenhängenden Probleme zu lösen, ist durch das Schächtverbot etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Anstatt sich ausschliesslich mit der heute allein noch interessierenden Frage zu beschäftigen, ein geeignetes Betäubungsverfahren zu finden, zieht es die Zentrale für Schächtangelegenheiten vor, sich mit kaufmännischen Dingen zu befassen. Es ist in Berlin folgender Plan von der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten aufgestellt worden:

Das ganze Reich soll in 4 Teile aufgeteilt werden: Nordmark, Osten, Süden und Westen. Diese 4 Teile sollen durch Importware beliefert werden; der Süden durch Oesterreich, der Osten durch Litauen, der Westen durch Holland und der Norden durch Dänemark. Das ist im Augenblick unmöglich. Die oesterreichische Einfuhr ist verboten. Bei der litauischen Einfuhr sind erhebliche Schwierigkeiten (seit Wochen lagern viele hundert Zentner Rauchfleisch an der Grenze). Die Ware aus Holland ist zu teuer, sodass für den Gesamtimport nur Dänemark übrig bleibt. In Dänemark ist die ganze Schächtkontrolle regierungsseitig dem Rabbinat in Kopenhagen übertragen worden. Bis jetzt ist die Sache so gehandhabt worden, dass die grossen Gemeinden ihre Schächter dorthin geschickt haben, die das von den Importeuren aufgekaufte Vieh geschächtet haben. Die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten will mit der Kopenhagener Gemeinde ein Abkommen dahingehend treffen, dass künftig nur die ihr unterstellten Schächter schächten dürfen, und dass der ganze Fleischimport durch die Bücher der Reichszentrale läuft. Sie will eine Abgabe von 12 RM pro Stck. erheben.

6 Martin Engel kandidierte 1925 zu den Wahlen zum Repräsentanten-Kollegium der Gemeinde für die Liste 3, deren Kandidaten sich als religiös liberal verstanden. Er gehörte dem Israelitischen Tempelverband an. Vgl. Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. I, S. 199, 214, 235, 662, 665, 694, 742.

Gegen dieses Verfahren erhebt der Synagogenverband schärfsten Protest. Die Hamburger Importeure und Schächter stehen auf dem Standpunkt, dass es nicht Sache der Reichszentrale sei, sich mit kaufmännischen Fragen zu befassen. Der Fleischbedarf in den verschiedenen Städten sei verschieden. Es müsse den Hamburger Einkäufern überlassen sein, das Fleisch zu kaufen, das am Hamburger Platz den besten Absatz findet. Der Synagogenverband seinerseits kann nur die Aufsicht über seine Schächter übernehmen und den Verkauf von Koscher-Fleisch in Hamburg zulassen, das von der Hamburger Schechito stammt. Das erklärt sich daraus, dass in Hamburg auf Grund früherer Verträge nach portugiesischem Ritus geschächtet wird.

Sie werden ersucht, in Berlin diese Fragen anzusprechen und darauf hinzuwirken, dass der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten in der Bearbeitung dieser Fragen keine freie Hand gelassen wird. M.E. ist der vom Vorstand des Synagogenverbandes vertretene Standpunkt voll anzuerkennen. Abgesehen von der ausserordentlich hohen Verbrauchssteuer, die die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten ohne jeden Grund erhebt, kann es auch nicht den Gesamtinteressen des kaufenden Publikums dienlich sein, wenn eine einzige Firma den Import in Händen hat und von sich aus Monopolpreise für das ganze Reich festsetzen kann.

Hamburg, den 22. Juni 1933.

Dr. P[laut]/Sch

**Nr. 7**

Die Zustimmung des Oberrabbinats Altona zur Zentralisierung des Schächtwesens

10. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61

Oberrabbinat  
Altona.

Altona (Elbe), den 10. Juli 1933.  
Palmaille 57.

An den löblichen Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde,  
A l t o n a  
Breitestr. 15

Sehr geehrte Herren!

Ich übersende Ihnen den einliegenden Brief der Berliner Reichszentrale, die beabsichtigt, nachdem der Fleischimport nach Deutschland Schwierigkeiten nicht mehr erfährt, für das gesamte Reich die Schächtungen in Dänemark zu zentralisieren und zu organisieren. Sie erhebt einen Anspruch darauf, an allen Schächtungen

ihrerseits beteiligt zu sein, da sie alle die mit den Schächtfragen in Verbindung stehenden Probleme des deutschen Judentums selbständig erledigt.<sup>7</sup>

Ich persönlich halte die Forderung für berechtigt, falls sie wirklich gleichmäßig für ganz Deutschland und für alle schächtenden Gemeinden durchgeführt wird. Das, glaube ich aber, ist noch nicht der Fall; vor allen Dingen höre ich, daß Hamburg sich weigert, dieser allgemeinen Regelung zu folgen. Ich würde Sie daher bitten, die Zustimmung der Altonaer Gemeinde unter folgenden Bedingungen der Reichszentrale geben zu dürfen:

- 1.) daß sämtliche an der Schächtung beteiligten Gemeinden dieselbe Regelung als für sich verbindlich annehmen.
- 2.) daß keiner von den zugelassenen Schächtern anders als auf Grund eines Bonschächten darf, daß mit anderen Worten die noch immer üblichen Privatschächtigungen der Frankfurter und Hamburger Schächter unterbleiben, wodurch unbeeinträchtigt eine Bevorzugung bestimmter Importeure entsteht.

Ihrer baldigen Antwort entgegengehend,

ergebenst  
(gez.) Dr. Carlebach

## Nr. 8

Die Reichszentrale für das Schächtwesen: das Krisenpapier 1934

17. Januar 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 215, Bl. 311-319

### Reichszentrale für Schächtangelegenheiten

BERLIN N 24

Artilleriestr. 31

#### PROTOKOLL

über die von der Reichszentrale für den 14. Januar 1934  
einberufene Gemeindegemeinschaft.

<sup>7</sup> Die Reichszentrale für das Schächtwesen hatte mit Schreiben vom 27. Juni 1933 ein Abrechnungsverfahren für den zentralen Import vorgeschlagen. Vorgesehen war, durch einen Aufschlag auf den Verkaufspreis die Kosten der Reichszentrale mit abzudecken. Das Altonaer Oberrabbinat stimmte einer Zentralisierung zu. Demgegenüber sprach sich der Hamburger Synagogenverband gegen eine Monopolisierung der Koscherfleißeinfuhr aus; er fand darin die Unterstützung des Vorstandes der DIG. Vgl. die Niederschrift der Sitzung des Vorstands vom 30.8.1933, StAHH, 522-1 Jüdische Gemeinden, 297 Bd. 21, S. 528. Die 1917 von Dr. Hirsch Hildesheimer gegründete Reichszentrale (Berlin) wurde seit 1933 von Rabbiner Dr. Esra Munk (1867-1940) geleitet.

Der Vorsitzende der Sonderkommission, Herr A. Schoyer, eröffnet um 10 ¼ Uhr die Sitzung und begrüßt die vollzählig erschienenen Delegierten der eingeladenen 6 Gemeinden.

Anwesend sind die Herren

P. Möller		für die	Hochd. Isr.-Gemeinde Altona
Ehrenreich und	)	" "	Jüdische Gemeinde Berlin
A. Schoyer	)		
Dr. M. Auerbach		" "	Adass Jisroel Berlin
W. Mainz		" "	Israelitische Gemeinde Frankfurt/M.
Dr. S. Bamberger		" "	Isr. Relig.-Gesellschaft Frankfurt/M.
Dr. H. Zuntz und	)	"	den D.-Isr. Synagogen-Verband Hamburg.
S. Goldschmidt	)		
H. Freirich	)		
Rabb. Dr. Jakobovits	)		
A. Marcus	)	für die	Sonderkommission.
Dr. M. Munk	)		
F. Struck	)		
Rabb. Dr. E. Munk	)		
(zeitweise)			

Entschuldigt sind Herr Rabb. Dr. Freimann-Berlin und die Münchener Beratungsstelle.

Herr Schoyer gibt in großen Zügen einen Überblick über die Entstehung der Reichszentrale und der Sonderkommission, die ihr offizielles Mandat auch von der Reichsvertretung erhalten haben. Im Vordergrund der Erörterungen dieser Konferenz stände die seit Monaten von der Reichszentrale angestrebte Herbeiführung eines einheitlichen Vorgehens der beteiligten Großgemeinden. Die Vorarbeiten für die Gestaltung eines von den Behörden anerkannten Imports aus dem Ausland sind noch vor Erlaß des Verbotes in Angriff genommen worden. Außer dieser Frage ist von der Reichszentrale noch eine Fülle anderweitiger Arbeiten zu leisten gewesen, die miteinander in organischem Zusammenhang stehen und nicht von dem eigentlichen Arbeitsgebiet der Sonderkommission getrennt werden können. Um die Fortsetzung der Arbeiten auch in finanzieller Beziehung zu ermöglichen, ist ein gemeinsames Vorgehen der Gemeinden erforderlich.

Munk j.[unior] erteilt hierauf einen eingehenden Tätigkeitsbericht über die seit Inkrafttreten des Reichsschächtverbots ausgeführten Aktionen. Noch vor dessen Erlaß wurden von der Reichszentrale durch systematische Statistiken die Wirtschaftsschäden errechnet, die für die Landwirtschaft usw. entstehen würden. Neben einer Reihe von Eingaben an die verschiedenen Instanzen wurden auch die Wirtschaftsschäden den interessierten Kreisen rechtzeitig zur Kenntnis gebracht. Zur Aufhebung des in Baden erlassenen und für das ganze Reich beantragten Importverbotes wurden bei den Behörden Vorstellungen unternommen. Verhandlungen

über die Bestimmungen betreffend Devisen, Fleischbeschau, Zoll, Transportmöglichkeiten etc. wurden geführt, um beizeiten die Einfuhr zu realisieren. Angebote wurden aus Litauen, Holland, Italien, CSR., Jugoslawien, Rumänien und anderen Ländern eingeholt und im einzelnen genau geprüft. Aus den verschiedensten Gründen kam die Verwirklichung keines dieser Projekte in Betracht und mußte die Versorgung lediglich auf Dänemark beschränkt bleiben. Zwecks deren Durchführung fanden in Kopenhagen Beratungen über die Lokalisierung der Schechita und die Regelung des Schächterwesens statt. Deren Anzahl mußte beschränkt werden, wozu wiederum Auseinandersetzungen mit den Großgemeinden des Reiches erforderlich wurden. Man verblieb schließlich dabei, daß lediglich durch Schochtim der 6 Gemeinden in Altona, Berlin, Frankfurt und Hamburg die gesamte Schechita ausgeführt werde. [...]

#### Gebührenabgabe.

Hieran schließt sich die Diskussion über das neue Arbeitsprogramm.

Herr Freirich u. Marcus erklären den Aufbau des neuen Systems, durch welches in erster Linie eine stärkere Sicherung des Kaschruth und die Erhaltung der Zentrale ermöglicht werden soll. An der ursprünglich geplanten Form der Kontrolle und Gebühreneinziehung mittels Bons brauche nicht unbedingt festgehalten zu werden, wenn Bedenken hiergegen bestehen und das System in anderer Weise sich ebenso durchführen läßt. Dies kann dadurch geschehen, daß die Importeure wöchentlich genaue Versandlisten ausstellen, welche die Adressen der Bezieher und die genaue Stückzahl der koscher geschächteten Tiere nach Großvieh und Kleinvieh geordnet enthalten. Auf Grund dieser kann die Abrechnung seitens der Gemeinden mit der Reichszentrale vorgenommen werden. Geplant ist, daß von den 6 Gemeinden die bisherige Schächtgebühr von Mk. 5.– durch gemeinsamen Beschluß auf Mk. 6,50 erhöht wird, von denen Mk. 1,50 der Reichszentrale zufließen. Aus diesen Abgaben könne der Etat zum größeren Teil gedeckt werden.

[...]

Bei sämtlichen Anwesenden herrscht Übereinstimmung, daß die geplante Form der Mehrgebühr von Mk. 1,50 pro Stück (2 Viertel) Großvieh und Mk. 0,50 pro Kalb(-sgestell) berechtigt und durchführbar ist. Sämtliche anwesenden Delegierte stimmen für die Einführung dieses Systems.

[...]

#### Sicherung des Kaschruth.

Schoyer: Nach dem heutigen System ist es z.T. noch möglich, daß direkt bei den Importeuren auch solche Firmen aus dem Reich unkontrolliert Bestellungen aufgeben, die keiner Rabbinatsaufsicht unterstehen oder gleichzeitig in ihren Geschäften nichtkoscheres Fleisch, sei es betäubtes, sei es direkt trefo geschlachtetes, verkaufen. Es ist zu erwägen, durch welche Maßnahmen diesem Verfahren, das zu einer Gefährdung des Kaschruth führt, ein Riegel vorgeschoben werden kann. Vorgeschlagen wird, daß

1. durch gemeinsamen Beschluß der 6 Gemeinden an die Importeure die Forderung gestellt wird, an solche Geschäfte, die zweierlei Fleisch verkaufen, dänische Waren überhaupt nicht zu liefern,
2. darüber hinausgehend evtl. nur an solche Geschäfte zu liefern, die von den Rabbinaten als zuverlässig bzw. unter Aufsicht stehend bezeichnet werden;
3. ein Weg gefunden werde, durch den verhindert wird, daß die Zwischenhändler, also die Fleischereien der größeren Städte, an solche Firmen (jüdische und nichtjüdische) in der Provinz Ware weiterleiten, in denen keine ordnungsgemäße Kontrolle gewährleistet ist.

In der Diskussion herrscht Übereinstimmung darüber, daß die Maßnahmen selbstverständlich nicht dazu beitragen dürfen, den auf Koscherfleisch reflektierenden Interessenten den Bezug zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Auf der andern Seite müßte vermieden werden, daß unter der Bezeichnung des koscheren dänischen Fleisches auch Fleisch anderen Ursprungs zum teuren Preis zum Verkauf gelangt. [...]

#### Schächterwesen.

Schoyer: Die Begrenzung der Schochtimzahl ist auch weiterhin strikt durchzuführen.

Zur Frage des Herrn Ehrenreich, ob nicht eine noch weitere Verringerung der Schochtim durch Zusammenlegung der Schechita und somit auch eine Spesenherabsetzung herbeigeführt werden könne, erklären

Dr. Bamberger und Mainz, daß dies nach der Lage der Dinge nicht durchführbar sei und man es beim status quo belassen möge.

[...]

Im Falle der Behinderung eines Schauchet sollen andere dem Rabbinat genehme Schochtim aushilfsweise zur Verfügung stehen, ohne daß nun die Gemeinde des vertretenden Schauchet für die vorübergehende Amtstätigkeit die entsprechenden Gebühren zu beanspruchen hat.

Schoyer: Ebenso selbstverständlich wie der letzte Punkt, über den Einstimmigkeit herrscht, sei ein einheitliches Vorgehen der Gemeinden in den Fällen erforderlich, in welchen ein Schauchet seitens des Importeurs zurückgewiesen wird. Mehrmals sind schon bestimmte Schochtim aus undurchsichtigen Gründen von Importeuren, sogar mitten in der Arbeitszeit, abgelehnt worden. Bei einem solchen Vorgehen müßten die Schochtim der anderen Gemeinden von diesen die strikte Anweisung erhalten, ihrerseits für den abgewiesenen Kollegen nicht einspringen zu dürfen.

[...]

Munk j.[unior] Zwecks Überprüfung des Kaschruth bei der weiteren Abwicklung werde eine spezielle Beaufsichtigung für notwendig gehalten. Ohne hiermit die Zuverlässigkeit auch nur eines der Schochtim im geringsten in Zweifel zu stellen, sei es nach Lage der Dinge für diese technisch äußerst schwer, den gesamten Vorgang nach Ausführung der Schechito und Bediko, nämlich die genaue Plombierung, noch dazu an mehreren Stellen, die Überwachung beim Ein- und Ausladen der Viertel, der Fleischbeschau an der Grenze, das Begießen, die Ausstellung der Hechscherim usw., alles in



einem verhältnismäßig kurz zusammengedrängten Zeitraum gewissenhaft auszuführen. Nicht zwecks halachischer Überprüfung der Schechita selbst – das bleibt natürlich Angelegenheit des jeweiligen Rabinats –, sondern der weiteren Abwicklung müßte zumindest zeitweise von außen her eine Kontrolle ausgeübt werden.

Goldschmidt hält dies nicht für erforderlich, da es für Hamburg jetzt genau so gehandhabt werde wie früher.

[...]

Dr. Jakobovits hält sogar die feste Anstellung einer rabbinischen Aufsichtsperson für sehr dringlich, die nach Ansicht von Dr. Zuntz und Schoyer natürlich nur mit Zustimmung von Dr. Friediger gegebenenfalls vorgenommen werden müßte. Man verbleibt dabei, die Ausführung dieses Vorschlages den Rabinaten zur gemeinsamen Entschließung anheimzustellen.

[...]

Im Jahre 1932 wurden an ca. 900 Gemeinden Subventionsgesuche gerichtet, von denen etwa 350 Gemeinden insgesamt ca. Mk. 7000.– beisteuerten. Auf das im Frühjahr 1933 vor Erlaß des Reichsschächtverbots an ca. 500 Gemeinden ergangene Subventionsgesuch reagierten nur 60 Gemeinden mit zus. ca. 1300.– Mk, während auf das im November 1933 nochmals ergangene Gesuch nur 45 Gemeinden mit zusammen Mk. 720.– sich beteiligten. Aussichten, durch die einzelnen Gemeinden wie in früheren Jahren auch nur einen Bruchteil des Etats zu decken, bestehen somit kaum noch.

[...]

#### Organisatori Palmaille 57. sches.

Schoyer: In Anbetracht des nunmehrigen Anschlusses der beteiligten 6 Großgemeinden und des von ihnen mit der Reichszentrale geschlossenen fair-play-Abkommens über einheitliches und solidarisches Vorgehen in allen die Schächtfrage und Einfuhr betreffenden Angelegenheiten wird eine Neukonstituierung der »Sonderkommission« vorgenommen. Es wird vorgeschlagen, daß für die 6 Gemeinden je 1 Vertreter, möglichst der Vorsitzende, in die Sonderkommission delegiert wird, also die Herren Dr. Auerbach, Dr. Bamberger, Mainz, Möller, Schoyer, Dr. Zuntz.

Die auswärtigen Teilnehmer sollen in Abständen zu gemeinsamer Konferenz und gegenseitigem Gedankenaustausch eingeladen werden und zwischendurch, soweit möglich, durch regelmäßige Berichte über die schwebenden Aktionen auf dem laufenden gehalten werden. Zur Erledigung der Angelegenheiten werden die Berliner Herren der Sonderkommission als »Arbeitsausschuß« bevollmächtigt.

[...]

Herr Schoyer dankt den Teilnehmern für ihr Erscheinen und die rege Mitarbeit während der nahezu 8-stündigen Konferenz, die eine Klärung der Angelegenheiten und eine Fülle von Anregungen gebracht habe, deren Ausführung zum Teil in Gemeinschaft mit den Rabinanten die Reichszentrale übernommen habe. Er begrüßt es außerordentlich, daß nach den monatelangen Bemühungen der Reichszentrale nun endlich die Solidarität zwischen den Gemeinden herbeigeführt werden konnte. Berlin, den 17. Januar 1934.

**Nr. 9**

Der Ausschluss der Schächter aus der Fleischerei-Berufsgenossenschaft

12. März 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 165 Bd. 41

[Kommission für die Haupt- und Kassenverwaltung]

12. März 34.

An die  
Gemeinschaftlichen Kollegien  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde,  
Altona.

In der Anlage überreichen wir den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1934/35 und berichten wie folgt:

[...]

Assekuranzen: Die Aufruhrschädenversicherung f.d. Synagoge und das Büro ist nicht erneuert worden. Unfallversicherung für die beiden Schächter: Die Ausgabe von Rm. 286.70 ist notwendig, da die Schächter der Fleischerei-Berufsgenossenschaft nicht mehr angehören können.

[...]

Der Vorsitzende

**Nr. 10**

Die dänische Arbeitserlaubnis für deutsche Schächter

2. September 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 215, Bl. 230

Reichszentrale  
für  
Schächtangelegenheiten

Berlin N 24, den 2. September 1934.  
Artilleriestr. 31

Stempel: Jetzt  
Berlin NW 87  
Siegmundshof 15  
Telefon: C 9 - 9415

An die Vorstände  
der Israelitischen Gemeinden  
zu  
Altona, Berlin, Frankfurt/M., Hamburg

ml/S/en.

Sehr geehrte Herren!

Aus Kopenhagen wird uns gemeldet, daß entsprechend unserem Antrag eine einheitliche Regelung für die Erteilung der Einreise- und Arbeitserlaubnis nunmehr vorgesehen worden ist. Seitens des dänischen Ministeriums wurde die Anweisung gegeben, daß die augenblicklich in Dänemark befindlichen Schächter Einreise- und Arbeitserlaubnis bis zum 1. Dezember 1934 erhalten, um in den Orten Hadersleben, Apenrade, Colding und Ejyberg [Esbjerg] zu schächten. Als Bedingung wurde für Ausländer das Vorhandensein eines Rückreisevisums nach Deutschland gestellt. Genannt sind in der Anweisung des Ministeriums die Schächter Bernstein, Farkas, Goldberg, Kurzweil, Lieber, Ossowski, Redlich, Versicherter, Wisanski[y], Wolfsohn. Die Konsulate haben entsprechende Anweisung bekommen. Einige Wochen vor Ablauf des für alle Schächter einheitlich bestimmten Termins wird seitens der Reichszentrale ein Verlängerungsantrag eingebracht, und bitten wir, rechtzeitig etwaige Abänderungswünsche uns zur Kenntnis zu bringen.<sup>8</sup>

Wir übersenden gleichzeitig den statistischen Fragebogen für den Monat August mit der freundlichen Bitte um Ausfüllung und Rücksendung.

Hochachtungsvoll  
Reichszentrale für Schächtangelegenheiten  
(gez.) Unterschrift

#### Nr. 11

Die devisenrechtlichen Beschränkungen für den Koscherfleischimport

9. April 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 215

Reichszentrale für Schächtangelegenheiten

Berlin, den 9. April 1935  
Jetzt: NW 87, Siegmundshof 15.

An  
die Vorstände  
der Jüdischen Gemeinden!

8 Sechs deutsche jüdische Gemeinden entsandten zehn Schächter nach Dänemark. Für die Alto-naer Gemeinde waren Leopold Bernstein (Danziger Staatsangehöriger) und Albert Wisansky (polnischer Staatsangehöriger) tätig, die überwiegend in Hadersleben schächtetten. Die für Hamburg tätigen Schächter Lazar Redlich und Lieber arbeiteten überwiegend in Esbjerg.

Sehr geehrte Herren!

Als Ergebnis der von uns geführten Verhandlungen teilen wir Ihnen folgendes mit. Das für das erste Quartal 1935 erteilte Devisen-Kontingent war von einigen Importeuren überschritten worden, so daß für die folgenden Quartale seitens der Regierung eine erhebliche Kürzung in der Devisenzuteilung vorgenommen werden mußte. Wir sind in dieser Angelegenheit vorstellig geworden und haben auf die katastrophalen Auswirkungen verwiesen, die eine weitere Kürzung für die jüdische Abnehmerschaft und insbesondere den Betrieb in den Institutionen hervorrufen würde. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die von einzelnen Importeuren geübte Preispolitik einer Erörterung unterzogen. Nach Abschluß der Verhandlungen können wir nunmehr mitteilen, daß für das 2. Quartal 1935 das Devisenkongent in voller Höhe, dem Bedarf entsprechend, freigegeben worden ist. Alle von den Importeuren in Umlauf gebrachten anderslautenden Berichte sind hiermit überholt.

Unsere Bemühungen, die Preise zu senken, waren, wie im vorigen Rundbericht schon mitgeteilt, bereits von Erfolg gekrönt. Wir stehen auch diesbezüglich noch in weiterer Verhandlung.

Der von uns unterbreitete Vorschlag, anlässlich des Peßachfestes eine vorerst einmalige Verbilligungsaktion von Gemeindewegen durchzuführen, ist von einem größeren Teil der aufgeforderten Gemeinden aufgegriffen worden. Wir wiederholen hiermit nochmals unser Anheimstellen, daß in den einzelnen Gemeinden unterschiedslos für sämtliche Abnehmer eine Verbilligung des Fleisches herbeigeführt werde, und bitten die Vorstände derjenigen Gemeinden, die sich hierzu noch nicht entschlossen haben, rechtzeitig vor dem Peßachfest Entsprechendes zu veranlassen.

Unter Bezugnahme auf unser Schreiben vom 24. Dezember v. J. bitten wir, unsere Maßnahmen durch Beisteuerung von Subvention fördern zu wollen. Die laufend erhobenen Schächtgebühren reichen zur Deckung des Etats bei weitem nicht aus. Insbesondere die in jüngster Zeit zwecks Abwicklung des Imports und Verbilligung notwendig gewordenen Aktionen beanspruchen größere Mittel, deren Beibringung Pflicht der einzelnen Gemeinden ist.

Wir bitten, vom Inhalt der ersten Absätze dieses Schreibens den dortigen Metzgereien Kenntnis zu geben.

In vorzüglicher Hochachtung  
REICHSZENTRALE FÜR SCHÄCHTANGELEGENHEITEN  
Munk                    Schoyer

**Nr. 12**

Die Hamburger Liste der für den Verkauf von koscherem Fleisch zugelassenen Händler

April 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 4 vom 11.4.1935,

S. 10

In gegebener Veranlassung macht das Oberrabbinat des Synagogen-Verbandes wiederholt mit aller Dringlichkeit darauf aufmerksam, daß nur die in den Läden der folgenden, unter seiner Aufsicht stehenden Händler:

David, Israel & Pfifferling,	Hallerstraße 2,
H. Kugelmann & N. Reich,	Grindelallee 178,
Gerson Stoppelman,	Dillstraße 6,
Gustav & Willi Stoppelman,	Heinrich-Barth-Str. 4,
D. Flußberg,	Rutschbahn 4,
P. Gelber,	Rutschbahn 21,
Jacob Herz,	Grindelallee 178,
I. Tugendhaft,	Rappstraße 2,

feilgehaltenen Fleisch- und Geflügelwaren nach der Vorschrift des Religionsgesetzes koscher sind.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß sogenanntes neukoscheres Fleisch und Geflügel den Kaschruth-Vorschriften des Religionsgesetzes widerspricht.

**Nr. 13**

Die Folgen des Ausbleibens gemeindlicher Schächtgebühren

17. März 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 57

VORSTAND DER ISRAELITISCHEN GEMEINDE

FRANKFURT A.M., den 17. März 1936.

FAHRGASSE 146

An den

Vorstand der Hochdeutschen Israelitischen Gemeinde, Altona

Breitestrasse 15

Altona

Die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten ist mit Schreiben vom 5. März 1936 an uns mit dem Ersuchen herangetreten, ihr einen Ausnahmebeitrag zu bewilligen. Sie weist darauf hin, dass durch das Ausbleiben der Schächtgebühren die Einnahmequellen der Reichszentrale fast völlig erschöpft seien, dass aber weitgehende Aktionen gerade in den nächsten Monaten durchgeführt werden müssten, um die Herbeiführung einer Fleischversorgung mit Erfolg zum Abschluss zu bringen. Diese Aktionen seien kostspielig und infolgedessen sehe sich die Reichszentrale gezwungen, in diesem Notstadium an die in erster Linie an der Fleischversorgung interessierten Gemeinden heranzutreten, um einen Ausnahmebeitrag zu erhalten.

Der von uns geforderte Betrag von RM 1.000.– erscheint uns im Vergleich zu der augenblicklich im ganzen benötigten Summe sehr hoch zu sein. Wir haben vorläufig lediglich eine Summe von RM 250.– bewilligt und bitten, ehe wir weitere Beschlüsse in der Sache fassen, um gefl. Mitteilung, welche Summe als Ausnahmebeitrag von Ihrer Gemeinde der Reichszentrale bewilligt worden ist.

Für baldgef. Rückäusserung wären wir sehr dankbar[,] damit wir der Reichszentrale so schnell wie möglich Mitteilung zugehen lassen können.<sup>9</sup>

Vorstand der Israelitischen Gemeinde

(gez.) Prof. Dr. Freimann

9 Ein gleiches Schreiben ging an die DIG. In seiner Sitzung am 16. März 1936 lehnte der Vorstand der Gemeinde einen Zuschuss als Ausgleich für den Verdienstausschlag der Schächter ab; CAHJP AHW 329 c, Bl. 157.

**Nr. 14**

Der Vorrang institutioneller, gemeindlicher Abnehmer

29. März 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 568 b

## REICHSZENTRALE FÜR SCHÄCHTANGELEGENHEITEN

BERLIN N 24

Artilleriestr. 31

Berlin, den 29. März 1936

NW 87, Siegmundshof 15.

An die  
 Rabbinat,  
 Vorstände,  
 Institutionen,  
 Metzgereien.

Wir geben hiermit bekannt, daß es uns nach mühseligen Verhandlungen in letzter Stunde gelungen ist, die Einfuhrbewilligung für vorläufig ein geringes Quantum Koscherfleisch aus Dänemark zu erhalten, für welches der Devisenbetrag von einer ausländischen jüdischen Organisation zur Verfügung gestellt wurde. Das jetzt freigegebene Quantum ist für die Institutionen, d.h. für die Krankenhäuser, Waisenanstalten, Altersheime, Kinderheilstätten, bestimmt und darf ausschließlich diesen zugeführt werden. Die Schlachtung erfolgt Anfang der Woche. Über die Höhe der Zuteilung, die Preise usw. geht den betreffenden Gemeindevorständen direkte Benachrichtigung zu.

Für den Gesamtbedarf ist es trotz eifrigster Bemühungen nicht möglich gewesen, noch vor Peßach eine Bewilligung zu erwirken. Nach dem Stand der Verhandlungen sowie auf Grund neuerlicher Erklärungen von maßgeblicher Seite besteht durchaus begründete Hoffnung auf eine Regelung, wenn auch für diese ein bestimmter Zeitpunkt uns noch nicht angegeben werden konnte. Trotz der Not, in der sich das Privatpublikum und die Metzgerschaft befinden, ist es zu begrüßen, daß wenigstens für die Institutionen zu Peßach eine Versorgung mit Frischfleisch erfolgen kann.

## REICHSZENTRALE FÜR SCHÄCHTANGELEGENHEITEN

Munk            Schoyer

**Nr. 15**

Die Versorgung jüdischer Wohlfahrtsanstalten mit Koscherfleisch

5. Mai 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 568 b, Bl. 157

Dr. N[athan]/4.

Hamburg, den 5. Mai 1936.

An die jüdischen Wohlfahrtsanstalten  
in Hamburg

Wir erhalten von der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten, Berlin N.W. 87, Siegmundshof 15 (Fernspr. Tiergarten 9415)[.] ein Rundschreiben, von welchem wir Ihnen hier einen Sie interessierenden Auszug zur Kenntnis bringen mit dem dringenden Ersuchen, die angeforderte Meldung umgehend nach Berlin zu erstatten.

Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
i.A. Nathan

Es ist uns nunmehr gelungen, die Versorgung der Institutionen mit ausländischem Fleisch zu ermöglichen. Das zur Verfügung stehende Quantum wird reichen, um für mehrere Monate den Bedarf der Institutionen an Rind- und Kalbfleisch einigermassen zu decken. Die Zuteilung soll in kürzester Zeit beginnen. Die erforderlichen Unterlagen und Bewilligungsanträge werden zurzeit eingeholt.

Ueber die Höhe, den Zeitpunkt und Preis der Lieferungen lassen wir rechtzeitig weitere Mitteilung zugehen.

Sollte sich bei den einzelnen Institutionen die Bedarfsmenge gegenüber den im März uns gemachten Angaben verändert haben, so ist sofortige Benachrichtigung erforderlich.

Da das zur Verfügung stehende Quantum für mehrere Monate reichen soll und nur dazu bestimmt ist, den nötigsten Bedarf bei den Institutionen zu decken, ist eine umgehende Erklärung seitens der Institutionen notwendig, in welcher Höhe eine anderweitige Deckung des Wochenquantums durch inländische Bezugsquellen bereits jetzt erfolgt und möglich ist. Es können nur diejenigen Institutionen bei der kommenden Verteilung berücksichtigt werden, die uns eine diesbezügliche Erklärung und zwar bis Donnerstag, den 7. Mai, abgegeben haben.

Gesandt an:  
Altenhaus  
Pfleheim  
Volksküche

Wilhelminenhöhe  
Krankenhaus  
Knaben-Waisenhaus



Paulinenstift  
Mittelstandsküche  
Heim f. jüd. Mädchen u. Frauen

Daniel-Wormser-Haus  
R.-A. Rudolf Samson

**Nr. 16**

Die »Institutionsversorgung« mit koscherem Fleisch

21. Mai 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 568 b, Bl. 163

Reichszentrale  
für  
Schächtangelegenheiten

Berlin NW 87, den 21. Mai 1936  
Siegmundshof 15

An die Deutsch-Israel. Gemeinde,  
Hamburg, 36  
Rothenbaumchaussee 38

betr. Institutionsversorgung

Da uns nicht bekannt ist, welchem der dortigen Schlachter Sie das zur Versorgung der Institutionen bestimmte dänische Koscherfleisch zugeteilt haben, bitten wir diesen zu veranlassen, dass er von dem Gesamtquantum ausserdem sofort auf den Weg bringt:

ca. 15 kg. Rindfleisch an das Kindererholungsheim, Bad Segeberg  
" 15 " " " " Kindererholgs.-Heim »Wilhelminenhöhe«, Blanken.  
" 10 " " " " Altenhaus der Hochd. Isr. Gem. Altona, Blücherstr.  
" 3 " " " den Hechaluz Hadathii »Charet-Cheret«, Blankenese und  
" 25 " " " Schlachter Siegfr. Heimann, Lübeck, Marlesgrube 18  
(mit der ausdrücklichen Weisung: »zur Verteilung laut Anordnung des Herrn Rabbiner Dr. Winter«.

Ein gleiches Schreiben geht an den Deutsch-Isr. Synagogenverband, dort.

Hochachtungsvoll  
i.A. (gez.) Unterschrift

**Nr. 17**

Die Minderung des Wochenbedarfs an Koscherfleisch

2. Juni 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 568 b, Bl. 168

Deutsch-Israelitische Gemeinde

Hamburg 13

Rothenbaumchaussee 38

Hamburg, den 2. Juni 1936.

Of/4

Die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten schreibt uns unter dem 29. Mai wie folgt:

»Wir teilen hierdurch mit, dass mit Rücksicht auf die bürgerlichen Feiertage der kommenden Woche die nächste Schlachtung erst am Dienstag erfolgen kann. Die Sendungen werden deshalb erst am Freitag, dem 5. Juni 1936, morgens in den einzelnen Orten eintreffen können. Von der darauffolgenden Woche an sollen die Verteilungen allwöchentlich vorgenommen werden und die Sendungen spätestens am Donnerstag früh am Empfangsort eintreffen.

Zugeteilt werden wöchentlich etwa 75 % des von den Institutionen angegebenen Wochenbedarfs. Demnach wird in der kommenden Woche etwa  $\frac{3}{4}$  des in der vorigen Woche dorthin gelangten Quantums angewiesen werden. Genauere Angaben folgen Mitte der nächsten Woche.«

Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

(gez.) N. H. Offenburg

Gesandt an:

Verwaltung des Krankenhauses der D.I.G., Abt. Wirtschaftsführung, Eckernförderstr. 4

August Ascher, Neuerwall 72 (für Krankenhaus)

R.-A. Rudolf Samson, Bleichenbrücke 10

Daniel Wormser Haus, Westerstr. 27

Volksküche der D.I.G., Schäferkampfsallee

Altenhaus der D.I.G., Sedanstr. 23

Pflegeheim der D.I.G., Schäferkampfsallee 29

Landjugend- u. Erholungsheim Wilhelminenhöhe, Altona-Blankenese, Rissener Landstr. 127

Hamburg, Deutsch-Isr. Waisen-Institut, Papendamm 3

Mädchenwaisenhaus Paulinenstift, Laufgraben 37

Mittelstandsküche, Innocentiast. 21

Heim für jüd. Frauen und Mädchen, Innocentiast. 21

Jüd. Altenhaus Altona, Blücherstrasse  
 Israel. Kinderheilstätte, Bad Segeberg  
 Hechaluz Hadathi, Beneckestrasse 6

**Nr. 18**

Der Einkauf von Koscherfleisch in Südosteuropa

⟨A⟩ 17. Juli 1936

⟨B⟩ 17. Juli 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
 Bl. 42 f.

⟨A⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

17. Juli 1936.

Es wird hiermit bescheinigt, dass Herr Albert Wisansky, Altona, Sonninstr. 23, als Schächter unserer Gemeinde beauftragt ist, für uns in Jugoslavien oder in Ungarn oder evtl. in Rumänien Geflügel zu schächten.

VORSTAND DER HOCHDEUTSCHEN  
 ISRAELITEN-GEMEINDE ALTONA

Der Vorsitzende:

i. V.

⟨B⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

17. Juli 1936

An das  
 Jugoslawische Generalkonsulat  
 Berlin.

Herr Albert Wisansky, Altona, Sonninstr. 23 ist beauftragt, nach Jugoslavien zu reisen, um Geflügel für unsere Gemeinde zu besorgen. Da das Kontingent am 1. August d.J. abläuft, bitten wir sehr, das Visum gleich zu erteilen.

Ergebenst  
 Der Vorsitzende:  
 i. V.

**Nr. 19**

Das Schächten nach vorheriger Betäubung

〈A〉 15. Februar 1937

〈B〉 29. April 1937

Staatsarchiv Hamburg, 377-II Schlachthof- und Viehmarktverwaltung, 176

〈A〉

David, Israel & Pfifferling  
 Hamburg 13  
 Fleisch-, Wurst- und Konservenfabrik

Hamburg 13, den 15. Februar 1937  
 Hallerstrasse 2

An die  
 Schlachterinnung  
 Hamburg.

Die endesunterzeichneten Hamburger jüdischen Schlachter, die unter Aufsicht des Hamburger Oberrabbinats stehen, bitten hierdurch um Zuteilung des ihnen zustehenden Fleischkontingents und führen hierzu Folgendes aus:

Wir haben seit dem Schächtverbot bis vor Kurzem unser Fleisch aus dem Ausland bezogen und deshalb unser Kontingent nicht gefordert. Da wir jetzt jedoch kein Fleisch mehr aus dem Ausland einführen können, wird es unsererseits erwogen, uns auf das gestattete Betäubungsschächten umzustellen.

Wir bitten daher die Schlachterinnung ergebenst um Mitteilung an die Adresse der Firma David, Israel & Pfifferling, Hallerstrasse 2, welche Schritte wir zu unternehmen haben, um am hiesigen Schlachthof ein Schächten nach vorheriger Betäubung für die hiesigen jüdischen Schlachter vorzunehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
 (gez.) David, Israel & Pfifferling  
 Kugelmann u. Reich  
 Gustav & Willi Stoppelmann  
 Gerson Stoppelmann

⟨B⟩

Schlachthof- und Viehmarkt-  
Verwaltung Hamburg

29. April [193]7.

Firma  
David, Israel & Pfifferling,  
H a m b u r g,  
Hallerstrasse 2.

Betr. Ihr Schreiben vom 15.II an die Handwerkerinnung für das Schlachter- und  
Grossschlachterhandwerk in Hamburg.

Das Schächten nach vorheriger Betäubung konnte nach dem Verbot des Schäch-  
tens ohne vorherige Betäubung hier auf dem Schlachthofe durchgeführt werden.  
Von dieser Erlaubnis wurde nur in ganz kleinem Umfange Gebrauch gemacht, bis  
schliesslich überhaupt kein Bedürfnis mehr vorgelegen hat und die Sache einge-  
schlafen ist. In Frankfurt und Berlin waren die gleichen Vorgänge zu beobachten.

Unter diesen Umständen ist die Verwaltung nicht in der Lage, das Schächten  
nach vorheriger Betäubung erneut zuzulassen.

(gez.) Unterschrift

**Nr. 20**

Die Koscherfleischversorgung in Deutschland 1937

16. Dezember 1937

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, N 1/48

Reichszentrale für Schächtangelegenheiten  
BERLIN NW 87  
Siegmundshof 15  
Niederschrift

über die Sitzung der Reichszentrale für Schächtangelegenheiten – Berlin  
am 16. Dezember 1937

Anwesend:

[...]

Hamburg	Deutsch-Israel. Gemeinde	Herr	N. H. Offenburg
	D.I. Synagogen-Verband	"	Dr. S. B. Bamberger
	" " "	"	Dr. Hugo Zuntz
	Hamburger Speiseverein	"	Paul Möller-Altona

[...]

Schoyer eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er gibt einen Überblick über die Entwicklung der Fleischversorgung seit der letzten Sitzung im November 1936. In der Versorgung der Institutionen konnte mit Wirkung vom 1. Juni d.J. an eine Verbesserung vorgenommen werden, indem die Quoten wie folgt erhöht wurden:

Für	Krankenhäuser	von	1	Pfd.	auf	1 ¼	Pfd.	pro	Person	u.	Woche
"	Altersheime	"	¾	"	"	1	"	"	"	"	"
"	Jugendausbil-	"	½	"	"	¾	"	"	"	"	"
	dungsstätten										
"	Wohlfahrtsküchen	"	¼	"	"	½	"	"	"	"	"

Auch in der Versorgung der nicht in Heimen Untergebrachten konnte durch die Gründung des »Jewish Friends' Food Fund« in London eine wesentliche Erleichterung herbeigeführt werden. Seit März d.J. sind an Spenden für Private etwa £ 20.000.— in London eingezahlt worden, für deren Gegenwart das Fleisch – Frischfleisch aus Dänemark, bzw. südamerikanisches Gefrierfleisch – durch die Reichszentrale zugestellt wurde. Durchschnittlich werden an Privatspenden monatlich £ 2000.— bis 2500.— eingezahlt. In den Monaten mit Jomim tauwim erhöht sich naturgemäß die Ziffer. Für eine reguläre Versorgung der etwa 200 Institutionen mit einer Durchschnittsinsassenzahl von gegen 16000 Personen und einem Wochenbedarf von 6000 kg Rindfleisch werden monatlich Fleischschenkungen im Werte von £ 1200.— benötigt, und zwar sind erforderlich:

Für	die	Versorgung	der	Krankenhäuser:	monatlich	ca.	£ 420.—
"	"	"	"	Altersheime:	"	"	£ 240.—
"	"	"	"	Jugendausbildungsstät-	"	"	£ 320.—
				ten:			
"	"	"	"	Wohlfahrtsküchen u.a."	"	"	£ 220.—.

Die Aufbringung dieser Beträge hat [sic] wiederholt auf Schwierigkeiten gestoßen, sodaß im Ausland neben dem Londoner Komitee auch andere Komitees gegründet wurden, so in Holland unter dem Protektorat des Oberrabbiners Saarlouis und der Finanzverwaltung des Herrn Jules Roos, in Paris ein Komitee unter Leitung des Grand-rabbin und sonstiger namhafter Persönlichkeiten, auch der Baroness Rothschild u.a.m.

[...]

**Nr. 21**

Die Mangelverwaltung 1938

10. Mai 1938

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 266, Bl. 67 f.

Jüdische Zentrale  
für  
Fleischschenkungen

Berlin NW 87, den 10. Mai 1938  
Siegmundshof 15

[...]

Wir weisen darauf hin, dass in den 8 Wochen der Monate Mai und Juni an Kranke und Alte ausserhalb von Heimen vorläufig nicht ein einziges Gramm ausgehändigt werden kann. Demgegenüber besteht eine erhöhte Verpflichtung, wenigstens für diese Übergangszeit, auch die Anstalten, soweit eine Gefährdung des Kaschruth nicht dadurch heraufbeschworen wird, im Interesse einer gleichzeitigen Notversorgung von privaten Kranken und Alten nach Möglichkeit zu drosseln. Die bis Ende April und im Augenblick zugeteilten Wochenmengen für die dortigen Anstalten geben wir Ihnen nachstehend auf. Wir bitten Sie, auf Grund der obigen Darstellung die dortigen Verhältnisse zu prüfen und evtl. in eine ernstliche Aussprache mit den Anstaltsleitern zu treten, um eine Ersparnis aus der jetzigen Zuteilung noch zu erreichen. Auch die Anstalten müssen, von Schwerkranken abgesehen, sich der Notlage anpassen, in der sich Zehntausende von fleischbedürftigen Personen ausserhalb der Anstalten augenblicklich befinden. Insbesondere die Jugendstätten und all die Anstalten, bei denen eine Umstellung nicht zu befürchten steht, sollten zu einem vorübergehenden weiteren Verzicht zu bewegen sein.

Falls eine Ersparnis durch individuelle Feststellung erreicht wird, werden wir den vordringlichen Anforderungen der privaten Kranken und Alten im Reiche entsprechen können und nach paritätischer Errechnung die anfallenden Ersparnisse zwecks Verteilung an Kranke und Alte in Ihrer Gemeinde unsererseits zur Verfügung stellen. Die eigene Verteilung örtlich vorgenommener Abzüge ist nicht zulässig.

In Anbetracht der ausserordentlichen Dringlichkeit einer minimalen Zuteilung an die Fleischbedürftigen ausserhalb der Anstalten auch in Ihrer Gemeinde bitten wir Sie, die geschilderten Interessen den Anstalten gegenüber wahrzunehmen und uns über weitere Einsparungsmöglichkeiten, zumindest während der Monate Mai und Juni, möglichst innerhalb einer Woche Bericht zu geben, der von uns mit der erforderlichen Vertraulichkeit behandelt wird.

MIT VORZÜGLICHER HOCHACHTUNG  
JÜDISCHE ZENTRALE FÜR FLEISCHSCHENKUNGEN

i.A. Munk.

Name der Anstalt	Im Januar 1938 uns aufgegebene Anzahl der		Wochenzuteilung	
	Insassen	Personal	bis April	jetzt
Krankenhaus, Eckernförderstr.	106	90	37 kg. K. 115 " G.	37 kg. K. 76 " G.
Altenhaus, Sedanstrasse	54	12	25 " G.	20 " G.
Pflegeheim, Schäferkampsallee	31	8	14 " G.	12 " G.
Knabenwaisenhaus	36	10	13 ½ " G.	10 " G.
Mädchenwaisenhaus	57	--	15 " G.	11 " G.
Daniel Wormserhaus	51	3	11 " G.	9 " G.
Heim f. Mädchen u. Frauen	92	8	21 " G.	18 " G.
Volksküche, Schäferkampsallee	210	7	40 " G.	37 " G.
Beth Chaluz, Klosterallee	22	--	7 " G.	5 " G.
Wilhelminenhöhe	53	10	18 " G.	13 " G.
Kindererholungsheim, Wyk	40	17	8 " G.	12 " G.

### 22.3 Koschere Lebensmittel und die rituelle Speisung

#### Nr. 1

Die Gewährleistung des Angebots an Koscher-Milch

28. September 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, Bd. 61 Heft IV, Bl. 604

Oberrabbinat  
Altona.

Altona (Elbe), den 28. Sept. 1933.  
Palmaille 57.

An den Vorstand  
der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde  
Altona  
Breitestr. 15.

Zu dem mir übersandten Schreiben der Milchhändler Max Goldstein und Lische Dicker betreff des Aufsichtsbeamten Herrn Landkart bemerke ich ergebenst:

Der Konsum an Koscher-Milch ist in der letzten Zeit sehr stark zurückgegangen. Früher bezahlte Goldstein RM 15.-- pro Woche, Dicker RM 11.-- pro Woche, und sie konnten diese Auslagen durch den Zweipfennig-Aufschlag auf das Liter Milch



reichlich wieder einholen. Jetzt nimmt Goldstein kaum RM 7.--, Dicker RM 5.-- pro Woche durch den Zweipfenning-Aufschlag ein. Sie haben deshalb schon Herrn Landkart in früheren Monaten in seinen Bezügen herabgesetzt, können ihm aber jetzt nicht mehr als der erstere RM 9.-- und der letztere RM 7.-- die Woche zahlen.

Von den RM 26.--, die Landkart früher vereinnahmte, gingen immer RM 5.-- für Reisespesen ab, er verdiente also RM 21.-- die Woche.

Ich stelle den Antrag, daß die Gemeinde, um Herrn Landkart in seiner Beschäftigung zu erhalten, ihrerseits einen Betrag für ihn zusteuert.

Es könnte Herr Landkart als Aufsichtsbeamter entbehrt werden; es müßten dann Herr Goldstein und Herr Dicker selbst zur Beaufsichtigung hinausfahren. Das ist erstens nicht sehr erwünscht, würde aber auch Herrn Landkart brotlos machen und vielleicht noch weitere schwere Konsequenzen für ihn haben.

Hochachtungsvoll  
ergebenst  
(gez.) Carlebach

## Nr. 2

Die Sicherung der Mazzothversorgung in Altona (1934)

11. Januar 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 15I, Bd. 62, Bl. 20

VORSTAND DER HOCHDEUTSCHEN  
ISRAELITEN-GEMEINDE

Altona (Elbe), 11. Januar 1934.  
Breitestrasse 15

Sr. Ehrwürden  
Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach,  
Altona.

H./S.

Sehr geehrter Herr Oberrabbiner!

Wir stehen mit der Hamburger Mazzothfabrik wegen eines evtl. Abschlusses in Verbindung, wir beabsichtigen, in diesem Jahre die Mazzoth wieder aus Hamburg zu beziehen. Im Falle Ihres Einverständnisses bitten wir um Mitteilung, ob Sie den Wunsch haben, in irgend einer Weise eine Aufsicht über die Herstellung der Mazzoth auszuüben, der, wie wir von Herrn Katz hören, nichts im Wege stehen würde.

Für eine möglichst umgehende Mitteilung wären wir Ihnen verbunden.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:  
(gez.) Dr. Franck

II. Januar 694 (1934)

Dem löbl. Vorstand zurückgereicht mit dem erg. Bemerken, daß ich mit dem Bezug der Mazzaus aus Hamburg einverstanden bin. Betr. einer Aufsicht unsererseits bitte ich keine offiziellen Schritte zu tun. Es wird sich gewiß die Gelegenheit [er]geben, die Fabrik zu besuchen.

Hochacht. erg. (gez.) Carlebach

### Nr. 3

Hamburger Mazzoth

Februar 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom 26.2.1934, S. 6

Wir richten an die Gemeindeangehörigen die dringende Bitte, ihren Bedarf an Mazzoth bei der Kommission zur Besorgung der Mazzoth zu decken. Die Mazzoth werden in Hamburg hergestellt, und die Mazzothbäckerei beschäftigt eine größere Anzahl von jüdischen Angestellten. Außerdem kann die Belieferung der minderbemittelten Kreise mit verbilligten Mazzoth durch die Gemeinde auf die Dauer nur durchgeführt werden, wenn eine entsprechende Menge zum regulären Preise abgesetzt wird. Der Bezug hier hergestellter Mazzoth ist daher aus doppeltem Grunde eine Pflicht jüdischer Solidarität.

### Nr. 4

Die Pessach-Lebensmittelaktion in der Gemeinde

April 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 4 vom 19.4.1934, S. 4

Die **Notstandshilfe** der Gemeinde konnte dank der aufopfernden und hingebenden Tätigkeit ihrer zahlreichen Mitarbeiter wie im vergangenen Jahre zum **Pessachfest** wieder 850 (794) [In Klammern die Zahlen des Vorjahres.] Familien und

Einzelpersonen mit 9827 (8334) Pfund Mazzoth und 966 (799) Pfund Mazzothmehl beliefern; Mazzoth und Mazzothmehl wurden hierbei zu einem weit verbilligten Preise abgegeben. – Mit rituellen Lebensmitteln und Küchenbedarfsartikeln wurden zum Peßachfest 389 (272) Familien beliefert. Die Notstandshilfe bezog die Lebensmittel und Küchenbedarfsartikel von neun Einzelhändlern unter bewußtem Verzicht auf den Großeinkauf, wogegen die Einzelhändler bei ihrer Preisstellung gleichfalls Entgegenkommen zeigten. Die Lebensmittel und Küchenbedarfsartikel wurden an die Abnehmer zur Hälfte des Ladenpreises abgegeben. Im ganzen wurden verausgabt: 1984 (1486) Pfund Zucker, 390 (365) Pfund Kartoffelmehl, 130 (166) Pakete Nudeln, 575 (482) Pfund Salz, 2305 (1669) Pakete Gewürze, Vanillinzucker, Backpulver, Puddingpulver, 80 (64) Stangen Agar Agar, 217 (184) Pfund Rosinen, 158 (127) Pfund Mandeln und Haselnüsse, 300 (320) Pfund Backobst, 225 (170) Pfund Kaffee, 114 (77) Pfund Kakao und Puderschokolade, 29 (22) Pfund Tee, 210 (164) Pakete Kaffeegewürz, 29 (10) Pfund Blockschokolade, 309 (220) Pfund Butter, 783 (557) Pfund Pflanzenfett, 214 (140) Flaschen Oel, 210 (164) Dosen Milch, 208 (151) Pfund Kunsthonig, 135 (0) Flaschen Essigessenz, 405 (285) Pfund Soda, 158 (121) Flaschen Sidol. Die Abwicklung der Ausgabe dieser großen Mengen erfolgte dank der bis ins einzelste durchgearbeitete Organisation reibungslos und ohne gar zu lange Wartezeit für die einzelnen Empfänger.

Eine weitere Peßach-Aktion führte der Synagogen-Verband durch, indem er 185 Familien, welche von den Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde nicht betreut werden, mit Mazzoth, Fleisch und Wein belieferte. Die Notstandshilfe stellte für diesen Zweck 1500 RM, die Gemeinde selbst weitere 500 RM zur Verfügung.

Die in den vorstehenden Zahlen offenbar werdende stärkere Inanspruchnahme der Peßach-Aktion gegenüber den Vorjahren ist nicht allein auf die Wirtschaftskrisis zurückzuführen. Im Gegenteil hätte angesichts der Abwanderung einer großen Anzahl von Familien, die noch im vergangenen Jahre bedacht wurden, mit einer geringeren Inanspruchnahme gerechnet werden können. Es offenbart sich vielmehr auch in den vorstehenden Zahlen die Stärkung des religiösen Sinnes in der jüdischen Bevölkerung, die mehr als bisher insbesondere das Peßachfest nach alter jüdischer Tradition in diesem Jahre begehen wollte. Ganz besonders ist es die Jugend, die von diesem Wunsche beseelt war und die in Schule und Jugendverbänden empfangenen Anregungen dann weiter in die Elternhäuser getragen hat.

Zu dem vorstehenden Bericht der Notstandshilfe der Gemeinde tragen wir nach, daß die Krankenhausfürsorge ebenso wie in den früheren Jahren die in den staatlichen Krankenhäusern und Staatskrankenanstalten befindlichen jüdischen Patienten mit Mazzoth und andern rituellen Lebensmitteln versorgt hat. Ferner wurden während der gesamten Peßachtage insgesamt 15 jüdische Untersuchungs- und Strafgefangene dreimal täglich rituell gespeist.

Wegen der von den Kultusverbänden veranstalteten Sederabende verweisen wir auf die bereits an anderer Stelle erschienenen Berichte.

**Nr. 5**

Die neue Mazzothfabrik 1934

22. Oktober 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 346 Bd. 10, Bl. 437-440

## Protokoll

der 49. Sitzung des Repräsentanten-Kollegiums am Montag, dem 22. Oktober 1934  
[...]

1. Antrag des Vorstandes betreffend Neueinrichtung einer Mazzothfabrik.

Offenburg als Kommissar des Vorstandes: Gestern abend haben wir in einem feierlichen Gottesdienst die Synagoge Kohlhöfen geschlossen unter Anteilnahme der ganzen jüdischen Bevölkerung Hamburgs. Heute abend wollen wir uns an die Aufbauarbeit begeben. Für die Herstellung der Mazzoth zu sorgen sei eine Aufgabe der Gemeinde. Am Einkauf der Mazzoth sind sämtliche Gemeindemitglieder beteiligt, es ist keine Angelegenheit eines Kultusverbandes, darum muss sie auch über das R.K. laufen. Durch die Anlagen zur Tagesordnung ist die Sache ganz klar gestellt, so dass dazu nicht viel zu sagen sein wird. Die Herrichtung des Gebäudes, welches wir mieten, wird im Ganzen 30.000 RM kosten. Der Synagogen-Verband ist nur imstande, einen Betrag von 8.400 RM, der früher angesammelt wurde, zur Verfügung zu stellen. Es war nicht möglich, hier in der Stadt geeignete Räume zu finden, der einzige Raum, der evtl. in Frage gekommen wäre, hätte zu grosse Unkosten verursacht. Bei den Reichardtwerken kostet jeder Raum, den wir gebrauchen, 1,80 RM per qm. Es kommt eine Mietung von ca. 1.800 qm. in Frage, das macht rund 3.000 RM aus. Diese Miene wird von dem Pächter, der die Herstellung der Mazzoth übernommen hat, gezahlt, bedeutet für die D.I.G. also nur einen Durchgangsposten. Andererseits hat der Pächter sich zu einem grösseren Abgabebetrag als bisher und zwar von 7.500 RM bereit erklärt, wodurch bei dem Synagogen-Verband 7.500 RM mehr eingehen und letzten Endes sich der Zuschuss der Gemeinde für den Synagogen-Verband verringern wird. Wir wenden also 21.600 RM auf für Errichtung der Mazzothfabrik. Es bedarf keiner weiteren Ausführungen, dass diese Sache dringend notwendig, und es muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass dieser Betrag eine Reserve des Betrages ist, den wir vom Staate ausgezahlt bekommen haben. Was den Vertrag betrifft, lässt der Vorstand bitten, dass die Herren, die die Sache bearbeiten, diesen abschliessen dürfen, ohne die einzelnen §§ vorlegen zu müssen.

[...]

Der Antrag des Vorstandes, betreffend Mietung der Räume in den Gebäuden der Reichardt-Werke wird angenommen.

**Nr. 6**

Die Pessach-Feier 1935

Mai 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 6 vom 4.6.1935,  
S. 8

Die **Kommission für das Wohlfahrtswesen** und die **Nothilfe** der Gemeinde haben in diesem Jahre 492 jüdischen Familien die Feier des Pessach-Festes durch ihre **Lebensmittel-Aktion** ermöglicht bzw. wesentlich erleichtert. Die Mittel hierfür standen aus dem Ergebnis der Hausblock- und Nothilfssammlung zur Verfügung. Sämtliche Lebensmittel und Küchenbedarfsartikel wurden zu stark verbilligten Preisen abgegeben. Das gleiche gilt von den Lieferungen an Fleisch und Wein für die Sederabende, mit welchen 275 Familien, und zwar je auf Vorschlag der Vorstände der Kultusverbände, bedacht wurden, sowie endlich von der Lieferung von 1382 Pfund Mazzoth; diese gelangten zum Teil sogar völlig umsonst zur Verteilung. Die Ausgabe der Lebensmittel erfolgte in den Räumen der Mädchenschule, Johnsallee 33, unter Mitwirkung einer größeren Zahl ehrenamtlich tätiger Damen, denen auch an dieser Stelle für ihre Mitarbeit herzlichst gedankt sei. Nicht unwesentlich ist auch, daß durch diese Aktion insgesamt 27 jüdischen Gewerbetreibenden Aufträge erteilt werden konnten, bei denen die Zahlung Zug um Zug bei Lieferung der Waren erfolgte.

**Nr. 7**

Die Folgen der verminderten Margarine-Kontingente (1936)

13. Juli 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 142, 142 a

J. H. MOHR &amp; Co.

GMBH

Margarinefabrik

ALTONA-ELBE,

SCHLAGETERSTR. 156, 13. Juli 36

An die

Hochdeutsche Israel. Gemeinde,

Altona

Hierdurch sehe ich mich genötigt, Ihnen davon Kenntnis zu geben, dass die Versorgung mit Koscher-Pflanzenfetten aller Art infolge starker Einschränkung der

Kontingente ab 1. Juli ds.Js. sehr infrage gestellt ist. Während ich bisher, wie Ihnen bekannt ist ein festes Grundkontingent von 100 Centnern Margarine pro Monat und ein Zusatzkontingent von fast weiteren 100 Centnern pro Monat zur Verfügung hatte, stehen mir ab Juli nur 95 Centner insgesamt zur Verteilung zur Verfügung, welche von mir vorsorglich für die Belieferung von Heimen, Krankenhäusern etc. bereit gehalten werden. Es ist mir jedoch vollkommen unmöglich, andere Verbraucher, die auf Belieferung einen Anspruch haben, mit Waren bedienen zu können. Es ist nicht damit zu rechnen, dass irgendwo Margarinemengen frei werden, die ich zugeteilt bekommen könnte, womit schon heute ein Fettmangel in Erscheinung tritt. Die heute fehlende Menge beträgt m.E. etwa 40 % des normalen kontingentierten Bedarfes.

Um diesem untragbaren Zustand gegenüber den religiösen Verbrauchern abzuändern müssen sofort Schritte eingeleitet werden. Es ist nur der eine Weg möglich, dass die Reichszentrale für Schächtangelegenheiten versucht, im Wege der Schenkung aus Holland oder England Oele und Fette im Werte von etwa £ 150.– hereinzubekommen. Dieser Betrag würde ausreichen, um die in meiner Fabrikation fehlende Menge für diesen Zweck sicherzustellen. Der Gegenwert der aus dem Ausland bezogenen Fettmenge würde natürlich von mir nach erfolgtem Erlös in Reichsmark an die Schächtzentrale zurückgegeben werden. Ich wende mich daher im Namen der jüdischen Verbraucher an Sie, damit Sie über die Schächtzentrale die erforderlichen Schritte in die Wege leiten können, zur Erteilung aller erforderlichen Informationen bin ich jederzeit bereit. Vielleicht ist es möglich, am Mittwoch dieser Woche mit Herrn Dr. Munk zusammenzukommen, um an Ort und Stelle die Einzelheiten der Hilfsaktion festzulegen, damit keine unnötigen oder falschen Wege beschritten werden.

Ich erwarte gerne Ihren umgehenden Bescheid und zeichne

hochachtungsvoll  
(gez.) Herwig Segelbaum

Die Bezeichnung »Zusatzkontingente« ist so zu verstehen, dass diese nicht vom Staate, sondern von der Firma I. H. Mohr & Co. aus bei dieser Fa. freigewordenen Mengen zur Verfügung gestellt wurde[n], für die Monate Juli – September ist ein »Zusatzkontingent« nicht zu erlangen.

**Nr. 8**

Die rituelle Speisung in den Hamburger jüdischen Heimen

1. Juli 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 26 vom 1.7.1937, S. 16 a-b

### **Rituelle Speisung**

in den Hamburger jüdischen Heimen. – Ein Informationsabend

Zu einem Informationsabend über die rituelle Versorgung in den Heimen und Anstalten hatte der Stadtverband der Hamburger jüdischen Frauenvereine die Altenhäuser Hamburg und Altona, das Pflegeheim, das Daniel-Wormser-Haus, das Heim Wilhelminenhöhe, die Bate Chaluz Rissen, Steubenweg, Beneckestraße und Schäferkampsallee, das Tagesheim Altona, den Kinderhort Johnsallee und Heimhuderstraße, den Agudas-Jisroel-Kindergarten, den Kindergarten Warburg und die Volks- und Mittelstandsküche geladen. Vor dieser Veranstaltung hatte man Fragebogen an die Anstalten versandt und die beantworteten Fragen sowie den Wochenküchenzettel einer genauen Umrechnung in Kalorienwerte unterzogen. [...]

Fräulein Elisabeth Mirabeau behandelte in einem klaren, geschickt aufgebauten Referat »Die Probleme der rituellen Speisung in Heimen«. Die Frage der Ernährung sei keine Frage der Gegenwart, sondern, soweit es sich um die Frage der Jugendlichen und Erwachsenen handle, eine bedeutungsvolle Frage der Zukunft. Eine weitere wichtige Tatsache bei der Behandlung dieser Probleme sei die allgemeine Abänderung der Ernährungsgrundsätze im Laufe der Zeiten. Ihre Kenntnis spiele heute bei der rituellen Versorgung eine bedeutende Rolle. [...] Am Abschluß ihrer lehrreichen Ausführungen gab Fräulein Mirabeau – bei Berücksichtigung all der verschiedenen aufgezeigten Probleme – Richtlinien für die Gestaltung eines rituellen Speisezettels in den Anstalten und Heimen der vier verschiedenen Altersstufen.

[...] Es zeigte sich, daß die Ernährung hier unter der knappen und unregelmäßigen Geldversorgung leidet, und auch darunter, daß für die Wirtschaftsführung zu wenig weibliche Kräfte zur Verfügung stehen. Gern wandten sich die Vertreterinnen dieser Heime an die hier versammelten erfahreneren Sachkennerinnen um Rat, der ihnen in jeder Beziehung bereitwilligst erteilt wurde. Es wäre sehr wünschenswert, wenn dies auch in Zukunft weiter geschähe.

Zum Gebiet der Erwachsenenernährung hörte man die Leiterin der Volksküche. Ein Vergleich mit dem von der Reichsvertretung herausgegebenen Küchenzettel bewies, daß die Versorgung in den Hamburger jüdischen Heimen im allgemeinen überdurchschnittlich gut ist. Der Bericht über die Verpflegung der Alten (Altenhaus) verlief vollends befriedigend. – Erst spät schloß die gründliche und sachliche Aussprache.

[...]

S.E.

**Nr. 9**

Die Genehmigung der Polizeibehörde zum Ausschank des Pessachweins

18. März 1938

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 266, Bl. 64

Beneckestr. 2

An die Polizeibehörde Hamburg

Abteilung III

Gewerbepolizei

Hamburg 1

Schopenstehl 25

TgB.Nr.Nk./37.III.2.

18.3.37 K.

18.3.1938.

Die Kultusverbände des jüdischen Religionsverbandes Hamburg veranstalten dieses Jahr wie alljährlich anlässlich des jüdischen Passah- (Oster-)Festes für ihre Angehörigen 2 Abende, an denen nach den religionsgesetzlichen Bestimmungen Wein verabfolgt werden muss. Der Jüdische Religionsverband bittet, den Ausschank von Wein an diesen beiden Abenden (15. und 16. April 1938) den 3 Kultusverbänden, nämlich Synagogen-Verband Hamburg, Israelitischer Tempel-Verband und Neue Dammtor-Synagoge zu gestatten, und da es sich um eine Kultusangelegenheit handelt, von der Erhebung einer besonderen Getränkesteuer, die auch in früheren Jahren schon niedergeschlagen wurde, Abstand nehmen zu wollen.<sup>10</sup>

## 22.4 Die jüdischen Feiertage

**Nr. 1**

Die Sederabende in den Vereinen (1934)

30. März 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 14 vom 5.4.1934, S. 1

### Sederabende in den Vereinen

Zum diesjährigen Pessachfest waren von den verschiedensten Kreisen und Organisationen in Hamburg Anregungen zur Einrichtung von gemeinschaftlichen Sederabenden ausgegangen, die auch von der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

<sup>10</sup> Der Polizeipräsident genehmigte den Antrag mit Schreiben vom 23. März 1938 und setzte eine Gebühr von 9 RM fest. In gleicher Weise war 1937 mit Schreiben vom 18. März 1937 eine Genehmigung erteilt worden. Vgl. auch Kap. 22.4, Dok. 5.



unterstützt wurden. All den jüdischen Menschen, die allein stehen oder deren Mittellosigkeit es ihnen nicht erlaubt, einen eigenen Seder zu halten, sowie denen, die eine lang unterbrochene Tradition wieder aufzunehmen wünschen, und endlich denen, die den Seder überhaupt noch nicht kennen gelernt haben: ihnen allen sollte durch diese gemeinschaftlichen Sederabende der religiöse und gefühlsmäßige Zauber dieses echtjüdischen Brauchs vermittelt werden. Gewiß hat man auch früher schon die Einrichtung derartiger Abende versucht, aber in dieser allgemeinen Form und mit dieser starken Beteiligung aus allen Kreisen und aus allen religiösen Lagern bedeuteten die diesjährigen Gemeinschaftssederabende doch etwas Neues. Sie waren so recht ein Ausdruck unserer Zeit, ein Ausdruck des tiefen Verlangens selbst bei denen, die gemeinhin den Dingen des religiösen Lebens gleichgültiger gegenüberstehen, des Verlangens nach jüdischer Atmosphäre, nach jüdischer Tradition, nach jüdischer Bestätigung.

[...]

## Nr. 2

Die Beachtung des Schabbat

9. September 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 9 vom 19.10.1934, S. 6

Befreiung jüdischer Arbeitsloser von der Pflicht zur Meldung beim Arbeitsamt am Sonnabend und an jüdischen Feiertagen. Der Reichsbund gesetzestreuer jüdischer Gemeinden in Halberstadt hat im September 1928 den Antrag gestellt, es grundsätzlich als genügende Entschuldigung im Sinne des § 114 AVAVG für die Unterlassung einer Meldung nach § 173 a.a.O. gelten zu lassen, wenn ein arbeitsloser orthodoxer Jude an einem Sonnabend oder jüdischen Feiertag die Erstattung der Meldungen aus religiösen Gründen unterläßt. Auf Grund dieser Eingabe hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Runderlaß vom 29. September 1928 – III 656/28 Br. – bekanntgegeben, daß »in Übereinstimmung mit dem Herrn Reichsarbeitsminister keine Bedenken dagegen zu erheben sind, daß die Unterlassung der Meldungen an Sonnabenden oder an jüdischen Feiertagen als genügende Entschuldigung gemäß § 114 a.a.O. angesehen wird, wenn nachgewiesenermaßen bei dem Arbeitslosen religiöse Bedenken dagegen bestehen und der Zweck der Arbeitsvermittlung darunter nicht leidet.«

Auf Grund einer erneuten Intervention des Reichsbundes gesetzestreuer jüdischer Gemeinden hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Runderlaß vom 9. September 1934 – III 7661/230 – die Landesarbeitsämter darauf hingewiesen, »daß der Runderlaß vom 29. September 1928 –

III 656/28 Br. – nicht aufgehoben ist, da er lediglich Rücksicht auf eine Religion nimmt, deren Ausübung auch im nationalsozialistischen Staat jedem freigestellt ist.«<sup>11</sup>

### Nr. 3

Die Schabbatfeier in Altona

August 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 9 vom 30.8.1935, S. 5

### Sabbathfeier in Altona

Den Sabbath begingen die Kinder in der Gemeinde Altona, wo man sie für diesen einen Tag in einzelnen Familien einquartierte. Bereits am Freitagabend waren sie im Gottesdienst in der großen Synagoge, am Sabbath selbst standen sie im Mittelpunkt des Morgengottesdienstes. Hell schmetterten die bereits Barmizwo gewordenen Jungen ihre beracha [Segenswunsch] beim Aufruf zur Tora hinaus: einer durfte gar die Haftara vorlesen. In herzlicher Weise wandte Oberrabbiner Dr. Carlebach in seiner Predigt sich an die Kinder: er schilderte ihnen an Hand von Gleichnissen und midraschischen Erzählungen den Trost, der aus dem Sabbath des Trostes entspringt und uns aufrecht und hoffnungsfreudig durch die Zeiten gehen lässt. Großen Eindruck machte auf die ganze Gemeinde die Trostesbotschaft der Reichsvertretung, die von der Kanzel verlesen wurde und die alle Besucher stehend anhörten.

An den Synagogenbesuch schloß sich eine Zusammenkunft im Hause des Oberrabbiners, die rechte Sabbathfreude atmete. Psalmen, Gebete, jüdische Lieder wurden gesungen, in Ansprachen wurde den Kindern die Bedeutung und Geschichte dieser altehrwürdigen Gemeinde und ihres Rabbinats erklärt, und Herr M. Cohn sang zur allgemeinen Freude die schönsten Lieder aus dem östlichen Volksleben. Nachmittags ging es ins Heim des Humanitären Frauenvereins, wo Fräulein E l e r n die Kinder begrüßte und Rabbiner D u c k e s z ihnen Erklärungen der Gebete gab. An allen Stellen wurden sie selbstverständlich reichlich bewirtet, und der Eindrücke voll kehrten sie nach Sabbath-Ausgang nach Wilhelminenhöhe zurück.

Am Sonntag zeigten Vertreter der Hamburger jüdischen Jugendbünde aller Richtungen in Wilhelminenhöhe ein Stück bündischen Lebens. Vertreter der deutsch-jüdischen Jugend und der national-jüdischen Jugendverbände erklärten ihre Ziele. Dann fand sich alles im Freien zu Tanz und Gesang zusammen.

<sup>11</sup> Vgl. Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden, S. 91, Rn. 448.

**Nr. 4**

Die Meldung beim Arbeitsamt an den jüdischen Feiertagen

16. September 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 127,  
Bd. LXVII, Bl. 20

[Oberrabbinat Altona]

16. Sept. 1936.  
Sonninstr. 14

An das  
Arbeitsamt Hamburg  
Nebenstelle Altona

St.Nr 48339/25 a 1  
Frau Lea Sperber, Sonninstr. 14.

Der Unterzeichnete bittet Sie hierdurch höflichst, die vorgenannte Frau Sperber davon zu befreien, an den israelitischen Feiertagen und zwar in diesem Jahre am Freitag, d. 18. September,  
" " d. 2. Oktober  
" " d. 9. Oktober  
zwecks Vorlegung der Stempelkarte resp. Empfangnahme der Unterstützung vor dem Arbeitsamt zu erscheinen. Frau Sperber ist eine religiös lebende Israelitin und kann an den bezeichneten Tagen deswegen nicht dort erscheinen.

Das Oberrabbinat:  
[Duckesz]  
Rabbiner.

**Nr. 5**

Der Antrag für den Ausschank des Pessachweins

16. März 1937

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 266, Bl. 47

Beneckestr. 2

An die Gewerbepolizei  
z. Hdn. d. Herrn Amtmann Bock  
Hamburg  
Schopenstehl 24

Dr. G/K. 16. März 1937.

EILT SEHR!

Unter Bezugnahme auf die heutige telephonische Unterredung gestattet sich die Deutsch-Israelitische Gemeinde, folgendes zu unterbreiten:

Die Kultusverbände der Gemeinde veranstalten dieses Jahr wie alljährlich anlässlich des jüdischen Passah- (Oster-)Festes für ihre Angehörigen 2 Abende, an denen nach den religionsgesetzlichen Bestimmungen Wein verabfolgt werden muss. Die Gemeinde bittet, den Ausschank von Wein an diesen beiden Abenden (26. und 27. März 1937) den 3 Kultusverbänden, nämlich Deutsch-Israelitischer Synagogen-Verband, Israelitischer Tempel-Verband und Neue Dammtor-Synagoge zu gestatten, und da es sich um eine Kultusangelegenheit handelt, von der Erhebung einer besonderen Getränkesteuer, die auch im Vorjahre schon niedergeschlagen wurde, Abstand nehmen zu wollen.

Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde  
i.A.

Durchschlag an

1. Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verband
  2. Israelitischer Tempel-Verband
  3. Neue Dammtor-Synagoge
- zur gefl. Kenntnisnahme.

**Nr. 6**

Der Pessach-Aufruf des Preußischen Landesverbandes

April 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 4 vom 8.4.1938, S. 9

Peßach-Aufruf des Preußischen Landesverbandes

Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden hat durch seinen stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Dr. A. Klee, an seine Mitgliedsgemeinden und andere Kreise ein Schreiben gerichtet, in dem es u.a. heißt: Diese (die Seder-Abende) stellen unsere schönste religiöse Familienfeier dar, die arm und reich, Verwandte und Fremde um den jüdischen Tisch vereinigt und in Gedanken und Gebet Jahrtausende überbrückt.

Schon während mehrerer Jahre hat daher der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden an alle ihm angeschlossenen Gemeinden und einen großen Kreis vereinsamt lebender Juden die Bitte gerichtet, dem Peßach-Fest hohe Aufmerksamkeit zu widmen und den Alten, den Müden, besonders aber unseren Jugendlichen die Sederfeier zu bereiten, denn nichts stützt uns ja mehr als das Festhalten an der Ueberlieferung unseres Volkes. Wir dehnen diesmal unsere Bitte aus auf alle, die von uns gegangen sind, um eine neue Heimat auf dem heiligen Boden Erez Jisraels oder sonstwo draußen in der weiten Welt zu finden.

Ihr Juden alle, die Ihr einmal zu uns gehört habt, vergeßt auch draußen unser Pessach-Fest nicht, wenn auch mancher von euch, von den Seinen getrennt, es mit bekümmelter Seele begehen mag. Seid unserer großen Vergangenheit würdig, feiert Pessach, haltet den Seder, genießt die Mazzo und die bitteren Kräuter, singt das Hallel und bereitet den Becher für Elia den Propheten, den Verkünder des Moschiach!

Wir wünschten wohl zu jedem einzelnen der vielen Tausende draußen ein persönliches Wort zu sprechen und sie zu bitten, an den Sederabenden ihrer alten Gemeinde in Liebe zu gedenken. Ich habe jüngst im westlichen Lande Europas den Kreis derer besucht, deren Vorväter vor Jahrhunderten von uns abgetrennt wurden. Die Marranen der Gegenwart haben bewiesen, daß das eine heilige Wort Adonai ausgereicht hat, ihre Herzen dem Judentum zu erhalten und sie zurückzuführen. Wer die große Freude mitempfanden durfte, als dort ein jüdisches Gotteshaus wieder errichtet wurde, dem ist die Gewißheit geworden, daß kein Zweig am Stamme Israel verdorrt, wenn wir es wollen.

Und weil dieser Wille auch in uns mächtig ist, halte ein jeder fest am Peßach, das in diesem Jahre am Abend des 15. April seinen Anfang nimmt, und sammle jüdische Menschen zur Feier um sich und halte den Seder! ...



## 23. Die Abwehr des Antisemitismus

### Nr. 1

Die Beschädigung jüdischer Geschäfte

12. Mai 1933

United States Holocaust Memorial Museum, Washington, DC, Osoby Fond 721  
(CV Archiv), Reel 112, Folder 2452, S. 47

Central-Verein  
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.  
Landesverband Norddeutschland  
Ortsgruppe Hamburg-Altona

Hamburg 11, d. 12. Mai 1933  
Beneckestr. 2

An die Zentrale des C.V.  
Berlin.

Wir erfahren soeben, dass in unserer Ortsgruppe Harburg gestern die Epa geschlossen worden ist.<sup>1</sup> Es hängt ein grosses Plakat in den Fenstern, worin die Angestellten den Rücktritt der Berliner jüdischen Leitung fordern.

In Hamburg sind in einigen jüdischen Geschäften gestern Nacht Fensterscheiben eingeschlagen worden, und zwar bei unserem Mitglied Alex Loewenberg, Papiergeschäft, und in der Sera, Direktion Schöndorff, etc. Der Schaden ist jedoch gering und trifft lediglich die Fensterscheibenversicherung, nicht die Geschäftsinhaber.

Centralverein deutscher Staatsbürger  
jüd. Glaubens, Ortsgr. Hamburg-Altona,  
i.A. Annie Bauer

[handschriftlicher Vermerk: ist ausgewertet]

### Nr. 2

Die »Antisemitische Äusserung einer Lehrerin«

⟨A⟩ 17. Mai 1933

⟨B⟩ 24. Mai 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 297 Bd. 21, Bl. 492, 495

1 Epa ist die Abkürzung des Firmennamens Einheitspreis AG, einer Kaufhauskette, die im gesamten Deutschen Reich verbreitet war.

〈A〉

[Sitzung des Vorstandes der Gemeinde am 17. Mai 1933]

[...]

antisemitische      Beschlossen, über die Äusserung der Lehrerin einer  
 Äusserung einer      Pflichtfortbildungsschule, die jüdische Religion sei unsittlich, die  
 Lehrerin              anzeigenden beiden jüdischen Schülerinnen nochmals  
                                  protokollarisch zu vernehmen und gegebenenfalls bei der  
                                  Landesschulbehörde Beschwerde zu führen.

[...]

〈B〉

[Sitzung des Vorstandes der Gemeinde am 24. Mai 1933]

[...]

antisemitische      Nach nochmaliger Vernehmung eines der beiden Mädchen,  
 Äusserung einer      welche über die Äusserung der Lehrerin einer Pflichtfortbildungs-  
 Lehrerin              schule, die jüdische Religion sei unsittlich, Klage geführt haben,  
                                  beschlossen, von einer Beschwerde abzusehen, s. Protokoll vom 17.5.

[...]

**Nr. 3**

Der dringende Appell an den Senat (Absendung unterblieben)

29. Mai 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 268,  
Bl. 282-290An einen Hohen Senat der Freien und Hansestadt Hamburg.<sup>2</sup>

Der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde als die berufene Vertretung der jüdischen Gesamtheit im hamburgischen Staate nimmt sich die Freiheit, einem Hohen Senate ergebenst das Folgende vorzutragen:

- 2 Das Schreiben ist vermutlich Mitte Mai 1933 entstanden. Das legen die im Text enthaltenen Bezüge nahe. Ein erster Entwurf lag dem Gemeindevorstand am 25. Mai 1933 vor. In seiner Sitzung am 28. Mai 1933 beriet der Vorstand den Text im Einzelnen, übertrug aber die endgültige Redaktion den Vorstandsmitgliedern Dr. Arnold Herzfeld, Dr. Siegfried Baruch und Rechtsanwalt Rudolf Samson. In seiner Sitzung am 29. Mai 1933 beschloss der Vorstand alsdann auf dringendes Anraten des hinzugezogenen Rechtsanwalts Dr. Hermann Samson, von der Eingabe abzusehen. Die Eingabe würde – auch in anderer Form – ohne nützen zu können, vielleicht noch Schaden anrichten. Vgl. StAHH, 522-1 Jüdische Gemeinden, 297 Bd. 2I, Bl. 499 f.



In den nächsten Wochen werden die hamburgischen Behörden bei der Durchführung einer Anzahl neuer Reichsgesetze schwerwiegende Entscheidungen zu fällen haben, von denen das Schicksal vieler Mitglieder unserer Gemeinde abhängt. Wir richten an einen Hohen Senat den Antrag, in dem grosszügigen Geiste, welcher die hamburgische Regierung stets ausgezeichnet hat,

die in Betracht kommenden Behörden anzuweisen, hierbei alle diejenigen Härten, welche nach Massgabe der Reichsgesetze und ihrer Durchführungsbestimmungen vermieden werden können, auch wirklich zu vermeiden.

Die Entscheidungen, welche unser Antrag betrifft, sind viel zu ernst und weittragend, als dass wir nicht die Dinge beim rechten Namen nennen sollten. Unter der allgemeinen Wirtschaftskrise hat mit der christlichen auch die jüdische Bevölkerung Hamburgs schon sehr gelitten. Der beste Beweis hierfür ist das Absinken ihrer Einkommensteuer, über welche das Landesfinanzamt erforderlichenfalls Auskunft geben kann. Durch eine Reihe von behördlichen Massnahmen und ihnen parallel laufenden Massnahmen zahlreicher Berufsorganisationen, privater Unternehmer und Geschäftsleute haben ferner seit Beginn der nationalen Revolution eine Anzahl von Juden ihre Existenzgrundlage verloren, ohne die Aussicht auf die Erlangung einer andern Stellung oder einer andern Verdienstmöglichkeit. Die Berufsumschichtung der Juden, die hier wie anderwärts unter dem Einfluss der veränderten Verhältnisse eingeleitet worden ist, kann erst in Jahren Abhilfe schaffen. Bei dieser Sachlage können wir nur die Bitte aussprechen, bei der Durchführung der Gesetze, soweit zulässig, jeder weiteren wirtschaftlichen Erschütterung der Juden Hamburgs vorzubeugen.

Wir machen kein Hehl daraus, dass wir diesen Antrag stellen zugunsten derjenigen Kreise, denen bei strengster Durchführung der genannten Gesetze die Existenzgrundlage völlig entzogen werden würde. Es ist unser Recht, uns für sie einzusetzen, und es ist unsere Pflicht, denn die Vertretung der allgemeinen jüdischen Interessen im hamburgischen Staate gehört zu den vornehmsten Aufgaben unserer Gemeinde.

Aber es geht bei unserm Antrage nicht nur um die Frage der Existenz, es geht um mehr, es geht um alles. Denn nach einem alten deutschen Worte hat alles verloren, wer die Ehre verloren hat. Und dafür hat gewiss der Senat in seiner Gesamtheit wie in seinen einzelnen Mitgliedern Verständnis, dass wir deutschen Juden uns durch die Ereignisse der letzten Monate am meisten und am tiefsten in unserer Menschenwürde, in unserer Ehre getroffen fühlen. Alle diejenigen, welche in der jüngsten Zeit aus ihren Stellungen entlassen worden sind, alle diejenigen, die aus ihren ehrenamtlichen Stellungen bei Behörden, in Vereinen, in Berufsorganisationen ausscheiden mussten, alle diejenigen, denen ihre geschäftlichen, oft Jahrzehnte alten Verbindungen mit einem Schläge aufgekündigt wurden, haben keine anderes Unrecht begangen, als dass sie Juden sind. Und doch ist das alles noch gering, denn was uns auch geschah, es waren letzten Endes zwar zahlreiche, aber immer vereinzelte Handlungen, Massnahmen einzelner, nicht an sichtbarer Stelle stehender, nicht verantwortlicher Personen. Jetzt aber geht es um die Ausführungen von Gesetzen, deren Durchführung ehrenhafte, vom Vertrauen ihrer Klienten getragene Männer aus ihren Berufen stossen und entehren

soll, und wir empfinden diese Kränkung und Herabwürdigung umso mehr in einer Zeit, in der niemand von der Mitarbeit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes ausgeschlossen sein sollte, des Vaterlandes, für dessen Verteidigung auch unsere Väter und unsere Söhne die Waffen getragen, Schulter an Schulter mit ihren christlichen Kameraden gekämpft und geblutet haben und gestorben sind.

Es bedarf aber überhaupt keines Hinweises auf das gemeinsame Erlebnis des Krieges, denn wir sind stolz darauf, auf die besondere nahezu 300 Jahre alte Verbundenheit der hamburgischen Juden mit ihrer Vaterstadt hinweisen zu können. Wir verschliessen keineswegs unsere Augen vor der Tatsache, dass diejenigen Kreise, welche heute die Geschicke des deutschen Volkes lenken und bestimmen, über den Anteil der Juden an der deutschen Kultur und der deutschen Wirtschaft ihr eigenes Urteil haben. Aber auch sie werden in der ritterlichen Gerechtigkeit, welche das Erbteil und der Ruhm des deutschen Volkes ist, nicht ernstlich die Verdienste der hamburgischen Juden um die Entwicklung, das Gedeihen und die Blüte ihrer Vaterstadt bestreiten und verkleinern wollen. Wir wollen nicht an das erinnern, was unsere Väter für die Entwicklung des hamburgischen Handels und die Bedeutung des hiesigen Platzes in der vornapoleonischen Zeit geleistet haben, vielmehr begnügen wir uns mit einigen wenigen Hinweisen auf Hamburgs Geschichte in den letzten 100 Jahren. Der Wiederaufstieg Hamburgs nach dem Brande von 1842 und die Überwindung der grossen Krise von 1857 sind nicht denkbar ohne die Persönlichkeit Salomon Heines – in dem Hamburger Gabriel Riesser besass das Frankfurter Parlament einen seiner bedeutendsten Köpfe; wir erinnern an die Kaiserrede, die er am 21. März 1849 als Berichterstatter für den Verfassungsentwurf des Parlaments hielt – kein geringerer als Bismarck war es, der den Hamburger Dr. Isaak Wolfsohn als einzigen Anwalt in die Kommission zur Vorbereitung des BGB berief – von der literarischen Gesellschaft, die das geistige Leben Hamburgs in den letzten Jahrzehnten beherrscht hat, sowie von der Entwicklung des hamburgischen Schulwesens ist der Name Jacob Loewenbergs ebenso wenig zu trennen wie der Name Albert Ballins von der Entwicklung der hamburgischen Schifffahrt. Wir erinnern ferner an die zahlreichen Beweise echten Bürgersinnes hamburgischer Juden: an die Marcus Nordheim-Stiftung in Sahlenburg, an die Henry und Emma Budge-Stiftung, an die der Inflation zum Opfer gefallene Herman Heinesche Stiftung, an das Heinesche Asyl. Wir erinnern an den Anteil, den jüdische Männer bei der Begründung der hamburgischen Wissenschaftlichen Stiftung und später bei der Begründung der hamburgischen Universität hatten, an die Schöpfung der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg und an das Krankenhaus unserer Gemeinde, das seit seiner Gründung bis auf den heutigen Tag im Dienste der gesamten hamburgischen Bevölkerung steht.

Ein deutscher Geschichtsschreiber Ranke hat einmal gesagt, dass es das Grösste, was einem Menschen begegnen könne, sei, in der eigenen Sache die allgemeine zu verteidigen. Deshalb erfüllen wir wohl in den hier noch folgenden Ausführungen vielleicht auch in den Augen eines Hohen Senates eine vaterländische Pflicht. Die Art und Weise, wie das deutsche Volk die Stellung der in seiner Mitte lebenden Juden

regelt, ist selbstverständlich eine innerdeutsche Angelegenheit. Wir wünschen und wir haben, wie dem Senate bekannt sein dürfte, in dieser Richtung das in unsern Kräften stehende getan, dass das Ausland sich in diese innerdeutsche Angelegenheit nicht einmischt. Wir können aber nicht verhindern, dass es sie mit Aufmerksamkeit verfolgt und nach ihnen sein Verhalten dem deutschen Volke gegenüber einrichtet. Ganz besonders – das brauchen wir einer hamburgischen Regierung nicht zu sagen – blickt das Ausland auf die Vorgänge in unserer Vaterstadt, die seit je Inland und Ausland miteinander verbindet, und hier vor allem wieder auf die Pflege des Rechts und die Rechtsprechung in Hamburg. Darum weisen wir in aller Offenheit auf die Bedeutung hin, welche die hamburgische Praxis bei der Ausführung der in Rede stehenden Gesetze in den Augen des Auslandes haben kann.

Endlich erinnern wir an die innerhamburgischen wirtschaftlichen Rückwirkungen, welche der wirtschaftliche Rückgang eines Bevölkerungsteils von immerhin doch einiger Bedeutung unweigerlich zur Folge haben muss. Es ist doch nicht so, dass die jüdische Bevölkerung Hamburgs einen in sich geschlossenen wirtschaftlichen Körper darstellt, dessen Niedergang ohne Einfluss auf seine Umgebung bleiben könnte. Vielmehr sind wie im ganzen Vaterlande auch die hamburgischen Juden mit dem Wirtschaftsleben ihrer Umgebung tausendfältig verflochten, und die Erschütterung ihrer Existenz wird mit zwingender Notwendigkeit in der Gesamtheit sich auswirken. Das wird mit aller Deutlichkeit erst klar werden, wenn die infolge der bisherigen behördlichen und privaten Massnahmen drohende Verarmung und Verelendung der bereits getroffenen Kreise erkennbar wird. Es liegt daher im allgemeinen Interesse dieser Entwicklung, die von der Reichsregierung und von den Landesregierungen nicht gewünscht sein kann, mit allen Kräften dort zu begegnen, wo ihr Einheit geboten werden kann, und das kann geschehen, wenn bei der Ausführung der in Rede stehenden Gesetze gemäss unserm Antrage verfahren wird.

#### Nr. 4

Die Auflösung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus

7. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 260, 260 a

**Verein zur Abwehr des Antisemitismus e.V.**  
BERLIN W 57, ELSSHOLZSTR. 21

Ein Abschiedswort an unsere Mitglieder

Nichts hat der Verein seit seiner vor 42 Jahren erfolgten Gründung sehnlicher erwünscht als die Möglichkeit seiner Auflösung wegen Erfüllung seiner Mission. Jetzt muß er sich auflösen, weil die Weiterarbeit unmöglich geworden ist.

Nach einem Sieg von ungewöhnlichem Ausmaß erhebt die Nationalsozialistische Partei als eigentliche Trägerin der nationalen Revolution den unbedingten Totalitätsanspruch, der keine Partei oder Organisation des politischen oder kulturellen Lebens duldet, die nicht auf nationalsozialistischem Boden entstanden oder in das Gefüge des nationalsozialistischen Apparates einzugliedern ist. Diesem Totalitätsanspruch haben sich selbst die Verbündeten der NSDAP. gebeugt, ihm gegenüber muß auch der Abwehrverein die einzig mögliche Konsequenz, nämlich die der Auflösung, ziehen.

[...]

Wird nun auch unser Verein als Organisation zu bestehen aufhören, so glauben wir doch daran, daß die Ideale, die unserer Arbeit letztlich Triebkraft waren, ewig Bestand haben werden: Die Wahrheit, Gerechtigkeit und die religiös oder sozial verwurzelte Menschlichkeit. Auch die neue Führung Deutschlands bekennt sich zu diesen Maximen und wird sie auf die Dauer auch in die Behandlung der Judenfrage zur Geltung bringen. Wir verzeichnen mit einiger Hoffnung, daß in der maßgeblichen völkischen Presse die Angriffe gegen das Judentum selten geworden sind, und wir erlebten in den Tagen des Boykotts der jüdischen Geschäfte und der Ausschließung jüdischer Beamter, Anwälte, Aerzte, Künstler usw. zahlreiche Beispiele menschlicher Anteilnahme und Hilfsbereitschaft von Nichtjuden, auch solchen, die die braune Uniform tragen. Solche Zeichen sind uns ein Beweis, daß unsere Arbeit doch nicht umsonst gewesen ist.

[...]

Wir hatten den Wunsch, in einer letzten Nummer unserer Zeitschrift ausführlich zu sagen, was uns in diesen Tagen rückblickend und vorschauend bewegt; es ist aus zwingenden Gründen nicht durchführbar. So bitten wir unsere Mitglieder um zahlreichen Besuch unserer Mitgliederversammlung am 7. Juli und wollen uns von jenen Freunden, die dorthin nicht kommen können, heute verabschieden, indem wir ihnen warmen Herzens danken für ihre treue Anhänglichkeit und opfervolle Mitarbeit.

Verein zur Abwehr des Antisemitus e. V.  
i.A. Dr. Horlacher

### Nr. 5

Die Ritual-Sondernummer des *Stürmers* vom 1. Mai 1934

14. Mai 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 329 a, Bl. 86

[Sitzung des Vorstandes am 14. Mai 1934]

[...]

Es findet eine Erörterung darüber statt, dass die Eingabe des Vorstandes vom 3.5. an den Leitenden Regierungsdirektor der Polizeibehörde wegen der am 1.5. erschienenen

Nummer des Stürmers, sowie eine weitere Eingabe des Vorstandes, des C.V. und des Frontsoldatenbundes an die Staatspolizei vom 5.5 in gleicher Sache unbeantwortet geblieben sind und dass durch Vorkommnisse der jüngsten Tage erneut Beunruhigung in die Kreise der deutschen Judenheit getragen wurde.<sup>3</sup> Verschiedene in Vorschlag gebrachte Schritte werden als untunlich erachtet, weil sie z.Zt. keinen Erfolg versprechen. Etwaige Schritte bei christlichen Geistlichen sollen den Rabbinern der Kultusverbände überlassen bleiben.

## Nr. 6

Antisemitische Lieder am Grindel

22. Mai 1934

United States Holocaust Memorial Museum, Washington, DC, Osoby Fond 721 (CV Archiv), Reel 112, Folder 2452, S. 106

Ivan Jacobsohn,<sup>4</sup>  
Werderstr. 4.

An die  
Deutsch-israelitische Gemeinde,  
H a m b u r g .

Hierdurch möchte ich höfl. anfragen, ob die löbl. Gemeinde wohl in der folgenden Angelegenheit etwas unternehmen kann. Als Bewohner einer Wohnung, die zum Grindelberg liegt, höre ich täglich und besonders am Sonntag die verschiedenen Formationen wie S.A., S.S. und besonders Hitlerjugend mit Gesang durch die Strassen ziehen. Es fällt nun hier besonders auf, dass fast immer die Lieder gesungen werden, die judenfeindliche Texte enthalten, wie: Deutschland erwache – und Juda den Tod, oder »Wenn das Judenblut vom Messer spritzt« usw. Soweit ich unterrichtet bin, sollen diese Lieder nicht gesungen werden und möchte ich daher anfragen, ob es evtl. möglich ist, dass [man] von Seiten der Gemeinde aus einmal bei den be-

- 3 Der *Stürmer* brachte am 1. Mai 1934 eine Sondernummer heraus, welche den sogenannten Ritualmord der Juden behandelte. Die Sondernummer war durch Flugblätter angekündigt worden. Bereits am 26. April 1934 hatte die Reichsvertretung der deutschen Juden beim Reichsministerium des Innern protestiert. Außerdem hatte man sich telegrafisch unmittelbar an Hitler gewandt. Anfang August 1934 befasste sich der *Stürmer* erneut mit dem »Ritualmord« der Juden. Der Vorstand der Gemeinde beschloss wiederum, sich schriftlich an die Polizeibehörde und an die Gestapo zu wenden.
- 4 Ivan Jacobsohn (geb. 29.6.1903 in Hamburg) wurde am 8. November 1941 nach Minsk deportiert und ermordet; Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 190.

treffenden Stellen vorstellig wird und versucht zu verhindern, dass diese Gesänge gesungen werden. Ich weiss nicht, ob die Gemeinde sich mit derartigen Dingen befasst, die in das politische Leben eingreifen, ich wäre jedoch sehr dankbar, wenn dieses geschehen würde, denn ich glaube nicht, dass man auf die Beschwerde einer Einzelperson etwas geben würde.

Ich glaube bestimmt, dass ich hierbei im Sinne vieler unserer Glaubensgenossen spreche.

In Erwartung Ihrer gesch. Antwort zeichne ich

hochachtungsvoll

Ivan Jacobsohn.

### Nr. 7

Der Protest gegen antisemitische Äußerungen von Gauleiter Julius Streicher

31. Januar 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 2 vom 18.2.1935, S. 1; Otto Dov Kulka (Hrsg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvereinigung der deutschen Juden 1933-1939, Tübingen 1997, S. 189 f.

### Die Ehre der deutschen Juden!

Auch das überwältigende Ergebnis der Saarabstimmung hat zu unserem schmerzlichen Bedauern dem Gauleiter Julius Streicher dazu gedient, in einer Rede in Nürnberg uns Juden zu diffamieren.

Er tat dies mit folgenden Worten:

Der Jude Max Braun war Beauftragter der jüdischen Rasse, des jüdischen Volkes. Er war beauftragt, zu verhindern, daß das Saarvolk zum Mutterland zurückkehre. Ihr Nürnberger, Deutsche, vergeßt nie: ein Jude war es, der an der Spitze des Terrors stand, ein Jude war es, der mit dem Geld der Judenbanken und der jüdischen Weltbörse glaubte, dem deutschen Volke das Unglück bringen zu können, daß hunderttausende Deutsche für immer dem deutschen Volk genommen werden. Jawohl, wollen wir nie vergessen: ein Jude stand an der Spitze der Schande, die wir erlebten.

Dem gegenüber erklären wir: **Dies ist nicht wahr** – und stellen fest: Max Braun ist weder Jude, noch jüdischer Abstammung.

In derselben Rede hat der Gauleiter Streicher Dr. Walter Rathenau die Worte in den Mund gelegt:

300 Männer, die sich gegenseitig kennen und durch das Blut verbunden sind, regieren die Geschicke der Welt.

Dem gegenüber stellen wir fest: Die Äußerung Rathenaus (in seinem Buche »Zur Kritik der Zeit, Berlin 1912, Seite 206) lautet:

300 Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die Wirtschaftsgeschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung.

Die Worte »durch das Blut verbunden« hat Rathenau nicht gebraucht.

**Wann endlich** werden solche, uns tief verletzenden Ausstreuungen **ein Ende nehmen?!**

Zur **Wahrung unserer Ehre** bleibt uns nichts als feierlicher Protest!

Die Reichsvertretung der deutschen Juden

Baack      Hirsch

### Nr. 8

Antisemitische Lieder

24. Mai 1935

United States Holocaust Memorial Museum, Washington, DC, Osoby Fond 721 (CV Archiv), Reel 112, Folder 2452, S. 17

CENTRALVEREIN  
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.  
Landesverband Nordwestdeutschland

Hamburg 13

Beneckestr. 2 p. I

An den

Centralverein,

Berlin.

Betrifft

Antisemitische Lieder.

Tag

24.5.35

Der Unterzeichnete hatte sich heute bei dem Führer der SA Gruppe Hansa, Brigadeführer Fuhst<sup>5</sup> angemeldet, um in obiger Angelegenheit eine Rücksprache zu haben.

<sup>5</sup> Herbert Fust (1899-1974) trat 1930 in die SA und die NSDAP ein. 1933 wurde er zum SA-Brigadeführer ernannt. Er war von September 1933 bis Oktober 1939 und erneut von Januar 1942 bis 1945 Führer der SA-Gruppe Hansa in Hamburg sowie mit dem Amt eines Hamburgischen Staatsrates ausgezeichnet. Von 1933 bis Kriegsende gehörte er dem Deutschen Reichstag als Abgeordneter der NSDAP an. Nach 1945 wurde Fust interniert und 1952 in Wiesbaden wegen Landfriedensbruchs und Anstiftung zur Brandstiftung angeklagt, er musste jedoch aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden.

Der Brigadeführer selber war nicht zu sprechen. Die Rücksprache fand alsdann mit einem Sturmhauptführer dem Adjutanten des Brigadeführers statt, die jedoch zu 90 % negativ ausfiel. Wir haben uns gelegentlich dieser Rücksprache auf die Rundschreiben »Recht und Wirtschaft« Beleg. Nr. 29 und 30 bezogen, ohne dass der Unterzeichnete in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer des Landesverbandes aufgetreten ist. Über die sehr ausgedehnte Unterredung werden wir Ihnen in kürze mündlich berichten.

(gez.) Eichholz, Dr.

### Nr. 9

Die staatliche »Machtlosigkeit« gegenüber Boykottmaßnahmen

29. Juli 1935

United States Holocaust Memorial Museum, Washington, DC, Osoby Fond 721 (CV Archiv), Reel 112, Folder 2452, S. 5

### CENTRALVEREIN

deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.  
Landesverband Nordwestdeutschland

Hamburg 12

Beneckestr. 2 p. I

An den

Centralverein

Berlin.

Betrifft

Boykott

Tag

29. Juli 1935

Herr Dr. Hannes Kaufmann, Arbeitsgerichtsdirektor a.D., der sich nach seiner Verabschiedung aus dem Staatsdienst als freier Syndikus niedergelassen hat und eine Reihe von Geschäften, insbesondere in arbeitsrechtlichen und Boykottfragen vertritt, zeigte uns heute das Schreiben des Syndikus eines der größten Einkaufsverbände Deutschlands. Den Inhalt dieses Schreibens, der sicherlich für Sie von Interesse sein dürfte, teilen wir Ihnen nachstehend sinngemäß mit.

Der Einkaufsverband bzw. dessen Syndikus hatte vor wenigen Tagen eine längere Aussprache mit Herrn Assessor Dr. Baetzgen im Reichswirtschaftsministerium. Herr Dr. Baetzgen war mit Rücksicht auf die zzt. herrschenden Boykottwellen, gegen die das Reichswirtschaftsministerium zum Teil machtlos ist, ausserordentlich



resigniert. Es besteht seit kurzer Zeit auf Ersuchen des RWM ein Runderlaß des Geheimen Staatspolizeiamts in Berlin an alle Staatspolizeistellen des Reiches, wonach – unbeschadet der Aufklärung der Judenfrage – Boykottexzesse und insbesondere antisemitische Demonstrationen zu unterbleiben hätten. Dieser Erlaß ist allen Staatspolizeistellen im Lande bekannt gemacht worden. Wenn trotzdem Exzesse und antisemitische Übergriffe vorkommen, so ist dieses auf die Machtlosigkeit der einzelnen örtlichen Polizeibehörden zurückzuführen. Wie in diesem Brief weiter mitgeteilt wurde, soll in vielen Fällen die Boykottpropaganda dadurch weiter betrieben worden sein, daß man zunächst die Geschäftsbücher beschlagnahmt, dann auf Grund der Geschäftsbücher die Kunden festgestellt und diese in einer Liste veröffentlicht hat. Alsdann wurden die Geschäftsbücher wieder zurückgegeben. Gegen den Verkauf des Stürmers und die durch den Stürmer betriebene Propaganda läßt sich mit Erfolg nichts unternehmen. Dagegen hat man das Photographieren der Kunden vor jüdischen Geschäften in vielen Fällen unterbunden.

In vorzüglicher Hochachtung  
Centralverein  
deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens e.V.  
Landesverband Nordwestdeutschland  
Eichholz, Dr.



## 24. Jüdische Frauen

### 24.1 Die Versuche einer Neuorientierung

#### Nr. 1

Neue Aufgaben der »älteren jüdischen Frau«

29. Oktober 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 44 vom 29.10.1936, S. 2

Frieda Vallentin:

#### DIE ÄLTERE FRAU

Die Entwicklung unseres jüdischen Lebens hat nicht nur bei unserer Jugend eine große Wandlung hervorgebracht – wenn wir uns der kurzvergangenen Zeit und ihrer Probleme des Alterns – oder besser gesagt – des Jungbleibens erinnern, so haben die Ereignisse einschneidend in das Leben der älteren Frau eingegriffen.

Das Bestreben, die Altersgrenze der Frau höher heraufzurücken, »die Jugend der Frau zu strecken«, hatte sich aller Frauen bemächtigt. Die Anzahl der Frauen, die im Berufsleben stehen, war gewachsen. Damit hatte sich die Altersgrenze stark nach oben verschoben. Um im öffentlichen Leben bestehen zu können, mußte auch die äußere Erscheinung der Frau die Altersgrenze verlegen. Man huldigte der nicht unberechtigten Ansicht, daß eine Frau alt wird, wenn es ihr gleichgültig ist, daß andere sie dafür halten.

Das aber war keiner Frau gleichgültig. Mode, Zeitvertreib, Interessenkreis, erhöhte Körperkultur, Sport und eine gewisse in ruhigen Bahnen sich bewegende Sicherheit des Auftretens und der Lebensführung brachten auch der älteren Frau eine Unabhängigkeit ihrer Stellung, die ihr eine in der vorangegangenen Epoche nicht gekannte Selbständigkeit gab. Sie war nicht mehr auf Mann oder Familie, auf Begleitung oder Betreuung so stark angewiesen wie einst und lebte ihr Leben als ältere Frau nach dem Stil der Jugend.

Die Jugend hatte sich Dinge erobert durch Sport, durch Kameradschaftlichkeit des Verkehrs, durch eine gewisse Unabhängigkeit von der Familie, die auch den Älteren erstrebenswert erschien. Sie wollten nicht zum alten Eisen gerechnet werden. Ihre körperliche und geistige Beweglichkeit suchte Einsamkeit und Langeweile zu verbannen. Sie wollten mittun mit den Jüngeren und versuchten nun, über das wahre Alter hinaufzutauschen. Die Versorgung für ihre Lebensführung war meistens gewährleistet oder die eigene Erwerbstätigkeit sicherte ihr die Unabhängigkeit.

So wurde die Generation der älteren Frauen zwar oft genug belächelt, wenn sie mit aller Macht und allen Machtmitteln die Altersgrenze hinauszurücken versuchte, bald zu ihrem Vorteil, bald zu ihrem Nachteil.

Was noch die vorhergehende Generation der Urgroßmütter als Glück des Lebens betrachtete: sich dem Altern in Sorglosigkeit hingeben zu können, den Lebensabend mit Kindern und Kindeskindern genießen zu können, das schien der älteren Frau, den Großmüttern unserer Generation ein bißchen altväterlich (besser gesagt, »almütterlich«) und sie suchten sich zu emanzipieren.

Die Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. Heute würde es diesen Großmüttern wohl wieder als das erstrebenswerteste Ziel erscheinen, mit den Kindern zusammen alt zu werden.

Mit der großen Umwälzung in unseren jüdischen Verhältnissen ist auch Freud und Leid der älteren Frau in andere Bahnen gelenkt worden.

Sie trauern heute nicht mehr der verlorenen Jugend nach oder bekämpfen, nur um zu täuschen, das Altwerden. Sie bekennen sich offen und ehrlich zu ihrem Alter. Die einen, die noch arbeiten und sich regen müssen, sind stolz darauf, daß ihre Jahre ihnen noch die Tätigkeit, Arbeitsmöglichkeit und Tüchtigkeit belassen – die anderen suchen Mitleid hervorzurufen, welches alternden und gebrechlichen Menschen, vielleicht vom Schicksal besonders hart erfaßten, gewährt wird.

»Kein Unglück ist so groß, es trägt sein Glück im Schoße«: Was unsere heutigen älteren Frauen auszeichnet: das ist das Zurückfinden in jene Sphäre, in jene Atmosphäre, die im Einklang steht mit dem Aelterwerden und den Jahren angepaßt ist. Gewiß, die Zeiten der Sorglosigkeit sind dahin. Aber die neue Zeit hat den älteren Frauen Mittel und Aussichten gegeben, daß ihr Leben nicht inhaltlos und grau wird und noch seinen Zweck erfüllt. Zunächst in der Familie. Als Frau und Mutter, Großmutter, ja selbst als Schwiegermutter in dieser einst bewitzelten ominösen Stellung hat sie sich wieder jenen Platz erobert, der der älteren Frau zukommt. Mit Rat und Tat, mit mütterlicher und hausfraulicher Kraft stützt sie die ihren. So manches großmütterliche Haus hat den bedrängt gewordenen Kindern und Kindeskindern wieder Stätte und Heim gegeben. Mit ihren Erfahrungen im Haushalt, mit ihrer Kochkunst, als Pflegerin und Unterweiserin der Kinder ersetzt sie die mangelnde Haushaltshilfe. Sie gibt nicht nur aus dem reichen Born ihres Wissen und Könnens, sie vermag auch – noch im Judentum wurzelnd – mit Frömmigkeit und Gottgläubigkeit die Unwissenden und Entmutigten aufzurichten.

Viele der älteren Frauen entdecken auch die Fähigkeit für Wohlfahrtspflege und Armenhilfe. Sie stellen sich in den Dienst der Allgemeinheit und helfen durch Arbeitskraft und Hilfsbereitschaft Not lindern und Kräfte für andere sparen. – Die Freuden der älteren Frau sind wieder beschaulichere, stillere, nach innen gekehrtere geworden. Die lauten Vergnügungen sind aufgegeben zugunsten von ernsteren Zerstreuungen bei Vorträgen oder Lehrkursen des Jüdischen und des Schicksalsgemeinsamen. Vernachlässigte Sprachstudien werden wieder mit Eifer aufgenommen. Man wendet sein Interesse wieder einem guten Buch zu. Die Ereignisse im jüdischen Leben an der allgemeinen Situation in aller Welt begegnen durch das Lesen von jüdischen Zeitungen regerem Interesse. Auch das Aufrechterhalten der Korrespondenz mit den Ausgewanderten nimmt wieder einen größeren Spielraum ein.

Großmütter sind wieder Großmütter geworden! Die Sorge und die Liebe zur Familie haben die älteren Frauen wieder auf jenen Weg zurückgeführt, der ihnen von Natur vorgeschrieben ist und abtun lassen, was in des Wortes wahrster Bedeutung »übertüncht« war.

Im Mitleben und Mitlieben, im Mithelfen und Mitraten, im Lernen und Lehren, wo immer eine ältere Frau aus dem Schatz ihrer Erfahrungen abgeben kann, schafft sie sich neue Freuden, neue Betätigung, einen neuen Lebens- und Wirkungskreis. In der Wandlung der älteren Frau ist ihr ein neues Glück beschieden, das nicht mehr, wie noch vor nicht allzu langen Tagen, darin gipfelt: »Wie bleibe ich jung und schön?«

## Nr. 2

Die Probleme der Frauenauswanderung

Dezember 1936

Blätter des Jüdischen Frauenbundes 12/1936, Nr. 12, S. 1f.

### FRAUENAUSWANDERUNG

Diese Nummer stellt einen ersten Versuch dar, die Frage der Frauenauswanderung in der jüdischen Öffentlichkeit zur Aussprache zu stellen.

Daß diese Fragen der Erörterung bedürfen, braucht gewiß nicht begründet zu werden. Viel eher ist es nötig, darzulegen, weshalb diese Klärung erst heute – und auch jetzt nicht ohne Vorbehalt – erfolgt.

In dem Gesamtproblem der Auswanderungsfragen wurde das besondere Problem der auswandernden Frau oft teils übersehen, teils nicht ganz richtig erkannt. In manchen der hier folgenden Aufsätze sind Belege hierfür absichtlich nicht ausgemerzt, weil sie typische Ansichten darstellen und daher gehört – und widerlegt werden sollen.

Der Jüdische Frauenbund weiß um die Nöte, die eine überwiegend männliche Auswanderung zur Folge haben muß, – Nöte, die sowohl die männliche Jugend im fernen Land wie die zurückbleibende weibliche Jugend treffen. Er fühlt sich verpflichtet, die Aufmerksamkeit nicht nur der jungen, sondern vor allem der älteren Generation auf diese Nöte hinzulenken.

Aber indem er sich an die Eltern unserer Kinder, vor allem an die Eltern von Töchtern, wendet, sieht er die Bindungen, spürt er die Hemmungen, die – viel stärker als für die männliche Jugend – die Frage der Mädchenauswanderung problematisch machen und vermag daher nicht nur »veralterte Einstellung« und Unverständnis darin zu erblicken. Das Hierbleiben der Mädchen erklärt einmal die ganz nüchterne Tatsache, daß diejenigen, die man draußen begehrt: die hauswirtschaftlich-tüchtigen, die Mädchen mit gewerblichen oder sozial-pflegerischen und sozial-

pädagogischen Berufen, auch hier in Deutschland gebraucht werden. Sie finden – im Gegensatz zu der männlichen Jugend – hier innerhalb der jüdischen Gemeinschaft noch Arbeit und oft sogar einen sie innerlich ausfüllenden Beruf. Es kommt hinzu, daß auf einer großen Zahl von Mädchen und Frauen heute die Erhaltung ihrer Familien ruht: auf ihrem Verdienst oder auf ihrer Arbeitskraft, die sie in der eigenen Familie betätigen. Daß die weibliche Jugend sich der älteren Generation – und nicht nur den eignen Eltern, sondern allen denen, die zurückbleiben müssen – vielleicht noch stärker verbunden fühlt als die Söhne es tun, liegt wohl in der weiblichen Psyche begründet. Auf diesen Wesenszug wird hier aber im Besonderen hingewiesen, um der älteren Generation vor Augen zu halten, daß sie dieses Opfer – auch wenn es nicht als solches empfunden wird – nur bis zu einer gewissen Grenze annehmen darf. Abgesehen von besonders gelagerten Ausnahmefällen wird der normale Weg der weiblichen Jugend dem der männlichen parallel gehen müssen. Die Jugend muß ihr Schicksal gemeinsam tragen und gestalten, wird sich gemeinsam eine neue Heimat suchen müssen. Aber wenn es gelänge, daß jedes Mädchen eine bestimmte Zeit dem »Familiendienst« widmet, d.h. in der eigenen oder einer fremden Familie lernt und arbeitet, so wäre das nicht nur für die Berufs-, sondern auch für die Lebensvorbereitung unserer weiblichen Jugend außerordentlich günstig, – und würde die ältere Generation immer wieder mit Jugend in Berührung bringen.

In ein Land sind bisher wenigstens annähernd so viele weibliche wie männliche Jugendliche gewandert: nach Palästina. Und zwar aus dem sehr verständlichen Grund, weil Palästina keine »Fremde« ist, weil dort jüdische Menschen und ein jüdisches Gemeinschaftsleben unsere Jugend erwarten. Daß gerade die Jugend alijah der Verantwortung einer Frau untersteht, wird mancher Mutter, die ihre Kinder nach Palästina ziehen sah, den Trennungsschmerz erleichtert haben. Und über dieses Land gibt es unzählige Schilderungen. Auch wer noch nicht in Palästina war, kann sich vom Leben dort eine Vorstellung machen.

Aus anderen Ländern aber fehlte es noch an derartigen Berichten, und auch aus diesem Grunde haben wir bisher die Frage der Frauenauswanderung zurückgestellt. Soll eine derartige Aussprache konkrete Ergebnisse zeitigen, so muß sie sich auf Unterlagen stützen. Diese Unterlagen verdanken wir einmal dem Hilfsverein der Juden in Deutschland, der auswandernden und ausgewanderten Männern und Frauen Fragebogen sandte, auf denen – mit auf Anregung des J. F. B. – Fragen der Lebenshaltung und Lebensführung weitgehend berücksichtigt sind. Darüber hinaus hat der J. F. B. von Mitarbeiterinnen im Ausland eine Reihe wertvoller Berichte erhalten.

In diesen Berichten wird nicht nur die Auswanderung junger Mädchen behandelt, sondern es werden auch hier und da Möglichkeiten für nicht mehr ganz junge Frauen gezeigt. Einige der Schreiberinnen gehören zu dieser Frauengeneration, deren männliche Arbeitskameraden im Weltkrieg kämpften – und zu Tausenden ihr Leben ließen. Wenn diese Frauengeneration sich zahlenmäßig nicht stärker an der Auswanderung beteiligt hat, so gilt gerade für sie sehr wesentlich, was über die Bin-

ding der Frau an die Zurückbleibenden gesagt wurde. Es kommt hinzu, daß auch im Ausland die Frau zwischen 40 und 50, die nicht ganz besondere Fähigkeiten nachzuweisen vermag, nicht leicht Ansatzpunkte findet, – und daß sie oft das Gefühl hat, Jüngeren, die nicht nur Arbeit suchen, sondern auch ein persönliches Lebensglück erhoffen, den Vortritt lassen zu müssen.

Schon allein aus Raumgründen kann dieses Heft die Frage der Frauenauswanderung auch nicht annähernd erschöpfen. Es behandelt vorwiegend die Berufsmöglichkeiten der alleinstehenden Frau. Was die Ehefrau und Mutter für die Eingewöhnung der gesamten Familie, für ihr Heimischwerden und Vorwärtskommen bedeutet, wird nur gestreift, – und kann nicht oft genug betont werden.

Es mußte in diesem Heft davon Abstand genommen werden, die Ausbildungsstätten zu schildern, die unsere Mädchen für die Auswanderung vorbereiten. Die Hachscharah-Zentren des Hechaluz und der Jugendalijah, das Auswandererlehrgut Groß-Breesen wären dabei an erster Stelle zu nennen. Aber aus allen hier folgenden Berichten wird deutlich, daß die praktische, geistige und rein-menschliche Ausrüstung, die wir unseren Mädchen mitgeben müssen, nicht an diese Stätten gebunden ist. Übereinstimmend wird gefordert: gute sprachliche Vorbereitung, gründliches hauswirtschaftliches Können und möglichst noch eine weitere qualitativ gute Berufsausbildung.

Als Haltung: Anpassungsfähigkeit gepaart mit der Sicherheit der Selbständigkeit – ein Erziehungsziel, das an unsere Mädchen- und Jugendausbildungsstätten noch manche Aufgabe stellt.

Unser Blatt wendet sich vor allem an die Mütter, sie bilden die Mehrzahl unserer Leser. Ihnen sollen die Aufsätze dieses Heftes nicht nur zur Orientierung dienen, sondern sie sollen die Beruhigung gewinnen, daß in den Ländern, von denen hier berichtet wird, auch jüdische Frauen leben und arbeiten, die unseren Töchtern Rat und Hilfe geben wollen. Unsere Freunde im Ausland aber bitten wir, mit diesem Blatt weitere Menschen zu finden, die diese Berichte ergänzen und dazu beitragen, daß der auswandernden Jugend – und ihren zurückbleibenden Eltern – die fern en Länder nicht lange fremde Länder bleiben.

Hannah Karminski

**Nr. 3**

Das Recht der Frau auf politische Teilhabe

15. Januar 1937

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 1 vom 15.1.1937,  
S. 2

Ottilie Schönewald, Vorsitzende des Jüdischen Frauenbundes in Deutschland<sup>1</sup>:

### **Die Gemeinde und die Frauen**

[...]

Auf sozialem Gebiet hat man von jeher dem Wirken der Frauen den weitesten Spielraum gewährt. Hier konnten sie auch durch deutlich sichtbare Eigenleistungen ihren Befähigungsnachweis erbringen. Aber immer mehr zeigt sich die Notwendigkeit, alle Hilfskräfte zusammenzufassen. Die Not ist zum Gemeinschaftsschicksal geworden, dem nur durch einheitliche Planung und Leistung begegnet werden kann. Führend wird hierbei die Gemeinde sein. Hat man das auf seine Auswirkungen hin einmal durchdacht, so erübrigt es sich, Einzelaufgaben zu nennen, um ein Mitbestimmungsrecht der Frauen als Notwendigkeit erscheinen zu lassen. In Groß- und Mittelgemeinden wird man versuchen müssen, dem Notstand durch vermehrte Einstellung von sozialen Berufskräften entgegenzuwirken. Um so nötiger ist es, daß Frauen daneben durch ehrenamtliche Mitarbeit das Gefühl dafür wachhalten, daß Dienst am Nächsten eine sittliche Verpflichtung aller bedeutet und eine Bürokratisierung der Sozialarbeit vermieden werden muß.

Man wird einwenden können, daß man zur Erfüllung dieser Pflichten nicht Mitglied der Gemeindegörperschaften zu sein brauche. Aber wenn man eine bestimmte Gruppe ausschließt von einem Pflichtenkreis, so enthebt man sie auch der Verantwortung dafür – und Verantwortung ist die stärkste Triebkraft für jede Leistung. Daneben muß jede vollgültige Arbeit sich auf der Kenntnis der Verhältnisse aufbauen. Nur wenn »die Frau«, die Gemeindevertreterin, Einblick in die Zusammenhänge gewinnt, können »die Frauen« durch ihre Vermittlung ihre Kräfte in der richtigen Weise einsetzen.

<sup>1</sup> Die Politikerin und Verbandsfunktionärin Ottilie Schönewald (1883-1961) war von 1919 bis 1926 Stadtverordnete in Bochum und Mitglied des Reichsparteiausschusses der DDP/DStP. Ihr besonderes Engagement betraf Frauenfragen. Sie war 1906 in den Jüdischen Frauenbund eingetreten, Hauptvorstandsmitglied des CV, Vorstandsmitglied der Vereinigung für das liberale Judentum, seit 1934 als Mitglied des Vorstandes, und bis 1938 die letzte Präsidentin des Jüdischen Frauenbundes. Als Beiratsmitglied und Dezernentin in der Reichsvertretung arbeitete sie eng mit Cora Berliner und Hannah Kaminski zusammen. Ottilie Schönewald emigrierte im März 1939 zunächst nach Holland, im September 1946 nach England und von dort 1946 in die USA. Vgl. Maierhof, Selbstbehauptung im Chaos, S. 87-92.



Das Rüstzeug hierzu liefert ihnen unser Jüdischer Frauenbund durch seine Aussprachen und Kurse, seine »Blätter« und das Anschauungsmaterial seiner Heime und sozialen Einrichtungen. All seine Arbeit ist ja nur Dienst an der Gemeinschaft, ein Rädchen, das sich in das Getriebe lebendigen Zusammenwirkens einfügen will. Er ist sich immer bewußt, daß seine Eigenleistungen nur Teile eines großen Ganzen sind. Aber er ist auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die unwägbareren Einflüsse der Frau als kulturelles und soziales Element in jedem Gemeinwesen unentbehrlich sind.

Deshalb empfinden wir es als sinnlos und müssen es zurückweisen, wenn immer wieder die Frage auftaucht, welche besonderen Leistungen die Frauen, die bisher schon in den Gemeindekörperschaften tätig waren, aufzuweisen hätten. Es ließe sich darüber vielleicht manches Material zusammentragen. Aber so wenig die Verdienste des einzelnen Repräsentanten aufgezeigt und gewogen werden, ebenso wenig sollen und wollen die Frauen sich in ihrem Wirken von den Männern absondern. Sie wollen neben das männliche – das weibliche Fühlen und Denken stellen, wollen die ihnen als Frauen innewohnenden Kräfte ergänzend in die Gesamtarbeit einfügen. Als besondere Aufgabe dürfte ihnen dabei der Ausgleich vorhandener Gegensätze zufallen, die Uebertragung des mütterlichen Geistes der Friedfertigkeit in unsere Gemeindestuben. Es kann deshalb auch keine Rede davon sein, daß von Frauenseite heute ein Wahlkampf entfacht oder auch nur unterstützt werden soll. Auch wo die Gemeindegremien die Wählbarkeit der Frauen noch ausschließen, soll nur dann auf eine Aenderung hingewirkt werden, wenn diese aus anderen Gründen den Behörden vorgelegt werden. Aber überall da, wo solche Hinderungsgründe nicht bestehen, sollen und müssen Frauen den Anspruch darauf erheben, bei der Zusammensetzung der Gemeindekörperschaften berücksichtigt zu werden. Es handelt sich für uns nicht um die Erringung von Sitzen, sondern um den Einsatz von Kräften.

Deshalb muß auch größter Wert darauf gelegt werden, daß nur geeignete Frauen zur Wahl vorgeschlagen werden. Wer ist geeignet? Man macht immer wieder die Erfahrung, daß gerade diejenigen Männer, die sich der gleichberechtigten Mitarbeit der Frauen am schärfsten widersetzt haben, hinterher die höchsten Forderungen an ihre Leistungen stellen. Unsere Frauen dürfen überzeugt sein, daß keine überragenden Fähigkeiten notwendig sind, um die Pflichten eines Gemeindevertreters zu erfüllen. Die notwendigen Fachkenntnisse erwirbt man sich durch die Mitarbeit. Auch die zeitliche Belastung durch dieses Amt ist selbst von der heute vielgeplagten Hausfrau tragbar. Wir müssen in dieser Beziehung dieselbe Opferbereitschaft zeigen, wie der berufstätige Mann.

Liebe zum Judentum, Aufgeschlossenheit für alle Bedingungen und Erfordernisse des Gemeinschaftslebens, Wirtschaftlichkeit und Tatkraft, Güte und Mütterlichkeit, und vor allem ein nie versagender Wille, das ist, was die Gemeinschaft von uns fordert.

Es gibt nur einen Menschen, der von der Gemeindevertreterin noch mehr fordern darf: das ist sie selbst!

**Nr. 4**

Berufsbilder für junge Jüdinnen (1937)

19. März 1937

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 3 vom 19.3.1937, S. 2-4

**Zur Berufsausbildung der jüdischen, besonders der weibl. Jugend**

Walter Rosenbaum – Wilhelminenhöhe:

Die Frau als Berufsgärtnerin.

Zur Erlangung des Berufes einer Gärtnerin kann man mit gutem Gewissen all den jungen Mädchen raten, die an Auswanderung, sei es nach Palästina, sei es nach Uebersee denken. Er wird fähige junge Menschen immer ernähren, und auch nach ihrer Verheiratung kann die Gärtnerin durch ihrer Hände Arbeit wesentlich mit zu den Lasten des Haushaltes beitragen.

[...]

Um die Gärtnerei gründlich zu erlernen, bedarf es vieler Jahre; mehr als andere, ist dieser Beruf zu vielseitig, als daß hierzu eine zwei- oder dreijährige Lehrzeit ausreichen könnte. Es gibt, um nur einige Spezialzweige des gärtnerischen Berufes aufzuführen: Gemüse- nebst Frühgemüsekulturen, Baumschulen, Landschaftsgärtnerei (nicht zu verwechseln mit Landwirtschaft), Topfpflanzen- und Freilandkulturen. Alle diese Fächer gründlich zu erlernen, bedarf es gediegener und langjähriger Ausbildung. Auch für Mädchen besteht durchaus die Möglichkeit, sich in einem von ihnen zu spezialisieren. Außerdem lassen sich mit Vorteil verwandte Berufszweige mit gärtnerischen Berufen verbinden, z.B. Blumenbinderei, Imkerei, Geflügelzucht.

In Groß-Hamburg besteht im »Gärtnerischen Ausbildungslehrgang in Wilhelminenhöhe« die Möglichkeit, in zweijähriger Lehrdauer, unter fachmännischer Leitung, 14 – 18jährige Mädchen intensiv praktisch und theoretisch auszubilden. Neben der praktischen Arbeit (Frühgemüse und feldmäßige Gemüsekulturen, Topfpflanzen und Gewächshauskulturen) geht Hand in Hand ein von mehreren Lehrkräften erteilter theoretischer Unterricht, und für die Schülerinnen, die auswandern wollen, werden Sprachkurse erteilt. Ueber die erfolgreiche Absolvierung der zweijährigen Lehrzeit und das Ergebnis der abschließenden Hausprüfung erhalten die Lehrlinge Abgangs-Lehrzeugnisse.

Gertrud Pardo:<sup>2</sup>

Die Hauswirtschaft als Grundlage für weibliche Berufe.

[...]

Die hauswirtschaftliche Erziehung hat die Aufgabe, dem Mädchen ein bestimmtes Maß an hauswirtschaftlichem Können zu übermitteln. Durch die Gewöhnung an systematisches Arbeiten, an Ordnung, Sauberkeit, durch Weckung und Stärkung des Verantwortungsgefühls bietet sie gleichzeitig eine Grundlage für jede Berufsarbeit. Vor allem aber gilt es, Berufskräfte auszubilden für den Einzelhaushalt und für den Betrieb. Es ist allgemein bekannt, daß in der Hauswirtschaft ein starker Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage besteht. Ein Ausgleich ist nur zu schaffen, wenn es gelingt, einen qualifizierten Nachwuchs zu schaffen. Die Hauswirtschaft muß ein gelernter Beruf werden, der gründliche Durchbildung, die gar nicht ernst genug genommen werden kann, und tüchtiges Können verlangt. Einen breiten Raum in der Ausbildung nimmt naturgemäß die Praxis ein. [...]

Es gibt verschiedene Möglichkeiten hauswirtschaftlicher Ausbildung:

- 1.) die hauswirtschaftliche Lehre im Einzelhaushalt, die nur durchführbar ist bei fachlich und pädagogisch tüchtigen Hausfrauen, am besten Meisterinnen der Hauswirtschaft;
- 2.) die Ausbildung im Heimbetrieb, in dem Ziel und Inhalt der Arbeit in erster Linie die Versorgung der Heiminsassen ist. Häufig erfolgt daneben ein Teil der Ausbildung in schulischer Form;
- 3.) die Haushaltungsschule, die den Vorzug hat, daß sie sich methodisch und pädagogisch ganz auf die Bedürfnisse der Schülerin einstellen kann. Für die moderne Haushaltungsschule ist Voraussetzung, daß sie lebensnah arbeitet und nach Möglichkeit produktive Arbeit leistet.

Im Anschluß an die schulische Ausbildung ist eine Haushaltpraxis in einer Familie oder in einem Heim notwendig, die möglichst in Zusammenarbeit mit der Schule steht.

Die hauswirtschaftliche Erziehung hat in erster Linie Berufskräfte auszubilden für den Haushalt und für den Betrieb, sie bietet außerdem die Grundlage und die Voraussetzung für eine Reihe von pflegerischen und erzieherischen Berufen. In Deutschland und auch im Auslande besteht eine starke Nachfrage nach Hausgehilfen; die Berufsaussichten sind sehr gut, besonders bei Spezialisierung im Kochen oder in der Kinderpflege. Aufstiegsmöglichkeiten bieten der Beruf der Hausbe-

2 Die Gewerbeoberlehrerin Gertrud Henriette Pardo (1883-1942) wurde 1933 auf der Grundlage des § 4 zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 wegen politischer Unzuverlässigkeit aus dem Schuldienst entlassen. Seit 1934 leitete sie die jüdische Haushaltungsschule der Gemeinde (Heimhuderstraße 70). Sie kehrte von einem Aufenthalt in Palästina 1936 (1938) nach Hamburg zurück, um – wie berichtet wird – ihren Vater Isaak Pardo zu pflegen. Mit dem ersten Transport wurde sie zusammen mit ihrer Schwester Angela Pardo (1885-1942) nach Lodz deportiert und im Juni 1942 von dort weiterdeportiert. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 319.

amtin und der der Wirtschaftlerin (nach der Haushaltungsschule 2 – 3jährige Praxis, dann Haushaltpflegerinnenkursus von einjähriger Dauer, Anerkennung nach weiterer Praxis von einem Jahr). Weiterhin ist später noch Ausbildung als technische Lehrerin oder als Gewerbelehrerin möglich.

Ferner bauen auf die hauswirtschaftliche Ausbildung auf: der Beruf der Kindergärtnerin und Hortnerin (Obersekundareife oder schulwissenschaftliche Aufnahmeprüfung, Aufnahme in das Kindergärtnerinnenseminar in Berlin erst mit vollendetem 17. Lebensjahre, vorher hauswirtschaftliche Ausbildung, anschließend Familiendienst von ½ Jahr, 2 Jahre Seminausbildung).

Kinderpflegerinnenausbildung setzt Volksschulbildung voraus und bildet aus für die Arbeit in der Familie. Aussichtsreich sind die Berufe der Kranken- und Säuglingspflegerin, die auch eine gründliche hauswirtschaftliche Ausbildung voraussetzen. Für die Säuglingspflegerin gibt es den 2jährigen Lehrgang im Krankenhaus der Jüdischen Gemeinde in Berlin, Staatsexamen. Eine weitere Ausbildungsmöglichkeit besteht im Jüdischen Säuglingsheim in Berlin-Niederschönhausen, Ausbildungszeit ein Jahr, keine staatliche Anerkennung. Ratsam ist zusätzliche Ausbildung in Gymnastik. Die Jüdischen Krankenhäuser in Berlin, Breslau, Frankfurt und Hamburg bilden Krankenschwestern aus, staatliche Prüfung nach zweijähriger Vorbereitung. Gute Möglichkeiten bestehen ferner für technische Assistentinnen, die in Laboratorien in Berlin, Breslau, München ausgebildet werden können, für Orthopädinnen, gegebenenfalls mit Massage und Schönheitspflege.

All diese Berufe bieten hier noch genügend Arbeitsmöglichkeiten und »diejenigen, die man draußen begehrt, sind die hauswirtschaftlich-tüchtigen Mädchen, die mit gewerblichen oder sozial-pflegerischen und sozial-pädagogischen Berufen«, sagt Hanna Karminski in den Blättern des Jüdischen Frauenbundes über Frauenauswanderung. Gerade die hauswirtschaftlichen Berufe haben im Auslande gute Aussichten, wo häufig Mangel an geschulten Kräften besteht. Auch für das Mädchen, das nicht an den Beruf denkt, sind hauswirtschaftliche Kenntnisse erwünscht, da die eigene geschickte Haushaltsführung die Lebenskosten verbilligt und eine Uebergangsstellung im Haushalt das Einleben in die Verhältnisse der Auswanderungsländer erleichtert.

Eine gute hauswirtschaftliche Ausbildung für jedes jüdische Mädchen!

\*

Diplom-Handelslehrer Jeanette Baer:<sup>3</sup>

Verkäuferin und Kontoristin

Für den Verkauf sind die Unterbringungsmöglichkeiten verhältnismäßig gering, während die Aussichten für Kontorangestellte wesentlich günstiger sind, wenn die

3 Jeanette (Jenny) Baer (1903-1944) war nach dem Studium zur Handelsschullehrerin seit 1935 Lehrerin an der Mädchenschule der Gemeinde (Karolinenstraße) und unterrichtete die Fächer

unerläßliche Grundforderung erfüllt ist, wenn nämlich der Bewerber Neigung, Eignung und eine rechte Berufsauffassung mitbringt. Denn darüber müssen sich die Berufsanwärter, die Eltern und Erziehungsberechtigten vor allem ganz klar sein:

Der kaufmännische Beruf ist kein »Auswegberuf« – wie heute noch viel zu viele meinen – ein Beruf, den man ergreift, weil die Aussichten woanders so schlecht oder hier vielleicht gut sind oder die Ausbildungszeit kurz ist; sondern der kaufmännische Beruf verlangt – wie jeder andere, nicht mehr, nicht weniger – Berufs- und Arbeitseignung, eine einwandfreie Allgemein- und eine tadellose Fachbildung und darüber hinaus eisernen Fleiß, Arbeitsfreude und lebendige Anteilnahme am Geschäft. [...]

Die Möglichkeit, eine Lehrstelle zu finden, ist besonders für die 15jährigen durchaus gegeben; allerdings sei betont, daß es für diejenigen, die auf die Beobachtung des Schabbat Wert legen, noch immer viel zu schwer ist, eingestellt zu werden. Es ist *d r i n g e n d* zu wünschen, daß hier von Unternehmerseite wirklich alles getan wird, um den Bewerbern – wenn nur irgend möglich – entgegenzukommen.

\*

Dr. Lissy Valk:

#### Die Sprach- und Handelskurse für Auswanderer

der Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe sind im September 1933 eingerichtet worden. Die Bezeichnung dieser Kurse umschreibt auch ihren Aufgabenkreis. Sie dienen einmal der Erlernung fremder Sprachen, bzw. der Erweiterung und Vertiefung fremdsprachlicher Kenntnisse durch diejenigen, die aus Deutschland fortgehen wollen, sodann sollen sie denen, die umschichten wollen, Gelegenheit geben, die notwendigen grundlegenden Kenntnisse für kaufmännische Berufe zu erlernen.

Die Kurse begannen im Herbst 1933; zunächst wurden ein englischer, ein französischer, ein Stenographie- und ein Buchführungskursus eingerichtet. Heute, im März 1937, nach Anerkennung und Genehmigung der Kurse durch die Kultur- und Schulbehörde, werden wöchentlich 18 Kurse mit etwa 200 Teilnehmern beiderlei Geschlechts im Alter von 16 bis nahezu 50 Jahren abgehalten.

Das Ziel der fremdsprachlichen Kurse ist die schnellste, größtmögliche Steigerung fremdsprachlicher Kenntnisse bzw. ihre Erlernung; sie sollen die Kursteilneh-

Deutsch, Englisch, Wirtschaftsgeografie und Handelskunde. Sie war Vorsitzende der Frauengruppe der Agudas Jisroel. Im Frühjahr 1942 stellte der Jüdische Religionsverband Jeanette Baer in seinem Gemeindebüro ein. Im Juni 1943 wurde sie nach Theresienstadt und von dort im Oktober 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert, wo sie ermordet wurde. Vgl. Ursula Randt, »Aber ich hoffe immer und immer noch«. Jeanette Baer (1903-1944): Das Schicksal einer jüdischen Lehrerin, in: Reiner Lehberger/Christiane Pritzlaff/dies. (Hrsg.), Entrechtet – vertrieben – ermordet – vergessen. Jüdische Schüler und Lehrer in Hamburg unterm Hakenkreuz, Hamburg 1988, S. 32 ff.; Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 17.

mer befähigen, sich im Auslande in der fremden Sprache in Wort und Schrift fließend zu verständigen.

[...]

Um einer möglichst großen Zahl von Personen die Teilnahme zu ermöglichen, sind die Gebühren niedrig gehalten (2 RM monatlich für eine Doppelstunde wöchentlich). Der Unterricht findet nur in den Abendstunden statt, dadurch ist dem Berufstätigen die Gelegenheit gegeben, durch weitere Ausbildung zu einer Steigerung seiner Leistungsfähigkeit zu gelangen.

[...]

### **Nr. 5**

Fragen zu einer verstärkten Frauenauswanderung

12. August 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 8 vom 12.8.1938,

S. 6

### **Aus dem Hilfsverein der Juden in Deutschland Mehr Frauenauswanderung**

Der Hilfsverein der Juden in Deutschland tritt in einer längeren Auseinandersetzung, die er der jüdischen Presse zur Verfügung stellt, für eine Verstärkung der jüdischen Frauenauswanderung ein. Wir lassen den wesentlichen Teil dieser dauernd aktuellen Auseinandersetzung hier folgen, obwohl sie manchen Lesern schon bekannt sein dürfte.

... gibt es eine wichtige Kategorie auswanderungsfähiger Menschen, deren Auswanderungswilligkeit gesteigert werden könnte: unsere Mädchen und Frauen.

Die bisherige jüdische Auswanderung aus Deutschland weist einen starken Ueberschuß an Männern auf. Das ist nicht unnatürlich. Liegt es doch in der Natur der Frau, daß sie stärker am Hause, an den Eltern und der Heimat hängt als der Mann, und die gerade bei uns Juden traditionell starken Familienbande halten das junge Mädchen und die alleinstehende Frau oft von der Auswanderung zurück. Andererseits waren auch bisher die Erwerbsmöglichkeiten für die jüdische Frau in Deutschland verhältnismäßig günstig, konnten sie doch im Büro, vor allem aber infolge der Nürnberger Gesetze im Haushalt verhältnismäßig leicht ihr Brot finden. Deshalb fehlte ihr häufig der Hauptantrieb der Auswanderung: die materielle Not. Unter diesen Umständen wollten viele jüdische Eltern, deren Söhne längst in Ueberssee weilen, sich einen Trost erhalten: »Wenigstens unser Mädels bleibt hier!« Und die Töchter fühlten die Wichtigkeit ihrer Rolle als seelische und materielle Stütze

der Eltern und sahen sich nach keiner Auswanderungsmöglichkeit um. Aber dieser an sich natürliche Vorgang führt als Massenerscheinung zu außerordentlich schweren Mißständen. Die Heiratschancen der in Deutschland zurückgebliebenen Mädchen sinken, während die jungen Männer in den überseeischen Ländern häufig nicht die Möglichkeit zur Gründung einer jüdischen Familie finden. In den Vereinigten Staaten haben sie zwar die Möglichkeit einer jüdischen Heirat, aber die sprachlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Eingewanderten und Ansässigen lassen oft schon die Eheschließung scheitern oder bringen sofort eine besondere Problematik in die Ehe hinein. Dagegen stehen die jüdischen jungen Leute in Ländern ohne zahlenmäßig bedeutende Judenheit häufig vor der Wahl, ledig zu bleiben oder nichtjüdische Frauen zu heiraten, also Ehen einzugehen, deren Nachkommenschaft der jüdischen Gemeinschaft verlorenggeht, und die auch wegen der kulturellen, religiösen und sonstigen Verschiedenheit der Ehepartner häufig unharmonisch verlaufen.

Darum tun unsere jungen Auswanderer gut daran, sich vor ihrer Uebersiedlung in ein überseeisches Land an die künftige Lebensgefährtin zu binden, u.z. in der Regel durch Eheschließung. Gehen zwei junge Menschen gemeinsam in die Fremde, so finden sie aneinander nicht nur seelisch den besten Halt, sondern in sehr vielen, ja vielleicht den meisten Fällen wird der weibliche Teil zuerst einen Broterwerb finden, so daß die Eheschließung auch den materiellen Existenzkampf eher erleichtert als erschwert. Darüber hinaus aber werden jene Gefahren für Leib und Seele des Auswanderers und auch die Gefahren vermieden, die zum Verlust wertvollster Substanz für die jüdische Gemeinschaft führen müßten. In dieser Hinsicht wird es besonders auf die jüdische Haltung der jungen Frauen ankommen, von denen die Atmosphäre des Hauses und die Erziehung der Kinder abhängen. Von den jüdischen Eltern aber muß man mit Bestimmtheit erwarten, daß sie ihre Töchter nicht, vor allem nicht aus egoistischen Gründen, von der Auswanderung zurückhalten, wenn sie darüber klar sind, daß sowohl die beruflichen Aussichten wie die Heiratschancen in den überseeischen Ländern sehr viel besser sind als in Deutschland.

Allerdings ist nicht jedes Mädchen ohne weiteres zur Auswanderung geeignet. Es muß, abgesehen von einer gewissenhaften Ausbildung, bestimmte menschliche Qualitäten besitzen, insbesondere auch eine gründliche Beherrschung der Hauswirtschaft und die Bereitschaft, wenigstens vorübergehend eine Stellung im Haushalt anzunehmen, selbst wenn ein anderer Beruf als Ziel vorschwebt.

Die jüdischen Auswanderungsorganisationen des In- und Auslandes, in erster Linie der Hilfsverein, werden künftig der Frauenauswanderung besondere Aufmerksamkeit widmen. Das heißt einmal, daß der Auswandererberater mit dem jungen Auswanderer erörtern soll, ob er sich nicht vor der Uebersiedlung binden solle – wobei die zweckmäßige Form (Eheschließung oder nur Verlobung) je nach dem Einwanderungslande und je nach seinem (und ihrem) Beruf zu wählen sein wird. Darüber hinaus wird der Hilfsverein in engster Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Frauenbund um eine geeignete Auswahl auswanderungswilliger Mädchen bemüht

sein und zusammen mit den überseeischen Komitees und Frauenorganisationen die Betreuung alleinstehender Mädchen und Frauen soweit zu gewährleisten suchen, daß der Auswandererberater den Eltern gegenüber die Verantwortung dafür übernehmen kann, wenn sie ihre Tochter allein den Weg in die Ferne antreten lassen. Tüchtige Kräfte, die bereit sind, sich einzuordnen, die Sprache des Einwanderungslandes beherrschen und gesundheitlich wie menschlich allen Anforderungen der Fremde entsprechen, werden nicht nur sich selbst ihren Weg bahnen, sondern auch dazu beitragen, daß neue Zellen jüdischen Lebens sich bilden, durch die vielleicht noch ihren Eltern, sicher aber ihren Kindern die Fremde zur Heimat werden kann.

## 24.2 Die Frauenvereine

### Nr. 1

Die Statuten der Misrachi-Frauenorganisation

[ohne Datum]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 794, Bl. 251

הסתדרות של נשי המזרחי

### MISRACHI-FRAUEN-ORGANISATION.

Statuten  
der Misrachi-Frauen-Organisation.

Die Misrachi-Frauen-Organisation ist eine Vereinigung misrachistischer Frauen.

**Ihr Ziel ist der Aufbau von Erez Israel auf Grundlage der Tora.**

Sie versucht es zu erreichen, durch kulturelle, soziale und religiös-nationale Arbeit in Erez Israel und im Galuth.

Die praktische Arbeit umfaßt:

1. Zusammenfassung der misrachistischen Frauen.
2. Unterstützung der Hachscharah.
3. Schaffung von Institutionen, welche die fachliche und religiöse Ausbildung von Frauen und Mädchen ermöglichen.
4. Religiös-kulturelle Arbeit.

Mitglied kann jede Frau werden, die das Programm des Misrachi anerkennt. Die Mitgliedschaft zu einer Misrachi-Frauengruppe bedingt die Leistung eines Mitgliedsbeitrages, dessen Höhe von den einzelnen Landsmannschaften (Kreisen) bestimmt wird.

Die Misrachi-Frauengruppen sind der Misrachi-Centrale Berlin und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland angeschlossen.



**Nr. 2**

Aus der Misrachi-Frauengruppe

14. Juni 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 24 vom 14.6.1934, S. III

Aus der Misrachi-Frauengruppe

Die Bücherstunden der Misrachi-Frauengruppe Hamburg-Altona nehmen auch im Sommer einen guten Fortgang. Nach verschiedenen Einzelvorträgen ist jetzt Thomas Mann der Gegenstand der Aussprachen. Frau Dr. Marlen Jacobsen versteht es in ausgezeichneter Weise, den spröden Stoff einem größeren Kreise verständlich zu machen und mit besonderer Berücksichtigung der einschlägigen Midraschim sowie der Kulturkreise des alten Aegypten und Babylons gedankenvoll zu behandeln.

An zwei Nachmittagen der Bücherstunden wurde Thomas Manns neuer Roman »Die Geschichten Jaakobs« behandelt. Die Romanfolge in ihrer Gesamtheit hat den Titel »Joseph und seine Brüder«; daraus geht bereits hervor, daß die Gestalt des Joseph im Mittelpunkt aller Betrachtung stehen muß, für Thomas Mann somit die »Geschichten Jaakobs« als ein Vorspiel zu gelten haben; erst recht aber rückt die Urgeschichte in den dämmerigen Schimmer des Längstentschwundenen: aus dem »tiefen Brunnen der Vergangenheit lotet« der Dichter die Geschichten und Gestalten der Erzväter empor – um sein Lieblingsgleichnis zu gebrauchen –, in schier unergründliche Tiefen muß er hinabsteigen, um sie herauf ans grelle Tageslicht der Gegenwart zu bannen: dies ist die »Höllenfahrt«, die Thomas Mann mit seinen Lesern unternimmt. –

[...]

Auf dem Sommerprogramm steht ferner der hebräische Spielkreis, der von einer staatlich geprüften Kindergärtnerin geleitet wird, und an dem sich noch einige Kinder beteiligen können. Er soll eine lange in Hamburg empfundene Lücke ausfüllen. Den Abschluß der Sommerarbeit soll ein dritter Musikabend mit Tombola bilden, deren Hauptgewinn eine Palästina-reise ist. Da sich die bisherigen Musikabende eines guten Besuches erfreuten, soll dieser dritte Abend in etwas erweitertem Rahmen Ende August stattfinden.

E.Bl. [Ella Blau]

**Nr. 3**

Der Verband jüdischer Frauen für Palästinaarbeit (WIZO): »Die jüdische Frau in der heutigen Situation«

November 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 46 vom 15.II.1934, S. IV

»Die jüdische Frau in der heutigen Situation«

In einer zweiten Zirkelveranstaltung der »Wizo« behandelte Frau Dr. Moses<sup>4</sup> (Berlin) dieses Thema. Vor allem verlangt die Rednerin von der jüdischen Frau Entschlußkraft. Der Umbruch der gesamtstaatlichen Verhältnisse mache den festen Entschluß erforderlich, sich einer Gemeinschaft anzuschließen, im Judentum Halt zu suchen. Das sei die einzige Arznei, die uns helfen kann.

Alle Einwände, die gegen die Rückkehr zum Judentum und gegen das Palästina-  
werk angeführt werden, wußte Frau Dr. Moses außerordentlich geistvoll zu widerlegen. Dem Menschen, der die Liebe zum Deutschtum über die Liebe zum Judentum stellt, entgegnete sie, daß wir darüber der Entscheidung enthoben sind. Demjenigen, der glaubte, daß die Beschäftigung mit jüdischen Dingen der Verwurzelung im Deutschen Abbruch tue, führte sie vor, daß Beschäftigung mit Jüdischem ebensowenig Verrat am Deutschen sei wie etwa die Beschäftigung mit griechischer Kunst; und denen, denen es genügt, »nur Mensch« zu sein, antwortete sie mit einer sinnigen Parabel, die beweisen sollte, daß des Schöpfers Wille nicht vollendete Gleichmäßigkeit aller seiner Geschöpfe sei. Den üblichen Bedenken gegen den Palästinaaufbau wußte sie zu begegnen, indem sie u.a. darauf hinwies, daß die schwierige Araberfrage nur durch Takt gelöst werden könne und daß die Kämpfe mit dem Revisionismus eine Krankheit sei, deren sich der gesunde Volkskörper des jüdischen Volkes schon erwehren werde. Gestaltung braucht Zeit, sagte sie, wir müssen den Willen zum Ganzsein haben.

Zum Schluß verglich sie die Judenheit mit einem Schiff, das nur dann sicher genug fahre, wenn es genug Heizstoff im Innern habe: jüdisches Wissen und Judentum. Dieses große Schiff segele dem Hafen zu – wie nahe, wie fern er ist, wissen wir nicht. Wer aber nicht begriffen hat, daß er auf das Schiff gehört, der ist verloren und wird gleich einem Wassertropfen im Meer verstreut. ...

Hedwig Möller.

4 Die Erzieherin und Schriftstellerin Margarete Moses (1890-1976) war Mitarbeiterin im Jüdischen Volksheim Berlin. Sie emigrierte zusammen mit ihrem Mann, Dr. Siegfried Moses, 1937 nach Palästina. Vgl. Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden, S. 271.

**Nr. 4**

Die Konzentration der Kräfte: der Hamburger Stadtverband jüdischer Frauenvereine

13. Dezember 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 50 vom 13.12.1934, S. 1f.

### **Zusammenfassung unserer Frauenorganisationen**

Zentralisation, Zusammenschluß, Vermeidung jeglichen Leerlaufs sind heute die Richtlinien für alle Organisationen. Um diesen Forderungen gerecht zu werden, haben sich alle jüdischen Frauenvereinigungen Hamburgs auf Anregung des jüdischen Frauenbundes vereinigt zu einem Stadtverband des jüdischen Frauenbundes. Er ist hervorgegangen aus dem Norddeutschen Landesverband des jüdischen Frauenbundes, dessen Tätigkeit aber erschwert war durch die große Entfernung der angeschlossenen Vereine, und er nennt sich in Hamburg Stadtverband jüdischer Frauenvereine. Jüdischer Frauenbund, welche Fülle von Aufgaben, welche Fülle von Verpflichtungen einer Vergangenheit und einer Zukunft gegenüber umfaßt er. Wie einfach klingt sein Programm: »Stärkung des Gemeinschaftssinns der jüdischen Frauen und Heranziehung der Frauen zur Gemeinschaftsarbeit auf sozialen, beruflichen und kulturellen Gebieten.«

Alles, was jüdische Frauenherzen bewegt, alles dessen, was jüdische Frauen bedürfen an sozialer oder an kultureller Hilfe, alles, was jüdische Frauen brauchen an beruflicher Ergänzung und beruflichem Zusammenschluß, gibt ihnen der jüdische Frauenbund. Er war und ist mit seinen 60000 Mitgliedern in allen Orten Deutschlands richtunggebend für die Haltung der jüdischen Frauen sowohl wie für alle soziale jüdische Arbeit. Dem Stadtverband haben sich 15 jüdische Frauenvereine angeschlossen.

die Israelitischen Humanitären Frauenvereine von Hamburg, Altona, Wandsbek und Elmshorn;

die drei Schwesternvereinigungen der Logen;

die Wizo, Misrachi- und C.-V.-Frauengruppe;

der Wöchnerinnenverein;

der Frauenverein für Krankenpflege;

die Frauengruppe des ostjüdischen Vereins;

Heim für jüdische junge Mädchen und Frauen;

Gemeinschaftsheim;

und als Gast die Agudas-Jisroel-Frauengruppe.

Seine Organe sind ein dreigliedriger Vorstand und eine Delegiertenversammlung, gebildet aus der Vorsitzenden und je einer Delegierten der angeschlossenen Vereine. Jedem Verein bleibt die gewohnte Selbständigkeit in der Verfolgung seines Programms, vermieden werden soll jedoch das Sichkreuzen gleichartiger Veranstaltungen, Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und Kurse. Um das umfangreiche Gebiet auf-

zuteilen, haben sich drei Kommissionen gebildet, die ihrerseits dann den einzelnen Vereinen Anregung für ihr Fachgebiet weitergeben.

Es ist der Ausschuß für soziale und Familienfragen, der einem dringenden Bedürfnis folgend vor allem die berufstätigen Frauen organisieren und zur Mitarbeit heranziehen will. Es ist der Ausschuß für geistige Arbeit, der u.a. die Abstimmung der Programme übernommen hat, und es ist der hauswirtschaftliche Ausschuß, der alle Fragen, die die Frau als Mutter und Hausfrau angehen, berät. Ihm liegt vor allem an der Errichtung einer Hausfrauenberatungsstelle, einer Mütterberatungsstelle und einer Säuglingsberatungsstelle.

Nicht ein neuer Verein ist dieser Stadtverband, sondern ein Dachverband, der allen seinen Mitgliedern helfen will, sie fördern will und etwa vorhandene Lücken im jüdischen Frauenwerk ausfüllen will. Wir wünschen ihm ein ebenso segensreiches Wirken in Hamburg wie der Jüdische Frauenbund seit vielen Jahrzehnten in ganz Deutschland wirkt.

#### Nr. 5

Die Frauengruppe der Ostjüdischen Vereinigung Groß-Hamburg: das Frauenbild der Gegenwart

März 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 10 vom 7.3.1935, S. V

#### **Zwei jüdische Frauenveranstaltungen**

Dr. Tilly Zuntz bei den ostjüdischen Frauen<sup>5</sup>

Im überfüllten Saal des Gemeindehauses in der Johnsallee fand ein gemütliches Beisammensein der Frauengruppe der Ostjüdischen Vereinigung Groß-Hamburg statt, in dessen Rahmen Frau Dr. Tilly Zuntz ein Referat über: »Die Gegenwart und die Gestalten biblischer Frauen« hielt. Gegenwartsaufgaben sind nichts einmalig Neues, sie wiederholen sich im Ablauf der Geschichte. Die Ueberlieferung gibt davon Kunde, wie die früheren Geschlechter mit den gleichen und ähnlichen Aufgaben fertig geworden sind, wie sie ihr Schicksal angenommen und getragen haben. Dabei wirkt die Frau als Erzieherin der Kinder, aber auch als Mitkämpferin im öffentlichen Leben. Der Wille zur Erhaltung ihres

5 Tilly (Mathilde) Zuntz (geb. 1891), war mit dem Zahnarzt Dr. Hugo Zuntz verheiratet. Sie nahm zahlreiche Aufgaben in sozialen Organisationen jüdischer Frauen wahr, u.a. in der Frauengruppe des Misrachi, im Vorstand der jüdischen Mädchenschule und in der WIZO. Als Hamburger Delegierte nahm sie 1936 am XXV. Zionistenkongress in Zürich teil. Anfang 1936 gehörte Tilly Zuntz für die Jüdische Volkspartei dem Repräsentanten-Kollegium der jüdischen Gemeinde Hamburg an. Im Herbst 1938 emigrierte sie zusammen mit ihrem Mann nach Palästina. Vgl. IF Nr. 36 vom 8.9.1938, S. 16 a-c.

Volkes muß sie, der größten Not und den tiefsten Schicksalsschlägen zum Trotz, be-seelen. Die Größe der Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder muß sie zum Studium der jüdischen Lehre verpflichten. Die Kenntnis unserer Ueberlieferung wird ihr die Möglichkeit geben, ein echt jüdisches Heim zu schaffen. Die Eigenschaften, die den großen Frauengestalten unserer Geschichte nachgerühmt werden, sollen ihr Vorbild werden. Die Gestalt einer Eva (Chawe), der Mutter der Menschen, Sarah, der Fürstin und Mutter des jüdischen Volkes, der Prophetin und Richterin Deborah, der Chanah, die ihr Liebstes dem Dienst an Gott weihte, und der Esther, der Königin, die ihr Leben für ihr Volk zu opfern bereit war, treten in unserer Ueberlieferung hervor. Die Atmosphäre eines echt jüdischen Hauses ist das Zusammenklingen körperlicher und geistiger Vereinigung zwischen den Ehegatten. Heute ist es Pflicht der jüdischen Frau, an der Zukunft bauen zu helfen, den Kindern den Weg, den sie sich erwählten, leicht zu machen, ihren Gedankengängen Verständnis entgegenzubringen und auch, wenn sie räumlich entfernt leben, mit ihnen in engem Kontakt zu bleiben. Sie muß dem Gatten beistehen und ihn unterstützen in seinem schweren Lebenskampf. Zahlreich sind die Aufgaben, denen sich die jüdische Frau im sozialen und kulturellen jüdischen Leben zu widmen hat. Es kommt aber nicht nur darauf an, was, sondern wie es getan wird. Wir sind Gott gegenüber für unsere schlechten Taten verantwortlich; die guten aber geschehen für das »S'chus«, das Verdienst der Gemeinschaft. Jüdische Menschen sind lebensbejahend, zu kämpfen bereit und ihrem Schicksal aufgeschlossen. In unseren Gebeten suchen wir nur bei uns selbst die Schuld an unserem Unglück. Wir stehen auf dem Boden der Tatsachen und versuchen so das Leben zu meistern. Disraeli sagt einmal: »Ein Stamm, der seine Weinlese feiert, wenn er keinen Weingarten mehr besitzt, wird seinen Weingarten wiedergewinnen«. Erkennt die jüdische Frau ihre Aufgaben, so ist sie mit Schicksalbereiterin des Volkes. [...]

K.W.

## Nr. 6

Die Tätigkeitsfelder des Israelitischen Humanitären Frauenvereins (1935)

März 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 11 vom 14.3.1935, S. I

### Hauptversammlung des »Humanitären Frauenvereins«

Der Israelitische Humanitäre Frauenverein hielt seine 42. Hauptversammlung ab. Die Vorsitzende, Frau Gertrud Katzenstein,<sup>6</sup> eröffnete die

6 Gertrud Katzenstein (geb. 1881) war seit 1932 Vorsitzende des Israelitischen Humanitären Frau-

Versammlung mit einem dankbaren Gedenken an Sidonie Werner, die die Mitglieder ihres Vorstandes gelehrt hat, Verantwortung nicht als Last, sondern als Geschenk zu tragen. Sie sprach weiter von der Notwendigkeit, möglichst alle jüdischen Frauen Hamburgs zur Mitgliedschaft zusammenzuschließen, da viele treue Mitglieder von hier fortgezogen sind. Der Verein hat im Laufe dieses Jahres im Auftrage des Frauenbundes einen Stadtverband Jüdischer Frauenvereine Groß-Hamburgs ins Leben gerufen. Dieser Zusammenschluß aller hiesigen jüdischen Frauenvereine wird tatkräftig an wichtigen Gemeinschaftsplänen und Aufgaben der jüdischen Frauen Anteil nehmen.

Die Tätigkeitsberichte wurden mit der Darstellung der Arbeit im Erholungsheim Segeberg begonnen. In der Zeit vom 15. Mai bis 8. Oktober wurde das Heim von 235 Personen besucht. Die erste Kurperiode war mit 14 Erwachsenen und 18 Kindern besetzt; die zweite mit 11 Kindern; in der Ferienzeit waren 96 Gäste im Heim; in der vierten Kolonie 15 Erwachsene und 54 Kinder; und die Feiertage verbrachten dort 27 Erwachsene und Kinder. Zum ersten Male war im Heim eine Sukkah aufgebaut, an der sich alle Gäste erfreuten. Von der Gesamtzahl der Kurgäste waren 116 Selbstzahler, 57 waren vom Jugendamt Hamburg entsandt, 12 von der Kurzentrale (Erwachsene), 22 von auswärtigen Gemeinden, 3 vom Verband der Jüdischen Gemeinden Schleswig-Holsteins und für 25 waren Freistellen beschafft und Patenschaften übernommen worden. Dank der verantwortungsvollen Mitarbeit unserer Aerztin Dr. Alice Chassel konnten alle vorkommenden Krankheitsfälle verhältnismäßig schnell überwunden werden. Die Arbeit wurde durch Schwester Friedel Rosin und ihre Mitarbeiterinnen außerordentlich erleichtert und der Erfolg günstig beeinflusst, so daß das Ziel erreicht werden konnte, den Erholungssuchenden Ausspannung und Kräftigung zu bringen.

Der Fürsorgerbericht bewies, daß der Sinn der fürsorgerischen Tätigkeit im rechten Geist verstanden wird. Frau Louise Derenberg begann ihre Ausführungen mit einem Ausspruch aus einem Vortrag Martin Bubers, der sich mit der Frage beschäftigt, wie man Menschen helfen kann. Im Sinne dieser Auffassung erklärt sie, daß alle, die in der Fürsorgearbeit stehen, wissen, daß es nicht darauf ankommen kann, Fälle zu bearbeiten, Not abzutragen und materielle Hilfe zu geben. Sich sorgen um die Not des anderen, ihm das Gefühl geben, daß er nicht ganz verlassen ist, ihn wissen lassen, daß ein Ohr da ist, ihn zu hören: das ist es, was der Arbeit voranzustellen ist. Es folgte eine genaue Aufstellung der im vergangenen Jahr von dieser Abteilung geleisteten Arbeit, deren Wesen in vorbeugender, mitgehender und nachgehender Fürsorge besteht. In den Sprechstunden wurden Mittel bewilligt für Haus- und Krankenpflege, Barunterstützung, Pflegemittel, Zuschüsse zu Mittel-

envereins e.V. in Hamburg. Sie leitete zeitweise das Mädchenheim des Segeberger Kinderheims der DIG und förderte die jüdische Haushaltsschule der Gemeinde. Im Herbst 1936 trat sie von ihrem Amt als Vorsitzende zurück; ihre Nachfolgerin wurde Dr. Rebecca Zadik. Gertrud Katzenstein emigrierte 1939 zunächst nach Belgien und von dort in die USA.

standsküche, Erholungsheim, Kursen usw. – In der Abteilung linkes Alsterufer werden die wöchentlichen Sprechstunden gut besucht. Neben der ausgedehnten fürsorglichen Tätigkeit besteht dort eine Kinderturnstunde, die unter der vorzüglichen Leitung von Frau Dr. Kaiser für die körperliche Kräftigung und Erziehung der Kinder sorgt.

Die Mittelstandsküche, die im Jahre 1922 geschaffen wurde, hat sich in dieser Notzeit überaus segensreich erwiesen. Das Essen ist schmackhaft zubereitet und die Speisefolge abwechslungsreich. Der Höchstpreis beträgt 0,40 RM; jedoch zahlt die Mehrzahl der Mittagsgäste nur 0,30 RM oder erhält das Essen unentgeltlich. Täglich werden im Heim und in der Küche etwa 100 Portionen verabreicht. Die Feiertage wurden für die Gäste festlich gestaltet und besonders der Sederabend bedeutete den Höhepunkt dieser Gemeinschaft.

Aus dem sorgfältig erstatteten Kassenbericht war zu entnehmen, daß trotz der Schwere der Zeit auch in diesem Jahr dank der Mitgliedsbeiträge, der Spenden von Freunden des Vereins und durch die Sparbüchsen, die in keinem jüdischen Hause fehlten sollten, die Kosten der vielfältigen Tätigkeit aufgebracht werden konnten.

\*

Wie alljährlich fand am gleichen Tage unter der Leitung der Vorsitzenden Frau Gertrud Katzensein die Hauptversammlung des Heimes für jüdische Frauen und Mädchen E. V. statt. Das Heim hat durch seine Bewährung in dieser Zeit seine Daseinsberechtigung von neuem erwiesen. Für den Ostern 1934 eingerichteten Haushaltskursus der Beratungsstelle wurden Räume und Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt, bis der Kursus in das Gemeindehaus in der Heimhuderstraße übersiedeln konnte. Frau Kristeller, die dem Heim in jahrelanger, fleißiger Arbeit wertvolle Dienste geleistet hat, verließ das Heim, da sie sich verheiratet wird. Die Leitung wurde Frl. Else Löwenberg übergeben, deren wirtschaftliche Fähigkeit aus ihrer Tätigkeit in Segeberg bekannt war.

**Nr. 7**

Die Übersicht über die Untergruppen des Stadtverbandes der jüdischen Frauenvereine Groß-Hamburg

[1935]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 325, Bl. 32

Stadtverband der jüdischen Frauenverein Gross-Hamburg,

Vorsitzende: Frau Gertrud Katzenstein, Rainweg 9,

Büro: Innocentiastrasse 21

Zentrale: Jüdischer Frauenbund Berlin, Kantstrasse 158

Untergruppen:

- a) Gruppe berufstätiger Frauen im Stadtverband jüdischer Frauenvereine,
- b) Israelitisch-Humanitärer Frauenverein Hamburg,
- c) Israelitisch-Humanitärer-Frauenverein Altona,
- d) Israelitisch-Humanitärer-Frauenverein Wandsbek,
- e) Israelitisch-Humanitärer-Frauenverein Elmshorn,
- f) Gemeinschaftsheim, Hamburg,
- g) Central-Verein, Frauengruppe,
- h) Schwesternvereinigung der Steinthal-Loge,
- i) Schwesternvereinigung der Henry Jones Loge
- j) Schwesternvereinigung der Nehemias-Nobel Loge,
- k) Frauengruppe des Ostjüdischen Vereins Hamburg,
- l) Misrachi-Frauengruppe,
- m) Heim für Jüdische Mädchen und Frauen,
- o) Verband jüd. Frauen für Palästina-Arbeit (WIZO)
- p) Wöchnerinnen-Verein.

**Nr. 8**

Die Hausangestellten-Frage

27. Februar 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 9 vom 27.2.1936, S. I

### **Die Hausangestellten-Frage**

Aus der Vortragsreihe »Aktuelle Hausfrauenfragen«

Im Anschluß an die kürzlich in der Haushaltungsschule, Heimhuderstraße, stattgefundenen Koch- und Backvorführungen des Hauswirtschaftlichen Aus-



schusses des Stadtverbandes ist für die Monate Februar und März eine Vortragsreihe festgesetzt, deren erster Nachmittag in vergangener Woche stattfand. Als Referentinnen waren Fräul. Dr. Clara Friedheim und Fräul. Dr. Olga Schiffmann gewonnen worden.

Fräul. Dr. Friedheim sprach »Zur Hausangestelltenfrage«. Die Referentin ging von den gesetzlichen Vorschriften und Ausführungsbestimmung aus und befaßte sich mit der Klärung einiger umstrittener Grenzfälle. Bei der Erörterung der dem jüdischen Haushalt noch zur Verfügung stehenden verschiedenen Kategorien von Angestellten verweilte sie insbesondere bei den jüdischen jungen Hausangestellten und betonte eindringlichst die Notwendigkeit, daß für einen qualifizierten Nachwuchs jüdischer Haushaltskräfte durch fachmäßige Ausbildung gesorgt werden müsse. Trotz aller Not der Zeit sei daran festzuhalten, daß die Hauswirtschaft ein gelernter Beruf werde. Ein geeigneter Weg hierzu schein die Einrichtung eines für alle schulentlassenen Mädchen verbindlichen hauswirtschaftlichen Jahres, eine Forderung, wie sie auch vom Jüdischen Frauenbund vertreten wird. So würde auch denjenigen, die später in einen anderen Beruf gingen, das für jede Frau heute unumgängliche notwendige hauswirtschaftliche Können vermittelt.

Aus der Aussprache der lebhaft interessierten Zuhörerinnen ging hervor, daß die Forderung eines hauswirtschaftlichen Jahres von seiten der Hausfrauen freudig begrüßt wird, und daß nach allgemeiner Ansicht die Haushaltungsschule die geeignete Trägerin einer solchen Einrichtung ist.

[...]

## Nr. 9

Der Jahresbericht des Israelitischen Humanitären Frauenvereins 1935/36

12. Juni 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 6 vom 12.6.1936, S. 10 f.

### **Aus dem Jahresbericht des Israelitischen Humanitären Frauenvereins**

Dem Israelitischen Humanitären Frauenverein ist es im letzten Jahre gelungen, seine Aufgaben trotz der Schwere der Zeit weiter zu erfüllen. Darüber hinaus haben die in ihm tätigen Frauen an der Lösung der infolge der Zeitlage neu entstandenen Aufgaben mitgearbeitet, so an dem Aufbau der Haushaltungsschule, in der Jüdischen Winterhilfe, in der Notstandshilfe und in der Eintopfammlung. Der Frauenverein begründete gemeinsam mit dem Stadtverband jüdischer Frauenvereine die *Nachbarhilfe*, die in vielen Fällen erfolgreich in Tätigkeit trat. [...]

Die Sprechstunde der Fürsorgeabteilung wird infolge der engen Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsstellen der Gemeinde nicht mehr so stark besucht wie früher. Diese Zusammenarbeit ist dringend notwendig, um Doppelunterstützungen zu vermeiden. An den Verein herantretende Fragen wegen Auswanderung, Stellenvermittlung usw. werden ebenso an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Dieses Verfahren sichert den Rat- und Hilfesuchenden nicht nur die richtige Hilfeleistung, sondern bietet auch die einzige Möglichkeit, der schwierigen Aufgaben unserer Gegenwart Herr zu werden.

[...]

Das Segeberger Heim kann ebenso auf ein Jahr erfolgreicher Arbeit zurückblicken. Der Erfolg eines Kuraufenthaltes war bei den großen wie bei den kleinen Gästen voll befriedigend, nicht zum wenigsten dank der unermüdlichen Mitarbeit der Anstaltsärztin Fräulein Dr. Chassel, die in regelmäßigen wöchentlichen Besuchen die Erwachsenen wie die Kinder betreute, den letzteren auch nach ihrer Rückkehr mit ärztlichem Rat zur Verfügung stand. Ebenso gebührt der Oberin Schwester Friedel Rosin ein Wort des Dankes und der Anerkennung; sie hat auch während der letzten Kursaison aufopfernd für die tadellose Führung des Hauses und die Pfleglinge gesorgt. Die guten alten Freunde des Segeberger Heims, Herr und Frau L. Levy in Segeberg, stehen nach wie vor dem Heim mit treuer Hilfe und gutem Rat zur Verfügung.

[...]

Die Mittelstandsküche hat 1935 durchschnittlich täglich 100 Portionen Essen ausgegeben. Es ist heute besonders schwer, den Betrieb uneingeschränkt aufrechtzuerhalten; an alle ergeht die dringende Bitte, durch Werbung für neue Mittel zu helfen, diese notwendige Einrichtung zu erhalten.

Die in Privathäusern aushängenden Sparbüchsen, in denen die Pfennige niedergelegt werden, die Kinder für Kinder sammeln, erbrachten auch 1935 ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis, zumal wenn man den durch die Abwanderung entstandenen, auch hier bemerkbaren Verlust berücksichtigt.

In dem Heim für Jüdische Mädchen und Frauen ist die Leitung zu Beginn des Jahres 1935 von der Oberin Kristeller auf Fräulein Else Löwenberg übergegangen. Die neue Leiterin hat es im ersten Jahre ihrer Tätigkeit verstanden, das volle Vertrauen des Vorstandes und der Insassen des Heims zu gewinnen. Mit großem Verständnis sorgt sie für das Behagen der Insassen, bereitet ihnen harmonische Freitagabende und Feiertage. Das Heim wird zur Zeit von 21 Damen bewohnt. – Die Sederabende, die von Freunden des Heims geleitet wurden, waren von nahezu 50 Personen besucht.

**Nr. 10**

Aus der Arbeit des Israelitischen Humanitären Frauenvereins

17. März 1937

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 4 vom 16.4.1937, S. 9

### **Aus dem Israelitischen Humanitären Frauenverein**

Der Israelitische Humanitäre Frauenverein ehrte in seiner Hauptversammlung am 17. v.M. zuerst das Gedächtnis dreier treuer und eifriger Mitglieder seines Vorstandes, der Damen Bertha Zinner, Jenny Wolfsberg und Anni Bauer<sup>7</sup> und des Herrn Ludwig Levy in Segeberg, eines treuen Freundes des dortigen Erholungsheims. Die Vorsitzende, Frau G. Katzenstein, berichtete über die Arbeit des vergangenen Jahres, die davon zeugt, daß der Verein nach wie vor seinen Namen zu Recht trägt und daß seine Einrichtungen, die Mittelstandsküche, das Heim für jüdische Mädchen und Frauen, das Erholungsheim Segeberg und die Fürsorgeabteilung die Wohlfahrtspflege der Gemeinde in starkem Maße unterstützen und entlasten. Das rege Interesse des Vereins galt der Haushaltungsschule der Beratungsstelle, ferner arbeiteten seine Mitglieder eifrig in der Jüdischen Winterhilfe mit. Die Geschäftsstelle der Nachbarhilfe war weiterhin erfolgreich tätig. Der Fortzug einer großen Anzahl Mitglieder hatte auch im Berichtsjahre einen Rückgang der Mitgliedsbeiträge und damit eine Schrumpfung seiner Mittel zur Folge, die nur durch größte Hingabe der Mitglieder an ihre Arbeit ausgeglichen werden kann, wenn der Verein den immer größeren an ihn herantretenden Anforderungen soll gerecht werden können. Mit den Kurerfolgen bei Kindern und Erwachsenen im Erholungsheim Segeberg, in welchem die Heimärztin Fräulein Dr. Chassel und die Heimleiterin Schwester Friedel Rosin in ihrer Hingebung und Fürsorge für die Heiminsassen einträchtig zusammenwirkten, konnte man im vergangenen Jahre recht zufrieden sein. Vom 15. Mai bis Ende September 1936 hatte das Heim 153 Kinder mit 4067 und 67 Erwachsene mit 1104 Verpflegungstagen, zusammen 220 Gäste mit 5171 Verpflegungstagen. Für 19 Kinder zahlten die Eltern, für 53 das Jugendamt der Gemeinde, für 43 auswärtige Vereine, für 2 das Mädchenwaisenhaus der Gemeinde Paulinenstift und für 36 der Verein selbst, und zwar teilweise aus dem Ertrage der Sparbüchsen, der auch weiter der Verschickung erholungsbedürftiger Kinder zufließen soll. Von den Erwachsenen waren auf eigene Kosten im Heim 32, auf Kosten der Kurzentrale 17, auf Kosten auswärtiger Verbände 8, auf Kosten der Allgemeinen Ortskrankenkasse 1; Freistellen hatten 9. – Die Fürsorgeabteilung

7 Anni Bauer (1874-1937) war Vorsitzende des Israelitischen Humanitären Frauenvereins, Leiterin der Hamburger Ortsgruppe des CV, Mitglied der Schwesternvereinigung der Henry Jones-Loge und gehörte als eine der beiden ersten Frauen 1930 dem Repräsentanten-Kollegium an. Vgl. die Nachrufe, in: HF Nr. 8 vom 25.2.1937, S. 1; GB Nr. 3 vom 19.3.1937, S. 8.

gewährte im Berichtsjahre einer erheblichen Zahl von Personen Pflegemittel, einigen auch Essen- und Reisezuschüsse sowie Unterstützungen zu sonstigen Zwecken. – Die Mittelstandsküche ist wie in den vergangenen Jahren in ununterbrochenem Betrieb und erfreut sich dauernd großen Zuspruchs. Ihn unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen aufrechtzuerhalten, ist nicht so einfach; an alle, die dazu in der Lage sind, ergeht die Bitte, zum Fortbestand dieser notwendigen Einrichtung beizutragen. – In den Verwaltungsausschuß des Vereins wurden Frau Anna Liebmann und Frau Frieda Steindecker gewählt.

\*

In der Hauptversammlung des Heims für jüdische Mädchen und Frauen am gleichen Tage wurde berichtet, daß das Heim im vergangenen Jahre wie immer voll besetzt war. Die Heimleiterin Fräulein Else Löwenberg versteht es, das Heim und besonders die Feiertage mit jüdischem Leben zu erfüllen. Die Insassen fühlen sich wohl, und der Vorstand hofft auf eine weitere gedeihliche Entwicklung im kommenden Jahre.

## Nr. II

Die Aufgaben der zionistischen jüdischen Frau

13. Mai 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 19 vom 13.5.1937, S. 16 c-d

Die Hamburger Zionistische Vereinigung eröffnete ihre Schekelaktion zum XX. Zionistenkongreß mit einer feierlichen Eröffnungsveranstaltung, die im Gemeindehause Heimhuderstraße eine große Anzahl meist jüngerer Mitarbeiter zusammenführte, die sich dazu zur Verfügung gestellt haben.

[...]

Als Beauftragte der zionistischen Frauengruppen führte Frau Tilly Zuntz in die mannigfachen Aufgaben der Frau beim Aufbau des Landes ein. Die Frauen hätten im Kongreß eine hohe Mission, denn sie müßten Beschlüsse herbeiführen, die sich auf ihre eigene Tätigkeit und deren Unterstützung beziehen. Welchen Wert die Frauenarbeit in Deutschland insbesondere habe, zeige die hohe Zahl der Zertifikate, die zusätzlich durch die Frauentätigkeit für die deutsche Alija erzielt worden seien. Jede jüdische Frau sollte wissen, daß sie sich mit dem Erwerb des Schekel mit an die Front stellt. Wie einst der Schekel zur Erhaltung des Heiligtums diene, so solle er jetzt dem Wiederaufbau zugutekommen. Die Aufgabe der jüdischen Frau sei es, unser Volk aufzurichten und unsere Jugend einer sinnvollen Zukunft entgegenzuführen.

[...]

J.[ulian] L.[ehmann]

**Nr. 12**

Hannah Karminski spricht über die junge jüdische Frauengeneration

Dezember 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 12 vom 10.12.1937, S. 5

### **Frau Hanna Karminski im Stadtverband der jüdischen Frauenvereine**

Ueber die Aufgaben der jüdischen Frau und ihre Leistung und Haltung angesichts dieser Aufgaben sprach die Geschäftsführerin des Jüdischen Frauenbundes, Frau Hanna Karminski-Berlin<sup>8</sup> vor den jüdischen Frauenvereinen unserer Gemeinde. – Unter großen Gesichtspunkten berichtete sie über ein Arbeitsgebiet und über den Einsatz von Frauentatkraft in einer Weise, die zum Ansporn für Mitarbeit wurde. – Die nun einmal gegebenen Tatsachen dürften nicht niederdrücken, sondern seien zum fruchtbaren Geschehnis zu gestalten! Diese Forderung sei verwirklicht in den Arbeiten der gesamten Judenheit in Deutschland, an denen u.a. auch der Frauenbund beteiligt sei. Allein durch seine Berliner Sprechstunde gehen täglich 150 Menschen, denen sechs Beraterinnen zur Verfügung stehen. Aber die Aufgabe der Frau erschöpft sich nicht bei der Aufbruchsarbeit im Lande, in der Familie oder in den Organisationen, wo sie sich stützend, helfend, tröstend und aufrichtend betätigt; die jüdische Frau hat auch ihre besondere Aufgabe als Auswanderin, Pionierin und Begründerin jüdischer Heimat in der Ferne. Darum sei die junge Frauengeneration zu Auswanderungs- und Aufbaubereitschaft auf jüdisch-weltanschaulicher Grundlage zu erziehen. Hier falle der jüdischen Schule ihre besondere Aufgabe zu, bei deren Erfüllung es gelte, dem immer bedrohlicher werdenden Mangel an technischen Lehrerinnen und Fachkräften für Hauswirtschaft und Nadelarbeit zu begegnen. Auch die vielen vereinsamten Frauen müßten durch die jüdische Frauenarbeit erfaßt werden; besonders seien die Frauen der isolierten Kleingemeinden in Gemeinschaft zu bringen. Veranstaltungen von Vorträgen und Lichtbildervorführungen, von Arbeitsgemeinschaften, Ausspracheabenden und die unmittelbare Füh-

8 Hannah Karminski (1897-1942), als Sozialpädagogin in Berlin tätig, war seit etwa 1920 Geschäftsführerin des Jüdischen Frauenbundes und seit 1924 bis zur Auflösung des Jüdischen Frauenbundes 1938 Herausgeberin der *Blätter des Jüdischen Frauenbundes: Für Frauenarbeit und Frauenbewegung*. Von 1933 bis 1942 war sie leitende Mitarbeiterin der Erziehungsabteilung zunächst der Reichsvertretung der deutschen Juden und dann der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Im Dezember 1942 wurde Hannah Karminski nach Auschwitz-Birkenau deportiert und dort am 4. Juni 1943 ermordet. Vgl. Marion A. Kaplan, *Die jüdische Frauenbewegung in Deutschland. Organisation und Ziele des Jüdischen Frauenbundes 1904-1938*, Hamburg 1981, S. 148 f., 332 f.; Gudrun Maierhof, »Ich bleibe, um meine Pflicht zu tun«. Hannah Karminski (1897-1942), in: Sabine Hering (Hrsg.), *Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien*, Frankfurt am Main 2006, S. 220-228.

lungnahme der Großgemeinden mit den Kleingemeinden der Umgebung waren die Forderungen, welche Frau Karminski namens des Jüdischen Frauenbundes in ihrem »Programm einer geistigen Notstandshilfe« stellte. Ihr beredter, von Schaffensfreude und reichen Erfahrungen getragener Appell hinterließ nachhaltigen Eindruck.

Erika Gütermann.

### Nr. 13

Die Auswanderung von Frauen: eine Aktion des Stadtverbandes jüdischer Frauenvereine

3. März 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 9 vom 3.3.1938, S. 16 a

### Frauen-Auswanderung

Eine Aktion des Stadtverbandes jüdischer Frauenvereine

Die richtige zeitbedingte Berufsausbildung der Jugend liegt jedem, der sich für die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft verantwortlich fühlt, am Herzen. Neben die Bestrebungen für die Jugend tritt als zweiter Faktor die Pflicht, den Aelteren, mit für Auswanderung aussichtslosen Berufen »belasteten«, zu helfen. Dies gilt für alle, Männer und Frauen. Dennoch soll hier heute nur von den Frauen die Rede sein. Den Frauen, die allein auf sich gestellt sind, kann nur eine Vollumschichtung nützen, sofern sie eben glauben, in ihrem bisherigen Beruf in der Welt kein Fortkommen finden. Für sie gilt dasselbe wie für die Ausbildung der Jugend: die Umschichtung resp. die Ausbildung so gründlich und gut fundiert wie nur möglich zu betreiben (Fachschule für Schneiderinnen, Haushaltungsschule, Diätküche usw.

Einen großen Prozentsatz der Auswanderungswilligen macht aber jene Frauenschicht aus, die zwar hier wie dort ihren hausfraulichen Pflichtenkreis hat, die aber trotz- und außerdem zur Erhaltung des Haushalts beitragen muß. Für diese Frauen müssen als Auswanderungsvorbereitung Einrichtungen in Gestalt von Kursen geschaffen werden, in denen sie in kurzer Frist (etwa 6 Monate) zu einer solchen nebenberuflichen Tätigkeit, einer zusätzlichen Verdienstmöglichkeit angelernt werden. Dieser Vorschlag ist an den Stadtverband der jüdischen Frauenorganisationen als der kompetenten Stelle, die diesem Bedürfnis Rechnung tragen muß, herangetragen worden. Und, von ersten Fachkräften beraten, hat sich der Stadtverband entschlossen, der Anregung nachzugehen.

Schwierigkeiten bietet naturgemäß die nicht ganz klare Uebersicht über die Aussichten der in Frage kommenden Fertigkeiten in den verschiedenen Ländern. Dennoch wird sich doch wohl voraussichtlich für die einzelne jüdische Frau in der

Großstadt – auch in der Kleinstadt oder Siedlung für vielerlei Handfertigkeit und nähhandwerkliche Arbeit als Heimarbeiterin oder in selbständiger Tätigkeit Möglichkeit finden. [...]

Der Stadtverband ruft das Interesse jeder einzelnen jüdischen Frau Hamburgs für diese Frage wach, die für jeden von uns von Bedeutung und Wichtigkeit ist. Entscheidend ist die Rolle der Frau als Mitverdienerin geworden; immer häufiger hören wir, daß sie draußen sogar Schrittmacherin darstellen muß; daß eine tüchtige Frau oft noch eher Möglichkeiten zu Betätigung und Verdienst findet als der Mann. Wir alle müssen an unserer Ertüchtigung arbeiten und neben der Sorge um die richtige Wegweisung und Berufsentscheidung der Jugend auch für die Zukunft der Frau: der alleinstehenden – und der Frau als wichtigem Faktor der Familie sorgen. Die Zeit stellt in jeder Beziehung hohe Anforderungen an uns; zeigen wir uns ihnen gewachsen.

S.E.





## 25. Jüdische Jugend

### 25.1 Ziele und Aufgaben der jüdischen Jugend

#### Nr. 1

Jüdische Jugendverbände: »politisch einwandfrei«

14. Juli 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW TT 63,  
Bl. 1090

14.7.33.

An die Landesunterrichtsbehörde,  
H a m b u r g .

Die Talmud Tora Schule hat seit dem 1. Mai ds.Js. allen Schülern die Zugehörigkeit zu allen Jugendverbänden und Jugendvereinigungen sowie die Teilnahme an deren Veranstaltungen untersagt. Sie hat ferner alle in Frage kommenden Jugendverbände aufgefordert, durch Einreichung ihrer Statuten sowie durch Beantwortung eines von der Schule aufgestellten Fragebogens darzulegen, dass sie in politischer Hinsicht zweifelsfrei weder organisatorisch einen marxistischen Organisation nahe stehen, noch weltanschaulich mit der Auffassung jener Organisationen irgendwie sympathisieren. Nach äusserst sorgfältiger Prüfung hat der Lehrkörper der Talmud Tora Schule beschlossen, der Landesunterrichtsbehörde die nachstehend verzeichneten Jugendbünde bzw. Sportvereine als im obigen Sinne politisch einwandfrei zu erklären:

1. Jüd. Turn- und Sportverein »Bar Kochba« e.V.,
2. Hamb. Jüd. Sport- und Turnverein »Hakoah« e.V.,
3. Deutsch-Jüdische Jugend,
4. Esra – Hamburg,
5. Zeire Misrachi und Brith Hanoar.

In der Anlage fügen wir bei: die Statuten der genannten Vereinigungen sowie die Fragebögen. Wir bitten die Landesunterrichtsbehörde höflichst, uns mitzuteilen, ob es zweckmässig ist, nun nachdem von seiten der Schule die politische Unverdächtigkeit obiger Vereinigungen festgestellt ist, die Zugehörigkeit unserer Schüler zu den genannten Verbänden wieder zu gestatten.<sup>1</sup>

1 Der Vorstand der Talmud Tora Schule hatte in seiner Sitzung am 24. April 1933 beschlossen, den Schülern vorläufig eine Zugehörigkeit in allen Jugendverbänden, beginnend ab dem 1. Mai 1933, zu untersagen. Eine Mitgliedschaft sollte den Schülern nur in solchen Vereinen und Jugendver-

**Nr. 2**

Der Hamburger nationaljüdische Jugendring 1936

September 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 37 vom 10.9.1936, S. I

**Bekanntnis zu Palästina**

Eine Kundgebung des Hamburger Nationaljüdischen Jugendrings

Die Hamburger Nationaljüdischen Jugendvereine, die im »Nationaljüdischen Jugendring« zusammengefaßt sind, im einzelnen Brit Hanoar, Zeire Misrachi, Habonim Noar Chaluzi, Makkabi Hazair, Haschomer Hazair, Brit Chaluzim Datiim, Zionistische Jugendgruppe (Zist), hatten zu einer Kundgebung nach dem Theatersaal des Conventgartens am Montag abend eingeladen, die unter dem Zeichen stand: »Jüdische Jugend steht zu Palästina.« Wie sehr auch weitere Kreise an dieser Kundgebung Anteil nahmen, zeigte schon die Tatsache, daß die Repräsentantensitzung der Gemeinde, welche an diesem Abend hätte stattfinden sollen, deshalb eine Verlegung erfuhr, und in der Tat hatten sich fast die Mehrheit des Vorstandes und zahlreiche Repräsentanten neben den Vertretern auch anderer Organisationen eingefunden. Warum man solchen Wert auf das Erscheinen der Männer legte, die das Geschick der Gemeinde lenken, zeigte sich in der Ansprache von Dr. Daniel Broches, der sich mit seinen Worten auf ein Gebiet begab, das man nicht gerade in einer Jugendkundgebung für Palästina vermutet hätte, nämlich das der Führung der Gemeinde. Er betonte in seiner Rede nachdrücklich den Führungsanspruch der Zionisten innerhalb der Gemeindepolitik und nahm Bezug auf die in Kürze abgelaufene Wahlperiode der Repräsentanten. Wir werden diese Ausführungen infolge ihrer Wichtigkeit weiter unten ausführlich wiedergeben.

Wie nicht anders zu erwarten, war die Kundgebung von seiten der Jugend besonders stark besucht, und der Kranz frischer Jugendlichkeit auf der Galerie machte einen starken Eindruck. Sprechchöre, Ansprachen, Lieder und Bilddarbietungen lösten sich flott ab, so daß die Kundgebung einen einheitlichen Charakter behielt und nicht durch Pausen zerrissen wurde.

Etwa hundert Jugendliche in einheitlicher Kleidung auf der Bühne trugen zu Beginn des Abends die »Hatikwa« vor, welche die Versammlung stehend anhörte. Wenige Worte eines eindringlichen Sprechers gedachten der Gefallenen in Erez

bänden gestattet sein, die sich jeder linksgerichteten Tätigkeit enthielten. Das hier mitgeteilte Dokument gibt das Ergebnis der Prüfung des Vorstandes gegenüber der Schulbehörde wieder. Aus ihm ist zu entnehmen, dass die Schulbehörde diese Prüfung gefordert hatte. Der Bericht diente zugleich der polizeilichen Überwachung der jüdischen Jugend, daher die nochmalige Wiedergabe des Dokuments in Kap. 50.2, Dok. 1.

Israel und enthielten das Gelöbniß, ihr Erbe hochzuhalten und in ihrem Sinne weiterzuwirken.

Als erster Redner betrat Dr. Daniel Broches das Rednerpult.

Heute gilt es, so führte er aus, eine neue Kultur aufzubauen. Es geht darum, unseren Menschen eine neue innige Beziehung zum Hebräischen und zu Erez Israel zu vermitteln. In unseren Menschen eine neue Liebe zum eigenen Volk, zu unserem Land, zu unserer Sprache zu wecken. Dieses darf nicht nur Aufgabe der zionistischen Bewegung sein; es ist die Aufgabe der jüdischen Gemeinden in der Golah. Das Judentum in Deutschland hat in seinem größten Teil den von uns gewiesenen Weg als richtig empfunden und hat sich bereit erklärt, ihn zu gehen. Die Reichsvertretung der deutschen Juden, die meisten Großgemeinden haben unsere Forderung anerkannt und haben begonnen uns einen unserer Bedeutung entsprechenden Raum zu geben. Einer Reihe von früher bekämpften Forderungen und Vorstellungen ist nachgegeben worden. Fast überall ist es gelungen, zu einer engen und positiven Zusammenarbeit im Interesse dieses Judentums in Deutschland zu kommen. Wir zweifeln nicht daran, daß sich auch die Gemeinde Hamburg der gesamtveränderten Situation nunmehr anpassen wird. Wir zweifeln nicht daran, daß die Männer, die seit 1936 das Geschick unserer Gemeinde leiten, einsehen, daß neue Ideen und Ziele in dem Judentum in Deutschland seit damals entstanden sind.

Wir hoffen, daß man jetzt, wo die Legislaturperiode der Hamburger Gemeinderepräsentanz abläuft, Gelegenheit nehmen wird, sich der veränderten Konstellation und dem veränderten Tatbestand anzupassen und Menschen zur Arbeit hinzuzuziehen, die als Repräsentanten der neu geltend gewordenen Ideen über Palästina und über das Judentum schlechthin auch als Repräsentanten der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Hamburg akzeptiert zu werden wert sind.

Wir sind überzeugt, daß die Gemeinde Hamburg für sich nicht den zweifelhaften Ruhm in Anspruch nehmen will, als Bollwerk des Alten inmitten der ungeheuren Wandlungen, die mit dem Judentum in Deutschland vor sich gegangen sind, zu bleiben. Wird die Repräsentanz auf Grund der 1930 geschaffenen Mehrheitsverhältnisse sich wieder prolongieren und mit einer unveränderten inneren Struktur die Arbeit fortführen, so begibt sie sich in Gefahr, das Vertrauen der Hamburger Judenheit zu verlieren. Obwohl wir die Bemühungen der jüdischen Gemeinde um die jüdische Jugend voll auf erkennen, möchten wir, die zionistische Jugend, in verstärktem Maße in dieser Repräsentanz Menschen sehen, die unsere Ideen kennen, mit unserer Arbeit und unserem Leben verbunden sind.

Um das Schicksal der jüdischen Jugend in Deutschland gehen seit drei Jahren die Mehrzahl aller Auseinandersetzungen. Bei diesen Fragen trennen sich die Parteien und weltanschaulichen Gruppen. Genau so wie in Hamburg repräsentieren wir, die zionistische Jugend, die Majorität der jüdischen Jugend in Deutschland. Es ist nicht mehr als natürlich, daß alle Menschen, die sich verantwortlich für die Belange der jüdischen Jugend kümmern, sich bemühen müssen, unseren Gedan-

ken zu folgen, unsere innere Entwicklung zu verstehen, um mit uns gemeinsam die hier lösbaren Probleme zu lösen.

Wir gehören zu einer Jugend, die vor so viel Fragen und Schwierigkeiten steht wie kaum eine jüdische Jugend zuvor.

Unsere Beziehungen zu unserem Judesein, zum Beruf, zur Umwelt, bedürfen einer tiefgehenden Klärung. Wir können uns nicht mehr mit programmatischen Erklärungen, mit Parolen zufrieden geben. Wir ringen um eine grundlegende Ordnung, eine lebenschte und lebensbejahende Lösung. Wir suchen eine Gemeinschaft, in der wir verwirklichen können.

Wir stehen zu unserem Lande in der Zeit der Blüte und in der Zeit des Niedergangs. Wir fühlen uns mit den Menschen dort verbunden und mit ihnen werden wir gemeinsam das Werk zu Ende führen, das dort begonnen wurde.

Nach einigen weiteren Liedern ergriff Ernst Mayer das Wort zu einem Vortrag über die Zustände im Land, der durch prächtige Aufnahmen erläutert wurde. Er betonte, wie das Land zu der Gola steht, und so sei es eine Ehrenpflicht, daß auch wir zum Land stehen. »Am Tage bei der Arbeit und in der Nacht auf der Wacht«, das ist die Leistung unserer Brüder im Lande, von denen wir uns nicht beschämen lassen dürfen. Es folgten nun die Vorführungen zahlreicher ausgezeichnete und lebendiger Bilder aus Palästina, die der Redner auf einer kürzlichen Reise selbst aufgenommen hat. Man sah die Anfänge der Unruhen in charakteristischen Ausschnitten, Bilder, aus denen deutlich die Aufregung, die Anteilnahme, das Elend, aber auch die Festigkeit und die Hilfsbereitschaft sprachen, welche jene Tage, die immer noch kein Ende gefunden haben, auslösten. Wie die Arbeit aber fortgeführt wird, wie sich die Jugend, die das Land aufbaut, durch keinen Terror abhalten läßt, unentwegt am Werke zu sein, ward deutlich aus den Bildern sichtbar, die blühendes Leben in den Siedlungen und Fabriken, auf den Schiffen und in den Werkstätten zeigten.

Es war äußerst wirksam, daß der Redner diesen Teil der Bildvorführungen, bei dem die Bilder für sich selbst sprachen, nicht durch Worte erläuterte, sondern durch gedämpften Gesang der Jugend begleiten ließ.

Als letzter Redner sprach Schimon Reich. Er schilderte vorerst alle Schwierigkeiten der Lage im Lande und schonte auch nicht diejenigen, die zwar hinübergehen aber dort nicht dem Galuth entsagen, sondern alle ihre Ansprüche mit hinüberbringen und sich nicht in das Leben einordnen, das allein den Fortgang der Arbeit und den Enderfolg verbürgen kann. Er gab weiter zahlreiche Beispiele der Aufopferung aus den Kämpfen der letzten Monate und bewies, wie gerade durch die Arbeit der Kibbuzim und der Einwanderer, zum Teil der Einwanderer aus Deutschland, die Arbeit während des Streits aufrechterhalten werden konnte. Ein kurzer Ueberblick über die politische Lage und die noch immer drohende Einwanderungssperre mündete in die Feststellung, daß für uns diese ganze Frage nicht politisch entschieden werde, sondern daß sie uns Aufgabe und Tat sei. Auch wenn Menschen infolge des geringen Fassungsvermögens des Landes in andere Länder

auszuwandern gezwungen seien, dann müßten sie dorthin das Gefühl mitnehmen, daß sie Glieder eines Volkes seien und daß sie eine nationale Aufgabe zu erfüllen hätten, ganz gleich wo sie stehen. Seine Worte klangen in die Ermahnung aus, nie die Kette der Geschlechter reißen zu lassen, die seit Jahrtausenden die Sehnsucht nach dem Lande bewege und für es arbeiteten.

Die Jugend auf der Bühne stimmte die »Techesakna« an, und damit endete eindrucksvoll die Kundgebung des Jugendrings.

il.

### Nr. 3

Die Selbstdarstellung der jüdischen Jugend

März 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 9 vom 4.3.1937, S. III

## Jugend stellt aus

Der Hamburger Landesausschuß der jüdischen Jugendorganisationen bereitet für das Frühjahr eine große Ausstellung der jüdischen Jugend vor. Nach einem vom Landesausschuß ausgearbeiteten Plan werden alle Gebiete des jüdischen Jugendlebens in Hamburg in ihrem Umfang, ihrer Bedeutung und in ihrer Problematik in Form von Bildern, Tafeln, Statistiken und plastischen Modellen dargestellt werden.

Das Leben unserer Jugend spielt sich heute etwas abseits, zu sehr isoliert und auf sich selbst gestellt, im eigenen Kreise ab. Mehr den je sich selbst überlassen, ringt sie um Lebensform und -inhalt, kämpft sie um einen geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebensraum für die Zukunft.

Was weiß die jüdische Öffentlichkeit von den Schwierigkeiten, den Sorgen und Kämpfen dieser jüdischen Jugend? Spürt sie die Vitalität und Energie, sieht sie die Leistung dieser in harter Zeit und in engem Raum aufwachsenden jungen jüdischen Generation?

Wenig nur ist der Öffentlichkeit bekannt von den Gemeinschaftsformen der Bünde, von der Bildungs- und Umschichtungsarbeit, die innerhalb dieser Jugend von den jüdischen Schulen, vom Jugendamt der Gemeinde, im Hechaluz, von der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung, dem Landesausschuß der jüdischen Jugendorganisationen usw. geleistet wird. Wenig weiß man auch von dem inneren Leben dieser Jugend auf Fahrten, Bundestagen, den Sportplätzen und Heimnachmittagen.

Dieser große und umfassende Bezirk jüdischen Lebens soll auf der Ausstellung, die von Mitgliedern der Bünde und Jugendorganisationen selbst entworfen und ausgearbeitet wird, dargestellt werden.

Die Ausstellung wird acht Abteilungen umfassen. Die erste wird einen ersten Ueberblick über die jüdische Jugend Hamburgs geben und all das veranschaulichen, was von den Hamburger Institutionen für die Jugend geleistet wird. Ein Raum wird den Darstellungen über das jüdische Schulwesen gewidmet sein. Ihrer Bedeutung im Leben der jüdischen Jugend entsprechend werden die Jugendbünde den größten Raum auf dieser Ausstellung einnehmen. Es wird versucht werden, die einzelnen Bünde in ihrer Größe, Bedeutung und in ihrem Wesen darzustellen. Auch wird jedem Bund ein gewisser Raum zur Ausgestaltung zur Verfügung stehen. Eine weitere Abteilung wird sich mit der jüdischen Sportbewegung in Hamburg befassen; in gemeinsamer Arbeit der Vereine wird ein buntes Bild von der Entwicklung und dem heutigen Stand des jüdischen Sportes in Hamburg entstehen. Die Abteilung »Bildungsarbeit« wird die Bemühung um geistige Fortbildung, die Abteilung »Beruf« die Ausbildungs- und Umschichtungseinrichtungen sowie die Berufsstruktur der jüdischen Jugend veranschaulichen. Auch die Frage nach »Weg und Ziel« der jüdischen Jugend wird gestellt werden. Zuletzt wird in einer Abteilung »Schaffen und Leistung« all das ausgestellt werden, was auf künstlerischem und handwerklichem Gebiete von Hamburger jüdischen Jugendlichen Schönes und Wertvolles geleistet wurde. Hier werden auch die jüdischen Schulen, die Werkkurse der Gemeinde, und die Umschichtungsstätten Gelegenheit haben, von ihrer Arbeit und dem Können ihrer Schüler Zeugnis abzulegen. So wird die Ausstellung mit all ihren Abteilungen ein vielgestaltiges, buntes Spiegelbild des jüdischen Jugendlebens in Hamburg geben.  
[...]

#### Nr. 4

Die Programmatik des Landesausschusses der jüdischen Jugendorganisationen  
22. April 1937  
Israelitisches Familienblatt Nr. 16 vom 22.4.1937, S. III

### Wir jungen Juden

Die Arbeit des Landesausschusses der jüdischen Jugendorganisationen

Das Ziel dieses Landesausschusses der jüdischen Jugendorganisationen bei seiner Gründung im Jahre 1927 war:<sup>2</sup> Jüdische Gemeinschaftsarbeit innerhalb der jüdischen Jugend. Bestimmte man so den Zweck des Zusammenschlusses aller in Hamburg vorhandenen jüdischen Jugendbünde, so war bereits der Weg dieser Arbeit

2 Vgl. zur Gründung des Landesausschusses Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 2, S. 878f., 883f., 887f.

festgelegt. Die richtige Methode der Arbeit jedoch zu finden, stieß und stößt noch heute auf viele Schwierigkeiten. Was soll der Landesausschuß sein? Etwa eine reine Verwaltungsinstanz, die die gemeinsamen Interessen der jüdischen Jugend innerhalb der Gemeinde und gegenüber den einzelnen Bünden vertritt? War er dazu da, die von dem Budget der Gemeinde zugeteilten Gelder gerecht und nach einem einheitlichen Schlüssel unter den Bünden zu verteilen?, ein Schiedsgericht zu bilden in den evtl. entstehenden Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Jugendbünden? Waren das seine Aufgaben, so würde das vorgeschriebene Ziel jüdischer Gemeinschaftsarbeit zu leisten bei weitem nicht erfüllt sein. Er hat wohl in organisatorischer Hinsicht mit viel Initiative gearbeitet. Die Gründung des Jugendheims Johnsallee 54 im Jahre 1928, die Wandlung des Heims Wilhelminenhöhe, sind auf seine Anregungen zurückzuführen. Er empfand es aber auch vor allem als seine Aufgabe, darüber hinaus der Träger erzieherischer und kultureller Arbeit überbündischer Art zu sein.

So verständlich dieses Bedürfnis nach überbündischer kultureller Arbeit ist, so kompliziert und schwierig ist sie selbst. Die drei großen weltanschaulichen Richtungen innerhalb der jüdischen Jugend, in gleicher Stärke seit 1933, waren hier zu einheitlichem Tun vereinigt. Welches Gebiet geistiger und kultureller Arbeit wird jedoch ohne Bedingungen und Einschränkungen von diesen drei Richtungen anerkannt? Man denke nur, welche verschiedene Haltung zu dem Begriff »jüdische Geschichte« möglich ist. Man werde sich doch bewußt, welche verschiedene Bewertung die differenzierten Richtungen innerhalb der jüdischen Jugend den einzelnen Gebieten jüdisch-kultureller Arbeit entgegenbringen. Zudem trat in manchen Fällen eine gewisse Angst dieses oder jenes Jugendbundes dazu vor der Behandlung weltanschaulich-politischer Fragen, Angst vor der Auseinandersetzung, Angst vor dem Keilen und Gekeiltwerden.

Das waren Schwierigkeiten, aber sie mußten überwunden werden. Glücklicherweise war und ist in Hamburg kein Boden für radikale Elemente innerhalb der jüdischen Jugend. Die Tatsache, daß die scharfen Extreme absolut fehlten, ermöglichte ein ruhiges und reibungsloses Zusammenleben der Jugendbünde. Dieses war für Hamburg von jeher charakteristisch und macht es erklärlich, daß in unserer Gemeinde der Landesausschuß und jüdische Gemeinschaftsarbeit viel eher existierten als in allen anderen Großgemeinden Deutschlands. Gute Zusammenarbeit, gegenseitiger Respekt ermöglichten es, doch zu gewissen Formen überbündischer Erziehung und kultureller Arbeit zu kommen, und ließen es weiterhin zu, ein Gemeinschaftsgefühl der jüdischen Jugend zu schaffen, ganz abgesehen von allen politischen und weltanschaulichen Differenzen.

Mit Hilfe des Jugendamtes der Gemeinde und vor allem auch der Franz-Rosenzweig-Stiftungen in Hamburg konnte eine große Anzahl von Wochenendseminaren des Landesausschusses stattfinden. Es seien nur einige wenige der Dozenten hierbei zitiert: Martin Buber, Ernst Simon, Ludwig Feuchtwanger, Karl Adler, Professor Bondi, Rabbiner Schorch, Dr. Berney. Diese Arbeit des Lan-

desausschusses hatte vor allem seit 1933 eine erhöhte Bedeutung. Es mußten Wege gesucht werden, um die großen Lücken in der kulturellen Arbeit der Bünde, die durch Auswanderung der Führer entstanden, auszugleichen. Pädagogik, jüdische Soziologie, jüdische Geschichte, Gegenwartskunde waren die wichtigsten Gebiete, die behandelt werden sollten. Die Ausbildung der Jungführerschaft erhielt eine ganz besondere Bedeutung. Der Landesausschuß hat sich diesen Aufgaben nicht entzogen. Er hat sie zu lösen versucht und wird es auch in der Zukunft als seine dringendste Aufgabe empfinden, diese Wege weiterzugehen.

Seit 1933 hat auch der Landesausschuß Hamburg durch die erweiterte und offizielle Funktion des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände, seiner Zentrale in Berlin, an öffentlicher Bedeutung gewonnen. Er ist die autonome Vertretung der jüdischen Jugendorganisationen. Die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt der Gemeinde und dem Gemeindevorstand war erfreulich und produktiv. Durch hunderterlei Arbeitsbeziehungen mit den Gemeindeinstanzen verbunden bildet er mit diesen eine untrennbare Einheit. Niemals soll und wird das Empfinden entstehen, hier Jugend – dort Gemeinde. Einheit ist immer, aber vor allem in den Zeiten der Not, für die jüdischen Gemeinden unerlässlich. Der Landesausschuß empfindet es als seine Pflicht, innerhalb der Gemeinde als dem übergeordneten Träger und Gestalter jüdischen Lebens, die jüdische Jugend in ihren besonderen Interessen zu vertreten. –  
[...]

### Nr. 5

#### Aufgaben jüdischer Jugendarbeit

Mai 1937

Wir jungen Juden. Bilder aus unserem Leben in Hamburg. Ausstellung der jüdischen Jugend vom 5.-23. Mai 1937. Jugendheim Johnsallee 54, Hamburg 1937, S. 1-3

DR. DANIEL BROCHES:

### WIR JUNGEN JUDEN!

Diese Ausstellung soll eine Zwischenbilanz sein. – Gewaltig ist jetzt die Dynamik des jüdischen Lebens. Alles ist in Bewegung. Alijah und Auswanderung schwächen täglich die Zahl der Juden in Deutschland. Die Jugend wird von diesen treibenden Kräften besonders betroffen. Sie ist gezwungen, sich in allen lebenswichtigen Entscheidungen von ihnen bestimmen zu lassen. Geborgenheit, Ruhe und Sicherheit fehlen. »Wohin gehst du?« ist die an jeden gerichtete Frage. Aus dieser mit außerordentlicher Gewalt vor sich gehenden Entwicklung wollen wir einen Moment her-



ausgreifen. Es soll ein Augenblick der Besinnung sein, um die Richtung des Weges nochmals zu überprüfen, um zu sehen, woher man kommt und wohin die Entwicklung zeigt. Diese Ausstellung soll eine Zwischenbilanz sein, ein Querschnitt durch die augenblickliche Situation unseres Lebens in einer jüdischen Großgemeinde Deutschlands.

### **Aufgaben jüdischer Gemeinschaftsarbeit.**

Die Tendenzen der Entwicklung gehen aus vielen Zahlen, die die Ausstellung bringt, eindringlich hervor. Die Altersschichtung der jüdischen Gemeinde einerseits, die Auswanderungsziffern andererseits, sprechen mit unverkennbarer Deutlichkeit. Die Schnelligkeit des Ablaufs dieses Prozesses ist von vielen nicht in unserer Macht liegenden Faktoren abhängig. Wie es auch immer kommen möge, die jüdischen Körperschaften, die jüdische Gemeinschaftsarbeit leisten, die Gemeinde, der Landesausschuß und alle jüdischen Organisationen haben eine erhöhte Aufgabe und Verantwortung. Es ist ihnen zugewiesen, die Menschen formen zu helfen, die später als Wegbereiter neuen jüdischen Lebens nach Erez Israel oder als auf sich selbst gestellte Juden in andere Länder gehen werden. Man ist sich bewußt, daß es nicht genügen wird, Verbundenheit mit dem Judentum zu proklamieren und zu fordern. Das gemeinsame Leben und Erlebnis bindet. Das jüdische Leben hier so zu gestalten, daß es bindet und erzieht, ist die Aufgabe der jüdischen Institutionen. Dazu gehört aber ein fester Standort, eine klare und bewußte Haltung zum Judentum und zu Erez Israel.

### **Gemeinschaftsarbeit der jüdischen Jugend.**

Verantwortung des Einzelnen für die ganze jüdische Gemeinschaft über den kleinen Rahmen seiner Organisation hinaus ist die grundsätzliche Erziehungsforderung. Jüdische Gemeinschaft bedeutet für uns Klal Jisrael, verkörpert in der jüdischen Gemeinde als Teil des Judentums in Deutschland und damit organischen Bestandteil des jüdischen Volkes. Den Juden dazu zu erziehen, daß er sich als Teil dieser Gemeinschaft sieht, sein Schicksal als »jüdisches Schicksal« empfindet und aktiv teilnimmt an der Gestaltung der Zukunft dieser Gemeinschaft, ist das Leitmotiv jüdischer Gemeinschaftsarbeit überhaupt. Diese Arbeit sollen die Gemeinde-Institutionen innerhalb der Hamburger Judenheit, der Landesausschuß innerhalb der Hamburger jüdischen Jugend leisten. Es geht nicht darum, Differenzierungen ideologischer Art künstlich zu überbrücken. Das Gemeinsame aber betonen, die Ideen auf dem im Judentum seit jeher geltenden Wege der geistigen Auseinandersetzung zu klären, ist die Aufgabe.

Auch auf dieser Ausstellung kommen die ideologischen Differenzen zum Ausdruck. Sie sollen nicht vertuscht werden. Die Gemeinsamkeit des Schicksals und vieler erzieherischer und beruflicher Probleme – trotz der Verschiedenheit der Wege zur Lösung – sind von selbst in den Vordergrund getreten. Neue Lebensvorstellungen und Lebensinhalte, eine gewandelte Haltung zum Beruf sind in fast allen

Lagern der jüdischen Jugend zu erkennen. Haben doch die letzten Jahre eine ganze Vorstellungswelt der Juden zerstört. Geborgenheit in dem bisher üblichen Sinne ist nicht mehr vorhanden. Als positive Folge ist es anzusehen, daß in dem Innern der jüdischen Jugend eine bisher nie dagewesene Aufgeschlossenheit sich entwickelt. Sinnvoll zu leben, gibt Sicherheit. Wo Idee und Aufgabe dem Menschen den Sinn seines Lebens offenbaren, bedarf er in geringerem Maße jener wirtschaftlichen und sozialen Sicherheiten, die früheren Generationen gegeben waren. »Nicht sicher zwar, doch tätig frei zu wohnen«, ist die Vorstellung der Chaluzim und Chaluzoth, die nach Palästina gehen. Aber auch diejenigen, die in die anderen Länder der Welt auswandern, sollen das Bewußtsein verstärkt mitnehmen, daß sie Juden sind und bleiben, ganz gleich, wie sich ihr Schicksal gestaltet.

### **Unorganisierte jüdische Jugend.**

Ein bedenkliches Symptom offenbart sich auf dieser Ausstellung. Von 2500 jüdischen Jugendlichen in Hamburg sind nur 800[,] d.h. etwa 30 %, in jüdischen Organisationen zusammengefaßt. In den Lehrkursen und Seminaren, in den Sportorganisationen, in der Berufsumschichtung und den Fachschulen jüdischer Institutionen sind die organisierten Jugendlichen mit etwa 70 % vertreten. Sieht man selbst von der Jugend ab, die noch nicht im organisierfähigen Alter ist, so geht doch klar daraus hervor, wie viele junge Menschen an der Peripherie des jüdischen Lebens stehen und von jüdischer Arbeit unerfaßt bleiben. Hier liegt eine Gefahr von unverkennbarer Bedeutung. Es müssen Wege gefunden werden, um diese Menschen an der jüdischen Peripherie in die Gemeinschaft einzubeziehen und sie zu jüdischen Menschen zu formen.

Andererseits zeigen die Zahlen, welche außerordentlich positive Funktion die Bünde und all jene Organisationen haben, die jüdische Menschen hineinstellen in eine lebendige menschliche und jüdische Gemeinschaft. Aus den jüdischen Organisationen stammen die Menschen, die die Träger jeder jüdischen Arbeit und auch dieser Ausstellung sind. –

\*

Die Ausstellung ist aber nicht nur ein Rechenschaftsbericht, sondern ein lebendiger Beweis für den Willen und die Kräfte der jüdischen Jugend. Lebensmut und klarer Wille zur Gestaltung des eigenen Schicksals werden überall offenbart. Zeiten des Kampfes sind fast immer auch Zeiten der Entwicklung und des Wachstums. Die jüdische Jugend lebt und wird leben, wohin auch immer man sie stellen möge.

**Nr. 6**

»Was wird aus der jüdischen Jugend?«

2. Februar 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 2 vom 11.2.1938,  
S. 6

### **Kundgebung des Landsausschusses der jüdischen Jugendorganisationen**

Die Frage: Was wird aus der jüdischen Jugend? war der Gegenstand einer Kundgebung am 2. d.M., zu der der Landsausschuß der jüdischen Jugendorganisationen geladen hatte. Nach einführenden Worten von Herrn Dr. Max Plaut befaßte sich Herr Hans Gärtner – Berlin mit der Frage Berufswahl – Auswanderung. Nur unter diesem Aspekt sei das schwierige Problem zu betrachten und zu lösen. Der individuelle und der kollektive Faktor müßten bei der Berufsentscheidung gemeinsam geltend gemacht werden: der Jugendliche solle sich einem Berufe widmen, der ihn persönlich befriedige und gleichzeitig der Aufbauarbeit Palästinas, dem jüdischen Volksschicksal, diene. So ergebe sich als Berufsforderung die Forderung, die körperlichen Berufe, an erster Stelle die Landwirtschaft, aber auch das Handwerk zu pflegen. (Mittleren-Hachschara als Vorbereitung und für das Handwerk vornehmlich die Lehrwerkstätten-Ausbildung.) Auch für jugendliche Auswanderer in andere Länder kämen nur praktische Berufe in Frage, denen gegenüber die geringen akademischen und die kaufmännischen Möglichkeiten völlig zurückträten. Abschließend stellte der Redner als grundlegende Forderungen auf: nicht zu frühe Schulentlassung – nur qualifizierte Berufsausbildung – zielbewußte Charakterbildung. – Frau Tilly Zuntz sprach über die weiblichen Berufe, ihre Ausbildungs- und Zukunftsmöglichkeiten, so den ersten Vortrag – von denselben Grundforderungen ausgehend – ergänzend. Gesänge des Singkreises der jüdischen Jugendverbände, der unter Leitung von Herrn Dr. J. Jacobsen hier zum ersten Male vor einem größeren Kreise der Oeffentlichkeit erschien, rahmten die Vorträge ein.

## 25.2 Jüdische Jugendvereine

### 25.2.1 Die Agudas Jisroel Jugendgruppe Hamburg

#### Nr. 1

Die Statuten der Agudas Jisroel Jugendgruppe Hamburg

20. Mai 1931

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem AHW 794, Bl. 205-208

#### Statuten

##### § 1.

Die »Agudas Jisroel Jugendgruppe Hamburg« ist Mitglied der Agudas-Jisroel, Jugendorganisation, (A.J.J.O.) in Deutschland. Sie hat ihren Sitz in Hamburg und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

##### § 2.

Die Agudas Jisroel Jugendorganisation erstrebt die Lösung der jeweiligen Aufgaben des durch die Thora konstituierten jüdischen Volkes im Geiste der Thora.

Zweck der Gruppe ist die Förderung dieser Bestrebung.

##### § 3.

Mitglied kann jeder Jude und jede Jüdin werden, die für sich und das jüdische Volk die Verbindlichkeit der Thora anerkennen und das 15. Lebensjahr vollendet haben. Der Organisationsvorstand (O.V.) kann auf Antrag einer Gruppe mit Genehmigung der Landesorganisation und des rabbinischen Landesrates einschränkende Bestimmungen für begrenzte Zeit treffen.

Der Jugendgruppe steht das Recht zu, eine Untergruppe aus Mitgliedern unter 15 Jahren zu bilden.

##### § 4.

Der Gesamtvorstand der Gruppe besteht aus 7 Personen. 5 Personen werden für die Dauer von 2 Jahren in der ordentlichen Generalversammlung gewählt. Es scheidet alljährlich 2 und 3 Mitglieder aus, deren Wiederwahl zulässig ist. Die übrigen 2 Mitglieder des Gesamtvorstandes werden von dem Vorstand der Ortsgruppe und der Mädchen-Untergruppe entsendet. Die Geschäfte der Gruppe leitet ein aus 2 Mitgliedern des Gesamtvorstandes bestehender geschäftsführender Ausschuss. Der geschäftsführende Ausschuss wird vom Gesamtvorstand gewählt.

Dem Gesamtvorstand können nur volljährige Mitglieder angehören; es müssen mindestens 3 Mitglieder unter 30 Jahren sein. Dem Gesamtvorstand wird eine Kommission angegliedert, die aus 2 minderjährigen Mitgliedern besteht. Diese Kommis-

sion hat bei allen Angelegenheiten Mitberatungsrecht. Die beiden minderjährigen Mitglieder werden ebenfalls in der ordentlichen Generalversammlung gewählt. Ihre Amtszeit beträgt ebenfalls 2 Jahre.

- a) Die Aufgaben des Gesamtvorstandes sind:
- b) Die Vertretung der Gruppe innerhalb der Jugendorganisation, die Propaganda für die Idee und für die Organisation der Agudas-Jisroel innerhalb der Gruppe,
- c) die Gewährleistung einer gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Ortsgruppe und den Kommissionen.

Der Gesamtvorstand hat ein genaues Verzeichnis der einzelnen Mitglieder der Gruppe zu führen, eine Abschrift dem O.V. zuzustellen und diesen über Zu- und Abgänge laufend zu unterrichten.

Er hat ferner für den regelmässigen, pünktlichen Eingang der Mitgliedsbeiträge zu sorgen und die Fonds der Jugendorganisation und den Zentralfonds der Gesamtgudah mit allen Mitteln zu stärken.

Vorstand im Sinne des Gesetzes ist der Vorsitzende des Gesamtvorstandes. Den Vorsitzenden des Gesamtvorstandes bezeichnet die Generalversammlung; die übrigen Ämter im Gesamtvorstand verteilt dieser.

#### § 5.

Jedes Mitglied hat die Kopfsteuer für die Gesamtorganisation sowie einen Beitrag für die A.J.J.O., dessen Mindesthöhe von Jahr zu Jahr der O.V. festsetzt, zu entrichten. Ausserdem kann der Gesamtvorstand der Gruppe Zuschläge für die örtliche Betätigung und für Sonderzwecke unter Mitanhörung einer Vertrauenskommission erheben.

Diese Vertrauenskommission besteht aus 3 volljährigen Mitgliedern, die auf 2 Jahre von der Generalversammlung gewählt werden und nicht gleichzeitig Mitglieder des Gesamtvorstandes sein dürfen. Ein Austritt aus der Gruppe ist nur zum Schluss des Kalenderjahres zulässig.

#### § 6.

Alljährlich findet die ordentliche Generalversammlung statt, die 3 Wochen vorher schriftlich durch Zeitungsinserat oder Aushang einzuberufen ist. Ihre Aufgaben sind in der Hauptsache:

- a) Prüfung des vom Gesamtvorstand vorzulegenden Rechnungsberichts,
- b) Beratung von Anträgen
- c) Wahl des Gesamtvorstandes und dessen Vorsitzenden.

Anträge, die sich nicht unmittelbar aus den Beratungen ergeben, müssen dem Gesamtvorstand 8 Tage vorher bekanntgegeben sein, sonst können sie nicht auf die Tagesordnung gestellt werden. Generalversammlungsbeschlüsse werden vom Vorsitzenden des Gesamtvorstandes beurkundet.

## § 7.

Ausserordentliche Generalversammlungen kann der Gesamtvorstand einberufen, muss er einberufen, falls mindestens ein Fünftel der Mitglieder sie beantragen.

## § 8

Wahlberechtigt ist, wer seine Beiträge für das abgelaufene Jahr entrichtet hat. Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, dessen Gesinnungs- und Lebensführung anerkanntermassen der Thora entspricht und das 21. Lebensjahr vollendet hat. In strittigen Fällen entscheidet der O.V. Der Vorsitzende muss eine männliche Person sein.

## § 9.

- 1.) Über Aufnahme und Ablehnung von Mitgliedern entscheidet der Gesamtvorstand.
- 2.) Der Ausschluss eines Mitgliedes kann nur durch des Gesamtvorstand erfolgen.
- 3.) Berufung kann der Reihe nach eingelegt werden
  - a) bei der Generalversammlung der Jugendgruppe
  - b) beim O.V.
- 4.) Jedes Mitglied der Jugendgruppe muss, wenn es sich verheiratet oder das 30. Lebensjahr erreicht hat, in die Ortsgruppe eintreten, kann aber ausserdem weiter der Jugendgruppe angehören.

## § 10.

Die Jugendgruppe hat den Weisungen des O.V., die er im Rahmen seiner Zuständigkeit erteilt, Folge zu leisten. In Streitfällen entscheidet die Delegiertenversammlung der A.J.J.O.

## § 11.

Unbeschadet ihrer sonstigen Mitgliedschaftsrechte, bilden die weiblichen Mitglieder, zur Bearbeitung der die Mädchen betreffenden Tätigkeitsgebiete, eine Untergruppe. Die Untergruppe wird von einem Vorstand geleitet, der von den Angehörigen der Untergruppe gewählt wird. Der Vorstand der Untergruppe entsendet ein Mitglied in den Gesamtvorstand der Jugendgruppe.

## § 12.

Der Gesamtvorstand der Jugendgruppe hat das Recht, für besondere Aufgaben Kommissionen einzusetzen. In jede Kommission entsendet der Gesamtvorstand der Jugendgruppe ein Mitglied. Die Kommissionen sind für ihre Tätigkeit der Jugendgruppe und ihren Gesamtvorstand verantwortlich und haben für Massnahmen, die über den Rahmen ihrer Spezialbetätigung hinausgehen, die Zustimmung des Gesamtvorstandes der Jugendgruppe einzuholen.

Die Statuten der Kommissionen werden im Einvernehmen mit den Mitgliedern der betreffenden Kommissionen vom Gesamtvorstand festgesetzt. Auf übereinstimmenden Beschluss einer Kommission und des Gesamtvorstandes der Jugendgruppe ist die betreffende Kommission aufzulösen.

## § 13.

Satzungen können nur von einer Generalversammlung mit zwei Drittel Majorität der Anwesenden geändert werden.

## § 14.

Auf Antrag von drei Viertel aller Mitglieder der Jugendgruppe ist die Gruppe aufzulösen. Das vorhandene Vermögen fällt dem O.V. der Agudas-Jisroel Jugendorganisation zu.

## § 15.

§ 2 und § 15 dieser Statuten sind unabänderlich.

Hamburg, den 16. November 1930.

gez. Siegfried Heckscher

gez. Isidor Samson

gez. Senta Hesse

gez. Fanny Hamburg

gez. Adolf Seligmann

gez. Bernhard Jacobson

gez. Gertrud Lange

gez. Berthold Cohn

gez. Hermann Auerbach

Der Verein:

»Agudas Jisroel Jugendgruppe Hamburg«

ist heute unter N. 2618 in das Vereinsregister eingetragen worden; dadurch hat der Name des Vereins den Zusatz:

»eingetragener Verein«

erhalten.

Hamburg, den 20. Mai 1931.

Die Geschäftsstelle des Amtsgerichts.  
Abteilung für Vereins- und Güterrechtsregister.

L.S.

gez. Unterschrift.

Justizobersekretär.

Für richtige Abschrift  
Hamburg, den 18. Juni 1931  
gez. J. Fraenkel.

**Nr. 2**

Die reichsweite Tagung der Jugendgruppe Agudas Jisroel

25. Dezember 1935

Israelitisches Familienblatt Nr. 1 vom 2.1.1936, S. III

Agudatagung in Wilhelminenhöhe  
Die Eröffnung am 25. Dezember

Im Jugendheim Wilhelminenhöhe der Deutsch-Israelitischen Gemeinde begann am 25. Dezember eine auf eine Woche berechnete Tagung der Jugendorganisation der Agudas Jisroel, die aus dem ganzen Reiche von mehreren hundert Teilnehmern besucht war. [...]

Im übrigen hatten sich dazu zahlreiche Vertreter der Gemeinden, Kultusverbände und Organisationen eingefunden. Die Deutsch-Israelitische Gemeinde war vertreten durch RA. David und Dr. Nathan, die Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona durch Dr. Julius Möller und Max Lehmann, der Deutsch-Israelitische Synagogenverband durch Dr. Bodenheimer, die Repräsentanz der DIG. durch Herrn Abraham Heckscher, die Talmud-Tora-Schule durch Herrn Lehrer Katzenstein, die jüdische Mädchenschule durch Herrn Oberlehrer Eldod u.a.m.

[...] Für die Hamburger Agudajugend sprach Herr Strauß. Er bezeichnete den Sinn der Tagung als Dienst am Klall Jisroel. Viele hätten durch die Unruhe der Zeit die rechte jüdische Orientierung verloren, und diese Tagung habe zu zeigen, daß nur die Thora uns als Richtschnur im Leben zu dienen habe. Auch die Vertreter der jüdischen Schulen sollten sich von der jüdischen Aufbauarbeit überzeugen, die hier geleistet werde.

[...]

RA. Bernhard David, der Vorsitzende des Vorstandes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde, wünschte der Tagung einen reichen Erfolg. Alle Arbeit und alle Erfahrungen der Alten müßten Stückwerk bleiben, wenn sie nicht durch den Wagemut der Jugend ergänzt würden. Aber nur, wenn sie alle im Endziel einig seien, wenn sie die Einheit Israels im höchsten Sinne als ihr Ziel betrachteten, könne ihre Arbeit Erfolg haben. Aufrecht und mit ungebrochenem Mut wollten wir durch die Ungunst der Zeiten gehen. Einige treffende Auslegungen von Thoraworten ergänzten diese zündenden Ausführungen, die stärkste Zustimmung hervorriefen.

Im Namen der Gemeinde Altona und der Agudas Jisroel, Ortsgruppe Hamburg-Altona, begrüßte Dr. Julius Möller die Tagung. Er erinnerte an die Gründung der Agudas Jisroel. Manches sei nicht so geworden, wie man es damals beabsichtigt habe, aber eine starke Minorität habe sich doch hier zusammengefunden, die die Thora halten und nicht davon abweichen wolle.

[...]



Bezirksrabbiner Dr. Eli M u n k-Ansbach sprach nicht nur im Namen der Agudas-Jisroel-Landesorganisation für Deutschland, sondern auch als altes Mitglied des Esra, als das er sich heute noch fühle. Seit der Fusion der drei Gruppen der Agudajugend gelte es, die organisatorische Gemeinschaft auch zu einer inneren seelischen und geistigen Gemeinschaft zu gestalten. Wenn auch die Aguda wohl immer in der Minorität bleiben werde, so könne sie doch gedeihen, wenn alle Kräfte zusammenstehen und ein starkes Band wahrer Gottesfurcht sie umschließe.  
[...]

### Nr. 3

Das neue Agudaheim Werderstraße 18

30. April 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 18 vom 30.4.1936, S. III

### Das neue Agudaheim

Weiherede von Oberrabbiner Carlebach

Die Agudas-Jisroel-Gruppen Hamburg-Altona haben sich, wie bereits kurz berichtet, ein neues Heim im Hause Werderstraße 18 eingerichtet, das die Räumlichkeiten für das Mädchenseminar, das Kindertagesheim und Lern- und Unterrichtsräume für die Aguda-Gruppen aufzunehmen hat. Am Montag wurde das Heim unter so starker Beteiligung seiner Bestimmung übergeben, daß das Interesse an dieser schönen Neuerwerbung recht sichtbar wurde. Man sah u.a. Oberrabbiner Dr. Carlebach, weiter Rabbiner Dr. Lichtig, den Rosch-jeschiwah-Rabbiner Rabbinow, Rabbiner Dr. Cohn, R.-A. David und Dr. Loewenberg vom Vorstand der DJG., Edgar Frank als Vertreter des Vorstandes des Deutsch-Israelitischen Synagogen-Verbandes, die Herren Sealtiel und Sarfati als Vertreter der Portugiesisch-Jüdischen Gemeinde, Max Lehmann und Dr. Julius Möller<sup>3</sup> als Vertreter der Hochdeutschen Israeliten-Gemeinde Altona neben zahlreichen anderen Beauftragten vieler Institutionen unserer Gemeinde.  
[...]

Dr. Julius Möller begrüßte als Vertreter der Aelterengruppe der Agudas-Jisroel Hamburg-Altona die erschienenen Ehrengäste und betonte, daß es ihm nicht leicht

3 Julius (Jehuda) Möller (1878-1961), Dr. med., Arzt in Altona von 1902 bis zum Berufsverbot 1938, war Mitglied im KJV und Vorsitzender der Agudas Jisroel Hamburg-Altona. Julius Möller übernahm im Altonaer Gemeindeleben verschiedene Aufgaben: Er war Mitglied der Gemeindevertretung, der Schulkommission, der Synagogen-Kommission und gehörte dem Vorstand im Israelitischen Altenhaus an. 1938 emigrierte er nach Belgien und von dort 1946 nach Palästina.

falle, Oberrabbiner Dr. Carlebach als Altonaer in seinem neuen Wirkungskreise willkommen zu heißen, da er doch jetzt nur mehr einen kleineren Teil seiner Kraft Altona widmen könne. Im Anschluß an ein Prophetenwort aus Jesaja sprach er davon, wie der Ewige ihn ausgestattet habe mit der Gabe nicht nur der Rede, sondern auch in ungewöhnlicher Weise auf die breiten Massen der Judenheit zu wirken. Das sei heute die Aufgabe des Rabbiners, die Schwankenden, jetzt müde Gewordenen zu stützen. Er wünsche ihm, daß Gott ihm die Kraft geben möge, in seiner großen Wirksamkeit die Menschen zu stärken. Gewiß habe er seine Kraft allen Kreisen zu widmen, aber er gehöre doch in erhöhtem Maße dem Kreise, der es sich zu Aufgabe gestellt habe, die Heiligkeit der Ueberlieferung hochzuhalten. Die Aguda habe schon immer versucht, den inneren Wert des Judentums wieder zu Ehren zu bringen. In diesem Hause wolle sie ein Heiligtum im kleinen aufrichten in der Hoffnung, die ganze Judenheit wieder der Tora zu nähern, aus der alle ihre Lebensäußerungen herauswachsen müßten. Dazu sei auch dieses Haus bestimmt.

Bernhard Jakobson begrüßte die Versammlung im Namen der Jugend und ihrer Organisationen, der Zeire Agudas Jisroel, der Pirche Esra Agudas Jisroel, der Frauengruppen, des Mädchenseminars und des Kindertagesheims. Ueberall herrsche Einengung, aber doch erhalte uns der unerschütterliche Glaube aufrecht, daß auch die große Judennot unserer Tage uns zur Läuterung diene. [...]

Es sei das dritte Heim, das die Aguda nun beziehe, und dafür diene besonderer Dank der Leitung des Kindergartens, in erster Linie Berthold Cohn. Vor siebzehn Jahren habe der verewigte Oberrabbiner Dr. Spitzer das erste Agudaheim in der Bornstraße eingelernt und seinen Benutzern das Wort »Lernen Sie!« mit auf den Weg gegeben. Dann folgten Jahre einer glücklichen Entwicklung, wo es getragen war von dem buntbewegten Leben unserer Jugend. Unter dem Druck der Not wurde dann das Heim in der Hallerstraße bezogen, und unter dem Zeichen des Pessachfestes ziehe die Aguda jetzt in ihr neues Heim ein. Mögen diese Räume der Aguda zu glücklicher Arbeit dienen, möge die Idee des Werkes, die in diesem Jahre unter dem Zeichen der Vorbereitung zur Kenessio gedauloh stehe, auch hier sich durchsetzen.

[...]

Darauf betrat

Oberrabbiner Dr. Carlebach,

freudig begrüßt, das Rednerpult.

Der Augenblick, so begann er, habe zu viel der Arbeit auf seine Schultern gelegt, als daß er hier eine rechte Festrede halten könne. Aber mit Freuden nehme er die Gelegenheit wahr, die Aguda zu diesem Abend, zu dieser Leistung, deren die Jugend der Aguda fähig gewesen sei, zu beglückwünschen. Nach dem Midrasch habe Gott nach der Erschaffung der Welt ausgerufen: Welt, Welt, könnte ich immer so viel Freude an dir erleben, wie an diesem Tage, da ich dich geschaffen habe! So rufe auch er aus, wenn er das Heim im Glanze junger Vollendung vor sich sehe: Mögen seine Urheber immer so viel Freude an ihm erleben wie an diesem Tag!

[...] und dann richtete Rechtsanwalt Bernhard David das Wort an die Versammlung.

Im Namen des Vorstandes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde überbrachte er die besten Glückwünsche aus dem lebhaften Gefühl der inneren Verbundenheit weiter Kreise der Gemeinde mit dieser Freude und dieser Zielsetzung. Alle Arbeit im Jüdischen dient der positiven Gestaltung eines schweren Schicksals. Im Sozialen und Geistigen liege die Arbeit, und häufig verberge sich hinter nüchternen Zahlen und Tatsachen die Rettung eines Menschenlebens. Solcher Arbeit sozialer und geistiger Art dürfe sich die Aguda rühmen. Ein besonderer Ruhmestitel sei das Wirken für das Kinderheim, denn die Jugend bedeute unsere Zukunft. So wie die Gesamtheit keines entraten könne, so sei auch der einzelne nichts, wenn er sich nicht in die Gesamtheit hineinstelle. Das sei ein Grundsatz, der immer in unserer Gemeinde gelebt und gewebt hat. Die innere Verbundenheit in unserem Glauben sichere uns allen eine gute Zukunft, die uns ein guter Gott bald schenken möge.

[...]

Die ganze Anlage ist eine vorbildliche Einrichtung, auf die nicht nur die Aguda, sondern unsere ganze Gemeinde stolz sein kann.

### 25.2.2 Der Bund Deutsch-Jüdischer Jugend

#### Nr. 1

Der Führerausweis der Deutsch-Jüdischen Jugend von Max Plaut

1. März 1934

Staatsarchiv Hamburg, 622-1/173 Plaut, D 34/1

<p>Wohnort: Hamburg, Al. Str. 103, Bismarckstr. 103          Dienstort: Hamburg, Al. Str. 103</p> <p>Ich bestätige das Angegebene der Jüdischen Jugendverbände, als der einzige verantwortlichen Bezirksleitung für Jüdische Jugend, dass er das RWA hat, für die im angegebenen Bezirk und Teilbereich die besten Disziplinierungs-Einrichtungen vorzustellen.</p> <p>Der Vorsitzende des Bezirks Rates  <i>Max Plaut</i>          Leiter der Jüdischen Jugendverbände</p>	<p>Dr.-Ing.          Max Plaut          (Name)</p> <p>Hamburg,          Hochallee 103          (Wohnort)</p> <p>17.10.1901          (Geburtsdatum)</p> <p><i>Max Plaut</i></p> <p>Bund: Bund Deutsch-Jüdischer Jugend          Ortsgruppe: <del>XXXXXXXXXXXX</del></p> <p>Der Bund ist dem Judentum des Deutschen Reiches gewidmet und steht der alleinigen verantwortlichen Bezirksleitung der Jüdischen Jugend an.</p> <p>Berlin, den 1. März 1934</p> <p>Reichsausschuß der Jüdischen Jugendverbände e.V.  <i>Carl Meißner</i>          (Unterschrift)</p>
---	---

**Nr. 2**

»Vom Ringen und Streben deutsch-jüdischer Jugend«

29. Mai 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 22 vom 31.5.1934, S. III

**Vom Ringen und Streben  
deutsch-jüdischer Jugend**

Vortrag von Leon Bernstein in der D.J.J.

In der deutsch-jüdischen Jugend sprach am letzten Dienstagabend Leon Bernstein. Selbst diesem Kreis verbunden und aus ihm hervorgegangen, zeugte er mit ehrlichem Bemühen und jugendlicher Wärme von der Aufgabe und dem Streben der deutsch-jüdischen Jugend in dieser Gegenwart.

[...] Der Referent wandte sich dann einer Betrachtung über die Jugendbewegung zu und gab einen Ausblick auf die ideenmäßige Entwicklung der deutschen Jugendbewegung mit einer Charakteristik des gegenwärtigen Zustandes. Er gab der Tragik Ausdruck, die darin liegt, daß die deutsch-jüdische Jugend von allem ausgeschlossen ist, zitierte Jakob Wassermann als Zeugen für das Leid des deutschbewußten Juden. Aber er unterstrich auch stark, daß das Draußenstehen kein Unglück zu sein brauche, wenn wir nur wollen. Das innere Wissen, daß wir Deutsche sind, müsse uns stark machen.

**Mit der deutsch-jüdischen Jugend, mit ihrem Willen,  
deutsch zu sein und deutsch zu bleiben, stehe und falle  
der Kampf des deutschen Judentums.**

Das sei die Aufgabe. Es werde Rechenschaft gefordert, ob man alles getan habe, was zu leisten notwendig war. Die Anbahnung einer neuen Emanzipation müsse ausgehen vom bewußten Menschen jüdischer Religion und jüdischer Stammesart. Neuer Anteil am jüdischen Glauben, an jüdischer Religion müsse gefunden werden, die Sehnsucht nach Frömmigkeit, die heute durch viele jüdische Herzen gehe, müsse erfüllt werden. Sinngemäßes religiöses Leben solle in der Jugend entfaltet werden, die Freitagabende, die Sabbathe, die Festtage sollten ausgebaut werden im Sinne jüdischer Zusammengehörigkeit. Wichtig sei, daß der Zugang zur hebräischen Sprache wieder gefunden werde. Auch der Jugendgottesdienst gehöre in diese Ordnung. So finde man zur Gemeinschaft des Judentums, des Bundes, der Familie und des Deutschtums. »Wir wollen in Deutschland leben«, so schloß Bernstein seinen Vortrag, »wir wollen die Zukunft bauen als aufrechte und gerade jüdische junge Menschen.«

[...]

-tz. [Tilly Zuntz]

## 25.2.3 Der Zeïre Misrachi (Brith Hanoar)

**Nr. 1**

Die zionistischen Ziele des Zeïre Misrachi

25./26. Dezember 1932

Hamburger Familienblatt Nr. 1 vom 5.1.1933, S. 5

**Bundestag des »Zeïre Misrachi«**

Am 25. und 26. Dezember führte der Bundestag des »Zeïre Misrachi«, der religiös-zionistischen Jugendorganisation in Deutschland, Delegierte aus 21 Orten des Reiches in Magdeburg zusammen. Schon am Sabbath wurden Arbeitsgemeinschaften abgehalten. Im Mittelpunkt der Tagung, die von Dr. E. Schereschewsky (Hamburg)<sup>4</sup> geleitet wurde, standen die Referate über den »Jüdisch-religiösen Sozialismus« von cand. phil. Benno Offenburg (Hamburg)<sup>5</sup> und über »Galuth und wir« von cand. phil. Josef Burg (Dresden).<sup>6</sup>

In dem ersten Referat wurde gezeigt, daß es auch einen Sozialismus gäbe, der vom historischen Idealismus ausgeht und zu denselben praktischen Forderungen wie der marxistische Sozialismus gelangt. Der religiöse Sozialismus, wie ihn der »Zeïre Misrachi« vertritt, erhält seine besondere Note erst durch die jüdische Tradition. Die sich anschließende Aussprache zeigte, daß ungeachtet einzelner Differenzierungen die sozialistische Haltung des Bundes in diesem Sinne als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt wurde.

- 4 Der im Dokument erwähnte Dr. Emmanuel Schereschewsky (geb. 1900), Rabbiner und Professor am Martin Buber Institut der Universität Köln, war später zeitweise Mitherausgeber der Zeitschrift *Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland*. Vgl. Offenborn, *Jüdische Jugend*, S. 319, Anm. 287, dort wird ein Fahrtenbericht über eine Radtour der Gruppe am 1. Mai 1934 zitiert (Kolenu, H. 1, S. 10f.); vgl. ferner Benno Offenburg, Die Entwicklung des Brith Hanoar vom Hamburger Bundestag bis heute, in: *Zion. Monatsblätter für Lehre, Volk, Land* 4/1932, Nr. 4/5, S. 38-40.
- 5 Benno Offenburg (Baruch Zwi Ophir) (1910-2004), Dr. phil. 1933 in Hamburg, Pädagoge und Historiker, war Mitglied im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Mitglied der sozialistischen Studentenschaft und aktiv im Bund Zeïre Misrachi. Er verließ Deutschland im November 1933, um in Italien ein Hachschara-Lager zu leiten. 1935 emigrierte er nach Palästina, wo er den Namen Baruch Zwi Ophir annahm. 1991 verlieh ihm die Philosophische Fakultät der Universität Hamburg die Ehrendoktorwürde. Vgl. Kirsten Heinsohn, Baruch Zwi Ophir, in: *Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.), Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk*, Göttingen 2006, S. 202f.
- 6 Josef Burg (1909-1998), Dr. phil. 1933, Lehrer, Rabbiner und Politiker, war 1936 Mitglied des Vorstands des deutschen Misrachi und gehörte zur Bundesleitung des Bachad. Er emigrierte 1939 nach Palästina. Nach der Staatsgründung Israels gehörte er der Knesset an und war wiederholt Minister als Vertreter der Nationalreligiösen Partei in verschiedenen Kabinetten.

Das zweite Hauptreferat von Josef Burg über »Galuth und wir« versuchte, die Problematik aufzuzeigen, die sich für einen palästinozentrisch eingestellten Bund wie den »Zeire Misrachi« aus der wirklichen Situation der Weltjudenheit ergibt. Palästina besitze wohl unangefochten das Primat vor allen anderen Aufgaben der Judenheit. Man dürfe dabei aber nicht vergessen, daß viele jüdische Fragen trotz Palästina ihrer Lösung harren. Aus einer Palästina-Bejahung dürfe niemals eine Golahverneinung resultieren. Wie die Aussprache ergab, gingen in diesem Punkte die Meinungen stark auseinander. So verlieh u.a. Dr. Oskar Wolfsberg (Berlin)<sup>7</sup> der Meinung der Mehrheit Ausdruck, als er eine Beschränkung auf die Gegenwartsaufgabe des Palästina-Aufbaues forderte.

In der öffentlichen Kundgebung, an der auch 800 Gäste teilnahmen, erreichte der Bundestag seinen Höhepunkt. [...]

Im Mittelpunkt stand die Rede von Dr. Oskar Wolfsberg, der das Ziel des Bundes umriß. Er betonte, daß dem »Zeire Misrachi« die besondere kulturelle Aufgabe zufalle, Bindeglied zu sein zwischen der jüdischen Vergangenheit und dem sich neu gestaltenden Leben in Palästina.

Während der erste Tag rein theoretischen Fragen gewidmet war, gestaltete sich der zweite Tag zu einer Arbeitssitzung. Bedingt durch die immer größer werdende wirtschaftliche Not der deutschen Judenheit liegen für das kommende Jahr soviel Neuanmeldungen für die Ausbildung zur landwirtschaftlichen Tätigkeit im Heiligen Lande vor, daß sie selbst bei stärkster Auslese nicht bewältigt werden können. Außer dem Gehringshof, dem einzigen größeren jüdischen Lehrgut in Deutschland, stehen mehrere Bauernzentren zur Verfügung, deren Sicherstellung und Erhaltung einzig von der finanziellen Kraft des Bundes abhängen wird.

Die Tagung, die von Richard Lasowski (Hamburg) vorzüglich organisiert war, stand unter dem Zeichen der geistigen und wirtschaftlichen Nöte der jüdischen Jugend in Deutschland und machte den Versuch, eine positive Antwort insbesondere der religiös-jüdischen Jugend zu geben.

[...]

- g

7 Oskar Jeschajahu Wolfsberg (Yeshayahu Aviad) (1893-1957), Dr. med., war von 1926 bis 1933 Präsident der Landeszentrale des Misrachi, ferner Vorstandsmitglied der ZVfD sowie Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Berlin. Wolfsberg emigrierte 1933 nach Palästina, wo er den Nachnamen Aviad annahm. In den Jahren 1948 und 1949 war er Botschafter in den skandinavischen Ländern, 1956 und 1957 Botschafter in der Schweiz. 1960 erschien posthum von ihm eine Darstellung über *Die Drei-Gemeinde. Aus der Geschichte der Jüdischen Gemeinden Altona-Hamburg-Wandsbek.*

**Nr. 2**

Der Ausweis des Brith Hanoar schel »Zeire Misrachi«

4. September 1934

Privatarchiv, Carl Salomon, Haifa

**Auszug aus der Verfassung.**

Die Tnuat Tora wa'Awoda („Zeire Misrachi“, Brit Chelaim Datin und Brit Hanoar schel „Zeire Misrachi“) schließt den Teil der jüdischen Jugend Deutschlands zusammen, der das Toragesetz des jüdischen Volkes als für sich verpflichtend anerkennt und entschlossen ist, sich als Träger des Ideals „Tora wa'Awoda“ (Religion und Arbeit) heranzubilden und seine ganze Kraft für die Verwirklichung dieses Ideals im Aufbau Erez Jisraels (Palästina) einzusetzen.

Ausgestellt am: 4. Sep. 1934

Unterschrift des Ortsgruppenleiters:  
**BRITH HANOAR SCHEL „ZEIRE MISRACHI“**  
*[Handwritten Signature]*

Der Bund ist dem Jugendführer des Deutschen Reiches gemeldet und gehört der alleinigen verantwortlichen Zentralorganisation der jüdischen Jugend an.

Dieser Ausweis hat zur Gültigkeit wenn er mit dem Stempel des laufenden Monats versehen ist.

Anschluß der Zentrale:  
 Hamburg 13, Grindelhof 66 ptr. Tel. 55 38 69

תנועת תורה ועבודה  
**Brith Hanoar schel „Zeire Misrachi“**

Ortsgruppe:  
**H a m b u r g**

כרטיס חכה  
 Nr. 1117

*Aggem. am 11. Dez. 1934*

Original am 11. Dez. 1934

Gründungs-Nr. 1117

Nicht übertragbar!

Kwuzah:					
193 <u>  </u> / <u>  </u>					
Jan.		Jan.		K.K.L. Aktionen	
Febr.		Febr.			
März		März			
April		April		K.T.w.A. Aktionen	
Mai		Mai			
Juni		Juni			
Juli		Juli		Bemerkg.	<b>5. Sep. 1934</b>
Aug.		Aug.			
Sept.	<b>T „TWA“</b>	Sept.			
Okt.	<b>T „TWA“</b>	Okt.			
Nov.	<b>T „TWA“</b>	Nov.			
Dez.	<b>T „TWA“</b>	Dez.			

**Nr. 3**

Die Konkurrenz religiöser Jugendverbände

31. Juli 1935

Abgedruckt bei Zeëv Möller, Drei Generationen Familie Möller, Privatdruck (hebr.), Ramat Gan 1989, S. 96

RAFAEL MÖLLER

Altona/E

Ohlendorfsallee 8

**Bundesleitung des****»Zeire Misrachi« für Deutschland**

Anschrift: HAMBURG 13 \* GRINDELHOF 66 PTR. \* FERNSPRECHER: 55 38 69

ANGESCHLOSSEN DEM REICHAUSSCHUSS DER JÜDISCHEN JUGENDVERBÄNDE E.V.

den 31. Juli 1935.

Per Luftpost!

Chawer

Schmuel Möller

P.O.B. 577

H a i f a .

Lieber Siegbert,

Ich las Deinen letzten Brief und Karte aus Haifa, aus der man nicht ganz viel entnehmen konnte. Da Du jetzt in Haifa bist, habe ich ein ganz besonders wichtiges Anliegen an Dich.

Du weißt, daß ich beabsichtige, in Haifa aufs Technikum zu gehen, und es wäre mir außerordentlich angenehm, wenn Du Dich mal ganz ernsthaft bemühen würdest, die Bedingungen zu erfahren, unter denen das Technikum deutsche Einwanderer aufnimmt, unter besonderer Berücksichtigung dessen, daß ich kein Abitur habe, aber 3 Jahre gelernt, die Fachschule besucht und auch mein Gesellenstück gemacht habe. Soviel ich weiß, nimmt das Technikum auch aus Deutschland Studierende auf, die kein Abitur haben, und es wäre für mich besonders wichtig zu erfahren, ob sie mich aufnehmen würden mit Obersekundareife eines Realgymnasiums und der betr. fachlichen Ausbildung. Für mich ist diese Frage jetzt besonders brennend, da ich wahrscheinlich hier bald aufhören werde, in der Hanhalah zu arbeiten, und ich mich entscheiden muß, was ich tun soll. Wenn es Dir möglich ist, schicke mir hebräisch geschriebene Prospekte des Technikums und auch mal ein kleineres Lehrbuch, damit ich mal anfangen kann, das fachliche Iwrith zu lesen. Ich würde Dir selbstverständlich das Geld dafür zurückschicken. Ich bitte Dich dringend, dieses zu erledigen.



Ich habe jetzt noch eine sehr wesentliche Bitte, und zwar daß Du mir sofort eine genaue Schilderung des Streit es um die Melkfrage schickst, da ich diese unbedingt benötige. Hier in Hamburg wird nämlich in Kreisen des Esra mit diesem angeblichen Fehlschritt des Poel Hamisrachi gegen ihn Reklame gemacht. Es interessiert mich jede Einzelheit und besonders, nach welchem Psak sich der Kibbuz Rodges richtet, wie er von vornherein gemolken hat, und ob er jetzt noch sich nach einem bestimmten Psak richtet, oder ob die Chawerim des Kibbuz Rodges diese Frage für sich selbst entschieden haben. Du glaubst gar nicht, wie in den Kreisen des Esra diese Frage ausgenutzt wird, um gegen uns zu hetzen. Auch wäre es interessant zu wissen, wie sich die agudistischen Kwuzoth zu dieser Frage praktisch und theoretisch stellen. Es liegt mir daran, daß Du mir umgehend auf diese Frage umgehend antwortest, da momentan der Kampf des Esra gegen den Brit Hanoar und umgekehrt besonders in Hamburg sehr stark wütet. Es liegt uns natürlich daran, einwandfrei in diesen Fragen dazustehen, da diese immer den gefährlichsten Angriffspunkt bilden können.

Über unsere Arbeit hier wäre ungeheuer viel zu berichten; aber aus Zeitmangel will ich nur ganz kurz schildern, wie die Situation in Deutschland momentan liegt. Wir haben jetzt den Brit Hanoar bedeutend weiter in die liberalen Kreise und auch in die Kreise des Esra hineingetragen, haben so in Deutschland 7 Bezirkssekretariate mit verschiedenen »Gauverwaltern« eröffnet, die versuchen, in die einzelnen größeren Städte und auch in die kleinsten Gemeinden einzudringen, um dort neue Menschen für uns zu gewinnen. Es gelingt uns in großem Maße, das Interesse für unsere Arbeit auch auf dem Lande, insbesondere für den Keren Tora wa'Awoda, zu wecken. Es fehlt uns jedoch hauptsächlich an führenden Persönlichkeiten, die verantwortlich die Arbeit übernehmen und dafür zeichnen. Da die bis jetzt leitenden Personen in der deutschen Tnuath Tora wa'Awoda im Herbst zur Alijah gehen werden, ist es für uns die schwerste Frage, wie wir im Winter unsere Arbeit weiter führen können. Es gehen u.a. zur Alijah Schloime Bombach, Rudi Herz, David Intriligator, vielleicht Eugen Michaelis, vielleicht Bumma, ArieH Händler, der bis jetzt unseren süddeutschen Bezirk innehatte, Schmucl Preßler und noch viele andere führende Chawerim. Du siehst also, daß die Bundesarbeit von den führenden Leuten entblößt wird und wir keinen Ersatz haben, den wir in Deutschland an diese Stelle setzen können. Es wird deshalb geplant, führende Chawerim von drüben nach Deutschland zu bringen, um sie die Arbeit hier machen zu lassen. U.a. soll Benno hier in die Hanhalah kommen; er wird sich aber nach meiner letzten Information nicht darauf einlassen. Es ist für uns also unsere zukünftige Arbeit ein großes Problem.

Im September wird wahrscheinlich eine Moazah in Berlin stattfinden, auf der alle diese Fragen besprochen werden, jedoch – wie ich befürchte – nicht zufriedenstellend gelöst werden können. Es ist dieses auch z.T. Schuld unserer organisatorischen Arbeit, die nicht bewußt genug Führer heranzieht, die in Zukunft die Arbeit übernehmen können. Es müßte in dieser Beziehung noch sehr viel an der Arbeit des Bachad und auch des deutschen BH gebessert werden.

Ich hoffe, daß Dich diese Ausführungen interessiert haben. Ein andermal könnte ich Dir mehr schreiben. Hoffentlich antwortest Du mir sofort auf meine Fragen.

Bewirkat Schalom  
(gez.) Rafi

#### Nr. 4

Das Dankschreiben der Bundesleitung des Zeïre Misrachi an Rafael Möller

1. Mai 1938

Abgedruckt bei Zeëv Möller, Drei Generationen Familie Möller, Privatdruck (hebr.), Ramat Gan 1989, S. 102

#### Bundesleitung des »Zeïre Misrachi« für Deutschland

Anschrift: Berlin W 50

Augsburgerstrasse 60

den 1. Mai 1938

Herrn  
Rafael Möller<sup>8</sup>  
Altona-Elbe

Lieber Rafael Möller,

mit dem heutigen Tage endet vorläufig Deine offizielle Tätigkeit in unserer Bewegung. Es steht für uns ausser Frage, dass es sich bei Dir um eine berufliche Wiedereinordnung handeln wird, nicht um ein wirkliches Aufgeben Deiner Bundestätigkeit. Wir wissen, wie verbunden Du unserer Arbeit bist und dass Du stets uns zur Verfügung stehen wirst.

Dennoch ist der heutige Tag für Dich und für uns von Bedeutung. Seit 3 Jahren, seit dem 1. April 1935 stehst Du in vorderster Front unserer Bundesarbeit. Du hast gewichtigen Anteil an dem Aufbau und Ausbau unserer Bewegung, Dir ist es zum grossen Teil mitzudanken, wenn unsere Organisation, der »Zeïre Misrachi« und der »Brit Hanoar« einen so grossen äusseren Aufschwung genommen haben und gleichzeitig die Arbeit der Vertiefung, der Heranziehung jedes Einzelnen zur Mitverantwortung am Gesamtwerke, geleistet wurde. Durch Deine zahlreichen Reisen in

8 Rafael Möller (1916-1987), Sohn von Dr. med. Julius Möller (1878-1960) und Neffe von Paul Möller (1892-1944), war Mitglied im Bachad und in der Hachschara-Kommission der ZVfD. Er emigrierte Anfang Mai 1939 nach Palästina.

unsere Gruppen, durch Deine Mitarbeit an der Führung von Seminaren und Lagern hast Du den Kontakt hergestellt zwischen der Zentrale und den einzelnen Chawerim, hast Du die Probleme und den Geist Erez Jisraels, das Dir durch einen längeren Aufenthalt bekannt wurde, unseren Menschen nahegebracht.

Wir fühlen uns heute im Namen der ganzen Bewegung Tora wa'Awoda verpflichtet, Dir für Deine führende Mitarbeit unseren Dank auszusprechen. Wir hoffen, dass Du selbst gespürt haben wirst, wie Du durch Dein Wort, Deinen Brief oder sei es auch nur durch die von Dir mit so viel Mühe und aufreibender Arbeit durchgeführten Filmvorführungen, mithelfen konntest an unserem Werk. Dieses Bewußtsein, Mitträger, Miterbauer unserer Heimat im Geiste unserer Tora und in einer neuen Bewertung der Arbeit zu sein, wird Dir selbst Dank und Lohn bedeuten.

Wir wünschen Dir eine glückliche Wiedereinfügung in Deinen eigentlichen Beruf, der Dir so viel bedeutet. Aus der Verbundenheit mit Deinem werktätigen Beruf schöpfst Du immer die Kraft, andere zur Hand- und Landarbeit hinzuführen.

Wir rechnen weiter auf Dich, hier und in Erez Jisrael.

Zelach u-rechav [hebr.: Viel Erfolg]

(gez.) Josef Burg

(gez.) ArieH Händler

(gez.) Eugen Michaelis

#### 25.2.4 Der Hechaluz datiim (Bachad)

##### Nr. 1

Der Kibbuz Maanith der Hamburger Angehörigen des Hechaluz

23. August 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 34 vom 23.8.1934, S. III

#### Chaluzim tagen in Wilhelminenhöhe

Treffen des »Kibbuz Maanith« der Hamburger Angehörigen des Hechaluz

Innerhalb der Chaluzbewegung in Deutschland sind im letzten Jahre manche Veränderungen vor sich gegangen. Lange war der Hechaluz nur eine kleine Gruppe. Als die stürmische Entwicklung der Verhältnisse ihn dann vor Jahresfrist plötzlich zu einer Massenbewegung machte, war es ihm nicht möglich, seine Menschen so, wie er es gewohnt war, zu erfassen und sie genügend für Palästina vorzubereiten. Die Folgen einer solchen oberflächlichen und kurzen Erziehung machten sich bald bemerkbar. Chaluzim kamen ins Land, denen selbst die Grundbegriffe des Palästinaaufbaus abgingen. Hier mußte eine Aenderung eintreten, weil die Gefahr bestand, daß der Hechaluz sonst seinen Charakter einer Erziehungsbeugung, die die Erfassung und Umgestaltung des ganzen Menschen erfordert, verlieren werde.

Einer der gelungenen Versuche, dieser Gefahr zu begegnen, ist der »Kibbuz Maanith« genannte Zusammenschluß von Hamburger Angehörigen des Hechaluz, eine Gemeinschaft, die heute etwa 150 Menschen umfaßt, nachdem sie bereits vor einiger Zeit 40 Mitglieder zwecks gemeinsamer Ansiedlung nach der neuzugründenden palästinensischen Siedlung Schatta entsandt hatte.

Der Kibbuz Maanith veranstaltete dieser Tage in Wilhelminenhöhe ein Treffen – eine Pegischah – mit dem Ziele, seine Angehörigen, die zum Teil ganz neu in die Hachscharah gekommen waren, einander näher zu bringen und ihnen Klarheit über ihren weiteren Weg hier, wie in Palästina zu verschaffen. [...]

Am nächsten Vormittag fand eine Sitzung der Vertreter der einzelnen Kibbuzim – der Schwesterorganisationen des veranstaltenden Verbandes – sowie der Leiter der verschiedenen Ortsgruppen im Gau Nordmark des Hechaluz statt. Marduk Schattner (En Charod) berichtete über den deutschen Hechaluz und über die Zusammenarbeit mit der Zionistischen Vereinigung. Im Anschluß daran wurde die zweite demnächst für die Alijah bestimmte Gruppe des Kibbuz Maanith – wiederum etwa 40 Menschen – zusammengestellt. Sie wird wahrscheinlich Anfang Oktober nach Palästina gehen. Ferner wurde beschlossen, einen Finanzausgleich zwischen den einzelnen Kibbuzim herzustellen. Am Nachmittag hielt Naftali Unger aus Giwath Brenner (– ein aus Palästina für die Arbeit im Hechaluz nach Deutschland entsandter, jetzt in Hamburg tätiger Vertreter der Bewegung – Red.) ein Referat über den »Weg des Kibbuz Maanith«. [...]

Zum Abschluß der Pegischah fand eine Feier anläßlich des einjährigen Bestehens des »Kibbuz En-Chajim«, des chaluzischen Hachscharahzentrums in Rissen bei Hamburg statt. Bei dieser Gelegenheit betonten die Anwesenden besonders herzlich ihre Verbundenheit mit Dr. Edgar Marx, dem bisherigen Hamburger zionistischen Führer, der gleich den Angehörigen des veranstaltenden Kibbuz Maanith, als einer der ihren, nach der Siedlung Schatta zu gehen beabsichtigt. Gut dargestellte Szenen aus dem »Leben in Rissen«, Gesänge und zahllose Horrah-Tänze füllten den Abend aus, den Edgar Marx mit ergreifenden Worten der Mahnung an seine neuen, jungen Chawerim beschloß.

N.U. [Naftali Unger]

**Nr. 2**

## Der deutsche Hechaluz

1934

Alijah. Informationen für Palästina-Auswanderer, hrsg. vom Palästina-Amt der Jewish Agency for Palestine, Berlin, Oktober 1934, S. 11

**Hechaluz**

Diejenigen jungen jüdischen Menschen, die ihr Bekenntnis zum Zionismus durch Umschichtung zur körperlichen Arbeit, durch den Uebergang zur hebräischen Sprache persönlich verwirklichen wollen, sind im »Hechaluz« (der Pionier) zusammengeschlossen. Der »Hechaluz« zählt heute in allen Ländern der Galuth ungefähr 100.000 Mitglieder. Hinzu kommen noch 150.000 junge jüdische Menschen, die in den diversen Jugendbünden organisiert sind und die Nachwuchsbewegung des »Hechaluz« darstellen.

Der »Hechaluz« bereitet seine Mitglieder (sie können 17 bis 33 Jahre alt sein) durch eine Hachscharah zur »Alijah« vor. Jeder Chaluz muß einen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Beruf ergreifen. Es wird großes Gewicht auf eine langdauernde Ausbildung gelegt, die dem Menschen eine wirkliche Beherrschung eines Faches vermittelt. Dabei aber kommt es oft weniger auf die Spezialisierung als auf die Gewöhnung an schwere körperliche Arbeit an. In einem Kolonisationsland wie Palästina muß ein jeder bereit sein, eine andere Arbeit zu tun, als die erlernte. Die Menschen zu dieser Bereitschaft fähig zu machen, ist die wichtigste Aufgabe der Hachscharah.

Die Hachscharah hat aber nicht nur den Zweck, den Chaluz zur beruflichen Umschichtung zu bringen, sondern bereitet ihn auch geistig für Palästina vor. Es ist Pflicht für jeden Chawer des Hechaluz, hebräisch zu lernen. Ein Chaluz darf nicht als ein innerlich fremder, unbeholfener Mensch ins Land kommen; er muß schon von hier aus die Anknüpfungspunkte an das geistige Leben und an die Sprache der jüdischen Bevölkerung Palästinas besitzen. [...]

Die Erziehungsarbeit wird in den Städten in Snifim (Ortsgruppen) geleistet. Soweit die Chaluzim ihre Hachscharah in der Stadt durchmachen, müssen sie dem Snif angehören und sich an der hebräischen und kulturellen Arbeit beteiligen. In allen größeren Städten Deutschlands bestehen Snifim des »Hechaluz«. Der deutsche »Hechaluz« zählt zur Zeit 14000 Mitglieder in 150 Ortsgruppen. In der Hachscharah befinden sich 3500 Chawerim und Chaweroth, davon ca. 3000 in landwirtschaftlichen Berufen.

Der »Hechaluz« ist bestrebt, seine Menschen so weit wie möglich in Gemeinschaften (Kibbuzim) zusammenzufassen. Die Kibbuzim wollen die berufliche Umschichtung, die geistige Schulung und die erzieherische Vorbereitung zu einer Einheit zusammenfügen. Die meisten Kibbuzim befinden sich auf dem Lande, in

den Städten gibt es Bate Chaluz (Chaluzheime), die den Kibbuzim entsprechen. Der größte Teil der Olim des »Hechaluz« schließt sich zu Alija-Gemeinschaften (Kibbuze-Alijah) zusammen.

Die Kibbuze-Alijah entstehen aus Menschen, die sich während der Hachscharah näher gekommen sind. Die chaluzische Jugendbewegung nimmt aktiven Anteil an dem Aufbau dieser Alijah-Gemeinschaften. Die Kibbuze-Alijah sind mit der Kibbuz-Bewegung im Lande eng verbunden. Hunderte von Menschen des deutschen »Hechaluz« sind durch die Kibbuze-Alijah in die kollektiven Siedlungen Palästinas gekommen.

Der »Brith Chaluzim Datiim« ist ein chaluzischer Verband, der im wesentlichen auf gleichen Gedanken wie der »Hechaluz« aufgebaut ist und ausschließlich religiöse Chaluzim umfaßt. Er ist der Chaluzbund des Misrachi.

Anschriften:

Hechaluz, Deutscher Landesverband, Berlin, W 15, Meinekestr. 10.

Brith Chaluzim Datiim, Berlin N 54, Rosenthalerstr. 55.

### Nr. 3

Die Bitte um jüdisch-religiöse Literatur

5. Juli 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem AHW 151, Bd. 63, Bl. 208, 208 a

Robert Engel,  
Blankenese, Mühlenberg 44

Blankenese, den 5. Juli 1935

An die  
Hochdeutsche Israeliten Gemeinde,  
z.H. des Herrn Sanitätsrat Dr. Frank,  
Altona

Sehr geehrter Herr Sanitätsrat!

Ich gestatte mir, heute mit einem Ersuchen an Sie heranzutreten, um dessen wohlwollende Prüfung ich Sie ergebenst bitten darf. Der Hechaluz datii, Blankenese, Frenssenstr. 13, der religiöse Zweig des allgemeinen Hechaluz, ist an mich herantreten mit der Bitte, bei Ihnen zwecks Auffüllung seiner jüdisch-religiösen Bibliothek vorzusprechen. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, arbeiten bei der Hachscharahstelle in der Frenssenstr. 20 Jungens und 10 Mädels. Für die religiösen Bedürfnisse werden ihnen leider vom allgemeinen Hechaluz keine, bezw. nur unzureichende

Mittel zur Verfügung gestellt. Da es sich zumeist um junge Menschen handelt, die aus areligiösem Milieu stammen, aber den Willen zum religiösen Aufbau des heiligen Landes in sich tragen, so ist es verständlich, dass ihr Eigentum an jüdisch-religiöser Literatur leider völlig unzureichend ist.

Nach den Angaben des Führers der Hachscharah fehlen ihnen in erster Linie 4 Exemplare des Kizur Schulchan Aruch, 6 Exemplare des Chumisch mit Raschi, mindestens 2 – 3 Exemplare eines übersetzten Kizur Schulchan Aruch. Ausserdem wünschen die jungen Menschen eine Vervollständigung ihrer Bibliothek mit den Werken über die Agadah und die Essays von Bialik, Midrasch-Literatur u.s.w.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie in Ihrer Eigenschaft als Gemeindevorsteher durchsetzen könnten, dass dem genannten Bund entweder die gewünschten Bücher zur Verfügung gestellt werden, oder ihm ein Betrag überlassen wird, über den er nach freiem Ermessen seines Tarbuth-Fonds verfügen kann.

Ich hoffe, dass ich keine Fehlbitte bei Ihnen getan habe, ich bin gern bereit, Ihnen über irgend welche Unklarheiten u.s.w. Auskunft zu erteilen.

Ich begrüsse Sie, Ihnen im voraus bestens dankend,  
Ihr ergebener  
(gez.) Robert Engel

#### Nr. 4

Die Kundgebung des Bundes der gesetzestreuen Chaluzim

Dezember 1935

Israelitisches Familienblatt Nr. 50 vom 12.12.1935, S. IV

#### »Wir vom Bachad«

Kundgebung der gesetzestreuen Chaluzim

In der vergangenen Woche fand im Theatersaal des Conventgartens, wie schon kurz berichtet, eine Kundgebung des Brith Chaluzim Dathijm, des Bundes der gesetzestreuen Chaluzim, statt, die den Saal fast bis zum letzten Platz gefüllt hatte, trotzdem der im Mittelpunkt stehende Bildbericht von der Bundesarbeit bereits einmal vorgeführt worden war, ein Zeichen, welches Interesse man hier in der jüdischen Oeffentlichkeit gerade den Bestrebungen entgegenbringt, die durch den Bund verkörpert werden.

[...]

Und nun wandte sich der Redner in Iwrith an die anwesende Jugend und richtete an sie eine eindringliche Mahnung, ihrer hohen Aufgabe eingedenk zu sein, das Land im Sinne der Thora wa'awodah aufzurichten. Man habe gegen diese Zusam-

menstellung den Einwand erhoben, daß die beiden Begriffe Thora und Awodah sich nicht auf gleicher Ebene bewegten. Aber, wie Professor Bergmann, der jetzige Rektor der Universität Jerusalem, einmal ausführte, hat Awodah doppelte Bedeutung: die der Arbeit und die des Gottesdienstes. Es kommt nur darauf an, diese beiden Begriffe, die sich in Erez Israel getrennt haben, wieder zusammenzuführen, und hierin besteht die Aufgabe unserer gesetzestreuen Jugend, unserer thora-treuen Chaluzim. Sie müssen sich nach zwei Seiten abgrenzen: gegen die Thora ohne Awodah, wie sie der alte und leider auch ein Teil des neuen Jischuw pflegt, und gegen die Awodah ohne Thora, wie sie die augenblicklich das Land beherrschende Arbeiterbewegung verfolgt. Nicht von den großen Städten und nicht von den satten Weinbergsbesitzern, die die Mahnung ihres Protektors, des Barons Rothschild »Awodah iwrih!« »Jüdische Arbeit!« nicht begriffen haben, sondern von denen, die im Schweiß ihres Angesichts den Boden bearbeiten und diesen für unser Volk bearbeiten, geht die Geulah aus. Aber auch bei den anderen liegt die Geulah nicht, bei den Arbeitskollegen, mit denen unsere Chaluzim Standes- und wirtschaftliche Einstellung teilen, den Mitgliedern der Histadruth. Sie sind es zwar, die das Land eroberten, aber sie haben Schweres durchgemacht und können für ihre Person nicht die Erinnerungen ihrer Jugend vergessen, in der ihnen das Judentum in falschem Sinne dargestellt wurde. Eine spätere Generation des Landes wird sich aber wieder zurückfinden zu der Freiwilligkeit im Judentum und seiner Thora, wird sich finden in der wunderbaren Liebe zu Volk und Land auch mit den unseren.

In der Thora lesen wir von den Engeln, die Jakob erschienen sind, als er die Grenze des Landes überschritt. Damals verließen ihn die Engel des Landes, und die Engel des Auslandes suchten ihn auf. Bei der Rückkehr in das Land wird es umgekehrt sein. Aber neue Engel werden nun den aufsuchen, der andere entlassen kann. So liegt es denn an unseren Chaluzim, daß sie sich Engel erwerben durch ihre Tätigkeit im Sinne von Thora wa'awodah!

[...]

#### Nr. 5

»Juden – worauf wartet ihr?«

9. Juni 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 23 vom 9.6.1938, S. 16 a

### **Juden – worauf wartet ihr?** Zwanzigjahrfeier des Hechaluz

Am vergangenen Donnerstag hatte der Galil Nordwest des Landesverbands im Hechaluz zu einer Kundgebung im Gemeinschaftshaus geladen, in der Dr. Georg



Josephthal (Berlin), Mitglied des Präsidialausschusses der Reichsvertretung, über das vielversprechende Thema »Juden – worauf wartet Ihr?« sprechen sollte. [...]

Zunächst begrüßte Jehuda Marcus für den Einberufer die Erschienenen, vor allem die Vertreter des Religionsverbandes, der Beratungsstelle, des Hilfsvereins, des Zionistischen Ortsverbandes, die Leiter der Ausbildungskurse und Vertreter zahlreicher anderer Organisationen. Der Hechaluz, so führte er weiter aus, ist aus dem Stadium der Träumerei, in die ihn eine Zeit versetzte, da seine Bestrebungen noch unaktuell waren, in das der Wirklichkeit übergegangen. Dabei ist er nicht so vermessen, zu behaupten, daß er die Judenfrage lösen könnte, aber er besitzt einen Weg, der die Judenfrage vielleicht lösen kann. Seine Möglichkeiten hängen ab von den Kräften, die er mobilisieren kann. In Hamburg hat er immer große Förderung erfahren, vor allem durch die Gemeinde, die ihm bereits 1931 eines der ersten Bate Chaluz in Deutschland zur Verfügung stellte. Heute werden im Galil in Nordwestdeutschland mehrere hundert junge Menschen vorbereitet.

[...]

Dann ergriff Dr. Georg Josephthal das Wort. Viele hätten vor fünf Jahren den Weg zum Hechaluz gefunden, aber ihre Bindung beruhte gewissermaßen auf einer Vertragsgesinnung. Sie hielten den Vertrag, wenn ihrem Verlangen entsprochen wurde, brachen ihn aber, wenn sie ihre Erwartungen nicht erfüllt sahen. Der Hechaluz aber muß Menschen haben, die voll zu ihm stehen. Die Erziehung der Kinder ist heute schon meist falsch, denn sie hören zu viel von den Auswanderungs- und finanziellen Nöten der Eltern, – so kann eine neue Generation nicht erzogen werden. Der Hechaluz versucht, ein Volk zu schaffen, die Kraft der Jugend zu erwecken und seine Erziehung auf praktischer Betätigung aufzubauen. Seine Arbeit erst kann die Voraussetzungen für eine fruchtbare Politik schaffen, er bebaut Siedlungen, die die Grenzen und damit die Verhandlungen über den werdenden Judenstaat beeinflussen. Unsere heutige Generation hat so eine Aufgabe, die über die Zukunft von Erez Israel entscheiden kann. Der Jude darf auch nicht den Erfolg zu schnell verlangen, er darf nicht sein eigener Enkel sein wollen. Gemeinschaftsarbeit, Berufsarbeit, körperliche Arbeit sind die drei Faktoren, die heute im Vordergrund stehen. Theoretisch sind alle mit einfacher Arbeit einverstanden, praktisch haben sie die meisten aber verworfen. Noch nicht schnell genug hat man die alten Wertungen abgeworfen, und die Kinder werden bewußt oder unbewußt gegen diese Grundsätze erzogen. Dabei hat es sich bei den 10000 Menschen, die der Hechaluz im Laufe der letzten fünf Jahre nach Erez gesandt hat, herausgestellt, daß der, der wollte, auch arbeiten konnte. Im allgemeinen aber sind die Juden aus Deutschland vor einfacher Arbeit geflohen. Auch heute bilden sie sich zu viel zu Spezialisten aus, zu Berufen, die im Grunde genommen der ungesunden Schichtung von früher entsprechen. Geradezu erschreckend ist das bei den Mädchen. In den Listen figurieren allein 12 Prozent Kunstgewerblerinnen, dazu Spezialistinnen für Diätküche, Säuglingspflege usw., Berufe, für die so viel Bedarf nicht vorhanden ist. Man sieht die Bevorzugung der europäischen oder europäähnlichen Auswanderungsländer, wo die gleichen Prob-

leme in kurzem wieder auftauchen werden. Auch der Hechaluz ist vielfach verkitscht worden.

Und doch ist er im Grunde genommen gesund. Wenn aus Erez in den letzten Jahren Klagebriefe kamen, dann gewiß nicht von arbeitenden Menschen. Wir versuchen unsere Normen nicht von der Umwelt zu beziehen, sie sind mit uns gewachsen, und deshalb können auch wir sie ändern. Worauf warten wir? Wir haben Angst vor dem, was notwendig ist, wir müssen heute den Weg begehen, der richtig ist, solange er noch begangen werden kann. Gerade die Juden in Deutschland haben heute Ausbildungsmöglichkeiten, die sie vor denen der Juden in anderen Ländern auszeichnen. Wir wissen nicht, wie lange alle diese Einrichtungen noch durchgehalten werden können, deshalb müssen wir sie ausnutzen. Der Hechaluz erzieht die konkurrenzfähigste jüdische Jugend. Leider rechnen wir heute mit der Armut der anderen Judenheiten, die ihren Kindern eine solche Erziehung nicht zuteil werden lassen können. Unsere Mittlerenhachschara hat uns noch keiner nachgemacht. Dort kann die Jugend nicht aus einem Pflichtenkreis in den anderen fliehen, wenn es ihr nicht mehr paßt, hier muß sie durchhalten. Durch Zusammenstehen wird sie innerlich groß, wird sie durch Zeitströmungen nicht beeinflußt, wird sie Sicherheit im Leben erlangen. So wird das jetzt heranwachsende Geschlecht erzogen, um weiter seinen Weg zu gehen, mit kühlem Kopf und warmem Herzen!

[...]

il

## 25.3 Berufsausbildung und Bildungsarbeit

### Nr. 1

Lebensperspektiven jüdischer Abiturienten

April 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 15 vom 12.4.1934, Beilage; Reiner Lehberger/Ursula Randt, »Aus Kindern werden Briefe«. Dokumente zum Schicksal jüdischer Kinder und Jugendlicher in der NS-Zeit, Hamburg 1999, S. 13-16

Zur Situation jüdischer Abiturienten, 1933/34<sup>9</sup>

*Der Idealist:*

Geist oder Körper?

Nach stimmungsvoller Feierstunde hat sich das Schultor zum letzten Male hinter uns geschlossen.

9 Im Frühjahr 1934 bestanden fünf Schülerinnen und neun Schüler an der Talmud Tora Oberrealschule das Abitur. Zwei von ihnen veröffentlichten anonym ihre Gedanken über die verän-

Plötzlich ist es klar; ganz scharf und nüchtern erfassen wir die Zeit und unsere Lage in ihr: Morgen früh werden wir erwachen, ohne den gewohnten Gang in die Schule antreten zu müssen. Goldene Freiheit! Aber es ist die Freiheit der Wüste. [...] Früher wählte man, es klingt wie ein Märchen, seiner Neigung gemäß, einen Beruf. Als Abiturient trat man in die Universität ein. Zwischen Schule und Universität eine herrliche Muluszeit. Heute stehen wir Abiturienten vor einem Problem, das früher für Abiturienten nicht oder nur als angenehme Unschlüssigkeit bei einer Auswahl vorhanden war: Das Berufsproblem. Jahre träumten wir von einem Leben unseren Anlagen und Neigungen gemäß, der Wissenschaft geweiht, von einer Bildung des Geistes. Einer sah sich als helfenden Arzt, ein anderer als Kämpfer für Recht, ein dritter wollte die Geheimnisse der Natur kennenlernen oder sich in das Mysterium künstlerischen Schaffens versenken; Träume, wir wissen es heute, zerschellen an der Wirklichkeit. Wissenschaft und Kunst sind den allermeisten von uns verschlossen. Wir müssen unsere Lebenspläne zu Grabe tragen, erkennend, daß sie am wenigsten heute von uns selbst geschmiedet werden.

Ihr habt unsere Lage vorausgeahnt und versucht, die Probleme eurer Jugendlichen zu lösen. Eure Lösung heißt:

*Umschichtung.* Ihr habt eine Unzahl handwerklicher und landwirtschaftlicher Stellen geschaffen. Ihr habt Kurse zur praktischen Ausbildung eingerichtet. Ihr habt auch versucht, die Vorteile und die Notwendigkeit einer Umschichtung unserem Geiste nahezubringen und schließlich habt ihr reichlich Geldmittel aufgebracht, um uns allen die Umschichtung auch praktisch zu ermöglichen. Viele von uns griffen ohne Zögern zu: Die Zionisten. Ohne ihrem Idealismus im entferntesten nahetreten zu wollen, glaube ich doch, daß viele unter ihnen ein anderes Leben vor sich sahen, als sie in die Obersekunda eintraten, und auch *ihre* Umschichtung nicht ganz freiwillig ist. Aber welches Opfer nimmt man nicht auf sich, wenn man seinen Sinn erkennt und bejaht?! –

[...]

Ihr sagt, es sei heute unverantwortlich, unseren Jugendlichen in der Wahl seiner akademischen Laufbahn zu unterstützen. Gewiß, aber könnt ihr es denn verantworten, auch nur eine einzige Seele zu töten, um eines an sich richtigen Prinzips willen? Könnt ihr es verantworten, auch nur den Lebensmut eines einzigen zu brechen, auch nur einem *einzigem* seinen Lebenssinn zu nehmen, dessen er doch als Halt heute mehr bedarf denn je? Und es stirbt mehr als eine Seele! Vielleicht sind es gerade die besten Seelen, die feinfühligsten und am tiefsten erlebenden und erkennenden, diejenigen, die in ihre eigene Tiefe schauen und mehr darin entdecken als Berufung zur Erd- oder Maschinenarbeit, jetzt verzweifelnd an ihrer unerfüllten Sehnsucht und Bestimmung, und so gebrochen, für unsere Erneuerung verloren sind. Ist es

derte Berufssituation junger Juden. Nur der Autor des Beitrages *Der Idealist* ist namentlich bekannt. Es ist Adolf Wolferrmann (1916-1997). Er studierte in Italien und in der Schweiz Medizin. 1946 emigrierte er in die USA.

undenkbar, daß es tatsächlich den Sinn eines Lebens ausmachen kann, die wissenschaftliche Erkenntnis der Menschheit zu erweitern, oder ihre Leiden zu heilen, oder sie im Sinne einer übersinnlichen Idee zu erziehen; und wenn zu diesem Streben noch die Fähigkeit kommt, ist es da nicht geradezu ein Verbrechen, diesen Menschen als Gebot der Stunde das Aufgeben ihres Strebens zu setzen?

Andererseits glaube ich auch nicht, daß geistige Kraft in körperliche, daß wissenschaftliche Fähigkeit in praktische zu sublimieren ist. Oder sind seelisch gebrochene Menschen brauchbare oder gar wünschenswerte praktische Arbeiter? Ich glaube das nicht. [...]

*Der Praktiker:*

Gebt uns eine Aufgabe!

Vor wenigen Tagen läuteten die Schulglocken zum Schluß des Lehrjahres, wurden den Schülern die Abgangszeugnisse überreicht; ein guter Wunsch mit auf den Weg – und nun werden Tausende junger Menschen hinaustreten in den harten Kampf des Lebens... Die junge Generation der Gegenwart, die mehr als alle Generationen vor ihr den nüchternen Kampf um die Existenz klar vor Augen sieht, soll jetzt beweisen, daß sie dieser Zeit gewachsen ist. Er ist schwer für diese Jugend, den Weg zu finden, der sie zum Leben, zu Arbeit und Brot führt. Es ist eine harte Generation, die diese Zeit hervorgebracht hat, – aber diese Härte ist notwendig, um den Unbilden der Gegenwart zu trotzen. Der ungebrochene Lebenswille allein ist es, der diese Jugend, der uns zum Ziele führen wird.

Wir jungen deutschen Juden sehen jetzt vor uns einen Weg, der wenig Möglichkeiten offen läßt, –

*die noch vorhandenen Möglichkeiten auszunutzen  
ist uns Pflicht und Aufgabe.*

Es ist sehr zu begrüßen, daß sich innerhalb der deutschen Gemeinden mehr und mehr die Ansicht durchsetzt, daß uns, dieser Generation, dieser schulentlassenen Jugend noch weitere und eingehendere Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden müssen. Viele junge Menschen, denen heute ihr Abgangszeugnis ausgehändigt wird, sind noch nicht in der Lage, sich zu einem Beruf zu entschließen; sie können nicht Anforderungen, die jedem einzelnen von ihnen gestellt werden, erkennen – ihnen nicht gerecht werden. Das weite Feld der handwerklichen Berufe – die ja wohl für den größten Teil von uns in Frage kommen – muß erst klar vor den Augen dieser jungen Menschen liegen, wenn sie sich ein fertiges Bild davon machen sollen. – Jene jungen jüdischen Menschen, die heute vor der Berufswahl stehen und deren Väter Kaufleute oder Akademiker sind, können selbstverständlich nicht so gut ihre eigenen Fähigkeiten und Anlagen erkennen und werten, wie es der aus einer Handwerksfamilie stammende vermag.

Wie eine *Rundfrage* in Schülerkreisen beweist, sind sich nur die Wenigsten darüber klar, welcher Beruf *ihnen* die meisten Lebens- und Existenzmöglichkeiten bietet. Ein Beweis dieser Tatsache ist es, wenn ein fünfzehnjähriger Junge etwa folgendes

schreibt: »Mein sehnlichster Wunsch war es, Arzt zu werden, doch da für diesen Beruf jetzt so wenig Aussichten sind, habe ich es mir überlegt und möchte gerne bei einem *Autoschlosser* in die Lehre gehen ...«

So unfertig diese jungen Menschen mit sich und der Welt sind, so unfertig stehen sie auch ihren eigenen Fähigkeiten gegenüber. Hier ist es Aufgabe der verantwortlichen Stellen, helfend einzugreifen und dem jungen Menschen seine Berufswahl dadurch zu erleichtern, daß sie ihm einen Überblick über die in Frage kommenden Berufe geben.

»*Es ist fast unmöglich geworden, heute einen kaufmännischen jüdischen Lehrling zu finden!*«

Ja, – so ist es ... Es besteht auch jetzt wieder die Gefahr, daß die Masse der jungen jüdischen Generation sich *einseitig schichtet* und die schulentlassene Jugend sich von dem kaufmännischen Beruf völlig abwendet. Auch das darf nicht sein! – Der *solide*, ehrbare *Kaufmann* wird stets von seiner Umwelt *geachtet* werden. Wenn auch ein Teil der Öffentlichkeit nur das Zerrbild des jüdischen Kaufmannes kennt, nur den Händlertyp im schlechten Sinne, so ist es eben unsere Aufgabe, die Aufgabe der Jugend, durch Taten die Wahrheit zu beweisen.

Was die *landwirtschaftliche* Umschichtung betrifft, so sind viele junge Menschen jetzt, am Ende des Schuljahres, bereit, auf Grund des von ihnen erworbenen Wissens und der praktischen und theoretischen Kenntnisse, die sie besitzen, in die Praxis zu gehen. Wir alle wissen, daß die Aufnahmefähigkeit Palästinas begrenzt und deshalb notwendig ist, *in Deutschland selbst ein Betätigungsfeld für die jungen deutsch-jüdischen Umgeschichteten zu suchen.*

Daß dies notwendig ist und daß die jüdischen *Grundbesitzer* uns hierbei helfen müssen, ist eine der *Schicksalsfragen* der Gegenwart. Es wäre verfehlt, mit einem Optimismus, der weit über die augenblicklichen Möglichkeiten hinausschießt, – jetzt anzunehmen, daß nach der vollbrachten Umschichtung allen jenen jungen Menschen ein breiter Lebensweg offenstehe. [...]

Darum geht meine Bitte an Euch – Euch, Ihr Eltern, Erzieher und Lehrmeister:

»Helft uns in Gegenwart und Zukunft! Helft uns die Fragen zu lösen, von denen unser Lebensweg abhängt! Wenn sich Euere Erfahrung, Euer gereiftes Urteil mit unserem Wollen und Willen paart, so werden wir diesen Weg im Zukünftigen finden – trotz allem ... !«

**Nr. 2**

Die »überbündische« Bildungsarbeit

2. August 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 31 vom 2.8.1934, S. I

## Ist überbündische Bildungsarbeit möglich?

Gelegentlich der Besprechung des Winterprogramms der deutsch-jüdischen Jugend hatte der Vorstand sämtliche leitenden Personen der deutsch-jüdischen Jugend und des deutsch-jüdischen Kreises am letzten Donnerstag zu einer Aussprache geladen, an der auch Dr. Hans Liebeschütz<sup>10</sup>, der von der Gemeinde mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Mittelstelle für Erwachsenenbildung beauftragt ist, teilnahm. Es handelte sich bei der Anwesenheit von Dr. Liebeschütz im wesentlichen darum, festzustellen – im Sinne der Mittelstelle für Erwachsenenbildung –, welche Bedürfnisse in der Bildungsarbeit der einzelnen Organisationen vorliegen und zu prüfen, inwieweit eine überbündische, also gemeinsame Bildungsarbeit aller Jugendverbände, möglich sei. In seinen einleitenden Worten beschränkte sich Dr. Liebeschütz durchaus auf diese beiden Fragen. Auf jüdischem Gebiet werde sich eine gemeinsame Front in der Bildungsarbeit kaum herstellen lassen, dagegen um so eher in der allgemeinen Bildung. In Hamburg habe die Franz-Rosenzweig-Stiftung im vergangenen Winter schon eine Stätte jüdischer Bildungsarbeit geboten, die noch der weiteren Ausgestaltung fähig sei. Der nichtjüdische Flügel der Bildungsarbeit könne auf überbündischer Basis arbeiten. Da die deutschen Juden in ungewöhnlichem Maße das Objekt der Umwälzung geworden seien, müsse versucht werden, die tieferen Kräfte dieser Umwälzung aufzusuchen. Als Gegenstände dieser allgemeinen nichtjüdischen Bildungsaufgabe bezeichnete Dr. Liebeschütz in großem Umriß etwa: Geschichte, Deutsche Dichtung, Biologie, Volkswirtschaft, Philosophie. Freilich verwies er, was für die praktische Durchführung sehr wesentlich ist, auf die Verarmung an geeigneten Dozenten.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen von Dr. Liebeschütz gab Senta Meyer das vorläufige Programm der Winterarbeit bekannt. Vertiefung und Verlebendigung des jüdischen Seins bezeichnete sie als tragendes Motiv, das

<sup>10</sup> Hans Liebeschütz (1893-1978), Dr. phil. 1920, Pädagoge und Hochschullehrer, gründete 1922 die Nehemia Nobel-Loge in Hamburg. Er habilitierte sich 1929 an der Universität Hamburg und unterrichtete von 1929 bis 1934 als Geschichtslehrer an der Hamburger Lichtwarkschule. Nach seiner Entlassung 1934 aus dem Schuldienst und dem Entzug der Lehrbefugnis am 26. März 1934 war er bis 1938 Organisator und Lehrer am »Lehrhaus Hamburg« der Franz Rosenzweig-Gedächtnisstiftung. Im November 1938 wurde er in die Konzentrationslager Fuhlsbüttel und Sachsenhausen verschleppt. Liebeschütz emigrierte im März 1939 nach England. Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen beschäftigten sich im Wesentlichen mit deutscher jüdischer Geschichtsphilosophie.

in folgenden drei Forderungen gipfelte: 1. ein religiös positives Judentum, gestützt durch die jüdische Familie, die jüdische Schule und den jüdischen Bund; 2. Bewußtseinsumwandlung und Bereitschaft zu neuer Fundamentierung; 3. Blick in Zeit und Umwelt. Zwei Kurse, die für alle Gruppen zugänglich sind, dienen der Einführung in die hebräische Sprache und der Einführung in Wesen und Struktur der deutschen Judenheit. Die Vortragsreihen der deutsch-jüdischen Jugend werden geteilt; im ersten Vierteljahr werden vorwiegend religiöse Probleme behandelt, im zweiten Fragen der Umwelt. Senta Meyer betonte, daß in den Vortragsreihen mehr die synthetische Betrachtung überwiegen müsse, während in den Arbeitsgemeinschaften die analytische Betrachtung mehr am Platze sei. Auch die Freitagabende sollen in echtjüdischer Weise begangen werden. [...]

-tz.

**Nr. 3**

»Wie erzieht der Hechaluz seine Menschen?«

3. Januar 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 1 vom 3.1.1935, S. 10

**Bildung und Bewährung**

Wie erzieht der Hechaluz seine Menschen?

Diese Zeiten gelten einem Problem, das selbst in weiten zionistischen Kreisen des deutschen Judentums, und wieviel mehr von den breiten, außerhalb der zionistischen Bewegung stehenden deutsch-jüdischen Massen nur wenig beachtet wird. Nur in verhältnismäßig kleinen Zirkeln, in den Ortsgruppen des Hechaluz etwa und der ihm nahestehenden nationaljüdischen Jugendbünde, sucht man die Problematik, von der wir sprechen wollen, zu klären: die schwierige Frage der richtigen geistigen Erziehung zum Leben eines Chaluz in Palästina.

[...]

Vorweg sei bemerkt: Selbstverständlich hat der Hechaluz das Recht und sogar die Pflicht, denen, die sich seiner Führung anvertrauen, in den Monaten der Hachscharah, der Vorbereitung auf Palästina, nicht nur eine vernünftige Fachausbildung zu geben, sondern auch allgemein-bildungsmäßige und insbesondere jüdisch-geistige Förderung. Der Hechaluz ist kein Asyl für Obdachlose oder Existenzsuchende, die sich etwa an ihn wenden, weil sie damit auf denkbar bequeme und billige Weise den Tagesnöten enthoben sind, ein Handwerk lernen und schließlich in ein Land geschafft werden, das keine Arbeitslosigkeit kennt ... Der Hechaluz hat sich, so sehr er sich um das äußere Wohl seiner Menschen bemühen muß und bemüht, mit den Funktionen eines »Transportunternehmens« nie genügen können

und dürfen. Innerliches Anrecht auf die »Alijah«, auf ein Zertifikat, haben vielmehr nur diejenigen seiner Menschen, die mit einer guten beruflichen Ausbildung eine geistige Haltung verbinden, die das Palästinawerk frei von allen Zweckmäßigkeitserwägungen bejaht.

Um diese geistige Haltung also geht es. Es geht darum nicht einmal vornehmlich aus dogmatischer Starrheit: weil der Zionismus »nun einmal eine ideale Bewegung ist und sein will«. Wenn vom Chaluz, der nach Palästina geht, auch eine geistige Entscheidung gefordert wird, so geschieht das vielmehr zugleich aus einer ganz praktischen Ueberlegung: deshalb nämlich, weil die Erfahrung lehrt, daß Menschen, selbst wenn sie über die hervorragendsten Fachkenntnisse verfügen, in Palästina enttäuscht werden und enttäuschen, falls sie zu dem, was ihnen dort entgegentritt, nicht die richtige innere Beziehung gewinnen. Sie fügen sich, eben mangels einer solchen Beziehung, in das Land nicht ein, so gut sie ihr Fach verstehen mögen; Erbitterung und Verbitterung faßt sie und damit Arbeitsunlust und Gleichgültigkeit – und schließlich fallen sie dem Aufbauwerk zur Last und kehren als Enttäuschte in die alte Heimat zurück.

Davor will der Hechaluz, und mit Recht, seine Mitglieder bewahren, indem er sie nicht nur zu erstklassigen Handwerksgehlen und Landarbeitern erzieht, sondern auch – zu Zionisten. Den einen, denen, die aus den Jugendbünden kommen, sucht er klarzumachen, daß es mit jenem romantischen Rausch nicht getan ist, der diese, die »bündischen« jüdischen Jugendlichen manchmal im Uebermaß erfüllt. Den anderen, denen, die nicht aus einem Jugendbund kommen, sondern aus ... Konjunktur, aus äußeren Zweckmäßigkeitserwägungen, im Wunsche, der Arbeitslosigkeit zu entgehen – ihnen muß der Hechaluz jenen Rausch, den der andere Teil seiner Menschen oft bis zum Unmaß besitzt, gerade vermitteln: ihnen, die nicht aus dem Ueberschwang, sondern aus der Not Chaluzim werden, gilt es weniger die nackte Wirklichkeit zu zeigen als vielmehr das, was sie veredelt. Im ganzen: das Bildungsproblem der Menschen in den Gruppen des Hechaluz ist es, zwischen Not und Ueberschwang, zwischen dem Hinweis auf die harten Tatsächlichkeiten der werktätigen Arbeit hier und drüben, und – andererseits – dem Hinweis auf die Idee, die hinter dieser Realität steht, die echte Mitte zu schaffen. Seine Menschen haben eine Erziehung durchzumachen, in der sie um beides wissen: um den unentrinnbaren Zwang der chaluzischen, körperlichen Arbeit, und um den nicht minder lebensnotwendigen Geist, der sie zu beseelen hat, wenn sie mehr sein soll, als das »Werkeln« eines Proletariats.

[...]

Wichtiger als Bildung, Geschichtserkenntnisse, literarische, künstlerische, philosophische, völkerkundliche Erkenntnisse ist doch das, was dem palästinensischen Chaluz im eigentlichen seine Lebenskraft gibt: die Stärkung seines Charakters. Worauf kommt es an? Auf alle jene Kenntnisse oder nicht vielmehr darauf, daß er sich dort bewährt, wohin er gestellt wird? Sicher geht es letztthin um die Bewährung – so wenig sich darüber in Worten vielleicht sagen läßt. Der Chaluz



muß seine Mitglieder zu »ganzen Kerlen«, zu Menschen mit geradem körperlichen und geistigen Rückgrat machen; er muß den ihnen etwa innewohnenden Egoismus brechen und ihre Gemeinschaftsfreude steigern: das ist die »geistige Hachscharah«, die er ihnen zu geben hat. In schlichten Worten spricht das ein anderer Wortführer des deutschen Hechaluz aus, gleich E. Liebenstein ein aus Palästina zur Arbeit nach Deutschland entsandtes Mitglied der Bewegung, Naftali Unger<sup>11</sup>. Im Oktober-November-Heft der Mitteilungen des »Kibbuz Ma'anith«, einer nordwestdeutschen Hachscharahgruppe, erklärte er: »Wir alle kamen aus einer Judennot zum Zionismus. Ob sie früher mehr seelisch oder heute mehr wirtschaftlich empfunden wird, bleibt für die Verwirklichung von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend für uns ist einzig und allein Bewährung.«

Ja: die Bewährung entscheidet.

A.K.<sup>12</sup>

#### Nr. 4

Die Eignungsprüfungen für jüdische Lehrwerkstätten in Hamburg

Februar/März 1936

Jüdische Wohlfahrtspflege und Sozialpolitik 6/1936, Heft 4/5, S. 162-170

Eignungsprüfung jüdischer Jugendlicher in Hamburg  
Bericht über im Februar und März 1936 veranstaltete Prüfungen Jugendlicher zur Aufnahme in jüdische Lehrwerkstätten und gewerbliche Kurse

Dr. Arno Carl Coutinho, Hamburg

In den Monaten Februar und März 1936 wurden von der Jüdischen Berufsberatungsstelle und der Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe Berufseignungsprüfungen für jüdische Jugendliche organisiert, weil infolge fehlender Lehrstellen für

- 11 Naftali Unger (1908-1987), Zionist und Mitglied des Hechaluz, kam Ende 1933 aus Palästina nach Deutschland, zunächst nach Berlin, um im Auftrag der jüdischen Gewerkschaft Histadrut den deutschen Hechaluz zu unterstützen. Vom Sommer 1934 bis zum Frühsommer 1935 hielt sich Unger in Hamburg auf. Er sollte hier die Berufsumschichtung organisieren und zugleich Auswahlentscheidungen über die Vergabe von Einwanderungszertifikaten nach Palästina vorbereiten. Vgl. HF Nr. 16 vom 17.4.1935, S. Vf.; Lorenz, Seefahrts-Hachschara in Hamburg, S. 449 f.
- 12 Die Abkürzung A. K. steht für Alfred Kupferberg (1900-1968), Dr. rer. pol. 1922. Kupferberg war von 1919 bis 1924 Mitglied des Jugendbundes Blau-Weiß und Mitglied im Zentralkomitee der ZVfD. Von 1932 bis 1936 war er Schriftleiter des *Israelitischen Familienblattes* in Hamburg/Berlin. Kupferberg emigrierte 1936 nach Palästina; dort nahm er den Namen Abner Nechustan an.

Jugendliche Ausbildungsmöglichkeiten in Lehrwerkstätten geschaffen werden mußten und zur Aufnahme geeigneter Eleven die handwerkliche Befähigung der Jugendlichen, die vom hiesigen Arbeitsamt nur auf Antrag eines Meisters untersucht wird, vor Beginn der Ausbildung zu prüfen war. Es wurden insgesamt 49, und zwar 41 männliche und 9 weibliche jüdische Jugendliche geprüft.

Das Programm für diese »Ersatz-Eignungsprüfungen« wurde von den Leitern der künftigen Ausbildung aufgestellt und durchgeführt, die damit nicht nur über die Eignung der Jugendlichen für den von ihnen gewählten handwerklichen Beruf, sondern auch zugleich über ihre Teilnahme am Unterricht in den Lehrwerkstätten entschieden.

Da für die männlichen Jugendlichen, die im Schlosser- bzw. Tischlerhandwerk in den Lehrwerkstätten ausgebildet werden sollten, ein 2 – 3 Jahre dauernder praktischer und theoretischer Unterricht vorgesehen war, um sie mit allen Arbeiten vertraut zu machen, die ein Jung-Geselle durchzuführen hat, fiel das Urteil über die Zulassung zur zweijährigen Lehrwerkstätten-Ausbildung natürlich strenger aus als über ihre Befähigung, das betreffende Handwerk in einer vierjährigen Meisterlehre in den Grundzügen zu erlernen.

Neben den Jugendlichen, die sich für den Schlosser- bzw. Tischlerberuf interessierten, wurden auch Anwärter von der Prüfung erfaßt, die nicht ein Handwerk als Berufswunsch angegeben hatten, und bei denen von der Jüdischen Berufsberatungsstelle nur im Hinblick auf ihre Auswanderungsabsichten festgestellt werden sollte, ob ihnen nach ihren handwerklichen Fähigkeiten und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Einwanderungslandes eine handwerkliche Ausbildung nahezu legen sei. Auch wurden in die Prüfung solche Jugendliche aufgenommen, bei denen es zweifelhaft war, ob man sie überhaupt in eine Lehre oder in eine Ausbildung als angelernte Arbeiter geben sollte.

Um die Prüfung für Anwärter, die ein anderes als das Tischler- oder Schlosserhandwerk oder einen der metallverarbeitenden Berufe ergreifen wollten, zweckmäßig zu gestalten, wurde der hiesige Verein selbständiger jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender gebeten, Vertreter des entsprechenden Berufs zu delegieren, die Prüfungen für die besonderen Erfordernisse ihres Handwerks vorschlagen sollten. Den Kern der Prüfungen sollten aber auch hier die Verfahren bilden, die sich bei der Eignungsprüfung für Schlosser- und Tischleranwärter als zweckmäßig herausgestellt hatten.

#### Die Prüfungen für Schlosser- und Tischleranwärter

Da allein 28 von insgesamt 40 Prüflingen, d. i. die Mehrzahl, auf ihre Befähigung für das Schlosserhandwerk bzw. für metallverarbeitende Berufe untersucht werden mußten, so wurde bei der Zusammenstellung der Prüfungsaufgaben besonders auf solche Tests Wert gelegt, deren Anwendung ein Urteil über bestimmte Voraussetzungen des Schlosserberufs: technische Intelligenz, Raumanschauung, Geschicklichkeit und Arbeitstempo gestatteten. Da jedoch ähnliche Bedingungen auch für andere

handwerkliche Berufe zu erfüllen sind, so wurden die Tests auch zur Prüfung von 6 Tischleranwärtern und 7 Jugendlichen, die auf ihre handwerklichen Fähigkeiten im allgemeinen untersucht wurden, angewandt. Die Prüfung für die Schlosseranwärter unterschied sich von der für die Tischleranwärter wesentlich nur durch die Fertigung verschiedener Arbeitsproben.

Die Tischleranwärter mußten sägen, hobeln, Holz abschmirgeln; die Schlosseranwärter mußten feilen, mit der Metallsäge sägen, meißeln, polieren, bohren, nieten. Abgesehen davon, daß den Prüflingen einige Handgriffe gezeigt wurden, waren sie bei der Durchführung der Arbeit ohne jede Hilfe.

Da die Arbeitsproben schwerlich an einem Tage zu bewältigen waren und auch mit einer gewissen Prüfungsangst gerechnet wurde, waren für die Durchführung der Eignungsprüfung 5 Vormittage für eine Gruppe von etwa 6 Prüflingen vorgesehen.

Dieser Plan, der vor allem für die Schüler jüdischer Schulen gedacht war (unter 40 geprüften männlichen Jugendlichen befanden sich nur 8 Besucher staatlicher Schulen), wurde nicht ganz durchgeführt, weil Rücksicht auf die Schüler staatlicher Schulen genommen werden mußte, die an 5 Wochentagen vormittags zur Ablegung der Prüfung voraussichtlich nicht vom Unterricht befreit worden wären. Da es sich bei den Schülern staatlicher Schulen meist um etwas ältere Jugendliche handelte, konnte ohne besonderen Schaden die Prüfung auf 3 Nachmittage beschränkt werden.

Da die jüdische Schule die allgemeinen geistigen Fähigkeiten der Prüflinge untersucht und das Ergebnis der jüdischen Berufsberatungsstelle auf einem Beobachtungsbogen mitgeteilt hatte, wurden zur Beurteilung der technischen Intelligenz, der Raumanschauung, der Geschicklichkeit und der Gelenkempfindlichkeit der Prüflinge folgende Aufgaben gestellt:

1. Bestimmte Schrauben nach einer vorgelegten Zeichnung aus einer Reihe von Schrauben herauszusortieren.
2. Eine einfache technische Zeichnung (Stellung von Rädern) zu beurteilen.
3. Eine chemisch-physikalische Aufgabe nach einer Zeichnung zu erfassen (Anm. 1: vgl. W. Stern und O. Wiegmann, Methodensammlung zur Intelligenzprüfung, 3. Aufl. 1926, S. 113, Nr. 119).
4. Eine technische Getriebezeichnung zu beurteilen.
5. Die aus Einschnitten zusammengefalteten Papiers hervorgehenden Formen zu erkennen.
6. Plättchen auf ein Gestell möglichst schnell aufzureihen.
7. Eine Flasche mit Sand möglichst schnell zu füllen.
8. Formen möglichst schnell in passende Platten einzulegen.
9. Draht zu biegen und geometrische Figuren nach Vorlagen ohne Benutzung von Werkzeug herzustellen.
10. Gleich große Päckchen von verschiedenem Gewicht zu ordnen (Anm. 2: a.a.O. S. 408, Nr. 418.)
11. Eine Aufgabe zur Prüfung des Zahlengedächtnisses zu lösen.
12. Eine Bruchrechnungs-Aufgabe zu lösen.

Die Aufgaben wurden entsprechend ihrer Schwere, beginnend mit den leichtesten, auf die verschiedenen Prüfungstage verteilt, so daß neben der Fertigung der Arbeitsproben an den einzelnen Tagen immer 3 Eignungsprüfungsaufgaben (sogenannte Tests) zu lösen waren, die, abgesehen von den Prüfungsaufgaben 5, 9, 11 und 12, die allen Prüflingen gemeinsam vorgelegt wurden, im Einzelversuch durchgeführt wurden.

Leistungen in Arbeitsproben und Lösung der Testaufgaben bildeten die Grundlage für das Urteil über Eignung zum Schlosser- bzw. Tischlerberuf und über die Aufnahme in die Lehrwerkstätten.

#### Die Prüfungen zur Feststellung etwa vorhandener handwerklicher Fähigkeiten männlicher Jugendlicher

Da aus technischen Gründen zur Prüfung männlicher Jugendlicher, die ein weder zu den Metall noch zu den Holz verarbeitenden Berufen gehörendes Handwerk ergreifen wollten, nur ein Tag zur Verfügung stand, so mußte von einer Fertigung von Arbeitsproben, die längere Zeit in Anspruch genommen hätten, abgesehen werden.

An der Prüfung nahmen Vertreter des Vereins selbständiger jüdischer Handwerker und Gewerbetreibender (ein Malermeister und ein Schneidermeister wurden delegiert) als Prüfer mit teil.

Die 12 Prüfungsaufgaben wurden noch um Fertigung einer Freihandzeichnung, eines Aufsatzes, dessen Thema freigestellt wurde, und eines Lebenslaufes vermehrt, da sich unter den Prüflingen auch Schulabgänger aus dem vergangenen Jahr befanden und bei der Berufsberatungsstelle über die Jugendlichen zum Teil noch kein Schulgutachten vorlag. Auch wurde eine Befragung der Jugendlichen vorgenommen, die sich auf ihre häuslichen Verhältnisse, Schulleistungen, persönlichen Neigungen und beruflichen Interessen bezog.

Mit Rücksicht darauf, daß 3 Jugendliche den Malerberuf erlernen wollten, aber auch weil in anderen handwerklichen Berufen ein gut entwickelter Geruchssinn vonnöten ist, wurden alle Jugendlichen auf ihren Geruchssinn untersucht, indem 6 Flüssigkeiten von verschiedenem Geruch mit Hilfe von Flaschen gleicher Geruchsbeschaffenheit erkannt werden mußten.

Die Jugendlichen, die Maler als Berufswunsch angegeben hatten, bekamen die Aufgabe, 4 – 5 Farbgruppen nach ihrer Intensität zu ordnen. Dann mußten die Prüflinge 3 Farben zusammenstellen, die zum Streichen von Decke, Wand und Tür eines Zimmers dienen sollten. – Als letzte Aufgabe hatten sie einen Farbton der Farbtontafel mit Oelfarbe auf einer Glasplatte nachzumischen.

Außerdem wurde die Geschicklichkeit der Maleranwärter beobachtet, indem sie die Aufgabe erhielten, ein langes schweres Brett auf einem Weg mit Hindernissen zu transportieren.

Ein Jugendlicher, der Friseur werden wollte, wurde mit Stoffproben auf Feinheit seines Tastefühls geprüft.

Die Prüfung zur Feststellung allgemeiner handwerklicher Fähigkeiten hatte für die Berufsberatung besonders diagnostischen Wert. Sie gewann einigen Anhalt für die Entscheidung, ob es sich lohnen würde, die Prüflinge, falls sie keine regulären Lehrstellen finden sollten, als Volontäre unterzubringen.

#### Die Eignungsprüfung zur Aufnahme in die gewerbliche Fachklasse für weibliche Jugendliche

Für die Prüfung von 9 weiblichen Jugendlichen, die neben dem Erwerb hauswirtschaftlicher Kenntnisse sich auf dem Gebiet der Schneiderei besonders ausbilden lassen wollten, stand nur eine im Verhältnis zur Prüfungsdauer der männlichen Jugendlichen geringe Prüfungszeit von etwa 3 ½ Stunden zur Verfügung. Die Leiterin der Prüfung, eine Gewerbelehrerin, die zum Teil die Prüflinge durch den Unterricht in der jüdischen Mädchenschule kannte (es handelte sich hauptsächlich um Ostern 1936 zur Schulentlassung gekommene Mädchen), ließ von ihnen zunächst einen Fragebogen ausfüllen, der sie kurz nach ihren persönlichen Verhältnissen, vor allem aber nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Jugendorganisation und dem Grund für ihren Eintritt bzw. Nichteintritt in den Bund und nach ihren zukünftigen Berufsabsichten fragte.

Zwei Rechenaufgaben, die die Vorstellung einfacher textiler Gebilde voraussetzen, prüften das Verständnis der Mädchen für Kalkulation. Die Hauptaufgabe der Prüfung bestand jedoch in der Untersuchung der künstlerischen und technischen Fähigkeiten der Prüflinge.

Die Prüfung des Farbempfindens begann mit einer Farbabstufungsübung, die eine ununterbrochene Darstellung der Uebergänge vom Schwarzen zum immer Helleren forderte. Eine Farbtreffübung verlangte aquarellistische Wiedergabe der Farben einiger bunter Stoffproben, und zwar stellten die Farben der ersten Stoffprobe die 3 Urfarben: Rot, Blau und Gelb dar, während die zweite Stoffprobe gemischte Farben: Blaugrau und Gelbrot enthielt, die Mischfarben der dritten Stoffproben Blaulila, Beige, Zitronengelb und helles Blaugrün enthielten, außerdem noch eine bestimmte Menge Grau.

Der Prüfung des Geschmacks diente eine Raumaufteilungsübung, indem eine gegebene Fläche mit bestimmten gegebenen aufklebbaren Formen gegliedert werden sollte. Bei der Gliederung sollten sich die Prüflinge von der Vorstellung leiten lassen, daß sie ein Stück bedruckten Stoffes herstellten. Die Aufgliederung der Raumfläche wurde durch Reibung und Streuung der gegebenen Formen vorgenommen.

Die Handsicherheit der Jugendlichen wurde durch die Aufgabe, eine gegebene Stepstichlinie fortzusetzen, beobachtet. Durch Auffädeln sehr dünner Perlen mit Hilfe feiner Nadeln sollte die Handführung, die Handgeschicklichkeit geprüft werden. Die Meßsicherheit wurde durch die Aufgabe, mit Hilfe des Maßbandes Knöpfe in gleichen Abständen anzunähen, untersucht. Durch Bestimmung des Mittelpunktes eines Kreises ohne Zuhilfenahme eines Zirkels sollte Treffsicherheit und Gefühl für den künstlerischen Schwerpunkt, durch Teilung einer Strecke in drei Teile nur

nach der Anschauung das Augenmaß der Prüflinge erfaßt werden. Zwei Arbeitsproben, Saumnähen und Aufteilung einer bunten gegebenen Fläche durch Zierstiche, beschlossen die Prüfung.

Das Nähen eines 2 cm breiten Saumes, das mit möglichst unsichtbaren gleichmäßigen Saumstichen vorgenommen werden mußte, erforderte nicht nur Handgeschicklichkeit, sondern auch Anwendung bestimmter technischer Kenntnisse. Die Aufteilung einer farbigen Fläche gab nochmals einen Aufschluß über das Farbempfinden der Prüflinge, die zu einer gegebenen Farbfläche andere Farben zuordnen mußten. Außerdem wurde durch eine Raumaufteilungsaufgabe die Raumempfindung festgestellt.

### Ergebnisse der Prüfungen

An den verschiedenen Eignungsprüfungen haben insgesamt 49 Jugendliche, darunter 9 weibliche Jugendliche, teilgenommen. Die Ergebnisse sind in folgender Tabelle zusammengefaßt:

Aus der Tabelle ergibt sich folgendes:

Die älteren, meist die höhere Schule besuchenden Jugendlichen, haben mit größerem Erfolg als die jüngeren, die die Volksschule besuchten, die Eignungsprüfung abgelegt.

Die Besucher der höheren Schulen haben alle die Eignungsprüfung bestanden.

Rund 70 % der Jugendlichen (männlich), die von der Eignungsprüfung erfaßt worden sind, sind deutsche Staatsangehörige.

Unter den weiblichen Jugendlichen waren 4 Polinnen und 5 deutsche Staatsangehörige; mithin waren rund 55 % der geprüften weiblichen Jugendlichen deutsche Staatsangehörige.

Die Mehrzahl der Väter der Jugendlichen betätigt sich in kaufmännischen Berufen.

Das Lehrerurteil ist für die Feststellung der Befähigung der Jugendlichen durchaus brauchbar.

## Männliche Prüflinge

Tabelle I: Für das Schlosserhandwerk bzw. Metallverarbeitende Berufe haben die Prüfung bestanden:

Alter	Schule und Klasse	Beruf des Vaters	Staatsangehörigkeit	Berufswunsch	Urteil des Lehrers	Untergebracht oder vorgemerkt
14 Jahre	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Kaufmann	Deutsch	Elektrotechnik	--	Lehrwerkstätte
14 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Metall-Fabrikant	Deutsch	Elektro-Schlosser	geeignet	Kaufm. Lehrstelle
14 "	Talmud-Torah-Volksschule, Sonderklasse	Makler	Staatenlos	Konditor	genügend	Schlosser-Lehrstelle
14 "	Jüd. Gemeindeschule Altona	Reisender	Polen	Klempner	geeignet	Jeschiwah?
14 "	Volksschule, Kl. 8	Prokurist	Deutsch	Unentschieden	--	Lehrstelle
14 "	Volksschule, Kl. 8	Hafenarbeiter	Deutsch	Schlosser	--	--
14 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Quarta	Rabbiner	Deutsch	Schlosser	--	Weiterer Schulbesuch
14 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Untertertia	Kaufmann	Deutsch	Schlosser	geeignet	Lehrwerkstätte in Frankfurt
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Eierhändler	Polen	Maschinenbauer	geeignet	Lehrwerkstätte
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Kaufmann	Polen	Schlosser	--	Lehrstelle
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Schneider	Deutsch	Klempner	geeignet	Lehrstelle
15 "	Volksschule, Kl. 8	Vertreter	Deutsch	Schlosser	--	Lehrstelle
15 "	Oberrealschule, Obertertia	Prokurist	Deutsch	Autoschlosser	--	Lehrwerkstätte
15 "	Real-Gymnasium, Untertertia	Kaufmann	Deutsch	Feinmechanik	--	Weiterer Schulbesuch
15 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Untertertia	Kleingewerbetreibender	Polen	Schlosser	geeignet	Lehrwerkstätte
15 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Obertertia	Kaufmann	Deutsch	Schlosser	geeignet	Lehrstelle (Druckerei)
16 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Unterssekunda	Vertreter	Deutsch	Schlosser od. Tischler	geeignet	Lehrwerkstätte
16 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Unterssekunda	Kaufmann	Deutsch	Unentschieden	geeignet	Lehrwerkstätte
16 "	Mitreischule, Kl. 2 a	--	Deutsch	Elektriker	--	Weiterer Schulbesuch
16 "	Real-Gymnasium, Unterssekunda	Arzt	Deutsch	Schlosser	--	Lehrwerkstätte
16 "	Real-Gymnasium, Unterssekunda	Schuhhändler	Polen	Schlosser	--	Lehrwerkstätte
16 "	Real-Gymnasium, Unterssekunda	Kaufmann	Deutsch	Autoschlosser	--	Lehrstelle?
17 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Unterssekunda	Kaufmann	Deutsch	Maschinenbauer	--	Lehrwerkstätte

Tabelle II

Die Eignungsprüfung für Schlosser haben nicht bestanden:

Alter	Schule und Klasse	Beruf des Vaters	Staatsangehörigkeit	Berufswunsch	Urteil des Lehrers	Untergebracht oder vorgemerkt
14 Jahre	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 5	--	Deutsch	Mechaniker	mittelmäßig begabt	Anlernstelle
14 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Vertreter	Deutsch	Schlosser	mittelmäßig begabt	Jeschiwah
14 "	Altonaer Gemeindschule	Reisender	Polen	Schlosser	gut begabt	Kaufm. Lehrstelle
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Kaufmann	Deutsch	Buchdrucker	--	Anlernstelle
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Inhaber eines Warenhauses	Deutsch	Elektrotechniker	nicht geeignet	zur Eignungsprüfung für Tischlerei geschickt
14 "	Jüd. Gemeindeg. Altona, Kl. 8	Kleingewerbetreibender	Polen	Tischler	geeignet	Anlernstelle
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Kaufmann	Polen	Tischler	--	Lehrwerkstätte
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Inhaber eines Warenhauses	Deutsch	--	--	Anlernstelle (Elektrotechnik)
15 "	Jüd. Gemeindeg. Altona, Kl. 8	Reisender	Polen	Tischler	geeignet	Lehrwerkstätte
15 "	Talmud-Torah-Oberrealschule, Obertertia	Speditour	Lertland	Tischler	--	Weiterer Schulbesuch
16 "	Real-Gymnasium, Obersekunda	Arzt	Deutsch	Tischler	--	Lehrwerkstätte



Tabelle IV

Die allgemeine handwerkliche Prüfung (speziell Prüfung für Malerei) haben bestanden:

Alter	Schule und Klasse	Beruf des Vaters	Staatsangehörigkeit	Berufswunsch	Urteil des Lehrers	Untergebracht oder vorgemerkt
14 Jahre	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 7	Kaufm. Angestellter	Tscheche	Maler	bedingt geeignet	Maler-Lehrstelle?
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 7	Händler	Polen	Maler	bedingt geeignet	--

Die allgemeine handwerkliche Prüfung haben nicht bestanden:

14 Jahre	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Fellarbeiter	Tscheche	Schuster	nicht geeignet	Bote
14 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 8	Kaufmann	Deutsch	Kaufmann	--	hat Kaufm. Lehrstelle
15 "	Talmud-Torah-Hilfsschule	Bühnenmeister	Deutsch	Maler	bedingt geeignet	Lehrstelle?
15 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 7	Kaufmann	Deutsch	Friseur	ungeeignet	--
16 "	Talmud-Torah-Volkssch., Kl. 6	Klempner	Deutsch	Maurer	ungeeignet	Maurer-Hilfsarbeiter

## Weibliche Prüflinge

Tabelle V

Die Eignungsprüfung für die gewerbliche Fachklasse haben bestanden:

Alter	Schule und Klasse	Beruf des Vaters	Staatsangehörigkeit	Berufswunsch	Urteil des Lehrers für Handwerk geeignet	Untergebracht oder vorgemerkt
14 "	Jüd. Mädchenvolksschule, Kl. 8	Verräter	Deutsch	Kontoristin	geeignet	Gewerbl. Kursus
14 "	Jüd. Mädchenvolksschule	Kaufmann	Deutsch	Schneiderin	geeignet	Putzlehrstelle
14 "	Altonaer Gemeindeschule	Koch	Polen	Schneiderin	geeignet	Gewerbl. Kursus
14 "	Jüd. Mädchenrealschule, Untertertia	Kleingewerbetreibender	Polen	Schneiderin	geeignet	Gewerbl. Kursus
14 "	Jüd. Mädchenrealschule, Untertertia	Händler	Polen	Schneiderin	geeignet	Gewerbl. Kursus
15 Jahre	Jüd. Mädchenvolksschul, Kl. 8	--	Deutsch	--	--	Gewerbl. Kursus
15 "	Jüd. Mädchenrealschule, Mittelsch.-Abschluß	Kaufmann	Deutsch	Schneiderin	geeignet	Gewerbl. Kursus

Die Eignungsprüfung für die gewerbliche Fachklasse [haben] nicht bestanden:

14 Jahre	Altonaer Gemeindeschule	--	Polen	Schneiderin	geeignet	probeweise für gewerblichen Kursus
----------	-------------------------	----	-------	-------------	----------	------------------------------------

Bei der Beurteilung der weiblichen Jugendlichen fehlten in 2 Fällen die Urteile der Schule. In 6 Fällen ergab sich Uebereinstimmung des Prüfungsergebnisses mit dem Lehrerurteil. In einem Falle erklärt sich die Abweichung des Prüfungsergebnisses vom Lehrerurteil durch milde Beurteilung des Lehrers. Bei den männlichen Jugendlichen lag in 16 Fällen kein Urteil vor, in 21 Fällen, darunter 3 milde Beurteilungen, ergab sich Uebereinstimmung des Lehrerurteils mit dem Prüfungsergebnis, in 3 Fällen, darunter ein nur durch Prüfung entscheidbarer Fall, divergierten Lehrerurteil und Prüfungsergebnis.

Da für das Bestehen der Eignungsprüfung wie für die Aufnahme in die Lehrwerkstätten, abgesehen von der körperlichen Eignung, nicht nur die manuelle Geschicklichkeit und Intelligenz, sondern auch die allgemeine menschliche Reife Voraussetzung war, so war auch die Unterbringung der männlichen Jugendlichen von diesem Gesichtspunkt mitbestimmt. Von 23 männlichen Jugendlichen, die die Eignungsprüfung für das Schlosserhandwerk bestanden, wurden 2 nicht für die Aufnahme in die Schlosserlehrwerkstätte geeignet gehalten; für sie kam nur eine vierjährige Lehre in Betracht. Einem weiteren Jugendlichen wurde infolge noch nicht ausreichender Reife erneuter Schulbesuch angeraten, trotzdem er die Prüfung bestanden hatte und nicht unbegabt schien. Ein anderer Jugendlicher hatte eine recht gute Intelligenz und Raumanschauung, war aber nur wenig geschickt. Er sollte nur unter der Voraussetzung einer zwei Monate dauernden Probezeit in die Lehrwerkstätte aufgenommen werden, während sonst die Prüflinge, die die Eignungsprüfung bestanden und für die Lehrwerkstätten geeignet gehalten wurden, in einer vierwöchigen Probezeit sich bewähren mußten.

Von den zur Aufnahme in die Lehrwerkstätten für Schlosserei geeigneten Jugendlichen meldeten sich 9 für den Unterricht an.

Unter ihnen befand sich ein Jugendlicher, dessen Vater die Kosten der Ausbildung voll aufbringt. Ein Zuschuß von 30 RM. für die Ausbildung monatlich wird gewährt: für einen Jugendlichen, dessen Vater, ein kaufmännischer Angestellter, seit 5 Jahren erwerbslos ist und für 3 unmündige Kinder zu sorgen hat und für einen Jugendlichen, dessen Vater Produkthändler ist und für 2 unmündige Kinder zu sorgen hat. Ein Zuschuß von 25 RM. wird gewährt für einen Jugendlichen, dessen Vater Eierhändler ist. Ein Zuschuß von 27 RM. wird gewährt für einen Jugendlichen, dessen Vater Kleingewerbetreibender ist und für 3 unmündige Kinder zu sorgen hat. Ein Zuschuß von 20 RM. wird gewährt für einen Jugendlichen, dessen Vater, Versicherungsvertreter mit einem Einkommen von 250 RM., für 2 Söhne unterhaltspflichtig ist und für einen Jugendlichen, dessen Vater, Kleingewerbetreibender mit 190 RM. Monatseinkommen, für 2 Kinder unterhaltspflichtig ist. Ein Zuschuß von 18 RM. wird gewährt für einen Jugendlichen, dessen beide Elternteile als kaufmännische Angestellte tätig sind, insgesamt monatlich 260 RM. verdienen und für 2 unmündige Kinder zu sorgen haben. Bei einem Jugendlichen, der sich für die Lehrwerkstätten angemeldet hat, konnte noch nicht entschieden werden, in welcher Höhe ein Zuschuß zur Ausbildung gewährt wird.

Ohne Bezuschussung belaufen sich die Kosten der Ausbildung für die Eltern auf 30 RM.

Obwohl die in Hamburg zum erstenmal von jüdischer Seite unternommenen Eignungsprüfungen noch verbessert werden sollen und die Eignungsprüfung vorerst nur als Auslese im groben anzusprechen ist, erscheint es der hiesigen jüdischen Berufsberatungsstelle wünschenswert, wenn mangels staatlicher Eignungsprüfungen zur Prüfung handwerklicher Veranlagungen für Lehrwerkstätten und Diagnose der beruflichen Fähigkeiten in der Hauptzeit der Lehrstellenvermittlung (von Oktober eines Jahres bis April des kommenden Jahres) eine Eignungsprüfung von jüdischer Seite eingerichtet wird.

### Nr. 5

Neue Ausbildungsziele: der seefahrende Jude

11. Juli 1936

Hamburger Familienblatt vom 16.7.1936, S. III

### Jüdische Jugend zur See

Im Kreise der Misrachi-Frauengruppe Hamburg-Altona sprach am Sonnabend Karl Groddeck von der Fair Play-Reederei in äußerst interessanter und unterrichtender Weise über das Thema »Die Seefahrt und die jüdische Jugend«, und es ist nur schade, daß nicht mehr Jugendliche anwesend waren, die hier aus berufenem Munde hätten erfahren können, welche Aussichten der Seefahrerberuf heute der jüdischen Jugend eröffnet, aber auch welche Bedingungen zu beobachten sind, um auf diesem schwierigen Gebiete nicht – wörtlich genommen – Schiffbruch zu erleiden...

Karl Grodde[c]k, ein seebefahrener Schiffsingenieur, der ein Menschenalter auf großen Schiffen der Handelsmarine in leitenden Posten gefahren ist, wurde seinerzeit dadurch bekannt, daß er zusammen mit Hans Rosenthal, dem jetzigen ersten Offizier der »Tel Aviv«, die kleine »Atid« als erstes Schiff unter jüdischer Flagge mit jüdischer Mannschaft ins Mittelmeer und weiter hinaus sogar ins Schwarze Meer und in die schiffbare Donau brachte, er ist heute der hauptsächliche Ratgeber der tatkräftigen Inhaberin der Fair Play-Reederei, von Frau Borchard[t],<sup>13</sup> die vom ersten

13 Lucy Borchardt (1877-1969), Reederin und Zionistin, war seit 1930 Inhaberin der Fairplay-Schleppdampfschiff-Reederei Richard Borchard GmbH in Hamburg. Sie emigrierte 1938 nach England. Vgl. Lorenz, Seefahrts-Hachschara in Hamburg, passim; dies., Lucy Borchardt, in: Institut für die Geschichte der deutschen Juden (Hrsg.), Das Jüdische Hamburg. Ein historisches Nachschlagewerk, Göttingen 2006, S. 40.

Augenblick an, als sie die Notwendigkeit erkannte, nicht ruhte, bis sie jüdischen jungen Leuten die seemännische Laufbahn erschließen konnte.

Drei Schiffslaufbahnen gibt es, so führte er aus, die Deckslaufbahn, die Laufbahn unter Deck und die der Bedienungsmannschaften. Die letztere scheidet als aussichtslos aus. Denn zum ersten bietet sie weder Zukunfts- noch Aufstiegsmöglichkeiten, zum zweiten ist sie außerordentlich über[be]setzt. Früher gab es bekanntlich auf den meisten großen Ozeandampfern rituelle Küchen mit jüdischem Bedienungspersonal, und dieses Personal ist heute zum großen Teil selbst arbeitslos und genügt vollkommen, um die Posten zu besetzen, die an Bedienungspersonal auf den in Betracht kommenden Dampfern zur Verfügung stehen.

Etwas anderes ist es um die Deckslaufbahn, welche eine nautische Ausbildung erfordert. Hier stehen dem jungen Manne aussichtsreiche Karrieren als Schiffsoffizier offen, wenn er sich frühzeitig genug entscheidet und vom Schiffsjungen an sich emporarbeiten kann. Die gesundheitlichen Voraussetzungen dazu sind allerdings sehr hoch, insbesondere die Anforderung an die Sehfähigkeit, und gerade das letztere ist für die jüdische Jugend von großer Schwierigkeit, da sie sich meist durch vieles Studieren um die dabei erforderliche einwandfreie Sehschärfe gebracht hat. Der Reederei Fair Play ist es trotzdem gelungen, eine Reihe jüdischer junger Leute in diese Laufbahn zu bringen. Leider besteht hier noch eine andere Schwierigkeit, die des Besuchs einer nautischen Schule zur Erlangung des Patents für große Fahrt, des Seeoffizierspatents. In Tel-Awiw wurde eine nautische Schule eröffnet, jedoch haben bisher die Engländer noch keinem Besucher das Patent ausgefolgt. Dagegen besteht diese Möglichkeit in einer italienischen Seefahrerschule in Spalato, wo nicht so eherzig gegen jüdische Besucher verfahren wird. [...]

Die dritte und für Juden innerhalb der Schifffahrt aussichtsreichste Laufbahn ist die des Schiffsingenieurs, die Laufbahn unter Deck. Es ist heute nicht mehr so, daß für die Seefahrt gerade der taugt, der in allen anderen Berufen versagt, sondern die Maschinenanlagen der modernen Schiffe verlangen eine eingehende Kenntnis in allen Zweigen der Technik. Dazu ist eine vierjährige Lehrzeit in einer Schiffswerft oder einer Maschinenbauanstalt erforderlich. Ist diese zurückgelegt, so kann der Anwärter als Schiffsingenieur aspirant auf einem Dampfer angestellt werden und erhält dann sofort schon ein ausreichendes Gehalt, das sich dadurch erhöht, daß Verpflegung und Unterkunft dazukommen. Die Fair Play-Reederei hat es fertiggebracht, zahlreiche junge jüdische Leute in diese Laufbahn hineinzubringen. Viele, die schon vorher eine ähnliche Lehre begonnen hatten, haben ihre Lehrzeit schon beendet und verdienen bereits, andere besuchen schon eine entsprechende Schule im Ausland, nach deren Absolvierung sie das Patent als Schiffsingenieur erhalten. Neben der Fair Play sind es die Reedereien Bernstein und Schindler, die sich der jungen Leute annehmen, welche diesen Beruf gewählt haben. Er ist freilich nicht leicht und seine Schwierigkeiten dürfen nicht unterschätzt werden. Der junge Mensch wird hart angefaßt, er ist wochenlang ohne Verbindung mit der Heimat, er muß manche Depressionen überwinden. Man kann aber doch sagen, daß mehr als

Zweidrittel derjenigen, die sich dieser Laufbahn zuwandten, sich darin durchaus bewährten und nun vor einer gesicherten Zukunft stehen. Bedenkt man, daß vor drei Jahren wahllos jeder aus der Bahn Geworfene sich auf jeden offenen Beruf warf, so kann man damit zufrieden sein. Von Hamburg aus sind es bereits 68 jüdische Menschen, die in dieser Laufbahn untergebracht wurden, und weitere sechzehn treten jetzt in diese Ausbildung ein. Ist das auch nicht allzuviel, gemessen an den Zahlen der gesamten jüdischen Jugend in Deutschland, die versorgt sein will, so ist es doch ein erheblicher Beitrag, und vor allem eine Pionierarbeit.

Eine Frage ist noch, wie man die jüdischen Seeleute beschäftigen kann. Wenn die Posten in den vorhandenen jüdischen Reedereien besetzt sind, wird das nicht ganz einfach sein. Herr Grodde[c]k ist aber der Meinung, daß besonders die Küstenschiffahrt an der palästinensischen Küste, die im Verhältnis zu dem Lande eine relativ große Ausdehnung besitzt, ziemliche Aussichten bietet. Noch gar nicht ausgenutzt ist die Fischerei von Palästina aus. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln kann man hierdurch nicht nur jüdischen Seefahrern eine Beschäftigung schaffen, sondern auch eine neue Industrie errichten.

[...]

Man hatte jedenfalls aus diesem Vortrag den Eindruck, daß die jüdische Allgemeinheit es hier einigen tätigen Männern, vor allem aber auch einer energischen Frau, der Inhaberin der Fair-Play-Reederei, zu danken hat, wenn ein Teil ihrer Jugend neue Wege geht, die ihr eine bessere Zukunft weisen.

[...]

il.

## Nr. 6

Ausbildungsperspektiven

Mai 1937

Wir jungen Juden. Bilder aus unserem Leben in Hamburg. Ausstellung der jüdischen Jugend vom 6.-23.5.1937, Jugendheim Johnsallee 54, Hamburg 1937, S. 11-16

JEHUDA MARKUS:

### **Zur Berufsfrage und Ausbildung der jüdischen Jugend in Hamburg.**

#### I.

Jeder, der aufmerksam durch die Ausstellung unserer jüdischen Jugend geht, wird überrascht sein von der Vielfalt der Einrichtungen, die im Laufe der Jahre hier geschaffen wurden und die Hamburg zu einem Zentrum jüdischen Wirkens machen. Besonderes Interesse ruft selbstverständlich all das hervor, was bisher auf dem Gebiete der Berufs-Ausbildung und -Umschichtung geleistet wurde. Hat doch Ham-

burg sein besonderes Gepräge, bestimmt und stets wieder neu beeinflusst durch den Verkehr und die Beziehungen zu Übersee, die dem ganzen Leben und den Berufswünschen auch seiner jüdischen Bevölkerung einen eigenen Stempel aufdrücken. Eine Erhebung über die Berufsziele jüdischer Jugend in Deutschland muß daher von derjenigen Hamburgs stets abweichen und den Typus des Export-Kaufmannes als für Hamburg bisher charakteristisch herausstellen.

Um so bemerkenswerter ist aber, daß bereits seit vielen Jahren gerade hier in Hamburg die Notwendigkeit einer planenden Berufsberatung und einer entsprechenden Sozialpolitik erkannt wurde. Bedingt dieses doch eine grundsätzliche Stellungnahme zur Frage der Berufswahl wie auch der Berufsausbildung. Jede Berufsplanung muß davon ausgehen, daß die jüdische Wirtschaftsstruktur eine ungesunde ist, daß die Berufe einseitig auf die akademischen und auf jene kleine Schicht zwischen Erzeuger und Verbraucher sich beschränken, kurz, daß der jüdische Sektor innerhalb der allgemeinen Schichtung am stärksten gefährdet erscheint. Erst von dieser Einsicht ausgehend kann man zu einer Planung gelangen. Allerdings sind hier die Grenzen sehr eng gezogen. Die Wirklichkeit erweist sich als stärker denn all unser Streben zur Normalisierung. Es scheint unmöglich zu sein, in den Ländern der Galuth eine gesunde Wirtschaftsstruktur aufzubauen. Wieder und wieder wurden Versuche unternommen – in Deutschland, Polen, in Amerika, Argentinien, Südafrika und vielen anderen Ländern. Jedesmal mißlang der Versuch. Es glückte nicht, von außen in bereits bestehende Wirtschaftskörper einzudringen und bis zur Urproduktion, bis zu den Wurzeln einer jeden Wirtschaft zu gelangen. Zwar fehlte die Ermunterung von seiten der Länder, aber unsererseits auch der Antrieb sowie fast in jedem Falle die wagende Idee, auf schwierigem Posten auszuharren und durchzuhalten, bis die nächste Generation sich durchgesetzt hätte. So war es in Argentinien und so in Amerika. Wieder ist als Abschluß eines langen Entwicklungsprozesses festzustellen, daß die jüdische Wirtschaftsstruktur in der neuen Welt keine andere ist als die in den Ländern Europas. Ein für die Zukunft beunruhigendes Zeichen. Lediglich Palästina bietet, zumindest in einem gewissen Maße, eine Ausnahme. Mehr als in irgendeinem anderen Lande sind dort die Juden in der Urproduktion vertreten, gestalten sie von Grund auf ihr eigenes Leben.

Es würde den hier gesetzten Rahmen überschreiten, sollten die Ursachen dieses Prozesses behandelt werden. Wesentlich sind seine Rückwirkungen auf die Berufsplanung der jüdischen Jugend. Sie bedeuten einen Bruch mit der bisher üblichen Politik und ein Sich-Hineinstellen in die palästinensische Wirklichkeit mit all ihren Forderungen. Das ist keine Beschränkung –, es ist im Gegenteil einmalige Aufgabe, zukunftsweisend auf jüdische Jugend einzuwirken, um ihr in dem geschichtlichen Prozeß ihre Rolle klarzumachen.

Ein Wort noch zur Berufsausbildung. Hier handelt es sich vornehmlich um die Frage der Facharbeit. So sehr jeder die Bedeutung der gelernten Arbeit anerkennen wird, so muß doch vor einem weit verbreiteten Irrtum gewarnt werden. Menschen, die einen kaufmännischen oder sonstigen Beruf gelernt haben und umschichten,

sich auf ein neues, völlig ungewohntes Leben umstellen müssen und für ein bis ein- einhalb Jahre Zuschuß erhalten, dürfen nicht damit rechnen, hier zu Facharbeitern herangebildet zu werden. Zweck jeder körperlichen Hachscharah, jeder Umschichtung, kann daher nur in dem Ziel begründet liegen, zu Arbeitern zu erziehen, die eine Arbeit richtig anpacken können, die die Grundgesetze ihres Berufes kennen und die später im Lande vielleicht in ihren Berufen zu Facharbeitern heranwachsen. Selbstverständlich soll jeder soweit wie möglich versuchen, sich fachliches Wissen anzueignen. Bei der begrenzten Dauer der Hachscharah muß aber unbedingt vor einem Überschätzen der Forderung nach Facharbeit gewarnt werden, wollen wir nicht zu gefährlichem Dilettantismus erziehen.

Anders liegt die Frage bei der Erstausbildung, bei den Jüngeren, die, von der Schule kommend, ihren ersten Beruf erlernen. Hier muß die Forderung nach guter Ausbildung immer wieder gestellt werden; sei es im Handwerk oder in der Landwirtschaft, mit Halbem dürfen wir uns hier nicht begnügen. Leider erkennen viele Eltern die jetzt gewählten Berufe ihrer Kinder noch nicht an. Viele Mädchen vor allem werden im elterlichen Haushalt beschäftigt, warten sozusagen auf den Freier der alten Zeit. Hinzu kommt noch, daß bei dem Überangebot an Haushaltsstellen für Jüngere kein derart dringendes Umschichtungsbedürfnis vorliegt. Demgegenüber zeigt die Statistik, daß etwa 80 % der Erwerbslosen über 35 Jahre alt sind und aller Voraussicht nach also nicht mehr positiv eingeordnet werden können. Leider sind diese Zahlen in ihrer Eindringlichkeit nicht genügend bekannt.

Aber auch bei dieser fachlichen Ausbildung muß immer wieder betont werden, daß die Ausübung des Berufes in jedem Falle – sei es in Palästina oder Übersee – in einem Lande vor sich gehen wird, das noch nicht derart spezialisiert wie Deutschland ist, daß also von einem jeden die Fähigkeit erwartet werden muß, wenn es not- tut, alles anzupacken, überall arbeiten zu können. Der Tischler und Schlosser von hier erweist sein Können nicht nur in der Werkstatt, sondern auch beim Bau einer Chaussee, bei Hafendarbeiten und auf dem Felde.

## II.

Welche Einrichtungen sind nun in Hamburg auf dem Gebiete der Berufsaus- bildung geschaffen worden? Es geht aus dem oben Gesagten hervor, daß alle diese Einrichtungen mit der Entwicklung der chaluzischen Organisationen aufs engste verknüpft sein müssen, denn es ist ja nicht nur Auswanderungsarbeit schlechthin zu leisten, sondern körperliche und geistige Erziehung zu einer selbstgewählten frei- willigen Einordnung in einen neuen Lebensrahmen.

Folgende Möglichkeiten der Ausbildung sind in Hamburg vorhanden:

1. Umschichtung,
2. Erstausbildung,
3. Mittlere Hachscharah.

Bereits Ende 1931 wurde in der Beneckestraße 6 das Beth Chaluz, das Zen- trum der städtlichen Umschichtung, gegründet, eines der ersten städtischen Bathe



Chaluz Deutschlands. Im Laufe der Jahre hat es eine wesentliche Erweiterung seiner Arbeit durchgemacht: es wurde zur Trägerin der Seefahrtshachscharah des Hechaluz in Deutschland. Etwa fünfzig Jungen wurden hier ausgebildet; zuerst auf den Schleppern der Reederei Fairplay und dann auf großer Fahrt bei fast allen deutschen Schifffahrtlinien. Zur Zeit fährt ein großer Teil dieser Jungen in allen Teilen der Welt, in den Gewässern des Indischen wie des Atlantischen Ozeans, im Schwarzen Meer, in der Nord- und Ostsee und natürlich auch in der jüdischen Schifffahrt Palästinas. Ihre Rückkehr nach einem halben bis einem Jahr solcher Fahrten in fremde Erdteile gibt dem Hamburger Beth Chaluz seine ganz besondere Note. Allerdings wirft die Seefahrtshachscharah besonders viele Probleme auf: die Jungen kommen in ein Milieu, das erzieherisch nicht das beste ist und auf das wir wenig Einfluß besitzen, sie haben zudem eine Arbeitszeit, die ihnen eine Beschäftigung mit der hebräischen Sprache und jüdischem Gedankengut sehr erschwert. Trotzdem versuchen wir, auch diese Ausbildung zur Erstausbildung mit etwa dreijähriger Lehrzeit umzugestalten, um den Jungen auch die Möglichkeit zu geben, ein Patent zu erwerben. Besonderer Dank gebührt hierbei der Reederei Borchardt, die sowohl die Umschichtung wie die Erstausbildung in größerem Umfange uns überhaupt erst ermöglicht hat. Hier stehen wir gerade im jetzigen Moment am Beginn einer neuen Periode.

Weitere Hachscharahzentren liegen in Rissen, Blankenese, Steubenweg, und in Flensburg, alle dem Hechaluz angeschlossen. Wird in Flensburg eine landwirtschaftliche Ausbildung auf einem 120 Morgen großen Gut gegeben, so tritt in Rissen und Blankenese mehr die Gärtnerei in den Vordergrund. Alle diese Punkte umfassen zusammen etwa 100 bis 110 Personen.

#### **Erstausbildung.**

Hier sind vor allem die Kurse der Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe zu nennen. Mit Ausnahme der Tischlerei, die zu einem kleinen Teil auch Umschichtler aufnimmt, haben sich alle anderen Kurse auf die Erstausbildung umgestellt. Über die Arbeit und Tätigkeit dieser Kurse unterrichten am besten die selbstangefertigten Modelle, die in der Ausstellung zu sehen sind.

Hier sei eine allgemeine Uebersicht gegeben:

Schlosserei	34 Personen
Tischlerei	26 "
Gärtnerei	18 "
Haushaltsschule	41 "
Paulinenstift	10 "
Fachschule für Schneiderei	19 "
9. Schuljahr der Mädchen	17 "

#### **Mittleren-Hachscharah.**

Hier ist vor allem der Hachscharah-Kibbuz des Hechaluz »Brüderhof« in Ochsenzoll zu nennen. 40 Mittlere von 15 bis 17 Jahren erhalten hier nicht nur eine landwirt-

schaftliche Ausbildung, sondern die Abgeschlossenheit des Kibbuz bedingt auch eine besondere erzieherische Atmosphäre der Vorbereitung für ein Arbeiterleben in Palästina. Wer die Jungen und Mädchen dort beobachten konnte, wie sehr sie bereits mit ihrer Arbeit und ihrem Gut verbunden sind, wird diesen Punkt vielleicht als den positivsten Faktor innerhalb der gesamten Hachscharah Hamburg bezeichnen können.

Hierher gehören ferner auch das Mittleren-Beth-Chaluz in der Schäferkampsallee, dessen Jungen in allen Gemeindegängen wie auch bei einzelnen Handwerksmeistern arbeiten, sowie das in diesen Tagen neugegründete Beth Chaluz des Misrachi in der Klosterallee, das etwa 25 Personen umfassen wird. Damit knüpft der Brith Chaluzim datium wieder an seine alte Tradition an, hatte er doch früher das Beth Chaluz in der Beneckestraße gemeinsam mit dem Hechaluz und gehörte ihm früher der Kibbuz im Steubenweg in Blankenese.

Der Ausbildung der Mädchen dienen das 9. Schuljahr der Schule Carolinenstraße, das an die Haushaltsschule teilweise angegliedert ist, sowie die Mädchen-Seminare des Misrachi und der noar Agudathi. Hier arbeiten die Mädchen halbtätig im Haushalt, während die übrige Zeit der Aneignung und Vertiefung jüdischer Wissensstoffe gewidmet ist.

So aber wie Hamburg viele Auswärtige in all diesen Einrichtungen ausbildet, so befinden sich auch viele Hamburger in anderen Ausbildungsstätten, in Kibbuzim, auf Einzelstellen und durch die Jugend-Alijah in Palästina. Trotz der mit dem vollständigen Milieuwechsel verbundenen Schwierigkeiten stellt doch die Jugend-Alijah den bisher umfassendsten Versuch dar, die Berufsprobleme der Schulentlassen[en] zu lösen. Auch in Hamburg hat sie sich daher sehr schnell den ihr gebührenden Platz erobert.

### III.

So zeigt ein kleiner Rundgang, wie überall hier Kräfte tätig sind, der jüdischen Jugend eine Ausbildung zu vermitteln, die nicht auf dem Gestrigen beruht. Ihren Sinn aber würde sie verlieren, wäre nicht überall der Geist zu verspüren, dieser Jugend ihre Verbindung zu zeigen zu jüdischer Geschichte und jüdischem Wissen, und sie die Konsequenz ziehen zu lassen, sich hineinzustellen in das neue Werk unserer Tage.

## 25.4 Hachschara

**Nr. 1**

Die gemeindliche Unterstützung des Hachschara-Vereins

25. Februar 1932

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 413 d, Bl. 130

Hachscharah-Verein

Hamburg, d. 25. Februar 1932

An den  
Vorstand der Deutsch-  
Israelitischen Gemeinde  
H a m b u r g

Der Hachscharah-Verein Hamburg bittet den Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde, die Subvention, die derselbe erhalten hat, wenn irgend möglich, wieder auf seine frühere Höhe von Mk. 300.– jährlich festzusetzen. Wir sind durch die ständige Reduzierung der Gemeinde empfindlicher betroffen als andere Institutionen, da es im Charakter unserer Institution liegt, dass unsere sozialen Aufgaben in demselben Masse wachsen wie die wirtschaftliche Situation sich verschärft. In Deutschland wird es immer schwieriger für junge Menschen, in Berufe hineinzukommen, der Kreis der Eltern, die noch selbst zur Ausbildung ihrer Kinder etwas tun können verkleinert sich immer mehr, und so wächst von Monat zu Monat die Zahl der Menschen, die den Versuch unternehmen, durch landwirtschaftliche und handwerkliche Berufsumschichtung sich den Aufbau des Lebens im Heiligen Lande zu ermöglichen. Wir bitten Sie ergebenst, bei der Festsetzung unserer Subvention nochmals vor Augen zu halten, dass der Hachscharah-Verein in seinen Zielen eine Ergänzung zu den sozialen Aufgaben der Gemeinde bildet und in der heutigen schweren Zeit weniger denn je nur auf die Hilfe von privater Seite angewiesen sein können.

Hochachtungsvoll  
Hachscharah-Verein

i.A. Irma Heppner

**Nr. 2**

Orthodoxe Kibbuzime in Altona

[1933]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem AHW 557 c, Bl. 3

## Orthodoxe Kibbuzim in Blankenese

1. Kibbuz Schachall (Misrachi) Steubenweg 36  
Leiter Artur Strauß
2. Kibbuz Hechaluz Datii (Allgem. Zionist.) Frenssenstr. 13  
Leiter Stern
3. Kibbuz Wilhelminenhöhe (Allgem. Zionist.)  
Leitung

Freireligiöser Kibbuz.

Rissen            Adresse?  
Leiter?

**Nr. 3**

Der Zuschuss für eine Hachschara-Stelle

〈A〉 28. August 1933

〈B〉 8. September 1933

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 61 Heft IV, Bl. 574, 578

〈A〉

Salomon C o h n  
Al t o n a  
Hochstrasse 50.

Altona, den 28. August 1933.

An den  
Vorstand der Hochdeutschen Israelitischen  
G e m e i n d e  
Al t o n a .  
Breitestrasse 15.

Hierdurch erlaube ich mir, an Sie die ergebene Bitte zu richten, mich in meiner Angelegenheit, eine Hachscharah-Stelle zu erhalten, zu unterstützen.

Da ich die Absicht habe, Landwirtschaft zu erlernen und zu diesem Zwecke Gelegenheit haben muss, zirka 1 Jahr praktisch zu arbeiten, wandte ich mich an den

Brith Chaluzim Dathiim und erreichte, dass mir eine Stelle in Aussicht gestellt wurde, die schon für September zu besetzen und für die ein Zuschuss von RM 10,- im Monat zu zahlen ist. Da weder meine Eltern noch ich selbst in der Lage sind, diesen Zuschuss zu leisten trete ich mit der Bitte an Sie heran, mir dadurch Beistand zu gewähren, dass Sie die Zahlung für mich übernehmen.

Ich darf wohl noch betonen, dass nur die durch meinen Abbau hervorgerufene Notlage mich dazu zwingt, mich an Sie zu wenden und der Hoffnung Ausdruck geben, Erfüllung meiner Bitte zu finden. In dem ich Ihre geschätzte Antwort gern erwarte, zeichne ich

Hochachtungsvoll  
(gez.) Salomon Cohn

⟨B⟩

Israelitischer Humanitärer  
Frauenverein e.V. Altona  
Büro: Grünestraße 5

ALTONA (Elbe), den 8. September 1933

Ttl.  
Hochdeutsche Israeliten Gemeinde,  
Altona

Betr. Cohn:

Das Gesuch Cohn haben wir geprüft und festgestellt, daß C. in Unterhandlung steht aber noch keine feste Zusage hat. Wir haben C. veranlasst[,] sobald ihm eine Hachscharahstelle zugewiesen wird, sich an uns zu wenden. Wir werden das Gesuch an die Zentrale für Hilfe und Aufbau weitergeben und es bleibt abzuwarten, welcher Zuschuss verlangt wird, wieviel die Zentrale übernimmt und was dann evtl. noch für die Gemeinde zu tragen ist. Wir kommen sobald die Sache aktuell wird wieder darauf zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Isr. hum. Frauenverein  
für Altona u. Umgegend  
(gez.) Ellern

**Nr. 4**

Die Vermittlung von Hachschara-Stellen durch den Israelitischen Humanitären Frauenverein

15. November 1933

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61, Bl. 407

Israelitischer Humanitärer  
Frauenverein e.V. Altona  
Büro: Grünestraße 5

ALTONA (Elbe), den 15. November 1933

Ttl.  
Hochdeutsche Israeliten Gemeinde,  
Altona

E/N.

Zur gefl. Weitergabe an den Verband. Wir können erst heute auf die Anfrage vom 4. Oktober zurückkommen, weil der Hechaluz uns so lange mit der Antwort hat warten lassen. – Im Laufe des letzten halben Jahres sind 20 Jungens und Mädchen auf Hachscharah gegangen. Zur Zeit liegen 32 neue Anträge vor. Wir haben in unserem Betrieb 4 Lehrstellen für einjährige hauswirtschaftliche Ausbildung geschaffen, die vorläufig besetzt sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Isr. hum. Frauenverein  
für Altona u. Umgegend  
(gez.) Ellern

**Nr. 5**

Die Bitte um eine leihweise Überlassung einer Tora-Rolle

⟨A⟩ 29. November 1933

⟨B⟩ 4. Dezember 1933

⟨C⟩ 13. April 1934

⟨D⟩ 17. Mai 1934

⟨E⟩ 4. Juli 1934

⟨F⟩ 14. April 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 557 c, Bl. 4f., 7, 10, 13, 12, 6

⟨A⟩

Menachem Rau  
Altona-Blankenese  
Steubenweg 36

Herrn  
Dr. L. Frank  
Altona 1  
Marktstr. 33

Blankenese, 29.XI. 33.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Ich nehme höfl. Bezug auf das mit Ihnen geführte Telefongespräch. Es handelt sich bei mir um einen neugegründeten Kibbuz ha koschra des Schachal der im ganzen ca. 25 – 30 Menschen umfassen wird. Es wäre natürlich sehr gut, wenn Sie uns ein Sefer Tora zur Verfügung stellen könnten, da diese in einem Kibbuz von dem aus eine Synagoge nicht erreicht werden kann unbedingt notwendig ist. – Ich werde mir erlauben bei Ihnen im Laufe des morgigen Tages anzurufen und hoffe ich einen bejahenden Bescheid von Ihnen erhalten zu können.

Ich danke Ihnen im Voraus für Ihre Bemühungen im Namen des ganzen Kibbuz und verbleibe

Menachem Rau

⟨B⟩

4. Dezbr. 33.

Herrn  
Menachem Rau,  
Blankenese  
Steubenweg 36

H./S.

Sehr geehrter Herr Rau!

Herr San.-Rat Dr. Franck hat uns Ihre Karte vom 29.II. d.J. übergeben. Wir stellen Ihnen ein Sefer, das an einem der nächsten Tage vormittags zwischen 10 und 12 Uhr in unserer Synagoge Kl. Papagoyenstr. 7/9 in Empfang genommen werden kann, einstweilen auf einen Zeitraum von 3 Monaten zur Verfügung. Wir bitten Sie, sich in dem der Synagoge nahegelegenen Gemeindebüro Altona, Breitestr. 15, zu melden.

Wir setzen voraus, dass Sie das Sefer, seiner Würde entsprechend, sorgfältig behandeln werden.

Hochachtungsvoll

〈C〉

Kibbuz Schachal  
Altona-Blankenese  
Steubenweg 36

Blankenese, den 13. IV. 1934.

An das  
Sekretariat der Hochdeutschen  
Israeliten-Gemeinde  
Altona  
Breitestr. 15

Wir bestätigen den Erhalt Ihres w. Schreibens vom 11. d. M. und danken Ihnen vielmals für die gütige Überlassung des Sefer Tora auf weitere 3 Monate.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
für »Kibbuz-Schachal«  
(gez.) Menachem Rau.

〈D〉

Blankenese, d. 17. Mai 1934.

An die  
Deutsch-Israel.-Gemeinde  
Altona/E  
Breitestr. 15

Bezugnehmend auf meine Unterredung mit s. Ehrw. dem Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach, bitte ich Sie, dem Überbringer das Sefer auszuhändigen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir einige Tenach zur Verfügung stellen könnten.

Mit jüd. Gruss  
(gez.) Unterschrift

〈E〉

Von dem Klaus-Institut, Altona, Kl. Papagoyenstr. 5  
ein Sefer leihweise erhalten zu haben, bescheinigt:  
f. d. Hechaluz, Chaluzim Datiim,  
Blankenese, Frenssenstr. 7  
Altona, den 4. Juli 1934.

(gez.) Max Isaac



⟨F⟩

Blankenese, den 14.4.1935.

An das Sekretariat  
der Israelitischen-Gemeinde  
Altona

Im Besitze ihrer gefl. Zuschrift vom 11. d.M. teilen wir Ihnen höfl. mit, dass wir das von Ihnen überlassene Sefer auch während der Pessachtage benötigen, da ein Teil unserer Leute in Hamburg bleiben, und daselbst ein privates Minjan aufmachen.

Gleichzeitig danken wir Ihnen bestens, dass Sie sich dazu bereit erklärt haben uns das Sefer auch weiterhin zur Verfügung zu stellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Kibbuz Schachal  
Altona-Blankenese  
Steubenweg 36  
Postscheck-Kto.: unter Leo Wetzler  
Hamburg Nr. 87985

(gez.) Artur Strauß

### Nr. 6

Das neue Hachschara-Zentrum »Brüderhof«

19. Juli 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 29 vom 19.7.1934, S. I

### Neues Arbeitszentrum jüdischer Jugend

Landwirtschaftliche Ausbildungsstätte in Tangstedt bei Ochsenzoll

Vor wenigen Wochen erst ist ein neues Arbeitszentrum des Hechaluz unter Mit-hilfe des hiesigen Hachscharahvereins in Ta n g s t e d t bei Ochsenzoll gebildet worden, und zwar auf dem umfangreichen Komplex des Landguts Br ü d e r h o f, der insgesamt zirka 250 Morgen aus Heide und Moor umfaßt, von denen 120 Morgen bebaut sind. Dreißig jüdische Jungens und Mädchen arbeiten hier an ihrer körperlichen und geistigen Ausbildung für Erez Israel. Der Arbeitstrupp steht unter Leitung des tüchtigen S. J a s c h e k; er soll demnächst noch vergrößert werden. Zusammen-schluß und Arbeitsbeginn dieser neuen Gruppe stand[en] am letzten Sonntagnach-mittag im Zeichen einer größeren Veranstaltung, zu der sich zahlreiche Gäste und Freunde der Bewegung, Mitglieder anderer Hamburger Hachscharahstätten, des

Hachscharahvereins, des Habonim, des Snif Hechaluz und des Haschomer Hazair eingefunden hatten. Ueber 100 Menschen füllten den sehr weiträumigen, mit blau-weißen Emblemen und Inschriften geschmückten Speisesaal des Brüderhofs.

\*

[...] S. Jaschek zeigte nunmehr Weg und Ziel der Arbeitsgruppe, wobei er u.a. darauf hinwies, daß hier beste Gelegenheit gegeben sei, alle Zweige landwirtschaftlicher und gärtnerischer Arbeiten kennen zu lernen. Der Pächter des Landguts, der auch für die theoretische Durchbildung Sorge trägt, habe sich übrigens lobend über die bisher geleistete Arbeit der Jugendlichen ausgesprochen. Man wolle am festgesetzten Tarbutplan unbedingt festhalten, trotz der Schwere der Arbeit, und er hoffe, daß man gut vorwärts kommen werde. – Frau Grete Kupferberg sprach darauf namens des Hachscharahvereins zum Gelingen des Werks. – Im Mittelpunkt stand ein Referat von Dr. Josef Horowitz, der sich mit den zeitgemäßen Problemen der Alijah nach Palästina befaßte. Im Verfolg seiner Betrachtungen kam er auch auf innerpolitische Angelegenheiten der deutschen Chaluzbewegung zu sprechen, wobei er die Gefahr einer etwaigen Verwässerung des Ideengehalts der Bewegung besonders hervorhob. Er gab abschließend einige Feststellungen zur Frage der »jüdischen Arbeit« in Erez Israel, die nur durch eine forcierte Alijah sichergestellt werden könne. [...]

\*

Es soll noch ein Wort darüber gesagt werden, wie hier in der Freizeit auf täglichen Zusammenkünften versucht wird, in eine innige, unlösbare Beziehung zum geistigen Leben des jüdischen Palästina zu gelangen, die allein erst die Mechanik der Arbeit zur höheren Sinnggebung gestaltet. Dazu gehört vor allem die Pflege der hebräischen Sprache in regelmäßigen Uebungsstunden. An den Türen der einzelnen Zimmer, die von der Sauberkeit und Ordnungsliebe ihrer Bewohner zeugen, grüßen hebräische Worte, durch Illustrationen ergänzt; hier schwingt ein Stück echter, jüdischer Atmosphäre, ein Hauch eigenen, stammestreuem Lebens, das in kräftigen, bewegten Wellen durchs ganze Haus flutet.

M.S.

**Nr. 7**

Hachschara als Zukunft der jüdischen Jugend

August 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 7 vom 16.8.1934, S. 3 f.

Dr. Edgar Marx:

### **Hachscharah**

Dr. Edgar Marx, der jugendliche, langjährige Führer des Hamburger Bar Kochba und der Hamburger Zionistischen Vereinigung, seit 1930 auch einige Jahre Mitglied des Repräsentantenkollegiums der Gemeinde, siedelt in diesen Tagen nach Palästina über. Den allseitigen Worten des Dankes und den Wünschen für sein fernes Wohlergehen schließen wir uns von Herzen an.

Trotz aller Überlegung: dieses Wort muß über diesem Artikel stehen, obwohl es manche nicht kennen und daher nicht verstehen werden. Das Wort Berufsumschichtung ist 1. keine Übersetzung und gibt 2. auch begrifflich nicht das wieder, worum es sich handelt. Hachscharah heißt wörtlich: Geeignetmachung, etwas freier könnte man es wohl am besten mit dem Worte Vorbereitung wiedergeben. Welcher Art diese Vorbereitung ist, für wen und zu welchem Ziel, das zu wissen, heißt, den Begriff Hachscharah wirklich verstehen, heißt eine der wichtigsten Aufgaben begreifen, die es heute für jüdische Jugend, also für jüdische Zukunft gibt.

Berufsumschichtung im Bereich des jüdischen Lebens ist kein neues Problem, keine neue Aufgabe. Es gibt Protokolle von Vereinen, die sich mit der Stellenvermittlung und dem Arbeitsnachweis für junge Juden beschäftigen, aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts, und zwar gerade auch aus dem jüdischen Gemeindeleben Hamburgs, in denen diese Frage als eine ernste Angelegenheit erörtert wird, und zwar sind die Probleme, ja sogar die Worte zum großen Teil dieselben wie heute. Das heißt natürlich nicht, daß diese Sorgen im Laufe der Jahrzehnte nicht drängender und ernster geworden wären, bis sie im Augenblick zum fast wichtigsten Arbeitsgebiet im Kampf um Zukunftsmöglichkeiten für die jüdische Jugend geworden sind. Diese Reminiszenz ist nötig, um zu erreichen, daß eine Aufgabe, bei deren richtiger und ernster Behandlung die Juden jetzt wirtschaftlich weniger schwer getroffen worden wären, daß diese Aufgabe wenigstens jetzt klar, überlegt und konsequent genug durchgeführt wird. Hachscharah bedeutet, jungen Menschen den Übergang in einen landwirtschaftlichen oder handwerklichen Beruf ermöglichen, bzw. sie von vorneherein in solche Berufe hineinleiten. Hachscharah bedeutet für den einzelnen: umlernen, Umstellung in jeder Beziehung auf einen neuen Beruf, bedeutet im anderen Fall eine Berufswahl, die in den Kreisen der jüdischen Jugend Deutschlands mindestens nicht üblich war. [...]

In der Praxis sieht die Sache nun so aus, daß in Hamburg und seiner näheren Umgebung eine größere Zahl von Gruppen, die Siedlerschule Wilhelminenhöhe

eingerechnet sind es sechs, in besonderen Formen der Gemeinschaft sich dieser Berufsumschichtung, oder besser: sich dieser Umstellung ihres Lebens[,] unterziehen. Man muß möglichst nahe Beziehungen zu ihnen haben, um ihren Ernst ganz zu begreifen und über Schwierigkeiten, scheinbar unnötige Eigenwilligkeiten, ja, Dinge, die zuweilen abstoßen und das Verständnis sehr erschweren, hinwegkommen zu können. Und es ist in der Tat so, daß jeder, der in dieser Arbeit steht, die Richtigkeit dieser Behauptung sehr schnell anerkennt. Für Hamburg hat sich, von zwei Zentren abgesehen, die besondere Form herausgebildet, daß die Menschen auf Einzelstellen arbeiten und gemeinsam wohnen, wirtschaften und lernen. Es ist übrigens gut, zu wissen, mit einem wie unglaublich kleinen Etat die Gruppen auskommen, ohne daß sie hungern oder unzufrieden wären. Der Satz für Verpflegung je Tag und Kopf überschreitet im allgemeinen nicht 0,60 RM, bleibt in vielen Fällen darunter. Oft ist das Geld für die geringsten Anschaffungen, Reparaturen oder persönlichen Ausgaben nicht da. Für die Hilfsarbeit für alle diese Dinge haben sich eine Anzahl Menschen im Hamburger Hachscharah-Verein zusammengeschlossen – ein häßlicher Name für eine schöne Sache. Er ist gewissermaßen die Vermittlungsstelle zwischen den offiziellen Instanzen (Gemeinde, Hilfsausschuß usw.) und den Umschichtenden, versucht aber auch im Rahmen seiner Möglichkeiten durch Mitgliedsbeiträge und Spenden Geld aufzubringen. Es ist klar, daß von der Größe dieses Rahmens, mit anderen Worten von der Zahl seiner Mitglieder seine Leistungsfähigkeit abhängt. Und so sehr diese Zeilen der Aufklärung dienen sollen, so sehr wäre es zu begrüßen, wenn sie durch die Weckung des Verständnisses die Wirkung eines Appells bekämen. Ein Appell nicht so sehr an das Mitleid oder das soziale Empfinden, sondern an das Gewissen und an das Verantwortungsgefühl. Die obengenannte Hilfsstellung stellt eine nunmehr schlechthin unabweisbare Pflicht dar. Die Erkenntnis von der Berufsnot unserer jungen Menschen mit allen ihren Folgen, das Verständnis für den Ernst der geschilderten, grundsätzlichen Umstellung kann sich nicht mehr mit einer platonischen Anerkennung zufriedengeben. Von allen, dem einzelnen und den maßgeblichen Institutionen muß stärkste moralische und materielle Unterstützung dieses neuen Weges einer jüdischen Jugend gefordert werden. Auch sie müssen sich umstellen, umdenken, sich hineinstellen in diese neue Gedankenwelt, die mit dem Begriff Hachscharah bezeichnet wird. Ja, sie müssen in einem gewissen Sinne teilhaben an diesem neuen Begriff, müssen eine neue Gemeinsamkeit finden mit dieser Jugend, zunächst als Gebende, dann aber auch als Nehmende, indem sie sehen, daß sie so und nur so Anteil bekommen an einer froheren und sicheren Zukunft, die diese Jugend schafft.

**Nr. 8**

Die Umschichtungsprobleme der jüdischen Jugend aus zionistischer Sicht

25. August 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 35 vom 30.8.1934, S. I

### **Umschichtungsprobleme der jüdischen Jugend**

Die Reihe seiner Herbstveranstaltungen leitete der zionistisch-akademische Klub am Sonnabend, dem 25. d.M., mit einem Vortrag Naftali Ungers ein, eines hierher entsandten, jetzt für die Arbeit des Hechaluz in und bei Hamburg verantwortlichen jungen Palästinensers deutsch-jüdischer Herkunft. Das Thema, das der Referent sich gestellt hatte – »Umschichtungsprobleme der jüdischen Jugend« – hatte einen wenn auch nicht übermäßig großen, so doch desto aufmerksameren Kreis von Freunden des Klubs und der Sache in den Gabriel-Riesser-Saal gelockt. Das Publikum wurde nicht enttäuscht: Naftali Unger verstand es in seiner ansprechenden, lebendigen Art, die Probleme jüdischer Jugendumschichtung im Lichte der zionistischen Bewegung eindringlich und sachgemäß darzustellen.

Allerdings: er begrenzte sein Thema von vornherein – der soeben eingeschaltete Hinweis deutet es an – auf die Bemühungen der nationaljüdischen Jugend, sich im Hinblick auf eine Uebersiedlung nach Palästina umzuschichten. Er machte darauf aufmerksam, daß die Kreise der jungen westjüdischen Zionisten, soweit sie von diesen Tendenzen erfüllt wurden, andere Schlußfolgerungen aus ihnen zogen als ihre ostjüdischen Alters- und Gesinnungsgenossen. Für sie, die westjüdischen Jungzionisten, stelle sich die Parole der Umschichtung nicht als Forderung zur Proletarisierung dar, sondern als die Notwendigkeit, in Palästina »neue soziale Formen des Gemeinschaftslebens« aufzubauen. Darum – erklärte Naftali Unger – gehen die westjüdischen Angehörigen des Hechaluz nach Erez Israel: sie setzten und setzen ihre Zukunft in diesem Lande schlechthin mit der Wirklichkeit der Kwuzah gleich – wobei es müßig sei, zu untersuchen ob die Nachteile dieser Identifizierung größer oder geringer als ihre Vorteile seien.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen stellte der Referent die Beziehungen zwischen dem Hechaluz und den nationaljüdischen Jugendbünden dar. Die Mehrheit der in den Hechaluz gehenden Mitglieder entstammte diesen Bünden; sie zogen aus dieser Tatsache manche Kraft und verdanken ihr im wesentlichen den Aufschwung des letzten Jahres. Andererseits sei es verfehlt, anzunehmen, daß der Hechaluz diejenigen seiner Chawerium, die eine »bündische Erziehung« hinter sich hatten, gegenüber anderen Mitgliedern bevorzuge. Schon deshalb – von allem Grundsätzlichen abgesehen – war daran nicht zu denken, weil sich die Organisation des Hechaluz in Deutschland in den letzten zwei Jahren verdreißigfachte: aus 500 Mitgliedern wurden 15000, unter denen sich natürlich mindestens ebensoviele »Neue« wie frühere Mitglieder der Jugendbewegung befinden.

Was sei, so fragte Unger im letzten Teil seines Referats, der Sinn dieser ganzen, heute fünfzehntausend Menschen erfassenden Bewegung? Man lege einen falschen Maßstab an sie, wenn man sich damit begnüge, ihr »Umschichtungs«-Tendenzen im üblichen Sinne dieses Wortes zu unterstellen. Der Hechaluz will mehr: Er will nicht die Umschichtung, wie sie auch außerhalb seiner Reihen vielerorts heute durch jüdische Institutionen betrieben wird, sondern die Alijah. »Alijah«: das heiÙe, in wörtlicher Uebersetzung, »Aufstieg«. Und darum gehe es ihm: nicht allein die berufliche Lage seiner Angehörigen umzuwandeln, sondern ihre menschliche und jüdische Situation zu bereinigen und emporzuheben. Freilich – er sei in seinen Entschlüssen nicht frei. Palästina benötige eine dauernd verstärkte Einwanderung, und diese objektiv feststehende Tatsache zwingt ihn dazu, die Vorbereitungszeit seiner Angehörigen manchmal stärker abzukürzen, als es seinen grundsätzlichen Auffassungen entspräche. Grundsätzlich stehe die Führung des deutschen Hechaluz auf dem Standpunkt, daß es nicht genüge, die Handgriffe landwirtschaftlicher oder gewerblicher Arbeit mehr oder minder vollkommen zu erlernen. [...]

A.K.

### Nr. 9

Ziele und Bedeutung der Hachschara

1934

Alijah. Information für Palästina-Auswanderer, hrsg. vom Palästina-Amt der Jewish Agency for Palestine, Berlin, Oktober 1934, S. 10

### Hachscharah (Berufsumschichtung)

Palästina als ein im Aufbau begriffenes Land erfordert naturgemäß in erster Linie Menschen, die in sogenannten körperlichen Berufen tätig sind. Hierunter versteht man Landwirte und Handwerker bestimmter Berufsgruppen.

Vor allem müÙten junge Menschen sich schon **hier** auf einen bestimmten Beruf vorbereiten. Dies ist auch deswegen besonders wünschenswert, weil man alsdann die Umstellung auf die klimatischen Verhältnisse erst vornimmt, nachdem die Umstellung auf körperliche Arbeit bereits erfolgreich durchgeführt ist. Nur Menschen, die ihr Fach wirklich gründlich beherrschen, haben Aussichten auf eine erfolgreiche, berufliche Betätigung im Lande. Alle Halbheiten in dieser Hinsicht sind aufs Schärfste zu verurteilen und schädigen nicht nur das Land, sondern auch den Betreffenden selbst, sowohl was seine geistige als auch materielle Einordnung anbetrifft. Da die palästinensischen Verhältnisse sich im Fluß befinden und dauernden Wandlungen unterliegen, ist es unmöglich, feste Richtlinien aufzustellen.

Palästina als ein Agrarland bietet vor allem Betätigungs-Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Berufe, wobei der Begriff Landwirtschaft möglichst weit gefaßt werden kann. Auch sollte man versuchen, sich möglichst allseitige Kenntnisse zu verschaffen und je nach Möglichkeit die verwandten Arbeitsgebiete mitzuerlernen. So sind z.B. Geflügel-Zucht, Viehzucht, Milchwirtschaft, Bienenzucht als Nebenausbildungen sehr wünschenswert. Für Mädchen kommt Ausbildung in Hauswirtschaft (worunter größere Hauswirtschaft (Massenbetriebe) verstanden werden muß), Landwirtschaft, Gartenbau und Geflügelzucht in Frage.

Von den handwerklichen Berufen sind in erster Linie alle mit dem Bauhandwerk zusammenhängenden Tätigkeiten zu nennen: Maurer, Zimmerleute, Bautischler, Bauschlosser, Bauklempner, Fliesenleger, Dachdecker, Rohrleger usw. Aber auch andere handwerkliche Berufe bieten Möglichkeiten, sofern sie den Erfordernissen des Landes angepaßt sind. Es seien nur wahllos erwähnt die Berufe des Schmieds, Stellmachers, Möbeltischlers, Sattlers, Lackierers, Spritzers, Brunnenbauers usw.

Berufe, die unter den Juden in der Welt zahlenmäßig stark vertreten sind, sind naturgemäß auch in Palästina überbesetzt. Hierzu gehören Uhrmacher, Schneider, Elektromonteur, Tabakschneider, Teilschuster, Schäftemacher, Photographen, Buchbinder und Drucker. Natürlich können auch Menschen der letztgenannten Berufsgruppen Beschäftigung finden, wenn sie ganz erstklassige Fachleute sind. Es ist jedoch nicht anzuraten, solche Berufe neu zu erlernen.

Die Ausbildung selbst kann bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht in Palästina vorgenommen werden, sondern muß bereits vor der Einwanderung durchgeführt werden. Ueber die Dauer der Ausbildung lassen sich wiederum keine festen Richtlinien aufstellen. Auf jeden Fall ist auf die gründliche Erlernung eines Berufes Wert zu legen und dies wird in einer kürzeren Zeit als 1 ½ Jahren wohl nur in Ausnahmefällen möglich sein. Besonders ist vor kurzfristigen Kursen zu warnen, die nur eine oberflächliche Ausbildung vermitteln können, da diese für Palästina kaum von Wert sein kann.

Als Altersgrenze für Berufsumschichtung ist etwa das 33. Lebensjahr anzusetzen, wobei allerdings bemerkt werden muß, daß in Einzelfällen auch ältere Menschen eine Berufsumschichtung durchaus erfolgreich vornehmen können.

(Die Altersgrenze von 33 Jahren ist auf Grund der Tatsache angenommen worden, daß Arbeiterzertifikate der Kategorie C nach Ueberschreitung des 35. Lebensjahres nur in ganz wenigen Ausnahmefällen bewilligt werden können.)

Die Hauptschwierigkeit liegt auf dem Gebiete der Beschaffung von geeigneten Lehrstellen. Hierbei muß man zwischen zwei grundsätzlichen Arten von Ausbildungsstätten unterscheiden:

1. Einzelstellen,
2. Gruppen-Ausbildung.

Unter Einzelstellen versteht man etwa die Ausbildung eines einzelnen Menschen auf einem Bauernhof in der Landwirtschaft oder bei einem Meister im Handwerksberuf. Diese Stellen bieten vor allem in materieller Hinsicht eine Erleichterung. Sie

haben den Nachteil, daß man in geistiger Hinsicht auf sich selbst angewiesen ist und sehr isoliert lebt.

Die Gruppen-Ausbildung geht vor sich durch Zusammenschluß einer Anzahl von Menschen, die etwa auf einem Lehrgut unter fachmännischer Leitung ihre landwirtschaftliche Ausbildung erhalten, bzw. in der Handwerkslehre gemeinsam untergebracht und ausgebildet werden. Die Gruppen-Ausbildung bietet den Vorteil, daß man mit gleichgesinnten Menschen gemeinsam lebt, daß man sich hier bereits auf palästinensische Lebensformen usw. vorbereiten kann.

Nicht weniger wichtig als die rein berufliche Ausbildung ist die geistige Vorbereitung für Palästina. Man muß unbedingt während der Hachscharah-Zeit sich auf die veränderten Lebensbedingungen in Palästina einstellen. Dazu gehört die Befassung mit Problemen des Palästina-Aufbaus, der Zionistischen Bewegung, Kenntnis der jüdischen Geschichte und die gründliche Erlernung der hebräischen Sprache. Auch mit den sozialen Bedingungen Palästinas sollte der Chaluz sich schon während seiner Hachscharah beschäftigen. Der praktisch beste Weg hierfür ist der Anschluß an eine der bestehenden Hachscharah-Organisationen, an den Hechaluz oder Chaluzim-Datiim (der nur religiös eingestellte Menschen umfaßt), da diese Organisationen den nach Palästina strebenden Menschen mit bester Sachkenntnis beraten und bei seiner Hachscharah betreuen. Es ist erforderlich, sich bereits vor Antritt einer Lehrstelle einem Snif-Hechaluz einzuordnen, um sich hier durch geistige Arbeit (hebräisch usw.), die mindestens ein halbes Jahr zu dauern hat, auf die Hachscharah vorzubereiten.



## Nr. 10

Der Besuch von Martin Buber in Hamburg

17. Februar 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 61,

Bl. 40



## STEINTHAL-LOGE

### U.O.B.B.

Unsere zweite Zusammenkunft im Februar findet als

#### offener Ausspracheabend

am Sonntag, dem 17. Februar, 20 Uhr pünktlich (Ort wird noch bekannt gegeben), statt.

**Herr Prof. Dr. Martin Buber**

hat sich zu einer Aussprache mit der Jugend und über die Jugend im Anschluß an seinen Vortrag vom 16. Januar im Curiohaus über das Thema:

#### Der Chaluz und seine Welt

bereit erklärt.

Um den Vortrag wieder in das Gedächtnis zurückzurufen, wird

**Herr Dr. Alfred Kupferberg**

(Hauptschriftleiter des Israel. Familienblattes)

einleitend den Hauptinhalt des Vortrages in einem kurzen Referat wiedergeben.

Eine Reihe von Wortmeldungen liegen bereits vor.

Die Aussprache über die Fragen der Jugend begann die Steinthal-Loge mit dem Vortrags- und Diskussionsabend des Jugendrabbiners Dr. Heinrich Lemle. Wir wollen dieses Mal die tiefgreifenden Anregungen, welche ein Mann von der Bedeutung Martin Bubers in anderem Kreise gegeben hat, auf dem neutralen Boden der Loge zur Aussprache bringen. Der Chaluz stellt einen neuen jüdischen Jugendtyp dar, dessen Probleme kennen zu lernen und durch eine Aussprache klären zu stellen, im Interesse unseres Kreises liegt.

Wir laden die lb. Schwestern und Brüder der Steinthal-Loge sowie der Schwesterlogen herzlich ein und bitten die lb. Schwestern und Brüder, die Einladung auch unter unserer Logenjugend zu verbreiten. Ferner werden wir zu unserem Ausspracheabend Vertreter der jüdischen Körperschaften und Organisationen, besonders der Jugendorganisationen, einladen.

Um für genügenden Platz sorgen zu können, bitten wir beiliegende Anmeldekarte bis zum Freitag, dem 8. Februar ausgefüllt zurückzusenden.

Die gewünschten Karten, die beim Eintritt vorzuzeigen sind, werden Ihnen alsdann zugestellt.

Am Vortragsabend erfolgt keine Kartenausgabe.

Cramer, Präsident.

Lanzkron, prot. Sekretär.

**Nr. II**

Die Forderung des Altonaer Oberrabbinats nach koscherer Lebensführung bei der Hachschara-Ausbildung

⟨A⟩ 14. Juni 1935

⟨B⟩ 26. Juni 1935

⟨C⟩ 1. Juli 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 151 Bd. 63 Heft 4, Bl. 577, 579, 583

⟨A⟩

[Oberrabbinat Altona]

14. Juni 1935

An die  
Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe  
H a m b u r g  
Beneckestr. 2.

Der ergebenst Unterzeichnete erlaubt sich höflichst, folgende Angelegenheit Ihnen zu unterbreiten.

Zu meinem Bedauern habe ich davon Kenntnis erhalten, daß die Hachschara-Stellen in Ochsenzoll, in der Beneckestraße und in Rissen nicht koscher geführt sind. In einer Zeit allgemeiner Rückkehr zum Judentum, wo wir unserer Jugend nicht nur zu einer wirtschaftlichen Zukunft, sondern auch zu einer bewußten jüdischen Lebensanschauung verhelfen wollen, ist es geradezu unverständlich, daß diese Vorbereitung für den einzelnen Menschen mit einem Bruch der durch die Jahrtausende überlieferten Lebenshaltung des Judentums verbunden sein sollte.

Ich habe mich mit den Leitern der Chaluzim-Gruppen in Verbindung gesetzt und von ihnen gehört, daß das nicht aus irgendwelchen Tendenzen religiöser Verneinung zu erklären sei, sondern lediglich aus Mangel an Mitteln, der einen Bezug des teuren Koscher-Fleisches unmöglich macht. Sie wären ohne weiteres bereit, sich auf Koscher umzustellen, wenn sie dazu die materielle Möglichkeit hätten. Die Mehrausgaben, die dadurch erwachsen, sind allerdings keine geringen; es würden ungefähr RM 100.-- im Monat für jedes Heim mehr erforderlich sein.

Ich glaube aber, daß es dennoch unbedingte Pflicht ist, zu prüfen, wie weit die Forderungen auf Koscher realisiert werden können. Ich halte es für das Gegebene, daß in dieser Frage die Beratungsstelle in Gemeinschaft mit den Vorständen der Hamburger und Altonaer jüdischen Gemeinde darüber Beratungen pflege, ob nicht mit vereinten Kräften die religiöse Zukunft unserer chaluzischen Jugend gesichert werden könne. Ich richte daher an Sie die dringende Bitte, mitzuhelfen die Ehre des religiösen Judentums zu wahren.

Eine Abschrift dieses Schreibens richte ich an die beiden genannten Gemeinden.

Mit dem Ausdruck der Ergebenheit  
hochachtungsvoll

(gez.) Oberr. Dr. Carlebach

⟨B⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

26. Juni 1935.

Sr. Ehrwürden  
Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach  
Altona.

Sehr geehrter Herr Oberrabbiner!

Der Inhalt Ihres uns in Abschrift übersandten Schreibens vom 14. d.M. an die Beratungsstelle für jüd. Wirtschaftshilfe bildete Gegenstand einer Beratung in unserer gestrigen Kollegiensitzung. Wir verstehen Ihre Bedenken vollkommen und werden selbstverständlich der Beratungsstelle gegenüber dem Wunsche Ausdruck verleihen, dass Ihrer Anregung auf Koscherbewirtschaftung der betr. Hachscharahstellen stattgegeben werde.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende:

[Dr. Franck]

⟨C⟩

[Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde Altona]

1. Juli 1935.

An die  
Beratungsstelle für jüd. Wirtschaftshilfe  
Beneckestr. 2

Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach hat uns eine Abschrift des unterm 14.6. d.J. ihm übersandten Schreibens übermittelt. Wir schliessen uns dem Wunsche unseres verehrten Herrn Oberrabbiner vollen Umfanges an und bitten Sie, Ihrerseits das

Möglichste zu tun, damit die Koscher-Bewirtschaftung der in Frage stehenden Hachscharah-Stellen eingerichtet werde.

Hochachtungsvoll  
Der Vorsitzende

[Dr. Franck]

**Nr. 12**

Die Organisation der Hachschara

Juni 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 6 vom 12.6.1936, S. 6f.

Schimon Reich:

**Der Galil Nord-West des deutschen Hechaluz**

Wenn wir an dieser Stelle von der Arbeit unseres Galil berichten, so deshalb, weil die jüdische Öffentlichkeit Hamburgs nur wenig über den hiesigen Hechaluz und sein Hachscharawerk orientiert ist.<sup>14</sup>

Der deutsche Landesverband des Hechaluz umfaßt insgesamt 13 Gaue. Unser Gau Nord-West grenzt im Osten an den Gau Pommern und umfaßt einen Teil Mecklenburgs, einen Teil Oldenburgs und ganz Schleswig-Holstein. Die südliche Grenze zieht sich über Bremen, Rothenburg und Lüneburg hin. Sitz der Galilleitung ist Hamburg.

Der Galil umfaßt heute:

6 Snifim mit	245 Chawerim
5 Kibuzim mit	125 "
1 Bet Chaluz mit	42 "
auf Einzelhachschara sind	13 "
zusammen	425 Chawerim

<sup>14</sup> Die staatliche Überwachung der Kibbuzim bestimmte ein Runderlass des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung betr. Errichtung von Schulen zur Ausbildung von Juden im Handwerk vom 13. Juli 1936: »Die Erlaubnis zur Errichtung handwerklicher und landwirtschaftlicher Fachschulen wird für die Ausbildung von Juden zum Zwecke ihrer Auswanderung erteilt. Die Errichtung und Tätigkeit dieser Schulen unterliegt verschiedenen Beschränkungen und wird streng überwacht«. (Walk [Hrsg.], Das Sonderrecht für die Juden, S. 167f., Rn. 187).

Das Jahr 1933 brachte dem Hechaluz unzählige Neuanmeldungen. Der Hechaluz, der bis dahin nur 600 Chawerim zählte, vergrößerte sich ungeheuer und wuchs auf 15000 Mitglieder an. All diese jungen Menschen galt es vor ihrer Hachschara zu erfassen und mit unserem Gedankengut vertraut zu machen. So schuf der Hechaluz in Deutschland in allen größeren und kleineren Plätzen seine Ortsgruppen, die Snifim.

Welche Arbeit hat der Snif zu leisten, welche Bedeutung hat er für das Hachschara-  
werk? – Die wesentlichste Aufgabe des Hechaluz ist die geistige und körperliche Vorbereitung seiner Mitglieder für Palästina. Das bedeutet, daß er seine Menschen für die Wirklichkeit des Landes erziehen will. Die neu zu uns Kommenden sind meist junge Menschen, die kaum irgendwelche Kenntnisse von jüdischen Dingen, geschweige denn von Palästina und palästinensischer Wirklichkeit haben.

Hier liegt nun das Aufgabengebiet der Snifim. 1. Erfassung der Menschen in gesellschaftlicher Hinsicht (Erziehung zur Gemeinschaft); 2. Bekanntmachung mit zionistischem Gedankengut und 3. Vermittlung der Elementarkenntnis in der hebräischen Sprache. Nur ernste Erziehungsarbeit vermag dieser schwierigen Aufgabe gerecht zu werden. Es bedarf bei vielen dieser jungen Menschen ziemlicher Überwindung, sich mit Dingen zu beschäftigen, denen sie bisher fremd oder gar ablehnend gegenüberstanden und zu denen sie bisher keinerlei Beziehung hatten.

Haben nun die Chawerim durch mindestens einhalbjährige intensive Snifarbeit die geistigen Grundlagen bekommen, so beginnt für sie in verschiedenster Form ihre körperliche und berufliche Hachschara. Für diese Hachschara hat unser Galil die folgenden sechs Hachscharaplätze geschaffen:

1. Kibuz Brüderhof, Ochsenzoll,
2. Kibuz Rissen, Altona-Rissen,
3. Kibuz Cherut-Charut, Altona-Blankenese,
4. Bet Chaluz Hamburg,
5. Kibuz Jägerslust, Flensburg,
6. Kibuz Westerfeld, Aurich.

Die ländlichen Kibuzim, deren Form sich schon eng an die Kibuzim in Palästina anlehnt, bilden durch Primitivität, Abgeschlossenheit und durch ihre Ausbildung eine ausgezeichnete Vorbereitung für die Anforderungen des Landes. Während die Chawerim im Bet Chaluz hauptsächlich in handwerklichen Berufen arbeiten, konzentriert sich die Arbeit in den Landkibuzim im wesentlichen auf die Landwirtschaft.

In dem Kibuz Brüderhof in Ochsenzoll wohnen in einem Hause etwa 30 – 32 Chawerim und Chawerot. Sie werden in allen Zweigen der Landwirtschaft ausgebildet: im Hühner-, Pferde- und Kuhstall (mit ungefähr 14 Kühen), in der Hauswirtschaft und im Landbau. Neben der praktischen Arbeit erhalten sie durch den Diplomalbauern auch theoretischen Unterricht.

Der Kibuz Rissen unterscheidet sich von Ochsenzoll im wesentlichen nur durch die berufliche Ausbildung. Hier werden die Jungen und z.T. auch Mädchen

im Gartenbau unterrichtet. Auch ihnen steht ein verhältnismäßig großes Haus zur Verfügung: nebenbei hat dieser Kibuz einen kleinen Meschek, auf dem die Chawerim ihr Gemüse anbauen.

Einen eigenen Platz unter unseren Kibuzim nimmt der Kibuz Cherut-Charut in Blankenese ein. Dieser Kibuz, der etwa 25 Chawerim zählt, setzt sich nur aus religiösen jungen Leuten zusammen. Beruflich arbeiten die Chawerim in der Hauswirtschaft und die Chawerim gärtnerisch. Sie führen einen streng koscheren Haushalt und beschäftigen sich in ihrer Freizeit hauptsächlich mit Tenach- und Talmudstudien.

Ferner gehören zu unserem Galil die Kibuzim Westerfeld und Flensburg. Westerfeld hat 14 Leute und Flensburg 12. Im Augenblick steht der Kibuz Flensburg vor der Erweiterung. Mit Hilfe der Zentralstelle Berlin gelang es uns, die Mittel für den Umbau und die Erweiterung der Räumlichkeiten zu erlangen; wir haben so die Möglichkeit, die Zahl der Chawerim in nächster Zeit auf 25 zu erhöhen.

Gegenüber den genannten Kibuzim nimmt das Bet Chaluz Hamburg eine Sonderstellung ein; es ist das einzige Kollektiv in unserem Galil, das sich in einer Stadt befindet. Für dieses Bet Chaluz stellte uns die Gemeinde ein Haus mit drei Etagen zur Verfügung. Von diesen werden zwei von den Jungen und eine von den Mädchen bewohnt. Das Bet Chaluz umfaßt Küche, Waschküche, ein Nähzimmer, einen größeren Speise- und einen Leseraum. Der Leseraum, der Stolz des Bet Chaluz, wurde von den Chawerim und Chawerim selbst äußerst geschmackvoll eingerichtet. Ein großer Bücherschrank mit guten Büchern (neben den privaten kleinen, aber doch guten Bibliotheken der Chawerim) und verschiedene Zeitungen und Zeitschriften, kleine Tische, Sessel und Leselampen verschönern den Raum. Hier halten sich die Chawerim in ihrer Freizeit auf, lesen, schreiben oder spielen Schach. Für diesen Raum besteht das Gesetz des Schweigens, das unbedingt eingehalten werden muß.

Die Größe des Bet Chaluz macht die Arbeit und die Ausbildungsmöglichkeiten für die Chawerim vielseitiger und bedeutend umfangreicher. Je zwei Mädels arbeiten in der Küche, im Nähzimmer und bei der Wäsche und je ein Mädel verrichtet die Arbeit in den einzelnen Etagen. So sind ständig neun Mädels im Hause beschäftigt. Alle vier Wochen wechseln sie die Arbeit, so daß sie an alle Zweige des Haushalts herankommen. Die übrigen Mädchen arbeiten auf Haushaltsstellen und in Massenküchen.

Die Jungen erhalten ihre Ausbildung in verschiedenen handwerklichen Berufen, hauptsächlich als Tischler, Schlosser und Maurer. Ein anderer Teil arbeitet als Gärtner.

Einer der bedeutungsvollsten Hachscharazweige ist die Seemannshachschara, die für Deutschland in Hamburg die einzige ihrer Art ist. Acht Chawerim sind bei der Fairplay beschäftigt. Wir haben es vorwiegend Frau Borchardt und Herrn Grodeck zu verdanken, daß wir unserer Hachschara hier eine solche Ausbildung angliedern konnten. Die Seemannshachschara ist eine der schwersten, und nur Chawerim von guter körperlicher Konstitution sind fähig, hier durchzuhalten.

Die geistige Schule in den Snifim ist wegen der Kürze der Zeit meistens nicht ausreichend gewesen. In den Kibuzim und dem Bet Chaluz wird daher eine beson-

ders intensive Tarbutarbeit durchgeführt. Der Tarbutplan, der für jede laufende Woche aufgestellt wird, umfaßt fünf Abende, an denen die verschiedenen zionistischen und jüdischen Themen, aber auch Fragen allgemeiner Bedeutung behandelt werden. Die hebräische Arbeit ist regelmäßig und besonders in den Landkibuzim intensiv.

Der Freitagabend vereinigt alle Chawerim zum Oneg Schabbat. Man singt und lernt neue Lieder, liest vor und spannt nach der Arbeit und dem Lernen der vergangenen Woche aus.

Mit dem Abschluß des kommenden Schuljahrs verlassen wieder Tausende von jüdischen Jugendlichen in allen Orten Deutschlands ihre Schulen. Der ganze Ernst der Lage der Juden in Deutschland wird durch die Frage nach der Zukunft dieser Jugend blitzartig beleuchtet. Der Hechaluz hat im vergangenen Jahre begonnen, in mehreren Orten Deutschlands für diese schulentlassene Jugend eine Hachschara für Fünfzehn- bis Siebzehnjährige einzurichten, so in den Städten Berlin, Breslau, Köln und Hindenburg, wie auch auf den landwirtschaftlichen Gütern Neuendorf, Schneeblüthen und Gut Winkel. Die Erfahrungen sind durchaus befriedigend.

Daher geht der Hechaluz Galil Nord-West nun daran, auch in Hamburg, einer der größten Gemeinden Deutschlands, eine solche Form der Ausbildung zu schaffen, durch die Mädchen und Jungen eine handwerkliche, gärtnerische und hauswirtschaftliche Ausbildung erhalten. Die Arbeitszeit soll so geregelt werden, daß dem jugendlichen Menschen noch genügend Zeit übrig bleibt, sich mit jüdischer Geschichte, hebräischer Sprache, aber auch allgemein wissenswerten Dingen zu befassen. Damit soll ein Teil der Aufgaben der Schule übernommen werden, da ja heute ein großer Teil der Jugendlichen schon mit dem 14. Lebensjahre die Schule verläßt. Die Vorbereitungen zur Durchführung dieses Planes sind so weit fortgeschritten, daß wir jetzt daran gehen, die notwendigen Einrichtungsgegenstände (Schränke, Tische, Stühle und Geschirr) zu sammeln; wir sind sicher: die jüdische Oeffentlichkeit Hamburgs wird die Wichtigkeit der Sache erkennen und sie in genügendem Maße unterstützen.

So also sollen die verschiedenen Formen unserer Ausbildung gewöhnen an ein anderes Leben, als wir es bisher kannten. Denn das Leben in Palästina ist ernst, primitiv und schwer. Und gerade dem deutsch-jüdischen Menschen, der im Vergleich zu dem polnischen aus einer verhältnismäßig guten und sicheren Existenz kommt, bietet dieses Land bei seiner Einordnung unzählige Schwierigkeiten. Auf sie vorzubereiten ist Sinn und Zweck der Hachschara. Sie soll fähig machen, sich wieder einzuordnen in die nationalen Aufgaben des jüdischen Volkes.

**Nr. 13**

Die Einrichtung jüdischer Handwerkerschulen

13. Juli 1936

Staatsarchiv Hamburg, 361-2 Oberschulbehörde VI, F 30 d 1/3

Der Reichs-  
und Preußische Minister  
für Wissenschaft, Erziehung  
und Volksbildung

Berlin W 8, den 13. Juli 1936.

An

den Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände e.V.<sup>15</sup>  
in Berlin-Charlottenburg  
Kantstraße 158 – Gartenhaus

Auf die an den Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern gerichtete Eingabe vom 3. Juli 1935 – Dr. L/Dr. –, die an diesen von der Deutschen Arbeitsfront abgegebene Eingabe vom 3. Mai 1935 – Dr.L/Dr. – und die Eingabe vom 1. April 1936 – III – betreffend handwerksmäßige Ausbildung der jüdischen Jugend und Errichtung einer Tagesschule für Berufsvorlehre, erwidere ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichs- und Preußischen Minister des Innern und dem Herrn Reichs- und Preußischen Wirtschaftsminister folgendes:

Ob und inwieweit die von Ihnen vorgebrachte Klage über mangelnde handwerkliche Ausbildung der jüdischen Jugend zutrifft, mag dahingestellt bleiben. Die Erlernung eines Handwerks kann jedenfalls nur in ordnungsmäßiger Lehre erfolgen, der sich zu unterziehen der jüdischen Jugend unbenommen bleibt. Hierbei muß es in allen den Fällen verbleiben, in denen das erlernte Handwerk in Deutschland betrieben werden soll.

Für diejenigen Fälle, in denen es nur darauf ankommt, jüdischen Jugendlichen den Nachweis einer landwirtschaftlichen oder handwerklichen Ausbildung für die Auswanderung zu ermöglichen, will ich jedoch im Einvernehmen mit den vorbe-

15 Der Reichsausschuß der jüdischen Jugendverbände e.V. hatte in einer Eingabe auf die Schwierigkeiten bei der Heranbildung des jüdischen Nachwuchses hingewiesen, die sich aus fehlenden handwerklichen Ausbildungsplätzen ergäben. Der Reichsausschuß war 1924 auf Initiative der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden als Dachorganisation der jüdischen Jugendorganisationen gegründet worden. In den 1930er-Jahren umfasste er etwa 50 000 Mitglieder. Der NS-Reichsjugendführer Baldur von Schirach erkannte den Ausschuss am 2. November 1933 als »alleinige verantwortliche Zentralorganisation der jüdischen Jugend« an. Seine Aufgabe bestand seitdem vor allem in der Vertretung der Jugend bei der Berufsumschichtung und der Kleingewerbearbeit. 1938 wurde der Ausschuss aufgelöst. Vgl. Kulka (Hrsg.), Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung, S. 519.



zeichneten Herren Ministern die Einrichtung besonderer jüdischer Handwerkerschulen genehmigen, die von der jüdischen Gemeinschaft zu unterhalten sind. Dagegen muß der Antrag, die Ausbildung an diesen Schulen der regelrechten handwerksmäßigen Ausbildung gleichzusetzen, abgelehnt werden. Die auf diesen Schulen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten berechtigen also nicht zu ihrer Verwendung und Verwertung in Deutschland. Es dürfen zu diesen Schulen daher nur solche jüdischen Jugendlichen zugelassen werden, die nach der Ausbildung nachweislich auswandern. Die Abschlußzeugnisse sind mit dem gut erkennbaren Vermerk »Zeugnis für Auswanderer« zu versehen.

Die hiernach in beschränkter Anzahl zu errichtenden Schulen unterliegen der Beaufsichtigung durch die Schulaufsichtsbehörde, bei der die Errichtung rechtzeitig vorher anzumelden und unter Beibringung der notwendigen Unterlagen (Übersicht über Klassenzahl, Lehrpersonal, Schülerzahl, Lehrplan usw.) die zum Betrieb der Schule erforderliche Genehmigung einzuholen ist.

[...]

In Vertretung  
gez. Zschintzsch.

#### Nr. 14

Das Hamburger Beth Chaluz

3. September 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 36 vom 3.9.1936, S. III

### Hachschara

#### Ein Besuch im Hamburger Beth-Chaluz

Will man das Wort »Hachschara« sinngemäß ins Deutsche übersetzen, so muß man das merkwürdige Wort »Tauglichmachung« wählen. Denn die Worte »Berufsumschichtung« und »Ausbildung für Palästina« sagen längst nicht das, was das Wort »Hachschara« ausdrückt.

Nicht jede Berufsumschichtung ist Hachschara, und umgekehrt ist Hachschara nicht nur eine Berufsumschichtung. Der Chaluz auf Hachschara muß nicht nur einen Arbeiterberuf ergreifen, der für den Aufbau Palästinas wichtig ist, sondern er muß noch viele andere Kenntnisse und Eigenschaften dazu erwerben. Er muß Zugang finden zur jüdischen Kultur, die Sprache und Geschichte des Landes Palästina kennenlernen, und vor allem muß er lernen, sich weitgehendst in eine Gemeinschaft einzuordnen, die das gleiche Leben lebt und dasselbe Wollen hat, wie er. Erst wenn der junge Chaluz bewiesen hat, daß er ein Mensch der körperlichen Arbeit

werden will und daß er ein Leben der jüdischen Gemeinschaft und des persönlichen Verzichtes leben kann, ist er »tauglich« für die Alijah.

Nun kann man auch das Wort »Beth-Chaluz«, das Heim, in dem die Chaluzim zusammen wohnen, nicht wie es fälschlich oft getan wird, mit Ausbildungsstätte oder »Umschichtler-« oder gar »Lehrlingsheim« übersetzen. Ein Beth-Chaluz ist eben ein Beth-Chaluz.

In der Lebensweise der Menschen unterscheiden sich die Bathe-Chaluz auf dem Lande kaum von denen in der Stadt. Darum kann man wohl die Eindrücke bei einem Besuch im H a m b u r g e r Stadt-Beth-Chaluz verallgemeinern.

[...]

In einem Zimmer wohnen stets drei bis vier Chawerim zusammen. Ein Beth-Chaluz ist kein Heim für vier Wochen, in dem es nicht so sehr wichtig ist, wer mit wem zusammen wohnt. Hier leben Menschen oft zwei Jahre zusammen, und es ist keine Kleinigkeit, zu dritt und zu viert zu wohnen, stets genügend Rücksicht zu nehmen und nicht zu viel Rücksicht zu fordern. Der Chawer muß die Kunst lernen, unter all den vielen Menschen um ihn herum in gewissen Stunden allein sein zu können. Das ist vielen ein Wunsch, der oft nicht zu erfüllen ist; auch darin liegt ein gutes Stück Vorbereitung für das Leben in der palästinensischen Kwuzah.

Die Zimmer der Mädel unterscheiden sich kaum besonders von denen der Jungen. Sachlich und schlicht sieht es auch dort aus, die Mittel sind ebenso bescheiden. Nur in dieser oder jener wichtigen Kleinigkeit drückt sich mehr Sorgfalt und Liebe zur Sache aus.

Die Arbeit der Mädel ist Hausfrauenarbeit. Das Essen wird von einigen Mädel gekocht, unter denen mindestens eines zur Anleitung fähig ist. Im dritten Stock liegt die Waschküche, in der es an keinem Tag ruhig ist. Manchmal finden wir sogar Jungen dort, die mithelfen, die Berge von Wäsche in Ordnung zu bringen. Stopfen und Nähen, Plätten und Einholen – es gibt so viel Arbeit für die wenigen Mädel, daß ihr Tag anstrengend und schwer ist. Den Seeleuten muß sogar das Essen bis aufs Schiff gebracht werden.

Von der Arbeit der Jungen erleben wir bei einem Besuch in Beth-Chaluz nur den Feierabend. Am Abend kommen die Chawerim aus ihren Arbeitsstätten vom Hafen, aus der Schlosserei und Tischlerei. Die Rolle, die die berühmte »Miklachat« (Dusche) in Palästina spielt, haben hier die Badezimmer. Hier wie dort tönen am Spätnachmittag aus dem kleinen Zimmerchen lauter, übermütiger Gesang, Ulk und Scherz neben dem Wassergeplätscher. Freude am Feierabend! Am Abend, stets zur festgesetzten Stunde, läutet die Glocke zum Essen. Und die Chawerim kommen aus ihren Zimmern herbei, wo sie vielleicht ein wenig gelesen oder geschlafen haben.

Auch für die Jungen bleibt Arbeit im Hause. Abends helfen sie abwechselnd beim Küchendienst und es gibt immer Verbesserungen und Reparaturen im Haus für den Tischler oder Schlosser.

Wer will das Leben von dreißig Menschen mit all seinen Sorgen und Freuden, mit seinen Schwierigkeiten und Problemen bei einem Besuch kennenlernen? Und

wer, der dies Leben kennt, will es in einen kurzen Aufsatz einfangen?! Wir müssen uns hier auf die äußeren Dinge beschränken, auf das, was der fremde Besucher erfährt.

In dem schönen, großen und sauberen Eßsaal hängt das schwarze Brett. Auf ihm sind die laufenden Kulturkurse und Lehrpläne vermerkt, die die Chawerim eingerichtet haben. Niemand hat sie ihnen vorgeschrieben. Wer wollte erwachsenen Menschen vorschreiben, was sie zu lernen haben! Aus dem eigenen Bedürfnis, sich zu bilden und auch unter dem Einfluß derer, die geistige Anregung haben wollen, entsteht das Tarbut-Programm, das Kurse über jüdische Geschichte und Probleme, über große Dichtwerke und allgemeine Fragen des Lebens enthält. Das schwarze Brett spielt auch die Rolle einer Wandzeitung. Meinungsäußerungen der Chawerim, Briefe von der Hechaluz-Leitung, Briefe von Chawerim aus Erez Israel und nicht zuletzt lustiger »Flachs« gegen den einen oder anderen Chawer finden Platz am schwarzen Brett.

Am späten Abend tönt aus einem Zimmer ein Grammophon, oder die Klänge einer Ziehharmonika. Die meisten aber suchen die Ruhe, bleiben allein. Die schwere Arbeit verlangt frühes Schlafengehen.

[...]

B.G.

#### Nr. 15

Der Tagesablauf in der Jugendhachschara (Wilhelminenhöhe)

3. März 1938

Rainer Lehberger/Ursula Randt, »Aus Kindern werden Briefe«. Dokumente zum Schicksal jüdischer Kinder und Jugendlicher in der NS-Zeit, Hamburg 1999, S. 25 f.

Wilhelminenhöhe bei Blankenese, den 3. März 1938

Lieber Dany!

Recht herzlichen Dank für Deinen lieben Brief vom 23. Februar. Ich will Dir erstmal mitteilen, daß ich mein Examen [...] und mein Zeugnis am 14. März erhalten habe. Am 13. war unsere Abschiedsfeier im Gemeinschaftshaus, zu der unsere Klasse fünf Lieder von fünf Völkern sang. Also erstmal will ich Dir mitteilen, daß ich vom 14. März bis 10. April hier draußen in Wilhelminenhöhe auf dem Vorbereitungs-lager der Jugendalijah bin. Wenn ich jetzt hier bestätigt werde, ist es sehr gut möglich, daß ich schon im Mai in Erez und zwar im Kfar Noar hadoti bin. Leider liegt dieses ziemlich weit weg von Tel Aviv. Aber wir werden uns schon sprechen, wenn es erstmal soweit ist. Es sind hier ca. 60 Chaverim und Chaverot.

Ich verstehe mich mit den meisten Leuten schon sehr gut. Der Tagesablauf ist etwa der: Um 6.25 Uhr Aufstehen. 6.30 Uhr Waldlauf, Gymnastik, 7.15 Uhr Dawenen. Um 8 Uhr Frühstück; 8.30 Uhr Arbeitsappell. Dann wird bis 12.15 Uhr gearbeitet und zwar auf verschiedenen Stellen. So habe ich z.B. eine Woche umgegraben, dann eine Woche Grassoden abgehoben, und jetzt arbeite ich hier im Garten, wo ich mich bestimmt nicht überarbeite. Um ein Uhr gibt es Mittag, dann ist Freizeit bis 3.15 Uhr. Jetzt folgen zwei Shiorim zu je  $\frac{3}{4}$  Stunden bis 4.45 Uhr. Natürlich sind wir in verschiedene Gruppen eingeteilt. Jetzt Mincha und um 5.00 Uhr Kaffee. Um 5  $\frac{1}{2}$  bis ca. 6  $\frac{1}{2}$  Sicha. Ich habe bei Gert Reiss »zionistische Geschichte«, was ganz ausgezeichnet ist. Dann ist meistens Freizeit, öfters jedoch Palästinakunde oder dgl. Montag und Dienstag haben wir zwei prima Musikabende gemacht, und zwar mit Grammophonplatten. So z.B. die Siebente Sinfonie und Egmont-Ouverture usw. [...] Grüße Deine lieben Eltern und verlebt einen recht guten Pessach (ich werde vorher wohl kaum schreiben, da ich keine Zeit habe).

Nochmals herzliche Grüße Dein Freund Franz [Wolff]<sup>16</sup>.

16 Franz Wolff (geb. 1921) besuchte seit 1928 die Talmud Tora Schule. Dort bestand er im Frühjahr 1938 das Examen zum Realschulabschluss. Im August 1938 emigrierte er nach Palästina. Franz Wolff war religiös. Der im Text benutzte Ausdruck »Kfar Noar hadoti« heißt übersetzt »religiöses Jugenddorf«, stellt also keine Ortsbezeichnung dar. Das Jugenddorf wurde von Eugen Michaelis (1907-1974) geleitet, der Lehrer an der Talmud Tora Schule gewesen war. Er emigrierte ebenfalls im August 1938 nach Palästina. Michaelis war von 1936 bis zu seiner Emigration Mitglied des Repräsentanten-Kollegiums. Der Brief ist an Daniel Jacob Cohen (1921-1989), der bereits im Dezember 1934 mit seinen Eltern nach Palästina emigriert war, gerichtet. Dr. Daniel Cohen war bis 1986 langjähriger Direktor der Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem. 1996 erschien von ihm posthum *Die Landjudenschaften in Deutschland als Organe jüdischer Selbstverwaltung von der frühen Neuzeit bis ins neunzehnte Jahrhundert* in Jerusalem und Göttingen. Vgl. Jürgen Sielemann, Hamburger Gemeindeakten im Staatsarchiv Hamburg, in: Frank M. Bischoff/Peter Honigmann (Hrsg.), *Jüdisches Archivwesen. Beiträge zum Kolloquium aus Anlass des 100. Jahrestags der Gründung des Gesamtarchivs der Deutschen Juden*, Marburg 2007, S. 97-110, hier S. 101.

## 26. Jüdische Vereine

### 26.1 Die lokalen Organisationen der jüdischen Verbände

#### 26.1.1 Die Ortsgruppe Hamburg-Altona des Centralvereins

##### Nr. 1

Die Satzung der Ortsgruppe Hamburg-Altona des »Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V.«

[ohne Datum]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 794, Bl. 262 f.

Satzung  
für die Ortsgruppe Hamburg-Altona  
des  
Central-Vereins  
deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens E.V.

§ 1.

Die im hamburgischen Staatsgebiet in der Stadt Altona, in den Kreisen Pinneberg Stormarn und Harburg wohnenden Mitglieder des Central-Vereins deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens haben sich mit Genehmigung des Vorstandes des Vereins zu einer Ortsgruppe Hamburg-Altona zusammengeschlossen, die in Hamburg ihren Sitz hat.

§ 2.

Die Ortsgruppe hat den ausschliesslichen Zweck, in örtlicher Begrenzung die satzungsmässigen Aufgaben des Central-Vereins zu fördern. Zur Erreichung dieses Ziels hat die Ortsgruppe insbesondere neue Mitglieder zu werben, Vorträge und Diskussionen zu veranstalten, Rechtsschutz in geeigneten Fällen zu gewähren, wichtige Vorkommnisse, namentlich alle Fälle, welche eine generelle Behandlung oder ein Einschreiten erfordern, sowie alle Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Ortsgruppenvorstandes dem Vorstande mitzuteilen und mindestens alljährlich einen kurzen Geschäftsbericht dem Vorstande zu übersenden. Der Geschäftsbericht soll mindestens enthalten die Namen der Mitglieder und des Vorstandes, Zahl und Tagesordnungen der Sitzungen und den Kassenabschluss.

Die Vertretung nach aussen steht in allen Angelegenheiten ausschliesslich dem Vorstande des Central-Vereins zu.

§ 3.

Die Angelegenheiten der Ortsgruppe werden durch einen aus mindestens 11 Personen bestehenden Ortsgruppenvorstand besorgt.

Die dem Vorstand des Central-Vereins angehörenden Mitglieder der Ortsgruppe gehören auch dem Vorstand an. Die Bestellung der übrigen Mitglieder des Ortsgruppenvorstandes erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit relativer Stimmenmehrheit. Nach Ablauf von je 3 Jahren findet eine halbschichtige Erneuerung statt. Bei gleicher Amtsdauer entscheidet das Los, Wiederwahl ist zulässig.

Der Ortsgruppenvorstand ist befugt, sich, solange noch mindestens 3 Mitglieder vorhanden sind, durch Zuwahl aus den zur Ortsgruppe gehörigen Vereinsmitgliedern zu ergänzen.

Die Wahlen unterliegen der Bestätigung des Vereinsvorstandes.

Der Vorsitzende des Ortsgruppenvorstandes ist als solcher Vertrauensmann des Central-Vereins, falls nicht der Ortsgruppenvorstand dem Vereinsvorstande einen anderen Vertrauensmann vorschlägt.

#### § 4.

Der Ortsgruppenvorstand wählt einen Vorsitzenden, einen Schriftführer, einen Schatzmeister und, wenn erforderlich, je einen Stellvertreter für diese drei Personen, ferner die Abgeordneten zu den Hauptversammlungen. Er kann auch aus seiner Mitte einen geschäftsführenden Ausschuss bilden.

Dem Schatzmeister liegt die Einziehung der Mitgliederbeiträge ob. Die Beträge sind, soweit dieselben nicht im Einverständnis mit dem Vorstand des Central-Vereins für Zwecke der Ortsgruppe zu verwenden sind, an den Schatzmeister des Central-Vereins abzuführen.

Die vom Vorstande des Vereins genehmigten Kosten der Ortsgruppe trägt der Central-Verein.

#### § 5.

Die Mitgliederversammlungen müssen nach Zeit, Ort und Tagesordnung, mindestens eine Woche vorher durch unmittelbare Einladung der Ortsgruppen-Mitglieder oder durch Veröffentlichung in mindestens zwei Hamburger Zeitungen bekannt gemacht und eine Woche vor der Bekanntmachung dem Vorstande des Central-Vereins mitgeteilt werden. Der Vorstand des Central-Vereins kann sich in jeder Versammlung durch Abgeordnete vertreten lassen; diese Abgeordneten erhalten in der Debatte ausserhalb der Reihenfolge der Rednerliste das Wort.

Die Mitgliederversammlung ist zu berufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert, sowie dann, wenn ein zehntel Teil der Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt.

Versammlungen und Veranstaltungen, die in Gemeinschaft mit anderen Organisationen stattfinden sollen, müssen vorher vom Vorstand des Central-Vereins genehmigt sein.

#### § 6.

Die Ortsgruppe kann durch Beschluss des Vorstandes des Central-Vereins oder durch Beschluss der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe aufgelöst werden. Zu dem Auflösungsbeschluss der Mitgliederversammlung ist eine Mehrheit von drei

Vierteln der erschienenen Vereinsmitglieder erforderlich. Erfolgt die Auflösung der Ortsgruppe, so sind alle Bestände der Gruppe an Geldbeträgen, Schriftstücken und Drucksachen dem Vorstand des Vereins sofort einzusenden.

## Nr. 2

Die Revision der Hamburger Ortsgruppe durch Alfred Hirschberg

28./29. November 1932

Sonderarchiv Moskau, 721-1-94, Bl. 1-9

### Bericht

über meine Hamburger Reise am 28. und 29. November 1932<sup>1</sup>

#### A. Bürorevision und Ergebnis.

##### 1. Aufgabe.

Zweck meiner Entsendung nach Hamburg war die Durchführung einer Revision des Hamburger Büros, ausschliesslich der Finanz- und Kassenfragen. Es sollte hauptsächlich festgestellt werden, ob und inwieweit die Hamburger Geschäftsstelle formal und technisch in der Lage ist, die Funktionen eines Landesverbands-Sekretariats zu erfüllen.

##### 2. Prüfungsergebnis.

###### 1. Technisches.

Das Büro liegt in guter Verkehrs- und Geschäftslage. Es besteht aus zwei Räumen, von denen in der Regel nur einer benutzt wird. Der andere dient als Arbeitsraum für die Kassiererin (Frau Wolff), sobald sie von ihren Arbeitsgängen und Reisen zurückgekehrt ist.

Die technischen Einrichtungen (Schreibmaschine, Telefon, Schreibtisch etc.) sind ausreichend und in gebrauchsfähigem Zustand.

Ein schwerer Nachteil des Betriebes ist, dass man unmittelbar vom Treppenhaus Zugang zum Büro hat. Schätzungsweise ein Dutzendmal, vielleicht noch häufiger, betreten Hausierer und Bettler das Büro und verursachen dadurch im Ergebnis zeitlich erhebliche Arbeitsstörungen. Wenn Frau Bauer und ihre Damen allein im Büro sind, muss eine Kette vorgelegt werden, da die mitunter sehr wüst aussehenden Gestalten unter Umständen gewaltsam ihre Waren absetzen würden.

<sup>1</sup> Michael Wildt hat den Prüfungsbericht über das Hamburger Büro des CV dankenswerter Weise dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden zur Kenntnis gebracht.

## 2. Personelles.

Frau Bauer hält sich regelmässig von 9 – 5 Uhr im Büro auf. Sie beginnt sehr pünktlich. Das Dienstende ist häufig dadurch hinausgezögert, dass während der Dienststunden Vorstandsbesprechungen oder sonstigen Arbeiten ausserhalb des Büros vorzunehmen sind, deren Ergebnisse alsdann sofort im Büro bearbeitet werden müssen.

Der Posteingang des Büros ist ausserordentlich gering. Er beträgt zwischen 25 und 30 Briefe in der Woche, das bedeutet einen Tagesposteingang von etwa 4 – 6 Briefen. Initiative in der Korrespondenz mit den Ortsgruppen etc. entfaltet das Büro, soweit feststellbar, überhaupt nicht. Demgemäss ist auch der Postausgang sehr gering. Das Hauptkontingent stellt die Korrespondenz zwischen Büro und Hamburger Zentrale. Sehr stark ist das Telefon in Anspruch genommen. 80% der Anrufe erfolgen von Damen. Es ist nicht festzustellen, ob es sich um Angelegenheiten der C.V.-Frauen-Ortsgruppe, oder um sonstige politische oder private Angelegenheiten von Frau Bauer handelte. Möglicherweise gehen diese drei Angelegenheiten sehr stark ineinander. Eine erhebliche Schwierigkeit des Betriebes liegt darin, dass Frau Bauer weder stenographieren noch Schreibmaschine schreiben kann. Alle Schriftstücke, die getippt werden, müssen von Frau Bauer in Schreibrift konzipiert und abgeschrieben werden. Die Verschwendung an Zeit und Geld, die dadurch erfolgt, liegt auf der Hand. Es muss allerdings gesagt werden, dass dieses Urteil nur ein absolutes, aber kein relatives ist. Denn es ist nicht ersichtlich, was Frau Bauer, bezw. das Büro in der Zeit, die durch modernere Arbeit frei würde, anfangen würde.

Frau Bauer ist eine sehr willige und interessierte Dame. Da sie aber nach ihrer eigenen Aussage niemals ein Büro geführt oder Büroarbeiten geleistet hat, und bei ihrem Alter ausserstande ist, noch heute etwas zu lernen, musste sich die Reorganisation für die Geschäftsstelle auf ganz primitive technische Anordnungen beschränken.

Neben Frau Bauer ist noch eine Frau Wolff tätig. Es handelt sich um eine ausserordentlich energische, sehr nett wirkende einfache Frau, die das Inkasso versieht und die buchhalterischen und sonstigen Vorbereitungen des Inkassos sowie die Vor- und Nacharbeiten zum Inkasso selbständig vornimmt. Diese Dame hat auch das Inkasso in einigen zum Landesverband gehörenden Ortschaften, so Harburg und Kiel.

Ausserdem hält sich mehrere Stunden am Tage eine Arzt-Witwe, Frau Dr. Guttmann als Stenotypistin im Büro auf. Diese Dame arbeitet aus Freundschaft für Frau Bauer ehrenamtlich. Es ist jedoch sorgfältig darauf zu achten, dass aus dieser ehrenamtlichen Tätigkeit nicht ein moralischer Anspruch erwächst, dass für den Fall des Beschlusses, eine Stenotypistin oder Kontoristin einzustellen, diese Dame eingestellt werden müsste. Dem wäre entschieden abzuraten, da es sich um eine ältere Person handelt, die wegen ihrer zahlreichen gesellschaftlichen Beziehungen faktisch unkündbar würde.



## 3. Reorganisation.

Aus dem an Frau Bauer gerichteten Schreiben vom 4. Dezember d.Js. geht hervor, welche sieben Anordnungen in Hamburg von mir getroffen wurden. Negativ bedeutet das, dass diese Voraussetzungen eines primitiven Bürobetriebes fehlten.

Ich hatte Gelegenheit mit den Herren Meyer und Mark in einer Form, die für Frau Bauer nicht abträglich sein konnte, über das Büro zu sprechen. Beide Herren bestätigten, dass es eine Unmöglichkeit wäre, im Büro irgend etwas einmal Vorhandenes wieder zu finden und dass zu behandelnde Angelegenheiten mangels Nachkontrolle in Vergessenheit geraten. Bei genauer Beobachtung meiner Vorschläge wird das nicht mehr vorkommen können.

## B. Einzelunterredungen.

## 1. Direktor Meyer.

etwa einstündige Unterhaltung. Erster Teil Büro. Kurzer Bericht meinerseits, keine Ueberraschung, aber starkes Kopfschütteln seit[e]ns des Herrn Meyer.

Zweiter Teil der Unterredung: allgemeine Reorganisation. Ich skizzierte das Problem Urias. Meyer erklärte, nur bei Ausschaltung dieser Unerfreulichkeiten aus den Vorstandssitzungen zu einer weiteren und leitenden Mitarbeit bereit zu sein. Seine Zeit sei ihm zu schade, um sie jeweils mit Erörterungen über die Grundlage des C.V. zu Beginn der Sitzungen hinzubringen.

Finanzielles: Ich beklagte die Finanzwirtschaft Hamburgs, die die Bildung kleinster Reservefonds aus teilweise sehr grossen Sammlungsergebnissen verhindert hat. Man hätte nach den bisherigen Erfahrungen unter allen Umständen mindestens die Beitragssumme für vier Monate zurückstellen müssen, da dieser Betrag nach Sammlungen üblicherweise ausfällt.

Meyer bemerkte hierzu, dass er seinerseits mit dieser Finanzwirtschaft nicht einverstanden gewesen sei. Aber jedesmal, wenn Geld in der Kasse gewesen sei, habe Waldstein Antrag für die Staatspartei gestellt, wonach Mark mit einem Antrag für die Volkspartei kam und schliesslich haben aus Gerechtigkeitsgründen Urias bzw. er selbst Anträge für das Reichsbanner, Eiserne Front und SPD gestellt. Auf diese Art und Weise sei teilweise das Geld ausgegeben gewesen, ehe es in die Kasse gekommen sei.

Syndikusfrage: Wir erörterten vertrauensvoll das Problem Dr. Kahn. Meyer entwickelte die Gründe, die ihn zu einer Revision seiner Beurteilung über Dr. Kahn veranlasst hätten. Ich versuchte, wahrscheinlich mit Erfolg, ihm das Verhalten von Dr. Kahn psychologisch begreiflich zu machen. Meyer äusserte schliesslich, dass er bereit wäre, Dr. Kahn in der Hamburger Arbeit für ein Vierteljahr jegliche Chance zu geben.

Bezüglich der finanziellen Seite äusserte ich, dass ich ohne Präjudizierung der Vereinsleitung es für gerechtfertigt hielte, dass die Kosten des »Kommissars« von Berlin übernommen werde würde[n]. Meyer meinte, dass dies garnicht nötig

wäre. Wenn eine Arbeit für Hamburg und den Landesverband geschehe, dann sollte auch Hamburg bzw. der Landesverband dafür etwas zahlen. Bezüglich des Betrages schlug ich ihm vor, dass der bisher von Hannover getragene Betrag von RM 505,- Gehaltsanteil in Zukunft zwischen Hannover und Hamburg geteilt werden sollte. Die Stellung Dr. Kahns soll aus psychologischen Gründen nicht als die eines Syndikus bezeichnet werden. Es soll vielmehr erklärt werden, dass Dr. Kahn seitens der Zentrale mit einem Aussenderzernat betraut sei, das die Gebiete Hannover und Norddeutschland umfasse. Sein dauernder Wohnsitz sei Berlin. Er sei bisher einige Zeit in Hannover gewesen und jetzt sei er eben einige Monate lang in Hamburg tätig; mit dieser Zwischenlösung, die auf die Psychologie sowohl Hannovers wie Hamburgs Rücksicht nimmt, erklärte sich Meyer einverstanden. Schließlich erörterte ich noch kurz den Tee-Abend, den Meyer zu Ehren von Justizrat Brodnitz zu geben beabsichtigt.

2. Vorstandssitzung am Nachmittag.

Ueber die Ergebnisse braucht im allgemeinen, da die Beschlüsse sämtlich durchgeführt worden sind, (Veranstaltung am 11., 12. und 13. Dezember d.Js. in Hamburg) nichts mehr niedergelegt zu werden.

Ich hatte in der Sitzung von dem Studienrat Dr. Löwenberg einen sehr guten Eindruck und von Urias eine Bestätigung meines alten Eindrucks, dass er ausserordentlich geschickt ist, dass er in den Sitzungen sehr viel Initiative entfaltet, dass aber diese mehr formale als inhaltliche Dinge betrifft und uns nicht viel nützt.

(Frau Bauer erklärte übrigens im Büro, dass Justizrat Waldstein die Geschäftsführung in der Form vornimmt, dass sie ihm die eingehende Post wichtigerer Art in sein Büro sendet, dass sie dann von ihm angerufen und instruiert würde und danach die Briefe wieder ins Büro geschickt bekäme. Ein Verfahren, das sehr kompliziert und zeitraubend ist. Waldstein arbeitet jedoch innerhalb von 12 Stunden. Sachen dagegen, die Urias bekäme, liessen mit ihrer Erledigung mitunter sehr lange auf sich warten).

In der Vorstandssitzung berichtete ich, wie bereits angedeutet, über meine Eindrücke vom Büro. Die Aeusserungen der Herren vom Vorstand bestätigten die Richtigkeit meiner Eindrücke. So z.B. wurde sehr darüber geklagt, dass ein Vorstandsbeschluss, der vor vier Wochen in einer technischen Frage gefasst worden ist, bis heute noch nicht durchgeführt sei, weil entsprechende technische Kontrollen nicht vorhanden wären.

3. Unterredung mit Mark.

Mark entschuldigte sich indirekt für die mangelnde Ordnung im Büro. Er fände nicht die Zeit, sich darum zu kümmern. Im übrigen sei ja dieser Zustand nicht überraschend, weil Frau Bauer über keinerlei Büroerfahrungen verfüge. Sicherlich wäre alles viel besser, wenn eine tüchtige jüngere Bürokräft eingestellt werden würde. Aber dem ständen finanzielle Gründe gegenüber.

Auch Mark machte ich Vorwürfe bezüglich der Ausgabenwirtschaft, bei der alle möglichen Interessen nur nicht die des Vereins berücksichtigt werden.

## 4. Unterredung mit Dr. Max Plaut.

Im Anschluss an eine dreistündige Führeraussprache in der deutschjüdischen Jugend in Hamburg im Jugendheim hatte ich Gelegenheit, mit Dr. Plaut über die Hamburger Verhältnisse zu sprechen. Dr. Plaut der altersmässig sehr stark mit Urias übereinstimmt, und dessen Freunde in erheblichem Masse im Arbeitsausschuss sitzen und dort mit Urias sympathisieren, liess gar keinen Zweifel darüber, dass er eine Leitung der Ortsgruppe durch Meyer als einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem jetzigen Stadium der Paralyse der Arbeit durch Urias ansehen würde. Urias habe sich gegen die Betrauung Meyers mit dem Amt des koordinierten geschäftsführenden Vorsitzenden gewehrt, weil er von Anfang an empfunden habe, dass dieser energische und unabhängige Mann für ihn und seine Absichten in Bezug auf den Verein einen erheblichen Widerstand darstellt.

## C. Gesamteindruck.

Ein C.V.-Mittelpunkt existiert in Hamburg in organisatorischer Hinsicht nicht. Inwieweit das kleine Gremium der leitenden Leute einen persönlichen Mittelpunkt bei den vielen tausend Juden in Hamburg und Altona darstellt, entzieht sich nach der knappen Beobachtung meiner Beurteilung. Der Rückschluss aus der mangelnden Werbeergiebigkeit Hamburgs lässt sich danach nur in negativer Hinsicht ziehen. Ohne Frage könnte ein aktiv geleitetes Büro die Anziehungskraft Hamburgs für den C.V. erheblich steigern.

Ueber die Frage des Norddeutschen Landesverbandes habe ich mich absichtlich oben nicht ausgelassen. Er existiert im Grunde genommen garnicht. Von manchen Ortsgruppen hat Frau Bauer keine Mitgliederlisten. Die Verbindung zwischen Büro und den Ortsgruppen besteht abgesehen von gelegentlichen Vorträgen, die vermittelt werden, nur in Inkassomahnungen.

Eine geeignete Besetzung des Büros würde auch in dieser Hinsicht eine von Grund auf neue Aufgabe vor sich sehen.

Hi. 10.12.1932

**Nr. 3**

Die Standortbestimmung des Centralvereins Ende 1933

13. Dezember 1933

Hamburger Familienblatt Nr. 51 vom 21.12.1933, S. 4

**Deutsches Judentum »heute und morgen«**

Dr. Hirschberg-Berlin spricht im Centralverein

Ueber »Deutsches Judentum heute und morgen« sprach in einer Mitgliederversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glau-

bens am vergangenen Mittwoch Syndikus Dr. Alfred Hirschberg-Berlin vor dem vollbesetzten Gabel-Rießler-Saal des Tempels. Der Vorsitzende Justizrat Waldstein eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß der C.V. zwar in den letzten Monaten nicht an die Öffentlichkeit getreten sei, jedoch im stillen eine außerordentlich lebhaftige Tätigkeit entfaltet habe.

Dr. Hirschberg begann seine Ansprache mit dem Hinweis auf das Chanukkahfest und auf die Chanukkahymne, deren Anfangsworte »Schirm und Schutz in Sturm und Braus« heute mehr denn je als Anlehnung und Bekennen zum Glauben und zum Gott unseres Glaubens der Zeit entspreche. Wenn man dem C.V. vorgeworfen habe, seine bisherige Tätigkeit habe Mißerfolge gezeitigt, es sei ein Irrweg gewesen, so wäre dies falsch. Entspreche das den Tatsachen, so hätte er nimmermehr den Brand und Braus dieser Monate überstanden. Der Wille der deutschen Juden, nicht nur ausschließlich ihr Einzelschicksal zu suchen, sondern sich einer großen Gemeinschaft anzuschließen, lasse den C.V. seine Arbeiten mit neuer Hoffnung beginnen. Im Frühjahr dieses Jahres hätte man fast glauben können, das Judentum habe nicht nur seine äußere, sondern auch seine innere Position geräumt. Aber das stimme nicht, keinen Augenblick habe man die Arbeiten aufgegeben, und es war vielleicht gut, daß infolge einer Haussuchung beim C.V. die erste Unterredung mit einem der führenden Männer der neuen Regierung schon sehr früh stattfinden konnte.

Der Redner schilderte hierauf die Tätigkeit des C.V. auf den verschiedensten Gebieten. Seine juristisch-wirtschaftliche Beratungsstelle hätten in Berlin allein über 13000 jüdische Menschen passiert, und wenn man ihnen auch nicht durchweg helfen konnte, so gab man ihnen doch von Anfang an Halt und Zuversicht. Weiter führte er aus, was der C.V. für die einzelnen Berufe getan hätte, in erster Linie für die Angestellten, denen am 1. April die fristlose Entlassung drohte, dann im Eintreten für zahlreiche Arbeitgeber, von denen schon heute viele bereuen, so leicht ihre Position aufgegeben zu haben, und deren Mehrzahl man von der Wichtigkeit des Festhaltens und Ausharrens überzeugen konnte, denn gerade der jüdische Arbeitgeber ist in Zukunft außerordentlich wichtig für die Ausbildung der jüdischen Jugend. Sehr viele Kleinarbeit wurde für die Akademiker, die Juristen und die Aerzte geleistet und damit viele Existenzen gerettet. Eifrig ist man auch an der Arbeit für den künftigen Aufbau des Hauses der deutschen Judenheit. Vor allen Dingen heißt es hier Nerven behalten und nicht vorzeitig auf Festlegung von Maßnahmen dringen, die im Laufe der Zeit noch gemildert werden könnten. Auch die letzte Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeit in Deutschland gäbe es zu schaffen, denn wir wollen nicht, daß unsere Jugend gezwungen wird hinauszugehen, um neue Lebensräume zu suchen. Wenn aber der deutsche Jude schon auswandert, dann soll er den seit jeher hoch geachteten Typ des Auslandsdeutschen vermehren, für den man gerade in Hamburg besonderes Verständnis hat. Auswanderung aus wirtschaftlichen Gründen bedeutet bei gleichzeitig bleibender kultureller Verbundenheit niemals ein Problem der Gesinnung.

Das gemeinsame Schicksal aber in Deutschland selbst müsse auch gemeinsam ertragen werden. Die deutschen Juden dürfen sich nicht in Gruppen auflösen, es darf kein Dreiklassen-Judenrecht werden, und diejenigen, die Sondermaßnahmen für einzelne Klassen der Juden vorschlagen, wissen wohl, was sie vorschlagen, aber nicht, was vielleicht einmal daraus werden kann. Wir wollen das deutsche Judentum mit Glauben erfüllen, um es wieder zu einem neuen Morgen aufsteigen zu lassen.

Der Beifall der Anwesenden sowohl wie die Dankesworte des Vorsitzenden zeigten, wie sehr der Redner seinen Hörern aus dem Herzen gesprochen hatte.

il.

#### Nr. 4

Der innerjüdische Richtungsstreit

26. Februar 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 9 vom 1.3.1934, S. 1

#### **Der deutschen Juden Zukunftsweg**

Dr. Bruno Weil (Berlin), stellvertretender Vorsitzender des C.-V., spricht in Hamburg

[...]

Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Landesverbandes Nordwestdeutschland des C.-V. R.-A. Rudolf S a m s o n , mit kurzen Worten eröffnet. Darauf nahm sofort

#### **Dr. Bruno Weil (Berlin)**

das Wort. Er begann mit einer Erinnerung an seinen Hamburger Aufenthalt vor fünfundzwanzig Jahren. Er habe das Gefühl, als trenne uns von diesem Zeitpunkt nicht ein Vierteljahrhundert, sondern Jahrhunderte, so sehr sei alles um und in uns verändert. Ein Gefühl unendlicher Traurigkeit halte die deutsche Judenheit umfassen; zerrissen, in sich gespalten, schwebte sie in ihrem Empfindungsleben zwischen dem tiefsten Pessimismus und der Hoffnung, am Horizont einen Silberstreif zu sehen. In solchen Zeiten lenke sich gern der Blick zurück in vergangene Zeiten, weil die Geschichte unter ewigen, immer wiederkehrenden Vorzeichen stehe, wohl Einzelheiten sich ändern, die Geschichte aber die größte Lehrmeisterin, Trösterin und Hoffnungsspenderin bleibe.

[...]

Bei der Gegenwart angelangt, beschäftigte sich Dr. Weil sehr eingehend und mit stichhaltigem Material bewaffnet, mit den verschiedenen Lösungsmöglichkeiten, zunächst mit

#### **der Auswanderungsfrage,**

die er als Lösungsfrage überhaupt nicht gelten läßt. Er faßte die aus den verschiedensten Veröffentlichungen bereits bekannten Ziffern und Tatsachen, die sich mit der Abwanderung von Juden aus Deutschland beschäftigen, zusammen und kam zu

dem Schluß, daß weder der Satz, kein Jude dürfe aus Deutschland auswandern, noch der, alle Juden müßten auswandern, richtig sei; die Wahrheit liege vielmehr in der Mitte. Sehr scharf wandte sich der Referent unter lebhaftem Beifall der Versammlung gegen die Versuche ausgewanderter Juden, ohne Rücksicht auf die Zurückgebliebenen über die Lage in Deutschland zu urteilen. Dr. Weil verwies auf die Tatsache der Erschöpfung der Mittel der Komitees in Prag und Paris und meinte in diesem Zusammenhang, daß, wenn hier schon die Mittel fehlten, es dann doch unmöglich sei, für die von Dr. Weizmann genannte Ziffer einer über drei Jahre verteilten Auswanderung von je 10000 Juden, im ganzen also 30000, die Palästina aufnehmen könne nur unter der Bedingung, daß eine Million ägyptische Pfund aufgebracht werden (40 bis 45 Millionen Goldmark), diese Summen bereitzustellen. Ausführlich und entschieden polemisierte der Referent gegen den Zionismus und starker Beifall scholl ihm aus der Versammlung entgegen, als er die Abgrenzung gegenüber dem Zionismus in die Formel kleidete:

**Uns trennt die grundsätzliche Einstellung zur Frage, ob die deutschen Juden eine national getrennte Existenz von ihrer Umwelt führen sollen – oder ob alle Juden, die guten Willens sind, die zum Staatsverband gehören wollen, mit der Nation verbunden sein sollen, mit eingespannt als Teil der Nation, im Leben und Sterben, wie unsere Vorfahren und wie wir selbst es bisher tun durften!**

Aber auch aus praktischen Gründen, so führte Dr. Weil weiter aus, stelle der Zionismus keine Vollösung, nicht einmal eine erhebliche Teillösung der Schicksalsfrage der deutschen Juden dar.

Lebhaft wandte sich der Referent gegen die Bestrebungen, die  
**die Emanzipation**

als einen Irrtum ansehen wollen. Er wies nach, daß die Emanzipation nicht ausschließlich der Juden wegen gekommen sei, sondern als logische Folge der Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts. Er erinnerte an die Fülle geistiger Heroen, die nur durch die Berührung mit dem Bildungsquell der übrigen Welt möglich waren, niemals in der Abgeschlossenheit des Ghetto. Die völlige Wiedererlangung der Emanzipation – so erklärte Dr. Weil unter dem stürmischen Beifall der Versammlung – sei und bleibe das Ziel!

Sehr kritisch äußerte sich Dr. Weil über die Anteilnahme des Auslandes an der deutschen Judenfrage. Es sei sehr schwer, Juden und Nichtjuden des Auslandes die Situation der deutschen Juden begreiflich zu machen. An verschiedenen Beispielen zeigt der Referent die nicht immer glückliche Einflußnahme von draußen. Er wies auch auf die internationale Verknüpfung der deutschen Judenfrage mit dem Völkerbundspakt und den Friedensverträgen hin, die in verschiedenen Teilen Deutschlands, so in Oberschlesien, in Danzig und möglicherweise auch an der Saar, andere Regelungen als im Reich erwirkten. Auch mit dem Wirken des Flüchtlingskommissars, das bis jetzt noch praktisch wenig ersprießlich gewesen sei, beschäftigte sich der Referent.

Zur staatsbürgerlichen Frage übergehend, meinte Dr. Weil, daß der 12. November, der Tag der Volksabstimmung, ein günstiges Präjudiz geschaffen habe. Er führte zu diesem Punkt wörtlich aus:

**Wir wollen keine nationale Minderheit sein, wir bekennen uns zum deutschen Gedanken, nicht aus praktischer Anbiederungsabsicht, sondern weil wir zum deutschen Volk gehören, in ihm geboren, mit ihm aufgewachsen und mit ihm verbunden sind! Wir wollen die Eingliederung in die Volksgemeinschaft!**

Das deutsche Judentum sei einer schweren Nervenprobe sowohl durch die Gesetzgebung wie auch durch den Unfrieden in den eigenen Reihen unterworfen. Wenn auch die Besserstellung der Frontkämpfer ein Erfolg sei, so solle doch nicht der Frontkämpfergedanke in unser bürgerliches Leben eingetragen werden.

Der neue Emanzipationskampf habe bereits begonnen, nicht in alltäglicher Form, aber in säkularen Visionen. Niemand könne von uns die seelische Angleichung an die Gedankengänge des Nationalsozialismus verlangen. Das wäre der Tod der Emanzipationsbestrebungen. »Im Vertrauen auf die innere Stärke unserer Gemeinschaft[«] – so schloß Dr. Weil seinen Vortrag –, [«]die aus Jahrtausenden kommt, und die trotz allem, daran ist kein Zweifel, ihren Weg weiter gehen wird durch Jahrtausende als Glied einer unzerreißbaren Kette, im Bewußtsein dieser lang zurückführenden Reihe von Generationen mit der gleichen seelischen Substanz, dürfen wir niemals jüdischen Optimismus, Hoffnung und Vertrauen verlieren darauf, daß über dem Dunkel der Gegenwart wieder einmal ein heller Tag leuchten wird.« – tz. [Tilly Zuntz]

## Nr. 5

»Wie ist ein würdiges Leben in Deutschland möglich?«

Juni 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 25 vom 21.6.1934, S. III f.

## Selbstbewußtsein und Verantwortung

Mitgliederversammlung des C.-V., Ortsgruppe Hamburg-Altona

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung der inneren Geschlossenheit und der Verbundenheit zwischen Leitung und Mitgliedschaft gestaltete sich die sehr stark besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Hamburg-Altona des C.-V. im Gabriel-Rießler-Saal am letzten Mittwoch. R.-A. Eichholz, der die Versammlung leitete, betonte in seinen Eröffnungsworten, daß es für den C.-V. keine Sommer- und keine Winter-, sondern nur eine Arbeitszeit gebe. Er wolle jederzeit da sein und er sei bestrebt, den innigsten Konnex mit der Mitgliedschaft aufrechtzu-

erhalten. Die Versammlung solle gewissermaßen den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit in den abgelaufenen Monaten entgegennehmen. Diesem Zweck diene das nun folgende Referat des Vorsitzenden des Landesverbandes Nordwestdeutschland des C.-V., R.-A. Rudolf S a m s o n , der diesen Rechenschaftsbericht in das Thema »Selbstbewußtsein und Verantwortung« kleidete. Dieser Themenstellung entsprechend gab sein Vortrag nicht einen Rechenschaftsbericht in rein materieller Form, also etwa über die Zahl der behandelten Rechtsfälle oder die Bewegung innerhalb der Organisation, sondern mehr eine konzentrierte Uebersicht über die Gesamtlage der deutschen Judenheit vom Standpunkt des C.-V. aus und mit der Behandlung der Aufgaben, die der C.-V. aus dieser Lage für sich selbst stellt.

Der Referent umriß in großen Zügen das nunmehr schon allzu bekannte Bild der Entwicklung des letzten Jahres, deckte die Spannungszustände auf, die zweifellos besonders in sozial-wirtschaftlicher Beziehung, wenn auch unverschuldet, bestanden haben, er befaßte sich mit der Umschichtung, deren Schwierigkeiten, soweit nicht Palästina in Frage komme, er hervorhob, und wandte sich dann gegen die schweren Vorwürfe des Ritualmordes und des Boykotts, zu welchem letzterem Punkt er bemerkte, daß schon deshalb die deutschen Juden an ihm nicht beteiligt sein könnten, da sie durch ihre starke Betätigung im Exportgeschäft, ja in erster Linie selbst davon betroffen würden. Aus all diesem und der teilweisen, lokal verschiedenen Diffamierung, kristallisierte der Redner die Frage: Hat es überhaupt noch Zweck, zu versuchen, in Deutschland ein jüdisches Leben neu aufzubauen? Ist es nicht besser, zu liquidieren, die Auswanderung zu betreiben. Bejahe man die Frage, dann stelle sich sofort die weitere:

### **Wie ist ein würdiges Leben in Deutschland möglich?**

Der C.-V. bejahe den Standpunkt des Verbleibens in Deutschland, nicht nur, weil die Mehrzahl der deutschen Juden in Deutschland leben müsse, weil große Auswanderungsmöglichkeiten verschlossen seien, sondern vor allem auch wegen der vielhundertjährigen Verbindung der deutschen Juden mit der deutschen Umwelt. Er verwies hierbei auf die Feier des 900jährigen Bestehens der Wormser Synagoge und zitierte die dort gehaltene Rede von Rabbiner Dr. Leo Baeck, in der dieser vom Adel des deutschen Judentums gesprochen habe.

Das *Wie?* der Gestaltung jüdischen Lebens in Deutschland bleibe fraglich, aber es sei eine Hauptaufgabe des C.-V., an der Gestaltung dieses *Wie?* so mitzuarbeiten, daß der menschlichen Würde kein Abbruch geschähe.

### **In richtig verstandenem Selbstbewußtsein müßten die deutschen Juden ihr Dasein verantwortlich gestalten, mit ihren eigenen, gleichberechtigten, menschlichen Werten.**

Diese eigenen Werte brauchten nicht erst bewiesen zu werden; die Größe der jüdischen Vergangenheit, die jüdischen Sittengesetze, ihre sozialen und gemeinschaftsbildenden Inhalte, sollten uns mit berechtigtem Stolz auf den eigenen Menschen erfüllen. Die *i n n e r e* Haltung des Menschen entscheide. Der deutsche Jude dürfe sich durch nichts erschüttern lassen, er dürfe nicht verbittern, müsse für alles offen



bleiben. Eine solche Haltung erzwingt sich die Achtung der Umwelt. Jeder einzelne habe sein Verhalten nach den Notwendigkeiten der Gesamtheit zu richten. An die Forderung einer geschlossenen einheitlichen Haltung des deutschen Judentums knüpfte der Redner die Mahnung, den Streit der jüdischen Organisationen gegeneinander nicht zu übertreiben, sondern unbeschadet der ideologischen Gegensätze gemeinsam an der würdigen Gestaltung des Judentums in Deutschland zu arbeiten.

Sehr warm trat der Vortragende für die unbedingte Autorität der Reichsvertretung im innerjüdischen Leben ein, sowie für die jüdische Gemeinde als wirkliches Zentrum des religiösen und jüdischen Lebens. Neben den anderen großen Organisationen, deren Zwistigkeiten durch klare Arbeitsteilung vermindert werden könnten, sei es die Aufgabe des C.-V., in geistiger Beziehung für die Stärkung des deutsch-jüdischen Gedankens, für die Autorität der Reichsvertretung und der Gemeinden einzutreten, der Jugend stärkeres Selbstbewußtsein zu vermitteln und an der Erhaltung der materiellen Existenz und der Rechtsbetreuung der Juden zu arbeiten. Bei Einsatz aller Kräfte, so meinte der Referent, könne man die Hoffnung haben, daß ein Neuaufbau des deutschen Judentums möglich sei. Er glaubt an eine Verständigung mit der Umwelt und daran, daß die Wiedergewinnung gleicher Rechte die Folge davon sein wird. Es sei allerdings kein leichter Weg bis dahin. Er stelle große Anforderungen, aber erfüllt vom inneren Wert des jüdischen Menschen, beschreite der C.-V. diesen Weg.

In sehr eindrucksvoller Weise wurde das Referat noch durch kurze Ausführungen von R.-A. Eichholz ergänzt, der besonders vor übertriebenem Optimismus warnte und in der klaren, nackten Darstellung der Lage die beste Voraussetzung für die Stärkung der Kräfte erblickt. In eindringlichen Worten warb er um die Mitarbeit der Mitglieder. Dann stellte der Versammlungsleiter die vollkommene Uebereinstimmung der Mitgliedschaft mit den Auffassungen und Arbeiten des Vorstandes fest und schloß die Versammlung.

-tz. [Tilly Zuntz]

**Nr. 6**Die Veranstaltung »Die junge Generation hat das Wort!«<sup>2</sup>

25. Oktober 1934

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 961, Bl. 21

**Die junge Generation hat das Wort!****EINLADUNG**

zur ersten gemeinsamen Veranstaltung des  
**CENTRALVEREINS** deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens e. V.  
 Ortsgruppe Hamburg-Altona

und des

**Bundes** Deutsch-jüdischer Jugend, Ortsgruppe Hamburgam Donnerstag, dem 25. Oktober 1934, 20<sup>30</sup> Uhr

im weissen Saale des Curiohauses, Rothenbaumchaussee 13

Es sprechen: Dr. Alfred Hirschberg Syndikus des Centralvereins, Berlin  
 Heinz Kellermann 1. Bundesführer  
 des Bundes Deutsch-jüdischer Jugend, Berlin

über

**„Deutsch-jüdischer Zukunftswille“****CENTRALVEREIN**

deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens e. V., Ortsgr. Hamburg-Altona

**Bund** Deutsch-jüdischer Jugend, Ortsgruppe Hamburg

Die Veranstaltung ist politisch gemeldet.

Die Einladung ist persönlich und als Ausweis mitzubringen.

Freier Eintritt.

Wir machen unsere Mitglieder und Freunde bereits jetzt auf das umfangreiche Winterprogramm aufmerksam.

Es sprechen:

8. Novbr. 1934: Frau Dr. Margarete Edelheim, Berlin: „Die öffentliche Meinung im deutschen Judentum“

22. Novbr. 1934: Herr Rabbiner Dr. Manfred Swarsensky, Berlin: „Prüfung und Bewährung“

13. Dezbr. 1934: Herr Julius Bab, Berlin: „Börne, Heine und das junge Deutschland“

2. Einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung von Alfred Hirschberg und Heinz Kellermann gibt es in: HF Nr. 44 vom 1.11.1934, S. 1f. Darin wurde als Zielsetzung formuliert, die deutsche Judenfrage sei nur innerhalb der deutschen Grenzen lösbar, und zwar »mit den Mitteln der gestaltenden Kräfte eines von seiner Wertigkeit erfüllten deutschen Judentums«. Zur Position der Deutsch-jüdischen Jugend vgl. auch Heinz Kellermann, Ende der Emanzipation?, in: Der Morgen 9/1933, Heft 3, S. 173 ff.

**Nr. 7**

Die Beratungstätigkeit des Centralvereins

11. Januar 1935

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 1 vom 11.1.1935, S. 5

Am 19. und 20. d.M. hält der Landesverband Nordwestdeutschland des **Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens** eine Tagung in Hamburg ab, um den Freunden in Stadt und Land einen Überblick über die Arbeit des letzten Jahres zu geben, eine Fülle von Arbeit, die unter dem Kennwort »Existenzsicherung der deutschen Juden« geleistet wurde und für die es keine bessere Anerkennung gibt als den Ausspruch eines führenden Zionisten: Wenn der C.-V. nicht bestände, müßte er gegründet werden. Das Bewußtsein, in zahlreichen Fällen mit Rat und Tat, ohne Rücksicht auf die innerjüdische Einstellung des Hilfesuchenden, geholfen zu haben, ist der beste Lohn für diese Arbeit.

Die Anforderungen an die Hamburger Geschäftsstelle waren zeitweilig kaum zu bewältigen. Täglich kamen Ratsuchende in die juristisch-wirtschaftliche Beratungsstelle. Das Eingreifen in fast allen von Glaubensgenossen bewohnten Orten des Landesverbandes Nordwestdeutschland erforderte eine große Arbeitsleistung. Die Art der Einzelfälle berührte alle wie immer gearteten Lebensbezirke. Manchem konnte die Existenz erhalten werden. Groß war die Zahl der Rücksprachen bei Behörden, der Beratung und Betreuung von entlassenen Angestellten, der Durchführung von Berufungsverfahren gegen Ausbürgerungen. Ärzten und Anwälten wurde geholfen. Ganze Wirtschaftsgruppen betrauten die Geschäftsstelle mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Vereine holten sich Rat und Unterstützung.

So darf auch die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die bevorstehende Tagung den nordwestdeutschen Juden zum Segen gereichen wird.

**Nr. 8**

Überlegungen zur wirtschaftlichen Existenzsicherung

19. Januar 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 4 vom 24.1.1935, S. III

### **Die Wirtschaftsgestaltung der deutschen Juden**

Aus der Arbeit des Centralvereins

Am Vorabend seiner Bezirksverbandstagung für Nordwestdeutschland, auf die wir im einzelnen noch zu sprechen kommen, veranstaltete der Centralverein deut-

scher Staatsbürger jüdischen Glaubens durch seine hiesige Ortsgruppe eine Versammlung, zu der alle führenden jüdischen Wirtschaftler Hamburgs und eine große Zahl von anderen Interessenten geladen waren. Der vollbesetzte Gabriel-Rieser-Saal bewies, wie lebhaft das Echo der Veranstaltung und ihres wichtigen Themas war.

Die Anwesenheit des Ersten Vorsitzenden des Centralvereins, Justizrat Dr. Julius Brodnitz, trug noch besonders dazu bei, die Anziehungskraft dieser Versammlung zu erhöhen. Dieser hervorragende Vertreter des deutschen Judentums, dessen Wort zu den Ereignissen des Tages durch den weisen Bedacht, die Tiefe der Ueberzeugung und Unerschütterlichkeit des Glaubens an die gute Sache von besonderer Eindringlichkeit ist, gab diesem Abend und der Tagung des folgenden Sonntags das besondere Gepräge.

Nach Begrüßungsworten, die Rechtsanwalt Rudolf Samson als Ortsgruppenvorsitzender an die Versammlung vom Sonnabendabend richtete, nahm Justizrat Dr. Brodnitz das Wort. Er wies darauf hin, daß sich der C.-V. seit 1933 in ganz anderem Umfang als früher wirtschaftlichen Fragen zugewendet hat, um der veränderten Lage Rechnung zu tragen. Wenn die mindestens 400000 Juden, die auf deutschem Boden bleiben müssen und bleiben wollen, eine Stätte finden sollen, dann muß jedem deutschen Juden eine Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden. In dieser Beziehung geschieht in der Frage der Arbeitereinstellung noch längst nicht das Nötige. U.a. ist es Pflicht, unsere kriegsbeschädigten Glaubensgenossen unterzubringen, auch wenn es wirtschaftlich nicht immer leicht durchzuführen ist. Es darf heute keinen Juden in Deutschland geben, der sich ernähren kann, und der nicht das Gefühl hat, welche Opfer die Zeit erfordert. Man hat dem C.-V. nachgesagt, die von ihm durch die Forderungen der Gegenwart eingeführte Wirtschaftsberatung sei neutrale Arbeit. Aber jetzt kommt es nicht auf ideologische Betrachtungen und Unterscheidungen an, sondern darauf, daß das deutsche Judentum nicht zerklüftet wird. Der § 1 der C.-V.-Satzungen besteht unverändert, und die Einstellung dazu ist nicht im geringsten beeinträchtigt. Der C.-V. verläßt seinen deutsch-jüdischen Standpunkt in keiner Weise, wenn er einerseits die Hineinziehung der Palästina-Aufbauarbeit in die Lösung des deutschen Judenproblems anerkennt, während andererseits die innere und äußere Notwendigkeit für den Großteil der deutschen Juden besteht, auf deutschem Boden zu bleiben. –

[...]

Die hier nur skizzierten Ausführungen des Redners fanden ihre inhaltliche Erweiterung und Ergänzung durch das Hauptreferat des Abends, das Syndikus Dr. Alfred Hirschberg hielt. Politik und Wirtschaft, legte er dar, bedingen sich gegenseitig. Unser Schicksal ist die Politik, deren Ergebnis wird die Wirtschaft. Die deutsch-jüdische Existenz ist abhängig von den deutsch-jüdischen Existenzen, und darum ist es eine Notwendigkeit, daß die wirtschaftlich Starken nicht durch ihren Weggang zur Schwächung der übrigen beitragen. Es gibt für uns nur einen Standpunkt: unbedingte Anerkennung dessen, was der Staat will und Defensive gegen-

über allem, was er nicht will. Darum war es notwendig, jede wirtschaftliche Position zu halten und an dem Schicksal der kleinen Existenzen nicht vorüberzugehen. Wo sich gegen diese Einzelaktionen richteten, ergab sich, daß dies nicht im Sinn des Reichswirtschaftsministeriums geschah, das auch dagegen einschritt.

Wenn wir gleichberechtigt in der Wirtschaft sind, so müssen wir auch teilhaben an den Nachteilen, die die Wirtschaft möglicherweise erleidet. Ebenso gibt es kein isoliertes jüdisches Schicksal in Deutschland ohne Gemeinschaft. Jeder, der eine Existenz hat, muß gewissermaßen dafür sorgen, daß um ihn ein »Minjan« der Arbeit gebildet wird. Gegenwärtig herrscht Bedarf an brauchbaren jüdischen Lehrkräften und große Lücken sind im Bestand des jüdischen Nachwuchses auszufüllen. Dabei müssen wir auch Opfer von der jungen Generation verlangen, wenn sie sich den beiden Möglichkeiten, den kaufmännischen und handwerklichen Berufen zuwenden. So wird die Wirtschaftspolitik zur Berufspolitik.  
[...]

## Nr. 9

Die Neuordnung des Centralvereins in Norddeutschland

20. Januar 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 5 vom 31.1.1935, S. 4

### Von Flensburg bis Hann.-Münden

Landesverbandstagung des Centralvereins

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hielt in Hamburg seine Landesverbandstagung für Nordwestdeutschland ab, der ein den wirtschaftlichen Fragen des deutschen Judentums gewidmeter Versammlungsabend vorgegangen war, über den wir in unserer vorigen Ausgabe berichtet haben. Durch die zu Anfang des Vorjahres vollzogene Zusammenlegung der Landesverbände Nordwestdeutschland und Hannover hat das Hamburger Syndikat des C.-V. ein Gebiet zu betreuen, das von Flensburg im Norden bis nach Hannöversch-Münden im Süden reicht. Im Vergleich mit anderen Landesverbänden des C.-V. ist dieses Gebiet sehr groß.<sup>3</sup>

So waren denn zu dieser Tagung zahlreiche Vertreter der Ortsgruppen des C.-V. erschienen; die Teilnehmerliste zählte mit Groß-Hamburg 34 Vertreter aus den einzelnen Städten.

3 Der Nordwestdeutsche Landesverband des CV war 1920 gegründet worden; Lorenz, Juden in Hamburg, Bd. 2, S. 1164.

Die Tagung fand in Anwesenheit des erweiterten Landesverbandsvorstandes statt, dem auch die Vertreter des Deutsch-Jüdischen Kreises und der Deutsch-Jüdischen Jugend angehören. Von der Berliner Zentrale nahmen die Herren Justizrat Dr. Brodnitz, der erste Vorsitzende des C.-V., ferner Regierungsdirektor a.D. Kurt Friedländer und Syndikus Dr. Alfred Hirschberg an der Tagung teil. Die Tagung stand unter Leitung des ersten Landesverbandsvorsitzenden Rechtsanwalts Rudolf Samson (Hamburg), den im Verlauf der Tagung der zweite Vorsitzende Rudolf Herzberg (Hannover) ablöste.

Die Beratungen nahmen ihren Ausgang von einem umfassenden Referat Dr. Alfred Hirschbergs, das alle Lebensfragen des heutigen deutschen Judentums behandelte. Die Ausführungen gipfelten in der Forderung, die Stellung des deutschen Judentums unter unbedingter Einordnung in den Staat und seine Gesetze zu halten, eine Notwendigkeit, die auch von dem die Lage der deutschen Juden richtig beurteilenden Judentum in der Welt erwartet wird. Aus dem Referat ging die außerordentlich rege Arbeit des C.-V. im vergangenen Jahr hervor, die sich mit allen Fragen der notwendigen Defensive gegenüber allem, was der Staat nicht will, beschäftigte. Dr. Hirschberg legte die einzelnen Gebiete dieser Arbeit ausführlich dar.

In diesem Zusammenhang war es besonders erfreulich, zu hören, daß der C.-V. durch seine intensive Arbeit im Jahre 1934 eine Zunahme seiner Mitgliederzahl trotz Abwanderung und trotz der wirtschaftlichen Lage des deutschen Judentums erhöhen konnte.

Syndikus Dr. Werner Grunsfeld (Hamburg), der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbandes, gab einen Ueberblick über die Arbeit des Vorjahres. Zahlreiche Einzelfragen wurden bearbeitet, so die der Angestellten, der Apotheker, der Ehestandshilfe, Bedarfsdeckungsscheine, Insertion in Tageszeitungen usw. usw. Mehr als 3000 Fälle mußten allein Hamburg behandelt werden. In einer Reihe von Fällen, in denen Uebergriffe geschahen, konnte durch Schritte bei den zuständigen Amtsstellen und Verbänden Abhilfe geschaffen werden. Daneben wurde die Arbeit auch nach der Seite der Veranstaltungen wesentlich ausgebaut. Dabei ist auch die dankenswerte Aktivität der Frauengruppe hervorzuheben. Zahlreiche Versammlungen und Besprechungen fanden statt, der Syndikus besuchte etwa 50 Orte, davon mehrere zu wiederholten Malen. In Hannover wurde eine regelmäßige Sprechstunde eingerichtet. Die Sprechstunde in Hamburg (Montag bis Freitag, von 10 bis 1 Uhr), die auch Nichtmitgliedern zur Verfügung steht, wird sehr stark, besonders auch aus dem Lande, in Anspruch genommen. Eine Reihe von Ortsgruppen entfalten eine außerordentlich rege Tätigkeit, andere, die bisher der Vereinsarbeit fernstanden, schließen sich an die Gesamtarbeit enger an und kommen auch ihren Beitragsverpflichtungen besser nach.

[...]

**Nr. 10**

Ein Vortragsabend mit Oberrabbiner Joseph Carlebach

16. Mai 1935

Staatsarchiv Hamburg, 522-1 Jüdische Gemeinden, 961, Bl. 17

## CENTRALVEREIN

deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens e.V.  
Landesverband Nordwestdeutschland

Hamburg 13  
Beneckestr. 2 p.I

An den Vorstand  
der Jüdischen Gemeinde Wandsbeck,  
Wandsbeck.

16.5.35

Wir gestatten uns, Sie zu dem am  
Donnerstag, dem 23. Mai, 20 ½ Uhr  
im Weissen Saal des Curio-Hauses  
stattfindenden

## Vortragsabend

ergebenst einzuladen.

Herr OBERRABBNER DR. Joseph CARLEBACH spricht über  
»DAS WESEN DES TALDMUD«.

Es würde uns ausserordentlich freuen, Sie an diesem Abend begrüßen zu dürfen.

In vorzüglicher Hochachtung  
Frauengruppe des  
Centralverein[s] deutscher Staatsbürger  
jüd. Glaubens, Ortsgr. Hamburg-Altona  
i.A. Anni Bauer

**Nr. II**

Aus der täglichen Arbeit des norddeutschen Centralvereins

August 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 32 vom 6.8.1936, S. 3

### **Der Centralverein berichtet**

Aus einem Gespräch mit Syndikus Freudenthal<sup>4</sup>

Vor kurzer Zeit hat der Centralverein die Leitung seiner Hamburger Geschäftsstelle Herrn Dr. jur. Ludwig Freudenthal (früher Erfurt) als ihrem neuen Syndikus übergeben. Wir haben Gelegenheit genommen, Herrn Dr. Freudenthal über sein Betätigungsfeld zu befragen, um so ein Bild von der Arbeit einer der wichtigsten Institutionen des jüdischen Lebens zu erhalten.

Frage: Worin besteht Ihre Aufgabe?

Antwort: Wenn man unsere Aufgabe in einem Wort zusammenfassen will, so heißt sie: Helfen! Das verbindet uns mit all den anderen Organisationen, die für die Juden in Deutschland wirken und mit denen wir uns in diesem Ziel einig wissen. Aber gemäß der zwischen den einzelnen Hilfsstellen im allseitigen Einverständnis vorgenommenen Arbeitsteilung erstreckt sich die von uns geleistete Hilfe in erster Linie auf die wirtschaftlich-juristische Betreuung eines jeden in Deutschland lebenden Juden, der rat- und hilfsbedürftig zu uns kommt. Wir nehmen an den Sorgen jedes Einzelnen teil, versuchen, Unsicherheit in Sicherheit zu wandeln und so dazu beizutragen, daß die Menschen wieder mit dem Leben fertig werden. Bald nach dem Umbruch ist übrigens die Behandlung von Problemen, die für ganze Berufsgruppen einheitlich zu stellen sind, dem Centralverein übertragen worden, und so hat er über den Kreis seiner Mitglieder hinaus den Juden in Deutschland zur Seite stehen können. Diese Tätigkeit steht nicht damit im Widerspruch, daß der Centralverein der Auswanderung selbstverständlich sein tätiges Interesse zuwendet, wofür vor allem die Gründung der Auswanderungsschule in Groß-Breesen bei Breslau, an der er führend beteiligt ist, Zeugnis ablegt. Es ist ja von allen Seiten anerkannt, daß die auf Auswanderung gerichteten Bestrebungen noch auf Jahre hinaus von der Betreuung der hier Verbleibenden unterstützt werden müssen.

Frage: In welcher Weise entwickeln Sie Ihre Tätigkeit?

Antwort: Auch in Hamburg-Altona finden, wie an vielen anderen Orten, ständig Sprechstunden statt, in denen die Arbeit des Tages sich mit den Sorgen, Schwierigkeiten und Existenzfragen des Einzelnen zu beschäftigen hat. Dadurch ist jedem Juden die Möglichkeit gegeben, sich Auskunft und Beratung zu verschaffen. Aber

4 Dr. jur. Ludwig Freudenthal (1885-1944 [Auschwitz]) war im Sommer 1936 zum Geschäftsführer des Landesverbandes bestellt worden. Im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom 1938 wurde er verhaftet und später, am 19. Juli 1942, zunächst nach Theresienstadt und von dort am 16. Oktober 1944 nach Auschwitz deportiert. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. III.



auch in anderen Gemeinden des Nordwestdeutschen Verbandsgebietes, das sich bis nach Hannover, Mecklenburg usw. erstreckt, werden solche Sprechstunden abgehalten, so daß auch für den Bewohner kleinster Gemeinden die Möglichkeit der Aussprache und Rateinholung geschaffen ist. Durch derartige Beratungsstellen wird aus Ratlosigkeit wieder gefaßter Sinn, das allgemeine Lebensgefühl wird gefestigt und gesteigert, und das häufig unsichere Tasten und unklare Wollen erhebt sich zu einer, den veränderten Lebensformen entsprechenden festen Haltung. Manche Existenz konnte in dieser Weise erhalten werden, viele wurden durch das Gefühl, in ihrem Schicksal sachverständige Berater zur Seite zu haben, in den Stand versetzt, ihre schwere Lage zu meistern.

Frage: Auf welche Kreise und welche besonderen Gebiete erstreckt sich Ihre Arbeit?

Antwort: Alle wirtschaftlichen und rechtlichen Tatsachen, die unser Gemeinschaftsleben durchwirken, werden von uns behandelt. Industrielle, Kaufleute, Gewerbetreibende, entlassene Beamte, Angestellte, Handelsvertreter, Markt- und Straßenhändler, Viehhändler und andere Träger von Beziehungen zum Reichsnährstand, Aerzte, Rechtsanwälte, Zeitungsverleger und Kunsthändler, Grundeigentümer und Mieter, Hausangestellte, Kleinrentner und viele andere Einzelpersonen oder Berufsgruppen nehmen uns ratsuchend in Anspruch. Auf dem Gebiete des Zivil- und des öffentlichen Rechts, im Bezirk des Gewerberechts, des Arbeitsrechts oder in den Fragen des kulturellen Lebens werden sie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen belehrt. In schriftlichen Anfragen und vielen tausenden persönlichen Unterredungen haben sich in Berlin und anderen Orten die Juden Deutschlands an unsere juristisch-wirtschaftlichen Beratungsstellen gewandt und damit deren Notwendigkeit erwiesen. Der Centralverein faßt durch seine sachkundigen Mitarbeiter aus Anregungen, die ihm so aus der ständigen Fühlungnahme mit den unzähligen Menschen und den Zentralstellen zukommen, ganze Sachgebiete in grundsätzlicher Durcharbeitung zusammen.

Frage: Was erwarten Sie von Ihrer Tätigkeit in Hamburg?

Antwort: Ich hoffe, daß unsere juristisch-wirtschaftliche Beratungstätigkeit sich weiter ausgestaltet und daß meine Bemühungen, jüdischen Menschen zu helfen, darin Erfolg haben, daß die persönliche Fühlungnahme erweitert und vertieft wird. Dabei ist mir die Tatsache ein wertvoller Faktor, daß der Vorsitz des Landesverbandes Nordwestdeutschland in den Händen einer so kraftvollen Persönlichkeit wie Rechtsanwalt Rudolf Samson liegt. Ich selbst bin viele Jahre gleichzeitig Zivilanwalt, Strafverteidiger und Notar gewesen, arbeite seit Jahrzehnten ununterbrochen im Centralverein mit, zu dessen Hauptvorstand ich gehöre und von dem ich einem Landesverband lange Zeit vorgestanden habe. In fester Glaubenstreue verwurzelt und aus der jüdischen Jugendbewegung hervorgegangen, liegt mir wesentlich daran, hier auch der Jugend, an deren Schicksal ich besonderen Anteil nehme, mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. In diesem Sinne hoffe ich, mein Wirken hier segensreich gestalten zu können.

Nr., 12

Die Tagung des Centralvereins, Landesverband Nordwestdeutschland

27. November 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,  
Bl. 254

11.11.1936 A

39

**JÜDISCHER CENTRAL-VEREIN E. V.**  
Landesverband Nordwestdeutschland

HAMBURG 13, den 27. November 1936  
Benedekstraße 2, Fernruf: 44 50 71

Wir gestalten uns, Sie zu unserer am

**Sonntag, dem 6. Dezember 1936, vormittags pünktlich 11-Uhr,  
in Hamburg, Oberstraße 120, Gabriel-Rieser-Saal des Tempels,**

stattfindenden

**LANDESVERBANDS-TAGUNG**

einzuladen.

Es werden über

**Die Arbeit des Jüdischen Central-Vereins im Reiche  
und im Landesverband Nordwestdeutschland**

sprechen:

1. **Dr. Ernst Herzfeld, Essen,**  
Vorsitzender des Jüdischen Central-Vereins E. V.
2. **Rudolf Samson,**  
Vorsitzender des Landesverbandes Nordwestdeutschland
3. **Dr. Hans Reichmann, Berlin**  
Syndikus des C. V.
4. **Dr. Ludwig Freudenthal, Hamburg,**  
Syndikus des Landesverbandes Nordwestdeutschland

Im Anschluß an die Referate wird Gelegenheit zur Aussprache gegeben werden.

Während der Verhandlungspause kann ein Frühstück eingenommen werden.

Mit der Beendigung der Tagung ist in so zeitiger Nachmittagsstunde zu rechnen, daß den auswärtigen Teilnehmern die Rückfahrt am gleichen Tage ermöglicht ist.

Wir rechnen bestimmt mit Ihrem Erscheinen.

Wir bitten Sie, uns auf beiliegender Karte spätestens bis zum 2. Dezember 1936 mitzuteilen, ob Sie an der Tagung und am Frühstück teilnehmen werden.

In vorzüglicher Hochachtung

**Jüdischer Central-Verein E. V.**  
Landesverband Nordwestdeutschland  
Der Vorsitzende  
RUDOLF SAMSON



**Nr. 13**

Neue Aufgaben des Jüdischen Centralvereins

6. Dezember 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 12 vom 18.12.1936, S. 6

**Aus dem Landesverband Nordwestdeutschland des Jüd. Central-Vereins<sup>5</sup>**

J.L. Zu der Tagung des Landesverbandes Nordwestdeutschland des Jüdischen Central-Vereins, die am 6. d.M. stattfand, waren Vertreter aus dem gesamten Verbandsgebiet erschienen. Nach Begrüßungsworten des Herrn Dr. Eichholz, der den erkrankten Vorsitzenden R.-A. Rudolf Samson vertrat, gedachte Rabbiner Dr. Italiener des dahingeshiedenen Justizrats Dr. Brodnitz-Berlin, des langjährigen Vorsitzenden des C V, zu dessen Ehren die Anwesenden sich von den Plätzen erhoben.

Dann schilderte Dr. Herzfeld-Essen, der jetzige Vorsitzende des C V, in einem Vortrage »C V einst und jetzt« die Ziele des C V bei seiner Gründung 1893, als er der immer mehr um sich greifenden Assimilation Einhalt zu tun und die verfassungsmäßigen Rechte der Juden wahrzunehmen unternahm. Eine zweite Epoche der Vereinsarbeit begann nach dem Kriege; jetzt galt es, das neu erwachte Gemeinschaftsempfinden der Juden in Deutschland durch Wort und Schrift zu stärken und lebendig zu erhalten und ihrer inneren Verbundenheit durch den Ausbau der Organisation Ausdruck und Halt zu verleihen. Gleichzeitig begannen aber auch im innerjüdischen Kreise die Auseinandersetzungen. Für den C V war die Religion die Grundlage der jüdischen Gemeinschaft: so geriet er in Meinungsstreit mit den Vertretern des national-jüdischen Gedankens, wenn er auch zuletzt der Bedeutung des Aufbauwerkes im Heiligen Lande sich nicht verschloß, das er nur nicht als eine endgültige Lösung des gesamten jüdischen Problems hätte anerkennen können. 1933 begann mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus der dritte Abschnitt der Geschichte des C V. Seine alten Ziele konnte er nicht mehr verwirklichen, er steckte sich neue, machte sich die geistige, rechtliche und wirtschaftliche Sicherung des Teiles der Juden, die in Deutschland bleiben wollen oder müssen, zur beherrschenden Aufgabe und beteiligte sich an der Gründung der Reichsvertretung, in der sie heute ihre allgemein anerkannte Spitze erblicken. Ohne die frühere Arbeit des C V hätten die Juden in Deutschland nicht den inneren Halt gehabt, ihr Schicksal würdig zu tragen, und heute wecke und erhalte er Lebenswillen, Lebenskraft und Lebensmut zur Erhaltung und Kräftigung von Judentum und Judenheit.

[...]

5 Der »Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens« hatte 1936 den Namen »Jüdischer Central-Verein« angenommen; Barkai, Der Centralverein, S. 343 mit Anm. 4.

Nach der Mittagspause kamen die Vertreter der Ortsgruppen zum Worte, die in reicher Fülle Anregungen und Mitteilungen vom Leben in den Kleinstädten vorzubringen hatten und deren Anfragen Herr Dr. Reichmann zusammenfassend beantwortete.

#### **Nr. 14**

Über die »Arbeit in der Gegenwart«

9. September 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 36 vom 9.9.1937, S. 16 a

### **Arbeit in der Gegenwart**

Die Tätigkeit des Kreises im Jüdischen Central-Verein

Unter sehr zahlreicher Beteiligung fand vor kurzem der Eröffnungsabend für die Winterveranstaltungen des »Kreises im Jüdischen Central-Verein« im Jugendheim, Johnsallee, statt. Dr. L. Freudenthal begrüßte Gäste und Mitglieder, indem er betonte, daß diese Kundgebung unser jüdisches Leben nach verschiedenen Blickpunkten durch eine Reihe von Rednern beleuchten solle. Man gebe sich keiner illusionistischen Bewertung der Möglichkeiten hin, von der unser Leben nach der geistig-seelischen Seite geformt werde und weiter seine Form erhalte. Nur wenige der Vorstellungen, die man vor wenigen Jahren für die Richtung und Gestaltung unserer jüdischen Zukunft hatte, haben sich verwirklicht. Neue Probleme sind aufgetaucht und haben eine einheitliche Haltung der jungen Menschen gehindert. An den Arbeiten ihrer Gruppen nahmen viele nicht teil, weil Berufsarbeit und Berufssorgen sie daran hinderten, und darunter litt auch die Durchführung aller Programme. Sicher ist ferner die Zahl derer, denen zu helfen ist, größer als die Zahl derer, die zu helfen fähig sind, weil viele nicht mehr da sind. Wenn es auch verlockend wäre, über die Ereignisse der letzten Zeit in Zürich oder in Marienbad zu sprechen, so solle das heute zurücktreten gegen die Besprechung eines neuen Arbeitsplanes. Erzieherische und neuschöpfende Kräfte entströmen den Schätzen des jüdischen Geistes, und jüdisches Leben ist nicht vorstellbar, wenn es nicht aus diesen Quellen gespeist wird. Sie muß jede jüdische Organisation in den Vordergrund rücken. Innerhalb der jüdischen Gemeinschaft machte sich leider eine starke geistige Verflachung breit, und ihr wollen wir entgegenarbeiten. Wir erkennen auch die Arbeit des Jüdischen Kulturbundes an und setzen voraus, daß sie jeder nach seinem Vermögen fördert. Schließlich wollen wir nicht eine Gemeinschaft von Autoschlossern und Sprachschülern sein, sondern wir wollen auch andere Fähigkeiten entwickeln. Nicht nur eine sinnvolle Gestaltung der Freizeit wollen wir anstreben, sondern wir wollen alle Probleme des Lebens erfassen. Deshalb wird der Kreis versuchen, seine Mitglieder über alles zu belehren. Echtes Jungsein heißt Aufgeschlossenheit gegenüber den

geistigen Grundwerten unseres Daseins. Dieses Jungsein soll uns nicht unter der Last der Sorgen verloren gehen. Bildung ist stets eine Funktion der Gemeinschaft, und hier soll die Problematik unserer Jugend in Liebe behandelt werden.

Nach ihm ergriff Dr. Max Plaut das Wort, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, in diesem Kreise sprechen zu können, den er zu gründen half. Er behandelte die Aufgaben unserer Gemeinde auf allen Gebieten, indem er in klaren Ausführungen darlegte, wie sich diese in Theorie und Praxis gestalten. Nach der Schilderung der Kultusverbände und der freien und geschlossenen Wohlfahrtspflege kam er besonders auf die Jugendfürsorge zu sprechen, wie sie in den verschiedensten Zweigen und Anstalten von der Gemeinde ausgeübt wird. Dann warb er aber auch um Mitarbeit der jungen Menschen an den Aufgaben der Gemeinde, die durch Abwanderung einen großen Verlust an Mitarbeitern habe. Hier komme in erster Linie die aktive Teilnahme an der Jüdischen Winterhilfe in Frage, die nur dann in der hier gewohnten musterhaften Weise durchgeführt werden könne, wenn sich genügend gewissenhafte Helfer zur Verfügung stellen.

Ueber die Vorbereitung zum Winterprogramm sprach dann Alfons Jakobson. Es solle der Belehrung und Unterhaltung, aber auch der freudigen Gestaltung des Lebens gewidmet sein. Die Einheit der gemeinsamen Zukunft und alter jüdischer Tradition binde die gesamte jüdische Jugend, gleichviel ob sie im Lande bleibe, ob sie nach Palästina oder nach außerpalästinensischen Ländern auswandere. Er legte dann ein bis ins einzelne ausgearbeitetes Programm vor, das folgende Punkte umfaßt: Auswanderung, Wirtschafts- und Devisenrecht, Jüdische Wissenschaft und Kultur, Freizeitgestaltung, Handfertigkeit und Kunstgewerbe, Führungen durch Hamburger Anstalten und Institutionen, gesellige Veranstaltungen, Gemeinschaftsmusik u.v.m. Als Redner und Leiter haben sich eine ganze Reihe der ersten Persönlichkeiten aus Hamburg und Berlin zur Verfügung gestellt, so die Herren Oberrabbiner Dr. Carlebach, Oberrabbiner Dr. Italiener, Rabbiner Dr. Holzer, Oberrabbiner Dr. Weisz, Dr. Veis, Rabbiner Duckesz, Dr. Liebeschütz, Dr. Freudenthal, Dr. Jacobsen, K. Rothschild, H. Kohn, J. Lehmann, Dr. Hirschberg, Frau Margarete Edelheim, Henry Chassel usw. Er bat um eifrige Beteiligung, damit das umfangreiche Programm zur Durchführung gelangen könne.

Ueber die Betätigung im Sport und in körperlichen Uebungen sprach Julian Lehmann, der hervorhob, daß gerade dieser Kreis sich als erster s.Zt. zur Gründung einer nun blühenden Sportgemeinschaft zur Verfügung gestellt habe. Indem er die Gedanken der Kameradschaft und des wahren Sportgeistes entwickelte, die befruchtend auf jede Tätigkeit wirken müssen, forderte er die Anwesenden dazu auf, sich durch systemvolle Pflege körperlicher Uebungen auch die Spannkraft des Geistes zu erhalten, die heute mehr denn je nötig sei. Selbst nur das Zuschauen bei sportlichen Ereignissen wirke in gewissem Sinne erfrischend und rufe eine gewisse Befriedigung hervor, der dann die eigene Arbeit an sich naturnotwendig folge. Ein kurzes Eingehen auf den jüdischen Sport und seine Einrichtungen schloß sich an.

[...]

**Nr. 15**

Die veränderte Politik des Centralvereins in der Auswanderungsfrage

24. November 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 12 vom 10.12.1937, S. 5f.

### **Fragen jüdischer Auswanderungspolitik**

Ueber Fragen jüdischer Auswanderungspolitik sprach am 24. v.M. im Kreis des Jüdischen C.-V. Herr Dr. Kurt J. Riegner-Berlin. In seinem mehr als einstündigen Vortrage schilderte der Redner zuerst die bisherige Art der jüdischen Wanderung, die mit dem Ausdruck Tropfenauswanderung treffend charakterisiert wird. Die Einzelauswanderung gäbe zwar dem einzelnen in sehr vielen Fällen eine Existenz, aber auch in dem Sinne treffe das Wort von der Tropfenauswanderung zu, daß sie sich verflüchtige, d.h., daß die Auswandernden in vielen Fällen dem Judentum, mindestens in ihrer Nachkommenschaft, verloren gehen. Der Redner deutete im weiteren Verlauf seiner Ausführungen an, daß auf dem Gebiete der Einwanderungserlaubnis noch vieles zu erreichen sein werde, wenn mehr als bisher die in Betracht kommenden Länder zur Erkenntnis des wohlverstandenen Interesses gebracht würden, welches sie an solchen Einwanderern haben müßten, die, sei es als Kaufleute, sei es als Handwerker, sei es als Industrielle, das wirtschaftliche Leben der Einwanderungsländer befruchten und neue Arbeitsgebiete für sie erschließen könnten. Er wies weiter darauf hin, daß beispielsweise auch die Schiffahrtsgesellschaften zu einer organisierten Mitarbeit bei der Lenkung der Auswanderung herangezogen werden könnten, an der sie ja finanziell außerordentlich interessiert sind. – Weiterhin besprach der Redner die auf Gruppenwanderung hinzielenden Bestrebungen, die er verwarf, soweit sie sich unter den Begriff des Territorialismus zusammenfassen lassen, also alle diejenigen Pläne, welche geschlossene jüdische Siedlungen, in welchen Ländern immer, befürworten. Die Geschichte zeige, daß solche Siedlungen auf die Dauer auf Gegnerschaft stoßen; ganz besonders wehre sich gegen solche geschlossenen Siedlungen heute das nationale Empfinden und das Selbstbewußtsein der Völker, die sich als die Herren der Einwanderungsländer empfinden. Dagegen befürwortete der Redner die planmäßig gelenkte Wanderung in kleinen Gruppen, die groß genug seien, um ihren Teilnehmern einen inneren Halt zu bieten, ohne daß nach der einen Seite hin die Gefahr der Verflüchtigung bestehe und ohne anderseits die Gegnerschaft in den Einwanderungsländern zu erwecken. Voraussetzung bei solcher Gruppenwanderung sei die zweckmäßige Zusammensetzung der Auswanderungsgruppen durch Heranziehung der verschiedensten Berufe. Im Zusammenhang hiermit besprach der Redner auch die Möglichkeit der Siedlung von Juden in den Einwanderungsländern, deren Bedeutung er anerkannte, deren Schwierigkeiten er aber nicht verschwieg.

## 26.1.2 Die Agudas Jisroel Ortsgruppe Groß-Hamburg

**Nr. 1**

Die Generalversammlung der Hamburger Agudas Jisroel

Januar 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 3 vom 17.1.1935, S. 1

**Generalversammlung der Agudas-Jisroel**

Im Agudoheim fand unlängst die verhältnismäßig gut besuchte diesjährige Generalversammlung der Agudas-Jisroel, Ortsgruppe Hamburg-Altona, statt. Der Vorsitzende berichtete über die Arbeit des Vorstandes in der Berichtszeit, die dieser in enger Zusammenarbeit mit der Jugendgruppe zu bewältigen hatte.

Das Hamburger Kommissariat der Keren-Hajischuw arbeitet im engsten Einvernehmen mit dem Vorstände. Der Vorsitzende betonte auch, daß der bevorstehende Delegiertentag der deutschen Agudoh auf Anregung der Hamburger Ortsgruppe einberufen sei, weil es notwendig erscheine, der Bewegung auch in Deutschland neue Impulse zu geben, vor allem einen neuen arbeitsfähigen Landesvorstand zu wählen.

Mehreren jungen Damen unserer Gemeinde bzw. aus Nachbargemeinden war die Ortsgruppe aus eigenen Mitteln behilflich, ihre Studien im Bes-Jaakauw-Seminar zu Wien fortzusetzen und zu Ende zu führen. Die Damen wirken jetzt bereits als Lehrerinnen in auswärtigen Bes-Jaakauw-Schulen.

Verschiedentlich gelang es uns durch unsere Palästina-Zentrale, Chaluzim und nach Palästina auswandernden Familien die Möglichkeit zur Uebersiedlung durch ideelle und materielle Hilfe zu verschaffen.

Aus dem Kassenbericht, den Herr Max Feiber erstattete, konnte man mit Bedauern den starken Mitgliederschwind feststellen, der in der Hauptsache auf Abwanderung zahlungskräftiger Mitglieder ins Ausland zurückzuführen ist.

[...]

Im Anschluß an den Jahres- und Kassenbericht entspann sich eine lebhaft Diskussion, in der wertvolle Anregungen gegeben wurden. So wurde der Vorstand beauftragt, agudistische Klubs ins Leben zu rufen, um der Agudas-Jisroel eine breitere Basis zu verschaffen und damit die Mitglieder sich in kleinerem Kreis besser kennenlernen. Auch die Gründung von »Pirche-Agudas-Jisroel-Gruppen« wurde angeregt. Dem Vorstand und dem Kassenverwalter wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorstand, aus dem in der Berichtsperiode zwei Herren infolge Wegzugs ausgeschieden sind, wurde wiedergewählt.

[...]

Es lag der Versammlung ein Antrag vor, den Keren-Hathorah, der früher eine segensreiche Wirksamkeit entfaltet hatte, wieder zu aktivieren. Herr Henry

Pels erhielt von der Versammlung die Vollmacht, mit von ihm zu benennenden Herren zusammen, den Keren-Hathorah wieder in Hamburg neu zu festigen. – [...]

## Nr. 2

Ziele und Aufgaben der deutschen Agudas Jisroel

10. März 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 11 vom 14.3.1935, S. III

### Jakob Rosenheim **in Hamburg**

Der Führer der Agudas Jisroel über »Die Aufgaben der deutschen Agudas Jisroel«

Die Ortsgruppe Groß-Hamburg der Agudas Jisroel hatte am Sonntagabend den Präsidenten der Weltorganisation Agudas Jisroel, Jakob Rosenheim<sup>6</sup> (Frankfurt a.M.), zu Gast, der über die »Aufgaben der deutschen Agudas Jisroel« unterrichten sollte. In der Zahl der führenden Persönlichkeiten des deutschen Judentums nimmt Herr Rosenheim eine besondere Rolle ein. Denn obwohl nicht offiziell in der Reichsvertretung der deutschen Juden vertreten, hat doch die unabhängige Orthodoxie, als deren Repräsentant er gelten kann, mit der Reichsvertretung ein Gentleman Agreement geschlossen, so daß ein gewisser Anschluß besteht. Daß die Organisation der Agudah selbst nicht so stark ist, wie sie sein könnte, verkennt der Redner des Abends am wenigsten; denn der Abstellung dieses Mangels galt ja sein Propagandavortrag. Der fromme Jude, der täglich seine Tefillin legt und dreimal in die Synagoge geht, sei ein sehr häufig vorkommender Typ, auch noch heute bei uns in Deutschland, aber seine Interessenvertretung leide darunter, daß er sich nicht zu einer starken Organisation zusammengeschlossen habe. Denn in heutiger Zeit gilt nur die Organisation etwas, und nur der kann seine Gedanken durchfechten, der in festgefühten Organisationen auftritt.  
[...]

Die Stellung der Agudah zu Erez Israel sei absolut eindeutig bestimmt durch das Gebot des Wohnens im Heiligen Lande. Man braucht hier keine Beeinflussung von außen, keine scharfsinnigen Konklusionen, kein Paktieren mit Mächten, keine Wortklaubereien um eine »Heimstätte«, man braucht nur die Kraft, das religiöse Gebot des Wohnens im Lande ausüben zu wollen, unabhängig von der Konjunktur des Tages. Und damit Menschen diese Mizwoh erfüllen können, dafür wirbt der »Keren-Hajischuw«, der dafür sorgt, daß sie ein jüdisches Leben in jüdischem

6 Jacob Rosenheim (1870-1965), Verbandsfunktionär und Verleger von *Der Israelit*, war 1912 Mitbegründer der Weltorganisation Agudas Jisroel, später deren Präsident. Rosenheim emigrierte 1935 zunächst nach England, 1941 in die USA und 1949 nach Israel.



Land leben können. Die Geduld, Gollusleid zu ertragen, gehört andererseits aber gleichfalls zu den Aufgaben, die wir unsere Kindern zu lehren haben ...

Der Redner ging nun auf die eigentliche Organisation der Agudah ein. Da sie das altüberlieferte Judentum zu erhalten habe, solle jede Ortsgruppe einen organisatorischen Kern bilden, wöchentlich zusammenkommen und alle Tagesfragen anhand der reichhaltigen jüdischen Presse im Sinne ihrer Bedeutung für das thora-treue Judentum besprechen. Besondere Aufgaben haben die Jugendgruppen und der »Noar agudati« zu erfüllen.

Den Mittelpunkt der Arbeit bildet der »Keren Hathora«, der für die Auf-richtung von Thoraschulen sorgt, für Unterbringung von Thorajüngern in den Hochburgen der Thorawissenschaft, für die Erhaltung des Thorawissens innerhalb der deutsch-jüdischen Jugend, gleich ob sie hierbleibt oder ob sie hinausgeht. In diesem Zusammenhang kam der Redner auf das Werk von Beth-Jaakow-Schulen zu sprechen, das in diesen Tagen besonders wieder in die Erinnerung ge-rufen zu werden verdiene, da Frau Sarah Schenierer, die Gründerin der Schulen, ihre Augen für immer geschlossen habe.

Auch innerhalb des deutschen Judentums habe der Keren Hathora vieles zu lei-sten. Die Notwendigkeit der Erwachsenenbildung verkenne niemand, aber das, was jetzt unter diesem Namen durch die Lande gehe, sei »ein Wegweiser in die Irre«. Man spreche und lehre über Geschichte, Sprache, Gefühl, Stimmung; aber eines fehle: das Charakteristikum des wahren Judentums; die Gläubigkeit.

Auch die Bildungspolitik im Lande Israel müsse darauf gerichtet sein, Schulen zu unterrichten, die bei allem Heranführen der Jugend an die neue Zeit sie doch festhalten lassen an der alten jüdischen Wahrheit. – Eine weitere Seite der Tätigkeit der Agudah sei den sozialen Problemen gewidmet, der Sorge für die, die am Sabbath festhalten und denen Arbeit geschaffen werden müsse, ohne daß sie von ihren reli-giösen Grundsätzen abzulassen brauchen.

Was die innerjüdische Politik anlange, so könne die Agudah nicht voll-inhaltlich mit der Reichsvertretung zusammengehen, die durch ihre Aufgaben tief in das religiöse und kulturelle Leben eingreife, und zwar in einem anderen Sinne als in dem des traditionellen Judentums. Da man aber den Wert einer einheitlichen Vertretung nie außer Acht gelassen oder verkannt habe, arbeite man freundschaft-lich mit der Reichsvertretung zusammen, soweit es sich um rein politische und wirt-schaftliche Interessen handele. Eine friedliche Zusammenarbeit sei durchaus mög-lich, gerade unter Hervorhebung, und nicht unter Verschleierung der religiösen Gegensätze.

[...]

J.W.

**Nr. 3**

Die Übersicht der Gemeinde über die Untergruppen der Agudas Jisroel  
[1935]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 325

Agudas-Jisroel Ortsgruppe Hamburg-Altona  
(jüdisch-orthodoxe Vereinigung)

*Zweck:* Zusammenschluss der orthodoxen Juden und Förderung der Bestrebung für ein orthodoxes Judentum.

*Vorsitzender:* Dr. Julius Möller, Altona, Ohlendorffsallee 8

*Büro:* Isskar Emanuel, Hamburg, Rutschbahn 11

*Mitgliederzahl am 1.1.35:* ca. 300

*Zentrale:* Landesorganisation der Agudas-Jisroel in Deutschland, Frankfurt a/M.

Untergruppen:

a) Agudas-Jisroel, Frauengruppe,

*Vorsitzende:* Frau Jenny Baer, Hansastrasse 63,

b) Agudas-Jisroel Jugend- und Mädchengruppe,

*Vorsitzender:* Alexander Heckscher, Werderstrasse 6

c) Noar-Agudati (Jugendverein)

*Vorsitzender:* Hermann Halberstadt, Oberstrasse 107

d) Esra, Jugendgruppe

*Vorsitzender:* Ortsgruppenleiter Hermann Halberstadt, Oberstrasse 107

*Büro:* Hermann Auerbach, Klosterallee 9

*Zweck:* Erziehung der Mitglieder zu thoratreuen jüdischen Menschen

Zu c) Noar-Agudati (Jugendverein)

*Zweck:* Laut § 1 der Satzung: Zusammenfassung von jüdischen Leuten zur gründlichen beruflichen und geistigen Vorbereitung für die Auswanderung nach Palästina auf der Grundlage des jüdischen Religionsgesetzes.

**Nr. 4**

Das Kindertagesheim der Agudas Jisroel

27. April 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 5 vom 17.5.1936, S. 12

Weihe des neuen Kindertagesheims der AJJ.

Vor einer größeren Öffentlichkeit wurde am 27. v.M. das neue Heim der Agudas Jisroel Jugendgruppe in der Werderstraße 18 eröffnet. Das Haus, das in einem Garten, von Grün umgeben, steht, bietet dem Kindertagesheim helle, sonnige Räume und gibt den Kindern, die es aufsuchen, und den Jugendgruppen der Agudas Jisroel die Möglichkeit, in Spiel und Arbeit den Tag und die Stunden der Freizeit zu verbringen.

Das Heim wurde der Öffentlichkeit mit einer Feier übergeben, in der für die Agudas Jisroel Herr Dr. Julius Möller-Altona die Gäste begrüßte und vor allem Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach willkommen hieß. Für die Jugendgruppen sprach Herr B. J. Jacobson Worte, aus denen die tiefe Empfindung für die Verpflichtung zur gestellten Aufgabe klang. Herrn Oberrabbiner Dr. Carlebach spürte jeder die große Freude und innere Bewegung an, daß er als eine seiner ersten Amtshandlungen in Hamburg in diesem Hause Worte der Weihe sprechen durfte. Für die Gemeinde überbrachte der erste Vorsitzende, Herr Rechtsanwalt David, die Glückwünsche. Seine Worte galten dem Klal-Gedanken und der gemeindeverbundenen Arbeit der Agudas Jisroel in Hamburg. Die Grüße der Esra-Bundesleitung übermittelte Herr Herbert Sonn. Er versuchte, in wenigen Worten eine philosophische Grundlegung jüdischer Arbeit anzudeuten. Herr Dr. Carl Flörshcim zeigte, welch große Arbeit das Kindertagesheim in den letzten Jahren für die jüdische Gesamtheit Hamburgs geleistet hat, und wie unter der Leitung von Fräulein Regina Cohn in dem neuen schönen Heim diese Arbeit fortgeführt werden soll. Die Feier wurde umrahmt von Chorgesängen des Chors der Altonaer Synagoge unter Leitung von Herrn Meno Cohn und Sologesängen von Herrn Julius Cohn, dem Kantor der Synagoge Gluckstraße. Über der Feier lag der Jubel junger Menschen, eine neue Stätte für ihr Heim gefunden zu haben.

## Nr. 5

Die Aufgaben der Agudas Jisroel<sup>7</sup>

Juni 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 6 vom 18.6.1937, S. 7



**AGUDAS-JISROEL-GRUPPEN, GROSS-HAMBURG**  
**KENESSIO GEDAULO-BURO**  
**HAMBURG 13 WERDERSTR. 18**

---

HAMBURG, Juni 1937 / Siwan 5697

## Juden und Jüdinnen Groß-Hamburgs!

Die 3. Kenessio Gedaulo — Große Versammlung — der Agudas Jisroel ist, nachdem ihre Durchführung in Erez Jisroel sich aus politischen Gründen als unmöglich erwiesen hat, auf den 11. bis 16. Elul / 18. bis 23. August d. J. nach Marienbad einberufen worden.

Der 3. Kenessio Gedaulo der Agudas Jisroel, als der berufenen Vertreterin der großen todtreuen Massen des jüdischen Volkes, fallen bedeutende Aufgaben zu.

**Sie hat die Aufgabe,**  
 der Welt das wahre Angesicht des jüdischen Volkes zu zeigen, als eines Volkes, das sich seiner Bestimmung bewußt ist, das Volk Gottes und das Volk seiner Tora zu sein.

**Sie hat die Aufgabe,**  
 vor den Völkern der Erde unseren Anspruch auf Erez Jisroel erneut zu erheben und für das zur Wanderung getriebene Volk Lebensraum im Lande unserer Väter zu fordern; vor der jüdischen Welt aber zu fordern, daß man die Heiligkeit des Bodens nie vergesse.

**Sie hat die Aufgabe,**  
 in der Frage der Regulierung der großen jüdischen Wanderung die Zusammenfassung aller an diesem Werk arbeitenden Organisationen anzustreben, um diese gewaltige Lebensfrage unseres Volkes einer Lösung zuzuführen — ohne dabei die Bedürfnisse der jüdischen Seele zu vernachlässigen.

Die Bewältigung dieser großen lebenswichtigen Aufgaben hängt sehr wesentlich davon ab, daß jeder Jude und jede Jüdin sich durch den Erwerb des

## SELASCHEINES

zu diesen Aufgaben bekennt! Mit ihm erwirbt jeder Mann das aktive Wahlrecht zur Kenessio Gedaulo der Agudas-Jisroel-Weltorganisation, jede Frau das Wahlrecht zu dem gleichzeitig stattfindenden Frauenkongreß der Agudas Jisroel. Wir rufen auf zum Erwerb des Sela zur 3. Kenessio Gedaulo der Agudas Jisroel.

**Stärket die Reihen der Kämpfer für die Sache unseres Volkes!**

<b>Agudas Jisroel Ortsgruppe</b> Dr. Julius Möller	<b>Agudas Jisroel Frauengruppe</b> Jonny Baer	<b>Aguda-Jugend</b> José Hesse
---	--	-----------------------------------

Alle die Kenessio Gedaulo betreffenden Anfragen sind zu richten an das Büro der Agudas Jisroel, Hamburg 13, Werderstr. 18

<sup>7</sup> Bei dem im Text verwandten Ausdruck Selaschein handelt es sich um eine Bestätigung der Zugehörigkeit. Das hebräische Wort aus dem Alten Testament »Sela« bedeutet »so ist es« und wird meist im Zusammenhang mit der Wendung »amen, amen, sela« verwendet.

## 26.2 Hamburger jüdische Vereine

## 26.2.1 Der Jüdisch-Liberale Gemeindeverein

**Nr. 1**

Das Gründungsstatut des Jüdisch-Liberalen Gemeindevereins

1931

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 838, Bl. 21-23

## § 1.

Unter dem Namen

## JUEDISCH - LIBERALER GEMEINDEVEREIN

wird ein Verein errichtet, der ins Vereinsregister eingetragen werden soll. Der Sitz des Vereins ist in Hamburg. –

## § 2.

Der Verein bezweckt den Zusammenschluss der liberalen Mitglieder der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg, sowie die Wahrnehmung und Förderung der Hamburger Gemeinde-Interessen auf dem Boden jüdisch liberaler Anschauung. Dieser Zweck soll insbesondere erreicht werden;

- 1.) durch Veranstaltung von Vorträgen über Gemeindefragen,
- 2.) durch Erörterung von Gemeindeangelegenheiten in Versammlungen,
- 3.) durch Vorbereitung von Wahlen innerhalb der Gemeinde.

## § 3.

Mitglied kann werden, wer Mitglied der Deutsch-Israelitischen Gemeinde in Hamburg ist und die Interessen der Anhänger der jüdisch liberalen Anschauung in der Gemeinde fördern will. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. –

## § 4.

[...]

## § 7.

Der geschäftsführende Vorstand besteht aus 11 Personen, und zwar dem 1. Vorsitzenden, dem 2. Vorsitzenden, dem Schriftführer, dem Schatzmeister und 7 Beisitzern. –

Die Mitgliederversammlung wählt den geschäftsführenden Vorstand auf fünf Jahre. Der geschäftsführende Vorstand verteilt die Ämter unter sich. Soweit ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes während der Amtszeit ausscheidet, ergänzt sich der Vorstand selbst durch Zuwahl aus den Vereinsmitgliedern. –

Der geschäftsführende Vorstand ist beschlussfähig, wenn fünf Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. –

§ 8.

Dem Vorstand liegt die Einberufung der Mitgliederversammlung ob. Die Einberufung hat nach Bedarf oder auf Antrag des 10. Teiles der Mitglieder unter Angabe des Zweckes und der Gründe zu erfolgen. –

Die Berufung erfolgt entweder durch schriftliche Einladung oder durch Bekanntmachung im Gemeindeblatt oder im Hamburger Familienblatt. Zwischen der Einberufung und der Mitgliederversammlung muss eine Frist von vier Tagen liegen. Die gefassten Beschlüsse werden vom Vorsitzenden und Schriftführer beurkundet.

–

§ 9.

Die Auflösung des Vereins kann durch gleichlautenden Beschluss zweier aufeinanderfolgender Mitgliederversammlungen mit einer Mehrheit von  $\frac{3}{4}$  der erschienenen Mitglieder beschlossen werden.

Die zweite Versammlung hat über die Verwendung des Vereinsvermögens zu beschliessen mit der Beschränkung, dass dasselbe nur einer jüdischen Vereinigung oder Anstalt zufließen darf.

Hamburg, den 13. April 1931.

gez.	Dr. Münden
"	Dr. Fränkel
"	Paul Koretz
"	Alfred Lisser
"	Erna Tentler
"	Gertrud Alsberg
"	Louise Derenberg
"	Jacob Valk
"	Dr. M. Heckscher
"	Dr. Hans Levien

**Nr. 2**

Eine Veranstaltung: Über die Trauerkundgebung für Sidonie Werner und Rabbiner Bruno Italiener berichtet über den Weltkongress des religiös-liberalen Judentums  
Januar 1933  
Hamburger Familienblatt Nr. 2 vom 12.1.1933, S. 1

### **Veranstaltung des Liberalen Gemeindevereins**

Trauerkundgebung für Sidonie Werner – Rabbiner Dr. Italiener  
über eine Hollandreise

Der Jüdisch-Liberale Gemeindeverein und die Ortsgruppe Hamburg der Vereinigung für das Liberale Judentum hatten am vergangenen Montag zu einer gemeinsamen Veranstaltung im Gabriel-Rießler-Saal geladen, die derart stark besucht war, daß der Raum kaum ausreichte. Nach einem Orgelvortrag, ausgeführt von Oberkontor *Kornitzer*, begrüßte Herr *Koretz* als Vorsitzender des Gemeindevereins die Erschienenen und sprach einige tief empfundene Worte des Gedenkens an die dahingeschiedene Frau *Sidonie Werner*, die seit der Gründung des Jüdisch-Liberalen Gemeindevereins diesem als Vorstandsmitglied angehört hatte. Er schilderte, wie diese Frau eine Quelle von Kraft und starkem Willen gewesen sei, daß ihre jüdische Gläubigkeit, ihre Liebe zum Deutschtum gerade den religiös-liberalen Grundgedanken verkörpert habe. Noch in aller Erinnerung sei es, wie sie von der gleichen Stelle aus bei dem letzten Gemeindeabend einen Mahnruf an die jüdischen Frauen zur Mitarbeit gerichtet habe. Zum Andenken an die Verstorbene erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen, während feierliche Orgelklänge einige Minuten des Gedenkens erstehen ließen. – Herr *Koretz* betonte weiterhin, daß hier zum ersten Male die beiden liberalen Vereinigungen gemeinsam zum Zeichen der Verbundenheit der liberalen Bestrebungen mit einer Veranstaltung hervorgetreten seien. Das liberale Element sei ziffernmäßig in der Gemeinde am stärksten, ebenso müßte auch sein Einfluß werden. Demnächst werde man zu den Problemen der Gemeindegarbeit auch hier im Gemeindeverein Stellung nehmen.

Hierauf ergriff Rabbiner Dr. Italiener das Wort zu seinem Vortrage, »Eindrücke einer Hollandreise«. An die Spitze stellte er einen Satz des niederländischen Malers van Gogh: »Man kann die Bilder Rembrandts nicht sehen, ohne an Gott zu glauben und ihm näherzukommen.« So bestehe eine innere Verbundenheit zwischen dem Ort, an dem Rembrandt gelebt und der Tagung der Jüdisch-Liberalen Weltverbandes, die dort stattgefunden habe, und wo man auch versucht habe, der religiösen Gedankenwelt des Liberalismus näherzukommen. Die Liberale Weltkonferenz habe ursprünglich in Hamburg stattfinden sollen, aber die allgemeinen Verhältnisse hätten dies nicht gestattet. In Holland sei gegenwärtig auch eine Bewegung im Gange, um den Liberalismus zu organisieren, was bisher noch nicht der Fall war. Der Mangel an einer liberalen Organisation habe sich schmerzlich gezeigt,

denn da in Holland die Gemeinden streng orthodox geführt seien, aber kein Gemeindezwang bestehe, gehörten diesen Gemeinden nur 50 % der dort wohnenden Juden an, und unter den übrigen vermisste man jede Fühlungnahme mit der Religion, insbesondere wachse die Jugend ohne allen Religionsunterricht heran. Der Redner schilderte nun im einzelnen den Verlauf der Weltkonferenz mit ihren eindrucksvollen Vorträgen, Gottesdiensten und Veranstaltungen.  
[...]

il.

**Nr. 3**

Das Sitzungsprotokoll, Juni 1934

18. Juni 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 838, Bl. 86

Jüdisch-Liberaler Gemeindeverein e.V.

## Protokoll

über die Sitzung vom 18. Juni 1934.

Tagesordnung:

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Eingänge
3. Kassenbericht
4. Aussprache über ein Projekt bezüglich der Jüdisch-Liberalen Zeitung
5. Besprechung über einen zu veranstaltenden Gemeindeabend
6. Sonstiges.

1. Anwesend die Herren Dr. Eichholz, Dr. Italiener, Friedländer, Dr. Magnus.

Herr Dr. Eichholz eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass der Vorsitzende Herr Koretz durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei und ihn mit seiner Vertretung beauftragt habe. Es haben sich ferner entschuldigen lassen Herr Landau, Samson, Frau Dr. Tentler, Frau Salomon. Das Protokoll wird von Herrn Dr. Magnus geführt.

Da der Schriftführer Herr Landau nicht anwesend ist, kann das Protokoll der letzten Sitzung nicht zur Verlesung gelangen.

2. Fällt ebenfalls wegen Abwesenheit des Schriftführers aus.
3. Herr Friedländer erstattet den Kassenbericht.

29 Mitglieder sind ausgetreten, 12 unbekannt verzogen, 3 verstorben. Ein neues Mitglied ist beigetreten. Der Bestand ist somit von 275 auf 232 heruntergegangen. Es sind rückständig für 1932 10 Beiträge, für 1933 33 und für 1934 50 Beiträge. Es



wird beschlossen, die Bemühungen zur Beitreibung dieser Beiträge fortzusetzen, jedoch kein Mitglied wegen Rückstands auszuschliessen.

Die Aktiva betragen RM 2050,65.

4. Herr Dr. Italiener berichtet über die Verhandlungen mit Herrn Löwenstein wegen Beteiligung an einer Zeitung. Es wird beschlossen, aus Geldmangel und aus sonstigen Gründen von einer Beteiligung abzusehen.

Herr Dr. Italiener berichtet, dass er demnächst an einem Kongress in London teilnehmen werde, und beantragt einen Reisekostenzuschuss von RM 100.-. Demgemäss wird beschlossen.

5. Es soll Ende August ein Gemeindeabend veranstaltet werden, in dem Herr Dr. Italiener über die Londoner Weltkonferenz berichten wird. Ferner wird in Aussicht genommen, einen weiteren Gemeindeabend noch vor den Feiertagen zu veranstalten, zu dem Herr Dr. Rieger, oder falls dieser absagt, Herr Dr. Salzberger gewonnen werden soll.

6. -----

#### Nr. 4

Über die Hinwendung zum religiös-liberalen Judentum

August 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 34 vom 23.8.1934, S. I

### Wo liegt das Ziel?

Rabbiner Dr. Italiener über die Londoner Weltkonferenz des religiös-liberalen Judentums

Wer erwartet hatte, in der Veranstaltung des Jüdisch-Liberalen-Gemeindevereins im Gabriel-Riesser-Saal des Tempels am Montagabend, entsprechend dem Thema »Wir religiös-liberalen Juden in der Gegenwart. Eindrücke von der Londoner Weltkonferenz«, Zeuge einer Auseinandersetzung des religiös-liberalen Judentums, einer ernsthaften Konfrontierung des religiösen Gedankengutes dieser Richtung des Judentums mit dem Tatbestand der Gegenwart zu werden, der sah sich, das kann nicht verschwiegen werden, einigermaßen enttäuscht. Nichts liegt heute näher als das ehrliche Ringen und Suchen nach den grundlegenden Werten, und nichts liegt weiterhin näher als das leidenschaftliche Bemühen, diese grundlegenden Werte, unter denen in erster Linie die religiösen rangieren, am Erleben und der Erfahrung der Gegenwart zu überprüfen. Zwar berührte Rabbiner Dr. Italiener in seinen Einleitungsworten diese Gedanken, aber im Laufe seines Referats, das sich darauf beschränkte, eine gedrängte Uebersicht über den Verlauf der Londoner Weltkonferenz des religiös-liberalen Judentums zu geben, blieb er den Zuhörern eine Antwort dar-

auf schuldig, wie sich das religiös-liberale Judentum zu den brennenden Fragen der Gegenwart stellt. Mit besonderem Interesse sprach Dr. Italiener von der starken Beteiligung der Jugend, besonders der deutsch-jüdischen Jugend, an der Konferenz, und mit Wärme gedachte er der ernstesten Bereitschaft dieser neuen Jugend, zu glauben und zu opfern, wenn man ihr nur ein klares Ziel gebe, woran sie glauben und wofür sie opfern könne. Aber eben dieses Ziel: man vermisse es in den Ausführungen Dr. Italieners. Und wenn es den Jungen in London ebenso ergangen ist, daß sie für ihre willige Bereitschaft, für ihre Sehnsucht, die Töne nicht vernahmen, die ihnen ins Herz drangen, das Bekenntnis nicht hörten, das sie zum Glauben zwingt: dann könnte es sein, daß dem religiös-liberalen Judentum sein bester Teil, die Jugend, verloren geht.

Diese kritischen Bemerkungen entspringen einer ernstesten Sorge; sie sind diktiert von dem Pflichtgefühl, die Verantwortung jeder Institution und Organisation des deutschen Judentums klar zu machen, die ihr anvertrauten Menschen zur vollen Tiefe und Schwere des gegenwärtigen Lebens hinzuführen, sie jeder milden Täuschung zu entreißen. Neue Glaubenswerte, neue Lebenswerte werden nur gewonnen aus der mutigen, unzweideutigen Sicht in die Gegenwart. Eine religiöse Gemeinschaft, wie sie das religiös-liberale Judentum darstellt, darf nicht nur Fragen aufwerfen. Man muß sie auch durchkämpfen und zu einer Antwort gelangen, zur Rechtfertigung der religiösen Existenz.

[...]

Nach der Charakterisierung der Begrüßungsreden kam Dr. Italiener auf die eigentlichen Themen und die Referenten zu sprechen. Er erwähnte auch die Bialik-Ehrung, bei der Rabbiner Dr. Ehrenpreis (Stockholm) die Gedenkrede hielt. Als Kernstück des Kongresses bezeichnete er die Themenstellung »Israels Aufgabe als religiöse Gemeinschaft«, zu der die beiden führenden Köpfe des liberalen Judentums, Rabbiner Dr. Leo Baeck und Dr. Claude Montefiore, sich äußerten. Baecks Referat mußte verlesen werden, da er in letzter Stunde am Kommen verhindert war. Israel sei nicht nur eine Gemeinschaft, die auch eine Religion habe, sondern dessen wesentlichste Aufgabe die Religion sei. Zwischen Christentum und Islam sei das Judentum zur zentralen Gemeinde geworden, als ewige Mahnerin und Hüterin.

Im Referat Dr. Claude Montefiores sei, so meinte Dr. Italiener, die »englische Betrachtungsweise« deutlich zum Ausdruck gekommen. Die Spannungen und Probleme, die den Hintergrund der Konferenz bildeten, seien deutlich geworden. Da habe es keine gefährdeten Kategorien gegeben. In der Aussprache, die bemüht gewesen sei, das Thema enger zu umgrenzen, hätten besonders die deutsch-jüdischen Teilnehmer die brennenden Fragen der Praxis, die Not unserer Tage, in den Vordergrund gestellt. Besonders die Frage nach einer

#### **neuen Stellungnahme zum Religionsgesetz**

sei aufgeworfen worden. Die religiösen Kämpfe des 19. Jahrhunderts hätten keine Klärung gebracht. Die seelische Entwicklung der heutigen Generation verlaufe umgekehrt. Habe man damals nach Freiheit gestrebt, so strebe die heutige Jugend nach

Bindung, nach Autorität, nach Opfer. Aber opfern könne man nur für absolute Werte, und Gott sei ein absoluter Wert. Auch die Frage: »Nur Sittengesetz oder auch Zeremonialgesetz?« sei aufgeworfen worden. Diese Stellung zum Gesetz, zum Problem »Autorität oder Freiheit« habe alle Diskussionsredner beherrscht. »Das Gefühl, das Bekenntnis brach hervor, die Kräfte des religiös-liberalen Judentums, die die Vorgänge des Jahres überstehen ließen.«

Auch die Jugend kam zu Wort, in erster Linie die deutsche Jugend, und hier erwähnte Dr. Italiener besonders Heinz K e l l e r m a n n (Berlin), der auf die Frage, welchen Beitrag die Jugend zum liberalen Judentum leisten werde, antwortete: »Alles, wenn es sich selbst erneut!« Die Jugend sei bereiter als je, aber sie müsse wissen, wofür sie sich hingeben solle.

[...]

Abschließend formulierte Dr. Italiener seine Eindrücke in drei Sätzen: 1. Klar sei hervorgetreten das Bewußtsein der Gemeinschaft, der religiösen Gesinnungsgemeinschaft; jedes Land habe dafür seinen eigenen Ausdruck; 2. als Gewinn die innere Bereitschaft der Jugend, vor allem der deutsch-jüdischen Jugend, die sich so sehr unterscheide von der Jugend der beiden letzten Generationen; 3. der Gedanke des D i e n e n s, des Ausgleichs und der Versöhnung.

R.-A. E i c h h o l z, der den Abend leitete, hatte zu Beginn dem verstorbenen Vorsitzenden des Vereins, Paul Koretz, einen warmen Nachruf gewidmet. Er wandte sich zum Schluß an die Mitglieder, um ihnen zu versprechen, daß die nächsten Veranstaltungen auch die Mitglieder stärker zur Mitwirkung heranziehen sollen.

tz. [Tilly Zuntz]

## Nr. 5

Das Protokoll einer gemeinsamen Sitzung des Vorstands des Jüdisch-Liberalen Gemeindevereins und der liberalen Mitglieder des Repräsentanten-Kollegiums

11. November 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 838, Bl. 80

Jüdisch-Liberaler Gemeindeverein

e.V.

## Protokoll

der Sitzung vom 18. November 1934, vormittags 11 Uhr im Heinrich Levy-Saal des Tempels.

Anwesend vom R.-K.: die Herren Dr. Urias, Max Stern, Kurt Nathan und die Damen Bauer und Dr. Meyer-Wedell. Entschuldigt fehlt Herr Jakob Valk jr.

Anwesend vom Vorstand des J.-L. Gv.: die Herren Dr. Eichholz, Dr. Italiener, Münden, Friedländer, Dr. Feiner, Landau und Frau Salomon, Rechtsanwalt Samson. Entschuldigt fehlt Frau Erna Tentler.

Mit einer halbstündigen Verspätung eröffnet Dr. Eichholz die Sitzung und begrüßt die erschienenen R.-K.-Mitglieder. Er stellt mit Bedauern fest, dass von den eingeladenen Mitgliedern des Vorstandes der Gemeinde niemand erschienen sei, und dass auch trotz der frühzeitig erfolgten Einladung nicht einmal eine Mitteilung über das Fernbleiben erfolgt sei. Danach erteilt er sofort das Wort Dr. Urias zu seinen Ausführungen über die Gemeinde-Neuwahlen im kommenden Jahr.

Dr. Urias führt aus, dass zunächst im R.-K. der Wunsch bestanden hätte, die Amtsperiode mit Hilfe einer Verfassungsänderung zu verlängern, um eine Wahl, die nur unter recht unwürdigen Verhältnissen stattfinden könnte, zu vermeiden. Die Behörden bestünden aber, ebenso wie in anderen Teile des Reiches, auf Neuwahlen. Es soll jedoch in dieser Richtung mit den Behörden noch weiter verhandelt werden, um einen Wahlkampf zu vermeiden. Für den Fall einer Neu-Wahl sei es leider nicht möglich, eine Einheitsliste herauszubringen. Dies sei an dem Verhalten der »Volkspartei« gescheitert, der auch wohl die Schuld an dem Zustandekommen eines Wahlkampfes zuzuschreiben sei. – Jedenfalls würde sich bei einem Wahlkampf die Volkspartei einer geschlossenen Einheitsliste der anderen Parteien gegenüber sehen müssen. Jedoch bestünde hierüber noch nicht vollkommene Klarheit. – Aus weiteren Ausführungen von Rechtsanwalt Samson ergibt sich, dass in der ganzen Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen sei. – Dr. Eichholz hält es für erforderlich, innerhalb der nächsten 2 Wochen eine klare Stellungnahme der Behörden zu erzielen. – Es wird noch mitgeteilt, dass für eine Verlängerung der Amtszeit des R.-K. im R.-K. eine Mehrheit vorhanden sei.<sup>8</sup>

Münden weist darauf hin, dass bei Verlängerung der Amtszeit auf der Liste der Liberalen keine Ersatzmänner mehr vorhanden seien.

Nathan schlägt vor, einen Ausschuss zu ernennen, der sich mit den für einen Wahlkampf erforderlichen Vorarbeiten zu beschäftigen habe und mit dessen Vorbereitung. Nach Aussprache wird ein Ausschuss gewählt, der sich jedoch zunächst nur mit der Aufstellung einer Kandidatenliste befassen soll. Der Ausschuss setzt sich zusammen aus den Herren Münden, als Vorsitzenden, Jacob Landauer, Kurt Nathan, Rechtsanwalt Samson, Dr. Urias. In einem Rundschreiben an die liberalen Mitglieder des Gemeindevorstandes, des R.-K. und die Vorstandsmitglieder des J.-L.G. sollen diese aufgefordert werden, geeignete Persönlichkeiten namhaft zu machen. – In der nächsten gemeinsamen Sitzung am 16. Dezember soll über die Arbeit dieses Ausschusses berichtet werden.

8 Die turnusgemäß für das Frühjahr 1935 vorgesehene Neuwahl zum Repräsentanten-Kollegium fand nicht statt. Die Zusammensetzung eines neuen Repräsentanten-Kollegiums, dessen Amtszeit am 1. April 1937 begann, beruhte auf einer Verständigung zwischen dem bisherigen Repräsentanten-Kollegium und dem Gemeindevorstand. Vgl. dazu Kap. 4.1.2, Dok. 1 u. 2.

Die Herren Dr. Eichholz, Rechtsanwalt Samson und Dr. Urias werden noch bestimmt, die für eine Verlängerung der Amtsperiode des R.-K. erforderliche Verfassungsänderung auszuarbeiten. Dr. Urias weist darauf hin, dass auch für im Februar 1935 neu zu wählende 5 Vorstandsmitglieder der Gemeinde Vorschläge zu machen seien.

Nach Ausführungen von Nathan und Dr. Feiner, dass es bisher nicht gelungen sei, weder die Indifferenten noch die Jugendlichen zu erfassen, wird festgestellt, dass man sich dieser Aufgabe in verstärktem Mass annehmen müsse. Dr. Eichholz will sich mit Dr. Loewenberg in Verbindung setzen, der bezüglich der Jugendlichen bereits eine Art »Kurse« eingerichtet habe.

In einer kurzen Aussprache über den Vortragsabend vom 17. Dezember wird das Thema des Vortrages von Frau Dr. Meyer-Wedell wie folgt formuliert: »Was hat die Gemeinde zur Lösung der besonderen wirtschaftlichen Probleme der Juden (Landwirtschaft, Handwerk und Handel) getan?«

Zum Schluss berichtet Landau noch über die erforderliche Propaganda mit dem Hinweis, dass es nötig sei, bei den steigenden Ausgaben für vermehrte Einnahmen zu sorgen. Friedländer stimmt der Besorgnis über die schwindenden Mittel des J.-L.G. zu. Schluss der Sitzung: 13 ¼ Uhr.

Erwin Landau  
Schriftführer.

21. November 1934.

## Nr. 6

Die Erörterung der liberalen Gemeindepolitik

19. Oktober 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 838, Bl. 69-71

Sitzungsbericht der Vorstandssitzung des J.L.G.  
am 19. Oktober 1936, 20 Uhr  
im Sitzungssaal des Tempels, Oberstrasse

Herr Dr. Eichholz eröffnet die Sitzung um 20,10 Uhr. Anwesend sind die Herren Dr. Eichholz, Dr. Italiener, Dr. Oppenheimer, R.A. Samson, Friedländer, Dr. Bukofzer, und Dr. Urias als Gast.

Tagesordnung:

1. Ergänzung des Vorstandes
2. Winterarbeit
3. Stellung zur Berliner Vereinigung des liberalen Judentums

1. Die Ergänzung des Vorstandes um zwei Mitglieder ist notwendig geworden. Da zur Zeit keine Dame dem Vorstand angehört, wird die Hinzuwahl einer Dame für opportun gehalten. Ein Vorschlag fällt auf Frau Alice Goldschmidt, der jedoch noch offen gehalten wird. Weiter kommen die Herren Adolf Kallmes und Arthur Hirsch in Vorschlag.

2. Die Erfahrungen des vorigen Winters haben gelehrt, dass Vorträge bei den Mitgliedern des Vereins keine Werbekraft besitzen.

Im Februar sind Neuwahlen zum Repräsentanten-Kollegium möglicherweise zu erwarten. Bei einem Wahlkampf wird für die Liberalen das Interesse an der Schulfrage und an der Organisation des Gemeindelebens im Sinne einer sparsamen Verwaltung im Vordergrund stehen.

Dr. Urias beleuchtet die Aussichten einer Wahl.

Dr. Oppenheimer spricht dem jetzt amtierenden R.K. die Arbeitsfähigkeit zur Erledigung der gestellten Aufgaben ab. Er wünscht eine Wahl zur Schaffung eines arbeitsfähigen Kollegiums und zur Bildung klarer Fronten.

Dr. Urias ist für die Aufstellung einer Einheitsliste durch Verständigung unter den Fraktionen, um einen öffentlichen Wahlkampf mit seinen Widrigkeiten und Schwierigkeiten zu vermeiden.

Samson, Friedländer und Dr. Kleimenhagen würden ebenfalls einen öffentlichen Wahlkampf gern vermieden sehen.

Dr. Oppenheimer fordert für den Wahlkampf Geld und die Unterstützung der Organisationen (C.V., Frontbund).

Dr. Urias will trotz seiner Abneigung gegen eine Wahl die Vorbereitungen bald in Angriff genommen sehen. Als Wichtigstes: die Aufstellung einer richtigen Wählerliste.

Dr. Italiener befürchtet die Indifferenz der liberalen Wähler, bei denen vielfach auch Neigung zum Zionismus besteht. Er wünscht daher den Versuch mit einer Einheitsliste.

Die drei anwesenden liberalen Repräsentanten Dr. Urias, Dr. Oppenheimer und Dr. Bukofzer geben zu Protokoll, dass sie bei einer Selbstaflösung des R.K. ihre Sitze zur Verfügung stellen werden.

Dr. Eichholz setzt für den 4. November eine Vorstandssitzung fest zur Besprechung der Wahlvorbereitungen. Nochmalige Einladungen werden nicht ergehen. Jedes Vorstandsmitglied soll eine Wahlvorschlagliste von 12 liberalen Persönlichkeiten mitbringen.

3. In den jüdischen Schulen wird Religionsunterricht überhaupt nicht erteilt. Leidtragende dieser Situation sind die Kinder liberaler Eltern, denen früher sogar Religionsunterricht in den Staatsschulen gewährt wurde. Für die Kinder aus orthodoxen Familien erübrigt sich ein Religionsunterricht in den Schulen durch das religiöse Leben im Elternhause. Dr. Italiener wird gebeten, dem Vorstand formulierte Anträge vorzulegen.

Dr. Oppenheimer bedauert, dass nur bei der Etatberatung i. R.K. die Möglichkeit gegeben ist, diese Dinge zur Sprache zu bringen.

Dr. Urias bringt die Schwierigkeit für die Liberalen bei der Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung zur Sprache. Dr. Eichholz stellt fest, dass das Lehrhaus der Rosenzweig-Stiftung und das Lehrhaus des Tempels nicht als gleichberechtigt angesehen werden. Zu fordern ist die Gleichberechtigung des Tempellehrhauses und genügend starker liberaler Einfluss bei der Franz-Rosenzweig-Gedächtnis-Stiftung. Samson weist auf die Wichtigkeit der Raumfrage hin, die durch das Verbot der Räume im Gebäude des Tempels für die Orthodoxie bedingt ist.

In der nächsten Sitzung wird Samson über die Satzung der Rosenzweigstiftung referieren und Dr. Urias ein Gegenreferat halten. – Dr. Italiener sagt, dass in allen andern Gemeinden Deutschlands die liberalen Gotteshäuser gemeindeeigen sind und ein Verbot für die Orthodoxie nirgends besteht. Ein Aufheben des Verbots könnte nur vom Oberrabbiner Carlebach ausgesprochen werden. Dr. Eichholz bittet Dr. Italiener, Anträge für die Reformierung der Rosenzweigstiftung zu formulieren. Friedländer bringt die Frage der Beiträge für die Vereinigung f. d. religiös-liberale Judentum zur Sprache.

Der Tempelverband beabsichtigt die Herausgabe eines Mitteilungsblattes in zwei-monatlicher Folge zur Festigung des Bandes der Mitglieder des T.V., insbesondere der Ausgewanderten. Dieser Plan findet lebhaftes Interesse. Dr. Italiener erbittet einen Zuschuss von 300.– für das Blatt. Wenn feststeht, wie hoch sich der Zuschuss seitens des T.V. belaufen wird, soll darüber beschlossen werden.

Schluss der Sitzung: 22 ½ Uhr.

(gez.) Dr. Bukofzer

## Nr. 7

Die Meinungsbildung über liberale Vertreter in den Führungsgremien der Gemeinde  
18. November 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 838, Bl. 62-66

## JÜDISCH-LIBERALER GEMEINDEVEREIN E.V.

### Protokoll

der Vorstandssitzung vom 18. November 1936, vorm. 10 ½ Uhr.

Anwesend waren: die Herren Dr. Eichholz, Friedländer, Dr. Italiener, Dr. Kleimhagen, Dr. Bukofzer, R.A. Rudolf Samson, Dr. Freudenthal  
sowie Frau Dr. Tentler.

Als eingeladenener Gast war Dr. Urias erschienen.

Es fehlte: Dr. H. Oppenheimer.

Dr. Eichholz legte ein alphabetisches Verzeichnis vor, welches die Namen der für die vorläufige Zusammenstellung der Wahlliste in Betracht kommenden Personen enthält. Es wurde jedem Erschienenen eine solche Liste ausgehändigt und die Bitte ausgesprochen, zunächst ein weiteres Bekanntwerden zu verhüten.

Über die Frage der Notwendigkeit der Wahl, über die Möglichkeit von Verhandlungen auf einer zu findenden Basis und über die einzelnen Personen der vorgelegten Personenzusammenstellung der liberalen Wahlliste wurde eingehend verhandelt. Es wurde im wesentlichen die Meinung vertreten, daß es in Hamburg wahrscheinlich nicht zur Wahl komme, sondern daß eine Einigung unter den Parteien doch erreicht werde. Nachdem teils vorgeschlagen war, Verhandlungen zunächst nur mit den Zionisten aufzunehmen, teils angeregt worden war, mit den Zionisten und der Handwerkerpartei, nach Möglichkeit auch mit der Orthodoxie, Verhandlungen einzuleiten, schlug schließlich Dr. Urias unter gleichzeitiger Aufnahme der Auffassung des Herrn Dr. Italiener, den Gang der Ereignisse abzuwarten und die Dinge an sich herankommen zu lassen, folgende vier Wege vor:

- 1.) Es sollen in nächster Zeit Besprechungen zwischen dem Vorstand des Jüdisch-Liberalen Gemeindevereins und den liberalen Mitgliedern des Vorstands der Deutsch-Israelitischen Gemeinde über die Lage in der Wahlangelegenheit und die weiter einzuschlagenden Wege stattfinden.
- 2.) Die Fraktion soll sofort beauftragt werden, unverbindliche Verhandlungen mit sämtlichen Fraktionen und den dahinter stehenden Organisationen, jedoch verstärkt mit den Zionisten und Handwerkern, aufzunehmen.
- 3.) Im wesentlichen empfiehlt es sich, zunächst die Dinge in ihrem weiteren Verlaufe zu beobachten und abzuwarten.

[...]

Auf Antrag des Herrn Dr. Italiener wurde beschlossen, von der Erörterung der Wahlparole zunächst abzusehen.

Dr. Eichholz berichtete über ein neues Merkblatt betr. die Aufnahme in die Schulen.

Herr Dr. Italiener legte sodann vier Leitsätze zur Schulfrage vor. Sie lauteten:

- 1.) Anstellung religiös-liberaler Lehrkräfte, insbesondere Vollehrer.
- 2.) Einführung des religiös-liberalen Religionsunterrichtes.
- 3.) Betreuung des Herrn Dr. Veis mit hebräisch bzw. Judentumskunde auch für Talmud-Tora Schule und Mädchenschule.
- 4.) Schaffung eines Schulamtes bei der Deutsch-Israelitischen Gemeinde.

Auf Antrag des Herrn Dr. Eichholz wurde einstimmig beschlossen, zunächst Punkt 4, Schaffung eines Schulamtes bei der D.I.G. zu beraten. Die übrigen Punkte, 1 bis 3, sollen zurückgestellt werden.

Nach längeren Erörterungen der verschiedenen Anwesenden erklärte sich Dr. Italiener damit einverstanden, daß der bisherige Schulausschuß durch geeignete Gemeindemitglieder ergänzt werde; als solche wurden die Herren Dr. Liebeschütz und Dr. H. Oppenheimer in erster Linie bezeichnet. Es wurde schließlich beschlossen:



Es ist darauf hinzuwirken, daß ein gemischter Ausschuß, der aus Mitgliedern des Vorstandes der Gemeinde und des Repräsentantenkollegiums besteht, zur Bearbeitung der Schulfragen in der Gemeinde baldmöglichst zusammentritt. Zu diesem Zwecke ist zunächst ein Beschluß des Repräsentantenkollegiums über die Bildung dieses Ausschusses herbeizuführen, der gleichzeitig dem Vorstand das Ersuchen stellt, sich dem Beschluß anzuschließen.

Es wurde ferner beschlossen, die Punkte 1 bis 3 der Leitsätze Dr. Italiener's in der auf den 26. November anberaumten neuen Sitzung zu beraten.

Schluß der Sitzung 12,55 Uhr.

(gez.) Dr. Freudenthal.  
Schriftführer.

### Nr. 8

Die Schulpolitik des liberalen Gemeindevereins

14. Dezember 1937

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 838, Bl. 25-30

JÜDISCH-LIBERALER GEMEINDEVEREIN E.V.  
HAMBURG

### PROTOKOLL

über die Mitglieder-Versammlung des Jüdisch-Liberalen Gemeindevereins e.V., Hamburg, am Dienstag, dem 14. Dezember 1937, abends 20 Uhr, im Heinrich Levy-Saal des Israelitischen Tempels, Hamburg, Oberstrasse 120.

Zu der auf Dienstag, den 14. Dezember 1937, einberufenen Mitgliederversammlung waren 34 Personen erschienen.

Der Vorsitzende, Dr. Max Eichholz, eröffnete die Versammlung um 20.10 Uhr. Er stellt fest, daß die Einberufung satzungsgemäß durch briefliche Einladung der Mitglieder und unter Wahrung der vorgeschriebenen Frist von 4 Tagen erfolgt ist.

[...]

Dr. Eichholz gibt den Rechenschaftsbericht. Er weist insbesondere darauf hin, daß der Verein mit seinen Bestrebungen manchen Erfolg gehabt habe, wie es insbesondere die letzte Repräsentantenwahl habe erkennen lassen. Das Repräsentantenkollegium habe eine starke liberale Vertretung. Der Gemeindeverein sei die Stätte, wo die Mitglieder sich sammeln können, um an den religiös-liberalen Aufgaben mitzuarbeiten. Eigentliche Vereinsversammlungen hätten seit 5 Jahren kaum mehr stattgefunden. Die Arbeit sei auch vielfach anderer Art geworden. Der Vorstand versuche stets sein Amt mit Sorgfalt zu führen; wenn manche Pläne nicht ausgeführt

werden konnten, so sei zu bedenken, daß die Verhältnisse sich wesentlich geändert hätten. In den letzten Jahren habe man sich ganz besonders mit den Fragen des Schulwerks in Hamburg beschäftigen müssen. Dr. Eichholz erörtert eingehend die Schulverhältnisse bei der Mädchenschule und Talmud Tora-Schule und behandelt namentlich auch die einschlägigen Rechtsfragen. Es sei unermesslich viel in diesen Dingen verhandelt worden, um eine Änderung des Unterrichts im Sinne der liberalen Wünsche zu erreichen. Alle Verhandlungen seien aber gescheitert, selbst geringe Kompromissvorschläge seien nicht angenommen worden. Jetzt hätten die liberalen Repräsentanten bei der Etatabstimmung sich der Stimme enthalten, soweit es sich um den Schuletat handelt und der Schuletat sei damit gegen die Stimmen der Liberalen angenommen worden. In seinen weiteren Ausführungen betont Dr. Eichholz, daß die Kultusbestrebungen des Tempelverbandes und die Arbeit des Jüdischen Schulvereins wärmste Unterstützung durch den Liberalen Gemeinde-Verein erfahren hätten und daß die Zusammenarbeit hoffentlich auch in Zukunft in gleichem Sinne sich weiter gestalten möge. Es sei zu wünschen, daß die Mitglieder durch Mitarbeit zu erkennen geben, daß die Sache des Liberalen Gemeindevereins ihnen am Herzen liegt.

Dr. Gerhard Müller fragt an, ob alles versucht worden ist, um den Frieden innerhalb der Gemeinde zu erhalten oder ob noch weitere Schritte möglich sind.

Daniel Münden berichtet im einzelnen über die jeweiligen Verhandlungen mit den jüdischen Schulen und sieht die möglichen Verhandlungswege als abgeschlossen an.

Dr. Urias gibt eine Darstellung der die Schulen betreffenden Verhandlungen in den Gemeindegörperschaften.

Frau Gertrud Alsberg fragt, ob nicht eine Möglichkeit bestehe, an die Eltern der Schüler heranzukommen und ob die Eltern sich nicht als Gesamtheit bemühen sollten, einen Einfluß auf die Gestaltung der Schulverhältnisse in liberalem Sinne zu gewinnen.

Daniel Münden hält entgegen, daß seitens des Schulvereins man Elternabende eingerichtet habe, die Eltern aber nicht das erforderliche Interesse gezeigt hätten. Man habe festgestellt, daß die Eltern liberaler Kinder auf die jüdische Erziehung der Kinder nicht den besonderen Wert legen, den die Vereinigungen als Gemeinschaft betonen müssen. Man habe auch mit dem passiven Widerstand der Schulen zu rechnen; diese seien gebeten worden, ein Verzeichnis der Eltern dem Schulverein zu überlassen, jedoch ohne Erfolg.

Rabbiner Dr. Norden legt besonderes Gewicht auf den Umstand, daß man die Eltern hinter sich habe.

[...]

Dr. Eichholz richtet an die Erschienenen nochmals einen Appell zur Mitarbeit im Verein.

Schluß der Sitzung 10,45 Uhr.

(gez.) Unterschrift  
i. Vorsitzender

(gez.) Dr. Freudenthal  
Schriftführer

**Nr. 9**

Die behördlich angeordnete Satzungsänderung

17. Februar 1938

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 838, Bl. 27 f.

Sitzung des Jüdisch-liberalen Gemeindevereins  
Protokoll vom Donnerstag, den 17. Februar 1938

Zu Punkt 1) der Tagesordnung: Satzungsänderung wies der Vorsitzende Herr Dr. Eichholz darauf hin, dass die »Deutsch-Israelitische Gemeinde« jetzt »Jüdischer Religionsverband Hamburg« heisst und dementsprechend seitens der Behörden gewünscht werde, dass auch der »Jüdisch-liberale Gemeindeverein« in seinen Satzungen die entsprechenden Abänderungen eintreten lässt und auch aus seinem Namen das Wort »Gemeinde« verschwinden lässt. Dementsprechend schlage der Vorstand nachstehende Änderungen der am 14. Dezember 1937 beschlossenen Satzung vor:

Satzung

§ 1

Unter dem Namen

Jüdisch-Liberaler Verein

ist ein Verein errichtet, der ins Vereinsregister eingetragen ist. Der Sitz des Vereins ist Hamburg.

§ 2

Der Verein bezweckt den Zusammenschluss der religiös-liberalen Mitglieder des Jüdischen Religionsverbandes in Hamburg sowie die Wahrnehmung und Förderung der Interessen des Verbandes auf dem Boden jüdisch-liberaler Anschauung. Dieser Zweck soll insbesondere erreicht werden durch;

1. Veranstaltung von Verträgen über Verbandsfragen,
2. Erörterung von Angelegenheiten des Religionsverbandes in Versammlungen,
3. Vorbereitung von Wahlen innerhalb des Verbandes,
4. Heranziehung von Verbandsmitgliedern zur Besetzung von Ämtern für die Körperschaften und Einrichtungen des Verbandes.

§ 3

Mitglied werden kann, wer Mitglied des jüdischen Religionsverbandes in Hamburg ist und die Interessen der Anhänger der Jüdisch-liberalen Anschauung im Verbands fördern will. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.

Der Vorsitzende stellte fest, dass keines der Mitglieder das Wort zu diesen Anträgen wünschte. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme der vorstehenden Anträge des Vorstandes.

[...]

Der Vorsitzende

Der Schriftführer  
(gez.) Dr. Gerhard Müller  
gez. G. Müller.

### 26.2.2 Die Ostjüdische Vereinigung Groß-Hamburg

#### Nr. 1

Die Satzung der Ostjüdischen Vereinigung Groß-Hamburg e. V.

19. Oktober 1930

Staatsarchiv Hamburg, 231-10 Amtsgericht – Vereinsregister, B 1973-5

#### SATZUNGEN DER OSTJÜDISCHEN VEREINIGUNG GROSS-HAMBURG

##### § 1

Der Verein trägt den Namen Ostjüdische Vereinigung Groß-Hamburg. – Der Sitz ist Hamburg. – Der Verein soll eingetragen werden.

##### § 2

Der Zweck des Vereins ist:

- a) Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Ostjuden in Groß-Hamburg.
- b) Wahrnehmung der Rechte und Interessen der Ostjuden und ihre Vertretung vor Behörden und Gemeinden.
- c) Pflege des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens.

##### § 3

Mitglieder des Vereins können alle unbescholtenen Juden werden. Innerhalb des Vereins bestehen eine Frauengruppe und eine Jugendgruppe, welche im Rahmen der besonderen Aufgaben der betreffenden Gruppen sich selber verwalten. Der Frauengruppe gehört jedes weibliche Mitglied vom 21. Lebensjahre ab, der Jugendgruppe jedes Mitglied, das den Beitritt zu ihr erklärt, an. Im übrigen unterstehen diese Gruppen den Weisungen des Vereins.

##### § 4

Jeder in Groß-Hamburg bestehende jüdische Verein kann dem Verein als Mitglied beitreten.

[...].

## § 14

Stimmberechtigt in der Mitgliederversammlung ist jedes Mitglied über 18 Jahre mit Ausnahme derjenigen welche seit 6 Monaten mit dem Beitrag im Rückstand sind [...]

Errichtet Hamburg, den 19. Oktober 1930  
 Aron Szmul, Israel Schaffer, Alfred Tugendhaft  
 Adolf Bandel, Dr. Samuel Roch,  
 Paul Schreiber, Max Hoffmann.

**Nr. 2**

Der vereinsinterne Bericht 1933

22. Oktober 1933

Staatsarchiv Hamburg, 231-10 Amtsgericht – Vereinsregister, B 1973-5

## P r o t o k o l l

der am 22. Oktober 1933 stattgefundenen Generalversammlung  
 Johnsallee 54.

Tagesordnung:

- 1.) Statutenänderung.
- 2.) Bericht der einzelnen Ausschüsse.
- 3.) Entlastung des Vorstandes.
- 4.) Neuwahlen.
- 5.) Diverses.

ad 1).

Herr Baral eröffnet um 21:30 Uhr die Versammlung und schlägt die Aenderung des § 2 der Statuten vor. Die Aenderung soll lauten:

»Der Zweck des Vereins ist.

- a) Förderung der sozialen Verhältnisse der Ostjuden in Gross-Hamburg.
- b) Pflege des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens.«

Dieser Vorschlag wird per Akklamation einstimmig angenommen.

ad 2).

Hierauf erteilt Herr Baral den einzelnen Ausschussmitgliedern das Wort zum Bericht Frau Hirt bringt in Vertretung von Frau Spitz den Bericht über die Arbeit der Frauengruppe. (Soziale Arbeit und gesellige Zusammenkünfte.)

Herr Lederberger (Kassierer): Der Umsatz ist etwas erhöht. Die Beiträge sind zurückgegangen, die Spenden haben zugenommen.

Durch Mitarbeit innerhalb des Hilfskomités ist es gelungen, vom Komité grössere Summen zu erlangen.

Herr Giske erklärt im Namen der Revisoren (Giske und Schaufeld), dass die Kassenverhältnisse geprüft sind und mit den Ausführungen Herrn Lederbergers übereinstimmen.

Herr Hammer berichtet über die Arbeit innerhalb der Jugendgruppe: Die Veranstaltungen während der Wintermonate waren gut besucht (Referate) Später nahm die Beteiligung immer mehr ab, sodass die Arbeit schliesslich ganz einschief. Im Anschluss daran erklärt Herr Gräber, dass der neugewählte Jugendausschuss die Jugendgruppe reorganisieren will, und appelliert an die Versammlung, die Arbeit der Jugendgruppe durch regen Besuch zu unterstützen.

Herr Baral führt über die Arbeit der Gruppen Kultur und Rechtsschutz aus: Die Aufgabe der Kulturgruppe ist nicht gesellschaftliche Assimilation, sondern Einfügen in das Leben der hamburgener jüdischen Gemeinschaft durch gesellschaftliche Anerkennung. Die künstlerischen Darbietungen erfreuten sich einer regen Zuspruches, auch bei der Presse.

Rechtsschutz. In über 300 Fällen wurde in Passangelegenheiten geholfen. Herr Baral sprach bei dieser Gelegenheit dem polnischen Konsul besonderen Dank aus.

Da die Einzelfälle sich stark anhäufen, ist Entlastung des Herrn Baral notwendig. Es soll daher jeder Fall zuerst nur in der Sprechstunde vorgelegt werden.

Der Bericht der einzelnen Ausschüsse ist beendet und Herr Baral eröffnet die Diskussion. Herr Feigenbaum berührt die Probleme der Staatenlosen und schlägt eine Geldsammlung von Haus zu Haus vor, statt kultureller Veranstaltungen etc. An diese Ausführungen knüpft sich eine lebhaftere Debatte. – Herr Feigenbaum beantragt im Schlusswort, neben dem festgelegten Mitgliedsbeitrag, von jedem Mitglied noch einen freiwilligen Monatsbeitrag zu kassieren. – Es wird beschlossen, dass der hierfür zuständige Ausschuss diesen Antrag in einer besonderen Sitzung diskutiert. – Frau Hirt stellt noch fest, dass bisher jedem geholfen wurde, der sich an den Vorstand wandte.

ad 3) Nachdem Herr Horowitz zum Versammlungsleiter gewählt ist, tritt der Gesamtvorstand zurück. Herr Horowitz beantragt Entlastung des Vorstandes. Dieser Antrag ist per Akklamation einstimmig angenommen.

ad 4) Herr Horowitz beantragt, Herrn Baral per Akklamation zum 1. Vorsitzenden zu wählen. Der Antrag wird einstimmig angenommen, und Herr Baral übernimmt wieder den Vorsitz.

Es werden noch nachstehende Personen per Akklamation einstimmig in den Vorstand gewählt.

Hauptvorstand: Die Damen: Frau F. Hirt, Frau Kern.

Die Herren: S. Horowitz, B. Landau, S. Lederberger, A. Lipper, S. Schulz, R. Gräber.

Revisoren: D. Schaufeld, P. Giske.

Frauengruppe: Frau Hirt (Vorsitzende), Frau Kern, Frau Jägermann, Frau Krug, Frau Schulz, Frau Lederberger, Frau Rechtschaffen.

gez. Horowitz    gez. Baral

Schluss der Versammlung: 23:15 Uhr.

**Nr. 3**

Die »Ostjüdische Vereinigung wird Verband Polnischer Juden«

II. Januar 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 3 vom 16.1.1936, S. IV

**»Ostjüdische Vereinigung«  
wird »Verband polnischer Juden«**

Die seit 1927 in Groß-Hamburg bestehende Ostjüdische Vereinigung, die sich in dieser Zeit gesellschaftlich und sozial einen vorzüglichen Ruf erworben hat, wurde aus organisatorischen Gründen, die in den Zeitverhältnissen begründet liegen, gleich wie die Schwesternvereinigungen in anderen deutschen Städten, in »Verband polnischer Juden« umbenannt. Dieser wichtige Beschluß wurde in einer stark besuchten Mitgliederversammlung gefaßt, die am Sonnabend Abend im Gemeindehaus, Johnsallee, stattfand.

In Vertretung des nach Palästina übersiedelten seitherigen Vorsitzenden Dr. Costa eröffnete Herr Horwitz die Versammlung und widmete vorerst dem geschiedenen Vorsitzenden warme Worte des Dankes für seine Tätigkeit im Interesse des Vereins. Stets habe Dr. Costa sein reiches Wissen und seine kraftvolle Persönlichkeit in den Dienst der Vereinigung gestellt. Er war ein Mann, der von frühester Jugend an in vorderster Reihe im Kampfe um die Belange des Judentums stand, eine ehrliche Kämpfernote, die auch nicht davor zurückscheute, eine von ihm als richtig erkannte Sache gegen seine Freunde zu verteidigen, wenn sie gegenteiliger Meinung waren. Solche Persönlichkeiten sind dünn gesät, und mit einem weinenden und einem lachenden Auge sieht man ihn von uns scheiden; mit einem weinenden, weil wir ihn jetzt entbehren müssen, mit einem lachenden, weil wir ihm gönnen, daß sein sehnlicher Wunsch, persönlich am Aufbau Palästinas mitzuarbeiten, nun in Erfüllung geht. Anlässlich seines 50. Geburtstages hat das »Familienblatt« ihn erst jetzt gewürdigt, und man braucht nur auf diese Zeilen hinzuweisen, um ihn voll zu kennzeichnen. Daß nun allmählich unsere Besten alle uns verlassen, wird allgemach zu einem fast unlösbaren Problem der Existenz unserer hier verbleibenden Gemeinschaft. Trotzdem freuen wir uns in diesem Falle mit Dr. Costa, daß hier ein Mann imstande gewesen ist, sein Lebensideal zu verwirklichen und wünschen ihm für seine Zukunft weiterhin die besten Erfolge.

Hierauf erstattete Herr Horwitz den Bericht des Vorstandes. Wenn die Vereinigung in früheren Jahren mit großen gesellschaftlichen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit getreten ist, so mußte dies im abgelaufenen Jahre unterbleiben und sich ihre Tätigkeit mehr auf das soziale Gebiet allein beschränken, das in der Hauptsache von der Frauengruppe betreut wurde. Dr. Costa hielt zwei anregende Vorträge über seine Palästina-reise und über den Kongreß in Luzern. Außerdem veranstaltete die Frauengruppe mehrere gemütliche Abende, die für den Zusammenhalt in der Vereinigung sorgten. Der Rechtsausschuß konnte in

vielen Fällen eingreifen und manche erfolgreichen Interventionen bei Behörden vollbringen.

Der Kassenbericht weist aus, daß der weitaus größte Teil der Einnahmen für soziale Zwecke ausgegeben wurde. Die Einnahmen betragen 2773,83 RM, die sich aus Mitgliederbeiträgen und Sammlungen zu den Festtagen zusammensetzen. Ausgegeben wurden für soziale Fürsorge 2244,24 RM, Kultursektion 93,86 RM, Subventionen 25 RM, so daß nach Abzug allgemeiner Unkosten und Steuern ein Saldo von 143,24 RM verbleibt. Besonderer Dank gebührt dem Kassierer Herrn Wolf Hammer, der im Laufe des Jahres die Geschäfte übernommen und sie tadellos durchgeführt hat. Als Kassenrevisor bestätigt Herr Schaufeld die ihm vorgelegte Bilanz und drückt Vorstand und Kassierer Dank und Anerkennung für die Geschäftsführung aus.

Hierauf erstattete Frau Lederberger den Bericht der Frauengruppe. Trotz der Schwierigkeiten der Zeit hat die Frauengruppe viel geleistet und sich für die sozialen Aufgaben der Vereinigung eingesetzt. Die Mittel standen ihr aus den Mitgliederbeiträgen, besonderen Spenden aus Anlaß von freudigen Familienereignissen und besonderen Sammlungen zu Pessach und Rausch Haschonoh zur Verfügung. Bedürftige wurden zu den Feiertagen wirksam unterstützt, ferner wurde vielen jungen Menschen die Möglichkeit zur Uebersiedlung nach Palästina erleichtert. Die Frauengruppe veranstaltete mehrere gemütliche Abende, die großen Zuspruch fanden und noch weit mehr Besucher gesehen hätten, wenn ein größerer Saal zur Verfügung gestanden hätte. Sie sprach die Hoffnung aus, daß die Gemeinde im kommenden Jahre vielleicht doch die Möglichkeit in Erwägung ziehe, für einen größeren Saal zu sorgen.

Herr Hirt dankte im Namen der Mitgliedschaft Frau Lederberger und ihren Mitarbeitern für ihre aufopfernde ehrenamtliche Tätigkeit.

Es erfolgte dann einstimmig die Entlastung des Vorstandes.

Herr Horwitz verlas jetzt den Antrag auf Umbenennung der Vereinigung in »Verband polnischer Juden Groß-Hamburg e.V.«. Vorerst warf er einen Rückblick auf die Entwicklung der 1927 gegründeten Vereinigung, die in wenigen Jahren eine gute Entwicklung genommen und eine außerordentliche Popularität erreicht habe. Viele Mitglieder sind inzwischen abgewandert, und heute muß man den Verhältnissen Rechnung tragen und wie in vielen Städten des Reiches die beantragte Umbenennung vornehmen. Schweren Herzens habe man sich dazu entschlossen, den alten Namen aufzugeben, aber nachdem man festgestellt habe, daß 90 Prozent der Mitglieder polnische Staatsangehörige seien, mußte man im Interesse der zugesagten Unterstützung durch das polnische Konsulat dazu schreiten. Nach Erledigung einiger Anfragen wurde die Umbenennung einstimmig angenommen.

Hierzu waren auch einige Statutenänderungen notwendig. Der »Verband polnischer Juden« ist überparteilich und trägt keinen politischen Charakter. Er steht auf nationaljüdischem Boden und verfolgt rechtliche und soziale Interessen. Seine Aufgaben bestehen in der Pflege jüdischer und polnischer Kultur, der Förderung gei-



stiger und materieller Interessen der Mitglieder, der Pflege der Geselligkeit und der Wohltätigkeit. Der Verband umfaßt ordentliche und außerordentliche Mitglieder. Die ordentlichen Mitglieder müssen polnische Staatsangehörige sein, die außerordentlichen Mitglieder aus den gleichen Gebieten stammen. In Vereinsangelegenheiten haben die außerordentlichen Mitglieder gleiche Rechte, nur können sie kein Vorstandsamt bekleiden. Diese Statuten wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Vorstandswahl ergab als Vorsitzenden Herrn Hermann Hirt, ferner die Herren Simon Goldrei, Wolf Hammer, Bernhard Josefsberg, Simon Lederberger, Josef Pohoryles, David Schaufeld, Simon Schulz und Simon Tannenbaum. Die Aemter innerhalb des Vorstandes verteilt der Vorsitzende. Zur Vorsitzenden der Frauengruppe wurde Frau Lederberger gewählt, in den Vorstand der Frauengruppe die Damen Finkels, Hirt, Salzberg, Schaufeld und Schulz. Zu Revisoren wurden die Herren Wiesenfeld und Rosenbaum ernannt.

Mit Dankesworten an die Versammlung übernahm Herr Hirt sein neues Amt und schloß mit den besten Wünschen für das weitere Wohlergehen des Vereins die Versammlung.

#### Nr. 4

Die neue Satzung unter Kontrolle der Gestapo: der Verband Polnischer Juden Gross-Hamburg e.V.

18. März 1936

Staatsarchiv Hamburg, 231-10 Amtsgericht – Vereinsregister, B 1973-5

Verband Polnischer Juden e.V.

Gross-Hamburg

Adr. S. Tannenbaum

Hamburg, 6

Schäferkampsallee 18

Hamburg, den 18. März 1936

An die Geschäftsstelle des  
Amtsgerichts Hamburg  
Abteilung für Vereins- und  
Güterregister  
Hamburg

In der Anlage überreichen wir Ihnen eine Urschrift und eine Abschrift des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 14. ds., welches die auf Veranlassung der Staatspolizei vorgenommenen Statutenänderungen enthält.<sup>9</sup>

9 Die hier wiedergegebene Änderung der Satzung beschloss die Mitgliederversammlung am 11. Januar 1936, vgl. Kap. 26.2.2, Dok. 3.

Ausserdem empfangen Sie 2 Exemplare der neuen abgeänderten Statuten. Der Antrag vom 21. Januar 1936 wird zurückgezogen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
 Verband Polnischer Juden e.V.  
 Gross-Hamburg  
 (gez.) Hermann Hirt (gez.) i.V. Tanenbaum

Satzungen des »Verband Polnischer Juden Gross-Hamburg e.V.«

1 Name u. Sitz des Verbandes.

Der Verband führt den Namen »Verband Polnischer Juden Gross-Hamburg e.V.«  
 Der Sitz ist Hamburg. Der Verband hat sich dem »Reichsverband Polnischer Juden«  
 in Berlin angeschlossen.

2 Zweck u. Aufgabe des Verbandes.

Der Verband ist überparteilich und trägt keinen politischen Charakter. Er steht auf nationaljüdischem Standpunkt. Er bezweckt die Förderung der sozialen Verhältnisse der polnischen Juden Gross-Hamburgs, die Pflege der jüdischen sowie der polnischen Kultur, Sammlung aller in Gross-Hamburg u. Umgebung wohnenden polnischen Juden, um den Geist der Zusammengehörigkeit zu erhalten, die Mitglieder und deren Angehörige geistig zu fördern und materiell zu unterstützen, Geselligkeit, Wohltätigkeit und Freundschaft zu fördern. Der Verband vertritt auch die Belange der polnischen Juden nach aussen.

3 Mitgliedschaft.

Der Verband besteht aus ordentlichen u. ausserordentlichen Mitgliedern:

- a) Ordentliche Mitglieder können alle unbescholtenen Juden werden, die im Besitz der Staatsbürgerschaft der Republik Polen sind und das 18. Lebensjahr erreicht haben.
- b) Ausserordentliche Mitglieder können nur solche unbescholtene Juden werden, die zwar nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, jedoch aus Gebieten stammen, die heute geographisch od. staatspolitisch der Republik Polen angehören. Ausserordentliche Mitglieder haben Stimmrecht in allen Vereinsangelegenheiten, sie können nur keine Aemter innerhalb des Vorstandes bekleiden.

4 Frauengruppe.

Zur Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder weiblichen Geschlechts besteht eine Frauengruppe, welche im Rahmen ihrer besonderen sozialen Aufgaben sich selbst verwaltet. Die Gesamtleitung auch dieser Gruppe untersteht dem Hauptvorstand.

5 Erwerb der Mitgliedschaft.

Die Mitgliedschaft wird durch Unterzeichnung einer Beitrittserklärung beantragt. Ueber die Mitgliedsaufnahme entscheidet der Vorstand.

[...]

16 Verbandsanzeigen.

Die Mitgliederversammlung, die als ordentliche Mitgliederversammlung die Wahl der Verbandsorgane vornimmt, ist vom Vorstand einzuberufen. Sie muss von diesem einberufen werden, wenn es mindestens 30 Mitglieder schriftlich beantragen. Die Einladungen sind spätestens 3 Tage vor der ordentlichen Versammlung durch die Post und durch ein Inserat im »Israelitischen Familienblatt«, Ausgabe C Hamburg, vorzunehmen.

17 Verbands-Auflösung.

Die Auflösung des Verbandes erfolgt durch einen mit  $\frac{3}{4}$ -Mehrheit gefassten Beschluss einer ordentlichen Mitgliederversammlung, die ausdrücklich zu diesem Zweck einberufen worden ist. Das Verbandsvermögen fällt in diesem Falle in gleichen Teilen an die jüdischen Gemeinden zu Hamburg und Altona zu. Das angefallene Vermögen soll tunlichst von den jüdischen Gemeinden zu Wohlfahrtszwecken verwendet werden.

#### Nr. 5

Die Feststellung der Gestapo über die Einstellung der Vereinstätigkeit

2. September 1939

Staatsarchiv Hamburg, 231-10 Amtsgericht – Vereinsregister, B 1973-5

Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Hamburg  
GNr. II B 2-4918/39.

Hamburg 36, den 2. Sept. 1939.  
Stadthausbrücke 8

An das  
A m t s g e r i c h t, Abteilung 69  
hier  
Ziviljustizgebäude.

Betrifft: Verband Polnischer Juden Gross-Hamburg e.V.

Bezug: Schreiben v. 18.8.39 – Aktenz. 69 VR. 2594 –

Der Verband Polnischer Juden Gross-Hamburg e.V. ist seit Monaten nicht mehr tätig. Fast alle Mitglieder sind ausgewandert oder abgeschoben worden. Sämtliche Vorstandsmitglieder sind nicht mehr in Deutschland. Vom Polnischen Konsulat ist kommissarisch als Leiter der Kaufmann Dawid Schaufeld, geb. 18.5.94 in Chrzanow, wohnhaft Hamburg, Isestr. 43 I., eingesetzt worden. Selbst diesem ist nicht bekannt, wer von den Mitgliedern sich noch in Deutschland aufhält.

(gez.) I A Göttsche

## 26.3 Die Auflösung der jüdischen Wohlfahrtsvereine

**Nr. 1**

Die Auflösung jüdischer Vereine und Organisationen

Ende 1936

Leo Lippmann, Der jüdische Religionsverband Hamburg im Jahre 1942. Die Liquidation der jüdischen Stiftungen und Vereine in Hamburg, Ms., Hamburg 1943, S. 28-30

Schon vor Erlaß der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939 – zuerst Ende 1936 – hatte die Aufsichtsbehörde in Hamburg, die seit 1933 auch das jüdische Vereinswesen überwacht, die Auflösung vieler jüdischer Vereine und Organisationen und die Übertragung ihres Vermögens auf den Jüdischen Religionsverband Hamburg e.V. angeordnet. Dieser mußte sich verpflichten, im Rahmen des Möglichen und Angemessenen die Aufgaben der aufgelösten Organisationen weiter durchzuführen.

Aufgrund dieser Anordnung der Hamburgischen Aufsichtsbehörde hatten neben anderen – insbesondere in den Jahren 1937 und 1938 – folgende jüdische Vereine ihre Auflösung und Übertragung ihres Vermögens auf den Jüdischen Religionsverband Hamburg e.V. beschlossen:

	Übertragenes Vermögen
	ca. RM
Unterstützungsverein von 1829	5.400
Gevatter-Verein	5.800
Brautausstattungsverein Hachnassath Kallah	7.600
Verein der jungen israelitischen Armenfreunde zur Verteilung von Brot und Suppe	4.100
Stipendienverein für israelitische Studierende	16.700
Gesellschaft zur Verteilung von Feuerung an israelitische Arme	33.700
Israelitischer Verein von 1718 Zorche Kewuro	11.000
Verein zur Verteilung von Kleidungsstücken an hiesige arme Israeliten	100
Israel. Wohltätigkeitsverein von 1856	500
Israelitischer Verein für Krankenpflege von 1711	1.000
Israelitischer Mädchenbekleidungsverein	4.100
Israelitischer Frauenverein für Krankenpflege	700
Verein von 1871 zur Verteilung von Lebensmitteln	300

Israelitischer Verein für Obdachlose	400
Verein zur Bekleidung armer Schüler der Talmud Tora Schule	300
Israelitischer Schillingsverein	—
Mischeneth Sekenim Verein	108.000
Israelitischer Frauenverein zur Bekleidung armer Witwen	3.400
Israelitischer Frauenverein zur Bekleidung armer Knaben	15.200
Verein Isr. Knaben- und Mädchenhorte	160
Verein zur Gesundheitspflege schwacher israel. Kinder	2.000
Theresien Stiftung	12.300
Verein für Arbeitsnachweis	100
Isr. Unterstützungsverein für den Freiwilligendienst	9.800
Verein Bikor Cholim	1.000
Verein zur Speisung hilfsbedürftiger israelitischer Kinder	10.800
Israelitischer Frauenverein zur Unterstützung armer Wöchnerinnen in der Gemeinde	45.000
Verein zur Speisung armer Reisender am Sabbath	6.700
Verein für Krankenpflege von 1831	—
Israelitischer Stellenvermittlungsverein	—
Verein zur Beförderung nützlicher Gewerbe unter den Israeliten	14.500
Mekor Chajim Verein	4.500
Jüdisches Gemeinschaftsheim e.V.	—
Verein für jüdische Volkskunde	—
Franz Rosenzweig Gedächtnis-Stiftung	900
Gewerbeverein	1.400
Jüd. liberaler Gemeindeverband	2.600
Mittelstandsheim	2.900
Verein zur Förderung ritueller Speisehäuser	1.400
Verein zur Versorgung schulentlassener Waisenkinder	150
Frauenverein zur Unterstützung armer Witwen	1.125

**Nr. 2**

Die Vereinsauflösungen und letztwilligen Verfügungen

April 1937

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 4 vom 16.4.1937, S. 10

### **Vereinsauflösungen und letztwillige Verfügungen.**

Es dürfte in weiten Kreisen der Gemeinde noch nicht hinlänglich bekannt sein, daß in jüngster Zeit sich eine ganze Reihe von Wohlfahrtsvereinen aufgelöst haben. Zu diesen gehören der Unterstützungsverein von 1829, der Gevatter-Verein, der Brautausstattungsverein Hachnassath Kallah, der Verein der jungen israelitischen Armenfreunde zur Verteilung von Brot und Suppe, der Stipendienverein für israelitische Studierende, die Gesellschaft zur Verteilung von Feuerung an israelitische Arme, der Verein zur Verteilung von Kleidungsstücken an hiesige arme Israeliten, der Israelitische Verein für Krankenpflege von 1711, der Israelitische Mädchenbekleidungsverein, der Israelitische Frauenverein für Krankenpflege, der Verein zur Bekleidung armer Schüler der Talmud Tora Schule, der Israelitische Schillingsverein, der Mischeneth Senenim, Verein zur Unterstützung armer israelitischer Greise, der Israelitische Frauenverein zur Bekleidung armer Knaben, der Verein Israelitische Knaben- und Mädchenhorte, der Verein zur Gesundheitspflege schwacher israelitischer Kinder, der Verein zur Speisung hilfsbedürftiger israelitischer Kinder, der Israelitische Frauenverein zur Unterstützung armer Wöchnerinnen der Deutsch-Israelitischen Gemeinde, der Verein zur Speisung armer Reisender am Sabbat und der Verein für Krankenpflege von 1831.

Wir weisen die jüdische Oeffentlichkeit auf diese Tatsache besonders deswegen ausdrücklich hin, weil wir mit der Möglichkeit rechnen, daß manche Gemeindemitglieder in ihren Testamenten diesen Vereinen bestimmte Vermächnisse ausgesetzt haben, die aber nicht mehr zur Auszahlung kommen können, wenn erst die genannten Vereine ihre Liquidation beendet haben.

Die von den zur Auflösung gekommenen Vereinen bisher wahrgenommenen sozialen Aufgaben hat jetzt die Kommission für das Wohlfahrtswesen der Gemeinde mit in ihr Arbeitsgebiet aufgenommen, wobei sie sich die Mitarbeit und die Erfahrung derjenigen Damen und Herren gesichert hat, die in den zur Auflösung gekommenen Vereinen an leitender Stelle tätig gewesen sind. Die Kommission für das Wohlfahrtswesen der Gemeinde ist aber nicht ohne weiteres der Rechtsnachfolger dieser Vereine, und es dürfte sich daher empfehlen, daß diejenigen Mitglieder der Gemeinde, welche etwa in ihren Testamenten die aufgelösten Vereine mit Vermächnisse bedacht haben, jetzt durch Nachträge zu diesen Testamenten entsprechende Verfügungen zugunsten der Kommission für das Wohlfahrtswesen der Gemeinde treffen. Zweckdienliche Auskünfte erteilt auf Anfrage (44 38 41) die Kommission für das Wohlfahrtswesen der Gemeinde.

## 27. Die jüdische Sportbewegung

### Nr. 1

Der »Arierparagraf« im deutschen Sport – die Gründung der Hamburger Sportgruppe »Schild«

21. Mai 1933

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 5 vom 7.7.1933, S. 6f.

### Jüdische Jugend und Sport

Neben allen anderen Maßnahmen, die in den letzten Wochen und Monaten das Leben jüdischer Menschen erschüttern, steht auch die Ausschließung der jüdischen Mitglieder aus den allgemeinen Sportbetrieben. Die Sportverbände haben, wenn auch nicht ganz gleichmäßig, den Arierparagrafen eingeführt, und die wenigen Ausnahmebestimmungen, die den bisherigen jüdischen Mitgliedern allgemeiner Sportvereine noch erlauben, in ihnen tätig zu sein, beschränken diese Tätigkeit derart, daß sie praktisch kaum noch in Betracht kommt. Die jüdische Jugend, die unstreitig vom Umsturz mit am schwersten betroffen ist, soll aber nicht jeden Lebensmut verlieren, der insbesondere durch das frische und fröhliche Treiben sportlicher Übungen erzeugt wird. Schwer genug ist die Lage, in der sie sich heute befindet. Und die sportliche Erholung, die sie fähig machen soll, sich auf ihren schweren Lebensweg vorzubereiten, soll ihr nicht entzogen werden. Deshalb ist es heute mehr denn je wichtig, daß die jüdische Jugend, statt sich vom Sportbetrieb erzwungenermaßen abzuwenden, sich einen eigenen Sportbetrieb aufbaut, der ihr ersetzt, was ihr verlorengegangen ist. In Hamburg hat man früh erkannt, daß eine sportliche Betätigung der Jugend vonnöten ist, und es bestehen hier seit Jahren tätige und erfolgreiche jüdische Sportvereine. Wenn trotzdem der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten daran gegangen ist, eine eigene Sportgruppe zu gründen, so nicht, um diesen Vereinen Abbruch zu tun oder gar Mitglieder abspenstig zu machen. Im Gegenteil, es geschah in der Erwägung, daß vereinzelte jüdische Sportvereine der Anregung durch kräftige sportliche Gegnerschaft bedürfen, um im Wettbewerb zu wachsen und ihre Aufgaben erst recht erfüllen zu können. Es geschah aber auch, weil die bestehenden jüdischen Sportvereine das an sich hier nicht zur Erörterung stehende Bestreben haben, ihre Mitglieder in einem bestimmten jüdischen Sinne zu beeinflussen, und Organisationen angeschlossen sind, mit deren Ansichten und Zielen eben ein großer Teil der jüdischen Jugend nicht harmoniert. Das soll beileibe nichts gegen diese Sportvereine besagen. Im Gegenteil, sie verdienen ein Lob dafür, daß sie die Gedanken, die zu ihrer Gründung und ihrem Ausbau führten, in kräftigster Weise verfolgen, aber es macht nötig, daß den jungen Menschen, die nun aus den anderen Vereinen ausgeschieden, sich auch in jüdischen

Kreisen sportlich heimatlos sehen würden, anderswo Gelegenheit zu körperlicher Erüchtigung geboten wird. Das war der erste Gedanke, der den Reichsbund jüdischer Frontsoldaten beseelte, als er auch in Hamburg wie in den meisten Städten des Reiches eine eigene Sportgruppe zu gründen unternahm. Daneben blieb das Bestreben, all das nutzbar zu machen, was heute überhaupt nur nutzbar zu machen ist, um sonst verlorene Positionen im öffentlichen Leben zu halten. Da nun einmal die heutige Regierung den Forderungen der Frontsoldaten sich nachgiebiger zeigt als denen anderer Kreise, war der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten geradezu verpflichtet, in dieser Richtung seinen Einfluß geltend zu machen und auf Grund dieser, ihm nicht von ihm selbst, sondern von außen her zugebilligten besseren Verbindungen zu den Behörden zu versuchen, den jüdischen Sportvereinen und Jugendverbänden die bisher zum großen Teil entzogenen Vergünstigungen wieder zu verschaffen.

So wurde denn am 21. Mai unter starker Teilnahme von Mitgliedern und Freunden des R.j.F. die Sportgruppe Schild des Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten e.V. ins Leben gerufen. Kurz darauf fand dann im Gemeindehaus Johnsallee 54 eine gemeinsame Kundgebung der Sportgruppe und der Deutsch-Jüdischen Jugend statt unter dem Motto: Deutsche jüdische Jugend treibt Sport. Darin empfahl zuerst der Vorsitzende der Deutsch-Jüdischen Jugend Dr. *Buttenwieser* den Mitgliedern in Erkenntnis der Wichtigkeit der sportlichen Ausbildung den Eintritt in die Sportgruppe Schild. Dr. *Urias* als Vorsitzender des Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten ermutigte in mitreißenden Ausführungen die jüdische Jugend zum Eintritt in die Gruppe, damit sie nicht nur seelisch, sondern auch körperlich ihren schweren Aufgaben gewachsen sei. Herr *Julian Lehmann* als Leiter der Sportgruppe schilderte das sportliche Leben vor dem Kriege und der staatlichen Umwälzung und stellte dazu die Situation in Gegensatz, die durch die Einführung des Arierparagraphen im Sport entstanden ist. Nach den letzten Äußerungen des Reichssportkommissars seien noch nicht alle Brücken zu den sportlichen Verbänden abgebrochen, und eben deshalb müsse die jüdische Jugend auch auf den Sportplätzen ihr Können zeigen und sich für sportliche Kämpfe vorbereiten. Der geschäftsführende Vorsitzende des Schild, Herr *James Westheimer*, schilderte ausführlich die sportlichen Absichten und Ziele der neuen Gruppe, deren Grundlage äußerste Diszipliniertheit bilden müsse. Alle drei Redner betonten, daß keineswegs beabsichtigt sei, anderen hier bestehenden jüdischen Sportvereinen Abbruch zu tun, erklärten aber auch mit aller Entschiedenheit, daß in diesem Augenblicke eine Einzelgängerei, wie sie von verschiedenen Seiten schon in Gang gesetzt worden sei, nicht am Platze wäre, nur durch straffe Zusammenarbeit unter einheitlicher Leitung könne das gewünschte Ziel erreicht werden. Die Sportgruppe konnte daraufhin eine große Zahl von Anmeldungen Jugendlicher verzeichnen; der Sport ist in einer Reihe von Betrieben bereits aufgenommen worden. Geplant ist das Betreiben sämtlicher Rensports, wie Fußball, Handball und Hockey, die Einrichtung von Abteilungen für Gymnastik, Turnen, Boxen, Tennis, Schwimmen usw. Für alle diese Abteilungen sind Führer gewonnen, die im sportlichen Leben Hamburgs sich bewährt haben.



Die von Berlin aus propagierte Gründung eines deutsch-jüdischen Sportbundes findet bei den bestehenden größten jüdischen Sportverbänden keine Billigung. Weder die im deutschen Makkabikreise zusammengefaßten Vereine des Makkabiweltverbandes noch die im Sportbund des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten zusammengefaßten Vereine haben sich ihr angeschlossen, die zum größten Teil aus wenigen in Berlin in allerjüngster Zeit gegründeten Sportvereinen besteht. Durch diese Neugründung ist nur eine schädliche Unruhe in die sporttreibende jüdische Jugend gebracht worden, von der erfreulicherweise Hamburg bis jetzt verschont geblieben ist. Unter den augenblicklichen Verhältnissen ist nichts schädlicher als Zersplitterung; auch müßte eine Sammlungsaktion von Organisationen ausgehen, welche genügend Autorität genießen, um bei den Behörden alle heute möglichen Erleichterungen für die ihr Angeschlossenen zu erreichen.

## Nr. 2

Die »körperliche Ertüchtigung« der jüdischen Jugend (Bar Kochba)

25. Mai 1934

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 5 vom 25.5.1934, S. 3

Ernst Julius Scheier (Bar Kochba-Hamburg)

### Der jüdische Sport ruft

Innerhalb der Stätten jüdischer Gemeinschaftsarbeit und Gesamtleistung hatte sich die jüdische Turn- und Sportbewegung schon vor Jahrzehnten einen besonderen Platz erobert. Ausgehend von dem Gedanken, daß es nicht allein darauf ankam, das Vorurteil von der körperlichen Unterlegenheit des jüdischen Menschen zu brechen – dafür sorgten schon die Leistungen hervorragender jüdischer Einzelsportler – sondern daß es vielmehr galt, die körperliche Ertüchtigung der jüdischen Jugend in die eigenen Hände zu nehmen und den von der Umwelt uns gelieferten Begriff der Sporterziehung mit spezifisch-jüdischen Inhalten zu füllen, hatten schon vor dem Kriege zahlreiche jüdische Turn- und Sportvereine ihre Banner entfaltet.

Unter dem Eindruck des heutigen Geschehens spüren wir, wie richtig und notwendig es war, neben der allgemeinen paritätischen Sportbewegung die eigene jüdische aufzubauen. In seinem Wollen und Wirken oft mißverstanden, hatte es der jüdische Sportverein früher in seiner jüdischen Umgebung nicht leicht. Nur widerstrebend vermochten manche in ihm ein Element jüdischen Lebens zu erblicken, obwohl er allein erst zahlreichen jüdischen Menschen die Möglichkeit eröffnete, sich sportlich zu betätigen und damit Körper und Geist zu stählen. Eher verstanden

ihn schon seine paritätischen Sportgegner, die den Wert der bewußt jüdischen Erziehungsarbeit freimütig anerkannten. Nicht nur seine sportliche Leistung, mehr noch seine innere Haltung hat ihn zu einem geachteten Sportgegner erhoben.

Die neue Zeit hat dem jüdischen Sportverein neue Aufgaben in Fülle gebracht. Der Ausfall von Wettkämpfen mit nichtjüdischen Gegnern ist gewiß beklagenswert, indessen hat der jüdische Sportverein dadurch nichts an seiner Lebenskraft eingebüßt. Die jüdische Konzentration, beobachtet auf allen Gebieten jüdischen Lebens, hat sich auch seiner bemächtigt. Und nur mit Hilfe dieser Verinnerlichung lassen sich die vielen alten und neuen Aufgaben und Pflichten erfüllen.

Im Vordergrund steht die Erziehung des jungen Juden zum nützlichen Gemeinschaftsmenschen. Dazu bedarf es, daß sich der junge jüdische Mensch seines eigenen Wertes und des Wertes seiner engeren und weiteren Gemeinschaft voll bewußt wird. Es gilt, in ihm Eigenschaften wie Folgebereitschaft, Tapferkeit, Kameradschaftlichkeit und Fairneß wachzurufen und zu stärken, alles Eigenschaften, welche er, in freiwilliger Gemeinschaft leicht erlernend, in der ihm durch das Schicksal zugewiesenen Gemeinschaft besitzen muß, um sich behaupten zu können. Neben der körperlichen und charakterlichen Fortbildung hat der jüdische Sportverein die weitere Pflicht, des jungen Menschen Daseinsfreude und Lebenslust allen Wirrnissen zum Trotz zu pflegen und zu kräftigen. Die Pflicht, seine jungen Menschen rechtzeitig mit den Problemen der Berufsausbildung und der Berufsumschichtung vertraut zu machen, ihnen ratend und helfend beiseite zu stehen, liegt ihm als dem neben Elternhaus und Schule bestgeeigneten Jugenderzieher selbstverständlich ob und wird von ihm in engster Zusammenarbeit mit den für diese Fragen speziell zuständigen Organisationen mit Eifer und Energie erfüllt.

Auf dem Gebiete des jüdischen Sportes sind wir in der glücklichen Lage, nicht erst mühselig aufbauen zu müssen, sondern bereits tatkräftig ausbauen zu können. Die jahrzehntelange Vorarbeit gab der jüdischen Sportbewegung die beste Grundlage, welche sich für die erfolgreiche Bewältigung ihrer Aufgaben denken läßt. Den Dank an die Menschen, die vor uns strebten und schufen, wollen wir jetzt durch unsere Taten abstaten.

Bei der Werbung für den jüdischen Sport geht es heute nicht mehr um das Streben nach der Erstarkung irgendeines jüdischen Vereins; es geht heute um die Erziehung der jüdischen Jugend zu Arbeit und Freude, zu freiwilliger Einfügung und wertbewußter Haltung.

**Nr. 3**

Die Einweihung der neuen Sportplatzanlage der Sportgruppe »Schild«

4. Juli 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62,  
Bl. 56

VATERLÄNDISCHER BUND                      HAMBURG 36, DEN 4. JULI 1934.  
JÜDISCHER FRONTSOLDATEN E.V.      JUNGFERNSTIEG 24

An den  
Vorstand der  
Hochdeutschen Isr. Gemeinde,  
Altona.

Sehr geehrte Herren!

Wir beehren uns, Sie zu der am

Sonntag, den 8. Juli 1934, nachm. 3 Uhr

stattfindenden Eröffnung und Einweihung der neuen Sportplatzanlage unserer  
Sportgruppe »Schild« in

Lokstedt – Niendorf

ergebenst einzuladen, zu der u. A. folgendes Programm vorgesehen ist:

Handballspiel	Berliner Sport-Gemeinschaft 33 Damen
gegen	Sportgruppe »Schild« Damen
Handballspiel	Berliner Sport-Gemeinschaft 33 Herren
gegen	Sportgruppe »Schild« Herren
	600 Meter Einladungsläufe
	3000 "      Lauf.

Wir würden es dankbar begrüßen, wenn Sie uns die Ehre Ihres Erscheinens erweisen.

Wir verbleiben  
mit vorzüglicher Hochachtung  
SPORTGRUPPE »Schild«  
des Vaterländischen Bundes jüdischer  
Frontsoldaten  
Der Vorstand  
Alfons Jacobsohn

**Nr. 4**

Ein »Neuer Jüdischer Sportplatz in Hamburg«

12. Juli 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 28 vom 12.7.1934, S. 1f.

### **Neuer jüdischer Sportplatz in Hamburg**

Sportplatzweihe beim »Schild« – Gastspiele der Berliner Sportgemeinschaft 1933

Vor wenigen Wochen war das erste Jahr Vereinsarbeit in der Sportgruppe »Schild« im RjF. zu Ende gegangen und trotzdem konnte bereits vergangenen Sonntag die Sportgruppe ihren 20000 Quadratmeter großen Sportplatz einweihen. Nach Wochen intensiver körperlicher Arbeit der Aktiven, Damen und Herren aller Altersklassen, präsentierte sich die Anlage den nahezu 1000 Besuchern, als sie während des Spiel der Damen-Handballmannschaften den Platz betraten, in ihrer ganzen, geradezu überwältigend idealen Schönheit. Das weite große Hauptfußballfeld mit dem Nebenplatz und der herrlich gelegenen Spielwiese waren, wenn man die lange regenlose Zeit berücksichtigt, in tadelloser Verfassung. Auf der neuplanierten Seite des Platzes machte sich allerdings im Verlauf der Veranstaltung eine unangenehme Staubentwicklung bemerkbar, die aber nach einigen Tagen tüchtiger Regenfälle behoben sein wird.

Wenige Minuten nach drei Uhr marschierten vor den Zuschauern, unter denen der Vorstand der Deutsch-Israelitischen Gemeinde mit R.-A. David, Dr. Fritz Warburg und Dir. Engel, die Repräsentanz der Gemeinde, die Logen und Kultusverbände, der Landesausschuß des Bundes deutsch-jüdischer Jugend, der Sportdezernent des RjF. Beck und Herbert Cohen als Vertreter des Bar Kochba zu sehen waren, an die 400 Aktive des »Schild«, der deutsch-jüdischen Jugend und die Berliner Gäste, Mannschaften der Berliner Sportgemeinschaft von 1933, in guter disziplinierter Haltung auf. Nachdem der Vereinsleiter Walter Fonfé die Aktiven dem Landessportleiter Julian Lehmann gemeldet hatte, begrüßte dieser die Anwesenden und wies auf die historische Bedeutung des Augenblicks hin. Er stattete der Ortsgruppe Hamburg des Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten, deren Vorsitzendem Dr. Urias und dem nimmermüden Schatzmeister des Bundes Waldemar Graetz den Dank der Aktiven ab für die jederzeit tatkräftige Unterstützung, die zum Gedeihen der Sportgruppe und zum Werden des Sportplatzes in besonderem Maße beigetragen hat. Der Landesverbandsvorsitzende Dr. Urias unterstrich mit einigen Worten den stolzen Augenblick und gab einen kurzen geschichtlichen Rückblick auf die Gründung der Sportgruppe. Genau wie vor einem Jahr, so führte er aus, der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten mit der Gründung der Sportgruppe schnell und energisch handelte, so geschah es auch bei der Schaffung des unbedingt notwendigen Sportplatzes. Im Namen des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und des Landesverbandes Notwestdeutschland nahm Dr. Urias

die Sportplatzanlage in Verwahrung und rief zu fernerer zielbewußter Arbeit für den jüdischen Sport auf.

Der Sportdezernent des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten Beck überbrachte die Grüße der Bundesleitung und betonte, daß, ebenso wie der Schild Hamburg sich als eine der 127 Sportgruppen im Reich in das Ganze einordne, jeder einzelne Aktive Träger des Ideals sei, für das sich der Frontbund zum Wohle unserer gesamtjüdischen Gemeinschaft einsetzt. Als Anerkennung der bisher von allen im Gau Nordmark geleisteten Arbeit überreichte der Sportdezernent dem Landessportleiter Julian Lehmann die neu geschaffene Ehrennadel.

Die Glückwünsche des Vorstandes der Deutsch-Israelitischen Gemeinde überbrachte R.-A. David. Er ermahnte die sporttreibende jüdische Gemeinde Hamburgs, in friedlichem sportlichen Wettstreit ihr Teil zur Festigung des Gesamtjudentums in Deutschland beizutragen unter Wahrung der eigenen und unter Achtung jeder anderen Weltanschauung. In seiner Rede flocht er auch einige Worte des Gedenkens zum Tode Chaim Nachman Bialiks ein. Für den Vorstand des »Bundes der deutsch-jüdischen Jugend« überbrachte Dr. Plaut herzliche Freundschaftsgrüße.

Im Anschluß daran übernahm der Vereinsleiter Walter Fonfé die Anlage, die, wie er ausdrücklich hervorhob, durch die Arbeit der Schildaktiven und der Mitglieder des Makkabi-Fußballklubs Blau-Weiß geschaffen worden war. Einen besonderen Gruß aus den Lüften entbot das Schildmitglied Landsberger aus einem Flugzeug des Fliegerhorsts Nordmark. Dann leitete man zum sportlichen Teil über. [...]

## Nr. 5

Die Bitte um Unterstützung der Sportgruppe »Schild« Altona

25. September 1934

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 62, Bl. 277

Sportgruppe »Schild«  
im Reichsbund jüd. Frontsoldaten  
Ortsgruppe Altona

Altona, den 25. September 1934.  
Königstraße 66.

An die  
Hochdeutsche Israeliten-Gemeinde  
Altona.

Unter höfl. Bezugnahme auf die kürzliche Unterredung des Unterzeichneten mit Herrn Sanitätsrat Dr. Franck und Frl. Hagenow erlaube ich mir, den Antrag zu stellen,

einen jährlichen Zuschuß für die von mir geführte Sportgruppe »Schild« im Reichsbund jüd. Frontsold. Ortsgruppe Altona zu bewilligen, und zur Begründung kurz folgendes vorzutragen:

Es gibt in Altona noch keinen allgemeinen jüd. Turnverein; das Bestehen eines solchen ist aber eine Notwendigkeit, wie der rege Zustrom an Mitgliedern seit der erst im Frühjahr 1934 erfolgten Gründung unserer Ortsgruppe beweist. Die Aufnahme sehr vieler weiterer neuer Mitglieder scheiterte meist daran, daß diesen die Beitragszahlung nicht möglich ist; dies gilt besonders für Jugendliche, deren Aufnahme ja aber gerade besonders wünschenswert wäre. So gerne wir solche Mitglieder beitragsfrei oder mit geringem Beitrag führen würden, so ist das einem so jungen Verein natürlich nicht möglich, da das Bargeld zusetzen hieße (Haftpflichtbeiträge, Abgaben an die Berliner Zentraleitung u.ä.). Durchaus möglich wäre das aber, wenn die Gemeinde, in deren Interesse eine solche Handhabung ja auch liegen würde, einen laufenden Zuschuß für unsere gute Sache bewilligen würde.

Bemerkt sei, daß die Hamburger Ortsgruppe von der Hamburger Gemeinde bisher einen jährlichen Zuschuß von 1500 – 2000 RM und bei Anlage ihres neuen Sportplatzes in Lokstedt in diesem Jahre außerdem noch einen weiteren einmaligen Zuschuß von 3000,- RM erhalten hat. Die Sportgruppe Schild ist unlängst vom Reichssportführer als der dafür zuständigen staatlichen Stelle in aller Form anerkannt worden.<sup>1</sup>

Der Sportführer:  
Max Moritzsen

[handschriftlicher Vermerk:

20 Herren	
14 Damen	
<u>22</u> Kinder	
56	
+ 7 Ehrenmitglieder	Hamburg
63	700 Mitglieder]

<sup>1</sup> Die Altonaer Gemeinde lehnte die Gewährung des beantragten Barzuschusses ab, sie stellte der Sportgruppe den Turnsaal ihrer Gemeindeschule kostenlos zur Verfügung.

**Nr. 6**

Die Regulierung des jüdischen Sports

5. Oktober 1934

Staatsarchiv Hamburg, 361-2 VI Oberschulbehörde VI, F XIV d 53/4, Bl. 4

Der Präsident  
der Landesunterrichtsbehörde

den 5. Oktober 34

An das Staatliche Amt für Leibesübungen

In der Anlage übersende ich die von Herrn Reichsminister des Innern hierher mitgeteilten Richtlinien, die der Herr Reichssportführer für den Sportbetrieb von Juden und sonstigen Nichtariern am 18. Juli d.Js. erlassen hat, zur Beachtung.<sup>2</sup>

Zu 1 weise ich darauf hin, daß es nicht mehr erforderlich ist, in jedem Einzelfalle eine Stellungnahme der Polizeibehörde herbeizuführen[,] vielmehr abgewartet werden kann, ob die Polizeibehörde von sich aus ein Verbot wegen staatsfeindlicher Betätigung erläßt.

Zu 4 ist zu beachten, daß hinsichtlich der Benutzung öffentlicher und privater Übungs- und Kampfstätten den Schulen, den Sportvereinen des Reichsbundes für Leibesübungen und den nationalen Verbänden der Vorrang eingeräumt ist. Soweit die Übungs- und Kampfstätten von den Schulen und den vorerwähnten Sportvereinen und Verbänden nicht in Anspruch genommen werden, können sie jüdischen und sonstigen nichtarischen Vereinigungen ohne weitere Beschränkung überlassen werden, insbesondere auch wenn die Benutzung von ihnen in höherem Maße als 1,5 v.H. erbeten wird.

In Vertretung  
(gez.) Sch[ulz]<sup>3</sup>

2 Die Richtlinie vom 18. Juli 1934 ist als Dok. 1 (A) in Kap. 44.4 abgedruckt. Sie wurde der Landesunterrichtsbehörde durch den Erlass des Reichsinnenministers vom 2. Oktober 1934 erst am 4. Oktober 1934 bekanntgegeben. Die im Schreiben der Behörde gegebenen Erläuterungen beziehen sich auf die Richtlinie.

3 Wilhelm Schulz (1897-1947), seit 1908 als Lehrer im hamburgischen Landesgebiet tätig, war als wissenschaftliche Hilfskraft am Seminar für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg tätig und seit 1930 dort Lehrbeauftragter. Schulz, seit dem 1. August 1932 Mitglied in der NSDAP, löste im November 1933 den liberalen Landesschulrat Ludwig Doermer ab. Er war jetzt maßgebend daran beteiligt, dass sozialdemokratische und liberale Schulräte oder Schulleiter aus ihren Ämtern entlassen wurden. Bis 1935 wurden in Hamburg insgesamt 637 Lehrkräfte entlassen oder »zwangspensioniert«; Uwe Schmidt/Paul Weidmann, Modernisierung als Mittel zur Indoktrination. Das Schulwesen, in: Hamburg im »Dritten Reich«, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, S. 305-335, hier S. 306. Schulz, der zu-

**Nr. 7**

Die innerjüdischen Richtungskämpfe in den Sportverbänden

21. Februar 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 8 vom 21.2.1935, S. IV

### Hakoah aus dem Reichsausschuß Jüdischer Sportverbände ausgeschlossen

Gerade vor vierzehn Tagen teilten wir an dieser Stelle auf Grund der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, daß der Hamburger Jüdische Turn- und Sportverein Hakoah dem Reichsausschuß Jüdischer Sportverbände angeschlossen sei, so daß nunmehr der gemeinsamen Arbeit mit den übrigen jüdischen Sportvereinen Hamburgs nichts mehr im Wege stehe. Inzwischen sah sich der Reichsausschuß aber genötigt, die Mitgliedschaft des Hakoah mit der Begründung wieder aufzuheben, daß die Aufnahme durch irrtümliche Voraussetzungen erfolgt sei. Der (neutrale) »Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands«, dem Hakoah angeschlossen ist, hat ebenso wie der »Hakoah« selbst gegen die Entscheidung des Reichsausschusses Einspruch erhoben.

»Hakoah« – der mit den anderen Hamburger jüdischen Sportverbänden, jedenfalls bis zur Entscheidung über diesen Einspruch, zusammenzuarbeiten außerstande ist – ist nunmehr erneut aufgefordert worden, in kürzester Zeit seine Aufnahme in die vom Reichssportführer anerkannten Verbände, den Sportbund im RjF. oder den Deutschen Makkabikreis, zu beantragen.

gleich in Hamburg Landesleiter des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) geworden war, blieb auch später Gauamtsleiter und Gauwalter im Hamburger Gauamt für Erzieher und im NS-Lehrerbund. Seit 1936 war Schulz kommissarischer Direktor der Hansischen Hochschule für Lehrerbildung. Vgl. Klaus Saul, Lehrerbildung in Demokratie und Diktatur. Zum Hamburger Reformmodell einer universitären Volksschullehrerausbildung, in: Eckart Krause/Ludwig Hubert/Holger Fischer (Hrsg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933-1945, Bd. 1, Berlin/Hamburg 1991, S. 367-408, hier S. 385 ff.; Hans Scheuerl, Zur Geschichte des Seminars für Erziehungswissenschaft, in: Eckart Krause/Ludwig Hubert/Holger Fischer (Hrsg.), Hochschulalltag im »Dritten Reich«. Die Hamburger Universität 1933-1945, Bd. 2, Berlin/Hamburg 1991, S. 519-535, hier S. 528.



**Nr. 8**

Der Städte-Boxkampf Hamburg–Berlin

28. März 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 13 vom 28.3.1935, S. VI f.

**Städte-Boxkampf Hamburg-Berlin**

Die Box-Abteilung der Sportgruppe »Schild« hatte am vergangenen Montag eine Mannschaft des Jüdischen Box-Klubs Berlins zu Gast. Die Veranstaltung, die in der Turnhalle der Talmud-Tora-Realschule durchgeführt wurde, hatte sehr viele Zuschauer angelockt, so daß die Halle bis auf den letzten Platz dicht besetzt war. Der Vereinsleiter Walter Fonfó begrüßte die Gäste, darunter den Gauobmann der Amateurboxer, Krauß, und Repräsentanten der Deutsch-Israelitischen Gemeinde und anderer jüdischer Organisationen.

Nach kurzer Vorstellung beider Mannschaften durch den Leiter des Abends, Fritz Hammerschlag, betraten Naftaniel (Berlin) und Weinberg (Hamburg) den Ring zum Kampf im Federgewicht. Der Berliner ging sofort mit rechten Geraden zum Angriff über und hielt Weinberg auf Distanz. Dieser mußte kurz hintereinander zwei rechte, harte Schwinger einstecken. Seine Schläge waren sehr ungenau, so daß die erste Runde klar an Naftaniel ging. In der zweiten Runde hingen die Kämpfer meist im Clinch, wobei der Berliner mehrfach unsauber klammerte. In der neutralen Ecke stellte er Weinberg und bearbeitete ihn mit kurzen, harten Schlägen auf Körper und Kinn, die ihre Wirkung nicht verfehlten und Weinberg zur Aufgabe zwangen. Sieger: Naftaniel durch technischen k.o.

Den zweiten Kampf bestritten die Mittelgewichtler Solomon (Berlin) und Cohen (Hamburg). Beide Boxer gingen schon in der ersten Runde mächtig aus sich heraus. Der Berliner klammerte viel, obgleich seine Schläge sehr genau kamen. Cohens Angriffe waren zu deutlich angezeigt, so daß Solomon gut abdeckte. Der Hamburger kam zweimal mit seiner Rechten durch, bekam seinen Gegner an den Seiten zu fassen und bearbeitete dessen Körper mit kurzen Haken, so daß die Runde an Cohen ging. Die zweite Runde fiel infolge mangelhafter Deckung Cohens, der sich erst gegen Schluß wieder etwas frei machte, hoch an den Berliner. In der dritten Runde bevorzugte Cohen seine Linke, stoppte den Berliner mehrmals hart und sammelte Punkte. Trotzdem erklärte das Ringgericht Solomon zum Punktsieger. Ein Unentschieden hätte dem Kampfverlauf besser entsprochen.

In einer kurzen Pause lieferten die beiden Hamburger L. Lorenz und B. Hauer einen Schaukampf, der technisch auf bemerkenswert hoher Stufe stand.

Die nächste Begegnung im Leichtgewicht führte Salomon (Berlin) mit Meyer II (Hamburg) zusammen. Der Hamburger scheute sich meist anzugreifen, doch der Berliner brachte ihn zeitweise aus seiner Reserve heraus. Mehrmals kam Meyer II rechts gut durch, doch der Berliner stoppte und konterte besser, so daß diese Runde knapp an ihn ging. In der zweiten Runde erhöhte er seinen Punktvor-

sprung mit besserer Technik. Die dritte Runde war zu Anfang ausgeglichen, bis Salomon seinen Gegner in der Ecke stellte und seinen Punktsieg sicherte.

Den Hauptkampf des Abends bestritten im Schwergewicht Manter (Berlin) und Reyersbach (Hamburg). Nach kurzem gegenseitigem Abtasten bearbeitete Reyersbach den fast 30 Pfund leichteren Berliner schwer mit rechten Haken. Manter wehrte sich mit aller Energie, kam mit seiner Linken gut durch, doch Reyersbach brachte immer wieder seine rechten Haken am Körper des Gegners an. Die Runde ging hoch an den Hamburger. In der zweiten Runde begann Reyersbach sofort mit einer zielbewußten Zermüblingsarbeit an seinem Gegner, der bald infolge Luftmangels aufgeben mußte. Reyersbach Sieger durch technischen k.o.

Im letzten Kampf lieferten sich die Leichtgewichtler Davidsohn (Berlin) und Meyer I (Hamburg) eine erbitterte Partie. Die erste Runde sah zu Anfang Meyer I im Vorteil, der mit seiner Rechten dem offen kämpfenden Berliner gut zusetzte. Später lag der Hamburger ebenfalls zu offen. Davidsohn mußte, als er einen harten Aufwärtshaken einsteckte, bis drei zu Boden. Die Runde ging an Meyer I. Die zweite Runde brachte heftige Schlagwechsel. Der Berliner war etwas groggy. Auch diese Runde mußte an Meyer I gehen. Zur letzten Runde kam der Berliner wieder frisch aus der Ecke und griff mit genauen Schlägen auf den »Punkt« herzhafte an. Meyer I steckte Schlag auf Schlag ein und taumelte angeschlagen im Ring, bis ihn der Gong rettete. Diese Runde ging hoch an Davidsohn, der zum Punktsieger ausgerufen wurde, obgleich uns ein Unentschieden verständlicher gewesen wäre.

Nachdem das Publikum noch Gelegenheit genommen hatte, sich an dem Aussehen der inzwischen wieder umgekleideten Boxer zu überzeugen, daß sie aus den Kämpfen frisch und unversehrt herausgekommen waren, schloß der wohlgelungene Boxabend, der trotz der technischen Ueberlegenheit der Berliner zeigte, daß die Hamburger Schildleute in ihrem boxerischen Können fortgeschritten sind.

## Nr. 9

25 Jahre Bar Kochba-Hamburg

30. Mai 1935

Israelitisches Familienblatt Nr. 22 vom 30.5.1935, S. 1f.

### 25 Jahre Bar Kochba-Hamburg

Ein Kapitel aus der jüdischen Sportbewegung

Als um die Jahrhundertwende Max Nordaus Wort vom »Muskeljudentum« den jüdischen Menschen ergriff, geschah es nicht etwa aus einseitiger Verherrlichung der »Bizepskultur«, sondern aus weitaus tieferen, inneren Gründen. Die allzu starke

Beschäftigung mit rein geistigen Werten hatte zur Folge, daß die jüdische Jugend in ihrer überwiegenden Mehrheit kein Verständnis für gesunde, sportliche Betätigung aufbringen konnte. Darum fiel der wuchtige Appell Max Nordau's, dieser führenden zionistischen Persönlichkeit, auf fruchtbarem Boden. Es fand sich ein berufener Mann, Dr. Ernst Tuch, der gemeinsam mit einer Reihe aufopferungsvoller Mitarbeiter in vorbildlicher Weise die Arbeit des 1910 gegründeten jüdischen Turnvereins »Bar Kochba« zu organisieren begann. Es ist vornehmlich seinem Idealismus und seiner Tatkraft zuzuschreiben, wenn die junge nationaljüdische Sportbewegung sogleich auf starken Widerhall bei der jüdischen Jugend Hamburgs stieß, welche endlich ein ihr gemäßes Feld sportlicher Betätigung fand.

Aus kleinen Anfängen entwickelten sich zahlreiche Untergruppen des Sports, die sämtlich schon rege Teilnahme von Mitgliedern aufweisen konnten. In knapper Folge entstanden so Wandergruppen, Turn-Abteilungen für Männer, Frauen, Knaben und Mädchen. Im Sommer 1911 debütierten bereits eine Ruder-Abteilung mit Fahrten auf der Alster und Elbe; die ersten Boote trugen stolze Namen wie »Makkabi«, »Bar Kochba« und später »Theodor Herzl«. Auch der Schwimmsport erfreute sich bald regelmäßiger Beteiligung. Besonders starken Zuspruch hatte die kurz nach der Ruder-Abteilung ins Leben gerufene Fußball-Abteilung, welche es erreichte, daß sie als Mitglied des Norddeutschen Fußball-Verbandes alljährlich ihre Punktspiele bestritt. Infolge der neuen Verhältnisse, die 1933 die Sorgen um Platzbenutzung aufleben ließen, löste sich diese starke Abteilung freundschaftlich vom Verein und setzte unter dem Namen »Blau-Weiß« als Makkabiklub ihren Spielbetrieb fort, der sich noch heute in beachtlichen Grenzen hält.

Als neu hinzutretende Sportart wurde in späterer Zeit die Leichtathletik gepflegt, in der es zu schönen Spitzenleistungen kam. Man errang unzählige Erfolge gegen hiesige und auswärtige jüdische sowie nichtjüdische Gegner. Die Leichtathletik steht unter bester Betreuung fachmännischer Kräfte. – Der Hockeysport gilt zu Recht als der bestgepflegte Zweig des gesamten Vereinsbetriebs. Allsonntäglich sorgte eine Vielzahl von Herren-, Damen- und Jugend-Mannschaften für lebhaftes Treiben auf den Sportplätzen. Dank der eifrigen Mitarbeit der Mitglieder entwickelten sich die Hockey-Mannschaften zu höchst spielstarken Gegnern. Durch die Pachtung des Sportplatzes in Bramfeld (1932), welcher zwei ideale Rasenflächen für Hockey aufweist, war es möglich, die gesamtportliche Tätigkeit aufs stärkste auszugestalten, so daß der Stand der Leistungen beträchtlich stieg. Wegzug von Mitgliedern, zumeist nach Palästina, schwächte außerordentlich die oberen Mannschaften, so daß sich ihre Zahl im Laufe der Zeit erheblich verringerte. Für die älteren ebenso wie für die jüngeren Sportler steht außerdem eine Faustball-Abteilung zur Verfügung. Nachdem der Handball-Sport sich mehr und mehr eingebürgert hat, schuf auch der Bar Kochba ausgezeichnete Mannschaften, die über hohe Spielstärke verfügen. – Der bereits erwähnte Wegzug von Mitgliedern, der schon kurz nach dem Kriege einsetzte, erklärt es, daß der Mitgliederbestand steten Veränderungen unterworfen ist. Aus den jungzionistischen Bündeln strömen ihm immer

neue Menschen zu, welche die entstehenden Lücken zeitweise ausfüllen. Insbesondere der Makkabi-Hazair schafft sich Verdienste durch die Vertiefung der jüngeren Mitglieder in zionistisches Gedankengut. Als eine der ältesten Abteilungen erfreut sich die Tisch-Tennis-Abteilung guten Zuspruchs.

\*

Der Turn- und Sportverein »Bar Kochba« ist ein nicht mehr wegzudenkener Begriff aus dem Hamburger jüdischen Leben, aber auch darüber hinaus errang er sich Ansehen und Hochachtung, was, wie angeführt, in der Austragung zahlreicher Wettspiele mit hiesigen und auswärtigen Gegnern zum Ausdruck kam. Zur diesjährigen Makkabiah in Palästina entsandte der Verein einige seiner Besten zum friedlichen Wettstreit jüdischer Kräfte aus aller Welt und erfocht sich mit seiner guten Vertretung einen schönen Erfolg. Mit der Organisierung der Jugendmeisterschaften 1935 des Deutschen Makkabikreises, welche dieser dem Bar Kochba Hamburg anlässlich seines 25jährigen Bestehens übertrug, übernahm der Verein eine ungewöhnlich hohe, ehrenvolle Aufgabe, an deren Lösung mit Eifer gearbeitet wird. Möge dieses sportliche Ereignis im jüdischen Leben Hamburgs und im Reiche ein verheißungsvoller Auftakt sein für weitere, fruchtbringende Arbeiten in der kommenden Zeit zum Ehrentag unseres Hamburger Bar Kochba!  
M.St.

#### Nr. 10

Die Selbstauflösung des Hakoah-Sportvereins

November 1935

Israelitisches Familienblatt Nr. 48 vom 28.II.1935, S. V

### Auflösung des jüd. Turn- und Sportvereins »Hakoah«

Der Hamburger Jüdische Turn- und Sportverein »Hakoah« hat sich entschlossen, seine Tätigkeit einzustellen und sich aufzulösen.

Hakoah hatte heute noch wie seit seiner Gründung eine innerjüdische Neutralität wahren wollen und sich nicht den beiden Verbänden anschließen zu können geglaubt, die seit der Neuordnung des jüdischen Sports dessen offizielle Vertretung darstellten. Ein Anschluß an den neutralen jüdischen Jugendverband führte auch nicht zum Ziel, nachdem auch dieser seine Neutralität aufgegeben hatte. So blieb dann wohl nichts als die Auflösung übrig.

Man darf Hakoah das Zeugnis ausstellen, daß der Verein, gegründet als »Hamburger jüdischer Turn- und Sportverein«, in früheren Jahren sich außerordentlich tatkräftig der jüdischen sporttreibenden Jugend zu einer Zeit angenommen hat, als noch nicht von allen Seiten die Notwendigkeit des sportlichen Zusammenschlusses der jüdischen Jugend erkannt worden war.

**Nr. II**

Übersicht der Gemeinde über die Hamburger Turn- und Sportvereine

[1935]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 325, Bl. 34

## Turn- und Sportvereine

## A

Blau-Weiss: zionistisch  
 Zweck: Sport jeglicher Art  
 Vorsitzender: Max Krug, Am Markt 35  
 Mitgliederzahl am 1.1.35: 200  
 Zentrale: Deutscher Makkabi-Kreis, Berlin, Meinekestr. 10

## B

Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba e.V.: zionistisch  
 Vorsitzender: Herbert Cohen, Haynstrasse 15  
 Büro: Johnsallee 54  
 Mitgliederzahl am 1.1.35: 450  
 Zentrale: Deutscher Makkabikreis e.V., Berlin, Meinekestr. 10

## C

Hamburger jüdischer Sport- und Turnverein e.V. »HAKOAH«:  
 jüdisch-neutral.  
 Vorsitzender: RA Dr. S. Fürth, Klosterallee 27  
 Mitgliederzahl am 1.1.35: 202  
 Zentrale: Verband jüdischer Jugendvereine Deutschlands e.V. Berlin

## D

Sportgruppe »Schild« des Vaterländischen Bundes jüd. Frontsoldaten e.V.  
 Vorsitzender: Walter Fonfé, Grindelallee 122  
 Mitgliederzahl am 1.1.35: ca. 600  
 Büro: Jungfernstieg 24  
 Zentrale: Sportverband des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten e.V.,  
 Berlin, Kurfürstendamm 200

A. B. & D. im Reichsausschuss jüdischer Sportverbände  
 anerkannt vom Reichssportführer und ihm unterstellt.

**Nr. 12**

Das Ende der Richtungskämpfe in der jüdischen Sportbewegung

17. Januar 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 1 vom 17.1.1936, S. 7

In dem Bestreben, die jüdischen Sportvereine in Deutschland einheitlich zu organisieren, ist es den beiden im Reichsausschuß jüdischer Sportverbände zusammengefaßten Organisationen (Deutscher Makkabikreis e.V. und Sportbund des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten) nach einjähriger Arbeit gelungen, sämtliche jüdischen Turn- und Sportvereine bis auf geringe Ausnahmen in einem der beiden Verbände zu vereinigen. Um der Verantwortung, die der Reichsausschuß gegenüber der Deutschen Sportbehörde und dem jüdischen Sport in Deutschland übernommen hat, nachkommen zu können und die allgemein im Sport geltenden Regeln auch auf den jüdischen Sport anzuwenden, hat der Reichsausschuß beschlossen:

1. An Wettkämpfen der Verbandsvereine oder der von den Verbänden gebildeten Spielgemeinschaften, die ihrem Charakter nach ausgesprochene Verbandsveranstaltungen sind, d.h an Meisterschaften und Rundenspielen, können nur diesen Verbänden angeschlossene Vereine oder deren Mitglieder teilnehmen. Das gleiche gilt für die Inanspruchnahme solcher Einrichtungen, die diese beiden Verbände für ihre eigenen Mitglieder getroffen haben (z.B. Sport- und Leistungsabzeichen).

2. Um jedoch den Vereinen, die weder dem Deutschen Makkabikreise noch dem Sportbunde des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten angeschossen sind, weiterhin Gelegenheit zu Wettkampfmöglichkeiten zu geben, ist die Austragung von Freundschaftsspielen mit den Vereinen der beiden Verbände weiterhin in vollem Umfange und ohne Einschränkung gestattet.

Diese Bestimmungen gelten ab 1. Januar 1936. Alle bisherigen Vereinbarungen und Bestimmungen verlieren ihre Gültigkeit.

**Nr. 13**

»Ein erfolgreiches Jahr im Bar Kochba«

Februar 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 6 vom 6.2.1936, S. IV

### **Ein erfolgreiches Jahr im Bar Kochba**

Am vergangenen Donnerstag fand die gutbesuchte Hauptversammlung des Bar Kochba im großen Saale des Jugendheimes statt.

Der erste Vorsitzende Herr Herbert Cohen stellte anfangs fest, daß die Arbeit des Bar Kochba heute eine wesentlich andere sei als in früheren Jahren. Die erhebliche Abwanderung, die häufig gerade die aktivsten und erfolgreichsten Mitglieder erfasse, stelle den Sportbetrieb vor eine ganze neue Situation und lege der Vereinsleitung Probleme auf, die manchmal nur schwierig zu lösen seien. Dennoch könne mit Genugtuung hervorgehoben werden, daß das vergangene Jahr für den Bar Kochba als volles Erfolgsjahr zu betrachten sei. Unter Berücksichtigung der Abwanderung habe sich der Mitgliederbestand um mehr als 225 Menschen gehoben. Hervorragend seien an diesem Aufschwung die Jugendabteilungen beteiligt, die heute in ihrer menschlichen und sportlichen Qualität das Rückgrat des Vereins bildeten.

Der im Anschluß hieran folgende Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Abteilungen ließ durchweg erkennen, daß trotz mancher technischen Schwierigkeit, trotz Material- und Gegnermangel[,] trotz Platznot in sämtlichen Sportarten, die der Bar Kochba betreibt, auf das intensivste gearbeitet wurde. An äußeren Erfolgen brachten es die Leichtathleten am weitesten, die mit Elli Kendziorra und Heinz Hermann einen ersten und zweiten Platz auf der II. Makkabiade in Tel-Awiw erkämpfen konnten. Die Genannten vertraten u.a. auch den Hamburger Bar Kochba erfolgreich im Verbandswettkampf des Deutschen Makkabikreises gegen den Sportbund im RjF. Einen erheblichen Erfolg vermochte auch die Ruderteilung zu erringen, deren Damenvierer auf der Großen jüdischen Ruderregatta in Berlin den ersten Platz erstritt. Eine Anzahl von Wettkämpfen mit auswärtigen und hiesigen Gegnern trugen die Handball- und Hockeymannschaften aus. Leider sind die Spielmöglichkeiten dieser Abteilungen verhältnismäßig spärlich und wenig abwechslungsreich. Neben einer Anzahl von kleineren Leichtathletik- und Schwimmveranstaltungen ist besonders das Jubiläumssportfest, die Makkabi-Jugendmeisterschaften, zu erwähnen, die dem Bar Kochbar einen ungewöhnlichen Erfolg bescherten. Die zweite Großveranstaltung, das Hockeyturnier, wurde auf einen späteren Zeitpunkt verlegt. Es wird einer der sportlichen Höhepunkte des kommenden Jahres für den Bar Kochba werden. Das Fundament der Vereinsarbeit ruhte wie stets in den Turnabteilungen. Männer, Frauen, große und kleine Schüler, große und kleine Mädchen und nicht zuletzt die Aller kleinsten arbeiteten mit großem Eifer und vielem Erfolg. Einen besonderen Aufschwung hatte die junge Schwimmabteilung zu verzeichnen, die zu einer der stärksten Stützen des Vereins wurde und einen besonders interessanten und vielseitigen Trainingsbetrieb aufgenommen hat. Einer der wesentlichsten Fortschritte war schließlich die im Berichtsjahr erfolgte Eingliederung des »Turnvereins von 1927« in den Bar Kochba, in welchem er sich jetzt als Altherren-Riege betätigt. Der Umstand, daß drei Mitglieder dieser Riege nach dem Wahlvorschlage der neuen Vereinsleitung angehören sollen, läßt die Bedeutung dieses Gewinns nachdrücklich erkennen.

Der Verkehr mit den hiesigen jüdischen Sportvereinen wickelte sich im großen und ganzen zufriedenstellend ab. Ein besonderes Freundschaftsverhältnis bestand zu

den beiden Makkabivereinen Blau-Weiß Hamburg und Maccabi Altona. Mit der Sportgruppe Schild im RjF. wurden zahlreiche Kämpfe im Hockey, Handball, in der Leichtathletik und im Schwimmen ausgetragen. Das sportliche Verhältnis wurde trotzdem des öfteren durch Meinungsverschiedenheiten getrübt, doch fanden diese Differenzen schließlich ihre Erledigung. In diesem Zusammenhange referierte der Vorsitzende über die Ereignisse anlässlich des ausgefallenen Hockeyturniers und gab der Versammlung von dem Spruch des Sportdezernats der Gemeinde Kenntnis, nicht ohne seine volle Befriedigung über den Inhalt dieser Entscheidung zum Ausdruck zu bringen. Es wurde noch betont, daß dem Bar Kochba an einem sportlichen Verkehr mit allen übrigen Partnern des jüdischen Sportes durchaus gelegen sei.

Abschließend gab Herbert Cohen der Hoffnung Ausdruck, daß auch das kommende Vereinsjahr dem Bar Kochba einen weiteren Aufschwung bringen möge, was bei Mitarbeit der Mitglieder nicht ausbleiben könne.

Im Anschluß hieran gab Herr Ernst Scheier den Kassenbericht. Dieser schloße zufriedenstellend ab, der Etat ist auch in diesem Jahre ausgeglichen, der Bestand um ein geringes vermehrt. Den hiesigen Gemeindeinstanzen gebühre ein ganz besonderer Dank für die erhebliche Unterstützung, welche die geleistete Vereinsarbeit überhaupt erst ermöglicht habe. Im übrigen lege der Verein wie in früheren Jahren Wert darauf, nach Möglichkeit aus eigener Kraft die Mittel aufzubringen, deren er bedarf. Bei sparsamer Ausgabegebarung dürften auch im kommenden Jahre die Kassenverhältnisse gesichert sein.

Nach Erledigung verschiedener Anfragen und Anregungen aus dem Mitgliederkreise wurde dem alten Vorstand einstimmig Entlastung erteilt und zur Wahl des neuen Vorstandes geschritten. Herr Herbert Cohen, der mit den Vorbereitungen zu seiner Alijah beschäftigt ist, mußte von vornherein auf eine Wiederwahl verzichten. Herr Raphael van Geldern, der viele Jahre im Vorstand erfolgreich tätig war, hatte sich bereit erklärt, die Leitung der Handballabteilung zu übernehmen und bat deshalb, von seiner Wiederwahl in den Vorstand abzusehen. In der nun folgenden Wahl wurden gewählt: Ernst Scheler zum ersten Vorsitzenden, als weitere Vorstandsmitglieder die Herren Dr. Gottgetreu, Nußbaum, Bleiweiß, Feundlich und Laß.

Auf spontanen Antrag aus der Mitgliederversammlung wurde dann Herr Herbert Cohen in Anerkennung seiner Verdienste um den Bar Kochba zum Ehrenmitglied ernannt. Nachdem Herr Scheier noch auf die Bedeutung des »Maaser Makkabi« hingewiesen hatte – eine Abgabe von einer Mark pro Jahr und Mitglied, ohne die ein Start auf dem Makkabifesten in Zukunft nicht mehr erlaubt sein wird – wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.



**Nr. 14**

»Die Jahresarbeit der Sportgruppe ›Schild«

Februar 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 9 vom 27.2.1936, S. 1f.

**Die Jahresarbeit der Sportgruppe »Schild«**

In der Hauptversammlung des »Vaterländischen Bundes jüdischer Frontsoldaten« wurde auch der Jahresbericht der Sportgruppe »Schild« erstattet. In der kurzen Zeit ihres Bestehens hat die Sportgruppe ihre Notwendigkeit erwiesen, und auch im vergangenen Geschäftsjahre konnte sie sich weiter konsolidieren. Die Mitgliederzahl ist trotz vieler Wegzüge und des fluktuierenden jugendlichen Elements in stetem Anwachsen begriffen und hatte zeitweise schon die vierstellige Ziffer erreicht. Wichtiger als die zahlenmäßige Zunahme ist, daß alle Mitglieder sich auch tatsächlich aktiv betätigen und in zahlreichen Abteilungen alle nur in ihren Möglichkeiten betreibbaren Sportarten pflegen.

Im Mittelpunkt des Vereinslebens stand die Sorge um den Sportplatz in Lokstedt. Unter verständnisvoller Mithilfe der DJG konnte der zweite Rasenplatz ausgebaut werden, so daß die Anlage nun über zwei gleichwertige Rasensportplätze verfügt, zu denen noch Anlagen für Leichtathletik usw. hinzukommen. Fast an jedem Sonntag waren diese beiden Plätze, wenn die Witterung es einigermaßen zuließ, vom Morgen bis zum Abend besetzt, und zwar dienten sie sowohl für Fußball, wie Handball, als auch Hockey, Faustball, Laufen usw.

An größeren Veranstaltungen führte die Sportgruppe Schild vor allem wieder die »Nordwestdeutschen Leichtathletikmeisterschaften des Sportbundes im RjF.« durch. In Lokstedt gab es zwei Leichtathletikmeetings, Jugendsportfeste und den Klubkampf gegen Bar Kochba. Die Leichtathleten der Gruppe beteiligten sich mit gutem Erfolg an den Reichsmeisterschaften des RjF., wenn es auch zu einer Meisterschaft noch nicht reichte.

Sehr stark war die Tätigkeit der Fußballabteilung, die mit vier Herren- und vier Jugendmannschaften aufwarten kann. Sie errang in scharfen Kämpfen gegen Hannover und Bremen die norddeutsche Meisterschaft des RjF. und unterlag nur knapp den starken Berlinern in einem Treffen, das bei anormalen Witterungsverhältnissen ausgetragen wurde. In diesem Jahre steht sie wieder in aussichtsreichem Kampfe um die norddeutsche Meisterschaft. Sehr zahlreich waren die Freundschaftstreffen mit Berlin, Bremen und vor allem mit Blau-Weiß Hamburg, zu denen der Waldemar-Graetz-Pokal gestiftet worden war.

Die Handballabteilung konnte mit ihrer ersten Mannschaft manchen schönen Erfolg erzielen und viele Freundschaftskämpfe austragen. Im Meisterschaftskampf war sie freilich den routinierteren Berlinern nicht ganz gewachsen. Zu guten Hoffnungen berechtigt gerade die eifrige Arbeit dieser Abteilung, die in ihren Damen- und Jugendmannschaften eine starke Stütze hat.

Von den Rasensportabteilungen nahm die Hockeyabteilung einen besonderen Aufschwung, nachdem für einwandfreie Hockeyspielgelegenheit gesorgt war. Neben den zahlreichen Freundschaftstreffen gegen den Lokalrivalen Bar Kochba, welche die wachsende Spielstärke zeigten, gab es mehrere Gastspiele gegen auswärtige Vereine. Im Mittelpunkt standen die gut verlaufenen Spiele gegen Berlin, Frankfurt und München-Gladbach an den Feiertagen um die Jahreswende.

Weniger nach außen trat die Turnabteilung hervor, dennoch wurde hier nicht weniger intensiv gearbeitet. Es wurde in vielerlei Sparten geturnt und Gymnastik getrieben. Jung und Alt, Damen und Herren, betätigten sich fleißig. Die Turner beteiligten sich ferner mit Erfolg an einem Wettturnen in Hannover.

Die Schwimmabteilung konnte über außerordentlich zahlreiche Beteiligung verfügen. Die Beteiligung an den Wettkämpfen von Bar Kochba, die Veranstaltung eigener Meisterschaften verrieten gute Fortschritte. Leider ist die Fortsetzung dieser Arbeit in der Halle für die Wintermonate unterbrochen, da die Hallen anderweitig vergeben wurden. Der Sommer wird darin einen Aufschwung bringen.

Die Boxabteilung konnte gegen Berliner und Kölner Kameraden gut abschneiden, auch bei den Reichsmeisterschaften war sie ehrenvoll vertreten. Ihr ist jetzt auch eine Jui-Jitsu-Riege angeschlossen.

Besonderer Wert wird auf die Jugendabteilung gelegt, die einige hundert Jugendliche umfaßt, sie in allen Turn- und Sportarten ausbildet und zur Kameradschaftlichkeit erzieht. Mehrfach fanden gelungene Gemeinschaftsveranstaltungen und Sportreisen nach Berlin usw. statt. Auch wurden auswärtige Gäste empfangen.

Sehr gute Erfolge hat die Tischtennisabteilung zu verzeichnen, die sich vielfach mit den Besten ihres Sportes hier und im Reiche gemessen hat und mehrere Meisterschaften erringen konnte. Die Wassersportabteilung macht eifrige Wanderfahrten und im Winter als Wintersportabteilung Skiausflüge.

Neben den schon erwähnten Kampftagen und den Besuchen auswärtiger Gegner wurde ein Abend in der Halle der TT. unter dem Titel »Der Querschnitt« abgehalten, der von dem guten Können aller Abteilungen zeugte. In der bewährten Leitung der Sportgruppe hat sich im vergangenen Jahre nichts geändert, so daß die Stetigkeit der Arbeit verbürgt ist. Ein freundschaftliches Verhältnis zu den anderen in Hamburg bestehenden jüdischen Sportvereinen wurde stets gewahrt und die manchmal nicht zu umgehenden Meinungsverschiedenheiten in sportlich-fairer Weise beigelegt. Von der Leitung des Sportbundes wurde Hamburg erst kürzlich zum Vorort der zusammengefaßten Gaue Nordmark und Niedersachsen bestimmt und die gesamte Landessportleitung von Nordwestdeutschland hierherverlegt, was sich sofort durch einen regeren Spielbetrieb bemerkbar machte. Die kaum drei Jahre bestehende Organisation kann jedenfalls mit Stolz auf das bisher von ihr Geschaffene blicken.

**Nr. 15**

Die drei Hamburger jüdischen Sportvereine

Mai 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 5 vom 15.5.1936,

S. 10

Julian Lehmann:

**Vom jüdischen Sport in Hamburg**

Was die letzten Wochen brachten

Hamburg verfügt über drei jüdische Sportvereine, die eine erfreuliche Aktivität entwickeln und mit Erfolg bemüht sind, unserer Jugend körperliche Kräftigung und Freude in der Freizeit zu verschaffen. Sie bilden dadurch einen nicht unwesentlichen Faktor im Neuaufbau jüdischen Lebens, und die Gemeinde läßt ihnen auch manche Förderung zugutekommen. Freilich müßte auch das gesamte jüdische Publikum sich zur Einsicht durchringen, was es seiner Jugend schuldig ist.

Bar Kochba, der älteste jüdische Sportverein am Platze, trug mit seinen Hockeymannschaften einige bemerkenswerte Kämpfe aus. Bei einer recht strapaziösen Reise waren zwei Unentschieden der Jugend und der Damen gegen Bar Kochba Hakoah Berlin kein schlechtes Ergebnis, während die Herrenmannschaft durch die Einstellung von Ersatz nicht zur Entfaltung ihres ganzen Könnens kam und eine gerade bei dieser Mannschaft nicht gewohnte Niederlage hinnehmen mußte, die durch die Umstände reichlich entschuldigt und erklärt ist. Die wahre Spielstärke offenbarte am Sonntag darauf ein prächtiges Treffen gegen Bar Kochba Frankfurt auf eigenem Platz, bei dem die Hamburger mit 6:1 über die Frankfurter siegten. Die Damen bereiteten den Schild-Damen mit 6:1 das gleiche Schicksal, wobei sich die Gegnerinnen bis zur Halbzeit überraschend gut hielten. Ein Besuch der Jugendabteilung der Berliner Bar Kochbaner zeigte weiter erfreuende Bilder. Im Handball der ersten Jugendmannschaften siegten die Berliner 3:2, in dem Spiel der Mädchen die Hamburgerinnen 3:1, in dem der Knaben die Berliner 5:3. Für die Berliner Fußballmannschaft der Knaben war Blau-Weiß eingesprungen: der Kampf blieb mit 2:2 unentschieden. – Bar Kochba wird jetzt wieder mit besonderem Eifer das leichtathletische Training aufnehmen, eine Sportart, in der er auf größte Erfolge – bis zur Weltmeisterschaft auf der Makkabia – zurückblicken kann.

Der zweite Makkabiverein, der noch junge Blau-Weiß, besitzt in seinen Fußballmannschaften das Schwergewicht seiner sportlichen Betätigung. Die Erringung der nordwestdeutschen Makkabimeisterschaft im Fußball gegen Bar Kochba Hannover bildete den Höhepunkt der Erfolge dieser Saison, doch ist die Mannschaft seitdem wohl etwas zurückgegangen, wie eine Niederlage mit 0:5 gegen Schild zu zeigen scheint. Seine Breitenarbeit in diesem Sport beweisen jedoch die Ergebnisse

der anderen Mannschaften, so das schon erwähnte Unentschieden gegen Berlin, ein Sieg der zweiten Elf gegen die gleiche von Schild mit 1:0, während eine 1:5 Niederlage der dritten Mannschaft gegen Schild III infolge unvollständigen Anstretens nicht gewertet werden kann. Im übrigen legt Blau-Weiß großen Wert auf die Pflege des gesellschaftlichen Elements. Die Schachabteilung hat ein großes Winterturnier in drei Klassen ausgefochten, aus dem der alte Kämpfe Henry Lehmann siegreich hervorging. Regelmäßige Tanzabende vereinen eine frohe Jugend, die sich nicht unterkriegen läßt.

Lebhafte Treiben herrscht in allen Abteilungen des dritten jüdischen Sportvereins, der Sportgruppe Schild des RjF. Bemerkenswert ist vor allem das Aufleben der Tennisabteilung, der es gelungen ist, schöne Plätze an der Kiäutschaubucht zu belegen. Die Sportplatzanlage in Lokstedt ist an jedem Spieltage vom Morgen bis zum Abend besetzt, und alle Rasensportarten werden getrieben. Die Fußballsaison erreichte ihren Höhepunkt durch das Zwischenrundenspiel um die Reichsmeisterschaft, welches den RjF. Stuttgart nach Hamburg führte. Das Spiel ließ sich für die Hamburger zuerst sehr günstig an, sie führten bis zur Pause bereits 2:0. Nachher gelangen ihnen jedoch keine Tore mehr, während die Stuttgarter erst richtig aufwachten und schließlich 3:2 gewannen. Bei einem Spiele der Hockeymannschaft des Schild Hamburg gegen Tennis-Club Grunewald Berlin siegte Hamburg 1:0.

Schild hat auch den Sport der Aelteren, das Kegeln, organisiert und ein Pokalkegeln der jüdischen Kegelklubs in Hamburg durchgeführt, bei dem der Gut Holz mit einer bemerkenswerten Leistung über dem Durchschnitt Sieger blieb. Weiterhin bietet auch Schild der Jugend allwöchentlich Gelegenheit zu geselligen Zusammenkünften und veranstaltet wieder die von ihm zuerst eingeführten Spielabende. Alle drei Vereine bemühen sich ferner durch Uebungen in den Hallen um die körperliche Ausbildung der Jugend und der Erwachsenen, und die beiden Turnhallen der jüdischen Schulen bieten kaum noch genügend Raum für die alltäglich stattfindenden Turnstunden, Boxabende und Tischtenniskämpfe. Im ganzen bietet der jüdische Sport hier das Bild einträchtigen Wirkens; es wäre sehr erfreulich, wenn man in Hamburg die Durchführung der aggressiven Beschlüsse der Makkabitagung in Hannover, die auf eine Sperrung des Sportverkehrs zwischen RjF. und Makkabivereinen hinauslaufen, verhindern könnte. Eine Sprengung der jüdischen Einheit auf diesem Gebiete können wir uns gewiß nicht leisten.

**Nr. 16**

Die neue Sportanlage des jüdischen Sportclubs »Blau-Weiß«

Juli 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 31 vom 30.7.1936, S. IV

### **Neuer Sportplatz für Juden**

J. S. C. Blau-Weiß baut eine eigene Sportanlage

Mit großem Wagemut und beneidenswertem Optimismus hat es der Jüdische Sportklub **Blau-Weiß** unternommen, sich eine eigene Sportplatzanlage zu schaffen, um genügende Betätigungsmöglichkeit für den wachsenden Kreis seiner Mitglieder bereitzuhalten. Zu diesem Zwecke wurde ein entsprechendes Gelände gepachtet, das im Anschluß an die Sportplatzanlage des Schild in Lokstedt liegt. Dieses Gelände wies noch keinerlei Vorbereitungen zu seiner Benutzung als Sportplatz auf und mußte daher von Grund auf neu bearbeitet werden.

Am vergangenen Sonntag konnte der Vorstand des Blau-Weiß schon den Vertretern des Vorstandes der Gemeinde, der anderen hiesigen jüdischen Sportvereine, der Zionistischen Organisation und des Makkabi-Kreises die Anlage in einer Vorbesichtigung zeigen, wobei man feststellen durfte, daß die Arbeiten schon recht weit gediehen sind. Herr **Eli** begrüßte als Vorsitzender des Blau-Weiß die erschienenen Gäste und betonte, daß sein Verein mit eigener Arbeit hier zum Besten der jüdischen Jugend eine Anlage erstellt habe, die nicht nur seinem Verein allein, sondern der jüdischen Allgemeinheit zum besten gereichen werde. Die Führung um den Platz übernahm dann der eigentliche Erbauer Herr **Zuckermann**.

Die Anlage, die insgesamt 16000 Quadratmeter umfaßt, gruppiert sich um einen Fußballplatz in den Ausmaßen von 100 × 72 Metern. Daneben ist eine Laufbahn von 100 Metern in der Geraden vorgesehen, während sich um den Platz eine Rasenlaufbahn von annähernd 390 Metern ziehen wird. Eine Sprunggrube und eine Grube für Wurfübungen vervollständigen die Sportgelegenheiten des Platzes. Die vom Fußballgelände abgetragenen Erdsoden wurden an der Seite terrassenförmig aufgeschichtet, um den Zuschauern bessere Sicht zu gewähren. Die Erdarbeiten am Platze wurden von den Mitgliedern des Blau-Weiß im freiwilligen Arbeitsdienste geleistet, und auch jetzt sah man eifrige Kolonnen noch an allen Ecken tätig, die die Planierungsarbeiten vornehmen. Die Leitung hofft, den Platz bereits im September der Öffentlichkeit übergeben zu können. Er muß freilich in der ersten Zeit noch geschont werden, damit nach dem Abnehmen der Oberfläche der Rasen wieder anwächst.

Ein Garderobehaus mit drei Ankleideräumen, sowie Toiletten und ein Brunnen sind ebenfalls schon vorhanden. Das Garderobehaus ist im Augenblick sogar schon zu einem sehr guten Zwecke in Benutzung, da, wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet, die Ferienkinder der Altonaer Gemeinde, welche sich jetzt alltäglich auf dem Schildplatz und hier tummeln, es mit als Unterkunftsraum benutzen.

Wenn zwar auch an dem Platze bis zur völligen Spielreife noch allerhand zu arbeiten ist, so machte doch die Anlage bei der Besichtigung einen sehr guten Eindruck, und der Energie der Leitung und dem Fleiß der einzelnen Mitglieder ist alles Lob auszusprechen.

Als Vertreter des künftigen Nachbars, der Sportgruppe Schild, dankte Landesportleiter Julian Lehmann im Namen der Gäste für das Gesehene und beglückwünschte den Jüdischen Sportklub Blau-Weiß zu seinem neuen Heim. Man werde auch in Zukunft sportlich-freundnachbarliche Beziehungen unterhalten und in friedlichem Wettkampf die Klingen kreuzen. An die Vertreter der Deutsch-Israelitischen Gemeinde richtete er angesichts dieser und der angrenzenden Anlage des Schild die Bitte, doch weiter der Tätigkeit der jüdischen Sportvereine Verständnis entgegenzubringen und sie zu fördern, denn diese komme doch nur der Allgemeinheit zugute.

In der Tat ist jetzt draußen in Lokstedt durch diese neue Anlage ein jüdisches Sportgelände von mehr als 40000 Quadratmetern mit drei Spielplätzen, zwei Laufbahnen, Sprunggruben, vier Garderobenräumen bzw. Unterstandhallen entstanden, wie man es selten finden wird. Wenn es auch in vielem noch der Vervollkommnung bedarf, so etwa in der gärtnerischen Ausgestaltung, die nun ebenfalls bald in Angriff genommen werden soll, so steht doch der jüdischen Jugend, neben dem prächtigen Platz des Bar Kochba in Bramfeld, nun ein Raum zur Verfügung, der direkt zum Sporttreiben und Herumtollen einlädt. Es wäre wirklich am Platze, daß die jüdischen Schulen sich diese Gelegenheit auch nutzbar machten, was mit den Vereinen kaum kollidieren wird, da ja diese ganz andere Stunden benötigen.

In Berlin hat die Jüdische Gemeinde einen mustergültigen Sportplatz selbst erstellt und stellt ihn den jüdischen Sportvereinen zur Verfügung. Hier hat man das der Privatinitiative unserer jüdischen Sportvereine überlassen. Diese Privatinitiative hat nun bereits den dritten jüdischen Sportplatz geschaffen, und das verdient höchste Anerkennung.

**Nr. 17**

Der Antrag auf Unterstützung des Turn- und Sportvereins »Makkabi« Altona

17. August 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64,

Bl. 161

**Jüdischer Turn- und Sportverein »Makkabi«**  
im Deutschen Makkabikreis e. V.

Altona, den 17. August 1936.

An den Vorstand  
der Hochdeutschen Israelitengemeinde,  
Altona.

Sehr geehrte Herren!

Der unterzeichnete Verein hat die sportliche Ausbildung eines grossen Teiles der Altonaer jüdischen Jugend übernommen und spielt auch durch die Erziehung dieser Jugendlichen im sonstigen jüdischen Leben unserer Gemeinde keine unbedeutende Rolle.

Unsere Arbeiten erfordern naturgemäss durch Inanspruchnahme der Turnhalle, des Sportplatzes, Durchführung von Veranstaltungen, Beschickung sportlicher Veranstaltungen mit unseren Mitgliedern etc. nicht unerhebliche Mittel, die wir in Zukunft allein aufzubringen nicht mehr in der Lage sind.

Von unseren ca. 150 Mitgliedern ist der grösste Teil nicht imstande einen Beitrag zu leisten, sodass wir in der letzten Zeit jeden Monat mit einem Defizit abschliessen.

Wir gestatten uns daher mit der Bitte an Sie heranzutreten, unseren Verein mit einer entsprechenden monatlichen Zuwendung zu subventionieren, damit wir unseren Betrieb, der ja für jeden Altonaer Juden geschaffen wurde, aufrecht erhalten können.

Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, dass Sie für die Bedeutung unseres Vereins für das gesamte jüdische Leben unserer Gemeinde Verständnis haben und unseren Antrag mit Wohlwollen behandeln werden.<sup>4</sup>

Mit vorzüglicher Hochachtung  
J. T. S. V. »Makkabi«  
Altona  
I. Ehrlich      Kurt Hillelsohn

<sup>4</sup> Die Gemeinde Altona stellte der Sportgruppe den Turnsaal ihrer Gemeindeschule wiederum kostenlos zur Verfügung und bewilligte einen einmaligen Betrag von 200 RM.

**Nr. 18**

Die innerjüdischen Auseinandersetzungen in der Sportbewegung

6. Oktober 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 42 vom 15.10.1936, S. III

### **Kundgebung des Makkabi**

»Wir rufen zur Einheit!«

Am vergangenen Dienstag hatte der Hamburger Makkabi unter der Parole »Makkabi ruft zur Einheit!« zu einer Kundgebung in den Theatersaal des Conventgartens eingeladen, die recht gut besucht war, wenn auch vielleicht infolge der Feiertage der Besuch nicht so ausgefallen war, wie man hätte erwarten sollen. In der Reihe der Ehrengäste sah man Vertreter der Gemeinde und der großen Organisationen, und die Jugend, an die sich die Kundgebung in der Hauptsache wendete, stellte ein großes Kontingent.

Nach einem Sprechchor des Makkabi-Hazair begrüßte Herr E. Scheyer im Namen der Makkabivereine von Groß-Hamburg die Erschienenen und gedachte zunächst in ehrenden Worten des dahingegangenen Sportwartes des Bar Kochba, Martin Bleiweiß, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. Er betonte weiter, daß in der letzten Zeit die Makkabibewegung in Hamburg einen großen Aufschwung genommen habe, ein Zeichen für die Kraft ihrer Idee.

Nach ihm sprach der Leiter des Hamburger Makkabi-Hazair, H. W. Samuelowitz. Seine Ausführungen galten in der Hauptsache dem Vertrauen in den endgültigen Erfolg beim Aufbau des Landes, der sich gegenüber allen Zweifeln durchsetzen müsse. Dort entstehe etwas ganz Neues, bei dem das Ich in den Hintergrund treten müsse, und dieser neuen Lebensauffassung gelte die Erziehung in den Bünden, wie sie heute vorgenommen werde.

Man sah dann einige ganz vortreffliche Vorfürhungen aus der praktischen Arbeit der Vereine, Mädchen mit Uebungen am Pferd und Herren mit Uebungen am Barren, die vielen und berechtigten Beifall fanden.

In Vertretung des angesagten Redners Dr. Freudenthal, der verhindert war, sprach dann das Präsidiumsmitglied des Deutschen Makkabikreises Herr Siddy Goldschmidt (Berlin).

Nach einer allgemeinen Klarlegung des jüdischen Schicksals im Galuth ging er auf die Gründung des Makkabi-Vereins in Deutschland ein. Unser Turnen müsse das Ziel haben, die heranwachsende Jugend physisch so stark wie möglich zu machen, außerdem habe der Makkabi die schwere Erziehungsaufgabe unternommen, den jungen jüdischen Menschen an das Judentum heranzuführen. Vierzig Jahre habe der Makkabi gekämpft, und er sei im hohen Maße daran beteiligt, daß eine starke jüdische Generation herangewachsen sei, die gewillt ist, das Land der Väter aufzubauen. Heute beginne die ganze Welt umzudenken. Eine neue Jugend weiß



vielfach nur vom Negativen des Judentums, und auch sie muß ans Positive herangeführt werden. Wir unterscheiden das Schicksal der Juden in Erez nicht von dem des Juden in der Gola. Kraft ihres Rechtes seien die Glieder des Jischuw nach Palästina gegangen, und kraft unseres Rechtes werden wir dorthin gehen. Der Makkabi beteilige sich aktiv an diesem Kampf, besonders durch die Gründung des Kfar Makkabi, in dem die hinübergegangene Makkabijugend ihre Ideale verwirkliche. Heute sehe man eine Jugend heranwachsen, für die es sich gelohnt habe, zu kämpfen.

In 37 Ländern bestehe der Makkabi als eine Organisation mit einheitlichem Willen. Nur hier in Deutschland gebe es eine andere Sportbewegung, die neben dem Makkabi als jüdische Sportbewegung bestehe. Vielleicht habe sie vor drei Jahren ihre Berechtigung gehabt, als man glaubte, auch noch mit anderen Anschauungen durchkommen zu können. Mag es auch noch ältere Menschen mit solch anderen Anschauungen geben – wir erkennen sie an. Aber wir erkennen nicht an, daß sie das Recht haben sollen, diese Anschauungen auf unsere Jugend zu übertragen. Der Unterschied gegen den anderen Verband ist nicht mehr allzu groß. Auch er will seine Menschen zu selbstbewußten stolzen Juden erziehen, auch er betont die Notwendigkeit des Aufbauwerkes in Palästina. Es ist bezeichnend, daß sich aus dem Kreis der aktiven Sportler Stimmen regten, die zur Beteiligung an der Makkabiah riefen. Dies erzeugt eine Verbundenheit mit gesamtjüdischen Gedanken. Jetzt ist der Augenblick gekommen, um eine Einheit herzustellen, bei der allen organisatorischen Wünschen Rechnung getragen werden kann. Wir werden bauen müssen, aber wir werden nur bauen können, wenn die jüdische Jugend eine Front darstellt! Wenn uns das gelingt, dann können wir mit Hoffnung in die Zukunft sehen, dann wird auch eines Tages die Zeit kommen, in der wir vor die Völker treten mit dem Hinweis auf das, was wir geschaffen haben.

Der Redner fand von der Versammlung, die sich fast restlos aus seinen Gesinnungsgenossen zusammensetzte, starken Beifall.

Der Makkabi-Hazair sprach dann einen disziplinierten Sprech- und Sangeschor »Makkabi marschiert«, und mit der »Hatikwah«, von allen Anwesenden gesungen, schloß die Kundgebung.

\*

Der Redner hatte in derart einfacher Weise zur Einheit gemahnt, daß es, ohne die Gegenseite zu hören, schwer verständlich schien, daß diese Einheit so lange auf sich warten läßt. Wir nahmen daher Gelegenheit, einen der Leiter der anderen Seite zu befragen, warum sich der Sportbund Schild diesen Argumenten nicht anschliesse. Er meinte:

Der Deutsche Makkabi-Kreis hat in dem Augenblick, in welchem durch die Aufhebung der gegenseitigen Sperren der sportliche Verkehr zwischen den beiden Verbänden wieder hergestellt worden ist, es unternommen, in einer ganzen Serie von Kundgebungen im ganzen Reich die Einheit des jüdischen Sports in dem Sinne zu propagieren, daß der Sportbund sich dem Makkabi anschließen solle. Es ist fast un-

verständlich, wie der Makkabi der Meinung sein kann, durch die Herstellung einer solchen »Einheit« dem jüdischen Sporte in Deutschland dienen zu können. Der Sportbund hat in mühevoller Arbeit eine Organisation aufgebaut, die heute dem Makkabi in Deutschland vollkommen ebenbürtig ist, und man kann von ihm nicht verlangen, daß er diese Organisation dem Makkabi in den Schoß wirft. Der Makkabi hätte dadurch im Augenblick vielleicht eine erhöhte Mitgliederzahl, aber die Mitglieder des Sportbundes wollen ja eben keine Mitglieder des Makkabi werden, sonst hätten sie die Möglichkeit dazu schon lange gehabt. Sie würden also dann aus ihrer Organisation austreten, und die Hälfte des gesamten jüdischen Sports in Deutschland wäre zerschlagen. Niemand hatte einen Gewinn davon.

Daß der Sportbund keinen internationalen Partner hat, ist nur bedingt richtig. Denn die Mitglieder des Sportbundes können im Auslande, wenn sie dort starten wollen, bei allen Sportorganisationen sich betätigen. Das zeigen die Beispiele der beiden Damen Bergmann und Caro, die englische Meisterschaften errungen haben, das zeigt der rege Sportverkehr der Sportbundvereine im Rheinland mit niederländischen Gegnern usw.

Was die Erziehungsarbeit im Sportbund betrifft, so unterscheidet sie sich doch so wesentlich von der des Makkabi-Verbandes, daß man sie nicht vereinen kann. Noch vor wenigen Jahren bezeichnete sich Makkabi übrigens durchaus nicht als eine »zionistische« Organisation, sondern gab jedem jungen Juden Gelegenheit zum Betreiben des Sportes. Das erkannte der Redner auch selbst an, indem er sagte, der Sportbund stände auf dem jüdischen Standpunkt wie etwa Makkabi vor vierzig Jahren. Ich glaube, daß dieser Zeitpunkt etwas zu weit zurückverlegt ist. Makkabi ist in Deutschland eigentlich erst ebenfalls seit 1933 zu größerer Bedeutung gelangt, denn in den letzten drei Jahren hat sich seine Mitgliederzahl verdreifacht. Zu einer Aufnahme noch größerer Massen wäre er kaum fähig gewesen, zum mindesten wäre deren Betreuung in jeder Hinsicht auf Schwierigkeiten gestoßen.

Makkabi sollte sich freuen, daß durch den Sportbund auch andere Massen mobil gemacht wurden, ohne die als sportliche Gegner auch sein Sportbetrieb längst gelitten hätte. Es ist auch eine Verkennung der Tatsachen, wenn Makkabi der Meinung sein sollte, er könne an die Kreise herankommen, die dem Sportbund offenstehen. Was der Sportbund an Menschenmaterial auffängt, ist eben dem Makkabi nicht zugänglich, daran ändern die schönsten Theorien nichts.

Wenn der Sportbund auch Interesse für Auswanderung und Palästina pflegt, so sollte sich Makkabi darüber freuen und nicht diese Keime dadurch zum Erlöschen bringen, daß man sie in einen anderen Boden zu verpflanzen sucht.

Für sportliche Zusammenarbeit mit Makkabi ist der Sportbund stets zu haben, und wenn dadurch im Laufe der Zeit ein noch engerer Zusammenschluß entsteht, wie jetzt schon im »Reichsausschuß der jüdischen Turn- und Sportverbände«, so werden beide nichts dagegen haben. Aber dieser Entwicklung soll man nicht vorgreifen.

**Nr. 19**

Die Einweihung des Sportplatzes von »Blau-Weiß« mit Oberrabbiner Joseph Carlebach

6. Oktober 1936

Hamburger Familienblatt Nr. 44 vom 29.10.1936, S. IVf.

**Die Sportplatzweihe**

Ein Festtag beim Blau-Weiß / Ansprache von Oberrabbiner Dr. Carlebach

Am vergangenen Sonntag konnte der Jüdische Sportklub Blau-Weiß seinen Sportplatz der Öffentlichkeit übergeben und dann damit eine neue Epoche seiner Tätigkeit einleiten. Es ist tatsächlich bewundernswert, mit welcher Energie die leitenden Persönlichkeiten des Blau-Weiß alle sich ihnen entgegentürmenden Schwierigkeiten überwunden haben, um zu einem eigenen sportlichen Heim zu kommen, wie sie es verstanden, alle jüdischen Instanzen für ihren großzügigen Plan zu interessieren, wie alle Mitglieder mit ihren sämtlichen Kräften sich in den Dienst der Sache stellten, und wie Gönner und Freunde finanzielle Opfer brachten, um das große Ziel zu erreichen. Es gereicht dem Blau-Weiß heute zur Ehre, wenn man verrät, daß große Bedenken dem Plan gegenüberstanden, und daß fast unüberwindbar scheinende Hindernisse sich ihm entgegenstellten. Heute besitzt Blau-Weiß seinen ersehnten Platz, den dritten jüdischen Sportplatz in Hamburg, und nun beginnt erst der Hauptteil seiner Arbeit, die Sorge dafür, daß dieser Platz auch wirklich ausgenutzt wird, daß die jüdische Jugend den Tummelplatz benutzt, den sie sich erarbeitete. Man darf von den leitenden Männern des Blau-Weiß erwarten, daß sie auch in dieser Hinsicht nicht versagen werden, und daß auch dieser Platz für unsere Jugend zum Segen werden wird.

Der Platz wurde hier schon gelegentlich einer Vorbesichtigung kurz geschildert. Er liegt in leicht erreichbarer Lage fast direkt anschließend am Sportplatz des Schild in Lokstedt und umfaßt einen Fußballplatz mit Raum für die noch geplante Laufbahn, sowie reichlich Nebengelände. Der Fußballplatz wird von einem erhöhten Erdwall umgeben, der als Stehtribüne eine gute Uebersicht gewährt. Ein schön eingerichtetes Garderobehäuschen, Brunnen und andere hygienische Einrichtungen sind vorhanden. Der Boden des Platzes selbst besitzt nach der Bearbeitung vorläufig naturgemäß noch nicht die genügende Festigkeit und muß noch geschont werden, so daß der Platz bis zum kommenden Jahre möglichst wenig benutzt werden wird. Aber es steht außer Zweifel, daß der Platz selbst zu einem vorzüglichen Sportfeld ausgestaltet werden kann.

Am Tage der Einweihung herrschte nach dem Regen der vorangegangenen Tage herrliches Wetter, das größere Massen zur Einweihungsfeier mobil machte. Erschienen waren u.a. Herr Oberrabbiner Dr. Carlebach, der Vorsitzende der Deutsch-Israelitischen Gemeinde Herr R.-A. David sowie die Mitglieder des Sportaus-

schusses der Gemeinde, die Herren Gemeindevorsteher Max Haag und Dr. Unna und Gemeindevorsteher Dr. Fritz Warburg, der erste Vorsitzende der Repräsentanz Dr. Urias, Dr. Zadik von der Hamburger Zionistischen Vereinigung, der Vorstand des Bar Kochba sowie Landessportleitung und Vorstand des Schild und Vertreter vieler anderer Organisationen. Der sportliche Teil hatte schon früh begonnen, und um alle die Gäste aus Berlin, Hannover und Altona beschäftigen zu können, hatte der Schild in kameradschaftlicher Weise seinen Platz zur Verfügung gestellt. Ueber diesen sportlichen Teil wird weiter unten berichtet werden.

#### Die eigentliche Einweihungsfeier

wurde durch einen Aufmarsch der Teilnehmer eingeleitet. Man hatte absichtlich auf eine Massendemonstration verzichtet und zu diesem Einmarsch nur die wirklichen Teilnehmer an den sportlichen Wettkämpfen des Tages herangezogen, zuzüglich der stattlichen Frauenabteilung des Blau-Weiß, die einen vorzüglichen Eindruck machte. Die Makkabifahne wurde von Berliner Sportfreunden vorangetragen, dann folgten die Mitglieder des Berliner Bar Kochba-Hakoah, des Bar Kochba Hannover und des Bar Kochba Hamburg vor den Gastgebern und Hausherren, dem Blau-Weiß. Leider hatte Makkabi Altona infolge einer weiter unten geschilderten Differenz auf die Teilnahme am Einmarsch verzichtet. Mit wehenden Fahnen zogen Sportler und Sportlerinnen auf den Platz und stellten sich gegenüber den Zuschauern auf.

Als erster betrat Herr Walter Eli, der Vorsitzendes des Blau-Weiß, die Rednertribüne. Nach der Begrüßung der Gäste dankte er vor allem dem Sportausschuß der Gemeinde, den Herren Max Haag, Dr. Plaut und Dr. Unna für ihre verständnisvolle Hilfe. Für ihre besonderen Verdienste um die Herstellung des Platzes ehrt er Herrn Max Zuckermann durch die Verleihung der Ehrennadel und überreichte Herrn Wellmann als Ehrengabe ein Buch mit Widmung für seine treuen Dienste. Dann betonte er, daß die Jugend des Vereins den Platz durch ihrer Hände Fleiß geschaffen und ihn so voll als den ihren betrachten könne. Möge der Platz, so schloß er, ein Symbol zur Erstarkung der jüdischen Jugend und der jüdischen Gesamtheit bilden.

#### Oberrabbiner Dr. Carlebach

richtete dann das Wort besonders an die versammelte Jugend des Makkabi und gab seiner großen Freude darüber Ausdruck, daß es ihm vergönnt sei, dem neuen Platz seinen jüdischen Segen mitzugeben. Schon die Teilnahme so weiter Kreise zeige, daß sich alle mit innerer Genugtuung und Anteilnahme an diesem Werke freuten. Schön und froh ist es, daß die jüdische Jugend sich unter jüdischen Fahnen ertüchtigt und sich kräftiger macht für die Aufgaben der Zukunft. Je mehr Forderungen wir an uns stellen, um so stolzer können wir ins Leben blicken. Juden wollen wir sein, die mit Stolz sich ihres Wertes bewußt sind, die aber auch körperlich stark genug sind, um auf dem Boden unserer Väter die heilige Aufgabe zu unternehmen, das jüdische Land wieder aufzubauen. Nicht Vergnügen und nicht flüchtiger Ehrgeiz sollen die Grundlage dieser Arbeit bilden, sondern das Ziel, starke Männer und

Frauen nach Erez Israel zu entsenden. Auf der Fahne stehe als Wahlspruch Herzls Ausspruch: »Wenn Ihr wollt, ist es kein Märchen«, aber nicht nur vom Wollen, auch vom Können hängt es ab. Es ist der Sinn der jüdischen Geschichte, daß der jüdische Mensch mehr kann als er glaubt. Dem großen Wollen wachsen Flügel, es erzielt überdurchschnittliche Leistungen.

Der Name und die Farben »Blau Weiß« erinnern an ein heiliges Symbol unseres Judentums, an die Schaufäden. An unseren Gewändern sollen wir weiße Fäden tragen, aber ein blauer Faden muß hineingeflochten sein. Dies ist das Zeichen körperlicher und seelischer Reinheit. Das ist das Wertvolle am Sport, daß er junge Männer und Mädchen erzieht, und wer rein ist, darf auch hoffen, ein wahrer Kämpfer für das Judentum zu sein. Der blaue Faden aber verkörpert den Gedanken an Gott im Himmel, soll daran erinnern, daß jeder jüdische Mensch den Namen Gottes mit sich trägt. Reine Männer und Frauen sind gotterfüllte Männer und Frauen, die in ihrer Gemeinschaft reine und glückliche Lebensbefriedigung finden. Für unser Volk zu leben und zu sterben und zu kämpfen ist das einzige Glück. Ein Sportplatz ist kein Spielplatz, der verpflichtet, sich seelisch zu verkleinern, sondern der ermahnt an alles Hohe und sittlich Gute. In diesem Sinne schloß Oberrabbiner Dr. Carlebach seine Ansprache mit dem Gruß des Makkabi: Schalom, in den alle Anwesenden begeistert einstimmten.

Der Vorsitzende des Vorstandes der DIG, R.-A. Bernhard David, überbrachte die Glückwünsche der Gemeinde zu diesem Tag, der dem Blau-Weiß ein eigenes Reich beschere. Dafür gebühre ihm auch der Dank der ganzen Gemeinde, denn es sei ein Zeichen dafür, daß wir trotz aller Ungunst der Zeiten bestehen werden. Es ist kein Zufall, daß im Hebräischen das Wort für Arbeit gleich dem Worte für Gottesdienst sei, denn jede jüdische Arbeit stünde im Zeichen der jüdischen Ewigkeit. Das hebräische Wort für Ball sei Kadur, und das erinnere an ein Wort des Propheten, der es anwendet, um die Gotteszugehörigkeit Israels zu schildern. So könne dieser Ball uns befreien. Als aufrechte, stolze Juden sollten sie sich betätigen, dann wird ihnen auch hier Erfolg beschieden sein.

Im Namen des Präsidiums des Deutschen Makkabi-Kreises überbrachte Herr Siddy Goldschmidt – Berlin Glückwünsche. Idealismus und Einsatzbereitschaft haben diesen Platz geschaffen, für den er dem Blau-Weiß seine volle Anerkennung zolle. Der Sport solle ein Beispiel sein für das Leben, hier sei eine Generation, die nicht viel frage, sondern einfach an die Arbeit gehe und aufbaue. Der Sport bilde für uns jüdisches Leben, und diese Einzeltat sei ein Beispiel für ein neues, großes jüdisches Leben.

Die Glückwünsche des Bar Kochba Hamburg sprach Herr E. Scheier aus. Als sich Bar Kochbaner an der Makkabia beteiligten, brachten sie als wertvollstes Geschenk eine jüdische Sportfahne aus Erez mit. Ein Abbild dieser Fahne überreichte er als Gabe des Bar Kochba dem Blau-Weiß zur Einweihung seines Platzes. Die blau-weiße Fahne ist keine Vereinsfahne mehr, sie ist die Fahne des jüdischen Volkes geworden; für den Sportler bedeutet sie das Symbol, für das er lebt. In diesem Sinne

überreichte er dem Blau-Weiß die Fahne und in diesem Sinne nahmen sie die Vorsitzenden des Blau-Weiß dankend in Empfang.

Zum Schluß begrüßte auch der Vorsitzende der Sportgruppe Schild, Herr Walter Fonfé, den Blau-Weiß und beglückwünschte ihn zu dieser Großtat. Im Hamburger jüdischen Sport herrsche immer eine vorbildliche Einigkeit, und dieses Vorbild der Einigkeit möge sich auf das ganze Reich ausdehnen. Den Gruß des Makkabi spreche er ein wenig anders aus, aber gerade das wünsche er dem jüdischen Sport: Scholam!

Sportler und Zuschauer stimmten hierauf die Hatikwa an, und die sportlichen Wettkämpfe wurden fortgesetzt.

### Nr. 20

Der Wettkampf zwischen den Sportvereinen »Bar Kochba« und »Schild«

18. und 19. Oktober 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 64, Bl. 219, 11-13

Sportgruppe »Schild«  
des Vaterländischen Bundes  
jüdischer Frontsoldaten e.V.  
Postscheckkonto: No 71521  
unter Dr. jur. Max Plaut.

Hamburg, Datum des Poststempels.

Geschäftsstelle  
Jungfernstieg 24.

[handschriftlicher Vermerk: VereinsPokalKampf Bar Kochba gegen Schild am 18. und 19. Oktober.]

Sehr geehrte Herren!

In den letzten Jahren hat die jüdische Sportbewegung in Hamburg erfreulicherweise einen grossen Aufschwung zu verzeichnen. Tausende von jungen jüdischen Menschen finden in unseren jüdischen Sportvereinen Gelegenheit, sich körperlich zu stählen und einen wesentlichen Teil ihrer Vorbereitung für den Lebenskampf zu erfüllen.

Die Deutsch-Israelitische Gemeinde hat stets die jüdischen Sportvereine gefördert und sorgt in ihrem Sportausschuss für einen reibungslosen Ablauf des Sport- und Übungsbetriebes. Notwendige Anregung im Sport kann aber nur der Wettkampf bieten. Deshalb hat der Sportausschuss der D.I.G. einen Vereinswettkampf zwischen den beiden grössten hiesigen jüdischen Sportvereinen, dem »Bar Kochba« und der Sportgruppe »Schild« veranlasst und hierfür einen Pokal gestiftet.

Dieser Pokalwettkampf soll gleichzeitig betonen, dass wir in der körperlichen Er-  
tüchtigung unserer jüdischen Jugend eine allen gemeinsame Aufgabe sehen, die in  
einheitlicher Weise gelöst werden soll. Um diesem Gedanken möglichst sinnfälligen  
Ausdruck zu verleihen, laden wir alle Kreise unserer Gemeinde dazu ein, unsere Ju-  
gend durch ihre Anwesenheit in ihrem Streben zu ermuntern.

Wir hoffen, dass auch Sie und Ihre Familie es nicht versäumen werden, sich bei  
diesen Wettkämpfen einzufinden und werden uns freuen, in Ihrer Anwesenheit den  
Beweis dafür erblicken zu können, dass auch Sie sich wie wir für die einheitliche  
Sportausübung im jüdischen Kreise einsetzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
Jüdischer Turn- und Sportverein »Bar Kochba«,  
Sportgruppe »Schild«.

11

Das grösste  
Jüdische Sportereignis Hamburg's!

**Verbandspokal-Kampf**  
**Bar Kochba - Schild**

Sonntag, 18. Oktober 1936:

10 Uhr: Kegelsporthalle Borgweg — Kegeln  
14 Uhr: Schild Sportplatz, Lokstedt  
(Linie 22 bis Ziebuhr)  
Hockey — Leichtathletik — Handball

Montag, 19. Oktober 1936:

20 Uhr: Talmud Tora-Schule, Grindelhof 30  
Gymnastik — Turnen — Tischtennis  
Schaukämpfe — Jiu Jitsu

Ansprache Sr. Ehrw. Oberrabbiner Dr. Carlebach  
Überreichung des Pokals durch den Sportdezernenten

---

Eintrittspreise pro Veranstaltung: RM 0.50, 1.00, 2.00

13.

# Vereinspokal-Kampf Bar Kochba-Schild

Eintrittskarte No. 34

Talmud-Tora-Schule, Grindelhof

Turnen · Gymnastik · Tischtennis  
Schaukämpfe · Fußball

## ~~EHRENKARTE~~

Ansprache Sr. Ehrwürden Oberrabbiner Dr. CARLEBACH

---

RM. 2.— Nummerierter Sitzplatz

12.

# Vereinspokal-Kampf Bar Kochba-Schild

Eintrittskarte No. 23

Schild Sportplatz Lokstedt

Hockey · Leichtathletik · Fußball

## ~~EHRENKARTE~~

Deutsche Makkabi und Nordwestdeutsche Schild  
Meister am Start.

Ansprache Sr. Ehrwürden Oberrabbiner Dr. CARLEBACH

---

RM. 2.— Nummerierter Sitzplatz



**Nr. 21**

Die Intensivierung des jüdischen Sportlebens

Mai 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 18 vom 6.5.1937, S. 16 d

**Neue Lehrkräfte beim B.K.**

Der Hamburger Jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba hat es sich angelegen sein lassen, durch Heranziehung zweier neuer Lehrkräfte seinen Betrieb auszugestalten und seinen Mitgliedern weiterhin Gelegenheit zu einer gründlichen körperlichen Ausbildung zu bieten. Veranlassung dazu bot in erster Linie das Scheiden seines bewährten Sportlehrers Herbert v. d. Walde, der sich zu seiner weiteren Ausbildung nach Amerika begibt.

Wer im Hamburger jüdischen Sportleben steht, kennt das Wirken dieses tüchtigen und beliebten Mannes, der es in fast siebenjähriger Tätigkeit verstanden hat, sich allgemeine Sympathien zu erwerben. Herbert v. d. Walde legte seine Prüfung als Sportlehrer an der Universität Hamburg ab und übernahm dann zuerst die Fürsorge für den Jüdischen Sportverein »Hakoah«. Als dieser Verein sich infolge seiner grundsätzlichen Haltung immer mehr verkleinerte, ging er zu »Bar Kochba« über, wo er ein weites Tätigkeitsfeld fand. Er widmete sich zunächst den Knaben-, dann auch der zahlreichen Mädchenabteilung, um dann die Heranbildung der gesamten Jugendabteilung zu übernehmen. Diese baute er in vorbildlicher Weise aus und war dann auch in der Turnabteilung tätig. Er trainierte dann die Leichtathleten, wobei er den großen Erfolg mit Elli K e n d z i o r r a hatte, welche in der Makkabiweltmeisterschaft Siegerin blieb, und sorgte beim Schwimmen dafür, daß viele Mitglieder den Grundschein der Lebensrettungs-Gesellschaft erwarben. Er selbst hat sich früher auch in paritätischen Vereinen beim Hochsprung und im Diskuswerfen, in Meisterschaften und zahlreichen anderen Wettbewerben ausgezeichnet und nahm dann auch mit Erfolg an den Meisterschaften des Makkabikreises in Deutschland und bei der Makkabia beim Zehnkampf teil. In Amerika wird er vor allen Dingen bemüht sein, seine sportliche Ausbildung zu vervollkommen, aber auch versuchen, in dem neuauftretenden Makkabiverein von New York zu arbeiten. Man sieht Herbert v. d. Walde, der in letzter Zeit auch als Lehrer an der Mädchenschule der DIG. tätig war, ungern von hier scheiden.

Bar Kochba hat indessen für vollwertigen Ersatz gesorgt und gleich z w e i n e u e Lehrkräfte verpflichtet. Für die Damen und Mädchen kommt Annemarie Hadra, die bekannte Makkabi-Sportlerin, deren Namen man aus den Meisterschaftswettbewerben des Deutschen Makkabi-Kreises gut kennt. Frl. Hadra ist aus dem Magdeburger Frauen-Sport-Klub hervorgegangen, wo sie eine gründliche Ausbildung in Leichtathletik und Handball genossen hat. Schon mit 15 Jahren war sie mitteldeutsche Jugendmeisterin im Speerwerfen, Kugelstoßen und Weitsprung. Und noch im Jahre 1934 wurde ihr die »30-Besten-Nadel« der DSB. verliehen. Sie

kam dann zu Bar Kochba Magdeburg und konnte auch in Makkabikonkurrenzen die Aufmerksamkeit durch viele gute Plätze auf sich lenken. 1936 nahm sie an dem Jüdischen Turn- und Sportlehrerkurs in Stuttgart teil und betätigte sich dabei in Hakoah Stuttgart. In dem Kurs genoß sie eine vorzügliche Ausbildung in turnerischen und sportlichen Fächern, aber auch in Theorie des Sports, in Mensendieck-Gymnastik und Rasenspielen, hospitierte dabei an der Jüdischen Schule und nahm an einer intensiven jüdischen Ausbildung in hebräischer Sprache und jüdischer Geschichte teil. Zum Abschluß erhielt sie das Zeugnis als Turn- und Sportlehrerin für jüdische Schulen und jüdische Vereine.

Frl. Hadra, die auch an der Mädchenschule in der Johnsallee unterrichtet, wird es sich besonders angelegen sein lassen, die Bar Kochba-Mädchen- und Damen-Abteilung, deren Leistungsstand sie schon für sehr hoch hält, weiter zu fördern. Sie wird aber der Makkabi-Jugendbewegung, dem Makkabi-Hazair, ihre Aufmerksamkeit widmen und die bündische Erziehung innerhalb desselben pflegen.

Als Turn- und Sportlehrer hat Herr Herbert Blanck aus Hannover sein Amt angetreten. Blanck, der hier durch seine Hochsprungleistungen auf den Bar Kochba-Festen bestens bekannt ist, gehörte früher dem Turn-Klub Hannover an, wo er seine vortreffliche Grundlage für Turnen, Leichtathletik und Rasenspiele erhielt. Mehrfach nahm er mit Auszeichnung an Ausbildungskursen der Sportbehörden teil, so daß ihm schließlich die Leitung der Jugendabteilung übertragen wurde. Nachdem er noch einen Vorturnerkurs absolviert hatte, wurde er Leiter der Jugendabteilungen des Kreises Nieder-Sachsen. Nach dem Uebertritt zu Bar Kochba Hannover zeichnete er sich dort schnell in den Junioren-Meisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises aus, errang die Fünfkampfmeisterschaft und siegte in Hamburg über die 200 Meter. Seine gründliche Ausbildung veranlaßte seinen Verein, ihn zum Leiter des Turnens und der Leichtathletik zu bestimmen, wobei er große Erfolge hatte. Er findet, daß beim Hamburger Bar Kochba sich vorzügliches Material sowohl in der Knaben- wie in der Herren-Abteilung vorfindet, und hofft hier schöne Erfolge erzielen zu können. In erster Linie ist es sein Bestreben, die Vorbereitungen für die dritte Makkabia so zu betreiben, daß Hamburg dort erfolgreich abschneiden kann.

Von beiden neuen Lehrkräften ist sicher neuer Aufschwung im Hamburger jüdischen Sport zu erwarten.

**Nr. 22**

Die Freundschaftsspiele mit dem Hakoah-Wien

3. August 1937

Staatsarchiv Hamburg, 622-1/173 Familie Plaut, D 34/2

**BLAU-WEISS · BAR KOCHBA · HAMBURG***Die Competition im jüdischen Sport***Hakoah-Wien in Hamburg**

Dienstag, den 3. August 1937

17<sup>30</sup> Uhr **HANDBALL** gegen **BAR KOCHBA**19<sup>00</sup> Uhr **FUSSBALL** gegen **BLAU WEISS**  
auf dem Blau-Weiß-Sportplatz in Lokstedt21<sup>00</sup> Uhr **GROSSER EMPFANGSABEND**  
im Lokstedter Gesellschaftshaus  
Am Rüttersberg 26—28 (3 Minuten vom Platz)**BEGRÜSSUNG DURCH DIE GEMEINDE****Tanz**

anschließend

**Bar****EINTRITTSPREISE:**SPORTVERANSTALTUNG: Reservierter Sitzplatz RM. 2,—, Sitzplatz  
RM. 1,50, Stehplatz RM. 1,—, Jugendliche und Erwerbslose RM. 0,50.  
EMPFANGSABEND: RM. 1,—, gegen Vorzeigen der Platzkarte werden  
auf Wunsch RM. 0,50 vergütet.Platz und Festlokal sind mit Linie 22 bis Station Ziebuhr zu erreichen.  
Verstärkter und verlängerter Liniendienst.

Auflage 10000.

**Nr. 23**

Die Probleme im Hamburger jüdischen Sport

Dezember 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 12 vom 10.12.1937, S. 8

## Vom jüdischen Sport in Hamburg

Die letzten Wochen standen schon sportlich im Zeichen des beginnenden Winters. Die Vereine sorgen in den Turnhallen für die Ausbildung ihrer Mitglieder, und zwar in derart starkem Maße, daß unsere Hallen kaum ausreichen. Ein Schauturnen des Schild zeigte gute Fortschritte, besonders in der Mädchen- und Damenabteilung, auch die Herrenturnabteilung konnte sich sehen lassen. Der Rasensport kann sich hier leider infolge des Mangels an Gegnern nicht so ausbreiten wie anderwärts. Man sah zwar mancherlei Spiele mit abwechselndem Erfolge im Fußball zwischen Schild, Blau-Weiß und Makkabi Altona, aber andere Gegner sind sehr selten. Blau-Weiß stellte sich für ein Winterhilfsspiel in Hannover zur Verfügung und kämpfte ehrenvoll gegen eine Städtemannschaft; Schild unternahm eine Reise nach Rostock; in Hamburg aber konnte man in der Berichtszeit keine auswärtigen Mannschaften sehen. –

Aehnlich liegen die Verhältnisse im Hockey. Bar Kochba und Schild sind in gegenseitigen Trainingsspielen sehr eifrig, aber mit einer Ausnahme hatten sie keine Gelegenheit, sich mit andern zu messen. Schild weilte einmal in Berlin und kam mit einem viel beachteten Siege gegen ISG. zurück. In Hamburg selbst langte es nur zu einem Unentschieden gegen die gleiche Mannschaft. In einem Pokalkampf der Jugendmannschaften behielt Schild Hamburg gegen JSG. Berlin die Oberhand. Die Tischtennis-Abteilungen von Schild und Bar Kochba kämpften mehrere Male; von einer ausgesprochenen Ueberlegenheit des einen über den andern läßt sich nicht sprechen.

Der Beginn der Wintersaison wurde natürlich von allen Vereinen zu gesellschaftlichen Veranstaltungen benutzt, die ihrer starken Anhängerschaft die Möglichkeit einer Ausspannung boten. Viel Leben herrscht in den regelmäßigen Spielabenden des Blau-Weiß; zu erwähnen ist auch eine großangelegte Chanukkafeier der Jugendabteilung des Schild, die den Gabriel-Riesser-Saal zweimal bis zum letzten Platze füllte.

Bei alledem darf man nicht übersehen, daß die jüdischen Sportvereine in Hamburg es schwerer haben, als die in anderen Städten. Der Raum in den Turnhallen ist knapp, so daß sie meist überbesetzt sind, die Lehrkräfte sind zwar eben ganz vorzüglich, könnten aber weit mehr ausgenutzt werden, große Schwierigkeiten bereiten die populären und von der Jugend bevorzugten Rasensportarten, da jeder Kampf gegen einen auswärtigen Gegner, ob hier oder auswärts, mit hohen Kosten verknüpft ist.

Und ohne diese Kämpfe muß der Sport stagnieren! Es ist erfreulich, daß eine Arbeitsgemeinschaft der Großsportvereine Schild und Bar Kochba diese Frage in die Hand genommen hat, um eine Belebung herbeizuführen. Die Gemeinde wird sich diesen Bestrebungen zur körperlichen Ausbildung ihrer Jugend um so weniger entziehen können, als durch die neueren Lehrpläne den Leibesübungen ein ganz anderer Platz in den Unterrichtsplänen eingeräumt ist als bisher. Und hier, auf einem für unsere Jugend so wichtigen Gebiete, muß ganze Arbeit getan werden.

J[ulian] L[ehmann]

#### Nr. 24

Die finanziellen und sportlichen Hindernisse bei auswärtigen Wettkämpfen

Dezember 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 52 vom 30.12.1937, S. 16 c-d

### Sportler als Gäste

Der heutige jüdische Spielbetrieb bringt es mit sich, daß sich verhältnismäßig häufig Mannschaften auf Reisen begeben, daß auswärtige Sportler von ihren Freunden in anderen Städten empfangen und beherbergt werden müssen.

Das liegt daran, daß die jüdischen Vereine in ihren eigenen Orten nicht über genügend Spielpartner verfügen, da sie oft den einzigen Sportverein der jüdischen Gemeinschaft in ihrem Wohnorte darstellen. Aber auch dann, wenn ein Verein des anderen Verbandes am Orte besteht, wird die Mannschaft einer Sportart, sei es Fußball, Hockey, Handball, Tennis usw. nicht stets und ständig gegen die gleiche Mannschaft des anderen Vereins antreten können, weil dadurch das Interesse, aber auch das sportliche Vorwärtskommen leiden. Ständiges Bemühen aller jüdischen Sportvereine und der über ihnen stehenden Verbände muß es also sein, Sportlerreisen zustandezubringen, um Abwechslung in den Spielplan zu bringen, den einzelnen Anregung zu bieten und eine gewisse Stagnation, die sonst unausbleiblich wäre, aufzuhalten.

Solche Reisen erfordern große Ausgaben seitens der Verbände, der Vereine und der daran direkt Beteiligten. Man mache sich nur klar, daß ein Sonntagsbillet zwischen zwei etwa zwei Fahrstunden auseinanderliegenden Städten fast zehn Mark kostet, um sich leicht zu berechnen, daß eine solche Fahrt für zwölf bis dreizehn Leute, die an einem Gastspiel beteiligt sind, allein für Fahrtkosten 130 Mark und mehr kostet, wobei das einzelne Mitglied, besonders bei häufigen Wiederholungen, nur zu einem geringen Teile herangezogen werden kann. Berliner Fahrten in die »Provinz« oder Reisen von etwas abseits gelegenen Städten, wie z.B. Breslau, Beuthen, Leipzig, Hamburg usw. kosten gleich das Vielfache. Dazu kommt, daß man den Sportlern einfach nicht zumuten kann, zwei Nächte durchzufahren,

dazwischen zu spielen und am Tage vorher und am Tage nachher wieder ihrer Beschäftigung nachzugehen. Auch daß durch den Sabbath oft die Abreise, besonders beim späten Sabbatausgang im Sommer, schon am Freitag erfolgen muß, ist eine Erschwerung. Vielfach hilft man sich durch die Benutzung von Autobussen, das geht aber nur auf relativ kurzen Strecken, denn nach sechs bis neun Stunden Autofahrt auf den grünen Rasen zu gehen und seine sportliche Form zu zeigen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Sind aber alle Schwierigkeiten der Geldbeschaffung für den Fahrtpreis überwunden, hat man endlich die Zeiten festgelegt, den einzelnen Sportlern Urlaub verschafft, daß sie zwei Tage von zuhause wegbleiben können, so tritt eine weitere Schwierigkeit hinzu: die Quartierbeschaffung.

15 – 20, manchmal sogar 60 – 70 Sportler in einer Gemeinde unterzubringen, ist eine Sache, an deren kaum möglicher Ueberwindung schon manche Expedition gescheitert ist. Jüdische Menschen wohnen heute meist nicht mehr so breit, daß sie ohne weiteres ein Gästezimmer in ihrer Wohnung haben, und ist selbst die Frage der Schlafgelegenheit für den Gast geklärt, so macht die der Verpflegung Sorgen. Bei rituell lebenden Familien ist das Fleisch knapp zugemessen, und man hat Sorge, einen jungen Mann während dreier Tage körperlicher Anstrengung auch tatsächlich satt zu bekommen. So kommt es, daß die Vereine vielfach Absagen auch von Leuten erhalten, die grundsätzlich gern bereit wären, einen Gast zu nehmen.

Hier darf man einige grundsätzliche Dinge sagen. Man soll sich vergegenwärtigen, daß der junge Sportler kein »Logierbesuch« und kein »Gast« im früher gewohnten Sinne ist. Er will vor allem seinen Sport ausüben und weiß, daß er dafür manches Opfer zu bringen hat.

Er bringt dieses Opfer im Interesse der Sache gern und verlangt keinen großen Komfort. Ihm genügt es, wenn man ihm eine Schlafgelegenheit auf einer Couch einräumt, er braucht kein eigenes Gästezimmer, er begnügt sich damit, wenn er ein Dach über dem Kopfe hat, wenn er sich ausruhen kann. Er macht auch keinen Anspruch auf eine Verpflegung, die besonders reichhaltig oder luxuriös sein muß. Seine Gastgeber sollen in ihren Gewohnheiten nicht gestört werden, und er wird an diesen Tagen gerne mitessen, was gewöhnlich dort auf den Tisch kommt, denn zu Hause wird er wahrscheinlich auch nichts anderes gewohnt sein. Bedenken die Quartiergeber das, so können sie sich leichter entschließen, den Sportvereinen zur Ermöglichung von Gastspielen auswärtiger Sportler behilflich zu sein und ihnen die Quartiere nicht abzulehnen. Denn der junge jüdische Sportler ist ihnen für ihre Bemühung dankbar, wenn er sieht, in welchem Sinne sie geboten wird. Er wird ihre Gastfreundschaft schätzen, auch wenn sie ohne Präntionen auftritt. Gewiß, es gibt Gott sei Dank noch jüdische Menschen, die es sich leisten können, über das erforderliche Mindestmaß hinauszugehen, es gibt andere, die sich direkt Opfer auferlegen, um dem Gast etwas recht Schönes zu bieten. Aber das braucht nicht zur Regel zu werden, denn an dem Gedanken, viel bieten zu müssen, scheitert eben doch oft manche Zusage.

Die Sportler selbst sollen bedenken, daß ihre Gastgeber an sich schon mit der Aufnahme genug tun, daß sie meist sehr häufig dazu herangezogen werden, daß sie also ihre Ansprüche sehr herabschrauben müssen, um spätere Gastspiele nicht zu verhindern. Sie sollen zufrieden sein mit einem einfachen Lager, mit einem einfachen Essen, sie sollen ihre Wirtsleute durch ihr Benehmen nicht vergrämen, sich, wie es selbstverständlich ist, höflich und ruhig benehmen, aber auch nicht durch spätes Heimkommen am Abend die häusliche Ordnung stören.

Beachten beide Teile diese Regeln, dann werden die Sportreisen jüdischer Mannschaften, die zum jüdischen Sportbetrieb in Deutschland unumgänglich nötig sind, in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten mehr bereiten und die körperliche Erächtigung unserer jüdischen Jugend weiter sichern. J.L.

## Nr. 25

Die Standortbestimmung des Bar Kochba

21. Januar 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 6 vom 10.2.1938, S. 16 c

### Sport in Hamburg

Hauptversammlung des Bar Kochba

Am 31. Januar fand die ordentliche Versammlung des Bar Kochba statt. In Vertretung des Vorsitzenden begrüßte Herr Scheier die Erschienenen, und besonders die Mitglieder des »Blau Weiß«, die erstmalig zu einer Generalversammlung des Bar Kochba geladen waren. Er gab dann den Rechenschaftsbericht, der zeigte, daß die Arbeit im Bar Kochba stetig weitergeht und die Erfolge nicht ausbleiben. So konnte der Bar Kochba rein zahlenmäßig seinen Mitgliederbestand halten, trotzdem ihn im vergangenen Jahre fast 300 Mitglieder verließen. Diese große Mitglieberschwankung vergrößerte auch die Strukturwandlung, d.h die Anzahl der erwachsenen Mitglieder verringerte sich, während die Zahl der Jugendlichen bedeutend zunimmt. Der Bar Kochba hat heute dadurch die größte Jugendabteilung, und da die Arbeit im Bar Kochba gerade für die Jugend bereits Tradition und Verpflichtung geworden ist, wird diese auch in vorbildlicher Weise durchgeführt. Herr Scheier kam dann ausführlich auf die einzelnen Abteilungen zu sprechen.

Bei der Tischtennis-Abteilung wurde besonders die große Beteiligung hervorgehoben, und die Ueberlegenheit ihrer Kampfmannschaft. Die Kegler konnten, besonders der Klub »Gut Holz«, ihre Erfolgsserie fortsetzen, indem sie aus allen Klub- und Pokalkämpfen als Sieger hervorgingen. Eine große Ausbreitung fand die Judo-Abteilung unter ihrer neuen tatkräftigen Leitung. Die Ruderabteilung konnte ihre Arbeit in altgewohnter Weise fortsetzen und eine große Jugendgruppe

angliedern. Die Turngemeinschaft von 1927 – Altherrenriege im B.K. konnte ebenfalls die Arbeit in der üblichen Form durchführen. – Besonders durch die Auswanderung hat die Hockey- und Handballabteilung gelitten. Außerdem ist durch den Mangel an Gegnern der Spielbetrieb sehr eingeschränkt. Trotzdem haben diese Abteilungen auch heute je fünf komplette Mannschaften, die regelmäßig Spiele gegen die Hamburger Schild-Gegner und gegen auswärtige Vereine austragen. – Die Schwimmabteilung leidet besonders darunter, daß für den Trainingsbetrieb keine eigene Halle zur Verfügung stand. Dadurch ist die Teilnehmerzahl beschränkt. – Im Turnbetrieb nahmen die Jugend-Abteilungen den Hauptteil ein, die unter der Leitung erstklassiger Lehrkräfte stehen. Bei der Leichtathletik wurden beachtliche Erfolge erzielt.

Der Kassenbericht zeigte, daß es dem BK. gelungen war, die Einnahmen und Ausgaben im vergangenen Jahre so abzustimmen, daß sich diese Posten ziemlich deckten. Ein besonderer Dank wurde dem Jüdischen Religions-Verband ausgesprochen für seine finanzielle Unterstützung, ebenfalls den vielen Förderern des Vereins. [...]

#### **Nr. 26**

Die Auswirkungen der Auswanderungen auf den Sportbetrieb

Februar 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 7 vom 17.2.1938, S. 16 a-b

#### **Abschiedsstunde im »Schild«**

Die Sportgruppe Schild verliert leider in diesen Wochen eine ganze Reihe ihrer besten Aktiven, junge Menschen, die jenseits der Meere sich eine Existenz aufbauen wollen und ihr Geburtsland verlassen. Das ist zwar heute in jüdischen Vereinen sozusagen eine »laufende« Angelegenheit, aber es kommt doch selten vor, daß derart zahlreiche hervorragende Sportler, wirklich führend in Leistung oder Organisation, in so kurzem Zeitraum sich von uns trennen. So hatte der Schild ihnen zu Ehren eine Abschiedsstunde veranstaltet, um ihnen als Erinnerung eine Nadel zu überreichen und ihnen ein Wort der Verbundenheit mit auf den Weg zu geben.

Vorstand, Abteilungsleiter, Sportlehrer und andere Funktionäre waren zahlreich dazu erschienen, als der erste Vorsitzende Walter Fonfé den Scheidenden Dank und Anerkennung für ihre Leistungen aussprach und sie mit dem Motto »Kopf hoch« in ein neues Leben entließ. Er bat sie, die Kameradschaft im Schild nicht zu vergessen, sich immer als ihm zugehörig zu fühlen und anderen Kameraden die Wege in fernen Ländern zu ebnen. [...]

Der Abschiedsstunde war eine Besprechung vorangegangen, die ein Bild von der Tätigkeit der Sportgruppe Schild im vergangenen Jahre bot. Walter



Fonfé gab eine Uebersicht über die stattgefundenen Veranstaltungen, deren Fülle und Bedeutung beachtenswert war. Es gab einen Klubkampf gegen Blau-Weiß, Winterhilfsturnen, Schauturnen, zwei Jugendsportfeste, leichathletische Meisterschaften, zahlreiche große Fußballspiele, Hockey- und Tennisturniere, Winterhilfskegeln, Jugendtagung in Wilhelminenhöhe, erfolgreiche gesellige Abende und eine schöne Chanukkafeier. Dabei wurden mehrere hundert auswärtige Sportgäste für viele Tage hier untergebracht und gepflegt, hauptsächlich dank der hingebenden Fürsorge von Leopold Jorkowitz. Er sprach weiter von den geplanten kommenden Veranstaltungen gesellschaftlicher und sportlicher Art, die in großer Mannigfaltigkeit wieder vorgesehen sind. Der Geschäftsführer Harry Goldstein berichtete über den Mitgliederstand, der sich trotz starker Abwanderung auf der gleichen Höhe gehalten hat. Die starke finanzielle Inanspruchnahme konnte durch den Beistand des Jüdischen Religionsverbandes und den Ertrag der gesellschaftlichen Veranstaltungen aufrechterhalten werden. [...]

#### Nr. 27

Die jüdischen Schachmeisterschaften für Deutschland im Bar Kochba Hamburg  
März 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 4 vom 8.4.1938,  
S. 8

#### Vom jüdischen Sport in Hamburg Meisterschaftskämpfe in Hamburg

Der Jüdische TuSpV. Bar Kochba konnte im letzten Monat zwei groß angelegte Veranstaltungen in Hamburg durchführen, die bei den jüdischen Sportfreunden im ganzen Reich Beachtung fanden. Zunächst die von seiner Schachabteilung Blau-Weiß organisierten jüdischen Schachmeisterschaften für Deutschland, an denen sich sowohl die Makkabi- wie die Schildspieler beteiligten. In den schönen Räumen des Gemeinschaftshauses erhielten sie einen vorbildlichen Rahmen, und in vier Turnieren gab es acht Tage lang spannende Kämpfe zwischen den jüdischen Schachmatadoren aus dem ganzen Reiche. Erfreulicherweise endete der Kampf im Meisterturnier mit einem Hamburger Siege, denn Grünwald (Bar Kochba-Blau Weiß Hamburg) verlor keine Partie und wurde damit jüdischer Schachmeister von Deutschland für 1937/38. An zweiter Stelle endete Dr. Strauß (Schild Mainz), an dritter und vierter gemeinsam Schainowski I (BK. Hamburg) und Haar (Jüdische Schachvereinigung Frankfurt a.M.). Im Hauptturnier A siegten Lexandrowitz-Berlin vor Katz-Berlin und Lambig-Hamburg, im Hauptturnier B Glatt-Berlin vor Schainowski II-Hamburg und Spatz-Hannover, im Jugendturnier A Israel-Berlin

vor Perlmann II-Hamburg, und im Jugendturnier B endeten Drechsler und Oppenheimer, beide Hamburg, auf gleicher Höhe.

Das Turnier zeigte die Hamburger Gastfreundschaft auf voller Höhe, da nahezu 40 Teilnehmer während der ganzen Woche hier untergebracht wurden. Auf dem Eröffnungsabend begrüßte Herr Dr. Unna im Namen des Vorstandes des Jüdischen Religionsverbandes Hamburg die Teilnehmer. Am Sonnabend wohnten sie den Festgottesdiensten in der Gemeinde-Synagoge Bornplatz und im Israelitischen Tempel bei, wo die Herren Oberrabbiner Dr. Carlebach und Dr. Italiener das Wort an sie richteten.

Dem Schachturnier folgten die Makkabikegelmeisterschaften, welche der Kegelklub Gut Holz im Bar Kochba organisiert hatte. Auch hier blieben die Hamburger sowohl in den Mannschafts- wie in den Einzelwettkämpfen siegreich. Meister wurde der Kegelklub Gut Holz-Bar Kochba Hamburg vor Vbb.-Bar Kochba Hamburg, Bar Kochba-Hakoah Berlin und JSK. Berlin. Im Städtewettkampf siegte ebenfalls Hamburg vor Berlin und Hannover, im Einzelwettkampf blieben Markowitz, G. Möller und B. Hausmann, sämtlich Bar Kochba Hamburg, in Front.

Julian Lehmann.

#### Nr. 28

Das erste gemeinsame Sportfest von »Schild« und »Maccabi«

September 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 37 vom 15.9.1938, S. 16 a-b

### Das große Jugendsportfest in Lokstedt

Es war eine herzerfreuende Angelegenheit, dieses große Jugendsportfest auf dem Schildsportplatz in Lokstedt: mehr als 400 jugendliche Sportler traten an; ohne Unterschied der Vereinszugehörigkeit bekannten sich alle zu dem Gemeinschaftsgedanken jüdischer Erziehungsnotwendigkeit auf körperlichem Gebiet, boten ein wunderbares Bild kräftiger und zukunftsfroher Jugend, gerüstet für einen schweren Lebenskampf. Als der große Aufmarsch das Fest beendete und die 400 Sportler mit Fahnen in ihrer bunten Sportkleidung in der Abenddämmerung aufmarschierten, wem der nahezu 1000 Zuschauer mag da nicht das Herz höher geschlagen haben?

Der sportliche Erfolg dieses Festes war außerordentlich. Schon allein die Tatsache, daß aus Berlin, Leipzig und anderen Städten die jüdischen Sportvereine mit nahezu 100 Teilnehmern hierhergeeeilt waren, um den Kampf mit ihren Kameraden aus Hamburg aufzunehmen, zeigte seine Bedeutung, die es weit über den Rahmen ähnlicher Veranstaltungen heraushebt. Es war außerdem eine erste wirklich ernste Begegnung der Schild- und Makkabi-Jugend in breitem Maßstabe, so

daß es wertvolle Aufschlüsse gab. Dazu war eine vorzügliche Organisation die beste Stütze. Schlag auf Schlag wickelten sich die Ereignisse ab, die Zuschauer kamen nicht aus dem Schauen und aus der Aufregung über die spannenden Kämpfe heraus. [...]

### Nr. 29

Die Abschiedsstimmung in der Sportgruppe »Schild«

Oktober 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 43 vom 27.10.1938, S. 16 c-d

### Abschiedsstunde in der Sportgruppe Schild

Die Sportgruppe Schild hatte am vergangenen Donnerstag ihre Leiter und Freunde versammelt, um den Jahresbericht zu hören und um Abschied von liebgewordenen Kameraden zu nehmen. [...] Hierauf wurde der Jahresbericht erstattet, über den bereits in diesen Blättern berichtet worden ist. Harry Goldstein ergänzte den Bericht durch einige Angaben über die Mitgliederbewegung, die typisch für die heutigen Verhältnisse in jüdischen Vereinen ist. Trotz starker Abwanderung zählt die Sportgruppe Schild heute 636 aktive Mitglieder, wodurch ihre Notwendigkeit erwiesen ist. Dem Abgang stehen auch zahlreiche Eintritte gegenüber, die sich hauptsächlich aus den Kreisen Jugendlicher zusammensetzen. Die finanziellen Verhältnisse sind bei weiser Beschränkung der Ausgaben geordnet, so daß der Etat balanciert. Er ermahnte besonders dazu, daß jeder die Pflicht habe, ausscheidende Funktionäre nach Kräften zu ersetzen, damit die Arbeit weitergehen kann, solange eine Betätigungsmöglichkeit gegeben ist. [...]

In herzlichen Worten nahm dann der Landessportleiter Abschied von dem scheidenden ersten Vorsitzenden Walter Fonfé, der seit der Gründung der Sportgruppe angehört hatte und sie über fünf Jahre leitete. Seine Sachkenntnis, seine Energie, seine Einsatzbereitschaft und seine Gabe, Mitarbeiter heranzuziehen, haben ihn befähigt, die Sportgruppe zu hohen Erfolgen heranzuführen. [...] Harry Goldstein überreichte Walter Fonfé noch ein schön ausgestattetes Erinnerungsalbum, und im Namen des Ortsverbandes Hamburg des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten, des Gründers der Sportgruppe, fanden Dr. Urias und Albert Steinberg ermunternde Worte. Zum Leiter der Jugendabteilung wurde von Gustav Nachmann, nachdem er in ehrenden Ausführungen ihres verstorbenen Gründers Dr. Eduard Peine gedacht hatte, Heinz Goldstein vorgeschlagen und unter allgemeinem Beifall vom Vorstand in dieser Eigenschaft bestätigt. Die notwendig gewordenen Ergänzungen des Vorstandes werden noch bekanntgegeben.

[...]

H.P

**Nr. 30**

Die »Verreichlichung« der jüdischen Sportbewegung

9. November 1938

Staatsarchiv Hamburg, 622-1/173 Familie Plaut, D 34/2

Sportgruppe »SCHILD«

im »Schild« – Sportbund des Reichsbundes  
jüdischer Frontsoldaten E.V.

Hamburg 1, Rathausstr. 27

Telefon: 33 56 35

Hamburg, den 9. November 1938

An den  
Vorstand und die Mitglieder  
der Sportgruppe »Schild«

Liebe Sportkameraden!

Auf Anordnung des Reichssportamtes hat jeder jüdische Sportverein in Deutschland seine Zulassung beim Reichssportamt durch den Reichsausschuss jüdischer Sportverbände neu zu beantragen und eine Einheitssatzung anzunehmen.

Zu diesem Zweck ist eine am Montag, den 14. November 1938 um 20 ¼ Uhr im Jugendheim, Johnsallee 54 stattfindende

Mitglieder-Versammlung

erforderlich, zu der wir Sie hiermit einladen.

Tagesordnung

- 1) Einführung des neuen 1. Vorsitzenden Dr. Max Plaut
- 2) Die Ermächtigung des Vorstandes zur Annahme der vom Reichssportamt genehmigten Einheitssatzungen für jüdische Sportvereine.
- 3) Ermächtigung des Vorstandes zu etwa notwendig werdenden Zusammenlegungen mit anderen Vereinen.
- 4) Verschiedenes.

Mit sportkameradschaftlichem Gruss!

Sportgruppe »Schild«

Der Vorstand.

## 28. Zionismus in Hamburg

### 28.1 Die Hamburger Zionistische Vereinigung

#### Nr. 1

Der Rechenschaftsbericht der Hamburger Zionistischen Vereinigung (1933)

24. Oktober 1933

Hamburger Familienblatt Nr. 43 vom 26.10.1933, S. 3 f.

Die diesjährige Generalversammlung der Hamburger Zionistischen Vereinigung fand am 24. d. M. im Gabriel-Rießler-Saal statt. Während die Beteiligung an derartigen Versammlungen der Ortsgruppe in den Vorjahren regelmäßig zu wünschen übrig ließ, waren diesmal mehr als 300 Mitglieder erschienen; ein Zeichen für das gesteigerte jüdische Interesse, das die Ereignisse dieser Zeit mit sich gebracht haben, und zugleich für die numerische Entwicklung der H.Z.V. – Den Rechenschaftsbericht gab, in ungewöhnlich ausführlichen und gut fundierten Darlegungen, der bisherige und im Laufe des Abends wiedergewählte Vorsitzende, Dr. Edgar Marx. Der Bericht stellte zunächst die reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen im »Hilfsausschuß« dar, jener im Frühjahr zur Linderung von Notfällen, doch auch für produktiv-aufbauende Hilfsmaßnahmen im Einklang mit der Gemeinde gegründeten Körperschaft. In diesem Zusammenhang erwähnte der Vorsitzende insbesondere die z.T. vom Hilfsausschuß finanzierten handwerklichen Ausbildungskurse und das von ihm geförderte Siedlungswerk in Wilhelminenhöhe. – Dr. Marx berührte danach die von Hamburg aus geleitete zionistische »Gruppenverbandsarbeit« in Hannover, Bremen, Kiel, Lübeck usw., und besprach die Veranstaltungen der H.Z.V. im letzten Jahre, insbesondere die in Privathäusern durchgeführten »Zirkelvorträge« und die verschiedenen Nummern der »Gesprochenen Zeitung«, die ihr Erscheinen nächstens fortsetzen soll. Dann wurde über die Arbeit der Hamburger Gruppe des »Verbandes Jüdischer Frauen für Palästinaarbeit« (Wizo) berichtet, die ihre Tätigkeit auch nach dem Fortgang der verdienten früheren Leiterin, Frau M. Flörshcim, gut weitergeführt hat: die Wizo arbeitet unter der Parole »Hachscharah der Frau« in drei Abteilungen, sie leistet Vorbildliches in der Beschaffung von Lebensmitteln und anderen Dingen, zumal für die Mitglieder des Chaluzheimes Beneckestraße, sie hat ferner Schneiderkurse usw. organisiert. Die gemeindepolitischen Bemühungen der »Jüdischen Volkspartei«, die jetzt unter der energischen Leitung von Dr. W. Pinner steht, würden gestärkt werden können, wenn sich ihr Gesinnungsgenossen in noch größerem Umfang als bisher zur Verfügung stellen würden. – Weitere Ausführungen widmete Dr. Marx ferner den Finanzen der Ortsgruppe, die im ganzen stabil sind, und der Tätigkeit der

Fonds des Keren hajessod und Jüdischen Nationalfonds. – Die wichtige und jetzt gut durchorganisierte Beratung der Interessenten für eine Uebersi[e]dlung nach Palästina, unter der Leitung von H. Spanier, brachte engen Konnex zur Hamburger Auswanderungsberatungsstelle, die in allen Fällen weitgehendes Verständnis zeigte, zum englischen Konsul, zu dem korrekt-freundschaftliche Beziehungen bestehen, und zu anderen Behörden mit sich, besonders aber eine an Umfang noch ständig wachsende briefliche und fernmündliche Verbindung mit dem Berliner Palästinaamt und palästinensischen Instanzen. Eine Hamburger »Zertifikatsverteilungskommission« wurde unlängst ins Leben gerufen. – Besonderen Aufschwung nahm auch die Hebräische Sprachschule »Ivriah«, die zuletzt in 22 Kursen arbeitete, und in jedem Quartal einen Zugang von 70 neuen Schülern hat. In den Schnellkursen der Ivriah lernten zur Vorbereitung für Palästina etwa 250 Menschen. Die Schule leidet unter fast chronischem Lehrermangel – Dr. Marx ging zum »Hachscharahverein« über, der sich um die Unterbringung der zionistischen Jugend in landwirtschaftliche und handwerkliche Ausbildungsstätten, um die damit zusammenhängenden Finanzierungsfragen usw. unter der Leitung von Frau J. Heppner Verdienste erworben hat, sprach von dem Plan der organisierten Verschickung Fünfzehn- bis Achtzehnjähriger nach Palästina (sog. »Kinder- und Jugendalijah«), und schilderte endlich die Arbeit der nationaljüdischen Jugendbünde [...] – Danach folgten die Neuwahlen. Neben Dr. Marx wurden die Herren A. de Haas, J. Hertz, H. Spanier und H. Cohen einstimmig in den engeren Vorstand berufen. Herbert Cohen referierte im Anschluß an den Wahlakt über »Aufgaben des Hamburger zionistischen Lebens«; ein Antrag, die Aussprache über den Vortrag zu vertagen, wurde angenommen. Mit den Klängen der »Hatikvah« schloß die straff geleitete und gut verlaufene Generalversammlung.

A[lfred] K[upferberg]

## Nr. 2

Die Palästina-Ausstellung in Hamburg

April 1934

Hamburger Familienblatt Nr. 16 vom 19.4.1934, S. 1f.

### Palästina-Ausstellung in Hamburg

Die Eröffnungsfeier

In den von der Gemeinde bereitgestellten drei Etagen des Hauses Heimhuderstr. 68 zeigt die Hamburger Zionistische Vereinigung in dieser Woche eine groß angelegte Palästina-Ausstellung, die ähnlich vorher in Berlin und Leipzig zu sehen war. Zur Eröffnungsfeier versammelten sich am Vor-

mittag des letzten Sonntags maßgebende Persönlichkeiten aus allen Richtungen des Hamburger jüdischen Lebens in der Ausstellung. Unter den Erschienen bemerkte man, neben fast allen führenden Hamburger Zionisten, die Herren R.-A. B. David und Dr. Ernst Loewenberg vom Vorstand der Gemeinde, die Rabbiner Dr. Holzer und Bamberger-Wandsbek, Mitglieder des Repräsentanten-Kollegiums der Gemeinde und Vertreter der Kultusverbände, den Vorsitzenden des jüdischen Handwerker-Vereins, Vertreter der verschiedenen (auch nicht-zionistischen) Jugendorganisationen u.a.m.

Dr. E. Marx, der Vorsitzende der zionistischen Ortsgruppe, leitete den Eröffnungsakt mit Worten des Dankes an die Deutsch-Israelitische Gemeinde, die Eigentümerin des Hauses, an Dr. Ernst Mechner-Berlin, den für die Ausstellung verantwortlichen Leiter der deutschen Abteilung des Jüdischen Nationalfonds, und Prof. Adler-Hamburg ein, der die künstlerische Ausgestaltung der Schau in Hamburg übernommen hat. Dr. Marx betonte, daß die Vielfalt der Tatsachen des äußeren Lebens in Palästina, die die Ausstellung den Besuchern vermittele, leicht ein falsches Bild vom eigentlichen, inneren Charakter des Palästinawerkes gebe. Am Anfang dieses Werkes stand keine ökonomische Ueberlegung, sondern die ideenmäßige Forderung, die Theodor Herzl aufgestellt habe. – Darauf nahm der Vorsitzende der Deutsch-Israelitischen Gemeinde, R.-A. David, das Wort zu einer eindrucksvoll herzlichen Ansprache. Die Gemeinde beglückwünsche sich dazu, daß das neu erworbene Haus in der Heimhuderstraße gerade mit einer derartigen Ausstellung eröffnet werde. Eine würdigere »Hausweihe«, ein besserer »Chinuch habajith« lasse sich nach seiner Auffassung nicht denken. Gerade jetzt, in den Tagen der »Sefirah«, der Zeit zwischen dem Peßach- und dem Schowuausfest, sei die alte und immer neu im religiösen Gefühl jedes Juden verankerte Zionssehnsucht lebendig wie nur je. Dazu komme, daß die national-jüdische Bewegung sich, wie kaum eine andere Strömung des modernen jüdischen Lebens, ungemeine Verdienste um die Wiederbelebung des altjüdischen Klal-Gedankens, der Idee einer überbrückenden Einheit jüdischer Gemeinschaft, erworben habe. Symbol dafür sei der Gruß des palästinensischen Juden, jenes »Schalom«, das nicht allein »Frieden« bedeute, sondern – in einer kleinen sprachlichen Abwandlung als die hebräische Vokabel »Schlemuth« – auch den Gedanken der Toleranz, der Ausgeglichenheit und Verständigungsbereitschaft zum Ausdruck bringe. – Als letzter sprach, für die Zionistische Vereinigung für Deutschland und den Jüdischen Nationalfonds, Dr. Ernst Mechner-Berlin. Die Ausstellung sei ein Versuch, das Wissen breiter jüdischer Kreise um die Tatsachen des Palästina-Aufbaues zu vergrößern, ihnen zugleich aber eine Vorstellung vom Geiste des Palästina-Werkes zu vermitteln. Vielleicht sei das Positivste an ihr, daß sie im Grunde - falsche Informationen gebe; ihre Angaben seien in vielem durch die stürmische Vorwärtsentwicklung überholt, in der sich das Land gerade jetzt, nach dem Einströmen so vieler deutscher Juden, befinde. So werde die Zahl der jüdischen Einwanderer nach Palästina für das Vorjahr mit 34000 angegeben, während nach den letzten amtlichen Feststellungen nicht weniger

als 40000 Juden im Jahre 1933 ins Heilige Land gewandert seien. Er müsse auch darauf hinweisen, daß einige in Berlin und Leipzig gezeigte Stücke der Schau aus Raumgründen in Hamburg nicht mit zur Aufstellung gelangen konnten.

Der Grundgedanke des jüdischen Palästina-Aufbaues – mit diesem Hinweis schloß Dr. Mechner seine Ausführungen – ließe sich durch nichts besser verdeutlichen als durch jene Worte aus dem an sichtbarer Stelle in einem der Ausstellungssäle lesbaren Spruch, den Goethe den alternden Faust sprechen lasse, der nach einem Leben voller Unrast und vielfacher Freuden zur Gemeinschaft seines Volkes zurückgefunden hatte:

»Solch ein Gewimmel möcht ich seh'n;  
auf freiem Grund mit freiem Volke steh'n ...  
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,  
der täglich sie erobern muß ...«

### Nr. 3

Die Programmatik der Hamburger Zionisten (1935)

9. Januar 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 2 vom 10.1.1935, S. I-III

### **Innerjüdische Auseinandersetzung**

Ein programmatischer Vortrag von Dr. Walter Pinner<sup>1</sup>

[...]

Der Zionismus gilt als Partei im deutschen Judentum. Darüber ein Wort: Partei sind wir nicht aus eigenem Willen, sondern in der Meinung derer, die in uns einen bekämpfenswerten Feind sehen. Und Partei sind wir selbstverständlich, soweit wir kämpfen müssen gegen diejenigen, die uns bekämpfen, und die nicht dulden wollen, daß unsere Meinung vom Judentum sich durchsetzt. Der Zionismus fordert die Erneuerung des jüdischen Lebens ...

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, an dessen positiver Arbeit des Rechtsschutzes ursprünglich auch Zionisten teilzunehmen sich verpflichtet fühlten, wandelte sich allmählich zum Verein zur Abwehr des Zionismus. Er machte sich zum Sprachrohr derer, die an die Emanzipation der

1 Der Getreideimporteur Walter Georg Pinner (1891-1980), Dr. phil. 1913 (Volkswirtschaft), war von 1931 bis 1935 für die Jüdische Volkspartei Mitglied im Repräsentanten-Kollegium der Gemeinde und deren Fraktionsvorsitzender. Von 1934 bis zu seinem Ausscheiden Ende 1935 gehörte er dem Vorstand der Hamburger Zionistischen Vereinigung an. Pinner emigrierte im Dezember 1935 nach England.



Einzelperson glaubten und den Antisemitismus nicht ernst nahmen, da er sie persönlich nicht erreichte. Die Assimilation, die von der Masse der Mitglieder des C.-V. praktisch geübt wurde, ist von der Führerschaft wohl nur selten zur Forderung erhoben worden, aber sie ist doch verteidigt worden. Ja, je stärker zionistische Ideen sich in Deutschland ausbreiteten, um so mehr setzte sich der Radikalismus der antizionistischen Richtung durch. So entstand jener Kampf zwischen den politischen Organisationen des deutschen Judentums, der bis 1933 anhielt.

Das Jahr 1933 hat diesen Kampf innerlich beendet. Der Centralverein ist heute nicht mehr derselbe, der er vor 1933 gewesen ist. Nicht wir Zionisten waren es, die den bisherigen Gegnern die Waffen aus der Hand geschlagen haben. Sondern die uns bekämpften, haben unter dem Eindruck einer gewaltigen Offenbarung die Waffen niedergelegt. Es war ein freiwilliger Waffenstillstand, er ist es noch heute. Aber es ist kein Friedensschluß.

Es ist nur ein Waffenstillstand, und es bedarf der größten Aufmerksamkeit der Verantwortlichen, zu verhindern, daß ein neuer Kampf entbrennt.

Jetzt nach eindreiviertel Jahren gibt es schon wieder Leute, die neue Schützengräben zwischen den deutschen Juden bauen. Ihnen ist es zu gefährlich, daß herüber und hinüber Gedanken und Menschen wandern, daß Juden sich als Juden finden.

Da rufen manche: Verwehrt den Zionisten das Mitreden in Sachen des deutschen Judentums. Sie sind Auswanderer, und wer von ihnen noch hier ist, ist »Auswanderer auf Termin«. Da rufen Jugendliche: Wir deutsch-jüdische Jugend sind die wahren Erben, die einzig berufenen Nachfolger in den Verwaltungsposten der deutschen Judenheit. Und ältere rufen: Glaubt an den Wiederaufgang der Sonne. Und die Sonne, die sie sehnsüchtig erwarten und die sie prophezeien, ist ihnen die Anerkennung der Kriegskameradschaft, die Gleichberechtigung in Advokatur, Journalistik und Beamtschaft ...

Solange deutsche Juden sich einreden konnten, daß ein deutsches Judentum als Gesamtheit nur als wesensloses Religionsbekenntnis existierte, und daß ihre Stellung nach äußerem und innerem Recht nur von ihrer eigenen Person abhängig sei, solange konnte man verstehen, daß die zionistische Auffassung der Gruppenbestimmtheit unseres Schicksals bekämpft wurde, weil sie im Widerspruch zu stehen schien, nicht mit den Tatsachen, wie sie waren, sondern mit den Tatsachen, wie man wünschte, daß sie seien.

Das aber ist vorbei. Und da die Tatsachen heute allgemein anerkannt werden, ist es eine politische Sünde, nun jetzt aus ihrer Betrachtung oder Auswertung politische Gegenstände zwischen C.-Vern und Zionisten, zwischen solchen, die die »zweite Emanzipation« erstreben, und solchen, die sie angeblich nicht erstreben, konstruieren zu wollen. Wer immer darüber nachdenkt, weiß, daß die zweite Emanzipation nicht auf dem Wege der Selbstzerstörung des Judentums als Gruppe erworben werden kann, daß sie auch nicht auf diesem Wege erworben werden dürfte, selbst wenn es möglich wäre. Man mag diese Erkenntnis eine zionistische nennen oder nicht; darüber wollen wir nicht streiten, wenn es nur gelingt, das Erkannte

festzuhalten und von dieser gemeinsamen Grundlage zum fruchtbaren Gedankenaustausch zu gelangen.

Noch oder auch wieder besteht die Gefahr, daß Meinungsunterschiede in untergeordneten Fragen dazu benutzt werden, Weltanschauungsdifferenzen zu konstruieren. Wer das tut, in der Kernfrage des deutschen Judentums, in der Frage des Lebens der Juden in Deutschland, der gefährdet damit die Arbeitsgemeinschaft, die in der Reichsvertretung der deutschen Juden heute besteht. Sehen wir es auf allen Seiten als unsere Pflicht an, diese Arbeitsgemeinschaft nicht zu stören, sondern zu unterbauen.

Wir halten es für eine politische Krankheit im deutschen Judentum: Weil Organisationen leben wollen, werden Theorien der antizionistischen Richtung geschaffen. Weil Organisationen der Abgrenzung zu bedürfen glauben, konstruiert man einen antizionistischen Willen des deutschen Judentums. Und das deutsche Judentum ist das Kampffeld und das Objekt des Kampfes.

In Wirklichkeit aber hat das deutsche Judentum in seiner großen Menge erkannt:

Rückerwerb und Stärkung unseres J u d e n t u m s ist unsere Pflicht, damit wir frohe und freie Menschen werden.

Verteidigung ist naturnotwendig, damit wir nicht von außen zerdrückt und innen zermürbt werden.

Und Palästina ist unentbehrlich, weil es unser Anker ist auf dem Boden dieser Welt, und weil so viele von uns dort ihr Leben neu aufbauen dürfen.

... Es gibt gewiß noch deutsche Juden, die jedem jüdischen Leben so fern gestanden haben, daß ihre einzige Reaktion auf die Erschütterung ihres Glaubens an Assimilation und Emanzipation ein unjüdischer Trotz ist, eine Gemeinschaftsbekundung, die sich in äußerlichen Dingen des täglichen Lebens erschöpft, die aber womöglich nach wie vor den Weihnachtsbaum anzünden, die nichts innerlich vom Judentum wissen und nicht einmal das Bedürfnis empfinden, etwas davon zu wissen. Sind diese Juden – so frage ich – es wert, daß jüdische Organisationen ihnen nach dem Munde reden, ihretwegen das jüdische Programm verwässern, daß ihretwegen die Willenseinheit des deutschen Judentums in Frage gestellt wird? [...]

... Wir Zionisten haben eine Aufgabe, die wir als jüdisch-innerpolitische ansehen und der wir uns unterziehen müssen, ob wir wollen oder nicht. Diese Aufgabe ist, das Ghetto zu durchbrechen, in das unsere Parteigegner uns einsperren möchten. Die Ghettomauern, die man um uns errichtet, waren und sollen auch heute wieder sein, daß der Zionismus zum Schreckgespenst gemacht wird, daß man die Menschen verhindern will, hinter die Mauern zu sehen, daß man die Zionisten behindern will, teilzuhaben am Leben der jüdischen Gemeinden in dem Maße und mit dem Einfluß, der in Wahrheit dem Werte des Zionismus für das deutsche Judentum entspricht. Im Jahre 1933 war die Atmosphäre, in der wir alle arbeiteten, innerjüdisch betrachtet, reiner, und so entstand die Reichsvertretung der Deutschen Juden als Arbeitsgemeinschaft der jüdischen Organisationen. Möge sie nicht zur

Arbeitsgemeinschaft von Organisationen werden, die sich ihre Gleichberechtigung nach außen bescheinigen, sich aber dennoch mit dem Mißtrauen von Feinden betrachten. Der Grundsatz der Gleichberechtigung wird stets in Gefahr sein, wenn es sich um die Gleichberechtigung von Feinden handelt. Wahre Gleichberechtigung gibt es nur unter Freunden.

#### Nr. 4

Der Jahresrückblick der Hamburger Zionistischen Vereinigung auf das Jahr 1934

9. Januar 1935

Hamburger Familienblatt Nr. 3 vom 17.1.1935, S. III

#### Generalversammlung der H.Z.V.

[...]

In der Generalversammlung selbst, die dem Vortrag folgte, erstattete der Vorsitzende der zionistischen Ortsgruppe, Herr A. de Haas, den Rechenschaftsbericht. Eingehend legte er die Fülle der Arbeit und Aufgaben dar, denen die Ortsgruppe und die ihr nahestehenden Organisationen im Berichtsjahr gegenüberstanden. Die H.Z.V. führte, teils unter seiner Leitung, teils unter der Leitung seines verdienstvollen, im Herbst nach Palästina übergesiedelten Vorgängers, Dr. Edgar Marx, während des Jahres 1934 eine große Zahl von Veranstaltungen durch, von denen besonders die mit dankenswerter Hilfe der Gemeinde im vorjährigen April gezeigte »Palästina-Ausstellung« und der Vortrag in Erinnerung gebracht seien, den Dr. Ernst Simon im Juli auf einem Abend zum Gedächtnis Ch. R. Biavliks, zu dem die Gemeinde einlud, gehalten hat.

Die Tätigkeit des Hamburger Jüdischen Nationalfonds zeigte im Vorjahre weiter ansteigende Resultate; die von ihm durchgeführte Rosch-Haschanah-Aktion brachte im letzten Herbst um ein Viertel höher liegende Erträge als dieselbe Aktion im Jahre 1933. In Hamburg sind jetzt etwa 600 »blaue Büchsen« aufgestellt, während die entsprechende Zahl ein Jahr zuvor nur 400 betrug. – Auch die Einnahmen des Keren Hajessod stiegen im Berichtsjahre, und zwar um nicht weniger als 50 Prozent. Mit Hilfe vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter gelang es, eine große Zahl neuer Zeichner zu gewinnen. – Die der Ortsgruppe unterstehende Hamburger Zweigstelle des Palästinaamtes konnte im letzten Jahre einen etwas gemilderten Ansturm von Ratsuchenden registrieren; etwa 250 Auskünfte wurden von ihr erteilt. Gemeinschaftlich mit der Beratungsstelle für jüdische Wirtschaftshilfe bearbeitete sie vor allem auch die vielen Fälle, in denen es darum ging, den Empfängern von Arbeiterzertifikaten für Palästina Zuschüsse zu den Reisekosten zu beschaffen. – Hand in Hand damit ging die Tätigkeit des Hachscharah-Vereins, der für die Ausbildungszentren in Hamburg, Rissen, Blankenese, Ochsenzoll und für die

Siedlerschule Wilhelminenhöhe zu sorgen hat, in der sich jetzt etwa 30 Mitglieder des Hechaluz befinden. [...]

Herr de Haas referierte dann, in Fortführung seines Rechenschaftsberichtes, über die Tätigkeit des Nationaljüdischen Jugendringes, der Dachorganisation der Hamburger zionistischen Jugendbünde; der Ring veranstaltete neben einigen Kursen sieben durchschnittlich gut besuchte Vorträge mit auswärtigen Gästen. – Ein Sonderbericht über den Nordwestdeutschen Gruppenverband des Z. V. f. D., der unter der Leitung des Hamburger Ortsgruppenvorsitzenden steht, folgte: es wurde daran erinnert, daß der Gruppenverband, neben einigen Tagungen seiner Angehörigen, im vorjährigen August ein Schulungslager unter der Teilnahme bekannter deutscher Zionisten abgehalten hat.

Auch die Ortsgruppe des Misrachi konnte im letzten Jahre Erfolge buchen – vor allem dank mehrerer ausgezeichnete Vortragsabende, auf denen u.a. die Rabbiner Dr. Hoffmann (Frankfurt a. M) und Dr. Altman (Berlin) sprachen. Der Misrachi konnte den Mitgliederverlust, der durch die starke Auswanderung seiner Freunde nach Palästina eintrat, durch die Werbung neuer Mitglieder ausgleichen. Da diese Werbung zufolge der jüdisch-kulturellen Ansprüche, die er an seine Freunde stellt, besondere Probleme in sich birgt, beabsichtigt er, seine Propaganda hinfort auf völlig neue Grundlagen zu stellen. – Auch über die »Misrachi-Frauen-gruppe« berichtete der Vorsitzende in diesem Zusammenhang; während er den Bemühungen dieser Gruppe Anerkennung zollte, stellte er zugleich fest, daß es der H.Z.V. leider noch nicht gelungen sei, zu einem endgültigen organisatorischen Einvernehmen mit ihr zu gelangen.

Den Abschluß des umfangreichen Rechenschaftsberichtes bildeten Hinweise auf die Arbeiten des »Verbandes Jüdischer Frauen für Palästinaarbeit (Wizo)« und des Bar Kochba. Herr de Haas berichtete, daß die Wizo während des letzten Jahres Hauskonzerte, Vortragszirkel, Kinderfeste, Schneiderkurse (diese unter dem Motto »Hachscharah der Frau«) eingerichtet und auch sonst an der Bewältigung der verschiedenen allgemein-zionistischen Aufgaben rege teilgenommen hat. – Der Bar Kochba endlich habe einen starken Zuwachs an neuen Mitgliedern erfahren – so beteiligen sich an den Turnveranstaltungen für Knaben, Mädchen und Schüler allein über 200 Jugendliche –, er veranstaltete auf seinem Sportplatz in Bramfeld neben den regelmäßigen Trainingszusammenkünften im vorjährigen Frühjahr ein großes Sportfest und steht heute, trotz der starken Abwanderung auch seiner Mitglieder nach Palästina, gefestigter denn je da.

Dem Rechenschaftsbericht folgte die Entlastung des Vorstandes und die Neuwahl, als deren Ergebnis der alte Vorstand der H.Z.V. in unveränderter Zusammensetzung für das neue Arbeitsjahr übernommen wurde. Er besteht weiterhin aus Herrn A. de Haas als dem Vorsitzenden und den Herren Dr. W. Pinner, Dr. W. Unna, Dr. R. Möller, H. Cohen und Dr. A. Kupferberg.

H.N.

Nr. 5

Die öffentliche Kundgebung »Der Weg ins Land«

28. März 1935

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151, Bd. 63, Bl. 96

## הסתדרות החלוץ בגרמניה גליל. צפון-מערב

HAMBURG, im März 1935

Hiermit gestatten wir uns, Sie zu unserer  
**großen öffentlichen Kundgebung**  
 am Donnerstag, den 28. März 1935, im Curio-Haus, Weißer Saal,  
 höflichst einzuladen.

Aus dem Programm:

- I. Geschichte der Alijoth
- II. Ankunft im Lande

Haifa  
 Tel Awiw  
 Das Leben im Kibbuz

szenisch dargestellt mit Sprechchören, Songs usw.  
 von demnächst zur Alijah gehenden Chawerim.

Im Rahmen des Programms sprechen  
**Dr. Alfred Kupferberg** und **Naftali Unger**  
 vor ihrem Weggang von Hamburg.

Wir erwarten gern Ihren Besuch.

„HECHALUZ“ Deutscher Landesverband  
 Galil Nordwest, Hamburg

Eintrittskarten zum Preise von  
 Erwachsene 1.—, Jugendliche 50¢ 0.30  
 einschl. Garderobe

im Vorverkauf:  
 Büro des HECHALUZ, Beneckestr. 2  
 Büro der H. Z. V., Brahmsallee 16  
 Bücherstube Rothenbaum, Hellerstr. 76  
 Buchhandlung Glogau, Neuerwall  
 und an der Abendkasse.

# DER WEG INS LAND

Beginn 8.30 Uhr

**Nr. 6**

Gibt es einen zionistischen Führungsanspruch?

4. Juni 1935

Israelitisches Familienblatt Nr. 23 vom 6.6.1935, S. 1f.

### **Ein zionistischer Abend**

Dr. G r o ß spricht über das Thema: »Zionistischer Führungsanspruch?« –  
Dr. G o l d m a n n über die »Hachscharah-Arbeit in Hamburg«

Der Vorstand der Hamburger Zionistischen Vereinigung hat beschlossen, für die Mitglieder der Vereinigung und der ihr angeschlossenen Organisationen in etwa monatlichen Abständen einen »Zionistischen Abend« in gesellschaftlichem Rahmen zur Information und Aussprache zu veranstalten. Der erste dieser Abende fand am vergangenen Dienstag unter guter Beteiligung im Weißen Saal des Curio-Hauses statt und brachte einige recht interessante Vorträge, an die sich eine fruchtbare Diskussion anschloß, so daß der Zweck dieses Abends wohl erreicht worden sein dürfte. [...]

Weiterhin stellte sich Dr. Pinner als den neugewählten Vorsitzenden der Hamburger Zionistischen Vereinigung vor, nachdem Herr de Haas infolge allzu starker anderweitiger Inanspruchnahme nicht mehr in der Lage war, sein Amt weiterzuführen und hatte zurücktreten müssen. Er dankte Herrn de Haas für seine Bereitwilligkeit, sich stets in den Dienst der Sache zu stellen, und dafür, daß er seit dem Weggange von Herrn Dr. Marx die Geschäfte in aufopferungsvoller Weise geführt habe. Der Gesamtvorstand der HZV setzt sich nun folgendermaßen zusammen:

Dr. Pinner, de Haas, Dr. W. Unna, Dr. R. Möller, Dr. Freundlich, Eugen Michaelis, Broches, Herbert Cohn.

Nach diesen sachlichen Mitteilungen verbreitete sich Dr. Pinner über die Absichten beim Veranstellen dieser Zionistischen Abende. Die Abende werden sich stets den aktuellen Bedürfnissen anpassen und demgemäß nicht in starrer Form festgelegt werden. Einmal im Monat sollen sie der Unterrichtung und der Aussprache dienen und sollen dazu beitragen, daß die Hamburger Zionisten aus den verschiedenen Organisationen zusammenwachsen. Durch ein politisches Referat, durch ein Referat über Hamburger Angelegenheiten und die Möglichkeit eines Meinungsaustausches soll eine neue Atmosphäre zionistischen Lebens geschaffen werden. Die besondere Aufgabe der zionistischen Organisation sei es ja, das Gefühl einer gewissen Geborgenheit zu verbreiten, denn nur wer in einem großen Kreise gemeinsamen Schaffens stehe, könne die Ruhe des Herzens finden, die heute mehr denn je erforderlich ist. Nur im Gefühl, sich in ein Volkstum zurückzufinden und im Gefühl der Zugehörigkeit zu diesem Volkstum kann man das Glück des Herzens wiedergewinnen. Gewiß ist es schwer, in der Diaspora das Gefühl einer Befriedigung im jüdischen Leben zu finden. Aber mit frischem Mut und dem Bewußtsein, daß unser

Leben frei von anderen Ehrgeizen jetzt dieser Tätigkeit gehört, müßten wir für das jüdische Volks und damit für uns selbst als Teile dieses jüdischen Volkes arbeiten.

Nun erhielt Dr. **Groß**<sup>2</sup> das Wort zu seinem Referat:

**»Zionistischer Führungsanspruch?«**

Er begann mit der Verlesung der bekannten EntschlieÙung der Z.V.f.D., gefaÙt auf der Arbeitstagung in Berlin, die sich mit dem zionistischen Führungsanspruch innerhalb des deutschen Judentums befaÙt. Diese Res[o]lution bedeute nicht, daÙ nun eine Majorität in parlamentarischen Sinne aus Machthunger angestrebt werde. Was gefordert wird, ist rein sachlich und hat nur sachliche Gründe. Als vor zwei Jahren der »ZentralausschuÙ für Hilfe und Aufbau« und die »Reichsvertretung der deutschen Juden« geschaffen wurde, hat sich die zionistische Organisation daran beteiligt, weil sie glaubte, hier einen Teil ihres Programms, die Zusammenfassung aller jüdischen Kräfte, verwirklicht zu sehen. Sie wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, dem Ruf des Solidaritätsgedankens entgegengehandelt zu haben. Hat sie sich doch nie als Partei im Sinne der anderen Parteien betrachtet, sondern als eine Bewegung, die zum jüdischen Volkes zurückführen solle. Die Gründung der Reichsvertretung schien ihr diesen Gedanken ein gutes Stück vorwärts zu treiben. Diese Hoffnungen haben sich nur sehr schwach erfüllt. Vor zwei Jahren glaubte man noch, den ProzeÙ der Ausgliederung verhindern zu können. Der ErlaÙ des Reichsinnenministers über die Nichtbehinderung der Juden in der freien Wirtschaft, der Frontkämpferparagraph, der immerhin vielen die Lebensbasis belieÙ, und andere Umstände, schienen den Zustand der deutschen Juden wieder einigermaßen befriedigend zu gestalten. Was dann noch auswanderungsbedürftig und auswanderungsbefähigt war, konnte nach Palästina geleitet werden. Aber die Notwendigkeit einer Umwälzung ihrer gesamten Gedankenwelt sahen die anderen nicht ein.

Die verschiedenen Organisationen, die schon zusammengebrochen schienen, lebten wieder auf. Der RjF stützt seinen Anspruch auf die sachlich unrichtige Behauptung, daÙ durch seine Intervention der Frontkämpferparagraph eingeführt worden sei. In Wirklichkeit seien die gleichen Gedanken schon vorher vom »Nationalsozialistischen Juristenbund« im März in einer Veröffentlichung in der »Vossischen Zeitung« entwickelt worden. Viele Juden seien willig dem Lockruf dieser Organisation gefolgt, welche die Hoffnung in ihnen erweckt habe, auf Grund ihrer eigenen betont nationalen Gesinnung einmal für ihre Anhängerschaft eine Ausnahmestellung zu erringen.

Der Bund Deutsch-Jüdischer Jugend greift die von den Zionisten vorgeschlagene Umschichtung auf und verlegt sie nur auf deutschen Boden. Im Hinter-

2 Der Funktionär und Journalist Walter Groß (geb. 1911), Dr. phil., arbeitete in der Organisation der ZVfD, und zwar in Hannover (1933/34) und in Hamburg (1934/35). Von 1935 bis zu deren Verbot im November 1938 war er als Redakteur bei der *Jüdischen Rundschau* in Berlin tätig. Anschließend arbeitete er, bis zu seiner Auswanderung 1939 nach Palästina, in Berlin im Palästina-Amt.

grunde steht dabei die Hoffnung, daß nach der Beseitigung des heutigen Zerrbilds des deutschen Judentums eine unerschütterliche Grundlage für eine neue Emanzipation geschaffen werde.

In den Gemeindegörperschaften haben sich die bisherigen liberalen Machthaber geweigert, die Geschäfte aus der Hand zu geben und überall aus eigener Machtvollkommenheit die Wahlperioden verlängert. So haben die Gemeindegremien eine Zusammensetzung behalten, die auf Grund längst verjährter Mehrheitsverhältnisse zustandegekommen war. Die Folge dieser Bestrebungen war, daß nur mit Mühe und Not die Hachscharahs aufrechterhalten werden konnten, daß die Finanzierung der Alijah litt, daß unverhältnismäßig viel Energie verschwendet werden mußte, um die Gründung neuer jüdischer Schulen durchzusetzen, und daß dort ein Kampf um den Geist der Erziehung geführt werden mußte. Die Berufsumschichtung wurde mit dem Blickpunkt auf Deutschland vollzogen, und als die handwerklichen Berufe sich nicht in dem gewünschten Maße durchsetzen ließen, gaukelte man das Bild des »königlichen Kaufmanns« vor, ohne zu berücksichtigen, daß in unserer Zeit ganz andere Bedingungen maßgebend sind, die einen Aufstieg eines einzelnen nicht mehr begünstigen. Immer mehr wurde der Versuch gemacht, die anfängliche Bereitschaft einzuschläfern und am Veralteten festzuhalten.

Seit Anfang dieses Jahres läßt sich erkennen, daß ein stärkerer Staatswille Gestalt gewinnt, der eine konsequente Politik verfolgt und alle Fiktionen Lügen straft. Der Wille der herrschenden Bewegung hat sich vollkommen durchgesetzt, und es wird immer klarer, daß die Judenpolitik eine Erweiterung auf alle Gebiete des Lebens erfahren hat, daß auch Wirtschaft und Recht darin einbezogen werden. Das Ende wird eine fühlbare Verringerung der Zahl der Juden in Deutschland sein. Der Angermünder Erlaß, die Ankündigungen über das kommende Staatsbürgerrecht, die Auflösung von Groß-Gaglow mit seinen »märkischen Bauern jüdischen Glaubens« sind Etappen auf diesem Wege. Die Auswanderung des überhaupt auswanderungsfähigen Teils der deutschen Juden wird damit schicksalshafte Notwendigkeit. Deshalb haben wir mit klarem Kopfe die Liquidation des deutschen Judentums, soweit sie unvermeidlich ist, aus eigener Kraft zu ordnen. Der Traum einer zweiten Emanzipation ist illusorisch geworden, unser Blick hat sich nur noch nach Palästina zu richten. Diese Ueberführung muß auch moralisch erfolgreich sein, denn es geht hier absolut um die Rettung auch der letzten jüdischen Substanz. Wer sich nicht von dem Gewohnten loszulösen vermag, kann den Weg in das Ueberraschende nicht gehen. Deshalb verlangen wir, daß unser Einfluß unserer wahren Leistung, der alles zu danken ist, was in den beiden letzten Jahren erreicht wurde, entspricht. Wir fordern aufrichtige Anerkennung des Palästina-werkes als der zentralen gegenwärtigen Aufgabe und sind in diesem Sinne zu jeder Kooperation gerne bereit.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die geistige Führung immer bei uns gelegen hat. Mehr als Erfahrung in Verwaltungsdingen und guten Willen hat die andere Seite nicht beizusteuern. Der CV. hat zwar umgelernt und zu einem großen Teil sich



unser Programm zu eigen gemacht. Aber es genügt nicht, hinter den Ereignissen nachzuhinken. Politik heißt Voraussicht, und der Zionismus hat allein sich um die Voraussicht bemüht. Jüdische Politik treiben heißt, sich um die Zukunft des jüdischen Volkes Gedanken zu machen. Um das Wohl des deutschen Judentums willen verlangen wir sachlichen Einfluß, verlangen wir sachliche Führung.

Nach diesem ersten, politischen, Referat des Abends folgte das Referat über eine lokale Frage. Dr. **Goldmann**<sup>3</sup> berichtete über den

### **Gegenwärtigen Stand der Hachscharah-Arbeit in Hamburg**

Das Bewußtsein von der Wichtigkeit der Hachscharah sei noch nicht Allgemeingut geworden, und eine Kenntnis dieser Arbeit in weiten Kreisen noch nicht vorhanden. Die Ueberführung des einzelnen erfordert eine volle Umstellung vom Kopfarbeiter zum Handarbeiter, vom individuellen Dasein zur Gemeinschaftsform. Der »Galil Nordwest« des »Hechaluz« umfaßt ein Gebiet, das von der dänischen bis zur holländischen Grenze reicht. Im ganzen sind in seinen Ausbildungsstätten 200 Personen untergebracht, 10 sind auf Einzelarbeit, 70 haben die Ausbildung schon hinter sich, 250 gehören der Organisation an, so daß die Gesamtzahl der zu betreuenden Menschen 550 beträgt. Die einzelnen Kibbuzim sind Ochsenzoll mit 45, Hamburg und Rissen mit je 35, Lübeck, Rentzelstr., Steinsweg je 20 bis 30, Westerberg und Flensburg 15 - 12. Meist steht nicht genügender Boden zur Verfügung, so daß die Insassen auswärts arbeiten müssen, die Arbeitslage ist daher überall verschieden. In Hamburg werden 3 zu Gärtnern und 10 zu Schlossern und Tischlern ausgebildet, 8 sind auf Schleppern im Hafen in der wichtigen Seemannsausbildung, 2 befinden sich als Schiffsjungen eben auf großer Fahrt.

Die Lebensverhältnisse sind nicht sonderlich günstig, denn es stehen nur 25 bis 50 Pfennig pro Kopf und Tag zur Verfügung. Fett- und Fleischmangel erschweren so eine gute Verpflegung: Mangel an Mitteln lassen auch die Einrichtungen der Hygiene nicht auf der Höhe erscheinen. Dies alles ist nicht sehr erfreulich, denn man möchte ja gesunde und arbeitsfähige Menschen nach Erez Israel bringen.

Der Redner schilderte dann eingehend die Organisation der Verwaltung mit allen ihren Unterorganen und Vereinigungen bis ins kleinste Unterglied, die nicht nur für berufliche Ausbildung, sondern auch für die geistigen Bedürfnisse und die kulturelle Vorbereitung sorgen. Das Ideal des Hechaluz ist, mitgestaltend auf das gesamte Judentum zu wirken. Deshalb rief er zu Interesse an dieser Arbeit auf, nicht aus Philanthropie, sondern als verpflichtende Tat. Sein Schlußappell lautete:

Bauen Sie mit uns ein Stück Erez in der Golah!

[...]

J[ulian] L[ehmann]

3 Kurt Goldmann (Reuwen Golan) (1915-1983), Mitglied der »Kadimah«, war in der landwirtschaftlichen Hachschara aktiv. Er leitete von 1938 bis zu seiner Auswanderung nach Palästina im Jahr 1939 die Jugendalija und den Hechaluz in Berlin.

**Nr. 7**

Der zionistische Führungsanspruch gegenüber dem Frontkämpferbund<sup>4</sup>

25. Juni 1935

Israelitisches Familienblatt vom 25.6.1935, S. 1f.

**Zionistischer Führungsanspruch  
oder Führungsanspruch des RjF.?**

[...]

Ich habe in meinem Referat nicht behauptet, daß der RjF. seit dem Herbst 1933 einen Führungsanspruch geltend gemacht hat, sondern: daß er, nach dem Verebben der ersten revolutionären Erschütterungen, wieder eine lebhaft antizionistische Aktivität entfaltet hat – eine Tatsache, die wohl nicht bestritten werden kann. Jedermann hat die Artikel des inzwischen verschwundenen Dr. Freund im »Schild« um die Jahreswende 1933/34 noch wohl in Erinnerung.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Vergrößerung der RjF.-Organisation besonders in den Mittel- und Kleingemeinden einer Propaganda zu danken war, die dauernd mit dem Argument arbeitete, daß nunmehr im Zeitalter der durch den Nationalsozialismus heraufgeführten politischen Herrschaft der Frontgeneration, nur diejenige jüdische Gruppe »etwas erreichen könne«, die ihrer eigenen Struktur nach, nämlich als Frontsoldatenbund, der in Deutschland herrschenden Bewegung in gewisser Hinsicht verwandt sei. »Jede neue Ordnung der Dinge erzeugt die ihr gemäße Art der Assimilation«; dieses Wort Blumenfelds hat sich gerade am Beispiel des RjF. als völlig zutreffend erwiesen. Die Wirkung dieser von dem Bestreben eifertigster Anpassung an die Veränderungen innerhalb der Umwelt getragenen Propaganda hat sich nicht zuletzt auch gegen den C.V. gerichtet, wie man auch dort noch nicht vergessen haben dürfte.

Das Kernstück jener Propaganda bildete die Legende, der ich in meinem Referat entgegnet; daß nämlich dem RjF. der Frontkämpferparagraph zu danken sei. Die Zuschrift betont zwar, daß der Frontbund niemals für Teile der Judenheit Sonderrechte erstrebt habe. Es steht aber positiv fest, daß der Bundesvorsitzende, Hauptmann d.R.a.D. Dr. Löwenstein, in einer Eingabe zu Ende März 1933 eine rechtliche Sonderstellung der Frontkämpfer in der Tat gefordert hat, sogar gegen den Willen des Bundesvorstandes, der dann erst nachträglich zugestimmt hat. Der Bundesvorstand meinte, hinterher dem eigenmächtigen Vorgehen seines Repräsentanten Entlastung erteilen zu müssen, weil er angeblich »noch gerettet habe, was gerettet werden konnte«. Alle andren jüdischen Gruppen im Reiche freilich wußten

4 Das abgedruckte Schreiben stellt eine Erwiderung auf eine ebenfalls im *Israelitisches Familienblatt* veröffentlichte Stellungnahme der Hamburger Ortsgruppe des RjF dar. Diese hatte Walter Groß in seinem öffentlichen Vortrag vom 4. Juni scharf angegriffen; Kap. 28.I, Dok. 6.

schon damals, daß jenes Vorgehen keinerlei Aenderung mehr herbeiführen konnte. Denn die Situation war bereits Mitte März durch die von mir auf dem Zionistischen Abend erwähnten Vorschläge des NS-Juristenbundes entscheidend beeinflußt, ja, festgelegt – was niemanden angesichts der durch die Revolution geschaffenen völlig neuartigen Verhältnisse in der Gesetzgebungspraxis verwundern konnte oder kann. Auch Herrn Dr. Löwenstein konnte nicht verborgen sein, was alle anderen damals wußten. Und wenn man vielleicht auch annehmen durfte, daß ein Ausnahmeparagraph für Frontkämpfer ohnehin geschaffen werden würde, so bedeutete doch die auf jüdischer Seite ausdrücklich erhobene Forderung danach eine unnötige und tiefbedauerliche Preisgabe der Interessen aller Juden. Ja, man muß sogar erklären, daß der Reichsregierung ihr Entschluß, die Juden mit der einzigen Ausnahme der Frontkämpfer aus den fraglichen Berufen auszuschalten, gegenüber allen jenen Einwirkungen und Rücksichten, die für eine generelle Zurücknahme des Ausschlusses überhaupt sprachen, wesentlich dadurch erleichtert worden sein mag, daß sogar die Denkschrift einer jüdischen Organisation mit einem Frontkämpferparagraphen sich einverstanden erklärte.

Das hat die Agitatoren des Frontbundes in der Provinz nicht im geringsten verhindert, überall die Sage auszustreuen: »Löwenstein hat persönlich von hochstehender Seite den Frontkämpferparagraphen erreicht.« Daß diese Behauptung, deren ständige Wiederholung man damals gerne zuließ, nicht zu Recht bestand, beweist die jetzige Einsendung des RjF., in der davon nicht mehr die Rede ist. Auch wenn der Frontbund jetzt für gut hält, in der Darstellung der fraglichen Ereignisse eine früher unbekannte Vorsicht walten zu lassen, bleibt die Tatsache bestehen, daß er lange Zeit hindurch mit seiner Agitation die deutschen Juden irreführt und sie an der Erkenntnis der wahren Lage verhindert hat.

[...]

Dr. Walter Groß.

**Nr. 8**

Die Übersicht der Gemeinde über die Untergruppen der Hamburger Zionistischen Vereinigung

[1935]

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 325, Bl. 52

Hamburger Zionistische Vereinigung e.V.

Vorsitzender: Alfons de Haas, Steckelhörn 11

Büro: Brahmsallee 16

Syndikus: Dr. Walter Gross

Zentrale: Zionistische Vereinigung für Deutschland, Berlin W 15, Meinekestrasse 10

Untergruppen:

- a) Misrachi Ortsgruppe Hamburg-Altona
- b) Misrachi Frauengruppe
- c) Verband jüdischer Frauen für Palästina-Arbeit (WIZO)
- d) Zionistisch Akademischer Club
- e) Jüdischer Turn- und Sport-Verein Bar Kochba
- f) Snif Hamburg des Hechaluz
- g) Snif Hamburg des Brith Chaluzim Datiim
- h) Zeire Misrachi und Brith Hanoar
- i) Habonim
- j) Haschomer Hazair
- k) Hachscharah-Verein Hamburg
- l) Keren Hajessod
- m) Keren Kajemeth
- n) Nationaljüd. Jugendring
- o) Makkabi Hazair
- p) Jüdischer Pfadfinderbund
- q) Hebräische Sprachschule Iwria
- r) Zionistische Stammgruppe (ZIST)

**Nr. 9**

Der Beschluss des XXV. Delegiertentages der Zionistischen Vereinigung für Deutschland über den zionistischen Führungsanspruch in den Gemeinden

13. Februar 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 7 vom 13.2.1936, S. IV f.

### **Die Hamburger Delegierten**

Ihre Arbeit auf dem XXV. Delegiertentag der ZVfD.

Im Familienblatt wurde schon berichtet, welche Delegierten die Hamburger Zionistische Vereinigung und die Misrachi-Ortsgruppe als ihre Vertreter zu dem XXV. Delegiertentag der ZVfD. entsandt haben. Es entspricht zweifellos einem Bedürfnis unserer Leser, zu erfahren, in welcher Form unsere Hamburger Vertreter auf dieser bedeutenden zionistischen Tagung mitgewirkt haben. Hierüber geht uns folgende Darstellung zu:

Wie aus der Berichterstattung der Plenarsitzungen des Delegiertentages sich ergab, wurde die Generaldebatte im wesentlichen von den führenden Persönlichkeiten der zionistischen Bewegung bestritten, die in der zentralen Arbeit tätig sind. Wie aber bei allen derartigen großen Tagungen wird die Arbeit und die Vorbereitung der Ergebnisse nicht in den Plenarsitzungen, sondern im wesentlichen in den Sitzungen der Ausschüsse und Kommissionen geleistet. Hierbei ist es bemerkenswert, daß alle Hamburger Delegierten durch den Delegiertentag in eine der bestehenden Kommissionen, zum Teil sogar in mehrere, gewählt worden sind. Dadurch wurde unseren Hamburger Vertretern in großem Maße die Möglichkeit gegeben, von sich aus an der Gestaltung der Hauptarbeiten und der Beschlüsse des Delegiertentages mitzuwirken. Die Verteilung der Hamburger Delegierten in den einzelnen Kommissionen war folgendermaßen:

Dr. Perez Z a d i k : Hachscharah-Kommission;

Dr. Rudolf M ö l l e r : Gemeinde-Kommission;

Dr. Daniel B r o c h e s : KKL-Kommission und Kommission für zionistische Arbeit;

Dr. M a x F l e s c h : Gemeinde-Kommission;

Dr. J a k o b G o l d b e r g : Kommission für Zionistische Arbeit;

Helmuth K o p p e l : Kommission für Zionistische Arbeit;

Arthur L e v y : Palästinaamts-Kommission;

Rafael M ö l l e r : Hachscharah-Kommission

Szymon R e i c h : Tarbut-Kommission;

Frau Tilly Z u n t z : Hachscharah-Kommission, Jugend-Alijah-Kommission.

Aus dieser Zusammensetzung und Verteilung der Hamburger Delegierten ergibt sich mit Deutlichkeit, daß unsere lokalen Vertreter in den wichtigsten Gremien der zionistischen Arbeit vertreten waren. Von Bedeutung wird für Hamburg die Be-

ratung und das Ergebnis der Gemeindegemeinschaft sein, denn aus den in diesem Ausschuß gefaßten Beschlüssen und den Resolutionen des Delegiertentages ergibt sich mit Deutlichkeit der Führungsanspruch, der von der zionistischen Bewegung in allen jüdischen Körperschaften in Deutschland erhoben wird. In der Resolution, die hierüber gefaßt worden ist, heißt es: »Eine Mehrverantwortung für die Arbeit der jüdischen Körperschaften erscheint dem Delegiertentag nur dann tragbar, wenn den Zionisten ausschlaggebender Einfluß gesichert ist. Die zionistische Bewegung in Deutschland begnügt sich nicht nur mit der Aufstellung dieses Grundsatzes, sondern verlangt seine unbedingte Verwirklichung. Andernfalls ist der geschäftsführende Ausschuß der Zionistischen Vereinigung für Deutschland berechtigt, die zionistischen Vertreter aus den betreffenden Körperschaften zurückzuziehen.

Die Führung der zionistischen Gemeindepolitik ist von nun ab jeder zionistischen Ortsgruppe, oder wo eine solche nicht besteht, dem Vorstände des zuständigen Gruppenverbandes unterstellt. Dies gilt vor allem für die Bestätigung der Personalvorschläge. Soweit in den einzelnen Orten besondere Misrachi-Ortsgruppen bestehen, soll jede Beschlußfassung in der zionistischen Gemeindepolitik in Gemeinschaft mit dem Vertreter der Misrachi-Ortsgruppe erfolgen. Dieser Beschluß wird auch für die Hamburger Verhältnisse seine Bedeutung gewinnen. Es wird in allen Gemeindegemeinschaften nur derjenige die zionistischen Belange wahrnehmen können, der sich in seinen Arbeiten auf das Vertrauen der örtlichen zionistischen Organisationen stützen kann. Um aber diese zionistische Disziplin auch in der Zukunft gewährleisten zu können, hat jeder Zionist, der Mitglied eines Gemeindevorstandes oder eines Repräsentantenvorstandes ist, oder es in Zukunft wird, eine Verpflichtung des Inhaltes abzugeben, daß er den Beschlüssen seiner Fraktion und des für ganz Deutschland vom Delegiertentag gebildeten Gemeindeausschusses Folge leistet. [...]«<sup>5</sup>

5 Dem auf dem XXV. Delegiertentag gewählten Landesvorstand der ZVfD gehörten Ella Blau, Eugen Michaelis und Dr. Rudolf Möller aus Hamburg an; der letztere war – wie Dr. Alfred Unna – auch im Gemeindeausschuss der ZVfD. Tilly Zuntz wurde in den Finanzausschuss gewählt. Vgl. GB Nr. 2 vom 26.2.1936, S. 6.

**Nr. 10**

Im Kampf um Erez Jisrael: eine Kundgebung der Hamburger Zionistischen Vereinigung

17. Juni 1936

Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem, AHW 151 Bd. 54, Bl. 120

## IM KAMPF UM EREZ JISRAEL - EINWANDERUNG UND AUFBAU

1929—1936 + Juden und Araber + Bilanz des Friedens + Kolonisten und Eroberer + Kampf aus dem Hinterhalt + Politische Prämien? + Englische Mandatspolitik + Wir verteidigen unsere Rechte + Die Haltung des Jischuw + Unsere gemeinsame Front +



Auf einer

### Kundgebung zu den Ereignissen in Palästina

verbunden mit einer

### Trauerfeier für Nahum Sokolow

den verschiedenen Ehrenpräsidenten der Jewish Agency und der Zionistischen Weltorganisation und Präsidenten des Keren Hajessod

spricht

### Dr. MICHAEL TRAUB, Berlin

am Mittwoch, den 17. Juni 1936, pünktlich 20 Uhr 30,  
im Gabriel Riesser-Saal, Oberstraße 120.

Hierdurch gestatten wir uns, Sie und Ihre Angehörigen zu dieser Kundgebung einzuladen, die unsere Verbundenheit mit dem jüdischen Aufbauwerk in Palästina in diesen schweren Tagen zum Ausdruck bringen soll.

JEWISH AGENCY FOR PALESTINE  
ORTSAUSSCHUSS HAMBURG

gez. Max M. Warburg

HAMBURGER ZIONISTISCHE  
VEREINIGUNG

gez. Dr. Perez Zedik

**Nr. II**

Die neuen Geschäftsräume der Hamburger Zionisten (Eppendorfer Baum 6)

Juli 1936

Israelitisches Familienblatt Nr. 30 vom 23.7.1936, S. III f.

### **Ein neues Heim**

Besuch in den Vereinigten Zionistischen Büros Hamburgs

Am 1. Juli sind die Vereinigten Zionistischen Büros, die H.Z.V. mit allen ihren Unterabteilungen in ein neues Heim am Eppendorferbaum übergesiedelt, und die Vergrößerung des Raumes mag auch symbolisch auf die Verbreiterung der Arbeit hindeuten, die dort geleistet wird. Ist doch die H.Z.V. in den letzten Wochen und Monaten mehr denn je zu einem Mittelpunkt eines erheblichen Teiles unseres jüdischen Lebens geworden. Gerade in den Zeiten der Unruhen zeigte es sich, daß dort eine wirkliche »Palästinazentrale« ist, daß man die H.Z.V. als eine Art »Palästina-konsulat« betrachtete, wo man Auskünfte über den Stand der Angelegenheiten in Palästina einholte, wo das Telephon nie stille stand vor den vielen Anfragen, die besorgte Menschen hierher richteten, weil hier die Palästinaachrichten rascher und zuverlässiger einliefen, als sie der Privatmann erfahren konnte. Die H.Z.V. ist diesen Bedürfnissen in jeder nur möglichen Weise entgegengekommen, sie ließ sich direkte Nachrichten aus der Berliner Zentrale kommen, sie übermittelte privat einlaufende Nachrichten über die Lage in einzelnen Gegenden des Landes an weitere Interessenten, sie hielt so die Verbindung aufrecht von Mensch zu Mensch.

Aber das ist ja nicht die eigentliche, mit dürren Worten zu beschreibende Aufgabe dieser umfangreichen Arbeit, die jetzt ihr neues Heim bezogen hat. Die H.Z.V. als Dachorganisation der hiesigen zionistischen Vereine und Bünde kann nun im neuen Raume auch örtlich alles vereinen, was in der Arbeit längst zu ihr gehört. Hier sind die Geschäftsstellen des Nordwestdeutschen Gruppen-Verbandes, der Sprachschule Ivria, des Palästina-Amtes, des Keren Kajemeth und des Keren Hajesod, des Nationaljüdischen Jugendringes, der Wizo, des Zionistisch-Akademischen Klubs, hier sind schöne Versamlungs- und Sitzungsräume, hier werden bald die Kurse der »Wizo« abgehalten werden. Damit ist denn auch örtlich ein zionistischer Mittelpunkt geschaffen, der bisher schon recht nötig war und entbehrt wurde.

Welche Arbeit wird nun hier in diesen Räumen geleistet? Die H.Z.V. selbst sorgt unter der Geschäftsführung von Dr. Fleisch für den inneren Zusammenhalt des gesamten zionistischen Betriebes. Hier laufen alle Anfragen zusammen, neue Mitglieder kommen, um eingereiht zu werden, Eltern fragen, was mit ihren Kindern anzufangen ist, man weist die einzelnen zu den für sie zuständigen Organisationen. Eine Hauptaufgabe ist die Bildungsarbeit. Ihr dient die stets sich vergrößernde Bibliothek, von der aus auch die Ortsgruppen im Landesverbande versorgt werden, ihr dienen die verschiedenen, jetzt im neuen Heime stattfindenden regelmäßigen



Zirkel, die des »ZIST«, die der zionistischen Intensivierung dienen, und die zionistischen Kolloquien, an denen auch die teilnehmen, die neu zur Bewegung gestoßen sind, während die großen »Zionistischen Abende« zwar hier vorbereitet, aber in umfangreicheren Sälen abgehalten werden. Hier wird das Adressenmaterial gesammelt und verarbeitet, von hier gehen die Rundscheiben und Einladungen hinaus. Buchhaltung, Kassengeschäfte und Kartothek – das sind Einrichtungen, die hier schon einen großen Umfang angenommen haben. Sie stehen unter der Verwaltung von H. Perlmann<sup>6</sup>, der schon durch einen Blick auf die bunten »Reiter« in seiner Kartothek sagen kann, wer eine blaue Büchse im Hause hat, wessen Frau in der Wizo und wessen Kinder im Bar Kochba sind, wer gespendet und wer einstweilen nur gezeichnet hat, und was dergleichen wichtige Dinge mehr sind, will man die Uebersicht über so viele Menschen nicht verlieren. Und diese Menschen haben sich in den letzten Wochen, die so schwer für Palästina geworden sind, nicht vermindert, sondern im Gegenteil, trotz aller Abgänge durch Abwanderung ist ihre Zahl im steten Steigen begriffen.

[...]

Was den Keren Hajessod anlangt, dessen hiesige Leitung Dr. Falk besorgt, so besitzt Hamburg eines der wenigen Bezirkssekretariate in Deutschland, während sonst die Arbeit im allgemeinen von der Zentrale in Berlin ausgeht. Das hat sich Hamburg auch redlich verdient, denn an absolutem Erträgnis steht Hamburg an zweiter Stelle im Reich hinter Berlin und hat damit größere Gemeinden wie Köln, Breslau und Frankfurt a.M. überflügelt. Würden doch die Zeichnungen jetzt gegen das Vorjahr fast um 60 Prozent erhöht. Auch hier bedarf es einer außerordentlich sorgfältig geführten Kartothek, die über jeden Spender, seine Zeichnungen, seine Zahlungen, die Besuche bei ihm, Auskunft gibt. Hier werden die großen Aktionen vorbereitet, die sich von hier aus auch auf die Orte der Provinz erstrecken, auf Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Oldenburg, Ostfriesland, die Hansestädte. Gerade dort ist die Arbeit sehr schwierig, denn durch die Wegzüge wechseln die Persönlichkeiten oft. Das Hamburger Agency-Komitee und die Keren Hajessod-Kommission sind die Organe, die die Einzelheiten beraten und die Richtung der Arbeit angeben.

In ähnlicher und doch anderer Richtung arbeitet der Keren Kajemeth, der K.K.L. Schon die Pyramiden der hier aufgebauten blauen Büchsen weisen auf seine Sammelmethode hin, die unter der Leitung von Dr. Broches sich über Hamburg ausdehnen. Ueber 2000 dieser Büchsen sind in Hamburger Familien aufgestellt, dazu kommen die kleinen »Imi-Taschen«, der organisierte Verkauf der Telegrammformulare. Man paßt hier auch sehr genau auf die Familienereignisse auf, läßt die

6 Helmuth Perlmann (1907-1982) emigrierte, nach seiner Internierung anlässlich des Novemberpogroms am 9./10. November 1938 in den KZ Fuhlsbüttel und Sachsenhausen, im Herbst 1939 über Schweden in die USA. Vgl. zur Geschichte der Familie Perlmann Lorenz, Verfolgung und Gottvertrauen, passim.

Geburtstage der Kinder in das »Sefer Hajeled« einschreiben, für das dann die Urkunde aus Jerusalem zugestellt wird, sucht Eintragungen für das »Goldene Buch«, bearbeitet ebenfalls die Bezirke der Umgegend, setzt die Sammler zu den großen Aktionen zu Purim, Peßach und Rosch Haschanah in Bewegung, sammelt für die Baum- und Hainspenden, und Hamburg hat in dieser Beziehung schon schöne Erfolge zu verzeichnen: 23 Gärten sind im Laufe der Zeit aus den verschiedensten Anlässen von den Hamburger Juden gegründet worden.

An weiteren wichtigen Stellen beherbergen die Räume dann noch das Palästina-Amt, das heißt, seine Hamburger Zweigstelle, die unter Leitung von Arthur Levy steht. Hierher kommen die Antragsteller für Zertifikate, und in allwöchentlichen Sprechstunden werden sie auf Herz und Nieren geprüft, auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse, ihren Gesundheitszustand, ihre allgemeinen, zionistischen und hebräischen Kenntnisse, so daß dann das Palästina-Amt in Berlin einen genauen Bericht über jeden Bewerber erhalten kann.

Hier ist ferner die Geschäftsstelle der Sprachschule »Iwriah«, unter Leitung von Frl. Posner, deren Kurse im Jugendheim Johnsallee stattfinden. Das ist ein richtiger, umfangreicher Schulbetrieb geworden, bei dem sechs Lehrer in 12 Kursen alltäglich fast 250 Schüler aller Fortgeschrittenheitsgrade in Hebräisch unterweisen.

Der Nationaljüdische Jugendring, die Dachorganisation der Jugendbünde, hat hier seine einheitliche Leitung, die unter Dr. Broches steht. Zeire Misrachi, Brit Hanoar, Brit Chaluzim datim, Habonim, Haschomer hazair, Makkabi hazair, und wie sie alle heißen mögen, sie haben hier ihre Zentrale. Aber nicht nur die Jugendbünde, auch die anderen zionistischen Organisationen, Wizo, Hechaluz, die Makkabivereine, Misrachi und seine Gruppen, der Zionistisch-Akademische Klub, sie alle unterstehen bei aller Selbständigkeit ihrer Vereinsarbeit in gewisser Beziehung der H.Z.V., denn sie müssen ihre Veranstaltungen hier anmelden, damit keine Kollisionen vorkommen und unnötige Reibungsflächen entstehen, und von hier aus gehen die Anmeldungen zur Zentralanmeldestelle und schließlich zur Behörde. Damit ist in gewisser Beziehung die ganze zionistische Arbeit doch an einer zentralen Stelle vereinigt.

Ein schöner Raum ist noch der »Wizo« bereitgestellt für ihre Kurse, die zum Teil in Zukunft hier stattfinden werden, ein anderer Teil wird selbstverständlich in dem Gemeindehaus, Heimhuder Straße bleiben, wo die Einrichtungen für die Haushaltungs-, Plätt- und vielleicht auch Nähkurse natürlich vollkommener sind. Ein weiterer Raum ist als ständiges Sitzungszimmer eingerichtet, und man wird es auch unter Hinzunahme weiteren Raums für Veranstaltungen größerer Art benutzen können.

Wie man sieht, ein umfangreicher und großer Betrieb, Räume, in denen viele Arbeit zugunsten allgemein-jüdischer Zwecke geleistet wird, und Räume, in die jetzt eine noch weit größere Arbeit hineinwachsen kann.

J[ulian] L[ehmann]

**Nr. 12**

Der Aufruf zur Schekelaktion und die Delegiertenkarte von Eugen Michaelis für den XX. Zionistenkongress 1937

⟨A⟩ 13. Mai 1937

⟨B⟩ August 1937

Hamburger Familienblatt Nr. 19 vom 13.5.1937, S. 6 c-6 d; Privatarchiv Ina Lorenz, Hamburg

⟨A⟩

**Aufruf:**

»In wenigen Monaten wird der XX. Zionistenkongreß in Basel zusammentreten. Vierzig Jahre sind vergangen, seit der erste Kongreß von Theodor Herzl in Basel eröffnet wurde. Dieser Jubiläumskongreß wird eine historische Bedeutung bekommen, denn unser Volk wird vor eine der ernstesten Entscheidungen gestellt, die es bisher in seiner Geschichte gab. Wir werden Antwort zu geben haben auf die Frage, wie die Grenzen unseres Nationalheims, wie die Möglichkeiten unserer nationalen und territorialen Wiedergeburt bestimmt werden sollen. Nicht um akademische Diskussionen wird es gehen, sondern um praktisch-politische Fragen, deren Lösung für das Schicksal jedes Juden in der Welt von Bedeutung sein muß. Diese Wirkungen werden um so günstiger, die Schwerkraft unserer Entscheidungen um so größer sein, je mehr Juden diesen Kongreß beschicken.

Alle Juden der Welt blicken mit Bewunderung auf das in Erez Israel Geschaffene. Nach einer Zeit schwerer Unruhen, die das Land unter opfervoller Hingabe an das Werk überstanden hat, drohen der Errichtung des jüdischen Nationalheims neue Widerstände. Die Royal Commission beschäftigt sich mit Plänen, durch eine Zerstückelung Palästinas die Ruhe im Lande herzustellen. So sehr wir auch den Frieden für die Fortsetzung unserer Arbeit wünschen, so klar ist es, daß wir mit allen Kräften, die einem um Freiheit und Lebensraum ringenden Volke erwachsen werden, auf Erfüllung unserer historischen Rechte bestehen werden.

Hierfür zu kämpfen, ist Ziel und Aufgabe des XX. Zionistenkongresses. Wir Juden in Deutschland blicken mit besonderem Interesse auf diese Beratungen. Für uns gibt es neben den im Vordergrund stehenden großen politischen Entscheidungen noch zahlreiche Spezialforderungen – Hachschara, Zertifikatsverteilung, Transfer usw. betreffend –, die das Schicksal der ferneren deutschen Alija bestimmen werden.

Es ergeht daher der Ruf an Sie, den Schekel zu erwerben, als Beweis Ihrer Anteilnahme an den Zukunftsaufgaben, die vom jüdischen Volk in Palästina zu lösen sind.

Hamburger Zionistische Vereinigung

Dr. P. Zadik<sup>7</sup>

Dr. M. Flesch.«

7 Perez Zadik (1886-1976), Dr. med., war seit 1913 als praktischer Arzt zugelassen und zugleich – bis 1934 – als Abteilungsleiter im Tropeninstitut Hamburg tätig; IF Nr. 36 vom 8.9.1938, S. 16 a-c.

〈B〉

**Nr. 13**

Ein Rückblick auf 1936/37

19. August 1937

Israelitisches Familienblatt Nr. 34 vom 26.8.1937, S. 16 a

**Tilly Zuntz in der Hamburger Zionistischen Vereinigung**

Am vergangenen Donnerstag fand im zionistischen Heim die diesjährige Mitgliederversammlung der Hamburger Zionistischen Vereinigung statt, in der zunächst der erste Vorsitzende Dr. Perez Zadik einen Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Jahr erstattete. Trotz der Auswanderungen, die starke Verluste brachten, wurde die Mitgliederzahl gehalten, was beweist, daß neue Kreise gewonnen wurden. Mit ihren 17 angeschlossenen Organisationen zählt die Hamburger Zionistische Vereinigung ungefähr 1000 Mitglieder. Schekalim wurden 580 verkauft. Hamburg

Von 1919 bis 1921 und von 1935 bis 1938 war er Vorsitzender der Zionistischen Ortsgruppe Hamburg und von 1935 bis 1938 Leiter des Palästina-Amtes für Nordwestdeutschland. Er emigrierte zusammen mit seiner Frau Dr. jur. Rebecca Zadik im Sommer 1938 nach Palästina.

hat sich danach, gemessen an den anderen deutschen Großstädten, gut gehalten, denn nur in Nürnberg ist eine größere Zunahme zu verzeichnen gewesen. Für den Kongreß wurden Hamburg nur zugeteilt ein Ersatzdelegierter (Dr. Zadik), er konnte jedoch aus Gesundheitsgründen dieses Amt nicht wahrnehmen. Hamburg war jedoch auf dem Kongreß durch die beiden Misrachi-Delegierten, Frau Tilly Z u n t z und Eugen Michaelis, vertreten.

Für die im Laufe des Jahres geleistete Arbeit sprach Dr. Zadik den Vorstandsmitgliedern, besonders aber dem Büro, Dank und Anerkennung aus. Aus dem Büro schied nur Fräulein P o s n e r aus, die zur Hachschara ging. Das neue Heim hat sich sehr bewährt und wurde in Hamburg zum pulsierenden Herz der Bewegung. In Gemeinschaft mit den Jugendbünden, Misrachi, dem Zionistisch-Akademischen Club, sowie den Makkabivereinen wurden 43 V e r a n s t a l t u n g e n abgehalten. Sehr fruchtbar waren die Informationsabende der Zionistischen Stammgruppe (ZIST), sowie das Zionistische Colloquium, weiter gab es u. a. eine Jugendkundgebung, eine Makkabi-Kundgebung, Filmvorführungen, größere Veranstaltungen mit Berliner Rednern, eine Gesprochene Zeitung. Als Redner in den Informationsabenden traten vor allen Dingen hervor die Herren Dr. Fleisch, Dr. Broches, Arthur Levy, Schimon Reich und Fräulein Tamara Zadik, von auswärtigen Gästen sind zu erwähnen die Herren Dr. Arthur Prinz, Dr. Joachim Prinz, Dr. Traub, Dr. Freund, Dr. Nußbaum, Dr. Berkowitz, Loewenstein, Benno Cohn und Dr. Feuchtwanger. [...]

Die F i n a n z e n stehen zufriedenstellend, da ein kleiner Ueberschuß vorhanden ist. Mit der Arbeit der F o n d s in Hamburg waren die Leiter der Zentralen durchaus zufrieden. Der Bericht spricht dafür dem Büro seinen Dank aus.

Ueber die Stellung in der G e m e i n d e liegt ein Bericht von Dr. Unna vor. Die Vertretung in den Verwaltungskörperschaften hat sich erhöht, die zionistischen Mitglieder des Vorstandes und der Repräsentanz arbeiten in allen wichtigen Gremien mit, auf die Wert zu legen ist. Die Gemeinde stellt Räume für Chaluzim- und Hachschara-Heime zur Verfügung, die Verwaltungspraxis ist wohlwollend und loyal. Auch im Kulturbund und in der Franz-Rosenzweig-Stiftung wurde entsprechend mitgearbeitet.

Das Palästina-Amt hat unter der vorbildlichen Leitung von Herrn Arthur Levy das Möglichste geschaffen. Mit den Jugendbünden stand die H.Z.V. stets im besten Einvernehmen, der Bachad konnte ein neues Heim eröffnen, die Wizo-Arbeit machte gute Fortschritte. Eingehende Berichte liegen von verschiedenen Einzelorganisationen vor, die zur Einsicht zur Verfügung stehen.

Der Redner schloß mit der Aufforderung, daß die Mitglieder sich weiter intensiv an der Arbeit beteiligen müßten, und bat auch, die Informationsabende der ZIST noch mehr als bisher zu besuchen.

### **Neuwahlen**

Nun übernahm Herr Arthur Levy den Vorsitz, um die satzungsgemäße Neuwahl des ersten Vorsitzenden vornehmen zu lassen. Nach der Entlastung des Vorstandes, die einstimmig angenommen wurde, erfolgte die W i e d e r w a h l v o n

Dr. Perez Zadik per Akklamation. Zu dem weiteren Vorstand tritt noch Jehuda Marcus hinzu. Der Vorstand setzt sich danach zusammen aus den Herren Dr. Zadik, Dr. Fleisch, Dr. Broches, Dr. Freundlich, Lederberger, A. Levy, H. Meyer, J. Marcus, E. Michaelis, Dr. Unna, W. Wolff. Eine Satzungsänderung, nach der der Vorstand berechtigt ist, sich für ein weiteres Jahr selbst seine Amtszeit zu verlängern, jedoch nur einmal, wurde angenommen. [...]

#### **Nr. 14**

Der Arbeitsbericht für 1937/38

Mitte Oktober 1938

Israelitisches Familienblatt Nr. 42 vom 20.10.1938, S. 16 a

### **Die zionistische Arbeit in Hamburg**

[...]

Den Arbeitsbericht erstattete Dr. Daniel Broches. Die Arbeit stand ganz im Zeichen der Auswanderung, des Abschieds von führenden Persönlichkeiten, von vielen Mitgliedern und Freunden. Aber wenn auch ihr Weg nicht immer nach Erez habe führen können, diese Auswanderung sei dennoch fruchtbar; denn die Auswanderer blieben in Verbindung mit dem jüdischen Volk, seien ausgerichtet auf das gemeinsame Ziel. Sie seien dem Zionismus nicht verlorengegangen, im Gegenteil, sie würden ihm Freunde, wohin auch immer sie jetzt gekommen seien. Erziehungsarbeit in diesem Sinn zu leisten, war die Hauptaufgabe des Hamburger Zionistischen Ortsverbandes im vergangenen Jahr. Eine große Reihe von Vorträgen haben einen stattlichen Kreis von Menschen mit den zionistischen und jüdischen Grundproblemen bekanntgemacht; namhafte Persönlichkeiten von außerhalb haben auf großen Sonderveranstaltungen über die Idee, die tragenden Gedanken, die Aufgaben, die Palästina-Situation gesprochen: Dr. Rupp in, Dr. Traub, Rabb. Dr. Nußbaum u.a. Aber auch die interne und intensive Arbeit wurde fortgesetzt. Einen erfreulichen Aufschwung nahm die Iwria-Schule. Auch die Fonds haben im letzten Jahr ein gutes Ergebnis erzielt. Der KKL hat mit seinem 20 Prozent höheren Ertrag als im Vorjahre das Ergebnis von 1934 als Maximaljahr erreicht. Die Keren hajessod hatte eine Mehreinnahme von 16 Prozent dem vorigen Jahr gegenüber zu verzeichnen. Die Aktionsergebnisse waren um 50 Prozent besser als im Vorjahre. Die Büchseinnahmen erreichten denselben Stand wie im letzten Jahre. Dieses trotz der Abwanderung noch erzielte gute Gesamtergebnis müsse Antrieb und Ansporn für die zukünftige Arbeit bedeuten. Die Lücken an Mitarbeitern und Zeichnern müssen aufgefüllt werden; dieses sei die Hauptaufgabe des Augenblicks. Zahlenmäßig ist keine Einbuße an Mitgliedern zu verzeichnen, da für die Abwandernden Ausgleich durch neue Mitglieder gekommen sei. Bei den Bilanzen sei der Ausgleich

gelingen. Man gehe mit einem wohlausbalanzierten Etat sowie einer kleinen Reserve ins neue Arbeitsjahr.

Herr Heinrich Mayer dankte Dr. Broches für diesen Arbeitsbericht, der deutlich zeige, daß trotz der Einschränkung durch die Auswanderung dennoch ein Fortschritt in der Arbeit zu verzeichnen sei. Er dankte allen Mitarbeitern und Gessinnungsfreunden für die tatkräftige Mitarbeit und ersuchte um Entlastung des Vorstands. Nachdem diese erteilt war, übernahm Dr. Manfred Zadik während des Wahlgangs den Vorsitz. Zum Vorsitzenden wurde Herr Heinrich Mayer vorgeschlagen, der vorübergehend nach dem Fortgang von Herrn Dr. Perez Zadik den Vorsitz schon übernommen hat. Dem Vorschlag wurde zugestimmt. Ebenso wurden die anderen Damen und Herren des Vorschlages von der Generalversammlung bestätigt. Es sind dies: Dr. Daniel Broches, Dr. Fritz Falk, Bertram Grass, Frau Dr. Jonas, Karl Posner, Frau Alma Tannenwald und Dr. Manfred Zadik. Herr Heinrich Mayer dankte für die erfolgte Wahl zum 1. Vorsitzenden. Er erklärte, daß er in der Hoffnung auf die Mitarbeit aller dieses Amt annehme und eine gedeihliche und erpriefliche Arbeit des HZO. erstrebe.

S.E.

#### Nr. 15

Die Räumung des Büros der Zionistischen Vereinigung Hamburg durch die Gestapo  
26. Juni 1939  
Staatsarchiv Hamburg, 331-1 Polizeibehörde I, 250

[Geheime Staatspolizei  
Staatspolizeileitstelle Hamburg]  
Tgb.Nr. II B 2 / 3110 / 39.

Hamburg, am 26.6.1939.

Die Räumung der Wohnung der zionistischen Vereinigung im Eppendorferbaum 6 I. wurde in meinem Beisein durch Mitglieder der Vereinigung vorgenommen. Verantwortlich dafür waren der Jude Franck und die Stenotypistin Seeligmann. Der Abtransport aller Sachen erfolgte durch die jüdische Gemeinde in Hamburg. Nach Angaben der Vorgenannten sollten die beiden hinteren Räume der Wohnung – ein kleines und ein etwas größeres Zimmer – bisher von der polnischen Jüdin

Frania – I – Lustgarten geb. Krämer<sup>8</sup>  
geb. am 2.6.92 in F[T]arnow

8 Frania (Frieda) Lustgarten, geb. Krämer, wurde am 28. Oktober 1938 in der »Polenaktion« nach Zbąszyń ausgewiesen. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Vgl. Sielemann (Bearb.), Gedenkbuch Hamburg, S. 265.

bewohnt gewesen sein. Die Jüdin L. war bereits nach Polen abgeschoben worden. Da es sich bei diesem Mobiliar um Privateigentum handelte, wurde der Jüdin See-  
ligmann aufgetragen dafür zu sorgen, dass eine Vertrauensperson der Jüdin  
Lustgarten diese Sachen übernehme. Es erschien darauf eine Frau

Zimmermann, wohnh. Grindelallee 153 b.[ei] Adolf,

die eine Vollmacht der Jüdin L. vorlegte und die für den Abtransport der noch  
brauchbaren Sachen – Küchengeschirr, Bettzeug, Wandbett, unbeschädigte Möbel  
vom Boden des Hauses u.a. – auf eigene Rechnung durch einen besonders hierfür  
bestellten Transporteur sorgte. Wie später festgestellt, soll diese die Sachen verkauft  
haben. Über den Erlös ist hier nichts bekannt geworden. Weiter vereinbarte Frau  
Z., dass die übrigen stark beschädigten nicht mehr brauchbaren Möbelstücke zu-  
sammen mit den Sachen der zionistischen Vereinigung durch die jüd. Gemeinde  
abtransportiert werden sollten. Dieses ist dann auch geschehen.

[...]

(gez.) Wohlers  
Krim.Oberassistent.

U.  
an Abteilung V  
nach Erledigung zurückgereicht.

Gestapo, am 28.6.1939

i.A.

(gez.) Göttsche



## 28.2 Die zionistische Orientierung der Gemeinde

## Nr. 1

Der Spendenaufruf für den Aufbau Palästinas

Januar 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 1 vom 17.1.1936,

S. 5

Nummer 1

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde

Seite 5

## AUFRUF

*Der Keren hajessod, das Finanzinstrument der Jewish Agency, beschließt das fünfzehnte Jahr seines Bestehens und tritt in eine neue Epoche seiner Tätigkeit ein. Sein Werk liegt offen vor den Augen des jüdischen Volkes da, mit seiner dynamischen, wegberleitenden Kraft, mit seinen Erfolgen in der landwirtschaftlichen Ansiedlung, auf den Gebieten der Erziehung, der Einwanderung und der Förderung der industriellen Entwicklung des Heiligen Landes. Nicht nur in Erez Israel, sondern im ganzen über die Erde zerstreuten jüdischen Volke hat er segensreiche erzieherische und organisatorische Leistungen vollbracht.*

*Klar wie kaum je zuvor, steht die Bedeutung des nationalen Kapitals für unsere Aufbauarbeit fest. Eine neue, an Aufgaben und Möglichkeiten reiche Epoche liegt vor dem Keren hajessod. Die jüdischen Massen drängen nach Erez Israel. Zehntausende jüdischer Familien harren sehnsüchtig ihrer Einwanderung ins Land und viele tausende im Lande warten ungeduldig auf den Tag ihrer Ansiedlung. Was wir heute im Lande erleben, beweist noch klarer als alle früheren Erkenntnisse, daß Grundstein und Grundelement unseres Aufbaues die Landwirtschaft ist. Fünfzehnjährige Erfahrung hat unserer landwirtschaftlichen Siedlung neue Wege erschlossen.*

*Mannhafte Arbeit und letzte Anstrengung werden von uns und unserem Werke gelordert. Der hinter uns liegende Kongreß, der im Zeichen des inneren Friedens, der Verantwortung und des Willens zur Arbeit stand, hat uns schwere Pflichten auferlegt. Die Stunde fordert von uns Entschiedenheit. An uns wird es sein, ob sie eine Stunde gelahrvoller Verstrickung oder schöpferischer Möglichkeiten ist. Nur die geeinte Kraft des Volkes, das sich durch Willen zur Selbsterhaltung über ein Schicksal erhebt, kann ihre Möglichkeiten nützen.*

*Wir rufen das jüdische Volk auf zur Hille für die, die sich für diese Arbeit verantwortlich fühlen.*

**Der Keren hajessod muß wachsen, um die Aufgaben zu erfüllen, die seinen Schöpfern vor-schwebten.**

*Dem jüdischen Volke ist es gegeben, die neue Epoche, in die er eintritt, für den Aufbau unseres Landes und die Erlösung unseres Volkes segensreich zu gestalten.*

**Chaim Weizmann, Präsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency for Palestine.**

**Nahum Sokolow, Ehrenpräsident der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Präsident des Keren hajessod.**

**Exekutive der Jewish Agency for Palestine:**

**D. Ben Gurion, S. Brodetsky, J. Grünbaum, M. B. Hexter, W. Senator, J. L. Fischmann, El. Kaplan, M. Karpf, F. Rotenstreich, M. Tschertok.**

**Direktorium des Keren hajessod:**

**M. Burton-London, A. Barth-Haifa, D. Bressler-New York, G. Halpern-Jerusalem, A. Hanke-Jerusalem, L. A. Visser-den Haag, I. Sieff-London, L. Jaffe-Jerusalem, S. Löwenstein-New York, Melchett-London, J. A. Najditch-Paris, B. Feiwel-Jerusalem, B. Kahn-Paris, S. Kaplansky-Haifa, J. Sprinzak-Tel Aviv.**

## Nr. 2

Solidarität mit Erez Israel

September 1936

Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde zu Hamburg Nr. 9 vom 15.9.1936, S. 5

Nummer 9      Gemeindeblatt der Deutsch-Israelitischen Gemeinde      Seite 5

## Solidarität mit Erez Israel

Wieder steht unser Aufbauwerk in Palästina in einer Phase politischer Gefährdung. Seit 1933 hat Palästina in einem stürmischen Ablauf der Geschichte Jahre der Prosperität und des Aufblühens, im Jahre 1936 durch weltpolitische Konflikte eine Zeit wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten und jetzt anschließend Monate schwerer Unruhen durchgemacht. In diesen Jahren hat Erez Israel unvermindert bis in die letzten Augenblicke aus Deutschland Tausende und aber Tausende von Olim aufgenommen. Es hat sich als wichtigstes überseeisches Einwanderungsland erwiesen. Durch den Opfermut und die schwere Arbeit einer jüdischen Jugend in Erez Israel war es in der Lage, von dem Augenblick an, wo sich das Judentum in Deutschland entscheidend wandelte, vielen jüdischen Menschen wieder neue Hoffnung, neuen Lebensinhalt zu geben.

In einer außerordentlich bedrückten Lage werden die Juden in der Welt durch die politischen Gefahren, denen Palästina gegenübersteht, betroffen. Überall entsteht spontan das Empfinden, daß nur durch eine rinnmütige und geschlossene Haltung aller Juden der Welt und nur durch Solidarität mit Erez Israel und seinem Jischuw die Gefahren überwunden werden können. Nur so wird man allen politischen Partnern unserer nationalen Heimstätte in Palästina bewiesen können, daß man gewillt ist, mit letzter Kraft und unheimlich an diesem Ziel weiterzuarbeiten. — In dieser Stunde beginnt der Keren Kajemet E'israel

seine diesjährige Aktion zu Rosch Haschana. Unterstützt von den offiziellen Instanzen des deutschen Judentums richtet er an alle Juden in Deutschland den Appell, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an dem weiteren Aufbau Erez Israels mitzuwirken. —

Es gilt, das Zerstückte verdoppelt aufzubauen und die Basis der Kolonisation, den Bodenbesitz, entscheidend zu erweitern. Es gilt aber auch, durch den Erfolg das politische Faktum zu erbeingen, daß die Juden in der Gola und das besonders betroffene deutsche Judentum uner-schütterlich durch Bereitstellung der Menschen und der Mittel an ihrer Aufbauarbeit in Erez Israel festhalten.

„Solidarität mit Erez Israel“ ist die Parole dieser Aktion. Es ist die Aufforderung, über alle Parteidifferenzen hinweg mit jüdischem Gewissenhaftsein und mit der großen Konzeption des Klal Jisrael für unser jüdisches Erez Israel weiter zu sorgen und zu kämpfen.

Die im Nationaljüdischen Jugendring vereinigten zionistischen Jugendbünde veranstalteten am 7. d. M. eine Kundgebung unter dem Motto: Jüdische Jugend steht zu Palästina. Die Kundgebung war stark besucht; ihrer Bedeutung wurden zahlreiche im öffentlichen jüdischen Leben stehende Persönlichkeiten unserer Gemeinde durch ihren Besuch gerecht. Redner waren die Herren D. Broches, E. Mayer und Sch. Reich. Dr. B.

### Solidarität mit Erez Israel

Mit dieser Forderung wendet sich der

**KEREN KAJEMET L'JISRAEL**

an alle Hamburger Juden anlässlich seiner

**ROSCH HASCHANA-AKTION**

vom 13. September bis 4. Oktober ds. J.

Bezirkssekretariat des K. K. L.

Eppendorferbaum 6, Postfach-Korfo Hamburg 12337

**Nr. 3**

Die Kundgebung der Jewish Agency in Hamburg (1937)

Dezember 1937

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 12 vom 10.12.1937, S. 3

### **Kundgebung der Jewish Agency und des Keren hajessod**

»Von der Balfour-Deklaration zum Judenstaat« war das Thema der Kundgebung, die Jewish Agency und Keren hajessod anlässlich des 20. Jahrestages der Balfour-Deklaration am 20. v. M. im Gabriel-Riesser-Saale veranstalteten. Herr Dr. P. Z a d i k begrüßte die Versammlung namens der Hamburger Zionistischen Vereinigung und hob hervor, daß alle Juden von der Entscheidung der Palästinafrage berührt würden, die nicht allein in London oder Genf falle, sondern zum großen Teile von uns, unserer Arbeit und Stärke abhängt. Für das Ortskomitee der Agency sprach Herr Oberlandesgerichtsrat i. R. M a y, der auf die historische Größe der Stunde hinwies, die auch von den Nichtzionisten anerkannt werde. – Namens der Gemeinde nahm der Vorsitzende ihres Vorstandes, Herr Rechtsanwalt D a v i d, das Wort, um ihre wiederholt ausgesprochene Verbundenheit mit dem Palästinawerk zu betonen und das Andenken Felix Warburgs, des großen Führers der Jewish Agency, zu feiern, den die Gemeinde mit Stolz zu ihren besten Söhnen zähle.

Dann sprach Herr Dr. M. T r a u b<sup>9</sup> (Berlin) über das eingangs genannte Thema. Er ging aus von den Anfängen der zionistischen Bewegung, von den unendlichen Schwierigkeiten, die in den seither vergangenen 40 Jahren zu überwinden waren. Zwanzig Jahre nach ihrer Begründung habe die Balfour-Deklaration dem jüdischen Volke die Chance und Hoffnung auf den Aufbau seines nationalen Heims gegeben. Von den Leistungen und der Aktivität der Juden beim Aufbau Palästinas sollte es abhängen, das nationale Heim so groß zu machen, daß es einmal auch ein Staat werden könnte. Der Aufbau-Fonds des Keren hajessod wurde gegründet, um in fünf Jahren 25 Millionen Pfund für das Aufbauwerk aufzubringen.

Dieses Ziel sei zwar nicht erreicht worden, dennoch lebten heute, 20 Jahre nach der Verkündung der Balfour-Deklaration, über 400000 Juden in Palästina, 100000 auf dem Lande, 30000 als Arbeiter in den Städten, 150000 Menschen zählt Tel Aviv. Das jüdische Palästina sei zu einem kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Faktor erster Ordnung im Kräftespiel des vorderen Orients geworden. Freilich habe mit dem Wachsen des jüdischen Werkes auch das arabische Problem an Kompliziertheit zugenommen. Der Peel-Bericht stelle uns vor einen Wendepunkt der Ent-

9 Der Verbandsfunktionär Michael Traub (1891-1946) war nach dem Ersten Weltkrieg für die Gesellschaft zur Förderung des Handwerks tätig. Ab 1933 leitete er den Keren Hajessot in Deutschland und war in der Reichsvertretung aktiv. Traub wanderte 1939 in die USA aus.

wicklung. Die bevorstehende Entscheidung über Palästina werde auch über die Zukunft des jüdischen Volkes in der Welt entscheiden. Wir könnten nicht anerkennen, daß das Mandat, wie die Peel-Kommission annimmt, undurchführbar sei. Die Verwaltung des Landes habe versagt. Aber wir müßten den politischen Realitäten Rechnung tragen; die Frage laute daher nicht: Teilung oder nicht, sondern: Wie können wir die mit der Teilung verbundenen Nachteile möglichst abwenden?

Wir müssen einen Judenstaat fordern mit Jeruscholajim und dem Süden mit Daganja und den Kolonien im Jordantal, mit dem Ruthenberg-Werk und den Kaliwerken am Toten Meere. Es sei Sorge um unseren Lebensraum und unser Lebensrecht, die wir mit einer Politik klarer Zielsetzung und mutiger Erkenntnis der Realitäten verfolgen müßten. Dazu gehöre, daß wir alles tun, was in unseren Kräften liegt, um die Pioniere, die heute durch die Gründung der Nekudot chadoschot die Grenzen der jüdischen Siedlung trotz Unruhen und Terror ausgeweitet haben, zu stützen, daß wir alles tun, um durch eigene Leistung die Zukunft und das Schicksal des Landes mitzubestimmen. Der Jischuw tue seine Pflicht, die Judenheit der Welt müsse ebenfalls ihre Pflicht tun; sie habe die 600000 Pfund aufzubringen, die der Keren hajessod benötige, um den heute gestellten Anforderungen gerecht werden zu können.

Die leidenschaftlichen Ausführungen Dr. Traubs fanden stürmischen Beifall. Mit dem Gesang der Hatikwa schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

F.

#### Nr. 4

Der Aufruf der Reichsvertretung zum Gedenken an Theodor Herzls Todestag

12. Juli 1938

Staatsarchiv Hamburg, 622-1/427 Familie Randt/Klebe, 29

Reichsvertretung der  
Juden in Deutschland  
Schulabteilung

Rundschreiben No. 23/38  
Berlin-Charlottenburg, 12.7.38.  
Kantstr. 158.

An die  
Landesverbände, Gemeinden, Schulen und Schulträger.

Betr.: Herzls Todestag, 20. Tammus 5698 (19. Juli 1938)

Am 20. Tammus/19. Juli jährt sich Herzls Todestag. Es bedarf wohl keines Hinweises, dass die jüdischen Schulen in diesem Jahre, in dem wir die Entscheidung über das Schicksal Palästinas erwarten, den 19. Juli zum Anlass nehmen müssen, Persönlichkeit und Wirken Theodor Herzls den Schülern näher zu bringen. Wir empfehlen:

- a) denjenigen Schulen, die zur Zeit keine Ferien haben: am 19. Juli
- b) den Schulen, die zur Zeit Ferien haben: an einem Tage in der ersten Woche nach Schulbeginn

für sämtliche Stufen der höheren und Volksschulen aus diesem Anlass eine Feierstunde abzuhalten und sodann, wenn irgend möglich, den Unterricht ausfallen zu lassen.

Die Feier bildet eine geeignete Gelegenheit, die Entwicklung des Aufbauwerkes in Palästina zu würdigen, auf das bereits Geleistete hinzuweisen, und zugleich die Grösse und Schwere der noch zu bewältigenden Aufgaben zu kennzeichnen.

Reichsvertretung der Juden in Deutschland  
Schulabteilung  
gez. Dr. Leschnitzer<sup>10</sup>

Unsere Gedanken ziehen in diesem Jahre voller Sorge, aber doch in steter und starker Zuversicht zu dem Lande der Väter hin. Neues soll dort beginnen, Neues will der Beginn für uns zumal bedeuten. Theodor Herzl's Todestag spricht darum in diesem Jahre mit besonderer Eindringlichkeit zu uns.

In allen unseren Gemeinden wird sicherlich dem Gedenken dieses Tages sein lebendiger Ausdruck gegeben werden.

Die Reichsvertretung der Juden in Deutschland  
Dr. Baeck.<sup>11</sup>

- 10 Der Pädagoge Adolf Friedrich Leschnitzer (1899-1980), Dr. phil. 1923, unterrichtete als Lehrer von 1925 bis zu seiner Entlassung aus dem Schuldienst 1933 in Berlin. Von 1933 bis 1939 leitete er die Schulabteilung in der Reichsvertretung der deutschen Juden. Er war führendes Mitglied der ZVfD. Leschnitzer emigrierte 1939 über Holland nach England und von dort 1940 in die USA. Er war der erste jüdische Historiker, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland Vorlesungen über deutsch-jüdische Fragen hielt. Seit 1955 lehrte er als Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin.
- 11 Leo Baeck (1873-1956), Dr. phil., Reform-Rabbiner und Religionsphilosoph, war von 1913 bis 1942 Dozent an der Jüdischen Hochschule in Berlin tätig. Er war u. a. Großpräsident des Unabhängigen Ordens B'nei B'rith (1925-1930), Vorsitzender des Allgemeinen Rabbinerverbandes in Deutschland (seit 1922), Vorstandsmitglied der Vereinigung für das Religiös-Liberale Judentum und Präsident der Reichsvertretung der deutschen Juden (1933-1939), später der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland (1939-1943). Er wurde im Januar 1943 nach Theresienstadt deportiert. Nach seiner Befreiung 1945 lebte Leo Baeck in London. Nach ihm ist das Leo Baeck Institute (LBI) für die Erforschung der Geschichte der Juden Deutschlands benannt.

**Nr. 5**

Der Gemeindeabend zum Gedächtnis Theodor Herzls

19. Juli 1938

Jüdisches Gemeindeblatt für das Gebiet der Hansestadt Hamburg Nr. 8 vom 12.8.1938,  
S. 2**Gemeindeabend zum Gedächtnis Theodor Herzls**

Anlässlich der 34. Wiederkehr des Todestages von Theodor Herzl am 19. v.M. veranstaltete der Religionsverband im Gemeinschaftshause einen Gemeindeabend, der einen außerordentlich starken Besuch aus allen Kreisen des Religionsverbandes aufwies. Als erster Redner sprach der Vorsitzende des Vorstandes des Religionsverbandes, Herr R.-A. David, der nach Begrüßungsworten, die er insbesondere an die auswärtigen Redner des Abends, die Herren Rabbiner Dr. Berkowits-Berlin und Dr. H. Friedenthal-Berlin richtete, etwa folgendes ausführte: Die Stunden werden selten, da wir uns frei machen von dem Tage und seiner Enge, seinen Sorgen und Nöten. In diesen seltenen Stunden blicken wir zurück in die Vergangenheit, weil wir gelernt haben, daß nur der seine Zukunft bauen kann, der weiß, woher er kommt. Jüdisches Schicksal enthält die Forderung, stärker zu sein als das Schicksal selbst; das hat uns unsere Geschichte gelehrt. Daher soll diese Stunde des Gedenkens an Theodor Herzl mehr sein als eine Stunde der Dankbarkeit, Förderung unserer Kräfte, Dienst an uns selbst und an unserer Zukunft. Diese Gedenkstunde kann werden Wecker reiner Kräfte unseres Geistes und unserer Seele, ein Wecker, wie es Theodor Herzl selbst war, der, keiner Partei zugehörig, dem ganzen Judentum gedient hat. Sein Erbe ist der Aufbau von Erez Israel, mit dem jetzt jeder einzelne unter uns verknüpft ist, das Land, das so vielen, gerade aus Hamburger jüdischen Kreisen, zu einer neuen Heimat geworden ist. Wir nennen die Einwanderung in das Heilige Land Alija, dieses Wort kann uns aber mehr sein und werden, nämlich im Sinne und Geiste des Mannes, dessen Gedenken diese Stunde gilt, Antrieb und Aufstieg zu Höherem, Alija in höherem, geistigen Sinne.

Nach Herrn R.-A. David sprach zunächst Herr Rabbiner Dr. Berkow<sup>12</sup> Er bemühte sich vor allem, in das Verständnis der großen Persönlichkeit Theodor Herzls einzuführen, die allein erkläre, weswegen ihm, der etwas verkündete, was durchaus nicht neu war und was andere längst vor ihm gesagt hatten, die Schaffung einer großen Bewegung und die Wiedererweckung des jüdischen Volkes gelungen sei. Herzl sei der große Wegweiser des jüdischen Volkes geworden; wenn ihm vom Schicksal

12 Elieser (bis 1955 Ladislaus) Berkovits (1908-1992), Dr. phil. 1934, war von 1936 bis 1939 Rabbiner in Berlin. 1939 emigrierte er nach England, 1946 wanderte er nach Australien, 1950 in die USA und 1975 nach Israel aus. Vgl. Walk, Kurzbiographien zur Geschichte der Juden, S. 29; David Hazony, Elieser Berkovitz and the Revival of Jewish Moral, Jerusalem 2001.

nicht vergönnt gewesen sei, sein Werk zu vollenden, so liege diese Aufgabe jetzt in unserer eigenen Hand. Eine Stunde, die dem Gedächtnis Herzls gewidmet sei, sei eine Stunde des Bekenkens zur Ewigkeit des jüdischen Volkes und zu dem Wege, den er gewiesen habe. Und wenn Herzl im Glauben an die Richtigkeit dieses Weges verkündet habe, daß das jüdische Volk eines Tages am Ziele sein werde, so solle diese Gedenkstunde uns mit der gleichen Zuversicht erfüllen.

[...]

In tiefer Ergriffenheit erhob sich die Versammlung. Herr R.-A. David schloß die Veranstaltung mit dem altjüdischen Worte secher Zaddik liwrocho<sup>13</sup> und die Versammlung sang die Hatikwa.

13 Wiedergegeben in aschkenasischer Aussprache: Das Andenken des Gerechten [sei] zum Segen.

